Wiederkehr der Hasardeure

von Wolfgang Effenberger
und Willy Wimmer

Schattenstrategen, Kriegstreiber, stille Profiteure 1914 und heute

zeitgeist
Print & Online

Einhundert Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs wird wieder diskutiert: Wie konnte es zu der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ kommen? Im Mittelpunkt hitziger Debatten steht dabei nahezu ausschließlich die Schuldfrage. Doch mit Blick auf die damalige politische Großwetterlage muss sich die Aufmerksamkeit auch auf das Cui bono richten, nur so können die Hintergründe in ihrer ganzen Tragweite verstanden werden. Denn Kriege brechen nicht einfach aus, Kriege werden gemacht. Wer waren die Planer und Wegbereiter, wer die Nutznießer?

Wolfgang Effenberger und Willy Wimmer spüren den geheimen Zielen nach, welche kriegstreiberische Kreise seinerzeit verfolgten – und ermöglichen dadurch einen aufschlussreichen Blick hinter die Kulissen der Macht. Die Autoren demonstrieren aber auch, dass die aufgezeigten Motive und geopolitischen Interessen bis heute eine Blaupause für Auseinandersetzungen rund um den Globus bilden.

ISBN 978-3-943007-07-7

9 783943 007077

zeitgeist online

Wiederkehr der Hasardeure

Schattenstrategen, Kriegstreiber,

stille Profiteure 1914 und heute

Von WOLFGANG EFFENBERGER

und WILLY WIMMER

zeitgeist online
Die Welt mit anderen Augen sehen

Zum Titelbild:

Karikatur des Imperialisten und Unternehmers Cecil Rhodes (1853–1902). Die Ausbeutung der Rohstoffe Afrikas stellte für ihn den ersten Schritt zur Vorbereitung der Weltherrschaft der »angelsächsischen Rasse« dar. Die von Rhodes mitinitiierten Burenkriege (1880/81 sowie 1899–1902) sollten den Masterplan für viele spätere Kriege bilden.

4., erweiterte Auflage März 2015

© Verlag zeitgeist Print & Online, Höhr-Grenzhausen 2014
© Wolfgang Effenberger/Willy Wimmer 2014

Alle Rechte vorbehalten

Bei Übernahme von Originalzitaten: Rechtschreibung, Zeichensetzung sowie Grammatik zum besseren Verständnis korrigiert, historische Schreibweisen wurden beibehalten. Übersetzungen i. d. R. durch die Autoren.

Redaktionsschluss: Juli 2014
Satz: Hoos Mediendienstleistung, Landau
Coverdesign: Grafikfee GmbH, Bingen
Druck und Bindearbeiten: CPI books GmbH, Ulm
Printed in Germany

ISBN 978-3-943007-07-7

www.zeitgeist-online.de

»Denn nichts, was bei den Menschen jemals Sitte ward,
ist so verderblich wie das Geld: selbst Städte tilgt
es aus; es jagt die Männer aus den Häusern fort,
es wandelt auch die redliche Gesinnung um
und lehrt sie hässlichen Geschäften nachzugehn;
es unterweist die Menschen in Verschlagenheit,
und auch Verbrechen nicht zu scheun bei ihrem Tun.«

Sophokles, Antigone, um 442 v. Chr.

»Dieser Krieg wäre nie ausgebrochen, wenn wir nicht unter dem Druck der Amerikaner und neumodischer Gedankengänge die Habsburger aus Österreich-Ungarn und die Hohenzollern aus Deutschland vertrieben hätten. Indem wir in diesen Ländern ein Vakuum schufen, gaben wir dem Ungeheuer Hitler die Möglichkeit, aus der Tiefe der Gosse zum leeren Thron zu kriechen.«

Winston Churchill, 1945

Inhaltsübersicht

Verzeichnis der Abkürzungen 13

Vorwort (von Wolfgang Effenberger und Willy Wimmer) 15

ERSTES BUCH

von Wolfgang Effenberger

Einführung 21

Krieg und Bürgerkrieg: Spirale der Machtkämpfe (1600–1913)

England ordnet die Welt neu 29
Der Dreißigjährige Krieg in seiner heutigen Aktualität 31
Das Heilige Römische Reich im Kampf mit dem Türkenreich 35
Der Kampf um Nordamerika: Siebenjähriger Krieg bzw. Indian War 38
Die Revolution von 1848 51
Bürgerkrieg in Nordamerika: Kreuzzug des »mobilen Kapitals« 52
Einigungsbestrebungen in der Mitte Europas 55
Berliner Kongress 1878 und die Balkanfrage 60
Vom serbischen Königsmord in die Bosnienkrise 63
Russland – Koloss auf tönernen Füßen 67
US-Mäzen unterstützt nationale Freiheitsbestrebungen in Europa 68
Bosnische Annexionskrise 1908 72
Pasic und die nationalserbischen Geheimbünde 76
Wetterleuchten im Mittelmeerraum 79
Balkankrieg 1912 87
Streit unter den Balkanstaaten – Zweiter Balkankrieg 95
Das Regierungsjubiläum Wilhelms II. 101
Dritter Balkankrieg 104
Ökonomische Dimensionen 107
Rathenaus mitteleuropäischer Zollverein 115

1914: Spannungsfelder und politische Interessen

Kriegsängste und Friedensinitiativen 117
Homer Lea und die künftigen Kriege des Empire 118
Nikolaus II. im Spannungsfeld zwischen Nikolajewitsch und Rasputin..... 123
»Rule Britannia« – vom Burenkrieg zum Weltkrieg 128
Wilson und Foch: englisch-französische Strippenzieher des Weltkriegs 148
Das Attentat von Sarajevo 159
Die zwielichtige Rolle des serbischen Ministerpräsidenten 161
Ein Tag nach Sarajevo: Das Attentat auf Rasputin 165
Unbedarft in die Julikrise 167
Neun Tage bis zum Abgrund 175
Schlieffen-Plan versus Plan XVII 199
Visionäre Stimmen zum kommenden »Weltkrieg« 204
Letzte Versuche, den Krieg aufzuhalten 210
Ende 2014: US-Repräsentantenhaus forciert Krieg gegen Russland 211
Übersicht: Wesentliche Akteure am Vorabend des Ersten Weltkriegs 212

Das alte Europa marschiert in den Abgrund

Mobilmachung allerorten 221
Handstreich von Lüttich – der Irrwitz im Detail 226
Kriege: automatisierter Wahnsinn gestern und heute 247
Clausewitz' Kriegsphilosophie 249
Scheitern der kontinentalen Kriegspläne 251
Ermordung des Pazifisten Rasputin und Ende des Zarenreichs 257
Die tragische Rolle der Juden 263
Kriegsende 1918: Vae victis – Wehe den Besiegten 272
Entstehung Jugoslawiens vor dem Hintergrund
angelsächsischer Interessen 288
NATO zerschlägt Jugoslawien 294
Landkarte: Die Neuordnung der Mitte Europas 300

Amerikas Griff zur Weltmacht

Wilson als Werkzeug kriegstreibender Kreise 303
Manifest Destiny – zur Okkupation erwählt 307

Der US-Imperialismus bricht sich Bahn 311
Der Krieg gegen Spanien als Blaupause für spätere Interventionen 315
Amerikas Sprung auf die Weltbühne 325
Großbritannien – Feind oder Freund der USA? 332
Roosevelts Machtdemonstrationen 335
Wilson und seine Berater 337
Die Hasardeure spinnen ihre Netze 340
Die Lusitania-Affäre – Kriegsopfer oder Kollateralschaden? 347
Aufregung über Mystery Ships 352
Wilson zwischen Kriegsbefürwortern und -gegnern 354
Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg – ein Politikum 361
Amerika tritt in den Ersten Weltkrieg ein 365
Kriegspropaganda überschwemmt die Staaten 366
Allgemeine Militarisierung und Landung in Europa 371
US-Truppen sorgen für den Sieg der Entente 374
Amerikas Rolle bei den Friedensverhandlungen 377
Wilsons Völkerbundidee löst sich in Luft auf 382
Pfeiler der US-Außenpolitik: Gründung des
Council on Foreign Relations (1921) 385
Vier Wochen vor Pearl Harbor: Gründung von Freedom House (1941) 388
Edmund A. Walsh und die amerikanische Geopolitik der Moderne 389
Carter lässt den islamischen Geist aus der Flasche 391
Florett der Subversion: National Endowment for Democracy (1983) 392
Brzezinskis Imperative imperialer Geostrategie 397
Mit dem Seidenstraßenstrategiegesetz in den »eurasischen Balkan« 399
Das Marshall-Center und die geopolitischen Ziele in Eurasien 401
Mit inszenierten Krisen in den dritten Weltkrieg 404
US-Doktrin für Post-Cold War 407
Die Welt im Übergang aus Sicht der USA 408
Kritische Stimmen ehemaliger Politiker 414

Resümee, Bewertung und Ausblick

Kapitalinteressen durchdringen die Welt 419
Schlafwandler auf den Trampelpfaden der Geschichte 433
Kritische Betrachtung der Literatur zum
Ersten Weltkrieg und zur Schuldfrage 442

ZWEITES BUCH

von Willy Wimmer

Kalter Krieg war gestern, Krieg ist heute

Empfang in der Verbotenen Stadt 453
»Elder Statesmen« warnen China 455
Erste Anzeichen chinesischer Expansionspläne 458
Kissingers Anschlag auf die bestehende Ordnung 460
Bomben auf Belgrad 461
Instrumentalisierte OSZE – die Inszenierung von Krieg 462
Eine Lektion an die Adresse Pekings 467
Helmut Kohl im Kreuzfeuer 467
Oktober 1989: Bewegende Gespräche in Moskau 468
Kosovo-Frage: Friedliche Konfliktbeilegung wird sabotiert 469
Spin-Doctoring: Richard Holbrooke und Bob Dole 471
Sykes-Picot-Abkommen 474
Bellizismus gestern und heute 475
Einladung nach Teheran 476
Geopolitische Überlegungen zu Zentral- und Nordostasien 478
Kurswechsel der US-Politik gegenüber Deutschland 480
Auf dem Weg zur deutschen Wiedervereinigung 481
Soziale Marktwirtschaft soll verhindert werden 482

Die Bundeswehr zwischen Agadir und Abu Dhabi: Will Berlin ein eigenes »nahes Ausland«?

NATO-Osterweiterung: Eine Verabredung wird ignoriert 485
Destabilisierung und Isolierung Russlands haben Methode 486
Deutsche Soldaten auf Friedensmission? 490
USA in Afghanistan: Kaschmir im Visier 491
Truppenentsendungen im Koalitionsvertrag 492
Von Beistandspflichten 494
Die schleichende Wandlung der NATO 497

Westeuropäische Entscheidungskompetenz – Fehlanzeige 498
Eine Führungsrolle für Deutschland? 500
Verfassungsferne Staatsräson 503
Wer entscheidet künftig über Bundeswehreinsätze? 505
Der Generalinspekteur als »Reichswehrminister« 509
Sicherheitspolitische Herausforderungen nach der Wiedervereinigung 510
Amerikas Vormachtstellung in Bündnis- und Einsatzfragen 512
Verfassungsklage gegen Tornados in Afghanistan 513
Transatlantische Netzwerke hebeln parlamentarische Kontrolle aus 514
NATO-Oberbefehl und die unbequeme Bündnisfrage 516
Wird der Parlamentsvorbehalt gekippt? 518
Deutsche Truppen im In- und Ausland unter fremder Verfügungsgewalt?. 521

Visionen vom Frieden (von Wolfgang Effenberger und Willy Wimmer) 525
Die Autoren 535

Anhang

Briefe von Willy Wimmer

Denkschrift vom 20. Dez. 1989 an Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl
über die NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschland 539
Globaler Einsatz deutscher Truppen im weltweiten Interesse der USA,
Brief vom 7. Dez. 1999 an Bundeskanzler Gerhard Schröder 544
Die amerikanische Neuordnung Europas, Brief vom 2. Mai 2000
(nach der Konferenz von Bratislava) an Bundeskanzler
Gerhard Schröder 547

Anmerkungen 549
Literaturverzeichnis 591
Personenregister 619
Bildquellenverzeichnis 633

Verzeichnis der Abkürzungen

AEF	American Expeditionary Force
BEF	British Expeditionary Force
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BND	Bundesnachrichtendienst
BR	Bayerischer Rundfunk
Btl.	Bataillon
CELAC	Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten
CFR	Council on Foreign Relations
CID	Committee of Imperial Defence
CIMA	Center for International Media Assistance
CPI	Committee on Public Information
ECFR	European Council on Foreign Relations
Fußart.-Rgt.	Fußartillerieregiment
Inf.-Brig.	Infanteriebrigade
Inf.-Rgt.	Infanterieregiment
IPI	Internationales Presse- und Informationssystem
IWF	Internationaler Währungsfonds
Jäg.-Btl.	Jägerbataillon
JTO	Jewish Territorial Organization
Kav.-Div.	Kavalleriedivision
Komp.	Kompanie
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LIFG	Libyan Islamic Fighting Group
MG	Maschinengewehr
MIT	Massachusetts Institute of Technology
NED	National Endowment for Democracy
NRO	Nichtregierungsorganisation
OHL	Oberste Heeresleitung
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

SOZ	Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (engl. Shanghai Cooperation Organisation)
UCK	Ushtria Çlirimtare e Kosoves (alban. übersetzt: Befreiungsarmee des Kosovo)
USAID	US-Agentur für Internationale Entwicklung (engl. United States Agency for International Development)

Vorwort

Von Wolfgang Effenberger und Willy Wimmer

»Geschichte muss doch wohl allein auf Treu
und Glauben angenommen werden?
Nicht?«

Gotthold Ephraim Lessing, Nathan der Weise

2014 jährt sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum hundertsten Mal; zahlreiche neue Publikationen zu diesem gravierenden Ereignis, der »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts«, wie es der US-amerikanische Historiker und Diplomat George F. Kennan (1904–2005) treffend formulierte, schwemmen den Markt. Denn die Folgen sind noch heute wirkungsmächtig, der Krieg selbst ein Trauma im kollektiven Gedächtnis der europäischen Volker.

Wie sieht nun die aktuelle Bewertung dieses Krieges, insbesondere seitens der deutschen Geschichtswissenschaft, aus? Ausländische, vor allem angelsächsische und französische Historiker haben sich ja bereits vor langer Zeit zu großen Teilen von der These der Alleinschuld der Deutschen verabschiedet. Ein kritischer vergleichender Blick in die Publikationen der letzten hundert Jahre soll hier die verschiedenen Ansichten gegenüberstellen.

Welche Anforderungen sollten an einen seriösen Historiker gestellt werden? Zunächst muss er sich des eigenen »Nichtwissens« bewusst sein und sich infolgedessen vor schnellen Beurteilungen hüten. Er muss in die Vorstellungswelt einer Epoche eintauchen und darf seine Schlüsse nicht aus der Rückschau und dem Stand der heutigen Wissenschaft ziehen. Frei von jeglicher Ideologie, sollte er in erster Linie ein Fragender sein und ergebnisoffen in alle Richtungen forschen.

Den ersten thematischen Anstoß zum Thema dieses Buches erhielt Wolfgang Effenberger im Mai 2005 während seiner Recherchearbeiten zu den Festlichkeiten für das 25. Regierungsjubiläum des Deutschen Kaisers Wilhelm II. im »Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz« in Berlin. Dort begann er mit der Material-

sammlung für das vorliegende Werk, durchaus im Bewusstsein, dass über den Ersten Weltkrieg und dessen Ursachen mehr als ausführlich geschrieben worden ist. Mit Recht stellte Walther Hubatsch bereits 1955 fest, dass Forscher in allen Ländern sich über die Grundzüge der Vorgänge im Großen und Ganzen einig sind – sofern nicht ideologische Bindungen die unbefangene Beurteilung beeinträchtigten.

Egmont Zechlin untersuchte 1964 die Politik und Kriegführung in den ersten Monaten des Ersten Weltkriegs und wählte als Überschrift für seinen Artikel: »Deutschland zwischen Kabinettskrieg und Wirtschaftskrieg«. Manche Politiker in Berlin, Moskau, Paris oder London mögen gehofft haben, dass er auf das Maß eines Kabinettskrieges zu beschränken sei. Doch diese Annahme war höchst naiv, den Kriegstypus gab es höchstens bis zur Französischen Revolution. An einem Kabinettskrieg war lediglich ein kleines stehendes Heer beteiligt, die Kriegführung war zurückhaltend, hatte begrenzte Ziele und strebte die weitgehende Schonung von Menschen und Sachwerten an.

Doch Ende Juli 1914 mussten alle politischen und militärischen Führer geahnt haben, dass dieser Krieg mit den Millionenheeren ein gewaltiges Völkerringen von existenzieller Bedeutung werden würde. So überfielen den britischen Außenminister Sir Edward Grey am Abend des 3. August düstere Gedanken: »*In ganz Europa gehen die Lichter aus, wir werden es nicht mehr erleben, dass sie angezündet werden.*« Trotzdem stimmte er am nächsten Tag für die Kriegserklärung gegen Deutschland.

Dass der Krieg, der doch nur wenige Wochen dauern sollte, über die Jahre zum »totalen Krieg« eskalierte, liegt zu großen Teilen an der nationalen Kriegspropaganda, die stets der Gegenseite die Kriegsschuld aufbürdete. Das war auch notwendig, um die Massen für die weitere Kriegführung zu mobilisieren. So darf es nicht verwundern, dass die selektiven Schuldzuweisungen interessierter Kreise weit über das Kriegsende hinaus die Debatte bestimmten, um sie für ihre Nachkriegsziele zu instrumentalisieren.

Vor dem Ersten Weltkrieg wurde die Frage nach einer Kriegsschuld nicht gestellt, da seit dem Westfälischen Frieden das übliche »Tabula-rasa-Prinzip« die Prüfung der Kriegsgründe und die Strafverfolgung der Besiegten ausschloss (Oblivionsklausel). Nach Auffassung der damaligen Vorkriegszeit war die Kriegsschuldfrage also irrelevant. Das Führen von Kriegen galt als legitimes Recht der souveränen Staaten zur Durchsetzung ihrer Interessen. Im Verlauf des Ersten Weltkriegs gewann die Kriegsschuldfrage vor allem deswegen

eine so große Bedeutung, weil dieser Krieg von allen beteiligten Völkern so unvergleichlich hohe Opfer an Toten und Versehrten forderte. Dadurch war der Rechtfertigungsdruck, den die Öffentlichkeit insbesondere auf die französischen und britischen Politiker ausübte, außerordentlich stark. Die Politiker lenkten mit ihrer Propaganda diesen Druck auf den Feind ab. Als Folge zwang dann später der Hass auf den Feind die demokratisch legitimierten Politiker der Siegermächte dazu, in Versailles Vergeltung zu üben.

In den Jahrhunderten nach dem Westfälischen Frieden bildete sich in Europa die Auffassung heraus, dass Kriege sich auf die gegenseitige Bekämpfung der feindlichen Streitkräfte zu beschränken haben. Die Ausdehnung der Kriegshandlungen auf das ganze Volk ist eine bedauerliche, wohl aber unvermeidliche Folge der Bildung von Nationalstaaten, der allgemeinen Wehrpflicht und der Demokratisierung, mithin also eine Folge der Französischen Revolution. Außerdem wurde der Krieg durch die Entwicklung der modernen Waffentechnik entmenschlicht.

Die schon während des Krieges einsetzende wissenschaftliche Erforschung der Kriegsursachen stieß zwangsläufig an Grenzen. Während sich 1917 die russischen Archive und 1918 die deutschen öffneten, bleiben die französischen, englischen und amerikanischen weiter unter Verschluss. Zugegriffen werden konnte nur auf die »Farbbücher«, die ja ausschließlich der Propaganda gedient hatten. Zudem erschwerten apologetische und ideologische Vorgaben die unvoreingenommene Prüfung. In diesem Dilemma untersuchten die meisten Historiker vor allem die Ereignis- und Entscheidungsabläufe während der Julikrise 1914 und zu Kriegsbeginn. Als Lackmustest dienten in erster Linie die Randnotizen des Kaisers, der u. a. auf einen Bericht vom 11. März 1914 von Botschafter Graf Friedrich von Pourtales in St. Petersburg schrieb: »*Als Militair hege ich nach allen Meinen Nachrichten nicht den allergeringsten Zweifel, dass Russland den Krieg systematisch gegen uns vorbereitet; und danach führe ich meine Politik.*« Welche Beweiskraft sollen derartige, in einer kaum nachfühlbaren Stimmungslage hingeworfene Notizen haben? Sagen sie etwas über den Charakter aus? Über die Umsetzung in konkrete Politik?

An dieser Stelle sei an die Kommunikationspanne des ehemaligen US-Präsidenten Ronald Reagan erinnert. Für eine fünfminütige Radioansprache richtete er sich mit folgenden Worten in das vermeintlich ausgeschaltete Mikrofon an das amerikanische Volk: »*Liebe Landsleute, ich freue mich, Ihnen heute mitteilen zu können, dass ich ein Gesetz unterzeichnet habe, das Russland für vogelfrei erklärt. Wir beginnen in fünf Minuten mit der Bombardierung.*«[1] Ein gro-

ßer Schock in der frostigsten Zeit des Kalten Krieges! Reagan bezeichnete die Äußerung im Nachhinein als einen misslungenen Scherz, mit dem er einen satirischen Seitenhieb auf diejenigen austeilen wollte, die ihn als Kriegstreiber hinstellten. Seine politischen Randnotizen könnten vielleicht darüber Auskunft geben, wie ernstgemeint der Satz tatsächlich war. Dennoch käme heute kein Mensch auf die Idee, Reagans Gesamtpolitik an diesem Satz zu messen und Kriegsabsichten aus ihm herauszulesen.

Gerade für eine wissenschaftliche Beurteilung ist es notwendig, aus den zentralen, autorisierten Äußerungen und Handlungen eines verantwortlichen Staatsmannes ein Gesamtbild zu erstellen und seine Absichten transparent zu machen. Außerdem muss an alle Parteien die gleiche Messlatte angelegt und jede Perspektive für sich ausgeleuchtet werden.

Sowohl Wolfgang Effenberger als auch Willy Wimmer hatten während des Kalten Krieges auf unterschiedlichen Ebenen Einblick in das geplante atomare Gefechtsfeld der NATO im Fall einer militärischen Konfrontation und sind daher durch die aktuellen Entwicklungen entlang der historischen Seidenstraße äußerst beunruhigt.

Denn die gleichen Kreise, die vor hundert Jahren nationale Konflikte für ihre Interessen instrumentalisierten, sind heute wieder am Werk. Wieder wird bedenkenlos gepokert und dabei billigend die Gefahr eines Weltkrieges und damit neues unermessliches Leid in Kauf genommen. »*Washington is pushing the crisis toward war*«, schrieb Reagans ehemaliger Vizefinanzminister Paul Craig Roberts am 15. April 2014.[2] Und der streitbare Linguist Noam Chomsky rät den Bürgern demokratischer Gesellschaften angesichts der weltweiten Aktivitäten der amerikanischen Geheimdienste und ihrer Angriffe auf die Demokratie, sie sollten »*Kurse für geistige Selbstverteidigung besuchen, um sich gegen Manipulation und Kontrolle wehren zu können.*«[3] Die Intellektuellen hätten die Verantwortung, die Wahrheit zu sagen und Lügen aufzudecken.

Diesen Versuch wollen wir, Wolfgang Effenberger und Willy Wimmer, mit »Wiederkehr der Hasardeure« wagen. Das Werk ist nicht nur ein weiterer Beitrag zur Geschichte des Ersten Weltkriegs. Vielmehr soll es Hintergründe aufzeigen, die auch die aktuelle Weltpolitik verstehen helfen.

Pöcking/Jüchen im Juli 2014

ERSTES BUCH

Von Wolfgang Effenberger

Einführung

In den gewitterschwülen Juli- und Augusttagen des Jahres 1914 ging die Friedensordnung in Europa unter, im Kriegsverlauf zerbrachen die Strukturen der bürgerlichen Vorkriegsgesellschaft, und zwar sowohl bei den Verlierern als auch den Gewinnern. Auslöser war das Attentat auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 in Sarajevo – der Hauptstadt des zu Österreich-Ungarn gehörenden Kronlandes Bosnien-Herzegowina.

Wer stand wirklich hinter dem Attentat? Was sollte es bewirken, und wer wollte davon profitieren? Laut dem jugoslawischen Historiker Vladimir Dedijer[4] wurden damals nicht weniger als sieben Staaten und vier politische Gruppen der Urheberschaft beschuldigt, darunter die Regierungen bzw. Geheimdienste von Serbien, Russland, Ungarn, Österreich, Deutschland, Frankreich und England sowie Juden, Freimaurer und Anarchisten. Mit Resignation muss man feststellen, dass nach einem Jahrhundert die Hintergründe noch immer nicht offengelegt wurden. Das Interesse an den Ursachen hält sich indes – aus welchen Gründen auch immer – trotz des Jubiläumswirbels in Grenzen.

In den deutschen Medien steht immer wieder die Person Wilhelms II. im Zentrum des öffentlichen Interesses, dem von vielerlei Seiten die Schuld am Ausbruch des Krieges zugeschoben wird, und es gibt wenig Widerspruch. Wie konnte sich diese Sicht derartig zementieren? Bereits ein Jahr nach Kriegsausbruch kam in London das Buch »J'accuse« des im Schweizer Exil lebenden Deutschen Richard Grelling heraus. Er spricht vom *»Hohenzollernschen Eroberungskrieg«* und klagt den Kaiser an. Der Hamburger Historiker Fritz Fischer (1908–1999) führt mit seinem 1961 erschienenen Werk »Griff nach der Weltmacht« die These von der deutschen Alleinschuld bis an sein Lebensende konsequent fort, gefolgt von Schülern, die seinen Ansichten folgen. Daneben gibt es auch Geschichtsforscher, welche auf andere Kriegsbeteiligte als nicht weniger Schuldige verweisen. Mit der bei vielen deutschen Historikern typischen Verbissenheit wird so in der Nachbetrachtung des Ersten Weltkriegs um Kriegsschuld versus Kriegsunschuld gefochten.

Im Vorwort hält Fischer fest, dass sein Buch weder Anklage noch Verteidigung sei. *»Beides ist nicht Aufgabe des Historikers.«*[5] Dieser habe Tatsachen festzustellen, sie in den Zusammenhang von Ursachen und Folgen einzuord-

nen und die Vorstellungen, Zielsetzungen und Entschlüsse einzelner Personen als Faktoren der politischen Willensbildung zu »verstehen«, ohne zu zensieren oder zu entschuldigen. Auch sollte der Historiker vermeiden, vereinfachend und damit entstellend für eine später als verhängnisvoll erkannte Entwicklung einen »Sündenbock« an den Pranger zu stellen.

Der von den anderen Großmächten Europas als so bedrohlich empfundene »Griff nach der Weltmacht« Deutschlands war vornehmlich eine Geschichte des Scheiterns. Dem Kaiserreich war es nicht gelungen, die Zusammenschlüsse der Ententemächte 1904 und 1907 zu verhindern. Bei allen kolonialen und internationalen Streitigkeiten, ob in Samoa, Marokko, Westafrika, Südamerika oder am Persischen Golf, gingen die Diplomaten Wilhelms II. als Verlierer vom Platze. Nur in der bosnischen Annexionskrise konnte sich Berlin erfolgreich für die Interessen Wiens einsetzen – was sich indes als Pyrrhus-Sieg herausstellen sollte. Inzwischen gilt Fischers These, Deutschland habe im Juli 1914 den Weltkrieg entfesselt, weil es nach »Weltherrschaft« strebte, als wissenschaftlich abgetan. Fischers Verdienst bleibt jedoch, die Diskussion über den Ursprung des Krieges grundsätzlich angeregt zu haben. Ohne diese Debatte wäre auch das vorliegende Buch vermutlich nicht geschrieben worden. Es soll helfen, Fischers einseitigen Blick auf das Kaiserreich mittels eines Rundblicks auf die anderen Akteure zu ergänzen. Der Krieg war das Ergebnis eines irrsinnigen imperialen Zeitalters, in dem vor allem um neue Märkte gerungen wurde. Und hinter der Entscheidung standen keineswegs die Völker der beteiligten Länder – nein, es waren jeweils nur eine Handvoll Männer: Hasardeure, die aus Gier und Machtbesessenheit an der Stellschraube zum Krieg gedreht hatten. Nicht anders als heute auch.

Das vorliegende Werk beleuchtet die Parallelen von 1914 zu 2014 und zeigt, wie auf den Anschlag von Sarajevo und den von New York (9/11), der mit seiner Symbolkraft durchaus vergleichbar ist, reagiert wurde und noch heute reagiert wird. 1914 bestand das politische Ziel der Attentäter in der Destabilisierung Österreich-Ungarns und der Eroberung von dessen südöstlichen Provinzen – ein Ziel, das bekanntlich 1918 verwirklicht wurde und zur Gründung des mittlerweile blutig zerbrochenen Jugoslawiens führte. Und 2014? Welche Motive verfolgen kriegstreiberische Eliten heute? Auch darauf versucht das Buch, Antworten zu geben.

In allen Parlamenten und Ministerien gab es Personen, die noch in letzter Minute den Frieden retten wollten, aber eben auch Vertreter, die im Krieg die einzige Lösung sahen, und wieder andere, denen es nur um ihre ganz eigenen Interessen ging. Eine kurzsichtige Kriegsschulddiskussion verhindert den Blick auf die tiefer liegenden Gründe sowie die komplexe Entwicklungsgeschichte. Hier reicht es nicht aus, die diplomatische Geschichte Europas von 1870 an zu bewerten. Marksteine in der Entwicklung auf den August 1914 hin dürften ebenso in der Französischen Revolution samt den Eroberungskriegen Napoleons wie auch in den verheerenden Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges liegen – geschichtliche Traumata, abgespeichert im kollektiven Gedächtnis. Vielleicht gehen manche Grundprobleme sogar auf die Zeit Karls des Großen zurück. Als exemplarisch ist auch die Geschichte des Kosovo anzusehen, die untrennbar verbunden ist mit der historischen Schlacht auf dem Amselfeld am 28. Juni 1389. Derartige nationale, transgenerationale Geschichtstraumata können beweint oder politisch ausgebeutet werden. Im letzteren Fall werden sie zum explosiven Gemisch, wenn sie nationalistisch unterfüttert und von der Presse instrumentalisiert werden. Dazu kommen die Probleme des industriellen Wandels und der Verstädterung. Ferner sind zu berücksichtigen: die Übervölkerung, die Versorgung, der Welthandel, die Rohstoffe, die Kolonien, das internationale Kapital und letztlich die alles überlagernden geopolitischen Interessen.

Heute wird peinlich darauf geachtet, den in Versailles zweifellos diktierten Vertrag als Friedensvertrag zu bezeichnen. Obwohl die deutsche Delegation zu den langwierigen mündlichen Verhandlungen über den Vertragsinhalt nicht zugelassen war, musste sie am 28. Juni 1919 – exakt fünf Jahre nach dem Terroranschlag in Sarajevo – nach ultimativer Aufforderung den vorgelegten Vertrag unterzeichnen. Nachdem im Weigerungsfall mit dem Einmarsch von Truppen gedroht wurde, unterzeichneten die Deutschen unter Protest. Auch nach damaligem Rechtsverständnis war ein Vertrag, der durch Drohung zustande gekommen war, nichtig.

Im Vergleich zu Versailles war der 1648 in Münster und Osnabrück geschlossene »Westfalische Frieden« geradezu nobel. Hier haben die ehemaligen Kriegsgegner nämlich gemeinsam die Bedingungen für den Frieden ausgehandelt. An dieser Stelle muss auch auf die Friedensverhandlungen von 1814 und 1815 hingewiesen werden, bei denen dem Vertreter des völlig besiegten Frankreichs ein Mitspracherecht auf Augenhöhe eingeräumt wurde. Die Friedensbedingungen

waren dann auch für Frankreich sehr milde. Die Siegermächte hatten das zukünftige machtpolitische Gleichgewicht als Verhandlungsziel vor Augen und nicht, wie ca. 100 Jahre später, die Demütigung, Verleumdung, Ausbeutung, Verelendung, Ausgrenzung und völlige Niederwerfung des besiegten Volkes. Die Strategie der Sieger von 1918 war dumm und gefährlich. Sie bürdete der jungen deutschen Demokratie eine lebensgefährliche Hypothek auf und düngte den Acker, auf dem der Ungeist heranwuchs, der zum Zweiten Weltkrieg führen sollte.

Nun ist zu hoffen, dass sich nach hundert Jahren auch in Deutschland eine komplexere Sicht auf diese katastrophale Zeitenwende einstellt. Es geht nicht darum, Kriegsschuld oder -unschuld zu beweisen. Vielmehr kommt es darauf an, gemeinsam zu untersuchen, wie es zu diesem verheerenden Krieg kommen konnte. Nur dann wird man ähnliche Entwicklungen in unserer Zeit besser erkennen und hoffentlich verhindern können.

Zurück zu Kaiser Wilhelm II. und der Schwierigkeit, sich von seiner Person ein objektives Bild zu machen. Sein Hang zu großem Pomp und militärischem Prunk sowie sein forsches und schillerndes Auftreten brachten dem Monarchen von seinen besorgten wie auch konsternierten Zeitgenossen zu Recht Kritik ein, die häufig bis zur Verleumdung gesteigert wurde. Doch schon vor 50 Jahren forderte der englische Bismarck-Biograf Ian F. D. Morrow[6], Wilhelm II. so darzustellen, wie *»er sich dem heutigen, verständnisvolleren, besser informierten Historiker offenbart«*.[7] Dieser Appell wird bis heute weitgehend überhört. Es ist zu hoffen, dass er jetzt endlich ernst genommen wird. Auch dazu möchte das Buch beitragen. Es wagt den Versuch, die Epoche Wilhelms II. aus der damaligen Zeit heraus verstehend zu schildern.

Zweifelsohne gehörte Wilhelm II. schon vor 1914 zu den Schicksalsfiguren der deutschen Geschichte. Aber spiegelte seine Persönlichkeit nicht die Chancen und die Hoffnungen des englischen und des deutschen Volkes wider? Hätte nicht der Lieblingsenkel der britischen Queen Victoria zum Glücksfall für die Engländer und für die Deutschen werden können? So war er als Kind und Jugendlicher häufig gern gesehener Gast nicht nur im Windsorpalast, sondern auch im schottischen Schloss der Queen.

Queen Victoria ließ sich von ihrer Tochter Victoria Adelaide über die Erziehung ihres ersten Enkels immer auf dem Laufenden halten. Die Zuneigung

des Kaisers zu seiner Großmutter und das eher schwierige Verhältnis zu seiner Mutter, der »Engländerin«, der am Berliner Hof mit großem Misstrauen begegnet wurde, und dem ebenfalls ungeliebten Onkel Edward, dem späteren englischen König, ließen wohl in Wilhelm II. jene oft beschriebene Hassliebe entstehen, die seine Beziehung zu England nach dem Tode Victorias prägen sollte. Trotz aller familiären Querelen fühlte sich der Hohenzoller mit englischen Vorfahren als Freund der Briten.

An der Mittelmeerküste Nordafrikas rivalisierte England mit Frankreich. Bismarck konnte sich auf eine kontinentale Politik beschränken und kam somit England nicht in die Quere. Zudem war England auch wirtschaftlich ein Koloss, das soeben gegründete zweite Deutsche Reich hingegen ein Zwerg. Doch Deutschlands Volkswirtschaft wuchs rasant und begann um die Jahrhundertwende die britische zu überflügeln. Das Deutsche Reich wurde nun zum Konkurrenten, der dem British Empire im Welthandel ständig wachsende Marktanteile abnahm, und als solcher als Bedrohung für den eigenen Wohlstand empfunden. Die britischen Imperialisten reagierten darauf in altbewährter Manier, nämlich durch Bildung einer Allianz mit dem Ziel, den Rivalen bei passender Gelegenheit zu erledigen.

Wilhelm II. als Vierjähriger mit seinem Vater Friedrich Wilhelm auf Schloss Balmoral, Schottland (1863). Rechts: Wilhelm II. als 24-Jähriger in schottischer Tracht. Das Foto signierte er mit »I bide my time« (Ich warte, bis meine Zeit kommt)

Soweit einige Schlaglichter auf die machtpolitische Konstellation vor dem Krieg, die zeigen sollen, wie hochkomplex die wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen miteinander verwoben waren. Ziel dieses Buches soll sein, die verwickelte Situation gegenseitiger Konkurrenzverhältnisse und Interessenlagen transparent zu machen. In diesem Zusammenhang muss die These eines »zweiten Dreißigjährigen Kriegs« (Charles de Gaulle 1941[8] und Winston Churchill 1944 und 1948[9]) neu diskutiert und der Frage nachgegangen werden, ob Wilhelm II. eine Kollision hätte verhindern können.

Den Beginn des Buches bildet eine kurze Rekapitulation der europäischen Machtkämpfe seit der Reformation, die zu den verhängnisvollen Konstellationen Ende des 19. Jahrhunderts führten, woraufhin sich die Rivalitäten zuspitzten. Zum Verständnis der historischen Wurzeln ist diese Rückblende unverzichtbar. Der Dreißigjährige Krieg und die koloniale Eroberung Nordamerikas sind dabei besonders wichtig. Anschließend nähert sich die Betrachtung dem Brennpunkt Balkan, der zum Auslöser des Ersten Weltkriegs wurde. Der Grund aber lag nicht in Serbien, sondern im Spiel der Macht- und Profitinteressen, von einigen wenigen Hasardeuren hinter den Kulissen skrupellos gespielt – oft ohne Wissen der offiziellen Machthaber. So kam es trotz des allgemeinen Friedenswillens zum Countdown in die Katastrophe. Exemplarisch sowohl für die Hybris der Strategen als auch für das Leiden des einzelnen Soldaten steht die folgende Schilderung des »Handstreichs gegen Lüttich« Anfang August 1914. Nach einer Bewertung der Motive und Folgen des »Großen Kriegs« folgt schließlich die Analyse der Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika. Deren Aufstieg zur einzigen Weltmacht ist untrennbar mit dem Ersten Weltkrieg verbunden und nimmt daher in dem Buch größeren Raum ein. Amerikas Eintritt hat den Sieg der Entente erst ermöglicht und damit auch das Ergebnis von Versailles.

Die Ungerechtigkeiten des Vertrags von Versailles waren eine der wesentlichen Ursachen für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Danach konnten die USA ihren Brückenkopf Europa mit dem Zentrum in der neu geschaffenen Bundesrepublik Deutschland weiter ausbauen. So zieht sich die Linie der erfolgreichen Strategie der USA über den Kalten Krieg und den Zusammenbruch der Sowjetunion bis in die Gegenwart, in der, wie Willy Wimmer zeigt, die Bruchlinien des Ersten Weltkriegs erneut aufreißen. Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt auch die Nahost-Expertin Karin Kneissl. Für sie tobt im Nahen Osten immer noch der Erste Weltkrieg.[10] Resigniert stellt sie fest:

»Es sind unglaublich viele Feiglinge am Werk: es fehlen die Denker mit Rückgrat.«[11] Paralysiert stehen sie als Gefangene der eigenen Geschichte vor den Problemen der Gegenwart. Doch nur wer die Vergangenheit reflektiert, kann die Konflikte der Gegenwart lösen und ein Fundament für eine friedlichere Zukunft schaffen.

Neben dem Krisenherd in Nahost hat sich die Ukraine in den Fokus geschoben. Auch hier liegen die Ursachen weit zurück. Schon Bismarck strebte als wichtigstes geopolitisches Ziel die Trennung der Ukraine von Russland an. Heute konstruiert die Publizistik hemmungslos Feindbilder. *»Da haben Medien in ganz Europa durch ihre nationale Perspektive wesentlich zur Kriegsdynamik beigetragen«*[12], urteilt der Medienwissenschaftler Jürgen Grimm. Dasselbe war im Vorfeld des Ersten Weltkriegs zu beobachten. Als Protest an der Ukraine-Berichterstattung der Leitmedien entzündete sich eine Gegenbewegung im Internet und in unabhängigen Zeitschriften mit beachtlichen Beiträgen von Willy Wimmer.

Krieg und Bürgerkrieg – Spirale der Machtkämpfe (1600–1913)

»Wer nicht von dreitausend Jahren
sich weiß Rechenschaft zu geben,
bleib im Dunkeln unerfahren,
mag von Tag zu Tage leben.«

Johann Wolfgang von Goethe,
West-östlicher Divan[1]

England ordnet die Welt neu

Im »West-östlichen Divan« klagt Goethe über die Zersplitterung Europas; er mag dabei wohl an das Geplänkel auf dem Wiener Kongress gedacht haben: *»Und wer franzet oder britet, italienert oder teutschet, einer will nur wie der andere, was die Eigenliebe heischet.«*[2] Die nationalen Egoismen aber, so hoffte Goethe, ließen sich zügeln, sofern die Europäer sich ihrer 3000-jährigen Geschichte bewusst würden – einer Geschichte, die mit der ca. 1000 v. Chr. einsetzenden griechischen und der nachfolgenden römischen Epoche begann. Der hier nun folgende Rückblick muss sich indes auf die 300 Jahre vor dem Attentat in Sarajevo beschränken.

Mit der Reformation war eine westeuropäische Bewegung entstanden, die sich von den Fesseln des römischen Papstes befreien wollte. Gleichzeitig streckten die romtreuen Portugiesen und Spanier ihre Hände nach den neuen Welten in Übersee aus. Gerhard Mercator (1512–1594) schuf im Jahre 1569 eine europazentrierte Weltkarte, die den Seefahrern das Navigieren erleichterte und ihm Weltruhm einbrachte.[3] In ihr zeigt sich Europas Wunschdenken, respektabler Mittelpunkt der Erde zu sein.[4] Zwei Drittel der Kartenfläche dienten der Darstellung der nördlichen Erdhälfte, während die südliche Erdhälfte ins untere Kartendrittel gepresst war. Die alte Mercator-Karte begleitete 400 Jahre europäischer Weltherrschaft und inspirierte auch John Dee, englischer Mathe-

matiker, Astronom, Philosoph, Mystiker und Berater von Königin Elisabeth I. (siehe Abb. unten)

Mit Erstaunen und wohl auch einer Portion Missgunst verfolgten die angelsächsischen Gelehrten den grandiosen Aufstieg von Portugal und Spanien seit der Entdeckung Amerikas durch Kolumbus im Jahre 1492. John Dee war mit den Ministern William Cecil (1520–1598) und Francis Walsingham (1532–1590) befreundet. Letzterer baute in den Jahren von 1578 bis 1583 auf dem Kontinent ein Spionagenetzwerk auf – gleichsam eine Vorläuferorganisation des britischen Secret Service. Mindestens 50 Agenten bezahlte er aus eigener Tasche, darunter John Dee, der unter dem Codenamen 007 in seinen Diensten gestanden haben soll.[5] Um 1570 brach der Freibeuter Francis Drake zu Kaperfahrten in die Karibik auf. John Dees Expansionspläne gingen deutlich weiter: Um ein »Atlantisches Imperium« errichten zu können – Dee prägte den Ausdruck »British Empire« – forderte er eine königliche Flotte von 60 großen Schiffen oder mehr. *»Dadurch werden die Einkünfte der Krone Englands und der öffentliche Reichtum sich wunderbar vermehren und gedeihen und dementsprechend lassen sich die Seestreitkräfte dann weiter ausbauen. Und so wird sich der Ruhm, das Ansehen, die Wertschätzung und Liebe und die Furcht vor diesem Britischen Mikrokosmos über das ganze weite Erdenrund rasch und sicher ausbreiten.«*[6] Dees Visio-

Imaginäre Landkarte des britischen Weltreichs des Geographen John Dee (1527–1608). Sie gibt nicht Landmassen, sondern »Ideengebilde« wieder. An ein zusammenhängendes »Euro-America« – mit ähnlichen Grenzen wie die NATO nach der Osterweiterung – schließt sich ein »Euro-Asia« an. Südlich davon »Islamistan«

nen stießen auf offene Ohren, seine Wünsche wurden erfüllt. England siegte im Kampf um die neuen Welten in Übersee.

Der Dreißigjährige Krieg in seiner heutigen Aktualität

Gegen Ende des 16. Jahrhunderts brachen innerhalb des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation trotz des Religionsfriedens von Augsburg (1555) die Glaubensgegensätze zwischen Luthertum und Katholizismus wieder auf. 1608 rief Kurfürst Friedrich V. von der Pfalz die »Protestantische Liga« ins Leben, Herzog Maximilian von Bayern 1609 die »Katholische Liga«. Das Heilige Römische Reich war im Gegensatz zu Frankreich nicht zentralistisch geführt, sondern zerfiel in über dreihundert Einzelterritorien – und das im konfliktträchtigen Gravitationszentrum Europas. Die von den Kurfürsten gewählten Kaiser – fast immer aus der Herrscherfamilie der Habsburger – strebten danach, möglichst viel Macht allein und direkt auszuüben, was jedoch die einzelnen Reichsgebiete zu verhindern trachteten, z. B. die Schweiz, Norditalien, das heutige Belgien und die heutigen Niederlande. Die Habsburger beherrschten zudem Spanien, Süditalien, Böhmen und Ungarn. Somit hatte Frankreich ab dem frühen 16. Jahrhundert nur noch eine Außengrenze und einen Feind: die Habsburger.

Nach einer angeblichen Verletzung des »Majestätsbriefes«, der den Protestanten in Böhmen Religionsfreiheit zusicherte, warf am 23. Mai 1618 eine Verschwörergruppe unter Führung des aufgebrachten Heinrich Matthias Thurn (1567–1640) die beiden verhassten kaiserlichen Statthalter Jaroslav Martinitz und Wilhelm Slavata samt ihrem Sekretär Fabicius aus den Fenstern des Hradschins (in 17 Metern Höhe) – der Prager Fenstersturz wurde zum Fanal für den offenen Aufstand der böhmischen Stände gegen das Haus Habsburg, und als sichtbares Zeichen erhoben sie den Führer der »Protestantischen Union« zum böhmischen König: Kurfürst Friedrich V., Schwiegersohn Jacobs I. von England. Der »Böhmische Krieg« (1618–1620) mündete in den »Pfälzischen Krieg« (1621–1624). Dem katholischen Heerführer Johannes von Tilly hatte sich während des böhmischen Krieges ein konvertierter böhmischer Edelmann angeschlossen: Albrecht von Wallenstein (1583–1634). Mit Wallenstein, so Leopold von Ranke, trat die *»außerordentlichste Gestalt«* des Dreißigjährigen Krieges ins Rampenlicht.[7] Der Kaiser hatte dessen Angebot, ein privates Söld-

nerheer aufzustellen, angenommen. Damit begann laut Gombrich *»ein gräuliches Gemetzel von schlechtbezahlten, wilden Soldatenhorden«*, die hauptsächlich aufs Rauben und Plündern aus waren und je nach erhoffter Beute die Seite wechselten. Kaiser und Glaube waren längst vergessen. Heute, am Beginn des 21. Jahrhunderts, feiert diese Art der Kriegsführung fröhliche Urständ. Auch die USA setzen in ihren Kriegen private Söldnerarmeen ein, die wie einst Wallensteins Kämpen rechtlos operieren. Staatliche Souveränität, pervertiert zur Souveränität des Stärkeren.[9]

1628 erhielt Wallenstein das eroberte Mecklenburg als Reichslehen und den Titel »General der ganzen kaiserlichen Schiffsarmada zu Meere wie auch des ozeanischen und baltischen Meeres«. König Gustav II. Adolf von Schweden fürchtete nun, der habsburgische Kaiser beabsichtige, an Nord- und Ostsee eine Seeherrschaft zu begründen. Gleichzeitig sah er seine Chance gekommen, hegemoniale Ansprüche in Nordosteuropa durchzusetzen. Anfang Juli 1630 landete er mit einer starken Armee auf Usedom und zwang Pommern, Mecklenburg, Brandenburg und Sachsen zu einem Bündnisvertrag. So wie heute Interventionen als humanitäre Rettungsaktionen verbrämt werden, verklärte Gustav Adolf seinen Krieg als Rettung des deutschen Protestantismus – und ließ sich vom katholischen Frankreich auch noch dafür bezahlen, denn in den Augen Richelieus war er als Vorkämpfer auf deutschem Boden ein willkommenes Werkzeug gegen das Haus Österreich.[10] Gestern wie heute: Machtpolitik kennt keine Moral. Gustav Adolfs enge Anlehnung an Frankreich, wo Kardinal Richelieu längst zielstrebig auf die Schwächung der katholischen Habsburger hinarbeitete, verschaffte ihm durch den Bündnisvertrag von Bärwalde am 23. Januar 1631 jährlich eine Million Livres oder 400 000 Reichstaler französischer Hilfsgelder und versetzte ihn damit in die Lage, den Offensivkrieg *»zur Restitution der unterdrückten Reichsstände ins Reich zu tragen«*[11].

Nachdem 1635 die Reichsfürsten, Protestanten wie Katholiken, Frieden mit Ferdinand II. geschlossen hatten, griff Frankreich den habsburgischen Kaiser und dessen spanische Verwandte aktiv an, um die Umklammerung Frankreichs aufzusprengen und gleichzeitig strategisch wichtige Gebiete an sich zu reißen. Für das Heilige Römische Reich sollte der nun folgende Krieg gegen das katholische Frankreich und das protestantische Schweden (1635–1648) zur Zerreißprobe werden: Die in Böhmen als lokaler protestantisch-katholischer Konflikt begonnene Rebellion endete im Kampf zweier katholischer Machtblöcke: der spanischen und österreichischen Habsburger einerseits und Frank-

reichs andererseits.[12] Es ging also letztlich nicht um Glaubenskämpfe, sie wurden nur zu Machtzwecken instrumentalisiert – ähnlich wie heute die von den USA in gefährlicher Weise geschürten »Glaubenskonflikte« zwischen Schiiten und Sunniten.

Die Wechselfälle des Dreißigjährigen Krieges, in dem Deutschland durch seine geographische Mittellage zur Bühne für das Kriegstheater der europäischen Mächte geworden war, endeten am 24. Oktober 1648. Im »Westfälischen Frieden« wurden der Augsburger Religionsfriede von 1555 präzisiert und alle christlichen Bekenntnisse als gleichberechtigt anerkannt. Als noch bedeutungsvoller sollte sich jedoch die veränderte Mächtekonstellation in Europa – und damit die veränderte Landkarte – erweisen: Die Schweiz und die Niederlande wurden unabhängig, Schweden stieg unter Frankreich zur neuen Großmacht auf. Die protestantische Ostseemacht erhielt Vorpommern mit Stettin und der Odermündung, Rügen, Wismar, das Erzbistum Bremen und Stift Verden (Elbe- und Wesermündung). Das katholische Frankreich bekam viele deutsche Festungen und Städte in der Nähe des Rheins und war der eigentliche Sieger. In den österreichischen Erblanden war der Protestantismus so gut wie ausgerottet, gleichzeitig wurde die Machtstellung des Hauses Habsburg vernichtet und große Gebiete verwüstet.

Für Richelieus Nachfolger Giulio Mazarin (1602–1661) bedeutete der Frieden zunächst den Triumph über Österreich und die Schwächung des Heiligen Römischen Reichs. Frankreich konnte sich von nun an als Bürge der Reichsverfassung jederzeit formal einmischen. Durch diese »Pax Gallica« mit ihren beträchtlichen Territorialgewinnen – die österreichische Landgrafschaft Ober- und Niederelsass, der Sundgau, die Landgrafschaft über zehn elsässische Reichsstädte, die definitive Bestätigung der lothringischen Bistümer Metz, Toul, Verdun und des Besatzungsrechts im rechtsrheinischen Gebiet Philippsburg sowie der Gewinn von Breisach – rückte die Einheit der deutschen Lande in weite Ferne.

Im ohnmächtigen Deutschen Reich übernahmen nun die Landesfürsten die Rolle als Träger einer neuen Entwicklung, die durch Kleinstaaterei hindurch zum Nationalstaat führen sollte. Der Titel des Kaisers war kaum mehr als ein Ehrentitel, auch wenn die Habsburger ihn noch bis 1806 führten. Mit der Unabhängigkeit der Niederlande und dem Verlust wichtiger Küstenregionen und Ostseehäfen an Schweden war Deutschland fast völlig von der Hohen See abgeschnitten und somit vom Seehandel sowie dem Erwerb von Kolonien weitgehend ausgeschlossen und verlor damit an Bedeutung. England, Schwe-

den, Spanien und die Niederlande hingegen wurden durch ihre erfolgreiche Kolonialpolitik einflussreich und wohlhabend, sie förderten zudem ein liberales Bürgertum, das sich in den deutschen Landen nicht entwickeln konnte.[13]

Der kriegsbedingte wirtschaftliche und finanzielle Zusammenbruch führte in Deutschland zu einer Verwilderung der Gesellschaft. Die Bevölkerung war um ein Drittel von 19 auf ca. 12 Millionen Einwohner zurückgegangen, wobei die meisten durch Hunger und vor allem durch Seuchen ums Leben gekommen sein mögen. Der Schwedengeneral Johan Baner schrieb 1638: *»Vom äußersten Pommern an bis zur Elbe sind alle Länder so verwüstet und ausgeraubt, daß darin weder Hund noch Katze, geschweige denn Menschen und Pferde sich aufhalten können.«*[14] Die über eine Generation andauernden Verwüstungen und Kriegsgräuel setzten sich tief im kollektiven Gedächtnis der Deutschen fest.

In Frankreich wurde Ludwig XIV. 1643 als Vierjähriger inthronisiert und während seiner Minderjährigkeit von Kardinal Mazarin vertreten. Der spätere Sonnenkönig herrschte 72 Jahre lang – bis 1715. Sichtbares Zeichen seines Absolutismus ist u. a. das Schloss Versailles. Als wichtiges und jederzeit verlässliches Machtinstrument schuf er sich ein stehendes Heer, welches Kriegsminister Louvois zukunftsweisend nach Infanterie, Kavallerie und Artillerie aufbaute und streng in Kompanien, Regimenter und Brigaden gliederte. Die damalige Truppenstärke von 270 000 Mann[15] bei 18 Millionen Einwohnern unterstreicht den Machtwillen des absolutistischen Monarchen. Der Sonnenkönig baute die Vormachtstellung Frankreichs weiter aus und führte eine Reihe von Eroberungskriegen.

Im Frieden zu Nimwegen (1678) einigte sich Frankreich mit Holland, Spanien und dem deutschen Kaiser. Das Ergebnis darf sich sehen lassen: Burgund, Cambrai, Valenciennes, Freiburg und Lothringen wurden französisch. Dadurch hatte Ludwig XIV. Frankreichs Grenzen nach Norden und – durch die Gewinne am Oberrhein – vor allem nach Osten weit vorgeschoben. Er war der mächtigste Herrscher in Europa und setzte seine Eroberungspolitik auch im Frieden fort. Um weiter nach Osten expandieren zu können, berief er sich auf ein umstrittenes Wiedervereinigungsrecht (Reunionsrecht) und erhob territoriale Ansprüche, die bis auf die Merowinger – das von 486 bis 751 herrschende Geschlecht der salischen Franken – zurückgingen. Weil der deutsche Kaiser wegen Unruhen in Ungarn sowie wegen eines drohenden Türkenangriffs – Ludwig XIV. hatte die Türken dazu ermuntert – keine militärische Hilfe leisten konnte, gingen das Elsass und weite Teile der Pfalz dem Reich kampflos

verloren. Fragwürdiger Höhepunkt der Reunionspolitik war am 30. September 1681 die Besetzung und Annexion der freien Reichsstadt Straßburg, was sogar in den benachbarten westeuropäischen Staaten Empörung hervorrief.

Im Gegensatz zu Frankreich hatte das Osmanische Reich – vermutlich wegen vielfältiger innerer Probleme – die sich ihm im Dreißigjährigen Krieg bietenden Chancen ungenutzt verstreichen lassen. Erst als es um 1660 Siebenbürgen unterwerfen wollte, wurde die türkische Bedrohung für das Habsburgerreich akut, deren Abwehr aber durch die gleichzeitigen Kämpfe Kaiser Leopolds I. gegen den mit den Türken verbündeten Ludwig XIV. erschwert.

Das Heilige Römische Reich im Kampf mit dem Türkenreich

Die kriegerische Eskalation in Ungarn führte 1683 zum letzten großen Vorstoß des osmanischen Heeres. Unter dem Befehl des Großwesirs Kara Mustafa kam es ab dem 14. Juli zur zweiten Türkenbelagerung Wiens – 157 Jahre nach der ersten, fehlgeschlagenen Belagerung im Jahr 1526.

Anschließend richtete sich der Stoß der Türken gegen das mittelalterliche Königreich Ungarn, das noch im gleichen Jahr nach einem äußerst hartnäckigen Kampf in der Schlacht von Mohacz vernichtet wurde. Die ungarischen Kräfte hatten sich, obwohl seit der Vereinigung mit Böhmen im Jahr 1490 laufend verstärkt, als zu schwach erwiesen. Mohacz war das Ende, nachdem die Türkenflut nicht eingedämmt werden konnte. Für den britischen Geschichtsphilosophen Toynbee löste aber gerade das Ausmaß dieser vernichtenden Niederlage in dem verbliebenen Rumpfungarn und in Böhmen und Österreich neue Gegenkräfte aus: »*Sie schlossen sich unter den Habsburgern, die in Österreich seit dem Jahre 1440 herrschten, eng zusammen. Und diese Verbindung bestand fast vierhundert Jahre, löste sich erst im Jahre 1918, also in dem gleichen Jahr, in dem auch das Türkenreich endgültig zerfiel – jenes Reich, das den Hammerschlag von Mohacz mit all seinen schöpferischen Folgen vierhundert Jahre zuvor ausgeführt hatte!*«[16]

Während Wien von den Verteidigern gehalten werden konnte, gelang es am 12. September 1683 deutschen und polnischen Truppen unter dem Oberbefehl des Polenkönigs Johann III. Sobieski, vom Kahlenberg aus den Belagerungsring zu durchbrechen und die Vernichtung der osmanischen Verbände einzuleiten. Hier tat sich Prinz Eugen von Savoyen (1663–1736) als Feldherr besonders hervor. Der Mann, den Ludwig XIV. wegen seiner unscheinbaren Gestalt nicht

als Offizier in sein Heer aufnehmen wollte, befreite in den nächsten Jahren immer mehr Länder von der türkischen Herrschaft. 1686 wurde Budapest eingenommen, 1687 Siebenbürgen befreit, und ein Jahr später standen die habsburgischen Truppen in Belgrad. Schließlich wurde die türkische Grenze, die von 1529 bis 1683 an den südöstlichen Vororten Wiens entlang führte, in die nordwestlichen Vororte Adrianopels – das heutige Edirne befindet sich etwa 220 km westlich von Istanbul – zurückverlegt.

Gleichzeitig kämpften Polen und Russland gegen die Türken und entrissen ihnen 1696 Asow am Schwarzen Meer. Im Frieden von Karlowitz gingen Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien und der größte Teil von Slawonien an Österreich.

Nach der Befreiung Wiens von den Türken hatten Kaiser und Reich – darunter Bayern, Brandenburg, Hannover und Sachsen – die Kraft, den Kampf gegen Frankreich zunächst allein zu führen. Ludwigs Versuch, sich auch die Kurpfalz einzuverleiben, scheiterte am Engagement Wilhelms III. von Oranien, der seit 1689 König von England war. Als Gegner der französischen Expansionspolitik und in Sorge um ein Gleichgewicht im europäischen Mächteringen organisierte er ein kampfstarkes Bündnis. An der Seite von Kaiser und Reich traten Holland, England, Schweden und 1690 auch Spanien und Savoyen in den Krieg ein. Frankreich stand nach drei Jahren am Rande einer Niederlage. Aber auch die Große Allianz zeigte Abnutzungserscheinungen. Mit diplomatischem Geschick spielte Ludwig XIV. die Koalitionsparteien gegeneinander aus. Die Koalition zerbrach, und schwerwiegende Kriegsfolgen für Frankreich konnten verhindert werden. Im Friedensschluss zu Ryswick (1697) musste Frankreich bis auf das Elsass alle eroberten Gebiete zurückgeben.

Doch auch der Friede von Ryswick ließ Europa nicht zur Ruhe kommen, er leitete nur eine auf vier Jahre befristete Verschnaufpause ein. Denn als der spanische König Karl II. am 1. November 1700 im Alter von 39 Jahren kinderlos starb, erlosch die spanische Linie der Habsburger. Während nun Kaiser Ludwig XIV. für seinen Enkel Philipp von Anjou Erbansprüche anmeldete, sah der englische König William III. die hochgeschätzte »Balance of Power« in Gefahr. Geschickt schuf er »zur Verteidigung der Freiheit Europas« eine mächtige Koalition: England, Holland, Österreich, Preußen, Hannover, Portugal, das Deutsche Reich und Savoyen. Als einziger Verbündeter Ludwigs IV. blieb das Haus Wittelsbach, also Bayern. William III. war am Ziel seiner Träume.

Doch ehe er sich in das Kriegsgetümmel stürzen konnte, erlag er den Verletzungen, die er sich bei einem Sturz vom Pferd zugezogen hatte. Nun musste zunächst die Erbfolge in England geklärt werden. Die Wahl fiel auf Anne, zweite Tochter von Charles II. Sie war streng anglikanisch erzogen worden und hatte sich während der »Glorious Revolution« gegen ihren Vater auf die Seite ihres Schwagers William von Oranien gestellt. Das verhieß für das englische Parlament Kontinuität.

Um die Verwirrung komplett zu machen, erhob der österreichische Kaiser Leopold I. gegen die französische Erbpolitik eigene Erbansprüche auf Spanien für seinen Zweitgeborenen Erzherzog Karl. Ein kaiserliches Heer unter Prinz Eugen setzte sich nach Italien in Marsch. Es begann der erste Weltkrieg der Neuzeit mit Kriegsschauplätzen in Spanien, Italien, Süddeutschland, den Niederlanden, auf den Ozeanen und in der Nordsee. Die Allianz stürmte von Sieg zu Sieg. Österreich wurde Englands »Festlandsdegen« und sollte es ein halbes Jahrhundert lang bleiben. Doch konnte es die lebenswichtige Seestraße von Gibraltar sichern? Eine Sperrung, die das geschwächte Spanien zwar angedroht hatte, aber nicht umsetzen konnte, wäre für den englischen Handel katastrophal gewesen. Die strategische Bedeutung hatte auch der spanische Kommandant von Gibraltar erkannt und um Verstärkung gebeten – zum Glück der Engländer vergeblich.

Anfang August 1704 eroberten die hessisch-österreichischen Truppen von Landgraf Georg von Hessen-Darmstadt Gibraltar. Auf den Festungswällen wehten nun der habsburgische Doppeladler und der hessische Löwe. Damit sollte Gibraltar als Besitz des rechtmäßigen Thronfolgers von Spanien angezeigt werden. Als die Truppen des Landgrafen zu einem anderen Kriegsschauplatz befohlen wurden, ließ der englische Admiral Sir George Rooke die Flaggen wieder einholen und dafür die englische setzen. Alle Versuche der Spanier und Franzosen, den leichtfertig aufgegebenen Platz zurückzugewinnen, schlugen fehl.

Im Frieden von Utrecht gelang 1713 ein diplomatisches Meisterstück. Spanien wurde zwischen Philipp von Anjou, dem Enkel Ludwig XIV., und dem österreichischen Kaiser Karl IV. aufgeteilt. Holland erhielt die Verfügungsmacht über einige spanisch-niederländische Grenzbefestigungen, Preußen Obergeldern und die Grafschaften Mörs und Lingen. England wurden die Hudsonbay-Länder, Neufundland und Neuschottland überlassen. Spanien musste Gibraltar und Menorca an England abtreten. Des Weiteren erkannte Frankreich den preußischen Königstitel und die protestantische Thronfolge

in England an und war bereit, die Festungswälle von Dünkirchen zu schleifen. Diese Zugeständnisse waren von großer Tragweite: Zum einen konnten jetzt englische Pelzjäger in die Wälder um Kanada eindringen, zum anderen bedeutete es die endgültige Ausschaltung Frankreichs aus der Nordsee. Zusätzlich konnte sich die englische Kaufmannschaft das spanische Monopol des Sklavenhandels sichern, der sich bald zu einem wohlorganisierten Handel von der westafrikanischen Küste zu den westindischen Plantagen entwickelte. Gott dankend, verfasste der Theologe und Dichter James Thomson (1700–1748) das englische Nationallied: »Rule, Britannia, Britannia rule the waves« – »Beherrsche die Meere, Britannien!« Es scheint so, als ob die Früchte des Friedens im umgekehrten Verhältnis zum Einsatz im Krieg standen: Für Britannien waren 18 000 Mann im Feld gewesen, für die Niederlande 90 000, für Österreich 100 000.

Im Frieden von Rastatt und Baden bestätigte Kaiser Karl IV. 1714 die Abmachungen des Utrechter Friedens und nahm die ihm bestimmten Länder an. Ein britischer Sieg auf der ganzen Linie. Die »Gleichgewichtspolitik« konnte erfolgreich umgesetzt werden, und Großbritannien erlangte die Rolle eines »Schiedsrichters« durch einen Krieg, der mehr als jeder andere wirtschaftlich orientiert war, was Sir John Seely zum Ausspruch veranlasste: »*the most business-like of all our wars.*«[17] Königin Anne war es 1707 gelungen, die Personalunion England-Schottland in eine Realunion mit dem Namen »Großbritannien« umzuwandeln. Derart gestärkt, konnte man den Blick über den Atlantik wagen.

Der Kampf um Nordamerika: Siebenjähriger Krieg bzw. Indian War

In Nordamerika hatten sich keine 100 Jahre zuvor europäische Kolonisten unterschiedlicher Herkunft – Spanier, Franzosen, Holländer und Engländer – am südlichen Abschnitt der atlantischen Küste angesiedelt. Bei einem weiteren Vordringen ins Landesinnere mussten sie zwangsläufig miteinander in Streit geraten. Wer würde den Kampf gewinnen? Nach dem Dreißigjährigen Krieg schien die spanische Vorherrschaft beendet und Holland die Nase vorn zu haben. Es war zur See stärker als England und Frankreich und besaß das wertvolle Hudsontal. Frankreich beherrschte mit dem St.-Lorenz-Strom ein noch besseres Einfallstor. Von den beiden englischen Siedlungsgruppen schienen die auf fruchtbarem Boden und im milden Klima siedelnden Kolonisten beste

Überlebenschancen zu haben, ihre inmitten des unfruchtbaren Landstrichs von Neuengland siedelnden Vettern waren hingegen dem Druck der Holländer und Franzosen ausgesetzt und in einer prekären Lage.

Das änderte sich, als 1664 der Herzog von York den Holländern Neu-Amsterdam entriss und es in New York umtaufte. Zielstrebig entwickelte sich England zum Konkurrenten im Seehandel. In der Navigationsakte hatte das englische Parlament 1651 den Seemachtsanspruch Englands festgeschrieben. Nach insgesamt vier Kriegen (der vierte wurde 1780–1784 gefuhrt) musste Holland England die See überlassen.

Bevor die Engländer ihre Möglichkeiten im Hudsontal weitsichtig ausbauen konnten, erreichte 1673 der Franzose Louis Joliet vom Michigansee über den Wisconsin-Fluss den Mississippi. Neun Jahre später drang Rene-Robert La Salle, dem St-Lorenz-Strom folgend, zu den großen Seen und über die Wasserscheide ins Mississippibecken vor. Dort gründete er die französische Kolonie St. Louisiana, legte den Hafen La Nouvelle Orleans an und sicherte die Region durch das Fort St. Louis.

Die Aussichten der Engländer waren im Norden wie im Süden sehr bescheiden. Die Zukunft des Kontinents war sichtbar für die Franzosen entschieden. Deren Militärposten entstanden im Rücken der Engländer und wirkten wie ein kontinentaler Sperrriegel. Davon künden heute noch heute die Städtenamen: Detroit – Saint Paul – Saint Louis – New Orleans.

Auf See aber musste sich Frankreich in der Schlacht von La Hogue 1692 einer niederländisch-englischen Flotte geschlagen geben. Noch konnte Holland und England zugetraut werden, den Spaniern die Vorherrschaft zur See streitig zu machen. Die europäischen Machtkämpfe gingen in den Kolonien weiter; die dortigen Kämpfe wirkten sich wiederum auf das europäische Machtgefüge aus. So hat zum Beispiel der Siebenjährige Krieg – für viele ein Synonym für die Eroberungsgier Friedrichs II. – oberflächlich betrachtet mit dem nordamerikanischen Indian War nichts zu tun, abgesehen von den vom »Alten Fritz« eingeführten Kartoffeln. Erst bei genauerem Hinsehen erschließt sich der Zusammenhang. Die Menschen im ehemaligen Herrschaftsgebiet Friedrich des Großen – also Brandenburg, Pommern und Ostpreußen – mussten sich in einem ähnlich kargen Umfeld behaupten wie die Neuengländer: dünne Kiefernwälder und sandige Felder. In hartem Ringen mussten die armen Böden erschlossen werden. 200 Jahre später haben die Nachfahren der Neuengländer eine ebenso bedeutende Rolle in Nordamerika gespielt wie die Preußen in der deutschen

Geschichte. Diese schwangen sich im 19. Jahrhundert nicht nur *»zu den Herren Deutschlands auf«*, so Toynbee, *»und führten die Deutschen im zwanzigsten Jahrhundert in dem ernsten Versuch an, unserer Gesellschaft einen allumfassenden Staat zu verschaffen; die Preußen lehrten zugleich ihre Nachbarn, wie man sandige Böden zum Körnerbau benutzen kann, indem man sie mit künstlichen Düngemitteln anreichert; wie man die ganze Bevölkerung durch allgemeine Schulpflicht auf einen vorher nie erreichten Stand sozialer Tüchtigkeit und durch allgemeine Unfall- und Arbeitslosenversicherung auf einen nie zuvor erreichten Stand sozialer Sicherheit heben kann. Wir mögen die Preußen nicht leiden, wir können aber nicht leugnen, daß wir von ihnen wichtige und wertvolle Lehren gelernt haben.«*[18]

Die Neuengländer sind schließlich nicht nur die Herren Nordamerikas geworden, sondern auch, in der Mitte des 20. Jahrhunderts, Herren über Deutschland – Preußen wurde 1945 aufgelöst. Der Sieg Großbritanniens in Nordamerika wäre ohne die Unterstützung Preußens jedoch nicht möglich gewesen. Das hat Toynbee in seiner Studie zur Weltgeschichte unterschlagen. Dabei lässt sich an dieser Episode die Raffinesse englischer Machtpolitik vortrefflich studieren.

Die Lage Englands in den nordamerikanischen Kolonien war 1753 bedrohlich geworden. Hatten sich doch die Franzosen mit verbündeten Indianern des Ohio-Tales bemächtigt und Forts angelegt. Für England ein unhaltbarer Zustand. Um das schon verloren geglaubte Wettrennen doch noch gewinnen zu können, entwarf die englische Führung im Auftrag der Handelsherren einen Angriffsplan zur Beseitigung der französischen Kolonialherrschaft in Nordamerika. Die Umsetzung scheiterte und führte zu einer Reihe blutiger Niederlagen. Es bahnte sich eine Katastrophe an – denn parallel zum englisch-französischen Kolonialkrieg begann in Europa der Siebenjährige Krieg.

Als Seemacht konnte England Frankreich im Landesinneren Nordamerikas mangels Truppen nicht besiegen, also leitete es kriegerische Handlungen im Mittelmeerraum und in Indien ein, die sich auf Asien und Afrika ausdehnen sollten – der erste weltweite Eroberungskrieg der modernen Geschichte –, und sah sich in Europa nach geeigneten Verbündeten um, die das französische Kontinentalheer so binden würden, dass es sich im Schutz seiner starken Flotte auf den Kolonialkrieg konzentrieren konnte. Infrage kamen Österreich, Russland und Preußen. Welche Köder konnte London auslegen? Ein äußerst heikles diplomatisches Roulette setzte ein.

Der preußische König Friedrich II. aus dem Haus Hohenzollern hatte mit französischer Hilfe Schlesien den Habsburgern entreißen können. Der

französische Gesandte in Berlin, La Touche, erwartete nun von Friedrich eine Gegenleistung. Dieser hatte die Gesamtlage in Europa und Amerika klar erkannt. So schlug er dem Gesandten vor, dass französische Truppen unmittelbar nach der Kriegserklärung Hannover besetzen sollten, denn der englische König Georg II. war in Personalunion auch Kurfürst von Hannover. Friedrich wollte damit verhindern, so schreibt Olaf Groehler 1990, *»dass ein europäischer Brand aus der Kriegsflamme entstehen konnte, die sich im amerikanischen Wald entzündet hatte«*[19], denn nach dem Verlust von Hannover war zu erwarten, dass sich England völlig auf den Uberseekrieg konzentrieren würde. Frankreich war bereit, den Plan Friedrichs aufzunehmen, jedoch mit einer kleinen Abänderung. Preußen selbst sollte Hannover einnehmen. Das hätte aller Wahrscheinlichkeit nach ein Kriegsbündnis zwischen England, Österreich und Russland gegen Preußen zur Folge gehabt. Also lehnte Friedrich ab.

Die österreichische Regierung hatte noch den Verlust von Schlesien und der Grafschaft Glatz aus dem österreichischen Erbfolgekrieg zu verdauen. Ein englisches Bündnis mit Österreich hätte jedoch einen Krieg gegen Preußen bedeutet und wäre England in jedem Fall sehr teuer gekommen. Und Frankreich war auch noch gar nicht eingebunden. Da das oft erfolgreich praktizierte preiswerte Prinzip »Wo sind die Feinde meiner Feinde?« nicht verfing, musste gekauft werden. Hier war dann die englische Diplomatie am Zarenhof erfolgreich. Gegen jährlich 100 000 Pfund Sterling mietete England am 30. September 1755 55 000 russische Soldaten. Für den Kriegsfall sollten noch einmal 500 000 Pfund Subsidien draufgelegt werden. Im Gegenzug wollte Russland für den Transport von 10 000 Soldaten nach Nordwestdeutschland vierzig bis fünfzig Schiffe bereitstellen.

Den preußischen Hof, vom englischen Gesandten über das englisch-russische Abkommen informiert, beunruhigte die Tatsache, dass sich russische Soldaten in Nordwestdeutschland festsetzen könnten. Dem russischen Hof stand das erstarkte Preußen wegen eigener Pläne in Polen und Schweden im Weg. Ein Krieg wäre eine willkommene Gelegenheit gewesen, Preußen auf ein erträgliches Maß zurechtzustutzen. Das alles wurde in Berlin erkannt. Schlesien sollte nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Also schloss Friedrich II. mit den Engländern am 16. Januar 1756 die Westminster-Konvention ab. Beide Teile verpflichteten sich, den Frieden in Deutschland aufrechtzuerhalten. Der Durchmarsch fremder Mächte sollte unterbunden werden. Damit war Hannover sowohl den Russen als auch den Franzosen versperrt. Doch Friedrichs Rechnung war falsch, *»denn er hatte die Abhängigkeit Russlands von England*

über- und die Empörung des französischen Hofes über die preußische Annäherung an England unterschätzt.«[20]

Die Verstimmung in Paris und in Petersburg konnte die österreichische Diplomatie geschickt ausnutzen. Das Ziel: eine österreichisch-russisch-französische Koalition. Am 5. April 1756 willigte Zarin Elisabeth in den österreichischen Kriegsplan ein, gemeinsam Preußen anzugreifen. Die Waffen sollten erst nach der Rückeroberung Schlesiens niedergelegt werden. Als Entschädigung beanspruchte Russland das Kurland und die Semgallen. Das gerupfte Polen sollte mit Ostpreußen entschädigt werden. So einfach war das.

In Paris waren die österreichischen Diplomaten ebenso erfolgreich. Das preußisch-englische Abkommen konnte als Schlag gegen die französischen Interessen nachhaltig ins Feld geführt werden. Warum eigentlich? Ein Landheer konnte England nur im Kurfürstentum Hannover gefährlich werden. Und dieser Weg war durch die Westminster-Konvention versperrt. Zur See war England unangreifbar. Frankreich zögerte noch, denn ein zerschlagenes Preußen und ein übermächtiges Österreich entsprachen auch nicht unbedingt seinen Wunschvorstellungen. Die Bedenken konnten zerstreut werden. Österreich bot Frankreich die österreichischen Niederlande an, sobald Schlesien und die Grafschaft Glatz zurückerobert seien. Preußen sollte auf das Maß eines Kurfürstentums zurückgeschnitten werden. Nun witterten auch andere Morgenluft. Schweden und Sachsen traten der österreichisch-französisch-russischen Koalition bei. Pommern sollte zu Schweden, Magdeburg zu Sachsen, Kleve-Mark an die Kurpfalz und Ostpreußen an Polen fallen. Damit war das eingetreten, was Preußen tunlichst hatte vermeiden wollen: Es war isoliert. Nun blieb Friedrich II. nichts anderes übrig, als sich mit England zu verbünden. Militärische Hilfe war nicht zu erwarten, dafür sah ein großzügiger Subsidienvertrag die Zahlung jährlicher Hilfsgelder vor. Die im amerikanischen Wald entzündete Kriegsflamme wuchs sich nun tatsächlich zu einem europäischen Brand aus.

In Europa wurden die österreichisch-preußischen Gegensätze ausgetragen, die in der Eroberungspolitik Preußens während des Österreichischen Erbfolgekrieges begründet waren. In erster Linie jedoch ging es um den französisch-englischen Gegensatz, und damit um die Vormacht zur See und um die Vorherrschaft in den indischen Kolonien. In Nordamerika mussten die protestantischen Angelsachsen zudem eine romanisch-katholische Herrschaft verhindern. Auch standen Handelsinteressen von ungeheurem Ausmaß auf dem Spiel. Es ging um Märkte und billige Rohstoffquellen, um Besitz, der hundertmal kost-

barer erschien als Europa und zehntausendmal größer war als Schlesien – einschließlich der Grafschaft Glatz.

Nachdem die preußische Armee die französischen Truppen auf dem europäischen Kriegsschauplatz band und William Pitt 1757 für England die Kriegsführung übernommen hatte, gelang es den Briten, 1758 Louisbourg und 1759/60 Kanada zu erobern.[21] Der letzte bedeutende französische Stützpunkt, Pondichery in Indien, wurde im Oktober 1760 von den Engländern eingeschlossen.[22] Im Gegensatz zum Premier Pitt sahen der König und das englische Bürgertum die Kriegsziele damit im Wesentlichen verwirklicht. Folgerichtig wurden im Dezember 1761 die Zahlungen der Hilfsgelder an Preußen eingestellt. Aus Sicht der Engländer hatte Preußen seine Aufgabe vortrefflich erfüllt. Nun lag es *»in der Agonie und erwartete die letzte Ölung«*[23].

1758 hatten russische Truppen Neumark verwüstet, Küstrin eingeäschert und die Festung Kolberg erobert. Halb Schlesien, ganz Hinterpommern und Teile Sachsens mussten aufgegeben werden. Doch mit dem Tod von Zarin Elisabeth, Tochter Peters des Großen, veränderte sich für Preußen unverhofft die Lage. Ihr Nachfolger, Peter III., Verehrer des Preußenkönigs, ließ sofort die Kampfhandlungen einstellen und am 5. Mai Frieden schließen. Russland gab ohne Entschädigungsforderungen all seine in Preußen gemachten Eroberungen auf. Im letzten Gefecht bei Burkersdorf konnte Friedrich zudem die Österreicher schlagen und zum Abzug nötigen. Nun war auch für Preußen der Sieg vollständig.

Der 1763 in Paris geschlossene Friedensvertrag zwischen England und der spanisch-französischen Koalition regelte die Verhältnisse in der Welt neu. In Amerika fielen Kanada, Florida, die östliche Hälfte des Mississippitals und der größte Teil der Westindischen Inseln an England. Frankreich durfte seine Kolonien in Indien (in den Grenzen von 1749) behalten. Den Spaniern wurden ihre Besitzungen auf Kuba und Havanna zurückgegeben. Durch diesen Friedensvertrag ging in Amerika mehr Territorium von einer Nation an eine andere über als durch irgendein anderes Ereignis in der Geschichte dieses Kontinents.[24]

In Europa gab der englische Premierminister Lord Bute die preußischen Interessen völlig preis und billigte den Franzosen sogar den Besitz von Kleve und Geldern zu.[25] Wenig Dank für den Steigbügelhalter, der Englands Vorherrschaft in Indien und Nordamerika sichern half.

Nicht nur großzügig, sondern direkt christlich ist die Londoner Proklamation vom 7. Oktober 1763. Den Indianern wurde darin feierlich das bisherige französische Einflussgebiet ostwärts der Appalachenwasserscheide und des Ohios als »Indianerschutzgebiet« garantiert. Anstelle des französischen Gegners trat nun auf einmal die englische Krone für die Siedler als Hindernis gegen weiteres Vordringen auf. Das verletzte den als selbstverständlich empfundenen Grundsatz der Kolonisten, Reichtum und Freiheit im Westen zu suchen.

Nachdem die Loslösung vom Mutterland öffentlich immer lauter gefordert wurde, billigte der Kongress am 4. Juli 1776 die im Wesentlichen von Thomas Jefferson vorbereitete Unabhängigkeitserklärung. Sie besteht aus einer Präambel mit naturrechtlicher Argumentation: Freiheit und Gleichheit aller Menschen. Die 500 000 Sklaven sollten jedoch auf diese Menschenrechte noch über 100 Jahre warten müssen.

Auf die amerikanische Revolution folgte die französische. Unter dem Fanal »Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit« bekamen die Henker an der Guillotine viel zu tun. Einem korsischen Artillerieleutnant taten sich bald ungeahnte Möglichkeiten auf. Napoleon Bonapartes Truppen landeten in Ägypten, doch die Engländer vernichteten 1798 die vor Abukir ankernde französische Flotte. Nach verlustreichen Gefechten übergab Napoleon den Oberbefehl der ägyptischen Armee an General Kleber und kehrte nach Frankreich zurück, um sich nun mit neuen Armeen an die Eroberung Europas zu machen. Geldknappheit zwang ihn schließlich, am 30. April 1803 die Kolonie Louisiana – sie umfasste noch große Gebiete des Mittleren Westens – für 15 Millionen Dollar an Präsident Thomas Jefferson zu verkaufen. Damit verdoppelten die USA mit einem Schlag ihr Staatsgebiet. Da Kanada samt den französischen Siedlern schon vierzig Jahre lang Besitz der englischen Krone war, verschwand die französische Flagge nun endgültig von der politischen Landkarte Nordamerikas. Napoleon war der dadurch gewonnene geostrategische Vorteil für den Widersacher England wohl entgangen.

Nun setzte er seine Heere gen Mitteleuropa in Marsch. 1805 siegte er über die vereinten Preußen und Russen in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt. Daraufhin unterwarfen sich die deutschen Fürsten dem mächtigen Napoleon und betrachteten sich von nun an als Verbündete. Konsequenterweise legte der amtierende deutsche Kaiser Franz aus dem Haus Habsburg im Jahr 1806 den Titel eines Kaisers des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation ab und nannte sich nunmehr Kaiser von Österreich. Damit war das Reich,

das mit der Krönung Karls des Großen in Rom begonnen hatte, Geschichte. Napoleon dankte für die bayerische Unterstützung und belohnte die Wittelsbacher noch im gleichen Jahr mit der Königskrone.

Im Oktober 1806 gerieten Portugal und Spanien unter französische Herrschaft, 1809 wurden die Österreicher erneut bei Wagram geschlagen und zum Frieden von Schönbrunn gezwungen. Und ein Jahr später annektierte Napoleon Bremen, Lübeck und weitere Teile Norddeutschlands sowie das gesamte Königreich Holland. Daraufhin wuchs in ganz Europa der Widerstand gegen die französische Fremdherrschaft.

Nach den Spaniern kämpften die Tiroler Bauern, die Napoleon dem Kaiser von Österreich weggenommen und an das Königreich Bayern verschenkt hatte, gegen die französischen und bayerischen Soldaten, bis Napoleon ihren Führer Andreas Hofer fangen und erschießen ließ. In den deutschen Landen empörten sich die Menschen gegen die Willkür und Gewalt des französischen Kaisers, der als Sohn der Revolution überall Monarchien installierte, die er mit Vorliebe mit Familienangehörigen besetzte. Die deutschen Volksgruppen fühlten erstmals in ihrer Geschichte die Gemeinsamkeit ihres Schicksals: Sie waren Deutsche und nicht Franzosen. Es war das erste Mal, dass alle Deutschen, ob Dichter oder Bauern, sich gegen den Willen ihrer Fürsten nach Befreiung sehnten. Doch Napoleon war noch zu mächtig, und Goethe mahnte: »*Schüttelt nur an euren Ketten; der Mann ist euch zu groß!*«[26]

Napoleons Ehrgeiz war tatsächlich ungezügelt. Nachdem sich die Russen seiner Anweisung widersetzt hatten, mit den Engländern keinen Handel zu treiben, wurden im riesigen Reich fast 700 000 Soldaten ausgehoben und an der Weichsel aufgestellt – so ein Heer hatte es in der Weltgeschichte noch nicht gegeben. 1812 marschierte Napoleon mit seiner Grande Armee und Hilfstruppen aus den »verbündeten« Ländern in Russland ein und führte sie bis vor die Tore Moskaus.

Die völlige Erschöpfung der Ressourcen durch die häufigen Kriege, die rigorose Steuerpolitik und seine Polizeiherrschaft hatten Napoleon längst bei der französischen Bevölkerung in Misskredit gebracht. Der verlustreiche Rückzug seiner Truppen im eisigen russischen Winter brachte sie weiter gegen ihn auf und ließ die europäischen Herrscher neue Hoffnung schöpfen. Seiner sterbenden Armee – von 30 000 bayerischen Soldaten kamen nur 4000 zurück – war ein verkleideter Napoleon auf einem Bauernschlitten nach Paris vorausgeeilt, um seine wankende Herrschaft zu festigen. Dort angekommen, verkün-

dete er der Welt im 29. Bulletin: *»Der Kaiser ist gesund, die Große Armee so gut wie vernichtet.«*[27] Zu neuen Taten drängend, stellte Napoleon unverzüglich ein neues Heer auf. Es war das letzte Aufgebot: Die Jugend Frankreichs sollte jetzt gegen die aufbegehrenden Völkerschaften in den Kampf geschickt werden.

Am 30. Dezember 1812 schloss der preußische General York eigenmächtig mit dem russischen General von Diebitsch einen Neutralitätsvertrag und besetzte die Gebiete zwischen Memel, Tilsit und Kurischem Haff. Daraufhin enthob ihn König Friedrich Wilhelm III. seines Postens. Doch dieser Akt des Ungehorsams wurde das Fanal für die Volkserhebung gegen Napoleon, und nach längerem Zögern stellte sich der Preußenkönig an die Spitze der Bewegung.

Inzwischen hatte Napoleon seine neue Armee nach Osten in Bewegung gesetzt. Der Kaiser von Österreich schickte ihm Metternich entgegen, um einen Frieden auszuhandeln. Einen Tag feilschte Metternich, um schließlich Napoleon zu fragen, was er machen wolle, wenn auch diese jugendliche Armee dahingerafft werde. Da verlor der große Feldherr die Fassung und herrschte Metternich an: *»Sie sind kein Soldat und wissen nicht, was in der Seele eines Soldaten vorgeht. Ich bin im Felde aufgewachsen, und ein Mann wie ich pfeift auf das Leben von einer Million Menschen.«*[28]

Im Oktober 1813 stand Napoleons Armee mit dem Juniorpartner Bayern den Preußen, Russen, Engländern, Österreichern und Schweden in Deutschlands Mitte gegenüber. Am ersten Tag hielt sich Napoleon. Als am zweiten Tag die bayerischen Truppen die Seite wechselten, war die Schlacht, die als Völkerschlacht bei Leipzig in die Geschichte einging, für Napoleon verloren. Sein Großreich brach zusammen. Österreicher marschierten in Norditalien ein, und die Engländer landeten auf der iberischen Halbinsel und rückten über die Pyrenäen vor. Da der korsische Diktator Friedensverhandlungen ablehnte, marschierten die Alliierten am 31. März 1814 in Paris ein. Napoleon wurde ins fürstliche Exil auf Elba geschickt und mit ihm die ganze Revolution ausgelöscht.

Mit Ludwig XVIII. kam nun der Bruder des geköpften Ludwig XVI. auf den Thron, der mit gleichem Pomp, gleichem Unverstand und gleicher Unbeliebtheit herrschte. Auch der seit 1814 tagende Wiener Kongress versuchte, die Revolution ungeschehen zu machen und stellte die Uhren auf die vorrevolutionäre Zeit zurück. Unter dem Losungswort »Solidarität« – es war schon das einigende Band im Kampf gegen Napoleon – wollten die fünf Großmächte

England, Russland, Österreich, Preußen und Frankreich Gleichgewicht, Frieden und Ordnung in Europa garantieren. Doch noch während an dieser friedlichen Ordnung gezimmert wurde, schlossen im Januar 1815 England, Frankreich und Österreich einen gegen Russland und Preußen gerichteten geheimen Bündnisvertrag. Hier deutete sich bereits ein geopolitischer Konflikt an: der Gegensatz zwischen der Seemacht England und der Kontinentalmacht Russland. Die Spannungen entwickelten sich in Asien und konnten als erste Anzeichen dafür gedeutet werden, *»daß in nächster Zeit die europäischen Gegensätze von Weltgegensätzen überschattet werden«*[29].

Im Frühjahr 1815 wurde der Wiener Kongress durch die Meldung erschreckt, dass Napoleon an der französischen Küste gelandet sei und auf Paris zustürme. In der Schlacht von Waterloo wurde seiner »Herrschaft der hundert Tage« dann ein Ende bereitet. Als *»Feind und Zerstörer der Ruhe der Welt«*[30] wurde der Weltenbrandentfacher nun auf die abgelegene Atlantikinsel St. Helena verbannt.

Obwohl Frankreich Europa fast ein Vierteljahrhundert in Aufruhr gehalten, mit seinen Truppen überschwemmt und Soldaten aus den eroberten Gebieten gepresst hatte, wurde es maßvoll behandelt und zur Bewahrung des europäischen Gleichgewichts in seinen Grenzen von 1790 belassen.

Auf Anregung von Zar Alexander I. wurde noch vor dem endgültigen Friedenschluss am 26. September 1815 zwischen den Monarchen Russlands, Österreichs und Preußens eine »Heilige Allianz« geschlossen mit dem Ziel, ihre Staaten nach den Grundsätzen des Christentums, der Gerechtigkeit, der Liebe und des Friedens zu leiten. Bis auf Großbritannien und den Heiligen Stuhl traten alle christlichen Mächte des Kontinents dieser Allianz bei. Sicherlich galt es, die Fürstenherrschaft zu sichern und ein Bollwerk gegen revolutionäre Erhebungen zu errichten. Doch vor allem verpflichteten sich die Staaten zur friedlichen Konfliktbeilegung. Für England, das sich seiner Unangreifbarkeit bewusst war, standen auf dem Kontinent die eigenen Interessen sowie das Mächtegleichgewicht im Vordergrund, und es konnte seine Rolle bei dieser vertraglich abgesicherten Zusammenarbeit der europäischen Großmächte dort nicht so spielen, wie man es in London beabsichtigte. So entsandte man keine Repräsentanten zu den »Kongressen« der Allianz. In gewisser Weise kann man in dieser »Heiligen Allianz« einen frühen Vorreiter der KSZE/OSZE sehen.[31]

Als sie englischen Interessen entgegenstand, wurde der Allianz der Todesstoß versetzt. Auslösendes Moment waren in den 1820er-Jahren die Befreiungskriege Serbiens und Griechenlands gegen die türkische Fremdherrschaft.

Zur Unterdrückung des Aufstandes verübten im April 1822 die Osmanen an der griechischen Bevölkerung der Insel Chios ein Massaker, das die internationale Öffentlichkeit aufrüttelte und zur Entwicklung des Philhellenismus[32] beitrug. Insgesamt sollen 25 000 Inselbewohner ermordet worden sein: alle Kinder unter zwei Jahren, alle Männer über zwölf Jahre und alle Frauen über vierzig Jahre. Der Rest, annähernd 45 000 an der Zahl, wurde auf Sklavenmärkten verkauft. Diese Vorgänge ließen die britische Bevölkerung nicht unberührt. Deren bürgerliches Engagement stand den geopolitischen Zielen Großbritanniens auf dem Balkan entgegen, denn dem britischen Imperialismus war am Erhalt des Osmanischen Reiches vor allem als Gegenkraft zur »Heiligen Allianz« gelegen; es wurde somit als notwendiges Übel geduldet und notfalls unterstützt. Aufgrund des Drucks aus der Bevölkerung half Großbritannien nun trotz entgegenstehender außenpolitischer Ambitionen den Griechen in ihrem Freiheitskampf.

Nachdem der Sultan schließlich vor dem Zaren kapitulieren musste, sah das Londoner Protokoll von 1830 die Errichtung eines kleinen, unabhängigen griechischen Königreiches vor. Es sollte nach dem Willen von Frankreich, Russland und England vom bayerischen Prinzen Otto regiert werden.

Trotz aller Sympathie für die Griechen war die damalige Weltmacht Großbritannien nicht gewillt, die Türken nachhaltig zu schwächen. Das Osmanische Reich sollte weiterhin so stark bleiben, dass es den Russen den Zugang zum Mittelmeer versperren konnte. Und so fürchtete der Zar ein gegen ihn gerichtetes englisch-griechisches Bündnis. Die Franzosen trachteten danach, ihre strategischen wie finanziellen Interessen zu sichern und hätten am liebsten den Status quo aufrechterhalten. Die Freiheit Griechenlands und die Autonomie Serbiens schwächten das Osmanische Reich, ließen bisher unterdrückte Konflikte auf dem Balkan unter Slawen und Muslimen aufbrechen und lösten einen Machtkampf zwischen Wien und Sankt Petersburg aus. Diese Konflikte konnten bis 1914 nicht überbrückt werden.

Neben den um Unabhängigkeit ringenden Serben und Griechen erhoben sich im Juli 1830 in Paris Arbeiter, Studenten und Bürger gegen die Auflösung der Kammer, in der die Liberalen die Mehrheit hatten, sowie gegen Verschärfungen in der Pressezensur. König Karl X. musste nach England fliehen. Den Thron bestieg »Bürgerkönig« Louis Philippe. In Belgien, Polen und Italien wirkte indessen die »Juli-Revolution« nach.

Im Deutschen Bund – einem Flickwerk von kleinen Herzog-, Fürsten- und Königtümern, die in verwickelter Art verbündet oder verfeindet waren – blie-

ben seit dem Wiener Kongress große Teile des Volkes von der Politik völlig unberührt. Dagegen erreichten Kunst und Kultur ungeahnte Höhen: in der Musik etwa durch Mozart, Beethoven und Schubert, in der Literatur durch Schiller und Goethe und in der Philosophie durch Hegel, Schelling und Schopenhauer. Diese beschaulich-geruhsame Zeit wurde später mit dem Etikett »Biedermeier« versehen.

1834 schlossen sich unter der Führung Preußens 18 der 39 deutschen Staaten zum »Deutschen Zollverein« zusammen. Die 1839 fertiggestellte Bahnlinie Leipzig-Dresden markiert den Beginn des deutschen Eisenbahnwesens.

In Frankreich führten Missernten und die Begünstigung der Besitzenden durch Louis Philippe 1848 zur »Februarrevolution«, in deren Folge er abdanken und fliehen musste. Unter dem romantischen Dichter Alphonse Lamartine bildete sich die »Provisorische Regierung« der Zweiten Republik. Das revolutionäre Feuer brannte jedoch weiter. Im Mai folgten in Paris Massenaufmärsche radikaler Sozialisten unter Auguste Blanqui. Sie forderten die Enteignung der Reichen sowie die Vergesellschaftung des Eigentums. Die Regierung ließ die Aufständischen durch das Militär zusammenschießen: 10 000 Todesopfer waren zu beklagen.

Ein Nachkomme des großen Napoleon, sein Neffe Louis Napoleon (1808–1873), wollte an die Zeit seines Onkels anknüpfen und hatte schon 1836 und 1840 erfolglos geputscht. Nun war seine Stunde gekommen, in der er mit Versprechen nicht geizte: So verhieß er den Arbeitern Gemeineigentum, den Bürgern Sicherheit vor dem Umsturz und den Bauern die Erneuerung der napoleonischen Welt und gewann damit bei den Novemberwahlen 1848 Dreiviertel der Stimmen. Als Präsident der Republik forcierte Louis Napoleon den Eisenbahn-, Straßen- und Wohnungsbau und ließ breite Prachtboulevards mit repräsentativen Bauten für Banken und Handel entstehen. Ein Jahr vor dem Ende seiner vierjährigen Amtszeit unternahm er einen Staatsstreich mit dem Ziel, seine Regierungsperiode ohne Wahl zu verlängern. Es funktionierte: Im Januar 1852 wurde die Amtszeit auf zehn Jahre festgesetzt. Noch im Dezember des gleichen Jahres ließ er sich als Napoleon III. zum Kaiser krönen. In einem Plebiszit wurde dieser Schritt von 97 % der Wahlberechtigten bestätigt.

Diesem Ergebnis verpflichtet, wollte er Frankreich Weltgeltung verschaffen und führte es in europäische und überseeische Abenteuer. 1853 nahm er die russische Besetzung der Fürstentümer Walachei und Moldau zum Anlass, Großbritannien zum gemeinsamen Vorgehen gegen den Zaren zu bewegen.

Der kluge und geschmeidige Ministerpräsident von Sardinien-Piemont, Camillo Cavour (1810–1861), schloss sich an in der Hoffnung, von Frankreich Unterstützung im italienischen Einigungskrieg zu erhalten. Österreich blieb neutral.

Im September 1854 kam es bei Sewastopol auf der Krim zum ersten Stellungskrieg der modernen Geschichte, der 100 000 Soldaten das Leben kostete.[33] Nach einem Jahr Belagerung fiel Sewastopol. Im Frieden von Paris verlor Russland 1856 das Donaudelta.

Nun unterstützte Kaiser Napoleon III. Cavours Ziel, ein italienisches Königreich zu errichten. Dazu führte Frankreich 1859 einen Krieg gegen Österreich. Nach den verlustreichen Schlachten von Magenta und Solferino zog sich die Donaumonarchie aus der Lombardei zurück.

Derart erfolgsverwöhnt, begann nun Napoleon III. sein mexikanisches Abenteuer. Mit Beginn des amerikanischen Bürgerkriegs hatte Benito Juárez (1806–1872) mit Unterstützung der Nordstaaten Vera Cruz erobert und das europäische Eigentum konfisziert. Im Januar 1862 verjagten ihn vereinigte englisch-französisch-spanische Streitkräfte wieder. Nach Erfüllung ihrer Forderungen zogen die Engländer und Spanier schnell wieder ab. Napoleon III. wollte den Konservativen in Mexiko nach dem bereits verlorenen Bürgerkrieg nachträglich zur Macht verhelfen und eine von Frankreich abhängige Monarchie installieren. Ihm schwebte ein Mächtegleichgewicht in der westlichen Hemisphäre vor, das die USA im Zaum halten sollte, so wie ein ähnliches Gleichgewicht in der östlichen Hemisphäre Russland in Schranken hielt. Der Moment schien günstig: Die Amerikaner trachteten sich gegenseitig nach dem Leben. So überredete Napoleon III. den anfänglich zögernden Maximilian, den jüngeren Bruder des Kaisers Franz Joseph von Österreich, Mexiko in ein neues Zeitalter zu führen.[34]

Das musste die Nordamerikaner verbittern. Verstieß Napoleon doch damit gegen die politischen Ziele der USA in Mexiko, wo sie Ministerpräsident Juárez unterstützten. Während Napoleon III. 1863 in Mexiko eine erbliche katholische Monarchie unter dem österreichischen Erzherzog Maximilian etablierte, ließ er gleichzeitig das Mekongdelta im Südwesten von Vietnam besetzen. Nach Ende des Amerikanischen Bürgerkrieges konnte Juárez mit amerikanischer Hilfe Mexiko zurückerobern, und Napoleon III. musste seine Truppen abziehen. Der Kaiser von Mexiko, Maximilian, wurde gefangengenommen und erschossen.

Unter der deutschen akademischen Jugend hatte das Gemeinschaftserlebnis der Freiheitskriege nachgewirkt. Auf dem Wartburgfest wurde 1817 die absolutistische Zeit mit der Verbrennung von Zopf und Korporalstock symbolstark zu Grabe getragen und ein republikanisches Staatswesen gefordert. Aber erst nach der Pariser Februarrevolution 1848 sprang der Funke auf Berlin, Leipzig, Frankfurt und Stuttgart über. Liberale Politiker übernahmen in den deutschen Mittelstaaten die Regierung, und eingeschüchtert gewährten die verschreckten Fürsten Presse- und Versammlungsfreiheit, um ihre Throne zu retten.

In Österreich und Preußen vollzog sich die Revolution gewaltsamer. Am 13. März 1848 bedrängten Menschenmassen in Wien die Hofburg, Barrikaden wurden errichtet. Der Aufforderung des greisen Staatskanzlers Metternich, Widerstand zu leisten, kam die Regierung nicht nach. Metternich musste fliehen. Überall im Habsburgerreich begann es zu brodeln: Während Ungarn sich für autonom erklärte, vertrieb Mailand die österreichische Besatzung, und in Venedig wurde die Republik ausgerufen.

Fünf Tage später kam es in Berlin anlässlich einer Demonstration vor dem Schloss zu Schießereien. Daraus entwickelten sich Straßenkämpfe mit dem Militär, die 230 Todesopfer forderten – meist Arbeiter, Handwerker und Studenten. König Friedrich Wilhelm IV. übernahm daraufhin die schwarz-rot-goldenen Farben der Märzrevolutionäre und versprach, dass Preußen fortan in Deutschland aufgehen werde.

Anfang April 1848 begann in Frankfurt ein Vorparlament zu tagen. Es sollte freie Wahlen zur deutschen Nationalversammlung vorbereiten. Unter Präsident Heinrich von Gagern versammelten sich am 18. Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche 586 Abgeordnete – auf je 50 000 Einwohner kam ein Abgeordneter. In Paris und in Wien flackerte das revolutionäre Feuer in den Sommermonaten wieder auf. Der österreichische Reichstag wich ins ostmährische Kremsier in den dortigen Bischofspalast aus. Am 31. Oktober 1848 eroberten kaiserliche Truppen Wien zurück.

Dessen ungeachtet arbeitete in Frankfurt das Parlament weiter an der Reichsverfassung und empfahl Österreich, die seinen Völkern zugestandenen Rechte und Freiheiten zu wahren. Mit Stimmenmehrheit wählten die Abgeordneten König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen zum Kaiser, der lehnte jedoch ab. Daraufhin wurden Preußens und Österreichs Abgeordnete abberu-

fen. Nach der Auflösung des Paulskirchenparlaments blieb nur ein »Rumpfparlament« von 100 Abgeordneten übrig. Es zog nach Stuttgart um und wurde dort im Juni 1849 durch das Militär gesprengt. Die letzten Volkserhebungen am Rhein, in Berlin und Dresden sowie in Baden und der Pfalz wurden blutig erstickt. Der Vertrag von Olmütz stellte 1850 unter österreichischer Führung den »Deutschen Bund« wieder her, damit war ein Schlussstrich unter die Revolutionszeit gezogen.

Woran ist diese hoffnungsvolle parlamentarische Entwicklung gescheitert? War es die Angst des Bürgertums vor dem Radikalismus oder der Mangel an politischer Erfahrung? Wurden die Machtverhältnisse im In- und Ausland unterschätzt? Die Folgen waren zumindest weitreichend. Das Bürgertum zog sich aus der Politik zurück und wendete sich der Wirtschaft und den Wissenschaften zu.

Nach Ausbruch der Revolution in Ungarn 1848 fühlte der slowakische Abgeordnete im ungarischen Parlament Ľudovít Stúr (1815–1856) die Stunde der Slowaken gekommen. Mit Parteifreunden rief er am 10. Mai zur Bildung einer Nationalversammlung auf, welche ein föderales Ungarn postulierte. Die Grenzen nach ethnischen Gesichtspunkten sollten respektiert und ihre Muttersprache im Amtsverkehr und in allen Bildungseinrichtungen zugelassen werden. Hinzu kam die Forderung nach einem allgemeinen Wahlrecht unter Berücksichtigung der proportionalen Vertretung der Slowaken im ungarischen Gesamtparlament. Bei der slowakischen Bevölkerung fand dies großen Anklang, doch der Hochadel begann nun den erwachten Widerstand mit aller Härte zu unterdrücken. Slowakische Aufrührer wurden gehenkt, derweil flüchteten Ľudovít Stúr, Jozef Hurban und Michael Hodza nach Österreich. In Wien gründeten sie den »Slowakischen Nationalrat« und erklärten die Slowakei für losgelöst aus dem ungarischen Staatsverband.

Bürgerkrieg in Nordamerika: Kreuzzug des »mobilen Kapitals«

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren die Südstaaten der USA durch starke landwirtschaftliche Ausrichtung geprägt – entlang des Mississippi zogen sich große Baumwollplantagen. Im Norden ging indes der industrielle Aufbau rasch vonstatten, und durch die Erfindung maschinengetriebener Webstühle wurden die Textilbetriebe konkurrenzfähig, gleichzeitig jedoch zunehmend

von der Baumwolle aus den Südstaaten abhängig, wo zudem das Geschäft mit den neuen Baumwollspinnereien im englischen Lancashire florierte, der Markt wuchs ständig. Doch der industrielle Norden erhöhte die Einfuhrzölle und drückte die Preise. So kam es zur Kraftprobe im Kampf um die Vorherrschaft. Da sich die überwiegende Mehrheit des Kapitals aber bald im Norden konzentrierte – vorzugsweise in den Neuenglandstaaten der Ostküste –, wo der Kapitalertrag zum Maßstab aller Dinge wurde, wuchs der Zorn der Südstaatler auf die Yankees, ein Wirtschaftskrieg zwischen Nord und Süd war nicht mehr zu verhindern, in dessen Folge der Ruf der Südstaaten nach Unabhängigkeit (»Sezession«) von den dominanten Nordstaaten laut wurde – Auftakt zu einem gewaltigen vierjährigen Ringen (1861–1865) zwischen den »Konföderierten« im Süden und der »Union« im Norden, dessen Präsident Abraham Lincoln in der bedingungslosen Kapitulation des Südens das einzig akzeptable Ziel sah.

General William T. Sherman führte den Krieg nicht nur gegen die Streitkräfte des Südens, sondern mit unnachgiebiger Härte auch gegen die Zivilbevölkerung. In einem acht Wochen dauernden Vernichtungsmarsch zog seine Armee, die er yankeehaft »Gottes Werkzeug der Gerechtigkeit« nannte, durch

Cartoon von 1864, der die Lincoln-Administration fest im Griff von Kriegstreibern und Geldhaien zeigt. Parallelen zu heute drängen sich auf

Georgia sowie Nord- und Südkarolina, um *»ein feindliches Volk … – alt und jung, reich und arm – die harte Hand des Krieges spüren (zu) lassen«*[35].

Der amerikanische Sezessionskrieg forderte an die 620 000 Opfer,[36] unter ihnen vermutlich viele Deutsche, die nach der 1848er-Revolution in die USA emigriert waren und zum großen Teil aufseiten der Union kämpften. Zur Finanzierung des Krieges ließ Lincoln 450 000 000 Dollar, sogenannte »Greenbacks«, drucken.

Das veranlasste die Londoner *Times* zum folgenden Kommentar im Leitartikel: *»Wenn diese bösartige Finanzpolitik, welche ihren Ursprung in der nordamerikanischen Republik hat, sich zu einem festen Bestandteil verhärten sollte, dann wird sich diese Regierung ihr eigenes Geld ohne Kosten schaffen. Sie wird ihre Schulden abbezahlen und ohne Schulden sein. Sie wird über alles Geld verfügen, das sie brauchen wird, um ihren Handel auszuführen. Sie wird wohlhabender werden als jede Regierung zuvor in der Geschichte der Zivilisierten Regierungen in der Welt. Die Intelligenz und der Reichtum aller Länder werden nach Nordamerika gehen. Diese Regierung muss zerstört werden, oder sie wird jede Monarchie auf dem Planeten zerstören.«*[37]

Auch der preußische Kanzler Bismarck hielt sich mit Kritik nicht zurück: *»Es kann nicht bezweifelt werden und ist mir mit absoluter Sicherheit bekannt, daß die Aufteilung der Vereinigten Staaten in zwei gleich starke Föderationen schon lange vor dem Bürgerkrieg von den stärksten Finanzmächten Europas beschlossen worden war. Diese Bankiers fürchteten, daß die Vereinigten Staaten, sollten sie vereinigt bleiben und sich zu einer einzigen Nation entwickeln, wirtschaftliche und finanzielle Unabhängigkeit erringen könnten, und diese hätte die weltweite finanzielle Vorherrschaft Europas bis ins Mark erschüttert. … Sie sahen eine Chance auf reichliche Beute voraus, falls es ihnen gelingen sollte, die starke, selbstbewußte, stolze und selbstversorgende Republik durch zwei schwache Demokratien zu ersetzen … Folglich sandten sie ihre Agenten aus, um das Thema der Sklaverei auszuschlachten und eine Kluft zwischen den beiden Teilen der Union zu schaffen. … Der Bruch zwischen dem Norden und dem Süden wurde unvermeidlich; die Herren der europäischen Finanz setzten alle ihnen zur Verfügung stehenden Kräfte ein, um ihn zu bewerkstelligen und zu ihren eigenen Gunsten auszunutzen.«*[38]

Diese Zusammenhänge dürften Unionsgeneral Ulysses Grant unbekannt geblieben sein. Er glaubte gegen verbrecherische Separatisten kämpfen zu müssen, setzte Lincolns Strategie schonungslos um und sicherte damit dessen Wiederwahl.

Für Arnold J. Toynbee drängte sich die Parallele auf, dass der Süden so plötzlich und vernichtend geschlagen wurde, wie einst die Holländer und Franzosen von den Engländern.[39] Es war nicht nur der Sieg des industriellen Nordens über die Agrarstaaten des Südens, sondern auch der Sieg des mobilen Kapitals (Geld) über das immobile (Boden) und damit der Sieg kurzfristiger Spekulationsgewinne über nachhaltige Investitionen.[40]

Unter US-Präsident Ronald Reagan entwickelte sich die Marktwirtschaft der USA immer mehr zu einem Marktfundamentalismus. Dabei wird dem ungebremsten Kapital eine sakrale Erlösungskraft zugeschrieben, die letztlich zerstörerischer sein dürfte als manch politischer oder religiöser Fundamentalismus. Oberstes Ziel ist der Gewinn des Aktionärs, sein »Shareholder Value«[41]. Dieser als »Neoliberalismus« verkleidete Raubtierkapitalismus ist inzwischen zum Maßstab aller Dinge geworden. Auf der Strecke bleiben die sozialen Marktwirtschaften. Zugleich wird die europäische Kultur demontiert. Dieser Marktfundamentalismus dringt immer mehr in Bereiche ein, in denen er nichts zu suchen hat: Bildung, Medizin, Kunst, Kultur, Sport, Recht, Privatsphäre und Familie. Am Ende steht eine irreparable Deformation der Gesellschaft.[42]

Einigungsbestrebungen in der Mitte Europas

Während Camillo Cavour durch geschicktes und beharrliches Lavieren zwischen den europäischen Mächten ein italienisches Königreich anstrebte, versuchte Otto von Bismarck (1815–1898), ehemals brandenburgischer Großgrundbesitzer, als Ministerpräsident die Hegemonie Preußens im Deutschen Bund zu verwirklichen. 1863 sicherte er sich durch seine Mithilfe bei der Niederwerfung des polnischen Aufstands ein gutes Verhältnis zum Zaren und griff ein Jahr später gemeinsam mit Österreich in den dänischen Konflikt ein, als Dänemark die Annexion Schleswigs anstrebte: Die Erstürmung der Düppeler Schanze – heute noch von den Dänen in lebendiger Erinnerung gehalten – wurde hier zum ersten Höhepunkt in einer Kette militärischer »Großtaten« Preußens.

1866 führte die Verwaltung von Schleswig-Holstein zu Spannungen zwischen Preußen und Österreich, die Bismarck geschickt nutzte, um im Kräftefeld europäischer Politik Österreich zu isolieren. Nach einer von Cavour vermittelten Geheimallianz mit Viktor Emanuel II. – seit 1861 König von Italien – wurde Österreich in die Zange genommen. Am 1. Juli 1866 siegte Preußen bei Kö-

niggrätz klar über Österreich, für das der preußisch-österreichisch/bayerische Bruderkrieg mit einem Debakel endete – es musste Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und die Freie Stadt Frankfurt abtreten. Auch Bayern, Württemberg und Baden mussten an Preußen Kriegstributionen zahlen, das durch Annexionen seine Bevölkerungszahl auf 20 Millionen vergrößerte.

Bismarck hatte den Krieg ohne haushaltsrechtliche Genehmigung am Parlament vorbeigeführt und die finanzielle Absicherung dem Bankier Gerson Bleichröder übertragen.[43] Später gestand Bismarck, dass er in dieser Situation dem Galgen ebenso nahe war wie dem Königsthron.[44] Unter Preußens Führung wurde der Norddeutsche Bund gegründet. Nicht zuletzt wegen der territorialen Bedrohung durch Frankreich banden sich die süddeutschen Klein- und Mittelstaaten mit Schutzbündnissen an Preußen und passten ihre Heere dem preußischen Vorbild an. Das musste Napoleon III. beunruhigen. Der Kaiser, der gerade einen ganz überflüssigen Krieg in Mexiko verloren hatte, wollte nun die aufstrebende Macht jenseits des Rheins düpieren.

Als im Juli 1870 Prinz Leopold aus der süddeutschen katholischen Linie des Hauses Hohenzollern (Sigmaringen) die spanische Krone annahm, protestierte Frankreich. Leopold stammte aus einer fernen und ständig katholischen Nebenlinie des längst protestantischen Hohenzollernhauses und war mit König Wilhelm von Preußen nur insofern verwandt, als sie 600 Jahre zuvor gemeinsame Vorfahren hatten.[45] So verlangte Napoleon III. vom Oberhaupt der Hohenzollern, König Wilhelm I. von Preußen, dem Prinzen die Annahme der spanischen Krone zu verbieten, was dieser zurückwies. Doch der Vater Leopolds, Fürst Karl Anton von Hohenzollern, lenkte sofort ein und gab am 12. Juli 1870 die Verzichtserklärung seines Sohnes in Madrid und Paris bekannt. Frankreich gab sich damit nicht zufrieden. Nur einen Tag später stellte der französische Botschafter Vincent Benedetti König Wilhelm auf der Emser Kurpromenade und verlangte eine »Ewigkeitszusage« und dafür noch zusätzliche Garantien. Niemals dürfe ein Hohenzoller die spanische Krone annehmen. Wilhelm I., vom dem überfallartigen Auftritt Benedettis konsterniert, verwies auf die Verzichtserklärung und lehnte weitere Forderungen ab. Dieser Vorgang wurde nach Berlin telegrafiert, wo Bismarck den Bericht mit verschärfender Kürze zur so genannten »Emser Depesche« umformulierte. Das wurde von Napoleon III., der innenpolitisch unter Druck stand, zum Anlass für die Kriegserklärung an Preußen genommen, die am 19. Juli 1870 vom französischen Parlament gebilligt wurde. Anträge einiger Abgeordneter, vor der Abstimmung den

Wortlaut der Depesche zu verlesen, wurden abgelehnt, da das für Frankreich ehrverletzend sei.

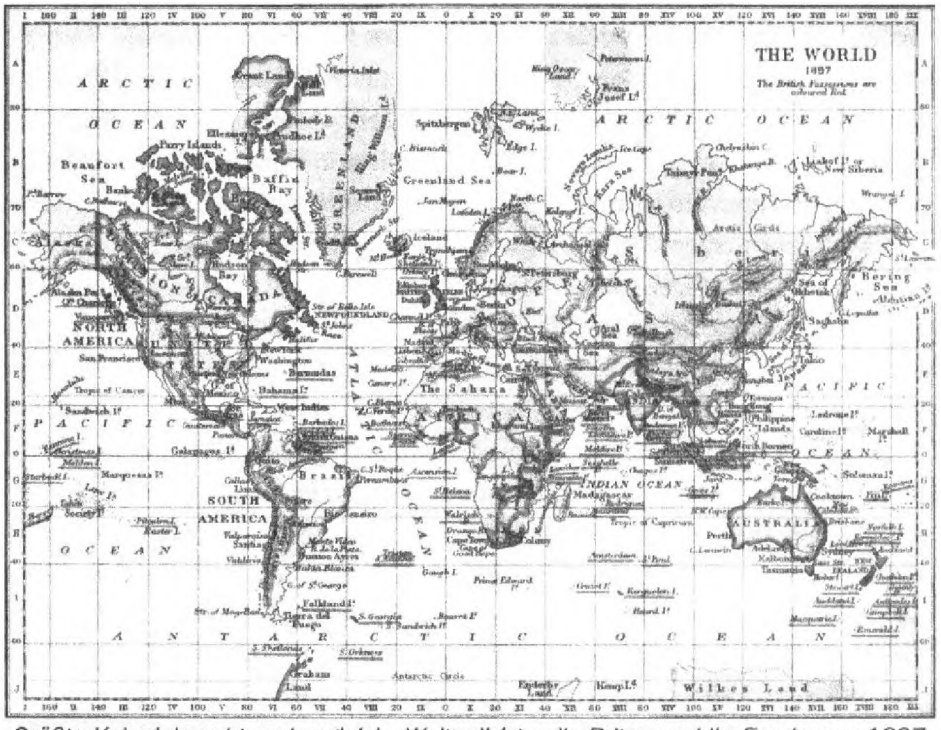
Nun erhob sich überall in Deutschland nationale Begeisterung. Entgegen den Erwartungen der Franzosen schlugen sich alle deutschen Staaten auf die Seite Preußens. Wie von Generalstabschef Helmuth von Moltke d. Ä. (1800–1891) geplant, errangen die deutschen Truppen im saarländischen und Pfälzer Grenzgebiet Durchbruchsiege, die äußerst blutig und verlustreich erkämpft wurden. Bei dem Ort Sedan nahmen sie am 1. September neben französischen Heeresteilen auch Kaiser Napoleon III. gefangen. Frankreich wurde wieder Republik, und die deutschen Truppen stürmten weiter nach Paris, das am 28. Januar 1871 kapitulierte. In den zurückliegenden 250 Jahren war Frankreich noch nie so gedemütigt worden wie jetzt durch Bismarck. In der Folge sann die Grande Nation auf Rache ...

Zehn Tage zuvor hatte Bismarck in Versailles das deutsche Kaiserreich ausgerufen: ein Bundesstaat von 22 Monarchien sowie drei »Freien Städten«, Hamburg, Bremen und Lübeck. Der König von Preußen, Wilhelm I. – nunmehr »Deutscher Kaiser« –, erhielt per Verfassung das Recht, Bündnisse einzugehen und Krieg zu führen. Er konnte den Reichskanzler und die Staatssekretäre – Minister gab es nicht – ernennen. Im Bundesrat saßen die Vertreter der Länderregierungen; hier wurden Reichsgesetze und der Haushalt bewilligt. Die Volksvertretung, der Reichstag, wurde nach allgemeinem, gleichem oder direktem Wahlrecht gewählt; ihr stand jedoch nur Mitwirkung zu – ähnlich dem EU-Parlament in Brüssel. Der Sieg des protestantischen Preußen hatte die österreichische Schutzmacht aus dem Deutschen Reich gedrängt. Das empfand der politische Katholizismus als herben Rückschlag und gründete als Antwort darauf seine eigene Partei, das »Zentrum«.

Wie Bismarck nutzte auch der italienische König Viktor Emanuel II. die Gunst der Stunde. Als Napoleon III. nach Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges seine Schutztruppen aus dem Kirchenstaat abzog, machte er den Weg für den Einmarsch der Italiener frei. Am 20. September 1870 eroberten seine Truppen fast kampflos Rom, der Kirchenstaat hörte auf zu existieren. Ein Jahr später erklärte er Rom zur neuen Hauptstadt und bezog im Palazzo del Quirinale Residenz. Diese Maßnahmen führten zu einem jahrelangen Streit zwischen dem Haus Savoyen und dem Papsttum, in dessen Verlauf Viktor Emanuel II. sogar exkommuniziert wurde.

Großbritannien erlebte unter Königin Viktoria – sie regierte von 1837 bis 1901 – die viktorianische Ära, die Blütezeit des Empire. Das größte Weltreich der bisherigen Geschichte erstreckte sich über ein Viertel der Erde. Neben den klassischen Siedlungskolonien Kanada, Australien, Südafrika und Neuseeland wehte in Pakistan, Bangladesch, Burma sowie auf einer Vielzahl von atlantischen und pazifischen Inseln die britische Flagge. Die mächtigste Flotte der Welt hatte Stützpunkte in jedem Winkel des Erdballs und konnte mühelos die Verbindungslinien zu den Kolonien und Protektoraten sichern.

Um den strategisch wichtigen Handelsweg nach Indien zu sichern, kaufte die konservative englische Regierung unter Benjamin Disraeli (1804–1881) die Aktienanteile des ägyptischen Herrschers Ismail an der Suezkanal-Gesellschaft auf. Damit stieg die Bedeutung der Kolonie Indien. Nach der grausamen Niederschlagung des »Großen Aufstandes« 1858 nutzte London die Gelegenheit, die private Ostindien-Kompanie aufzulösen und Britisch-Indien zu einer formellen Kronkolonie zu machen. Die autarke Dorfwirtschaft sowie das indische Baumwollgewerbe wurden vernichtet. Im Gegenzug erhielt Indien Errungenschaften der Moderne – Eisenbahnen, Bewässerung und Häfen. Zugleich



Größte Kolonialmacht und zugleich »Weltpolizist«: die Briten und ihr Empire um 1897 (zugehörige Besitzungen dargestellt mit dunklem Rand)

durfte das Land als Rohstofflieferant wie als Käufer britischer Fertigprodukte herhalten.

Königin Viktoria, seit 1877 auch Kaiserin von Indien, verfolgte fürsorglich die Entwicklung ihres inzwischen 18-jährigen Enkels Wilhelm, der zugleich auch Enkel des deutschen Kaisers Wilhelms I. war. Die britische Regierung aber beobachtete mit Misstrauen die Außenpolitik Deutschlands. Gleichzeitig bestimmte die Angst vor der südlichen Expansion Russlands und dessen Streben in Richtung Mittelmeer die britische Politik. Als Reaktion auf Russlands Krieg gegen das kränkelnde Osmanische Reich und den vorangegangenen Krimkrieg (1854–1856) besetzte Großbritannien 1878 die Insel Zypern, zuvor schon zeitweise Afghanistan. Insgesamt führte es in Afghanistan drei blutige und erfolglose Kriege: Der erste endete mit einer der verheerendsten Niederlagen des viktorianischen Zeitalters, als die britische Armee 1842 beim Abzug aus Kabul durch paschtunische Stämme, die mit russischen Waffen ausgerüstet waren, fast vollständig ausgelöscht wurde. Weitere britische Kriege sollten sich noch über ein halbes Jahrhundert hinziehen.[46]

Die nachhaltigen Siege des österreichischen Feldherrn Prinz Eugen über die Türken schwächten das Osmanische Reich. Aber erst infolge der Napoleonischen Kriege machten sich erste Anzeichen von Freiheitsbewegungen bemerkbar. Unter Führung des »Schwarzen Georg« (Kara Djordje) verjagten im Jahre 1804 die Bauern Mittelserbiens die Türken aus ihrem Lande. 25 Jahre später wurde Serbien als autonomes Fürstentum unter türkischer Oberhoheit anerkannt und Milos Obrenovic von der »Hohen Pforte«, dem Amtssitz des Großwesirs im Osmanischen Reich, als Erbprinz eingesetzt. Als Sultan Mohammed II. gegen seine christlichen Untertanen vorging und die unruhigen Janitscharen ermorden ließ, entfachten diese den griechischen Freiheitskampf,[47] von Russland als »Beschützer der Orthodoxen« unterstützt. Aber auch die Westmächte retteten die Griechen aus einer bedrohlichen Lage: Ihre Flotte zerstörte die der Türken bei Navarino (1827), während die Russen bis Adrianopel vordrangen, wo 1830 die Grundlage für die griechische Unabhängigkeit unterzeichnet wurde. Dass sich die Türkei im 19. Jahrhundert noch auf europäischem Boden behaupten konnte, lag nicht zuletzt daran, dass sich Österreich und Russland nicht über die Aufteilung der von den Türken in Europa eroberten Gebiete einigen konnten.

Je mehr sich Russland Konstantinopel und dem Mittelmeer näherte, desto mehr bangte England um die Sicherung seiner Indienverbindung – alarmierend erschien den britischen Staatsmännern Russlands Ausbreitung durch den Kaukasus nach Persien und durch Mittelasien nach Afghanistan und Indien. Um die Macht Russlands wie auch der Türkei im Sinne Englands auszubalancieren und dem russischen Streben ins Mittelmeer einen Riegel vorzuschieben, sprang England im zehnten Russisch-Türkischen Krieg – besser bekannt als Krimkrieg (1853–56) – nach bedrohlichen Geländegewinnen den Türken bei und verhinderte so den russischen Sieg. Auch das Nachgeben Russlands 1875 im Kurilenkonflikt mit Japan und die folgende erste russische Revolution ließen London nur kurzfristig aufatmen.

Berliner Kongress 1878 und die Balkanfrage

Im Frühjahr 1876 erhoben sich Serben und Bulgaren gegen das osmanische Joch. Zum Sinnbild der Grausamkeiten an der slawischen Zivilbevölkerung, welche weltweit für Empörung sorgten, wurde das Massaker von Batak im Verlauf des bulgarischen Aprilaufstandes. Namhafte Persönlichkeiten wie Fjodor Michailowitsch Dostojewski, Giuseppe Garibaldi und Victor Hugo protestierten. Letzterer verurteilte 1876 die Verbrechen vor dem französischen Senat und veröffentlichte in verschiedenen europäischen Zeitungen seinen Appell, das bulgarische Volk vor der Ausrottung durch die Osmanen zu retten.[48] In der britischen humanitären Volksbewegung engagierten sich derweil Charles Darwin, Oskar Wilde, Florence Nightingale und der spätere Premierminister William Ewart Gladstone (1809–1898), dessen Buch »Bulgarian Horrors and the Question of the East« zum Bestseller wurde. Von ihm ist auch das denkwürdige Zitat überliefert: »*Der Politiker denkt an die nächsten Wahlen, der Staatsmann an die nächste Generation.*«

In der Empörungswelle gegen das Osmanische Reich sah der serbische Fürst Milan I. die Chance, Serbien als souveränen Staat zu etablieren. Die nationale Stimmung war reif für einen Krieg gegen das Osmanische Reich, zumal die bulgarische Regierung Serbien zu Hilfe rief. So erklärte Serbien zusammen mit Montenegro dem Osmanischen Reich den Krieg, was in Russland große Begeisterung auslöste. Tausende an Freiwilligen aus Adel und Militär strömten nach Serbien, das dem erfahrenen russischen General Michail Grigorjewitsch

Tschernjajew den Oberbefehl über die serbischen Truppen anvertraute. Pjotr Iljitsch Tschaikowski komponierte den Slawischen Marsch.

Nach ersten heftigen Niederlagen drängte Russland Serbien zum Friedensschluss, doch anschließend schlug die Osmanische Armee den bulgarischen Aufstand blutig nieder. Die Popularitätswerte der panslawischen Bewegung schnellten weiter in die Höhe, außerdem verstand sich Russland als Schutzmacht der orthodoxen Christen im Osmanischen Reich. So fühlte sich Zar Alexander II. letztlich zu einem Krieg mit den Türken gezwungen. Im Dezember 1876 besetzte ein russisches Armeekorps die rumänisch-türkische Grenze.

Eine Konferenz der Botschafter aller europäischen Großmächte in Konstantinopel von Dezember 1876 bis Januar 1877 suchte den Krieg noch zu verhindern. Von der türkischen Regierung wurde verlangt, mit Montenegro Frieden zu schließen und den Bulgaren ihre Autonomie zu geben. Doch Sultan Abdülhamid II. weigerte sich – das Signal für die englische Flotte, zum Schutz der Türkei in die Besika-Bay (Dardanellen) einzulaufen. Das alles hielt die Russen indes nicht davon ab, der Türkei am 14. April 1877 den Krieg zu erklären.[49] Drei Monate zuvor hatte Österreich-Ungarn Russland im Budapester Vertrag für diesen Fall seine Neutralität zugesichert. Damit waren bis auf das Deutsche Reich alle großen europäischen Mächte involviert.

Nach stürmischem Vormarsch erreichte Ende 1877 die Armee des Zaren das Marmarameer und Yesilköy, einen Vorort von Konstantinopel. Um die Besetzung der Hauptstadt zu verhindern, sah sich der Sultan im März 1878 gezwungen, den Frieden von San Stefano zu unterzeichnen. Darin erkannte das Osmanische Reich die volle Unabhängigkeit Rumäniens, Serbiens und Montenegros an. Zusätzlich sollten kleinere Gebiete an diese Länder abgetreten werden. Die Maximalforderung betraf jedoch Bulgarien: Ein großbulgarischer Staat quer über den Balkan, vom Schwarzen Meer bis an die heutige Grenze zwischen Albanien und Mazedonien sowie im Süden bis an die Ägäis, sollte entstehen. Damit verlor das Osmanische Reich fast sämtliche europäischen Besitzungen, während Russland mit Bulgarien als Marionette nun die Nachfolge der Osmanenherrschaft auf der Balkanhalbinsel antrat. Damit ging ein langgehegter Wunsch in Erfüllung: Russland konnte jetzt auf dem Mittelmeer Flagge zeigen.

Großbritannien sah nun das Gleichgewicht der Kräfte auf dem Balkan bedroht, welches es seit dem Krimkrieg mit Argusaugen bewachte. Auch fürch-

tete es um seine Handelsbeziehungen mit dem Osmanischen Reich. Der entschlossene Premierminister Disraeli ließ sofort 5000 Gurkahs[50] auf Malta stationieren, während britische Fregatten ins Marmarameer einliefen. Ein Krieg mit Russland lag nun in Reichweite.

Auch Österreich-Ungarn betrachtete mit Sorge den wachsenden russischen Einfluss an seiner südlichen Flanke. Dem Vorschlag des österreich-ungarischen Außenministers Gyula Andrássy (1823–1890) folgend, wurde ein Kongress einberufen. Außenminister Fürst Alexander Michailowitsch Gortschakow schlug Berlin als Tagungsort vor.

Als einzige Großmacht verfolgte das Deutsche Reich keine eigenen Interessen auf dem Balkan. Reichskanzler Otto von Bismarck betonte am 5. Dezember 1876 vor dem Deutschen Reichstag, dass er auf dem ganzen Balkan für Deutschland kein Interesse sehe, *»welches auch nur ... die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert wäre«*[51]. Im Februar 1878 erklärte er zudem, er wolle nicht der »Schiedsrichter« in der orientalischen Frage sein, sei aber bereit, die Rolle eines *»ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zu Stande bringen will«*, zu spielen.[52] Vorab sollten sich die drei streitenden Parteien grundsätzlich einigen. Unter dieser Voraussetzung erklärte sich Bismarck bereit, den Friedenskongress zu leiten. Die Briten stimmten dem Einigungsvorschlag gerne zu, weil sie glaubten, in einzelnen bilateralen Verhandlungen ihre Interessen besser durchsetzen zu können als in der multilateralen Kongressdiplomatie – ein Verfahren, das die USA bis heute perfektioniert haben. Sie schlossen daher drei getrennte Vorabkommen ab.[53]

Zwischen dem 13. Juni und dem 13. Juli 1878 richtete sich das Weltinteresse auf Berlin, wo die Vertreter Englands, Russlands, Österreichs, Italiens und der Türkei nach einer einvernehmlichen Lösung suchten.[54] Zur Freude der Engländer und zum großen Missfallen der Russen wurde dank des »ehrlichen Maklers« Bismarck der der für Russland so günstige »Siegfrieden« von San Stefano revidiert und damit das russische Übergewicht auf dem Balkan beseitigt. Das Fürstentum Bulgarien blieb formal autonom, verlor aber die Provinz Rumelien sowie das osmanische Makedonien und war der Türkei tributpflichtig. Dagegen wurden Rumänien, Serbien und Montenegro unabhängig. Die Türkei erhielt einen großen Teil ihrer europäischen Provinzen zurück, Griechenland einen Teil von Epirus sowie Thessalien und England Zypern. Bosnien und Herzegowina verblieben formell beim Osmanischen Reich, wurden allerdings unter

österreichisch-ungarische Verwaltung gestellt, die das Finanzministerium ausübte – eine vergleichbare Regelung wurde 1999 nach dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien mit dem Kosovo getroffen.

Von den glanzvollen Eroberungen der Russen blieb nur Bessarabien bis zum Donaudelta übrig. Während der englische Premier Disraeli Bismarck Sympathien entgegenbrachte – die *Illustrated London News* sprach von »*Dizzy*« und »*Bizzy*«[55] –, war das Verhältnis Bismarcks zum russischen Staatskanzler und Außenminister Gortschakow sowie zur russischen Öffentlichkeit stark abgekühlt. Das sollte sich auf die künftigen deutsch-russischen Beziehungen nachhaltig auswirken.

Uneingeschränkt zufrieden mit den Ergebnissen des Berliner Kongresses war die britische Regierung, denn man hatte Russland erfolgreich aus dem Mittelmeer ferngehalten und zusätzlich Zypern als Flottenbasis gewonnen. Dafür wurde Außenminister Lord Salisbury mit dem Hosenbandorden ausgezeichnet und Bismarck vom Premierminister Disraeli gelobt.

Vom serbischen Königsmord in die Bosnienkrise

Heute sind die Ergebnisse der europäischen Neuordnung von 1878 bei Historikern umstritten, weil sie mit einem Tunnelblick auf kurzfristige imperialistische Vorteile ausgehandelt worden waren, ohne die nationalen Rechte der ansässigen Bevölkerung zu beachten.[56] Der Berliner Vertrag habe nur eine instabile Wiederherstellung der osmanischen Herrschaft über die Balkanvölker gebracht, das kurze Verfallsdatum sei für jeden ersichtlich.[57] Zwar erholten sich die Beziehungen der europäischen Großmächte kurzfristig, doch die Verhältnisse auf dem Balkan blieben krisenhaft.[58] Nach Meinung des britischen Historikers A. J. P. Taylor hätte der Friede von San Stefano Südosteuropa größere Stabilität gebracht.[59]

Österreich-Ungarns administrative Macht über Bosnien trübte die Stimmung in Serbien. Die Außenpolitik der österreichfreundlichen Obrenovic-Dynastie blieb davon unberührt, was bei serbischen Nationalisten und Jungrevolutionären wie Nikola Pasic (1845–1926) den Widerstand gegen König Milan hervorrief. Dank eines Staatsstipendiums durfte Pasic am Zürcher Polytechnikum studieren. Dort geriet er in den anarchistisch-antidynastischen Kreis Michail Ale-

xandrowitsch Bakunins (1814-1876), der in ihm den geborenen Verschwörer sah.[60] Als Abgeordneter in die Skupschina, das serbische Parlament, gewählt, gründete Pasic die linksdemokratische, nationalistische »Radikale Volkspartei«. Im Kampf gegen König Milan erhielt er Unterstützung durch Russland. Verwickelt in einen Aufstand gegen das Königshaus, wurde er 1883 in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Doch als Milan 1889 zugunsten seines Sohnes Alexander auf den Thron verzichtete, konnte Pasic in die Heimat und sogar ins Parlament zurückkehren. Da Alexander I. den Kampf seines Vaters gegen die »Radikalen« weiterfuhrte, reifte in Pasic wohl der Entschluss, ein von konspirativen Politikern und Militärs vorbereitetes Mordkomplott zu unterstützen.

Prinz Peter Karadordevic, der im Genfer Exil über den geplanten Staatsstreich informiert worden war, gab die unmissverständliche Erklärung ab, dass er den serbischen Thron nicht besteigen werde, solange auch nur ein Mitglied der Obrenovic-Dynastie noch am Leben sei.[61] So beschränkte sich die Bluttat der Verschwörer am 11. Juni 1903 nicht auf die Hinrichtung des Königspaares - samt Hinauswerfen der Leichname aus den Fenstern des Schlafgemachs -, sondern umfasste u. a. auch die Ermordung des Ministerpräsidenten, des Kriegs- sowie des Innenministers und der beiden Brüder der Königin - insgesamt waren es über 50 Opfer.

Innenpolitisch kam es nun vor allem darauf an, etwaige Unruhen oder gar einen Bürgerkrieg zu verhindern. Für eine fremde Einmischung sollte kein Vorwand geliefert werden. Die Ausführung der Tat selbst war generalstabsmäßig bis in die kleinste Einzelheit von Offizieren und Politikern geplant worden, die nicht nur Russland, sondern auch England und Frankreich nahe standen. Besonders verdient gemacht hatte sich Hauptmann Dragutin Dimitrijevic (1876-1917), der stämmigen Figur und seines Stiernackens wegen in Anspielung auf den ägyptischen

Linksreaktionärer Nationalist und durchtriebener Opportunist: Nikola Pašić (links im Bild) während des ersten Balkankriegs 1912 mit Prinz Alexis Karađorđević, der 1903 als Thronfolger vorgesehen war

Stiergott »Apis« genannt. Das Parlament sprach ihm, der in jener Nacht durch mehrere Brustschüsse schwer verwundet wurde und zeitlebens drei Kugeln im Körper mitschleppen musste, den Dank des Volkes aus, zollte ihm Anerkennung und nannte ihn den »Retter des Vaterlandes«.[62] Der charismatische Hauptmann zog eine Gruppe von jungen Offizieren in seinen Bann, er sollte die politische Entwicklung Serbiens mitprägen.

In der Hoffnung, die gutnachbarlichen Beziehungen zu Serbien fortsetzen zu können, erkannte Österreich-Ungarn als erste Großmacht die Regentschaft Peters I. an, Kaiser Franz Joseph schickte ihm ein ungewöhnlich freundschaftliches Telegramm. Dem Beispiel folgten aus unterschiedlich gelagerten Opportunitätsgründen die anderen Großmächte: Russland als Rivale Österreichs wollte weiterhin Einfluss auf Serbien ausüben, während Frankreich automatisch an der Seite Russlands zu finden war. Der italienische Hof wiederum pflegte verwandtschaftliche Beziehungen zu König Peter. Deutschland ging es allein um die wirtschaftlichen Beziehungen zu Serbien, nichtsdestotrotz verurteilte Wilhelm II. die Umstände des Umsturzes aufs Schärfste. Als einzige europäische Großmacht versagte die englische Regierung die Anerkennung – König Edward kannte die Vorgeschichte und somit die zwielichtige Rolle König Peters genau – und berief ihren Gesandten aus Belgrad ab.

Es verwundert nicht, dass der serbische Königsmord für den neuen Regenten und auch für die Regierung von 1903 bis 1914 sowohl innen- als auch außenpolitisch eine ständige Belastung bedeutete.[63] Davon lenkte der außenpolitische Umschwung sowie die Wiedergeburt der großserbischen Bewegung ab, geführt von ganz neuen, bisher unbekannten jungen Kräften. Hoffnungsvoll richteten alle ihren Blick über die türkische Grenze und über die Drina nach Bosnien, und viele Offiziere traten an die Spitze sogenannter Komitatschibanden, ein Zusammenschluss von Studenten, Intellektuellen und vielen Freiwilligen aus den nicht zum Königreich Serbien gehörenden Gebieten, die sich im Freiheitskrieg der Bulgaren und Mazedonier gegen die Türken einen Namen gemacht hatten. Hier eröffnete sich der Kampfnatur von Dimitrijevic-Apis ein unbegrenztes Betätigungsfeld.

Im engsten Einvernehmen mit der serbischen Regierung verfolgten geheime Netzwerke das Ziel, die in Österreich lebenden Südslawen aufzuwiegeln. Besonders erfolgreich arbeitete man in der Studentenschaft und an den Realschu-

len. Die Zentrale all dieser Bestrebungen lag in Belgrad, wo die Regierung sich zu dem Ziel bekannte, Österreich-Ungarn zu zertrümmern. Schon 1904 war in einer auf Veranlassung von Pasic – seit dem Königsmord von 1903 der eigentliche Kopf der auswärtigen Politik Serbiens – verfassten Denkschrift als wichtigster Programmpunkt Folgendes formuliert worden: »*Agitation in Bosnien behufs Anschlusses an Serbien. Diskreditierung der dortigen österreichisch-ungarischen Administration durch systematische publizistische Propaganda und Nahrung der Unzufriedenheit der orthodoxen und mohammedanischen Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina.*«[64] Später gab die serbische Regierung zu, dass sie seit 1903 alle Fäden der unitarischen Bewegung in Österreich-Ungarn in Händen gehalten habe.[65] Die K.-u.-k.-Monarchie setzte einen Wirtschaftsboykott entgegen, ein – wie heute auch – hilfloses Instrument. Es erwies sich als zu unscharf, um die Integrität der Doppelmonarchie auf Dauer vor der panslawischen Bewegung zu schützen.

Der durch König Peter geförderte serbische Nationalismus erhoffte sich Schutz und Ermutigung durch Russland. Dort hatte man aber noch andere Pläne und musste Zeit gewinnen, um zunächst die ostasiatische Frage lösen und ungestört die imperialen Ziele in Asien verfolgen zu können. Deshalb schloss der Zar im Oktober 1903 ein Abkommen mit Österreich über Makedonien. Offiziell sollte gemeinsam auf dem Balkan für Ruhe und Ordnung gesorgt werden, in Wirklichkeit ging es Russland jedoch um freie Hand für seine Eroberungspolitik in Ostasien.[66]

Zugleich erhielt die allslawische Bewegung Unterstützung aus Russland. Bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatten Russen, Tschechen, Slowaken, Kroaten, Slowenen, Serben, Montenegriner, Bulgaren u. a. begonnen, gemeinsame Aktivitäten in allen kulturellen Belangen anzustreben. In den 1830er-Jahren bekam der Panslawismus durch Polen und Tschechen politische Impulse, die von russischen Slawophilen gefördert wurden. Am ersten Slawenkongress im Mai 1848 nahmen 340 Vertreter teil, darunter 237 Tschechen.[67] Auf dem zweiten Kongress in Moskau im Mai 1867 fehlten die Polen – die inneren Gegensätze und die russisch-polnische Feindschaft waren doch weit stärker als die an sich schon lockere Sprachenverwandtschaft der Slawen vermuten ließ. So brachten beide Kongresse keine konkreten Ergebnisse hervor. Das hinderte Russland aber nicht, sich als Verfechter der panslawischen Ideale darzustellen und vornehmlich in der orientalisch-türkischen Frage den Protektor abzugeben. Denn neben ideellen Zielen gab es handfeste geopolitische Interessen.

Russland, zu jener Zeit das größte und mächtigste Reich der Welt, umfasste ein Sechstel der Erde, barg unermessliche Reichtümer und war militärisch unbezwingbar. Aber: Obgleich die gewaltigsten Flüsse Asiens Ob, Jenissei und Lena in ihrem endlosen Lauf kein einziges Mal zaristisches Territorium verließen und die majestätische Wolga in das Kaspische Meer mündete, führten die Wasserwege nicht in die Weltmeere -, darin lag die geopolitische Tragik des Zarenreiches. So musste es in Port Arthur am Gelben Meer (heute Lüshunkou, ein Stadtbezirk der chinesischen Stadt Dalian) einen Flottenstützpunkt errichten. Im Februar 1904 griff Japan, angespornt durch England, den Stützpunkt erfolgreich an. Zwei Monate später, am 8. April, schlossen das Vereinigte Königreich und Frankreich die Entente cordiale[68]. Im Januar 1905 mussten die russischen Truppen in Port Arthur kapitulieren. Das wirkte sich auf die Heimat aus: Steigende Brotpreise veranlassten unzufriedene russische Bürger, am 22. Januar 1905 zum Winterpalais des Zaren zu marschieren – geordnet und unbewaffnet. Dort forderten über 150 000 Demonstranten bürgerliche Freiheiten und wirtschaftliche Verbesserungen. Völlig überraschend eröffneten die Wachmannschaften das Feuer. Dieser »Petersburger Blutsonntag« forderte über einhundert Todesopfer, löste eine Welle der Empörung aus und führte zu einer Radikalisierung der Bevölkerung. Am 27. Juni 1905 meuterte die Besatzung des Panzerkreuzers *Potemkin.* Auch kam es zu antijüdischen Pogromen. In dieser aufgeheizten vorrevolutionären Atmosphäre befürwortete der aus dem Exil zurückgekehrte Lenin den bedingungslosen Kampf gegen das Zarentum: *»Von der demokratischen Revolution werden wir«*, so Lenin im September 1905, *»zur sozialistischen Revolution übergehen. Wir sind für die ununterbrochene Revolution.«*[69]

Als Gegenkraft entstand im gleichen Jahr der russische Geheimverband »Schwarze Hundert« (Tschernaja Soinja), ein Sammelbecken orthodoxer monarchistisch-nationalistischer Gruppierungen, in dem der »Bund des russischen Volkes« (auch »Verband des echt russischen Volkes«) die bedeutendste darstellte. Ähnlich dem angelsächsischen Vigilantismus oder dem Ku-Klux-Klan, wurde *»sytemstabilisierende(n) Selbstjustiz unter dem populistischen Deckmantel der Verteidigung höherer Werte und des Staates«*[70] ausgeübt. Die Gewalt war nicht selten rassistisch motiviert.[71] So flammten erneut Pogrome gegen die Juden auf. Hunderte von Ortschaften wurden von den Ausschreitungen erfasst. Sie verliefen weitaus blutiger als die der Jahre 1881/82. Vom russischen Innenmi-

nister Wjatscheslaw Konstantinowitsch von Plehwe (1846–1904) wurden diese Pogrome als Racheakte der christlich-patriotischen russischen Menschheit gegen die jüdischen Revolutionäre hingestellt. Die gewalttätigen Bünde, die vor allem zwischen 1904 und 1906 Träger des Terrors gegen die Revolutionäre und Anstifter von antisemitischen Pogromen waren, wurden jedoch ohne Zweifel von den zaristischen Behörden unterstützt. Diese Gruppierungen gehörten zu den modernen europäischen nationalistischen Bewegungen. In der Folgezeit wurden die »Protokolle der Weisen von Zion« in Umlauf gebracht[72] – angebliche Pläne zur Errichtung einer »jüdischen Weltherrschaft«, deren eigentliche Herkunft weitgehend unbekannt blieb.

Der Sieg der bisher unbedeutenden Japaner im Herbst 1905 über den bis dahin mächtigsten Herrscher wirkte sich auf Russland verheerend aus. Zur Kompensation suchte Russland nun die slawische Welt unter seiner Führung zu einigen. Diese jüngere Form des Panslawismus – auch Neoslawismus genannt – richtete sich vor allem gegen Österreich und die Türkei und mittelbar auch gegen Deutschland. In dieser Phase trat Russland der Entente cordiale bei, die dadurch zur Triple Entente wurde, und trachtete nun danach, seine Einflusssphären auf dem Balkan zu vergrößern, um endlich einen ungehinderten Zugang zum Mittelmeer zu erhalten, was sowohl England als auch die Habsburger-Monarchie zu verhindern suchte. Aus diesem Grund plante der österreichische Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand, den bisherigen Dualismus Österreich-Ungarn zu einem Trialismus Österreich-Ungarn-Südslawien zu erweitern. Die einzelnen slawischen Bevölkerungsgruppen sollten weitgehende innere Autonomie erhalten.

US-Mäzen unterstützt nationalen Freiheitsbestrebungen in Europa

In den westlichen Medien werden heute Wohlhabende, die Teile ihres Vermögens für politische Ziele einsetzen und dabei auch wohltätigen Zwecken genügen, als Philanthropen bezeichnet. Demnach gelten u. a. die Milliardäre und Börsenspekulanten John D. Rockefeller, George Soros, Bill Gates und Warren Buffett als Menschenfreunde. Das mag dann auch auf den 1858 in Chicago geborenen Charles Richard Crane zutreffen. Er arbeitete in der von seinem Vater Richard T. Crane gegründeten *Crane Company,* einem »Global Player« in Sachen Sanitärprodukte. Schon früh entwickelte Crane jr. ein starkes Inte-

resse für die verschiedenen Regionen des Osmanischen Reichs und die Freiheitsbestrebungen auf dem Balkan. Besonders fühlte er sich zu den slawischen Völkern und deren Kultur hingezogen. 1902 besuchte er Prag und lernte dort den Philosophieprofessor und Politiker Tomás Garrigue Masaryk (1850–1937) kennen. Den Zusatznamen Garrigue hatte der 1878 nach seiner Hochzeit mit der Amerikanerin Charlotte Garrigue angenommen. Er besuchte oft die Vereinigten Staaten und dachte sogar daran, sich dort als Hochschullehrer oder Journalist niederzulassen.[73]

Aus einfachen Verhältnissen stammend, hatte der Sohn eines slowakischen Kutschers und einer deutschen Bauerntochter mithilfe des damaligen Polizeidirektors von Brünn das dortige deutsche Gymnasium und später das Akademische Gymnasium in Wien besucht. Das Studium der Philosophie in Wien und Leipzig schloss Masaryk 1876 mit Promotion ab. Nur zwei Jahre später habilitierte er sich mit einer Schrift über den Suizid. Politisch aktiv, zog er 1900 mit der von ihm gegründeten »Realistischen Partei« in den Reichsrat ein. An der Universität in Prag versuchte Masaryk, Studenten für eine Union von Tschechen und Slowaken zu gewinnen. Seine Anhänger gründeten als Sprachrohr das Journal *Hlas* (Stimme) und wurden daher Hlasisten genant. Die Unterstützung in der Slowakei blieb marginal. So reifte in Masaryk der Plan, die in den USA lebenden Slowaken – immerhin fast 500 000 – für den Freiheitskampf zu gewinnen. In dieser Phase knüpfte er Kontakte zu Henry W. Steed, einem Wien-Korrespondenten der Londoner *Times*. Diesen versorgte er mit nachrichtendienstlich relevantem Material für den britischen Geheimdienst.[74]

»Gutmensch« Charles Richard Crane (1858–1939) auf dem Cover des Time Magazine

Aufgrund gemeinsamer Interessen freundeten sich der slowakische Politprofessor und der slawophile amerikanische Industrielle, der Fabriken in den USA und in Russland besaß, an. Noch im Jahr 1902 hielt Masaryk mithilfe der guten Beziehungen Cranes eine Vorlesungsreihe über das Slawentum an der Slawischen Fakultät der University of Chicago ab, die im Jahr 1907 fortgesetzt wurde.[75] Neben Masaryk vermittelte Crane dem russischen Soziologen

und Historiker Maksim Kovalewski sowie Pawel Nikolajewitsch Miljukow, ebenfalls Historiker, Gastprofessuren an der University of Chicago.

Nach seiner Reise auf den Balkan veröffentlichte Crane unter dem Titel »Macedonia's Heroic Struggle for Freedom« im Dezember 1903 einen enthusiastischen Beitrag über die mazedonischen Freiheitskämpfer, die nach dem Vorbild der erfolgreichen Bulgaren aus den Bergen den verdeckten Kampf gegen die Türken wagten. Da sie mit Waffen und Munition gut versorgt wären, würde die türkische Armee eine ernsthafte Auseinandersetzung mit ihnen meiden. Aus Frust würden sich dagegen die türkischen Soldaten an der wehrlosen Dorfbevölkerung schadlos halten – eine Propagandasprache, wie wir sie heute auch noch erleben können. Am Ende seines Artikels gab Crane die Worte eines mazedonischen Ingenieurs wieder: *»Mein Vater, meine Mutter, zwei Brüder und zwei Schwestern wurden von den türkischen Soldaten getötet, und so gibt es für mich nur noch eins, nämlich kämpfen, so lange ich stehen kann. Ich habe sieben Wunden, um die ich mich noch nicht kümmern konnte ... Ich habe Mazedonien verlassen, um Patronen und Dynamit für meine Kameraden zu beschaffen, aber ich brenne darauf, so schnell wie möglich zurückzugehen und wieder zu kämpfen.«*[76]

Im Juli 1909 schickte US-Präsident William Howard Taft Crane als Gesandten nach China. In einem Artikel der *New York Times* versprach der Unternehmer aus Chicago, Tafts »Politik der offenen Tür«[77] in China umsetzen zu wollen. *»Eines der vorrangigen Ziele in meiner Amtszeit wird es sein«*, so Crane, *»die amerikanischen Unternehmungen zu unterstützen und zu sichern, gute Beziehungen zu pflegen und hinreichend in einem Land Fuß zu fassen, das der reichste Markt der Welt zu werden verspricht.«* Zunächst aber stehe China im Brennpunkt internationaler Probleme: *»Ich sehe die Interessen der USA in diesem Zusammenhang als fundamental und denke, dass die USA im Hinblick auf Fortschritt, Wohlstand und Sicherheit bei keiner anderen fremden Nation ein größeres Interesse haben.«*[78]

1906 nahm Crane mit dem Jugendstilmaler Alphonse Mucha Briefkontakt auf, der nach seinem Studium an der Münchner Kunstakademie die Academie Julian in Paris absolvierte. 1899 hatte ihn die österreichisch-ungarische Regierung mit der Gestaltung des Pavillons für die vormals türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina beauftragt. Auf mehr als 250 Quadratmetern fertigte er einen allegorischen Fries an, auf dem er die Legenden dieser nunmehr unter österreichischer Verwaltung stehenden Provinzen darstellte. Obendrein

entwarf er das Plakat für die Teilnahme Österreich-Ungarns an der Weltausstellung.[79]

In dieser Phase wandelte sich der zwischen Kunst und Kommerz pendelnde Meister des verschnörkelten Jugendstils zum Kämpfer für das Slawentum. Mucha selbst schrieb: »*Bereits im Jahr 1900, in Paris, habe ich mir vorgenommen, die zweite Hälfte meines Lebens jener Arbeit zu widmen, die bei uns das Gefühl des nationalen Bewusstseins aufbauen und stärken würde.*«[80]

Vorerst suchte Mucha sein Glück in den USA. Dort lehrte er an mehreren amerikanischen Akademien der bildenden Künste und stieg in der Gunst von Charles Crane. Der slawophile Kunstmäzen ermöglichte ihm 1910 die Rückkehr nach Prag und finanzierte »Das Slawische Epos«, einen Zyklus von 20 monumentalen Gemälden mit »vaterländischen« Darstellungen zur Geschichte der slawischen Völker. Die politische Mission Muchas tritt in den Gemälden, von denen jedes einen kompletten Saal ausfüllt, besonders durch die Gegenüberstellung von Slawen- und Germanentum hervor. So steht auf einem Bild die Darstellung eines Festes zu Ehren des slawischen Gottes Svantovit auf der Insel Rügen im Mittelpunkt. »*Während das tanzende Volk und die Priester vor einem leuchtend blauen Hintergrund zu sehen sind, zieht am oberen linken Bildrand eine dunkle Wolke mit dem germanischen Gott Thor und seinen Wölfen auf.*«[81] Crane scheint bei der Unterstützung Muchas keine künstlerischen Beweggründe gehabt zu haben, ihn waren in erster Linie politische Motive ausschlaggebend.

Im Präsidentschaftswahlkampf von 1912 unterstützte Crane als Vorsitzender des Finanzausschusses der Demokratischen Partei seinen Freund und Präsidentschaftskandidaten, den presbyterianischen Pfarrerssohn Woodrow Wilson, Rektor der Princeton University und Professor der Staatswissenschaften. Für seine Dienste bot ihm Wilson den Posten des Botschafters in Russland an, den Crane jedoch aus familiären Gründen ablehnte. Zusammen mit Colonel Edward M. House (1858–1938) – der heute durchaus mit dem einflussreichen Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski (geb. 1928) verglichen werden kann – wurde Crane einer der engsten Berater Wilsons für auswärtige Angelegenheiten.[82] Durch Crane erhielt auch Masaryk Zugang zu US-Präsident Wilson, wobei ihm der Erfolg ihm nur möglich gewesen sei, weil ihm seine amerikanische Frau den Zugang zur angelsächsischen Welt erschlossen habe.[83]

Im Hoover-Institut am Rande von Palo Alto befindet sich das einzigartige »Archiv für Krieg, Revolution und Frieden«. Sorgfältig werden hier in dreizehn Kisten die »Herron-Papiere« verwahrt. Der Autor, George Davis Herron (1862–1925), den der französische Literaturnobelpreisträger Romain Rolland

einen gigantischen Schwachkopf nannte,[84] ist heute im Vergleich zu Colonel House vollkommen vergessen. Der kongregationalistische Pastor aus Montezuma/Indiana, der Luther verabscheute und Calvin verherrlichte, lehrte als Professor der Theologie im Grinnell College in Iowa und war ein glühender Sozialist. In Wilson, der gerade mit Feuer und Schwert die Demokratie in Mexiko einführte, sah Herron einen wahrhaftigen Messias für die ganze Menschheit, was dem Präsidenten sicher ungemein schmeichelte.

Der Erste Weltkrieg schließlich ließ Herrons Begeisterung für den Frieden dahinschmelzen und sein Herz in diesem *»Heiligen Krieg«* für *»Fortschritt, Freiheit und Demokratie gegen die Unheilige Allianz von Vatikan, Habsburg, Wittenberg, preußischen Junkern und Ruhrmagnaten«*[85] höher schlagen. Der Gottesmann fürchtete nur, dass der Krieg ein vorzeitiges Ende nehmen könne. Für die noch neutrale Regierung in Washington lag Herrons Wert darin, dass *»er der einzige bekannte amerikanische Sozialist war, der für die bewaffnete Intervention der USA eintrat«.*[86] In London veröffentlichte Herron ein Buch mit dem Titel »The Menace of Peace« (Die Friedensdrohung). Darin offenbarte er, dass ein Kompromissfrieden *»Gottes Herz brechen würde«.* Ein solcher wäre viel ärger als selbst eine *»deutsche Herrschaft«*, denn in diesem Falle würden doch *»nach langer unheilschwangerer Knechtschaft die Volker irgendeinmal zu kosmischer Intimität and grenzenloser Wahlmöglichkeit gelangen«.*[87]

Herrons Schrift soll Wilson zu hellen Jubelschreien veranlasst haben. Nun durfte er sich als Ratgeber des Präsidenten und dessen »linke Hand« in den Auslandsbeziehungen wähnen – die »rechte Hand« war ja schon Colonel House. Dazwischen als Geldgeber und Berater: Charles R. Crane.

Bosnische Annexionskrise 1908

Die politische Instabilität des Osmanischen Reiches brachte die Außenminister Russlands und Österreichs auf die Idee, einen Tauschhandel zu vereinbaren: Österreich sollte endgültig die ehemals türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina erhalten, Russland im Gegenzug die freie Durchfahrt durch den Bosporus und die Dardanellen gewinnen. Anlässlich seines 60. Regierungsjubiläums im Oktober 1908 verleibte Franz Joseph I. auf Drängen Aehrenthals die beiden seit dreißig Jahren verwalteten und entwickelten Provinzen seinem Reich ein.[88] Diese Annexion schaukelte sich zur »Bosnischen Krise« hoch.

Die deutsche Regierung, vor allem Kaiser Wilhelm II., war über die österreichisch-russische Absprache sowie den folgenden Schachzug verärgert. Seine Randbemerkungen lassen hier an Klarheit nichts zu wünschen übrig: So bedauert er es, durch die *»furchtbare Dummheit«* Aehrenthals in das Dilemma gebracht worden zu sein, seinen *»Freunden«*, den Türken, nicht beistehen zu dürfen, da *»mein Verbündeter«*, also Österreich, sie beleidigt hat, und stattdessen England die Türken beschützen sehen zu müssen, *»noch dazu mit Ausführungen völkerrechtlicher Natur, die formell unanfechtbar und mir aus der Seele gesprochen sind. Auf diese Weise geht meine 20jährige, mühsam aufgebaute türkische Politik in die Binsen! Ein großer Triumph Eduards VII. über uns!«* Wilhelm fürchtete weiterhin, türkische Reaktionäre könnten den Verlust nun deutschen Offizieren in die Schuhe schieben, *»und Engländer und Franzosen treten an ihre Stelle.«*[89]

In russischen Regierungs- und Botschafterkreisen war man mit Außenminister Alexander P. Iswolskis Absprache keineswegs einverstanden.[90] Ihm wurde zum Vorwurf gemacht, die bosnische Frage mit der Dardanellenfrage zu verquicken und sich so auf einen Kuhhandel mit Aehrenthal eingelassen zu haben.

Kroatische Nationalisten forderten indes, Bosnien einem teilautonomen Königreich Kroatien zuzuschlagen, das – ganz im Sinne Franz Ferdinands – einen dritten Teilstaat der Donaumonarchie bilden sollte. Für nationalistisch denkende und fühlende Serben aber war die Verfügung Franz Josephs I. eine Kriegserklärung. *»Ich habe Mich bestimmt gefunden, die Rechte Meiner Souveränität auf Bosnien und die Herzegowina zu erstrecken und die für Mein Haus geltende Erbfolgeordnung auch für diese Länder in Wirksamkeit zu setzen, sowie ihnen gleichzeitig verfassungsmäßige Einrichtungen zu gewähren.«*[91] Belgrad protestierte aufs Heftigste gegen die Annexion, sah es doch den Traum eines großserbischen Reiches gefährdet. Noch am gleichen Tag mobilisierte Regierungschef Pasic die serbische Armee und rief Außenminister Milovan Milovanovic sowie eine Anzahl von Persönlichkeiten, darunter Ljuba Jovanovic, den Bürgermeister von Belgrad, und Ljuba Stojanovic, den Führer der Jungradikalen, zu sich zur Beratung.

Schon am nächsten Tag traf man sich im Belgrader Rathaus, um die »Narodna Odbrana«, zu Deutsch die »Nationale Verteidigung« zu gründen. Dabei waren neben Jovanovic u. a. General Bozidar Jankovic, der spätere Leiter des Zentralkomitees, die ehemaligen Minister Ljuba Davidovic und Velislav Vulovic sowie auch der Direktor der Staatsdruckerei, Živojin Dacic, und die damaligen Hauptleute Vojislav Tankosic und Milan Pribicevic. Ziel der se-

mioffiziellen nationalistischen Organisation war vor allem die Bereitstellung von kampfkräftigen Freischärlereinheiten für den bevorstehenden Krieg gegen die österreichisch-ungarische Monarchie. Dies verfolgte sie öffentlich mittels Propaganda sowie auch im Geheimen durch Gründung paramilitärischer bewaffneter Gruppen. Subversiv sollten Freiwillige über die Grenzen hinaus angeworben und ausbildet werden. Ein willkommenes Potenzial sah man zudem in der revolutionären Vereinigung von Schülern und Studenten, »Mlada Bosna« (»Junges Bosnien«), die ebenso wie die Narodna Odbrana die Befreiung Bosniens und den Zusammenschluss der südslawischen Provinzen Österreich-Ungarns mit Serbien und Montenegro postulierten. Neben Tomás Garrigue Masaryk hatten hier russische Revolutionäre großen Einfluss, z. B. Pjotr Alexejewitsch Kropotkin oder auch Michail Alexandrowitsch Bakunin, den ja auch Pasic bewunderte.

Für die serbischen Miliz-Einheiten wurden auch bosnische Handwerker und Arbeiter angeworben. So befand sich Anfang 1909 der bosnische Bäckergeselle Trifko Krstanovic mit etwa 140 anderen »Komitatschis« (später, vor allem im Zweiten Weltkrieg, Tschetniks genannt) in einem von den Hauptleuten Vojislav Tankosic und Dusan Putnik geleiteten Ausbildungslager in Cuprija (Bezirk Jagodina). In einem ausschließlich von serbischen Offizieren durchgeführten Training wurden die Freischärler in allen Sparten des subversiven Kampfes unterrichtet, Schwerpunkt: Sprengen von Eisenbahnen, Tunnels und Brücken sowie Zerstören von Telegrafenleitungen, also Aufgaben, die in einem Guerillakrieg gegen Österreich zu erwarten und in Bosnien und der Herzegowina auf Befehl in die Tat umzusetzen waren. In regelmäßigen Zeitabschnitten inspizierten General Bozidar Jankovic und Hauptmann Milan Pribicevic den Ausbildungsstand.[92]

Die allgemeine Entrüstung über Österreichs Vorgehen führte die unterschiedlichen politischen Richtungen zusammen. Darüber hinaus infiltrierte die Narodna Odbrana vaterländische Vereine, z.B. die Turnbewegung Sokol, Schützengilden und Reitervereine. Es wurde Geld gesammelt, mittels intensiver Propaganda glühender Nationalismus entfacht und der Hass des Volkes auf Österreich-Ungarn geschürt.

Proteste gegen die Annexion kamen zwangsläufig auch aus der Türkei, die ihren verlorenen Provinzen nachtrauerte, sowie aus Russland, wo panslawistische Strömungen sehr verbreitet waren. Da die Briten den Russen die

freie Durchfahrt durch die Dardanellen verwehrten, fühlten sie sich zudem von den Österreichern hintergangen.'[3] Krieg war nicht mehr auszuschließen, wenngleich Russland durch den verlorenen Krieg gegen Japan noch immer stark geschwächt war. Es musste nun Zeit gewinnen und die Serben bremsen. So gab am 5. Oktober 1908 der russische Außenminister Iswolski gegenüber dem serbischen Gesandten in Paris, Vesnic, zu bedenken: *»Ihr Serben konntet doch nicht daran denken, Österreich-Ungarn aus Bosnien und der Herzegowina mit Waffengewalt zu verdrängen. Und wir Russen können wieder nicht mit Österreich wegen jener Provinzen Krieg fuhren. Es versteht sich ja von selbst, daß ich doch nicht zugeben kann, daß wir jetzt nicht imstande sind, Krieg zu führen, und doch ist dies der Hauptgrund, warum wir es nicht tun.«*[94]

In der Zuspitzung der Situation sah die Wiener Kriegsfraktion um Aehrenthal ihre Chance für eine Abrechnung mit Serbien.[95] Doch selbst in Österreich machte sich Unmut über die Einverleibung breit — bedrohte siedoch die fragile innerstaatliche Machtbalance. Da Bosnien und die Herzegowina zuvor völkerrechtlich noch zur Türkei gehörten, wäre man gut beraten gewesen, die Provinzen an die Türkei zurückzugeben. Da hätte es zwar auch Proteste aus Russland und Serbien gehagelt, doch hätten sich Propaganda-und Untergrundarbeit gegen die Türkei richten müssen. Der österreichische Außenminister Aehrenthal war einem großen Irrtum erlegen, als er glaubte, *»daß durch den eigenmächtigen Akt der Annexion der serbischen Agitationstätigkeit in Bosnien und der Herzegowina der Boden für immer entzogen sei«""*.

Österreich entschärfte die Krise durch den vollständigen Verzicht auf alle Rechte im Sandschak Novi Pazar - einem Landkeil zwischen Montenegro und Serbien - und durch Zahlung von 2,5 Millionen osmanischen Pfund

Karikatur aus dem französischen Le Petit Journal *über die Krise 1908: Sultan Abdülhamid II. schaut hilflos zu, wie Kaiser Franz Joseph ihm Bosnien und Herzegowina entreißt, während der bulgarische Zar Ferdinand die Unabhängigkeit seines Landes erklärt*

an die Türkei. Serbien konnte zwar nicht in seiner Forderung nach kompensatorischem Landgewinn zufriedengestellt werden, dafür aber wirtschaftlich.[97]

Am 25. Januar 1909 resümierte Kaiser Wilhelm II.: »*Man muß die ganze russische Balkanpolitik vom Standpunkt der sehr schwer verletzten, bodenlosen Eitelkeit und Leichtsinnigkeit Iswolskis betrachten. Er hat sich coram publico blamiert und will sich jetzt partout an Aehrenthal rächen. Die aus verletzter Eitelkeit entstehende Rachsucht ist die allergefährlichste; zumal wenn, wie hier, politische Seichtheit, Leichtsinn und unbegrenzte Lügerei mit ins Spiel treten; die machen sich kein Gewissen daraus, um diese Rache zu befriedigen, einen Weltenbrand zu inszenieren. Ich würde an und für sich die Angelegenheit nicht tragisch nehmen, wenn nicht der arme, schwache, von Iswolski gänzlich über den Löffel balbierte Zar da wäre. Der ist schon trotz aller Bitten und Warnungen in den Japanischen Krieg völlig ahnungslos hineingetrieben, hier sehe ich die aufsprießenden Keime für eine ähnliche Torheit im Balkan. Der Konflikt zweier Staatsmänner aus Neid und Eifersucht hat schon mal zwei Länder in große Gefahr gebracht: Bismarck contra Gortschakoff! Resultat davon: Russo-gallisches Bündnis!*«[98]

Durch die Demütigung Russlands auf dem Berliner Kongress hatte sich der »ehrliche Makler« Bismarck im Kreml unversöhnliche Feinde gemacht. Das verbündete Frankreich sah den Bündnisfall als nicht gegeben an. Die diplomatische Demütigung Russlands wirkte in den nächsten Jahren fort und begünstigte den Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Pasić und die nationalserbischen Geheimbünde

Am 2. Januar 1909 erklärte der Minister des Äußeren, Milovan Milovanovic, im serbischen Parlament, der Skupschtina, unter Beifall nahezu des ganzen Hauses, dass durch die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina sowohl der »Berliner Vertrag« als auch die Rechte des serbischen Volkes schwer verletzt worden seien. Österreich-Ungarn habe nur eine »*provisorische Mission am Balkan zu erfüllen*« gehabt, es sei als »*Wächter gegen Russland bestimmt*« gewesen, »*bis sich die Lage am Balkan gefestigt*« habe. Da Russland am Balkan aber gar keine aggressiven Absichten verfolge, sei die Voraussetzung für die Unabhängigkeit der Balkanstaaten geschaffen worden und die »*Mission Oesterreichs-Ungarns auf der Balkanhalbinsel*« beendet.«[99] Stattdessen wolle es dort ständig verbleiben. Da die russische Politik als zu wenig slawenfreundlich angesehen

wurde – Hoffnungen wurden auf Iswolski gesetzt, sah man die natürlichen Verbündeten in den romanischen Völkern und in England. Wiederum unter stürmischem Beifall schloss der Abgeordnete Brunovic, für Serbien heiße es nun leben oder sterben. Sollte *»der Urtheilsspruch Europas ungerecht sein«*, dann würden die Serben *»mit der Waffe in der Hand die Drina überschreiten und jedem Bruder zurufen: Zieh mit in den Kampf!«*[100] Vor einem bewaffneten Eingreifen zugunsten Serbiens und Russlands schreckten Frankreich und Großbritannien aber vorerst zurück.

Einen Tag später ließ Iswolski Belgrad mitteilen, dass Serbien sich mit der Situation abzufinden habe und weitere Provokationen unterlassen solle. Nunmehr beistandslos, gab Serbien also am 31. Februar 1909 den Widerstand auf und kündigte an, gegenüber Osterreich-Ungarn einen Richtungswechsel einzuleiten, *»um von nun an in guter Nachbarschaft mit dem Habsburgerreich zu leben«*[101].

Äußerlich schien sich die Narodna Odbrana von einer revolutionären in eine friedliche, der Kultur verpflichtete Organisation zu wandeln. Doch innen blieb alles beim Alten. Ein interner Bericht hielt fest, dass *»Österreich unser größter Feind ist. ... Heute heißt es, uns durch beharrliche, fanatische Arbeit und nochmals Arbeit auf die Erfüllung der Aufgaben und Pflichten vorbereiten, die uns der zukünftige Krieg stellen wird.«*[102] Dennoch wurde die aktive Ausbildung von Freischärlern eingestellt. Bei der Auflösung erhielt Trifko Krstanovic von General Jankovic die Anweisung, nach Sabac zu gehen und dort in den Dienst des örtlichen Narodna-Odbrana-Residenten, Bozo Milanovic, zu treten.

Diese nach außen hin zur Schau gestellte Politik missfiel einigen heißspornigen und fanatisch nationalistisch eingestellten Offizieren. Sie beklagten sich über die Hasenfüßigkeit der Narodna Odbrana und die Unzuverlässigkeit der Mlada Bosna und wollten sich nicht mit den Kriegsvorbereitungen Serbiens zufrieden geben, sondern sofort aktiv werden. Am 9. Mai 1911 versammelten sie sich im Hinterzimmer der Redaktion der Zeitung *Piemont*, um die Geheimorganisation »Ujedinjenje ili Smrt« (»Vereinigung oder Tod«) zu gründen – heute besser bekannt als »Schwarze Hand« (Crna Ruka). Unter den Verschwörern waren Dragutin Dimitrijevic, der maßgeblich an der Ermordung des serbischen Königs Aleksandar Obrenovic und dessen Gattin beteiligt war, sowie Vojislav Tankosic, welcher die Beseitigung der Brüder der Königin übernommen hatte. Beiden Offiziere hatten seit 1903 eine unglaubliche Karriere an den Tag gelegt: Dimitrijevic war vom Hauptmann zum Oberst, Tankosic vom Leutnant zum Major befördert worden.

Die Geheimbündler schrieben sich die Verwirklichung des völkischen Ideals auf die Fahne: die Vereinigung aller Serben in einem Nationalstaat. Terroristische Taten sollten künftig der geistigen Propaganda vorgezogen werden, so Artikel 2 ihres Statuts. Zudem sollte Einfluss auf Regierungskreise sowie alle Bevölkerungsschichten Serbiens genommen und eine möglichst große Zahl von Mitgliedern gewonnen werden.[103] Geheimhaltung, Unterordnung und Gehorsam waren unabdingbar. In den Artikeln 23 bis 33 wurde es zur Pflicht gemacht, neue Kandidaten zu werben und mit seinem Leben für diese einzustehen. Die Mitglieder wurden über Geheimnummern geführt, die nur das Belgrader Hauptkomitee kannte. Verhängte es eine Todesstrafe, kam es nur darauf an, dass die Ausführung einwandfrei erfolgte.[104]

Der serbische Diplomat Milos Bogicevic, Herausgeber von diplomatischen Geheimakten aus serbischen, russischen, montenegrinischen und anderen Archiven[105] – Originalmitschriften, die seltsamerweise von vielen renommierten Historikern nicht einbezogen werden –, konnte dennoch weitere Mitglieder der »Schwarzen Hand« identifizieren, so Dusan Obtrkic (Nr. 166), ein intimer Freund des bereits erwähnten Ljuba Jovanovic, Milan Ciganovic (Nr. 412), bosnischer Emigrant, Komitatschi und späterer Eisenbahnbeamter, Michael Gifkovic (Nr. 442), Sekretär am serbischen Kassationsgerichtshof, Demetrius Novakovic (Nr. 471), Sekretär an der Universität Belgrad und andere mehr. Unter Nr. 406 fand Bogicevic ein ganz wichtiges Verbindungsglied zur Regierung von Nikola Pasic: Dr. Milan Gavrilovic.[106] Als Sekretär im Ministerium des Auswärtigen ließ er sich 1912 inoffiziell beurlauben, um als Komitatschi im Balkankrieg zu kämpfen. Danach stieg er zu Pasics Sekretär auf, der zu diesem Zeitpunkt Premier und Außenminister zugleich war.

Faksimile der letzten Seite der Gründungsstatuten der »Schwarzen Hand«. Unter Nr. 6 die Unterschrift Dragutin Dimitrijevićs, der von 1913 an als mächtiger Chef des serbischen Geheimdienstes wirkte. Das Siegel zeigt eine Fahne mit einem Schädel und gekreuzten Knochen, umrahmt von Bombe, Dolch und Giftflasche

Zwischen 1942 und 1943 fungierte Gavrilovic als Justizminister der jugoslawischen Exilregierung. Auch wurde von ihm die Zeitschrift *Politika* herausgegeben.[107] 1950 übersiedelte er in die USA.[108] An der schillernden Person Milan Gavrilovics, der eng mit Oberst Dimitrijevic und dem Regierungschef Pasic verbunden war, wird deutlich, dass alle Wege des Attentats von Sarajevo nach Belgrad führen.

Die Mitgliederliste zeigt, dass sich die »Schwarze Hand« nicht ausschließlich aus dem Militär rekrutierte. Nur mit der Durchdringung auch aller zivilen Kreise konnte eine effektive Schlagkraft erzielt werden. Eine gemeinsame Schnittmenge findet sich mit der Narodna Odbrana. Da beide Organisationen das gleiche Ziel hatten, gibt es zwangsläufig Doppelmitgliedschaften. Diese Verbindungen verleitete die Carnegie-Kommission zu dem Irrtum, erst gar nicht zwischen den beiden Organisationen unterscheiden zu müssen.[109]

Um die völkische Vereinigung aller Südslawen und die Vernichtung Österreich-Ungarns kämpften nun zwei Exponenten, die nicht unterschiedlicher sein konnten: auf der einen Seite der hagere und durchtriebene politische Fuchs Nikola Pasic, einflussreicher Führer der prorussischen Radikalen, und auf der anderen, der 31 Jahre jüngere stiernackige Karriereoffizier Dragutin Dimitrijevic. Dieser populäre Held hätte mit seiner spätmittelalterlichen Einstellung wohl eher ins Lager Wallensteins gepasst als in die moderne Zeit des 20. Jahrhunderts mit ihren politischen Intrigen. 1917 wird der intelligente Generalstabsoffizier Opfer seines politischen Widersachers Pasic werden.

Wetterleuchten im Mittelmeerraum

Verschlangen in Deutschland die industriellen Neugründungen jedes Jahr die Gewinne, so hatten England oder Frankreich, deren Industrie über ein Jahrhundert länger bestand, in ihren Sparkassen Milliarden angehäuft. Vor diesem Hintergrund hatte Kaiser Wilhelm II. im Jahr 1902 versucht, mit den französischen Banken eine Finanzallianz ins Leben zu rufen, denn Deutschland benötigte für die von Sultan Abdülhamid II. erhaltene Konzession zur Bagdadbahn disponible Gelder. Es kam zu einem deutsch-französischen Bankensyndikat mit Arthur von Gwinner, Präsident der Deutschen Bank, an der Spitze. Als Vizepräsident fungierte Adolphe Vernes, ein Mitstreiter der Rothschilds in der »Compagnie du Nord« sowie Aufsichtsrat der *Banque de l'Union Parisienne*, der *Banque Ottomana und* der Eisenbahn Saloniki-Konstantinopel.[110] Nach der

Verständigung der Bankiers bahnte sich auch die Einigung der Diplomaten an. Damit war ein deutsch-französisches Freundschaftsabkommen in Sicht. Und das musste London beunruhigen.

Bereits nach seinem Amtsantritt im Jahr 1901 hatte der britische König Eduard VII., ältester Sohn von Queen Victoria und Onkel des deutschen Kaisers Wilhelm II., die Annäherung an Frankreich gesucht. Anfang des Jahres 1903 erschien er nun mit großem Pomp in Paris. Und die Pariser, die nur zwei Jahre zuvor während des Burenkriegs »Es lebe Krüger!« und »Nieder mit Chamberlain!« gebrüllt hatten, skandierten nun »Es lebe Eduard VII.!«. Am Tag des Abschieds wurde klar, was der britische König mit Außenminister Delcasse und Vernes verhandelt hatte: Die Finanzagenturen verkündeten, dass sich Vernes und seine Gruppe vom Bagdadbahn-Konsortium zurückziehen würden. Das deutsch-französische Syndikat war damit gesprengt. Als Entschädigung machte das Londoner Kabinett den französischen Finanzmächtigen Marokko zum Geschenk – ein Land, das sie gar nicht besaßen!

Mittels einiger Konzessionen in Persien und auf dem Balkan söhnte sich Eduard auch mit dem Zaren aus, um anschließend Italien vom Dreibund abzusprengen und in Ungarn den Hass gegen Deutschland anzustacheln. Und schließlich wurden die Jungtürken – eine nationalistisch-reformistische Bewegung – durch Geld und Ratschläge ermuntert, den Kaiserfreund Abdul Hamid vom Thron zu jagen. All diese Vorgänge führten im wachsamen Berlin zur Verstärkung des deutschen Flottenbauprogramms.

Fast ein Jahr später, am 8. April 1904, unterzeichneten der britische Außenminister Lansdowne und der französische Botschafter Paul Cambon den als »Entente cordiale« bekannt gewordenen Vertrag, der die traditionelle Rivalität beider Länder beendete. In Übereinstimmung wurde neben wechselseitigen Gebietsansprüchen in Neufundland, Madagaskar, den Neuen Hebriden und Siam (Thailand) vor allem die britische Herrschaft in Ägypten und im Sudan festgeschrieben. Im Gegenzug gestand Großbritannien Frankreich zu, sein afrikanisches Kolonialreich bis über das Kongobecken und über die Sahara hinaus auszudehnen und sich – im Widerspruch zur Konvention von Madrid – in Marokko auszubreiten.[111] Diese Konvention vom 3. Juli 1880 war zwischen dem Sultan von Marokko und den Staaten Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien, Niederlande und USA geschlossen worden; sie sicherte die Unabhängigkeit und den Besitzstand Marokkos sowie die dortigen Rechte der Ausländer. Italien hatte Frankreich bereits Ende

1902 seinen Segen dafür gegeben, im geeigneten Augenblick in Marokko seine »Einflusssphäre« frei auszudehnen. Im Gegenzug bekam Italien Tripolis und die Cyrenaika im östlichen Libyen. Nicht zu Unrecht fasste Paris den Vertrag als ein italienisches Neutralitätsversprechen für den Fall eines deutsch-französischen Krieges auf. Das war das faktische Ende des Bismarck'schen Dreibundes – Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien. Nach der Allianz mit Russland[112] hatte Frankreich nun eine zweite Bresche in das Bollwerk Bismarcks geschlagen.

Noch vor Abschluss der Entente hatte England seinen Bündnispartner Japan zu einem Gewaltakt gegen Russland in Asien ermuntert. Ohne Kriegserklärung wurde daraufhin der einzige eisfreie Hafen Port Arthur erobert und die dort liegende russische Flotte versenkt (ähnlich wie später in Pearl Harbor die amerikanische). England wollte Indien sichern, und Japan hatte mit Russland seit dem Krieg gegen China 1894–95 noch eine Rechnung offen. Im weiteren Verlauf wurde die russische Armee bei Mukden vernichtend geschlagen und Flotteneinheiten bei Tsushima versenkt. Der klägliche Zusammenbruch vor Japans Waffen entfesselte schließlich die Unzufriedenheit des russischen Volkes. Die Folge: Streiks, Unruhen und Erhebung der unterdrückten Nationalitäten – die Vorläufer der späteren Sowjets beanspruchten die Regierungsgewalt.

Marokko war seit der Kolonisierung Algeriens unter immer stärkeren französischen Druck geraten. In klarer Verletzung des Völkerrechts und mit Billigung Englands begann Frankreich 1905 mit der als »friedliche Durchdringung« bezeichneten Kolonisierung des Sultanats.[113] Nicht zuletzt mögen auch die reichen Erzvorkommen des Landes eine Rolle gespielt haben, um sie stritten sich deutsche und französische Rüstungskonzerne.[114] Das brüskierte Deutschland[115] versuchte, die Stellung des Sultans zu stärken. Reichskanzler von Bülow erweiterte daher die geplante Erholungsreise des Kaisers im Mittelmeer um einen Besuch des Sultans in Tanger. Der Kaiser erkannte die Gefahr, *»dass dieser Besuch bei der Lage der Dinge in Paris als Provokation aufgefasst werden könnte und in London die Geneigtheit zur Unterstützung Frankreichs im Kriegsfalle bewirken würde«*[116], gab aber schließlich nach.

Wie erwartet, erhob sich lautes Protestgeschrei, die englische und französische Presse bezeichnete den deutschen Kaiser als Provokateur und Friedensstörer. Dabei war es nach unwidersprochenen Berichten französischer Zeitungen Ministerpräsident Maurice Rouvier, der beim Kriegs- und Marineminister

nachgefragt hatte, ob Frankreich kriegsbereit sei. Und Außenminister Theophile Delcasse (1852-1923), der seine antideutsche Politik in Übereinstimmung mit dem englischen Kabinett betrieb, erklärte im Ministerrat, England habe für den Kriegsfall angeboten, mit 100 000 Mann in Holstein zu landen und den Kaiser-Wilhelm-Kanal zu besetzen.[117] Der Journalist und Volkswissenschaftler Francis Delaisi zählt die Aktionen des chauvinistischen Ministers auf: *»Er versuchte Italien vom Dreibund abzusprengen, unterhandelte in Petersburg, intrigierte in Konstantinopel und legte es darauf an, das isolierte Deutschland durch England und Frankreichs Unterstützung vernichten zu lassen.«*[118]

Nachdem Wilhelm II. gegenüber der französischen Regierung sein Befremden bekunden ließ, fand im Elysee-Palast ein denkwürdiger Ministerrat statt. Rouvier verlangte von Delcasse sofortige Aufklärung. Delaisi berichtet: *»Während zweier Stunden setzte damals der kleine Mensch seinen überraschten Kollegen seine Intrigen auseinander und drang schließlich kalten Bluts auf die Fortsetzung seiner Politik >der Einkreisung'., auf eine Militärallianz mit England und auf den Krieg gegen Deutschland.«*[119] Von der geringen Bedeutung der Marokkokrise überzeugt, war die einmütige Antwort des Kabinetts die Entfernung des für den Frieden gefährlichen Außenministers. Damit normalisierten sich die Beziehungen zu Berlin allmählich. Auch das Verhältnis zu den Briten wurde wieder freundschaftlicher.

1909 wohnte der junge Winston Churchill deutschen Kriegsmanövern bei. Zurück in England beschrieb er des Kaisers Rastlosigkeit: *»Alles, was er wollte, war, sich wie Napoleon zu fühlen, ohne dessen Schlachten schlagen zu müssen.«*[120] Später wird Churchill Wilhelm II. als expansionslüsternen preußischen Kriegshetzer bezeichnen. Die deutschen Heere hatten seit 1871 nicht mehr gekämpft (mit Ausnahme des Herero-Hottentotten-Aufstandes). Im Vergleich zu Wilhelm II., der selbst nie an einer Schlacht teilgenommen hatte, war der junge Churchill ein ausgefuchster Kriegsveteran. Hier wird deutlich, wie grundverschieden

Das einzige Bild, das Wilhelm II. mit dem jungen Churchill zeigt. Hier nimmt der Brite in der Uniform eines Hauptmanns der Reserve im 5. Britischen Husaren-regiment an den Kaisermanövern von 1906 teil

die beiden waren: Während der von Geburt an durch einen verkümmerten Arm behinderte Wilhelm II. lediglich die heroische Pose liebte, aber als Friedenskaiser in die Geschichte eingehen wollte, war Churchill ein alter Haudegen, der sich wenig um die Verheerungen eines Krieges kümmerte. Patrick J. Buchanan fasst zusammen: »*Er hatte Sir Bindon Blood auf seinem Feldzug in Nordwestindien begleitet. Er hatte zu Herbert Kitcheners Kavalleristen gehört, die bei Ondurman die Derwische niedermetzelten. Er war in den ersten Tagen des Burenkrieges in einem gepanzerten Zug gefangengenommen worden, aus der Gefangenschaft entflohen und mit dem britischen Heer nach Ladysmith marschiert, um den burischen Belagerungsring zu sprengen. So wie Großbritannien im Jahrhundert vor Sarajewo weit mehr Kriege ausgefochten hatte als Deutschland, hatte Churchill persönlich mehr Pulver gerochen als jeder Soldat der Preußisch-deutschen Armee.*«[121]

Mit dem Einmarsch französischer Truppen unter General Charles Moinier in Marokko am 21. Mai 1911 und der Besetzung von Fes und Rabat begann die zweite Marokkokrise. Unverzüglich versetzte Spanien seine Truppen in Alarmbereitschaft, da es sich durch die militärische Präsenz Frankreichs im Nachbarland in seinen Interessen bedroht sah. Desgleichen baten deutsche Firmenhäuser im Süden Marokkos um Hilfe. Am 1. Juli wurde in der Wilhelmstraße der Marschbefehl für das Kanonenboot *Panther* unterschrieben.[122]

Die Franzosen erkannten sehr schnell, dass Deutschland es trotz aggressivem Vorgehens und ebensolcher Rhetorik nicht auf einen Krieg gegen Frankreich und Großbritannien ankommen lassen würde. In den Verhandlungen zwischen dem deutschen Staatssekretär Alfred von Kiderlen-Waechter und dem französischen Botschafter Jules Cambon wurden deshalb nur unbedeutende mittelafrikanische Kompensationen angeboten.[123] Das im Marokko-Kongo-Abkommen erreichte Resultat wurde in der deutschen Presse und Öffentlichkeit enttäuscht als Niederlage, als »neues Olmütz«, aufgenommen.[124]

Der Erfolg Frankreichs in Marokko weckte Gelüste in Rom. Aufgrund der Verarmung der italienischen Bevölkerung waren allein zwischen 1901 und 1911 etwa 1,6 Millionen Italiener nach Südamerika und in die Vereinigten Staaten ausgewandert.[125] In den zum Osmanischen Reich gehörenden Provinzen Tripolitanien und Cyrenaika sahen vor allem nationalistische Intellektuelle die Lösung der sozialen Probleme Italiens. Die Idee einer kolonialen Expansion griff der italienische Premier Giovanni Giolitti im Spätsommer 1911 auf. Am 26. September stellte die italienische Regierung der Hohen Pforte ein . Darin

forderte sie die sofortige Abtretung Tripolitaniens und der Cyrenaika. Dieses Vorgehen erschien unbedenklich: Österreich-Ungarn war an einer Schwächung des Osmanischen Reiches interessiert, während Frankreich gerade sein Protektorat Marokko ausbaute. Als drei Tage später Sultan Mehmed V. die Forderung zurückwies, erfolgte die sofortige Kriegserklärung, da Italien vom schwachen Osmanischen Reich keinen nennenswerten Widerstand erwartete.

Der sollte überraschenderweise von der einheimischen Bevölkerung kommen. Sie hatte unter der osmanischen Herrschaft relativ unabhängig gelebt und sah in den Italienern nichts anderes als feindliche Invasoren. Nach einem blutigen und verlustreichen Gefecht bei Sciara Sciat in der Nähe von Tripolis am 23. Oktober 1911 lagen die Nerven der Italiener blank. In den folgenden Tagen und Wochen wurden Tausende von Arabern erschossen, ihre Hütten verbrannt und das Vieh beschlagnahmt. Etwa 4000 Muslime wurden auf die Strafinseln Trementi und Ponza verschleppt. Mit den wenigen osmanischen Truppen zogen sich die lokalen Araber- und Berberstämme ins Landesinnere zurück. Lenin bezeichnete den Italienisch-Türkischen Krieg deshalb als *»ein vervollkommnetes, zivilisiertes Massaker, ein Abschlachten der Araber mit neuzeitlichsten Waffen«*, er nannte die Zahl von 14 800 getöteten Arabern.[126]

Am 18. Mai 1912 stellte der Zentrumsabgeordnete Peter Spahn (1846–1925) im Reichstag fest, dass die Unruhe in der Welt fortdauere. Deutschland sei mit den Verhältnissen konfrontiert, die sich durch den Krieg in Tripolis ergeben haben. Auch würde Deutschland wirtschaftlich durch die Unruhen in China berührt. Außerdem seien die Verhältnisse in Marokko noch nicht geordnet. *»Nach allem, was wir wissen,«* so Spahn, *»hat sich unser Auswärtiges Amt darauf beschränkt, in Gemeinschaft mit den übrigen Großstaaten bei der Türkei und bei Italien auf den Schutz des Verkehrs und die Herbeiführung des Friedens hinzuwirken, ohne eigene selbständige Schritte zu tun, und ich glaube, daß dieser Standpunkt der richtige ist, wobei ich nur betonen will, daß es für uns hauptsächlich darauf ankommen muß, einmal die Einmütigkeit der Großmächte im bezug auf ihr Verhalten zur Türkei und zu Italien zu erhalten, und dann daß die Betätigung dieser Einigkeit in der Richtung der Friedensbestrebungen zu gehen hat.«*[127] Weiter führte er aus, dass die Einigkeit vor allem dem Schutz des eigenen Handelsverkehrs nach der Türkei und den vom Krieg berührten Plätzen dienen solle. Mit Blick auf den am 30. März 1912 mit Muley Hafid, dem Bruder des Sultans, abgeschlossenen Vertrag über das französische Protektorat über Marokko würden die Schwierigkeiten nicht im Abschluss, sondern erst der Ausführung dieses Vertrages liegen. Wie visionär!

In der gleichen Sitzung wies der national-liberale Abgeordnete Ernst Bassermann (1854–1917) die Behauptung, Deutschland habe die Spannungen in der Welt mit zu verantworten, als unrichtig zurück und stellte fest: »*Deutschland hat in den 40 Jahren eine Friedenspolitik getrieben im Gegensatz zu manchen anderen Staaten. Welche großen Ereignisse sind in diesen 40 Jahren an uns vorübergezogen! Wie ist es England, Frankreich, Japan und heute Italien gelungen, ihren Besitz zu erweitern! Ich erinnere Sie demgegenüber an die Tatsache, daß, wenn irgend mal in der Welt die Mutmaßung auftauchte, daß Deutschland eine Kohlenstation erwerben wolle, wir dann sofort unsererseits Verwahrung, oft überflüssigerweise, eingelegt haben, daß wir solche Expansionsgelüste haben. Ich verweise Sie auch auf die unerfreuliche, aber doch durch das Gefühl der Notwendigkeit der Friedenserhaltung geleitete deutsche Politik in der Marokkofrage.*«[128] Hier erkannte der Abgeordnete, dass Frankreich in seiner Eroberung Marokkos nicht von kriegerischen Zusammenstößen mit diesen kräftigen Berberstämmen verschont bleiben würde – das konnte auch 2013 in Mali beobachtet werden, wo aufgrund von Al-Qaida-Terror die blutigen Fingerabdrücke einer weniger gut getarnten französischen Rekolonisierung des ehemaligen Französisch-Afrikas zu erkennen waren.[129]

Bassermann sah jedoch eine Zeit kommen, »*in der Marokko, das wertvolle Land, genau so pazifiziert sein wird wie Algier, das können wir wohl der französischen Energie, die in seiner Kolonialpolitik sich geltend macht, zutrauen.*«[130] Hier aber sollte Bassermann irren.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Eduard David (1863–1930) lenkte den Blick auf England und wies auf eine Änderung in der englischen Flottenpolitik hin. Dazu zitierte er aus der jüngsten Rede des britischen Marineministers Winston Churchill: »*Wenn die Hauptaufgabe der Flottenentwicklung in den letzten zehn Jahren darin bestand, die britische Flotte an entscheidenden Orten zu konzentrieren, so scheint es mir nicht unwahrscheinlich, daß die Flottenentwicklung in den nächsten zehn Jahren ein Wachstum der Flottenstärke in den großen Dominions über See bringen wird. Dann werden wir sozusagen eine Arbeitsteilung zwischen dem Mutterland und den Töchterstaaten vornehmen können.*«[131]

Diese Überlegungen entsprachen durchaus den Ideen des US-amerikanischen Seestrategen Alfred Thayer Mahan (1840–1914; siehe Seite 141 sowie 313 f.). Aufgrund seiner Studien kam Mahan zu dem Schluss, dass Inselstaaten aufgrund ihrer geographischen Lage einen naturgegebenen Vorteil beim Wettbewerb auf dem Meer haben: »*Die Geschichte hat schlüssig nachgewiesen, daß ein Staat selbst mit einer einzigen kontinentalen Grenze zum Wettbewerb im Aufbau einer Marine mit einem Inselstaat unfähig ist, auch wenn dieser Inselstaat nur über*

eine kleinere Bevölkerung und geringere Mittel verfügt. «[132] So war Deutschland hinsichtlich der Flottenpolitik für Großbritannien kein ernstzunehmender Gegner, im Gegenteil, denn wertvolle strategische Ressourcen wurden durch den Flottenbau vernichtet.

Erst im Herbst 1912 fand sich die Türkei zu Friedensverhandlungen bereit - nicht nur weil Italien die Truppen massiv verstärkt hatte und seine Kriegsflotte erfolgreich vor den osmanischen Küstenregionen operierte. Es formierte sich außerdem eine neue, größere und massivere Bedrohung als der italienische Kolonialismus an der Nordgrenze des Osmanischen Reiches: Die Schwäche der Türkei hatte weitere Begehrlichkeiten geweckt. Unter der seit 1909 propagierten Formel »Der Balkan den Balkanvölkern!« fassten Serbien und Bulgarien im Frühjahr 1912 einen »Balkanbund« ins Auge.[133] Gemeinsam sollte eine Ausdehnung Österreich-Ungarns verhindert und Albanien sowie Makedonien von der Türkei befreit werden. Damit waren umfangreiche Konflikte vorprogrammiert, deren Lösungen sehr wesentlich vom Verhalten der Bündnispartner Serbiens und Österreich-Ungarns abhängen würden. An der Konstruktion des Bundes war maßgeblich der russische Gesandte in Belgrad, Nikolaus von Hartwig, beteiligt, der zwischen 1910 und 1914 als »ungekrönter König von Serbien« das Feld beherrschte.
Bereits 15 Jahre zuvor, Anfang 1897, hatte der englische Staatsmann William E. Gladstone die europäische Öffentlichkeit mit der Frage verblüfft:

THE BOILING POINT.

Dampfkessel Balkan: Den Deckel halten gemeinsam der russische Zar, der englische Premier, der Deutsche Kaiser, der französische Premierminister und der K.-u.-k.-Monarch (v. l. n. r.)

»Why not Macedonia for Macedonians as well as Bulgaria for Bulgarians and Serbia for Serbians?«[134] Damit hatte er nicht nur die Makedonier aus der Taufe gehoben – eine Nationalität, die sich allein über den Namen ihres Siedlungsraumes definierte –, sondern auch Serbien und Bulgarien in ihre Grenzen verwiesen. Hier liegt nun der Verdacht nahe, dass es ihm dabei weniger um die Bewohner dieser Region ging als vielmehr um die englischen Großmachtinteressen.[135]

Am 13. März 1912 schlossen Bulgarien und Serbien einen Offensivvertrag gegen die Türkei, eine geheime Anlage wies alle Entscheidungen Russland zu. Dem folgte am 29. Mai ein bulgarisch-griechischer Vertrag, am 2. Juli die bulgarisch-serbische und am 25. September die bulgarisch-griechische Militärkonvention. Schon im Frühsommer 1912 hatte sich Serbien zudem der Hilfe des aufständischen Albaniens versichert. Am 8. Oktober erklärte Montenegro eigenmächtig der Türkei den Krieg, bis zum 17. folgten Bulgarien, Griechenland und Serbien.

Balkankrieg 1912

Entschlossen und umfassend griff der Balkanbund die Türkei an, welche sich im Südosten an der Tschataldscha-Linie behaupten konnte, im Westen aber herbe Niederlagen einstecken musste: am 24. Oktober Niederlage bei Kumanova, Serben besetzen die Adriaküste bei Durazzo; am 26. Oktober Räumung von Usküb (Skopje); am 8. November ziehen Griechen und Bulgaren in Saloniki ein, am 18. November fällt Monastir, das letzte Ziel aber – Konstantinopel – blieb unerreicht. Der türkische Großwesir Kiamil Pascha bat die Großmächte um Friedensverhandlungen, letztlich konnten die Bemühungen Deutschlands und Englands einen Krieg zwischen Österreich und Russland verhindern. Streitigkeiten zwischen den Siegern über die Verteilung der Beute retteten die Türkei.

Nach dem Waffenstillstand führte der serbische Gesandte Ristic Mitte Dezember 1912 in Bukarest ein aufschlussreiches Gespräch mit dem rumänischen Innenminister Take Jonescu (1858–1922). Dieser war überzeugt, dass die Großmächte keinen Krieg wünschten. *»Wenn ich von Großmächten spreche«,* so Jonescu, *»meine ich nur diese drei: Deutschland als Militärmacht, England als Seemacht und Frankreich als Finanzmacht. Russland, Österreich-Ungarn und Italien, beson-*

ders letzteres, können als Großmächte nicht in Rechnung gezogen werden.« Dann versuchte Jonescu dem serbischen Gesandten ins Gewissen zu reden: »*Wäre ich ein Serbe, so würde ich mich mit dem, was Serbien gemäß den in London getroffenen letzten Vereinbarungen erhalten hat, zufrieden stellen. Es ist klug, ein Maximum von dem zu verlangen, was erreichbar erscheint. Aber man darf nicht etwas noch darüber hinaus begehren, besonders das nicht, was man erwünscht. An eurer Stelle hätte ich z. B. Österreich-Ungarn nicht getrotzt und dem serbischen Heere nicht den Vormarsch zum Adriatischen Meere befohlen. Ich glaube nicht, wie ihr, dass in diesem Falle die Frage eures Hafens nicht einmal auf diese Weise geregelt worden wäre, wie dies jetzt tatsächlich geschehen ist.*«[136] Abschießend versuchte Jonescu Ristic die Bedeutung der in diesem Krieg gemachten serbischen Gewinne begreiflich zu machen: »*Ihr dagegen habt euch im stillen und ohne Lärm zum Krieg vorbereitet und Siege davongetragen, die ihr euch wahrscheinlich selbst nie erhofft hattet.*«

Diese Siege erregten die Serben in Bosnien, sie fühlten, dass »*ihnen der künftige Kampf gegen die Muselmanen und katholischen Serben – mit anderen Worten: gegen die Regierung – ganz leicht sein wird*«, schreibt der serbische Gesandte Jovanovic aus Wien an Pasic. »*Die serbischen Siege – das gesicherte Kossovo, wie sie sagen – sind eine unerschöpfliche Kraftquelle für alle ihre Ziele.*«[137]

Ebenso wie Bismarck vertrat Kaiser Wilhelm II. für den Balkan die »*Nicht-Intervention um jeden Preis*«[138]. Um den Dreibund zu retten, brachte ihn Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg (1856–1921) von dieser Position ab. Schon am 22. November 1912 erklärte der Kaiser dem österreichischen Generalstabschef Blasius von Schemua, dass Österreich-Ungarn »*auf Deutschlands Unterstützung unter allen Verhältnissen voll zählen*« könne.[139] Das ging wiederum dem Staatssekretär des Äußeren, Kiderlen-Waechter, zu weit. Der ließ in der regierungsnahen *Norddeutschen Zeitung* einen Artikel veröffentlichen, in dem vor einem militärischen Vorgehen Österreich-Ungarns auf dem Balkan gewarnt wurde, was in Österreich-Ungarn zu Rückfragen, erheblichen Irritationen und verbitterten Kommentaren führte.

In der Reichstagssitzung vom 2. Dezember 1912 war Bethmann Hollweg um Schadensbegrenzung bemüht: »*Als wir den Kampf als unvermeidlich ansahen, haben wir vor allem darauf hingewirkt, ihn zu lokalisieren. Dies ist bis jetzt gelungen, und ich kann wohl die bestimmte Hoffnung aussprechen, daß dies auch weiter gelingen wird.*« Deutschland wolle wie die anderen auch bei einer Nachkriegsregelung mitreden: »*Denn an der ökonomischen Gestaltung im Orient sind wir sehr wesentlich direkt interessiert.*« Zur Konfliktlösung zwischen den Großmächten

finde ein lebhafter und erfolgversprechender Gedankenaustausch statt. Wenn aber *»unsere Bundesgenossen bei Geltendmachung ihrer Interessen wider alles Erwarten von dritter Seite angegriffen und damit in ihrer Existenz bedroht werden sollten, dann würden wir, unserer Bündnispflicht getreu, fest und entschlossen an ihre Seite zu treten haben, – (lebhafter Beifall vom Zentrum und von den Nationalliberalen) – dann würden wir an der Seite unserer Verbündeten zur Wahrung unserer eigenen Stellung in Europa, zur Verteidigung der Sicherheit und Zukunft unseres eigenen Landes fechten.«* Daraufhin ging der Kanzler auf den Konflikt zwischen der Türkei und den Balkanstaaten ein. Die deutsche Politik ziele seit Langem darauf ab, die guten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den Balkanstaaten und der Türkei zu erhalten und zu stärken. *»Wir glauben, hierdurch der Türkei manchen Dienst geleistet zu haben, ohne daß wir dabei unsere guten Beziehungen zu anderen Mächten gefährdeten. Dieser Politik, die allerdings bei Ausbruch des türkisch-italienischen Krieges gerade bei uns heftig angegriffen wurde, möchte ich es als einen Erfolg vindizieren …, daß wir uns während des Kampfes zwischen einem Bundesgenossen und einem Freunde die Sympathien beider zu erhalten gewusst haben.«* Bethmann Hollweg hoffe auf die Fortsetzung und Erstarkung dieser freundschaftlichen Beziehungen.[140]

Der mit Haase und Liebknecht zum linken SPD-Flügel zählende Abgeordnete Georg Ledebour (1850–1947) warnte vor einer absoluten Bündnistreue und warf dem Reichskanzler vor, wenig zur Aufklärung der gegenwärtigen Situation beigetragen zu haben. Er erinnerte an Äußerungen Bülows und Wilhelms II., die seiner Meinung nach diplomatische Fehlgriffe darstellten, und an die unglückliche Tangerreise des Kaisers. Schließlich zitierte Ledebour aus dem Trinkspruch Wilhelms II. auf den Sultan am Ende seiner Palästinareise (8. November 1898): *»Möge der Sultan und mögen die 300 Millionen Mohammedaner, die auf der Erde zerstreut leben, die in ihm ihren Kalifen verehren, dessen versichert sein, daß zu allen Zeiten der Deutsche Kaiser ihr Freund sein wird.«* Dieser Toast habe beim Sultan wie bei den Türken den Glauben erweckt, dass sie bei Angriffen fremder Mächte auf die Unterstützung Deutschlands rechnen könnten. *»Das war eine leichtfertige Festlegung Deutschlands auf eine werktätige Bundesgenossenschaft, die nicht durchgeführt werden konnte.«* Ledebour ignorierte dabei wie viele andere den Umstand, dass der Trinkspruch in erster Linie von einem protestantischen Oberhaupt an ein anderes religiöses Oberhaupt gerichtet und keine Parteinahme im politischen Sinne war.

Weiter führte er aus: *»Diese Versicherung hat den Sultan und hat die Türkei und hat die 300 Millionen Mohammedaner, denen Kaiser Wilhelm II. und das*

Deutsche Reich Freundschaft versicherten, nicht davor behütet, daß nachher Marokko französisch, Tripolis italienisch geworden ist und die Türken jetzt aus Europa so ziemlich restlos herausgeklopft wurden.«[141] Hier scheint Ledebour vergessen zu haben, dass der Kaiser beim Versuch, die Souveränität Marokkos zu retten, gerade vonseiten der Sozialdemokraten heftig angegriffen wurde.

Die Ursachen der Kriege hatten, so Ledebour, ihre Wurzeln in kapitalistischer Ausbeuterei. Künftige Kriege könnten durch die Macht der Internationale verhindert werden. Der Abgeordnete Graf von Kanitz hielt das für eine Illusion und entgegnete: »*Die beste Friedensgarantie ist die Einmütigkeit und Geschlossenheit eines hinter seiner Regierung stehenden Volkes.*« Die jetzige Situation erinnere an das Frühjahr 1909: »*Auch damals hatte Serbien im Vertrauen auf die russische Hilfe sich einen Weg nach dem Adriatischen Meere bahnen wollen, die russische Hilfe blieb aus, und obwohl die Brandfackel eines europäischen Krieges in Aussicht stand, gelang es dem Geschick unserer Diplomatie, das Feuer zu dämpfen, ehe es zu heller Flamme aufloderte.*« Nun käme es darauf an, die für die Türkei unvermeidlichen Gebietsabtretungen auf ein vernünftiges Maß zu beschränken. Das könne schwierig werden, da sich der Balkanbund nicht zum Krieg gegen die Türkei verpflichtet, sondern schon im Voraus das Fell des Bären verteilt habe. Kanitz zeichnete ein Bild des Kriegsschauplatzes: »*Griechenland hat Saloniki besetzt und hat offenbar die Absicht, Saloniki zu behalten, hat sogar noch den Hafen von Balona in Anspruch genommen oder wird ihn in Anspruch nehmen. In dem Bündnisvertrag zwischen den Balkanstaaten Bulgarien, Montenegro und Serbien aber heißt es, daß Saloniki den Bulgaren zufallen soll.*« Nach Kanitz' Überzeugung bestand die große Gefahr, dass nach einem Friedensschluss mit der Türkei die »*hohen Verbündeten sich nachträglich in die Haare fahren, und daß hier noch ein sehr ernster europäischer Konflikt die Folge sein kann*«. Auch würde sich das albanische Volk eingedenk seiner ruhmvollen Geschichte nicht aufteilen lassen. Das wäre aber die Voraussetzung für den serbischen Wunsch, einen Hafen am Adriatischen Meer zu besitzen – und zwar nicht bloß für seinen Handelsverkehr. Österreich und Italien wären sich in diesem Punkt einig und würden auch keine Teilannexion Albaniens zulassen. Kanitz zeigte Verständnis für den Wunsch Serbiens und brachte einen Vermittlungsvorschlag ein. Die Serben sollten einen Handelshafen am Adriatischen Meer erwerben und dort jeglichen Handelsverkehr abwickeln können. Damit wäre den wirtschaftlichen Wünschen Serbiens Rechnung getragen. Kanitz hatte jedoch die politischen Ziele Serbiens übersehen.[142]

Nur vier Tage zuvor hatte Ministerpräsident Pašic dem serbischen Geschäftsträger[143] Gruitsch in London die Anweisung Nr. 219 übermittelt, mit dem britischen Außenminister Sir Edward Grey über den Wunsch Serbiens nach einem Hafen an der Adria zu sprechen und Durazzo (alban. Duressi) als Hafen vorzuschlagen. »*Auf die Frage Greys, ob dieser Hafen allein aus wirtschaftlichen Gründen von uns gewünscht werde*«, sei ausweichend zu antworten, »*daß wir als ein junges Staatswesen für jetzt und auch noch auf lange hinaus nicht an eine Kriegsflotte denken können*«.[144]

In der Folgeanweisung vom gleichen Tag verlangte Pašic von seinem Londoner Geschäftsträger: »*Drücken Sie Grey persönlich meine lebhafteste Dankbarkeit für seine korrekte Auffassung unserer vitalen Interessen bezüglich des Ausganges zum Adriatischen Meere über serbisches Territorium zu einem Hafenplatz aus. Diesem Bedürfnis würde einzig und allein Durazzo entsprechen ... welches auch einst serbisch gewesen sei.*«[145] Hier bewies Pašic brillante Geschichtskenntnisse. Tatsächlich war Durazzo in seiner wechselvollen Vergangenheit 1336 an Serbien gefallen, um gleich darauf von Neapel vereinnahmt zu werden. Aus Sicht Pašics könne Serbien als Binnenstaat nur mit einem solchen Hafen auf völlige ökonomische und politische Unabhängigkeit rechnen, »*da ein solcher Hafen Serbien erst den gleichberechtigten Verkehr mit anderen Staaten ermöglichen würde.*«[146] Träumte Pašic hier schon von einer Flottenparade in der Adria?

Auch Ledebours Vorwurf, den Österreichern willenlose Trabantendienste zu leisten, wies Kanitz zurück und zitierte den Fürsten von Bülow, der vor Jahren an gleicher Stelle auf diesen Vorwurf antwortete: »*Nicht in der Ansicht auf einen territorialen Gewinn liegt unser Interesse an der Balkanfrage, sondern darin, daß wir einen loyalen Bundesgenossen, für den wir keinen Ersatz finden würden, nicht im Stich lassen dürfen.*« Kanitz weiter: »*Und wenn wir in einen Krieg verwickelt werden, geschieht es nicht wegen des lumpigen Stückes Küste am Adriatischen Meere, welches uns vollkommen gleichgültig sein kann, sondern es handelt sich darum, uns unseren Bundesgenossen im Dreibund zu erhalten; denn diese Bundesgenossenschaft ist für uns, wie die Dinge einmal liegen, eine Lebensfrage, eine Existenzfrage.*«[147]

Ab 3. Dezember 1912 schwiegen die Waffen auf dem Balkan, und es begannen schwierige Friedensverhandlungen. Für das makedonische Gebiet zeichneten Bulgarien, Griechenland und Serbien als Teilungsmächte. Diese Teilung ist bis heute umstritten. Auch die Friedensverträge der nachfolgenden beiden Weltkriege revidierten das Ergebnis nicht.

Der Botschafter in London Fürst Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

(Bericht mit Randbemerkungen Wilhelms II.)

(Zu Seite 123)

Kaiserlich
Deutsche Botschaft

London, den 3. Dezember 1912

Lord Haldane besuchte mich heute, um mit mir die politische Lage zu besprechen. Während der längeren Unterredung betonte er wiederholt die Notwendigkeit, in der orientalischen Krisis zu einem Ausgleich der Gegensätze zu gelangen, da es unabsehbar sei, welche Folgen eine kriegerische Verwickelung, in die eine oder mehrere der Großmächte hineingezogen würden, haben könnte. England sei unbedingt friedlich und kein Mensch wolle hier den Krieg, schon aus wirtschaftlichen Gründen. Aber bei einem allgemeinen europäischen Wirrwarr, der sich doch aus dem Einmarsch Österreichs in Serbien ergeben könnte, falls Serbien nicht gutwillig die besetzte Adriaküste räumte, sei es kaum wahrscheinlich, daß Großbritannien werde der stille Zuschauer bleiben können.

erwartet niemand die helfen den Galliern

Ich entgegnete, ich wolle nicht die Frage an ihn richten, ob das so viel hieße, als ob England alsdann gegen uns feindlich vorgehen würde. Er erwiderte, daß das gewiß nicht die notwendige, wohl aber die mögliche Folge eines Krieges sein würde zwischen beiden kontinentalen Gruppen. Die Wurzeln, so drückte er sich aus, der englischen Politik lägen in der hier allgemein verbreiteten Empfindung, daß das Gleichgewicht der Gruppen einigermaßen aufrecht zu erhalten sei. England würde daher unter keinen Umständen eine Niederwerfung der Franzosen dulden können, die er, ein großer Bewunderer unseres Heerwesens und unserer militärischen Einrichtungen, mit einiger Sicherheit voraussieht. England könne und wolle sich nicht nachher einer einheitlichen kontinentalen Gruppe unter Führung einer einzigen Macht gegenübersehen.

natürlich

wird sich ändern!

sie werden es doch müssen

das ist eigentlich eine versteckte Drohung oder Kampfansage!

Sollte also Deutschland durch Österreich in den Zwist hineingezogen werden, und dadurch in Krieg mit Frankreich geraten, so würden in England Strömungen entstehen, denen keine Regierung widerstehen könnte und deren Folgen ganz unberechenbare wären. Die Theorie von dem Gleichgewicht der Gruppen bilde eben für Englands Außenpolitik ein Axiom und habe auch zu der Anlehnung an Frankreich und Rußland geführt. Er könne mir verbürgen, daß man hier das beste Verhältnis mit Deutschland wünsche, und die Aufnahme, die z. B. die Ausführungen Euerer Exzellenz und des Herrn von Kiderlen im Reichstage sowie meine neuliche Rede beim Festmahl der Royal Society gefunden, müßten mir die Richtigkeit dieser Ansicht beweisen. Auch würde uns niemand hier den Krieg machen wollen, solange keine europäischen Verwickelungen einträten. Die Folgen eines europäischen Krieges aber seien ganz unberechenbar und könne er alsdann für gar nichts einstehen.

richtig; haben wir schon berechnet

sie ist ein Blödsinn! und wird England ewig zu unserm Feinde machen

bei solchen Auffassungen gänzlich nutzlos!

alles Quatsch! ohne ernste Folgen

die werden eintreten

ich auch nicht!

Lord Haldane kam auch auf die Politik Sir E. Greys und seinen Vorschlag zu sprechen. Er ist bekanntlich mit dem Foreign Secretary intim befreundet und dieser wohnt sogar zeitweise bei ihm. Er bestätigt mir, daß Sir Edward nach Möglichkeit danach trachte, eine vermittelnde Haltung einzunehmen und es vermeide, als Parteigänger der Ententegruppe in dieser Krisis zu erscheinen. Lord Haldane meint, die angeregte Vorbesprechung werde Russen und Österreicher zwingen, mit greifbaren Anträgen hervorzutreten, was bisher nicht geschehen, und befürwortet die Wahl von London als den geeignetsten Ort. Inzwischen müsse aber alles vermieden werden, was zu einer scharfen Sonderung der Gruppen (harden the groups) führen könnte. Dieselben müßten sich vielmehr möglichst in „Gelatine" verwandeln.

er bleibt aber doch Parteigänger der Gallo-Slaven gegen die Germanen!

Quatsch!

Lichnowsky

weil England zu feige ist Frankreich und Rußland offen in diesem Falle sitzen zu lassen, und zu sehr neidisch ist auf uns und uns haßt, deswegen sollen andere Mächte ihre Interessen nicht mit dem Schwert vertheidigen dürfen, da es dann trotz aller Versicherungen, trotz Marschall und Lichnowsky doch gegen uns gehen will. Das richtige Krämervolk! Das nennt es Friedenspolitik! Balance of Power! Der Endkampf der Slaven und Germanen findet die Angelsachsen auf Seiten der Slaven u(nd) Gallier.

Dreh- und Angelpunkt der Kriegsschulddiskussion ist der 2. Dezember 1912, wo das Deutsche Reich angeblich den Krieg beschlossen hat. Die Notizen Wilhelms II. im Brief von Botschafter Lichnowsky an Kanzler Bethmann Hollweg geben die damals herrschende Stimmungslage wieder und lassen eine andere als die allgemein übliche Interpretation zu (Abschrift vom Original, handschriftliche Anmerkungen Wilhelms an der linken Seite transkribiert)

Die vom Reichskanzler am 2. Dezember 1912 im Reichstag gegebene Bündniszusicherung wurde von der britischen Regierung als bedrohlich eingestuft und veranlasste den Lordkanzler Richard Haldane, den deutschen Botschafter Lichnowsky ausdrücklich zu warnen: Großbritannien werde bei einem Einmarsch Österreich-Ungarns in Serbien kaum der »stille Zuschauer« bleiben können, man könne zudem keinesfalls eine neuerliche Niederwerfung Frankreichs dulden, falls Deutschland im Zusammenhang mit einem russisch-österreichischen Konflikt Frankreich angreifen würde.

Als der Kaiser den Bericht zur Kenntnis nahm, soll er außer sich gewesen sein: *»England wird aus Neid und Haß gegen Deutschland unbedingt Frankreich u(nd) Rußland gegen uns beistehen. Der eventuelle Existenzkampf, den die Germanen in Europa (Österreich, Deutschland) gegen die von Romanen (Galliern) unterstützten Slaven (Rußland) zu fechten haben werden, findet die Angelsachsen auf der Seite der Slaven. Grund: Neidhammelei, Angst unseres zu Großwerdens!«*[148] Unter dem Eindruck des Berichts aus London berief er am zweiten Advent für 11 Uhr eine Besprechung ein, die später von Bethmann Hollweg als »Kriegsrat« bezeichnet wurde – wohl deshalb, weil ausschließlich Militär anwesend war: Helmuth Graf von Moltke (Chef des Generalstabes), August von Heeringen (Chef des Admiralstabes), Alfred von Tirpitz (Staatssekretär im Reichsmarineamt) sowie Georg Alexander von Müller (Chef des Marinekabinetts).[149]

Für den Chef des Marinekabinetts war das Ergebnis der Besprechung gleich null, da einem Kriegsentschluss keine konkreten Überlegungen über die diplomatischen Voraussetzungen einer erfolgreichen Eröffnung des Krieges folgten.[150] Dagegen wurde nach Meinung Fritz Fischers beim Kriegsrat definitiv beschlossen, den Krieg um die Vorherrschaft in Europa zu führen, nur der Zeitpunkt sei vertagt worden. Sein Eleve John C. G. Röhl fasste noch im Jahr 2008 die Diskussion wie folgt zusammen: *»Heute steht die Hauptverantwortung der deutschen und österreichischen Regierungen für die Herbeiführung des großen Krieges im Juli 1914 nicht mehr in Frage, und auch der ›Kriegsrat‹ vom 8. Dezember 1912 steht nicht als unerklärliche und scheinbar folgenlose Entgleisung eines politisch bedeutungslosen und nicht ganz zurechnungsfähigen Monarchen da … die militärpolitische Besprechung jenes Sonntagsvormittags (lässt sich) reibungslos in einen Entscheidungsprozess betten, dessen Anfänge weit zurückreichten und der schließlich im Sommer 1914 in die Katastrophe des Weltkriegs münden sollte.«*[151]

Im Februar 1912 war der britische Lordkanzler Haldane nach seinem Berlin-Besuch mit der Erkenntnis nach London zurückgekommen, dass an

der Spitze des Deutschen Reiches Chaos herrsche und eine zielstrebige Planung eines Hegemonialkrieges nicht zu erkennen sei. Wer mag der Wahrheit näher gekommen sein: der kritische Zeitzeuge oder ein nachgeborener Wissenschaftler, für den es anscheinend gar keinen Zweifel gibt? Denn Zweifel an den Ausführungen Röhls kommen erstaunlicherweise von seinem Cambridge-Kollegen Christopher Clark. Für ihn ist der von Wilhelm II. einberufene »Kriegsrat« nur die Reaktion auf die ententistische Balkanpolitik Großbritanniens. »*Sie* (die Beteiligten am ›Kriegsrat‹, Anm. d. Verf.) *überlassen den Balkan den Russen. Sie lassen zu, dass an dieser geopolitischen Grenze eine Zündladung installiert wird. Damit schaffen sie die Verzahnung, die zum Weltkrieg führt.*«[152] Im Sinne der »Balance of Power« habe England bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts Österreich immer als Stabilitätsfaktor in Europa gesehen. Nun sind sie bereit, so Clark, die Habsburger auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen. Diese Bereitschaft sei in St. Petersburg, Belgrad und Paris durchaus erkannt worden. Damit erlösche nicht nur die grundsätzliche Solidarität zwischen den Monarchien, sondern auch die Existenzberechtigung einer anderen Nation. Im Sinn dieser Politik finanzierte die Republik Frankreich die Rüstung der Monarchien von Russland und Serbiens, Clark zufolge ein riskantes Spiel: »*Sie pumpen große Summen nach Serbien und machen es so zum östlichen Bollwerk der Entente-Mächte.*«[153]

Streit unter den Balkanstaaten – Zweiter Balkankrieg

In einem Geheimtelegramm vom 2. Januar 1913 informierte Alexander P. Iswolski, russischer Botschafter in Paris, seinen Londoner Kollegen Benckendorff über ein Gespräch mit dem französischen Ministerpräsidenten Raymond Poincare (1860–1934), der zugleich Außenminister war, über die serbische Forderung an Russland, Frankreich und England, Druck auf Bulgarien auszuüben. Nach Ansicht Poincares »*könnten im Hinblick auf die ganz bestimmte Erklärung Rumäniens, daß es im Kriegsfalle auf Seiten Österreichs stehen werde, die Mächte des Dreiverbandes den erbetenen Dienst nur unter der Bedingung leisten, daß Rumänien seinerseits ihnen positive Garantien gebe, ... neutral zu bleiben*«.[154] Bei einer Zusage seien die drei Mächte bereit, »*die Initiative zu Schritten zu ergreifen, um von der Pforte die Abtretung Adrianopels zu erwirken.*«[155] Für diesen der Großmächte unwürdigen Kuhhandel hatte Poincare – von seinem Botschafter Bompard aus Konstantinopel informiert – schon klare Vorstellungen: Ein internationales

Geschwader solle im Bosporus Flagge zeigen. Die »Pforte« hätte dann genügend Gründe, um das Nachgeben zu rechtfertigen.

Am 8. Januar instruierte der russische Außenminister Sergej Sasonow seinen Botschafter in London, Alexander K. Benckendorff, über ein weiteres Gespräch von Iswolski mit Poincare: Nach französischer Auffassung sollte *»Serbien von der Notwendigkeit, das adriatische Ufer zu räumen, erst nach Beendigung der Arbeiten der Konferenz und nach Entscheidung aller übrigen Fragen unterrichtet werden«.*[156] Poincare fürchtete, dass sonst die Erbitterung Serbiens über die Mächte des Dreiverbandes noch zunehmen werde.

Das Gespräch Iswolskis mit Poincare muss einige Tage zurückgelegen haben, denn am 8. Januar erklärte die königliche serbische Gesandtschaft in einer Note an Sir Edward Grey offiziell, Serbien werde seine Truppen von der Adriaküste zurückziehen, was ein großes Opfer für das Land bedeute. Ausdrücklich heißt es in der Erklärung, dass Serbien nur im Interesse des europäischen Friedens zu diesem Schritt bereit sei. Weitere Opfer von Serbien zu verlangen, würde es in eine verzweifelte Situation bringen, *»deren Konsequenzen nicht vorhersehbar«*[157] wären.

Am 18. Januar ermächtigte K.-u.-k.-Außenminister Leopold Graf Berchtold (1863–1942), welcher vorsichtig die Gründung eines autonomen albanischen Staates befürwortet hatte, seinen Botschafter in London, Albert von Mensdorff, dem serbischen Geschäftsträger mitzuteilen, *»daß nach übereinstimmender Willensäußerung der Mächte Serbien nicht allein die albanische Küste, sondern auch das albanische Gebiet, sobald die Grenzen Albaniens von den Mächten bestimmt und der serbischen Regierung notifiziert sein werden, zu räumen haben werde«.*[158] Österreich als selbstloser Anwalt albanischer Interessen?

»Mein teurer Freund«, wandte sich Kaiser Franz Joseph am 1. Februar 1913 an Zar Nikolaus II. In dem Brief beschrieb er seinen Kummer, dass die vom Wunsch erfüllte österreichische Regierungspolitik, *»den Wirren, die sich auf dem Balkan abgespielt haben, keine neuen Schrecknisse hinzuzufügen – daß diese Politik in Rußland ironisch aufgenommen worden ist.«*[159] Dabei hätten sie sich gemeinsam jeder Einmischung in den Konflikt enthalten. Gemeinsam hätten sie sich bei den Beratungen nur von dem Gefühl der Versöhnung leiten lassen und alles zu vermeiden, *»was die leiseste Ursache zu einer Uneinigkeit zwischen unseren Reichen erzeugen könnte«.* Abschließend verwies der Kaiser auf die schwere Verantwortung, die auf beiden laste, und seine Sorge um die Erhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zu Russland, derentwegen er eine versöhnliche Haltung bewahrt habe: *»So will ich hoffen, daß Du das Maß meiner Anstrengungen*

würdigen und die großen Vorteile eines europäischen Friedens in guter Harmonie zwischen unseren Völkern ausnützen wirst. Ich bitte Dich, zu glauben an die Gefühle wahrer Freundschaft Deines Bruders und Freundes Franz Joseph.«[160]

Trotz dieses versöhnlichen Briefes kamen in London die Verhandlungen über die Grenzen Albaniens infolge von Meinungsverschiedenheiten beider Länder ins Stocken. England schlug zur Untersuchung der Grenzfrage eine internationale Kommission vor. Umgehend instruierte der russische Außenminister Sasonow seinen Botschafter in London: *»Als unstrittiges Gebiet Albaniens hätte dasjenige zu gelten, das mit dem serbischen Entwurf einer Abgrenzung übereinstimmt ... Alles andere Gebiet gilt als strittig und ist zu untersuchen.«* Außerdem solle die Kommission verpflichtet werden, *»die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Sieger zu befriedigen«*. Abschließend wurde Benckendorff aufgefordert, Pašic vertraulich nach seiner Ansicht über die Richtung, die Russland der Grenzfrage geben soll, zu fragen, wobei jedoch dem aufgeführten Plan nicht der Charakter eines offiziellen Vorschlags gegeben werden darf.[161]

Am 12. Februar erschien der serbische Geschäftsträger in Berlin beim deutschen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Gottlieb von Jagow (1863–1935), mit der Bitte um Unterstützung des deutschen Kaiserreiches für das Bestreben der serbischen Regierung, die Städte Diakowa und Dibra zum serbischen Staatsgebiet zu machen. Jagow verwies auf den größtenteils albanischen Bevölkerungsanteil dieser Städte und warnte davor, Albanien zu sehr zu beschneiden, da es sonst nicht lebensfähig sei. Deutschland selbst habe keine Interessen in Albanien, würde aber in dieser Frage den Wunsch der Verbündeten unterstützen.[162]

Um die gleiche Zeit versuchte auch der serbische Gesandte in Paris, Milenko Vesnic, am Quai d'Orsay sein Glück und verlas dort eine Erklärung seiner Regierung. Danach sei die serbische Regierung stark unter dem Druck der öffentlichen Meinung, welche diese Gebietsansprüche mit Nachdruck verfolge. Man könne nur dem Druck nachgeben oder einer neuen Regierung Platz machen.[163] Der französische Botschafter Paul Cambon durchschaute die kriegerische Bedeutung, nannte sie *»un acte de folie«*[164] und meinte zu Vesnic: *»Was Sie mir sagen, ist verrückt.«*[165]

In ähnlicher Weise äußerte sich der serbische Ministerpräsident Pašic gegenüber dem englischen Geschäftsträger in Belgrad. Daraufhin mahnte Sir Edvard Grey die serbische Regierung nachdrücklich zur Ruhe. Am 13. Februar unterrichtete Benckendorff Außenminister Sasonow darüber, dass Serbien es

nicht dulde, wenn der Erfolg ihrer Siege auf ein Minimum reduziert würde. Ansonsten würde die Militärpartei ans Ruder kommen und Serbien zum Krieg schreiten. In einem Gespräch mit Benckendorff habe der britische Außenminister Grey es für ganz ausgeschlossen gehalten, *»daß alle Mächte wegen dieser Punkte Krieg führen sollten, daß England für seinen Teil dies nicht zugeben würde, und daß übrigens, wenn Serbien sein Schicksal selbst in die Hand nähme, es auf eigene Rechnung und Gefahr handeln und durch eine abenteuerliche Politik die Sympathien zerstören würde, die die Mächte für die serbische Sache hegten«.*[166] Doch es wurde weiter insistiert.

In einem Geheimtelegramm teilte der russische Botschafter in London Sasonow mit, dass der deutsche Kanzler Bethmann Hollweg dem Bruder Paul Cambons, Jules, in privater Weise gesagt habe, *»die Vermehrung der deutschen Armee habe keine aggressive Tendenz, sei aber dadurch notwendig geworden, daß das plötzliche Entstehen von sehr bedeutenden Militärstaaten auf dem Balkan dazu geführt habe, daß Österreich, vom Bündnisstandpunkte aus, nicht mehr als derselbe wichtige Faktor wie bisher betrachtet werden könnte.«*[167]

Am 18. Februar 1913 übergab der serbische Gesandte in Paris dem Direktor der politischen Abteilung am Quai d'Orsay, Maurice Paleologue, eine Denkschrift. Darin wurde erklärt, *»daß Serbien nicht auf die Täler von Dibra und Bielago Drina mit den Städten Ipek und Diakowa verzichten könne, und daß es, wie auch die Entscheidung der Mächte ausfallen möge, aus diesen Gebietsteilen nur vor der Waffengewalt weichen würde«*[168].

Am gleichen Tag telegrafierte der deutsche Gesandte in Sofia, Claus von Below-Saleske, an das Auswärtige Amt, dass sich in Serbien Unmut über Bulgarien Luft mache. Es wolle die Herrschaft auf dem Balkan anstreben. So habe Serbien bereits bindende Verabredungen mit Griechenland getroffen, und es denke auch nach dem Friedensschluss an ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Türkei. Auch würde Serbien demnächst näheren Anschluss an Rumänien suchen. *»Das Ganze sieht wie eine beabsichtigte Einkreisung Bulgariens aus«*[169], so die abschließende Beurteilung des deutschen Gesandten.

Am 4. März 1913 teilte der serbische Geschäftsträger in Berlin, Milos Bogicevic, Außenminister Gottlieb von Jagow mit, dass Serbien bei der Abgrenzung Albaniens weder auf Ipek und das Drinatal noch auf Dibra, noch auf Diakowa verzichten könne. Sollten die Mächte anders entscheiden, würde sich Serbien nicht an die Beschlüsse halten. Jagow bat Bogicevic, seiner Regierung zu erwidern, *»daß obige Mitteilung für mich in keiner Weise maßgebend sein könne«*, da er

nicht wisse, wie die Beschlüsse der Mächte ausfallen würden. Serbien werde sie aber zu respektieren und widrigenfalls die Folgen zu tragen haben. Weiter gab Jagow deutlich zu verstehen, *»daß eine derartige Intimation eines Kleinstaates wie Serbien den Mächten gegenüber durchaus unangemessen sei.«*[170]

Verstimmt informierte der ansonsten konziliante Jagow seinen Botschafter in London, Karl Max Fürst von Lichnowsky (1860–1928), über das serbische Vorgehen, um dann auf ein Communique des montenegrinischen Königs Nikolaus vom 4. März zu verweisen. Dieser hatte den Kriegskorrespondenten erklärt, sein Entschluss, die Stadt Skutari zu nehmen, würde durch Beschlüsse der Mächte nicht geändert. Die Geduld Montenegros sei erschöpft.[171] Lichnowsky solle dies auf der Londoner Konferenz verwenden und betonen, *»daß Großmächte ihrer Würde schuldig seien, derartige Provokationen energisch entgegenzutreten«*[172]. Jagow zufolge spekulierten Montenegro und Serbien offenbar immer noch auf den Schutz mächtiger Freunde. Seiner Ansicht nach müsse dieser Irrtum endgültig zerstört werden[173]. Lichnowsky instruierte Jagow dahingehend weiter, dass es vielleicht zweckmäßig sei, auf der Konferenz die Lage von Valona und die griechische Blockade der albanischen Küste bis nach Durazzo sowie *»außer serbischen Greueltaten auch die von Presse gemeldeten montenegrinischen Grausamkeiten gegen türkische Gefangene zur Sprache zu bringen«*[174].

In dieser aufgeheizten Atmosphäre gab Lichnowsky am 4. März ein großes Diner in der Deutschen Botschaft in London. Gäste waren neben der britischen Königin u. a. Henry van de Velde, Edvard Munch, Aristide Maillol und Harry Kessler. Der Letztgenannte, ein deutscher Snob im weißen, dreiteiligen Anzug, hielt Kernaussagen der Gespräche in seinem Tagebuch fest. Der Tenor der Gespräche sei gewesen, dass keine Kriegsgefahr bestehe: *»Die europäische Lage habe sich seit anderthalb Jahren vollkommen gedreht. Die Russen und Franzosen seien gezwungen, friedlich zu sein, da sie auf die Unterstützung Englands nicht mehr rechnen können.«*[175]

Mittlerweile nahmen die Spannungen zwischen Serbien und Bulgarien zu. In der Geheimanlage zu dem Bulgarisch-Serbischen Vertrag vom 13. März 1912 über die Verteilung der türkischen Beute war vereinbart worden, dass Serbien Bulgarien die Bezirke von Monastir, Köprülü, Ochrida und Istip überlassen würde, während Bulgarien Serbien Nordalbanien mit dem Hafen Durazzo zugewiesen hätte.[176] Da die Serben nun ihren Preis infolge des Einspruchs der Mächte nicht erhalten würden, sollte auch Bulgarien den von Serbien versprochenen Teil nicht bekommen.

Doch noch hoffte Serbien, an der adriatischen Küste verbleiben zu können, und begann die dortigen Truppen zu verstärken. Dabei zählten sie auf den wachsenden Einfluss panslawistischer Freunde in St. Petersburg und deren französischen Freunden. Aus Wien berichtete der deutsche Botschafter Heinrich von Tschirsky, der französische Außenminister Jonnart dringe darauf, *»daß Rußland entsprechend der seinerzeit Anfang der 90er Jahre abgeschlossenen Militärkonvention, seine Truppen an die deutsche und österreichische Grenze wieder vorschiebe«*, während *»an der französischen Ostgrenze mit Hochdruck militärisch gearbeitet werde. Herr Poincare schüre nach Kräften das chauvinistische Feuer.«*[177] Diese Einschätzung Tschirskys vom 11. März 1913 wurde am 20. März durch die Berufung des Ultranationalen Theophile Delcasse – ehemaliger Marineminister und umstrittener Außenminister während der Marokkokrise – als französischer Botschafter für St. Petersburg nachhaltig bestätigt. In seinem Beglaubigungsschreiben an den Zaren verwies Ministerpräsident Poincare darauf, Delcasse sei in der Balkankrise auch über die geringsten Einzelheiten informiert und könne mehr als irgendein anderer im Einvernehmen mit Außenminister Sasonow tätig sein. Dieser war schon vorab vom serbischen Militärattache in Paris über Auftrag und Qualitäten Delcasses aufgeklärt worden: Er solle die russische Militärverwaltung von der Notwendigkeit überzeugen, dass die Anzahl der strategischen Wege zu vermehren sei, *»um dadurch das Zusammenziehen unserer Armee* (der serbischen und der russischen, Anm. d. Verf.) *an der Westgrenze zu beschleunigen«*[178]. Auch sei Delcasse bevollmächtigt, Russland hierzu alle erforderlichen Geldmittel in Form von entsprechenden Eisenbahnanleihen anzubieten. Damit lenkte Poincare die Aufmerksamkeit des Zaren auf den Nutzen, *»den nach Ansicht unserer Generalstäbe die Beschleunigung des Baues gewisser Eisenbahnen an der Westgrenze des Reiches bringen würde.«*[179]

Aus Paris meldete am 9. April der serbische Gesandte in Paris Vesnic seinem Ministerpräsidenten Pasic vertrauliche Informationen einer mit ihm befreundeten Persönlichkeit, dass sie in der vorherigen Woche unmittelbar vor einem europäischen Krieges gestanden hätten, was vermieden worden sei, um den Balkanverbündeten *»Gelegenheit zur Erholung, Sammlung und Vorbereitung für Eventualitäten, die in einer nicht fernen Zukunft eintreten könnten, zu gewähren«*[180].

Während in St. Petersburg und Paris der Ausbau von Rollbahnen in Richtung deutscher Ostgrenze angedacht wurde, schuf Montenegro am 23. April 1913 mit der Besetzung Skutaris gegen den offenkundigen Willen der Mächte

Europas Tatsachen – und das trotz der vor der Küste versammelten internationalen Flotte. Das verärgerte nun auch Russland, das durch die gespannten serbisch-bulgarischen Beziehungen ohnehin beunruhigt war. Sasonow ließ den russischen Gesandten in Belgrad, Nikolaus von Hartwig, wissen, Bulgarien habe durch seine vergangenen Siege seine nationalen Ideale zur Gänze verwirklicht. Dagegen hätte Serbien erst das erste Stadium seines historischen Weges durchlaufen. »*Zur Erreichung seines Zieles muß es noch einen furchtbaren Kampf aushalten, bei dem seine ganze Existenz in Frage gestellt werden kann. Serbiens verheißenes Land liegt im Gebiete des heutigen Osterreich-Ungarn und nicht dort, wohin es jetzt treibt, und wo auf seinem Wege Bulgaren stehen.*«[181]

Auf der nur wenige Tage später in London stattfindenden Friedenskonferenz wurde die Türkei gezwungen, auf alle Balkanbesitzungen westlich der Linie von Enos (Ägäisches Meer) bis Midia (Schwarzes Meer) zu verzichten. Strittig blieb jedoch die Verteilung an die Siegerstaaten. Während Griechenland und Bulgarien Ansprüche auf Makedonien geltend machten, forderten Serbien und Montenegro mit Unterstützung Russlands für sich die adriatischen Küstengebiete. Österreich und Italien traten jedoch erfolgreich für ein selbstständiges Albanien ein. Dadurch sollte Serbien von der Adria ferngehalten werden. Vergebens versuchte es mit Unterstützung Russlands wenigstens bei Skutari einen Adriazugang zu erhalten. Somit verfolgten die russische und die österreichische Balkanpolitik diametral entgegengesetzte Ziele.[182]

Mit Befremden beobachten die Bulgaren das Streben Serbiens nach weiterer Größe. Auch der Zar drückte in einem Telegramm vom 8. Juni 1913 an den König von Bulgarien seine Sorge aus, »*dass die Balkanstaaten sich anscheinend auf einen Bruderkrieg vorbereiten, der geeignet ist, den Ruhm, den sie gemeinsam erworben haben, zu trüben*«, und verwies auf den Bündnisvertrag, durch den das bulgarische und das serbische Volk die Entscheidung jeder Meinungsverschiedenheit Russland übertragen hätten.[183] Doch selbst das Eingreifen des Zaren sollte den Krieg zwischen Serbien und Bulgarien nicht mehr verhindern können, der am 29. Juni 1913 ausbrach.

Das Regierungsjubiläum Wilhelms II.

Während die Balkankrise die europäische Diplomatie in Atem hielt, bereitete sich Berlin auf zwei Großereignisse des Jahres 1913 vor: die Hochzeit von Prinzessin Viktoria Luise von Preußen mit Herzog Ernst August von Han-

nover am 24. Mai sowie die Feierlichkeiten zum 25-jährigen Thronjubiläum Wilhelms II., welche anschließend im Juni begannen.

Zur Hochzeit reisten sowohl der russische Zar Nikolaus II. als auch der britische König George V. an und waren beim Kaiser zu Gast, neben ungezählten anderen, gekrönten und ungekrönten Häuptern aus ganz Europa, was allgemein als deutliches Zeichen des Friedenswillen und der Entspannung der internationalen Situation angesehen wurde, denn man ging davon aus, dass sich darin die Haltung der politischen Kabinette widerspiegelte.

Inspiriert durch die viertägigen Feierlichkeiten zum Thronjubiläum des als Friedenskaiser gefeierten Wilhelm II. schrieb der damals 15-jährige Bertolt Brecht folgende Verse in sein Tagebuch:

Und wenn am Abend wir sinken
u. sterben den Heldentod,
dann soll uns tröstend winken
die Fahne schwarz-weiß-rot.

...

Der Wind soll in ihr singen:
Du hast deine Pflicht getan!
Du starbst im Kampf u. Ringen
als treuer, deutscher Mann.[184]

Hatte der junge Brecht im Gegensatz zu vielen Zeitgenossen Vorahnungen?

Am 13. Juni nahm Wilhelm II. auf der Döberitzer Heerstraße in Berlin die Parade der Wagen ab, welche der Kaiserliche Automobilclub zu Ehren seines Thronjubiläums organisiert hatte.[185]

Ludwig Geiger, Herausgeber der *Allgemeinen Zeitung des Judentums,* hob am 13. Juni auf der Titelseite die 25 Regierungsjahre des Kaisers als eine Zeit gesegneten Friedens hervor, stellte ihn als leuchtendes Beispiel unermüdlicher Tätigkeit hin, etwa für die Sozialreform sowie den nationalen Arbeiterschutz. Es sei des Kaisers fester Wille, *»daß die Gesetzgebung auf dem Gebiete der sozialpolitischen Fürsorge nicht ruhe und auf den Schutz und das Wohl der Schwachen und Bedürftigen fortgesetzt bedacht sei«.* Geiger lobte zudem die Reden Wilhelms II., die *»von einem ungeheuren Schwung, oft von einer elementaren Kraft«* seien, doch führe das heißblütige Tempe-

rament des Kaisers *»gelegentlich auch zu Entgleisungen und Ausschreitungen«*[186]. In einem kurzen Rückblick konstatierte er, dass Preußen und Deutschland eine führende Rolle in der Welt spiele, *»zwar viel beneidet und angefeindet, nicht überall geliebt, vielleicht auch manchmal befehdet und zurückgedrängt«* werde, aber *»im allgemeinen mit Stolz auf die Vergangenheit sehen und mit Ruhe, wenn sich auch in sie gelegentlich Bangigkeit einmischt, der Zukunft entgegensehen«* könne.[187]

Reichstagspräsident Johannes Kaempf betonte in seiner Festrede hingegen die ernste Lage, drückte aber dennoch das felsenfeste Vertrauen aus, *»daß der Kaiser das bleiben wird, was er war und was er ist: der Friedensfürst, der das Kriegsschwert nur ziehen würde, wenn es gälte, die Lebensbedingungen des deutschen Volkes zu verteidigen«*[188].

Von US-Präsident Wilson lag ein Gratulationstelegramm vor: *»In der aufrichtigen Hoffnung, daß eine lange Dauer Eurer Majestät segensreicher, friedlicher Regierung dem großen deutschen Volke wachsenden Segen bringen möge, bringe ich Euer Majestät die herzlichsten Glückwünsche der Regierung und des Volkes zum 25jährigen Tage von Euer Thronbesteigung dar.«* [189]

In der Ergebenheitsadresse der englischen Kirchen betonte Bischof Boyd Carpenter den außergewöhnlichen Fortschritt in der materiellen, moralischen und intellektuellen Wohlfahrt des deutschen und seines eigenen Volkes, um dann festzustellen: *»Ein solcher Fortschritt ist nur möglich, wenn die Völker frei sind von den Besorgnissen und Störungen des Krieges, und wir erkennen es mit Dankbarkeit an, daß die Erhaltung des europäischen Friedens nächst Gott in nicht geringem Maße auf den früh gebildeten und unermüdlich festgehaltenen Entschluß Eurer Majestät zurückzuführen ist, die Segnungen des Friedens zu fördern und zu erhalten«.*[190] Das sollte sich jedoch noch als äußerst schwierig erweisen.

Frappierende Ähnlichkeit: der russische Zar Nikolaus II. (li.) und sein Vetter, König George V. von England, 1913 in Berlin anlässlich des Regierungsjubiläums Wilhelms II., ebenfalls ein Cousin

Am 29. Juni 1913 griffen bulgarische Truppen gleichzeitig Griechenland und Serbien an. Rumänien und die Türkei sprangen ihnen bei. Während die Rumänen fast kampflos auf Sofia marschierten, eroberten die Türken Adrianopel zurück. Nun sahen sich die Bulgaren von vier feindlichen Mächten umringt und konnten nur noch um Frieden bitten. Der slawische Bruderkrieg forderte große Opfer, und Bulgarien büßte etwa 6000 Quadratkilometer ein.

Im Vertrag von Bukarest vom 10. August 1913 erhielt Griechenland den größten Teil Makedoniens, das sogenannte Ägäis-Makedonien, während Serbien Vardar-Makedonien, das heutige Mazedonien, zugeschlagen bekam. Dagegen ging der Süden der Dobrudscha an Rumänien und Ostthrakien mit Adrianopel zurück an das Osmanische Reich. Diese Verschiebungen hatten ca. 60 500 Soldaten (18 500 Serben, 2500 Griechen, 1500 Rumänen, 20 000 Türken und 18 000 Bulgaren)[191] das Leben gekostet. Noch heute zeigt der damalige Kriegseintritt Rumäniens Nachwirkungen bei den Bulgaren, die gegenseitigen Animositäten sind auch nach hundert Jahren deutlich zu spüren.

Auch Russland muss als Verlierer gesehen werden, denn der unter seinem Patronat so mühselig zustande gekommene Balkanbund war geplatzt. Warum hatte es die Chance, es auf einen europäischen Konflikt ankommen zu lassen und zusammen mit den erfolgreichen Serben dem Panslawismus zum Sieg zu verhelfen, nicht genutzt? Eine mögliche Antwort kommt aus der deutschen Botschaft in St. Petersburg. An deren Spitze stand bis zum Kriegsausbruch 1915 Graf Friedrich Pourtales. Seit den Unruhen von 1905 weitete sich in Russland der Graben zwischen Regierung und Gesellschaft beständig. Die Gegner des Zarenregimes setzten *»all ihre Hoffnungen auf einen auswärtigen Zusammenstoß«*, so wurde aus dem deutschen Konsulat berichtet.[192] Unter einer scheinbaren äußerlichen Ruhe und Ordnung brodele es unterirdisch weiter, während der Hass unter Bauern, Arbeitern und Intelligenz steige. Botschafter Pourtales berichtete von einer vertraulichen Unterredung mit dem reaktionären Reichsratsmitglied Petr Nikolajewitsch Durnowo, der zu ihm im November 1913 gesagt habe: *»Das einzige Mittel, die Duma wirklich herunterzudrücken, ist ein Krieg!«*[193]

Nach Lageanalyse des Botschaftsrats Hellmuth Lucius von Stoedten gab es zu diesem Zeitpunkt *»keinem Zweifel, daß beim Ausbruch eines Krieges die Revolution sofort, und zwar in anderem Umfang als 1905, ausbrechen würde«*[194] und, so folgerte Lucius, dass es *»daher jedes Kabinett vermeiden (werde), durch eine zu*

Konflikten führende äußere Politik den Umstürzlern die erhoffte günstige Gelegenheit zum Hervortreten zu geben«[195].

Das russische Revolutionspotenzial schätzte Kaiser Wilhelm II. wohl ähnlich ein. Gegenüber dem österreichischen Außenminister Graf Berchtold äußerte er Ende 1913, dass man weiterhin mit einer Revolution rechnen müsse, was für die Mittelmächte von großem Vorteil sei.[196]

Auch das Verhältnis zwischen Albanien und Serbien war nicht unbelastet. Ende September 1913 belagerten 6000 aufständische Albaner die serbische Stadt Dibra. Angesichts der Vorgänge fühlte sich Serbien gezwungen, entschlossen zu handeln, und berief drei Reservejahrgänge ein. Der russische Geschäftsträger in Belgrad Strandmann meldete am 25. September an das Außenministerium in St. Petersburg, dass Serbien *»das Verhalten Österreichs in dieser Frage vollkommen gleichgültig sei, da die Nachbarmonarchie jetzt keine aktiven Schritte unternehmen werde; wenn überdies sehr viele geeignete Gelegenheiten seitens Österreichs unausgenutzt geblieben sind, so schreibt dies die serbische Regierung auch der gemäßigten Haltung Deutschlands zu«*[197]. Weiter kam Strandmann zu dem Schluss, dass die serbische Regierung die Lage in Albanien dazu benützen würde, um *»1. eine Grenzberichtigung zu erlangen und 2. in dem neuen Nachbarstaate eine zu Serbien freundschaftliche stehende und nicht dem Einfluß Österreichs unterliegende Regierung zu schaffen.«*[198]

In einem Geheimtelegramm nach London mit Abschriften nach Paris, Konstantinopel, Sofia, Athen und Cetinje, der alten Hauptstadt Montenegros, erkannte das russische Außenministerium das Recht Serbiens an, energische Mittel gegen die Albaner zu ergreifen, welche die Grenze verletzten und Unruhen erregten. Am 15. Oktober erklärte Pasic dem österreichischen Legationsrat Ritter von Storck auf die Frage, wann die auf albanischem Territorium stehenden serbischen Truppen zurückgezogen werden sollen, das *»würde von der Entwicklung der Verhältnisse in Albanien abhängen. Solange den serbischen Positionen kampfbereite Arnautenbanden gegenüberstünden, werde diese Räumung nicht erfolgen«*[199].

Daraufhin stellte Österreich-Ungarn ein Ultimatum, dem sich die serbische Regierung zähneknirschend fügte; sie erklärte, bis Sonntag, den 26. Oktober Albanien zu räumen. Nun erging sich die serbische Presse – bis auf die offiziöse *Samouprawa* – in Pöbeleien gegen die österreichisch-ungarische Politik, und Pasic beschwerte sich, nun *»könne er mit seinen Absichten wegen Verständigung mit der Donaumonarchie wieder von vorn anfangen«*[200].

Besonders wütend über das Ultimatum war der russische Gesandte in Belgrad, von Hartwig. Er befürchtete in Albanien nach Abzug der serbischen Truppen Erhebungen und Aufstände, für die dann Österreich-Ungarn verantwortlich sei.[201] Für den deutschen Gesandten in Belgrad, Julius Freiherr von Griesinger, schien es nicht ausgeschlossen, *»daß die Serben selbst, um die Räumung Albaniens zu verzögern, ihrerseits Putsche der albanischen Bevölkerung provozieren«*[202]. Von diesem Verdacht wollte Griesinger die serbische Regierung ausnehmen, *»aber sie kann auch hier nicht immer wie sie will – und die militärischen Einflüsse und Hemmungen können von Herrn Paschitsch nur mit großer Schwierigkeit überwunden werden, zumal sich der Thronfolger vollständig in die Hände der Militärpartei gegeben hat«*[203].

In Paris war der russische Außenminister Sasonow Zeuge der Missbilligung, die das österreichische Ultimatum bei der französischen Regierung und im Volk fand. Bei Präsident Poincare, Ministerpräsident Barthou und Außenminister Pichon versuchte Sasonow Frankreichs Interesse an einer Erstarkung Serbiens zu wecken, denn *»im Falle schwerer internationaler Konflikte würde dieses notgedrungen auf Seiten Frankreichs stehen, da es naturgemäß ein Feind des bedeutendsten Verbündeten Deutschland sei«*[204].

Mitte November nahm eine internationale Grenzkommission ihre Arbeit in der Konfliktregion auf. Am 22. November berichtete der deutsche Delegierte, Major von Laffert, an Reichskanzler Bethmann Hollweg von dem parteiischen Verhalten des französischen und russischen Delegierten. *»Sie empfangen allein serbische Deputationen, reiten zur Besichtigung der neuen Grenzlinie mit serbischen Offizieren heraus und fassen jedes für Serbien ungünstige Urteil als persönliche Beleidigung auf.«*[205] Ihre Forderungen würden weit über die der Serben hinausgehen. Mit dichten Vorpostenketten, so die Schilderungen des Majors, sicherten die Serben ihre Grenze und verweigerten jedem Albaner die Rückkehr in sein Dorf. In der Stadt Dibra mit ihren ehemals 30 000 Einwohnern sei nur noch ein kleines serbisches Viertel bewohnt. Die Häuser seien nicht zerstört, aber bis auf das letzte ausgeplündert. Dagegen seien die Dörfer in der Umgebung von Dibra völlig niedergebrannt, dazwischen einzelne wohlbehaltene serbische Dörfer. *»Die Serben haben ein großes Glück gehabt«*, stellt der Major abschließend sarkastisch fest, *»daß die Albaner diesen unglückseligen Aufstand unternahmen. Indem sie alle Albaner ohne Unterschied als Rebellen erklärten und jeden, ob bewaffnet oder nicht, ohne Gnade niederschossen, veranlassten sie diese ungeheure Panik, die sie mit einem Schlage von einer mißliebigen Bevölkerung von über 100.000 Menschen*

befreite. Mit rücksichtsloser Zielbewusstheit und ohne sich um das philantropische Wehgeschrei Europas zu kümmern, zogen sie die von ihrem Standpunkt aus einzig richtige Konsequenz.«[206]

Während die Arbeit der Kommission weiterging, machten sich Serbien und Russland daran, die montenegrinische Armee zu reformieren. Sechs Divisonen sollten gebildet und die ständigen Kader erhöht werden. Am 10. Februar 1914 schrieb der russische Geschäftsträger Obnorski aus Cetinje/Montenegro, der serbische Ministerpräsident könne nicht umhin anzuerkennen, wie schwierig die Verwirklichung des Gedankens, einige serbische Unteroffiziere in die montenegrinische Armee einzubinden, sei und dass Pásic *»in der Wahl von Mitteln unsere machtvolle Unterstützung in dem dann unvermeidlichen und gewiß vorzeitigen Kampfe Serbiens gegen die österreichische Monarchie auszunutzen gedenkt (!)«*[207]. Obnorski rät seinem Vorgesetzten Sasonow, sowohl Serbien als auch Montenegro vor den übereilten Plänen ihrer Politiker zu bewahren. Auch der talentierte Pásic, ebenso wie viele andere Balkanpolitiker, würde sich durch einen Mangel an weitem Blick infolge eines gewissen Provinzialismus der politischen Gedanken auszeichnen. *»Deshalb dürfen die Großmächte, wenn sie den kleinen Reichen Unterstützung und Hilfe erweisen – wie unser Vaterland immer tut, die Führung und Initiative nie aus der Hand lassen.«*[208]

Im Februar 1914 verlegte der russische Generalstab ein sibirisches Korps nach Polen, und der montenegrinische König Nikola lud König Peter von Serbien ein, unverzüglich mit Montenegro eine Vereinbarung über die Vereinigung beider Staaten auf militärischem, finanziellem und diplomatischem Gebiet zu treffen. Abschließend hob er hervor, dass eine derartige Vereinbarung *»für das noch nicht befreite Serbentum sehr nützlich sein werde«* und auch im Sinne des ewigen Protektors der Slawen, Russlands, sei.[209]

Ökonomische Dimensionen

Im Frühjahr 1914 war die Weltpolitik nicht nur vergiftet durch die lokalen Problemfelder Serbien, Polen, Elsass-Lothringen und Türkei, sondern auch geprägt vom globalen Kampf um Wirtschaftsräume – und nirgendwo in den Kabinetten war der Wille zum Frieden zu spüren. Die große Masse der Bevölkerung hatte dagegen eine tiefe Sehnsucht nach Frieden. Genauso wie heute hätte es nicht zu Kriegen kommen müssen, wenn es nach den Bürgern gegangen wäre.

In einem Geheimtelegramm mit Abschrift nach Paris und Sofia instruierte der russische Außenminister Sasonow den Botschafter in London, das Zustandekommen der bulgarischen Anleihe auf dem Berliner Markt zu verhindern. Bulgarien solle vor dem wirtschaftlichen Zugriff Deutschlands bewahrt werden. In diesem von Russland gewünschten Sinne würde auch der französische Gesandte in Sofia arbeiten.[210]

Im Mai 1911 erschien in Paris das Büchlein »La Guerre qui vient« (Der kommende Krieg) von Francis Delaisi (1873–1947). Er stellte schon auf der ersten Seite klar, dass es seitens des deutschen Proletariats kein Verlangen gab, sich auf das französische zu stürzen. Auch die einfachen Menschen in England wünschten, in Ruhe auf dem Feld bzw. in ihren Werkstätten zu arbeiten. »*Und auch die Franzosen, seien sie Arbeiter oder Bauern, Proletarier oder Bürger, internationale Sozialisten oder radikale Patrioten*«, hätten nur den Wunsch nach Frieden.[211] »*Es müsste also alles gut gehen und wir könnten ganz ruhig sein*«, konstatiert Delaisi, »*wenn die Volker wirklich die Herren ihrer Geschicke wären.*« Doch unglücklicherweise bestimme kein Volk über seine auswärtige Politik, die ausschließlich von einer kleinen Zahl von Diplomaten gemacht würde. »*Diese äußerst soignierten Leute rekrutieren sich überall, auch in unserer Republik.*« Sie stammten aus dem Brief- oder dem Geldadel, »*sind ganz in Händen der Finanz oder der Industrie und arbeiten nur für deren auswärtige Anleihen und Aufträge. Ein Botschafter ist heutzutage mitsamt seinem gestickten Rock nichts anderes mehr als ein Agent der Banken oder der großen Handelshäuser*«, daran würde auch der republikanische Aufbau nichts ändern. »*Stellt ein Abgeordneter eine Frage über irgendeine auswärtige Angelegenheit, dann antwortet die Regierung immer wieder mit denselben unbestimmten und feierlichen Erklärungen über Bestrebungen zur Erhaltung des Friedens und über das europäische Gleichgewicht.*« Dank der nichtssagenden und häufig den Blick verstellenden diplomatischen

Schon 1911 erkannte der Autor des Buches »Der kommende Krieg«, Francis Delaisi, wie Verwicklungen von Politik, Wirtschaft und Banken den Frieden gefährden

Sprache würden weder die Völker noch die Parlamente etwas Konkretes wissen. Delaisi fürchtete, dass allein durch ein paar wenige Menschen Völker in die schwersten Konflikte gebracht und in Kriege verwickelt würden und verwies auf die Machenschaften Delcasses in den Jahren 1904/1905. Mit großer Sorge registrierte Delaisi dessen Rückkehr, zwar nur als Marineminister unter Jean Cruppi, doch niemand in Europa solle sich täuschen. Außenminister Cruppi sei am Quai d'Orsay nur ein Strohmann. Delcasse habe nun leichtes Spiel, eine Frankreich an England bindende Militärkonvention abzuschließen. Für Delaisi war es nun an der Zeit, *»die Augen zu öffnen und mit kühlem Blick die politische Lage in Europa zu betrachten, um die gefahrliche Intrige zu erkennen, in die uns unsere Finanzhäuptlinge verwickeln wollen«*[212].

In der Tat hatten sich seit Ende des 19. Jahrhunderts die Kriegsmotive und -ziele vollkommen verändert. Ging es Bismarck im deutschen Einigungskrieg von 1870/71 noch um Annexion und Eroberung, machten sich nun Kaufleute, Banker und Industrielle auf der ganzen Welt gegenseitig Absatzmärkte, Eisenbahnaufträge, Anleihen und Minenkonzessionen streitig. Konnte man sich nicht verständigen, griff man zur Ultima ratio der Waffen. Das war erstmalig 1895 zu beobachten, als die Japaner mit den Chinesen um die Ausbeutung von Korea stritten. 1898 gerieten die US-Amerikaner mit den Spaniern wegen Cuba und den Philippinen aneinander, und ein Jahr später überfielen die Engländer die Buren wegen deren Minen in Transvaal. 1900 schickten Europa und die USA Expeditionsarmeen in den chinesischen Boxeraufstand, um die sogenannte »Politik der offenen Tür« durchzusetzen: Für den Handel sollte die Tür offen stehen, und wenn nicht, durfte sie eingetreten werden. So wurden den Chinesen z. B. Eisenbahnen aufgenötigt. Nur um zu entscheiden, wer die Mandschurei ausbeuten dürfe, massakrierten sich 1904/05 über 18 Monate lang gegenseitig Russen und Japaner.

All diese blutigen Kriege brachten den Siegern kaum erwähnenswerten Gebietszuwachs. Die Beute blieb vielen verborgen: Es waren die Absatzmärkte, die Eisenbahnen, die Anleihen und die Zolltarife. Für diese Kriege der »Dividenden« musste die jeweilige Propaganda den Gegner dämonisieren. Diese Aufgabe übernahm – und das in allen Ländern – eine wenn nicht käufliche, doch zumindest kritik- und gedankenlose Presse und erleichterte es damit der Geldoligarchie, ihre Geschäftskriege zu fuhren. Das galt besonders für die durch ihre Lage und Geschichte bevorzugten Briten, sie erschienen Walter Rathenau *»als die Erben der Römer, als die überlebenden Rivalen der Venezianer und Holländer«*[213].

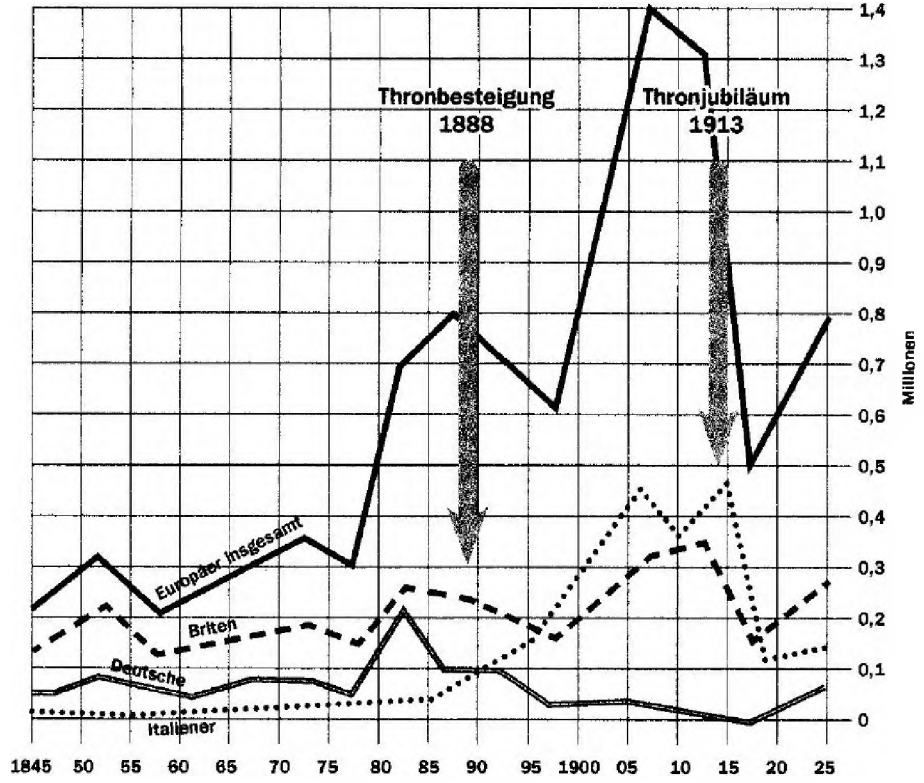
Dank Stahl, Kohle und Erfindungsgeist nahm die Seemacht England vor allen anderen Nationen eine unvergleichliche industrielle Entwicklung. Begünstigt durch die Insellage, konnten während eines ganzen Jahrhunderts die Webereien von Manchester und die Metallfabriken Birminghams ihre Erzeugnisse über den Erdball verbreiten und immensen Gewinn anhäufen. Nur Frankreich wagte zaghafte Konkurrenz. Dessen Unternehmer schimpften auf das »perfide Albion« – stehender Begriff für die vermeintliche Hinterhältigkeit der englischen Außenpolitik.[214] Doch schließlich verzichtete die französische Oligarchie im Jahr 1898 im Zuge des Faschoda-Zwischenfalls – der britische Lord Kitchener ließ im Sudan die Trikolore einholen – auf jeden weiteren Anspruch als Großmacht. England war der unbestrittene Herrscher der Welt. Es hatte am Ende des 18. Jahrhunderts die Trümmer der vorangegangenen Großmächte Holland und Frankreich zielgerichtet eingesammelt. *»Jetzt, nach einem Jahrhundert der Herrschaft«*, schrieb 1908 auf den asiatischen Schlachtfeldern der hervorragendste strategische Mitarbeiter von Sun Yat-Sen, der US-Amerikaner Homer Lea: *»... einer so überlegenen Herrschaft wie die Menschheit sie nie zuvor gekannt hat, sieht sich das Britische Empire einem Kampf um den Besitz von einem Drittel der Welt gegenüber, bedroht nicht nur von einer einzelnen Macht, sondern von vier Mächten. Jede dieser Mächte ist vergleichsweise besser in der Lage, den Engländern die Herrschaft zu entreissen, als die Angelsachsen selbst es waren, als sie von der Mitte des 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts ihr Empire mit Waffengewalt von Portugal, Spanien, Holland und Frankreich zusammenraubten.«*[215]

Deutschland war indes ohne natürlichen Schutz und von rivalisierenden Völkern umgeben. Noch dazu wurde die wirtschaftliche Entwicklung bei nur mäßigen Bodenschätzen in den nördlichen Landesteilen alle hundert Jahre durch Kriege und Einbrüche regelrecht zertreten. So bildeten die deutschen Lande den Gegensatz zu Englands und Amerikas bevorzugter Lage.

Bis 1870 waren die Länder des deutschen Bundes ausschließlich Agrarstaaten. Da die Böden nicht überall ertragreich waren, wanderten Jahr für Jahr zwischen 100 000 und 200 000 junge Deutsche nach Amerika aus. Nach dem Einigungskrieg suchte Bismarck – und später Kaiser Wilhelm II. – das Deutsche Reich nach englischem Vorbild in einen Industriestaat umzuwandeln. An Rhein und Ruhr entstanden in atemberaubender Schnelligkeit Hochöfen, Stahlwerke und Eisengießereien. Auf den Werften an Nord- und Ostsee wurde eine Handelsflotte auf Kiel gelegt, die Häfen sorgfältig auf ihre kommenden Aufgaben vorbereitet, Eisenbahnnetze ausgebaut und Flüsse kanalisiert. Am

Ende des 19. Jahrhunderts erhöhten die Industrien der imperialistischen Länder rücksichtslos die Produktion, um ihre Waren vor dem Konkurrenten an den Mann zu bringen. Das veranlasste Friedrich Engels zu dem noch heute gültigen Kommentar: »*Es wird produziert, als wären ein paar tausend Millionen neuer Konsumenten auf dem Monde entdeckt worden.*«[216]

Noch schauten die Briten herablassend auf die deutschen Vettern. Um vor deutschem »Schund« zu warnen, wurde ein Gesetz verabschiedet, nach dem alle Waren deutscher Herkunft die Marke »Made in Germany« tragen mussten. Wie groß muss das Erstaunen und die Wut gewesen sein, als festgestellt wurde, dass dieser Diskreditierungsstempel die deutschen Waren adelte. Obendrein kamen aus allen Teilen der Welt von den zur Überwachung des Handels aufgerufenen englischen Konsulen Berichte über die zunehmende Geschäftstätigkeit deutscher Kaufleute, Unternehmer und Ingenieure. Zugleich verlangsamte sich die Entwicklung des englischen Handels, während der deutsche ungeahnte



Das Auswanderungsbestreben der Deutschen ging während der Regierungszeit Wilhelms II. stark zurück

Höhen erklomm. Umgekehrt dazu verhielt sich das Auswanderungsverhalten. Während die Auswanderungszahlen der Briten und Italiener stiegen, fielen die der Deutschen fast bis auf null. Ist das etwa kein Indiz für ein prosperierendes Deutsches Reich?[217]

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts behauptete sich die englische Wirtschaft durch globale Führung und Meisterschaft. Großbritannien regierte das Meer und war Marktplatz wie Messe aller Länder: der Rialto der Welt. Doch langsam entwickelte sich ein relativer Rückgang im Vergleich zum beispiellosen Aufschwung der Vereinigten Staaten und Deutschlands.

Zur industriellen Avantgarde gehörte die deutsche Chemieindustrie. Sie hatte im Wettrennen um die Weltmärkte erstaunliche Erfolge erzielt. Die Badischen Anilin- und Sodafabriken Ludwigshafen (BASF) hatten um 1875 nur 885 Mitarbeiter, 25 Jahre später waren es 6700 und 1914 schon 11 000. Weltgeltung und Profite waren ebenso rasch mitgewachsen.

Carl Duisberg, damals Direktor und Vorstandsmitglied der Bayer AG, organisierte zunächst Kartellabsprachen zwischen den sechs großen deutschen Chemiebetrieben, um dann 1904 seinen Plan *»zur Sicherung der bedeutsamen Rolle der deutschen Farbenindustrie in der ganzen Welt«*[218] vorzulegen. Am 8. Oktober 1904 unterzeichneten die Vorstandsvorsitzenden von BASF, Bayer und Agfa im Berliner Kaiserhof die Denkschrift – die erste Interessengemeinschaft (I. G.) war geboren. Aus dieser Keimzelle sollte gut 20 Jahre später I. G. Farben entstehen – der größte Chemiekonzern der Welt. Schon zu Beginn des Ersten Weltkriegs schwebte Duisberg eine künftige Wirtschaftsunion mit Frankreich, den mitteleuropäischen Ländern und Dänemark unter Führung der deutschen Chemieindustrie vor. 1931 ging Duisberg sogar noch weiter und forderte eine Wirtschaftsunion von Bordeaux bis nach Sofia im Interesse der deutschen Chemie.

Dieser rasanten industriellen Entwicklung im Deutschen Reich musste Großbritannien etwas entgegensetzen. Zunächst appellierte man auf wirtschaftlichem Gebiet an das Nationalgefuhl, das »National Feeling«. Mit dieser Art ideellen Schutzzolles begannen Staat und Gemeinden bei Ausschreibungen das billigere, ausländische Angebot zugunsten des teuren englischen zu verwerfen. Parallel dazu, so Walther Rathenau, fördere Englands Industrie alle Bestrebungen, *»politische Zwischenfälle mit Deutschland hervorzuheben und in so und so vielen Pounds, Shillings und Pence wirtschaftlichen Nationalgefühles umzusetzen«*[219]. Er prognostizierte, dass der ideelle Schutz den Industriellen auf

Dauer nicht genügen würde, und befürchtete einen Bruch der großen englischen Tradition des Freihandels sowie eine Rückkehr Englands zum Rettungsring des Schutzzolles.

Vorerst bekämpfte auf der ganzen Welt das englische Kapital das deutsche. Zwischen beiden Ländern entflammte Mitte der 1890er-Jahre ein regelrechter Pressekrieg. Unter der Überschrift »Our True Foreign Policy« ließ die konservative britische Wochenzeitschrift *Saturday Review* am 24. August 1895 ihre Leser wissen, dass *»unser Hauptrivale in Handel und Gewerbe heute nicht Frankreich, sondern Deutschland ist. Im Falle eines Krieges mit Deutschland würde es viel zu gewinnen und nichts zu verlieren geben, während bei einem Krieg mit Frankreich mit schwersten Verlusten zu rechnen wäre.«* Weitere antideutsche Artikel gipfelten in der Cato nachempfundenen Forderung »Germania est delenda« – Deutschland ist zu zerstören.[220] Das Blatt hatte durchaus Einfluss, zählten doch zu den Mitarbeitern namhafte Persönlichkeiten wie Premier Lord Salisbury, H. G. Wells und Oscar Wilde.[221]

So wundert es nicht, dass die deutsche Publizistik in England den vermeintlichen Feind ausmachte, der den eigenen Aufstieg nach Kräften behindere. Wie heute ging es um Rohstoffreserven und Wirtschaftsräume. Spielten für Großbritannien vor allem neue Investitionsmöglichkeiten eine Rolle, war es für Deutschland der Siedlungsraum für die schnell wachsende Bevölkerung. Auch zauberten ab dieser Zeit die Kolonialwarenläden Glanz in die Augen der Deutschen – ähnlich wie später die Intershopläden der DDR mit ihren tropischen Früchten.

Von Rudolf Bernauer (1880–1953), österreichisch-ungarischer Bühnenautor und Theaterleiter mit jüdischen Wurzeln (er musste 1935 nach England emigrieren), ist ein aufschlussreicher Stimmungsbericht aus den Jahren vor dem Krieg überliefert. 1905 erlebte er als Soldat, dass sich serbische Bauern zuweilen damit vergnügten, aus dem Hinterhalt auf österreichisch-ungarische Marschkolonnen zu schießen. Bernauer fragte sich damals, wer hinter den Aufrührern stand. Das kleine Serbien? Das hätte es seiner Meinung nach nie gewagt, die Slawen Ungarns offen gegen die Regierung aufzuwiegeln.

Als Bernauer in Berlin auf eine mögliche Kriegsgefahr hinwies, wurde er ausgelacht und belehrt, dass der nächste Krieg zwischen den natürlichen Konkurrenten England und Russland geführt werde, deren Interessen bereits in Asien aufeinander stießen.[222] Nach der erfolgreichen Premiere der Operette »Princess Caprice«[223] am 11. Mai 1912 im Londoner Shaftesbury Theatre hat-

te Direktor Courtneidge zu Ehren der beiden Textdichter Bernauer und Welisch sowie des Dirigenten ein Bankett veranstaltet. Nach dem Dessert habe Courtneidge seine Ansprache nach Bernauers Darstellung wie folgt geschlossen: »*Die Kunst kenne keine Landesgrenzen, keine Politik und keine internationalen Konflikte. Nach Beendigung des Krieges mit Deutschland werde er als erster wieder nach Berlin kommen, um uns, seine Freunde, zu besuchen und die alten Beziehungen wiederaufzunehmen!*«[224] Er hat Wort gehalten.

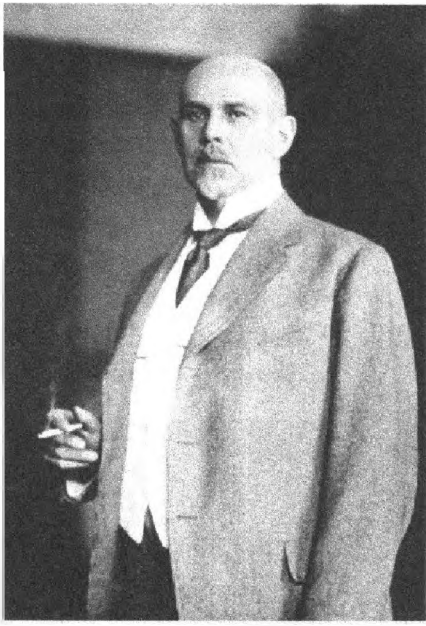
Nachdem sich Bernauer von dem Schock erholt hatte, bat er Courtneidge um eine Erklärung, die ihm bereitwillig gegeben wurde. An den schwierigen Verhältnissen in England sei nur das allzu geschäftige Deutschland schuld. Heute sei es unmöglich, dass die nachgeborenen Söhne in den Kolonien eine Existenz aufbauen und ein eigenes Vermögen schaffen könnten. »*Wohin in der Welt man auch blickte, überall seien die besten Stellen von den Deutschen besetzt. Das sei auf Dauer unerträglich.*«[225] Die Heimreise führte Bernauer und seine Begleiter über Paris, wo sie Entspannung in der neuen und berühmten Revue der »Folies Bergeres« finden wollten. Doch diese Revue gab Bernauer den Rest. Als Glanzpunkt des Abends stürmten von Jockeys gerittene Pferde in rasendem Lauf auf einem rollenden Band dahin, ohne sich in Wirklichkeit mehr als einige Meter von der Stelle zu rühren. Die Jockeys, verkleidet als französische Chevaulegers mit Kürass und flatterndem Helmbusch ritten mit gezogenem Säbel eine Kavallerieattacke. Das Ziel war eine brennende Stadt, über der das Wort »Strasbourg« in Flammenschrift leuchtete. »*Das Publikum tobte. Es war ein unverblümter, mit Jubel begrüßter Revancheschrei gegen Deutschland, ein Aufruf zur Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen!*«[226]

Ende Mai 1914 verschaffte Bernauer ein Spaziergang in den schattigen Wäldern Potsdams einen aufschlussreichen Einblick in den damaligen Gemütszustand des letzten Hohenzollernherrschers. An einer Lichtung passierte er ein leeres Automobil des kaiserlichen Hofstaats, an dessen Steuer ein livrierter Chauffeur saß und Zeitung las. Hundert Meter weiter verweilte ein Offizier mit dem Rücken zu ihm einsam und gedankenverloren auf einem Baumstumpf. Doch es war kein gewöhnlicher Offizier: »*Es war der Kaiser. Er hatte den Ellbogen seines gesunden Arms auf ein Knie und den Kopf in die Hand gestützt. Nie habe ich bei einem Menschen eine traurigere Haltung, einen vergrämteren Gesichtsausdruck beobachtet ... Er starrte vor sich hin, als sähe er das Unheil voraus, aus dem es kein Entrinnen gab, nicht für ihn, nicht für uns ... Was sahen seine angstgeweiteten Augen? Sahen sie die endlosen Ströme Bluts, die für nichts und wieder nichts vergossen werden würden?*«[227]

Zwei Monate später stand Europa am Abgrund. Wider Erwarten hatte England Deutschland den Krieg erklärt. Bernauer war erschüttert über die Ahnungslosigkeit der deutschen Politiker. Warum hatte der deutsche Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, nichts von der wahren Stimmung in England berichtet?

Rathenaus mitteleuropäischer Zollverein

Angesichts der zu befürchtenden Entwicklungen blieb für den Industriellen, Schriftsteller und Politiker Walther Rathenau (1867–1922) nur eine letzte Möglichkeit: »*die Erstrebung eines mitteleuropäischen Zollvereins, dem sich wohl oder übel, über lang oder kurz die westlichen Staaten anschließen würden*«[228]. Letztere verfügten nicht über den gewaltigen Binnenkonsum Deutschlands und würden früher die Unbill der wirtschaftlichen Isolation zu spüren bekommen, da ihre Industrien ihr Dasein auf der engen Grundlage nationaler Syndikate fristeten. Für Rathenau gehörte die industrielle Zukunft der schöpferischen Technik, »*und schöpferisch kann sie nur da sich betätigen, wo sie unter frischem Zuströmen menschlicher und wirtschaftlicher Kräfte sich dauernd im Wachstum erneuert*«[229]. Das sei auch in den Nachbarstaaten bekannt, und deren Industrie würde zahlreich der deutschen Vormacht folgen. Es wäre für alle besser, »*wenn wir manche Naturkraft, manche begünstigte Produktionsstätte und manchen unerschlossnen Verbrauchskreis unsrer Nachbarschaft in das Netz einer allgemeinen Wirtschaft einbeziehen dürften.*«[230]



Trug Rathenaus Idee eines mitteleuropäischen Zollvereins maßgeblich zu Englands Kriegsinteresse bei? (Foto: Walther Rathenau 1921, ein Jahr vor seiner Ermordung)

Rathenau hielt die Aufgabe, eine freizügige europäische Wirtschaftszone zu schaffen, zwar für schwer, aber nicht für unlösbar. Am Ende würde eine wirtschaftliche Einheit stehen, die der amerikanischen ebenbürtig, vielleicht sogar überlegen wäre und gleichzeitig dem nationalistischen Hass der Nationen den schärfsten Stachel nähme. Fehlendes Vertrau-

en, Missgunst und Hass seien nur mittelbar Fragen der Macht, des Imperialismus und der Expansion. »*Im Kerne sind es Fragen der Wirtschaft. Verschmilzt die Wirtschaft Europas zur Gemeinschaft, und das wird früher geschehen, als wir denken, so verschmilzt auch die Politik. Das ist nicht der Weltfriede, nicht die Abrüstung und nicht die Erschlaffung, aber es ist Milderung der Konflikte, Kräfteersparnis und solidarische Zivilisation.*«[231]

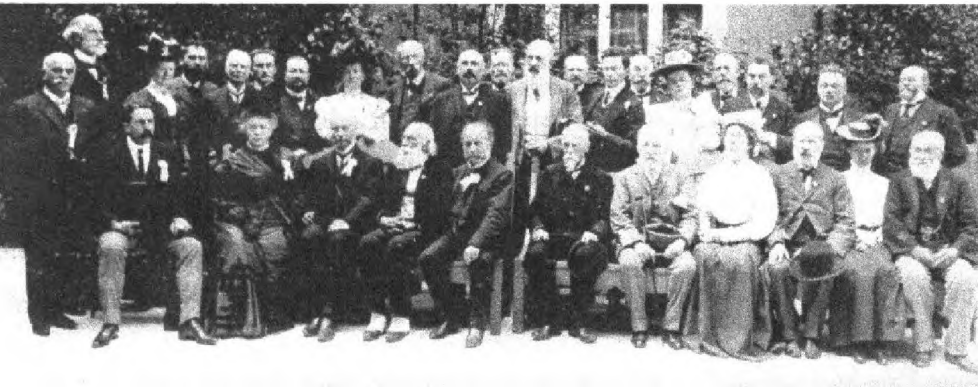
Die Vision Walther Rathenaus löste sich mit den Schüssen von Sarajevo vorerst in Rauch auf.

1914: Spannungsfelder und politische Interessen

Kriegsängste und Friedensinitiativen

Die ersten »modernen« Kriege in der Mitte des 19. Jahrhunderts – als solche gelten der Krimkrieg (1853–1856) und der amerikanische Bürgerkrieg (1861–1865) – waren gekennzeichnet durch Massenheere und neueste Waffentechnik, beides ließ die Zahl der Toten und Verletzten sowie die Kosten in astronomische Höhen klettern. Angesichts der Gefahr eines die ganze Welt erfassenden Krieges schreibt Friedrich Nietzsche 1886 ahnungsvoll: *»Die Zeit für kleine Politik ist vorbei; schon das nächste Jahrhundert bringt den Kampf um die Erd-Herrschaft.«*[1] Zwei Jahre später prophezeit er: *»Es wird Kriege geben, wie es noch keine auf Erden gegeben hat.«* Ähnliche Befürchtungen trieben die österreichische Pazifistin und Friedensforscherin Bertha von Suttner, geborene Gräfin von Kinsky, um. Ihr 1889 erschienener Roman »Die Waffen nieder!« ist einer der erschütterndsten literarischen Verarbeitungen der Schrecken des Krieges.

Auch Friedrich Engels warnt 1891: Sollten die Anstrengungen zur Verhinderung künftiger Kriege fehlschlagen, würden *»fünfzehn bis zwanzig Millionen Bewaffneter sich untereinander abschlachten und ganz Europa verwüsten«.*[3] Im gleichen Jahr schrieb Bertha von Suttner: *»Die Dinge stehen so: Millionenheere – in zwei Lager geteilt, waffenklirrend – harren nur eines Winkes, um aufeinander loszustürzen …«*[4] Suttner bezeichnete die mit wachsender Kriegsgefahr aufgela-



Bertha von Suttner (sitzend, Zweite v. l.) auf dem Weltfriedenskongress 1907

denen zwischenstaatlichen Beziehungen treffend als ein *»bewaffnetes Angstsystem«*. Dieses sei anachronistisch und verdiene den Namen Frieden nicht, verantwortungsbewusste Politiker müssten sich vom Gewaltprinzip verabschieden.

1892 wurde in Berlin die *Deutsche Friedensgesellschaft* gegründet, in Bern tagte bereits der »Vierte Weltfriedenskongress« und schuf als ständige Einrichtung das Internationale Friedensbüro. Hier wurde die Arbeit der nationalen Büros in Westeuropa und Nordamerika koordiniert mit dem Ziel, die Öffentlichkeit für eine friedliche, schiedsgerichtliche Lösung internationaler Konflikte zu mobilisieren. Den nationalen Friedensbüros gehörten Vertreter der herrschenden Gesellschaftsschichten an: Adlige und Unternehmer, Politiker und Militärs, Wissenschaftler und Künstler, Lehrer und Geistliche. Sie alle befürchteten, dass die moderne Kriegsführung die Opfer ins Maßlose steigern und die Rüstung gesellschaftliches Vermögen vergeuden würde. 1904 gehörten der *Deutschen Friedensgesellschaft* bereits 8000 Mitglieder in 74 Ortsgruppen an; unmittelbar vor Beginn des Ersten Weltkriegs waren es mehr als 10 000 Mitglieder in 100 Ortsgruppen.[5]

Als Bertha von Suttner 1905 den Friedensnobelpreis erhielt, konnte der Piersons-Verlag in Dresden mit einer Volksausgabe von »Die Waffen nieder!« immerhin das 81. bis 110. Tausend auflegen. Ganz ohne Zweifel hat dieses Buch, das in kurzer Zeit auch in 16 anderen Sprachen erschien, wie von der Autorin gewünscht, *»das Denken Tausender von Menschen beeinflusst und damit neuartige Voraussetzungen für eine Antikriegspolitik geschaffen«*[6]. Bertha von Suttner blieb die »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts« erspart. Eine Woche vor den Schüssen von Sarajevo, am 21. Juni 1914, verstarb sie in Wien.

Homer Lea und die künftigen Kriege des Empire

Der Deutsche sucht seine politischen Vorbilder gern in anderen Ländern: die Nationalisten in Italien, die Kommunisten in Russland und die Demokraten in England oder Amerika. Man kann den Deutschen also vieles zuschreiben, aber gewiss nicht, dass sie anderen Völkern neutral gegenübergestanden hätten. So war im 19. Jahrhundert, besonders unter den Gelehrten – auch Goethe war dagegen nicht gefeit –, eine Periode der Anglophilie zu verzeichnen. Doch es gab auch kritischere Zeitgenossen, wie zum Beispiel den Wirtschaftstheoretiker Friedrich List. Er *»gehörte zu den wenigen, die England gegenüber klaren*

Blick behielten. Als sich seine Voraussagen und Hoffnungen erfüllten, als Deutschland sich zu einem mächtig aufstrebenden Industrieland entwickelte und damit überall auf der Welt auf englische Schranken stieß, da begann, gegen Ende des Jahrhunderts, eine gewisse Ernüchterung, die sich während des Burenkriegs zum Englandkoller auswuchs.«

Für Homer Lea (1876–1912) – amerikanisch-chinesischer Kriegsphilosoph und eine Art geopolitischer Clausewitz – gibt es wenig im Leben, was nicht brutal ist, ausgenommen die Ideale.[8] Lea ist überzeugt, dass Nationen weder entstehen noch groß werden durch rein ethische oder geistige Ausdehnung. Das Werden und Aufsteigen von Nationen ist ausschließlich das Ergebnis ihrer physischen Kraft, ihrer Tapferkeit und Brutalität und letztlich auch der Unfähigkeit und Dekadenz der Besiegten. Nur so – durch Kriege und Eroberungen, durch Diebstahl und Intrige sowie durch die brutale Anwendung physischer Gewalt – konnte das Britische Empire aus den Fragmenten von vier großen Seemächten, den halb zivilisierten Reichen orientalischer Fürsten und den unentwickelten Gebieten wilder Völker aufgebaut werden und die Länder und Meere jener Nationen an sich reißen.[9]

Das britische Weltreich überragte alle vorangegangenen Imperien: Es bestand aus einem Viertel der gesamten Landoberfläche der Erde und beherrschte zudem alle Meere. Darüber brüte *»der eifersüchtige und besorgte Blick der angelsächsischen Rasse«*[10], so Lea, welche immer bestrebt sei, den unterdrückten Nationen die Rechte auf Entwicklung zu Lande und zur See zu verwehren. Das lag weniger an der Größe der Besitzungen als vielmehr an deren geographischer Verteilung. Das britische Weltreich umfasste keinen zusammenhängenden Teil der Erde, sondern es bildete einen Kreis um den gesamten Globus, in dessen Innenfläche alle anderen Mächte der Erde lagen, von denen keiner *»der Notwendigkeit ihres natürlichen Wachstums folgen«* könne, *»ohne früher oder später in kriegerischen Kontakt mit dem Britischen Weltreich zu kommen«*[11]. Zu diesen Mächten zählt Lea auch das Deutsche Reich, das von den Briten so eng eingekreist sei, dass es nicht einmal versuchsweise eine Ausdehnung seines Gebiets oder seiner Herrschaft wagen könne, ohne die Sicherheit der angelsächsischen Weltherrschaft zu gefährden. Das brachte ihn zu der bitteren Erkenntnis, dass die nationale Existenz immer gefährdet und der menschliche Kampf von Hoffnungslosigkeit geprägt ist. Deshalb flüchteten sich die Menschen so gern in die Illusion vom ewigen Frieden. So will Lea auch kein Werturteil über den *»eindrucksvollen und düsteren Gürtel«* des Britischen Empires fällen, *»der für die Welt so viel Schrecken und so viel Dankbarkeit bedeutet, so viel Freiheit und so viel*

Krieg«[12]. Er begnügt sich damit, nüchtern aufzuzeigen, dass große Nationen in Europa oder Asien, wenn sie nicht verkümmern wollen, irgendwann das Britische Weltreich zerstören müssen. Hierfür stünden in Europa mehr als sechzehn und in Asien mehr als drei Millionen Soldaten bereit, um zu gegebener Zeit – sei es einzeln oder in Koalition – vorzustoßen und die britische Macht zu durchbrechen.[13] Ihnen stand eine englische Armee von weniger als einer halben Million Mann gegenüber, in einem endlosen Kreis rund um die Welt verteilt. Hier erinnert Lea an das Bild der chinesischen Mauer, die – genau wie der britische Wall – Gebiete schützen sollte, die nicht länger verteidigt werden konnten.

Angesichts der militärischen Unterlegenheit kam der »Balance-of-Power-Doktrin« Englands höchste Priorität zu. Vom 17. Jahrhundert bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts galt es, die Vorherrschaft in Europa zu sichern, entweder allein oder zusammen mit der jeweils zweitmächtigsten Nation. Bereits 1689 wurde dem englischen Heer im »Mutiny Act« die Erhaltung des Mächtegleichgewichts in Europa – »The Preservation of the Balance of Power in Europe« – als vorrangige Aufgabe zugewiesen. Hingegen dienten die Heere auf dem europäischen Kontinent vor allem der Verteidigung der Grenzen sowie dem Schutz der Interessen des Staates oder seiner Bürger. Rechtzeitig vor dem Ersten Weltkrieg gelang es, die Dominions, die selbstverwalteten Kolonialgebiete Englands, in das britische Empire fest einzubinden. Anstelle loser Kolonialkonferenzen wie 1887, 1897, 1907 oder 1911 trat neben das »War Committee« ein »Imperial War Committee«: Die Dominions werden offiziell an der Weltpolitik Englands beteiligt und dürfen auch dafür sterben.

Homer Lea fuhrt 1912 in seinem Buch »The Day of the Saxon« aus: *»Die Dauer des Britischen Weltreichs ruht im Grunde auf der Erhaltung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa selbst. Dafür muß Großbritannien mit größerer Anstrengung kämpfen als für seine wertvollste Besitzung, denn darauf beruht die Integrität aller seiner Besitzungen.«*[15] Das sah der Schwede Rudolf Kjellen (1864–1922) ebenso. In seiner Schrift über die Großmächte und den Weltkrieg machte er darauf aufmerksam, dass die Aufrechterhaltung und Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts für England stets nur ein Vorwand war, hinter dem es sein *»planetarisches Übergewicht«* sicherstelle.[16] Diesen Zusammenhang hatte bereits im 18. Jahrhundert Louis Duc de Saint-Simon erkannt: *»Während England die Welt mit der tönenden Phrase des Gleichgewichts der Mächte in Europa betäubt, hat es sich die volle Herrschaft über alle Meere und allen Handel angeeignet.«* Das Ergebnis der Napoleonischen Kriege unterstreicht diese Wahrheit.

Eine moralische Verurteilung der Balance-of-Power-Doktrin, wie man sie schärfer wohl nicht fassen kann, kam aus angelsächsischem Mund; Sidney Fay sagt in der »Encyclopaedia of the Social Sciences«: *»Das Prinzip des Gleichgewichts der Kräfte basiert nicht auf Gerechtigkeit, sondern auf Zweckmäßigkeit und Gewalt. Es mobilisiert universelle Ängste und Eifersüchteleien, und es gibt keinen befriedigenden Lösungsweg; wenn ein echtes Gleichgewicht erreicht ist, muss jede Gruppe befürchten, dass die gegnerische Gruppe mehr auf die Waage bringt, und deshalb wartet sie auf die Gelegenheit, das Gleichgewicht zu ihren Gunsten wieder herzustellen.«*[18]

Lea verweist auf zwei strategische Dreiecke, welche die Verteidigungszonen Indiens gegen einen europäischen Angriff bilden sollen: Indien-Kabul-Teheran gegen einen russischen Angriff und Indien-Port Said-Teheran gegen einen deutschen Angriff. England solle niemals erlauben, dass diese Linien von den Kontinentalmächten überschritten werden.

Daraus wird deutlich, dass Persien, das mit Indien beiden Dreiecken angehört und das Zentrum der vorgeschobenen Grenzzonen bildet, eine Schlüsselposition bei die Verteidigung Indiens gegen einem europäischen Angriff inne hat. Hier sind durchaus Analogien zu heute erkennbar.

Weiter formulierte Lea zwei Gesetze, die in Zukunft den Ausbruch entscheidender Feindseligkeiten bestimmen würden:

»1. Wenn die Reichtümer einer Nation im umgekehrten Verhältnis zu ihrer militärischen Macht stehen und die militärische Kraft ihres Rivalen seinen Forderungen entspricht, dann wird der Krieg ausbrechen, sobald die militärische Dekadenz der ersten Nation und die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der gegnerischen einen bestimmten Punkt erreichen.

2. Wenn die Ausbeutung natürlicher Reichtümer durch eine militärisch schwache Nation die Entwicklung militärisch stärkerer Nationen hindert, dann wird der Krieg ausbrechen, sobald die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der militärisch stärkeren Mächte durch ihre eigenen natürlichen Reichtümer nicht mehr gedeckt werden.«[19]

Homer Lea (1876–1912)

Militärische Stärke bei gleichzeitigem wirtschaftlichen Niedergang – was wir heute bei den USA beobachten, das war vor dem Ersten Weltkrieg die Situation des britischen Empire. Homer Lea sah genau darin die Ursachen für den kommenden Kriegsausbruch, da eine Nation in dieser Lage Krieg führen muss, um ihre Vormachtstellung zu sichern. Nur wenige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg sah er das Ende des britischen Empires aufziehen: »*Wenn wir so über den lebendigen Wall des britischen Empires nachdenken, dann erscheint uns die Gegenwart nur als Spiegel der Vergangenheit. Wie bei der chinesischen Mauer sind die Wachttürme zerbröckelt – aber es war Menschenkraft, nicht die Zeit, die sie zerstört hat. Der Angelsachse selbst und nicht der Feind hat ihre Wachtfeuer ausgelöscht, ihre Zinnen niedergerissen und weite Lücken in den Bastionen entstehen lassen. Es ist kein Schutzwall mehr, sondern, nicht unähnlich der chinesischen Mauer, ein Monument!*«[20] Ein treffendes Bild vom inneren Zerfall zweier Großreiche: der Seemacht Großbritannien und der Landmacht China!

Im Bewusstsein darüber, dass die Tage des Empires gezählt sind, begannen am Vorabend des Ersten Weltkriegs einige strategisch denkende Politiker, mögliche Kriegsallianzen zu sondieren. In diesem Zusammenhang sind die Verhandlungen über eine englisch-russische Marinekonvention zu sehen, worin es u. a. um ein Zusammenwirken britischer und russischer Marineinfanterie an der pommerschen Küste ging. Damit drohte Deutschland eine dritte Front im Norden. Wegen der Brisanz hatte Sir Edward Grey die Weisung erteilt, die Gespräche streng geheim und auf niedriger Ebene zu fuhren, und sich damit auf einen gefahrvollen Pfad begeben. Durch den russischen Botschaftssekretär in London, Benno von Siebert, gelangten die Gesprächsinhalte nach Berlin und wurden dort einem kleinen Kreis zugänglich gemacht – der »redselige« Kaiser gehörte nicht dazu. Bei den Entscheidungsträgern erweckten die englisch-russischen Absprachen – dazu gehörte auch die im November 1912 geschlossene englisch-französische Marinekonvention –, den Eindruck, der »Ring« schließe sich.[21]

Als Berlin nun London um eine Erklärung bat, ließ Grey versichern, dass keine Gespräche geführt würden. Damit war Bethmann Hollwegs Vertrauen in Grey, den er als Partner seiner Entspannungspolitik gesehen hatte, zerstört. Der deutsche Kanzler stand nun vor der Frage, »*ob Moltke womöglich recht hatte und es nur noch darum ging, wann – und nicht mehr ob – man Krieg führte*«[22].

Russland hatte sich nicht in den Balkankrieg verwickeln lassen. Das war insofern überraschend, als das riesige Reich seit 300 Jahren fast ununterbrochen Kriege führte, und diese zumeist – bis auf den russisch-japanischen Krieg – siegreich endeten. Für Sergej Juljewitsch Witte (1849–1915), in den Jahren 1905/06 Ministerpräsident, war das Russische Reich im Grunde ein militärisches Imperium: »*Unser Einfluß beruht lediglich auf der Stärke unserer Faust*«[23], so der Politiker baltisch-deutscher Herkunft. Witte hatte sich als erfolgreicher Unternehmer einen Namen gemacht. In die Regierung berufen, forcierte er den Bau der Transsibirischen Eisenbahn und schob die Industrialisierung an. Seine liberale Einstellung und seine weitsichtigen Reformbestrebungen ließen seine Gegnerschaft anwachsen. Besonders unbeliebt machte er sich beim konservativen Innenminister Wjatscheslaw Konstantinowitsch von Plehwe, der 1903 nicht davor zurückschreckte, Witte beim Zaren als Teil einer jüdischen Verschwörung zu denunzieren, woraufhin Witte als Finanzminister zurücktreten musste. Nach der Niederlage im russisch-japanischen Krieg holte ihn der Zar zurück. Doch schon im April 1906 wurde er erneut von konservativen Regierungskreisen zum Rücktritt gezwungen.

Sergej Juljewitsch Witte (1849–1915)

Vor Kriegsbeginn jedoch hatte Witte unter den Intellektuellen St. Petersburgs einigen Einfluss. Entgegen der allgemeinen Kriegshysterie in nationalen Kreisen wagte er es, dem französischen Botschafter Maurice Paleologue zu sagen: »*Dieser Krieg ist ein Wahnsinn. Er wird dem Zaren von ebenso geschickten wie kurzsichtigen Beobachtern aufgezwungen. Man muß alles tun, damit es nicht zu diesem dummen Abenteuer kommt.*«[24] Paleologue, der nach besten Kräften die Kriegsfeuer mit anzufachen half, war entsetzt und vertraute seinem Tagebuch an: »*Es war die einzige falsche Note im allgemeinen Einklang.*« Er bedauerte, »*daß niemand den Mut habe, den gewichtigen Mann unschädlich zu machen.*«[25] Schließlich

hatte doch jemand den Mut: 1915 fand man den 65-Jährigen tot im Zimmer eines Gasthofes auf. Als Todesursache wurde eine Ofengasvergiftung angegeben. Nun gab es nur noch Rasputin, der sich für den Frieden einsetzte. Heute wird Witte als einer der größten liberalen Reformer Russlands angesehen. 2011 bekannten sich der russische Präsident Dmitri Medwedew sowie Ministerpräsident Wladimir Putin zu Witte als ihrem reformerischen Vorbild.[26]

Im Gegensatz zum antibritisch denkenden Witte favorisierte General Wladimir Alexejewitsch Suchomlinow – von 1909 bis 1915 russischer Kriegsminister – die Idee eines Kontinentalbundes mit England, so lautete auch die gängige Hofmeinung. Suchomlinow entwickelte mit Rückendeckung beinahe aller zum Kriege drängenden Kreise fieberhafte Aktivitäten. Den fundamentalistisch-nationalen Gruppierungen hatten sich auch Demokraten und Liberale angeschlossen. Im Bündnis mit den Demokratien England und Frankreich sahen sie die Chance, zu einer parlamentarischen Verfassung zu kommen. Selbst Sozialisten, Bolschewisten und Anarchisten setzten Hoffnungen auf den kommenden Krieg bzw. die zu erwartende Niederlage, welche vielleicht – so wie 1905 nach dem russisch-japanischen Krieg – zur erneuten und diesmal erfolgreichen Revolution führen könnte.

Seit März 1914 ließ Suchomlinow Probemobilmachungen durchführen. In einem aufsehenerregenden Artikel der *Kölnischen Zeitung* vom 2. März wurden Russlands Kriegsvorbereitungen beleuchtet. Daraufhin goss der Kriegsminister weiter Öl ins Feuer. In zwei Artikeln der *Birshewija Wjedomosti* – vom 13. März und 13. Juni 1914 – hob er hervor, dass »*Russland zum Kriege bereit sei, dasselbe auch von Frankreich fordern dürfe*«. Während des Landesverratsprozesses von 1917 wurde Suchomlinow beschuldigt, ohne höhere Weisung 1914 die allgemeine Mobilmachung angeordnet zu haben.[27]

Wenn man dem französische Botschafter am Zarenhof, Maurice Paleologue, Glauben schenken darf, diente Suchomlinow nur als Erfüllungsgehilfe des machthungrigen und zum Okkultismus neigenden Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch des Jüngeren (1856–1929). Der hünenhafte Enkel Zar Nikolaus I., nur zwölf Jahre älter als sein Großneffe, Zar Nikolaus II., war seit 1905 Befehlshaber über den Bezirk Petersburg. Doch er wollte höher hinaus. 1907 heiratete er in Jalta auf der Krim Anastasia von Montenegro, eine der sechs schönen Töchter des montenegrinischen Königs Nikola I. Petrovic Njegos. Bis auf eine, Xenia, die unverheiratet blieb, wurden auch die anderen Töchter gut platziert

vermählt: Elena heiratete 1896 Viktor Emanuel III. aus dem Hause Savoyen/ Napoli und wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts Königin von Italien und Albanien sowie Kaiserin von Äthiopien. Ihre ältere Schwester Militza ehelichte bereits 1889 den Bruder von Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, den russischen Großfürsten Peter Nikolajewitsch Romanow. Zorka, die Älteste, war durch ihre Heirat mit Alexander I. Kronprinzessin von Serbien geworden. Und Anna, die Jüngste, hatte über die familiäre Bande ihres Gemahls, Prinz Franz Joseph von Battenberg, beste Kontakte zum Vereinten Königreich.

Die Bedeutung des kleinen Berglands Montenegro, seit der Annexion von 1908 direkt an Österreich-Ungarn grenzend, kann auch heute noch in der kleinen Hauptstadt Cetinje an den imposanten Botschaftsgebäuden der späteren Kriegsparteien abgelesen werden. Dabei sollte der politische Einfluss der drei montenegrinischen Königstöchter nicht unterschätzt werden. So waren es die Großfürstinnen Militza und Anastasia, die am 1. November 1905 Rasputin dem Zaren vorstellten, der, offensichtlich beeindruckt, in seinem Tagebuch vermerkte: »*Lernten einen Mann Gottes kennen – Grigori aus dem Gouvernement Tobolsk ...*«[28]

Rasputin am Hof von Zarin Alexandra Fjodorowna (im Bild mit ihren Kindern)

1919 flüchteten Militza und Anastasia mit ihren großfürstlichen Familien auf dem britischen Kriegsschiff *HMS Marlborough* zunächst zur Schwester Elena und ihrem Schwager, dem italienischen König Viktor Emanuel III.

1922 schien Nikolajewitschs Ziel in greifbarer Nähe: In Abwesenheit rief ihn die Provisorische Amur-Regierung[29] zum Zaren aus. Die politische Entwicklung ging darüber jedoch hinweg.

Das Gespenst der drohenden Kriegsteilnahme beeindruckte 1912 vor allem eine noch heute umstrittene Persönlichkeit in Zarskoje Selo, am Hof des Zaren: Grigori Jefimowitsch Rasputin (1869–1916). Die deutschstämmige Zarin Alexandra Fjodorowna verehrte den offensichtlich therapeutisch begabten Mann als »Wunderheiler«, weil es ihm immer wieder gelang, den an der Bluterkrankheit leidenden Zarewitsch zu kurieren, selbst als die Ärzte ihren Sohn aufgegeben hatten. Die Zarin stammte aus dem Haus Hessen-Darmstadt und war als Enkeltochter von Queen Victoria am englischen Hof erzogen worden. 1896 – nach zweijähriger Ehe mit Nikolaus II. – schrieb sie von Petersburg aus an ihre Kusinen in London: *»Ich fühle mich allein und verzweifelt, weil jene, die meinem Mann umgeben, falsch und unaufrichtig sind. Ich weine und gräme mich die Tage hindurch, weil ich fühle, daß mein Mann zu sanft und unerfahren ist. Was wird aus alledem schließlich werden?«*[30] Mit Rasputin kam 1907 ein Mann an den Hof, dem die Zarin ihr volles Vertrauen schenkte. Er stammte aus einer Welt, in die sich kaum jemand am Zarenhof hineindenken konnte: Aufgewachsen war er im Dorf Prokowskoje, Kreis Tjumenji, im Gouvernement Tobolsk in Sibirien. Sein Vater, Jefim Jakowitsch, und seine Mutter, Anna Wasiljewna, besaßen dort als freie Bauern eigenes Land, mehrere Kühe sowie Pferde, die gelegentlich auch für Postdienste vermietet wurden.[31] Rasputin verleugnete keineswegs seine Herkunft. Im Gegenteil: Bewusst trat er auch in seinem Äußeren als derber Bauer auf; so betonte er in der feudalen Petersburger Gesellschaft seine Zugehörigkeit zum russischen Volk.

Die Adeligen orientierten sich vor allem an Frankreich und England. Bevorzugt wurde Französisch gesprochen. In dem Emporkömmling Rasputin meinten sie einen Scharlatan zu erkennen, einen ausschweifenden Orgiasten, den es zu beseitigen galt. Ungeachtet dessen nutzte der willensstarke Mann aus Sibirien seine Möglichkeiten am Zarenhof, um im Interesse des Volkes und des Friedens Einfluss auf die Politik zu nehmen. Das brachte den Zaren zwangsläufig in Konflikte zur Staatsduma, zur Kirche, zur Armee und zu seinen nächsten Angehörigen, den Großfürsten. Mit Kriegsbeginn ängstigten sich zudem der französische und der

britische Botschafter vor dem Einfluss Rasputins. Je größer dieser am Hof wurde, desto schneller wuchs die Gruppe seiner Feinde. Das alles lässt den Rückschluss zu, dass seine politische Rolle keinesfalls unterschätzt werden sollte.

Mit seinem einfachen Bauernverstand hasste Rasputin den Krieg. Angesichts der europaweiten Aufrüstung wegen des Balkankonfliktes soll er mit der Faust auf den Tisch geschlagen, geschrien, Schlimmes prophezeit und in brutaler Derbheit geflucht haben, so ist es bei Essad Bey nachzulesen.[32] Als Nikolajewitsch den Zaren überreden wollte, in den Krieg einzugreifen, habe Rasputin den Herrscher angefleht, nichts zu unternehmen, da Nikolaus II. andernfalls unvermeidlichen Schicksalsschlägen entgegengehe.[33] Das missfiel natürlich den Kriegstreibern, den Großfürsten sowie der Armeeführung, welche überall in Russland hatten verbreiten lassen, dass die österreichisch-ungarische Monarchie die slawischen Brüder auf dem Balkan unterdrücke. Ihr Regent aber hörte auf den »Starez« (russ. »Wanderprediger«, was aber eine allzu despektierliche Bezeichnung gewesen sein dürfte) und glaubte, in dessen Toben die Stimme des russischen Volkes zu vernehmen – zumindest war es die Stimme der russischen Bauern. Dachte Nikolaus II. unter Rasputins Einfluss tatsächlich daran, liberale und sogar soziale Reformen durchzuführen? Zumindest wurde es ihm vonseiten des Hochadels vorgeworfen.

Rasputins Widersacher – fast alle Mitglieder der Zarenfamilie, die militärische Führungsspitze sowie die einflussreichsten Feudalherren Russlands – wurden sich schließlich einig, die Macht des »Fremdlings« auf den Zaren unter allen Umständen brechen zu müssen. Kein Wunder, dass schließlich Pläne geschmiedet wurden, den Friedensfreund am Hof nachhaltig zu beseitigen. Bereits 1912 wurde ein Brief General Bogdanowitschs an General Iwan Antonowitsch Dumbadse (1851–1916), der auch Bürgermeister von Jalta war, veröffentlicht, in dem er ihm mitteilt, dass zahlreiche Russen darauf hofften, dass er *»den verpesteten Vagabunden im Schwarzen Meer ersäufen«*[34] werde. Das Mordkomplott musste indes noch warten.

An vorderster Front der kriegstreibenden chauvinistischen Kräfte in Russland stand der Duma-Abgeordnete und Führer des nationalistischen Flügels im Parlament, Wladimir Purischkewitsch (1870–1920), ein glänzender scharfzüngiger Redner, dessen rundes Konterfei im ganzen Land bekannt war: glatzköpfig und auf der Nase meist einen schwarzen Kneifer. Gemunkelt wurde, er solle Geschäftsbeziehungen und Verbindungen zu fremden Botschaften unterhalten.[35] Unter den Führern aus dem Bündnis der »Schwarzen Hundert« galt er als einer

der fanatischsten. Als »Schwarze Hundert« oder »Schwarze Hundertschaften« bezeichneten sich moderne monarchistisch-nationalistische Organisationen zu Beginn des 20. Jahrhunderts – so etwa der »Bund des russischen Volkes«. Diese vom Zar protegierten Verbände waren nach der ersten russischen Revolution von 1905 aufgekommen, finanziell und organisatorisch unterstützt wurden sie vom Innenministerium. So konnte unter dem Dach der »Schwarzen Hundert« eine Unmenge von antisemitisch-populistischen Zeitungen, Broschüren und Flugblättern herausgegeben werden.

Darin wurde angeblich nachgewiesen, dass die russische liberale Propaganda ausschließlich durch jüdisches Geld finanziert werde und den Interessen des Weltjudentums diene. Einige dieser Materialien, etwa die sogenannten »Protokolle der Weisen von Zion«, dienten später, während des Dritten Reichs, zur antisemitischen Propaganda.[36]

Derart befeuert, richteten die russischen, zumeist rassistisch motivierten »Gesellschaften« ihre Gewalt bzw. deren Androhung gegen niedere Klassen. Bei den antisemitischen Pogromen, die nach der russischen Revolution von 1905 einsetzten, zählten sie zu den Hauptanstiftern, ebenso organisierten sie den Terror gegen die Revolutionäre.

Nachdem Purischkewitsch es nicht für nötig fand, seine Tätigkeit mit dem Vorsitzenden abzustimmen, trat er im Herbst 1907 aus dem Bund aus. Ihm folgten andere unzufriedene Mitglieder, die eigene Organisationen bildeten. Im November 1908 gründete Purischkewitsch den »Russischen Volksbund Erzengel Michael«. Sicherlich war er überzeugt, ebenso wie Michael den »Satan« töten zu müssen: Bei der Ermordung Rasputins im Jahr 1916 spielte Purischkewitsch eine der Hauptrollen, wie in seinem Buch »Wie ich Rasputin ermordete« nachzulesen ist (vgl. auch S. 257 ff.).[37] Zuvor war er beim Palastkommandanten Graf Dedjudlin erschienen, um ihm entsprechende Pläne zu unterbreiten.

»Rule Britannia« – vom Burenkrieg zum Weltkrieg

Um 1900 war die Welt nicht friedlicher als heute. So wie im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts schauerliche Kriegsberichte aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus dem nordafrikanischen Raum kamen, waren damals Südafrika (Burenkrieg) oder Asien (Russisch-Japanischer Krieg) betroffen.

Bereits ab Mitte des 19. Jahrhunderts richtete sich das britische Expansionsbegehren auf die beiden selbstständigen Burenrepubliken »Oranje-Freistaat« (gegründet 1842) und »Südafrikanische Republik« (1853), auch als Transvaal bezeichnet. Zu verlockend war deren reiche Ressourcen an Gold und Diamanten, welche die Briten gerne als ihr Eigen betrachtet hätten. Eine Rolle in den Überlegungen mag auch das Streben nach einem territorial geschlossenen Wirtschaftsraum samt Kontrolle der Bodenschätze in Afrika gewesen sein.

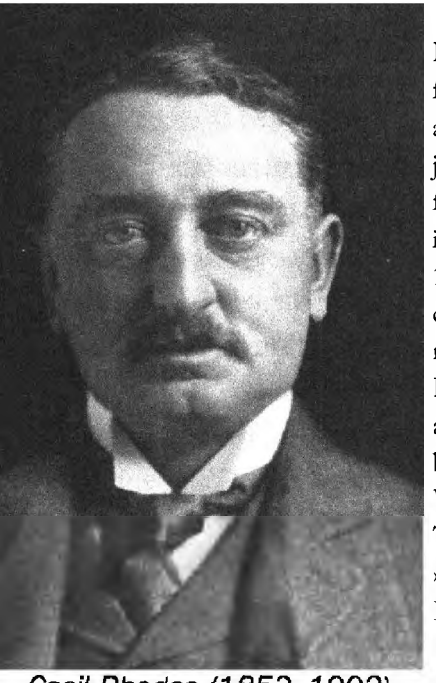
Motor der imperialistischen Pläne im Süden Afrikas war Cecil Rhodes (1853–1902), ein im Diamantengeschäft reich gewordener britischer Unternehmer. Der Anhänger Darwins sah schon in jungen Jahren seine Bestimmung darin, dem Empire zum Triumph zu verhelfen. Nachdem er 1877 in eine Freimaurerloge aufgenommen worden war, schrieb er seine Leitsätze auf: Mit Blick auf Afrika verlangte er, dass jede Gelegenheit zum Erwerb von Territorien zur Ausbreitung der Angelsachsen genutzt werde. Um die gesamte »unzivilisierte Welt« unter britische Herrschaft zu bringen, sollten die USA für ein »Empire der angelsächsischen Rasse« – die er als eine Art »Herrenrasse« ansah – zurückgewonnen und ein Geheimbund (»Secret Elite«) gegründet werden, eine kirchenähnliche Gesellschaft, deren ausgesuchte, geprüfte und durch Eid gebundene Mitglieder für den Rest ihres Lebens dieser Idee dienen sollten.[38] In seiner Hybris verfolgte er gar den »Kap-Kairo-Plan«, der ein englisches Kolonialreich von Ägypten bis Südafrika vorsah. Dazu hatte Rhodes 1885 das Betschuanaland (heute Teil von Botswana) sowie 1891 die nach ihm benannten Regionen Südrhodesien (heute Simbabwe) und Nordrhodesien (heute Sambia) für die britische Krone in Besitz genommen.

Als Premierminister der Kapkolonie im heutigen Südafrika setzte Rhodes seine Einkreisungspolitik fort und unterstützte 1895 den so genannten »Jameson Raid«. Unter Führung des Verwaltungschefs von Südrhodesien, Leander Starr Jameson, sollten probritische Einheiten in Johannesburg den Präsidenten der Transvaal-Republik, Paul Krüger (1825–1904), genannt Ohm Krüger, stürzen. Diesen Plan konnten die Buren jedoch erfolgreich abwehren, was Kaiser Wilhelm II. am 3. Januar 1896 zu einem Glückwunschtelegramm an Krüger veranlasste. In Großbritannien löste die sogenannte »Krüger-Depesche« eine Welle antideutscher Empörung aus, während sie heute in Deutschland bei vielen noch immer Kopfschütteln über die diplomatische Tollpatschigkeit des Kaisers hervorruft.

1897 trat Alfred Milner, Protége von Rhodes, den Posten des Gouverneurs der Kapprovinz und des Hochkommissars für Südafrika an. Zusammen mit dem britischen Kolonialminister Joseph Chamberlain fasste er sogleich die

Annexion des »Oranje-Freistaats« ins Auge, obwohl die Briten 1854 dessen Unabhängigkeit anerkannt hatten. Das veranlasste den Präsidenten der Burenrepublik, Marthinus T. Steyn, Milner und Krüger am 30. Mai 1899 zu »Konsolidierungsgesprächen« nach Bloemfontein einzuladen. Doch Milner hintertrieb bewusst die von Krüger vorgetragenen Kompromissvorschläge und forderte aus London 10 000 Soldaten zur Verstärkung der Garnison in der angrenzenden britischen Kolonie Natal an. Im Kriegsfall sollte ein Armeekorps von 50 000 Mann unter General Redvers Buller folgen. Das britische Kabinett segnete den Milner-Chamberlain-Vorschlag ab. Bereits Ende September wurden Truppenteile in Grenznähe nach Dundee vorgeschoben.

Anschließend entfesselten die Briten unter dem Vorwand, eine ausländerfeindliche Gesetzgebung in den Burenrepubliken bekämpfen zu wollen, den Zweiten Burenkrieg (1899–1902). Nach überraschenden Anfangserfolgen der Buren wurde General Buller von Feldmarschall Frederick Sleigh Roberts abgelöst. Mit ihm kamen 60 000 Mann Verstärkung. Als Stabschef von Roberts organisierte General Horatio Herbert Kitchener (1850–1916), »der Held von Karthum«[39], 1900 die Eroberung von Johannesburg und Pretoria. Der Krieg schien gewonnen. Lord Roberts ging zurück nach England und übergab den Oberbefehl an Kitchener.



Cecil Rhodes (1853–1902)

Noch während in Südafrika der Vernichtungsfeldzug gegen die Buren geführt wurde, starb am frühen Abend des 22. Januar 1901 die 81-jährige Queen Victoria. An ihrem Sterbebett fand sich die Windsorfamilie ein, darunter ihr ältester Sohn, der als Edward VII. (1841–1910) ihr Nachfolger wurde, und ihr Enkel, der deutsche Kaiser Wilhelm II. Er nutzte seine Anwesenheit in London dazu, englischen Regierungsvertretern ein Defensivbündnis anzubieten. Angesichts des noch immer tobenden Burenkriegs sowie des bedrohlichen Vorgehens Russlands in Afghanistan und Tibet hätte dieses Bündnis England einen »Festlandsdegen«[40] gegen Russland verschafft. Doch der höchste Beamte des diplomatischen

Dienstes, Francis Bertie (später erst Botschafter in Rom und danach in Paris) lehnte ab; er fürchtete, der Preis dafür könne zu hoch sein, »*indem wir unsere Freiheit, eine britische Weltpolitik zu führen, opfern*«[41]. Mit der Entscheidung gegen Deutschland hofften die britischen Staatsmänner zudem das Gespenst der wirtschaftlichen Überflügelung durch Deutschland zu bannen.

In den achtziger Jahren, als das deutsche Handelsvolumen noch ungefährlich erschien, hatte sich Edward für eine deutsch-englische Kooperation gegen Russland eingesetzt. Nun begann er ein Doppelspiel mit Russland. Auf der einen Seite suchte England die Verständigung, auf der anderen Seite unterstützte es den Gegner Russlands, Japan, und sorgte damit für eine verheerende Niederlage Russlands in Ostasien.

Der Krieg war aber keineswegs gewonnen. Die Buren verstrickten die Briten nun in einen verlustreichen Partisanenkrieg. Als Antwort praktizierte Kitchener die Strategie der »verbrannten Erde«. Seine Armee zerstörte systematisch Farmen, vernichtete Ernten und tötete mehrere Millionen Pferde, Rinder und Schafe. 154 000 Familienangehörige der kämpfenden Buren, vor allem Frauen und Kinder, wurden in »Concentration Camps« verschleppt. In vielen Historiografien blieb unerwähnt, dass auch 115 000 schwarze Farmarbeiter mit ihren Familienangehörigen in solchen Internierungslagern eingesperrt wurden. Dort herrschten katastrophale Lebensbedingungen, vor allem Hunger, sodass an die 50 000 Häftlinge starben, darunter über 20 000 Kinder.[42]

Das »Erbe« Cecil Rhodes, veröffentlicht 1902 in der französischen Satirezeitschrift L'Assiette au Beurre

Anfang Mai 1902 schwiegen die Waffen in diesem grausamen Krieg, der

schließlich durch Kitcheners kompromisslose Strategie gewonnen werden konnte. Am Ende standen rund 30 000 kämpfende Buren 250 000 – von insgesamt 400 000 eingesetzten – britischen Soldaten gegenüber. Das Satireblatt *L'Assiette au Beurre* scheute sich nicht, Cecil Rhodes als Totengräber der Buren darzustellen, der im Interesse des angelsächsischen Kapitals – hier hatte sich der Blick auf die Gold- und Diamantenfelder von Transvaal gerichtet – die Vernichtung des freien Burenvolks betrieben hatte.

In diesem Krieg legte Captain Henry Hughes Wilson (1864–1922), protegiert von seinem irischen Landsmann und Vorgesetzten Roberts, in seiner Funktion als Brigademajor das Fundament für seine weitere Karriere: Zu Beginn des Ersten Weltkriegs war er Hauptverbindungsoffizier zur französischen Armee. 1919 wurde er zum Feldmarschall befördert und mit dem Titel eines Barons in den erblichen Adel erhoben.

Auch Winston Churchill konnte aus Aktivitäten im Burenkrieg Kapital ziehen. Er erlebte ihn als Kriegsberichterstatter der *Morning Post* – zumindest bis zu seiner Gefangennahme durch die Buren. Seine spektakuläre Flucht aus Pretoria zur fast 500 Kilometer entfernten portugiesischen Kolonie Mosambik machte ihn in seiner Heimat schlagartig populär und in den Augen vieler Landsleute zum Nationalhelden. Das half ihm 1900 bei der Unterhauswahl.[43]

Earl Kitchener in voller Montur kurz nach seiner Ernennung zum Feldmarschall (1910)

Kitchener wurde mit dem Titel eines »Viscount of Khartoum and of the Vaal in the Colony of Transvaal« geehrt und in der *Times* als »*Verkörperung einer soldatischen Männlichkeit gefeiert, welche allein die durch Wohlleben und Zivilisation von Feminisierung bedrohte Nation retten*«[44] könne. Wie schon 1898 nach der Rückkehr von seinem siegreichen Feldzug im Sudan – dort hatte er in Faschoda den Franzosen die Fahne entrissen –, trat Kitchener 1902 nach seiner Landung in Dover eine fünfwöchige Triumphtournee durch Großbritannien an, Ehrenbürgerschaften und Ehrendoktorwürden regneten auf ihn herab. Bei Theater-

besuchen nahm er die Ovationen Tausender und im Windsorpalast den Dank der Königin entgegen. Ein Empire braucht Helden. Und diese verstanden die medialen Meinungsbildner der damaligen Zeit auf geniale Art zu konstruieren: den siegreichen Feldherrn als greifbare Visualisierung britischer Weltmacht.[45]

Auf derartige heroische Bilder musste das Deutsche Reich verzichten, das lange keine Eroberungskriege mehr geführt hatte. Und mit dem umstrittenen deutschen General Lothar von Trotha (1848–1920), der 1904/05 den Herero-Aufstand in Deutsch-Südwestafrika mit dem Völkermord an den Aufständischen blutigst niedergeschlagen hatte, war kein Ruhmesblatt zu gewinnen. Trothas unmenschliche Kriegführung veranlasste Wilhelm II., ihn bei seiner Rückkehr nach Berlin demonstrativ nicht zu empfangen. Das Signal wurde von den gesellschaftlichen Kreisen verstanden und Trotha gemieden. So konnte im Deutschen Reich nur der Kaiser als strahlender Feldherr auftreten – ohne auch nur eine Schlacht gewonnen zu haben.

Die Verherrlichung des Militarismus war zu jener Zeit in allen Metropolen Europas gang und gäbe. Deutschland gehörte dabei im Jahrhundert zwischen Waterloo und dem Beginn des Großen Krieges zu den am wenigsten kriegerischen Nationen, so Patrick J. Buchanan, US-Präsidentschaftskandidat von 2000. Das zeigt auch nachfolgende Übersicht:[46]

Großmächte	Anzahl der Kriege
Großbritannien	10
Russland	7
Frankreich	5
Österreich	3
Preußen/Deutschland	3

Von 1871 bis 1914 fochten die Deutschen keinen einzigen Krieg aus, 43 Jahre lang. Warum also kam man dann dazu, Deutschland als »Schlächter Europas« zu betiteln? So fragt Buchanan, um dann festzuhalten: »*Genau dies taten jedoch die damaligen britischen Staatsmänner, und gewisse britische Historiker tun es heute noch.*«

Vor den militärischen Heroen Großbritanniens verblassten die englischen Politiker, denen allein Misserfolge bei kriegerischen Auseinandersetzungen an-

gelastet wurden. Öffentlich philosophierte Lord Salisbury, bis 1902 Premierminister, darüber, dass das politische System als »Instrument of War« wohl ungeeignet sei.[48] Schützenhilfe bekam er von seinem Vorgänger im Amt, dem liberalen Lord Archibald Rosebery, der in der Parteipolitik das entscheidende Übel ausmachte und sich deshalb einen »eisernen« Diktator im Stile Cromwells herbeiwünschte.[49] Noch weiter ging der damalige Captain Charles Ross, der im Burenkrieg als Fernmeldeoffizier gedient hatte und noch 1902 ein Buch publizierte, in welchem er die Errichtung einer Militärdiktatur für den Fall forderte, dass sich die zivilen Politiker zur Verteidigung des Empire als unfähig erweisen sollten.[50] Das Buch hat seiner Karriere nicht geschadet: 14 Jahre später wird er als Generalmajor die 6. Division führen. Aus heutiger Sicht ist es nach Patrick Wagner kaum nachvollziehbar, dass ein Teil der englischen Politiker nach dem Burenkrieg bereit war, *»auf den Primat von Parlament und Regierung gegenüber den Generälen partiell zu verzichten«*[51]. Angesichts der katastrophalen, nicht zuletzt durch eine schlechte politische Führung bedingten Niederlage der britischen Armee im Burenkrieg ging es wohl nur noch darum, Englands Macht wiederherzustellen.

Der britische Publizist George W. Steevens propagierte bereits 1898 die Idee, Kitchener eines Tages zum Kriegsminister zu ernennen.[52] Anfang 1903 forderte dann die *Times,* Kitchener zum Generalstabschef zu machen,[53] und 1905 schließlich verlangte Rosebery freie Hand für einen Generalstabschef Kitchener, denn dieser sei ein genialer Mann, wie ihn eine Nation nicht zweimal in einem Jahrhundert hervorbrächte.[54] Nun waren auch viele Konservative überzeugt, dass ein liberaler Premier Kitchener zum Kriegsminister mit diktatorischen Vollmachten ernennen würde.

Die Forderung Roseberys ist nach den Ereignissen des Jahres 1904 nachvollziehbar. Nach dem verlustreichen Burenkrieg sah sich England gezwungen, seine Interessensphären in Asien und in Nordafrika dauerhaft zu sichern. Bündnispartner waren gefragt. Um dem Vordringen Russlands in Asien einen Riegel vorzuschieben, schloss Großbritannien am 30. Januar 1902 die Anglo-Japanische Allianz, woraufhin die Japaner den unter russischer Kontrolle stehenden Hafen Port Arthur angriffen (vgl. S. 67 und 81); Fernziel war die Eroberung der Mandschurei und Koreas. Da Großbritannien als Bündnispartner Japans Verwicklungen mit Frankreich befürchtete, welches mit Russland verbunden war, folgte 1904 bekanntlich die Entente cordiale.

Vorausblickend wollte London damit wohl auch einem Interessenkonflikt im Wettlauf um Afrika vorbeugen. In der Entente wurde Ägypten dem briti-

schen und Marokko dem französischen Einflussbereich zugeschlagen. Ging es London vor allem um den Suez-Kanal, so strebte Paris einen französisch beherrschten Maghreb an. Nun brauchte Großbritannien nur noch die »Madrider Konvention« aus dem Jahr 1880 auszuhebeln, mit der dem Sultan von Marokko Souveränität sowie eine »Politik der offenen Tür« zugesichert worden war (vgl. S. 109 bzw. 309).

Währenddessen stürmten die Japaner unaufhaltsam ihren Zielen entgegen. Nachdem das russische Pazifikgeschwader weitgehend vernichtet worden war, benannte man im Oktober 1904 die russische Ostseeflotte in »Zweites Pazifisches Geschwader« um und entsandte sie nach Wladiwostok. In der Nacht vom 21. auf den 22. Oktober 1904 kam es zum sogenannten »Doggerbank-Zwischenfall«: 30 britische Fischerboote wurden von der Flotte angegriffen. Als Ursache gilt heute die allgemeine Nervosität unter den russischen Seeleuten und ungewisse Meldungen über die Anwesenheit japanischer Torpedoboote. Für einige Tage stand Europa am Rand eines britisch-russischen Krieges, in den auch das Deutsche Reich mit einbezogen worden wäre, da deutsche Frachtschiffe der Hamburg-Amerika-Linie das »Zweite Pazifische Geschwader« mit Kohle versorgten, worin Japan und Großbritannien einen Bruch der deutschen Neutralität sahen. Die deutsche Regierung wollte den Konflikt dadurch entschärfen, indem es Russland die Kohleschiffe zum Kauf anbot, damit diese unter russischer Flagge liefen. Das Ansinnen wurde aus St. Petersburg zurückgewiesen und auf Erfüllung des Vertrages gedrungen. Damit saß Deutschland zwischen allen Stühlen.

Die aus dem Zwischenfall resultierenden russisch-englischen Spannungen ließen nun Russland als möglichen Partner für Deutschland interessant werden.[55] Doch bereits Anfang 1905 scheiterten Bündnisverhandlungen, und Berlin betrachtete die internationale Lage mit Sorge.

Dagegen konnte der französische Außenminister Théophile Delcassé die Beziehungen zu England und Russland ausbauen und die »Pénetration Pacifique« (friedliche Durchdringung) Marokkos bis hin zu einer Teilung vorbereiten. Ende 1904 lehnte Sultan Abd el-Aziz ein von Frankreich unter leichtem Druck »empfohlenes« Reformprogramm jedoch ab, welches Marokko zum vollständigen Protektorat Frankreichs gemacht hätte.[56] Das Deutsche Reich, eine der Signatarmächte des Madrider Abkommens, war für Delcassé kein Stolperstein auf dem Weg zu seinen Zielen, sodass er keine Notwendigkeit darin sah, Deutschland an seinen Gesprächen mit Italien und Spanien zu beteiligen.

Durch territoriale Zugeständnisse in anderen Teilen Afrikas hoffte er in der Marokkofrage mit Deutschland einen Ausgleich erzielen zu können.[57] In Marokko hatte das Deutsche Reich legitime Wirtschaftsinteressen zu schützen und Wilhelm II. daher auf die Einhaltung des Madrider Vertrages beharrt und gegenüber dem spanischen König Territorialgewinnambitonen verneint. Das musste in die Konfrontation fuhren. Militärische Muskelspiele waren aber nicht angeraten, da der Hererokrieg teuer und in der deutschen Öffentlichkeit relativ unpopulär war. So gab Reichskanzler Bernhard von Bülow am 15. März 1905 im Reichstag nur bekannt, dass die deutschen Wirtschaftsinteressen in Marokko verteidigt werden sollten. Dieser Absicht stand Wilhelm II. skeptisch gegenüber. Bülow drängte ihn auch dazu, die Urlaubsreise mit dem von der Hamburg-Amerika-Linie gecharterten Dampfer *Deutschland* für einen demonstrativen Besuch beim Sultan im marokkanischen Tanger zu nutzen. Die Bedenken des Kaisersdie er mit dem an Bord befindlichen Unterstaatssekretär von Schoen besprach, wurden nach Berlin telegrafiert. Doch Bülow bestand auf dem beschlossenen Programm. Am 31. März 1905 hielt also der Kaiser in Tanger eine kurze Rede, bei der er betonte, dass er den Sultan als unabhängigen Herrscher besuche und hoffe, dass unter ihm ein freies Marokko den friedlichen Wettbewerb aller Nationen ermöglichen werde. Doch trotz seiner vorsichtigen Ausdrucksweise wurde allein der Besuch des Kaisers als Affront angesehen und dazu genutzt, Deutschland aggressive Absichten zu unterstellen.

Weiterhin wurde von deutscher Seite noch eine internationale Konferenz über die Marokko-Angelegenheiten vorgeschlagen. Unwidersprochen berichteten französische Zeitungen, dass der Ministerpräsident beim Kriegs- und Marineminister nachgefragt habe, ob Frankreich kriegsbereit sei, was aber verneint wurde. Der Ministerrat nahm daraufhin geschlossen den deutschen Konferenzvorschlag an – bis auf Theophile Delcasse. Der trat wütend zurück und verteidigte vor die Presse seine Politik: Er habe von England die Zusage erhalten, dass es im Kriegsfall an Frankreichs Seite treten und mit einem Expeditionskorps von 100 000 Mann auf dänischem Boden landen würde, um von da aus gegen den Nord-Ostsee-Kanal zu marschieren. Was mag Delcasse hier geritten haben, aus gekränkter Eitelkeit Staatsgeheimnisse zu verraten?

Der Diplomat Sir Eyre Crowe (1864–1925) – ironischerweise zur Hälfte deutscher Abstammung, wofür er in der britischen Presse immer wieder angegriffen wurde – verglich nach der »*Herausforderung*« in Marokko das Verhältnis zwischen England und dem Deutschen Reich mit dem von »*Würde*« und »*Unverschämtheit*«.[58] Deutschland störte mit seinem Pochen auf das Völ-

kerrecht die britisch-französischen Pläne – das konnte man nicht dulden. Die amerikanische Historikerin Barbara Tuchman (1912–1989), Nichte von Henry Morgenthau, bezeichnete den Besuch des Kaisers als *»berüchtigten Einfall«*[59], der Frankreich provozieren musste. Die Provokation ging aber wohl eher von Frankreich aus, da es seine Ziele in Marokko unter Umgehung des Deutschen Reiches als Signatarstaat des Madrider Abkommens verfolgte. Nach Tuchman sahen die Franzosen in dem Besuch eine Sondierung Deutschlands, ob die Stunde gekommen sei, die Waffen wieder aufzunehmen. Den Zeitpunkt dafür würde es, wenn nicht gleich, so doch bald finden ... In ihrem *Spiegel*-Artikel ging Tuchman 1964 zudem auf die Stimmung in England ein: *»Gerade in dem Augenblick, als der deutsche Kaiser etwas nervös auf einem allzu temperamentvollen Schimmel durch die Straßen Tangers ritt, beschäftigte sich der Stab mit einem theoretischen Kriegsspiel; es ging von der Annahme aus, die Deutschen kämen in einer weit ausholenden Umfassungsbewegung nördlich und westlich der Maas durch Belgien. Die Übung auf der Karte bewies dem Leiter der militärischen Operationen, General Grierson, und seinem Adjutanten, General Robertson, daß wenig Aussicht bestand, die Deutschen aufzuhalten, wenn nicht britische Streitkräfte ›rasch und in ausreichender Zahl auf der Bildfläche erschienen‹.«*[60]

General James M. Grierson (1859–1914) hatte – ebenso wie sein Untergebener William Robertson (1860–1933) – Erfahrungen im Burenkrieg sammeln können und wurde anschließend zum Oberst befördert. Zunächst diente er bei General Henry E. Wood als Chef des Stabes, um dann von 1904 bis 1906 im Armee-Hauptquartier als Direktor das »Amt für Militärische Operationen« zu leiten. Schon während der ersten Marokkokrise 1905 war sich die britische Führung darüber im Klaren, im Kriegsfall rasch und in ausreichender Zahl britische Streitkräfte auf den Kontinent zu expedieren.

Der Historiker Christopher Clark rückt in »Die Schlafwandler« von dem einseitigen Vorwurf an Kaiser Wilhelm II. als Friedensstörer ab: Das Deutsche Reich habe in der Marokkokrise versucht, den Bestand eines völkerrechtlichen Vertrages zu sichern.[61] Demgegenüber wollte Frankreich sich Marokko untertan machen. Dazu habe es sich vorab bei Russland, Großbritannien und wohl auch anderen Mächten – unter vorsätzlicher Ausgrenzung des Deutschen Reiches – heimlich das Einvernehmen gesichert. Nachträglich werde somit derjenige verunglimpft, der versucht habe, einen Bruch des Völkerrechts zu verhindern.

In Bezug auf Deutschland lässt Tuchmans Objektivität durchaus Zweifel zu. Ihr Buch »Kanonen des August«[62] füllt sie mit der ganzen englischen Propaganda aus dem Ersten Weltkrieg, die schon Jahrzehnte vorher von dem

Tory-Parlamentarier Lord Ponsonby öffentlich widerlegt worden war. Der Besuch des Kaisers in Tanger mag naiv oder vielleicht auch nur eine Eselei gewesen sein. »Berüchtigt« war er mit Sicherheit nicht. Auch hängen die Reform der englischen Armee und die Kriegsplanungen nicht mit der Marokkokrise zusammen.

In der von Deutschland angeregten Marokko-Konferenz bekam Frankreich das Zugeständnis, gemeinsam mit Spanien die marokkanische Polizei sowie die Staatsbank verwalten zu dürfen. Während also Frankreich einen Vorteil aus der Krise ziehen und weiter sein Ziel des Kolonialerwerbs verfolgen konnte, stand das Deutsche Reich international isoliert da.

Inzwischen dachten die politischen Strategen der englischen konservativen Balfour-Regierung über ein selbstständiges Vorgehen in Belgien nach. Dazu forderte Premier Arthur James Balfour einen Bericht darüber an, wie rasch vier Divisionen im Fall einer deutschen Invasion mobilisiert und in Belgien an Land gehen könnten. Noch während die Generäle Grierson und Robertson das künftige Schlachtfeld entlang der französisch-belgischen Grenze prüften, zwang eine Krise Balfours Regierung im Dezember 1905 zum Rücktritt, es folgte eine liberale Regierung unter Führung des 69-jährigen Sir Henry Campbell-Bannerman (1836–1908).

Diese Entwicklung hatten drei Politiker der Partei »Liberal Imperialists«, Herbert Henry Asquith, Richard Haldane und Sir Edward Grey – welcher das Amt des Außenministers übernahm und bis 1916 behielt –, schon im November erwartet und sich in Greys Fischerhütte im schottischen Relugas eingefunden. Diese Troika der Rechten wurde sich einig, gegenüber dem langjährigen Parteiführer Campbell-Bannerman, der dem »linken« Flügel der Partei angehörte, geeint aufzutreten und Einfluss auf die Kabinettsbildung zu nehmen. Auch dachten sie daran, den unbequemen Parteiführer ins Oberhaus abzuschieben und somit den Weg für Asquith freizumachen.

Campbell-Bannerman beabsichtigte, den konservativen und bescheidenen Victor Alexander Bruce (1849–1917), 9. Earl of Elgin, zum Außenminister zu berufen. Eine hoffnungsvolle Wahl, hatte Bruce doch von 1902 bis 1903 als Vorsitzender des parlamentarischen Untersuchungsausschusses die Führung des »Zweiten Burenkrieges« untersucht. Ihm waren die Seilschaften aus diesem Krieg bekannt. Doch der Führer des rechten Parteiflügels der Liberalen, Herbert Henry Asquith (1852–1928), bestand darauf, das Außenministerium mit Sir Edward Grey zu besetzen, und Bruce wurde stattdessen zum Koloni-

alminister berufen. Dazu wurde ihm der junge Churchill an die Seite gestellt. Die Nummer zwei im Außenministerium wurde Charles Hardinge, bis dahin Botschafter in St. Petersburg. Er hatte vorher sichergestellt, dass sein Schützling, der ausgesprochen deutschfeindliche Arthur Nicolson, seinen Platz in St. Petersburg übernahm und dass ein anderer Günstling, der ebenso deutschfeindliche Louis du Pan Mallet, Greys Privatsekretär wurde. Richard Haldane (1856–1928), Anwalt mit einer leidenschaftlichen Vorliebe für deutsche Philosophie, wurde als Kriegsminister berufen – dieses Amt sollte er bis 1912 innehaben. Er galt als liberaler Imperialist und konnte sich ebenso der Freundschaft Asquith' erfreuen.

Schon in der ersten Amtswoche wandten sich die Franzosen wegen der gemeinsamen militärischen Planungen behutsam an Grey. Dieser ließ erkennen, dass er nicht die Absicht habe, sich von irgendwelchen Zusicherungen »zurückzuziehen«, die sein Vorgänger Frankreich gegeben hatte. Bei Haldane fragte er nach, ob Abmachungen bestünden, nach denen die Engländer im Ernstfall Schulter an Schulter mit den Franzosen kämpfen müssten. Haldane sah in seinen Akten nach, fand aber nichts.[63] Um sich abzusichern, ließ Haldane von General Grierson und Major Huguet, dem französischen Militärattaché in London, ein Schreiben unterzeichnen, in dem die Unverbindlichkeit der beabsichtigten Gespräche dokumentiert wurde. Daraufhin überließen er und Grey die weitere Entwicklung »aus Zuständigkeitsgründen« den Militärs. Von da an nahmen die Generalstäbe die Sache in die Hand.

Am 22. Dezember 1905 hielt Campbell-Bannerman seine erste öffentliche Rede als neuer Premierminister, in der er auf die traditionellen Themen der Liberalen – Frieden, Personalabbau und Reformen –, einging: »*Militarismus, Verschwendung und Protektion sind Unkräuter, die auf dem gleichen Feld wachsen, und wenn man das Feld kultivieren möchte, muss man sie vorher alle ausreißen. Ich persönlich glaube nicht, dass ohne den südafrikanischen Krieg bei uns Protektion in einem solchen Ausmaß möglich gewesen wäre. Sie können sich darauf verlassen, dass, während wir für offene Häfen und für billige Lebensmittel und Rohstoffe kämpfen, von denen der Wohlstand unseres Volkes und der blühende Handel abhängen, wir gleichzeitig diese Mächte, Privilegien, Ungerechtigkeiten und Monopole bekämpfen, die unabänderlich dem Triumph demokratischer Prinzipien entgegenstehen.*«[64] Das klingt doch recht neoliberal! An der naiven Auffassung, dass schrankenloser Handel und Ausbeutung der Rohstoffe automatisch zu Demokratie und Gerechtigkeit führen, hat sich anscheinend bis heute wenig geändert. Wie heute wurde damals ungeniert eine friedlich-demokratische Gesellschaft durch Wohlstand auf Kos-

ten anderer erkauft. Damals wurden die Kolonien ausgeplündert, heute werden über die gigantische Verschuldung künftige Generationen beraubt.

Campbell-Bannermans Rede muss jedenfalls die Wähler beeindruckt haben. Bei den im Januar 1906 initiierten Neuwahlen konnten die Liberalen einen Erdrutschsieg verbuchen, nicht zuletzt weil sie traditionsgemäß gegen Krieg und außenpolitische Abenteuer waren. Das wurde von den Wählern honoriert. Wie hätten sie entschieden, wenn sie von den Gesprächen zwischen den englischen und französischen Vertretern von Armee und Marine gewusst hätten, die Grey noch im Januar 1906 über den Kopf des Premiers hinweg sanktionierte? U. a. wurde der Plan entworfen, im Fall eines deutsch-französischen Kriegs innerhalb von zwei Wochen 100 000 britische Soldaten nach Frankreich zu entsenden.

Als Grey Campbell-Bannerman im Nachhinein über die »unverbindlichen Gespräche« informierte, gab der Premier seinen Segen. Damit waren die britischen Expeditionsstreitkräfte (»British Expeditionary Force«, kurz BEF) geboren, die später, 1914 zu Beginn des Ersten Weltkriegs, in Frankreich Einsatz fanden. Die übrigen Kabinettsmitglieder wurden von Campbell-Bannerman nicht über diese Stabsgespräche aufgeklärt, da es sich nicht um bindende Absprachen handelte, sowie aus Rücksicht auf die Einheit innerhalb der Regierung. Die wirklich liberalen Mitglieder des Kabinetts, wie Lord Loreburn, Lord Morley und Lord Bryce, hätten eine solche Zusammenarbeit mit den Franzosen abgelehnt.[65]

Henry Campbell-Bannerman (1836–1908)

Im Kabinett stand Grey neben Asquith und Haldane vor allem Winston Churchill nahe, der nach der ersten Marokkokrise vom linken Flügel der Liberalen Partei auf den rechten gewechselt war. Für dessen Sohn Randolph hatte Grey sogar die Patenschaft übernommen.

Nachdem im Januar 1906 die Marokkofrage in Algeciras zur Zufriedenheit der Entente cordiale gelöst war, galt es weitere deutsch-englische Problemfelder zu entschärfen. Da war z. B. das

fur England angeblich so bedrohliche deutsche Flottenbauprogramm, wodurch die englische Propaganda die Notwendigkeit des Ausbaus der eigenen Kriegsflotte wirkungsvoll begründen konnte. Darüber hinaus wurde in England die Angst geschürt, Deutschland wolle die englische Vorherrschaft auf See infrage stellen. Ähnliches war später auch im Kalten Krieg zu beobachten. Interesse an der Übertreibung einer Bedrohung durch den Gegner hatten sowohl die Vertreter des Militärs als auch der Rüstungsindustrie – und das auf beiden Seiten!

Die Schlussfolgerung in Admiral Thayer Mahan Axioms, wonach Seemacht ein Produkt aus Flotte und seestrategischer Position sei (vgl. S. 85 f. und 313 f.) und die stärkste Seemacht zugleich Weltmacht, konnte auf Deutschland aufgrund seiner geostrategischen Lage ohne offenen Zugang zum Weltozean nicht angewendet werden. Das Deutsche Reich war nie in der Lage, jemals die englische Seevorherrschaft streitig zu machen, es konnte allenfalls eine regionale, kontinentale Großmacht sein.

Ein weiterer Streitpunkt wurde bereits erwähnte: die Bagdadbahn (vgl. S. 79 f. sowie 475), deren Bau 1902 von der Türkei an Deutschland vergeben worden war und die im Endausbau bis an den Persischen Golf reichen sollte. Zur Finanzierung hatte man am 13. April 1903 die *Société Imperiale du Chemin de Fer de Bagdad* unter Führung der Deutschen Bank ins Leben gerufen. In London wurde der strategische Wert dieser Bahn in wirtschaftlicher wie militärischer Hinsicht erkannt und als Bedrohung wahrgenommen. Noch waren nahezu alle Importe und Exporte, die über die iranischen Häfen des Persischen Golfes abgewickelt wurden, vollständig in britischer Hand. Mit der Bagdadbahn könnte sich der Warentransport weg vom Suez-Kanal auf den Schienenweg verlagern. Ebenso dürfte die Option einer schnellen Verlegung türkischer Truppen an die Grenzen des Empires im Mittleren Osten den Politikern und Militärs schlaflose Nächte bereitet haben. Die Briten spekulierten jedoch in dieser Region selbst auf territorialen Zugewinn für den Fall des weiteren Niedergangs des Osmanischen Reichs, u. a. wegen der Ölvorkommen, die hier entdeckt worden waren. Die britischen Imperialisten befürchteten, die Deutschen könnten mithilfe der Türken ihnen den Zugriff auf die Region. Hier kann man erneut feststellen, wie maßlos der britische Imperialismus war. Er wollte grundsätzlich alles an sich reißen.

Da die Briten davon ausgingen, dass Russland nach dem 1905 verlorenen Russisch-Japanischen Krieg sowie infolge der Revolutionen im Land seine wirtschaftlichen Interessen in Persien sichern wollte und folglich kein Risiko eines militärischen Konflikts mit Großbritannien einzugehen trachtete, begann Grey

Mitte 1906 mit seinem russischen Kollegen, Außenminister Iswolski, vorfühlende Gespräche.

In der Überzeugung, dass bald ein neuer schrecklicher Krieg kommen wird, besuchte der aus dem Burenkrieg bekannte General John French mit hohen britischen Offizieren im Juli die Manöver der französischen Armee in der Champagne. Diese beeindruckten ihn im Gegensatz zur belgischen Armee – die in der Operationsplanung ja mit berücksichtigt werden musste, aber aufgrund fehlender imperialer Absichten in Europa wenig schlagkräftig war – sehr. Zurück von der Reise, wurde French vorgeworfen, der französischen Presse nicht autorisierte Interviews gegeben zu haben. General Grierson wies den Vorwurf zurück: Es seien dem Figaro-Korrespondenten nur *»ein paar Plattitüden«* serviert worden.[66] Am 26. September informierte Haldane Lord Esher, dass French im nächsten Krieg als Befehlshaber der Expeditionsstreitkräfte vorgesehen sei.[67]

Zugleich wurde die Erkundungstätigkeit ausgeweitet. Grierson, Leiter der militärischen Operationen, und sein Adjutant Robertson, besuchten zusammen mit Major Huguet nochmals die belgisch-französische Grenze. Im Einvernehmen mit dem französischen Generalstab wählten sie Landungsbasen aus sowie Aufmarschgebiete längs einer Front von Charleroi nach Namur und bis in die Ardennen hinein, wobei sie von einem deutschen Einmarsch durch Belgien ausgingen.[68]

Im April 1907 reiste Premierminister Campbell-Bannerman nach Frankreich, um sich mit dem französischen Radikalsozialisten und Ministerpräsidenten Georges Clemenceau (1841–1929) zu treffen. Clemenceau war überzeugt, dass die Briten im Kriegsfall Frankreich gegen Deutschland beistehen würden, aber Campbell-Bannerman erwiderte, Großbritannien sei in keiner Weise dazu verpflichtet. Vermutlich wusste er nicht, dass die Stabsgespräche noch immer in Gang waren.[69] Campbell-Bannermans Biograph John Wilson spricht im Zusammenhang des Treffens von einem *»Zusammenprall zwischen zwei grundlegend verschiedenen Weltanschauungen«*[70].

Kurze Zeit darauf notierte Violet Cecil, spätere Ehefrau Alfred Milners, alles, was Clemenceau ihr über das Treffen erzählt hatte. Wilson gibt ihren Bericht wie folgt wieder:

> Clemenceau: *»Ich bin völlig anderer Meinung als Sie ... Wir erkennen beide eine große Gefahr und Sie reduzieren Ihre Armee und schwächen Ihre Marine.«*
> Campbell-Bannerman: *»Ah, ... das hat ökonomische Gründe!«*

Clemenceau: »*Ich meine, die Engländer sollten irgendeine Art von Wehrdienst haben.*«

(Campbell-Bannerman sei fast in Ohnmacht gefallen.)

Clemenceau: »*Es geht darum: Sind Sie im Falle Ihrer Unterstützung Frankreichs gegen Deutschland bereit, sich an die bereits zwischen unseren Kriegsministerien vereinbarten Pläne zu halten und 110 000 Soldaten auf den Kontinent zu schicken, während Italien in unseren Reihen mitmarschiert?*«

(Dann kam die Krönung des Gesprächs:)

Campbell-Bannerman: »*Die Gefühle des englischen Volkes würden es vollkommen ablehnen, überhaupt irgendwelche Truppen, unter welchen Umständen auch immer, auf den Kontinent zu bringen.*«

Clemenceau (für ihn machte das die gesamten Resultate der Entente cordiale zunichte): »*Wenn das die endgültige Meinung der britischen Regierung ist, dann haben wir uns nichts mehr zu sagen.*«[71]

Der liberale Journalist und Freund Campbell-Bannermans, Francis Wrigley Hirst, behauptet, der Premierminister hätte »*keinen blassen Schimmer*« davon gehabt, dass Großbritannien durch die Entente cordiale dabei war, die alte Balance of Power wiederherzustellen, die es in so viele Kriege auf dem Kontinent verstrickt hatte. »*Dass Grey und Haldane das Kabinett nicht informierten, ist erstaunlich; dass ein durch und durch friedliebender Mann wie Sir Henry Campbell-Bannerman die Gefahr erkannt haben musste und sie dennoch vor den Anderen verbarg, ist unglaublich* ...« Hirst ist sich sicher, dass Campbell-Bannerman »*bis zum Ende seinen Glauben bewahrt hätte und in keiner Weise für die europäische Tragödie, die sechs Jahre nach seinem Tod begann, verantwortlich*« gewesen sei.[72]

Am 31. August 1907 trugen Greys Verhandlungen mit Russland Früchte. In St. Petersburg unterzeichneten der britische Botschafter Arthur Nicolson und Außenminister Alexander Petrowitsch Iswolski den russisch-britischen Pakt. Darin grenzten beide Mächte ihre Einflusssphären in Zentralasien ab. Für Tibet wurden vorerst die Ansprüche Chinas anerkannt. Einmischungen sollten unterbleiben und Afghanistan wie ein britisches Protektorat behandelt werden, während Persien kurzerhand in eine russische, eine neutrale und eine britische Zone parzelliert wurde. Mit der Teilung hofften die Vertragsparteien, die 1905 begonnene sogenannte »Konstitutionelle Revolution« mit den Ideen eines politischen Liberalismus – Wahlen, Parlament, Verfassung – zu schwächen. Sie war getragen von einer breiten Bewegung von Händlern, Handwerkern, Aristokraten und schiitischen Geistlichen. Schnell erkannte die Bevölkerung, dass Russ-

land und England diese Zonen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten eingeteilt hatten und dass die Einnahmen nicht dem Volk zugutekommen würden. Das führte zu landesweitem Aufruhr.[73]

Nach dem englisch-russischen Interessenausgleich von 1907 trat Russland der Entente cordiale bei. Die dadurch entstandene »Triple Entente« diente als Namensgeber für die aus England, Frankreich und Russland bestehende Kriegspartei im Ersten Weltkrieg, üblicherweise verkürzt mit »Entente« wiedergegeben.

Am 22. April 1908 verstarb der englische Patriot Henry Campbell-Bannerman im Alter von 73 Jahren. Auch wenn er die französischen Revanchepolitiker nicht mochte, so war er doch so frankophil, dass er bisweilen einen Tagesausflug mit dem Postboot nach Calais machte, nur um dort zu lunchen. Sein Tod jedenfalls kam Clemenceau, Grey, Haldane und Asquith sehr gelegen. Während die Gastronomie in Calais um einen wichtigen Gast trauerte, war das liberal-imperiale britische Dreigestirn am Ziel. Asquith wurde Bannermans Nachfolger, und Robert Crewe-Milnes löste Victor Alexander Bruce als Kolonialminister ab.

Nun konnte Haldane unbekümmert an den Strukturen arbeiten, welche Absprachen und gemeinsame Operationen mit dem französischen Heer erleichtern sollten. Zusätzlich wurde daran gedacht, aus den sich offiziell selbst verwaltenden Kolonien, den Dominions, militärisches Potenzial in die Planungen einzubeziehen. Haldanes Reformen machten Fortschritte. Schon 1908 konnte der »Imperiale Generalstab« seine Arbeit aufnehmen. Zum dessen erstem Chef, dem »Chief of the Imperial General Staff« (CIGS), berief Haldane General William Nicholson, der im Burenkrieg als Adjutant des Oberbefehlshabers eingesetzt war. Daneben war er vor allem für Mobilisierung und den militärischen Nachrichtendienst zuständig. Somit hatte Haldane für die kommenden Aufgaben den richtigen Mann auf diesen Posten gehievt.

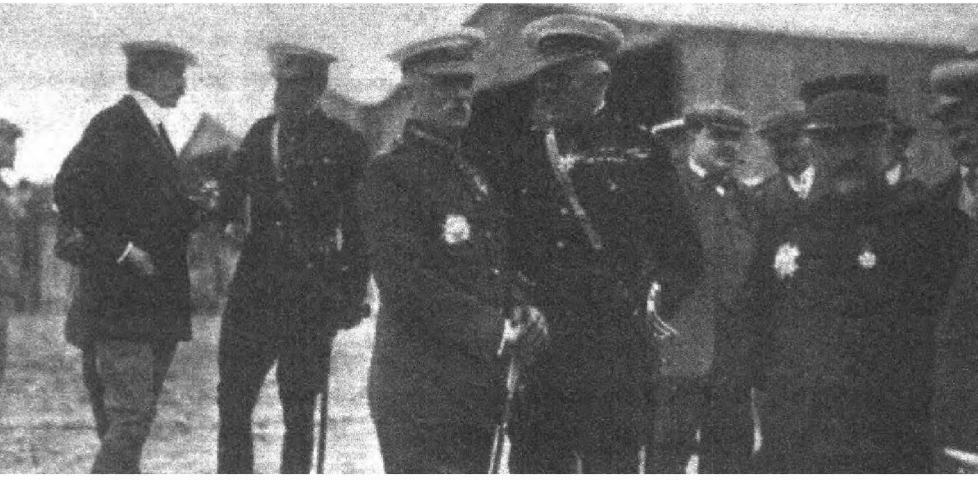
Im Winter 1908/09 diente General French im »Military Needs of the Empire«, einem Unterausschuss des CID – des »Committee of Imperial Defence« –, das als militärisches Entscheidungsgremium der Regierung des Vereinigten Königreichs (Großbritannien und Nordirland) und des britischen Weltreichs (British Empire) fungierte. Das »Military Needs of the Empire« war als Ad-Hoc-Gremium aus dem zweiten Burenkrieg hervorgegangen und sollte bis zum Zweiten Weltkrieg tätig bleiben. Es war zuständig für Forschung, Fragen der militärischen Strategie sowie für Koordinierungsaufgaben. Der Unterausschuss bekräftigte Englands Engagement für Frankreich im Falle eines Krieges.

Für höhere Aufgaben war zudem General David Henderson (1862–1921) vorgesehen. Als Captain hatte er 1898 an der Nil-Expedition teilgenommen und war Kitchener schon damals aufgefallen. Nachdem er im Burenkrieg bei der Belagerung von Ladysmith verwundet worden war, wurde er zum Leiter des militärischen Geheimdienstes ernannt. In den Folgejahren machte sich Henderson mit seinen militärwissenschaftlichen Werken über Geheimdienstarbeit und Aufklärung einen Namen.[74] Nach dem Ersten Weltkrieg wird er als Vater der »Royal Air Force« in die Geschichte eingehen.

Anfang September 1909 durfte Henderson French nach Frankreich begleiten. Dort besichtigten sie unter Führung des französischen Kriegsministers General Jean Brun die französischen Militäreinrichtungen für die im Aufbau begriffene französische Luftwaffe auf dem »Camp de Châlons«.

1911 spitzte sich der Wettlauf um Afrika zu. Am 21. Mai marschierten französische Truppen unter General Charles Moinier in Marokko ein und besetzten Fes und Rabat. Begründet wurde das Unternehmen mit einem angeblichen Hilferuf Sultan Mulai Abd al-Hafiz', der jedoch dementierte und auf die Einhaltung der Verträge von Algeciras pochte.

Aber nicht dieser Einmarsch, sondern der deutsche »Pantersprung nach Agadir« sollte die »zweite Marokkokrise« auslösen. Am 1. Juli 1911 traf auf persönlichen Befehl Wilhelms II. das damals bereits veraltete Kanonenboot *Panther* in Agadir ein, welches wenige Tage später durch den kleinen Kreuzer *Berlin* und das Kanonenboot *Eber* ersetzt wurde. Was sollte diese »militärische Dro-



Hohe britische Militärs 1905 in Reims. In Uniform von links die Generäle John French, James Grierson und David Henderson; rechts der französische Kriegsminister Jean Brun

hung« – eigentlich war es eher eine Demonstration – der Welt beweisen? Hatte der Kaiser nicht begriffen, dass die Karten in Nordafrika längst neu gemischt worden waren und Deutschland nicht mehr am Pokertisch saß? Die Verträge von Madrid und Algeciras waren Makulatur, England und Frankreich hatten Marokko unter sich aufgeteilt. Im Ringen um die reichen Erzvorkommen des Landes und den damit verbundenen Waffenhandel hatten die französischen Rüstungskonzerne die Oberhand gewonnen.

Für die Großmächte musste diese Demonstration des zu kurz gekommenen Deutschlands als das erscheinen, was es war: lächerlich. Das düpierte Deutsche Reich hoffte nun, von Frankreich als Gegenleistung für die Akzeptanz der französischen Herrschaft über Marokko die Abtretung von Kolonialgebieten in Afrika zu erlangen.

Nun machte sich unter den Menschen in Europa Kriegsangst breit. Noch im Juli eilte der britische Verbindungsoffizier Henry Hughes Wilson nach Paris. Zusammen mit dem Chef des Stabes beim französischen Kriegsministerium, General Auguste Dubail, setzte er ein Memorandum für den Kriegsfall auf. Es sah im Falle einer britischen Intervention ein Expeditionskorps von sechs regulären Divisionen sowie einer Kavalleriedivision vor. Am 20. Juli 1911 setzten Wilson und Dubail ihre Unterschrift unter das Dokument, welches die Gesamtstärke auf 150 000 Mann und 67 000 Pferde festlegte. Die Anlandung in Le Havre, Boulogne und stromaufwärts in Rouen sollte zwischen dem 4. und 12. Mobilisierungstag erfolgen, um dann mit der Eisenbahn in ein Sammelgebiet in der Gegend von Maubeuge gebracht zu werden und am 13. Mobilisierungstag kampfbereit zu sein.[75]

Im französischen Kriegsministerium gab es Vertreter des Offensiv- sowie des Defensivgedankens. Letzterem hing der oberste Kriegsrat, General Victor-Constant Michel, an. Acht Tage nach der Unterzeichnung des Memorandums ersetzte der französische Kriegsminister, Adolphe Messimy, General Michel durch General Joseph Joffre (1852–1931), der für eine offensive Strategie eintrat. Damit verabschiedete sich Frankreich endgültig vom Defensivgedanken. Nun wurde der Offensivplan XVII entworfen, der ab 14. April 1914 galt und im August 1914 umgesetzt werden konnte.

Bei Wilsons Rückkehr nach London lautete die seines Erachtens brennendste Frage, ob Deutschland Krieg *»gegen Frankreich und uns«* führen werde, so der Eintrag in sein Tagebuch. Als er beim Mittagessen von Grey und Haldane befragt wurde, legte er voller Begeisterung ein Dreipunkteprogramm

vor. »*Erstens müssen wir uns mit den Franzosen vereinigen. Zweitens müssen wir an demselben Tag mobil machen wie die Franzosen. Drittens müssen wir alle sechs Divisionen hinüberschicken.*«[76]

Im Herbst 1911 besichtigte French die deutschen Kavalleriemanöver in Mecklenburg und wurde vom Deutschen Kaiser mit dem »Roten Adlerorden« ausgezeichnet. Frenchs Biograf Richard Holmes berichtet, Wilhelm II. soll zu seinem englischen Gast gesagt haben, als er ihm ein persönliches Bild signierte: »*Sie haben vielleicht schon gesehen, wie lang mein Schwert ist: Sie werden feststellen, dass es ebenso scharf ist.*«[77]

Während Haldanes Amtszeit wurden in England zwei mögliche Szenarien für einen Krieg mit Deutschland diskutiert: Nach Ansicht der »Navalisten« sollte man einen reinen Seekrieg führen und den Landkampf den Franzosen überlassen, Haldane aber ließ eine Invasionsarmee zusammenstellen. Diese Politik rief das Misstrauen der »neuen Liberalen« wie auch der Radikalen hervor, die eingeschworene Gegner einer »großen Kriegsmacht England« waren und die Außenpolitik Edward Greys ablehnten. Sie war ihnen zu franzosenfreundlich und deutschfeindlich.

Beides konnte inzwischen auch von Winston Churchill gesagt werden. Als Erster Seelord, der sein Augenmerk auf die internationale Szenerie richtete, machte er als Hauptkonkurrenten der britischen Marine das Deutsche Reich aus, »*dessen Stärke … das Kräftegleichgewicht in Europa gefährdete. Deutschland als Konkurrenten zu betrachten, war nur ein kleiner Schritt davon entfernt, es als potentiellen Feind anzusehen, und Churchill tat diesen Schritt fast unmerklich*«[78], so sein Biograf John Charmley, der überzeugt ist, dass Churchill in seiner Zeit als Erster Seelord die britische Marine auf den Krieg gegen Deutschland vorbereitet hat. Seine Leistungen: schnellere Schlachtschiffe, Umstellung von Kohle- auf Olfeuerung, 38-cm-Geschütze, bessere Besoldung etc. Die Marine war mit ihm zufrieden, und die chauvinistischen Zeitungen des britischen Journalisten und Verlegers Alfred Harmsworth – besser bekannt als Lord Northcliff – taten ihre Bewunderung kund.

Der Schutz Frankreichs war für Asquith, Grey und Churchill augenscheinlich von zentraler Bedeutung. Das galt aber keineswegs für die restlichen Mitglieder des Kabinetts. Von ihnen war kaum zu erwarten, dass sie wegen Frankreich einem Kriegseintritt zustimmen würden. Hier war jetzt Überzeugungsarbeit gefordert. Den liberalen Ministern musste klar gemacht werden,

dass es gegen die britischen Interessen wäre, wenn Frankreich als Großmacht ausgelöscht werden sollte. Vorerst musste Asquith Zeit gewinnen – was den Franzosen viel Nervenstärke abforderte.

Am 2. August 1911 hielt Grey im Unterhaus eine Rede, in der er die Frage der britischen Verpflichtungen Frankreich gegenüber mit großem Geschick umschiffte und nachdrücklich die britischen Interessen erläuterte, Frankreich als Großmacht zu erhalten. Auch Asquith bemühte sich, die Gemüter zu beruhigen. So schien es keinen Grund zu geben, Greys Worten zu misstrauen.[79] Danach holte sich Churchill bei Asquith und Grey die Erlaubnis, die gemeinsamen englisch-französischen Vorkehrungen für die Verteidigung des Armelkanals in Gang zu setzen, wie sie in der Triple Entente gemeinsam mit Russland ausgehandelt worden war. Damit wurde die Entente de facto zu einem vollgültigen Bündnis.[80] Der Vorgang ähnelt der Art und Weise, wie sie 1907 ins Leben getreten war: im Stillen (vgl. S. 80 f.).

Wilson und Foch: englisch-französische Strippenzieher des Weltkrieges

Nach dem Burenkrieg begleitete Henry Hughes Wilson, ein hochgewachsener, knochiger Anglo-Ire, seinen Landsmann und »Commander-in-Chief« Robertson nach England zurück. Dort übernahm er, inzwischen zum Major befördert, das »9th Provisional Battalion«. Am 1. Juni 1903 wurde er ins Hauptquartier abkommandiert und zum Assistenten des »Adjutant General« berufen. Der britische Generaladjutant ist für die Personalpolitik sowie die Ausbildung und Bildung der Armee zuständig. An dieser wichtigen Schaltstelle konnte der ideenreiche Wilson ab 1903 Einfluss nehmen und Kontakte knüpfen. Von französischen Gouvernanten erzogen, sprach er fließend Französisch. Die den Iren sonst zugeschriebene Deutschfreundlichkeit traf auf ihn nicht zu. Wilsons Abneigung gegen Deutschland, das in seinen Augen *»keine politische Moral«*[81] besaß, ging vielleicht auf den Krieg gegen die Buren zurück, die von niederländischen und deutschen Siedlern abstammten und von ihm mit den Deutschen gleichgesetzt wurden.

Anlässlich des Besuchs des französischen Präsidenten Émile Loubet im Juli 1903 wurde Wilson die Notwendigkeit klar, eine französisch-britische Allianz gegen die Deutschen zu schmieden. Welche Erfahrungen haben den 39-jährigen britischen Offizier wohl zu diesem Urteil gebracht? Wilson, im

viktorianischen Zeitalter groß geworden, musste doch bekannt gewesen sein, dass 1889-Queen Victoria ihren Lieblingsenkel Wilhelm, der inzwischen Kaiser des Deutschen Reiches war, zum britischen Admiral befördert hatte. So wie Victoria war auch Wilhelm deutsch-britischer Herkunft und wäre selbst gern Engländer gewesen. Im Kriegsministerium fand Wilson gleichgesinnte Offiziere, welche die im Burenkrieg zutage getretenen Mängel der britischen Armee ausmerzen wollten. Dazu waren Reformen unumgänglich. So sollte nach deutschem Modell ein Generalstab eingerichtet werden. Wilsons Ideen fielen bei Kriegsminister Haldane auf fruchtbaren Boden. Am 31. Dezember 1906 notierte Wilson voller Stolz in sein Tagebuch, dass er es innerhalb von fünf Jahren und einem Monat vom Hauptmann zum Brigadegeneral geschafft hatte.[82] Wilsons rasante Karriere zeigt deutlich, dass die Seilschaften aus dem Burenkrieg die Strippen zogen.

Am 8. Januar 1907 trat Wilson als frischgebackener General seinen Dienst als Kommandeur der Kriegsakademie Camberley an. Trotz seine Impulsivität und Ungeduld besaß er Humor und Fantasie, vor allem konnte er energisch auftreten – Eigenschaften, die ihn für diesen Posten geeignet machten. Dazu kam seine Begabung als Lehrer, der seine Schüler begeistern konnte, wenn er seine eigene Vorliebe für umfassende politische und strategische Analysen auf die Schüler übertrug. Durch seine *»funkelnde Brillanz, sein Interesse an der Außenpolitik, seine Persönlichkeit«* habe er die Offiziersschüler fasziniert, so schreibt einer der ehemaligen. *»Er hob uns auch körperlich aus dem Trott des alltäglichen Soldatentums.*[83]

Wilsons Ausbildung war praxisnah und kriegsbezogen. Immer wieder unternahm er mit den Schülern Exkursionen zu den europäischen Schlachtfeldern. 1908 ließ er seine Abschlussklasse Pläne für den Einsatz eines britischen Expeditionskorps in Frankreich entwerfen. Das sickerte jedoch bis ins Unterhaus durch. Um künftig vor unangenehmen Fragen gefeit zu sein, wurden derartige Kriegsspiele mit dem Stempel »SECRET« versehen.[84]

Der deutsche General Ernst Kabisch, vor dem Krieg als Oberstleutnant Chef des Generalstabes des Gouvernements Metz, erinnerte sich, wie im Mai 1909 eine lange Kraftwagenkolonne mit den Studenten der britischen Kriegsakademie von Chamberley unter Leitung ihres Kommandeurs Henry Wilson auf dem großen Metzer Übungsplatz auftauchte. Ein Offizier des deutschen Generalkommandos führte sie über die Schlachtfelder des Deutsch-Französischen Krieges. Von deutscher Seite aus war größtes Entgegenkommen angeordnet.[85] Der Generalstab von Metz zweifelte zwar nicht daran, dass Wilson all

diese Schlachtfeldbesuche auch zu Spionagezwecken nutzte, doch ahnten die deutschen Offiziere sicher nicht, wie eindringlich sich »Sir Henry« dieser Aufgabe widmete. »*Wohl überlegt benutzte er zum Besuch der Grenzschlachtfelder bei Metz nicht die Eisenbahn*«, so Kabisch, sondern »*fuhr in Kraftwagen oder Zweirad hin- und herüber über die Grenze, um das Kriegstheater für einen zukünftigen Krieg recht genau zu studieren.*«[86]

Sorgfältig studierte und analysierte Wilson die deutsch-französische Grenze sowie die französisch-belgische Grenze. Räume, die noch nicht als Schlachtfeld hergehalten hatten, inspizierte er nur mit kleinem Gefolge. Bei seinem ersten Besuch im Jahr 1909 brachte er zehn Tage damit zu, per Bahn und Fahrrad die Grenze zu Belgien und Deutschland von Valenciennes bis Belfort zu bereisen. Anschließend teilte er die Einschätzung General Ferdinand Fochs hinsichtlich der deutschen Bewegung durch Belgien, wobei er die entscheidende Linie zwischen Verdun und Namur ausmachte. Seine Schüler dürften den Berichten ihres Kommandeurs höchste Aufmerksamkeit gewidmet und seine Konzentration auf die Planung für den unvermeidlichen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ernstgenommen haben.

Um die anglo-französische Zusammenarbeit zu festigen, besuchte Wilson im Dezember 1909 seinen französischen Kollegen, den Leiter der *Ecole Superieure de la Guerre,* General Foch. General Wilson nahm an vier Vorlesungen und einer Seminarsitzung teil. Und mit jeder Vorlesung wuchs seine Begeisterung. Anschließend redete er drei Stunden lang auf Foch ein, der ihn nur mit Mühe wieder los wurde, und kündigte bei der Verabschiedung für den nächsten Tag einen weiteren Besuch an. Diese Hartnäckigkeit beeindruckte Foch. Am nächsten Tag kamen sich beide noch näher, und schon vier Wochen später war Wilson wieder bei Foch in Paris; der stattete ihm im Frühjahr 1910 einen Gegenbesuch ab, bei dem ihm Wilson Kriegsminister Haldane und dessen Stab vorstellte. Im Überschwang der Gefühle soll Wilson in das Zimmer eines Kameraden geplatzt sein. »*Draußen hab' ich einen französischen General – General Foch. Verlassen Sie sich drauf, der Bursche wird die alliierten Armeen kommandieren, wenn der große Krieg erst da ist.*« [7]

Aus dem englisch-französischen Tandem wurden unzertrennliche Freunde. Wilson wurde sogar in Fochs Familienkreis einbezogen und zur Hochzeit der Tochter eingeladen. Auf deutscher Seite ahnte man nichts von dieser engen Verbindung der beiden.

Im August 1910 wechselte Wilson ins Kriegsministerium und wurde dort Leiter der militärischen Operationen. Hier stellte er erfreut fest, dass die Re-

formen von Kriegsminister Haldane, dem »Schopenhauer«[88] unter den Militaristen, gründlich durchgeführt worden waren: Das Expeditionskorps konnte im Alarmfall unverzüglich eingesetzt werden. Zudem waren alle Vorkehrungen getroffen, das Heer rechtzeitig auf volle Kriegsstärke zu bringen. Es fehlten lediglich noch die Pläne für den Transport über den Kanal und den Marsch zu den Sammelplätzen in Frankreich. Nicht hinreichend organisiert waren allerdings Versorgung und Verpflegung. Das verärgerte Wilson, der darüber in Zorn geriet, wie aus seinem Tagebuch hervorgeht: »*... bin sehr unzufrieden ... keine Anordnungen für die Bahn ... keine Vorkehrungen für den Nachschub an Pferden ... ein skandalöser Zustand! ... weder für Leitfeuer noch für Hafenpersonal oder gar für Schiffe vorgesorgt ... absolut keine Sanitätseinrichtungen ... Pferdeschwierigkeiten ungelöst ... es ist überhaupt nichts da, und das ist ein Skandal! ... sträflich unvorbereitet ... Pferdeproblem in schandbarer Verfassung!*«[89]

Wilson trieb die Arbeiten nun voran und inspizierte weiter die kommenden Schlachtfelder in Lothringen und den Ardennen. Dazu machte er mehrmals im Jahr Radtouren oder Autofahrten zu den alten Schlachtfeldern von 1870/71, um die Ergebnisse anschließend mit seinem Freund Foch zu besprechen. Im März 1911 wurde endlich ein vorläufiger Mobilisierungsplan von Wilson durchgepaukt. Danach würden sich sechs Divisionen am vierten Tag einschiffen, am siebten die Kavallerie und am neunten Tag die Artillerie.[90]

Im August 1911 verabredete Joffre zudem mit dem russischen Generalstab, dass im Kriegsfall beide Heere nach abgeschlossener Mobilmachung sofort und möglichst gleichzeitig Deutschland angreifen sollten.[91] Zur selben Zeit besprach sich Wilson mit Foch über Art und Ablauf sowie über den voraussichtlichen Schauplatz der Kämpfe.[92]

Am 23. August berief Premierminister Asquith eine geheime Sondersitzung des CID ein, um die Frage der britischen Strategie im Kriegsfall zu klären. Außer Asquith, Grey und Haldane waren drei weitere Kabinettsmitglieder anwesend: Finanzminister David Lloyd George, der Erste Lord der Admiralität, Reginald McKenna, und Innenminister Winston Churchill – ein junger Mann von siebenunddreißig Jahren, den man nicht übersehen konnte. Als Außenstehender hatte er den Premierminister während der zweiten Marokko-Krise mit sehr vernünftigen strategischen Ideen für Heer und Flotte bestürmt, eine erstaunlich zutreffende Vorhersage des künftigen Kampfverlaufs geliefert und eine von Zweifeln völlig freie Ansicht über das, was jetzt nottue, entwickelt.

Diese oberste Entscheidungselite erwartete nun die Lageeinschätzung von Heer und Marine. Kurioserweise trugen beide Vortragenden den gleichen Nachnamen – was auch heute noch zu Verwechslungen führt. Als Erster war General Henry Wilson an der Reihe, begleitet von Generalsinspektor John French. Für seinen Vortrag bestens präpariert, hängte Wilson demonstrativ eine riesige Karte von Belgien mit den operativen Absichten an die Wand und dozierte ganz in seinem Element wie als Lehrer an der Offiziersschule zwei Stunden lang. Seinen »Schülern« setzte er auseinander, dass Deutschland mit einer langsamen Mobilmachung in Russland rechne und deshalb zu Beginn des Krieges die Hauptmasse seiner Streitkräfte gegen Frankreich einsetzen werde. Dann ging Wilson auf den deutschen Kriegsplan ein, der eine Umfassung auf dem rechten Flügel vorsah (»Schlieffen-Plan«, vgl. S. 199 ff.). Unter Einbindung der französischen Überlegungen kam er zu dem Ergebnis, dass die Deutschen westlich der Maas nicht mehr als vier Divisionen einsetzen könnten. Würden sofort bei Kriegsausbruch alle sechs britischen Divisionen in diesen Frontabschnitt verlegt, so könnte man die Deutschen aufhalten.[93]

Am Nachmittag trug Admiral Sir Arthur Wilson die Pläne der Royal Navy vor. Zum Erstaunen des Premiers und der Minister schlug er vor, das Expeditionskorps nicht in Frankreich auszuschiffen, sondern auf jenem »*Zehnmeilenstreifen dürren Sandes*«[94] an der pommerschen Küste, wo es deutsche Truppen binden sollte. Marine und Heer hatten aneinander vorbei jeweils eigene Pläne entwickelt. Der Vorschlag des Admirals wurde von den Generälen heftig angegriffen, und French forderte eine engere Zusammenarbeit der beiden Streitkräfte.[95] Nachdem Henry Wilsons Vortrag die anwesenden Politiker überzeugt hatte, wurde die Forderung Frenchs im Sinn von Grey und Haldane mit der Berufung des eifrigen Churchill zum »Ersten Lord der Admiralität«, ein Rang über dem Ersten Seelord, genial umgesetzt. Er sollte sich in dieser Stellung 1914 als unentbehrlich erweisen.

Von dem hochkarätigen Treffen des CID drangen Gerüchte zu den liberalen Kabinettsmitgliedern des pazifistischen Flügels, die man nicht zugezogen hatte. Sie waren sehr verstimmt und forderten den Kopf von Henry Wilson. Die Reaktion war verständlich, da Kriegsminister Haldane den wahren Charakter der Zusammenarbeit mit Frankreich verschleierte und die militärischen »Gespräche« lediglich als natürliche Folge der engen Freundschaft der beiden Länder bezeichnete. Das wurde als Affront aufgefasst. Nun trat ein, was Campbell-Bannerman seinerzeit verhüten wollte – das Kabinett begann sich zu spalten.

Lord Esher beurteilte die Situation äußerst realistisch, als er Premier Asquith bedeutete, dass die von den Generalstäben gemeinsam ausgearbeiteten Pläne die Verpflichtung zu kämpfen beinhalten, *»ob es deinem Kabinett gefällt oder nicht«*[96].

Zur weiteren Abstimmung trafen sich in der Nacht vom 4. auf den 5. September 1911 im Haus von Sir Henry Wilson der Hausherr selbst, Außenminister Grey und der ungestüme Churchill. Thema war die Neutralität Belgiens. Wilson wollte Belgien auf die Seite der Entente ziehen. Vorab las Grey aus einem Gutachten seines Hilfsunterstaatssekretärs, Sir Eyre Crowe, vor: *»Wird Belgiens Neutralität, die wir im belgisch-niederländischen Vertrage vom 19. April 1839 gemeinsam mit Osterreich, Frankreich, Preußen und Rußland gewährleistet haben, von irgend jemand verletzt und fordert Belgien oder eine der Garantiemächte gegen die Verletzung unsere Hilfe, so sind wir verpflichtet, sie zu leisten. Aber auch wenn niemand diese Forderung an uns stellte, würden wir berechtigt sein, gewaltsam für die Aufrechterhaltung dieser Neutralität einzutreten.«* Greys Unterstaatssekretär Charles Hardinge hatte hinzugesetzt: *»Ob wir Belgiens Neutralität verteidigen, das wird zweifellos abhängen von der Politik, die wir dann gerade verfolgen. Sicherlich würden augenblicklich weder wir noch Rußland dafür einen Finger rühren, wenn Frankreich sie verletzen sollte. Umgekehrt würden wir sofort einschreiten, wenn die Verletzung von Deutschland ausginge.«*[97]

Im Kriegsfall, folgerte Grey, würde lediglich eine Garantiemacht Belgiens Klage wegen der Verletzung der belgischen Neutralität erheben können, nämlich Holland[98]. Abschließend versprach Grey, sich den Vorschlag Wilsons gründlich zu überlegen. Einige Tage später wurde der französische Militärattaché Alfred Huguet – nunmehr Oberst – von Wilson in gleicher Weise unterrichtet. Unverzüglich erstattete Huguet seinem Vorgesetzten, dem französischen Botschafter in London Paul Cambon, Meldung.

Am 29. September 1911 wurde Wilson vom französischen Generalstab eine Karte ausgehändigt, die fünfzehn Straßen durch das südliche Belgien aufwies. Dazu wurde ihm der ganze Feldzugplan für die französischen Nordarmeen und für das englische Expeditionskorps ausgehändigt. Diese riesige Karte, in der jede mögliche Vormarschstraße der Deutschen tiefschwarz markiert war, hing nun im Arbeitszimmer von Wilson.[99]

Wenige Wochen danach begab sich Wilson mit einem Begleiter über Brüssel nach Dinant, um den Zustand der Straßen zu prüfen. Zunächst nahm er sich das Gebiet zwischen Sambre und Mosel vor und überschritt wiederholt

die belgisch-französische Grenze in beiden Richtungen, um sich mit den noch nicht bekannten Straßen vertraut zu machen. Von da ging es nach Lothringen, über das Schlachtfeld von Maas la Tour, wo er bei dieser Gelegenheit einen Akt von symbolischer Bedeutung verrichtete: Zu Füßen der Statue Frankreichs legte er einen Kartenausschnitt mit der Gegend nieder, wo nach seinen Absprachen mit den Franzosen die englischen Truppen aufmarschieren sollten.[100] Wilson war unzufrieden damit, wie die beiden »Zivilisten« – sein Vorgesetzter Haldane und Außenminister Grey –, die Lage beurteilten. Doch schon bald konnte er die Regierung mit seinen Kriegsplanungen vertraut machen.

Auch General Joffre begann beim obersten Verteidigungsrat und beim Außenministerium in Paris zu bohren, dass man ihm für Belgien freie Hand geben solle. Am 21. Februar 1912 – Raymond Poincare war seit dem 14. Januar Ministerpräsident und Außenminister – nahm Joffre an einer Konferenz unter dessen Vorsitz gemeinsam mit dem Kriegs- und dem Marineminister sowie dem Chef des Admiralstabs und dem Direktor der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes teil. Dort trug er vor: »*Wenn wir durch das Elsaß angreifen, laufen wir uns am Rhein und bei Straßburg fest; greifen wir zwischen Metz und den Vogesen an, so hemmen uns die Seen von Dienze. Es gibt nur eine Möglichkeit, mit Aussicht auf entscheidenden Erfolg anzugreifen – das ist nördlich Diedenhofen, durch Luxemburg und Südbelgien. Sollen wir etwa abwarten, was die Deutschen tun? Dann verlieren wir den Zusammenhang mit den Russen.*«[101] Joffre hielt die Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland für wahrscheinlich und machte deutlich, dass er die Aufmarschtransporte bis zum vierten Mobilmachungstage endgültig festlegen müsse. Dann bat er Poincare, die britische und belgische Regierung für den Plan zu gewinnen. Während alle Anwesenden Joffre zustimmten, zeigte der Ministerpräsident Bedenken, wollte aber vorsichtig die Stimmung ausloten.

Unmittelbar nach seiner Wahl hatte Poincare Maurice Paleologue (1859–1944) von der Botschaft in Sofia nach Paris geholt und ihn zum Direktor der politischen Abteilung am Quai d'Orsay ernannt (vgl. S. 98). In Paleologue fand Poincare einen Mitarbeiter, der seine Positionen gegenüber dem Deutschen Kaiserreich teilte.[102] Paleologue wirkte auf seinem neuen Posten als Katalysator für die gemeinsame imperiale Politik der Triple Entente. Auch bestärkte er Poincare im französischen Engagement auf dem Balkan. Im Januar 1914 trat Paleologue den französischen Botschafterposten am Zarenhof in St. Petersburg an.

Etwa zeitgleich, im Februar 1912, besuchte Henry Wilson auf der Rückreise von seinem Urlaub in der Schweiz Holland und fuhr ins belgische Stavelot sowie ins deutsche Malmedy, *»um die Fortschritte im Bau der Eisenbahn über die deutsch-belgische Grenze zwischen diesen beiden Orten zu prüfen«*[103]. Im Herbst 1912 widerfuhr den eifrig herumspionierenden englisch-französischen Freunden ein Malheur auf belgischem Gebiet: In Namur erkrankte ein französischer Offizier, Oberst Picard, und im Krankenhaus stellte sich heraus, dass er in Begleitung von drei anderen Offizieren, darunter ein General, eine »Studienreise« unternahm, was die Belgier natürlich verschnupfte. Da war es schon praktischer, wenn solche Reisen von dem so oft in Brüssel auftauchenden ausgefuchsten General Wilson durchgeführt wurden, der hinsichtlich einer Spionage unverdächtig war.

Am 27. November 1912 erschien Wilson beim französischen Generalstab, um über die inzwischen etwas unsichere Einstellung des britischen Auswärtigen Amtes in Belgien zu berichten. *»Wenn sie* (die Belgier, Anm. d. Verf.) *je nach einer Seite hinneigen, dann anscheinend augenblicklich eher nach der deutschen als nach der französischen. Grey hat mich ausdrücklich bevollmächtigt, mit Ihnen in diesem Sinne zu sprechen. Es ist vorteilhafter für Sie, wenn Sie in Belgien nicht einrücken, bevor die Deutschen damit vorangehen; es könnte sonst geschehen, daß Belgien uns als Garantiemacht auffordert, zu seinem Schutz gegen Sie einzugreifen. Das würde uns in eine sehr heikle Lage bringen. Besser, sie lassen die Finger davon.«*[104]

Henry Wilson musste nun aufgrund des Weitblicks Greys seine Hoffnung, die Belgier ihre Neutralität vergessen zu lassen und ein Militärbündnis zu schließen, aufgeben. Auch Joffre fand keine Möglichkeit, seinen Operationsplan, *»die sofortige Offensive nördlich Diedenhofen durch Luxemburg und Belgien«*[105], zu verwirklichen. In Absprache mit seinen französischen Kameraden konnte Wilson immerhin eine Verstärkung der ständigen Besatzung der belgischen Grenzfestung Lüttich durchsetzen, mehr jedoch nicht. Nun galt es, die Kontakte zum russischen Generalstab auszubauen. Mit Joffre reiste Wilson nach St. Petersburg. Zusammen besuchten sie mit dem russischen Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch die Herbstmanöver und führten Gespräche mit Vertretern des russischen Generalstabs.

Nach Englands Marineabkommen mit Frankreich suchte Haldane 1912 ein Flottenabkommen mit dem Deutschen Reich auf den Weg zu bringen. Dazu verhandelte er mit Kaiser Wilhelm II. und Alfred von Tirpitz. Haldane verlangte von den Deutschen, dass sie Pläne aufgaben: den Bau von 40 Linienschiffen,

20 großen und 40 kleinen Kreuzern. Die Deutschen forderten als Gegenleistung ein britisches Neutralitätsversprechen für den Fall eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich.

Haldane lehnte natürlich ab und kehrte mit der Überzeugung zurück, dass man sich früher oder später gegen Deutschlands Führungsansprüche in Europa würde zur Wehr setzen müssen: *»Meine Beschäftigung mit dem deutschen Generalstab nahm mir jeden Zweifel daran, daß es, wenn die deutsche Kriegspartei erst einmal fest im Sattel säße, Krieg ‚gäbe, nicht nur um Frankreich oder Rußland zu vernichten; sondern um die ganze Welt zu beherrschen.«*[106]

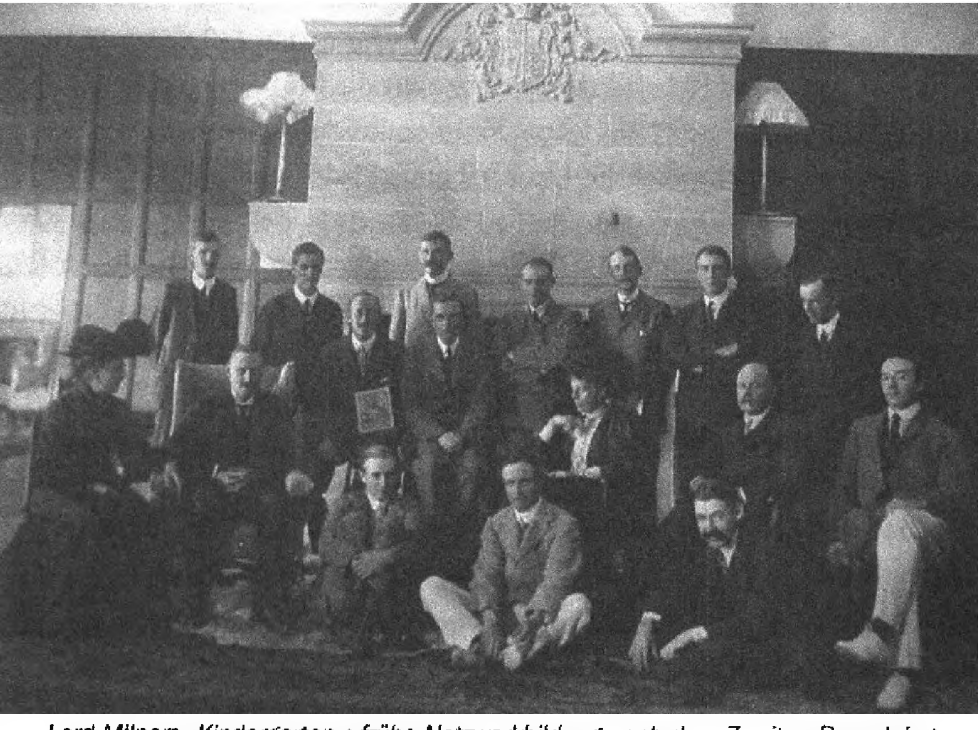
Nachdem Poincare am 27. Januar 1913, gestützt auf ein Mitte-rechts-Bündnis, zum Staatspräsidenten gewählt wurde, konferierte Wilson von nun an jeden zweiten Monat mit den französischen Stabschefs in Paris. Auch Churchill wurde aktiv. Am 26. März 1913 überraschte er in seiner Funktion als Erster Lord der Admiralität das britische Unterhaus mit der Erklärung, ausgesuchte Handelsschiffe zu bewaffnen, sodass sie bei einer drohenden feindlichen Übernahme auf See Widerstand leisten könnten. Bereits ab dem 12. Mai 1913 wurde mit dem Umbau der Schiffe begonnen, und am 16. März 1914 teilte Churchill dem Unterhaus mit, dass über vierzig Handelsschiffe mit defensiver Bewaffnung, bestehend aus 12-cm-Marinegeschützen, ausgerüstet worden waren. Parallel dazu bildete die Royal Navy das dafür benötigte Personal aus.

Wilsons Freund Foch hatte zwischenzeitlich den Oberbefehl über das XX. Korps übernommen, sodass der Brite nun auch dessen Manöver besuchen konnte. Im August 1913 ging er dann wieder seiner Lieblingstätigkeit nach und fuhr im Kraftwagen von Mezieres durch das belgische Luxemburg nach Trier, von dort nach Aachen, wo er die deutschen strategischen Eisenbahnen in der Eifel auskundschaftete, und um über die Ardennen nach Namur.

Anschließend wurden die Reiseziele weiter gesteckt. Im Oktober besuchte Wilson in Begleitung des konservativen Abgeordneten Charlie Hunter, ehemaliger Captain und Sandhurstabsolvent, Konstantinopel. Dann ging es weiter zu den Schlachtfeldern von Lule Burgaz und Adrianopel. Von der türkischen Armee war er wenig beeindruckt, zudem fand er die Straßen- und Schienenninfrastruktur mangelhaft; und er nahm an, dass die Einführung der konstitutionellen Regierung dem Osmanischen Reich den Todesstoß versetzen würde – sollte diese Einschätzung später zur schmerzhaften britischen Niederlage in Gallipoli beitragen?[107]

Anlässlich seiner Beförderung zum Generalmajor speiste Wilson am 14. November mit Charlie Hunter und Lord Milner. Von Letzterem erfuhr er, dass alle Offiziere, die nach den Unruhen in Irland und vor allem in Ulster zurückgetreten waren, durch die nächste konservative Regierung wieder eingesetzt würden. Wilsons enge Kontakte zu nützlichen Politikern brachten ihm den Ruf eines politischen Intriganten ein. Zu seinem Bekanntenkreis zählten einige konservative Meinungsmacher – neben Charlie Hunter Leopold Amery und Lord Derby, alte Freunde aus südafrikanischen Tagen, dazu der Redakteur der *Morning Post*, Howell A. Gwynne, der Herausgeber der *Times*, Geoffrey Robinson, sowie der konservative Politiker und spätere Premier Bonar Law.

Der Schillerndste und Einflussreichste von allen wird wohl Alfred Milner (1854–1925) gewesen sein. Der Fürsprecher des Imperialismus hatte 1909 zusammen mit Cecil Rhodes sowie einer Reihe früherer Mitarbeiter die »Round-Table-Bewegung« gegründet mit dem Ziel, die Exponenten der englischsprachigen Bevölkerung der Welt zunächst an einen Tisch und dann unter britische Herrschaft zu bringen. In seiner Funktion als Gouverneur der Kapkolonie und Hochkommissar für das Südliche Afrika (1897–1905) hatte Milner junge, gut ausgebildete Männer von Oxford und Toynbee Hall rekrutiert und in seiner



Lord Milners »Kindergarten«: frühe Netzwerkbildung nach dem Zweiten Burenkrieg

Administration auf wichtige Posten eingesetzt – spöttisch sprach man von »Milners Kindergarten«. Mit ihnen gewann er Einfluss in Regierungs- und Finanzkreisen und letztlich auch auf die britische Politik. In den Jahren 1909 bis 1913 gründete Milner in den sieben wichtigsten britischen Dependancen sowie in den USA halb geheime Ableger die ab 1912 starken Einfluss auf die *Times* nahmen.[108]

Zwischen Januar und Mai 1914 besuchte Wilson Frankreich vier Mal, um die Kriegspläne den aktuellen Erfordernissen anzupassen. Nachdem das CID nur noch vier Divisionen auf das Festland schicken wollte – zwei sollten die Heimat vor einer möglichen Invasion schützen ließ Wilson seine guten Kontakte zu Asquith spielen. Am 6. Mai 1914 fiel die Entscheidung, dass nur noch eine Division zur Heimatverteidigung vorzusehen sei.

»Im Frühjahr 1914 war das gemeinsame Werk der Generalstäbe Frankreichs und Englands bis zur letzten Unterkunft für jedes Bataillon vollendet, selbst bis zu den Punkten, wo die Kaffeeausgabe erfolgen sollte. Die Zahl der französischen Eisenbahnwagen, die bereitzustellen waren, die Anweisungen für die Dolmetscher, die Vorbereitung von Codes und Chiffren, die Fourage für die Pferde, alles war geregelt oder sollte doch bis Juli abgeschlossen sein«[109], schildert Barbara Tuchman im Spiegel-Artikel »Wie es zum Ersten Weltkrieg kam«.

Loyal unterstütze Wilson die Kampagne für nationale Dienstpflicht seines alten Chefs Lord Roberts und forderte aktiv die Einführung einer Zwangsrekrutierung. Im Februar 1914 lehnte Premierminister Asquith die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Großbritannien jedoch ab – was die Bevölkerung beruhigte.

Während der Julikrise war Wilson vom scheinbar bevorstehenden Bürgerkrieg in Irland abgelenkt. Gegen Ende Juli aber war ihm klar, dass die Spannungen auf dem Kontinent ein bedrohliches Ausmaß erreicht hatten. Wilson wurde von Milner und dem britischen »Deutschland-Experten« Eyre Crowe dahingehend beeinflusst, ungeachtet Edward Greys vorsichtigem Taktieren die Weichen für den Krieg zu stellen.[110] Am 1. August meldete sich Wilson bei dem französischen Militärattache de la Panouse und dem französischen Botschafter Paul Cambon, um die militärische Lage zu diskutieren.

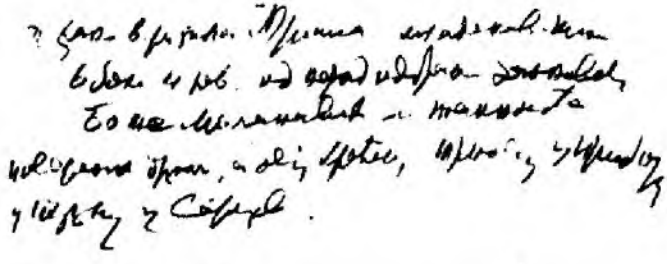
Am Sonntag, dem 28. Juni 1914, trat kurz nach 11 Uhr vormittags der aus Bosnien stammende muslimische Oberrealschüler Gavrilo Princip im bosnischen Sarajevo an den fahrenden Wagen des österreichischen Thronfolgerehepaares heran, zog seine Pistole, Kaliber 7,65 und drückte zweimal ab – vermutlich in entsetzt-erstaunt blickende Gesichter. Die beiden Geschosse beendeten augenblicklich das Leben von Fürstin Sophie von Hohenberg sowie ihres Gemahls, Erzherzog Franz Ferdinands, samt dessen Plänen für eine vielversprechende Neuordnung der K.-u.-k.-Monarchie. Die beiden Schüsse, in der aufgeheizten Atmosphäre der beiden Balkankriege abgegeben, hallten in der ganzen Welt wider. Gavrilo Princip hatte die Lunte an das bereits von vielen anderen aufgefüllte »Pulverfass Europa« gelegt.

Mit der Ermordung Franz Ferdinands zerstoben die Hoffnungen im Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn – wollte der Nachfolger des Kaisers doch den Weg ebnen für eine friedliche Aufgliederung der Donaumonarchie im Sinne des »Trialismus«, d. h., er beabsichtigte die Schaffung von drei autonomen Teilen für die drei Hauptvölker Deutsche (innerhalb Österreichs), Ungarn und Südslawen, auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Mit Bosnien sollte ein südslawischer Reichsteil entstehen. Das aber richtete sich gegen die Pläne eines Großserbiens, gegen die Idee des Panslawismus. Doch nicht alle Südslawen wollten sich in die Arme Serbiens begeben. So erzürnte sich in Sarajevo die bosnische Bevölkerung über den Doppelmord und zerstörte in ihrer Wut serbische Einrichtungen. Auch die Weltpresse war empört und stellte sich auf die Seite Habsburgs. In Serbien hingegen verherrlichten die Zeitungen den Mord. In dieser Lage versicherte Kaiser Wilhelm II. Wien die »unbedingte Bündnistreue«. Damit handelte er zwar vertragskonform, gab aber ein gefährliches Zeichen.[111]

Dem Attentat waren mehrere Anschläge vorausgegangen. Am Geburtstag Kaiser Franz Josephs im Jahr 1913 versuchte der eigens aus Amerika angereiste Kroate Stjepan Dojcic, in Zagreb den königlichen Kommissar Baron Skerlecz umzubringen. Der Versuch wurde am 20. Mai 1914 vom Gymnasiasten Jakob Schäfer wiederholt. Die österreichischen Behörden waren nun gewarnt. Doch die jungen Terroristen in Sarajevo entgingen allen Kontrollen. Gavrilo Princip und seine Freunde waren als Oberrealschüler für den österreichischen Geheimdienst noch unbeschriebene Blätter.

Bis heute sind die Motive für die Anschlagsserie und die Ermordung des Erzherzogs und seiner Gemahlin nicht hinreichend geklärt. Es ist verständlich, dass Serbien nahestehende Geschichtsforscher wie der historisierende Philosoph Karlheinz Deschner und dessen Mitautor Milan Petrović trotz gegenteiliger Faktenlage nur die serbischen Geheimdienstoffiziere Oberst Dragutin Dimitrijević und Major Vojislav Tankosić als führende Köpfe für Vorbereitung und Abwicklung des Mordplanes sehen wollen.[112] Historiker mit besonderem Gespür für »Political Correctness« lassen bis heute nur die Mitglieder der serbischen Geheimorganisation »Schwarze Hand« als Drahtzieher des Komplotts gelten.[113]

Oberflächlich besehen, scheint es sich um ein sinnloses Verbrechen zu handeln. In Anbetracht der explosiven Zeitumständen kann es jedoch auch als ein politischer Schachzug gelten, der über Serbien hinaus Zustimmung erfahren haben muss. Sehr viel spricht dafür – bei näherer Betrachtung ist es geradezu unstrittig –, dass der serbische Ministerpräsident Nikola Pašić in den Anschlag verwickelt war. Die Version einer alleinigen Verantwortung des Geheimdiensts lässt sich jedenfalls nicht aufrechterhalten. Im Wiener Heeresgeschichtlichen Museum befindet sich ein aufschlussreiches Beweisdokument. Neben anderen Requisiten des Terroranschlags liegt in einer Glasvitrine eine Anfang Juni 1914 von Pašić handschriftlich verfertigte Anweisung aus. Darin werden die Pašić-Vertrauten General Janković, Major Tankosić sowie der Narodna-Odbrana-Resident Boda Milanović angewiesen, den Schülern Waffen und Munition auszuhändigen:



Handschriftliche Anweisung von Ministerpräsident Pašić an die Verschwörer von Sarajevo, die belegt, dass der serbische Regierungschef das Attentat aktiv unterstützt hat. Nicht nachvollziehbar ist, warum dieses wichtige zeitgeschichtliche Dokument von renommierten Historikern einschließlich Christopher Clark bis heute ignoriert wird

Der offizielle Übersetzungstext der Anweisung lautet »*2 Schüler des Ober-Realgymnasiums Triša des Mladen ... 6 Bomben, 4 Revolver von der Narodna Odbrana dem Janković dem Boda Milanović und dem Tankosić, Vertrauensmann des zweiten, und dieser des dritten, in Trnovo, in Priboj, in Tuzla, in Sarajewo.*«[114] Die serbische Kleinstadt Priboy grenzt im Westen an

Bosnien und Herzegowina, Tuzla liegt im Nordosten, Trnovo im Osten und die Hauptstadt Sarajevo im Südosten Bosniens und der Herzegowina.

Die zwielichtige Rolle des serbischen Ministerpräsidenten

Gegenüber dem serbischen Geschäftsträger in Berlin, Milos Bogicevic, bekannte sich Ministerpräsident Nikola Pasic dazu, dass er es schon im ersten Balkankrieg auf einen europäischen Krieg hätte ankommen lassen, um Bosnien und die Herzegowina erwerben zu können. Zunächst aber habe er den Besitz Makedoniens für Serbien sichern wollen.[115]

Unzweifelhaft lässt sich nachweisen, dass die Außenpolitik Pasics und seiner »Radikalen Volkspartei« darauf abzielte, bei einer künftigen Aufteilung Österreich-Ungarns die südslawischen Gebiete der K.-u.-k.-Monarchie zu beerben. Am 2. Februar 1914 berichtete Pasic seinem König von einer Audienz beim Zaren. Er habe im Namen des serbischen Königs und des serbischen Volkes Russland dafür gedankt, dass es während der ganzen Zeit der Balkankrise Wache stand und auf *»diese Weise die Einmischung Österreichs in den Balkankrieg verhinderte«*[116]. Darauf hätte der Zar geantwortet, Russland habe nur seine slawische Pflicht erfüllt, wenn es seine Armee an der österreichischen Grenze aufmarschieren ließ.[117] Zum Abschluss der Audienz sei Pasic in die Rolle des Kupplers geschlüpft: *»Wenn es uns beschieden sein sollte, eine Tochter des Kaisers von Rußland zur Königin zu haben, dann wird sie die Sympathie des ganzen serbischen Volkes genießen, und sie kann, wenn Gott und die Verhältnisse es zulassen, die Zarin des südslawischen, serbisch-kroatischen Volkes werden. Ihr Einfluß und ihr Glanz wird die ganze Balkanhalbinsel umfassen.«*[118]

Aus der Hand des Zaren erhielt Pasic den Alexander-Newsky-Orden mit Brillanten, und er verabschiedete sich mit den Worten: *»Für Serbien werden wir alles tun.«*[119] Derart euphorisch gestimmt, sandte er eine Geheimbotschaft an die serbisch-kroatische Gruppe in Zagreb mit dem Inhalt, Serbien werde mithilfe Russlands die jugoslawische Frage lösen.[120] Strebte Oberst Dimitrijevic ein Großserbien an, so wollte der gebürtige Bulgaro-Makedonier Pasic Serbien zum Zentrum der jugoslawischen Einigung machen. Durch die siegreichen Balkankriege und dank einer unverhüllten Gönnerschaft durch die Entente schien nun für die serbischen Chauvinisten der Traum vom Großreich in greifbarer Nähe. Seine Verwirklichung war aber nur mit Rückendeckung Russlands möglich. Konnten diese meist russlandtreuen Kreise St. Petersburg vor vollen-

dete Tatsachen stellen? Wusste die dortige Regierung vom Attentat, billigte sie es, oder lag aktive Unterstützung vor? Oder waren nur die nationalistischen Kreise der »Schwarzen Hundert« eingeweiht?

Allein die Wahl des symbolträchtigen 28. Juni – 1914 jährte sich der Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld (Kosovo Polje) zum 525sten Mal – spricht für die Absicht der Drahtzieher, tief in der Seele der Serben zu rühren. Diese Schlacht, die als Symbol der Aufopferung für die christlichen Werte und des Kampfes gegen die osmanischen Fremdherrscher in die serbische Geschichte und Mythologie einging, fand am Gedenk- und Feiertag des heiligen Sankt Veit statt, der für die Serben als »Vidovdan« eine besondere Bedeutung hat. 1889 fiel die 500-Jahr-Feier in eine Epoche der Nationalisierung des jungen serbischen Staates und wurde entsprechend inszeniert. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde im neu geschaffenen Königreich Jugoslawien die Verabschiedung der sogenannten »Vidovdan-Verfassung« feierlich auf den 28. Juni 1921 gelegt.

Auf dem 600. Jahrestag der Schlacht hielt Slobodan Milosevic seine nachhallende Amselfeld-Rede, die heute als Vorbote des nahenden Zerfalls Jugoslawiens gedeutet wird. So wundert es nicht, dass Milosevic am Vidovdan-Tag 2001 von den serbischen Behörden an das UN-Kriegsverbrechertribunal nach Den Haag ausgeliefert wurde. Und als bisher letztes Ereignis in dieser langen Kette errichteten am 28. Juni 2008, Serben im Nordkosovo parallel zum kosovarischen ein eigenes Parlament.

Erst vor diesem Hintergrund ist die Bedeutung des Tages für die Serben zu verstehen. Skrupellos wurden für die Attentate in Sarajevo minderjährige Schüler eingesetzt, um mit selbstmörderischer Absicht einen moderaten Exponenten der europäischen Monarchie zu liquidieren. Dabei war der österreichische Thronfolger kein Feind Serbiens. Doch dass er die Slawen gleichberechtigt neben den Deutschen und den Ungarn sehen wollte, konnte für die großserbischen Träume gefährlich werden. Helmut Dittrich vermutet: *»Wahrscheinlich wären die Bosnier und Herzegowiner, die Kroaten und Slowenen dann lieber im alten Österreich geblieben als in einem von diesen Serben beherrschten Staat zu leben. Diese Vermutung wurde nach dem Ersten Weltkrieg durch die Tatsache bestätigt, dass das als Jugoslawien, d. h. Südslawien, verwirklichte Großserbien bei seinen Mitgliedsvölkern keine ungeteilte Zustimmung fand, auch wenn noch niemand ahnen konnte, dass die Serben auch sehr viel später nicht davor zurückschrecken würden, Kroaten, Slowenen, Bosnier und Albaner zu bekriegen und zu vertreiben.«*[121]

Für die großserbischen Fantasien hatte der Chef der Nachrichtenabteilung des Generalstabs, Oberst Dragutin Dimitrijevic, sowie dessen Major Vo-

jislav Tankosic – beides Mitglieder der »Schwarzen Hand« (vgl. S. 78 f.) – über Monate einen großen Schlag geplant und eine Katastrophe billigend in Kauf genommen.[122] Dem analytisch denkenden Dimitrijevic war bewusst, dass eine überzogene Provokation Österreichs unweigerlich Krieg mit dem Nachbarn bedeutet hätte. Und bei einer Niederlage – Serbien war durch die beiden vorangegangenen Balkankriege geschwächt – hätten sich die patriotischen Träume in Nichts aufgelöst. Dieses Risiko wäre der kluge Fuchs Dimitrijevic auf keinen Fall eingegangen. Es müssen also noch weit höhere Interessen im Spiel gewesen sein.

Ähnlich schockiert wie beim Anschlag von 9/11 reagierte die europäische Öffentlichkeit 1914. Fast alle Kabinette waren der einheitlichen Auffassung, dass Serbien der K.-u.-k.-Monarchie Genugtuung schuldig sei, denn eine zumindest indirekte Verantwortung der Regierung für das Attentat schien durch deren Duldung eines ganzen Netzes großserbischer Geheimorganisationen außer Frage zu stehen. Besonders aufschlussreich ist ein Passus im späteren Geständnis Dimitrijevics: »*Bevor ich den endgültigen Entschluss fasste, dass das Attentat verübt werden sollte, holte ich von Oberst Artamanow ein Gutachten ein (was Russland tun würde), falls Osterreich uns (Serbien) angriffe.*«[123] Pasic sollen nach Aussagen des Geheimdienstchefs auch der serbische Thronfolger Alexander sowie der russische Gesandte in Belgrad, Nikolaus von Hartwig, von dem Komplott gewusst haben.[124] Ebenso soll der russische Militärattache, Oberst Viktor Alexejewitsch Artamanow (1873–1942), seine Hand über den Terroranschlag gehalten haben, er habe zu Dimitrijevic schon Monate zuvor gesagt: »*Macht vorwärts. Wenn ihr angegriffen werdet, seid ihr nicht alleine.*«[125] Artamanow soll durch eine fingierte Meldung über einen bevorstehenden österreichisch-ungarischen Einmarsch den serbischen Geheimdienst zum Handeln veranlasst haben.[126] Ab 1915 war er als Generalmajor im russischen Generalstab tätig, um sich nach der Oktoberrevolution der serbischen Armee anzuschließen. Ab 1920 diente er als General in der jugoslawischen Armee.

Artamanows Einschätzung war durchaus richtig, die Serben waren nicht allein in ihrer Aggressionsbereitschaft gegenüber dem Deutschen Reich sowie der mit ihr verbündeten K.-u.-k.-Monarchie: Bereits von 1911 an war die Serie von Krisen kaum mehr abgerissen – Zwischenfälle in Nordafrika sowie zwei Balkankriege. Hinzu kamen Russlands Drang zum Mittelmeer, Frankreichs Revanchegedanken für die Schmach von 1871 und Englands Wunsch, der deutschen kulturellen und wirtschaftlichen Prosperität einen Dämpfer aufzusetzen. Am 29. Mai 1914 berichtete »Colonel« Edward House, Wilsons Bera-

ter und Amerikas Graue Eminenz hinter dem anglo-amerikanischen Bündnis, seinem Präsidenten von seiner Dienstreise nach Europa: »*Wenn immer England zustimmt, werden Frankreich und Russland in Deutschland und Österreich eindringen.*«[127]

Zurück zum 28. Juni 1914: Beim Eintreffen der Nachricht über die Ermordung und die Festsetzung des Attentäters soll der russische Gesandte in Belgrad, Nikolaus von Hartwig, ausgerufen haben: »*Au nom du Ciel! Pourvu que ca ne soit pas un Serbe.*« – »Um Himmels willen! Hoffentlich ist das nicht ein Serbe!«[128] Fürchtete er, Belgrad habe serbische Agenten in Sarajevo eingesetzt? Damit hätte Serbien vor der Welt als Drahtzieher des Attentats dagestanden. Das hätte das vorläufige Aus für die Kriegspläne bedeutet. Die Gesellschaft, die von Hartwig für den Abend zu sich geladen hatte, wurde trotz des schon am Nachmittag bekannten Attentats nicht abgesagt und die russische Gesandtschaftsflagge als einzige der fremden Vertretungen während des Requiems für die Ermordeten nicht auf Halbmast gehisst.[129]

Von Alexander P. Iswolski, dem russischen Botschafter in Paris, ist überliefert, dass ihm unmittelbar nach dem Mord ein Bote des Königs von Serbien die Meldung überbrachte: »*Wir haben soeben ein gutes Stück Arbeit verrichtet.*«[130] Eine Arbeit, die den Frieden nachhaltig zunichtemachte.

Über die Hintergründe des Attentats brachte die in London erscheinende liberale *Daily Chronicle* am 29. Juni 1914 eine beachtenswerte Analyse: »*Der Erzherzog bildete zweifellos das ernsteste Problem für den russischen Ehrgeiz in Südost-Europa. Er war bereits sehr einflussreich, er war vielleicht ein starker Mann, sicherlich ein willensstarker Mann und ein Mann mit klaren Zielen, und es ist ein widerliches Faktum in Russlands äußerer Politik und nur durch die traditionelle Hintertür-Politik und die Unverantwortlichkeit seiner auswärtigen Vertreter erklärbar, sowie dadurch, dass Russland in diesen weniger zivilisierten Gegenden sehr unzivilisierte Werkzeuge zu benützen pflegt, dass fast jeder Mensch, der im Balkan in moderner Zeit Russlands Gegner war, durch Mörderhand gefallen ist. Die Ermordung des letzten Königs von Serbien, die Ermordung Stambulows* (des bulgarischen Ministers, Anm. d. Verf.), *die Entführung des Fürsten Alexander von Bulgarien, der ermordet worden wäre, wenn er nicht abgedankt hätte, alles das sind nur die bemerkenswerten Fälle einer schrecklichen Liste, von der, wie wir fürchten, auch die Sarajevoer Tragödie nicht völlig zu trennen ist.*«[131]

Der Redakteur der *Wiener Journals* schöpfte indes aus den Trauerreden von Sir Edward Grey und Premierminister Asquith Hoffnungen: »*Wenn ein*

englischer Minister in einer traurig-feierlichen Stunde Gelegenheit hat, in seinen Worten die Gefühle des Weltbürgertums aufschwingen zu lassen, dann treten alle Ententebedenken zurück und vor sie tritt das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das die weltumspannende englische Nation mit den alten Kulturvölkern des Donaureiches verbinden muss.«[132] Bereitwillig wurde das Wissen um die weltstrategische Rolle Englands sowie die politische Nähe Englands zu Russland verdrängt. Kaum jemand wollte in diesen Tagen der Trauer an Krieg denken. Gern glaubte man den Worten und Gefühlsbeteuerungen. Doch was sollte eine weltumspannende Handelsmacht mit ein paar wenigen Bauernvölkern auf dem Balkan verbinden? Nichts! Es war nur die Rhetorik und der Weihrauch von Kaufleuten.

Am 1. Juli 1914 veröffentlichte das königlich-serbische Pressebüro eine Erklärung der Regierung. Sie gab darin der Abscheu über die verübten Morde und dem Willen der Regierung Ausdruck, die Umtriebe verdächtiger Elemente mit Aufmerksamkeit zu verfolgen und nichts zu unterlassen, was zur Beruhigung der Geister beizutragen vermochte. Alle Angriffe der Wiener und der Budapester Presse wurden zurückgewiesen und unterstrichen, dass die Schuld an dem Attentat nur einen einzigen Menschen treffe, der noch dazu ein Staatsangehöriger der habsburgischen Monarchie sei: den muslimischen Bosnier Gavrilo Princip.[133]

Ein Tag nach Sarajevo: Das Attentat auf Rasputin

Maurice Paleologue, von 1914 bis 1917 französischer Botschafter in Russland mit Hang zu literarischen Ambitionen, verdanken wir Einblicke in die Verhältnisse am Zarenhof. Für sein kriegsstabilisierendes Eintreten am Zarenhof ernannte ihn Premier Clemenceau nach Kriegsende zum Generalsekretär des Quai d'Orsay und damit zum geschäftsführenden Leiter des französischen Diplomatieapparats. Im Jahr 1925 erschien in Deutschland sein dreibändiges Tagebuch »Am Zarenhofe während des Weltkrieges«, welches später phasenweise gern zur Untermauerung der These von Deutschlands Alleinschuld am Ersten Weltkrieg genutzt wurde. Trotz scharfer politischer Gegnerschaft hinterlässt Paleologue dem Friedensapostel Rasputin ein literarisches Denkmal: *»Seine Augen sind entweder wie Leinblüten oder dunkelgrau wie finsterer Himmel. Der ganze Ausdruck seines Gesichtes drängt sich in seinen Augen zusammen, die von einer merkwürdigen Tiefe und Anziehung sind. Der Blick ist zugleich scharf und zärtlich, harmlos und hinterlistig, einen gerade erfassend und doch fern. Wenn*

sein Wort sich belebt, scheinen sich seine Augen mit Magnetismus zu laden. Nicht der Klugheit seiner Gedanken verdankt er seinen ungeheuren Einfluß, denn seiner Rede Sinn bleibt oft dunkel. Aber was er sagt, sagt er mit der Kraft innerster Überzeugung, und alle Beobachter – auch seine Gegner – sind sich darüber einig, daß von seiner Person eine hypnotische Gewalt ausströmt, die alles in ihren Bann schlägt. Es nimmt daher nicht wunder, daß auch die banalsten Aussprüche von seiner verzückten Anbeterin (der Zarin Alexandra, Anm. d. Verf.) *als heilige Offenbarungen betrachtet werden.«*[134]

Am Morgen des 29. Juni 1914, keine 24 Stunden nach den Schüssen in Sarajevo, brachte der Postbote Telegramme des Zaren zum Hause Rasputins in dessen sibirischem Heimatdorf Pokrowskoje. In dem Augenblick, als Rasputin aus dem Haus trat, bat die als Bettlerin verkleidete 33-jährige Prostituierte Chionija Gussewa um ein Almosen. Als Rasputin begann, Geld in seinen Taschen zu suchen, stieß sie ihm einen Dolch zweimal in den Unterleib. »*Mit den Händen seine Gedärme, die sich durch die Wunde drängten, festhaltend, versuchte Rasputin sein Haus zu erreichen*«, so die Überlieferung des Chefs der russischen geheimen Sicherheitspolizei, General Spiridowitsch. »*Die Gussewa folgte ihm. Mit der Linken immer noch die Wunde zuhaltend, griff er mit der Rechten nach einem Stock und schlug auf die Frau ein, bis er sie entwaffnet hatte. Von allen Seiten kamen die Bauern herangelaufen. Man warf sich auf die Gussewa, die schrie, dass sie den Anti-Christ getötet habe.«*[13] Durch diese Tat hoffte sie, so ihre Angabe, den Herrn zu rächen.[136]

Das Attentat löste am Zarenhof große Bestürzung aus und veranlasste den Herrscher, an seinen Innenminister Nikolai Alexejewitsch persönlich zu schreiben: »*Ich höre, dass gestern im Dorfe Pokrowskoje im Gouvernement Tobolsk ein Attentat verübt worden ist auf die Person des Staretz Grigori Jefimowitsch Rasputin, für den wir eine große Verehrung empfinden. Er ist am Bauch von einer Frau verwundet worden. Da ich befürchte, dass eine ganze Bande verabscheuenswerter Leute sich mit bösen Absichten in bezug auf den Staretz trägt, beauftrage ich Sie hiermit, diese Angelegenheit ganz gründlich zu untersuchen und ihn bewachen zu lassen, damit sich solches Attentat nicht wiederholen kann.«*[137]

Rasputin wurde noch in der Nacht in seinem Haus operiert und am 3. Juli ins Krankenhaus von Tobolsk verlegt. Dort blieb er bis zum 20. August 1914. Von dort aus schickte er an die 20 Telegramme an den Zarenhof. Das erste lautete: »*Schwarze Wolken über Russland: Not, viel Leid, kein Hoffnungsschimmer ... ich weiß, alle wollen von dir den Krieg, auch die Treuen, die nicht wissen, dass er der Untergang ist. Gottes Strafe wird schlimm. Du bist der Zar ... Lass die Irren nicht*

triumphieren und sich und das Volk zugrunde richten. Alles wird in einem großen Blutbad untergehen.«[138]

Chionija Gussewa, ehemalige Prostituierte: Mord an Rasputin nur aus Rachegelüsten?

Die weiteren Untersuchungen ergaben, dass die Attentäterin zum Umfeld des aus dem Kirchendienst ausgestoßenen Mönchs Iliodor gehörte, der sich jetzt wieder Sergej Trufanow (1880–1952) nannte. Vor der Zeit Rasputins hatte er am Zarenhof großen Einfluss, nun gehörte er zu den erbittertsten Gegnern, wies aber jede Schuld am Anschlag von sich. Drei Tage später floh er als Frau verkleidet nach Finnland. In Norwegen verfasste er sein Rasputin-Buch »Der heilige Teufel«[139] und übernahm darin die Verantwortung für die Planung des Attentats. Der Historiker Edward Radsinski hat jedoch Zweifel an Trufanows alleiniger Drahtzieherschaft – nicht zuletzt deshalb, weil ihm geholfen wurde, über die Grenze zu gelangen, und ihm ein Auto zur Verfügung gestellt wurde.[140] Hatte Trufanow also mächtige Helfer im Hintergrund?

Der Attentäterin wurde im Prozess Unzurechnungsfähigkeit nachgewiesen. Man brachte sie in die Tomsker Nervenheilanstalt, wo sie dann auch starb. Mit dem Attentat auf Rasputin war einer der wenigen Menschen, der vielleicht den Frieden hätte bewahren können, vorerst zum Schweigen gebracht.[141] Rasputin starb 1916, nach einem zweiten, erfolgreichen Attentat.

Unbedarft in die Julikrise

In der Zeit vom 29. Juni bis zum 6. Juli verfolgte Wilhelm II. von Potsdam aus die weitere Entwicklung und entschloss sich dann auf Anraten des Kanzlers zum Antritt der gewohnten Nordlandreise. Damit hoffte er Russland sein Vertrauen zu beweisen. Im Gegenzug erwartete er, dass man sich in St. Petersburg genauso desinteressiert an den Vorgängen in Serbien zeigte wie in Deutschland. Wollte der Kaiser mit dieser Reise die Entente in Sicherheit wiegen, wie manche Kritiker noch heute behaupten? John C. G. Röhl spricht sogar von einer Verschwörung: *»Die fingierte Nordlandreise des Kaisers bildete nur einen Aspekt*

einer seit langem ausgeheckten Verschwörung, die das Ziel hatte, Russland als Angreifer dastehen zu lassen.«[142] Die These von einer Täuschungsabsicht des Kaisers wird durch die Behauptung unterstützt, dass am 5. Juli der Kronrat in Potsdam getagt haben soll, *»in dem die Politiker und Militärs Deutschlands Politik abgesegnet hatten«*, wie der Oxford-Professor Hew Strachan Anfang 2004 in seinem Artikel »Der Krieg des Kaisers« behauptete.[143] Der Kaiser selbst beteuert in seinen Memoiren, dass der Potsdamer Kronrat vom 5. Juli in Wirklichkeit gar nicht stattgefunden habe und eine Erfindung Böswilliger sei. Vor seiner Abreise habe er wie immer einzelne Minister empfangen, um sich über deren Ressort Bericht erstatten zu lassen. *»Auch ein Ministerrat hat nicht getagt, und von Kriegsvorbereitungen ist bei keiner einzigen Besprechung die Rede gewesen.«*[144]

Die führenden Militärs jedenfalls waren nicht in Potsdam. Der Chef des Generalstabs, Helmuth von Moltke, kurte am Tag des Attentats in Karlsbad.[145] Auch Kriegsminister Erich von Falkenhayn, Marinestaatssekretär Alfred Tirpitz sowie der Chef des Admiralstabs, Hugo von Pohl, hatten bereits ihren Sommerurlaub angetreten. So gab der Kaiser dem Vertreter des beurlaubten Großadmirals Eduard von Capelle die nachfolgende Weisung mit: *»An größere kriegerische Verwicklungen glaube ich nicht. Der Zar wird sich nicht auf die Seite der Prinzenmörder stellen. Außerdem sind weder Rußland noch Frankreich bereit. Um keine Beunruhigung zu schaffen, werde ich auf Rat des Reichskanzlers die Nordlandreise antreten. Wollte Sie nur von der gespannten Situation unterrichten, damit Sie sich das Weitere überlegen.«*[146]

Wilhelm II. hatte sich erst gegen den Rat Bethmann Hollwegs gesträubt, dann aber doch nachgegeben. In seinen Memoiren nennt er folgende Begründung: *»Wenn ich den nun einmal bekannten Reiseplan jetzt noch aufgeben würde, so werde das dazu führen, die Lage ernster erscheinen zu lassen, als sie bisher sei, und möglicherweise zum Ausbruch des Krieges beitragen, für den ich dann verantwortlich gemacht werden könne.«*[147] Als auch der Chef des Generalstabs dem Kaiser zur Nordlandfahrt riet, entschloss er sich am 7. Juli 1914 schweren Herzens, sich an Bord der *Hohenzollern* zu begeben.[148]

Am 8. Juli meldete auch sich der Stellvertreter Moltkes, Graf Waldersee, ab, um einen Erholungsurlaub anzutreten, und Bethmann Hollweg zog sich auf sein Gut in Hohenfinow zurück, von dort aus regierte er per Telefon. Der Kaiser schipperte also nun durch die nordischen Meere, und die wichtigsten Politiker und Militärs des Deutschen Reichs befanden sich im Sommerurlaub. Sie erwarteten offensichtlich keinen größeren Konflikt. Die Presse wurde gebeten, die Kriegsgefahr nicht zu thematisieren.

Eine perfide Verschwörung? Eine kriegslüsterne Regierung? In den anderen europäischen Hauptstädten war niemand in Urlaub gegangen ...

In Wien hielt am 7. Juli der österreichische Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh (1859–1916) eine Ministerkonferenz ab. Darin wurden schärfere Kontrollen panslawistischer Gruppen im südöstlichen Landesteil Bosniens beschlossen. Die Regierung war sich einig, dass Panslawisten hinter dem Attentat auf den Thronfolger standen.

Im Pariser Parlament wurde derweil ein Kredit von 400 000 Francs für eine Reise von Staatspräsident Raymond Poincare und Ministerpräsident Rene Raphael Viviani (1863–1925), der zugleich das Außenamt bekleidete, nach Russland bewilligt. Die sozialistischen Abgeordneten verweigerten ihre Zustimmung. Ihr Führer Jean Jaures warnte in der Debatte vor einer zu starken politischen Bindung Frankreichs an Russland, denn er sah die damit verbundene erhöhte Kriegsgefahr.

Wenig später traten Poincare und Viviani zu einem ungewöhnlich großen Staatsbesuch in Petersburg an, der vom 20. bis 23. Juli 1914 andauern sollte: dem 25-jährigen Jubiläum des russisch-französischen Bündnisses. Poincare war die dominierende Figur am Quai d'Orsay. Bis zu seiner Wahl zum Staatspräsidenten 1913 hatte er während der Balkankriege die französische Bündnispolitik intensiviert, und er übte auch als Präsident weiterhin einen bestimmenden Einfluss aus. Viviani verblasste hingegen neben der Figur Poincares. Er war ursprünglich Sozialist, wurde jedoch von der Partei ausgeschlossen, als er sich dem nationalistischen Georges Clemenceau anschloss, welcher unablässig betonte, dass Deutschland 20 Millionen Einwohner zu viel habe. Russlandreise der beiden höchsten Repräsentanten Frankreichs in einer derart angespannten Situation muss als deutliches Signal an die kriegsbefürwortenden Kreise in ganz Europa gesehen werden.

In London wiederum trafen Marinestaatssekretär Churchill und der Erste Seelord, Prinz Ludwig von Battenberg, in aller Stille ihre Vorbereitungen für den Krieg und ordneten für die Zeit vom 15. bis 25. Juli eine Mobilmachungsübung der Royal Navy an.[149]

Kaiser Wilhelm II. befand sich nur wenige Tage auf See, als am 11. Juli 1914 in Russland die Nachricht von einer förmlichen Militärkonvention mit England verbreitet wurde. Richard Kralik zitiert 1923 das russische Journal *Nowo-*

je Zwene: »Kraft der Konvention tritt die russisch-baltische Flotte im Krieg unter das Kommando eines englischen Geschwaderkommandanten, es wird, gestützt auf die freundschaftliche Neutralität Dänemarks, sofort bei Eröffnung der militärischen Operationen erscheinen, um unser Ufer zu schützen. Wir beglückwünschen die russische Regierung zu diesem Erfolg, der ein Verdienst des in England populären Botschafters Benkendorff ist. Jetzt können wir gestützt auf die englische Flotte und unsere endlich vollkommen bereite Armee, das Ende jener Politik der Abhängigkeit von Berlin fordern, die unvereinbar ist sowohl mit unserer Würde als auch mit unserer internationalen Geltung.«[150]

Findige Diplomatie Englands oder völlige Unbedarftheit der Russen? Schließlich hatte Großbritannien nur zehn Jahre zuvor Japan Schützenhilfe bei der Vernichtung des russischen Asiengeschwaders gegeben! Im April 1914 hatte der britische Außenminister Grey in Paris mit Präsident Poincare wegen eines britisch-russischen Flottenabkommens Verhandlungen aufgenommen. Bei den Gesprächen stellte Grey fest, dass in französischen Regierungskreisen *»jedermann ungeheuer beeindruckt von der zunehmenden Stärke Rußlands, seinen enormen Hilfskräften, seiner potentiellen Macht und seinem Reichtum«* war. Er selbst teile diese Überzeugung und erklärte Poincare, *»daß Deutschland im Laufe der Zeit der Atem ausgehen wird, auch wenn wir Rußland nicht helfen.«*[151]

Nachdem das Auswärtige Amt von Dritten Informationen über die Verhandlungen eines britisch-russischen Flottenabkommen erhalten hatte, bat der deutsche Außenminister Jagow den Chef der weltgrößten Reederei, den Generaldirektor der *»Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actien-Gesellschaft«* (kurz *Hapag*), Albert Ballin (1857–1918), bei Grey nachzufragen ob a) ein solches Abkommen bestünde oder b) mit dem Abschluss eines solchen zu rechnen wäre. Beides sollte Grey verneinen. Am 20. Juli traf Ballin, Patriot und Freund des Kaisers, mit der weiteren Aufgabe in London ein, diskret zu sondieren, wie sich die Briten im Falle eines Krieges verhalten würden. Ballin war für diese Aufgabe eine ausgezeichnete Wahl. Er, der der britischen Konkurrenz mehr Marktanteile abgenommen hatte als jeder andere, besaß deren Achtung und war mit britischen Staatsmännern befreundet. Gleichzeitig war er natürlich auch ein Konkurrent, ein Symbol für den Aufstieg Deutschlands als Industrienation.

Ballin wünschte sich zwischen England und Deutschland ein politisches Verhältnis, wie er es in der Handelsschifffahrt dank seines diplomatischen und kaufmännischen Geschicks erreicht hatte: einen scharfen, aber fairen Wettbewerb und im Konfliktfall Verhandlungen statt Krieg. Er war eng vertraut mit

dem ebenfalls in Hamburg ansässigen Bankier Max M. Warburg. Beide jüdischen Großbürger übten sich im schwierigen Spagat deutschen Patriotismus und aufgeklärten Weltbürgertums.

Da Frankreich sich gegen Deutschland allein nicht militärisch behaupten konnte, hatte die Republik 1892/94 Geheimabkommen mit Russland geschlossen. Diese waren von ausschlaggebender Bedeutung und bedurften ständiger diplomatischer und militärischer Bemühungen. War für Frankreich Deutschland der Hauptfeind, so war es Österreich für Russland. Gegen Deutschland kam für die Russen bestenfalls eine begrenzte Aktion in Ostpreußen infrage. Das aber hätte nur wenige deutsche Truppen gebunden und war für die französische Seite inakzeptabel, da gemäß »Schlieffen-Plan« das Gros der deutschen Truppen gegen Frankreich antreten würde. Bereits 1912, als die gemeinsame Strategie festgelegt wurde, hatte Frankreich darauf gedrungen, dass Russland sich auf ein System der »präventiven Mobilmachung« festlegt. Dazu schrieb der sowjetische Historiker Boris Adamow: »*Poincare und Millerand* (der Kriegsminister, Anm. d. Verf.) *konnten, indem sie die präventive Mobilmachung Rußlands zu erreichen suchten, natürlich nichts anderes tun, als für Frankreich die Verpflichtung zu übernehmen, einen Krieg zu führen, falls Rußland das Auftreten Österreichs gegen Serbien mit Mobilmachung beantworten würde.*«[152]

»Wenn ein Krieg ausbräche« überschrieb am 20. Juli 1914 – dem Tag der Anreise der Spitzenvertreter Frankreichs – der Sonderkorrespondent des *Matin* in St. Petersburg seine Depesche, die einem Militärattaché zur Ehre gereicht hätte, und führte aus: »*Die russische Armee umfasst 44 Armeekorps, davon können 32 an der westlichen Grenze verteilt werden. Deutschland kann dieser Armee auch nicht annähernd eine gleiche Zahl von Menschen entgegenstellen; es hat nur 25 Armeekorps, von denen 19 an der französischen Grenze benötigt werden, also sind nur sechs für die russische Grenze verwendbar. Die russische Mobilisierung kann dank dem ununterbrochenen Bau strategischer Eisenbahnlinien in 16 Tagen beendet sein gegen 10 Tage, die Deutschland braucht. Seit einem Jahr hat in Rußland die Offensivtheorie große Fortschritte gemacht. Wenn Deutschland heute seinen Effektivbestand um 50 000 Mann erhöhen würde, wird Rußland sofort den seinigen um das Doppelte und Dreifache erhöhen. Auch die österreichische Armee ist nicht mehr gefährlich; seit den letzten Balkankriegen ist die slawische Strömung in Österreich-Ungarn so stark geworden, dass man einen Bruch der Disziplin in der Armee erwarten muß, wenn die aus so vielen Nationalitäten zusammengesetzten Truppen gegen Russland verwendet werden sollten.*«[153]

Am gleichen Tag warf der Panzerkreuzer *France* auf der Reede von Kronstadt Anker. Von dort aus wurde Poincare samt Gefolge von Zar Nikolaus zur Freude des französischen Botschafters Paleologue, Schulgefährte und Jugendfreund des Präsidenten, nach St. Petersburg geleitet. Im Festsaal von Zarin Elisabeth erging sich Poincare während der Galatafel in pathetischen Freundschaftsbekundungen: *»Getreu der Überlieferung meiner Vorgänger habe ich Russland das feierliche Zeugnis von Gefühlen bringen wollen, die unveränderlich in allen französischen Herzen wohnen, beinahe 25 Jahre sind vergangen, seit unsere Länder in einer klaren Vision ihrer Geschichte die Anstrengungen ihre Diplomaten vereinigt haben.«*[154]

»Seid willkommen, teure Gäste!«, überschrieb das *Amtsblatt des russischen Kriegsministeriums* seinen Artikel, der sich wie eine vorweggenommene Lobrede zur Siegesfeier liest: *»Mit freudiger Erregung begrüßt euch das militärische Rußland, das mit geistigem Auge über Frankreich bereits die alten Siegeskränze erblickt, ihre wunderbare Bedeutung kennt und weiß, daß in der Stunde des furchtbaren Kampfes zwei Mächte durch einmütige Anstrengungen von Osten und von Wesen den feindlichen Willen brechen werden, dem Kampfe neue Lorbeeren für Frankreich und Russland entreißen, ihren Ländern das Recht auf Ehre, Leben und Glück erlangen werden und jenen Heldengeist nicht entehren werden, der seit Ewigkeit über beiden Armeen und über beiden Flotten geschwebt hat, der aus Frankreich herbeigeeilt ist, um die künftigen Kampfgenossen zu besuchen.«*[155]

Es gab aber auch kritische Zeitungen wie die *Rjetsch*, die am 21. Juli vor chauvinistischen Äußerungen der panslawischen und französischen Presse warnte: *»Die Idee eines Präventivkrieges kann bei solchen Fanfaren einen plötzlichen Erfolg haben. Dem russischen Volk liegt es wie ein Alp auf der Seele, und es verlangt absolut nicht nach Festtagen und kriegerischen Fanfaren.«*[156] Dementsprechend nahm die Bevölkerung wenig Anteil an dem Besuch. Von Interesse war höchstens, dass streikende Arbeiter mit der Polizei in Konflikt gerieten.

Visionär sah Rasputin das Unheil auf Russland zukommen und versuchte, auf den Zaren einzuwirken. Vom Krankenbett schrieb er in diesen letzten Friedenstagen dem Zaren: *»Lieber Freund – ich wiederhole es Dir noch einmal. Eine schreckliche Wolke breitet sich über Rußland aus. Unglück! – Ungezählte Leiden! – Von allen Seiten her verdunkelt es sich, und nirgends am Horizont kann ich einen Schimmer von Hoffnung erblicken – Überall Tränen, ein Ozean von Tränen – und das Blut! Ich finde keine Worte! Der Schrecken ist unbeschreiblich. Und ich weiß dennoch, daß alles von Dir abhängt. Die, welche den Krieg wollen, wissen nicht, daß er unser Verderben ist. Schwer ist die Sühne des Himmels, wenn Gott uns die Vernunft*

nimmt; denn das ist der Anfang vom Ende. Du bist der Zar, der Vater des Volkes, laß doch nicht die Wahnsinnigen triumphieren und sich selbst mit dem ganzen Volk ins Verderben stürzen. Wir werden Deutschland besiegen, ja, doch was wird aus Rußland werden? In Wahrheit, ich sage Dir: Trotz unseres Sieges wird es seit Anbeginn der Zeiten kein furchtbareres Martyrium gegeben haben als das Rußlands. Es wird ganz in Blut ertrinken. Sein Untergang wird vollständig sein. Unendliche Trauer! Grigori.«[157]

Am folgenden Tag, dem 21. Juli, versicherte Poincare beim Empfang des diplomatischen Korps dem britischen Botschafter George William Buchanan, dass Russland England in der persischen Frage[158] tunlichst entgegenzukommen habe. Den japanischen Botschafter Baron Ichiro Motono belehrte er über den notwendigen Beitritt Japans zur Triple Entente und widmete dem serbischen Gesandten einige teilnahmsvolle Worte. Dem österreichischen Botschafter Friedrich von Szápáry aber, so Max Montgelas 1923, setzte Poincare *»in längerer, taktloser, wie eine Drohung klingender Rede auseinander, daß Serbien ›Freunde‹ habe«.*[159]

Währenddessen drahtete der österreichische Gesandte Freiherr Wladimir Giesl von Gieslingen (1860–1936) einen Stimmungsbericht aus Belgrad nach Wien. Das Attentat habe die Serben vom bevorstehenden Zerfall der habsburgischen Staaten überzeugt. Sie erwarteten in einer Art nationalistischem Wahnsinn den Abfall der von Südslawen bewohnten Gebiete in kürzester Zeit sowie eine Revolution in Bosnien-Herzegowina und die Meuterei slawischer Regimenter. *»Das so verhasste Österreich-Ungarn erscheint den Serben nunmehr ohnmächtig und kaum mehr würdig, einen Krieg mit ihm zu führen«,*[160] konstatierte Giesl. Zum Hass würde sich Verachtung gesellen: Ohne Mühe würde es als zermürbter Körper in den Schoß des in naher Zukunft zu verwirklichenden großserbischen Reiches fallen.

Am dritten Tag des Jubiläumsbesuches lud das Haupt der russischen Kriegspartei, Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, der machthungrige Verwandte des Zaren, zur Festtafel nach Krasnoje Selo ein. Seine Gemahlin, Großfürstin Anastasia, begrüßte mit ihrer Schwester Militza überschwänglich ihren französischen Freund, den geschwätzigen Botschafter Maurice Paleologue. *»Als Töchter des Königs Nikita von Montenegro liebten sie Frankreich eben so sehr, wie sie ihren Erbfeind Österreich haßten«*, schreibt Barbara Tuchman in *Der Spiegel.*[161]

Beim Tischgespräch flöteten die »montenegrischen Nachtigallen«, wie Paleologue sie nannte, ihm allerlei von historischen Tagen vor. *»Ihr Vater habe telegrafiert, daß vor Monatsschluß der Krieg ausbrechen werde«*, erzählte Anasta-

sia, dabei auf eine mit zwei Jahre zuvor auf den Manövern mit lothringischer Erde gefüllte Bonbonniere weisend. Den Schmuck der Ehrentafel bildete ausschließlich die Distel, die Blume Lothringens. »*Der Krieg wird kommen ... Von Österreich wird nichts bleiben ... Sie werden Elsaß und Lothringen wieder nehmen ... Unsere Armeen werden sich in Berlin vereinigen ... Deutschland wird vernichtet werden.*«.[1 2] Unter dem strengen Blick des Zaren soll dann das Gespräch verstummt sein.

Am letzten Tag des Besuches lud Poincare nach glänzender Truppenschau in Krasnoje Selo zum Abschiedsmahl auf dem französischen Panzerkreuzer *France* ein. In seiner Dankesrede unterstrich er die Einigkeit: »*Gegenüber allen Fragen, die täglich an die beiden Regierungen herantreten und die die verabredete Tätigkeit ihrer Diplomaten erfordern, ist es immer zu einer Übereinstimmung gekommen und wird immer wieder dazu kommen.*« Den Trinkspruch schloss Poincare mit den Worten: »*Beide Länder haben dasselbe Ideal: Friede in Stärke, Ehre und Würde.*«[104] Während der Beifall aufbrauste, warfen Großfürst Nikolai Nikolajewitsch und Gemahlin Anastasia dem verbündeten Paleologue Blicke zu. Sie hatten die Bedeutung der Worte verstanden. Und die Tochter der Schwarzen Berge konnte ihre Weissagung nicht zurückhalten: »*Diese Worte werden einen Markstein in der Weltgeschichte bilden.*«[105]

Der Trinkspruch des Zaren lautete: »*Das verabredete Vorgehen unserer Diplomaten und die Bruderschaft zwischen unseren Armeen zu Lande und zu Wasser werden die Aufgaben unserer Regierungen erleichtern, die dazu berufen sind, über die Interessen der beiden verbündeten Völker im Bewusstsein ihrer Stärke zu handeln.*«[106]

Die russischen Medien nahmen das Großereignis begeistert auf. Der russische Schriftsteller Alexander Solschenizyn spiegelt die Stimmungslage der Medien am 22. Juli 1914 in seinem Buch »August Vierzehn« anhand von Schlagzeilen wider: »*Silberne Hochzeit des russisch-französischen Bündnisses ... Anwesenheit von Poincare ... Galadiner ... an Bord des Panzerkreuzers ›France‹ ... glanzvolle Bestätigung des unzertrennlichen Bündnisses ... gemeinsames Friedensideal ...*«[107] In diesem Friedenstaumel ging die Frage an Ministerpräsident Viviani, ob man Grund habe, über die Ereignisse auf dem Balkan beunruhigt zu sein, beinahe unter, zumal dieser alle Bedenken als zweifellos übertrieben abtat. Und das zu einem Zeitpunkt als Frankreich Russland und Deutschland Österreich die Bündnistreue im Kriegsfall zusagte.

Inzwischen kann es als gesichert gelten, dass Poincare in der russischen Hauptstadt den Krieg forciert hat.[108] Leider gibt es über diese Petersburger Be-

sprechungen so gut wie keine seriöse Dokumentation. Normalerweise wurden derartige Konsultationen schriftlich festgehalten, weshalb sich die Herausgeber des französischen Aktenwerkes veranlasst sahen, von einer »*Anomalie*« zu sprechen.[169] Aus einer Reihe von Indizien glaubt der Historiker Stefan Schmidt den Schluss ziehen zu können, dass der französische Präsident eine »*Zusicherung unbegrenzten Beistandes*« gegeben hat.[170] Sein Abschiedstoast habe seinen Standpunkt deutlich gemacht, als er von einem für beide Mächte verbindlichen Frieden der Stärke, der Ehre und der Würde gesprochen habe.

Vor dem Hintergrund der intensiven Kriegsvorbereitungen in den Jahren zuvor erhalten die Gesten des Petersburger Besuches ihr eigentliches Gewicht. Denn sie bestätigen die zuvor planmäßig entwickelte Politik. Paris und St. Petersburg waren sich gänzlich einig und begingen gemeinsam einen verhängnisvollen Denkfehler: Die Bewahrung des europäischen Gleichgewichts erforderte die Erhaltung von Osterreich-Ungarn, nicht dessen Zerstörung.

Neun Tage bis zum Abgrund

Donnerstag, 23. Juli 1914: Österreich stellt Forderungen an Serbien

Während Wilhelm II. auf Nordlandfahrt war, Churchill das Flottenmanöver beobachtete und in St. Petersburg Verbrüderung gefeiert wurde, ließ Kaiser Franz Joseph als Einziger die Hintergründe des Mordanschlags ermitteln.

Für den Zeitraum vom 4. bis zum 8. Juli 1914 lagen vom österreich-ungarischen Diplomaten, Sektionsrat Friedrich Ritter von Wiesner, Besprechungsprotokolle der Kommission des Außenministeriums vor, welche sich mit den Konsequenzen des Thronfolgermordes befasste. Die Historikerin Brigitte Schagerl hat aus den Dokumenten herausgelesen, dass fast alle Teilnehmer zu einer Kriegserklärung tendierten – bis auf Wiesner, der ungeachtet der Stimmungslage eine gewissenhafte Untersuchung der Tatbestände anmahnte.[171] Schützenhilfe bekam er vom ungarischen Ministerpräsidenten István Tisza (1861–1918) und vom K.-u.-k.-Ministerpräsidenten Graf Stürgkh. Beide wollten die Untersuchungsergebnisse abwarten.[172]

Am 11. Juli wurde Wiesner als Leiter der Untersuchungskommission zur Mitschuld Serbiens am Thronfolgermord vom K.-u.-k.-Ministerium des Äußern nach Sarajevo geschickt. Dort suchte er unverzüglich den damaligen Wiener Militärgouverneur in Bosnien, General Oskar Potiorek (1853–1933), auf.

Für den standen bereits am Tag des Attentats die Urheber fest: In einem Telegramm vom gleichen Tag schrieb er an Finanzminister Leon Biliński: »*Nach den bisherigen Erhebungen ist konstatiert, dass der Bombenwerfer jener serbischen Sozialistengruppe angehört, welche die Parole aus Belgrad zu erhalten pflegt.*«[173]

Heute versuchen serbische Kreise, Potiorek für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs verantwortlich zu machen. Am Dreikönigstag 2014 präsentierte das serbische Staatsarchiv einen Brief von ihm an Biliński, datiert auf den 28. Mai 1913. Darin würde deutlich, dass das Habsburgerreich bereits ein Jahr vor Kriegsbeginn die große militärische Auseinandersetzung geplant habe. Die größten serbischen Zeitungen *Novosti* und *Blic* jubelten, und der *Telegraf* formulierte: »*Wir sind nicht schuld am Krieg. Potiorek hat den Schlag gegen Serbien ein Jahr vor dem Attentat geplant.*«[174]

Gleichzeitig kündigte der international renommierte serbisch-bosnische Regisseur Emir Kusturica (geb. 1954) an, darüber einen Dokumentarfilm zu drehen. »*Das ist unsere Antwort auf den Versuch, die Geschichte umzudeuten*«, begründete Kusturica als Vorsitzender des serbischen Vorbereitungskomitees zum 100. Jahrestag des Weltkriegsausbruchs den Schritt.[175] In der Tat deutete der Wiener Militärgouverneur in dem Brief einen »*unausweichlichen Krieg in einigen Jahren*« an und schrieb, dass man »*Serbien niemals zu einem verlässlichen Freund machen kann*«, da das Land in jedem künftigen Krieg offen und erbittert auf der Seite der übrigen Feinde Österreichs kämpfen würde. Um Serbien wenigstens ungefährlich zu machen, sollte nach Ansicht Potioreks »*die Monarchie ein Handels-, Zoll- und Militärabkommen*« mit diesem Balkanland schließen.

Wiesner dagegen suchte in seiner Aufgabe als Richter und loyaler Beamter des K.-u.-k.-Ministeriums des Äußern weitere Persönlichkeiten auf und begann Beweismaterial zu sammeln, welches terroristische Tätigkeiten gegen die österreichisch-ungarische Monarchie belegen sollte.[176] Laut Schagerl versuchte er sein Bestes, »*die Wahrheit herauszufinden und objektiv die Akten zu prüfen, zu beobachten und einen optimalen Bericht abzuliefern*«[177]. Nach zwei Tagen Recherche schickte er seine Ergebnisse in zwei Telegrammen an das Außenamt in Wien. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden aus dem ersten Telegramm vornehmlich zwei Sätze zitiert: »*Mitwisserschaft serbischer Regierungsleitung an Attentat oder dessen Vorbereitung und Beistellung der Waffen durch nichts erwiesen oder auch nur zu vermuten. Es bestehen vielmehr Anhaltspunkte, dies als ausgeschlossen anzusehen.*«[178] Damit war Serbien entlastet, während auf der Habsburger Monarchie die Hauptschuld am Weltkrieg lastete. Die neue südslawische Regierung unter Pasic vermied es nach dem Krieg tunlichst, den vollen Text des Tele-

gramms zu veröffentlichen.[179] Den beiden Sätzen war nämlich folgender Text vorangestellt: »*Dass hiesige großserbische Propaganda von Serbien aus – abgesehen von Presse – auch durch Vereine und sonstige Organisationen betrieben wird und dass dies unter Förderung sowie mit Wissen und Billigung serbischer Regierung geschieht, ist hier Überzeugung aller massgebenden Kreise. Das mir als Basis dieser Überzeugungen von Zivil- und Militärbehörden vorgelegte Material qualifiziert sich wie folgt: Material aus Zeit vor Attentat bietet keine Anhaltspunkte für Förderung Propaganda durch serbische Regierung. Dafür, dass diese Bewegung von Serbien aus, unter Duldung seitens der Regierung, von Vereinen genährt wird, ist Material, wenn auch dürftig, doch hinreichend. Untersuchung über Attentat.*«

Auch im zweiten Telegramm ist die penible Handschrift des Juristen zu erkennen: »*Fortsetzung und Schluss. Durch Aussagen Beschuldigter kaum anfechtbar festgestellt, dass Attentat in Belgrad beschlossen und unter Mitwirkung serbischer Staatsbahnbeamten Ciganovic und Major Tankosic vorbereitet, von welch beiden Bomben, Brownings, Munition und Zyankali beigestellt. Mitwirkung Pribicevic nicht festgestellt und beruhen die ersten Meldungen hierüber auf bedauerlichem Missverständnisse erhebenden Polizeiorganes. Ursprung Bomben aus serbischem Armeemagazin Kragujevac objektiv einwandfrei erwiesen, doch kein Anhaltspunkt dafür, dass erst jetzt ad hoc Magazinen entnommen, da Bomben aus Vorräten Komitadjis vom Krieg stammen können. Auf Grund Aussagen Beschuldigter kaum zweifelhaft, dass Princip, Cabrinovic, Grabez mit Bomben und Waffen auf Veranlassung Ciganovic von serbischen Organen geheimnisvoll über Grenze nach Bosnien geschmuggelt. Dieser organisierte Transport von Grenzhauptleuten Schabatz und Losnica geleitet und von Finanzwachorganen durchgeführt. Wenn auch nicht festgestellt, ob diese Zweck Reise kannten, mussten selbe doch geheimnisvolle Mission annehmen. Sonstige Erhebungen nach Attentat geben Einblick in Organisierung Propaganda Narodna Odbrana. Enthalten wertvolles verwertbares Material, das jedoch noch nicht nachgeprüft, schleunigste Erhebungen im Zuge. Falls bei meiner Abreise bestandene Absichten noch bestehen, könnten Forderungen erweitert werden. A) Unterdrückung Mitwirkung serbischer Regierungsorgane an Schmuggel von Personen und Gegenständen über Grenze. B) Entlassung serbischer Grenzhauptleute Schabatz und Loznica sowie beteiligter Finanzwachorgane. C) Strafverfahren gegen Ciganovic und Tankosic. Abreise heute abends, ankomme Wien Dienstag abends und begebe mich sofort Ministerium. Mündliche Ergänzung Berichtes nötig.*«[180]

Beide Telegramme müssen als Einheit gesehen werden. Erst dann stellt sich heraus, dass für Wiesner sogar eine Verschärfung der Ultimatumsbestimmungen in Betracht kam. Auch muss berücksichtigt werden, dass die Telegram-

me nur als Vorinformation fur das Ministerium gedacht waren. Wiesner hielt sich nur an die von ihm ermittelten Fakten und ließ alles andere offen.

Die Beteiligung hoher Militärs am Attentat von Sarajevo sollte erst 1917, im Prozess gegen Dragutin Dimitrijevic-Apis – dem Salonikiprozess ans Licht kommen. Nach dem Krieg vertrat Wiesner die These von einer Mitwisserschaft der serbischen Regierung.[181]

Richard Kralik weist in »Geschichte des Völkerkrieges« auf die subversive Bewegung in Serbien hin, deren Ziel es gewesen sei, *»von der österreichisch-ungarischen Monarchie gewisse Teile ihres Gebiets loszutrennen. Diese Bewegung, die unter den Augen der serbischen Regierung entstand, hat in der Folge jenseits des Gebiets des Königreichs durch die Akte des Terrorismus, durch eine Reihe von Attentaten und durch Morde Ausdruck gefunden. Weit entfernt, die in der Erklärung vom 31. März 1909 enthaltenen formellen Verpflichtungen zu erfüllen, hat die serbische Regierung nichts getan, um diese Bewegung zu unterdrücken.«*[182]

Bereits am 14. Juli waren sich die K.-u.-k.-Minister mit Tisza einig, Serbien baldmöglichst ein Ultimatum zu stellen, auf das die Regierung innerhalb von 48 Stunden zu reagieren hatte. Das Schreiben sollte am 23. Juli abends durch den Gesandten Giesl in Belgrad übergeben werden. Das Datum war bewusst gewählt, weil es der Tag der Abreise Poincares und Vivianis aus St. Petersburg war. Um zu verhindern, dass sich Frankreich und Russland absprechen konnten, sollte der Diplomat warten, bis sich die französische Delegation auf See befand.[183] Punkt 18 Uhr händigte Giesl das Schreiben an den serbischen Finanzminister Lazar Pacu aus. [184]

In einer 10-Punkte-Note forderte Österreich-Ungarn von Serbien, alle serbisch-nationalistischen Aktivitäten sofort zu beenden und die Verantwortlichen des Attentats konsequent zu verfolgen. Am brisantesten waren die Punkte 5 und 6. Sie forderten, dass *»5. in Serbien Organe der k. u. k. Regierung bei der Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung mitwirken; 6. eine gerichtliche Untersuchung gegen jene Teilnehmer des Komplottes vom 28. Juni einzuleiten, die sich auf serbischem Territorium befinden; von der k. u. k. Regierung hierzu delegierte Organe werden an den diesbezüglichen Erhebungen teilnehmen«*[185].

In einer Beilage wurden die Untersuchungsergebnisse der österreichischen Ermittlungsbehörden dem Ultimatum beigefugt: Die Pistolen und Bomben, *»deren sich die Verbrecher als Werkzeuge bedienten«*[186], entstammten einem serbischen Waffendepot, der ganze Plan sei in Belgrad unter Beihilfe Major Vojislav Tankosics ausgeheckt worden, und Milan Ciganovic habe in der Nähe von Bel-

grad die Mörder in der Handhabung der Granaten und Pistolen unterwiesen. Die Einschmuggelung der gedungenen Mörder nach Bosnien sei mithilfe der serbischen Grenzhauptleute und Zollorgane organisiert worden.

Sprach aus den Forderungen Österreich-Ungarns nun die Arroganz der Macht, mit der das große Reich den kleinen Nachbarn düpieren wollte? Oder zeigt es primär die Angst vor weiteren Terroranschlägen? Angesichts der militanten antiösterreichischen Bewegungen reichte es der Habsburger Regierung jedenfalls nicht, sich nur auf eigenem Boden der großserbischen Aktivitäten zu erwehren. Es schien für die Sicherheit des Reiches unumgänglich, den Rückhalt der Bewegung und des Terrors in Serbien zu brechen – ähnlich betrachtet es die USA als Not, den Terrorismus auch außerhalb des eigenen Landes zu bekämpfen.[187]

Finanzminister Lazar Pacu wies Giesl nach Erhalt des Ultimatums darauf hin, dass es kaum möglich sei, so rasch den vollständigen Ministerrat zu berufen, da ein Teil der Minister verreist sei.[188] Darauf habe Giesl lächelnd geantwortet: *»Im Zeitalter der Eisenbahnen, des Telegrafen und Telefons sollte das bei der Größe des Königreichs unschwer zu erreichen sein.«*[189]

Ministerpräsident Pašic selbst befand sich auf einer Wahlkampfreise in der serbischen Provinz. Als er sich am Abend erholungssuchend und noch ahnungslos ob der dramatischen Entwicklung in seinen Gasthof zurückzog, kreisten seine Gedanken vermutlich um den serbisch-österreich-ungarischen Konflikt. Wie würde Wien reagieren? Würde Russland Wort halten? Vielleicht dachte Pašic auch an sein Vorbild Bismarck. Hatte der nicht auch drei Kriege gebraucht, um die deutschen Stämme zu einen? *»Er, Pašic, hatte eben zwei hinter sich, sein Land war fast doppelt so groß geworden, die alten Feinde, Bulgaren und Türken, geschlagen. Könnte er jetzt mit Russlands Hilfe der zerrütteten Monarchie ans Leben: dann einten sich die letzten Südslawen mit Serbien, und der Wunsch von fünfzehn Millionen, und der Traum von fünf Jahrhunderten wäre erfüllt.«*[190] Doch dann kam es anders. Sein Finanzminister rief ihn in die Realität und nach Belgrad zurück.

Abends dinierte Ballin mit Außenminister Grey, Lord Morley, dem Präsidenten des Staatsrates, Kriegsminister Haldane sowie Churchill. Dieser blieb bei der Formel, dass England zu den Ereignissen von Fall zu Fall Stellung nehmen würde. Ballin hingegen ging aus dem Gespräch mit der Gewissheit, dass sich England in einem deutsch-russisch-französischen Krieg neutral verhalten würde. Das war für ihn persönlich eine wichtige Frage, denn im Kriegsfall musste

er mit dem Verlust seines Lebenswerkes rechnen. Warum war er sich da sicher? Hat sich der kühle und zeitlebens umsichtige hanseatische Kaufmann von seinem Wunschdenken leiten lassen, oder haben ihn seine Gesprächspartner mit ihrer Kunst, sich die wahren Absichten nicht anmerken zu lassen, perfekt in die Irre geführt? Noch am 28. Juli 1914 wird Ballin in einem Gespräch mit dem *Hamburgischen Correspondenten* von der Neutralität Englands ausgehen. Später, nach der englischen Kriegserklärung, machte er sich den Vorwurf, er habe sich bei dem Gespräch täuschen lassen. Und davon erholte er sich nie wieder – er zerbrach und nahm sich am 9. November 1918, am Tag der Bekanntgabe des Thronverzichts Wilhelm II. und der Ausrufung der Republik, das Leben.[191]

Bevor am Nachmittag der russische Ministerrat tagte, fand in der französischen Botschaft eine Absprache zwischen Außenminister Sergej D. Sasonow sowie dem französischen und britischen Botschafter, Maurice Paleologue und George Buchanan, statt – ein ungewöhnlicher Vorgang. Der Ministerrat befasste sich in erster Linie mit der Frage, ob die innere Lage Russlands den Krieg gestatte. Diese Frage wurde anscheinend bejaht.

Aus Belgrad lag ein Telegramm des serbischen Prinzregenten Alexander vor, der den Zaren um Rat bat: »*Wir sind bereit, jene Forderungen Österreich-Ungarns anzunehmen, die mit der Stellung eines unabhängigen Staates vereinbar sind, sowie jene, deren Annahme Eure Majestät uns anrät.*«[192] Über die Vorgänge in Petersburg gut informiert, schrieb die russische Zeitung *Rjetsch*: »*Augenscheinlich ist sich die russische Diplomatie des Ernstes der Lage nicht bewusst. Es ist nicht zu bezweifeln, dass Serbien nach der russischen Note eine nicht völlig befriedigende Antwort geben wird und dass eine Ermunterung Serbiens bereits erfolgt ist, so dass ein Teil der Verantwortung für die Folgen Russland zufällt. Die einzige Möglichkeit für den Dreierverband, eine Hineinziehung in den Konflikt zu vermeiden, bleibt die Lokalisierung der serbischen Frage und die Vermeidung jeder Ermunterung Serbiens.*«[193] Es scheint, dass Serbien wohl bereit gewesen wäre, die Note einfach anzunehmen. Aber in Russland empfinde man sie als Provokation, auf man antworten müsse.[194]

In einem Telegramm informierte Außenminister Grey den britischen Botschafter in Wien, Sir Maurice de Bunsen, dass ihm der österreichisch-ungarische Botschafter die an Serbien gerichtete Note mitgeteilt und die Befristung auf 48 Stunden mit der serbischen Verschleppungstaktik begründet habe. In den Wochen nach der Ermordung des Erzherzogs sei von Serbien kein Zeichen der Teilnahme oder Hilfsbereitschaft erfolgt. Hätte Serbien nach dem Mord die Hand geboten, dann hätte die gegenwärtige Lage verhütet werden kön-

nen.[195] Grey erklärte für den Fall, dass das Wiener Ultimatum zu keinem Zwist zwischen Osterreich-Ungarn und Russland führe, sein Desinteresse an dem Konflikt. Für den anderen Fall wünschte er eine Vermittlung der vier Mächte Deutschland, England, Frankreich und Italien im Sinne einer Mäßigung in Wien und Petersburg und regte eine Fristverlängerung für Belgrad an.[196]

Die deutsche Regierung reagierte ebenfalls und ließ sofort in Petersburg, Paris und London erklären, sie wünsche dringend eine Lokalisierung des Konfliktes zwischen Österreich-Ungarn und Serbien, da jede Intervention einer anderen Macht infolge der verschiedenen Bündnisverpflichtungen unberechenbare Folgen herbeiführen könne. War Russland friedlich gesinnt, so musste es Belgrad raten, sich zu fügen. Doch das Kriegsfieber hatte in Russland bereits die herrschenden Kreise erfasst.

Kurz vor Mitternacht gab der deutsche Gesandte in Belgrad ein Telegramm auf und informierte das Auswärtige Amt über die serbischen Militärs, die kategorisch die Note ablehnen und Krieg fordern würden. Die Mobilisierung sei bereits in vollem Gange.[197] Während Frau Pasic bereits sicher in Paris weilte, floh der Premierminister mit seiner Regierung überstürzt nach Saloniki.

Freitag, 24. Juli: Reaktionen auf die österreichischen Forderungen

In London, Paris und Moskau stießen die österreichischen Forderungen an Serbien weitgehend auf Unverständnis. Der britische Außenminister Grey nutzte die Gelegenheit, gegen Österreich Stimmung zu machen, und sprach vom »furchtbarsten Dokument, das je ein Staat an einen anderen gerichtet hat.«[198] Für Außenminister Sasonow standen die harten Forderungen in keinem Verhältnis zu den Versäumnissen, welche der Regierung in Belgrad vielleicht angelastet werden könnten. Russland würde die Zerstörung Serbiens und des Gleichgewichts auf dem Balkan verhindern. So beschlossen der russische Ministerrat, der Kronrat und der Zar für den Fall einer österreichischen Kriegserklärung an Serbien eine Mobilmachung der Militärbezirke Odessa, Kiew, Kasan und Moskau.[199] Der serbische Ministerrat bat Russland, sich bei den europäischen Großmächten für eine Fristverlängerung des Ultimatums einzusetzen, um eine eingehende Untersuchung des Attentats von Sarajevo zu ermöglichen. In den zurückliegenden vier Wochen hatte sich die serbische Regierung ausschließlich damit hervorgetan, jegliche Mitschuld Serbiens am Attentat abzustreiten.

Die K.-u.-k.-Regierung erwartete die Antwort Serbiens spätestens bis Samstag, den 25. Juli, 6 Uhr nachmittags. Sollte sie nicht zustimmend ausfallen,

würde das den Abbruch der diplomatischen Beziehungen nach sich ziehen. Somit handelte es sich mehr um eine Demarche als um ein Ultimatum.[200]

Zweifelsohne gab es in Österreich-Ungarn Kreise, die im Krieg gegen Serbien die einzige Lösung erblickten. Aber ebenso gab es auch andere Strömungen. Am Ballhausplatz tobten erbitterte Kämpfe zwischen der »Kriegspartei« um Generalstabschef Conrad von Hötzendorf und der »Friedenspartei« rund um den ungarischen Ministerpräsidenten Graf Tisza, der sich erfolgreich dafür eingesetzt hatte, dass Serbien unversehrt blieb.

Samstag, 25. Juli 1914: Beginnende Mobilisierung in Russland

Schon in den frühen Morgenstunden liefen die ersten Depeschen aus St. Petersburg in Belgrad ein. Um 4 Uhr früh wurde telegrafiert, dass Serbien mit Russlands Hilfe rechnen könne. Sechs Stunden später wurde Serbien geraten, es solle erklären, dass es sich nicht mit Waffen gegen eine Großmacht verteidigen wolle und könne – das entsprach noch den provisorischen Entschlüssen des russischen Ministerrates vom Tag zuvor. Um 11 Uhr 30 wurde gemeldet, dass der russische Ministerrat beschlossen habe, zur Mobilisierung zu schreiten. Zwischen 11 und 12 Uhr beschloss der Kronrat, die Mobilmachung vorläufig nicht zu verkünden, dafür aber die seit März 1913 eingeführte »Kriegsvorbereitungsperiode« anzuordnen. Um drei Uhr nachmittags wurden erneut der britische und der französische Botschafter von Außenminster Sasanow empfangen und ihnen mitgeteilt, dass der Zar beschlossen hätte, dreizehn Armeekorps bzw. 39 Divisionen zu mobilisieren – die im gegebenen Fall gegen Österreich marschieren sollen.

Gegen 20 Uhr verabschiedeten sich auf dem Warschauer Bahnhof der französische Botschafter in St. Petersburg, Maurice Paleologue, und der russische Botschafter in Paris, Alexander Iswolski. Der Bahnhof und die Züge waren von Offizieren und Mannschaften überfüllt. Beide sahen darin die beginnende Mobilisierung und schlossen daraus: *»Diesmal gibt's Krieg.«*[201] In die Botschaft zurückgekehrt, erfuhr Paleologue von den Mobilisierungsmaßnahmen in den Militärbezirken von Kiew, Odessa, Kasan und Moskau. In St. Petersburg und Moskau herrschte Ausnahmezustand. Für 20 Uhr 30 wurde der französische Militärattache, General von Laguiche, gerufen, um sich mit Großfürst Nikolai Nikolajewitsch und Kriegsminister Suchomlinow zur Lagebesprechung einzufinden. Nach seiner Rückkehr berichtete Laguiche, man habe größte Kriegslust gezeigt und beschlossen, zum Schutze Serbiens bis zum Äußersten zu gehen. Vor allem der Zar sei entschlossen gewesen.[202]

Die angeordnete Teilmobilisation umfasste mehr als die ursprünglich zum Kampf gegen die Donaumonarchie bestimmten 26 Divisionen. Gegen diese Streitmacht, verbunden mit den Truppen Serbiens und Rumäniens, wäre Österreich-Ungarn hoffnungslos unterlegen gewesen.[203] Aus St. Petersburg hatte es schon gegen 16 Uhr geheißen: »*Alle Vorbereitungen für die Mobilisierung angeordnet, welche sogleich verkündet werden wird, falls der österreichisch-ungarische Gesandte Belgrad verlassen würde.*«[204]

Am frühen Abend erwartete der österreichische Gesandte Giesl keine Antwort mehr und begann seine Koffer zu packen, um nach Ablauf der Frist noch um 18 Uhr 30 den Schnellzug nach Budapest nehmen zu können. Nur wenige Minuten vor 18 Uhr erschien zu seiner Verblüffung Ministerpräsident Pašic und überreichte ihm eine in aller diplomatischen Raffinesse abgefasste Antwortnote, die Giesl nur überfliegen konnte. Umgehend übergab er Pašic die vorbereitete österreichische Antwort, die den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mitteilte. Giesl erreichte seinen Zug noch. Während er Budapest zustrebte, wurde von Serbien die Räumung Belgrads eingeleitet. Zur gleichen Zeit erfolgte einige tausend Kilometer ostwärts die Beförderung der jungen russischen Offiziere, die eigentlich nach der Tradition erst am 18. August stattfinden sollte – ein deutliches Indiz für die Verschärfung der Kriegsbereitschaft.[205]

In ihrer Antwortnote hatte sich die serbische Regierung viel Mühe gegeben, die meisten Forderungen Österreichs elegant und nichtssagend zurückzuspielen. Die in der Demarche verwendeten Worte »*Die Königliche Regierung bedauert, daß serbische Offiziere und Funktionäre ... mitgewirkt haben*« wurden übernommen und auf raffinierte Weise modifiziert: »*Die Königliche Regierung bedauert, daß laut der Mitteilung der k. u. k. Regierung gewisse serbische Offiziere und Funktionäre an der eben genannten Propaganda mitgewirkt und daß diese damit die freundnachbarlichen Beziehungen gefährdet hätten, zu deren Beobachtung sich die Königliche Regierung durch die Erklärung vom 31. März 1909 feierlich verpflichtet hatte.*«[206]

Auf den ersten Blick eine zustimmende Antwort – doch mit dem Beisatz »*laut der Mitteilung der k. u. k. Regierung*« vermied die serbische Regierung jede Mitverantwortung und behielt sich für die Zukunft freie Hand. Den anderen Forderungen wurden in ähnlicher Manier zugestimmt – allein die Forderung 5 wurde indirekt und die Forderung 6, die Teilnahme österreichisch-ungarischer Organe an den das Komplott betreffende Ermittlungen, direkt abgelehnt. Letztere erregte heftigen Widerspruch, da sie nicht mit der serbischen Souveränität vereinbar sei. Einer ähnlichen Forderung durch Serbien war die ungarische

Regierung nach der Ermordung des serbischen Fürsten Michael Obrenovic am 10. Juli 1868 in Topschider ohne Weiteres nachgekommen. Nun sollte die gleiche Forderung umgekehrt die serbische Souveränität verletzten. Auch in der Bundesrepublik Deutschland werden bei Delikten, die fremdenfeindliche Motive haben könnten, ausländische Ermittlungsbeamte zugelassen. So besuchte etwa nach einem Wohnhausbrand in Ludwigshafen – hier waren neun Menschen zumeist türkischer Herkunft ums Leben gekommen – am 7. Februar 2008 der türkische Ministerpräsident Erdogan gemeinsam mit Kurt Beck den Brandort und stellte den deutschen Ermittlern ein Team von vier türkischen Experten bei.

Doch zurück zum österreichischen Ultimatum: *»Da der Versuch, die serbischen Mitschuldigen bei dieser Tat zu strafen, Ausflüchten begegnete«*, schrieb der britische Philosoph Bertrand Russell, *»griff Österreich nach einiger Zeit zu einem Ultimatum, welches unter anderem forderte, dass beim Gerichtsverfahren gegen verdächtige Serben auch österreichische Beamte teilnehmen. Wäre der Prinz von Wales an den Grenzen Afghanistans ermordet worden, und wir hätten Grund, zu glauben, dass die Afghanen an seiner Ermordung schuldig sind, dann hätten wir wahrscheinlich mit der vollen Unterstützung von Englands öffentlicher Meinung ein ähnliches Begehren gestellt.«*[207] Im Gegensatz zu Russell hatte der englische Außenminister Edward Grey kein Verständnis für Österreichs Forderungen, er sprach von einer unzulässigen Demütigung[208] und verstieg sich sogar dazu, das Ultimatum als *»das übelste Schriftstück, das je von einem Staat an einen anderen gerichtet wurde«*[209], zu bezeichnen.

Für die serbische Regierung mag die Antwortnote ebenso nebensächlich wie der Inhalt gewesen sein. Es kam vor allem auf die Außendarstellung an. Geschickt hatte sie noch vor der Abgabe angeboten, vor dem Haager Internationalen Gerichtshof oder den Großmächten Rechenschaft abzulegen. Hier war sich Pasic der Schützenhilfe durch Russland, Frankreich und England sicher – eine perfekte Orchestrierung. Weltweit konnte das von den Türken über Jahrhunderte unterdrückte Serbien auf Mitgefühl hoffen und trotz der terroristischen Verstrickung politisch die Schuld an Österreich-Ungarn weitergeben.

Drei Stunden nach Übergabe der Antwortnote erfolgte die serbische Mobilmachung, die Donaumonarchie antwortete sechs Stunden später mit der Teilmobilmachung von acht Armeekorps.[210] Wie die Kämpfe später zeigten, konnte Serbien schnell, umfassend und sehr erfolgreich mobilisieren – unerwartet kam da anscheinend nichts.

So geriet in der Zeit zwischen dem 23. Juli, 18 Uhr, und derselben Stunde des 25. Juli das Räderwerk der Kriegsmaschine unaufhaltsam in Bewegung. Acht Jahre später schrieb Fürst Bernhard von Bülow, der als Reichkanzler (1900–1909) während der Marokko- und Balkankrise nur dank glücklicher Umstände einen Krieg vermeiden konnte: *»Im Hochsommer 1914 hatten wir noch am 25. Juli die Möglichkeit, den Krieg zu vermeiden. Wir brauchten nur in Wien erklären, daß wir unter keinen Umständen den Abbruch der Beziehungen zwischen Osterreich-Ungarn und Serbien gestatteten, bevor wir selbst die serbische Antwort genau geprüft hätten.«*[211] Nach Prüfung der serbischen Antwort sollte mit Genugtuung konstatiert werden, dass Pašic dank der weisen Ratschläge aller Großmächte fast alle österreichischen Vorschläge angenommen hatte. Die noch strittigen Punkte sollten dem Haager Schiedsgericht unterbreitet werden. Diesen Weg der Friedensrettung, so Bülow weiter, habe *»der unglückliche Kaiser Wilhelm II. klarer erkannt als Bethmann und Konsorten«*[212]. Dem verachteten Nachfolger im Amt, Theobald von Bethmann Hollweg, warf Bülow nicht nur Unentschlossenheit und fehlende Weitsicht vor, sondern bezichtigte ihn auch, seinem Souverän nur aus einem Grund geraten zu haben, die gewohnte Nordlandreise nicht aufzugeben, nämlich *»um sein Probe- und Meisterstück in diplomatischer Kunst ungestört anfertigen zu können«*[213]. Tatsächlich befolgte Wilhelm II. den Rat, weder die deutsche Flotte in die Heimathäfen zu beordern, noch selbst von der Seereise zurückzukehren. Diese Maßnahmen sollten zur Beruhigung bzw. Deeskalierung dienen.

Am 25. Juli erreichte den Kaiser fern im Norden, in Odde am Utnefjord, die Meldung, dass sich die englische Flotte nach der Manöverrevue von Spithead nicht wie üblich aufgelöst habe, sondern als Verband in den Nordseehäfen verblieben sei.[214] Wilhelm II. brach daraufhin seine Reise ab und befahl der vor Jütland liegenden deutschen Flotte, nach Wilhelmshaven und Kiel zurückzukehren.

Sonntag, 26. Juli 1914: Bleibt England neutral?

Die Absicht Serbiens und Russlands, die österreichisch-ungarischen Sühneforderungen zu einer Machtfrage zwischen den europäischen Bündnisgruppen eskalieren zu lassen, wollte Berlin im Interesse des Friedens unterlaufen. Die Gefahr einer Eskalation wurde in London und Paris offenbar ebenfalls erkannt. Daher war am 26. Juli bei der Aussprache zwischen Sasonow und Pourtales von einer Revision nicht mehr die Rede. Welchem Umstand war das Entge-

genkommen Sasonows, nicht mehr eine europäische Untersuchung zu fordern, geschuldet?

Am gleichen Tag hatte der russische Botschafter Benckendorff aus London einen Situationsbericht geschickt, in dem es hieß: »*Sir E. Grey hört nicht auf, mir zu wiederholen, daß seine nach Berlin gerichteten Erklärungen dort auf keinen Fall gestatten, auf die Neutralität Englands im Falle eines Krieges zu rechnen. Lichnowsky war in der Tat sehr verwirrt, aber das kommt daher, weil es ihm weh tat, daß es zum Kriege kommt. Ich bin gar nicht sicher, daß er die Worte Greys so verstanden, wie Grey es wünschte.*«[215]

Dieses fatale Missverständnis zwischen dem englischen Außenminister und dem deutschen Botschafter mag zum einen an der diplomatisch-verklausulierten Sprache Greys und zum anderen an der anglophilen Einstellung Lichnowskys gelegen haben. Möglicherweise wollte Grey von ihm auch nicht eindeutig verstanden werden. Außerdem musste Grey nicht nur im Verhältnis zu Lichnowsky, sondern auch für die britische Öffentlichkeit jede Kriegsrhetorik unterlassen, denn die Bevölkerung war durch die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in Irland vorerst nicht für einen weiteren Kriegsschauplatz zu gewinnen.

»*Es ist wahr*«, schließt Benckendorff seinen Bericht ab, »*daß Österreich, wie man sagt, nicht auf einmal den Krieg beginnen wird. Vorläufig besteht noch ein Hoffnungsstrahl. Was die Rolle Deutschlands anbetrifft, so erscheint mir dieselbe in dunklerem Lichte als allen übrigen. Und darauf stütze ich mich eben hier: England fürchtet sich nicht so vor dem Vorrang Österreichs auf der Balkanhalbinsel, wie vor dem Vorrang Deutschlands in der Welt.*«[216]

Vom Foreign Office ging an diesem Sonntag der Vorschlag einer Botschafterkonferenz an die Großmächte – ansonsten war in London niemand zu sprechen. Trotzdem muss an diesem Tag ein völliger Umschwung in der Haltung der englischen Regierung – hier wohl hauptsächlich durch die Person Greys begründet – stattgefunden haben.

Montag, 27. Juli 1914: England signalisiert Kriegsbereitschaft

Am Morgen des 27. Juli traf der Kaiser in Kiel ein und wurde nachmittags um 15 Uhr in Berlin von Kanzler Bethmann Hollweg in demütiger Haltung empfangen. In scharfer Form stellte ein zornig erregter Kaiser die Frage, wie das alles gekommen sei. Die Erregung des Kaisers war verständlich, denn der Kanzler hatte seiner Majestät bis zuletzt versichert, »*daß dem Frieden keine Ge-*

fahr drohe und daß er insbesondere mit England in steter Fühlungnahme und in bestem Einvernehmen stünde.« Ein sichtlich niedergeschmetterter Kanzler gab mit verstörtem Gesicht zu, sich in jeder Richtung getäuscht zu haben, und bat um seinen Abschied, den der Kaiser mit den Worten verwehrte: *»Sie haben mir diese Suppe eingebrockt, nun sollen Sie sie auch ausfressen!«*[217]

Am folgenden Morgen legte der Kanzler seinem Souverän den Text der inzwischen zwei Tage alten serbischen Antwortnote auf den Tisch: *»Eine brillante Leistung für eine Frist von 48 Stunden«*, vermerkte Wilhelm II., *»das ist mehr, als man erwarten konnte! Damit fällt jeder Kriegsgrund fort, Giesl hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen! Darauf hätte ich niemals Mobilmachung befohlen!«*[218] Unverzüglich ließ er daraufhin seinen Generaladjutanten Plessen an den Chef des Generalstabes, Moltke, telegrafieren, dass für Österreich-Ungarn jeder Anlass zum Krieg fortfalle. Hat sich der Kaiser hier, beseelt vom Wunsch nach Frieden, vom diplomatischen Meisterstück aus Belgrad einfangen lassen? Ihm scheint der ambivalente Charakter mancher Teilantworten nicht aufgefallen zu sein. Auch hatte er wohl übersehen, dass Serbien drei Stunden nach Ablauf des Ultimatums – also um 21 Uhr – zur Mobilmachung schritt. Erst um 24 Uhr folgte Österreich-Ungarns Mobilmachung.

Noch während des Festbanketts auf der *France* am 24. Juli hatte Paleologue auf der Rückseite seiner Menükarte eilig ein Pressekommunique entworfen: *»Durch den Besuch* (in Russland, Anm. d. Verf.) *haben beide Regierungen die Gelegenheit bekommen, die perfekte Gemeinsamkeit ihrer Ansichten über die verschiedenen Probleme festzustellen, denen sich die Mächte in der Sorge um den allgemeinen Frieden und das europäische Gleichgewicht gegenübersehen.«*[219] Im ersten offiziellen Entwurf war dann von der Sorge um den allgemeinen Frieden keine Rede mehr, nur von der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts, *»besonders auf der Balkanhalbinsel«*[220]. In der endgültigen Version wurde die ursprüngliche Formulierung wieder aufgenommen, also die Sorge um den allgemeinen Frieden wieder eingefügt und *»besonders auf der Balkanhalbinsel«* durch *»besonders im Orient«*[221] ersetzt. Daraus ist zu schließen, dass es Ministerpräsident Viviani nicht um das Schicksal Serbiens ging, sondern um das Kräfteverhältnis zwischen Österreich-Ungarn, Russland und der Türkei sowie um das europäische Gleichgewicht insgesamt. Offensichtlich war er bereit, einige Konzessionen zu Lasten Serbiens zu machen.

Der deutsche Botschafter in Paris, Freiherr von Schoen, hatte am 24. Juli dem kommissarischen Leiter des Außenministeriums am Quai d'Orsay eine Note

verlesen, mit der die deutsche Reichsleitung ihrer Forderung nach einer Lokalisierung des Konflikts zwischen der Habsburgermonarchie und Serbien Ausdruck gab. »*Wir wünschen dringend die Lokalisierung*«, hatte Bethmann Hollweg vernehmen lassen, »*weil jedes Eingreifen einer anderen Macht infolge der verschiedenen Bündnisverpflichtungen unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen würde.*«[222] Als diese Demarche von Schoens Poincare am 25. Juli bekannt geworden war, hatte er sie umgehend als eine »*kaum verhüllte Drohung*«[223] bewertet.

Am Morgen des 27. Juli erreichte ihn nun an Bord der *France* ein Telegramm: Außenminister Grey, dem Bethmann Hollwegs Note am 25. Juli zur Kenntnis gebracht worden war, habe sich von dieser »Drohung« nicht sonderlich beeindruckt gezeigt, sondern dem deutschen Botschafter zu verstehen gegeben, dass »*wenn der Krieg auszubrechen drohe, keine Macht in Europa davon unberührt bleiben könne*«. Zudem habe Grey gegenüber dem russischen Botschafter bekräftigt »*dass er keinen Zweifel an der wahrscheinlichen (Kriegs-)Teilnahme Englands gelassen*« habe.[224]

Dieses erste Anzeichen für eine militärische Interventionsbereitschaft Großbritanniens hielt Poincare nun umgehend seinem Außenminister vor: »*Ich gebe Viviani diese Entschlossenheit als Beispiel, und er ist in wachsender Besorgnis und Unruhe und entwickelt die widersprüchlichsten Ideen.*«[225] Wie aus den Aufzeichnungen hervorgeht, muss es sich dabei auch um Einwände gegen die Paleologue zugedachten Instruktionen gehandelt haben – vielleicht wurde deshalb auch so intensiv um die Formulierung des Kommuniques gerungen, das Paleologue mit Viviani und Poincare abstimmen musste.

Der serbische Vorschlag, das internationale Gericht in Den Haag oder die Großmächte – die an der Ausarbeitung der von der serbischen Regierung am 31. März 1909 abgegebenen Erklärung mitgewirkt haben – mit einem Schiedsverfahren zu betrauen, welcher vom Zar bekräftigt wurde, wurde von Reichskanzler Bethmann Hollweg abgelehnt, er instruierte den Botschafter in St. Petersburg, dass ein Schiedsverfahren in diesem Falle ausgeschlossen sei. Das brachte der deutschen Regierung den Vorwurf ein, ausschließlich in Machtbegriffen zu denken. Dagegen verwahrte sich der Reichstagsausschuss und verwies auf die Erfahrung Deutschlands, die es in zwei wichtigen Fällen mit England und den USA gemacht habe, dass diese »Schlüsselstaaten« Schiedsverträge nicht einhielten, sondern sich dem Schiedsverfahren entzögen, indem sie auf nationale Rechtsvorgänge und Verfassungsschwierigkeiten hinwiesen.[226] Ähnlich trübe Erfahrungen hatten Chile und Italien mit Amerika gemacht. Auch konnte ein

schweizerisch-italienischer Zwischenfall nicht schiedsgerichtlich gelöst werden.[227]

Noch negativer waren Deutschlands Erinnerungen an eine Seekriegsrechtskonferenz in London, als Gegenstück zur vierten Haager Konvention (1908/09) über das Kriegsrecht gedacht. Hier wurde einstimmig eine Erklärung angenommen, welche die Handlungsfreiheit des »Beherrschers der See« stark beeinträchtigte – ebenso wie die Macht des deutschen Heeres durch die vorangegangene Konvention über den Landkrieg geschmälert wurde. Während Deutschland den Vertrag ratifizierte, zog England die Verhandlungen in die Länge und unterließ es bis zum Kriegsbeginn, den Vereinbarungen zuzustimmen. Daher kommt der Weigerung Englands, den Seekrieg völkerrechtlich zu regeln, erhebliche Bedeutung zu.[228] So ist das Misstrauen der deutschen Regierung durchaus nachvollziehbar, zumal es im Sommer 1914 um Leben und Tod ging. Doch für die Regelung des Seekriegs besaß der Haager Schiedshof keine Kompetenz.

Eine von Grey ins Spiel gebrachte Botschafterkonferenz stieß in Berlin ebenfalls auf Ablehnung. Da Italien politisch auf der Seite Serbiens stand, hätten sich Deutschland und Österreich-Ungarn in einer unterlegenen Position befunden. Auch waren die von Deutschland während der Balkankriege gemachten Erfahrungen wenig ermutigend. Hier hatte man sich in qualvollen endlosen Verhandlungen nicht über ein einziges Dorf einigen können. Deshalb favorisierte Berlin direkte Gespräche zwischen Petersburg und Wien.

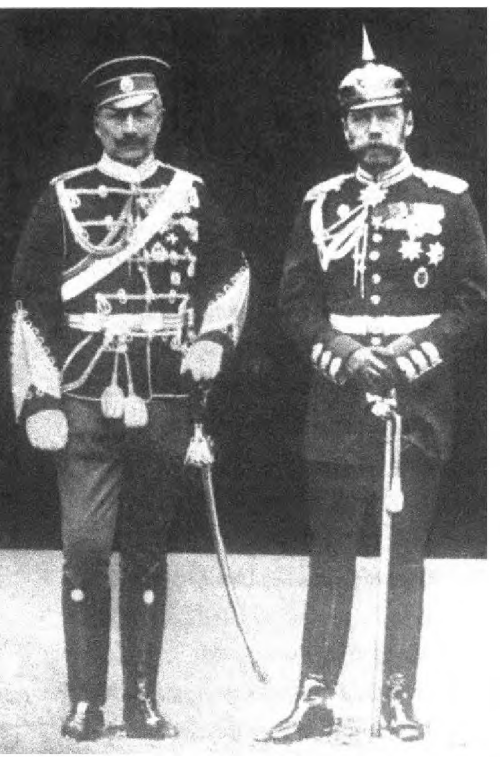
Aus heutiger Sicht war es nicht sonderlich klug, angesichts der Gefahr des Mehrfrontenkrieges auf die schiedsgerichtlichen Möglichkeiten zu verzichten – zumal in Europa sowohl Institutionen als auch akzeptierte Rechtsnormen für eine internationale Behandlung von Konflikten fehlten. Besonders auffällig schien Christopher Clark auch die Tendenz der Entente-Mächte, Österreich-Ungarn abzuschreiben.[229] Aber auch die Angst, durch eine Verzögerung ins Hintertreffen zu geraten und dadurch die einzige Trumpfkarte – die militärische Schnelligkeit – zu verlieren, mag angesichts der gegnerischen Überlegenheit ausschlaggebend gewesen sein.

Am späten Nachmittag des 27. Juli fand sich der bulgarische Gesandte Tschapratschikoff bei Pasic ein, der ihm eröffnete, dass die Lage gefährlich sei, er aber aus Petersburg die Nachricht habe, *»daß Rußland entschlossen unseren Schutz übernommen hat«*; Frankreich sei mit Russland solidarisch und *»England wünscht sehr, daß der Krieg vermieden werde. Wenn er erklärt wird, wird es nicht*

neutral bleiben, es wird sich einmischen.«[230] Im weiteren Gespräch stellte Pašić für Bulgarien für den Bündnisfall »gute Folgen« in Aussicht und unterstrich die günstige Lage Serbiens unter den europäischen Mächten. Bei dieser machtvollen Unterstützung hätte er sich nicht einmal auf die Zugeständnisse gegenüber Österreich, die akzeptierten Punkte des Ultimatums, eingelassen. Pašićs Miene habe jedoch im Gegensatz zu dieser Aussage gestanden: Sein Gesichtsausdruck schien erschreckt, unruhig und welk. Diese Beobachtung teilte Tschapratschikoff seiner Regierung mit.[231]

Dienstag, 28. Juli 1914: Kriegserklärung Österreichs

Nachdem Österreich-Ungarn Serbien den Krieg erklärt hatte, telegrafierte der deutsche Kaiser an Zar Nikolaus II. die Bitte, seinenganzen Einfluss einzusetzen, um Österreich-Ungarn dazu zu bewegen, eine offene und befriedigende Verständigung mit Russland anzustreben. *»Ich hoffe zuversichtlich, dass Du mich in allen meinen Bemühungen, alle Schwierigkeiten, die noch entstehen können, zu beseitigen, unterstützen wirst. Dein sehr aufrichtiger und ergebener Freund und Vetter, gez. Wilhelm«*[232] In seiner Antwort bat wiederum der Zar seinen Vetter Wilhelm II. darum, den Bundesgenossen umzustimmen. Umgehend informierte Kaiser Wilhelm II. den Zaren von seinen diesbezüglichen Versuchen in Wien.



Neun Jahre vor Kriegsausbruch: heile Welt unter Vettern – Wilhelm II. (li.) und Nikolaus II. mit getauschten Uniformen

Paléologue will an diesem Tag ähnlich auf Sasonow eingewirkt und ihn gebeten haben, an der deutschen Front keine militärischen Maßnahmen zu treffen und selbst an der österreichischen sehr vorsichtig zu sein, bis Deutschland seine Karten aufdecke. *»Die geringste Unvorsichtigkeit Ihrerseits würde uns die englische Unterstützung kosten.«*[233] *»Das*

ist auch meine Ansicht«, habe Sasonow entgegnet, »*aber unser Generalstab wird ungeduldig, und ich habe schon große Mühe, ihn zurückzuhalten.*«[234]

Als die Nachricht von der Kriegserklärung an Serbien in der belgischen Festung Lüttich eintraf, befahl der dortige Gouverneur, General Leman, Alarm auszulösen und die Festung in den Verteidigungsstand zu versetzen. Dazu wurde das Schussfeld freigemacht, die Minenkammern der zur Sprengung vorgesehenen Tunnel, Eisenbahn- und Straßenbrücken geladen und die von Aachen über Herve nach Lüttich führende Straße mit Hindernissen versehen.

Am Nachmittag gab Marineminister Churchill Order an die Flotte, sich unter größter Geheimhaltung auf Gefechtsstand nach Scapa Flow auf die nördlichen Orkney-Inseln zu begeben. Gegen Mitternacht schreibt er noch ein paar Zeilen an seine Frau Clementine, die gerade mit den beiden Kindern Diana und Randolph ein Feriendomizil an der See in Nordfolk bezogen hatte: »*Alles treibt auf Katastrophe und Zusammenbruch zu. Ich bin interessiert, in vollem Gang und glücklich. Ist es nicht schrecklich, so gebaut zu sein? Die Vorbereitungen üben auf mich eine widerliche Faszination aus. Ich bete zu Gott, dass er mir solche furchtbaren Anwandlungen der Leichtigkeit verzeiht.*«[235]

Glücklich im Angesicht der Katastrophe? Als Korrespondent im Burenkrieg hat er den modernen Krieg und dessen Vernichtungskraft bereits mit eigenen Augen erleben können. Auch musste ihm nach dieser Erfahrung bewusst sein, dass im neuzeitlichen Krieg Zivilpersonen dem Krieg nicht mehr entfliehen konnten.

In der Nacht auf den 29. Juli versuchte Bethmann Hollweg Englands Absicht für den Fall auszuloten, dass sich der Balkankonflikt auf Frankreich und Deutschland ausweitet. Dem englischen Botschafter in Berlin, Sir Edward Goschen, erklärte er, dass Deutschland mit England Frieden halten wolle und im Falle einer Ausweitung des Krieges auf Frankreich keine Gebietserwerbungen auf Kosten Frankreichs beabsichtige. In dieser ersten Unterredung beteuerte Bethmann Hollweg erneut den deutschen Friedenswillen und unterrichtete Goschen im tiefsten Vertrauen über die kaiserliche Note nach Wien mit dem geforderten »Halt in Belgrad«. Fritz Fischer will hier erkennen, dass Bethmann Hollweg damit lediglich »*den Eindruck zu erwecken suchte, er wirke stark bremsend auf Wien ein*«[236].

Am 29. Juli schrieb der französische Sozialistenführer Jean Jaures an den Belgier E. Vandervelde seine Einschätzung der Lage. Es liege *»in der Macht der französischen Regierung, Russland am Kriege zu hindern. Aber man sucht den Krieg, den man schon lange geschürt hat. Hier treiben alle schädlichen Kräfte zum Kriege, den man zur Erfüllung eines krankhaften Ehrgeizes führen will, und weil die Börse in London und Paris auf Petersburg spekulieren«.* [237]

Nach Bethmann Hollwegs Vorstoß informierte der britische Außenminister Grey den deutschen Botschafter in London, Lichnowsky, und teilte ihm mit, dass sein Land gedenke, nur so lange neutral zu bleiben, wie sich der Krieg auf Russland und Österreich beschränke. Sollten aber Deutschland und Frankreich »hineingezogen« werden, könne England nicht mehr lange abseits stehen.[238] Das war die erste leise Drohung an die Adresse Deutschlands seit der Marokkokrise 1911.

Grey, der britische Gentleman, versuchte noch, Lichnowsky die Augen zu öffnen, er *»solle sich durch den freundschaftlichen Ton der Unterhaltung nicht über den Weg täuschen lassen, den die britischen Interessen nehmen würden«*[239]. Gleichzeitig instruierte Grey den französischen Botschafter in London, Paul Cambon, verklausuliert über den Umfang der britischen Interessen bei einem Kampf um die Vorherrschaft in Europa. Auf diskrete Weise erfuhr nun Frankreich, dass es *»freie Fahrt zum Krieg mit Deutschland«*[240] habe. Es kann sich getrost in einen Krieg »hineinziehen« lassen.

Spät in der Nacht vom 29. auf den 30. Juli versuchte Bethmann Hollweg, über den britischen Diplomaten deutscher Abkunft, Edward Goschen, England zum Abschluss eines künftigen allgemeinen Neutralitätsabkommens zu bewegen. Dazu versicherte er dem Botschafter: *»Wir können dem englischen Kabinett – voraussetzlich dessen neutraler Haltung – versichern, daß wir selbst im Falle eines siegreichen Krieges keine territoriale Bereicherung auf Kosten Frankreichs in Europa anstreben.«*[241] Weiter erklärte sich der deutsche Kanzler bereit, die Neutralität und Integrität Hollands zu achten, falls die Gegner Deutschlands sie ebenfalls »respektieren« würden.

Es war von Berlin äußerst naiv zu hoffen, dass der drohende Krieg ebenso zu begrenzen wäre wie die zwei Balkankriege davor. Von Anfang an hatte er einen europäischen Charakter angenommen, bei dem die Weltmacht Großbritannien

u. a. dafür sorgen musste, dass sich auf dem Kontinent keine Hegemonialmacht bildete.

Am Nachmittag meldete Bunsen an Grey den Inhalt eines von ihm als geheim eingestuften Gesprächs zwischen dem serbischen Gesandten Jovanóvic und dem französischen Botschafter in Wien. Jovanóvic habe geäußert, dass die Zeit für Serbien arbeite, die südslawischen Provinzen seien innerhalb von drei Jahren bereit, sich gegen Osterreich-Ungarn zu erheben, ohne dass man *»auch nur den kleinen Finger zu rühren brauche«*[242]. Aus diesem Grund habe sich Österreich zum Krieg entschlossen, von dem es anscheinend durch nichts abgehalten werden könne. *»Nach Ansicht des französischen Botschafters geht daraus hervor, daß der Konflikt nicht Folge deutscher Anstiftung ist; auch gehe nicht unbedingt daraus hervor, daß Deutschland europäischen Krieg wünscht, wie viele in Frankreich glauben.«*[243]

Als Erster erfuhr Paleologue am späten Abend des 29. Juli um 23 Uhr von der allgemeinen russischen Mobilmachung durch den stellvertretenden Direktor im russischen Ministerium des Äußeren, Nicolai Aleksandrovich Basili. Dreizehn Armeekorps waren gegen Österreich-Ungarn mobilisiert und heimlich die allgemeine Mobilisierung befohlen worden. Das bedeutete Krieg! *»Ich bin der Ansicht«*, so Paleologue zu Basili, *»daß der russische Generalstab keine Maßnahmen ergreifen sollte, ohne sich darüber vorher mit dem französischen verständigt zu haben.«*[244] Paleologues Mahnung zur Vorsicht gegenüber Sasonow hatte offenbar keine Früchte getragen.

Donnerstag, 30. Juli 1914: Russische Generalmobilmachung

In ihrem Leitartikel schrieb an diesem Tag die Londoner *Times: »Es ist ein offenes Geheimnis, daß Deutschland sein möglichstes tut, um den Draht zwischen der russischen und der österreichischen Hauptstadt wieder anzuknüpfen – to restore the wire.«*[245]

Während in Russland die Befehle für die Generalmobilmachung ausgefertigt wurden, telegrafierte der Zar an Wilhelm II.: *»Die militärischen Maßnahmen, die jetzt in Kraft getreten sind, wurden vor fünf Tagen, also am 25. Juli, zum Zwecke der Verteidigung wegen der Vorbereitung Österreichs (gegen Serbien!) getroffen.«*[246] Nur Stunden später klärte ihn Kriegsminister Suchomlinow darüber auf, dass eine Rücknahme der um 18 Uhr angeordneten Gesamtmobilmachung technisch unmöglich sei und dass Frankreich noch am gleichen Tag Waffenhilfe zugesichert habe. Daraufhin schrieb Nikolaus II. erneut an den

Deutschen Kaiser: *»Ich danke Dir von Herzen für Deine Vermittlung, die eine Hoffnung aufleuchten lässt, dass noch alles friedlich enden könnte. Es ist technisch unmöglich, unsere militärischen Vorkehrungen einzustellen, die durch Österreichs Mobilisierung notwendig geworden sind.«*[247] An diesem hilflosen Schreiben wird deutlich, dass der Zar nur Spielball der administrativen Kräfte war. Damit teilte er das Schicksal seines Vetters in Berlin.

Aus einer Randbemerkung zur Depesche des deutschen Botschafters in St. Petersburg vom 30. Juli lässt sich die Stimmung Wilhelms II ablesen: *»Also die berühmte ›Einkreisung‹ Deutschlands ist nun doch endlich zur vollsten Thatsache geworden, trotz aller Versuche unserer Politiker und Diplomaten, sie zu hindern. Das Netz ist uns plötzlich über dem Kopf zugezogen, und hohnlächelnd hat England den glänzendsten Erfolg seiner beharrlich durchgeführten puren antideutschen Weltpolitik – gegen die wir uns machtlos erwiesen haben indem es uns, isoliert im Netze zappelnd, aus unserer Bundestreue zu Österreich den Strick zu unserer politischen und ökonomischen Vernichtung dreht. Eine großartige Leistung, die Bewunderung erweckt selbst bei dem, der durch sie zugrunde geht.«*[248]

Waren dem Deutschen Kaiser, von Queen Victoria, befördert zum Field Marshall der British Army und Admiral der Britisch Navy, die Vorgänge in England bis dahin verborgen geblieben? Hatte er die englische Politik der »Balance of Power«, die auf dem Kontinent keine Freunde, sondern jeweils wechselnde Partner fur ihren Festlandsdegen suchte, nicht rechtzeitig durchschaut? Hatte er vergessen, dass England seit Elisabeth I. jede europäische Großmacht erfolgreich vernichtet hatte, so Spanien 1588, Holland 1654 und Frankreich 1763? Wie konnte er sich derart von der englischen Regierungsbürokratie einwickeln lassen? In dieser Beziehung muss das Verhalten Wilhelm II. wohl tatsächlich als ziemlich naiv und wenig verantwortungsvoll bezeichnet werden. Man kann nur vermuten, dass ihn die familiäre Bindung an das Königshaus für die raffinierte geostrategische Politik der englischen Administration blind gemacht hatte – er konnte es sich schlichtweg nicht vorstellen. Zusätzlich war er offensichtlich in größeren militärisch-strategischen Zusammenhängen nicht bewandert genug, um der drohenden Gefahr wirkungsvoll begegnen zu können.

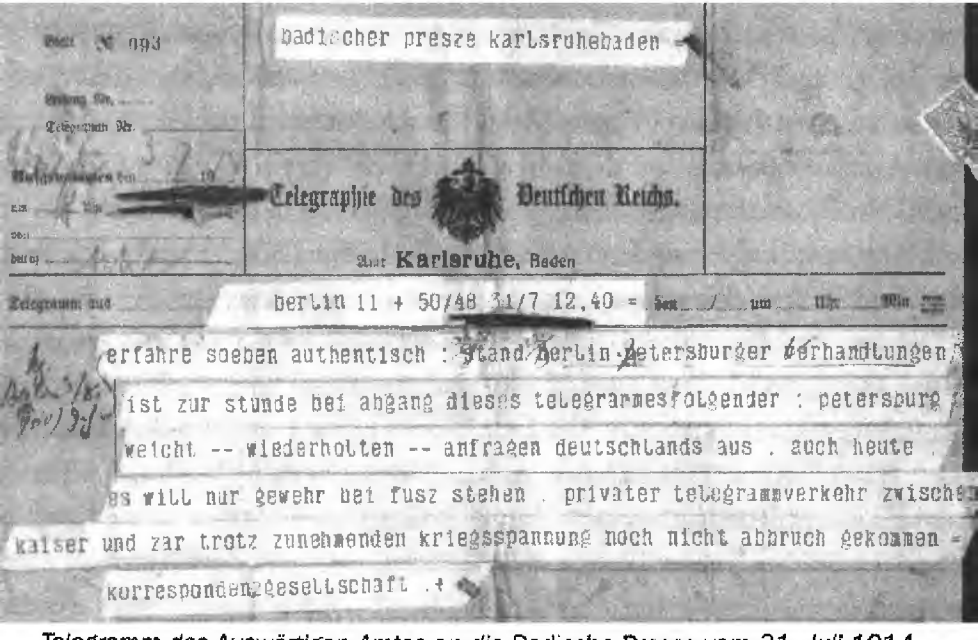
Wie dem auch sei – Wilhelm II. versäumte es an diesem schicksalsschweren Krisentag, die Tätigkeiten von Kabinett und Militär zu bündeln und den Chef des Generalstabs, General von Moltke, auf seine Friedenslinie festzulegen.[249] Jener drängte im Angesicht der aufziehenden Gefahr für Deutschland seinen österreichischen Kameraden, General von Hötzendorf, die allgemeine

Mobilmachung zu beschleunigen. Einen gegenläufigen Impuls gab der deutsche Kanzler dem österreichischen Außenminister Graf Berchtold, indem er ihm dringend vom Krieg gegen Serbien abriet.

Am Abend war die österreichisch-ungarische Regierung bereit, den deutschen Vorschlägen zur Deeskalierung weitgehend entgegenzukommen. Doch die russische Gesamtmobilmachung machte jede weitere deutsche Vermittlungstätigkeit obsolet.[250] Inzwischen hatte Frankreich die Mobilmachung des Grenzschutzes befohlen und Deutschland die »Sicherung« fur die Flotte angeordnet – Maßnahmen, die parallel zu den Vermittlungen liefen.

Freitag, 31. Juli 1914: Deutschland verkündet drohende Kriegsgefahr

Am frühen Morgen des 31. Juli prangten an allen Straßenecken in St. Petersburg die Mobilmachungsanschläge. Nun war jeder Zweifel ausgeschlossen. Der deutsche Botschafter Pourtales meldete den Schritt nach Berlin und bemühte sich nach Kräften um die Rücknahme des Befehls, jedoch ohne Erfolg. Vielmehr versuchte die russische Regierung noch, den Schritt vor dem Ausland zu verschleiern. Jedenfalls erklärte der britische Premier Asquith im Unterhaus: »*Wir haben soeben, nicht aus Petersburg, sondern aus Deutschland, erfahren, daß Rußland eine allgemeine Mobilmachung seines Heeres und seiner Flotte verkündet hat.*«[251]


badischer presze karlsruhebaden

Telegraphie des Deutschen Reichs.

Amt Karlsruhe, Baden

berlin 11 + 50/48 31/7 12,40 =

erfahre soeben authentisch : stand berlin petersburger verhandlungen

ist zur stunde bei abgang dieses telegrammes folgender : petersburg

weicht -- wiederholten -- anfragen deutschlands aus . auch heute

es will nur gewehr bei fusz stehen . privater telegrammverkehr zwische

kaiser und zar trotz zunehmenden kriegsspannung noch nicht abbruch gekommen

korrespondenzgesellschaft .+

Telegramm des Auswärtigen Amtes an die Badische Presse vom 31. Juli 1914, 12 Uhr 10

Mit der Bitte, die von ihm aufgenommenen Vermittlungsaktivitäten zwischen Russland und Osterreich-Ungarn nicht durch weitere Kriegsvorbereitungen an der östlichen Grenze zu gefährden, wandte sich Wilhelm II. an Nikolaus II. Er wäre sonst zu defensiven Gegenmaßnahmen gezwungen. Diese Bitte endete mit einem letzten Appell, alle Deutschland bedrohenden Militärmaßnahmen einzustellen.[252]

Österreich-Ungarn hatte in den Morgenstunden den Grenzschutz gegen Russland und um 12 Uhr 23 die Gesamtmobilmachung befohlen. Da Petersburg auf die deutschen diplomatischen Bemühungen nicht mehr reagierte, forderte Berlin in einem auf zwölf Stunden befristeten Ultimatum Russland auf, seine Kriegsmaßnahmen einzustellen.[253]

Gleichzeitig wurde für das Deutsche Reich die *»drohende Kriegsgefahr«* verkündet. Dieser Schritt löste allerlei Aktivitäten aus: Die Garnisonen wechselten vom Friedens- auf Kriegsdienst. An den Grenzen wurden Wachen aufgestellt. Die Soldaten erhielten ihre Kriegsgarnitur, verpackten ihre privaten Sachen zur Abgabe, erhielten Munition und schärften ihre Seitengewehre. Dazu wurden Soldbücher, Erkennungsmarken, Verbandpäckchen und eiserne Rationen ausgegeben. Die Besitzer von vorgemusterten Pferden mussten sie befehlsgemäß an bestimmten Orten vorstellen.

Der amerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904–2005) hat den gefährlichen Automatismus der russisch-französischen Militärkonvention aus dem Jahre 1892 beleuchtet: Sobald eine der Dreibundmächte ihre Streitkräfte mobilisieren würde, sollten Frankreich und Russland verabredungsgemäß zur Gesamtmobilmachung übergehen; Mobilmachung und Eröffnung der Kriegshandlungen würden faktisch identisch sein. Diese fatale Verklammerung von Mobilmachung und Kriegsbeginn verschaffte den russischen Militärs, so Kennan, die Möglichkeit, *»einen großen europäischen Krieg zu entfesseln, wann immer es ihnen in den Kram passte«.*[254] Kennan hat recht. Frankreich allein konnte keinen großen europäischen Krieg entfesseln, es wäre schnell vom Deutschen Reich besiegt worden. Und Deutschland selbst war nicht in der Lage, zugleich Frankreich und Russland anzugreifen. Es konnte jeweils nur zu einer Seite hin offensiv reagieren. So kam Russland die Initialzündung für diesen europäischen Krieg zu, der zielstrebig von den kriegstreibenden Kreisen vorbereitet worden war.

Dem in Hannover stationierten Generalkommando des X. Armeekorps wurde vom Großen Generalstab eine höchst geheime »Denkschrift« ausgehändigt. Darin wurde dem Kommandierenden, General der Infanterie von Emmich, die Aufgabe übertragen, Lüttich für den Fall der Weigerung Belgiens, Deutschland den Durchmarsch des Heeres zu gestatten, im Handstreich zu nehmen.

Der Generalstab rechnete mit der Versammlung des belgischen Heeres südlich von Brüssel oder bei Namur – ein Eingreifen bei Lüttich wurde für wenig wahrscheinlich gehalten.[255] Die belgische Operationsfähigkeit wurde von den Planern für die ersten Mobilmachungstage für gering gehalten. Die Friedensbesatzung der Festung Lüttich mit ihren Forts bzw. Fortins wurde auf 6000 Soldaten geschätzt, im Kriegsfall rechneten die deutschen Generalstabsoffiziere mit 19 000 Mann, zuzüglich 3000 Angehörigen der nur für Hilfsdienste hinter der Front verwendbaren »Garde Civique«.

Über Deutschland zogen an diesem Wochenende die ersten dunklen Wolken auf. Die erhöhte Kriegsgefahr bedeutete zwar noch keine Mobilmachung, alarmierte jedoch die in Grenznähe stationierten Truppen. Wie aus dem Boden gestampft, standen plötzlich Posten an wichtigen Verkehrsknotenpunkten, Bahnhöfen, Brücken und Wegen. Besonders militärisch ging es in den Grenzstädten zu. In der Stadt Wesel, die sich soeben auf ihr alljährliches Schützenfest vorbereiten wollte, prägten nun Soldaten das Straßenbild. Die Eisenbahnbrücke stand unter scharfer Bewachung, und auf der Rheinbrücke wurden Maschinengewehre in Stellung gebracht und Hindernisse errichtet. Und erst die nahe Grenze: Drahtzäune an den Übergängen, Posten und Patrouillen in den sommerschwülen Wiesen.

Heute könnte der Betrachter geneigt sein, in den deutschen Maßnahmen eine Überreaktion zu sehen. Doch für die damaligen Zeitgenossen bedeutete eine Generalmobilmachung Krieg, denn damit wurde den vorbereiteten Kriegsplänen Leben eingehaucht und eine riesige Maschinerie in Gang gesetzt. Bereits bei den französisch-russischen Verhandlungen über die Militärkonvention am 18. August 1892 hatte der französische General Boisdeffre erklärt, dass die Mobilmachung einer Kriegserklärung gleichkomme. Mobilisieren heiße, seinen Gegner zu zwingen, das Gleiche zu tun. Strategische Transporte rollen an, und Truppen werden zusammengezogen – an der ostpreußischen Grenze damals zwei russische Armeen: eine Million Soldaten. Auf eine gegnerische Mobilisierung nicht zu reagieren, hieße nach Boisdeffre, *»sich in die Lage eines Menschen zu versetzen, der mit einer Pistole in der Tasche sich die seines Nachbarn*

an die Stirn drücken ließe, ohne die seine hervorzuziehen«[256]. Zar Alexander III. soll dieser Auffassung beigepflichtet haben.

Der amerikanische Historiker William Leonard Langer (1896–1977), der sich speziell mit Bündnissystemen in der Zeit Bismarcks und der Wilhelminischen Periode befasste, ging noch weiter: *»Ein deutscher Staatsmann, der im Jahr 1914 eine russische Mobilmachung nicht mit der Eröffnung der Feindseligkeiten beantwortet hätte, würde sich einer verbrecherischen Unterlassungssünde schuldig gemacht haben.«*[257] Auch Christopher Clark, der sich ja intensiv mit der Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs befasst hat, kommt heute zu einem ähnlichen Schluss. In einem Interview vom 29. September 2013 antwortete er auf den Verweis des *FAZ*-Journalisten Andreas Kilb zur Logik des deutschen Generalstabs – »Wir müssen jetzt die Russen schlagen, damit wir nicht in drei Jahren von ihnen geschlagen werden« – wie folgt: *»In Deutschland gibt es seit dem Dreißigjährigen Krieg ein spezielles Trauma, das sich in jeder Generation erneuert: das Gefühl, durch die Lage in der Mitte Europas fremden Invasoren gegenüber verletzlich zu sein. Der Rest ist schiere Mathematik. Die franko-russische Allianz ist das aggressivste Bündnis auf dem europäischen Kontinent. Es existiert nur, um gemeinsam Krieg gegen eine dritte Macht zu führen: das Deutsche Reich. Wenn die Deutschen sich ausrechnen, wie viele Soldaten dieses Bündnis gegen sie aufbieten kann, wächst der Abstand mit jedem Jahr.«*[258]

Die Mobilmachung des mächtigen Zarenreichs führte in Berlin zu verstärkten Tätigkeiten im Generalstab und zu weiteren diplomatischen Anstrengungen. Bethmann Hollweg telegrafierte nach London: *»Eine russische mobilisierte Armee an unserer Grenze, ohne daß wir mobilisiert haben, ist auch ohne ‚provocative action' eine Lebensgefahr für uns. Die Provokation, deren sich Rußland dadurch schuldig gemacht hat, daß es in einem Augenblick gegen uns mobilisiert hat, wo wir auf seine Bitten in Wien vermitteln, ist überdies so stark, daß kein Deutscher es verstehen würde, wenn wir dagegen nicht mit scharfen Maßregeln antworteten.«*[259]

Zu diesen Maßregeln gehörte auch die kategorische Forderung an die französische Regierung, zu erklären, ob sie in einem deutsch-russischen Krieg neutral bleiben würde. Eine Antwort wurde binnen 18 Stunden erwartet. Die Absicht war klar: Verweigerte Frankreich die Neutralität und stellte sich auf die Seite Russlands, wäre das Deutsche Reich schon am 2. August gegen Frankreich präventiv vorgegangen.

Reichskanzler Bethmann Hollweg hatte seinem Botschafter Schoen in Paris eine weitere geheime Nachschrift zukommen lassen: »*Wenn, wie nicht anzunehmen, die französische Regierung erklärt, neutral zu bleiben, wollen Ew. Exzellenz französischer Regierung erklären, daß wir als Pfand für Neutralität Überlassung der Festungen Toul und Verdun fordern müssen, die wir besetzen und nach Beendigung des Krieges mit Rußland zurückgeben würden. Antwort auf letztere Frage müßte bis morgen (1. August, K.) nachmittag 4 Uhr, hier sein.*«[260]

Da die Neutralitätserklärung Frankreichs ausblieb, brauchte der Botschafter in dieser Sache nicht aktiv zu werden. Der sozialdemokratische Politiker Eduard David Wegbereiter einer Politik des inneren Friedens (Burgfrieden) sah im Vorgehen der deutschen Regierung 1914 durchaus einen Beweis für deren Friedensliebe: »*Die deutsche Regierung unternahm den Versuch, den Brand wenigstens auf den Osten zu beschränken. Das ist kein kleiner Faktor auf ihrem Verdienstkonto. Er war ernstlich gemeint. Darüber konnte kein Zweifel bestehen.*«[261]

Doch das Räderwerk der Bündnisautomatismen rollte bereits. So telegrafierte Viviani am Abend des 31. Juli nach Petersburg: »*Ich habe nicht die Absicht, dem deutschen Botschafter eine Erklärung über Frankreichs Haltung im Falle eines Konfliktes zwischen Deutschland und Rußland abzugeben, und ich werde mich darauf beschränken, ihm zu sagen, Frankreich werde sich durch seine Interessen leiten lassen. Die Regierung der Republik schuldet in der Tat nur ihren Verbündeten über ihre Absichten Rechenschaft.*«[262] In diesem Sinn antworte Paris auf die Frage des deutschen Botschafters, wie sich Frankreich in einer russisch-deutschen Auseinandersetzung verhalten werde, ähnlich sybillinisch.

Schlieffen-Plan versus Plan XVII

Der deutsche Schlieffen-Plan

Für das Deutsche Reich drohte durch die russische und französische Generalmobilmachung nun das wahr zu werden, was Helmuth von Moltke d. Ä. und dessen Nachfolger Alfred Graf von Waldersee stets fürchteten: ein Zweifrontenkrieg. Wenn es von den übermächtigen Nachbarn nicht überrannt werden wollte, durfte es sich nun nicht rein defensiv verteidigen. Solcherart hatten beide Strategen für solch einen Fall zunächst den Angriff der Hauptarmee gegen

Russland favorisiert – bei gleichzeitiger Defensive an der als uneinnehmbar geltenden französischen Maaslinie.

Alfred Graf von Schlieffen (1833–1913) dagegen hatte als Chef des Generalstabs des Feldheeres (1891–1905) – inzwischen war dessen Aufrüstung mit schwerer Artillerie fortgeschritten – aufgrund seiner Lehre über die »Vernichtungsschlacht von Cannae« eine Denkschrift entworfen, die eine schnelle militärische Entscheidung an der Westfront vorsah.[263] Unter Verletzung der holländischen, belgischen und luxemburgischen Neutralität gedachte Schlieffen, mit einem starken rechten Flügel in einer riesigen Zangenbewegung überraschend über Belgien hinweg den französischen Festungsgürtel zwischen Verdun und Belfort nördlich zu umgehen, Paris zu umklammern und dann der französischen Armee in die Flanke zu fallen, sie zu packen und zu vernichten. Zeitgleich sollte der schwache linke Flügel des Westheeres ggf. bis nach Süddeutschland zurückgezogen werden, um die französischen Armeen auf deutsches Gebiet zu locken. Dann sollte die Falle zuschnappen. In Ostpreußen hoffte Schlieffen, die langsame Mobilmachung der Zarenarmee auszunutzen, für die er 40 Tage veranschlagte. Eine deutsche Armee sollte den russischen Vormarsch so lange aufhalten – nötigenfalls an der Weichsellinie –, bis das nach

Schlieffen-Plan (dunkelgraue Pfeile) und Plan XVII (schwarze Pfeile)

42 Tagen frei gewordene Westheer mit den Armeen Österreich-Ungarns im Osten einsatzbereit war. Ein Kriegseintritt Englands wurde nicht erwartet, aber in Kauf genommen. Man rechnete mit höchstens einem englischen Expeditionskorps, das ohnehin zu spät auf dem europäischen Kriegsschauplatz eintreffen würde.

Nach der Schwächung Russlands im Russisch-Japanischen Krieg und den folgenden revolutionären Wirren wurde der Plan modifiziert und fürderhin von einem Einfrontenkrieg ausgegangen. Schlieffens erste Fassung trug nun den unmissverständlichen Titel »Angriffskrieg gegen Frankreich«.[264] Im Zuge der Ersten Marokkokrise (1905–1906) sah Schlieffen den Zeitpunkt gekommen, den Plan umzusetzen. Kaiser Wilhelm II. jedoch lehnte einen Krieg ab.[265]

Unter Schlieffens Nachfolger, dem Neffen des alten Moltke, war der Plan modifiziert worden, indem die Armee in Lothringen auf Kosten des rechten Flügels in Belgien beträchtlich verstärkt wurde. Die Neutralität Hollands sollte nicht angetastet werden. Moltke der Jüngere wollte diese »Luftröhre« für die lebenswichtige Rohstoffversorgung neutraler Länder geöffnet halten. Das erzwang auch den Verzicht auf einen Durchmarsch durch den weit nach Süden vorspringenden holländischen Zipfel, die Provinz Limburg. Nun konzentrierte sich ein geschwächter rechter Flügel auf den Eckpunkt des Städtedreiecks – Aachen im Osten, Maastricht im Westen und Lüttich mit seinem Festungsgürtel, bestehend aus zwölf Panzerforts, im Süden.

Der französische Kriegsplan XVII

Da ein Zweifrontenkrieg nicht mehr vermeidbar zu sein schien, lag die Rettung in der Umsetzung des modifizierten Schlieffen-Plans. Dafür brauchten nun die deutschen Truppen von Belgien die Erlaubnis zum Durchmarsch, und die war sehr fraglich. Bei einer Verweigerung musste also Lüttich im Handstreich genommen werden.

Dagegen hatte Ministerpräsident Viviani Großbritannien zugesagt, dass Frankreich die belgische Neutralität achten werde. Sie beeinträchtigte die Kriegsplanungen Frankreichs nicht, welche inzwischen ebenfalls eine offensive Strategie vorsahen. Mit der Annäherung an England und Russland wurden die ursprünglich mehr defensiv ausgerichteten Kriegspläne XIV und XV ab Mai 1909 überarbeitet und mit Plan XVI die sogenannte »fünfte Periode« des militärstrategischen Konzepts eingeleitet. Dieser Plan sowie sein Nachfolger,

Plan XVII, basierten auf der Unterstützung Englands, welches die Meeresgrenzen sichern und ein Expeditionskorps auf den Kontinent schicken würde. Zudem kalkulierte er mit ein, dass die russischen Verbündeten in der Lage wären, den Deutschen an deren Nord- und Ostgrenze Paroli zu bieten.

Der vom Chef des Generalstabs, General Ferdinand Foch, konzipierte französische Offensivplan sah die Versammlung der Hauptstreitkräfte in der bis zur Uneinnehmbarkeit befestigten Linie Belfort–Verdun vor. Die linke Flanke glaubte Foch durch Belgien, die englischen Hilfstruppen und seine Reservearmeen genügend gesichert. Während der linke Heeresflügel mit der 3., 4. und 5. Armee aus der Linie Verdun–Mezieres heraus dem von Metz aus erwarteten deutschen Angriff offensiv entgegentreten sollte, hatte der rechte Heeresflügel, bestehend aus 1. und 2. Armee, den Auftrag, zwischen den Vogesen und Metz durchzubrechen und vom Oberrhein ins Herz des Deutschen Reiches vorstoßen. Foch verlangte für die Umsetzung des anspruchsvollen Plans ein energisches, rücksichtsloses Vorgehen und beabsichtigte damit bei den Soldaten eine mystische Dynamik und einen heroischen Kampfgeist auslösen, gemäß der herrschenden Militärdoktrin »Offensive à outrance«. Mit dieser »Offensive bis zum Äußersten« war Plan XVII – ebenso wie der Schlieffen-Plan – auf »Kante genäht«. Fochs Nachfolger Joseph Joffre übernahm Plan XVII und entwickelte ihn weiter.

Die Absichten Russlands

Während das Gros der russischen Armee gegen Galizien aufmarschieren sollte und dort die österreichisch-ungarische Armee durch drückende Übermacht niederzuwalzen hoffte, plante man die schwache deutsche 8. Armee in Ostpreußen durch einen Zangenangriff zu zermalmen: Der Angriff sollte von Osten her mit der 1. Armee (Njemen-Armee) unter General Paul von Rennenkampff und von Süden her mit der 2. Armee (Narew-Armee) unter General Alexander Samsonow geführt werden; die Vereinigung beider Armeen war in Königsberg vorgesehen. Danach sollte sich die russische »Dampfwalze« gen Berlin bewegen.

Berlin kannte diese Gefahr und nahm das Risiko in Kauf. Dem Schlieffen-Plan gemäß blieb Ostpreußen im Zweifrontenkrieg nur mit der schwachen 8. Armee verteidigt; in den ersten sechs Wochen sollte Frankreich rasch niedergeworfen werden, dann wollte man sich nach Osten wenden.

Von England aus sollten die Expeditionsstreitkräfte, also die gesamte Territorialarmee, nach Kriegsausbruch gemäß den Absprachen der Generalstäbe sofort nach Französisch-Flandern verlegt werden. Unter Ausnutzung der günstigen strategischen Seelage konnte man ohne Entscheidungsschlacht die deutsche Flotte durch »Zukorkung« der Nordsee von jeder Wirkung außerhalb der Deutschen Bucht abschließen.

Im Verlauf des 31. Juli hatte Außenminister Grey in Berlin und Paris anfragen lassen, wie die Regierungen zur belgischen Neutralität stünden. England erwarte, dass Belgien werde seine Neutralität verteidigen werde.[266] Deutschland spielte den Ball zurück und fragte, ob England bei einem Verzicht Deutschlands auf den Durchmarsch durch Belgien Neutralität und Frieden wahren werde.[267] Doch London, das drei Tage später seinen Kriegszustand mit der deutschen Verletzung der belgischen Neutralität begründete, war nicht bereit, auf den Krieg zu verzichten. Also sagte es auf diesem Höhepunkt der Krise weder Neutralität noch Frieden zu.[268]

Belgien und Österreich-Ungarn im Strudel der Ereignisse

Gegen 19 Uhr befahl König Albert I. von Belgien die Mobilmachung. Dadurch wurde die Besatzung von Lüttich auf die Kriegsstärke von 32 000 Mann mit 150 Geschützen gebracht, Straßensperren errichtet, Dörfer verbarrikadiert und die Räume zwischen den Forts durch Schützengräben sowie Erdwälle verstärkt. Im unübersichtlichen Hügelland wurden Drahtverhaue verlegt, während die vorgeschobenen Artilleriebeobachter der Panzerforts ihre Stellungen im Vorgelände bezogen.

Kurz vor Mitternacht des 31. Juli eilte der österreichisch-ungarische Botschafter in Paris, Graf Szecsen von Temerin, ins Ministerium des Äußeren, wo er vom stellvertretenden politischen Direktor, Berthelot, empfangen wurde. Szecsen hoffte, durch das Einlenken seines Außenministers und Vorsitzenden, des K.-u.-k.-Ministerrats, Graf Leopold von Berchtold, Paris im Interesse des europäischen Friedens umstimmen zu können. Doch Berthelot erwiderte nur, *»daß es schon sehr spät wäre und daß man durch die Ereignisse mitgerissen sei«*[269].

Oswald Spengler

Seit einem Jahr schrieb in München Oswald Spengler (1880–1936), Mathematiklehrer außer Dienst, am ersten Teil seines Monumentalwerkes »Der Untergang des Abendlandes«. Von Goethe habe er die Methode, von Nietzsche die Fragestellungen übernommen und aus dessen Ausblick einen Überblick gemacht.[270] In seinen parallel entstandenen Notizen leidet, lamentiert und klagt er über eine schwere Kindheit sowie eine noch schwerere Gegenwart und notiert täglich neu: *»Es geht eine große Zeit zu Ende, merkt es denn keiner?«*

Arthur Bernstein

In hellseherischer Weise sah auch der sozialpolitisch engagierte Berliner Arzt Arthur Bernstein am Vorabend des Ersten Weltkriegs dessen Verlauf vorher. *»In wenigen Tagen wird die Spannung sich zur Katastrophe gesteigert haben«*, beginnt Bernstein seinen Kommentar für die *Berliner Morgenpost* am 29. Juli 1914 und folgert analytisch: *»Es besteht kein Zweifel mehr, die Nikolajewitsche diesseits und jenseits wollen den Krieg. Die Kriegslieferantenpresse winkt freilich ab. Ihr ist das kurante Geschäft lieber und sicherer als eine mehrjährige Hochkonjunktur, die zuverlässig mit einem Boykott der Kanone enden muß. Aber die ›ideologisch‹ verblödete alldeutsche Presse schwelgt. Die Militärs wittern Glorie, und da die verantwortlichen Politiker in Deutschland nie mitzureden haben, wenn die Militärs sich unterhalten, werden Bethmann und Jagow sich bescheiden.«*

Akribisch listet Bernstein die Punkte auf, in denen sich die Kriegshetzer verrechnen: *»Erstens: es gibt keinen Dreibund. Italien macht nicht mit, jedenfalls nicht mit uns; wenn überhaupt, so stellt es sich auf die Seite der Entente. Zweitens: England bleibt nicht neutral, sondern steht Frankreich bei; entweder gleich oder erst in dem Augenblick, wo Frankreich ernstlich gefährdet erscheint. England duldet auch nicht, daß deutsche Heeresteile durch Belgien marschieren, was ein seit 1907 allgemein bekannter strategischer Plan ist. Kämpft aber England gegen uns, so tritt die ganze englische Welt, insbesondere Amerika, gegen uns auf. Wahrscheinlich aber die ganze Welt überhaupt. Denn England wird überall geachtet, wenn nicht geliebt, was wir von uns leider nicht sagen können. Drittens: Japan greift Rußland nicht an, wahrscheinlich aber uns in freundlicher Erinnerung an unser feindseliges Dazwischentreten beim Frieden von Schimonoseki* (im Chinesisch-Japanischen Krieg

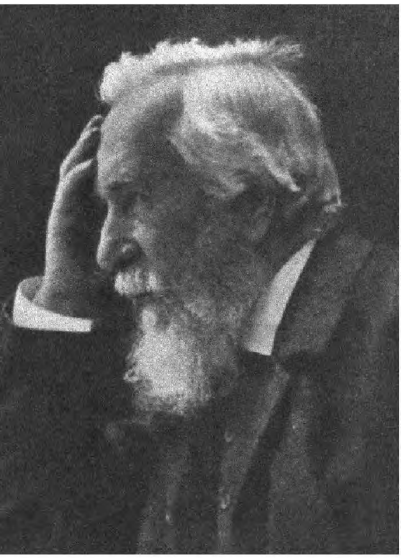
1895, Anm. d. Verf.). *Viertens: Die skandinavischen Staaten (unsere ›germanischen‹ Brüder) werden uns verkaufen, was sie entbehren können, aber sonst sind sie uns nicht zugeneigt. Fünftens: Österreich-Ungarn ist militärisch kaum den Serben und Rumänen gewachsen. Wirtschaftlich kann es sich gerade 3-5 Jahre selbst durchhungern. Uns kann es nichts geben. Sechstens: Eine Revolution in Rußland kommt höchstens erst dann, wenn die Russen unterlegen sind. Solange sie gegen Deutschland mit Erfolg kämpfen, ist an eine Revolution nicht zu denken. Dieses in aller Eile und letzter Stunde.«*

Bernstein hält es nicht für denkbar, dass der deutsche Kanzler das Land in einen drei- bis fünfjährigen Krieg hineinsteuern lässt. Auch steht für ihn dahin, ob *»wir am Ende dieses furchtbarsten Krieges, den je die Welt gesehen haben wird, Sieger sein werden«*. Für ihn steht der Gewinner fest: Es werde England sein. *»Deutschland führt den Krieg um Nichts, wie es in den Krieg hineingegangen ist für Nichts. Eine Million Leichen, zwei Millionen Krüppel und 50 Milliarden Schulden werden die Bilanz dieses ›frischen, fröhlichen Krieges‹ sein. Weiter nichts.«* Der Mann schien offenbar mehr von Politik und Strategie zu verstehen als Regierungsvertreter, Diplomaten, Parteigewaltige und der Generalstab. Der Artikel war bereits gesetzt, wurde aber wieder herausgenommen, weil die Redaktion der *Morgenpost* kalte Füße bekam.[271] So blieb der kluge Arzt einem größeren Publikum vorerst unbekannt.

Arthur Bernsteins Vision war Eduard Bernstein (1850–1932), sozialdemokratisches Urgestein und theoretischer Vordenker, zu Kriegsbeginn fremd. Der Zweitgenannte gab Mitte November 1914 die »Dokumente zum Weltkrieg 1914« (Das deutsche Weißbuch) heraus, *»um einem berechtigten Bedürfnis des deutschen Publikums zu entsprechen«*[272]. Aufgefallen waren die Namensvettern schon um die Jahrhundertwende dem Literatur- und Kulturhistoriker Adolf Kohut (1848–1917), der sie in seinem Werk *»Berühmte israelitische Männer und Frauen in der Kulturgeschichte der Menschheit, Lebens- und Charakterbilder aus Vergangenheit und Gegenwart«*[273] würdigte.

Ernst Haeckel

Für ein Stimmungsbild zu Kriegsbeginn bietet auch die Analyse des achtzigjährigen Ernst Haeckel (1834–1919) einige Aufschlüsse, die am 14. August 1914 im *Jenaer Volksblatt* erschien. Der Arzt, Zoologe, Philosoph und Freidenker prägte einige heute geläufige Begriffe der Biologie wie »Stamm« oder »Ökologie« und sah in der Politik eine »angewandte Biologie«.[274] Haeckel gründete



Ernst Haeckel (1834–1919)

am 11. Januar 1906 den Deutschen Monistenbund, der, wie auch andere Freidenkerorganisationen, 1933 von den Nationalsozialisten verboten wurde. Für sie waren wesentliche Teile von Haeckels Weltbild unvereinbar mit der völkisch-biologischen Sichtweise.[275]

»Entsetzt, ja betäubt, steht seit 8 Tagen die Kultur-Menschheit vor einer der größten Katastrophen der ganzen Weltgeschichte, vor dem plötzlichen Ausbruch eines Weltkrieges, dessen furchtbare Folgen gar nicht abzusehen sind.«[276] Mit diesem Satz leitete Haeckel seinen Artikel ein, um dann fortzufahren: *»Alles was die leidende Menschheit bisher an Kriegsunglück erduldet hat, alle Greuel des Massenmordes, der Länderverwüstung, der Familienzerstörung, tritt zurück vor diesem universalen Weltbrande, der die ganze, in sechs Jahrtausenden mühsam errungene Kultur zu verschlingen droht. Diese furchtbare Tatsache ergibt sich für jeden gebildeten und klar denkenden Menschen aus der unbefangenen Betrachtung der ganzen heutigen Weltlage und namentlich der erstaunlichen Fortschritte, welche die moderne Wissenschaft und Technik im letzten halben Jahrhundert, ganz besonders in den letzten dreißig Jahren gemacht hat.«*

Für Haeckel gab es keinen Zweifel, dass der Krieg sich ausdehnen und alle bisherigen Kriege weit übertreffen werde – dass also ein *»Weltkrieg«* bevorstand. Als Gründe zählte Haeckel die Vervollkommnung der modernen Waffen aller Art, die Überwindung von Zeit und Raum durch die moderne Elektrik und die Maschinenausbildung auf. Ergänzt durch die gewaltigen Fortschritte der Wissenschaft, vor allem der Physik und Chemie, und angesichts der kommenden, unermesslichen Opfer an Gut und Blut, an Menschenleben und Vermögen stelle sich die Frage nach den *»wahren Ursachen dieses ungeheuerlichen Weltbrandes, nach dem Volke oder dem führenden Manne, welcher vor dem Richterstuhle der Weltgeschichte die beispiellose Blutschuld an diesem internationalen Vernichtungskampfe auf sich zu nehmen haben wird.«*

Schon in den ersten Kriegstagen kritisierte Haeckel, dass englische, französische und russische Zeitungen die ganze Schuld für den Kriegsausbruch auf Deutschland abwälzten. Dabei hätten diese Länder den Kaiser anlässlich

seines 25-jährigen Regierungsjubiläums als »Friedenskaiser« gefeiert. Vielmehr habe sich doch die Entente cordiale seit Jahren vorgenommen, den mitteleuropäischen Dreibund zu zerstören und vor allem Deutschlands Großmachtstellung zu vernichten. Haeckel verweist auf die Thronrede Kaiser Wilhelm II. vom 4. August, wo er im Reichstag die Gründe für Feindseligkeiten gegenüber Deutschlands aufzählte: »... *der Neid um das Gedeihen unseres teuren Vaterlandes, die Eifersucht auf dessen wachsende Macht, den Ärger über unseren erfolgreichen Wettbewerb in friedlicher Arbeit.*« Akribisch listet Haeckel die Motive der einzelnen Entente-Staaten auf: »*Rußland wird jetzt, 14 Tage nach Ausbruch des Krieges, gewöhnlich der größte Teil der Blutschuld zugeschoben, weil es Anfang August zuerst den Angriff auf den mitteleuropäischen Dreibund eröffnet ... Allein der schwache Zar Nikolaus, den man als absoluten Selbstherrscher dafür zunächst verantwortlich machen will, ist nur ein willenloses Werkzeug in der Hand der kriegslustigen Großfürsten und Offiziere, im Verein mit der russischen Beamtenwelt, die wegen ihrer Bestechlichkeit und Habgier den schlechtesten Ruf in den gesamten europäischen Regierungskreisen besitzt.*«

Frankreich sei als Gläubiger des schwer verschuldeten Russlands mit dessen Interessen verknüpft, auch sei unter Teilen der französischen Bevölkerung der Ruf nach »Revanche« lebendig. Die meisten jedoch seien keineswegs von Kriegslust erfüllt und hätten den Ausbruch des Weltkriegs gern vermieden. In Frankreich wie in Russland sei es im Grunde nur »*eine kleine, aber mächtige Partei*«, welche jetzt zum Krieg mit Deutschland treibe, voran die ehrgeizigen Generäle und Offiziere und jene beschränkten Chauvinisten, welche allein die »Grande Nation« als berechtigte Weltherrscherin anerkennen und selbst auf das verbündete England mit stolzer Verachtung herabsehen.

Aus Sicht Haeckels trifft England der größte Teil der schweren Verantwortung für den Ausbruch des Weltkriegs. Mit dem Vorwand der Neutralitätsverletzung Belgiens (vgl. S. 203) schien der ersehnte Augenblick gekommen, so Haeckel, »*den längst geplanten Überfall auf das Deutsche Reich auszuführen, einzig und allein seine britische Weltmacht zu stärken, ohne jede Anwandlung von christlichem Altruismus, den es theoretisch auf seine Fahne schreibt – ohne jede Rücksicht auf Wohl und Wehe der übrigen Menschheit, und zunächst der germanischen Schwester-Nation. Geschützt durch seine isolierte geographische Lage, gestützt auf die große Seemacht, gestärkt durch unversiegliche Geldquellen, allmächtig durch seinen ausgedehnten Kolonialbesitz, kann das britische Reich allen Ansprüchen auf Recht und Gerechtigkeit offen Hohn sprechen.*« Am Tag nach der vorbereiteten Kriegserklärung an Deutschland ließ sich das englische Parlament durch die

»gleißnerischen Reden seines intriganten Ministers Sir Edward Grey bewegen, fast einstimmig die Mittel zum Kriege gegen Deutschland zu bewilligen. Nur ein einziges Parlamentsmitglied hatte den Mut, dagegen zu stimmen. Doch ist es zweifellos, daß viele Tausende vernünftiger, besonnener und ehrlicher Engländer dessen Ansicht teilen und die Neutralität zu erhalten wünschen. Dazu gehörten auch drei der besten Mitglieder des englischen Ministeriums, darunter der ausgezeichnete John Morley; sie legten wenige Tage darauf ihre Stellen nieder, um sich nicht an der Blutschuld dieses wahnsinnigen Krieges zu beteiligen.«

Für Haeckel stand das Schicksal der ganzen Welt auf des Messers Schneide. Die welthistorische Entscheidung zugunsten des Friedens, des Rechts und des Guten habe in der Hand Englands, seiner Regierung und seines Parlamentes, gelegen. Es habe sich aber für den Krieg, das Verbrechens und das Böse entschieden; die entsetzlichen Folgen seien in ihrem ganzen Umfang gar nicht abzusehen. *»Der Fluch von Millionen unglücklicher Menschen fällt auf das Haupt des britischen Inselstaates, dessen schrankenloser nationaler Egoismus keine anderen Ziele kennt als die Ausdehnung der britischen Herrschaft über den ganzen Erdkreis, die Ausbeutung aller anderen Nationen zu seinem Vorteil und die Ausfüllung seines unersättlichen Geldbeutels mit dem Golde aller übrigen Völker! Und dabei brüstet sich diese stolze englische Nation heuchlerisch mit der Maske des Christentums! Sie ist stolz auf ihre unzähligen Missionäre und ihre frommen Bibelgesellschaften, welche mit dem Lichte des Evangeliums alle Völker beglücken sollen, jenes Evangeliums der allgemeinen Menschenliebe, dessen Altruismus zu den egoistischen Grundsätzen des weltbeherrschenden und weltausbeutenden Englands im schneidendsten Gegensatze steht.«*

Die englische Entscheidung für den Krieg sei für die ganze Kulturwelt und ihre Zukunft von unabsehbarer Bedeutung. Der Krieg gegen Russland und Frankreich sei schon eine schwere Herausforderung für Deutschland. *»Dadurch aber, daß auch England am 4. August uns den Krieg erklärte, ist die politische und strategische Lage völlig verändert worden. Jetzt müssen wir einen harten Kampf auf Tod und Leben gegen drei Fronten bestehen, gegen zwei mächtige Landheere in Ost und West und gegen die größte Seemacht der Welt, die unsere Flotte, unsere Seeküsten, unsere außereuropäischen Kolonien mit dem Untergang bedroht. Erst dadurch – allein durch die Schuld Englands – ist der gefürchtete ›Europäische Krieg‹ zu einem universalen Weltkrieg von beispielloser Ausdehnung geworden! Denn nun werden alle anderen Nationen des Erdballs, mögen sie wollen oder nicht, direkt oder indirekt in Mitleidenschaft gezogen werden.«* Haeckel sieht England ausschließlich durch das Ränkespiel des Außenministers Edward Grey in diese Situation gebracht.

Er habe seit langen Jahren an dem großen eisernen Spinnennetz gewebt, *»von dem Deutschland rings umfangen und erwürgt werden soll. Er hat jetzt den rechten Augenblick für gekommen erachtet, um den Knoten zuzuziehen und den natürlichen Todfeind Englands, das slawische Rußland, als Spießgesellen zur Ermordung des verhaßten Deutschlands zu benutzen.«*

Grey sei der Testamentsvollstrecker des verstorbenen Königs Eduard VII., jenes *»fluchwürdigen Fürsten deutschen Geblüts«*, dessen wichtigste Tätigkeit während seiner Regierungszeit in der vollständigen *»Einkreisung Deutschlands«* bestanden habe. Dagegen käme weder dem schwachen russischen Zaren Nikolaus II. noch dem ehrgeizigen französischen Präsidenten Poincare besondere Verantwortung zu.

Auf Großbritanniens Anspruch auf die alleinige Seeherrschaft anspielend, verweist Haeckel auf die Völkergeschichte. Sie *»lehrt uns mit genügender Deutlichkeit, daß eine dauernde Universal-Herrschaft eines einzigen Volkes überhaupt nicht möglich ist. Wie lange hat das griechische Reich Alexander des Großen bestanden? Wie lange das ›Weltreich‹ der römischen Cäsaren? – oder das spanische Reich Philipps II.? – oder das gallische Reich Napoleons I.? – Im zwanzigsten Jahrhundert, wo die nationalen Interessen der Völker und ihre internationalen Beziehungen mannigfaltiger und verwickelter sind als je zuvor, wo die größeren Kulturstaaten bestrebt sind, ein erträgliches politisches Gleichgewicht herzustellen, erscheint der Traum eines allbeherrschenden Universal-Reiches absurder denn je zuvor.«*

Am 5. August habe Grey in einer denkwürdigen, an jesuitischen Trugschlüssen und Entstellungen der historischen Tatsachen reichen Rede vor dem englischen Parlament seine Kriegserklärung gegen Deutschland zu rechtfertigen versucht und offen seine Befürchtung ausgesprochen. Sollten nämlich Deutschland und Österreich siegen, könnte ein Vereinigtes Westeuropa entstehen (der von Walther Rathenau 1913 angedachte mitteleuropäische Wirtschaftsraum, vgl. S. 115 f.). Um das zu verhindern, müsse England schon jetzt beiden Staaten in den Rücken fallen, *»mit seiner übermächtigen Flotte unsere schwächere Seemacht vernichten und dann sein Imperium auch über den Kontinent ausdehnen«*. Frankreich aber würde sich später dem *»großen Friedensbunde der Vereinigten Kontinentalstaaten Westeuropas zuwenden, welcher unserm gequälten Erdteil endlich Ruhe geben und ihn ebenso gegen die brutalen Angriffe des slawischen Rußlands von Osten schützen wird, wie gegen die unablässigen Ränke des heuchlerischen Englands von Westen«*.

Am Ende seines Artikels schreibt Haeckel, dass er seine Anklage gegen England *»mit blutendem Herzen«* verfasst habe. Seit mehr als sechzig Jahren ge-

höre er zu den Gelehrten, welche für die gewaltige Kulturarbeit Großbritanniens die höchste Anerkennung hegten. Seit er 1866 zum ersten Mal englischen Boden betreten und in London das großartige Getriebe der Weltstadt kennengelernt habe, habe er in ihren reichen Museen und wissenschaftlichen Instituten eine erstaunliche Fülle edelsten Bildungsstoffs entdeckt. Die Energie und Schaffenskraft des britischen Volkes habe ihn mit aufrichtiger Bewunderung erfüllt. Hinzu kam die höchst anregende persönliche Bekanntschaft mit weltberühmten Koryphäen, die damals in und bei London lebten: Charles Darwin, Charles Lyell, Thomas Huxley und Alfred Wallace, Joseph Hooker und John Lubbock (Lord Avebury). Daneben habe Haeckel weitere bedeutende Männer der Wissenschaft und mit ihnen die vortrefflichen Seiten des britischen Nationalcharakters kennengelernt; *»sie alle kannten und schätzten auch deutsches Wesen und deutsche Wissenschaft. Sie alle würden, wenn sie noch lebten, den heimtückischen Überfall Deutschlands durch England aufs Härteste verurteilt haben. Wie oft sprachen wir davon, daß die beiden germanischen Schwesternationen zu gemeinsamen höchsten Kulturzielen eng verbunden zu arbeiten hätten! Und nun ist jetzt dieses schöne Band grausam zerrissen!«*

Letzte Versuche, den Krieg aufzuhalten

In England wurde die Aussicht auf eine britische Beteiligung an einem europäischen Krieg von den Medien mit Widerwillen betrachtet. Am 29. Juli machte etwa die *Daily News* die Abscheu davor deutlich, dass britisches Leben *»im Namen der russischen Hegemonie über die slawische Welt«* geopfert werden könnte.[277] Am 1. August 1914 überschrieb der liberale Chefredakteur Alfred George Gardiner seinen Artikel mit dem Titel »Warum wir nicht kämpfen dürfen«. In seinen Augen bestanden zwischen Großbritannien und Deutschland keine grundsätzlichen Interessenkonflikte. Dagegen würde bei einer Zerschlagung des Deutschen Reiches über Europa und Asien eine russische Diktatur installiert. Und die konservative *Yorkshire Post* zweifelte, *»ob England im Fall eines österreichisch-deutschen Sieges über die französisch-russische Allianz wirklich schlechter dastehen würde als bei einem französisch-russischen Sieg«*[278] Die Redakteure konnten keinen Grund erkennen, weshalb Großbritannien da hineingezogen werden sollte. Ein ähnlicher Tenor findet sich im *Oxford Chronicle* vom 31. Juli 1914: Es sei Pflicht der Regierung, *»den Streit zu begrenzen und sich tunlichst herauszuhalten«*[279].

Eine Ausnahme bildete die *Times,* die unnachgiebig am 27., 29. und 31. Juli für eine Intervention plädierte. Das wundert kaum, wenn man berücksichtigt, dass Herausgeber Geoffrey Robinson ein Bekannter General Henry Wilsons war und zudem Henry W. Steed für die Zeitung arbeitete (vgl. S. 69 sowie 157).

An dem Tag, als sich die Schwungscheiben des Krieges langsam zu drehen begannen, wurde der vehementeste Verfechter für die Sache des Pazifismus, Jean Jaures, in einem Pariser Cafe von dem französischen Nationalisten Raoul Villain ermordet. Jaures war bei den politisch Rechten verhasst, weil er sich im und außerhalb des Parlaments leidenschaftlich gegen den Krieg eingesetzt und für eine Verständigung mit Deutschland plädiert hatte. Nach dem Krieg und entsprechend langer Untersuchungshaft wurde der Mörder am 29. März 1919 freigesprochen.

Ende 2014: US-Repräsentantenhaus forciert Krieg gegen Russland

Am 4. Dezember 2014 wurde vom US-Repräsentantenhaus die Resolution 758 mit 411 Ja- gegen 10 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen angenommen – sie stellt das österreichische Ultimatum an Serbien von 1914 weit in den Schatten (vgl. S. 175 ff.). In dem Beschluss, dem der Senat allerdings noch zustimmen muss, wird das Vorgehen der Russischen Föderation gegenüber der Ukraine unter Präsident Wladimir Putin scharf verurteilt: als eine Politik der Aggression gegen Nachbarstaaten mit dem Ziel der politischen und wirtschaftlichen Dominanz. Einer langen Reihe fraglicher Vorwürfe sowie einem aus Halbwahrheiten bestehenden Sündenregister folgen 22 Forderungen, die den Kongress und den US-Präsidenten zu Handlungen zwingen sollen. Sie werden u. a. gedrängt, den Abzug russischer Truppen von ukrainischem Territorium durchzusetzen sowie darauf hinzuwirken, dass die Verbündeten in Europa und anderen Staaten der Welt gezielt Sanktionen gegen Russland verhängen. Moskau aber stellt seine militärische Präsenz im Krisengebiet in Abrede, zudem fehlt jede internationale Bestätigung, z. B. durch die OSZE.

Ron Paul, republikanischer Abgeordneter und Präsidentschaftsbewerber vermutlich auch 2016, kommentierte die Resolution unter der Überschrift »Kongress erklärt Russland rücksichtslos den Krieg« und warnt vor einer Eskalation.[280]

Wesentliche Akteure am Vorabend des Ersten Weltkriegs

Deutsches Reich

Kaiser Wilhelm II. *(1859–1941)*

Theobald von Bethmann Hollweg *(1856–1921), Reichskanzler*

Gottlieb von Jagow *(1863–1935), Außenminister*

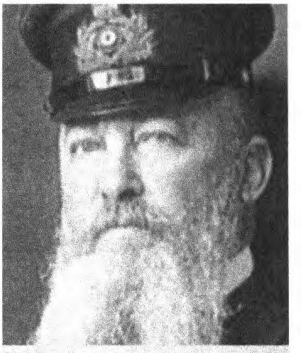
Karl Max Fürst von Lichnowsky *(1860–1928), Botschafter in London*

Friedrich Graf von Pourtalès *(1853–1928), Botschafter in St. Petersburg*

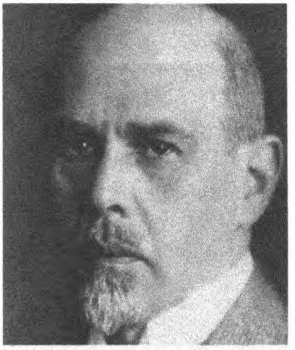
Johann Heinrich Graf von Bernstorff *(1862–1939), Botschafter in Washington*

Erich von Falkenhayn
(1861–1922), Kriegsminister

Helmuth von Moltke
(1848–1916), Chef des Generalstabs



Alfred von Tirpitz
(1849–1930), Großadmiral und Staatssekretär im Reichsmarineamt



Walther Rathenau
(1867–1922), Unternehmer und Minister

Max M. Warburg
(1867–1946), Bankier und Berater des Kaisers

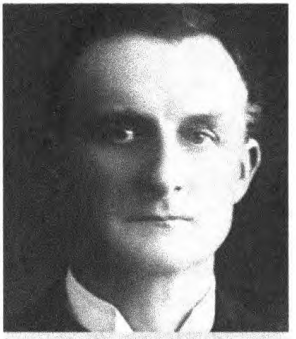
Albert Ballin
(1857–1918), Reeder

Großbritannien/Britisches Empire

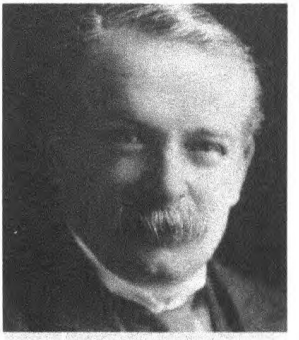
König George V.
(1865–1936)

Herbert H. Asquith
(1852–1928), Premierminister

Richard Haldane
(1856–1928), Lordkanzler

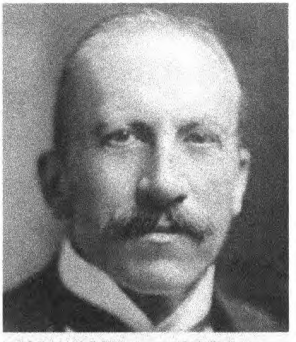


Edward Grey *(1862–1933), Außenminister*

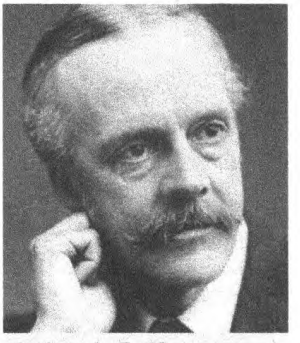


David Lloyd George *(1863–1945), Schatzkanzler*

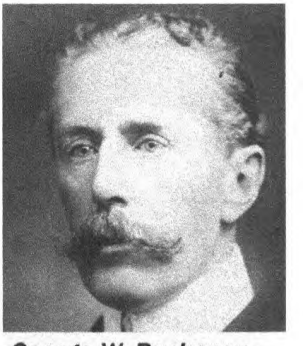
Winston Churchill *(1874–1965), Erster Lord der Admiralität (Kriegsmarineminister)*



Alfred Milner *(1854–1925), Begründer der Round-Table-Bewegung*



Arthur J. Balfour *(1848–1930), führender konservativer Politiker*



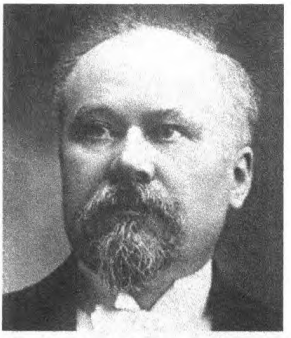
George W. Buchanan *(1854–1924), Botschafter in Petersburg*

Herbert Kitchener *(1850–1916), Feldmarschall*

John French *(1852–1925), Oberbefehlshaber der Britisch Expeditionary Force (BEF)*

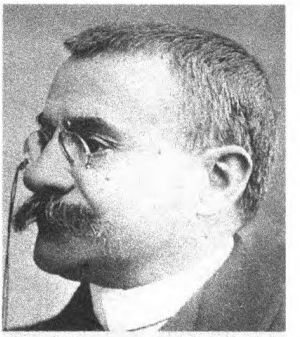
Henry Hughes Wilson *(1864–1922), Verbindungsoffizier zum franz. Generalstab*

Frankreich



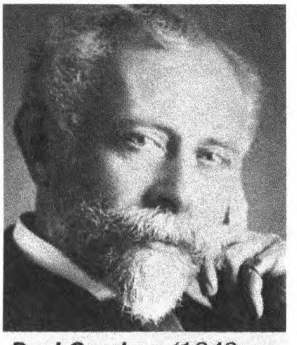
Raymond Poincaré *(1860–1934), Staatspräsident und Außenminister*

René Viviani *(1863–1925), Ministerpräsident und Außenminister*

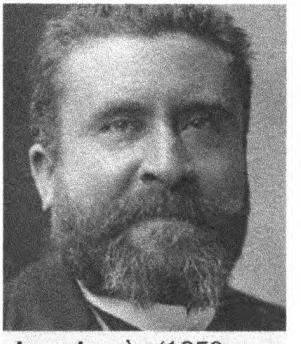


Théophile Delcassé *(1852–1923), Botschafter in St. Petersburg*

Maurice Paléologue *(1859–1944), Botschafter in St. Petersburg*



Paul Cambon *(1843–1924), Botschafter in London*



Jean Jaurès *(1859–1914), Abgeordneter der Nationalversammlung*

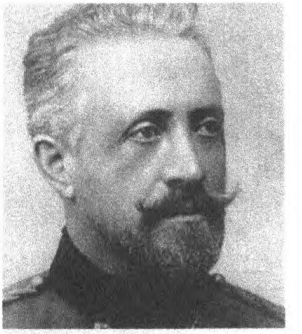
Ferdinand Foch *(1851–1929), General*

Joseph Joffre *(1852–1931), Chef des Generalstabs*

Zarenreich/Russland

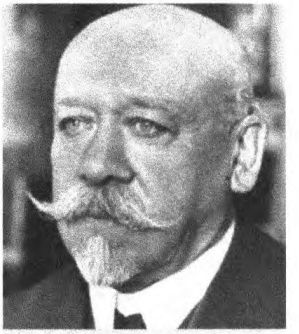
Zar Nikolaus II. *(1868–1918)*

Zarin Alexandra Fjodorowna *(1872–1918)*



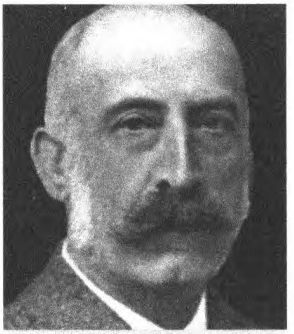
Nikolai Nikolajewitsch *der Jüngere (1856–1929), General*

Sergej D. Sasonow *(1860–1927), Außenminister*

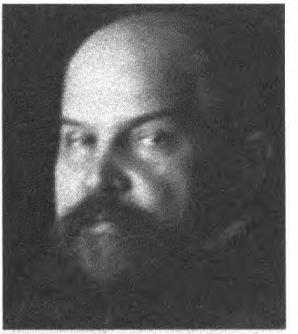


Wladimir A. Suchomlinow *(1848–1926), Kriegsminister*

Alexander P. Iswolski *(1856–1919), Botschafter in Paris*



Alexander K. Benckendorff *(1849–1917), Botschafter in London*

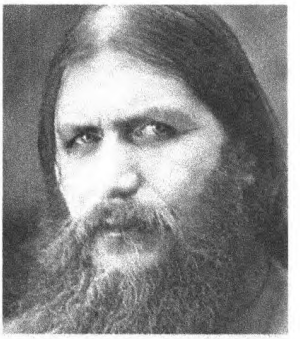


Nikolaus von Hartwig *(1857–1914), Botschafter in Belgrad*

Viktor A. Artamanow *(1873–1942), Militärattaché in Belgrad*

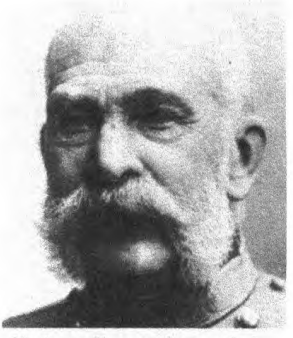
Wladimir Purischkewitsch *(1870–1920), Führer der Ultrakonservativen*

Felix Jussupow *(1887–1967), Duma-Mitglied*



Grigori E. Rasputin *(1869–1916), Heiler und Ratgeber am Zarenhof*

Österreich-Ungarn



Kaiser Franz Joseph I. *(1830–1916)*

Franz Ferdinand *(1863–1914), Erzherzog und vorgesehener Thronfolger*

Leopold Graf Berchtold *(1863–1942), K.-u.-k.-Außenminister*

István Tisza *(1861–1918), ungarischer Ministerpräsident*

Wladimir Giesl von Gieslingen *(1860–1936), K.-u.-k.-Gesandter in Belgrad*

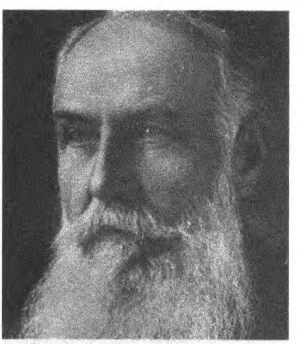
Friedrich Ritter von Wiesner*, Leiter der Untersuchungskomm. des Thronfolgermordes*

Franz Conrad von Hötzendorf *(1852–1925), Chef des Generalstabs*

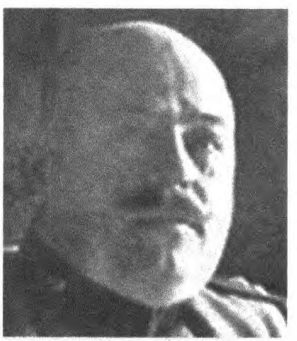
Oskar Potiorek *(1853–1933), Oberbefehlshaber der Balkanstreitkräfte*

Serbien

Prinzregent Alexander I. *(1888–1934)*



Nikola Pašić *(1845–1926), Ministerpräsident*



Dragutin Dimitrijević, *gen. Apis (1876–1917), Chef des Militärgeheimdienstes*

Milenko Vesnić *(1862–1921), Gesandter in Paris*

Jovan M. Jovanović *(1869–1939), Gesandter in Wien*

Milan Gavrilović *(1882–1976), Sekretär des Premierministers und Außenminister*

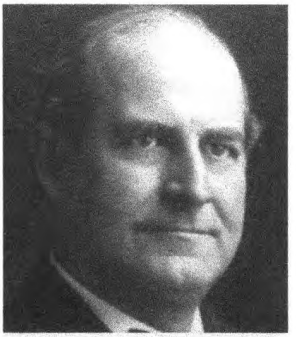
Božidar Janković *(1849–1920), General*

Vojislav Tankosić *(1881–1915), Major*

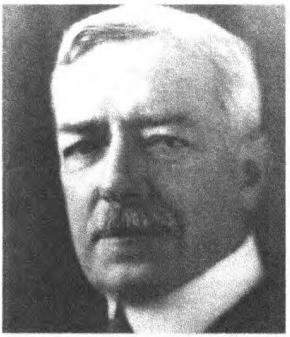
Vereinigte Staaten von Amerika

Woodrow Wilson *(1856–1924), Präsident*

»Colonel« Edward Mandell House *(1858–1938), Berater des Präsidenten*

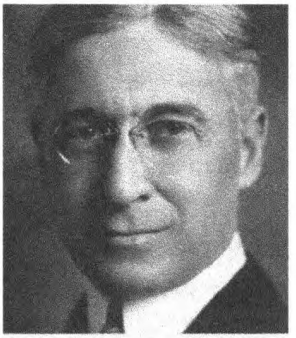


William J. Bryan *(1860–1925), Außenminister*



Robert Lansing *(1864–1928), stellv. Außenminister*

Franklin D. Roosevelt *(1882–1945), Staatssekretär im Marineministerium*

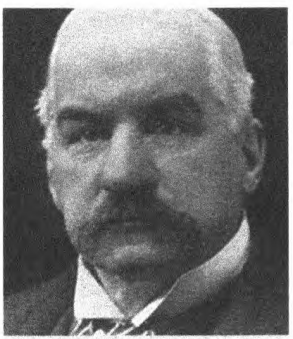


Bernard Baruch *(1870–1965), Börsenspekulant*

Robert »Bob« LaFollette *(1855–1925), republikanisches Kongressmitglied*

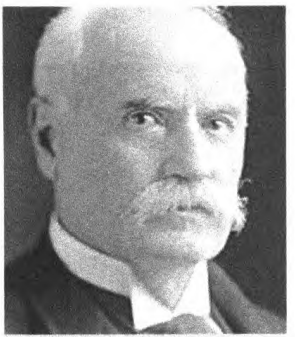
Walter Hines Page *(1855–1918), Botschafter in London*

Henry Morgenthau sr. *(1856–1946), Botschafter in Konstantinopel*



J. P. Morgan *(1837–1913), Bankier*

Paul M. Warburg *(1868–1932), Bankier*



Nelson W. Aldrich *(1841–1915), republikanischer Senatsführer*

Das alte Europa marschiert in den Abgrund

Mobilmachung allerorten

Sonnabend, 1. August 1914

Am Samstag, dem 1. August 1914 erfolgte um 16 Uhr 55 die französische Mobilmachung und fünf Minuten später die deutsche. England mobilisierte die Flotte. Um 18 Uhr, nach Ablauf des deutschen Ultimatums an Russland, überreichte der deutsche Botschafter in St. Petersburg, Graf Pourtales, die Kriegserklärung. Fast gleichzeitig überschritten die ersten russischen Kavallerie-Aufklärungseinheiten die deutsche Grenze in Ostpreußen – und noch am selben Tag fielen an der östlichen Grenze in der Ortschaft Prostken die ersten Schüsse.

Sonntag, 2. August 1914

Am Vormittag des 2. August besetzten deutsche Truppen Luxemburg mit dem Ziel, die Eisenbahn unter Kontrolle zu bringen. In Posen wurde derweil das Oberkommando der 8. Armee aufgestellt und tags darauf nach Marienburg verlegt, um die Verteidigung Ostpreußens aufzunehmen. Russische Truppen stießen in die Kreise Memel und Heydekrug vor. Während sich der überwiegende Teil diszipliniert und korrekt gegenüber der Zivilbevölkerung verhielt, kam es vielerorts zu Übergriffen, insbesondere durch Kosaken und sibirische Truppen. Aus den gefährdeten Grenzdörfern begannen die Einwohner zu fliehen. Die ersten Kompanien, Bataillone und Regimenter der 1. Armee machten sich abmarschbereit.

Noch ehe deutsche Truppen belgisches oder französisches Gebiet betreten hatten – Luxemburg ausgenommen –, gab England die Mobilmachung seiner schon seit Mitte Juli kriegsbereiten Flotte offiziell bekannt. Die Planungen für die Expeditionsstreitkräfte waren abgeschlossen und warteten nur auf den Befehl für die Anlandung auf dem Kontinent. Großbritannien war am 2. August kriegsbereit! Spielraum für eine Verständigung gab es nicht.

In London beugte sich an diesem Sonntagnachmittag das englische Kabinett widerstrebend Greys Forderung, im Falle deutscher Angriffshandlungen der französischen Flotte zu Hilfe zu kommen, welche aufgrund der vorangegangenen Kriegsplanungen zum Großteil im Mittelmeerraum zusammengezogen worden war. Die englische Flotte sollte allein den Kanal sichern. Grey überreichte Botschafter Cambon nachfolgenden Text: »*Wenn die deutsche Flotte in den Kanal oder durch die Nordsee vorstößt, um feindliche Handlungen gegen die französischen Küsten oder die französische Schifffahrt zu begehen, wird die britische Flotte jeden in ihrer Macht stehenden Schutz gewähren.*«[1]

Obwohl Grey gegenüber dem Kabinett nicht unerwähnt ließ, dass aus der Zusage nicht das Versprechen abgeleitet werden könne, mit Frankreich in einen Krieg gegen Deutschland einzutreten, traten die Minister Lord John Morley und John Burns zurück, während Lloyd George noch zweifelte. Die liberale Partei drohte zu zerbrechen. Das veranlasste den Tatmenschen Churchill, auf eigene Verantwortung mit den Tories, seiner früheren Partei, zu verhandeln mit dem Ziel einer großen Koalition zwischen Liberalen und Konservativen. Lord Balfour, der frühere konservative Premierminister, erklärte sich dazu bereit, damit das Land nicht durch eine Antikriegsbewegung gespalten würde.

Um Mitternacht telegrafierte Reichskanzler Bethmann Hollweg nach London: »*Nach absolut zuverlässigen Meldungen hat sich Frankreich heute gegen uns folgende Übergriffe erlaubt:*

1. *Französische Kavalleriepatrouillen haben heute am frühen Nachmittag die Grenze bei Altmünsterol im Elsaß überschritten.*
2. *Ein französischer Fliegeroffizier ist bei Wesel aus der Luft geschossen worden.*
3. *Zwei Franzosen haben versucht, Aachener Tunnel an der Moselbahn zu sprengen und sind dabei erschossen worden.*
4. *Französische Infanterie hat im Elsaß Grenze überschritten und geschossen. Bitte das sofort dortiger Regierung mitteilen und Sir Edward Grey ernstlich vorhalten, in welche gefahrvolle Lage Deutschland durch diese wider Treu und Glauben erfolgenden Provokationen gebracht und zu den ernstesten Beschlüssen gedrängt werde. Ew. Exzellenz wird es, wie ich hoffe, gelingen, England davon zu überzeugen, daß Deutschland, nachdem es den Friedensgedanken bis an die äußerste Grenze des Möglichen vertreten hat, durch seine Gegner in die Rolle des Provozierten gedrängt wird, der, um seine Existenz zu wahren, zu den Waffen greifen muß.*«[2]

Noch in der Nacht tauchten Kosakeneinheiten bei Groß Czymochen, nordöstliches Masuren im heutigen Polen, auf. Die nahe gelegene Kreisstadt Marggrabowa wird am 14. August die erste deutsche Stadt in russischer Hand sein.

Am Vormittag entschloss sich Belgien, seine sechs Divisionen kriegsbereit an der Landesgrenze zu Deutschland aufmarschieren zu lassen. Um 11 Uhr wurde die englische Regierung darüber informiert, und nur eine halbe Stunde später traf bei Lordkanzler Haldane eine Erklärung vom Führer der Konservativen ein. Darin hieß es, dass es für die Ehre und Sicherheit des Vereinigten Königreiches verhängnisvoll sein werde, wenn man zögere, Frankreich und Russland zu unterstützen.[3] Das rückständige, autokratische Russland als Verbündeter – die Pogrome von 1905 ließen noch im Nachhinein erschaudern – war für die meisten liberalen Minister ein Bissen, der Brechreiz auslöste. Nun legten auch Sir John Simon und Lord Beauchamp ihre Ämter nieder.

Am Nachmittag gegen 15 Uhr trat Außenminister Grey vor das Unterhaus und erklärte in der ersten offiziellen und öffentlichen Stellungnahme der Regierung zur Krise den offensichtlich ahnungslosen Abgeordneten, dass sich England auf den in Europa beginnenden Krieg bisher in keiner Weise festgelegt habe. Nun musste Grey der doppelte Rittberger gelingen: Zunächst war seine eigene pazifistische Partei von der Notwendigkeit des Krieges zu überzeugen und dann das älteste und geübteste Parlament der Welt dazu zu bewegen, Frankreich zu unterstützen, ohne dass es dazu verpflichtet war. Dazu musste Deutschland als militärischer Aggressor dastehen, z. B. durch eine Neutralitätsverletzung Belgiens. Darüber stülpte er einen Appell an die britische Ehre und den Verweis auf die Verteidigung Englands wahrer Interessen. Grey, so Barbara Tuchman, stand nun dort, *»wo dreihundert Jahre lang in großem Stil über Außenpolitik debattiert worden war, und ohne so glänzend wie Burke und so durchschlagend wie Pitt zu sein, ohne die Meisterschaft eines Canning oder den leichten Mut eines Palmerston zu besitzen, ohne ein vollendeter Redner wie Gladstone oder ein Mann vom Esprit eines Disraeli zu sein, mußte er den Kurs der britischen Außenpolitik unter seiner Leitung rechtfertigen; und den Krieg, den sie nicht verhindern konnte. Er mußte die Gegenwart überzeugen, dem Vergleich mit der Vergangenheit standhalten und für die Nachwelt sprechen.«*[4]

Der geschickte Taktiker Grey konnte sich auf seine *»drei liberal-imperialistischen Partner«* verlassen: Asquith, Haldane und Churchill. Und auf seinen Generalstab, der seit Jahren alle notwendigen Vorkehrungen bis ins kleinste De-

tail getroffen hatte. Deren Umfang war – ebenso wie in Paris, St. Petersburg oder Berlin, den meisten Ministern und dem Parlament vorenthalten worden, da Grey wusste, dass viele überzeugte Gegner einer Intervention waren. Zudem traute ihm ein großer Teil seiner eigenen Partei außenpolitisch nicht über den Weg.

Verschleierung und Desinformation gehen häufig einem Krieg voraus, so auch 1999 beim Jugoslawien- bzw. Kosovokrieg, für den sich der Begriff »Albright's War« eingebürgert hat: Nachdem die amerikanische Außenministerin zusammen mit dem deutschen Vizekanzler und Außenminister Joschka Fischer erklärt hatte, dass die Verhandlungen in Rambouillet am Nein des jugoslawischen Regierungschefs Slobodan Milosevic gescheitert seien, begannen am 25. März die NATO-Luftangriffe auf Restjugoslawien. Ein Berater Albrights bestätigte später, dass zielgerichtet die nötige Vorarbeit für den Luftkrieg geleistet wurde: »*Wir machten uns keine Illusionen darüber, daß die Serben schnell unseren Forderungen nachgeben und alles in Rambouillet lösen würden. Es war unsere höchste Priorität, die Europäer dazu zu bringen, sich vereint hinter die Luftschläge zu stellen, indem wir den Aggressor und das Opfer klar definierten.*«[6]

Doch was steckte hinter dem Nein Milosevics? Er hatte sich geweigert, den nachgefugten Anhang B des Vertrags zu unterschreiben und sein Land

Protestaktion Münchner Studenten gegen die NATO-Bombardierung Jugoslawiens: Obgleich orthografisch nicht korrekt, ist die Postkarte doch recht originell

damit der NATO auszuliefern. Dort hieß es in Art. 6a: »*Die NATO genießt Immunität vor allen rechtlichen Verfahren, ob zivil-, verwaltungs- oder strafrechtlich.*«[7] Die Inhalte des Anhangs aber waren dem Kanzler sowie dem Kabinett und dem Parlament vorenthalten worden, auch Oskar Lafontaine erfuhr davon erst später aus der Presse,[8] ebenso die verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen, Angelika Beer, die später äußerte: »*Hätte ich das gewusst, hätte ich dem Kriegseinsatz nicht zugestimmt.*«[9] Völkerrechtler Christian Tomuschat befand: »*Auf Bedingungen wie den völlig überzogenen Artikel 8*[10] *des Annex B zum Rambouillet-Abkommen braucht sich ... keine Regierung einzulassen.*«[11] Der republikanische US-Politiker George Kenney erkannte wie viele andere Kritiker in dem heuchlerischen Rambouillet-Plan einen Vorwand für die Bombardierung.[12]

Der Vorgang veranlasste das »Antifaschismus-Referat« des AStA der Uni München zu einer ungewöhnlichen Postkartenaktion, die unter Vernachlässigung der anglo-amerikanischen Beteiligung einen größeren geschichtlichen Zusammenhang herstellte (siehe Abb. linke Seite). Die Urheber dieses Postkartenmotivs wurde vier Monate lang während der heißen Phase des Kriegs von der Münchner Polizei und Staatsanwaltschaft verfolgt. Erst nach erfolgreicher Besetzung des Kosovo wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt.

Am 3. August 1914 überbrachte der deutsche Botschafter dem französischen Präsidenten gegen 18 Uhr 45 die Kriegserklärung an Frankreich. Darin hieß es u. a.: »*Französische Truppen haben schon gestern bei Altmünsterol und auf Gebirgsstraßen in den Vogesen deutsche Grenze überschritten und stehen noch auf deutschem Gebiet. Französischer Flieger, der belgisches Gebiet überflogen haben muß, wurde bei Versuch, Eisenbahn bei Wesel zu zerstören, schon gestern herabgeschossen. Mehrere andere französische Flugzeuge sind gestern über Eifelgebiet zweifelsfrei festgestellt. Auch diese müssen belgisches Gebiet überflogen haben. Gestern warfen französische Flieger Bomben auf Bahnen bei Karlsruhe und Nürnberg. Frankreich hat uns somit in Kriegszustand versetzt.*«[13]

Nun atmeten die deutschen Generalstabsoffiziere auf und begannen die Planungen für einen Zweifrontenkrieg umzusetzen. Frankreich wartete ebenfalls mit Meldungen über Grenzverletzungen auf, die Bethmann Hollweg dann am 4. August in seiner Kriegsrede bestätigte. Die deutschen Meldungen, vor allem die über die französischen Fliegerangriffe, konnten im Nachhinein hingegen nicht verifiziert werden. Manche stellten sich später als Falschmeldungen heraus. Hinzu kommt: Die der Kriegserklärung zugrundeliegende Denkschrift der deutschen Regierung vom 3. August war schon 2. August mittags abge-

schlossen und somit manche der französischen Feindseligkeiten vorweggenommen worden. Das wirft in der Tat kein gutes Bild auf die so häufig bemängelte Friedensbereitschaft der deutschen Regierung.

Vordatierte, erfundene oder provozierte Kriegsgründe sind in der jüngeren Geschichte beinahe schon die Regel (vgl. Kriegsplan »Dropshot« S. 389). Bereits 1898 nahmen die Vereinigten Staaten die Kesselexplosion ihres Kriegsschiffes *Maine* als Vorwand, Spanien den Krieg zu erklären und deren Stützpunkte auf Kuba und den Philippinen anzugreifen. Dann der angebliche Beschuss des US-Zerstörers *Meddox* im Golf von Tonking durch nordvietnamesische Schnellboote am 4. August 1964. Bereits am nächsten Tag griffen US-Bombergeschwader Hanoi an. Auch jedem militärisch Ungeschulten musste auffallen, dass es sich vermutlich um einen inszenierten Anlass bzw. Angriff unter falscher Flagge handelte. Denn Kriegshandlungen bedürfen eines zeitlichen Vorlaufs für Planung, Aufklärung und logistische Vorbereitung! Und schließlich Colin Powells denkwürdigen Auftritt vor dem Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen am 5. Februar 2003, wo er für einen Krieg gegen den Irak plädierte, da dieser angeblich im Besitz von Massenvernichtungswaffen sei. Der deutsche UN-Botschafter Gunter Pleuger antwortete nach seiner Pensionierung auf die Frage der *Süddeutschen Zeitung: »Gab es während der Irak-Krise einen Moment im Sicherheitsrat, den Sie nie vergessen werden?«*, auf entwaffnende Weise: *»Ja, der 5. Februar 2003, als US-Außenminister Colin Powell mit einer Diashow belegen wollte, dass der Irak Massenvernichtungswaffen besaß. Es war gespenstisch. Jeder im Saal wusste, dass seine Fakten falsch waren.* Doch niemand protestierte.

Handstreich von Lüttich – der Irrwitz im Detail

Zurück zu den ersten Augusttagen 1914. Im Gegensatz zu Darstellungen der militärischen Gesamtabläufe, wie sie etwa Herfried Münkler mit seinem opulenten Werk »Der Große Krieg«[15] bietet, will der nachfolgende Detailbericht von Geschehnissen an der Westfront die Schrecken, den Wahnsinn und die Irrationalität des Krieges eher wie in einem Brennglas aufzeigen, wo der Bewegungskrieg schon bald zum Stellungskrieg erstarrte.

Die ungünstige geostrategische Lage Deutschlands mag eine Ursache dafür gewesen sein, dass sich die Reichsleitung 1914 auf das halsbrecherische Risiko eines Zweifrontenkrieges einließ. Um diesen möglichst schnell zu entscheiden, mussten die deutschen Truppen zunächst Frankreich innerhalb von 49 Tagen

niederringen, damit anschließend ein Großteil an die Ostfront verlegt werden konnte, wo mit heftigerem Widerstand gerechnet wurde. Dazu war in atemberaubender Schnelligkeit sicherzustellen, dass die Angriffsarmeen durch Belgien durchstoßen konnten, um den Schlieffen-Plan erfolgreich umzusetzen. Das hieß primär, den Festungsgürtel um die Stadt Lüttich zu sprengen. Für den geplanten »Handstreich« setzte man alsbald dafür vorgesehene Truppen in Marsch.

In Quedlinburg standen am Sonntag, dem 2. August, um 15 Uhr, das I. und II. Bataillon (Btl.) mit der Maschinengewehrkompanie feldmarschmäßig auf dem Kasernenhof. Nach der Rede von Oberst von Oven, Kommandeur des Infanterieregiments (Inf.-Rgt.) 165, segnete der Garnisonsgeistliche die Truppe. Um 20 Uhr 30 wurde das I. Btl. unter klingendem Spiel auf dem Marktplatz vom Oberbürgermeister verabschiedet. Um 22 Uhr 40 war es verladen, und der Zug rollte an. Doch wohin? Bald merken die Soldaten, dass es in Richtung Westen ging. Knapp drei Stunden später folgte der Regimentsstab mit Oberst von Oven, das II. Btl. unter Major Graf von Matuschka sowie die Maschinengewehrkompagnie, geführt von Hauptmann Pfaehler, um 3 Uhr 20 das III. Btl. unter Major von Saldern. Kaum am Bahnhof in Aachen angekommen, erhielt die Truppe schon die Befehle für die nächsten 24 Stunden, samt Antreten am Morgen des 4. August.

Inzwischen war auch der Stab des X. Armeekorps aus Hannover eingetroffen. Auf den Befehlshaber, General Otto von Emmich, der mit dem Auto nach Aachen kam, wartete bereits der Oberquartiermeister der 2. Armee, Generalmajor Erich Ludendorff, bis 1913 Chef der sogenannten »Aufmarschabteilung im Großen Generalstab«. Ludendorff war an der Planung des Handstreichs gegen Lüttich beteiligt gewesen und sollte nun die Durchführung überwachen.

Das X. Armeekorps General von Emmichs bestand aus sechs Infanteriebrigaden (11./14./27./34./38./43. Inf.-Brig.) – jede mit Artillerie und anderen Waffen ausgerüstet – sowie drei Kavalleriedivisionen (2./4./9. Kav.-Div.).[16] Für den vierten Mobilmachungstag, also den 5. August, war Folgendes vorgesehen: Die 34. Brigade sollte noch vor Tagesanbruch die Maas bei Visé überschreiten und die Gegend zwischen Slins und Heurele-Romain erreichen. Die 27. Brigade sollte ihre Sicherungen bis an den Südwestrand von Blegny vortreiben und mit ihren beiden 21-cm-Mörser-Batterien das Feuer auf die Forts de Pontisse und de Barchon eröffnen. Für die 38. Brigade war geplant, dass sie das linke Ourthe-Ufer bei Poulseur erreichte, die 43. hatte im Ambleve-Tal vormarschierend die Gegend südlich Poulher zu erreichen. Die 2. und 4. Kavalleriedivision sollte im Norden, in der Nähe zur holländischen Grenze, die Maas überschrei-

ten und gegen Antwerpen–Brüssel–Charleroi aufklären, während die 9. Kavalleriedivision im Süden die Maas zwischen Lüttich und Huy zu überschreiten hatte, um weiter in Richtung Namur und Givet aufzuklären und die Angriffstruppen gegen Namur zu sichern.

In der Mitte, zwischen der 34. und 27. Brigade, sollte die 14. Brigade unter Generalmajor von Wussow den Stoß entlang der Straße von Aachen nach Lüttich zur Kartause und schließlich zur Zitadelle am anderen Maasufer mitten durch eine Kette von sechs Panzerforts (von Nord nach Süd: Fort de Barchon, Fortin d'Evegnee, Fort de Fleron, Fort de Chaudfontaine, Fortin d'Embourg und Fort Boncelles) führen. Direkt an der befohlenen Marschroute befanden sich das Fortin d'Evegnee im Norden und das Fort de Fleron im Süden. Am linken Maasufer gab es weitere sechs Forts und im Stadtbereich die Zitadelle. Die Bewaffnung der Forts bestand aus acht schweren und vier leichten Geschützen (bei den Fortins waren es sieben schwere und drei leichte). Zusätzlich hatten alle 5,7 cm-Schnellfeuergeschütze, die zum beweglichen Einsatz zwischen den Forts vorgesehen waren. Der Durchbruch war für die Nacht vom vierten auf den fünften Mobilmachungstag geplant. Aber noch stand die Uhr.

Die an den Planungen beteiligten deutschen Generalstabsoffiziere dürften den Kriegsschauplatz mit ähnlicher Akribie analysiert haben wie Henry Wilson mit seinen französischen Freunden. Der Handstreich bedeutete einen Gewaltangriff auf eine starke Festung bei schwierigen Geländeverhältnissen. Außerdem war kaum zu erwarten, dass die Belgier ihre mit vielen Kosten erbauten Grenzfestungen bei einem deutschen Einmarsch widerstandslos übergeben würden. Der Durchmarsch musste erzwungen werden, und das hieß: Krieg mit Belgien – einem Land, das mit der politischen Krise überhaupt nichts zu tun hatte. Das 15 Jahre nach Waterloo gegründete Staatengebilde sollte nach dem Willen der Großmächte eine Art Pufferstaat zwischen Deutschland und Frankreich sein.

Für England war Belgien indes nur ein Spielball. Am 23. April 1912 hatte der belgische Generalstabschef, General Jungbluth, im Beisein eines hohen Beamten des Außenministeriums, des Grafen von der Straaten, eine Unterredung mit dem englischen Militärattache in Brüssel, Oberstleutnant Tom Bridges. Straaten hielt in einer Mitschrift den Dialog fest: »*Die englische Regierung hätte während der letzten Ereignisse (Marokkokrisis) unmittelbar eine Landung bei uns (in Belgien) vorgenommen, selbst wenn wir keine Hilfe verlangt hätten.*« Daraufhin wandte der General ein, »*dass dazu unsere Zustimmung notwendig sei.*« Der Militärattache antwortete, dass er das wisse. Da die Belgier aber nicht imstande

wären, die Deutschen abzuhalten, durch ihr Land zu marschieren, *»hätte England seine Truppen in Belgien auf jeden Fall gelandet«.*[17]

Das Deutsche Reich dagegen würde bei einem unerlaubten Durchmarsch durch Belgien in der ganzen Welt als Aggressor dastehen. Mit Sicherheit war die damalige Entscheidung des deutschen Generalstabs nicht alternativlos. Eine Festungsanlage wie Lüttich zu bezwingen, setzte eine kriegsnahe Ausbildung voraus. Der Generalstab hatte die Erlaubnis zu einer solchen Ausbildung bei der Regierung beantragt, sie war jedoch aus politischen Gründen verweigert worden. Nun mussten sich die Soldaten unvorbereitet und ohne Kenntnis des Geländes und der auf sie wartenden Aufgaben in dieses Himmelfahrtskommando stürzen. Die deutsche Führung sah anscheinend keine andere Möglichkeit, als sich gleichzeitig im Osten wie im Westen dem Ansturm feindlicher Armeen erwehren zu müssen. Dabei existierte bis 1913 durchaus ein Alternativplan, der zunächst nur eine Großoffensive gegen Russland vorsah.

Am zweiten Mobilmachungstag, dem 3. August, erreichte um 19 Uhr das I. Btl. des Inf.-Rgt. 165 nach über 20 Stunden Bahnfahrt den Zielort, wurde ausgeladen und zu seinem Biwakplatz am Südwestausgang Aachens geführt. In der Nacht trafen die restlichen Teile des Regiments ein.

Nur wenige Kilometer westwärts, auf belgischer Seite, wurden umsichtig die Abwehrmaßnahmen verstärkt. Um 3 Uhr 30 morgens gaben die Lütticher Forts das Zeichen, alles niederzubrennen oder abzureißen, was das Schussfeld einschränkte. Im Dorf Boncelles wurden 130 Häuser und die Kirche von Pionieren gesprengt. *»Was uns am meisten bewegt, ist die Zerstörung von Wohnhäusern in der Umgebung der Forts, ist das tiefe Elend aller der Unglücklichen, die aus ihren Wohnungen vertrieben sind und ihre Sachen, ihre Möbel forttragen, um sie vor der Zerstörung in Sicherheit zu bringen.«*[18] Am gleichen Tag wurden zudem die im Osten Lüttichs gelegenen Tunnel gesprengt.

Dienstag, 4. August 1914

Am 4. August um 6 Uhr lief das auf zwölf Stunden befristete Ultimatum an Belgien aus. Zur gleichen Zeit brach das Inf.-Rgt. 165 nach einer regnerisch kalten ersten Nacht das Biwak ab. Das III. Btl. wird kaum zum Schlafen gekommen sein. Das mag auch für die anderen Kameraden gegolten haben. Unsicherheit und Aufregung, geschürt durch Gerüchte, dass in den umliegenden Wäldern Franktireurs[19] herumstreifen, ließen vermutlich nur wenige Soldaten

den Schlaf finden. Nachdem Belgien seine Einwilligung für einen deutschen Durchmarsch verweigerte, teilte der deutsche Botschafter in Brüssel der belgischen Regierung mit, dass das Deutsche Reich sich nun gezwungen sehe, die zur *»Abwehr der französischen Bedrohung«* nötigen Maßnahmen notfalls mit Gewalt durchzusetzen.[20] Nun erst wurden die Kommandeure in die kommende Aufgabe, Lüttich handstreichartig zu nehmen, eingewiesen.

Nach Abschluss der Mobilmachung verfugte der mit der Verteidigung der Festung beauftragte belgische General Gerard Leman (1851–1920) über fast 40 000 Mann.[21] Die deutsche Angriffsgruppe von General von Emmich war demgegenüber quantitativ deutlich unterlegen.[22] Davon abgesehen – auch von den zwölf Forts –, erscheint ein Angriff aus heutiger Perspektive allein aufgrund der Topografie des Geländes kaum durchführbar.[23] Lüttich liegt in einer nach Westen ausgebuchteten Flussschleife. Die zwischen 100 bis 160 Meter breite Maas vereinigt sich hier mit den Flüssen Ourthe und Vesdre. Alle weisen steile Flussufer auf, die die Pioniertruppe bei einem Übergang vor enorme Probleme stellt. Anzunehmen, man werde alle Maasbrücken oder zumindest die Brücke in Vise unversehrt in die Hand bekommen, war wohl mehr als verwegen. In der von Emmich am 31. Juli ausgehändigten Denkschrift des Generalstabs hieß es dazu nur lapidar: *»Während des Vormarsches ist jeder Feind, ohne Prüfung seiner Stärke, rücksichtslos anzugreifen. Der Angriff durchstößt die Zwischenräume der Werke* (Forts, Anm. d. Verf.) *ohne Artillerievorbereitung. Er bemächtigt sich der die Stadt umgebenden Uferhöhen, schneidet die Besatzung ab, sucht durch Besetzung der Chartreuse und der Zitadelle Einfluß auf die Stadt zu gewinnen und verhindert die Zerstörung der Tunnel, Bahnhöfe und Brücken. Letztere sind zur Zerstörung vorbereitet. Ihre schnelle Besetzung ist daher wichtig.«*[24]

Jedes Bataillon empfing 10 000 Mark in Gold, davon jeder Kompanieführer 2000 Mark, womit die Truppe alles bar bezahlen sollte, was sie in Belgien brauchte.[25] Um 8 Uhr 30 sammelten sich die Führer der verstärkten 14. Inf.-Brig. an der Straße Aachen-Herbesthal bei Bildchen. Es meldeten sich bei ihrem Kommandeur Generalmajor von Wussow: Oberst Krüger (Inf.-Rgt. 27), Oberst von Oven (Inf.-Rgt. 165) sowie die Kommandeure des Jäger-Btl. 4 und der II. Feldartillerieabteilung, daneben die Chefs des 1. Husarenregiment 10 sowie des 4. Pionier-Btl. 24.

Im Weiteren wird nun exemplarisch ein Bild aus den ersten Kriegstagen in Belgien nachgezeichnet, der auf das Zentrum von Lüttich zielende Angriff der 14. Inf.-Brig., vor allem des Inf.-Rgt. 165. Als Nachbarn schlossen sich im Norden die 27. Inf.-Brig. und im Süden die 11. Inf.-Brig. an.

Um 8 Uhr 45 gibt der Brigadekommandeur den Befehl zum Vormarsch über Henri Chapelle, Battice auf Herve. Das Wetter ist trüb und regnerisch; das Jäger-Btl. 4 bildet die Vorhut, dicht aufgeschlossen folgt das Inf.-Rgt. 165. Vor der belgischen Grenze wird gehalten und ein Aufruf General von Emmichs verlesen, worin er die Belgier auffordert, eingedenk der Waffenfreundschaft von Waterloo den Deutschen freien Durchzug durch ihr Gebiet zu gewähren und sich jeglicher feindseliger Handlungen zu enthalten. Die belgische Grenzbevölkerung steht diesem Aufruf mit gemischten Gefühlen gegenüber. Während mancher – vielleicht auch nur aus Angst – den vorbeimarschierenden deutschen Soldaten Wasser anbietet, werden an anderer Stelle die Straßen aufgerissen und Baumsperren errichtet. Zwar halten diese Maßnahmen den deutschen Vormarsch nur geringfügig auf, doch sind sie ein Indiz dafür, dass die belgische Bevölkerung den Deutschen den Vormarsch so schwer wie nur möglich zu machen suchte. Bald weicht der Anblick der friedlichen Landschaft kriegerischen Bildern: Pioniere beseitigten Straßensperren, Husaren bringen gefesselte Zivilpersonen, Gewehrfeuer ist zu hören.

Der völkerrechtswidrige Einmarsch deutscher Truppen in das neutrale Belgien führte unverzüglich zu einer Reaktion Londons. In Berlin überreichte der britische Botschafter Goschen Reichskanzler Bethmann Hollweg ein auf Mitternacht befristetes Ultimatum, in dem die Zusage verlangt wurde, dass Deutschland die belgische Neutralität entsprechend dem Londoner Vertrag von 1839 achten werde. Bethmann Hollweg hielt dem Botschafter vor, dass Großbritannien wegen eines »Fetzen Papiers« gegen Deutschland in den Krieg ziehe, was in London mit Empörung aufgenommen wurde.

Die britische Regierung war im Gegenzug nicht bereit, Deutschland ein Neutralitätsversprechen zu geben. Dazu waren die Absprachen zwischen dem englischen und französischen Generalstab schon zu weit gediehen. Außerdem hatte Seelord Churchill ein politisches Axiom geschaffen: »*Großbritannien übernimmt den Schutz der französischen Nordseeküste, Frankreich den der Interessen Englands im Mittelmeer.*«[10]

Spätestens an diesem Nachmittag hätten alle an der Krise Beteiligten zur Vernunft kommen müssen. Doch in den Hauptstädten war der Wille zum Frieden niedergewalzt worden. Überall hatten die Kriegsparteien gesiegt. In dieser Stimmung trafen sich am Abend des 4. August 1914 der britische Premier Henry Asquith, Außenminister Sir Edward Grey und die verbliebenen Minister des Kabinetts im Sitzungssaal der Downing Street. Nervös saßen sie um den grünen Tisch und warteten auf den bis Mitternacht (in London 23 Uhr)

befristeten Ablauf ihres Ultimatums an Deutschland. Als sich die elfte Stunde mit Glockenschlag ankündigte, formulierten die Herren das Kriegstelegramm, welches 20 Minuten später abgeschickt wurde: »*Krieg, Deutschland, Handeln.*«[27] Ohne weitere Kriegserklärung befand sich Großbritannien nun im Krieg mit dem Deutschen Reich. Die englischen Dominions folgten umgehend (zumeist ohne gesonderte Kriegserklärung), womit sich innerhalb weniger Tage aus dem Lokalkrieg ein Kontinentalkrieg und aus diesem der Weltkrieg entwickelte.

Mit dem englischen Kriegseintritt wurde der Befehl an die britische Marine gegeben, das deutsche Überseekabel zu kappen. Diese Maßnahme darf nicht unterschätzt werden. Sie verschaffte Großbritannien die propagandistische Oberhoheit über die amerikanische Volksseele.

Bethmann Hollweg drückte die Skrupel der deutschen Regierung, Belgiens Neutralität zu verletzen, am 4. August 1914 vor dem Reichstag mit folgenden Worten aus: »*So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen. Das Unrecht – ich spreche offen – das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut.*«[28] Das Reichstagsprotokoll vermerkt: »*ungeheure Bewegung; stürmisch wiederholter Beifall*«[29].

Das mit dem Durchhauen ist leichter gesagt als getan. Als sich spät nachmittags die Reiter der 2. und 4. Kav.-Div. der Brücke von Vise nähern, fliegen Teile davon in die Luft. Da es unmöglich ist, einen Übergang über die Maas zu erzwingen, bezieht die 34. Inf.-Brig. am Nordausgang von Berneau Biwak, und die Soldaten kriechen todmüde in die Zelte. Um Mitternacht ruft ein übervorsichtiger Wachpostendes Inf.-Rgt. 90 in die Dunkelheit: »Halt, wer da?« Gleich darauf fallen Schüsse. Jeder meint, sich gegen einen unbekannten Feind wehren zu müssen. Sogar die Maschinengewehre fangen an zu rattern. Nur langsam gelingt es den Offizieren, dass die Soldaten das Feuer einstellen und sich beruhigen. Doch kaum sind sie in ihre Zelte zurückgekehrt, geht der Tumult von Neuem los: »*Eine Kompagnie des I. Bataillons machte sich daran, mit Hurra und aufgepflanztem Seitengewehr das Biwak des II. Bataillons zu stürmen.* Das erste Beispiel nächtlicher Kopflosigkeit – weitere sollten folgen.

Im Gefechtsstreifen der Inf.-Brig. 14 sichert das II. Btl. 165 gegen die Fortslinie von Lüttich im Raum Bolland-Melen-Soumagne. Eine vorgeschobene Feldwache reicht bis dicht vor Micheroux.

Auch beim II. Btl. verläuft die Nacht sehr unruhig. Feindliches Gewehrfeuer kann aber nicht eindeutig ausgemacht werden. Ab und an hallt Kanonenfeuer aus Richtung des Forts de Fleron und mischt sich in die Unterhaltung. Die ungeklärte Gefechtslage sorgt für Verwirrung.

Ein Blick auf den Kriegsbeginn in Russland: Erst wenige Wochen vor Kriegsbeginn hatte Kriegsminister Suchomlinow, geschwächt durch das Intrigenspiel mit Großfurst Nikolai Nikolajewitsch Romanow, ein einheitliches Armeehauptquartier, die sogenannte »Stawka«, aufstellen können. Nach einigem Zögern ernannte der Zar am 2. August seinen Cousin Nikolai, der noch nie eine Armee im Feld kommandiert hatte, zum Oberbefehlshaber der kaiserlichen russischen Armee.

Die Armee im Westen blieb in zwei Fronten gegliedert: Während die Südwestfront unter General Nikolai Iwanow gegen die K.-u.-k.-Truppen in Galizien kämpfen sollte, traten die 1. und 2. Armee der Nordwestfront unter General Jakow Schilinski gegen Ostpreußen zum Angriff an. Von Norden her führte General Paul von Rennenkampff seine 1. Armee und von Südwesten her General Alexander Samsonow seine 2. Armee (vgl. auch S. 269). Auf Drängen des französischen Generalstabs marschierten diese beiden Armeen vom 4. bis 7. August in Ostpreußen ein. Frankreich erhoffte sich dadurch einen Truppenabzug an der deutschen Westfront, was auch geschah, obwohl die Truppen noch nicht bereit waren für eine Offensive, wie der russische Stabschef der Nordwestfront berichtete. Dennoch zwangen sie die 8. deutsche Armee zum Rückzug und setzten dann zu einem Angriff auf Königsberg an.[31]

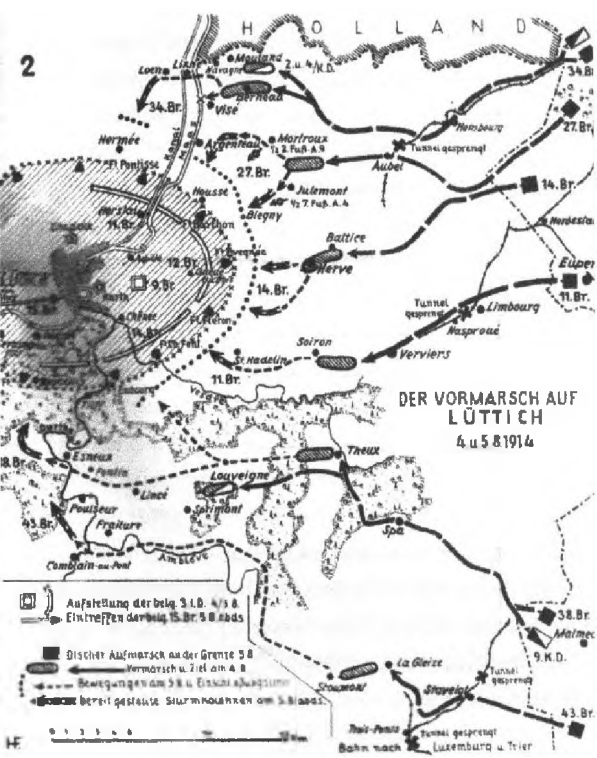
Mittwoch, 5. August 1914

Am Morgen des 5. August hält belgische Infanterie das linke Maasufer bei Vise weiter besetzt, so setzen die Reiter der deutschen Aufklärungsschwadronen und Fernpatrouillen weiter nördlich – bei Lixhe und Schloss Navarre, dicht an der holländischen Grenze – unter Zuhilfenahme von strohgefüllten Zeltbahnen über, während die Pferde nebenherschwimmen.

Anschließend soll die Infanterie übersetzen. Da das Ponton-Brückengerät nicht für die volle Flussbreite reicht, müssen Fähren gebaut werden. Die steilen Uferverhältnisse und die starke Strömung sorgen für Probleme, so konnte die

Artillerieabteilung (II./60) und das Inf.-Rgt. 25 das Ufer nicht wechseln. Doch bis zur Dunkelheit stehen die beiden Jäger-Btl. 7 und 9 sowie die mecklenburgische Brigade mit dem Inf.-Rgt. 89 und dem Füsilier-Rgt. 90 auf dem linken Maasufer.

Am Abend des 5. August haben alle Brigaden ihre Ausgangsstellungen für den Durchbruch erreicht und bereiten sich auf die kommende Aufgabe vor. Von Ausruhen keine Rede. Die feindliche Artillerie, insbesondere die des Forts de Fléron, zwingt mehrfach zum Verlegen der Rastplätze. Um 22 Uhr 30 gibt Generalmajor von Wussow den Brigadebefehl in militärischer Nüchternheit: *»Unsere sämtlichen Kolonnen marschieren derart ab, daß sie 4 Uhr ihr Ziel, die auf dem rechten Maasufer liegende Chartreuse, unmittelbar bei der Stadt Lüttich, stürmen können.«*[32] Führer der Sturmkolonne ist von Wussow selbst. Im 180 Mann starken Vortrupp, eine Kompanie (ca. 100 Mann) sowie zwei Pionierzüge (ca. 80 Mann), folgt mit 100 Metern Abstand das Gros, bestehend aus Inf.-Rgt. 27, dem II. Btl. des Feldartillerieregimentes sowie ein Zug Pioniere mit Leitern und Handgranaten.



Der Ansturm auf das belgische Lüttich am 4. und 5. August 1914 – Gliederung der Infanteriebrigaden von Nord nach Süd: 34., 27., 14., 11., 38., 43.

Die Abschnittsreserve, geführt von Oberst von Oven, besteht aus dem Inf.-Rgt. 165 und dem Jägerbataillon 4 sowie einer Kompanie des Husarenregiments 10 und soll der Sturmkolonne mit 200 Metern Abstand folgen. Unter der Rubrik »besondere Aufträge« heißt es: *»Zwei Komp. I. Inf.-Rgt 165 gehen 0 Uhr 30 von Mélen auf Fortin d'Evegneé vor. Zwei Komp. II. Inf.-Rgt 165 gehen 0 Uhr 30 auf großer Straße nach Lüttich aus ihrem Biwak gegen Fort de Fléron*

vor. Ihre Aufgabe ist es, durch Vorgehen an das Werk auf wirksame Schussweite die Aufmerksamkeit der Besatzung auf sich zu ziehen und die vorgeschobenen Beobachtungsposten und Scheinwerfer unschädlich zu machen.«[33]

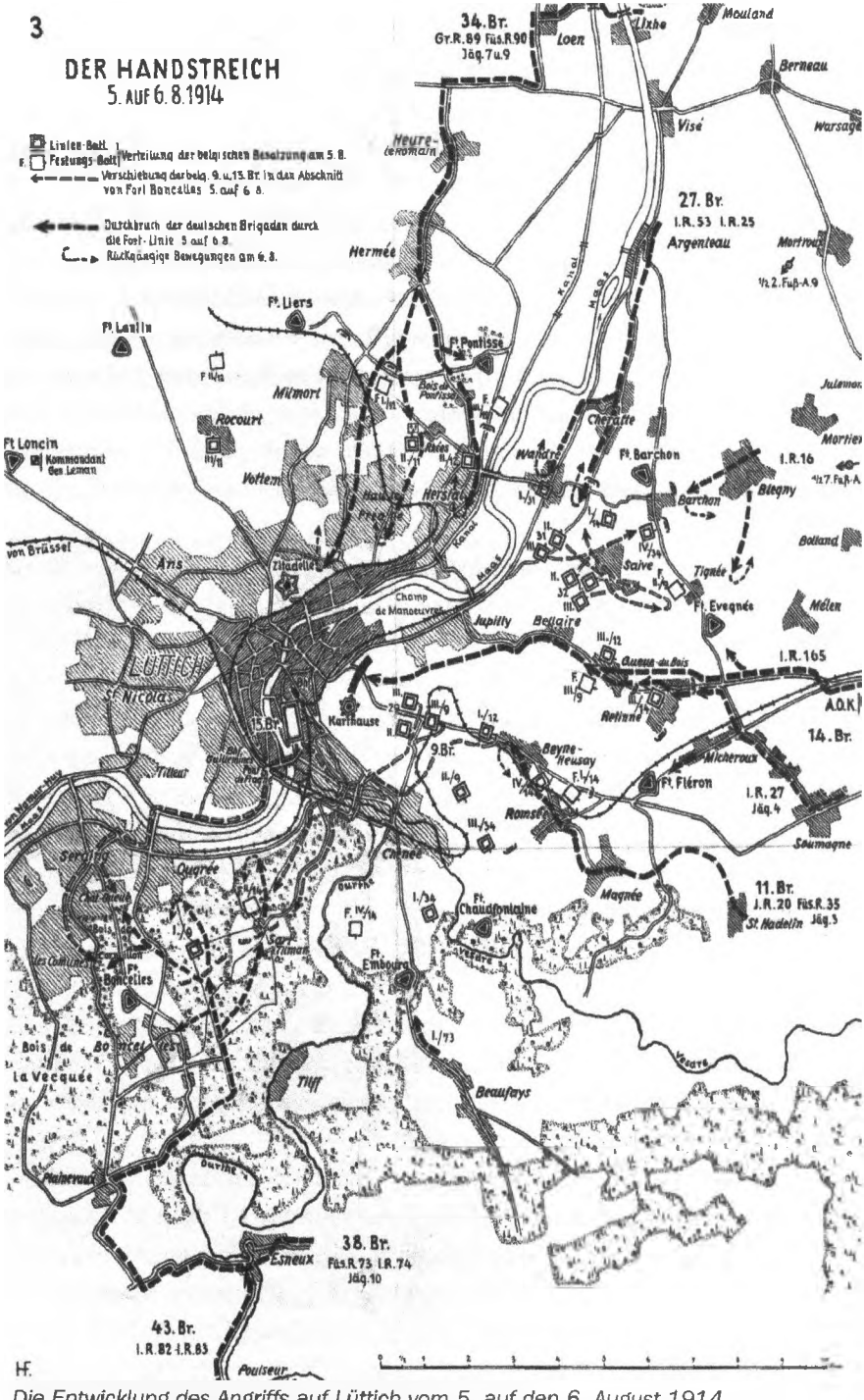
Gegen Mitternacht trifft General von Emmich mit seinem Stab und begleitet von Generalmajor Ludendorff im drei Kilometer nordwestlich des Forts de Fleron liegenden Gefechtsstand von General von Wussow ein. Entsprechend dem Brigadebefehl tritt gegen 23 Uhr 45 die 6. und 8. Kompanie des II. Inf.-Rgt. 165 von La Maladrie auf der großen Straße Herve-Micheroux gegen das Fort Fleron an. Um 0 Uhr 30 setzen sich die 1. und 4. Kompanie des I. Inf.-Rgt. 165 von Melen gegen das Fortin d'Evegnee in Marsch; sie gelangen in kurzer Zeit nahe heran und eröffnen das Feuer.

Donnerstag, 6. August 1914

Um Mitternacht treten die 6. und die 8. Kompanie des II. Btl. 165 vom Biwak westlich Herve an, um gegen das Fort de Fleron vorzugehen. An der Spitze der vom Großen Generalstab bestimmte ortskundige Offizier – auch er dürfte in Friedenszeiten als unauffälliger Wanderer die Vormarschstraßen inspiziert haben. In 100 Metern Abstand folgt das II. Inf.-Rgt. 27. Hier reitet der Brigadekommandeur mit seinem Stab. Als der Vortrupp Micheroux erreicht, fallen aus den Gebäuden einzelne Schüsse. Während der Vortrupp weitermarschiert, erwidert das folgende II. Inf.-Rgt. 27 zunächst vereinzelt, dann heftiger das Feuer.

Unter den in Micheroux aufmarschierten Kolonnen – Infanterie, Artillerie, Munitionskolonnen, Gefechtsbagagen – bricht Verwirrung aus.[34] Während Gespanne und Reitpferde durchgehen und die Kolonnen rückwärts auszuweichen versuchen, wird der Kampf aufgenommen: die Häuser gestürmt, verdächtige Zivilpersonen verhaftet und, sofern mit einer Waffe angetroffen, erschossen. Erst später kommt die Vermutung auf, dass ein großer Teil der Schüsse von den belgischen Verteidigern der nördlich und südlich gelegenen Schanzen von Retinne stammte.

Das harte Vorgehen gegen Freischärler war durch die Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 prinzipiell gestattet. Mithilfe drakonischer Strafmaßnahmen sollte der Krieg auf militärische Einheiten begrenzt werden. Doch das Gegenteil tritt ein. Allein bis zum 8. August fallen im Raum Lüttich fast 850 Zivilisten dem deutschen Angriff zum Opfer. Über 1300 Gebäude werden niedergebrannt.[35] Die deutschen Übergriffe lösen solcherart eine Welle von Hass und Rachsucht aus, welche den Krieg erst richtig anfacht.



Die Entwicklung des Angriffs auf Lüttich vom 5. auf den 6. August 1914

Umsichtige Offiziere befehlen nun, das Feuer einzustellen und mit entladenen Gewehren den weiteren Vormarsch anzutreten. Viele trauen jedoch der Lage nicht und lassen die Waffen geladen. Die Verluste der am nächtlichen Häuserkampf beteiligten Kompanien sind gering. Sie gehen vielleicht sogar auf Eigenbeschuss (»Friendly Fire«) zurück. Erstaunlicherweise bleibt im Fort de Fleron alles ruhig.

Als gegen 2 Uhr die Spitze der Sturmkolonne die ersten Häuser von Liery erreicht, schlägt den Angreifern von allen Seiten aus Häusern, Hecken und Gärten heftiges Gewehrfeuer entgegen, verstärkt durch zwei auf der Dorfstraße aufgefahrene belgische Geschütze, die mit Kartätschenfeuer – von der Artillerie verschossene Schrotladungen – in die Marschkolonne fegen. Die Verluste sind hoch. Todlich getroffen, sinkt Brigadekommandeur von Wussow vom Pferd, gleichzeitig fällt sein Ordonnanzoffizier und der neben ihm reitende Kommandeur des Rgt. 27, Oberst Krüger. Nun müssen Stoßtrupps die Geschütze nehmen und die tapferen Verteidiger aus ihren Häusern vertreiben.

Um 4 Uhr, nach zwei blutigen Stunden, hat sich die 14. Inf.-Brig. den Westrand von Liery erkämpft. Nach Plan hätte sie schon im Besitz der Kartause (Chartreuse) sein müssen. Doch auch das nächste Zwischenziel, das Dorf Queue-du-Bois, muss mühsam erkämpft werden. Schnell werden Geschütze am Westrand von Liery in Stellung gebracht und das Feuer auf die Verteidiger eröffnet. Gleichzeitig gehen unter Führung von Major von Marcard die 3. und 4. Kompanie des Jäg.-Btl. 4, vermengt mit Teilen des Inf.-Rgt. 27, südlich und nördlich der Straße nach Queue-du-Bois vor. Dicht hinter ihnen folgt Generalmajor Ludendorff. Der Widerstand wird stärker. Also werden die bei Liery stehenden Geschütze vorgezogen und lassen ihre Granaten krachend in die Hecken und Häuser des Dorfes fahren. Kleine Kampfgruppen, unterstützt von Pionieren, erkämpfen jedes Haus. Eine weitere Haubitze muss auffahren. Erst um 6 Uhr 30 ist der Westrand von Queue-du-Bois erreicht. Die Infanterie stößt den nach Westen ausweichenden Belgiern nach. Auch in dem tiefer liegenden, etwas über ein Kilometer entfernten Bellaire wird Widerstand geleistet, ebenso noch auf dem südwestlich von Queue-du-Bois liegenden Friedhof. Dort nehmen die Jäger des 3. Jäg.-Btl. 4 einen belgischen Major, mehrere Offiziere und über einhundert belgische Soldaten gefangen. Gegen 3 Uhr hat das Gros des Inf.-Rgt. 165, unterstützt durch eine Maschinengewehrkompanie des Jäg.-Btl. 4, die nördlich von Sur Fosse gelegenen Gräben der Belgier genommen. Hier macht die MG-Kompanie ebenfalls Gefangene – einen Offizier und etwa 85

Soldaten. Während in Queue-du-Bois heftig gekämpft wird, sammelt Oberst von Oven in Liery sein stark gelichtetes Regiment.

Die Brigade ist erschöpft und durch die nächtlichen Kämpfe zu sehr vermischt worden, um dem abziehenden Verteidiger zu folgen. So wird von 7 bis 9 Uhr beiderseits des Nordwestteils von Queue-du-Bois Rast befohlen. Der Befehl, die Chartreuse um 4 Uhr von Norden und Süden anzugreifen, ist hinfällig geworden. So marschiert die Brigade vorerst weiter und erreicht gegen 12 Uhr 30 die Höhen bei Les Bruyeres, 2,5 Kilometer südwestlich von Jupille. Vor und unter ihnen liegt die Chartreuse, auf dem anderen Maasufer, inmitten der Häuserschluchten von Lüttich, die Zitadelle. Wie sollte diese Stadt mit ihren vielen Befestigungen erobert werden, wo doch der Kampf um die Dörfer schon so heftig ausgefallen war ...?

Gegen 13 Uhr 30 schießt die Artillerie sparsames Störfeuer auf die Stadt, vor allem auf die Chartreuse und die Zitadelle. Am späten Nachmittag stellt die Radfahrkompanie des Jäg.-Btl. 4 fest, dass die Chartreuse frei vom Feind ist. Also wird sie sofort von einer Kompanie des Inf.-Rgt. 165 besetzt; man bringt alle bisher eingebrachten Gefangenen dort unter – über 1000 an der Zahl.

Alle Versuche, zu den Nachbarbrigaden, der 27. im Norden und der 11. im Süden, Kontakt aufzunehmen, scheitern. Auch die Verbindung nach hinten ist abgebrochen. Die 14. Brigade steht im Festungsgürtel von Lüttich allein da. Im Halbkreis um Godet und Les Bruyeres richtet sie sich mit Front nach Westen, Südwesten und Süden zur Verteidigung ein.

Zurück zur 34. Inf.-Brig., welches in der Nacht vom 5. auf den 6. August bei Lixhe die Maas überwunden hatte. Nach Sammlung in Hermee marschierten die Infanterieregimenter 89 und 90 samt Jäg.-Btl. 9 auf Lüttich zu, ohne jedoch den Weg hinein zu finden, sie verkämpften sich bei Rhees und Herstal und mussten schließlich den Rückzug antreten.

Allein das Jäg.-Btl. 7 aus Bückeburg – der westliche Flügel – erreicht im ersten Morgengrauen des 6. August bei Tribouillet den Nordrand Lüttichs. Durch den Morgennebel schimmernd, öffnet sich tief unter ihnen die Maasschleife. Aus ostwärtiger Richtung, der Gegend um Herstal, ist schwacher Gefechtslärm zu hören. Die Jäger hoffen, dass ihre Kameraden das Gefecht für sich entscheiden konnten. Wenn nicht, sitzen sie in der Falle ... Doch vorerst werden Wachen aufgestellt und die Bewohner der nächsten Häuser gebeten, Kaffee zu kochen. Der Bataillonskommandeur, Major Donalies, entscheidet sich, die 1. Kompanie zur Aufklärung in die Stadt zu schicken. Major von Oelsnitz, der

sein Jäg.-Btl. 9 aus den Augen verloren hat, schließt sich an – vielleicht in der Hoffnung, das Bataillon in Lüttich zu finden. So marschieren die deutschen Jäger in ihren grünen Uniformen und dem Tschako auf dem Kopf Richtung Lüttich – und werden von den Bewohnern mit großem Hurra begrüßt, was die Soldaten natürlich erfreut und beruhigt. Was ihnen jedoch erst langsam schwant: Die belgischen Zivilisten halten die Kompanie für eine englische Hilfstruppe, daher die freundliche Aufnahme!

Leider wird aus der Komödie bald eine Tragödie, wie dem außergewöhnlichen Augenzeugenbericht des Oberjägers M. Strathmann zu entnehmen ist: »*Wir marschieren als Paradetruppe nach Lüttich hinein. Voran ein Zivilist, dann vier Offiziere: Kommandeur und Adjutant der 9. Jäger, unser Hauptmann und Leutnant d. R. v. Alvensleben. Dann die entrollte Fahne, die Kompagnie in tadelloser Gruppenkolonne, genau so, als wenn wir in Bückeburg die Fahne vom Schloß geholt hätten. Menschen drängen sich um uns. Das Ungeheuerliche wird uns immer klarer: Die Bevölkerung erkennt uns nicht, hält uns für Engländer, die gekommen sind, Lüttich zu entsetzen* (von der deutschen Besetzung zu befreien, Anm. d. Verf.). *Rufe: Vive La France! Vive L'Angleterre! Das Volk ist begeistert, schwenkt Tücher, alle Fenster voller Menschen. Schokolade und Zigaretten kommen in unsere Taschen. Unheimlich. Schweigsam marschieren wir immer weiter in die Stadt. Wir wissen nur: Wir sollen in Lüttich Quartier machen; andere behaupten: Wir sollen den Bürgermeister verhaften. Eine belgische Militärkapelle steht an der Straße – wir marschieren vorbei – bekümmern uns nichts – marschieren nur. Plötzlich: Halt, Gewehr ab! Wir stehen vor der Straßenabzweigung unter der Kirche. Halblinks war nur eine Fabrik (Waffenfabrik). Am Gitter stehen zwei Belgier in hohen Pelzmützen als Posten. Der Zivilist geht in das Gebäude neben der Fabrik, kommt mit zwei belgischen Offizieren ebenfalls in Pelzmützen aus dem Gebäude heraus – auf die Kompagnie zu. Einer der belgischen Offiziere soll unsere Herrn an der Spitze gefragt haben: ‚Sind Sie Deutsche oder Engländer?‹ Alvensleben schreit ihn an: ‚Wir sind Deutsche!‹ Sofort ziehen die Belgier ihre Pistolen, und die Offiziere der Spitze fallen bis auf den Adjutanten der 9. Jäger. Uns trifft dieser Überfall, als wir gerade die Gewehre zusammensetzen wollen. Grausame Lage: Gewehr in der Hand – dann laden – jeder handelt selbständig. Inzwischen ist die Hölle über uns losgebrochen. Die Fabrik feuert aus allen Fenstern und Löchern ... Wir können keinen Gegner sehen. Zivilisten stürzen aus den Häusern und knallen in unsere Reihen. Kein Kommando – kein Befehl – wir zogen wieder die Straße rückwärts ... Wer liegt, bleibt liegen; mitnehmen unmöglich. Völlig zerbrochen an Leib und Seele kommen wir wieder auf die Höhen am Fluß. Keine Truppe – sondern eine Herde zerquälter Menschen.*«[36]

Strathmann entging in den Wirren des Augenblicks das gewichtigste Detail: Vor der geschilderten Fabrik befand sich das Hauptquartier des belgischen Befehlshabers, Generals Leman. Hier erkannte man die Verwechslung schnell, zog aber die falschen Schlüsse aus der in Paradeordnung auf der Rue St. Foy nach Süden aufmarschierenden Soldaten. Die belgischen Generalstabsoffiziere leiteten nämlich daraus ab, die Deutschen hätten die gesamte Nordfront aufgerollt. Nach dem Generalstabsplan durfte alles passieren, nur nicht der Verlust der Nordfront – auch hier Panik! Stante pede sorgte der Chef des Generalstabs dafür, dass der 60-jährige Leman die Kommandantur über den Hintereingang verließ und, nachdem er über eine an den Park grenzende Gartenmauer gehoben worden war, sich in der nur wenige hundert Meter entfernten Zitadelle in Sicherheit bringen konnte. Bloß weg! Dabei lag gar kein Grund zur Beunruhigung vor. Schließlich war die Nordfront noch intakt, es war nicht einmal Kanonendonner zu hören.

Auf den Höhen nördlich von Bois-de-Breux steht Feldartillerie in Feuerstellung. Ein deutscher Leutnant schaut durch sein Fernglas auf die Zitadelle. Entfernung 4200 m ... Feuer! Wumm macht es, und just in dem Moment, als Leman dort eintrifft, fallen drei Granaten in die Mitte des Festungshofes.

Leman ist überzeugt, dass die Salve ihm und seinen Begleitern gegolten hat.[37] Die Zitadelle ist nicht mehr sicher! Er fasst mit seinem Chef des Generalstabs den unheilvollen Entschluss, das alte Gemäuer zu verlassen, unverzüglich wird in das sechs Kilometer nordwestlich gelegene Fort de Loncin aufgebrochen.

Inzwischen wird der Artillerieleutnant von seinem Batteriechef gerüffelt und wegen Vergeudung von Munition fürchterlich zusammengestaucht. »Wo sind die Feinde? Sind Sie verrückt?« Schon ruft auch der Abteilungskommandeur an. Wer schießt da? Auf wen?

Gegen 8 Uhr trifft Leman im Fort de Loncin ein. Unter dem Eindruck, dass die Front an mehreren Stellen durchbrochen wurde und die übrigen Truppen nicht mehr voll kampffähig sind, erteilt er um 8 Uhr 35 folgenden Befehl: *»Unsere Truppen werden sich widersetzen in der Linie Fort der Lantin – Amon Delbroucq Coq Fontaine – Grâce-Berleur – Fort de Hollogne, Front nach Lüttich. Es sind Schützengräben anzulegen und zunächst Verbände zu bilden aus den Einheiten, wie sie gerade zusammentreffen. Hauptquartier Fort de Loncin.*

Dabei waren die Angriffe der 27. Inf.-Brig. erfolgreich abgeschlagen worden und von den 1800 Mann des Inf.-Rgt. 89 nur 600 übrig. Sie wurden über

eine Behelfsbrücke auf das Ostufer der Maas zurückgenommen und biwakierten östlich von Mouland. Im Südabschnitt sah es für General von Emmich auch nicht viel besser aus. Die getrennt vorgehenden Brigaden verloren in der Nacht die Verbindung, schätzten den Widerstand als zu stark ein und gingen zurück – in Unkenntnis der an anderer Stelle erkämpften Erfolge.

Inzwischen sind alle zu den Nachbarbrigaden entsandten Patrouillen ergebnislos zurückgekehrt. Sie haben nirgendwo deutsche Truppen finden können und sind bald auf den Widerstand von Resten der belgischen Abschnittsbesatzungen gestoßen.

Um zumindest den Teilerfolg aller Angriffsbemühungen vom 6. August zu sichern und beste Ausgangsbedingungen für den kommenden Tag zu schaffen, befiehlt Emmich noch am späten Abend, die vor ihnen liegenden Maasbrücken zu besetzen. Gegen 22 Uhr 30 setzt die 3. Kompanie des 4. Jäg.-Btl. diesen Auftrag um. Die Nacht verläuft ohne weitere Störung. Warum aber unternehmen die Belgier, die noch im Besitz aller Panzerforts sind, keine Anstalten, die Maasbrücken wiederzugewinnen und die Deutschen anzugreifen? Warteten sie vielleicht darauf, dass die 14. Brigade ihre Stellungen verließ, um von den Höhen des ostwärtigen Ufers zur Maas hinabzusteigen? Denn mit einer geschwächten Infanteriebrigade in die Industriestadt Lüttich einzumarschieren, wäre schlicht verwegen.

Freitag, 7. August 1914

Dennoch: Um 6 Uhr 30 befiehlt Emmich den Einmarsch in die Stadt. Nur 30 Minuten später rücken sechs Kompanien des Inf.-Rgt. 165, ein Maschinengewehrzug, ein Geschützzug sowie Pioniere vor. Dicht hinter der Spitze der Kommandeur, Oberst von Oven, und der Chef des Korpsstabs, Oberst Graf von Lambsdorff. Vor der ersten Brücke wird gehalten. Die Maschinengewehre gehen in Stellung. Kein Feind rührt sich. Weiter. Die Maas scheint hier recht schmal zu sein. Es ist jedoch nur ein Seitenkanal. Jetzt erst kommt die Maas. Noch einmal anhalten, MG in Stellung bringen und dann »Marsch!« Mit der Infanteriespitze untersuchen die Pioniere sofort die Brücken auf Sprengladungen und entfernen sie, Drahtleitungen werden durchschnitten.

Gegen 7 Uhr rückt das Inf.-Rgt. 165 über die Boverie-Brücke, ohne auf Widerstand zu stoßen, in die Innenstadt ein. Neun belgische Kompanien strecken nach Aufforderung die Waffen. Im Vorort Ans, an der großen Straße nach Brüssel, beziehen die 165er eine Verteidigungsstellung, während sich das Inf.-

Rgt. 27 in der Zitadelle festsetzt. Die Jäger quartieren sich in der Nähe der Maasbrücke ein.

Am Nordflügel beziehen die 27. und die 34. Brigade Quartier, südostwärts von Visé bis nach Neufchâteau. Die beiden Brigaden des Südflügels hängen zurück. Sie biwakieren in der Gegend von Louveigne. Ebenso steht die Masse der Kavallerie im Norden wie im Süden noch ostwärts der Maas- und Ourthelinie. Das jedoch ist General von Emmich nicht bekannt. Noch fehlt die Verbindung zu ihnen. Lediglich Brigade 14 hat also in Teilen Lüttich erreicht, die Zitadelle besetzt und viele deutsche Soldaten aus belgischer Gefangenschaft befreit – hier vornehmlich Angehörige der 34. Brigade. Alle Brücken – einschließlich der wichtigen Eisenbahnbrücke – sind in deutscher Hand. Nur die alte Straßenbrücke »Pont des Arches« konnte von den Belgiern noch teilweise gesprengt werden. Trotzdem ist die Lage angespannt. Infanterie und Artillerie haben sich bis auf schwache Restbestände verschossen, und alle Panzerforts sind noch kampfbereit. Der Versuch, das Fort de Fléron zu nehmen, wurde abgewehrt. Was für eine Konstellation: Der Angreifer sitzt nur mit einem Bruchteil seiner Kräfte im Kern der Festung Lüttich, und die Verteidiger harren aus in den umschließenden Panzerforts.

Besetzung von Lüttich am 7. August 1914

In dieser insgesamt unübersichtlichen Lage befiehlt von Emmich kurzer-

hand Oberleutnant von Nida, sich ein Taxi zu nehmen und den 100 Kilometer langen Frontabschnitt nach den Brigaden abzusuchen. Der belgische Taxifahrer geht auf das Geschäft ein und fährt mit dem Oberleutnant und einem Jäger zunächst in Richtung Süden. Bald kann Nida im Norden das belgische Fort de Fleron weit über die Talstraße hinweg im Kampf mit der deutschen Artillerie beobachten. Ungehindert passieren sie den belgischen Fortgürtel und stoßen auf Soldaten der Regimenter 20 und 35 der 11. Inf.-Brig., die beim Anblick des aus einem belgischen Taxi steigenden deutschen Offiziers einigermaßen verblüfft sind. Nach langem Suchen findet Nida den Kommandeur, Generalmajor von Wächter, auf einer Anhöhe. Er erzählt dem verdutzten Mann vom Einmarsch der 14. Brigade nach Lüttich, die dort dringend verstärkt werden müsse. Dazu solle er mit seiner Brigade den Weg nehmen, den Nida soeben gekommen sei. Dabei befurchtet er, der General würde ihn wegen der Zumutung, durch eine intakte und feuernde Fortlinie zu marschieren, für verrückt erklären. Doch der reagiert gänzlich anders: Er lässt Nida als Spion verhaften. Einwand zwecklos, Feldgendarmen fuhren ihn weg. Doch Nida kann die Soldaten überreden, ihn noch einmal zum General zu bringen. Zum Beweis seiner Identität zählt Nida dem General dessen gesamten militärischen Werdegang unter Berücksichtigung der Rangliste aller Generäle auf. Das beeindruckt von Wächter, und er befiehlt sofort: Brigade marsch!

Vom Verbleib der 38. und 43. Brigade ist der 11. nichts bekannt. Auf der weiteren Suche versagt der Wagen im bergigen Gelände öfters, sodass Nida sich schließlich gezwungen sieht umzukehren. Vor dem Lütticher Rathaus tauscht er das Taxi gegen einen schweren großen Wagen ein und lässt sich von seinem Taxifahrer über Ougree nach Südwesten, Richtung Plainevaux fahren – von der erregten Bevölkerung lebhaft bestaunt. Ein belgisches Auto überholt das Taxi und führt es in das nächste Dorf. Dort liegt die Leiche des in der Nacht zuvor gefallenen Kommandeurs des Inf.-Rgt. 74, Prinz zur Lippe.[39]

Dann geht es unbehindert weiter. Doch plötzlich sind die Straßen verbarrikadiert, das Pflaster aufgerissen, Bäume gefällt und Drahthindernisse angelegt. Der Chauffeur beginnt sofort lebhaft auf einen Mann einzureden, der eine Schärpe mit belgischen Fahnen trägt. Die Straße fuhrt direkt auf das Fort de Boncelles zu. Nun schwingt sich der Mann mit der Schärpe auf ein Motorrad und führt das Auto in weiten, endlosen Bögen durch die Waldungen und um ein Netz von Sperren herum. Warum er dem deutschen Offizier hilft, bleibt ein Rätsel. Dieselbe Frage beantwortete später zumindest der Taxifahrer: So freundlich, so nett, so rührig und so vornehm habe doch nur ein Engländer

sein können. Der Kunde hätte sich ihm in perfektem Französisch vorgestellt und dabei angelächelt. Da sei er dann ohne nachzudenken mit ihm herumgefahren.

Das tun sie auch jetzt, bis sie auf ein einsames Waldwirtshaus stoßen. Die Wirtin berichtet, dass die Deutschen vor 24 Stunden hier auf dem Rückzug durchgekommen seien. Nach einer kleinen Stärkung geht es schnell weiter über Rotheux ostwärts an die Ourthe. Am späten Nachmittag trifft Nida auf Verwundete vom Regiment 73, die aber über den Verbleib ihres Regiments nichts sagen können. Also weiter südostwärts. Zerschossene Häuser zeugen von schweren Kämpfen – sonst nichts, nur unheimliche Ruhe. Die Dämmerung zieht schon auf, als Nida südlich von Poulheur an der Brücke über die Ourthe Soldaten sieht – deutsche oder belgische? Es sind Vorposten der 9. Kavalleriedivision! Auch hier rechnet Nida damit, als Spion festgenommen zu werden. Doch seine Schilderungen von der Einnahme Lüttichs rühren die Soldaten zu Tränen. Sie haben unter den heftigen nächtlichen Angriffen schwer gelitten und sind deprimiert über das Fehlschlagen ihres Angriffs. Umso mehr erfreut sie der Erfolg der 14. Brigade.

Als Nida den Stab der 9. Kavalleriedivision erreicht, ist es Nacht. Hier wird er mit großem Hurra empfangen. Nach der Lageeinweisung führt man ihn auf die Rückzugsstraße der 38. und 43. Brigade. Um 1 Uhr erreicht er in Theux das Stabsquartier der beiden Brigaden. Sofort werden die Befehle für einen erneuten Vormarsch auf Lüttich ausgegeben. Zur gleichen Zeit erreicht Oberst Bober, Kommandeur des Inf.-Rgt. 16 der Inf.-Brig. 27 die Kunde vom Durchbruch der 14. Brigade. Unverzüglich alarmiert er sein Regiment und fuhrt es, während die Mörser den Marsch schlagen, zwischen de Barchon und d'Evegnee glücklich hindurch. Die Schwesterregimenter 25 und 53 werden folgen. Nach 24 Stunden kann Nida General von Emmich endlich Meldung machen. Der lässt eine Flasche Sekt kommen.

Samstag, 8. August 1914, und die folgenden Tage

Am Morgen des 8. August meldet die im Süden von Lüttich stehende 9. Kav.-Div., französische Truppen hätten die belgische Grenze überschritten und seien im Marsch von Dinant auf Lüttich, und General Emmich schreckt auf. In der Tat erfolgte der französische Aufmarsch gemäß Plan XVII: Mit einem Vorstoß nach Lothringen hinein suchten die Franzosen den rechten deutschen Flügel zu umfassen. Bereits am 6. August besetzten sie die Vogesenpässe und bereite-

ten einen ringförmigen Angriff auf das elsässische Mühlhausen vor. Es konnte von den Franzosen weitgehend kampflos übernommen werden, da die schwache deutsche Besatzung die Stadt geräumt hatte.

Entgegen dem ursprünglichen Schlieffen-Plan, sich im Süden zunächst nur defensiv zu verhalten, trat die noch in der Mobilisierung befindliche 7. deutsche Armee zum Gegenangriff an, geführt von Generaloberst Kronprinz Rupprecht von Bayern, Kommandeur der 6. Armee, denn das Oberkommando der 7. Armee war in Karlsruhe noch mit der Aufstellung begriffen.[40] Die Unterstellung der 7. Armee unter das Kommando der 6. war nötig, da das Oberkommando der 7. noch in Karlsruhe in der Aufstellung begriffen war. Diese weisungsgebundene Unterstellung blieb in den nächsten Wochen erhalten, um ein einheitliches Vorgehen der Nachbararmeen in der Schlacht um Lothringen (21./22. August 1914) zu gewährleisten.

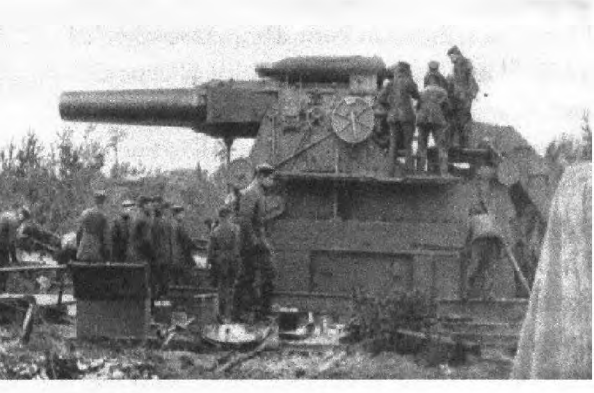
Der Schreck von General Emmich währte nur kurz: die französische Armee entwickelte sich gemäß Plan XVII und stellte somit für Lüttich keine Gefahr dar. Rund 50 Kilometer westlich von Lüttich stehen vier verwendungsfähige belgische Divisionen, darunter auch die stark abgekämpfte 3. Division und die 15. Brigade. Obgleich in Lüttich noch alle zwölf Forts in belgischer Hand sind, wird auf einen Vormarsch verzichtet, weil die deutschen Kräfte auf fünf bis sechs Armeekorps auf veranschlagt und damit weit überschätzt werden. Man will einer Umklammerung entgehen und fasst den Entschluss, die Deutschen in einer bereits im Frieden erkundeten Stellung hinter der Kleinen Gete, einem Nebenarm der Gete, zu erwarten.[41]

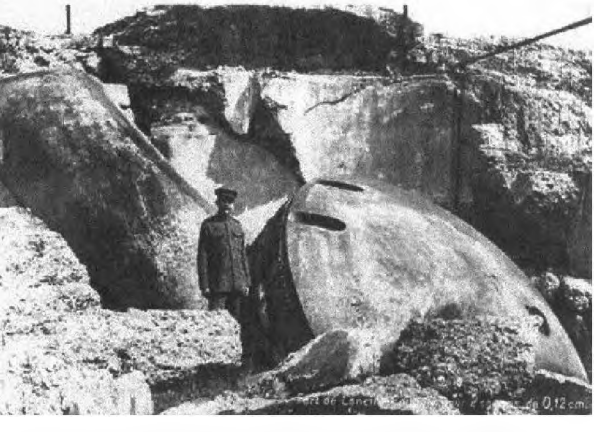
Die Deutschen beschießen im Verlauf des Tages mit 21-cm-Mörserbatterien des im Minutentakt das Fort Barchon. Um 17 Uhr hisst es die weiße Flagge. Vom 9. bis 11. August nehmen die Batterien des 2. Fußart.-Rgt. 9 und des 7. Fußart.-Rgt. 4 dann das Fortin d'Evegnee unter Feuer. Nach Ausfall all seiner Geschütze ergibt es sich. Doch noch immer sind zehn der zwölf Forts einsatzbereit. Der deutsche Zeitplan gerät ins Wanken. Da erinnert sich ein Artillerieoffizier an das neue 42er-Geschütz von *Krupp*, die »Dicke Berta«. Mit dem Auftrag, die noch nicht endgültig erprobten Geschütze direkt aus der Kruppschen Fabrik zu holen, wird er nach Essen befohlen. In Ermangelung geeigneter Zugmaschinen stellt Krupp seinen landwirtschaftlichen Schlepper für den Transport zur Verfügung.

Am 12. August eröffnet das Mörser-Regiment der 4. Fußart. das Feuer auf das Fort de Pontisse. Während es noch mit den schweren Feldhaubitzen

trommelt, geht zudem eine Batterie der soeben eingetroffenen 42-cm-Mörser in Stellung. Um 18 Uhr 40 rollt ein bisher nicht vernommener Geschützdonner: Die »Dicke Bertha« hat ihr erstes 16 Zentner schweres Geschoss in den Himmel geschleudert. Mit Geheul und unbeschreiblicher Gewalt saust es aus 4000 Metern Höhe auf die Betondecke des Forts nieder. Das Empfinden der Besatzung lässt sich wohl kaum in Worte fassen.

Am 13. August fallen die Fortins d'Embourg und de Chaudfontaine sowie das Fort de Pontisse, tags darauf das Fortin de Liers und das Fort de Fléron. Ab den frühen Morgenstunden des 15. August liegen die nördlichen Forts der Westfront, das Fortin de Lantin und das Fort de Loncin, unter Artilleriebeschuss. Ersteres fällt noch vor 12 Uhr, Loncin ergibt sich um 17 Uhr 15, nachdem eine Granate die Munitionskammer getroffen hat.[42]





Oben: »Dicke Bertha« in Feuerstellung vor Lüttich; darunter: zerstörte Panzerkuppel eines belgischen Forts, seinerzeit produziert in Magdeburg

General Leman steigt mit seinem Adjutanten, Hauptmann Collard, aus dem Trümmerfeld des Fort de Loncin. Da legt ihm der deutsche Hauptmann Ernst Gruson, Kommandeur des III. Btl. des Inf.-Rgt. 165, die Hand auf die Schulter, um ihn gefangen zu nehmen. Mit schnellem Griff zieht Leman seinen Browning aus der Tasche und hält sie sich gegen die Schläfe, doch Gruson kann ihm die Waffe entwenden. *»Mehr könne man von einem Gouverneur nicht verlangen«*, so habe er Leman getröstet, berichtet Ernst Kabisch, *»als daß er sich mit seiner Festung*

in die Luft sprengen lasse; die Welt würde von der tapferen Verteidigung Lüttichs sprechen.«[43] Gerührt habe der General nach der Hand des deutschen Hauptmanns gegriffen und sie festgehalten.[44]

Die Situation hat etwas Aberwitziges: Der zerschmetterte Panzerturm war einst von den Gruson-Werken in Magdeburg-Buckau auf Bestellung eines belgischen Generals geschmiedet und nach Loncin geliefert worden. Und nun steht ein Gruson, Neffe des damaligen Inhabers, vor den Trümmern und nimmt den Gouverneur gefangen. Schließlich reicht Gruson dem hustenden Leman einen Becher Wasser und lässt ihn auf einem mit Strohschütten beladenen Wagen in die Zitadelle nach Lüttich zum Kommandierenden General von Emmich fahren.

Am Westufer der Maas bedrohen jetzt nur noch das Fortin Hollogne und das Fort de Flemalle den deutschen Durchmarsch. Um nicht unnötig Blut zu vergießen, schlägt General Emmich vor, die beiden Kommandanten zur Übergabe zu überreden, indem man ihnen sagt, dass alle anderen Forts gefallen sind und ihr Gouverneur in Gefangenschaft geraten sei. Weil sie das nicht glauben, werden sie zu ihm gefahren. Auf ihre Frage, ob sie ihre Forts übergeben sollen, antwortet Leman, die eiserne Exzellenz: »Ein Fort oder eine Festung, welche nicht beschossen wurde, kann sich nicht ergeben!« Sie bedanken sich und werden zurückgebracht. Am nächsten Morgen ergeben sie sich nach kurzer Beschießung. Nun schreibt Leman seinem König: *»Sire! Nach den bestandenen Kämpfen ... habe ich geglaubt, daß die Befestigungen von Lüttich nur mehr die Rolle spielen könnten, den Feind aufzuhalten. Ich habe trotzdem die militärische Gewalt über den Platz beibehalten, um die Verteidigung nach besten Kräften fortzusetzen und um eine moralische Stärkung auf die Besatzung des Forts auszuüben ... Sire; ich bin körperlich durch die Explosion von Loncin sehr geschwächt. In Deutschland, wo man mich hinbringen wird, werden meine Gedanken, wie stets vorher, Belgien und seinem König gelten. Ich hätte gern mein Leben hingegeben, um Ihnen besser zu dienen, aber der Tod hat mich nicht gewollt.«*[45]

Kriege: automatisierter Wahnsinn gestern und heute

Die Bereitschaft General Lemans, für Belgien sein Leben zu geben, erinnert an die Verszeile des römischen Dichters Horaz: »Dulce et decorum est pro patria mori« – »Süß und ehrenvoll ist's, fürs Vaterland zu sterben« – Worte, die nicht nur im Ersten Weltkrieg zu propagandistischen Zwecken von den

diversen Konfliktparteien instrumentalisiert wurden, um den Kriegsdienst an sich und das Sterben im Krieg als heroischen Akt zu verklären.[46] Im Vorlesungsverzeichnis für das Wintersemester 2010/2011 des Geschwister-Scholl-Instituts München war zu lesen: »*Dulce et decorum est pro patria mori – Dieses Ideologem, fester Bestandteil des Wilhelminischen Gesinnungsmilitarismus und der ‚Ideen von 1914', erfährt im martialischen Heroismus des Dritten Reichs seine finale Radikalisierung.*«[47] Damit wird eine Kontinuität von Kaiser Wilhelm II. zu Hitler konstruiert. Doch findet sich der »Wilhelminische Gesinnungsmilitarismus« in ganz Europa, denn es handelt sich um eine Zeiterscheinung der großbürgerlichen Epoche, einen heroischen Patriotismus, der seine Wurzeln in der Entwicklung der Nationalstaaten, dem technischen Größenwahn und der Entwurzelung durch die industrielle Revolution hat.

Anfang 2014 scheint er zumindest beim britischen konservativen Erziehungsminister Michael Gove noch virulent zu sein: Er wollte wohl England eine Prise Patriotismus verabreichen, als er in der bürgerlich-populistischen *Daily Mail* in seinem Rückblick auf den Ersten Weltkrieg schrieb, dieser sei für Großbritannien unumgänglich gewesen.[48] Das Deutsche Reich hätte die internationale Ordnung missachtet, erbarmungslos okkupiert und aggressive Kriegsziele verfolgt und die deutschen Eliten einen rücksichtslosen Sozialdarwinismus gepflegt. Dagegen vorzugehen sei demokratische Pflicht gewesen. Weiterhin beklagt Gove, dass Tugenden wie Patriotismus, Ehre und Mut heute von einer britischen linken Meinungsmafia verunglimpft würden. Als Kronzeugen für seine These führt er u. a. Max Hastings an, einen der renommiertesten Militärhistoriker Englands. Hastings begründet in seinem neuen Buch »Catastrophe 1914: Europa Goes to War«[49] den Kriegseintritt Englands damit, dass eine deutsche Hegemonie »*unerträglich für Freiheit und Demokratie gewesen wäre*«[50].

Der Handstreich von Lüttich, Auftakt zum Ersten Weltkrieg, zeigt exemplarisch den automatisierten Irrsinn moderner Kriege. Hier wird deutlich, wie die »Initialzündung« für den Schlieffen-Plan, von nur wenigen Berufsoffizieren in jahrelanger Arbeit akribisch entwickelt, an den meisten der politischen Entscheidungsträger vorbeiging. Die militärischen Planungen zogen eine Mobilisierungsdynamik nach sich, die, einmal in Bewegung gebracht, nicht mehr zu stoppen war. Die Abhängigkeit von den Kriegsplänen ließ die Akteure nur noch wie in Trance handeln – egal ob in Berlin, Paris, London, Wien, Belgrad, Brüssel oder Moskau – und wirkte sich im kontinentalen Europa fatal aus.

Den Schlieffen-Plan auf die Einnahme der Festung Lüttich aufzubauen, erscheint aus heutiger Sicht verwegen, wenn nicht sogar verantwortungslos: zum einen wegen der politischen Konsequenzen, zum anderen aufgrund des militärischen Wagnisses.[51] Doch allzu selbstgerecht sollte man aus heutiger Sicht nicht urteilen: Dem »General Defense Plan« der NATO (im Kalten Krieg von 1955 bis 1990 in Kraft) lag eine ebenso irrationale Planung zugrunde, jedoch mit weitaus größeren Dimensionen: Sie hätte in eine bis dahin unvorstellbare Zerstörung geführt. Zwischen Weser und Weichsel hatte die »Nukleare Planungsgruppe der NATO« die Ziele von über 2000 Atomsprengkörpern festgelegt. Von einer »Verteidigung« konnte hier nicht mehr die Rede sein. Doch welcher deutsche Politiker kannte eigentlich die Planungen? Und wo wird heute an den verantwortungslosen Ritt auf dem Pulverfass erinnert? Der atomaren Katastrophe ist Europa schließlich nicht durch rationales Handeln der westlichen Politiker und Strategen entgangen, sondern durch glückliche Fügungen – und nicht zuletzt durch Gorbatschows Glasnost!

Clausewitz' Kriegsphilosophie

Nach Carl Philipp Gottlieb von Clausewitz (1780–1831) ist Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.[52] Was vielfach vergessen wird: Die Betonung liegt auf *Fortsetzung.* Der Krieg in seiner Gesamtheit darf demnach nicht allein den Militärs überlassen werden, vielmehr haben die Politiker den Rahmen vorzugeben. Das ist aber nur dann möglich, wenn sie verstanden haben, um was es geht. Clausewitz' unvollendetes Hauptwerk »Vom Kriege« wäre da die erste Pflichtlektüre. Bis heute wird es aber nur an Militärakademien gelehrt. Da wundert es nicht, wenn den politisch Verantwortlichen die Kriege aus der Hand gleiten bzw. aus der Hand genommen werden.

Im Kaiserreich galt, wie in den meisten europäischen Staaten jener Zeit, Clausewitz' Primat der Politik: Der politischen Führung oblag sowohl im Frieden als auch im Krieg die Entscheidung über die Anwendung militärischer Gewalt. Das setzte neben einer verantwortungsvollen Handhabung eine profunde Kenntnis des Militärapparates voraus, etwa den Abläufen und Mechanismen von Mobilmachung und Kriegsplanung. Daran aber mangelte es im Deutschen Reich (sowie auch in der Bundesrepublik von heute, wie die Parlamentsdebatten um Bundeswehreinsätze erkennen lassen), was die Lage zusätzlich verkomplizierte.

Am 1. August, mitten in der Mobilmachungsvorbereitung, überraschte Wilhelm II. den Generalstabschef mit der Anweisung, den Krieg nur gegen Russland zu führen. Ein wirrer Bericht des deutschen Botschafters in London, dass *»England bereit sei, Frankreich vom Krieg aufzuhalten, falls Deutschland keine feindseligen Handlungen gegen England unternehme«*[53], hatte zur Kehrtwende des Kaisers geführt. So sagte er zu Moltke: *»Also wir marschieren einfach mit der ganzen Armee im Osten auf!«*[54] Moltke, entsetzt darüber, dass seine bis ins Detail geplante Kriegsmaschinerie geändert werden sollte, versuchte dem Kaiser zu erklären, *»dass er nicht einfach Millionen Soldaten, Pferde, Geschütze und Nachschubgüter umdirigieren und nach Osten transportieren könne. Nur ein wüster Haufen bewaffneter Menschen ohne Verpflegung käme dort an.«*[55]

Der Generalstabschef weigerte sich schlichtweg, den Schlieffen-Plan zu ändern. Allein die Verlegung eines einzigen Armeekorps' erforderte insgesamt 6010 Waggons, die in 140 Zugeinheiten und ebenso viele Nachschubzüge aufgeteilt waren. *»Vom Augenblick der Mobilmachung an sollte sich alles bis auf die Minute genau nach einem Plan in Bewegung setzen, der sogar die Anzahl der Wagenachsen erfaßte, die eine Brücke jeweils in einer bestimmten Zeit überqueren konnten ...«*[56] Eine Änderung hätte ein allgemeines Chaos hervorgerufen, und nichts mussten die *»Generalstäbler mehr fürchten als eine solche plötzliche Änderung der politischen Situation«*[57]. Der Kaiser äußerte sich enttäuscht gegenüber Moltke: *»Ihr Onkel würde mir eine andere Antwort gegeben haben.«*[58]

Gegen 23 Uhr abends offenbarte sich das Missverständnis: es war nie von der Garantie einer französischen Neutralität die Rede. Wilhelm II. meinte daraufhin lakonisch zu Moltke: *»Nun können Sie machen, was Sie wollen.«*[59]

Nach Clausewitz geht der Krieg ganzer Völker – namentlich der gebildeten – *»immer von einem politischen Zustande aus und wird nur durch ein politisches Motiv hervorgerufen. Er ist also ein politischer Akt.«*[60] Wenn der Krieg also durch die Politik hervorgerufen wird, muss er auch von ihr geführt werden – oder, natürlich in jedem Falle besser, von ihr vermieden werden. Die politische Führung muss auf die Eigenheiten des Krieges Rücksicht nehmen und sollte darauf achten, dass sie keine unerfüllbaren Forderungen stellt. Andernfalls müssten die Militärs sie auf ihre Fehleinschätzung hinweisen, damit sie eine Kurskorrektur vornehmen können. Weiter sollte sich jeder darüber im Klaren sein, dass kriegerische Handlungen *»unabwägbar«*[61] sind. Für Clausewitz ist Krieg seiner Gesamterscheinung nach *»eine wunderliche Dreifaltigkeit, zusammengesetzt aus der ursprünglichen Gewaltsamkeit seines Elementes, dem Haß und der Feindschaft, die wie ein blinder Na-*

turtrieb anzusehen sind, aus dem Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls, die ihn zu einer freien Seelentätigkeit machen, und aus der untergeordneten Natur eines politischen Werkzeugs, wodurch er dem bloßen Verstande anheimfällt. Die erste dieser drei Seiten ist mehr dem Volke, die zweite mehr dem Feldherrn und seinem Heer, die dritte mehr der Regierung zugewendet.« Während die ersten beiden Elemente dieser Dreifaltigkeit – der Hass sowie das Spiel der Wahrscheinlichkeit und des Zufalls – jedem rationalen Denken fremd sind, muss die Politik dem bloßen Verstand folgen. Tut sie das nicht, regieren nur die Emotionen. Sie muss den Krieg in allen vielfältigen Facetten klar erkennen. Nur dann lässt sich ein logischer und realistischer Plan entwerfen. Clausewitz: »*Der Kriegsplan faßt den ganzen kriegerischen Akt zusammen, durch ihn wird er zur einzelnen Handlung, die einen letzten endlichen Zweck haben muß, in welchem sich alle besonderen Zwecke ausgeglichen haben. Man fangt keinen Krieg an, oder man sollte vernünftigerweise keinen anfangen, ohne sich zu sagen, was man mit und was man in demselben erreichen will, das erstere ist der Zweck, das andere das Ziel. Durch diesen Hauptgedanken werden alle Richtungen gegeben, der Umfang der Mittel, das Maß der Energie bestimmt, und er äußert seinen Einfluss bis in die kleinsten Glieder der Handlung hinab.*«

1914 vermochte die politische Elite den Einsichten Clausewitz' nicht zu folgen, der Nebel der Emotionen hinderte sie am rationalen Denken. Das scheint sich wenig geändert zu haben: Der Rat, keinen Krieg anzufangen, ohne sich darüber klar zu sein, was man damit erreichen will, wird auch heute überhört. Jüngste Beispiele sind die Kriege im Irak (seit 2003) und in Afghanistan (seit 2001), gedankenlos folgen die Politiker hier vermeintlichen Bündnisverpflichtungen. Seit zwölf Jahren verlängert der Bundestag mit überwiegender Mehrheit den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, ohne dass nach den Gründen des Einsatzes wirklich gefragt wird. Denn die afghanische Bevölkerung hat mit dem Anschlag auf die Türme des World Trade Centers, was als Ursache stets genannt wird, nachweislich nichts zu tun. Afghanistan wurde angegriffen, weil die Taliban-Regierung Osama bin Laden nicht schnell genug auslieferte.

Scheitern der kontinentalen Kriegspläne

Die zahlenmäßige Unterlegenheit des deutschen Militärs (siehe Abb. auf S. 252) konnte in den Augen des Generalstabs nur durch Schnelligkeit kompensiert werden. So erklärt sich das überstürzte Vorgehen im Handstreich von Lüttich. Der Schlieffen-Plan gab vor, dass Frankreich in 49 Tagen niederge-

rungen werden müsse. Die Deutschen waren damit bereits bei Kriegsbeginn Gefangene der eigenen rigiden Strategie, welche »Unwägbarkeiten« – und ein Krieg ist nun mal voll davon – nicht einkalkulierte. Vorzuwerfen ist der deutschen Regierung, dass sie alles auf diesen einen Plan setzte, anstatt die verbleibenden Möglichkeiten der Friedensbewahrung auszuschöpfen.

So begann am 18. August, zwei Tage nach dem Fall des letzten Forts in Lüttich, die eigentliche Großoffensive des rechten deutschen Flügels zur Umfassung der gegnerischen Armeen analog dem Schlieffen-Plan. Schnell stießen die deutschen Truppen nach Brüssel und Namur vor, während sich der Hauptteil der belgischen Armee in die Festung Antwerpen zurückzog.

Am 20. August startete der französische Großangriff in Richtung Deutsch-Lothringen und Saar-Ruhr-Gebiet. General Joffre hielt zunächst am Aufmarsch gemäß Plan XVII fest, ohne sich vom deutschen Angriff auf Belgien irritieren zu lassen. Dazu konzentrierte er 1,7 Millionen Soldaten in fünf Armeen für den Angriff. Irgendwie müssen ihn dann aber doch Zweifel überkommen haben: Zur Sicherung der Nordflanke verlegte er die 5. Armee unter

Land	bei Kriegsbeginn	bei Kriegsende
Deutsches Reich	3900000	8000000
Frankreich	3800000	5192000
Großbritanien		
in Frankreich	118000	3500000
in Übersee		1800000
USA		
in Frankreich		1956000
in den USA		1830000
Serbien	300000	150000
Belgien	300000	
Griechenland		353000
Bulgarien		857000
Italien		1956213
Österreich-Ungarn	2300000	2500000*
Russland	5000000	

Übersicht der Heeresstärken zu Beginn und zum Ende des Ersten Weltkriegs (= Schätzung)* [64]

General Charles Lanrezac weiter nordwestlich. Das gerade erst in Frankreich gelandete britische Expeditionskorps unter General John French schloss sich nördlich bei Maubeuge an. Am 14. August hatten die 1. französische Armee unter General Auguste Dubail sowie die 2. unter General Noel de Castelnau bereits die Grenze überschritten und waren mit Schwerpunkt auf Saarburg (Lothringen) vorgerückt. Die von Kronprinz Rupprecht von Bayern befehligte 6. und 7. Armee wich kämpfend zunächst zurück, um dann Vorbereitungen zum Gegenangriff zu treffen.

Österreich-Ungarn hatte seinen Mobilmachungsplan in den letzten Julitagen dahingehend geändert, starke Kräfte gegen Serbien zu mobilisieren. Durch das schnelle Erscheinen der russischen Armeen an der galizischen Front musste die 2. Armee zum nördlichen Kriegsschauplatz umdirigiert werden. Infolgedessen stieß sie nach dem von Conrad von Hötzendorf ausgearbeiteten Kriegsplan mit unzulänglichen Kräften nach Norden vor.

Am 5. September 1914 stellten sich Franzosen und Engländer den vorstürmenden Deutschen längs der Linie Ourcq–Petit-Morin–Marne–Vitry-le-Francois zum entscheidenden Gefecht, das als »Marneschlacht« in die Geschichte einging. Die vom Deutschen Reich angestrebte Umklammerung und Vernichtung der französischen Armee endete in einem verhängnisvollen Rückschlag.

Aufgrund schlechter Verbindungen zu den Armeeführern konnte Helmuth von Moltke d. J. den Angriff seiner Armeen nicht planmäßig koordinieren. So ließ er den Armeeführern freie Hand. Das führte dazu, dass die deutschen Truppen Paris nicht umfassten, sondern östlich der Stadt verharrten. Am 9. September ordnete Moltke im Verlauf der Marneschlacht den Rückzug an und meldete dem Kaiser: »*Majestät, wir haben den Krieg verloren!*«[65] Im Dezember 1912 noch hatte Wilhelm II. einen ganz anderen Moltke erlebt, als er ihn bei den militärpolitischen Besprechungen mit den Worten »*je eher, desto besser*« zu einem baldigen Kriegsbeginn gedrängt haben soll.[66]

In seiner Betrachtung der Julikrise kommt der amerikanische Historiker David Fromkin zu dem Schluss, dass Moltke der Hauptverantwortliche für den Beginn des Ersten Weltkriegs war.[67] Doch was will man von einem Generalstabschef erwarten, der akribisch die militärischen Maßnahmen der Nachbarn beobachtet und schließlich resümiert, dass das Deutsche Reich ab 1917 militärisch hoffnungslos unterlegen sein würde? Derartige Überlegungen dürften auch alle anderen Generalsstabschefs angestellt haben. Die Militärs auf allen

Seiten haben den Krieg möglich gemacht, ausgelöst wurde er aber von den politisch Verantwortlichen.

Während die französische Armee streng hierarchisch geführt werden konnte, musste die deutsche Führung auf den föderativen Aufbau des Deutschen Reiches Rücksicht nehmen. Durch die Neutralität Italiens konnte Frankreich Truppen von der Alpenfront abziehen. Dagegen verführte der »Russeneinbruch« in Ostpreußen den deutschen Generalstab dazu, Truppen dem rechten Flügel in Belgien zum Abtransport nach Ostpreußen zu entnehmen. Dabei hatte man ohnehin schon den rechten Flügel auf Kosten des linken Flügels geschwächt: Durch den bis dahin schnellen Vormarsch hatten sich Versorgungsprobleme aufgetan. Die deutschen Armeen litten unter fehlendem Munitions- und Mannschaftsnachschub. Nun mussten sich diese Armeen auf eine jahrelange Verteidigungsschlacht in den behaupteten Linien einrichten.

Anfang September 1916 äußerte sich der Reeder Albert Ballin noch recht optimistisch über den Krieg. Er glaubte, dass das deutsche Volk am längsten durchhalten und damit den Krieg entscheiden könne. Er hielt es für absurd zu glauben, *»daß die Abnutzung durch den Krieg Deutschlands Reserven und Soldatenmaterial erschöpfe. Das zu behaupten, dazu gehöre eine vollständige Unkenntnis der deutschen Verhältnisse. Das deutsche Volk werde«*, so führte Ballin schließlich noch aus, *»den größten Teil seiner Schulden sich selbst schulden, während England an Amerika eine enorme Schuldenlast abzutragen haben werde.«*[68]

Der gemäß Kriegsplan XVII in Elsass und Lothringen durchgeführte französische Angriff scheiterte. Die 1. Armee war tatsächlich bis nach Mülhausen vorgestoßen, wurde dort aber am 9. August von der 7. deutschen Armee unter Generaloberst Josias von Heeringen zurückgeschlagen. Nach erneutem Vorstoß konnte Mülhausen schließlich am 17. August eingenommen werden. Am Ende aber stand der Rückzug auf Belfort, da die »Elsässer Armee« am Nordflügel eingesetzt wurde. Die linke Angriffsgruppe begann am 15. August den Vormarsch nach Lothringen. Die 6. deutsche Armee unter Kronprinz Rupprecht von Bayern warf sie in der »Schlacht in Lothringen« (20. bis 22. August) frontal zurück. Infolge beiderseitiger Erschöpfung mündeten die dynamisch angelegten Kriegspläne in einen statischen Stellungskrieg.

Ähnlich erging es Österreich-Ungarn im Osten. Hier waren zwar die Angriffsarmeen dem russischen Massenangriff unter Großfürst Nikolai Nikolajewitsch zuvorgekommen und der linke Flügel tief in wolhynisches Gebiet (heute in der nordwestlichen Ukraine) eingebrochen, doch musste der rechte

Flügel bei Lemberg und dem westukrainischen Peremyschljany herbe Verluste einstecken und war nicht mehr angriffsfähig. Nun erwartete man sich Hilfe von den Deutschen, die nach der Vernichtung von Njemen- und Narew-Armee bei Tannenberg, Ostpreußen, auch möglich wurde. Auf dem serbischen Kriegsschauplatz waren die Österreicher nicht glücklicher als auf dem galizischen. Ein erster Angriff der 5. und 6. Armee unter Oskar Potiorek über die Drina endete nach achttägigem Kampf mit dem Sieg der Serben.

Die Lage am Jahresende 1914 war für die Mittelmächte nicht befriedigend. Seit dem 8. Dezember lag das deutsche Ostasiengeschwader bei den Falklandinseln auf dem Grund des Atlantiks. Der Befehlshaber Admiral Graf Spee hatte versucht, den britischen Marinestützpunkt Port Stanley anzugreifen. Das Geschwader sollte sich dort in Ermangelung anderer Stützpunkte mit Kohlevorräten für den geplanten Rückmarsch nach Deutschland versorgen. Doch hier bunkerten bereits die Engländer. Nach Herstellung der Auslaufbereitschaft verfolgten sie das deutsche Ostasiengeschwader und stellten es durch die hohe Geschwindigkeit ihrer beiden Schlachtkreuzer schließlich zum Kampf. Vier der fünf deutschen Schiffe wurden versenkt. Über 2000 deutsche Seeleute, unter ihnen Graf Spee und seine beiden Söhne, kamen ums Leben. Lediglich der kleine Kreuzer *SMS Dresden* konnte im Schutz einer aufziehenden Nebelbank entkommen, wurde jedoch am 14. März 1915 in einer Bucht der chilenischen Robinson-Crusoe-Insel von britischen Schiffen entdeckt, unter Missachtung der chilenischen Neutralität beschossen und schließlich von der Besatzung, die keine Munition mehr hatte, versenkt – das Ende des Ostasiengeschwaders.

Im Mittelmeer operierten im Sommer 1914 zwei weitere deutsche Kriegsschiffe – der Panzerkreuzer *Goeben* mit 1013 Mann Besatzung und der kleiner Kreuzer *Breslau* mit 373 Mann Besatzung –, die des Kaisers Traum von deutscher Seegeltung verkörperten. Im Morgengrauen des 4. August erhielt Admiral Wilhelm Souchon das historische Telegramm, mit den beiden Schiffen sofort nach Konstantinopel aufzubrechen. Obwohl sich Deutschland mit England noch nicht im Krieg befand, witterte die britische Armada leichte Beute. Unter abenteuerlichen Bedingungen schüttelten die Kreuzer jedoch ihre Verfolger ab und schlugen sich ins Schwarze Meer durch. Damit war das Mittelmeer frei von deutschen Schlachtschiffen. Am 16. August wurden beide Schiffe mit neuen Namen in die osmanische Marine übernommen. Am 29. Oktober erfolgte der türkische Kriegseintritt auf die Seite der Mittelmächte.

In Deutschland trug derweil die am 20. August erklärte völkerrechtswidrige (gegen die Zivilbevölkerung gerichtete) englische Fernblockade im Kanal sowie zwischen den Shetlandinseln und Norwegen erste Erfolge. Am 2. November 1914 wurde die gesamte Nordsee zum Sperrgebiet erklärt, was dazu beitrug, die wirtschaftliche Lage in Deutschland empfindlich zu verschärfen. Nach dem Tod des rumänischen Königs Karl am 10. Oktober 1914 drohte zudem der Wegfall eines heimlich Verbündeten. Die undurchsichtige Haltung der Vereinigten Staaten machte die Lage für die Mittelmächte auch nicht einfacher. Die zunehmenden Munitionslieferungen an die Entente verdichteten die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den amerikanischen Banken um J. P. Morgan und den Rüstungsfirmen, und die Medien in den USA weckten Sympathie für Großbritannien.

Die politische Propaganda der Entente, verbunden mit einer beispiellosen Hetze gegen Deutschland, sollte sich als sehr effektiv erweisen. Auf britischen, amerikanischen oder französischen Plakaten erscheint das deutsche Volk als eine Horde von »Barbaren« und »Hunnen«, der deutsche Soldat als sengende Bestie, als potenzieller Vergewaltiger, Frauenmörder und Kinderschänder. Der Kaiser, dämonisiert als Satan, als das Böse schlechthin. Die Deutschen – ob Zivilist oder Soldat – wurden von der Propaganda entmenschlicht. In Deutschland hingegen sah man den Krieg als Auseinandersetzung der Kulturen an, eine Propagandaschlacht blieb aus. So fanden sich auf deutschen Plakaten selten diffamierende Darstellungen der Entente-Soldaten. Vielmehr ging es der deutschen Agitation darum, die eigene kulturelle Überlegenheit zu beweisen, beispielsweise im Vergleich der Nobelpreisträger oder der Anzahl von Patenten.[69]

Auf den Fortgang des Krieges soll hier nicht weiter eingegangen werden. Klar ist, dass die kontinentalen Kriegspläne gescheitert sind. Im Gegensatz dazu wurden die Kriegspläne der Seemächte England und Amerika weitgehend erfolgreich umgesetzt. Am Ende jedoch sollten alle Beteiligten als Verlierer dastehen – selbst Großbritannien. Obwohl es sich 1918 als einzige Weltmacht ansah, war England von nun an Gläubiger der USA und durfte nur noch den Juniorpartner spielen (vgl. Kapitel 4 »Amerikas Griff nach der Weltmacht« ab S. 303). Das scheint bei manchen Briten noch immer nicht ganz angekommen zu sein, denn bis heute bestehen sie auf dem Mythos, dass der Erste Weltkrieg ein gerechter Krieg gewesen sei, aus dem Großbritannien siegreich hervorging.[70]

Ende August 1914 war der durch die Folgen des Attentats geschwächte Rasputin, von seiner inneren Stimme getrieben, nach Petersburg zurückgekehrt. Das wurde im Umfeld des Zaren argwöhnisch beobachtet. Ungehalten vermerkt der französische Botschafter Paleologue in seinem Tagebuch die Worte von Anna Wyrubowa, Hofdame und engste Vertraute von Zarin Alexandra Fjodorowna: »*Wäre der Starez hier gewesen, so hätten wir den Krieg nicht gehabt. Gott würde durch ihn den Zaren erleuchtet haben. Es war ein großes Unglück, daß er nicht hier war, um den Kaiser zu beraten.*«[71]

Als Anfang die Führer der russischen Kriegspartei 1915 befürchteten, dass der Zar unter dem Einfluss Rasputins die Fühler in Richtung Friedensverhandlungen ausstrecken könnte, suchte Paleologue Rasputin persönlich auf. »*Zu viele Tote!*«, habe er ihm zugerufen. »*Zu viele Verwundete! Zu viele Witwen, zu viele Waisen, zu viele Tränen! Ich sage dir, daß jeder, der umkommt, zehn Personen hinterläßt, die um ihn weinen. Das muß aufhören. Dieser Krieg beleidigt Gott!*«[72] Paleologue war entsetzt, Rasputins leidenschaftliches Plädoyer für den Frieden gefiel ihm überhaupt nicht.

Nach den furchtbaren Niederlagen, welche die russischen Armeen unter dem Befehl Großfürst Nikolai Nikolajewitschs im Juni 1915 erlitten hatten, übernahm nun der Zar selbst das Oberkommando. Paleologue traf sich noch einmal mit Rasputin im Haus der Gräfin Golowina, der Frau des Kammerherrn Eugen Golowin. Wild und leidenschaftlich habe er wieder ausgerufen: »*Der Krieg beleidigt Gott! Es ist ja den Generalen gleichgültig, die Bauern töten zu lassen. Doch die Rache Gottes wird furchtbar sein.*«[73]

Inzwischen verschlechterte sich die Lage in Russland beständig. An der von der Ostsee bis zu den Karpaten – über Litauen, Polen, Galizien – reichenden Front kannte die russische Armee nur noch den bitteren Rückzug. Ein Sündenbock war schnell gefunden, die Juden. Sie wurden der Spionage bezichtigt. Auch Bürger mit deutschen Namen waren Ziel des Hasses; sie durften ausgeplündert werden. Es war unübersehbar: Im Jahr 1916 gab es für Russland keine Perspektive mehr. Mit bereits zwei Millionen Kriegstoten, der doppelten Anzahl von Verletzten und einer problematischen Versorgungslage war das Land den Anforderungen des Krieges nicht mehr gewachsen. In St. Petersburg demonstrierten die Arbeiter gegen die hohen Brotpreise und weitere Truppenaushebungen.

Im Sommer 1916 hatte Rasputin den Zaren dazu bewegen können, das Hauptquartier für zwei Wochen zu verlassen und sich, befreit von Ratgebern

und Ministern, nach Zarskoje Selo zurückzuziehen, um dort in Ruhe über einen Sonderfrieden nachzudenken. Im Juli war dann unter Führung des Vizepräsidenten der Reichsduma, Alexander Dimitrijewitsch Protopopow (1866–1918), eine Delegation des russischen Parlaments nach London entsandt worden, um Strategiegespräche zu führen und wegen einer größeren finanziellen Anleihe zu verhandeln. Die Rückfahrt wurde so organisiert, dass sie über das neutrale Schweden führte, wo Protopopow, der das Vertrauen Rasputins besaß, neben der englischen Lagebeurteilung auch die deutsche hören wollte.[74] In Stockholm wurde die russische Delegation mit Max M. Warburg, Mitglied der bekannten Hamburger Bankiersfamilie, zusammengebracht. Warburg war nicht nur eng befreundet mit dem Hamburger Reeder Ballin, der sich als Freund Wilhelms II. bezeichnen durfte, sondern auch selbst Berater des Kaisers und Chef des kaiserlichen Geheimdienstes. Geschickt schilderte Warburg das Leben in Deutschland und zeigte u. a. auf, dass an eine Aushungerung Deutschlands nicht zu denken sei. Deutschland habe im Grunde genommen gar nichts gegen Russland. Es sei unnütz, den Krieg fortzusetzen und zu verschärfen, das würde nur neue Opfer kosten, neue Ströme von Blut ohne praktisches Resultat. Der Weltkrieg, so gibt Alexander Spiridowitsch – Historiker und vormals Chef der geheimen Sicherheitspolizei am Hof Nikolaus II. – Warburgs Argumentation wieder, *»sei von England hervorgerufen worden, das allein die Verantwortung für die Vernichtung von Millionen von Menschenleben zu tragen habe. Wenn England von vornherein klar hätte durchblicken lassen, dass es sich im Falle eines Kriegsausbruchs auf die Seite der Alliierten schlagen würde, so wäre es niemals zum Kriege gekommen ... Russland hätte viel mehr Vorteile aus einer Freundschaft mit Deutschland als aus einer Freundschaft mit England gezogen. Nur Großbritannien profitiere vom Krieg.* Abschießend habe Warburg noch darauf hingewiesen, dass England die Vorherrschaft anstrebe, den Willen des Zaren binde und ihm verbiete, einen Sonderfrieden abzuschließen. Nach anderthalb Stunden angeregter Unterhaltung habe Protopopow die Lage gänzlich anders beurteilt, als man sie ihm in London dargestellt hatte.[76]

Als er nach St. Petersburg zurückkehrte, schlug die russische Presse Lärm, die von dem Zusammentreffen der Delegation mit einer offiziellen deutschen Persönlichkeit Wind bekommen hatte. Während der Dumapräsident seinen Vize in Schutz nahm, verlangte der Zar von Protopopow einen Rapport. Der muss Nikolaus II. gefallen haben, denn Protopopow wurde am 29. September 1916 zum Innenminister berufen. Hatte hier Rasputin seine Hand im Spiel?

Am 3. Oktober empfing die Zarin Protopopow und gab ihm Anweisungen, die zuvor von Rasputin gebilligt worden waren. Sie konnte sich nun auf fünf konservative Minister verlassen – Boris Stürmer zunächst als Nachfolger Sasonows im Außenamt, ab 20. Januar 1916 Premierminister, des weiteren Fürst V. N. Schakowskoi, Graf Alexei Bobrinsky, Oberprokurator Rajew sowie den Fabrikanten und Großgrundbesitzer Protopopow – und dadurch hoffen, das Kabinett weiter zu einigen. Uber aktuelle Fragen, die Verbesserung der Lebensmittellage usw. wurde zwischen Rasputin, der Zarin und Protopopow schnell Einigkeit erzielt. Bereits bevor der Zar dem neuen Innenminister seine erste Audienz bewilligte, hatte Alexandra Fjodorowna ihrem Gatten eine Wunschliste vorgelegt und ihn laut General Spiridowitsch gebeten: *»Befiehl ihm (Protopopow), dass er auf die Ratschläge unserer Freundes hört: das wird ihm Glück bringen und eine Hilfe bei seinen und bei Deinen Arbeiten sein. Ich bitte Dich, sage es ihm. Damit er sieht, dass auch Du Vertrauen zu ihm hast.«*[77] Nach der Unterredung zwischen dem Zar und Protopopow wurden alle Punkte im Sinne der Zarin geregelt. Das Kleeblatt Alexandra Fjodorowna, Rasputin und Protopopow hatte den Segen des Zaren.

Rasputins gutes Verhältnis zur Zarin mag auch in deren deutscher Herkunft gelegen haben, denn er brachte den Deutschen viel Sympathie entgegen. Bei seinen Reisen durch Russland begeisterte ihn die Sauberkeit und Ordnung der deutschen Kolonisten, von denen die russischen Bauern alles Positive in der Wirtschaftsführung gelernt hätten. Rasputin meinte, dass es für einen russischen Mann das Beste sei, wenn er eine Deutsche heirate.[78] So viel Positives über die Deutschen musste den Argwohn am Zarenhof noch vergrößern.

Die Hoffnungslosigkeit des Krieges wurde nun nach und nach für alle offenkundig. Der Unmut der Volksmassen zeichnete bereits das Menetekel einer bevorstehenden Revolution an die Wand.

Im gleichen Maße wie die Hofpartei weiter wegen »Germanophilie« attackiert wurde (so etwa auch Außenminister Boris Stürmer, der schließlich den Zaren bat, seinen deutschen Nachnamen auf Panin ändern zu dürfen), tasteten die Liberalen mögliche Friedenschancen ab – nur so konnte sich Leo Trotzki *»die Verhandlungen eines Führers des progressiven Blocks, des Deputierten Protopopow, mit dem deutschen Diplomaten Warburg im Herbst 1916 in Stockholm erklären«*[79]. Für Trotzki habe sich die Dumadelegation mühelos davon überzeugen können, *»dass die teuren Verbündeten die Absicht hegten, während des Krieges alle Lebenssäfte aus Russland auszupressen, um nach dem Siege das rückständige Land zum wichtigsten Feld ökonomischer Ausbeutung zu machen. Das geschlagene Russland im Schlepptau der siegreichen Entente hätte ein Kolonialrussland bedeutet.«*[80]

Der Ausweg hin zum Frieden hätte die Befreiung aus den Fesseln der Entente bedeutet. Auch hätte ein neutrales Russland Vorteile aus dem Antagonismus der zwei mächtigen Militärblöcke ziehen können. Die Verhandlungen scheiterten schließlich, weil die deutsche Regierung am 5. November 1916 auf dem Gebiet der seit dem Wiener Kongress 1815 zum Russischen Kaiserreich gehörenden Provinz Weichselland das Königreich Polen aus der Taufe hob. Aus deutscher Sicht war fur einen Sonderfrieden die Abtrennung Polens von Russland als unabhängiger Staat Voraussetzung. Der Zar hielt diese Bedingung für unwürdig. Auch Rasputin neigte zu der Ansicht, dass Polen ein Teil der heiligen russischen Erde sei und nicht vom Mutterland abgetrennt werden dürfe.[81]

Dieses Festhalten am polnischen Territorium ist angesichts der katastrophalen Lage an den Fronten und in der Heimat kaum zu verstehen. Wie konnte ein derartiger Realitätsverlust in St. Petersburg um sich greifen? Später beichtete Protopopow: *»Alle vernünftigen Menschen in Russland, darunter wohl sämtliche Führer der Partei der ›Volksfreiheit‹ (Kadetten), waren überzeugt, dass Russland nicht imstande sei, den Krieg fortzusetzen.«*[82]

Über die Friedensaktivitäten Protopopows und Rasputins wurden die alliierten Botschafter durch Großfürst Nikolai Nikolajewitsch informiert, der seine Informationen vom Abgeordneten Purischkewitsch erhalten haben dürfte. Paleologue berichtet in seinen Memoiren, wie entsetzt und fassungslos er war, als er davon hörte. Er hatte um Rasputin einen Überwachungs- und Informationsdienst aufgezogen und meinte gut unterrichtet zu sein *»über alles, was er sagte und tat. Niemals hat man mir aber gemeldet, dass er auf irgendeine Weise den Zaren gedrängt hätte, unter der Hand mit den feindlichen Mächten wegen eines Separatfriedens zu verhandeln.«*[83]

Auch der Chef der MI6-Mission in St. Petersburg, Samuel Hoare (1880–1959), der spätere erste Viscount Templewood, hatte den Friedensfreund Rasputin im Visier. Gemeinsam mit seinem Vorgesetzten, dem britischen Botschafter George Buchanan, sowie dessen französischen und amerikanischen Kollegen Paleologue und David R. Francis besuchte Hoare am 19. November 1916 eine Debatte in der Duma. Dort hielt Purischkewitsch, Führer der Ultrakonservativen und fanatischer Monarchist, eine anklagende Rede gegen die Regierung. Im demagogischen Eifer mischten sich in seiner Suada, die Balsam für die aufgewühlte russische Seele war, Wahrheit mit Verleumdung. *»Aber obgleich man allgemein wusste, dass der Abgeordnete teilweise die Unwahrheit sprach«*, so Spiridowitsch, habe die Rede *»größeren Widerhall«* gefunden als die von Pawel Nikolajewitsch Miljukow (1859–1943), dem Führer der »Konstitutionellen

Demokraten« (auch Kadettenpartei genannt).[84] Miljukow hatte auf der Tribüne der Duma schriftliche Dokumente vorgelegt, welche die Spionagetätigkeit der Regierung zugunsten Deutschlands beweisen sollten, in Wirklichkeit aber nicht die geringsten Beweise dafür enthalten hätten. *»Man wies auch dann noch nicht zurück, als es sicher geworden war, dass, im allgemeinen wenigstens, sämtliche Anklagepunkte ohne Unterlagen waren. Tatsächlich spielten sie nämlich in jenem Augenblick eine notwendige Rolle und kamen den Wünschen aller entgegen.«*[85]

Nach seiner Rede erschien Purischkewitsch in der Diplomatenloge, um die Botschafter der Entente zu begrüßen. In seinen Erinnerungen beschrieb ihn Hoare als so schwarz wie einer von den »Schwarzen Hundert«. Er sei im Ruf gestanden, ein bigotter Reaktionär zu sein. *»Während der Krieg viele von ihnen noch engstirniger machte«*, so Hoare, *»erschloß er in ihm einen wundervollen Strom von patriotischem Eifer.«* Der »Patriot« Purischkewitsch befand sich allerdings auf einem sogenannten Drückebergerposten. Er war nämlich mit Kriegsbeginn für einen Lazarettzug verantwortlich. Hier hätte ihn das Elend der Verstümmelten eigentlich selbst auf die Idee von Friedensgesprächen bringen müssen.[86]

Ende November 1916 erschien Purischkewitsch im Dienstzimmer Hoares. *»Als ob es sich um eine alltägliche Angelegenheit des gewöhnlichen Lebens handle«*, schreibt er später, habe er ihn darüber informiert, dass er und seine Freunde beschlossen hätten, Rasputin zu liquidieren.[87] Der Brite wurde vom Führer der Ultrakonservativen über den schlimmen Einfluss aufgeklärt, den »der sibirische Bauer« nicht nur auf das russische Kaiserreich, sondern auf den ganzen Verlauf des Krieges ausübte. Für die Männer um Purischkewitsch stand Rasputin als *»Hemmnis vor allen mutigen Hoffnungen und hohen Idealen, mit denen er und seine Freunde in den Krieg gegangen waren«*[88]. Hoare sei sich aber nicht sicher gewesen, ob das ganze russische Volk den Günstling als die Verkörperung der Reaktion in der Heimat und des Verrats an den Interessen der Alliierten im Ausland betrachtete.

Was mag den mächtigen Duma-Abgeordneten veranlasst haben, den britischen Geheimdienst in die Ermordung einzuweihen? Warum ging er nicht zum französischen Botschafter Paleologue, der ja als Feind Rasputins bekannt war? Vermutlich war der schlaue Fuchs Purischkewitsch der Meinung, dass die Briten das Geschehen diktierten.

Nach diesem Treffen begannen Großfürst Nikolai Nikolajewitsch und Purischkewitsch »Patrioten« in den sogenannten »Vollstreckungsausschuss« zu berufen, der nun häufig im Lazarettzug tagte. Zwei Tage nachdem der Zar Zarskoje Selo wieder verlassen hatte, trafen sich die »Vollstrecker« – Groß-

fürst Dmitri, Fürst Jussupow, Leutnant Suchotin, der Arzt Lasowert sowie der Abgeordnete Purischkewitsch – am 6. Dezember 1916 in einem Abteil.[89] Auf einem St. Petersburger Vorortbahnhof ging es nun um Details der Ermordung Rasputins, welcher die wichtigen Dreh- und Angelpunkte der russischen Innen- und Außenpolitik richtig erkannt und dem Zaren etwa immer wieder geraten hatte, die Agrarfrage in einer den Bauern günstigen Form zu lösen. Darüber hinaus setzte er sich für einen Separatfrieden mit Deutschland ein.[90] Vor diesem Hintergrund musste er den allrussischen Politikern und der Entente-Clique um die englischen und französischen Botschafter in St. Petersburg ein Stachel im Fleisch gewesen sein. Der sollte jetzt gezogen werden.

Über die Ermordung Rasputins gibt es unterschiedliche Berichte. Sowohl Purischkewitsch wie auch Felix Fürst Jussupow (1887–1967) reklamierten die Todesschüsse für sich. Ende der 1990er-Jahre brachte der britische Historiker Andrew Cook die englische Version der Geschehnisse in Umlauf, wonach britische Geheimagenten hinter dem Mord gestanden haben sollen: Nach Aussage der Tochter des britischen Geheimdienstlers Oswald Rayner (1888/89–1961), enger Freund Jussupows, hat ihr Vater Rasputin erschossen. Dieser Version stimmen inzwischen viele russische Historiker zu. Ein Separatfrieden mit Deutschland wäre für Großbritannien sehr ungünstig gewesen, denn dadurch wären umfangreiche deutsche Truppen für die Westfront freigeworden. Julia Smilga argumentiert zudem in einer Radiosendung des Bayrischen Rundfunks: *»Auch die Tatsache, dass der britische Botschafter George Buchanan noch vor dem Zaren vom Tod Rasputins erfuhr, zeugt davon, dass der britische Geheimdienst beteiligt war.«*[91]

Enorme Verluste und wirtschaftliche Not führten in Russland am 27. Februar 1917 zur »Februarrevolution«. Sie brachte eine bürgerliche Regierung an die Macht, die Russland noch bis zur bolschewistischen Revolution im Oktober des gleichen Jahres im Lager der Alliierten belassen sollte. Die Zarenfamilie wurden verhaftet und in Zarskoje Selo interniert. 20 Monate nach dem Mord an Rasputin wird sie von den Bolschewiki in Sibirien hingerichtet – und 1997 heiliggesprochen.

In Washington wurde die Februarrevolution vielfach mit Erleichterung, wenn nicht gar mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Hatten doch die vom Zaren geduldeten Pogrome gegen die jüdischen Mitbürger vor allem in der angelsächsischen Welt dem Ansehen des zaristischen Russlands geschadet. Vor diesem Hintergrund kabelte am 18. März der amerikanische Botschafter David Francis um Erlaubnis, die »Provisorische Regierung« umgehend aner-

kennen zu dürfen, da *»diese Revolution die praktische Verwirklichung des Regierungsprinzips (darstellt), das wir verteidigt haben«*[92]. Vier Tage später waren die USA der erste Staat, der die bürgerliche Regierung von Fürst Georgi J. Lwow diplomatisch anerkannte. Der engste Berater und Freund von Präsident Woodrow Wilson, »Colonel« Edward Mandell House, begrüßte die Ereignisse in Russland mit den Worten: *»Alle freiheitsliebenden Länder der Welt begrüßten den Sturz eines Systems, das Ungerechtigkeit und Grausamkeit in seiner anstößigsten Form verströmte.«*[93]

Hatten die westlichen Demokratien die angesprochene Ungerechtigkeit und Grausamkeit erst jetzt entdeckt? Als Bündnispartner im Kampf gegen das »militaristische« Deutsche Reich war das zaristische Russland im August 1914 noch gut genug gewesen. Auf diese Problematik spielte George F. Kennan an, als er feststellte, die Februarrevolution sei für die Amerikaner wie die Erfüllung eines Stoßgebetes gewesen, da der ideologische Charakter des zaristischen Regimes zunehmend Unbehagen verbreitet habe.[94] Woodrow Wilson jedenfalls war vom Triumph der Subversion in Russland und dem Sturz des alten Zarentums fasziniert und begrüßte die neue Republik als passenden Partner der »Ehrenlegion«.

Die tragische Rolle der Juden

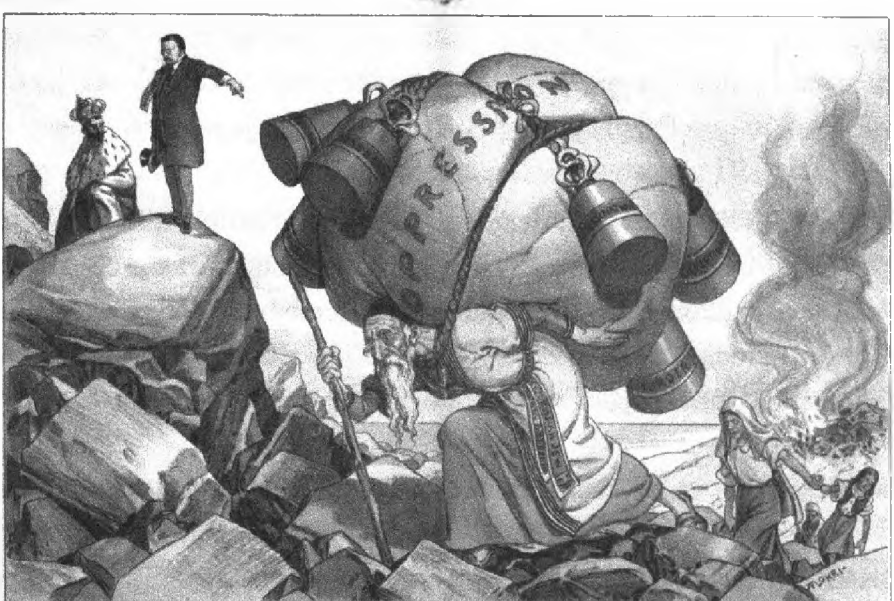
Besonders leidvoll erwies sich der Erste Weltkrieg für die jüdischen Bevölkerungsteile auf allen Seiten. Von fast zehn Millionen Juden insgesamt lebten 1914 ca. drei Millionen in den Ländern des Dreibunds, der größere Rest innerhalb der Grenzen der Entente, allerdings in krassem Missverhältnis: über 6 Millionen in Russland, in Frankreich hingegen gerade mal 100 000.

Nikolaus II. führte die judenfeindliche Politik seines Vorgängers, Alexander III., weiter. Während und nach dem Russisch-Japanischen Krieg wurde Russland von revolutionären Unruhen und Pogromen geschüttelt. Die Juden hatten erneut Erniedrigungen zu erdulden. Die Feindseligkeit schwelte anschließend weiter, bis 1905 Judenpogrome Hunderte von Ortschaften erfassten. Am 22. Januar 1905 kam es in St. Petersburg zum so genannten »Blutsonntag«, ein Jahr später gab es in Białystok und Siedlce Ausschreitungen.

Innenminister von Plehwe stellte die Pogrome als Racheakte der christlich-patriotischen Russen gegen »die jüdischen Revolutionäre« hin. Obwohl in der Duma, dem neugeschaffenen zaristischen Parlament, zwölf jüdische Ab-

geordnete vertreten waren, änderte sich nichts. Zu groß war der Einfluss der orthodox-monarchistischen und nationalistischen Kreise. Innerhalb der Bewegung »Schwarze Hundert« war der »Bund des russischen Volkes« (1905–1917) die bedeutendste antijüdische Organisation. Zwischen 1881 und 1914 verließen etwa zwei Millionen Juden Russland.

Vor dem Ersten Weltkrieg machte der jüdische Anteil unter der russischen Gesamtbevölkerung noch ca. 4 % aus. Davon waren 2,5 % in der Landwirtschaft, 33 % in Industrie und Handwerk sowie 37 % im Handel tätig, der Rest verteilte sich auf andere Berufe, etwa Akademiker, Angestellte und Beamte. Mit der Verschärfung der wirtschaftlichen Probleme wurde, wie häufig zu beobachten, die »Judenfrage« hochgespielt – man witterte eine jüdisch-freimaurerische Verschwörung. Derweil dienten im russischen Heer 350 000 jüdische Soldaten ebenso aufopfernd wie die Bauern.[96] Trotzdem wurden sie in der zaristischen Armee als Spekulanten beschuldigt und häufig – wohl wegen des Jiddischen – der Spionage für die Deutschen und Österreicher verdächtigt,

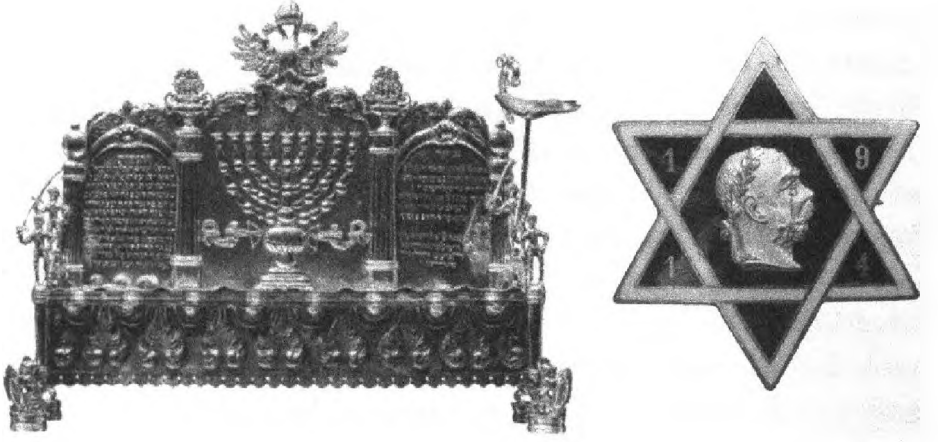


Diese Lithografie, gezeichnet nach dem Pogrom in Kischinjew 1903, gibt die Lage der Juden in Russland treffend wieder: Ein Jude trägt ein mächtiges Bündel mit der Aufschrift »Unterdrückung« und weitere Gewichte, die da heißen: Autokratie, Raub, Grausamkeit, Meuchelmord, Betrug; rechts im Hintergrund brennt eine jüdische Siedlung. Theodore Roosevelt fragt den Zaren: »Nun, da Sie Frieden außerhalb Ihrer Grenzen haben, warum nehmen Sie ihm nicht die Last ab und schaffen Frieden innerhalb Ihrer Grenzen?«[95]

zumal das deutsche Heer in Polen als Befreier der Juden auftrat. Aus »militärischen Gründen« wurden 500 000 Juden aus Hunderten von Städten und Schtetln der Randprovinzen evakuiert und verloren so ihre Häuser, ihr Gut und die kleinen Äcker, von denen sie sich ernährt hatten.[98]

Von den annähernd drei Millionen Juden auf Seites des Dreibundes war der überwiegende Teil – fast zweieinviertel Millionen – im Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn zu Hause. Seit 1867 genossen die Juden dank Kaiser Franz Joseph I. in der Doppelmonarchie staatsbürgerliche Rechte.

In Galizien – einem Landstrich, der bis 1918 Teil der K.-u.-k-Monarchie war und heute in Polen und der Ukraine liegt – herrschte seit dem Ausgang des russisch-japanischen Krieges die allgemeine Überzeugung, dass Russland bei der erstbesten Gelegenheit Österreich-Ungarn angreifen würde, da seither die Maxime der russischen Politik lautete: Der Weg nach Konstantinopel führt über Wien. *»Seit Beginn des Balkankrieges – Herbst 1912«*, schreibt der galizische Autor Binjamin Segel (1867–1931), *»erwarteten wir jeden Augenblick den Ausbruch eines Konfliktes zwischen Russland und unserer Monarchie. In Ostgalizien, besonders in Lemberg, waren schon im Winter 1912/13 sehr zahlreiche Familien vollständig gepackt, zum Aufbruch nach dem Westen bereit.«*[99] Aufgrund der Indizien – Russlands Unterstützung des Nationalismus in Serbien, Frankreichs Milliarden für die russische Rüstung und die plötzlich erwachte Freundschaft Englands zu Russland – erwarteten die galizischen Juden in der nächsten Zeit an ihren Grenzen einen großen Krieg.



Zeichen jüdischer Wertschätzung: links ein prächtiger, vom Doppeladler gekrönter Chanukka-Leuchter aus dem frühen 18. Jahrhundert, der Zeit der Habsburger, rechts Kaiser Franz Joseph I. auf einer Plakette aus gegossenem Metall

Die habsburgischen Juden unterschieden sich von ihren Glaubensgenossen in den meisten anderen europäischen Staaten, in denen eine Anpassung an den jeweiligen Nationalstaat erwünscht war. In der Donaumonarchie hingegen war es ihnen möglich, so die jüdische Historikerin Marsha L. Rozenblit, ihre Identitäten auf unterschiedlichen Ebenen zu entwickeln: patriotisch-loyal der Dynastie und dem Kaiserhaus gegenüber, kulturell der jeweils herrschenden Nationalität angepasst und gleichzeitig jüdisch auf einer religiösen wie ethnischen Ebene.[100] In einem derart toleranten Umfeld begrüßten die Juden in Österreich-Ungarn den Krieg ähnlich wie ihre nichtjüdischen Landsleute. Über das Schicksal ihrer im Nachbarland Russland lebenden Glaubensbrüder und -schwestern bestens informiert, meinten sie zusätzlich zur allgemeinen patriotischen Begeisterung eine »Kreuzzugsmission« erfüllen zu müssen, indem sie sie von ihrem schweren, durch Pogrome gekennzeichneten Schicksal befreiten. So traf die englische Kriegserklärung die galizischen Juden wie ein Keulenschlag: England auf Seiten Russlands! Es erschien den meisten »*als der Zusammenbruch aller Hoffnungen auf eine Verständigung der Völker, um die Ideale der Humanität und der Kultur zu verwirklichen. Nie im Leben*«, so Segel, »*werde ich diesen Tag vergessen, er war für mich und meine Freunde einer der schwersten in diesen grauenvollen Monaten.*«[101]

Nun zog Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, der im Januar 1905 in St. Petersburg den Befehl gegeben hatte, auf Greise, Frauen und Kinder zu schießen, mit seinen Truppen aus, um die Völker Mitteleuropas zu »befreien«. Von ihm hatten die Juden nichts zu erwarten. Dafür hatte Sir Edward Grey dem britischen Schriftsteller Israel Zangwill (1864–1926) die Zusage ins Ohr geraunt, er werde nach dem Sieg bei seinen russischen Kollegen für eine bessere Behandlung der Juden eintreten. Doch vorerst fühlte sich Zangwill berufen, mit Nikolai Nikolajewitsch die deutschen Barbaren und Hunnen zu bekämpfen.[102]

Zangwill, dessen Eltern selbst aus Russland flüchten mussten, war 1903 auf dem 6. Zionistenkongress einer der eifrigsten Fürsprecher des Uganda-Projekts[103] gewesen und gründete, als dieses auf dem 7. Zionistenkongress von der Mehrheit abgelehnt wurde, u. a. zusammen mit dem Augenarzt Max E. Mandelstamm, die *Jewish Territorial Organization (JTO),* deren Präsident er wurde. Mit Ausbruch des Weltkrieges wurde die Arbeit der JTO nicht weitergeführt, doch Zangwill fuhr fort, als deren Präsident zu sprechen.[104] Zangwill wollte glauben, dass England, nachdem es den deutschen Militarismus niedergeworfen hatte, Russland zivilisieren werde und dass dadurch eine neuere und bessere Epoche in der Geschichte der russischen Juden möglich werde.

Auch Richard Gottheil, Professor für Rabbinische Literatur, habe verkündet, so Binjamin Segel, »*Russland werde aus dem Kriege moralisch und politisch verjüngt hervorgehen; sein Bündnis mit den beiden größten demokratischen Mächten der Welt werde es veranlassen, den wahren nationalen und idealen Wert der Juden ans Tageslicht zu fördern; der Zar werde den Juden alle Bürgerrechte erteilen.*«[105] Diese Botschaft wurde als plumpe Propaganda durchschaut und Zangwills Aufruf, die Entente im Kampf gegen Deutschland zu unterstützen, heftigster Widerstand entgegengesetzt. Hätten Zangwill und Gottheil nur sehen können, mit welcher Begeisterung die galizischen Juden zu den Fahnen eilten, als Kaiser Franz Joseph sie rief.

Im 1871 gegründeten Deutschen Reich waren Juden zum ersten Mal freie und gleichgestellte Bürger, die sich aktiv wie passiv im gesamten Spektrum der Parteien einbrachten, selbst im linken Flügel. Den Sozialdemokraten hatte Wilhelm II. mit dem »Burgfrieden« seine Anerkennung ausgesprochen, waren sie für ihn zuvor noch »vaterlandslose Gesellen« gewesen. Nach den Reichstagssitzungen vom 4. August hieß das »Kaiserhoch« fortan »Hoch auf Kaiser, Volk und Vaterland«. Nun stand auch das Gros der Sozialdemokraten den Kriegsanleihen nicht mehr ablehnend gegenüber. Am gleichen Tag wurden sie genehmigt. Nichtsdestotrotz schrieb Ludwig Geiger, Historiker und Vertreter des Reformjudentums, noch im September 1914 in einem Zeitungsartikel über seine Glaubensgenossen: »*Wir sind alle überzeugt, dass das Herz unseres Kaisers von wahrhafter Friedensliebe erfüllt ist, dass er bis zum letzten Momente aufrichtig gesprochen und energisch alles getan hat, um den Krieg zu verhindern.*« Stattdessen, so Geiger weiter, müssten die Friedensfreunde »*den Hetzern in West und Ost, den Kulturstörern*«, die sich so gerne als die echten Träger der Kultur bezeichneten, die Schuld an dem Unheil anlasten, welches über die ganze Welt heraufgezogen sei.[106]

Im Mai 1913 hatten schweizerische Parlamentarier auf Anregung des deutschen Reichstagsabgeordneten Ludwig Frank zu einer deutsch-französischen Verständigungskonferenz nach Bern eingeladen. Der religiös geprägte Frank – beide Großmütter waren Töchter von Rabbinern – betätigte sich erfolgreich als Organisator der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung. Bei Kriegsausbruch 1914 gehörte Frank zu den entschiedenen Verfechtern der Burgfriedenspolitik. Nachdem er am 4. August mit den meisten seiner sozialdemokratischen Fraktionskollegen für die Kriegskredite gestimmt hatte, meldete er sich noch am selben Nachmittag freiwillig als Soldat. Aus dem Feld schrieb er später: »*Ich habe den sehnlichsten Wunsch, den Krieg zu überleben und*

dann am Innenbau des Reiches mitzuschaffen. Aber jetzt ist für mich der einzig mögliche Platz an der Linie, in Reih und Glied, und ich gehe wie alle anderen freudig und siegessicher.«[107] Nur drei Wochen nach Kriegsbeginn sollte Frank als erster deutscher Abgeordneter fallen. Er wurde gerade mal 40 Jahre alt.

Den Religionsvorschriften folgend, drängten die deutschen Juden zu den Fahnen, *»mit einem starken Glücksgefühl, mit leuchtenden Augen ... im Augenblick einer nationalen Erhebung ohnegleichen«*, wie es Margarete Marasse in ihrem Artikel »Der heilige Krieg« formulierte,[108] darunter Tausende von Freiwilligen. Nicht selten waren sechs oder sieben Angehörige einer Familie im Feld.[109] Aber auch Juden im Rentenalter fuhlten sich berufen. Als ältester Leutnant trat Ludwig Stern mit 63 Jahren ins preußische Heer ein. Noch ein Jahr älter war Emanuel Goldschmidt aus Würzburg, Träger des Eisernen Kreuzes im Jahre 1870, der sich in Bayern wieder zum Dienst meldete. Der Historiker Martin Philippson schreibt: *»Die Begeisterung, die das ganze deutsche Volk erfüllt, reißt ebenso dessen jüdische Söhne mit sich, die oft mit vielen Schwierigkeiten aus fernen Ländern zu den Fahnen eilten.«* So etwa auch der Schriftsteller Lion Feuchtwanger, Sohn eines jüdischen-orthodoxen, deutsch-patriotischen Margarinefabrikanten. Er war bei Kriegsbeginn in Tunis verhaftet worden, entkam jedoch und schlug sich nach München durch, um dort unverzüglich seinen Militärdienst anzutreten.

Biblische Worte geleiteten die tapferen Soldaten hinaus in den »gerechten Krieg«, biblische Worte feuerten sie an, für die höchsten Güter der Nation ihr Leben einzusetzen. *»Wir wollen daran denken, dass auch unsere Kinder dabei sind, wo es nun gilt, das Vaterland zu retten aus der größten Gefahr, die ihm jemals erstand, und wir wollen die Zuversicht hegen, dass ihr Blut ein neuer Kitt ist, der sie und uns unzerreißbar mit dem Vaterland verbindet,«* so Rabbiner Samson Hochfeld in der *Allgemeinen Zeitung des Judentums.*[110]

In allen Synagogen Deutschlands wurde am 5. August der Bettag feierlich begangen. In dichten Mengen drängten sich die Gläubigen in die Gotteshäuser, um vor ihrem Herrn den Sieg für die Sache des Vaterlandes zu erflehen.[111]

Aufgrund der patriotischen Haltung der gesamten jüdischen Bevölkerung zwang das Oberkommando die *Staatsbürgerzeitung*, das Hauptorgan der Antisemiten, auf ihren Charakter als judenfeindliches Blatt zu verzichten, und zwar nicht nur für die Kriegs-, sondern auch für die Friedenszeit. *»Als die Kriegsfackel in das friedliche Deutschland geschleudert wurde und das ganze Volk sich wie ein Mann erhob, als Rassen- und Klassenhaß vor der Erkenntnis gemeinsamer Gefahr und deshalb auch gemeinsamer Aufgaben verschwand, hörte man mit innerster Genugtuung: Das deutsche Volk hat sich wiedergefunden«*, schrieb der Rabbiner

Siegfried Gelles in seinem Artikel »Krieg und Religion«.[112] Am 7. August riefen in der *Jüdischen Rundschau* mehrere jüdische Vereine zur Verteidigung des deutschen Vaterlandes auf.

In Österreich traten jüdische Studenten ihren Wehrdienst an, um an vorderster Front gegen Russland zu kämpfen. Deren Zahl wird auf ein kriegsstarkes Armeekorps, also etwa 50 000 Mann, geschätzt. Bereits am Tag der Kriegserklärung an Serbien hatte sich der Wissenschaftler Fritz Haber zu den Waffen gemeldet, und selbst Sigmund Freud fühlte vaterländisch und freute sich auf den Einmarsch deutscher Soldaten in Paris.

In der fünf Tage dauernden Schlacht bei Tannenberg wurde die überlegene 1. russische Armee General Samsonows vernichtend geschlagen, und die weiter nördlich operierende 2. Armee Generals Rennenkampffs musste sich auf eigenes Gebiet hinter die Grenze zurückziehen. Uber 137 000 russische Soldaten gingen in Gefangenschaft.[113] Die militärischen Erfolge an der Ostfront waren auch dem heroischen Einsatz jüdischer Kämpfer zu verdanken, die ihre Glaubensgenossen befreien und die Macht des Zarenreichs brechen wollten.[114] Darüber hinaus galt es zu verhindern, dass Russland sich bei einem Sieg Galizien und Polen einverleiben würde.

Amerikanische jüdische Zeitungen kritisierten England scharf für seine Unterstützung des »barbarischen« russischen Autokratenregimes. So bedauerte der *Reform Advocate*, dass *»der englische Freisinn und Franzosen mit den Russen zusammengehen«.*[115] Und *The American Israelite* schrieb: *»Die Einmischung Englands in einen Kampf, dessen Hauptzweck die Erhaltung der Kosakenherrschaft ist, mit ihrer Beugung jedes menschlichen Fortschritts, wäre eine solche furchtbare Schmach für die Menschheit wie für die englischen Interessen, dass wir kaum daran zu denken wagen.«*[116] In New York kam es zu einer Verbrüderung der deutschen und jüdischen Bevölkerungsanteile im Hass auf England und Russland. Erfreut registrierte die jüdische Presse, dass die antisemitischen Blätter ihren Kampf einstellten und jüdische Soldaten zu Offizieren ernannt wurden und das Eiserne Kreuz erhielten. *»Die jüdischen Massen empfinden stark, dass sie ihre heutige Kultur dem Deutschtum verdanken, und sie tragen diesem Deutschtum einen großen Dank ab durch ihre jetzige Haltung, die das deutsche Judentum stets den Trägern deutscher Kunst und Kultur gegenüber zeigte.«*[117]

Durch eine Laune des Schicksals gelangten Paul sowie Max M. Warburg am Vorabend des Ersten Weltkriegs in führende Positionen des amerikanischen und deutschen Finanzwesens.[118] Das musste die City of London beunruhigen. Cecil Spring-Rice (1859–1918), britischer Botschafter in Washington, teilte Sir Edward Grey mit, eine jüdische Verschwörung, angeführt durch die Bank *Kuhn und Loeb,* habe die amerikanische Regierung unterwandert, voll Schadenfreude bezeichnete er Paul M. Warburg als deren Handlanger. »*Seit Morgans Tod haben die jüdischen Banken die Vorherrschaft. Das Schatzamt haben sie durch den einfachen Kunstgriff in ihre Gewalt gebracht, daß sie die Wechsel des Schatzministers finanzierten ... und ihn zwangen, den Deutschen Warburg in den Zentralbankrat zu berufen, der darin alle Fäden in der Hand hat.*«[119] Als Frieda Schiff-Warburg nach Kriegsbeginn mit Jacob Schiff durch Bar Harbor schlenderte und sich mit ihm auf Deutsch unterhielt, fühlte sie sich anklagenden Blicken ausgesetzt: »*Vater*«, flüsterte sie, »*das geht jetzt nicht mehr.*«[120]

Doch die amerikanischen Juden hatten nicht nur Verwandte in der alten Heimat, sie fühlten sich auch zur Kultur Deutschlands hingezogen. Wie konnten sie ihre Liebe zu dessen Liedgut und Literatur mit stiefelknallendem Soldatentum vereinbaren? Beim amerikanischen Historiker Peter Gay heißt es, man habe in den Ländern der Entente während des Krieges vermutet, es gebe »*in Wahrheit zweierlei Deutschland ... das eine, in dem militärische Großmannssucht, Buckeln vor der Obrigkeit, aggressive Eroberungspolitik und eine an Besessenheit grenzende Beachtung von Förmlichkeit die Regel sind, und das Deutschland der lyrischen Dichtung, der humanistischen Philosophie und des pazifistischen Weltbürgertums*«.[121]

Der in den USA ansässige Paul M. Warburg bemühte sich, durch eine pazifistische Haltung seiner widerstreitenden Gefühle Herr zu werden, und plädierte für die Neutralität Amerikas sowie für Friedensverhandlungen. Er wollte eine Welt ohne Sieger und war überzeugt, dass eine rachsüchtige und auf die Wahrung der eigenen Interessen bedachte Haltung der Ententemächte die deutschen Militaristen lediglich in ihren Kriegswillen bestärken würde. Dennoch konnte er eine gewisse prodeutsche Einstellung nicht ganz unterdrücken, was auf seine Vorstellungen abfärbte und seinen Einfluss schwächte. Zusehends geriet er in Widerstreit zur Regierung Wilson, die sich offiziell neutral gab, in Wahrheit aber der Entente zugeneigt war. Pauls Sohn notierte: »*Solange sich Wilson für die Neutralität aussprach, fand ihn mein Vater großartig; als er anfing, ins Lager derer einzuschwenken, die ein Eingreifen Amerikas befürworteten, war es mit der Großartigkeit vorbei.*«[122]

Dennoch erfüllten Paul M. Warburg und dessen Frau Nina, die aus dem Hause Loeb stammte, ihre gesellschaftlichen Pflichten, gaben große Abendgesellschaften und führten einen glänzenden Salon, in dem verschiedene Minister und oberste Richter ein- und ausgingen. Am unbefangensten fühlten sie sich in Gegenwart anderer junger Paare, unter ihnen der stellvertretende Marineminister Franklin D. Roosevelt und dessen Frau Eleanor. Obwohl Nina Warburg Roosevelt gut leiden konnte, pflegte sie bedauernd über ihn zu seufzen: *»Er sieht wirklich hinreißend aus, ist aber so dumm.«*[123]

Da nunmehr in Washington eine antideutsche Stimmung herrschte, gingen auch die Warburgs schließlich auf Distanz zu ihren jüdischen Freunden und Verwandten deutscher Abstammung.

Die Abdankung des Kaisers am 11. November 1918 sahen die deutschen Juden mit gemischten Gefühlen. Obwohl man sie nie uneingeschränkt anerkannt hatte, waren sie in gewisser Weise Hätschelkinder des Kaiserreichs gewesen.

Zu den bedauerlichsten Erscheinungen des Krieges gehöre der Bankrott des westeuropäischen Intellektualismus, der sich selbst ins Gesicht schlage, verleugne, was er bis zum Ausbruch des Krieges gepredigt habe, schrieb Binjamin Segel traurig. *»Und erst die vernichteten idealen Güter, das zerstörte Solidaritätsbewusstsein der europäischen Völker, die gehemmte Entwicklung der Kulturideen und deren Durchdringen zu den Massen ... welcher heroischen Anstrengungen wird es bedürfen, um all das einigermaßen leidlich wieder von neuem anzufangen?«*[124]

Besonders beschämend war jedoch die Radikalisierung des Antisemitismus, der nach dem Krieg vor allem in Ostmittel- und Zentraleuropa zu beobachten war. Ein internationales Forschungskolleg am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin versuchte dafür Erklärungen zu finden. Während bei den siegreichen Westmächten die antisemitische Propaganda zurückging, war in Rumänien und Polen, die sich ebenfalls zu den Siegern zählten und von dem Krieg profitiert hatten, extremer Antisemitismus zu beobachten. Polen, vor dem Krieg unter dem Deutschen Reich, der K.-u.-k.-Monarchie und Russland aufgeteilt, wurde nun zu einem Nationalstaat geformt. Damit ging die Entwicklung extremer Formen antisemitischer Gewalt einher. In Deutschland und Österreich führten die unverarbeitete Niederlage und das Revolutionserlebnis zu einer Radikalisierung des Antisemitismus.[125]

Heute, knapp hundert Jahre nach Segel geht der Franzose Eric Vuillard (geb. 1968) in seiner literarischen Geschichtsrhapsodie »La Bataille de l'Occident« den Verwerfungen des Ersten Weltkriegs nach. Er sieht in der »Schlacht des Abendlandes« den Auftakt seines kulturellen Suizids im 20. Jahrhundert. Diesen unbegreiflichen Vorgang erzählt Vuillard als böses Märchen der Weltgeschichte. Das Urbild des Wahnsinns von Entmenschung findet er in der Aufnahme eines fünfjährigen Kindes, Lizzie van Zyl. Sie verhungerte im Jahr 1901 in einem britischen Konzentrationslager in Südafrika. Vuillard sieht Lizzie neben dem »Kind in Auschwitz« in jener Reihe stehen, die ins Nichts führt. Und obwohl die Toten des Burenkriegs und der Kolonialkriege mit denen der Weltkriege, der Rassen- und Klassenkämpfe und der Schoa nicht direkt vergleichbar sind, ließen sie doch *»einen kleinen Pfad erkennen – als habe sich dieselbe Menschenmaschine in Bewegung gesetzt und vielleicht andere Menschenmaschinen zum Töten, Einsperren, Quälen, Ausbeuten abgelöst, als habe sie eine identische Macht des Unterdrückens verlängert, potenziert und in eine neue Form überführt«.*[126] Im letzten Kapitel seines »Märchens« setzt er am Beispiel des amerikanischen Bankiers J. P. Morgan militärische Skrupellosigkeit mit kapitalistischer Raffgier gleich und ist damit in der Wirklichkeit angekommen.

Am 11. November 1918 wurde zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten USA, Frankreich und Großbritannien der Waffenstillstand von Compiegne (auf Französisch »Armistice de Rethondes«) geschlossen; er beendete die Kampfhandlungen des Ersten Weltkriegs. Die deutschen Truppen standen noch auf ausländischem Territorium, und kein feindlicher Soldat hatte die Grenzen des Kaiserreichs überschritten. Um den Waffenstillstand hatte die deutsche Führung gebeten, nachdem sich die Gesamtlage dramatisch verschlechtert hatte. Nach Meinung General Ludendorffs war die Front nicht länger zu halten. Walther Rathenau beurteilte die Lage anders und schlug vor, die Volksmasse zu mobilisieren (»Levee en Masse«) und sich auf die rechte Seite des Rheins zurückzuziehen, um von dort das Reich zu verteidigen. Er war von der Kriegsverdrossenheit der englischen und französischen Bevölkerung überzeugt und rechnete damit, dass die Kriegshandlungen dann ohnehin eingestellt würden. Damit wäre ein umfassender Frieden möglich gewesen. Doch Rathenau stand allein. Alle vertrauten Wilsons Friedenszusicherung und seinem Vierzehn-Punkte-Programm, auf das noch näher eingegangen werden wird.

Wie sah nun – nach dem Waffenstillstand von Compiegne, der, das sei hier betont, keine Kapitulation, sondern lediglich die Option auf einen ersehnten Frieden darstellte – die Mächtekonstellation aus?

England hatte mit der Anspannung aller Kräfte sein Ziel erreicht: Deutschland war erledigt wie vor ihm Spanien (1588), Holland (1654) und Frankreich (1763). Mit diesem »Triumph« jedoch endete auch das Zeitalter des britischen Empires. 1920 schuldete das Vereinigte Königreich den USA vier Milliarden Dollar. Nach 400 Jahren der Dominanz auf den Weltmeeren musste es 1921 der einstigen Kolonie das Recht zugestehen, sich eine Flotte zu halten, die genauso groß war wie die britische. Die USA traten nun mit ihrem Expansionsdrang in die Fußstapfen des einstigen Mutterlandes. Sie waren nach dem Ersten Weltkrieg die größte Gläubigernation der Welt und damit nach den Grundsätzen des Gouverneurs Marriner Eccles vom Federal Reserve Board reich und mächtig.[127] Die New Yorker Börse war nun der wichtigste Wechselmarkt, die Briten hatten durch den amerikanischen Kriegseintritt auch ökonomisch ihre weltpolitische Führungsrolle verloren und standen 1920 bei der Eisen- und Stahlproduktion, einem wichtigen Indikator für die Stärke der Industrie und des Militärs, nur noch auf Platz zwei hinter den Vereinigten Staaten.

Deutschland war zerstört, Russland innerlich zerrüttet, Japan noch im Entwicklungsstadium – die USA hingegen befanden sich auf dem Weg zur Weltmacht. Durch die beiden Ozeane vor jedem Angriff revisionistischer Mächte geschützt, mit schwachen Nachbarn im Norden und Süden, verfügten sie über den größten und am höchsten entwickelten Wirtschafts- und Währungsraum der Welt. Wilsons Freiheitspathos und sein Streben nach internationaler Zusammenarbeit machte Amerika im Gegensatz zum imperialen Streben der europäischen Mächte sympathisch. Das Image einer selbstlosen und am weltweiten Gemeinwohl orientierten Macht war im aufkommenden Zeitalter der Massenmedien eine entscheidende Voraussetzung für die Durchsetzung eines globalen Machtanspruchs. Am 10. Dezember 1920 erhielt Präsident Wilson den Friedensnobelpreis.

In Berlin, Bayern, Ungarn und Russland drohte die »rote Revolution« oder hatte sich bereits etabliert. Im östlichen Sibirien versuchten amerikanische Truppen sowohl allzu kühne japanische Ambitionen zu dämpfen, als auch an der Seite der Briten und russischer Konterrevolutionäre bei Murmansk und Archangelsk den Sieg der Bolschewisten zu verhindern, für Wilson ein wesentlicher Grund,

das kommende Friedensgebäude in Paris auf ein sicheres Fundament zu setzen. So stand sein Entschluss, persönlich die Leitung der amerikanischen Delegation bei den Friedensverhandlungen in Paris zu übernehmen, unverrückbar fest. Als Berater begleitete den Präsidenten der junge Minister Franklin D. Roosevelt. Auf die Unterstützung republikanischer Politiker, die für die spätere Ratifizierung des Vertrags im Senat und im Repräsentantenhaus so unentbehrlich war, verzichtete er.[128]

Am 18. Januar 1919 saß Wilson im sogenannten »Rat der Zehn«, der am 24. März 1919 auf die »Großen Vier« schrumpfte. Neben ihm waren vertreten: Außenminister David Lloyd George (England) sowie die Ministerpräsidenten Georges Clemenceau (Frankreich) und Vittorio Orlando (Italien). Wilson konnte nicht verhindern, dass Clemenceau zum Vorsitzenden gewählt wurde. Somit wurde er schon mit Beginn der Friedensverhandlungen auf den Boden der Tatsachen zurückgeworfen.[129]

Im Pariser Außenministerium rangen nun 70 Delegierte der 27 Siegerstaaten um eine für sie vorteilhafte Nachkriegslösung. Vertreter der besiegten Mächte waren zur Friedenskonferenz nicht geladen. So mussten die »gewählten Volksvertreter« Deutschlands trotz des Wilson-Briefs vom 23. Oktober 1918 – hierin hatte er Friedensverhandlungen mit Vertretern des deutschen Volkes und nicht mit Repräsentanten der Autokratie gefordert – zu Hause bleiben.

Im Komitee der vier Großmächte fielen die Entscheidungen in krassem Gegensatz zu den »Vierzehn Punkten«, die Wilson in seiner Jahresbotschaft vom 8. Januar 1918 verkündet hatte. Diese lauteten:

1) Abschaffung der Geheimdiplomatie
2) freie Seeschifffahrt in Frieden und Krieg
3) Beseitigung von Schranken und Ungleichheiten im Handelsverkehr
4) Abrüstung
5) unparteiische Regelung aller kolonialen Ansprüche
6) Räumung aller besetzten Gebiete Russlands durch die Mittelmächte
7) Wiederherstellung Belgiens
8) Räumung des besetzten französischen Territoriums und Rückgabe Elsass-Lothringens an Frankreich
9) Bereinigung der italienischen Grenzen, entsprechend klar erkennbare Nationalitätsgrenzen
10) autonome Entwicklung der Völker Österreich-Ungarns

11) Räumung Rumäniens, Serbiens (mit Zugang zum Meer) und Montenegros durch die Mittelmächte und Restitution dieser Länder
12) autonome Entwicklung der Völker des Osmanischen Reiches und Öffnung der Dardanellen
13) Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates unter Einschluss aller Gebiete mit unzweifelhaft polnischer Bevölkerung und mit freiem Zugang zur See
14) allgemeiner Zusammenschluss aller Nationen zur gegenseitigen Garantie von politischer Unabhängigkeit und territorialer Unverletzlichkeit (Ziel: Völkerbund)

An diese Grundsätze knüpften sich viele Hoffnungen. Auch die deutsche Regierung setzte bei ihrem Waffenstillstandsbegehren auf die Einhaltung aller Punkte. Tatsächlich blieben nach Abschluss der Verhandlungen in den Pariser Vorortverträgen lediglich vier Forderungen (die Punkte 6, 7, 8 und 11) übrig; sämtliche Garantien und Zusicherungen waren gestrichen worden. Von Wilsons Signal zugunsten liberal-demokratischer Werte blieb also nichts.

Man muss sich fragen, ob es ein anderes, verdecktes Motiv hinter dem Vierzehn-Punkte-Programm gab. Wilson legte es nur zwei Monate nach dem von den Volkskommissaren verabschiedeten Dekret über einen Frieden Sowjetrusslands mit den Mittelmächten vor, der weder Annexionen noch Kontributionen vorsah. Wollte er einen Separatfrieden verhindern, oder steckte womöglich eine weitergreifende Kriegslist dahinter? Wollte er in die laufenden Friedensverhandlungen zwischen Sowjetrussland und dem Deutschen Reich einen Keil treiben? Sie sollten am 3. März 1918, mit dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk, ihren Abschluss finden. Auch den Führern der sowjetischen Friedensdelegation, Leo Trotzki und Adolf Joffe, kam Wilsons Propagandamunition sicher recht. Waren die »Vierzehn Punkte« nicht auch geeignet, die deutschen Truppen zu demoralisieren und damit ihren weiteren Vormarsch zu verhindern? Für den französischen Diplomatiehistoriker Jean-Baptiste Duroselle (1917–1994) verfolgte Wilson das Ziel einer *»subversiven Revolution«*[130]: Die Soldaten sollten in der Hoffnung auf eine »heile Welt« freiwillig ihre Waffen niederlegen und sich gegen ihre Regierungen erheben. Italienische, jugoslawische und tschechische Deserteure verstanden jedenfalls den Wink und begannen unverzüglich mit dem Aufbau von Partisanenverbänden hinter der Front.[131] Diese Destabilisierungsstrategie wird ja heute noch erfolgreich von den USA angewandt – siehe die »demokratischen« Revolutionen im nordafri-

kanischen Gürtel und in der Ukraine. Immer noch durchschaut kaum jemand die Täuschung.

Schon beim Erscheinen der »Vierzehn Punkte« sei den Sowjets klar gewesen, dass sie Betrug waren, schreibt der US-Historiker David L. Hoggan (1923–1988). Sowohl Wilson als auch die Sowjetführer hofften – wenngleich aus ganz anderen Gründen – auf eine Ausbreitung der Revolution nach Polen, Deutschland und anderen europäische Staaten.[132] Auch die Engländer, Franzosen, Italiener und Japaner meinten die Punkte nicht ernst nehmen zu müssen, denn der amerikanische Außenminister Robert Lansing (1864–1928) hatte sie beruhigt und ihnen die Zusage gegeben, dass Wilson auf jeden Fall an die in geheimen Verträgen (die von den Sowjets inzwischen veröffentlicht worden waren) zugesicherte Kriegsbeute denken würde. Somit war schon der erste Punkt, die Abschaffung der Geheimdiplomatie, Makulatur. Das veranlasste die *Daily Mail* zur Feststellung, dass sich die Geheimverträge mit den Reden Lloyd Georges und Wilsons nicht deckten.[133] Das Blatt forderte die Entente vergeblich auf, sich durch eine gemeinsame schriftliche Erklärung von dem Verdacht eines »Falschspiels« zu reinigen. Andererseits spricht einiges dafür, dass Wilson durchaus an die »Vierzehn Punkte« glaubte und hoffte, dass es zwischen den involvierten Mächten zu einer friedlichen Einigung kommt.

Mit Woodrow Wilsons Persönlichkeit haben sich Historiker, Politikwissenschaftler und Psychologen beschäftigt. Sogar Sigmund Freud hat an einer Charakterstudie mitgeschrieben.[134] Bei aller Vielfalt der Interpretationen besteht doch Einigkeit darüber, dass Wilsons politische Entscheidungen in Bezug gesetzt werden müssen zu seiner ambivalenten Persönlichkeit: Einerseits war er um das Wohl der Menschheit bemüht, andererseits hatte er rassistische und autoritäre Züge. Sein Vater war Pfarrer und gleichzeitig Sklavenhalter in den Südstaaten gewesen, und so war auch Woodrow Wilson überzeugt von der Überlegenheit der weißen Rasse. Er führte die seit dem Bürgerkrieg aufgehobene Rassentrennung im Militär und bei den Behörden wieder ein und hielt Japan und China nicht für gleichwertige Partner in der Außenpolitik. Und obwohl die Eltern schottisch-irischer Abstammung waren, was eine antibritische Haltung vermuten ließe, identifizierte er sich mit der Weltpolitik des britischen Imperiums.

Wilson hatte als Kind eine ausgesprochene Lernschwäche und kam erst mit zehn Jahren in die Schule. Seine verzögerte Entwicklung wird von den ei-

nen auf das enge, aber schwierige Verhältnis zu seinem Vater, der ihn permanent abwertete und sich über seine geistigen Fähigkeiten lustig machte,[135] und von den anderen auf eine neurologische Störung zurückgeführt.[136] Vieles spricht dafür, dass er ein unsicheres Selbstbild hatte, belastet auch durch seine »Paria-Herkunft« – schottisch-irisch und dazu noch Südstaatler. Seine Unsicherheit kompensierte er durch Übererfüllung der nordamerikanischen Ideale, deren Verbreitung über die ganze Welt er forderte, auch wenn er damit gleichzeitig zu kriegerischen Aktionen aufrief. Wenn er aus tiefer Überzeugung sprach, wirkte er authentisch auf die Zuhörer.[137] In seinem Sendungsbewusstsein sah er sich also durchaus als »demokratischen Idealisten« und machte Versprechungen, die er anschließend nicht halten konnte (siehe Vierzehn Punkte, die Unabhängigkeit der Armenier etc.). Diese Widersprüchlichkeit könnte darauf hindeuten, dass in Wirklichkeit Colonel House die Politik bestimmte und Wilson von seiner Anerkennung abhängig war – ähnlich wie von seinem autoritären Vater.

Die deutsche Führung in ihrer ausweglosen Situation wollte jedoch gern an die Versprechungen Wilsons glauben und ließ sich über sechs Wochen bis zum Waffenstillstand hinhalten. In Versailles gab es dann ein schreckliches Erwachen. Verglichen mit europäischen Friedensverträgen des 19. Jahrhunderts waren die Bedingungen ungewöhnlich hart: Man verlangte generationenlange Reparationszahlungen, Landabtretungen und Gebietszerstückelungen. Die Saat für den nächsten Krieg war damit bereits gesetzt. Wie konnte es zu den überzogen-bestrafenden Forderungen der Siegermächte kommen? Die Menschen, von ihren Politikern in den angeblich gerechten Krieg gehetzt, waren durch die lange Dauer, die großen Entbehrungen und die unermesslichen Opfer außerordentlich aufgebracht und nicht zuletzt durch eine den Feind dämonisierende Agitation rachsüchtig geworden und forderten strengste Bestrafung. Diesem Druck konnten sich die demokratischen Politiker nicht entziehen, schon gar nicht Lloyd George, der unmittelbar vor der Konferenz einen von Rachegeschrei getriebenen Wahlkampf bestritten hatte.

Auch Wilson war mit dem Ergebnis der Friedensverhandlungen nicht zufrieden. Er hatte die Reduzierung der Streitkräfte und das Selbstbestimmungsrecht gefordert, doch Clemenceau verlangte Sicherheit für Frankreich durch einseitige Entwaffnung des deutschen Nachbarn, die Schaffung rheinischer Pufferstaaten und das Verbot der deutsch-österreichischen Vereinigung. Und Marschall Ferdinand Foch (1851–1929), der französische Kommandeur über die Westfront, forderte sogar, dass die Alliierten Deutschland auf Dauer

mit einer internationalen Armee besetzten, zu der die USA ein Kontingent von 100 000 Soldaten stellen sollten.[138] Noch größere Opfer blieben Deutschland dabei allein deshalb erspart, weil England einen zu großen Machtzuwachs Frankreichs nicht hinnehmen wollte und der amerikanische Präsident die Gier der anderen gelegentlich zu bremsen suchte.

Weit größeres Interesse als den Bedingungen des Friedensvertrages wandte Wilson allerdings der Planung des Völkerbundes zu. Er sollte ein Bollwerk wider die Aggressionsgelüste künftiger Unruhestifter werden. Dafür war er bereit, auch dort Clemenceau und Lloyd George nachzugeben, wo ihn sein Instinkt zuvor gewarnt hatte. Er konnte somit am Verhandlungstisch mit einer kritischen Bemerkung zum Völkerbundplan stets schnell zum Einlenken gebracht werden und zeigte sich kompromissbereit, auch in Angelegenheiten, die all seinen verkündeten Prinzipien und Idealen ins Gesicht schlugen.[139] Von diesem Spiel zog sich Japan angewidert zurück. Die letzten Entscheidungen wurden ausschließlich zwischen Wilson und Clemenceau getroffen.

Wilson plädierte am Ende noch für eine Begrenzung der deutschen Verpflichtungen, denn mit einem im Koma liegenden Deutschland war schlecht Handel zu treiben – leider vergeblich. Die übrigen Siegermächte verlangten den vollständigen Ersatz ihrer Kriegskosten, einschließlich der Pensionen für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. Ihre eigenen hohen Kriegsschulden bei ihrem amerikanischen Verbündeten sollten von Deutschland getilgt werden. Vorab sollte Deutschland 20 Milliarden Goldmark in Geld- und Sachwerten zahlen.[140]

Fehlende Geographiekenntnisse oder generöser Großmut führt manchmal zu skurrilen Vorschlägen: »*Heligoland (Helgoland) to be ceded to Denmark*«[141], bestimmte Außenminister Robert Lansing, zudem übertrug er ganz Schleswig-Holstein mit leichter Hand an Dänemark, und Frankreich bot Holland das Emsland an, obwohl beide Länder am Krieg überhaupt nicht teilgenommen hatten. Die Dänen begnügten sich indes mit der Annexion eines kleinen nördlichen Teils von Schleswig-Holstein, der rein dänisch bevölkert war. Auch die Niederländer blieben fair und lehnten ab. Sogar ein souveränes Land aus dem Siegerlager geriet fast zur Beute: Es wurde verhandelt, ob Luxemburg von Frankreich oder Belgien annektiert werden könnte.[142]

In der darbenden und hungernden Bevölkerung Mittel- und Osteuropas sahen die Alliierten eine leichte Beute für den Sozialismus, dessen weitere Verbreitung in Russland und Deutschland unterbunden werden sollte.[143] Vor allem in

amerikanischen Führungskreisen war man der Ansicht, dass man den Revolutionären den Nährboden nur dann entziehen könne, wenn die militärische Intervention in Russland eingestellt und wirtschaftliche Hilfe geleistet würde. Präsident Wilson schrieb an Lansing: »*Um den Bolschewismus zu stoppen, bedarf es nur an Lebensmitteln*«, und: »*Den Bolschewismus mit Waffen zu bekämpfen, würde ihm nur noch mehr Auftrieb geben.*«[144] Der letzte Satz war gegen Marschall Foch gerichtet, der zu einem militärischen »Kreuzzug« gegen die Bolschewiki aufgerufen hatte.

In einer Denkschrift vom 26. März 1919, also noch ehe der Vertrag den Deutschen ausgehändigt wurde, vermerkte selbst der englische Premierminister Lloyd George: »*Ungerechtigkeit und Anmaßung, ausgespielt in der Stunde des Triumphes, werden nie vergeben und vergessen werden. Aus diesem Grunde bin ich auf das schärfste dagegen, mehr Deutsche als unerlässlich nötig der deutschen Herrschaft zu entziehen, um sie einer anderen Nation zu unterstellen. Ich kann kaum eine stärkere Ursache für einen künftigen Krieg erblicken.*«[145]

Wilson war zum Zeitpunkt der Friedenskonferenz sicherlich der populärste und mächtigste Staatschef der Welt. Trotzdem kam er den Forderungen der übrigen Alliierten entgegen und ließ sich einen um den anderen seiner »Vierzehn Punkte« abhandeln. Hatte er gehofft, sich aufgrund seiner persönlichen Aura gegen die anderen Regierungschefs durchsetzen zu können? Das wäre eine Erklärung für seine anscheinend mangelhafte Vorbereitung auf die Verhandlungen. Vielleicht gab Wilson viele seiner idealistischen Eckwerte auch nur deshalb auf, weil die demokratische Mehrheit im Kongress verloren gegangen war. Hier hatte ihn sein politisches Urteilsvermögen im entscheidenden Augenblick wohl im Stich gelassen.

Am 7. Mai wurden die von den 27 Siegern festgelegten Bedingungen erstmals der deutschen Delegation eröffnet. Clemenceau überreichte sie mit den Worten: »*Die Stunde der Abrechnung ist da.*«[147] »Abrechnung« statt »gerechter und fairer Verträge«, wie sie Wilson exakt fünf Monate zuvor verkündet hatte.

Unbeeindruckt richtete Reichsaußenminister Graf Ulrich von Brockdorff-Rantzau (1869–1928), der erste Außenminister nach der Abdankung Wilhelm II., das Wort an die alliierten und assoziierten Mächte: »*Wir wissen, dass die Gewalt der deutschen Waffen gebrochen ist; wir kennen die Wucht des Hasses, die uns hier entgegentritt, und wir haben die leidenschaftliche Forderung gehört, dass die Sieger uns zugleich als Überwundene zahlen lassen und als Schuldige bestrafen sollen. Es wird von uns verlangt, dass wir uns als die allein Schuldigen bekennen;*

ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge. Wir sind fern davon, jede Verantwortung dafür, dass es zu diesem Weltkriege kam, und dass er so geführt wurde, von Deutschland abzuwälzen. Die Haltung der früheren Deutschen Regierung auf den Haager Friedenskonferenzen, ihre Handlungen und Unterlassungen in den tragischen zwölf Julitagen mögen zu dem Unheil beigetragen haben, aber wir bestreiten nachdrücklich, dass Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist.

Keiner von uns wird behaupten wollen, dass das Unheil seinen Lauf erst in dem verhängnisvollen Augenblick begann, als der Thronfolger Österreich-Ungarns den Mörderhänden zum Opfer fiel. In den letzten 50 Jahren hat der Imperialismus aller europäischen Staaten die internationale Lage chronisch vergiftet. Die Politik der Vergeltung wie die Politik der Expansion und die Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker hat zu der Krankheit Europas beigetragen, die im Weltkrieg ihre Krisis erlebte. Die russische Mobilmachung nahm den Staatsmännern die Möglichkeit der Heilung und gab die Entscheidung in die Hand der militärischen Gewalten. (...)

Ich will nicht Vorwürfe mit Vorwürfen erwidern, aber wenn man gerade von uns Buße verlangt, so darf man den Waffenstillstand nicht vergessen. Sechs Wochen dauerte es, bis wir ihn erhielten, sechs Monate, bis wir Ihre Friedensbedingungen erfuhren. Verbrechen im Kriege mögen nicht zu entschuldigen sein, aber sie geschehen im Ringen um den Sieg, in der Sorge um das nationale Dasein, in einer Leidenschaft, die das Gewissen der Völker stumpf macht. Die Hunderttausende von Nichtkämpfern, die seit dem 11. November an der Blockade zugrunde gingen, wurden mit kalter Überlegung getötet, nachdem für unsere Gegner der Sieg errungen und verbürgt war. Daran denken Sie, wenn Sie von Schuld und Sühne sprechen. Sie werden uns bereit finden, auf dieser Grundlage den Vorfrieden, den Sie uns vorlegen, mit der festen Absicht zu prüfen, in gemeinsamer Arbeit mit Ihnen Zerstörtes wieder aufzubauen, geschehenes Unrecht, in erster Linie das Unrecht an Belgien, wieder gutzumachen, und der Menschheit neue Ziele politischen und sozialen Fortschritts zu zeigen.

Meine Herren! Der erhabene Gedanke, aus dem furchtbarsten Unheil der Weltgeschichte durch den Völkerbund den größten Fortschritt der Menschheitsentwicklung herzuleiten, ist ausgesprochen und wird sich durchsetzen; nur wenn sich die Tore zum Völkerbund allen Nationen öffnen, die guten Willens sind, wird das Ziel erreicht werden, nur dann sind die Toten dieses Krieges nicht umsonst gestorben. Das deutsche Volk ist innerlich bereit, sich mit seinem schweren Los abzufinden, wenn an den vereinbarten Grundlagen des Friedens nicht gerüttelt wird. Ein Frieden, der nicht im Namen des Rechts von der Welt verteidigt werden kann, würde immer neue Wider-

stände gegen sich aufrufen. Niemand wäre in der Lage, ihn mit gutem Gewissen zu unterzeichnen, denn er wäre unerfüllbar. Niemand könnte für seine Ausführung die Gewähr, die in der Unterschrift liegen soll, übernehmen. Wir werden das uns übergebene Dokument mit gutem Willen und in der Hoffnung prüfen, dass das Endergebnis unserer Zusammenkunft von uns allen gezeichnet werden kann.«[147]

Die Bitte der deutschen Delegierten, den »Vertrag«, den sie nun unterschreiben sollten, vorher zu verhandeln, wurde abgelehnt. Es reichte nur noch für die eine oder andere Nachbesserung zu Deutschlands Gunsten. Dass dieser Vertrag von Versailles diktiert und nicht verhandelt worden ist, wird sein großer Makel bleiben.[148]

Die Parteien im Reichstag lehnten das Diktat deshalb zunächst geschlossen ab. Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) sagte am Tag nach der Zustellung der Friedensbedingungen: *»Der ehrliche Friedenswille unseres schwer duldenden Volkes fand die erste Antwort in unseren harten Waffenstillstandsbedingungen. Das deutsche Volk hat die Waffen niedergelegt und alle Verpflichtungen des Waffenstillstands, so schwer sie waren, ehrlich gehalten. Trotzdem setzten unsere Gegner sechs Monate lang den Krieg durch Aufrechterhaltung der Hungerblockade fort. Das deutsche Volk trug alle Lasten im Vertrauen auf die durch die Note vom 5. November von den Alliierten gegebene Zusage, dass der Friede ein Friede des Rechts auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons sein würde. Was uns stattdessen jetzt in den Friedensbedingungen geboten wird, widerspricht der gegebenen Zusage, ist für das deutsche Volk unerträglich und auch bei der Aufbietung aller Kräfte unerfüllbar. Gewalt ohne Maß und Grenzen soll dem deutschen Volk angetan werden. Aus solch aufgezwungenem Frieden müsste neuer Hass zwischen den Völkern und im Verlauf der Geschichte neues Morden erwachsen.«*[149]

Das Urteil fiel selbst im Ausland oft nicht anders aus. Außenminister Lansing aus der Versailler US-Delegation kommentierte den Vertrag in einer Aktennotiz vom 8. Mai 1919 wie folgt: *»Der Eindruck, den der Friedensvertrag macht, ist enttäuschend. Er weckt Bedauern und Niedergeschlagenheit. Die Friedensbedingungen erscheinen unsagbar hart und demütigend, während viele von ihnen mir unerfüllbar erscheinen. Es mag Jahre dauern, bis diese unterdrückten Völker imstande sind, ihr Joch abzuschütteln, aber so gewiss wie die Nacht auf den Tag folgt, wird die Zeit kommen, da sie den Versuch wagen. Wir haben einen Friedensvertrag, aber er wird keinen dauernden Frieden bringen, weil er auf dem Treibsand des Eigennutzes begründet ist.«*[150]

William C. Bullitt (1891–1967), stellvertretender Außenminister und Mitglied der amerikanischen Delegation in Versailles, bat seinen Präsidenten

schriftlich um Abberufung von der Konferenz. In seinem Brief vom 17. Mai 1919 heißt es: »*Die ungerechten Beschlüsse der Versailler Konferenz über Shantung, Tirol, Thrazien, Ungarn, Ostpreußen, Danzig, das Saarland und die Aufgabe des Prinzips der Freiheit der Meere machen neue Konflikte sicher. Daher halte ich es für meine Pflicht, der eigenen Regierung und dem eigenen Volk gegenüber zu raten, diesen ungerechten Vertrag weder zu unterschreiben noch zu ratifizieren.*«[151]

Die Vereinigten Staaten verweigerten dem Diktat konsequenter Weise ihre Unterschrift und schlossen 1921 einen eigenen Friedensvertrag mit Deutschland. Der britische Nationalökonom John M. Keynes (1883–1946), Vertreter des englischen Schatzkanzlers beim Obersten Wirtschaftsrat und selbst Delegierter an der Pariser Konferenz, wertete den Vertrag als »*einen Versuch, Deutschland der Versklavung zuzuführen, und als ein Gewebe von jesuitischen Auslegungen zur Bemäntelung von Ausraubungs- und Unterdrückungsabsichten.*«[152] Als er erkannte, dass »*wesentliche Änderungen der Friedensbedingungen nicht zu erreichen sein würden*«,[153] trat auch er am 7. Juni 1919 aus seinen Ämtern zurück.

Angesichts der reichlichen und dauerhaft zu erwartenden Gaben aus dem Füllhorn Deutschlands ignorierten die Siegermächte, vor allem Frankreich, alle Warnungen. Die Satzung des ausschließlich von den Siegermächten aus der Taufe gehobenen Völkerbundes wurde am 28. April 1919 unterzeichnet und dem Versailler Friedensvertrag vorangestellt. Am 30. Mai wandte sich der Innenminister der südafrikanischen Union, General Jan Christiaan Smuts (1870–1950), zum wiederholten Mal schriftlich an US-Präsident Wilson und mahnte, »*dass wir ihnen* (den Deutschen, Anm. d. Verf.) *gegenüber unter einer feierlichen Verpflichtung stehen, einen Wilsonfrieden zu schließen, einen Frieden in Übereinstimmung mit Ihren Vierzehn Punkten und anderen 1918 verkündeten Grundsätzen. Es besteht nach meiner Ansicht absolut kein Zweifel, dass dem so ist ... Wir sind verpflichtet, einen Frieden zu schließen im Rahmen der vier Eckpfeiler Ihrer Punkte und Prinzipien ... Ich meine, wir alle sollten der Frage die ernsteste Beachtung schenken, ob unser Friedensvertrag sich im Rahmen der vier Eckpfeiler Ihrer Reden von 1918 hält. Offen heraus, ich glaube nicht, dass das der Fall ist, und es scheint mir, dass die Deutschen triftige Rechtsgründe in bezug auf eine Anzahl von Bedingungen vorbringen ... Es wird eine furchtbare Enttäuschung geben, wenn die Völker zu der Auffassung gelangen, dass wir keinen Wilsonfrieden schließen, dass wir der Welt nicht unsere Versprechungen und der Öffentlichkeit nicht die Treue halten ... und wir werden mit der schwersten Schande überschüttet werden und dieser Friede könnte dann wohl sogar noch größeres Unheil für die Welt bedeuten, als es der Krieg war.*«[154] Wie recht er hatte! In diesem Frieden lag der Keim eines Krieges,

der bereits 20 Jahre nach der Friedenskonferenz beginnen und die Leiden des Ersten Weltkrieges noch weit übertreffen sollte. So mögen Churchill und de Gaulle recht behalten haben, wenn sie von keinem zweiten Weltkrieg, sondern nur von einem zweiten Dreißigjährigen Krieg sprechen.

Deutschland wurde zum Jahrestag von Sarajevo, am 28. Juni 1919, im Spiegelsaal von Versailles der fertige Vertrag präsentiert. In der Mantelnote zum Vertrag stellten die Sieger ihre Sichtweise dar: »*Nach Ansicht der alliierten und assoziierten Mächte war der Krieg, der am 1. August 1914 zum Ausbruch kam, das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker, das eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewusstsein begangen hat. Während langer Jahre haben die Regierenden in Deutschland getreu der preußischen Tradition die Vorherrschaft in Europa angestrebt ... Das Verhalten Deutschlands ist in der Geschichte der Menschheit fast beispiellos. Die furchtbare Verantwortung, die auf ihm lastet, lässt sich in der Tatsache zusammenfassen, dass wenigstens sieben Millionen Tote in Europa begraben liegen. ... Darum haben die alliierten und assoziierten Mächte nachdrücklich erklärt, dass Deutschland als grundlegende Bedingung des Vertrags ein Werk der Wiedergutmachung bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit vollbringen muss.*«[155] In der Präambel werden die »Vertragspartner« aufgezählt (siehe Abb. unten).

Das Übereinkommen beruhte auf purem Zwang der Stärkeren. Das unterlegene Deutschland musste das Vertragswerk von Versailles nun unterschreiben, wobei es sich im Grunde um eine einseitige Willenserklärung der Sieger handelte.[156]

Im Teil I des Vertrages wurde die Völkerbundakte mit den Artikeln 1 bis 26 vorangestellt.[157] Sie sollte die Zusammenarbeit unter den Nationen fördern und zur Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit wesentlich beitragen. Diese Absichtserklärung steht jedoch eindeutig im Widerspruch zur Mantelnote, in der die Deutschen von den »alliierten

Die Vereinigten Staaten von Amerika, das Britische Reich, Frankreich, Italien und Japan,

die in dem gegenwärtigen Vertrage als die alliierten und assoziierten Hauptmächte bezeichnet sind,

Belgien, Bolivien, Brasilien, China, Cuba, Ecuador, Griechenland, Guatemala, Haiti, Hedschas, Honduras, Liberia, Nicaragua, Panama, Peru, Polen, Portugal, Rumänien, der serbisch-kroatisch-slovenische Staat, Siam, die Tschecho-Slowakei und Uruguay,

die mit den obenbezeichneten Hauptmächten die alliierten und assoziierten Mächte bilden,

einerseits

und Deutschland

andererseits,

Unterzeichner des Versailler Vertrages

und assoziierten Mächten« aus der Gemeinschaft der zivilisierten Völker ausgestoßen wurden. Im Artikel 8 wurde festgelegt, dass nach der Abrüstung des Deutschen Reiches alle Unterzeichner – also auch die Sieger – ihre Armeen »auf ein Mindestmaß herabzusetzen« hätten.

Ohne Rücksicht auf das von Wilson proklamierte Recht auf Selbstbestimmung wurden in Teil II (Grenzen Deutschlands) und Teil III (politische Bestimmungen für Europa) des Friedensvertrages die Grenzen und mit ihnen Millionen Deutsche verschoben. Ohne gefragt zu werden und gegen ihren Willen kamen sie unter französische, tschechische und polnische Herrschaft. Posen und fast ganz Westpreußen sowie knapp drei Viertel des oberschlesischen Industriegebiets fielen an Polen, das Memelland an den Völkerbund, das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei, Nordschleswig wie erwähnt an Dänemark, das Gebiet um die zwei Städte Eupen und Malmedy an Belgien, und Danzig mit Umland kam als Freistaat unter den Schutz des Völkerbundes.[158] Der Vertrag stellte das Saargebiet für 15 Jahre unter Frankreichs Herrschaft und überführte die dortigen Bergwerke in französisches Eigentum. Deutschland verlor seine Kolonien vor allem an England und die britischen Dominions, aber auch an Frankreich, Belgien und Japan. Ferner legte der Vertrag Besatzungsgebiete auf dem deutschen Territorium links des Rheins fest, in denen in drei Zonen für fünf beziehungsweise zehn und 15 Jahre belgische und französische Truppen stationiert werden sollten. Darüber hinaus wurde Deutschland die Hoheit über seine Binnenwasserstraßen und die Lufthoheit im eigenen Land genommen. Ein Anschluss Restösterreichs an das Deutsche Reich wurde verboten.

Abschnitt V bestimmte, dass Deutschland Elsass und Lothringen an Frankreich abzugeben hatte. Der Friede von Frankfurt, mit dem der Deutsch-Französische Krieg 1872 beendet wurde, hatte festgelegt, dass beide Landesteile von nun an auf ewig zum Deutschen Reich gehören sollten. Hier zeigten die Entente-Staaten, dass Verträge nur so lange gelten, wie sich der jeweils Stärkere daran hält. Auch das hatte Einfluss auf das Rechtsempfinden von Öffentlichkeit und Militär in Deutschland. Als Hitler knapp zwei Jahrzehnte später selbst skrupellos Verträge brach und das auch ohne Scheu verkündete, war man in Deutschland nicht mehr sonderlich erschüttert.[159]

Bei aller Unkenntnis der europäischen Verhältnisse, die der US-Präsident mit Lansing und Mandell House teilte, gelang es ihm doch, manchen verhängnisvollen Fehler abzuwenden. Wilson verhinderte etwa, dass Clemenceau aus dem Rheinland einen französischen Satellitenstaat machte und das Saargebiet annektierte.[160] Dafür mussten sich die USA und England jedoch verpflichten,

Frankreich im Fall eines »unprovozierten« deutschen Angriffs Waffenhilfe zu leisten.[161] An Wilsons Widerstand scheiterte auch die Abtretung Fiumes (heute Rijeka) an Italien, und in Eupen und Malmedy, Nordschleswig sowie Teilen Ostpreußens und Oberschlesiens sollten Abstimmungen stattfinden.[162] Nicht zuletzt schob Wilson dem polnischen Chauvinismus einen Riegel vor.

In Teil VII (Strafbestimmungen) wurde die Auslieferung der deutschen Kriegsverbrecher verlangt, Exkaiser Wilhelm II. sollte vor Gericht gestellt werden. In Teil VIII (Wiedergutmachung), Art. 231, wurde dann die Kriegsschuld festgestellt: »*Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgewzwungenen Krieges erlitten haben.*« Dieser Artikel erwies sich als äußerst praktisch. Mit der Alleinschuld Deutschlands und dessen Verbündeten konnte man die ungeheuren Reparationen begründen. Und diese waren in der Tat von einer gewaltigen Gier diktiert.

Der Versailler Vertrag zielte u. a. auf die Zerstörung des deutschen Überseehandels. Deutschland musste auf seine Kolonien verzichten und die komplette Handelsflotte übergeben. Den Reichtum im Inland traf man mit den Abgabeforderungen von Kohle und Eisen, ohne die die deutsche Wirtschaft nicht leben konnte. Industrialisierung und wirtschaftliches Wachstum hätten niemals Einzug gehalten hätten ohne Kohle, so Keynes. »*Deutschlands Kohlenförderung zu treffen, war daher für jene, welche seine (Deutschlands) wirtschaftliche Zerstörung herbeizuführen suchten, der Schuss ins Schwarze.*«[163] Das Deutsche Reich musste neben der Handelsflotte ein Viertel der Fischfangflotte, viele tausend Lokomotiven und Lastkraftwagen, 150 000 Eisenbahnwaggons, jede Menge Landwirtschaftsmaschinen und die Goldreserven an die Sieger aushändigen, dazu einen Großteil der jährlichen Erz- und Kohleförderung, der Kalk-, Zement- und Benzinproduktion sowie Unmengen von Nutzvieh. Das gesamte private Auslandsvermögen und unzählige Industriepatente wurden konfisziert. Die Höhe der Geldzahlungen – so behielten es sich die Sieger im Vertrag vor – sollte erst später festgelegt werden.

Der spätere amerikanische Präsident Herbert Hoover (1874–1964), in Paris von Wilson als Ratgeber kaum gefragt, skizzierte seine Eindrücke von der missglückten Friedenskonferenz: »*Die Alliierten nahmen keinen der 14 Punkte ... ernster als irgendeine ihrer Lobreden auf den amerikanischen Idealismus und ihre Schmeicheleien für den Präsidenten. Dass dies die eigentliche Haltung der führenden europäischen*

Staatsmänner war, offenbarte sich rasch. Sie waren ganz allgemein der Ansicht, dass wir für den Krieg nur wenig getan hatten, ... dass Präsident Wilson ein weltfremder Idealist sei, von der europäischen Wirklichkeit nicht die geringste Ahnung hätte, dass sie den Krieg gewonnen hätten und nun auch die Siegesbeute einheimsen würden.«[164]

Auch der spätere englische Premierminister Winston Churchill äußerte sich in seinen Memoiren zu Versailles: »*Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages waren so bosartig und töricht, dass sie offensichtlich jede Wirkung verloren. Deutschland wurde dazu verurteilt, unsinnig hohe Reparationen zu leisten ... Die siegreichen Alliierten versichern nach wie vor, sie würden Deutschland ausquetschen, bis die ›Kerne krachen‹. Das alles übte auf das Geschehen der Welt und auf die Stimmung des deutschen Volkes gewaltigen Einfluss aus.«*[165]

Im Deutschen Reich war man bestürzt und tief enttäuscht. Hatte Wilson ihnen nicht nur vier Tage vor dem Waffenstillstand einen Frieden auf der Basis seiner »Vierzehn Punkte« zugesichert? In diesem Glauben hatte man mit offenen Verhandlungen rechnen können. Doch was die Sieger den Deutschen 1919 boten, war ein »Hexenprozess« – Vergeltung statt Frieden. Was für eine Wandlung seit dem Wiener Kongress! Damals wurde nach einer über zehnjährigen Verheerung Europas durch Napoleons Truppen 1815 Frieden geschlossen. Frankreich verlor keine Gebiete, die es vor der Revolution besessen hatte. Nach dreijähriger Besetzung wurde es wieder als vollwertige und gleichberechtigte Großmacht in Europa aufgenommen.

Noch weit kulanter war der Friedensschluss von Frankfurt anno 1871: Frankreich, das den Krieg verursacht und verloren hatte, musste das überwiegend deutschsprachige Elsass-Lothringen abtreten und binnen dreier Jahre fünf Milliarden Francs in Silbergeld bezahlen. Danach zogen die deutschen Besatzungstruppen wieder ab. Frankreich behielt seine Armee, seine Flotte, seine Kolonien und seine Goldreserven. Während die Deutschen für die französischen Elsässer im Friedensvertrag von Frankfurt die Besitzstandsgarantie festschrieben, enteigneten die Franzosen mit Artikel 74 des Friedens von Versailles die deutschen Elsässer.

Nun also sollten die Deutschen ihre Unterschrift unter diesen »*Karthagischen Frieden*«[166], wie Keynes ihn nennt, setzen. Reichsjustizminister Otto Landsberg (SPD), selbst Delegierter in Versailles, sprach aus, was viele im besiegten Deutschland dachten: »*Dieser Friede ist ein langsamer Mord des deutschen Volkes.*«[167] Der Führer der deutschen Delegation in Versailles, Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau, verweigerte seine Unterschrift und demissionierte. Und selbst Wilson, inzwischen eine tragische Figur, gestand später seinem Bio-

grafen Ray S. Baker, dass er als Deutscher diesen Vertrag nicht unterschrieben hätte: »*If I were a German, I think, I should never sign it.*«[168]

Die Sieger aber konnten die Unterschrift erzwingen: England unterband weiterhin die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen nach Deutschland und Osterreich-Ungarn, welches am 10. September 1919 in St. Germain-en-Laye den Friedensvertrag bereits unterzeichnet hatte, und drohte mit einer Fortführung der Seeblockade. Das Ersuchen der deutschen Reichsregierung, wenigstens Weizen, Fette, Kondensmilch und Medikamente vom Embargo auszunehmen, hatte man bereits abgelehnt.[169] In der Folge beklagten Deutschland und Österreich 1918/19 fast eine Million Hungertote. Die deutsche Regierung konnte ihren Widerstand nicht länger aufrecht erhalten, zumal Frankreich darüber nachdachte, das weitgehend entmilitarisierte Deutschland mit Truppen zu besetzen.

Um nicht die Verantwortung für die Unterzeichnung tragen zu müssen, trat das Kabinett von Reichskanzler Philipp Scheidemann im Juni 1919 geschlossen zurück. Am 22. Juni 1919 wurde der Vertrag im Reichstag mit 237 gegen 138 Stimmen gebilligt und sechs Tage später vom neuen Außenminister Hermann Müller sowie Verkehrsminister Johannes Bell im Spiegelsaal von Versailles unterzeichnet. Er trat am 10. Januar 1920 in Kraft.

Der italienische Ministerpräsident Francesco Nitti fand herbe Worte für den Vertrag: »*Noch niemals ist ein ernstlicher und dauerhafter Friede auf die Ausplünderung, die Quälerei und den Ruin eines besiegten, geschweige denn eines besiegten großen Volkes gegründet worden. Und dies und nichts anderes ist der Vertrag von Versailles.*«[170] Aber auch Frankreichs Sozialisten missbilligten die Schärfe des Konvoluts. Als der Versailler Vertrag am 18. September 1919 in der Nationalversammlung debattiert wurde, führte der Abgeordnete Jean Longuet im Namen der Fraktion der Sozialisten aus: »*Dieser Vertrag kann in keiner Weise die Zustimmung der Sozialistischen Partei erhalten. Er geht aus dem wohl skandalösesten Missbrauch der Geheimdiplomatie hervor. Er verletzt offen das Selbstbestimmungsrecht der Volker, knechtet ganze Nationen und erzeugt neue Kriegsgefahren.*«[171]

Der so offensichtlich auf Unwahrheit und Unrecht fußende Vertrag liefert ab 1928 den Nationalsozialisten ein Dauerwahlkampfthema und sollte zwei Jahrzehnte später direkt in den nächsten Krieg führen. So sehen es auch zahlreiche Historiker: Der Vertrag habe den Impuls geliefert für Hitlers Aufstieg zur Macht sowie den Vorwand für seine Aggression und damit den tieferen Grund für den Zweiten Weltkrieg.[172] 1942 richtete der schwedische Forscher Sven Hedin an die Amerikaner die Frage, ob sich denn in Versailles »*nicht ein*

Einziger« gefunden habe, »*der daran dachte, dass man ein so tapferes Volk wie das deutsche nicht ungestraft verstümmelt, beschimpft und mit Füßen tritt, ein Volk, das in seiner Ohnmacht wohl seine Zeit erwarten konnte, das aber eines Tages Rechenschaft für die erlittenen Kränkungen ... fordern würde*«.[173]

Entstehung Jugoslawiens vor dem Hintergrund angelsächsischer Interessen

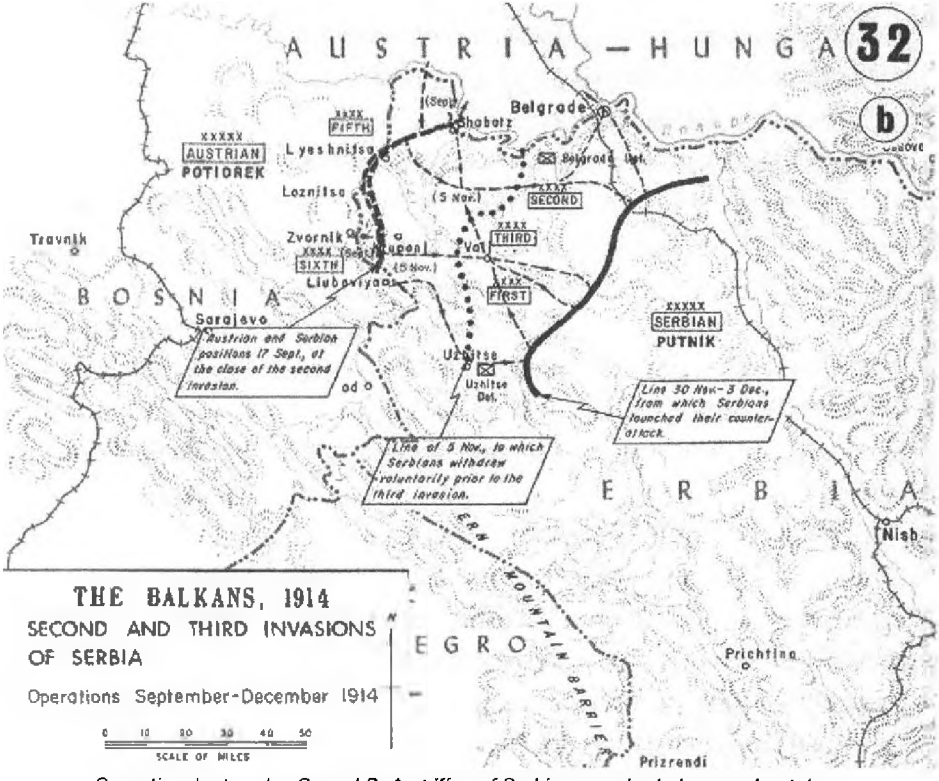
Im September 1914 bezeichnete der spätere englische Premier Lloyd George Nikola Pasic als einen der fähigsten europäischen Staatsmänner. Was veranlasste ihn zu dieser Einschätzung? Waren es die diplomatischen Leistungen des »serbischen Bismarcks« während der beiden Balkankriege 1912/13, oder passten Pasics Ziele perfekt zu den geopolitischen Absichten Großbritanniens auf dem Kontinent?

Nach Kriegsausbruch gelang es den serbischen Verbänden, die Offensive der überlegenen österreichisch-ungarischen Truppen abzuwehren und zu einem Gegenstoß anzusetzen. Für die k.u.k.-Militärführung kam das wohl gar nicht so überraschend. Hatte sie doch herausgefunden, dass der K.-u.-k.-Oberst Alfred Redl (1864–1913) – einstmaliger Leiter der Abteilung »Fremde Armeen« des Evidenzbüros sowie Generalstabschef des 8. Korps – den Russen geheime Pläne von Grenzverteidigungen geliefert und darüber hinaus die österreichischen Aufmarschpläne gegen Russland und Serbien verraten hatte. Da diese Pläne an geographische und bahntechnische Gegebenheiten gebunden waren, konnten sie bis zum Ausbruch des Krieges nicht mehr entscheidend geändert werden (Ausnahme: der Aufmarschplan für Galizien[174]).

Zwei Schlachten der verfeindeten Nachbarn sollten in die Kriegsgeschichte des Ersten Weltkriegs eingehen: die Schlacht an der Drina und diejenige an der Kolubara. Vom 6. September bis zum 4. Oktober 1914 bekämpften sie sich in der Schlacht an der Drina, aus der die serbische Armee schließlich als Sieger hervorging. Wegen materieller und personeller Unterlegenheit mussten sie ihre Offensive jedoch abbrechen und sich nach Valjevo zurückziehen. Nachdem der Befehlshaber Oskar Potiorek seine Truppen verstärkt hatte, ging die österreich-ungarische Armee am 16. November 1914 zur Gegenoffensive über. In deren Verlauf wurde die serbische Armee bis an den Fluss Kolubara zurückdrängt.

Nach der Einnahme Belgrads am 2. Dezember 1914 rechnete das österreichisch-ungarische Oberkommando schon mit einem sicheren Sieg.[175] Doch bereits am nächsten Tag läutete die serbische Armee auf einer Frontlänge von 200 Kilometern eine Gegenoffensive ein, welche die selbstbewusste und zahlenmäßig überlegene K.-u.-k.-Armee vollkommen überraschte.[176] In einer dramatischen Wende wurde die österreich-ungarische Offensive gestoppt und ihre Armee zurückgeschlagen, sodass Potiorek am 15. Dezember schließlich den Rückzug seiner Armee und die Räumung Belgrads befahl. Der serbische Sieg verblüffte die kriegsteilnehmenden Staaten und soll den deutschen Kaiser Wilhelm II. dazu bewegt haben, dem serbischen Generalstabschef Radomir Putnik zu diesem einmaligen Sieg zu gratulieren.[177] Wie schon bei der sogenannten »Krüger-Depesche« 1896 (vgl. S. 129) drückte er damit seinen Respekt aus, ohne Rücksicht auf diplomatische Verwicklungen zu nehmen.

Die Schlacht an der Kolubara, die von den US-Strategen der »Military Academy« von West Point aufgrund der beispielhaften Kriegsführung sogar in den Lehrplan aufgenommen wurde (siehe Abb. unten), sollte die letzte



Operationskarten des 2. und 3. Angriffs auf Serbien aus der Lehrsammlung der West-Point-Militärakademie (von US-General Vincent Esposito, 1959)

siegreiche Schlacht der Serben gewesen sein. Von einer Typhus-Epidemie geschwächt, blieb deren Armee im Jahr 1915 in der Defensive – ohne Hoffnung auf Unterstützung durch die Alliierten. Zudem hatten sich im November 1914 die Türkei und im September 1915 Bulgarien auf die Seite der Mittelmächte geschlagen. Unter den massiven Schlägen kam der serbische Widerstand 1916 ins Wanken. Die Armee wich aus und schlug sich zur Adriaküste durch, wobei sich Teile auf die Insel Korfu retten konnten.[178] Dort hatten allerdings auch schon die Italiener, Franzosen und Engländer ihre Kriegsbasis aufgeschlagen. In deren Nähe residierte nun die serbische Exilregierung.

1916 hielten es die Serben für angebracht, über einen Separatfrieden mit Österreich nachzudenken. Dazu aber mussten die Urheber des Attentats auf Erzherzog Ferdinand eliminiert werden, damit die Regierung nicht mehr mit den Vorgängen in Sarajevo in Verbindung gebracht werden konnte. Die »Schwarze Hand« musste zerschlagen werden. Dazu brauchte man einen Anlass. Am 10. September 1916 fielen zwei Gewehrschüsse auf das mit dem serbischen Prinzregenten Alexander Karadordevic angeblich von der Front kommende Auto. Als sich herausstellte, dass an diesem Tag gar kein Frontbesuch stattgefunden hatte, telegrafierte Pasics Innenminister Ljuba Jovanovic nach Saloniki: »*Setzen Sie als Datum des Attentats auf den 11. September fest.*«[179] Nun setzte eine Verhaftungswelle ein, die Führer der »Schwarzen Hand« wurden des Hochverrats angeklagt, zahlreiche Mitglieder ihrer Stellung enthoben, pensioniert oder nach Bizerta verschleppt, einer Hafenstadt im nördlichen Tunesien. Im dortigen französischen Konzentrationslager wurden sie dann als »Boches« empfangen – mit dem Schimpfwort für die Deutschen in jener Zeit. Mitglieder, die zugleich auch in Pasics Partei waren, wurden in ihren hohen Stellungen belassen. Dimitrijevic – »Apis« (vgl. auch S. 64, 77 ff. und 161 ff.) – und seine engen Mitverschwörer verhaftete man unter dem Vorwand, die Ermordung des Prinzregenten Alexander Karadordevic geplant zu haben.

Es kam zu einem Hochverratsprozess vor einem serbischen Militärgericht in Thessaloniki. Dieser sogenannte »Saloniki-Prozess« dürfte einer der dunkelsten Kapitel im Wirken von Ministerpräsident Pasic und der Karadordevic-Dynastie gewesen sein – hatte doch der Geheimdienstchef Dimitrijevic die Dynastie 1903 auf den Thron gebracht.

Ab 1911 führte »Apis« die »Schwarze Hand« unbeugsam und mit dem alleinigen Ziel eines »Großserbiens«. Das brachte ihm Popularität und bedeutsamen Einfluss auf die Innen- und Personalpolitik des Landes ein. Einem von

Pašic favorisierten Vielvölkerstaat der »Südslawen« stand er dagegen ablehnend gegenüber. Hatte er vor gehabt, die Regierung gegenüber den Alliierten zu desavouieren oder gar Pašic die Stellung streitig zu machen? Für den machtbesessenen Regierungschef war jedenfalls klar, dass sich kaum eine bessere Gelegenheit bieten würde, den ehemaligen Mitstreiter loszuwerden. Neben dem Artilleriemajor Velimir Vulović – Major Tankosic war im Krieg gefallen – kannte nur noch er die genauen Umstände des Attentats von Sarajevo samt allen Verstrickungen des ehrbaren Staatsmannes Pašic und der russischen Botschaft. Wie dem auch sei, er war für Regierung und Dynastie ein Unsicherheitsfaktor geworden, sodass der serbische Regierungschef ihn liquidieren musste – nicht zuletzt auch im Hinblick auf eine mögliche Annäherung an Österreich.

Dimitrijević wurde zusammen mit weiteren acht von elf angeklagten Offizieren am 5. Juni 1917 wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Während fünf nicht direkt am Attentat von Sarajevo beteiligte Offiziere vom König begnadigt wurden, mussten Apis, Vulović sowie ein Wachtmeister namens Radeta Malobabic sterben. Am 26. Juni 1917 – zwei Tage vor dem dritten Jahrestag von Sarajevo – wurden noch zu nächtlicher Zeit die drei Verurteilten zur Hinrichtungsstätte auf das Mikra-Feld nahe Thessaloniki geführt. Vor der Urteilsverlesung sagte Apis sarkastisch zu Kriegsgerichtsrat Ljubomir Dabitsch: »*Verstehst du, was man mir angetan hat? Ich versichere dir, daß ich unschuldig bin.*«[180] Nach dem formalen Gesetz abei sei er schuldig. Hatte Apis angesichts seiner aussichtslosen Situation vielleicht sogar Fühler nach Österreich-Ungarn ausgestreckt? Auf alle Fälle sah er es als nötig an, zu verschwinden.[181]

Der Kriegsgerichtsrat bedauerte ihn als Kamerad und Mensch, der in blühendem Alter sterben müsse und noch so viel für das Vaterland hätte leisten können. Er solle Trost aus der Gewissheit schöpfen, dass sein Tod für das Vaterland und für die öffentliche Ordnung notwendig sei. Die Zuwendung nahm Apis dankbar auf und fügte hinzu: »*Ich bitte dich, sage meinen Freunden, daß ich es nicht bedauere, unter serbischen Kugeln zu fallen, denn es gilt das Glück Groß-Serbiens, dessen baldige Schaffung ich von ganzen Herzen ersehne.*«[182] Dann wurden die Delinquenten vor die bereits ausgehobenen Gräben gestellt – in der Mitte Vulović, links davor Malobabic und rechts davon Apis –, das Urteil verlesen und schließlich auf Dimitrijević und Volúvic als »Hochverräter und Urheber eines Attentats auf den Prinzregenten« und Malobabic als »österreichischen Spion« das Feuer eröffnet, nur wenige Kilometer hinter der wankenden Salonikifront der Alliierten.[183] Als Uhrzeit für den Todeseintritt der Hingerichteten vermerkt das Protokoll 4 Uhr 47 Uhr. Abschließend schrieb

Pasic am 19. Juli 1917 dem Kriegsminister zur Ausschaltung der »Schwarzen Hand«: *»Insgesamt sind wir der Meinung, daß in solcher Weise vorgegangen werden muß, um unverzüglich mit dieser Sache aufzuräumen und zu verhüten, daß Europa davon spricht.«*[184]

Am nächsten Tag unterzeichnete der serbische Ministerpräsident gemeinsam mit dem kroatischen Politiker Ante Trumbic die sogenannte Deklaration von Korfu, die unter der Federführung Frankreichs und vor allem Großbritanniens als Gegengewicht zur K.-u.-k.-Monarchie erarbeitet worden war.[185] Ziel war ein Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen als konstitutionelle Monarchie unter der Karadordevic-Dynastie. Trumbic hatte bereits 1915 im Pariser Exil das »Jugoslawische Komitee« gegründet – eine Vereinigung südslawischer Politiker aus der K.-u.-k.-Monarchie, welche einen südslawischen Staat anvisierten. Die Idee entstammte dem Geiste der großserbischen, zentralistischen und annexionistischen Bestrebungen der Radikalen Volkspartei Nikola Pasics und hatte starken Rückhalt im Offizierskorps sowie am Hofe Belgrads.[186]

Pasic wollte sich nicht mit den föderalen Ideen der Monarchieslawen anfreunden, sein Ziel war ein zentralistischer Staat. Das ist erstaunlich, hatte er doch prägende Jahre seines Lebens in der Schweiz verbracht. Am 20. Juli 1917 bereits, keine vier Wochen nach der Ermordung von Apis, wurde die Deklaration von Korfu über die Gründung eines jugoslawischen Staates verabschiedet: eine Vereinbarung über die Gründung eines vereinigten Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen unter der Herrschaft der Karadordevic-Dynastie. Unterzeichner waren Pasic und Trumbic. Großbritannien und Frankreich unterstützten die Erklärung als Gegengewicht zur K.-u.-k.-Monarchie, während Russland wegen der Februarrevolution keinen Einfluss auf die Verhandlungen nehmen konnte. Der zu bildende Staat sollte 12 Millionen Einwohner auf dem Gebiet der mehrheitlich von Südslawen bewohnten Teile des Habsburgerreichs und des noch von den Mittelmächten besetzten Königreichs Serbien umfassen. Absprachen über den Grenzverlauf mit Italien waren bereits im Londoner Vertrag von 1915 getroffen worden. England hatte damit bereits 1917 ein vorläufiges Ziel erreicht: Während die Vernichtung der großen Dynastien auf dem Kontinent voranschritt, wurde in der Mitte Europas ein neues, englandfreundliches Königreich geschaffen.[187] Nach Ende des Ersten Weltkriegs, am 1. Dezember 1918, entstand der jugoslawische Staat: Zunächst als Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen ausgerufen, wurde die offizielle Staatsbezeichnung aber erst 1929 in Königreich Jugoslawien geändert. Es vereinigte

Serbien und Montenegro mit Gebieten der atomisierten Habsburgermonarchie, mit Kroatien-Slawonien, Vojvodina, Dalmatien, Krain und Südsteiermark sowie Bosnien-Herzegowina. Nach Serbien (Srba), Kroatien (Hrvata) und Slowenien (Slovenaca) nannte man das Gebilde auch SHS-Staat.

1953 ordnete Staatspräsident Josip Broz Tito (1892–1980), der von 1945 bis zu seinem Tod Jugoslawien mit eiserner Hand einte, die Wiederaufnahme des Saloniki-Prozesses an. Zwei Belastungszeugen beeideten vor Gericht, damals durch Todesdrohungen zu falschen Aussagen erpresst worden zu sein. Offensichtlich ging es 1917 allein darum, den Einfluss des gefährlichen Geheimdienstchefs auf die Innenpolitik zu stoppen und die Regierung vor Enthüllungen im Sarajevo-Komplott zu bewahren. Fast auf den Tag genau 36 Jahre nach der Hinrichtung von Apis und seiner zwei Mitangeklagten sprach der Oberste Gerichtshof sämtliche Angeklagte frei. Damit wurden sie vollständig rehabilitiert, fest stand nun, dass sie Opfer eines bewussten Justizmords waren, wie die Geschichtsforschung schon immer vermutet hatte.[188]

Daneben wurde eine vielleicht noch wichtigere historische Tatsache dokumentiert: In einem im Zuge des Wiederaufnahmeverfahrens vorgelesenen von eigener Hand erstellten Bericht bekennt Apis, dass er selbst in seiner Funktion als Geheimdienstchefs den Mord von Sarajevo angeordnet und durch seine Agenten hat ausführen lassen. Zudem führt er aus, dass er Radeta Malobabic engagiert habe, um das Nachrichtennetz in Österreich-Ungarn zu organisieren. Diesen Einsatz habe er im Einverständnis mit dem russischen Militärattache in Belgrad, Oberst Artamanow, vorgenommen, der ebenfalls mit Malobabic verhandelt habe. Apis habe Letzteren beauftragt, das Attentat in Sarajevo zu organisieren. Definitiv habe er sich dazu erst entschlossen, nachdem ihm Artamanow seine Überzeugung vermittelt hatte, dass Russland Serbien im Falle eines österreichischen Angriffs nicht ohne Hilfe lassen werde. Anweisungsgemäß habe dann Malobabic den Auftrag ausgeführt.[189]

Im Saloniki-Prozess waren die Hintergründe des Attentats vollkommen ausgeklammert worden – offiziell hatten doch die serbische Regierung und ihre Behörden nichts damit zu tun. Apis soll während der Untersuchungshaft sein Ehrenwort gegeben haben, sein Vaterland nicht durch Aufhellung der Hintergründe zu belasten.[190] So ist der nachträgliche Freispruch zugleich eine Anklage gegen Pašic und die Karađorđevic-Dynastie. Was mögen die Motive von Tito für die Wiederaufnahme des Verfahrens gewesen sein? Wollte er die Anhänger der Monarchie verunsichern?

Im gleichen Jahr, 1953, begannen in Belgrad die Bauarbeiten für die Umgestaltung des Terazije-Platzes in den »Marx-und-Engels-Platz« zu Ehren der beiden kommunistischen Ideologen. Architektonisch wird der Platz zukünftig dominiert von massiven Gewerkschaftsgebäuden im Stil des »sozialistischen Klassizismus« und einem großen Springbrunnen im Zentrum. Außerdem befindet sich hier das Museum für jugoslawische Geschichte. Als die kommunistische Ideologie an Zugkraft verlor, dachte man in Belgrad über eine erneute Namensänderung nach. 1998 wurde eine überlebensgroße Statue von Nikola Pasic errichtet und der Platz nach ihm benannt (Trg Nikole Pasica).

Was war geschehen? Noch regierte Slobodan Milosevic in Jugoslawien. Doch in Belgrad war seit 1997 die Opposition an der Macht: ehemals junge Studenten,

In Serbien bis heute verehrt: Denkmal Nikola Pašics in Belgrad

die sich in den 70er-Jahren mit der Regierung angelegt, Haftstrafen bekommen und sich dann in den Westen abgesetzt hatten. Ein Vertreter dieser Generation, Zoran Đinđic, der 1952 als Sohn eines Offiziers in Bosnien zur Welt kam und nach dem Abitur in Belgrad Philosophie studierte, gründete hier eine oppositionelle Gruppe, der auch Studenten aus Kroatien und Slowenien angehörten. Nach einer mehrmonatigen Haftstrafe setzte er sein Studium in Deutschland bei Jürgen Habermas fort. Seine 1979 fertiggestellte Doktorarbeit trägt den Titel »Marx' kritische Gesellschaftstheorie und das Problem der Begründung«. 1989 nahm Đinđic einen Lehrauftrag an der Universität in Novi Sad an und gründete mit anderen serbischen Dissidenten die Demokratische Partei. Bereits im folgenden Jahr wurde er Parteivorsitzender und Abgeordneter im serbischen Parlament – und 1997 der erste nichtkommunistische Bürgermeister von Belgrad seit dem Zweiten Weltkrieg. In diese Zeit fiel die Entscheidung für die Umbenennung des Marx-und-Engels-Platzes – ein Zeichen der Ergebenheit an den Westen, die Đinđic 2003 als serbischer Ministerpräsident mit dem Leben bezahlen sollte.

Kaum ein Jahr nach Errichtung des Pašic-Denkmals wurde der Krieg gegen »Restjugoslawien« entfacht. Am Abend des 24. März 1999 gaben NATO-Generalsekretär Javier Solana und NATO-Oberbefehlshaber US-General Wesley Clark Luftangriffe gegen die Bundesrepublik Jugoslawien bekannt. Die Vorbereitungen dafür liefen bereits seit Sommer 1998 auf Hochtouren, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Lage stabil war. An diesem denkwürdigen Tag begannen die NATO-Luftstreitkräfte ab 20 Uhr mit ihren völkerrechtswidrigen Angriffen auf Ziele der serbischen Luftverteidigung in Pancevo, Belgrad, Pristina, Novi Sad und Podgorica.[191] Zudem wurden diese Angriffe von Marschflugkörpern unterstützt, die von U-Booten in der Adria sowie von B-52-Bombern abgefeuert wurden.[192]

Keine 24 Stunden zuvor hatte US-Präsident Bill Clinton vor Gewerkschaftsvertretern die Hintergründe dieses Krieges deutlich gemacht: »*Wenn wir starke wirtschaftliche Beziehungen haben werden, die unsere Fähigkeit einschließen, rund um die Welt zu verkaufen, muss Europa ein Schlüssel sein. Und wenn wir wollen, dass Leute unsere Lasten der Führung teilen, mit allen Problemen, die zwangsläufig auftauchen werden, muss Europa unser Partner sein. Nun, das ist die Bedeutung dieser Kosovo-Geschichte.*«[193]

Unmissverständlich stellte Altkanzler Helmut Schmidt Ende der ersten Kriegswoche fest: »*Gegängelt von den USA, haben wir das internationale Recht*

und die Charta der Vereinten Nationen missachtet«,[194] um dann in die Zukunft zu blicken: *»die zumeist innenpolitisch motivierte Rücksichtslosigkeit, mit der Washington seine aktuellen Interessen ... durchsetzt, wird vielen Europäern zunehmend auf die Nerven fallen.«*[195] Und der amerikanische Politologe und Kriegsforscher Daniel Kolko schrieb im *Berliner Tagesspiegel: »Bei der Entscheidung der Amerikaner, den Krieg zu führen, spielte die spezielle Situation im Kosovo nur eine untergeordnete Rolle.«* Vielmehr ging es für die USA darum, so Kolko weiter, *»militärische Macht zu demonstrieren und ihre Vormachtstellung in der Nato auszubauen«*[196].

Während die NATO die Sendeanlagen des serbischen Fernsehens und das Industriezentrum von Nis zerbombte, traf sich die Führungselite der westlichen Welt am 23. April anlässlich des 50. NATO-Gründungsjubiläums in Washington.

Nachdem medienwirksam drei ehemalige Ostblockstaaten aufgenommen wurden,[197] stellte US-Präsident Clinton die neue NATO-Strategie vor: Die Kriseninterventionsrolle sollte dauerhaft verankert und UN-Mandate sollten nicht mehr vorausgesetzt werden.[198] Damit gab das Bündnis seine historische Selbstdefinition einer streng defensiven Koalition auf. Seitdem verteidigt die NATO außer den territorialen Grenzen der Mitgliedsstaaten unscharf definierte Sicherheitsinteressen aller Art, die allerdings auch explizit »den Zugang zu Rohstoffen« umfassen.

Diese »Interessen« werden jetzt offensiv vom Kaspischen Meer über den Persischen Golf, über Nordafrika und den Atlantik verteidigt. Dabei nimmt sich die NATO wie im Fall Kosovo das Recht heraus, sich selbst das Mandat zu militärischen Interventionen zu erteilen. Nach US-Präsident Clinton sollte die US-dominierte NATO fortan die *»Entscheidungskriterien für die UN festlegen, und nicht umgekehrt«.*[199]

Damit erfüllte Clinton die von der amerikanischen Regierung am 30. Oktober 1998 festgelegten strategischen Ziele: ihre Sicherheit zu erhöhen, ihren Wohlstand zu mehren und Demokratie und Frieden überall in der Welt zu fördern. Weiter wurde festgeschrieben, dass *»diese Ziele nur durch amerikanisches Engagement und die Vorherrschaft in der Weltpolitik erreicht werden können«.*[200] Und US-Senator Richard Lugar wies noch auf ein weiteres Motiv hin: *»Die Nato braucht Aufgaben jenseits ihres angestammten Bereichs, sonst ist sie überflüssig: Out of area or out of business.«*[201]

Helmut Schmidt stand diesem Versuch, angesichts der Geschichte des Balkans *»dort auch nur mit irgendeiner Form der militärischen Intervention einen*

stabilen Frieden zu schaffen«, skeptisch gegenüber. Er vermutete, dass einige einflussreiche Politiker und ihre Berater in der NATO in dem Krieg ein nützliches Instrument sehen, *»langfristig Amerikas globale Interessen zu sichern.«*[202]

Der mit einer Lüge erzwungene Krieg verdrängte die »Macht des Rechts« durch das »Recht der Mächtigeren«. Deswegen fügte er dem Völkerrecht einen gewaltigen Schaden zu. Diese »Luftschläge« – das Wort Krieg wurde und wird tunlichst vermieden – waren faktisch eine Generalprobe für die neue NATO-Strategie bzw. die Blaupause für künftige Kriege.

78 Tage wurde Jugoslawien nach der Eskalationsstrategie von US-General John A. Warden bombardiert. Diese heute noch gültige Doktrin verfolgt das strategische Ziel, möglichst schnell den Widerstandswillen des Gegners zu brechen. Dazu dient in erster Linie der Angriff auf die lebenswichtige Infrastruktur und die Bevölkerung. Damit wird das geltende Völkerrecht auf den Kopf gestellt und gebrochen. Das Völkerrecht verbietet, Nichtkombattanten anzugreifen und Elektrizitätswerke, Raffinerien, Brücken und Krankenhäuser zu zerstören. Der massive Einsatz von 30 Tonnen Uran-Geschosse durch die NATO führte zu unabsehbaren Umweltschäden und schleichenden Krebserkrankungen.

82 Jahre nach der Deklaration von Korfu zerschlug England mit Hilfe der NATO und den USA das von ihm mit aus der Taufe gehobene Jugoslawien. Was war das Motiv? Stand Rest-Jugoslawien der NATO-Osterweiterung im Weg? Oder hatte es sich zu sehr an China gebunden, wie der Angriff auf die chinesische Botschaft in Belgrad vermuten lässt?

Für Christopher Clark hat die NATO im Frühjahr 1999 die Serben viel stärker unter Druck gesetzt als Österreich-Ungarn im Juli 1914, er fragt: *»Lag das vor allem daran, dass Russland als Großmacht aus dem Spiel war?«*[203] Für Clark gibt es eine Korrelation zwischen den Phasen russischer Schwäche und den Zeiten raschen Wandels in Europa: *»Wenn die Katze aus dem Haus ist, tanzen die Mäuse auf dem Tisch! Die Klientelzusammenhänge und die politischen Bande sind dabei nach 1991 exakt die gleichen wie 1914. Die Russen unterstützen immer noch Belgrad gegen die Nato. Was sie aber nicht tun, ist, MiGs loszuschicken und Raketen abzufeuern.«*[204]

Am 9. Juni 1999 wurde der Waffenstillstand unterzeichnet. Dieses Papier diente als Vorlage für die UN-Resolution 1244, die der UN-Sicherheitsrat am 10. Juni verabschiedete. Am nächsten Tag passte US-Präsident Clinton die Motive seines Handelns dem Kriegsverlauf an. Im Gegensatz zu seiner Aussage vor

den Gewerkschaftern sagte er nun: »*Als ich unsere bewaffneten Streitkräfte in den Kampf befahl, hatten wir drei klare Ziele:*

1. *Rückkehr der Völker im Kosovo in Sicherheit und Selbstverwaltung*
2. *Abzug der serbischen Kräfte aus dem Kosovo,*
3. *Serben wie Albaner zu schützen.*«[20]

Heute wissen wir, dass diese Ziele gründlich verfehlt wurden. Unter den Augen der NATO-Schutzmacht führten die neuen Kosovo-Machthaber umfassende ethnische Säuberungen von Serben, Roma und Juden durch. Die Entlassung des Kosovo im Jahr 2008 in eine einseitige Unabhängigkeit führte die von Clinton angegebenen Kriegsziele ad absurdum. Erfolgreich hatten fast zehn Jahre lang westliche Regierungen und kosovo-albanische Politiker auf die Abspaltung der Provinz von Serbien hingearbeitet.

Nun hängt das »souveräne« Kosovo am Tropf des Westens und wird wie ein internationales Protektorat verwaltet. Am 9. April 2008 wurde der »Ahtisaari-Plan« mit kleinen Abweichungen als Kosovo-Verfassung in Prishtina ratifiziert. Und das, obwohl dieser Plan von Russland abgelehnt worden war. Auch eine Abstimmung im UN-Sicherheitsrat wurde hintergangen. Das Beispiel Kosovo könnte auch innerhalb von EU und NATO Unabhängigkeitsbestrebungen beflügeln und sich zu einem Sprengsatz entwickeln. Es ist interessant, dass nach über einem Jahr nur 60 Länder den Kosovo anerkannt haben. Dem Anerkennungsdruck haben bisher folgende EU-Staaten widerstanden: Spanien, Griechenland, Rumänien, Zypern und die Slowakei. Das lässt hoffen, dass der Geist der selbstzerstörerischen Kleinstaaterei wieder in die Flasche zurückgebracht werden kann.

Am 17. April 2009 legte Serbien dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag seine Argumente gegen die einseitige Kosovo-Unabhängigkeit vor. Bevor die höchsten fünfzehn Richter des wichtigsten UN-Gerichts darüber Klarheit schaffen konnten, welchen Status das Kosovo eigentlich hat und ob es das Recht hatte, seine Unabhängigkeit auszurufen, erklärte US-Vizepräsident Biden am 21. Mai 2009 bei einem Besuch im Kosovo die Unabhängigkeit des Landes für »unumkehrbar«. Spätestens hier muss für jeden klar werden, dass der Kosovo-Krieg eine einschneidende Zeitenwende darstellt. Die UN hat offensichtlich für Washington keine Bedeutung mehr!

Der US-Stützpunkt »Bondsteel« im Kosovo ist vergleichbar mit zwei Flugzeugträgergruppen und wird immer mehr zum Außenposten der USA für

Operationen im Nahen Osten ausgebaut. »Bondsteel« soll Landebahnen fur Kriegsflugzeuge bis hin zu B-52 Bombern erhalten. Ein konkretes Datum für den Abzug der US-Truppen gibt es nicht. Es wird sogar ein Pachtvertrag für 99 Jahre angestrebt. Die Bedeutung dieser im Zentrum Europas liegenden Basis ist offensichtlich. Im Sommer 2001 hob US-Präsident Bush anlässlich eines Besuches im Camp Bondsteel dessen Aufgabe hervor:[206] *»Wir streben eine Welt der Toleranz und der Freiheit an. Von Kosovo nach Kaschmir, vom Mittleren Osten nach Nordirland, ist Freiheit und Toleranz das definierte Ziel für unsere Welt. Und Ihr Dienst setzt hierfür ein Beispiel für die ganze Welt.«*[207]

Der Österreichische Flottenverein antizipiert die geopolitischen Forderungen der Alliierten und nimmt die Ergebnisse des Versailler Vertrages vorweg (Karte aus dem Jahr 1915)

Diese Landkarte, die die politische Einteilung Europas derartig verändert, daß man sich nur mit Mühe darin zurechtfindet und den altvertrauten, heimatlichen Weltteil kaum wiedererkennt, ist die Ausgeburt französischen Dünkels und verblendeten Größenwahnes. — Noch im Sommer 1915, da die verbündeten Zentralmächte auf allen Linien Sieger waren, konnte etwa Chauvinismus daran glauben, daß der Vierverband uns einen schmählichen Frieden diktieren und mit unseren Staatsgebieten nach Belieben werde schalten können. — Der phantasiereiche Franzose denkt sich also Lohn und Strafe so verteilt:

1. **Frankreich** erhält alles Gebiet westlich des Rheines von Basel bis Koblenz. — Das rechte Rheinufer wird in einer Breite von 100 km von Holland bis zur Schweiz neutralisiert. — Diese neutrale Zone, welche unter Frankreichs Kontrolle steht, schützt auch Belgien gegen einen neuerlichen Einbruch der „Barbaren".

2. **Belgien**, das natürlich ganz wiederhergestellt wird, bekommt das linke Rhein- und Moselufer und noch ein Stück von Holland bis zur Maas, womit jedenfalls die Neutralität der Niederlande bestraft werden soll.

3. **England** erhält als einzigen Landgewinn die Insel Helgoland, ferner die Anerkennung der ägyptischen Oberhoheit seitens der Türkei. Natürlich ergreift England von den meisten deutschen Kolonien Besitz und bleibt nunmehr in alle Ewigkeit unbestrittener Beherrscher der Meere.

4. **Rußland** bekommt ganz Galizien bis zu den Karpathen, die ostpreußischen Provinzen bis zur Oder und Preußisch-Schlesien.

5. **Italien** „befreit" Südtirol, Istrien, Görz und Gradiska, einen Teil von Kärnten und Krain, Triest und Fiume, einen Teil von Kroatien und Dalmatien samt einer Reihe der vorgelagerten Inseln.

6. **Serbien** dehnt sich bis zum Donauufer im Norden, bis zum Meere im Westen aus. „Groß-Serbien" (heute gibt es nicht einmal mehr das kleinste Klein-Serbien) nimmt also Kroatien und Slavonien, Bosnien und den größten Teil von Dalmatien samt Inseln, dazu noch ein Stück von Albanien, das als Staat zu bestehen aufhört.

7. **Montenegro** erweitert sein Hohlsgebiet im Norden und Süden um die Herzogwina und um Nordalbanien.

Die unterliegenden Staaten werden einfach zerstückelt und in ohnmächtige Kleinstaaten verschlagen, ihre Macht für ewige Zeiten vernichtet.

8. **Deutschland** hört auf, ein großes, starkes, einiges Reich zu sein. Nach der Annexation der Rheinländer, Schleswig-Holsteins,

Verlag des Österr. Flottenvereins

Preußisch-Schlesiens und der Ostprovinzen teilen die Sieger das Deutsche Reich in fünf Kleinstaaten, unter denen Preußen der bescheidenste, armseligste ist und von Hannover und Sachsen an Bedeutung wesentlich übertagt wird. — Auch Bayern und Württemberg werden wieder selbständige Staaten, wie Westfalen mit der Hauptstadt Kassel.

9. **Österreich-Ungarn** wird vom Meere abgedrängt, an Territorialbesitz durch den Gewinn Italiens, Serbiens, Montenegros, Rußlands, Rumäniens und der Schweiz auf den halben Umfang verkleinert. Ungarn wird von Österreich getrennt, ebenso wie Böhmen, das ein selbständiges Königreich bildet. — Österreich, wie es sich die Franzosen nach dem Kriege dachten, umfaßt kaum die steirisch-österreichischen Alpen- und Sudetenländer!

10. **Die Türkei** wird natürlich aus Europa hinausverwiesen, ihr Besitz beginnt in Kleinasien — Konstantinopel und der Bosporus werden neutral unter der Kontrolle des Vierverbandes.

Als Lohn für die Neutralität werden natürlich auch saftige Bissen aus dem Körper der Zentralstaaten verteilt.

11. **Die Schweiz** bekommt Nord-Tirol und den Bodensee.

12. **Griechenland** erhält Südalbanien und Valona.

13. **Bulgarien**, welches zur Zeit des Entstehens dieses Landverteilungsplanes noch zu den neutralen Staaten zählte, wird im Osten arrondiert, während die Ereignisse zu einem Zuwachs im Westen geführt haben.

14. **Rumänien** wird am ausgiebigsten bedacht: es bekommt ganz Siebenbürgen und das ungarische Gebiet bis zur Theiß sowie den größten Teil der Bukowina.

Schließlich wird den Verbündeten eine Kriegsentschädigung von 100 Milliarden Francs auferlegt.

Seit der Veröffentlichung dieser französischen Wünsche haben die Verbündeten Schlag auf Schlag geführt: Serbien ist vollständig erobert, die deutsch-österreichisch-ungarische Front steht ehern weit in Rußland drinnen, Montenegro hat die Waffen gestreckt, die Dardanellen-Aktion endete mit einem durchschlagenden Fiasko, an der deutschen Front bereiten sich große Umwälzungen vor, unsere Isonzo-Linie ist um keinen Zoll verschoben worden, und die U-Boote der Zentralmächte versenken fleißig stolze Meerriesen der Entente. Das Antlitz Europas wird sich nach dem Kriege wohl verändert haben und es wird interessant sein, diese Karte bereits mit der neuen politischen Einteilung der alten Welt zu vergleichen.

Preis 2 Kronen.

Seitenklappentexte der vorherigen Europakarte

We have in our power to begin the world over again.

Thomas Paine in »Common Sense«, Januar 1776

Amerikas Griff zur Weltmacht

Wilson als Werkzeug kriegstreibender Kreise

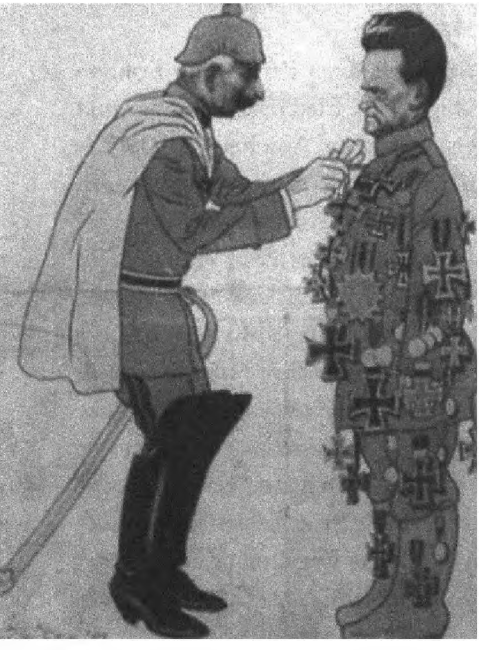
US-Präsident Woodrow Wilson (1856–1924) setzte mit seiner Senatsbotschaft vom 22. Januar 1917 ein hoffnungsvolles Zeichen: *»Nur ein ruhiges und friedliches Europa kann ein stabiles Europa sein. Es braucht kein Gleichgewicht der Kräfte (Balance of Power[1]), sondern eine Gemeinschaft der Kräfte (Community of Power).«*[2]

Die amerikanische Finanz- und Rüstungselite mit ihren Partnern in London aber hatte keinerlei Interesse an einem »ruhigen und friedlichen Europa« und versuchte Wilsons Einigungsanwandlungen zu stoppen. Anscheinend mit Erfolg. Denn zehn Wochen später, am 2. April 1917, trat Wilson ganz anders auf: Nun warb er für die Teilnahme am Kreuzzug der »friedensliebenden Demokratien« gegen die »militärisch-aggressiven Autokratien« der Erde und empfahl dem Kongress mit bewegten Worten, formell den Kriegszustand anzunehmen, der ihm aufgedrängt werde: Das Deutsche Reich führe einen Krieg gegen die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten. *»Nur freie Volker können in ihrer Absicht und Ehre standfest für ein gemeinsames Ziel eintreten und die Interessen der Menschheit über jedes verengte eigennützige Interesse stellen.«* Dann schwor Wilson den Kongress auf einen Kreuzzug ein: die Welt müsse sicher gemacht werden für die Demokratie.[3] Wilson betonte, dass Amerika keinerlei eigennützige Ziele verfolge. Es wolle nicht erobern und keine Regierungsgewalt erringen, sondern sei *»nichts anderes als ein Kämpfer für die Rechte der Menschheit. Wir werden erst zufrieden sein, wenn diese Rechte sichergestellt sind ...«*[4]

Die USA als Kämpfer für die Menschenrechte? Die Bezeichnung erscheint im Hinblick auf die Untätigkeit der Wilson-Administration beim osmanischen Völkermord an den Armeniern 1915 wie blanker Hohn. Wilson

hatte die Anstrengungen seines Botschafters in der Türkei, Henry Morgenthau sr. (1856–1946), gänzlich ignoriert, obgleich der alles versuchte, ihn zur Hilfe zu bewegen, um das Elend der verfolgten Armenier zu lindern.[5] Dem Präsidenten jedoch schien das herzlich egal zu sein oder er sah keinen Handlungsbedarf. Dagegen stilisierte er den deutschen Unterseebootkrieg gegen den Handelsverkehr zu einem Krieg gegen die Menschheit, sodass er hier bereit war, *»den Fehdehandschuh dieses natürlichen Feindes der Freiheit«* aufzunehmen, ja man freue sich, für den *»Frieden und für die Befreiung der Völker, einschließlich des deutschen, zu kämpfen, für die Rechte der großen und kleinen Nationen ...«*[6]

Die Abgeordneten dankten ihm für die selbstlose und edel begründete Kriegsbereitschaft mit tosendem Applaus. In der Analyse des Religionskritikers Karlheinz Deschner war Wilsons Rede *»ganz in jenem grandiosen Yankee-Stil, den man da seit den Tagen der Jefferson und Lincoln etc. kultivierte, eine Heuchelei, die in Yankeebrüsten vielleicht gar nicht mehr empfunden wird, so tief ist sie eingedrungen durch Mark und Bein ins innerste Gemüt – ein Puritanererbe eben.«*[7] Die Klaviatur derartiger Rhetorik wird auch heute noch meisterhaft beherrscht; inzwischen ist sie bis ins *»innerste Gemüt«* der ganzen westlichen Welt eingedrungen. Wer aber hier von Heuchelei spricht, setzt sich dem Vorwurf des Antiamerikanismus aus ...



Diffamierungskampagne gegen den Kriegsgegner Bob LaFollette (Karikatur mit Wilhelm II., gezeigt auf dem Cover des Life Magazine vom 13. Dez. 1917)

Am 2. April 1917 konnten sich nur wenige Kongressabgeordnete der massenhypnotischen Wirkung der Rede mit Wilsons Kriegsbotschaft entziehen. Einer der Skeptiker war der republikanische Senator Bob LaFollette (1855–1925), auch bekannt als »Fighting Bob«, von 1901 bis 1906 Gouverneur von Wisconsin, dann Senator bis 1925. Er verlangte die sofortige Ausschreibung einer Volksbefragung, wobei sich seiner Überzeugung nach die Bürger im Verhältnis 10:1 gegen den Krieg aussprechen würden. Aus 44 US-Staaten hätten ihn 15 000 Briefe und Telegramme erreicht, 90 % würden den

Krieg nicht wollen.[8] Die Medien attackierten LaFollette daraufhin persönlich. In Cincinnati, einer traditionell deutsch-amerikanischen Stadt Ohios, bezeichnete ihn die anglophile *Post* sogar als *»Befehlsempfänger des Kaisers«*[9].

Zu den charakterfesten Politikern jener Tage zählte auch der Senator von Nebraska, George William Norris (1861–1944), der in der Kongressdebatte in Bezug auf den bevorstehenden Kriegseintritt zu bedenken gab: *»Wir wagen diesen bedeutenden Schritt, während wir dem Rand eines schrecklichen Strudels immer näher kommen. Doch vorher sollten wir eine Pause einlegen und uns besinnen, welch schreckliche Konsequenzen darauf folgen werden.«* Dann werde man feststellen, dass die heutige Position der USA, welche man *»über verschiedene Stufen dieses unheiligen und ungerechten Krieges erreicht«* habe, mit der neutralen Position unvereinbar sei, die sie zu Kriegsbeginn beansprucht hätten. Norris verwies darauf, dass sowohl Großbritannien als auch Deutschland seit Kriegsbeginn *»in einer Vielzahl von Gelegenheiten, in den meisten Fällen unverhohlen, die existierenden internationalen Rechte der neutralen Schiffe und der neutralen Nationen verletzt haben«*, indem sie Teile des Meeres zu Kriegszonen erklärten, wo U-Boote amerikanische Schiffe versenken und amerikanische Leben zerstören könnten. Großbritannien, das die gesamte Nordsee am 4. November 1914 zur Kriegszone erklärt hatte, habe ihnen nur einen Tag Zeit gelassen, darauf zu reagieren und ihre Schiffe zu warnen. Dagegen habe das Deutsche Reich – nachdem es diese Blockade drei Monate ertragen hatte – am 4. Februar 1915 seinerseits eine Kriegszone (Kanal sowie die England umgebende Hohe See) – mit 14 Tagen Vorwarnzeit erklärt. Norris betonte: *»Beide Erklärungen hinsichtlich der Kriegszonen waren illegal und gegen internationales Recht gerichtet. ... Nun sollen amerikanische Bürger als Versicherungspolicen benutzt werden, um die zuverlässige Belieferung von Kriegsmunition an die kriegführenden Nationen sicherzustellen. Der enorme Profit der Munitionshersteller, Börsenmakler und Wertpapierhändler musste über kurz oder lang uns in den Krieg führen. Das hat uns in die gegenwärtige Lage gebracht, in welcher der Präsident vom Kongress verlangt, von gekünstelter Sentimentalität aufgestachelt, den Krieg zu erklären und unser Land in den Rachen des größten Holocaust* (hier: Völkermord, Anm. d. Verf.) *zu werfen, den die Welt je gesehen hat.«*[10]

In seiner Rede las Norris aus einem Kundenbrief der *New Yorker Stock Exchange* vor, um die Interessen der Wall Street aufzuzeigen: *»›Canada und Japan sind im Krieg und prosperieren mehr denn je. Bei Ausbruch unmittelbarer Feindseligkeiten würden die Aktien mit erfreulichem Blick schnell, klar und hitzig reagieren. Der altmodische bull market würde sich daran ebenso erfreuen wie beim Ausbruch des Krie-*

ges mit Spanien 1898. Dagegen würde der Beginn des Friedens die Warenpreise nach unten anpassen und höchstwahrscheinlich den Unternehmungsgeist hemmen. Falls die Friedensverhandlungen lange hinausgezogen werden, würde bei den Unternehmen die Periode des Wartens und der Ungewissheit ebenfalls lang. Entschließen sich die USA nicht für Krieg, so war das Preparedness-Programm jedenfalls eine gute Maßnahme, um den Stimulansverlust des Krieges auszugleichen.«[11] Weiter geißelte Norris die kaltblütige Sichtweise der Wall Street, die sich darüber freue, durch den Kriegseintritt noch mehr Profit machen zu können. Millionen von Dollar habe man schon verdient, und nun sollten es Hunderte von Millionen mehr werden.

In einem Kompromissvorschlag zeigte Norris schließlich noch einen Weg aus der Sackgasse auf: Man könne den anfänglichen Fehler zugeben, die amerikanischen Rechte nur gegenüber Deutschland erzwungen zu haben. Denn auch England müsse die neutralen Rechte auf See respektieren. Ansonsten müsste man androhen, diese Rechte gegen beide zu erzwingen.[12]

Nach einer erbittert geführten Debatte – Norris sprach vier Stunden lang gegen die Kriegserklärung – erklärten die Vereinigten Staaten von Amerika am 6. April 1917 dem Deutschen Reich den Krieg. Beide Häuser des Kongresses stimmten mit überwältigender Mehrheit zu. Die Entscheidung war trotzdem nicht überall populär: Im Repräsentantenhaus entschieden sich von insgesamt 423 Stimmberechtigten immerhin 50 dagegen, im Senat waren es 6 von 88.

Mit unrechtmäßigen Mitteln zwangen die USA außerdem Kuba, Honduras, Guatemala, Panama, Haiti, Costa Rica und Nicaragua zum Kriegseintritt. Anderen südamerikanischen Republiken wie etwa Brasilien wurden Revolutionen und innere Wirren für den Fall angedroht, dass sie sich dem Krieg nicht anschlössen – eine Praxis, die heute noch üblich ist.[13]

Der Kriegseintritt der USA war in London Anlass für einen feierlichen Dankgottesdienst in der St.-Pauls-Kathedrale mit König George V. und seiner Gemahlin, der dann am 17. Juni 1917 ein Dekret erließ, das dem deutschblütigen Adel auferlegte, seine Titel abzulegen und die Namen zu anglisieren. So wurde aus Battenberg Mountbatten und aus Sachsen-Coburg-Gotha Windsor.

Offiziell gilt der uneingeschränkte U-Boot-Krieg und die Versenkung amerikanischer Schiffe als Hauptursache für den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten. Daneben gab es sicher noch eine Vielzahl anderer Motive, welche die Amerikaner für den Krieg emotionalisierten und die Wilson-Administration sowie die Kriegsbefürworter im Kongress zu ihrer Entscheidung bewegten. Dabei dürfen die Schachzüge skrupelloser Megabanken der Wall Street, die profitablen Kriegsanleihen, die Pressionen der Rüstungsfabrikanten und nicht zu-

letzt der Einfluss des undurchsichtigen Präsidentenberaters House nicht außer Acht gelassen werden, ebenso wenig die ambivalente Persönlichkeit Wilsons.

Zur Erhellung der Motive US-amerikanischer Politik ist eine kurze Rückblende ins 19. Jahrhundert nötig.

Manifest Destiny – zur Okkupation erwählt

Innerhalb von nur hundert Jahren, von 1763 bis 1850, durchschritten die Siedler den nordamerikanischen Kontinent nach Westen.[14] Am Ufer des Pazifiks angekommen, blickten sie sogleich gen Westen, denn dort lockten Handelsmärkte. Zunächst interessierten sie sich für die Inseln im Pazifischen Ozean – gleichsam als Sprungbrett für den angestrebten Handel mit dem Fernen Osten. »*Es ist selbstverständlich*«, schrieb Admiral Matthew C. Perry in seinen Erinnerungen an die Fahrt der amerikanischen Flotte 1853/54 nach Japan, »*dass im Verlauf kommender Ereignisse die Vereinigten Staaten gezwungen sein werden, ihren Zuständigkeitsbereich über die Grenzen des westlichen Kontinents auszudehnen und Stützpunkte auf dem Globus so zu etablieren, dass die maritimen Rechte wahrgenommen werden können*«[15]. Schon damals also sollte die gewaltsame Öffnung Japans für neue Absatzmärkte sorgen.

Dieser unbändige Wille, in immer wieder neue Gebiete vorzustoßen, ist in den Augen des Historikers Max Silberschmidt als »*ein Merkmal des Amerikanertums*«[16] anzusehen. Getrieben von »Manifest Destiny«, einem »Göttlichen Auftrag zur Expansion«, wie ihn der Journalist John Louis O'Sullivan (1813–1895) in der Mitte des 19. Jahrhunderts in der Zeitschrift *United States Magazine and Democratic Review* formuliert hatte, glaubten die Nordamerikaner an die »Bestimmung«, ihre Ordnungsvorstellungen über den eigenen Kontinent hinaus durchsetzen zu müssen,[17] was von den puritanischen Gründern begeistert aufgenommen wurde, da es sich mit ihrer Vorstellung, »auserwählt« zu sein, verband. »*Puritanischer Auserwähltheitsglaube, Sendungsbewusstsein und die Vorstellung der gottgegebenen nationalen Bestimmung trafen zusammen*«, analysiert der Historiker Hans-Jürgen Lendzian.[18]

Eine ähnliche Denkweise findet sich auch bei den Engländern. Das mag an den Glaubensgrundsätzen der »Church of England« liegen, woraus die in den USA einflussreiche »Anglican Communion« hervorging. Den Rahmen für die anglikanische Gemeinschaft bilden 39 Artikel, die auch heute noch im »Common Book of Prayers« zu finden sind. In Artikel XVII wird die Prädesti-

nation abgehandelt. Danach bestimmt Gott schon bei der Geburt die einen zur ewigen Seligkeit und die anderen zur ewigen Verdammnis. Und Erstere würden schon auf der Erde mit irdischen Gütern verwöhnt. Wird diese Auserwähltheit auch auf ganze Völker bezogen, hieße das, dass die weniger erfolgreichen Völker oder Nationen von Gott verdammt, die anderen dafür bevorzugt wären. Zu den »Erwählten« zählen sich natürlich England und die USA.

Dem deutschen Philosophen, Anthroposophen und Soziologen Max Scheler (1874–1928) zufolge neigen Engländer dazu, »*Gottes ewige Rechtsordnung mit den englischen Interessen und die Stimme Gottes mit der englischen öffentlichen Meinung*« zu verwechseln.[19] Dem stimmt der britische Historiker Corelli Barnett (geb. 1927) zu und verweist in »The Collapse of British Power« auf viele ähnlich denkende englische Spitzenpolitiker, u a. auch Sir Edward Grey.

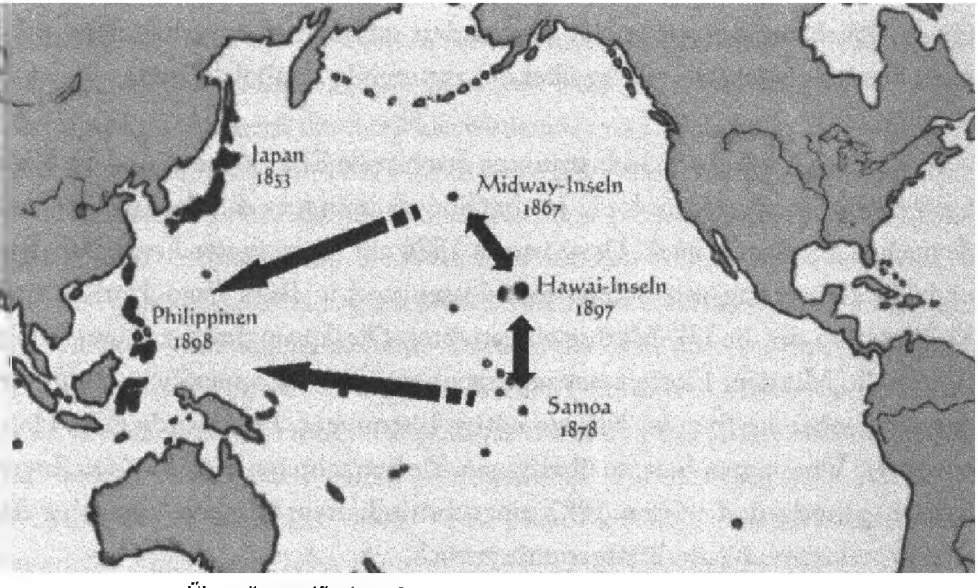
Barnett zufolge wurden die ethischen Standards der britischen Außenpolitik ab dem 19. Jahrhundert von zweckmäßigen und opportunistischen Beweggründen im Interesse Englands abgelöst.[20]

Ein Schema zu diesem Denken lieferte Eric Voegelin (1901–1985). Der deutsch- amerikanische Politologe und Philosoph kam in seinem Werk »Die politischen Religionen« zu dem Schluss, englischem Denken zufolge bestehe die Menschheit aus den äußeren Kreisen der »Verdammten« oder »Barbaren« und dem inneren Kreis der westlichen Kulturen; im Zentrum des inneren Kreises lägen die angelsächsischen Demokratien, Großbritannien, USA, Australien, Canada etc.).[21] Als Handelspartner waren die Menschen des äußeren Kreises jederzeit willkommen. Sperrten sie sich, scheuten sich die Briten nicht, ein wenig nachzuhelfen, wie das Beispiel China zeigt: Da sie für chinesische Waren wie Tee oder Rohseide hohe Preise zahlen mussten, während China kaum britische Waren kaufte, bestachen sie kurzerhand chinesische Beamte mit Opium und verlegten das Geschäft auf den Schmuggel. Kaiser Daoguang (1821–1850) aber ließ das Rauschgift beschlagnahmen und öffentlich verbrennen. Daraufhin drängte der Diplomat und Kolonialbeamte Charles Elliot die britische Regierung zu einem Vergeltungskrieg gegen China. Im April 1840 stimmte das Parlament zu, und schon im Juni griff Großbritannien mit einer Flotte von über 40 Kriegsschiffen und etwa 4000 Mann die Küste von Guangzhou, das heutige Kanton, an. Diesem ersten Opiumkrieg folgte ein zweiter, und im Jahr 1900 wurde der sogenannte »Boxeraufstand« niedergeschlagen, woran sich neben Deutschland auch die USA beteiligten. Damit setzten die Amerikaner den Fuß auf das asiatische Festland, auf das sie seit Erreichen der Pazifikküste 50 Jahre zuvor begehrliche Blicke gerichtet hatten.

Aus diesem Grund wurden ab 1850 die »Freiheit der Meere« und die »Politik der offenen Tür« (Tore auf für den amerikanischen Handel) eingefordert.[22] Das stand eigentlich im Widerspruch zur Monroe-Doktrin aus dem Jahr 1823: Sie besagt, dass Amerikas Regionen von Alaska bis Feuerland Einflussbereich der USA sind und jede Einmischung von außen als Gefahr für die Sicherheit angesehen wird. Im Gegenzug würden die USA keine Interessen außerhalb des Kontinents geltend machen. Darauf beriefen sich die Isolationisten, die gegen jede Bündnisverpflichtung und jedes politische Engagement außerhalb der USA waren und damit die Expansionspolitik bekämpften. Der Kriegseintritt 1917 schwächte die Isolationisten nachhaltig, und der Eintritt in den Zweiten Weltkrieg machte sie schließlich bedeutungslos. Seit 1945 ist der Interventionismus vorherrschend – der aktive politische oder militärische Eingriff in die Belange eines fremden Staates.

Über 100 Jahre später, am 13. November 2009, bezeichnete sich Barack Obama vor seinem asiatischen Verbündeten Tokio als erster »pazifischer Präsident« der USA, der die große Bedeutung Asiens und des pazifischen Raums anerkenne und fördern wolle. Die Zukunft der pazifischen Region sei für die USA von großer Bedeutung. »*Was hier geschieht, hat direkte Folgen für unser Leben daheim*«, orakelte Obama, denn die »*Geschicke von Amerika und des asiatisch-pazifischen Raums sind nie enger miteinander verbunden gewesen*«.[23]

Am 11. Oktober 2011 ging Außenministerin Hillary Clinton im US-Magazin *Foreign Policy* unter dem Titel »America's Pacific Century« (Ame-



Über die pazifischen Sprungbretter zu den Küsten Ostasiens

rikas Pazifisches Jahrhundert) auf den »Schwenk Richtung Asien« als außenpolitischen Schwerpunkt der Regierung von Obama ein. Der Bedeutung des asiatisch-pazifischen Raums angemessen, würden die USA ihre Stützpunkte in dieser Region modernisieren und ihre Präsenz stärken. Dadurch wären sie besser positioniert, um humanitäre Missionen unterstützen und mit den Partnern robuster gegen Bedrohungen für Frieden und Stabilität in der Region vorgehen zu können. Clinton schloss mit dem Ausblick, dass Amerika dort für die nächsten 60 Jahre präsent und dominant bleiben werde.[24] Am 9. Februar 2012 sprach Admiral Samuel Locklear im Verteidigungsausschuss des US-Senats anlässlich seiner Nominierung zum Chef des amerikanischen Pazifik-Kommandos Klartext: *»Wir sind eine Großmacht in Asien. Die Chinesen und die anderen Länder der Region müssen begreifen, dass die USA bereit sind, dort ihre nationalen Interessen zu verteidigen.«*[25]

Die Leitlinien des asiatisch-pazifischen Programms der USA waren bereits Mitte des 19. Jahrhunderts, am Vorabend des Sezessionskrieges, festgelegt worden. Der unter Lincoln tätige Staatssekretär und spätere Außenminister William H. Seward (1801–1872) hatte ein entsprechendes Paket geschnürt. Es umfasste den Kauf Alaskas, die Festigung freundlicher Beziehungen zu China, den Bau eines Kanals durch die Landenge von Panama, die Annexion Hawaiis und die Errichtung von Kohlestationen im Pazifischen Ozean. Der amerikanische Bürgerkrieg des industrialisierten Nordens gegen den agrarischen Süden unterbrach diese Entwicklung, wobei der Sieg des Nordens die Voraussetzung für das Wachstum im späten 19. Jahrhundert schuf, denn er verhalf dem »mobilen Kapital« (Geld) zum Sieg über das »immobile Kapital« (Land).

Nun konnten Kapital und Industrie eine machtvolle Ehe eingehen und die Welt nach ihren Spielregeln ordnen. In der Südsee drängten die Amerikaner den deutschen Einfluss zurück. Dazu wurde 1878 ein sogenannter Freundschafts- und Handelsvertrag mit Samoa geschlossen und in Pago Pago Harbor eine Kohlestation für die US-Marine eingerichtet. Die Sprungbretter waren damit aufgestellt. Mit dem Flottenneubauprogramm von 1883 schließlich schuf man das zur Eroberung fremder Märkte nötige Instrument. 1884 wurde Pearl Harbor an die Vereinigten Staaten übertragen. Sie betrachteten Hawaii als zu ihrem System gehörig und wiesen 1887 einen britisch-französischen Vorschlag für eine gemeinsame Neutralitätsgarantie zurück.

Ende des 19. Jahrhunderts wurden Auseinandersetzungen mit den amerikanischen Ureinwohnern weitaus schlagkräftiger geführt als in den Indianerkriegen zuvor. Das letzte Massaker fand 1890 am Wounded Knee in South Dakota statt. Anschließend wurden die letzten freilebenden Stämme in die Reservate abgeschoben. Der Erschließung der westlichen Territorien stand nun nichts mehr im Weg. Das antike »Imperium Romanum« zum Vorbild nehmend, mobilisierte der Staat für seine imperialen Ziele den Patriotismus der Massen. Schon der Bau des Capitols symbolisierte die geistige Nähe zum römischen Reich.

Fortan beteiligten sich die USA am Wettlauf der Mächte um die endgültige Verteilung einer überblickbar gewordenen Welt, am Kampf um Rohstoffe und profitversprechende Absatzmärke – verklärt wurde das Vorgehen mit der falsch verstandenen Aussage Charles Darwins, dem »Survival of the Fittest«, was geradezu als Einladung zum Wettkampf gesehen wurde. Doch Darwin hatte diese Lehre nicht auf Staaten bezogen und vor allem nicht das Recht des Stärkeren postuliert. Vielmehr würden sich die bestangepassten Lebewesen durchsetzen. Doch auf Feinheiten kam es nicht an.

Der englische Soziologe Herbert Spencer (1820–1903), ein Wegbereiter des Sozialdarwinismus, postulierte den Triumph der angelsächsischen Protestanten. Die Bevorzugung der germanisch-angelsächsischen Völker kam bei amerikanischen Philosophen und Historikern wie auch bei ihren europäischen Kollegen gut an.[26] Spencers Botschaft an die USA: Eine aufstrebende Weltmacht müsse *»fanatisch mit anderen Nationen wetteifern ... um ihren Platz an der Sonne, ... müsse schwächere Länder schlucken«*[27] um nicht unterzugehen. Zu den wichtigsten Anhängern des Sozialdarwinismus gehörte auch der Harvard-Historiker John Fiske (1842–1901). Er betonte die Vormachtstellung der »germanisch-angelsächsischen Rasse« und erklärte, dass besonders die Ostküstenamerikaner dazu bestimmt seien, die Weltmeere und den Welthandel zu beherrschen und sich über den ganzen Erdball auszubreiten. Die amerikanische Nation habe die »Mission«, das angelsächsische Wesen in der Welt durchzusetzen. Ähnliche Ideen entwickelte Josiah Strong (1847–1916), ein amerikanischer protestantischer Geistlicher. Er betonte den göttlichen Auftrag des »auserwählten Volks«, für das die Vereinigten Staaten, Lateinamerika und eventuell auch Afrika als Wirkungsfelder reserviert seien.[28] Als Historiker und Staatswissenschaftler nahm der Hegelianer John Burgess (1844–1931) das gleiche Thema auf. Die germanisch-angelsächsischen Nationen, von ihm auch »teutonisch« genannt,

seien *»die politischen Nationen par excellence«*, sie dominierten die Welt durch ihren *»Superior Political Genius«*[29] und seien deshalb verpflichtet, wenn nötig mit Gewalt und unter Besitznahme des Landes, die zivilisatorische Arbeit in der unterentwickelten Welt zu übernehmen.[30]

In dieser Hochphase imperialistischer Gedanken und Pläne brachte der britische Unternehmer und Politiker Cecil Rhodes das zu dieser Zeit weit verbreitete angelsächsische Denken auf den Punkt: *»Ich behaupte, dass wir die erste Rasse in der Welt sind und dass es um so besser für die Menschheit ist, je mehr wir von der Welt bewohnen.«*[31]

So fühlten sich die »Auserwählten« berechtigt, die indigenen Kulturen zu zerschlagen und Gewinnstreben, Fortschrittsgläubigkeit sowie auch das sogenannte »Freiheitsideal« zu priorisieren – darunter verstand man nichts anderes, als dass die englischsprachigen Völker miteinander verbunden und alle bewohnbaren Teile der Welt unter Kontrolle gebracht werden sollten. Zu diesem Zweck ließ der schwerreiche Rhodes einen Teil seines Vermögens in die Rhodes-Stiftung fließen, die jährlich 200 Studenten den Besuch der Universität Oxford ermöglichte. Dort versammelten sich Ende des 19. Jahrhunderts Bewunderer um den Kunsthistoriker und Sozialphilosophen John Ruskin (1819–1900); eine ähnliche Gruppe bildete sich in Cambridge um Reginald Baliol Brett (den späteren Lord Esher). Sie alle folgten Ruskins Postulat einer Erweiterung des britischen Empire und damit des englischen Sprachraums.[32] Unter Ruskins ergebensten Jüngern in Oxford waren u. a. Arnold J. Toynbee und der spätere Lord Alfred Milner (siehe auch S. 129 sowie 157 f.). Der englische Sensationsjournalist William T. Stead (1849–1912), ein glühender Befürworter von Sozialreformen und Imperialist, brachte diese Gruppen mit Rhodes in Verbindung. Am 5. Februar 1891 trafen sich Rhodes, Milner und Stead in London, um die »Secret Elite« zu gründen mit Rhodes als Vorsitzendem. Den Vorstand bildeten Stead, Brett und Milner. Um sie gruppierte sich ein »Kreis der Eingeweihten«. Dazu gehörten Arthur Balfour, Harry Johnston, Nathan Rothschild und Albert Grey. Der Verein wurde später als die Milnersche »Round Table Organisation« bekannt. Der semigeheime Aufbau und die schillernden Namen sorgten für Legendenbildung.

Im Jahr 2003 jährte sich die Gründung der noch immer aktiven Rhodes-Stiftung zum 100. Mal. Aus diesem Anlass wurde sie umbenannt in *Mandela Rhodes Foundation*. An den Feierlichkeiten nahmen neben dem ehemaligen südafrikanischen Staatspräsidenten Nelson Mandela auch Bill Clinton, der

ohne die Stiftung vermutlich nicht amerikanischer Präsident geworden wäre, sowie der damalige britische Premierminister Tony Blair teil.

Der Ausbau der bewaffneten Schifffahrt war bereits seit 1881 ein Thema im Kongress. Nach dem Bau mehrerer Schlachtschiffe wurde im »Naval Act« von 1890 verlangt, einen möglichen Feind auf allen Meeren stellen zu können. 1897 erschien »The Interest of America in Sea Power«, worin Alfred Thayer Mahan (1840–1914) eine Art merkantilistisch motivierten Imperialismus postulierte, verlangte doch die heimische Produktion in den USA nach auswärtigen Rohstoffbasen und Märkten. Durch vielfältige Publikationen, worin der Kapitän und »*Clausewitz der Seestrategie*«[33] während zweier Jahrzehnte seine Thesen entwickelte, wurde er zum Doktrinär und Lehrmeister vieler expansionistisch denkender Politiker – unter ihnen Theodore Roosevelt (1858–1919), von 1901 bis 1909 US-Präsident. Mahans 1890 erschienenes Buch »The Influence of Sea Power Upon History 1660–1783« kam für ihn gleich nach der Bibel. Ebenso stürzten sich Parlamentarier und Publizisten auf die expansionistischen Ideen. Das Werk wurde schnell in viele Sprachen übersetzt und auch von den Imperialisten in Großbritannien, Deutschland oder Japan freudig aufgenommen und umgesetzt: Es kam zum Rüstungswettlauf beim Flottenausbau und zum Kampf um die Kolonien.[34] Roosevelt ernannte den seit 1896 bereits im Ruhestand lebenden Kapitän Mahan 1906 zum Admiral.

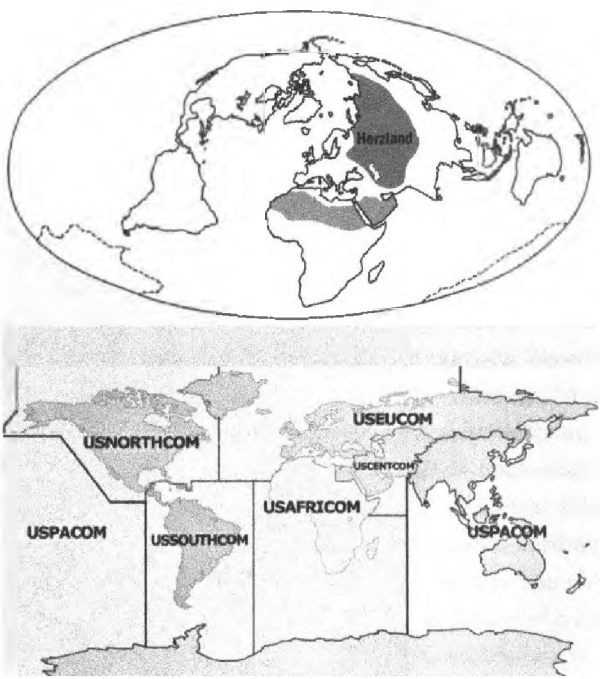
Mahan hatte die Bedeutung des Seehandels erkannt. In den Meeren sah er in erster Linie große Verbindungswege. Seiner Meinung nach brauchten die USA neben ihrer Handelsflotte eine Kriegsflotte. Ebenso wichtig seien Kolonien und strategische Marinestützpunkte zum ungestörten Be- und Entladen sowie als Zuflucht und Nachschubstation. Um erfolgreich zu sein, müsse eine seefahrende Nation unterwegs und an den Enden ihrer Schifffahrtsrouten wirtschaftlich und strategisch wertvolle Besitzungen haben.[35]

Alfred Thayer Mahan (1840–1914)

Als Marineoffizier, Seekriegshistoriker und Globalstratege rechnete Mahan natürlich mit

Kriegen und beschwor seine Landsleute, für diesen Fall gewappnet zu sein. Das Leben im Lande dürfe durch Kriege möglichst nicht beeinträchtigt werden. Deshalb müsse der Feind von den Küsten ferngehalten werden. Die USA benötige »Resting Places« für die Schiffe, ansonsten würden sie im Kriegsfall nicht in der Lage sein, die Küsten zu verlassen (so erging es der deutschen Kriegsmarine im Ersten Weltkrieg). Auf dem Globus hatte Mahan Lateinamerika, speziell die Karibik, ausgemacht sowie Hawaii als Stützpunkt auf der pazifischen Route. Seiner Meinung nach zog der Verzicht auf Expansion – *»our natural, necessary, irrepressible expansion«*[36] – den Untergang nach sich.[37]

Während Mahan seinen Traum von Amerika als führender Seemacht bis zur Vollendung weiterentwickelte, stellte der britische Geograph und Direktor der »London School of Economics and Political Science«, Halford J. Mackinder (1861–1947), sein geostrategisches Axiom der »Herzlandtheorie« auf. Im *Geographical Journal* der Royal Society erschien 1904 ein Aufsatz von ihm mit dem Titel »Der geographische Drehpunkt der Geschichte«, in dem er das *»uralte, ewig neue Gegenspiel«* zwischen den *»Steppenmächten«* der Alten Welt und den meerbestimmten Ländern der Neuen Welt als zentralen Antrieb in der Weltpolitik beschreibt.[38] Dieses Gegenspiel ist übrigens heute am zentralen Konflikt zwischen den USA (Seemacht) und Russland/China (Landmächte) zu beobachten.



Das Herzland nach Mackinder (1904); darunter: weltumspannende US-Militärkommandos 2014

Aufgrund der vorhandenen Bodenschätze erklärte Mackinder die eurasische Landmasse mit ihrem größten materiellen Reichtum dieser Erde zum Herzland (pivot area) und mithin zum potenziellen Macht- und

Gravitationszentrum der Welt. Die Erschließung des Herzlandes sei die Voraussetzung zur Beherrschung des Globus.[39] Das 1983 von den USA eingerichtete Militärkommando CENTCOM und das 1999, fünf Tage vor dem Jugoslawienkrieg, formulierte »Seidenstraßenstrategiegesetz« tragen der Bedeutung des Mackinder'schen Herzlandes Rechnung.

Für Seemächte ist das »Herzland« weitgehend unzugänglich. Sollte Russland diese Weltgegend erschließen, würde das die globale Mächtebalance entscheidend verändern. Daher darf auf dem Kontinent keine starke Allianz mit Russland entstehen – das war schon 1914 eine Schreckensvision für das Empire. Nach Mackinder kann nur eine Allianz aus Seemächten gegen die Landmächte die Balance erhalten und eine eurasiatische Weltherrschaft verhindern.[40] Weitsichtig warnte er: *»In der Gegenwart von aufstrebenden Mächten, die auf halben Kontinenten eine breite Basis von Ressourcen aufweisen, würde Britannien nicht noch einmal Herrin der See werden können.«*[41] Zielstriebig wurden deshalb Freundschaften zu Regierungen im »Herzland« gleichsam als Brückenkopf etabliert – von Europa über den Nahen/Mittleren Osten bis nach China.

Der Krieg gegen Spanien als Blaupause für spätere Interventionen

Ende 1896 schauten die USA unzweifelhaft *»nach draußen«*, wie Mahan es 1890 angeregt hatte,[42] und begannen die Kriegsflotte auszubauen, denn in der Schublade warteten vorbereitete Strategiepläne für den Krieg mit der maroden Kolonialmacht Spanien. Es fehlte nur noch der Auslöser. So wandte man hier zum ersten Mal eine bis heute bewährte Strategie an: Mithilfe fanatischer Exilrevolutionäre wird ein Land gezielt destabilisiert, um danach – einen Krieg in Kauf nehmend – bei Unruhen »ordnend« eingreifen zu können. Als Initialzündung und offizieller Interventionsgrund dient ein passender Zwischenfall, der dem Gegner in die Schuhe geschoben wird. Die Methode, willfährige Exilanten für den gewünschten Machtwechsel zu benutzen – als »Diktatorensturz« oder »Demokratiebewegung« proklamiert –, hat sich bis heute bewährt, man betrachte nur die aktuellen Unruheherde in Syrien und der Ukraine.

Auch in Bezug auf die spanische Kolonie Kuba war die Stimmung angeheizt, nachdem im Frühjahr 1895 unter dem Schlachtruf »Freies Silber und freies Kuba!«[43] Jose Martí, Dichter und Essayist, und General Máximo Gó-

mez – beide in Amerika lebende Exilkubaner – an der Ostküste gelandet waren, von wo aus sie marodierend Richtung Westen weiterzogen. Ihre Absicht war, einen Aufstand zu organisieren und die Kolonialherren zu stürzen. Nachrichten über die Misshandlung von Kubanern durch spanisches Militär, welche in der *New York World* und im *New York Journal* erschienen, sorgten in den USA für Empörung. Und die gewaltigen, infolge der Unruhen verursachten Sachschäden riefen Besorgnis hervor: Viele amerikanische Investitionen waren betroffen, woraufhin der Handel mit Kuba vorerst abgebrochen wurde. Der Kongress unterstützte schließlich die Forderung der Öffentlichkeit nach einer Intervention zugunsten Kubas. Primäres Ziel war die Unabhängigkeit Kubas.[44] Eine Annexion wurde ausgeschlossen, nicht nur aufgrund des Widerstands in der amerikanischen Bevölkerung, sondern auch weil sich dies nicht mit der angestrebten Präsidentschaft William McKinleys jr. (1843–1901) vereinbaren ließ, denn der Nachfolger Clevelands hatte die widerrechtliche Aneignung fremden Gebiets als »unmoralisch« und »aggressiv« bezeichnet.[45]

1897 versuchte der spanische Regierungspräsident Práxedes Mateo Sagasta den Forderungen der Aufständischen entgegenzukommen, indem er eine Teilautonomie Kubas anbot. Eine unerfreuliche Aussicht für den Medien-Tycoon William Randolph Hearst (1863–1951): Ein friedliches Kuba war nicht auflagensteigernd für seine Zeitungen. So telegrafierte Hearst einem Mitarbeiter seines *New York Journal,* der die Karibikinsel aufgrund Ereignisarmut verlassen wollte: *»Bitte bleiben Sie. Sorgen Sie fur die Bilder. Ich sorge fur den Krieg.«*[46] Auch sein Konkurrent von der *New York World,* Joseph Pulitzer, machte mit. Beide Zeitungen übertrafen sich nun gegenseitig in der Schilderung spanischer Gräueltaten, um die US-Bürger auf eine Intervention in Kuba einzustimmen.

Angeblich zum Schutz amerikanischer Interessen entsandte McKinley das neue US-Kriegsschiff *Maine* nach Havanna, wo es in der Nacht zum 16. Februar 1898 unter rätselhaften Umständen explodierte und mit 266 Mann Besatzung unterging.

Obwohl die Spanier jede Verwicklung in die Katastrophe verneinten, machte die amerikanische Presse sie für das Unglück verantwortlich. Erst 1976 sollte eine von US-Admiral Hyman Rickover erstellte Expertise zeigen, dass die wirkliche Ursache eine Kohlenstaubexplosion in den Kesselräumen war.[47] Mit Pulitzer an der Spitze wurde nun offen für einen Krieg agitiert.

Im Kongress hob US-Präsident McKinley die »humanitären Gründe« für die »Befreiung« Kubas hervor. Außerdem müsse man amerikanischen Besitz sowie den Handel in Kuba schützen und den ständigen Unruhen auf der Insel

ein Ende setzen.[48] Daraufhin verabschiedeten die Abgeordneten eine »Joint Resolution«, in der Kuba für unabhängig erklärt und der Rückzug der spanischen Truppen verlangt wurde. Ausdrücklich wurde dem Präsidenten der Einsatz des Militärs gestattet. Für die Aufrüstung bewilligte der Kongress zusätzlich 50 Millionen Dollar. Gleichzeitig bekundeten die amerikanischen Geschäftsträger in Madrid weiter ihren Friedenswillen.

Anfang April 1898 konfrontierten die USA die überraschte spanische Regierung mit offiziellen Forderungen. Am 9. April gab Spanien nach und versicherte, alle militärischen Operationen gegen die kubanischen Rebellen einzustellen. Nichtsdestotrotz blies McKinley zwei Tage später zum Angriff, und der Senat folgte. Mit 67:21 stimmte er für die Anerkennung eines neuen kubanischen Regimes unter amerikanischer Kontrolle. Zudem wurde die Aufstellung einer 200 000 Mann starken Freiwilligenarmee beschlossen. Am 20. April forderten die USA in einer Resolution den sofortigen Abzug der spanischen Truppen aus Kuba. Sodann verhängten sie eine Seeblockade und begannen mit ersten Kampfhandlungen.

Am 1. Mai 1898 besiegte die US-Asienflotte das veraltete spanische Geschwader in der Bucht von Manila. Bereits hier können wir die amerikanische Triade der Eskalation erkennen, wie sie bis heute gehandhabt wird: Ultimatum, Blockade, Krieg.

Der Krieg der USA gegen Spanien hat heute als Auftakt imperialistischer Politik zu gelten, somit stellt er einen bedeutenden Wendepunkt in der Geschichte Amerikas dar. Der dreimonatige Kampf – Außenminister John Hay bezeichnete ihn als »*splendid little war*«[49] – brachte den USA Kuba, Puerto Rico, Guam sowie die Philippinen ein. Zudem schoben sie sich vom fünften auf den dritten Platz der größten Seemächte vor. Da ist die Frage erlaubt, wie zufällig der Kriegsausbruch eigentlich war. Kriege brechen nicht einfach so aus – sie werden langfristig geplant. Allianzen der »Willigen« müssen geschmiedet, Infrastruktur und Logistik bereitgestellt und die Bevölkerung auf die kommende Auseinandersetzung eingeschworen werden. Die Drehbücher des Krieges liegen bereits Monate vor dem offiziellen Anlass in den Schubladen. Nicht selten wird sogar der offizielle Kriegsgrund selbst inszeniert. Der Sturz eines »Diktators«, ein »Regime Change« oder auch nur eine Intervention wird geplant.

Am Krieg gegen Spanien kann die ideologische Bemäntelung handfester expansionistischer Machtinteressen bestens vorgeführt werden: Offiziell zur Befrei-

ung Kubas gefuhrt, standen dahinter in Wirklichkeit handfeste wirtschaftliche und strategische Interessen. Theoretiker wie Fiske, Strong, Burgess und Mahan hatten ganze Arbeit geleistet (vgl. S. 85). Hehre Begriffe wie Demokratie, Freiheit, Selbstbestimmungs- und Menschenrechte sind hier nur Worthülsen, die von wahren Motiven wie Macht, Reichtum oder auch Egozentrik ablenken sollen. Die Masse des Volkes dachte in ihrer Befürwortung des Krieges sicher nicht imperialistisch, sondern betrachtete die Resultate des Friedensvertrages mit Spanien als gerechten Lohn in einem auch moralisch motivierten Kampf, den die »überlegenen Amerikaner« gewinnen mussten – ganz im Geist der »Manifest Destiny«, wie sie auch die o. g. Autoren vertraten. Natürlich gab es parallel auch gesellschaftliche Gegenkräfte, die mahnend die amerikanischen Ideale hochhielten. Und die Gewerkschaften waren aus ganz realen Gründen gegen den Krieg: Zu Recht befürchteten sie als Folge des Imperialismus den Massenimport kostengünstiger Arbeitskräfte und billiger Waren.

Im Juni 1898 hielt der 39-jährige stellvertretende Marineminister Theodore Roosevelt in der Marineakademie eine Rede, worin sich seine kriegsaffine Haltung offenbarte: Er appellierte an den kriegerischen Geist der Marineoffiziere, warb für den weiteren Ausbau der Flotte und begrüßte das Eingreifen in Kuba.[30] Der Kreis um Roosevelt und seinen besten Freund, den Senator und ehemaligen Dozenten für Geschichte in Harvard, Henry Cabot Lodge sr. (1850–1924), hatte allerdings nicht nur Kuba im Blick, sondern einen Krieg gegen das gesamte spanische Reich.

Nach der Explosion der *Maine* war Roosevelts großer Tag gekommen: Am 25. Februar 1898 vertrat er Marineminister John D. Long und nutzte die Gelegenheit, dem Kommandanten der asiatischen Flotte, George Dewey, ein Telegramm mit Geheiminstruktionen zukommen zu lassen: Deweys Flotte solle darauf vorbereitet sein, feindliche Kriegsschiffe am Verlassen der asiatischen Gewässer zu hindern und offensive Operationen vor den Philippinen einzuleiten – wohlgemerkt: zwei Monate vor der offiziellen Kriegserklärung an Spanien. Nach seiner Rückkehr stellte Marineminister Long verblüfft fest, dass der Kurs der amerikanischen Seekriegsführung in großen Linien bereits festgelegt war. In seinen Tagebucheintragungen erklärt er das Geschehene mit Roosevelts »Nervosität«. Dagegen wendet der amerikanische Historiker Howard K. Beale (1899–1959) kritisch ein: *»Long irrte, wenn er Roosevelts Aktion dessen Impulsivität zuschrieb. Die Befehle waren wohl überlegte Maßnahmen, die Roosevelt und*

seine Freunde seit Monaten besprochen hatten und die sie nur nicht hatten durchführen können.«[51] Beales Einwand ist berechtigt, werden doch derartige Kriegspläne nicht an einem Nachmittag fabriziert – sie sind das Ergebnis langwieriger Vorbereitungen.

Wie dem auch sei, die Versenkung der spanischen Flotte am 1. Mai 1898 unter Befehl von Admiral Dewey in der Bucht von Manila sowie dessen anschließende Einnahme ist eindeutig Roosevelts Eigenmächtigkeit zuzuschreiben.[52] Den Instruktionen seines Telegramms folgend, wurden die veralteten Schiffe in weniger als sieben Stunden vernichtet[53] – keine Großtat angesichts der amerikanischen Überlegenheit, ähnlich wie schon bei den Indianerkriegen: Von acht spanischen Kriegsschiffen waren nur fünf einsatzbereit. 381 Spanier ließen ihr Leben, während die US-Marine nur sieben Verwundete zu beklagen hatte. Die amerikanische Öffentlichkeit aber wunderte sich darüber, dass die erste Schlacht über 12 000 Kilometer vom vermeintlichen Kriegsschauplatz Kuba entfernt geschlagen wurde.

Nicht weniger verwunderlich war Roosevelts Bitte, aktiv am Kampf teilnehmen zu dürfen – allerdings nicht bei der Marine, sondern als Reiter auf Kuba. Ein Jugendtraum sollte wahr werden, als er am 15. Mai 1898 seinen Dienst antrat.

Die Rough Riders im offenen Gefecht bei San Juan Hill 1898. Colonel Theodore Roosevelt vorneweg

Angeregt durch die Biografie des puritanischen Militärdiktators Oliver Cromwell (1599–1658), stellte er gemeinsam mit Freunden ein eigenes Reiterregiment, die sogenannten »Rough Riders«, auf.[54] Sie rekrutierten sich hauptsächlich aus Cowboys und allerlei zweifelhaften Elementen aus dem Mittelwesten, ebenso waren aber auch Graduierte oststaatlicher Universitäten als gemeine Soldaten darunter.

Am 1. Juli drangen amerikanische Truppen in die äußeren Verteidigungslinien der Stadt Santiago auf Kuba ein. Beim Versuch, die Hafenblockade zu durchbrechen, wurde zwei Tage später das spanische Seegeschwader vor der Stadt zerstört – in nur vier Stunden. Auch hier ein deutliches Missverhältnis: 474 Tote und Verwundete auf spanischer Seite, angeblich nur ein Gefallener und ein Verwundeter bei den Amerikanern. Letztlich kapitulierte Santiago vor den Streitkräften General William Rufus Shafters. General Nelson Miles besetzte in der Zwischenzeit Puerto Rico. Am 18. Juli suchte die Regierung Spaniens in Washington um Beilegung des Konflikts nach.

Theodore Roosevelt avancierte auf dem kubanischen Schlachtfeld mit seinen »Rough Riders«, die an Härte und Kampfbereitschaft Cromwells »Roundheads« in nichts nachstanden, zum Nationalhelden. Sein verwegener Angriff auf San Juan Hill begründete seine Reputation als tapferer Soldat.[55] Für Roosevelt, nun Colonel, war der Feldzug ein grandioses Abenteuer, das er später bildreich in Wort und Schrift festhielt.[56] Im Kampf sei er furchtlos gewesen und habe von seinen Reitern alles gefordert. *»Did I tell you that I killed a Spaniard with my own hand«*, schrieb er später in einem Brief, stolz auf die »Treibjagd" zurückblickend.[57] Bei der Ankunft in New York wurden die »Rauen Reiter« als Helden gefeiert und Roosevelt bald darauf als republikanischer Gouverneurskandidat für den Staat New York nominiert. Seine Kumpane standen später bei der Besetzung von öffentlichen Ämtern an erster Stelle. Roosevelt selbst bemühte sich jahrelang um eine Tapferkeitsmedaille, die ihm jedoch erst posthum im Jahr 2001 zuerkannt wurde. Bis heute ist Roosevelts «Heroismus« im Weißen Haus omnipräsent. Im sogenannten »Roosevelt-Room« des Oval Office hängt ein Bild von ihm als »Rough Rider«. Wichtige Entscheidungen werden noch heute vom US-Präsidenten vor diesem Bild verkündet, so am Freitag, dem 21. Dezember 2012 die Ernennung Kerrys zum US-Außenminister. Der »Rough Rider« Roosevelt ist aus dem kollektiven Gedächtnis der US-Amerikaner nicht mehr wegzudenken. Doch welche Botschaft soll hier transportiert werden?

Obwohl den Spaniern 1898 der Krieg aufgezwungen wurde, musste es Puerto Rico als »Wiedergutmachung« für die entstandenen Kriegskosten an die USA abtreten. Bis heute ist die Karibikinsel als »Unincorporated Territory« Teil der Vereinigten Staaten, ohne formell in deren Staatsverband eingegliedert zu sein, doch die Einwohner haben einen US-amerikanischen Pass. Im Friedensvertrag vom 10. Dezember 1898 wurde sowohl Kuba als auch Puerto Rico vorübergehend die Unabhängigkeit gewährt.[58] Spanien erhielt für die Übergabe der Philippinen eine Entschädigung von 20 Millionen US-Dollar. Ohne jeden Zweifel war Kuba an die USA angebunden, die US-Regierung setzte einen Gouverneur ein und investierte in die Entwicklung des Landes. Die Kubaner durften nun »wählen« zwischen einer permanenten nordamerikanischen Militärherrschaft oder dem sogenannten »Platt Amendment«, der gesetzlichen Verankerung des Rechts der USA auf militärische Einmischung in die innerstaatlichen Angelegenheiten der Karibikinsel. Mit Letzterem entschieden sie sich für das kleinere Übel.

1903 machten die USA von ihrem Recht Gebrauch und errichteten auf Kuba die »Guantánamo Bay Naval Base«. Anfang 2002 wurde der Flottenstützpunkt um die Gefangenenlager Camp Iguana und Camp Delta erweitert. Die dortigen Haftbedingungen und die menschenverachtenden Verhörmethoden stehen international immer wieder im Zentrum scharfer Kritik. Menschenrechtsorganisationen prangern an, dass Terrorismusverdächtige der Folter ausgesetzt sind und keinerlei Anspruch auf rechtlichen Beistand haben. Aus Sicht vieler Deutscher, so der *Tagesspiegel*, *»ist das Lager ein großes Unrecht, eine Schande für Amerika. In den USA dagegen findet es eine Mehrheit gut, dass Obama sein Versprechen, Guantánamo ein Jahr nach Amtsantritt zu schließen, nicht erfüllen konnte.«*[59]

Das Lager, Symbol des US-Imperialismus, ist noch immer nicht geschlossen – eine Beleidigung für Kuba und ein Ausdruck dafür, wie ernst es den USA mit dem vollmundig verkündeten Recht auf Selbstbestimmung wirklich ist.

Ermutigt durch den Sieg Deweys in der Bucht von Manila, setzten die USA ihre Seestrategie konsequent weiter um. Zunächst annektierte man kurz und bündig Hawaii, um anschließend, nach dem Sieg über die Spanier, die Philippinen zu »erwerben«,obwohl die Filippinos schon bei der Besetzung Manilas den Freiheitskampf aufgenommen und am 15. Juni 1898 ihre Unabhängigkeit erklärt hatten.[60] Das wurde von den USA nicht nur ignoriert, sie begannen sogar umgehend, die philippinischen »Rebellen« zu verfolgen. Dieser Kampf flackert

bis heute immer mal wieder auf. Auch in den Staaten war die Einverleibung der Kolonie durchaus nicht unumstritten. Die unterschiedlichen Flügel in Kongress und Regierung führten lange Zeit heftige Debatten über den künftigen Status der asiatischen Inselgruppe, ein Antrag sah sogar deren Unabhängigkeit vor. Auch der Friedensvertrag mit Spanien wurde letztlich durch einen Stichentscheid des Senatsvorsitzenden ratifiziert.[61] So bemühte sich US-Präsident McKinley denn auch, die imperialistischen Motive möglichst zu verschleiern. Vor einer Delegation amerikanischer Methodisten beteuerte er 1899, die Philippinen gar nicht gewollt zu haben und sprach heuchlerisch von einem »Geschenk der Götter«, von dem er nicht gewusst habe, was damit anzufangen sei. »*... ich schäme mich nicht, Ihnen, meine Herren, zu sagen, dass ich auf meine Knie sank und Gott den Allmächtigen mehr als einmal in der Nacht um Einsicht und Rat bat.*« Eines Nachts »*überkam*« ihn die Lösung: Die Philippinen konnten weder an Spanien zurückgegeben werden, das wäre »*feige und unehrenhaft*«, noch an Frankreich oder Deutschland »*unsere Handelsrivalen im Orient*«. Ebenso wenig könne man sie sich selbst überlassen, da sie »*nicht reif zur Selbstregierung*« gewesen seien, Anarchie und Misswirtschaft, »*schlimmer als es die spanische war*«, wären die Folgen. So sei den USA nichts anderes übriggeblieben, als sie »*zu übernehmen, die Filipinos zu erziehen, sie emporzuheben, zu zivilisieren und zu christianisieren und mit Gottes Gnade das Beste für sie zu tun wie für unsere Mitmenschen, für die Christus ebenso gestorben ist*«. Am nächsten Morgen habe er dann den Kartographen gerufen und befohlen, »*die Philippinen auf die Landkarte der Vereinigten Staaten zu setzen, und dort sind sie, und dort werden sie bleiben, solange ich Präsident bin*«.[62]

Die Worte des Präsidenten belegen anschaulich, wie sehr die puritanische Missionierungsidee sich dazu eignete, die schlichte Machtgier zu bemänteln. Vielleicht aber glaubte McKinley sogar selbst an das, was er sagte. Biblische Überzeugungen und brutales Vorgehen gegen die Ureinwohner war schon bei den Pilgrimfathers kein Widerspruch. Diese Wurzeln hat Marcia Pally in ihrem Buch »Warnung vor dem Freunde – Tradition und Zukunft US-amerikanischer Außenpolitik« ausführlich rekonstruiert.[63] Die New Yorker Kulturwissenschaftlerin kommt zu dem Schluss, dass religiöses Sendungsbewusstsein alle politischen Entscheidungsträger egal welcher Couleur präge und zu einer erstaunlichen Kontinuität eines »*Imperialismus des Guten*«[64]. Seit der Annexion von Texas unter US-Präsident James K. Polk 1845 werde die Notwendigkeit einer Zivilisierung der »Barbaren« – als »Freiheitsidee« verbrämt – mit missionarischem Eifer in die Welt getragen und die Unterdrückung und Bevormundung

»unterentwickelter« Nationen gerechtfertigt – im Hintergrund aber stehen dabei stets wirtschaftliche Interessen, so Pally. Auch der Kalte Krieg sei nur ein Element der umfassenden Hegemonialstrategie der USA, deren Systematik bereits 1939 von US-Außenminister Cordell Hull konzipiert und mithilfe weltweiter Wirtschaftsinstitutionen (u. a. dem IWF) durchgesetzt worden sei. Nach dem Zweiten Weltkrieg hätten die USA versucht, Westeuropa zu »fesseln« und eine einheitliche europäische Armee zu verhindern. Während rohstoffreiche Länder Opfer des brutalen US-Militärinterventionismus wurden, hätten Deutschland und Japan davon profitieren können. Dem muss widersprochen werden: Westeuropa und besonders das geteilte Deutschland wurden vielmehr als eine Art »Glacis« – ein deckungsfreies Schussfeld[65] – für den atomaren Krieg gegen die Sowjetunion aufgebaut. Das heißt, wir hätten im Kriegsfall den vorübergehenden Wohlstand teuer bezahlen müssen, der im Übrigen auch im Sinne amerikanischer Profitinteressen war, denn ein prosperierendes Westeuropa war und ist ein begehrter Marktplatz für Produkte und Finanzgeschäfte jeglicher Art.

Die aktuell geführte Diskussion um die Ratifizierung des Freihandelsabkommens zeigt ein steigendes kritisches Bewusstsein gegenüber den globalen Monopolansprüchen der amerikanischen Konzerne auf, welchen es keineswegs um eine »Freiheit des Handels« geht, wie der beschönigende Name suggeriert.

Widerstand gegen hegemoniale Pläne der US-Regierung ist keineswegs neu: Schon im Juni 1898 gründeten prominente US-Bürger, darunter Carl Schurz, Mark Twain und Andrew Carnegie, die »Anti-Imperialist League«, um eine Annexion der Philippinen zu verhindern. Sie beriefen sich auf die amerikanischen Ideale der Selbstbestimmung bzw. Nichteinmischung, wie sie die Monroe-Doktrin hochhielt, wodurch der freiwillige Selbstausschluss aus dem internationalen politischen Geschehen proklamiert wurde. Auch der ehemalige US-Präsident John Quincy Adams (1767–1848) hatte am 4. Juli 1821, dem Unabhängigkeitstag, im Kongress daran erinnert, dass sich die USA im Ausland nicht einmischen sollten: »*... sie suchen nicht im Ausland nach Monstern, um sie zu zerstören. Sie sind der Fürsprecher der Freiheit und Unabhängigkeit aller. Sie verfechten und rechtfertigen nur ihre eigenen Angelegenheiten.*«[66]

Trotz Mahnungen seitens der »Antiimperialistischen Liga« wurde am 21. Dezember 1898 eine Militärregierung auf den Philippinen installiert. Mit der Annexion der Philippinen wurde die »Large Policy« – die Wende zum Expansionismus – endgültig festgeschrieben. Der Imperialismuskritiker William G.

Sumner (1840–1910) sah prophetisch die Folgen dieser Politik: nicht endende Kriege, fortdauernde Kriegsvorbereitungen, anwachsende Regierungskontrolle und steigende Steuern[67] – also genau das, was wir heute in den USA beobachten können. Erster ziviler Kolonialgouverneur wurde am 4. Juli 1902 – ausgerechnet am 126. Unabhängigkeitstag der USA – William Howard Taft (1857–1930), der spätere US-Präsident. Mit kaum zu überbietendem Zynismus demonstrierte er nach außen friedliche Verhältnisse und ging gleichzeitig mit äußerster Brutalität gegen die um ihre Freiheit kämpfenden Filipinos vor.

1899 erschien das Gedicht »The White Man's Burden« – »Die Bürde des Weißen Mannes« – des späteren Literaturnobelpreisträgers Rudyard Kipling (1865–1936), Untertitel: »The United States and the Philippine Islands«.[68] Der Brite Kipling beschreibt darin die verfehlte Politik des weißen Mannes, dessen gut gemeintes Bestreben, den Kolonialvölkern Entwicklungs- und sonstige Hilfe jeglicher Art zu leisten, nur Undank ernten und ihn am Ende in den eigenen Untergang führen wird. Die Worte scheinen eine warnende Antwort auf zwei in London gehaltene Reden zu sein. Im Mai 1898 stellte Premier Salisbury vor der von Benjamin D'Israeli und Winston Churchill geführten »Primrose League« in seiner Rede die Weißen als »Living Nations« und die farbigen Kolonialvölker als »Dying Nations« dar. Im Dezember wiederholte der britische Schriftsteller Houston Stewart Chamberlain (1855–1927) – Autor der »Grundlagen des 19. Jahrhunderts«, eines Standardwerks des rassisch-ideologischen Antisemitismus – die Aussagen Salisburys. Wie irrten diese Herren, und wie recht sollte Kipling haben.

Den Filipinos zwang die amerikanische Kolonialbürokratie in allen Bereichen ihre Sprache auf. Für die Uneinsichtigen und Unbelehrbaren trat am 1. Juni 1903 ein Gesetz in Kraft.[69] Es ermöglichte ein hartes Vorgehen gegen Aufständische, von den USA als »*Bandolerismo*« (Banditentum) bezeichnet.

Je nach Opportunität wird ein Freiheitskämpfer zum Banditen oder umgekehrt. Im Sommer 2011 konnte man Zeuge werden, wie eine Terrororganisation plötzlich zum Verbündeten mutierte. Im US-Länderterrorismusbericht für 2010 – erschienen Anfang August 2011 – wurde die »Libyan Islamic Fighting Group« (LIFG) noch als Terrororganisation neben Hamas und Hisbollah aufgeführt. Seit März 2011 kämpfte sie jedoch bereits an der Seite der NATO – und wurde Ende Juni 2011 von der UN dann auch von der Terrorliste gestrichen.

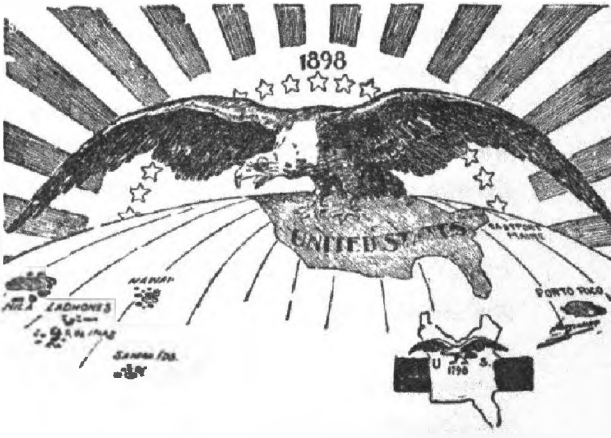
Am 4. Juli 1946 entließen die USA die Philippinen formal in die Unabhängigkeit, sorgten aber für weitere 28 Jahre für deren wirtschaftliche Abhän-

gigkeit und sicherten sich bis 2046 die Hoheitsrechte über 23 Militärstützpunkte. Seit den Terroranschlägen vom September 2001 führen beide Länder gemeinsame Manöver zur Bekämpfung des Terrorismus durch. So wurden etwa US-Spezialeinheiten auf Basilan nahe Mindanao stationiert, um konzertiert gegen die islamistische Abu Sayyaf vorgehen zu können, eine militante Untergrundorganisation im muslimischen Süden der Philippinen.

Am 17. Dezember 2013 besuchte US-Außenminister John Kerry Manila, um mit dem langjährigen Verbündeten gemeinsame Verteidigungsmaßnamen gegen China zu besprechen. Zur Stärkung der Seestreitmacht sicherte Kerry den Philippinen 40 000 000 Dollar Unterstützung zu. Mit den Philippinen arbeiten die USA sie Rahmenvereinbarungen aus, die auch eine erhöhte Präsenz von US-Militär beinhalten. Man werde den »*Sicherheitsherausforderungen*« in dieser Region »*gemeinsam*« begegnen. [70]

Amerikas Sprung auf die Weltbühne

1898, nach seinem Zwischenspiel als »Rough Rider«, stellte Roosevelt befriedigt fest: »*Wir stehen der Tatsache gegenüber, dass wir einen neuen Platz unter den Völkern der Welt einnehmen und dass wir eine neue Laufbahn begonnen haben.*«[71] Die Worte inspirierten einen Cartoonisten der *Philadelphia Press* zu einer Karikatur (siehe Abb. unten). Deutlich werden die ersten aktiven Schritte zur Errichtung der amerikanischen Hegemonie im Karibischen Meer und in Zentralamerika dargestellt, von den Militärbasen auf Kuba bis zur Annexion der Philippinen. Damit hatten sich die USA endgültig als Macht im Fernen Osten etabliert – mit der Option, die Tür nach China aufzustoßen.



Ten thousand miles from tip to tip.—Philadelphia Press.

Nach der Zerschlagung des spanischen Weltreichs reichen die Schwingen des Seeadlers über 10 000 Meilen, wie die Philadelphia Press treffend karikierte

»*Ostasien dürfte heute der einzige Bereich sein, der bald*

in der Lage ist, jeden Produktionsüberschuss aufzunehmen«, stellte im Jahr 1900 der Historiker Brooks Adams (1848–1927) fest. In seinem Werk »American Economic Supremacy« folgert er weiter: »*Unsere geographische Lage, unser Reichtum und unsere Tatkraft machen uns ganz besonders geeignet, die Entwicklung Ostasiens in die Hand zu nehmen und es zu einem Teil unseres eigenen Wirtschaftssystems zu machen.«*[72] Ohne die Erschließung des chinesischen Marktes wären die USA vermutlich von der Auflösung bedroht. Wenn sie ihn aber gewännen, würden sie bedeutender in Macht und Wohlstand, als es England, Rom oder Konstantinopel je gewesen seien. Das war ganz im Sinne Roosevelts, der sich bei Adams persönlich für das Buch bedankte.

In Mittel- und Südamerika waren die USA gewillt, für ihre Interessen militärisch zu intervenieren. Für Zentralasien musste eine andere Lösung gefunden werden, da die militärischen Möglichkeiten dort noch nicht ausreichten. Hier sollte vorerst der Dollar helfen, während der Ausbau einer starken Flotte zum Schutz der Handelsmarine weiter forciert wurde. Der amerikanische Imperialismus unterschied sich nur in Nuancen vom europäischen. Die USA verstanden es allerdings viel besser, ihre imperiale Politik in den Mantel ihres Sendungsbewusstseins zu hüllen.

Um die Türen in China nachhaltig zu öffnen, mussten Europäer und Amerikaner dort zunächst den »Boxeraufstand« im Norden des Landes niederringen, eine chinesische Bewegung gegen den europäischen, nordamerikanischen und japanischen Imperialismus (vgl. S. 109 und 308). Am 14. August 1900 eroberten die vom britischen Admiral Edward H. Seymour angeführten 2000 Soldaten – Engländer, Deutsche, Russen, Franzosen, Amerikaner, Italiener, Japaner und Österreicher – Peking, zur Freude der bedrängten ausländischen Gesandtschaften und zum Leid der einheimischen Bevölkerung. Den britischen Befehl zur Zerstörung der Verbotenen Stadt ignorierte der russische Befehlshaber General Linjewitsch. Doch die barbarische Plünderung Pekings konnte er nicht verhindern. Vor allem die USA machten hier enorme Beute. Die gemeinsame Ausplünderung zementierte das Bündnis zwischen Großbritannien und den USA.

Während William McKinleys Amtsperiode (1897–1901) stärkte der erfolgreiche Krieg mit Spanien, die Annexion Hawaiis und die Demonstration in China das patriotische Bewusstsein der Amerikaner. Die breite Masse, so Udo Sauter, verlor damit die außenpolitische Unschuld, »*welche die selbstgenügsame Abkapselung ihr bisher belassen hatte. Die große Mehrzahl der Amerikaner gab sie begeistert*

auf.«[73] Nach einem tödlichen Attentat auf McKinley wurde sein Vizepräsident Roosevelt im September 1901 im Alter von 42 Jahren als bis heute jüngster Präsident der USA vereidigt.

Den Weltfrieden sah er allein durch »barbarische Völker« gefährdet, die zivilisierten hingegen würden sich auf Friedensliebe konzentrieren. Somit müssten letztere vorbeugend die primitiven Nachbarn unterwerfen.[74] Die amerikanische Nation sei verpflichtet, ihre vitalen Interessen und Rechte kompromisslos zu verteidigen, Dazu gehörten auch die Bewegungsfreiheit amerikanischer Bürger in fremden Staaten sowie strategische und wirtschaftliche Interessen. Die US-Regierung müsse an diesen Prinzipien unverrückbar festhalten und dürfe auch vor Kriegen nicht zurückschrecken.

Roosevelts vordringliche Politik in Lateinamerika zielte auf den Bau eines Kanals, der Atlantik und Pazifik verbinden sollte, wie er seit 1914 mit dem Panama-Kanal besteht. US-Kriegsschiffen sollte in Krisenzeiten der 12 000 Kilometer lange Umweg um das Kap Horn erspart werden. Eine solche Wasserstraße könne indes nur von einer Großmacht strategisch gesichert werden.[75] Für den imperial denkenden Roosevelt konnten das nur die USA sein, denen der strategisch wichtige Flottenweg vollständig zu unterstehen hätte. In Briefen an Mahan und Spring-Rice brachte Roosevelt zum Ausdruck, dass er nicht so sehr England fürchtete, sondern die kontinentaleuropäischen Mächte Deutschland und Frankreich, denen aufgrund der Freiheit der Meere gleiche Benutzungsrechte eingeräumt werden müssten.

Der US-Senat stimmte 1902 – Isolationisten und Interventionisten hielten sich hier noch die Waage – mit knapper Mehrheit für einen Kanal in Panama. Roosevelt war überzeugt, dass das Projekt zur zivilisatorischen Entwicklung der Welt beitrüge, bestens im Einklang mit den Interessen der Vereinigten Staaten. Alle, die sich dem Projekt widersetzen sollten, würden sich am Wohl der Menschheit vergehen, den Fortschritt der Zivilisation hindern und müssten damit der Acht verfallen.[76]

Kolumbien jedoch, zu dem das betreffende Territorium seinerzeit gehörte, verweigerte sich dem Kanalprojekt. Hatte man Roosevelts Entschlossenheit nicht richtig wahrgenommen? Der setzte nun seine ganze subversive Energie für einen infamen Coup ein: Mithilfe hoher Regierungsbeamter kreierte er aus Mitarbeitern der *New Panama Canal Company* eine Revolutionsbewegung.[77] Überraschend tauchten am 2. November 1903, dem Vorabend der »Revolution«, elf Kriegsschiffe vor Panama auf, wobei die *Nashville* blitzartig in den Hafen von Colon einlief und dort ein kolumbianisches Kanonenboot mattsetz-

te.[78] Das bildete den Auftakt zu einer politischen Schurkerei, die vermutlich das dunkelste Kapitel in der Geschichte von Roosevelts Außenpolitik darstellt. Nur Stunden später brach in Panama City der inszenierte Aufstand aus. Zugleich kämpften die US-Kriegsschiffe erfolgreich das kolumbianische Militär nieder, und schon nach zwei Tagen, am 5. November, erklärte sich Panama von Kolumbien unabhängig. Und einen weiteren Tag später erkannten die USA die Republik von Panama an. Hier drängt sich eine Parallele der Jetztzeit auf: Nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo am 17. Februar 2008 erkannten die USA nur einen Tag später das mit 1,8 Millionen bevölkerte Land an. Es beherbergt die US-Militärbasis »Camp Bondsteel«[79] und ist Kreuzungspunkt potenzieller Öl- und Gas-Pipeline-Routen aus dem Nahen Osten in die EU sowie wichtiger Herointransitrouten aus der Türkei und Afghanistan nach Westeuropa. In der serbischen Provinz »Kosovo« wäre das alles nicht möglich gewesen.

In Panama spielte sich nach der Unabhängigkeitserklärung ein regelrechtes Gaunerstück ab, welches den Bau des 81,6 Kilometer langen Kanals möglich machen sollte, in der Hauptrolle der Franzose Philippe Bunau-Varilla (1859–1940), ehemals Chefingenieur von Graf Ferdinand de Lesseps, dem Erbauer des Suezkanals (1869). Der in New York lebende Ingenieur wurde flugs zum »Außerordentlichen Gesandten« Panamas in den Vereinigten Staaten ernannt und mit »Vollmachten für politische und finanzielle Verhandlungen« ausgestattet. Das unabhängige Panama war gerade mal zwei Wochen alt, schon überraschten Bunau-Varilla und der amerikanische Außenminister Hay die Welt mit dem Vertrag darüber, dass die USA gegen eine einmalige Zahlung von 10 Millionen sowie 250 000 Dollar jährliche Pacht ein immerwährende Nutzungsrecht des Kanals sowie einer fünf Meilen breiten Zone zu beiden Seiten des Ufers erhielt.[80] Geschickt hatte Bunau die einflussreichsten Familien bestochen und sich selbst immens bereichert. Dafür schenkte er Panama eine Verfassung und den Entwurf einer Nationalfahne, deren erstes Exemplar seine Gattin nähte.

Die Marionettenregierung Panamas soll übrigens den Vertrag telegrafisch anerkannt haben, bevor sie ihn überhaupt gesehen hatte.[81] Was für eine Farce! Amerika hatte es geschafft, in nur drei Tagen die Provinz Panama von Kolumbien zu lösen und ein amerikanisches Scheinprotektorat zu schaffen: die Kanalzone als vollwertige und der Staat Panama als Halbkolonie.

Von Roosevelt nach der Legalität der Operation befragt, antwortete Generalstaatsanwalt Philander C. Knox jovial: *»Ach, Mr. President, lassen Sie nicht so eine schöne Aktion unter irgendeiner Färbung von Legalität leiden.«*[82] Kolumbiens Proteste verhallten zunächst ungehört.

Präsident Woodrow Wilson, Mitglied der Demokratischen Partei, schien mit Roosevelts Vorgehen nicht ganz einverstanden gewesen zu sein, er schloss in seinem ersten Amtsjahr 1912 mit der Regierung Kolumbiens einen Vertrag. Darin wurde das Bedauern ausgedrückt und eine Entschädigungssumme von 25 Millionen Dollar angeboten. Dem entrüsteten Republikaner Roosevelt gelang es jedoch mithilfe seiner Freunde im Senat, die Ratifizierung zu verhindern. Erst zwei Jahre nach seinem Tod wurde die Entschädigung schließlich gezahlt – allerdings ohne die früher vorgesehene Entschuldigungsklausel.[83] Somit stand am Beginn des »Amerikanischen Jahrhunderts« ein kaltblütiges Verbrechen.

Ab 1905 ging der Bau des Panamakanals zügig voran. Selbst die von den karibischen Inseln angeheuerten Kanalarbeiter, die an das feucht-tropische Klima gewöhnt waren, hielten die Bedingungen kaum aus. 22 000 Arbeiter starben an Gelbfieber und Malaria, 5 000 durch Unfälle. Es galt über 260 Millionen Kubikmeter Erde zu bewegen, genug, um einen Wall so groß wie die Chinesische Mauer von New York bis San Francisco aufzuschütten oder 63 Pyramiden von der Größe der Cheops-Pyramide in Gizeh zu errichten.[84]

Am 15. August 1914 – zwei Wochen nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs – öffnete der Kanal erstmals seine Schleusen. Damit waren die beiden Kriegshäfen der USA verbunden: San Francisco mit der Pazifikflotte und New Orleans mit der Atlantikflotte. *»Im Falle eines Krieges ist der Panamakanal der wichtigste militärische Faktor der Vereinigten Staaten. Man hat ihn sogar den wichtigsten strategischen Punkt der ganzen Welt genannt«*, hieß es im August 1915 in einem New Yorker Wochenmagazin.[85] Dieser Bedeutung gemäß wurde die Kanalzone militärisch umfassend gesichert.

Heute »sichern« die USA nicht nur den Panamakanal, sondern auch alle anderen wichtigen Wasserstraßen der Welt, wie die Dänische Straße, Gibraltar, den Bosporus bzw. die Dardanellen, den Suezkanal, Bab el Mandab und die Straße von Hormuz, zudem die knapp 18 Kilometer lange Malakka-Straße, ein strategisches Nadelöhr, das den Persischen Golf und den Indischen Ozean mit dem Südchinesischen Meer und dem Pazifik verbindet. Es ist die wichtigste Handelsroute zwischen Japan und Europa. Alle haben eines gemeinsam: Über diese »Choke Points« läuft der globale Energiehandel.[86] Die USA könnten also mit Unterstützung der NATO Russland problemlos »einsperren« und wären mit ihren Flotten auch in der Lage, China innerhalb des Chinesischen Meeres zu halten.

Den Ersten Japanisch-Chinesischen Krieg (August 1894 bis April 1895) konnten die Japaner für sich entscheiden. Sie hatten die Chinesen in Korea be-

siegt, deren Flotte vernichtet, Taiwan besetzt und drangen weiter in die Mandschurei vor. Die nach Weltgeltung strebenden USA favorisierten das aufstrebende Japan zur Dämpfung russischer Expansionsbestrebungen und begrüßten den russisch-japanischen Krieg (1904/1905) als lachender Dritter.[87] *»Japan spielt unser Spiel«*[88], soll er seinem Sohn vertraulich mitgeteilt haben.

Im Februar 1904 äußerte sich Roosevelt gegenüber dem englischen Diplomaten Spring-Rice dahingehend, dass Russland für die höher zivilisierten Nationen künftig zur Gefahr werden könne, dass aber die USA noch keine ausreichenden Gründe für eine Kriegserklärung hätten.[89] Er sei jedoch überzeugt, dass Amerikaner und Engländer als höherwertige »Rasse« fähig seien, dieser Gefahr erfolgreich zu begegnen. Roosevelt erstellte sogar eine ethnologische Rangordnung: Unter den »Großen« stünden die Russen an tiefster Stelle; sie seien die »Goten«, die Engländer und Amerikaner die »Byzantiner«. Damit traf er ins Schwarze – hielt doch das Kaiserreich Byzanz bis zum Ende die Fassade aufrecht, Rom sei nicht von den Goten erobert und das Christentum von Konstantin gegründet worden. Damit hat Byzanz mit den USA eines gemeinsam: Beide wurden auf einer großen Lüge aufgebaut. Roosevelt hätte da sicherlich vehement widersprochen.

Im November 1904 stellte sich Theodore Roosevelt zur Wiederwahl und erreichte die größte Mehrheit, die je ein Präsidentschaftskandidat erreicht hat. Viele US-Bürger konnten sich mit dem jungen, dynamisch auftretenden Republikaner identifizieren. Für sie war er ihr »holländisch-amerikanischer Napoleon«, dem man begeistert auf dem Weg in eine gezielt expansionistische Weltpolitik folgen konnte. Mit einem Zusatz zur Monroe-Doktrin stellte er die ursprüngliche Version von 1823 auf den Kopf, indem er das Interventionsrecht der USA bei Konflikten auf dem gesamten amerikanischen Kontinent festschrieb. Nun spielten sie auch in Lateinamerika die Rolle einer internationalen Polizeimacht – Europa hatte sich fernzuhalten. Den US-Senat ließ Roosevelt wissen, dass er zukünftig ohne Kriegserklärung in jedes der zwanzig Länder, das seinen internationalen Verpflichtungen nicht nachkomme, einmarschieren lassen würde.

Heute, über hundert Jahre später, beginnen die lateinamerikanischen Staaten sich ihrer Fesseln zu entledigen. Am 29. Januar 2014 unterzeichneten die 33 Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft der lateinamerikanischen und

karibischen Staaten (CELAC) in Havanna eine 8-Punkte-Erklärung, worin sie Lateinamerika und die Karibik zur »Zone des Friedens« ausriefen. Nicht dabei: die USA und Kanada. Die CELAC-Staaten bestätigten ihre in der Charta der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht verankerten Ziele und Prinzipien im Bewusstsein, dass Wohlstand und Stabilität in der Region international zu Frieden und Stabilität beitrügen und dass die Erhaltung des Friedens ein grundlegendes Element der lateinamerikanischen und karibischen Integration und ein gemeinsamer Wert sei.[90]

Für den US-amerikanischen Historiker Alfred de Zayas (geb. 1947) ist dieser Vorgang ein *»leuchtendes Beispiel für die gesamte Welt«*. Der unbequeme Professor fragt weiter: *»Warum nicht eine Friedenszone im Südpazifik? Warum nicht in Osteuropa, warum nicht in ganz Europa? Wobei zu bemerken ist, wenn wir von Frieden reden, sollte man Frieden nicht nur im engen Sinne verstehen, im engen Sinne, dass kein Krieg geführt wird. Ich möchte Frieden als ein Equilibrium verstehen, in dem strukturelle Gewalt nicht mehr existiert, wo Menschen und Staaten nicht erpresst werden, wo Staaten nicht gezwungen werden, bestimmte politische Entscheidungen zu treffen, die gegen die Interessen des eigenen Volkes sind.«*[91]

Diese Entwicklung hätte Roosevelt sicher nicht für möglich gehalten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts schlüpfte er in die Rolle des internationalen Polizisten. Dort, wo eine Regierung offensichtliches Unrecht beging, sollte interveniert werden. »Sprich sanft und trage einen großen Knüppel, dann wirst du weit kommen«, so lautete sein Motto.[92] Stetig, aber unaufhaltsam begab sich die amerikanische Nation unter seiner Präsidentschaft auf die »Straße der Hegemonie«. Vorwürfe über seine Politik des »Big Stick«, des »großen Knüppels« perlten an Roosevelt ab. Unbekümmert trotzte er Kanada eine für Alaska günstige Grenzlinie ab und unterwarf San Domingo 1905 durch Gewaltanwendung der amerikanischen Finanzaufsicht.[93] Bis nach dem Ersten Weltkrieg marschierten die USA – es ging immer nur um die Interessen des State Departments – rund ein Dutzend Mal in Lateinamerika ein. So wurden die US-Marines bald auch als die Truppen des Außenministeriums bezeichnet.

Heute gilt der Interventionsanspruch der USA weltweit. So gesehen war Roosevelts Zusatz zur Monroe-Doktrin nur ein entscheidender Zwischenschritt.

In den Briten sah Roosevelt bis Anfang des 20. Jahrhunderts einen potenziellen Feind. So warf er ihnen im Disput über die Grenzen Venezuelas vor, keinen Respekt vor Freiheitsrecht und Sittlichkeit zu haben, wenn sich eine Möglichkeit für Gebietserweiterungen oder Handelsgewinne auftue. Das allerdings galt nicht weniger für Roosevelt selbst. Auch er scheute sich nicht, von einem bevorstehenden Krieg gegen Großbritannien zu reden und mit der Eroberung Kanadas zu drohen.[94]. Ein weiteres Mal entbrannte sein Zorn gegen Großbritannien anlässlich der Verhandlungen über die Grenzen Alaskas (1897–1903). Und als Präsident erwog er die Möglichkeit des Krieges und ließ geheime militärische Vorbereitungen treffen.[95] Kurz darauf schrieb er einem Freund, er sei England im großen Ganzen freundlich gesinnt, diese Freundschaft dürfe jedoch nicht übertrieben werden.[96] Nach und nach wurde ihm bewusst, dass Großbritannien im internationalen Geschehen ein verlässlicher Partner sein könnte. Im Dezember 1904 empfand Roosevelt sogar eine differenzierte Sympathie, erklärte jedoch: England habe die Freundschaft der USA erst gesucht habe, seit diese stark geworden seien. »*Doch sollten wir mit dem Ausbau unser Kriegsflotte aufhören*«, meinte Roosevelt einschränkend, »*würde Englands Freundschaft sofort abkühlen.*«[97] Roosevelt zufolge müsse sein Land Einfluss auf die Weltpolitik nehmen und bereits im diplomatischen Vorfeld schädliche internationale Konflikte verhüten. Neben der handelspolitischen Bedeutung hatte diese Politik auch einen strategisch-politischen Aspekt: Sie sollte den Machtzuwachs eines fremden Staates verhindern. So sah man im russischen Expansionsdrang die größte Bedrohung für die amerikanischen Interessen in China [98] und das Kräftegleichgewicht im pazifisch-fernöstlichen Raum. In Japan glaubte man die Macht zu erkennen, die dem Russischen Reich die Stirn bieten konnte. Durch die beachtlichen Siege über den russischen Koloss fragte sich Roosevelt dann allerdings, ob das Land der aufgehenden Sonne späterhin auch für die Vereinigten Staaten und ihre pazifischen Besitzungen gefährlich werden könnte.[99]

Als sich die Erfolge als dauerhaft erwiesen und das zweite russische Pazifikgeschwader am 27. Mai 1905 in der Seeschlacht von Tsushima vernichtet wurden – von 53 Schiffen, welche die Ostsee verlassen hatten, entkamen nur drei kleine Kreuzer und drei Zerstörer nach Norden[100] – kühlte Roosevelts Begeisterung merklich ab: »*Wenn die Japaner endgültig gewinnen*«, äußerte er gegenüber dem britischen Diplomaten Spring-Rice, »*werden nicht nur die Slawen, sondern wir alle mit einer großen neuen Macht in Ostasien zu rechnen haben.*«[101]

Um zu verhindern, dass eine der Kriegsparteien ein für die USA gefährliches Übergewicht erlangte, übernahm der amerikanische Präsident bereitwillig die Rolle des Schiedsrichters und lud im September 1905 zu Friedensverhandlungen nach Portsmouth/New Hampshire ein. Er vertrat nun die Ansicht, dass Russland soweit erhalten bleiben müsse, dass es in Zukunft die japanischen Kräfte zu binden vermochte.[102] Bald sollte sich allerdings erweisen, dass die Verdrängung Russlands durch Japan alles andere als günstig für Amerika war, umso mehr, als Japans einziges Wirkungsfeld der pazifisch-fernöstliche Raum war, während Russland an mehreren Fronten Interessen zu wahren hatte.[103]

Vorerst wurde mit dem Vertrag von Portsmouth Japan am 5. September 1905 Port Arthur, die Schutzherrschaft über Korea und die südliche Mandschurei sowie die Hälfte der Insel Sachalin übertragen.[104] Den exorbitanten Geldforderungen Japans widersetzte sich Roosevelt jedoch. Russland war nun beträchtlich zurückgedrängt, und Japan im westlichen Pazifik zwar bedeutender, aber dennoch nicht allzu stark geworden. Für diese Bemühungen wurde dem »ehrlichen Makler von Portsmouth« 1906 der Friedensnobelpreis verliehen, obwohl er im Grunde allein in amerikanischem Interesse gehandelt hatte. Um die »Gelbe Gefahr« einzudämmen, deren Schatten sich über den Pazifik bis nach Kalifornien und Mexiko auszubreiten schienen,[105] hatte Roosevelt sogar mit dem Gedanken eines Krieges gegen Japan gespielt und entsprechende Operationspläne ausarbeiten lassen. Der »Friedensvermittler« hatte sich nun beide Kriegsparteien zu Feinden gemacht. Der russische Zar meinte, er sei in den Frieden hineingelockt worden, und in Tokio fanden mit stiller Billigung der Regierung antiamerikanische Protestdemonstrationen statt.

Auch die Intervention im Marokko-Konflikt 1905/06 hatte strategische Gründe. Roosevelt befürchtete einen unmittelbaren Krieg zwischen Deutschland und einem französisch-britischen Bündnis. Dem Deutschen Reich stand er teils bewundernd, teils misstrauisch gegenüber: Er achtete es für seine aktive Außenpolitik und fürchtete es gleichzeitig als gefährlichsten Rivalen. Dann wieder spottete er über die »jumpy Policy«, die »sprunghafte Politik«, sowie das großtuerische Gebaren des Kaisers. Der amerikanische Schriftsteller und Satiriker Henry L. Mencken (1880–1956) fand später einige Ähnlichkeiten zwischen Roosevelt und Wilhelm II.: Beide schätzten mächtige Armeen, hatte eine Vorliebe für Kriegsflotten; beide glaubten an eine straffe Regierung daheim und in Übersee; beide verlangten von den Bürgern die Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten – die Menschenrechte aber wurden von beiden niemals erwähnt.[106]

Beide hatten zudem eine robuste Ausdrucksweise. Allgemein bekannt ist ja der Appell Wilhelms II. an seine Soldaten des China-Kontingents vom 27. Juli 1900: »*Ihr sollt fechten gegen einen verschlagenen, tapferen, gut bewaffneten, grausamen Feind. Kommt ihr an ihn, so wisst: Pardon wird nicht gegeben. Gefangene werden nicht gemacht.*«[107] Als Oberbefehlshaber befahl der Kaiser dem Expeditionskorps: »*Führt eure Waffen so, dass auf tausend Jahre hinaus kein Chinese mehr es wagt, einen Deutschen scheel anzusehen. … Gebt an Manneszucht und Disziplin der Welt ein Beispiel.*«[108] Die nachfolgende Aussage Roosevelts ist hingegen weitgehend unbekannt geblieben: »*Den Indianern ihre Jagdgründe zu lassen, hätte bedeutet, unseren Kontinent zottigen Wilden zur Verfügung zu stellen; es blieb nur die Alternative, sie auszumerzen.*«[109]

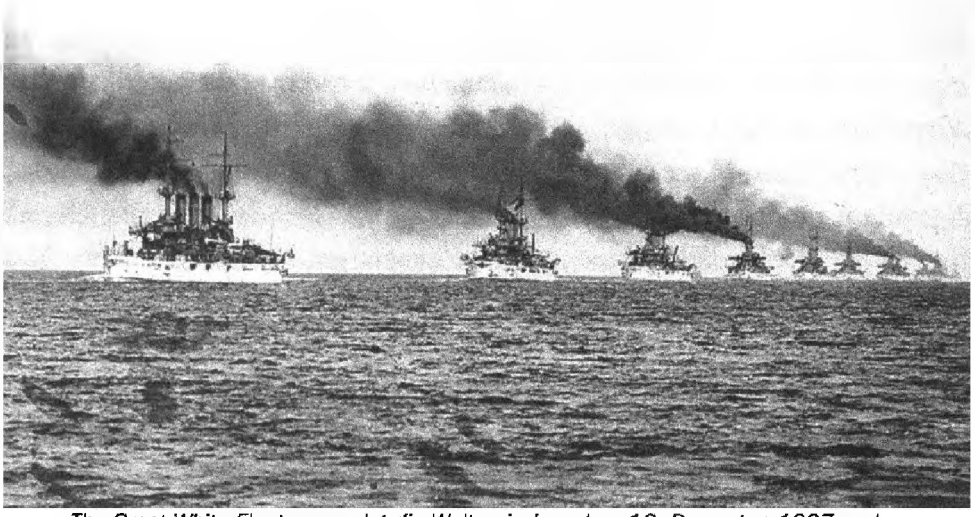
Ohne sich je näher mit Geheimverträgen und Hintergründen der europäischen Politik befasst zu haben, war Roosevelt überzeugt, dass Frankreich in der Marokkokrise mit seinen Forderungen prinzipiell recht hatte. Es war mit England in der Entente cordiale verbunden, und Italien hatte Frankreichs Vorrechte auf Marokko anerkannt.[110] Roosevelt versuchte die beteiligten Regierungen – in erster Linie Deutschland und Frankreich – im Sinne einer Verständigung zu

Theodore Roosevelt (li.) und Wilhelm II. – Geschwister im Geiste?

beeinflussen und war damit ziemlich erfolgreich.[111] Dadurch konnte Frankreich sein Ziel, das marokkanische Heer, die Polizei und die Zolleinrichtungen unter französische Führung zu stellen und eine marokkanische Staatsbank mit französischem Geld einzurichten, nicht mehr verwirklichen. Im Januar 1906 wurde in der Konferenz in Algeciras das marokkanische Zoll-, Steuer- und Polizeiwesen einem neutralen Schweizer Generalinspekteur und einem spanischen Instruktionsoffizier unterstellt. Nun konnte sich England offen dem russisch-französischen Bündnis anschließen.[112] Deutschland geriet in die Isolation.

Roosevelts Machtdemonstrationen

Von Anfang Dezember 1907 bis Februar 1909 ließ Roosevelt als Krönung seiner Präsidentschaft einen großen Teil der neuen Kriegsflotte in aufsehenerregender Fahrt demonstrativ um die Erde dampfen.[113] Die zweitstärkste Marine der Welt – 16 modern gepanzerte Schlachtschiffe und Kreuzer – startete in Hampton Roads und fuhr unter Admiral Robley Evans über Südamerika und Kap Hoorn zur amerikanischen Westküste, von dort nach Australien und Japan und schließlich durch den Indischen Ozean sowie das Mittelmeer zurück zum Ausgangshafen.[114] Wen wohl sollte dieser »Big Stick« einschüchtern?



The Great White Fleet umrundet die Welt zwischen dem 16. Dezember 1907 und dem 22. Februar 1909 und signalisiert damit: Ab nun ist mit den USA auf den Weltmeeren zu rechnen

Als Imperialist der Mahan-Schule verfolgte Theodore Roosevelt eine offensive Außenpolitik mit zahlreichen Militäreinsätzen zum »Schutz amerikanischer Interessen«, so etwa in folgenden Ländern:

1901/02	Kolumbien
1903	Honduras, Dominikanische Republik, Syrien, Kolumbien
1904	Marokko, Korea
1905	Dominikanische Republik
1906	Kuba
1907	Honduras

Damit trug Roosevelt wesentlich zur Weltmachtstellung der USA bei. Das Volk wurde durch den Spanisch-Amerikanischen Krieg für seine imperialistische Politik gewonnen, zudem wurden materielle Kräfte frei gesetzt, die in der Folge zum Wirtschaftsexpansionismus führten. Der Schweizer Historiker Alex Weilenmann ist nicht der Meinung, dass Roosevelt von vornherein ein amerikanisches »Imperium« in der westlichen Hemisphäre geplant hatte: »*Er brachte eins zustande, indem er die Gelegenheiten ausnutzte, die sich der Politik der Vereinigten Staaten boten, weil er überzeugt war, im Interesse seines Landes und damit im Interesse der ganzen Welt, einschließlich Lateinamerikas, zu handeln.*«[11]

Roosevelt wollte ursprünglich nicht für eine weitere Amtszeit kandidieren und empfahl daher seinen bisherigen Kriegsminister William Howard Taft als Nachfolger. Taft war ein nüchterner Jurist, bekannte sich aber voll und ganz zur imperialen Politik. Mithilfe von Dollaranleihen förderte er die amerikanischen Wirtschaftsinteressen und sicherte das Vordringen in die Märkte Mittelamerikas und Chinas. Diese Wirtschaftsinteressen mussten natürlich militärisch abgesichert werden.

Diese »Dollardiplomatie« sollte Nicaragua am heftigsten treffen. Auch hier ging es um die Option einer rund 300 Kilometer langen Wasserstraße zwischen Atlantik und Pazifik. Für das alleinige Recht am Bau des transozeanischen Kanals sowie die Aufsicht über die Finanzen und den Zoll des kleinen Staates Nicaragua boten die USA dem Präsidenten Jose Sántos Zelaya 1909 ein Darlehen von mehr als 15 Millionen Dollar. In Unkenntnis der Kräfteverhältnisse lehnte er ab, was auch hier den Einsatz des »Big Stick« zur Folge hatte: Die von Adolfo Díaz, einem früheren Buchhalter einer Pittsburger Handelsfirma, angeführte und von den USA angezettelte Revolte endete mit dem Sturz

Zelayas. Díaz wurde Präsident, zeichnete die Anleihe als erste Amtshandlung und verpfändete die Zolleinnahmen des Landes als Kreditgarantie – Ähnlichkeiten zur Ukraine-Krise sind unübersehbar. New Yorker Banker bekamen über einen vom US-Außenministerium bestätigten Zollinspektor die Kontrolle über die Finanzen des Landes. Parallel dazu wurde in Managua eine Militärgarnison errichtet (und blieb dort bis 1925). Da die Bevölkerung von diesen Segnungen und der Marionette Adolfo Díaz wenig begeistert war, landeten am 14. August 1912 erneut US-Truppen in Nicaragua.[116] Bis Ende des 20. Jahrhunderts war das Land ein Unruheherd.

Um den »rückständigen« Völkern in Mexiko, Guatemala, Nicaragua, Kolumbien und Ecuador auf die Beine zu helfen und ihnen »Fortschritt« und »Demokratie« zu bescheren, fielen US-Marines auch in diesen lateinamerikanischen Staaten ein. Die wirkliche Absicht Washingtons drückte Präsident Taft 1912 unverblümt so aus: *»Die gesamte Hemisphäre wird uns gehören, da sie uns kraft der Überlegenheit unserer Rasse moralisch eigentlich schon jetzt gehört.«*[117]

Anstatt seinen republikanischen Kollegen Senator Bob LaFollette bei der Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten zu unterstützen, bewarb sich Roosevelt überraschenderweise doch noch selbst. Dadurch wurden die Republikaner gespalten, was den Demokraten zugutekam. 1913 zog Woodrow Wilson, Gouverneur von New Jersey und Universitätsprofessor für politische Ökonomie, als Präsident ins Weiße Haus ein.

Wilson und seine Berater

Woodrow Wilson setzte die von Roosevelt betriebene Expansionspolitik fort. Bereits 1907 hatte er in einer Vorlesung an der *Columbia University* folgende Empfehlung abgegeben: *»Wenn Finanziers Konzessionen erworben haben, dann müssen diese vom Außenminister gesichert werden, selbst wenn die Souveränität widerspenstiger Nationen grob verletzt wird – wenn die ihre Türen geschlossen halten, dann müssen sie halt eingetreten werden.«*[118]

Wilson sah in der Wirtschaft eine tragende Säule, er fühlte sich den liberalen amerikanischen Idealen verpflichtet. Seine politische Karriere verdankte er im Übrigen Colonel George B. Harvey, einem Vertreter von *J. P. Morgan*, welcher die Dollardiplomatie weiter ausbauen wollte. Schon damals also förderte die Wall Street politische Entscheidungsträger, wobei dieser Einfluss mit Barack Obama sicherlich seinen bisherigen Höhepunkt fand.

In seinen Wahlreden – die wichtigsten erschienen in »*The New Freedom*«[119] – formulierte Wilson klar und deutlich seine politischen Ziele: eine innere Reform des Landes und eine Außenpolitik als »göttliche Mission«. Die »neue Freiheit« sei zu vergleichen »*mit jenen Lüften, welche die Schiffe des Kolumbus vorwärtstrieben und welche die stolze Verheißung einer Glücksmöglichkeit mit sich trugen, deren Entfaltung Amerikas Aufgabe ist.*«[120] Mit typisch puritanischem Sendungsbewusstsein propagierte Wilson das hehre Ziel, die Welt sicher machen zu wollen für die Demokratie. Er ging sogar noch weiter als Theodore Roosevelt und wurde damit zum Pionier des amerikanischen Demokratie- und Freiheitsexports: »*Es ist Amerikas Pflicht und Privileg, Schulter an Schulter zu stehen, um in Zukunft die Last von der Menschheit zu nehmen und die Pfade der Freiheit der ganzen Welt zu zeigen. Amerika steht künftig für die Behauptung des Rechts einer Nation, den anderen Nationen der Welt dienen zu dürfen.*«[121] Paradoxerweise gab aber gerade Woodrow Wilson – der Vorkämpfer für das Selbstbestimmungsrecht der Völker – so oft wie kein anderer US-Präsident den Befehl zur militärischen Intervention in Lateinamerika. Er argumentierte, dass es notwendig sei, »*den Südamerikanern beizubringen, wie man gute Männer wählt*«.[122]

Zur Umsetzung seiner Grundsätze holte er sich seinen Freund William Jennings Bryan (1860–1925) als Außenminister ins Weiße Haus. Der hatte zwar keine außenpolitische Erfahrung, dafür aber umso mehr Gottvertrauen. Nun schlug die Stunde der Postenjäger. Henry Morgenthau sr. etwa hatte Wilsons Präsidentschaftsbewerbung finanziell ermöglicht und beanspruchte nun den Botschafterposten in London. Aus Furcht, dass Morgenthau wie andere konservative deutsch-amerikanische Juden zu deutschlandfreundlich auftreten könnte, schickte der Präsident seinen Förderer doch lieber als Gesandten ins Osmanische Reich. In England platzierte Wilson, sehr zur Freude des britischen Außenministers Edward Grey, den anglophilen Journalisten Walter Hines Page (1855–1918) als Botschafter.[123] Der Börsenspekulant Bernard Baruch, nach eigenen Worten noch spendabler als Morgenthau in Wilsons Wahlsieg, wollte kein Staatsamt, dafür aber als Graue Eminenz das Ohr des Präsidenten und den ungehinderten Zugang zu ihm. Wilson schenkte ihm beides.

Die wichtigste Personalentscheidung Wilsons aber war die Berufung von »Colonel« Edward Mandell House zu seinem persönlichen Berater. House war durch Beziehungen und Reichtum in den militärischen Rang eines Obersten gekommen, ohne einen einzigen Tag gedient zu haben. In seinem 1912 erschienenen Roman »Philip Dru, der Administrator« beschreibt er seine Vorstellungen von omnipotenter Herrschaft in einem sozialistischen Staat. Sein

fiktiver Herrscher Philip Dru propagiert die militärische Aggression in Europa und plant eine Art »Zwangsvölkerbund«. Mit einem neuen Bankengesetz will Dru ein flexibles Währungssystem etablieren und damit die mächtigen Kapital-Trusts zerschlagen.[124] Außenminister Bryan meinte später, dass ihm bei der Lektüre dieses Buches die Haare zu Berge gestanden hätten. Er fürchtete vor allem, dass die abstrusen Machtfantasien auf den Präsidenten abfärben und er selber zu einem Dru mutieren könnte. House' Einfluss auf Wilson jedenfalls war beträchtlich, was ihm den Beinamen »Assistent President« einbrachte.

Ende April 1913 erhielt Präsident Wilson die erste Zusammenfassung der noch geheimen Gesetzesvorlage für ein Zentralbankengesetz, die er unmittelbar an Colonel House weiterleitete, dieser legte sie sofort Paul M. Warburg vor, mit dem er sogar während dessen Urlaubsaufenthalt in Europa in enger Verbindung stand. Die öffentliche Meinung war gegen das Zentralbankengesetz, nicht zuletzt weil Thomas Jefferson wieder und wieder gewarnt hatte, dass durch solch einen Akt zuerst die Inflation beschleunigt und durch die nachfolgende Deflation den Bürgern dann ihr Vermögen geraubt würde, womit er erstaunlichen Weitblick bewies.

House hatte schon am 19. Dezember 1913 telefonisch mit Warburg den als »Währungsreform«« (»Currency Reform«) titulierten Gesetzesentwurf besprochen.[125] Aufgrund seines ständigen Kontakts zu Paul M. Warburg wurde House von seinem Biografen Charles Seymore auch als der »unsichtbare Schutzengel« dieses Federal Acts bezeichnet. Enthusiastisch schrieb Botschafter Page aus London am 20. Dezember 1913, nachdem die Gesetze den Senat passiert hatten, an House: »*Es ist alles wundervoll; und ich bin stolz, alles für den Mann zu tun und zu ertragen, der in dieser Weise das Steuer des alten Schiffes in seinen Händen hält. Hätte ich vor hundert Jahren gelebt, so würde ich jetzt sagen, dass dies die Hände Gottes sind.*«[126]

US-Präsident Wilson (li.) und sein Berater »Colonel« House, 1915 in New York

Am 23. Dezember 1913 trat mit der Unterschrift Wilsons das umstrittene Gesetz in Kraft. Vorsitzender der Zentralbank, der Fed, wurde Benjamin Strong jr. Im Wahlkampf hatte man Wilson noch unterstellt, er brächte für militärische Angelegenheiten keinerlei Verständnis auf. Doch der neue Präsident lernte anscheinend schnell dazu: Für die beschleunigte Vollendung des Panamakanals und dessen militärische Befestigung bewilligte er enorm hohe Geldbeträge, und zwei Jahre später plante Wilson sogar, die *»bei weitem größte Flotte der Welt«*[127] zu bauen.

Dank umfangreicher Rüstungsaufträge stellte sich die amerikanische Schwerindustrie nun auf Waffen um. 1913 gingen 70 % des gesamten Rüstungsexports nach Frankreich und England. Die Schornsteine rauchten, die Zufriedenheit wuchs.

Im ersten Amtsjahr tat Wilson vielleicht noch so, als wolle er die ganze Welt von seinem pazifistischen Idealismus überzeugen.[128] Im zweiten Amtsjahr sollte er dann die Maske fallen lassen.

Die Hasardeure spinnen ihre Netze

Präsidentenberater »Colonel« House machte sich im Frühjahr 1914 in diplomatischer Mission auf den Weg nach Europa, wo er am 27. Mai mit dem deutschen Außenminister von Jagow und »Marineminister«[129] Admiral von Tirpitz dinierte. Letzterer kam im Gespräch auf Mahans Thesen zu sprechen, woraufhin ihm House eine antibritische Einstellung unterstellte und sogleich deutlich machte: Sollte Deutschland die Überlegenheit der britischen Seemacht gefährden, würde es untergehen.[130]

Die genauen Vergleichszahlen der Kampfschiffe samt ihren operativen Einsatzmöglichkeiten zeigen indes deutlich auf, dass Deutschland zu keinem Zeitpunkt auch nur annähernd in der Lage gewesen wäre, England von den Weltmeeren zu fegen: Bis 1917 waren gerade einmal 58 Großkampfschiffe (Linienschiffe und Panzerkreuzer) gebaut worden – von England als »existenziell bedrohlich« empfunden –, während der Inselstaat selbst 138, darunter 113 wesentlich modernere Schiffe, zum Einsatz bringen konnte. Daneben waren 55 französische und 41 russische Großkampfschiffe im Dienst.[131] Eine erstaunliche Analyse des Kräfteverhältnisses ist im britischen »Naval Annual« von 1900 nachzulesen: Demnach hätte die deutsche Flotte die britische Seeherrschaft niemals gefährden können.[132] Dazu fehlten einfach die weltweiten Stützpunkte.

Mit den Basen in Kiel und Wilhelmshaven und einem einzigen Überseestützpunkt, Kiautschou in Nordostchina, konnten die ozeanischen Seeverbindungen der Royal Navy nicht bedroht werden. Diese Zusammenhänge waren House sicherlich bekannt – was bei vielen heutigen Historikern nicht mehr vorauszusetzen ist.

»*The situation is extraordinary*«, schrieb House zwei Tage später aus Berlin an Wilson und geißelte den aberwitzigen Militarismus, der sich eines Tages zu einer entsetzlichen Sintflut steigern könnte: Frankreich und Russland wollten das Ende von Deutschland und Österreich; England indes würde nicht die völlige Vernichtung Deutschlands wünschen, denn dann stünden sie allein gegen ihren alten Feind Russland. Sollte jedoch Deutschland seine Kriegsflotte weiter ausbauen, hätte England keine andere Wahl. Eine rücksichtsvolle Verständigung in Marinefragen zwischen England und Deutschland wäre die beste Chance für Frieden. Das aber wäre nachteilig für die USA.[133]

In London fühlte sich House wohler als während seines Besuchs in Berlin. Bei vielen Gesprächen wurde er von seinem Freund, dem US-Botschafter Walter Hines Page, begleitet. Am 27. Juni 1914 speisten House und Page mit Sir Edward Grey, auf dessen Sympathie die US-Regierung zählen konnte, sowie dem britischen Sondergesandten Sir William Tyrrell. Dieser hatte am 13. November 1913 gegenüber House geäußert: »*Wenn uns die Diplomaten der alten Schule hören könnten, würden sie einen Schwächeanfall bekommen.*«[134] Im Weiteren soll er Wilson dringend von vorzeitigen Vermittlungsschritten abgeraten haben, bevor der »*geeignete Augenblick*« gekommen sei.[135]

Durch die englische Kriegserklärung vom 4. August 1914 wurde das Gleichgewicht zwischen den fünf Großmächten der alten Welt durch zwei hochgerüstete Gegner ersetzt. Während sich Heere und Flotten im Kampf gegenüberstanden, richtete der amerikanische Präsident eine Note an seine Botschafter in Berlin, Paris, Wien, St. Petersburg und London, sie mögen »*im Interesse des europäischen Friedens*« tätig werden. Daneben ermahnte Wilson seine Landsleute, amerikanisch zu denken und alte Loyalitäten aufzukündigen. Nur so könne man sich aus dieser Barbarei heraushalten und für die übrige Welt ein Beispiel geben.[136] Und das amerikanische Volk sah das wohl ebenso. Von den rund 95 Millionen Einwohnern war ungefähr ein Drittel entweder in Europa geboren oder hatte dort geborene Eltern. Einerseits unterhielten viele gefühlsmäßig Kontakt mit den Menschen beider Militärblöcke, andererseits standen sie den komplizierten europäischen Belangen und Motiven verständnislos gegenüber – sie sahen

die Alte Welt vor allem als Träger einer stolzen kulturellen Tradition. Wilson schrieb im Geleitwort zur deutschen Ausgabe seines Buches »Der Staat«: *»Das amerikanische Volk verdankt der geistigen Befruchtung durch Deutschland so viel, dass es einem jeden Amerikaner nur große Genugtuung bereiten kann, wenn auch Werke amerikanischer Autoren in Deutschland Verbreitung und Anerkennung finden.«*[137]

So schien eine Kriegsteilnahme der USA zu diesem Zeitpunkt unwahrscheinlich, zumal die Worte George Washingtons, des ersten amerikanischen Präsidenten, im kollektiven Gedächtnis verankert waren: *»Warum sollten wir unser Schicksal mit einem Teil Europas verknüpfen und damit Frieden und Wohlfahrt unseres Landes in die Fallstricke europäischer Begierden, Rivalitäten, Interessen und Launen verwickeln?«*[138]

Der hohe Anteil deutsch- oder irischstämmiger Amerikaner begann nun einigen Politikern Kopfzerbrechen zu bereiten, übertraf er doch bei weitem den britischen Anteil. So setzte schon bald nach Kriegsausbruch eine probritische Propaganda ein, die in den Massenmedien die englische Version des Ersten Weltkriegs vermittelte. Als recht vorteilhaft erwies sich jetzt, dass die Royal Navy schon am ersten Kriegstag alle transatlantischen Seekabel der Deutschen gekappt hatte (vgl. S. 232), sodass sich im amerikanischen Bewusstsein die von der antideutschen Kriegspropaganda in Umlauf gesetzten Schmähdarstellungen vom deutschen, österreichischen und türkischen Gewaltmenschen festsetzen konnten (siehe auch S. 256). So zitierte etwa die Londoner *Times* am 27. August einen Augenzeugen, der gesehen haben wollte, *»wie deutsche Soldaten einem Baby, das sich am Rock seiner Mutter festhielt, die Arme abgehackt haben«.* Nur fünf Tage später lieferte die *Times* eine weitere Begründung: *»Sie schneiden den kleinen Knaben die Hände ab, damit Frankreich keine Soldaten mehr haben soll.«*[139] Dem vermochte die deutsche Gegenagitation mit ihren dürftigen, auf einige schwache Funkübertragungen gestützten Presseverlautbarungen nichts entgegenzusetzen.[140] Auch machte sich die Zersplitterung der deutschen Propagandaaktivitäten sehr nachteilig bemerkbar: Kriegs- und Innenministerium, der Generalstab, das Auswärtige Amt und andere Stellen unterhielten eigene Abteilungen.

Die Briten betrieben indes bereits ab August 1914 ein zentralistisches »War Propaganda Bureau«. Der englische Pressemann Sir Gilbert Parker gab später über seine Tätigkeiten in den USA ungeschminkt Auskunft: *»Praktisch mit Kriegsausbruch wurde ich für die britische Öffentlichkeitsarbeit in den USA zu-*

ständig. ... Wir verteilten 360 englische Zeitungen an US-Zeitschriftenverlage. Wir stellten Kontakte zu englischen Soldaten her, arrangierten Interviews und verteilten unser Schriftgut an eine große Zahl von öffentlichen Büchereien, Vereinslokalen des CVJM, Universitäten, Colleges, Clubs und an historische Gesellschaften.«[141] Daneben sorgten 4500 »Publicity Agents« der Lord-Northcliff-Stiftung fur eine zunehmend probritische Einstellung der Amerikaner.

Gespannt verfolgten Colonel House und Admiral Mahan die Entwicklung des Kriegsverlaufs. Am 13. August 1914 analysierte Mahan gegenüber dem damaligen stellvertretenden Marineminister Franklin D. Roosevelt die Lage: »*Deutschlands Prozedur besteht darin, (seine Gegner) durch konzentrierte Vorbereitung und ungestüme Triebkraft schlagartig zu überwinden. Sollten die Deutschen Frankreich und Rußland zu Lande besiegen, würden sie eine Atempause gewinnen, die sie in die Lage versetzen könnte, eine Seemacht vergleichbar mit England aufzubauen. In diesem Falle würde die Welt mit einer Seemacht konfrontiert werden ... voll gierigen und expansiven Ehrgeizes.«*[142] Ein starkes Motiv für die spätere Kriegserklärung an Deutschland. Doch vorerst steuerte Wilson einen Kurs der »parteiischen Neutralität« und lavierte geschickt zwischen divergierenden Interessen, etwa seitens der Industrie und der Wall Street. Am 19. August verkündete er vor dem US-Kongress die »Declaration of Neutrality« und forderte seine Landsleute zugleich auf, »*unparteiisch in Gedanken und Handlungen*« zu sein.[143]

Zur Absicherung der britischen Seeblockade, welche den importabhängigen Mittelmächten die Nachschubzufuhr abschnüren sollte, wurden zwischen den Shetlandinseln und Südnorwegen sowie im Kanal bei Dover Minen und Patrouillenschiffe eingesetzt. Diese »Hilfskreuzer« waren nun in der Lage, eine ganze Breitseite abzugeben.

Für die kräftemäßig deutlich unterlegene deutsche Flotte war ein Angriff gegen den Blockadering überaus riskant. Einzelne Vorstöße der beiden Flotten endeten in den Gefechten bei Helgoland (28. August 1914) und an der Doggerbank (24. Januar 1915) mit deutschen Verlusten. Die in den überseeischen Gewässern befindlichen deutschen Kriegs- und Handelsschiffe wurden nach kurzer Zeit von der Entente vernichtet oder erbeutet. Während die Reste der geliebten Flotte des Kaisers vorerst in den sicheren Häfen verblieben, setzte die deutsche Marineleitung auf den Minen- und U-Bootkrieg.

Als Gegenmaßnahme ergingen im Oktober 1914 an die Kapitäne britischer Handelsschiffe Befehle, die mit der Prisenordnung[144] nicht zu vereinba-

ren waren. Unter Strafandrohung wurde die Schiffsübergabe an ein feindliches U-Boot verboten.[145] Mit bordeigenen Waffen sollte der Kampf aufgenommen und als letzte Maßnahme das U-Boot gerammt werden, um, so Churchill, *»die Deutschen von Überwasser-Angriffen abzuhalten. Das untergetauchte U-Boot musste sich in zunehmendem Maße auf den Unterwasser-Angriff stützen mit dem damit verknüpften Risiko, neutrale für britische Schiffe zu halten und neutrale Besatzungen in den Tod zu schicken und Deutschland auf diese Weise mit anderen Großmächten in Konflikt zu bringen.«*[146] Ein zynisches Kalkül!

Im Verlauf des Jahres 1914 erreichten trotz der Blockade noch immer umfangreiche Rohstofflieferungen die deutschen Häfen. Daraufhin verschärften die Briten die Blockadebestimmungen. Die Liste der zu beschlagnahmenden Güter wurde erweitert, und sogar Lebensmittel wurden als militärische Güter klassifiziert. Sie verfielen der Beschlagnahme, wenn sie auf neutralen Schiffen transportiert wurden – ein flagranter Bruch des herrschenden internationalen Seekriegsrechts und damit völkerrechtswidrig. Grey hatte nun auch Baumwolle auf die Liste absoluter Konterbande[147] gesetzt, was zu einem dramatischen Ausfuhrrückgang in den Südstaaten führte. Das Ausbleiben des Protests der amerikanischen Baumwollexporteure lässt die Vermutung zu, dass Wilson vorab von dieser Maßnahme wusste und Grey sich des Rückhalts sicher war.[148] Mehr als kompensiert wurden die Einbußen außerdem durch die Kapitalnachfrage der Entente und ihren riesigen Bedarf an amerikanischen Waffen.

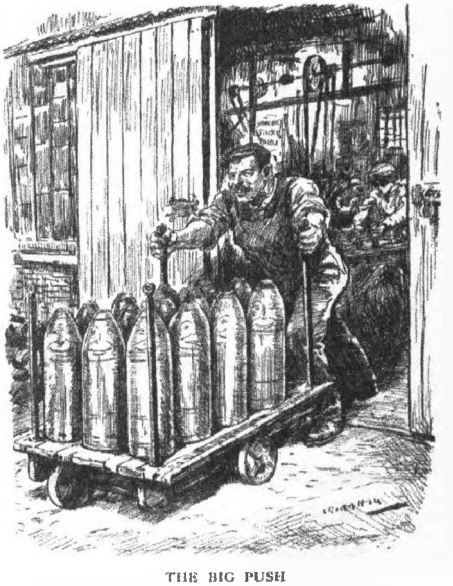
Auch als am 2. November 1914 die britische Blockade nochmals verschärft und die gesamte Nordsee völkerrechtswidrig zum Kriegsgebiet erklärt wurde, kamen von Wilson nur halbherzige Proteste. Vielmehr signalisierte er Grey, dass die USA bei britischen Völkerrechtsverbrechen nachsichtig sein würden.[149]

Andere US-Politiker, etwa William Bryan, Robert LaFollette oder Champ Clark, forderten die Einhaltung der Gesetze und klagten strikte Neutralität ein. Es muss jedoch gesagt werden, dass die formalen Proteste gegen die britischen Vergehen vor allem zur Beschwichtigung der eigenen Öffentlichkeit und der Deutschen dienten: Es sollten keine Zweifel an der Neutralität der USA aufkommen.

Die Exportzahlen aber beweisen das Gegenteil: In den Jahren von 1914 bis 1916 sanken die Einnahmen aus der Ausfuhr nach Deutschland von 345 Millionen auf 2 Millionen Dollar, während Großbritannien, Frankreich und Italien ihre Einfuhren aus den USA deutlich steigern konnten: Hier stiegen

die Gewinne von rund 800 Millionen auf 2,6 Milliarden Dollar im Jahr 1916.[150] Die amerikanische Wirtschaft boykottierte also das Deutsche Reich und unterstützte die Entente. Geliefert wurden neben landwirtschaftlichen Produkten Erdöl, Kohle und Grubenholz, Eisen, Stahl und Aluminium, Ford-Automobile und Gummibereifungen, Waffen sowie Militärgerät, vor allem jedoch Munition. Hier deckte die *Du Pont Company* 40 % des alliierten Bedarfs ab und verdiente daran laut späteren Untersuchungen über 265 Millionen Dollar. Die Einnahmen aus amerikanischen Sprengstoffexporten schnellten zwischen 1914 und 1917 von etwa 6 auf 803 Millionen Dollar empor.[151] Außenminister Bryan hatte zwar vorerst erreicht, dass die Ausfuhr privaten Kapitals an die Kriegsparteien verboten blieb, *»weil sie dem Geist wahrer Neutralität widersprächen«*, doch Ende des Jahres 1914 gab Wilson dem Druck der Plutokratie nach.[152]

Da Kapitalinvestitionen meist durch militärische Operationen gegen Verlust abgesichert werden, gefährden sie oft den Frieden, das hatten schon die Ereignisse in Nicaragua, Mexiko und San Domingo gezeigt. Wenn es in den Kolonien deswegen schon zu Militäreinsätzen kam, mussten die gewaltigen Kapitalinvestitionen an die Entente ebenfalls entsprechend abgesichert werden. Eine Niederlage der



THE BIG PUSH

MUNITION WORKER: "Well, I'm not taking a holiday myself just yet, but I'm sending these kids of mine for a little trip on the Continent."

Die Londoner Satirezeitschrift Punch *thematisierte 1914 die Geldbeschaffung (»War Loan«) und 1916 die Munitionsexporte der USA*

Entente hätte zum Bankrott an der Wallstreet gefuhrt. So mussten zwangsläufig die amerikanischen Truppen den Sieg herbeiführen.

1915 beschwerte sich die deutsche Regierung in Washington über die Duldung der Waffenausfuhr an die kriegführenden Mächte, da sie ausschließlich der Entente zugutekomme und deshalb der amerikanischen Neutralität zuwiderlaufe. Die US-Regierung gab zwar zu, dass die Waffenausfuhr an Kriegführende eine unneutrale Handlung sei, redete sich dann aber elegant aus der Affäre: Eine Waffenlieferung käme nach Lage der Verhältnisse nur für die Entente in Betracht, da ein Verbot ausschließlich die Entente schädige. Die deutsche Regierung aber berief sich auf Wilson, der noch im Februar 1914 das Verbot von Waffenlieferungen an die sich in Mexiko bekämpfenden Bürgerkriegsparteien mit der Neutralität begründet hatte.[153] Damit war es also im Ersten Weltkrieg von Anfang an nicht weit her.

Im Januar 1915 wollte der verantwortungsbewusste US-Außenminister William J. Bryan nach Europa reisen, um sich frei vom britischen Propagandanebel ein Bild der Lage zu machen. Doch Wilson schickte House, der offen seine Freude über die Schrecken der britischen Blockade und die damit verbundenen Leiden in Deutschland zum Ausdruck brachte.[154] Bei seiner Rückkehr fünf Monate später versicherte er Wilson triumphierend, dass Grey und die britische Regierung alle deutschen Angebote für einen Kompromissfrieden ignorieren oder zurückweisen würden und die endgültige Vernichtung des modernen Deutschlands anstrebten.[155] Das offizielle England erachtete es derweil als Fehler, es nicht schon 1870 zerstört zu haben. Das wollte man nun mithilfe der USA nachholen.

Der Seekrieg wurde inzwischen immer schärfer. Die britische Admiralität ordnete sogar an, bei Kampfhandlungen sofort auf weiße Flaggen zu schießen und »unnütze« Überlebende zu liquidieren.[156] Am 4. Februar 1915 erklärte Admiral Hugo von Pohl die Gewässer um Großbritannien und Irland einschließlich des gesamten britischen Kanals öffentlich zum Kriegsgebiet und kündigte an, dass ab dem 18. Februar alle feindlichen Handelsschiffe in diesem Gebiet bei größtmöglicher Schonung von Besatzung und Passagieren vernichtet werden würden. Wegen der britischen Missachtung weißer Beflaggung seien auch neutrale Schiffe nicht mehr sicher.[157] Anschließend wurden rund 20 U-Boote in der Nordsee, im Kanal und bei den »Western Approaches« eingesetzt.

Diese Entwicklung musste Wilson als bedrohlich empfinden. Nun ließen auch die Streitkräfte der Entente neutrale Frachter nur noch unter bestimm-

ten Voraussetzungen passieren und beschlagnahmten häufig – ohne sich um Proteste zu kümmern – Schiff und Ladung.[158] In einer Note an die USA riet das deutsche Außenministerium den Vereinigten Staaten, Bürger und Waren von feindlichen Schiffen fernzuhalten. Daraufhin fragte Grey bei House nach: *»Was wird Amerika tun, wenn die Deutschen ein Passagierschiff mit amerikanischen Touristen versenken?«*[159] Der Berater des US-Präsidenten antwortete: *»Das würde uns zum Krieg bringen.«*[160] Es sollte nicht lange dauern, bis es zum ersten amerikanisch-deutschen Zwischenfall kam.

Die Lusitania-Affäre – Kriegsopfer oder Kollateralschaden?

Der Luxusdampfer *Lusitania* galt – wie auch das Schwesterschiff *Mauretania* – nach außen hin weiter als Passagierschiff, obwohl er bereits 1914 offiziell als »Hilfskreuzer der Royal Navy Reserve« geführt wurde: Beide Schiffe tauchen in Weyers Taschenbuch der Kriegsflotten 1914 als *»voraussichtliche Hilfskreuzer«* auf, mit dem Zusatz *»Kriegsarmierung 12-15«* (= 12 Geschütze von je 15 cm Kaliber).[161] Da U-Bootkommandanten diese Handbücher zur Identifizierung der Schiffe nutzten, waren beide Schiffe stets in Gefahr, ohne Vorwarnung angegriffen zu werden.[162] Die undurchsichtige Verwendung der *Lusitania* veranlasste deren langjährigen Kapitän Daniel Dow, im März 1915 seinen Dienst zu quittieren. Am 30. April 1915 meldete der neue Kapitän William Thomas Turner die Auslaufbereitschaft der *Lusitania* beim New Yorker Sonderstab der Admiralität und erhielt daraufhin die Anweisung, Kurs auf die Südwestküste Irlands zu nehmen. Fahrziel sollte Liverpool sein.

Obwohl die USA offiziell noch neutral waren, nutzten sie zum Transport ihrer Waffenlieferungen an England auch zivile Passagierdampfer – ein klarer Bruch internationaler Konventionen. Die Fracht musste also verschleiert werden. So gab es vier verschiedene Fassungen der Ladepapiere, drei davon auf jeden Fall gefälscht, vermutlich aber alle vier. Deutschland war dieser Missbrauch bekannt, daher riet die deutsche Botschaft in der *New York Times* und 50 anderen Tageszeitungen von einer Fahrt als Passagier auf der *Lusitania* ab. Ungeachtet dessen lief sie am 1. Mai 1915 aus New York aus, mit 1258 Passagieren, 701 Besatzungsmitgliedern – und etwa 8200 Frachtkisten mit Kriegsmunition verschiedener Art an Bord.[163] Am Morgen des 7. Mai erreichte sie bei schwierigen Wetterverhältnissen die Südküste Irlands und war durch vorausgegangene Funksprüche allgemein vor der U-Bootgefahr gewarnt. Von der bereits einige

Tage zuvor freigegebenen sicheren Nordroute nach Liverpool wusste Turner nichts, da die Admiralität es unverständlicherweise unterlassen hatte, ihn darüber zu informieren. Merkwürdig ist auch, dass dem britischen Kreuzer *Juno* – er sollte ab dem Fastnet-Felsen an der Südspitze Irlands den Geleitschutz für die *Lusitania* übernehmen – am Nachmittag des 5. Mai überraschenderweise befohlen wurde, die Fahrt abzubrechen und nach Queenstown (das heutige Cobh) zurückzukehren.

Mit der Order vom 7. Mai, selbst auch Queenstown anzulaufen, wurde die *Lusitania* damit direkt vor die Torpedorohre deutscher U-Boote gelenkt. Der polnische Historiker Janusz Piekalkiewicz (1925–1988) bringt es auf den Punkt, wenn er schreibt, dass die britische Admiralität damit den Gegner zu einer Tat provozieren wollte, die Amerika in den Krieg verwickeln sollte.[164] Gegen 15 Uhr traf ein von *U-20* abgefeuerter Torpedo die Seite der *Lusitania.* Durch ein etwa 18 Quadratmeter großes Loch drangen tausend Tonnen Wasser pro Sekunde ins Schiff ein, welches daraufhin 15 Grad Schlagseite bekam.[165] Nach einer zweiten Explosion sank die *Lusitania* innerhalb von nur 18 Minuten auf den Grund der keltischen See. Wegen der starken Schlagseite konnten nicht alle Rettungsboote ausgebracht werden. Viele Passagiere sprangen verzweifelt in die nur vier Grad kalte See, in der für 1198 Menschen jede Hilfe zu spät kam.

Noch heute wird über die Hintergründe und die Rolle Churchills gerätselt. Gab es Pannen bei der Informationsübermittlung oder wurde aus Vorsatz gehandelt? Dokumentarische Beweise konnten bis heute weder für das eine noch für das andere erbracht werden. Wie auch: Alle Unterlagen sind noch immer unter Verschluss. Belegt ist jedoch, dass es der britischen Admiralität im Dezember 1914 gelungen war, Funksprüche der deutschen Marine zu entschlüsseln. Die Ergebnisse waren Churchill persönlich ausgehändigt worden. Zwei Tage vor dem Untergang hatte jener sich die genaue Position von *U 20* erklären lassen. Das deutsche U-Boot befand sich nahe jener Position, an der die Juno den Geleitschutz der *Lusitania* übernehmen sollte. Dass der Kreuzer abberufen wurde, wurde Kapitän Turner aber gar nicht mitgeteilt, der laut Anweisung zum vermeintlichen Treffpunkt navigierte. Und auch nur mit Verspätung erhielt die *Lusitania* von der Marinestelle in Queenstown die Mitteilung, dass die *U 20* bei Fastnet zwei andere britische Schiffe versenkt hatte.

Am Morgen dieses tragischen Tages tat Commander Joseph Kenworthy im Kartenraum der Admiralität Dienst. Im Originalmanuskript seines Buches

»The Freedom of the Seas« (1927) hielt er fest: »*Die Lusitania wurde bewußt mit beträchtlich verminderter Geschwindigkeit und ohne die zurückbeorderten Geleitschiffe in eine Zone geschickt, in der bekanntermaßen ein U-Boot lauerte.*« Das Wort »*bewußt*« wurde dann auf Veranlassung der Admiralität in der gedruckten Ausgabe entfernt. Schon vor dem Untergang erhielt Kenworthy von Churchill den Auftrag, eine Denkschrift über die Versenkung eines Ozeandampfers mit amerikanischen Passagieren an Bord vorzulegen.[166] Und bereits zwei Monate vor der Katastrophe hatte Churchill in einem Memorandum erklärt: »*Es ist äußerst wichtig, die neutrale Schiffahrt in unsere Küstenregion zu ziehen, um die USA in den Konflikt mit Deutschland zu verwickeln ... und sollten einige Schiffe dabei in Schwierigkeit geraten, so ist das umso besser.*«[167]

Heute besteht auch für die Autoren der »Encyclopaedia Britannica« kein Zweifel mehr, dass die *Lusitania* Gewehrmunition und Schrapnell-Granaten geladen hatte. Zudem wird eingeräumt, dass sich die Deutschen zur Attacke des Schiffs, das aus ihrer Sicht den Kriegszielen des Feindes diente, berechtigt gefühlt haben mochten. Dass der Angriff ohne Vorwarnung erfolgte, wird im Zusammenhang mit den Maßnahmen und Instruktionen der Britischen Admiralität gesehen.[168] Diesen Standpunkt vertrat im Übrigen auch der ehemalige amerikanische Harvard-Professor Carroll Quigley.[169]

Die Katastrophe vor der irischen Küste erregte die Welt. Die Propagandaabteilungen stürzten sich auf das Drama und hetzten gegen das »barbarische Deutsche Reich«, das »die zivilisierte Welt bedrohe«. So nannte z. B. die *New York Nation* die Versenkung eine Tat, »*für die ein Hunne erröten, ein Türke sich schämen und ein Pirat in maurischen Gewässern sich entschuldigen würde*«[170]. Es kam zu ersten antideutschen Demonstrationen in den USA. Der einstige Deutschenfreund und ehemalige Präsident Theodore Roosevelt forderte den Krieg gegen Deutschland. Und US-Botschafter Walter Hines Page telegrafierte am 8. Mai aus London an Präsident Wilson: »*Die frei geäußerte offizielle Meinung ist die, dass die Vereinigten Staaten den Krieg erklären müssen, wenn sie nicht die Achtung der Europäer verlieren wollen ... Wenn die USA tatsächlich in den Krieg eintreten, wird dies eine moralische und physische Auswirkung haben, die rasch zum Frieden fuhrt und den U.S. einen großen Einfluss bei der Beendigung des Krieges und bei der Neugestaltung der Welt und der Verhinderung eines neuen Krieges einräumt.*«[171] Einen Tag später schickte auch House ein Telegramm aus London: »*Amerika ist nun an einer Wegegabelung angekommen, wo es sich entweder für zivilisierte oder für unzivilisierte Kriegsführung entscheiden muss. Wir können nicht länger neutrale*

Zuschauer bleiben. Unser Vorgehen in dieser Krise wird unser Handeln nach dem Krieg bestimmen sowie als dauerhaftes Gut uns die Möglichkeit geben, auf humanitäre Übereinkommen Einfluss zu nehmen.«[172]

Franklin D. Roosevelt, Unterstaatssekretär im US-Marineministerium und entfernt verwandt mit Theodore Roosevelt, drängte seinen Präsidenten ebenfalls zum Krieg gegen Deutschland. Wilson jedoch blieb vorsichtig und antwortete: *»Ich werde ihnen etwas sagen, was ich öffentlich nicht sagen kann. Ich möchte nicht nur vor der Geschichte zeigen, dass wir jedes diplomatische Mittel angewandt haben, um uns aus dem Krieg herauszuhalten, und dass uns der Krieg von Deutschland bewusst aufgezwungen wurde, sondern ich will auch mit sauberen Händen vor das Gericht der Geschichte treten können.«*[173]

In der Kabinettssitzung vom 11. Mai 1915 hatte sich William J. Bryan mit seinen ausgleichenden Ansichten nicht durchsetzen können und willigte schließlich entgegen seiner Überzeugung in die »Erste Lusitania-Note« ein - unter der Bedingung, dass eine abschwächende Erklärung dazu in der Presse veröffentlicht würde. Der Präsidentenberater, der Kriegsminister und andere Politiker intervenierten dagegen, und so bat Wilson Bryan am 13. Mai, die Erklärung zurückzuziehen.

Am 15. Mai wurde daraufhin die Lusitania-Note ohne verständigende Zusätze an Deutschland übermittelt. Darin bestand Amerika bedingungslos auf dem Recht seiner Bürger, auf jedem Schiff zur See fahren zu können, auch auf bewaffneten Handelsschiffen einer kriegführenden Macht. Nun konnte sich die Reichsregierung keine Illusionen mehr über eine Neutralität der USA machen. Die Berliner *Vossische Zeitung* kommentierte die Scheinheiligkeit der amerikanischen *Forderungen* scharf: *»Die Verantwortung für den Tod so vieler amerikanischer Bürger, der in Deutschland von jedermann auf das tiefste bedauert wird, trifft in starkem Maße mit die amerikanische Regierung. Sie durfte nicht zulassen, dass Amerikaner als Schutzschild vor englische Konterbande gestellt wurden. Amerika hat sich hier von England in schmählicher Weise missbrauchen lassen. Und nun richtet es, statt England dafür zur Verantwortung zu ziehen, eine Note an die deutsche Regierung.«*[174]

Das internationale Recht bot keine Grundlage für den von den Vereinigten Staaten vertretenen Standpunkt, das Leben eines amerikanischen Bürgers sei unverletzlich, selbst wenn er sich an Bord eines wie auch immer einzustufenden Schiffes einer kriegführenden Macht befinde. Selbst England hatte während des russisch-japanischen Krieges seine eigenen Staatsbürger davor gewarnt, auf Schiffen kriegführender Mächte mitzureisen. Zudem hatten die

Eigner und Verantwortlichen der *Lusitania* gegen Abschnitt 8 der Passagier-Bestimmungen des Schifffahrtsrechts der Vereinigten Staaten verstoßen, das Verbot des Transports von jeglichen Explosivstoffen auf Passagierschiffen.[176]

In Deutschlands formeller Antwortnote wurden diese Argumente vorgetragen und der Tod der Opfer bedauert. Es wurde sogar eine Entschädigung angeboten. Als »widerrechtlichen Akt« wollte Berlin die Versenkung jedoch nicht bezeichnen. Der Angriff der *U-20* wurde nach Feststellung der Fakten als gerechtfertigt angesehen – als Beweis waren Fotografien der an britische Handelsschiffe ausgegebenen Befehle sowie ein Kommentar zur Geschichte und Bewaffnung des Schiffes beigelegt. Der Stellvertreter von Außenminister Bryan, Robert M. Lansing, erklärte nun aber Präsident Wilson, dass diese Kopien lächerliche Fälschungen seien – eine Untersuchung sei somit nicht gerechtfertigt. Doch Bryan setzte pflichtbewusst eine Kommission ein, die prüfen sollte, ob die Anschuldigungen der Deutschen stimmten und die *Lusitania* tatsächlich militärische Munition geladen hatte. Wilson aber entzog ihm das Vertrauen, auch wenn er noch bis in die ersten Junitage im Amt blieb. Das Ohr des Präsidenten hatte von nun an der hitzköpfige und anglophile Lansing.[177]

Bereits am nächsten Tag stellte sich nach Überprüfung der Ladepapiere heraus, dass die *Lusitania* tatsächlich Rüstungsgüter an Bord hatte. Wilson aber verfügte, dass ein entsprechender Bericht im Geheimarchiv des US-Schatzamtes unter Verschluss zu nehmen sei, und ließ Protokolle mit Aussagen überlebender Seeleute und Passagiere beseitigen.[178] Gemeinsam mit Lansing setzte er sodann eine Antwortnote auf, in der alle deutschen Vorwürfe zurückgewiesen wurden. Bryan indes weigerte sich, diese zu unterschreiben, und trat am 8. Juni 1915 zurück. Er hoffte, damit ein Zeichen zu setzen.

Bereits zwei Tage später bekräftigte der neue Außenminister Lansing in einer zweiten Lusitania-Note an die deutsche Regierung die Forderung nach Garantien für die Sicherheit US-amerikanischer Bürger auf unbewaffneten Handelsschiffen.

»Colonel« House, der während des gesamten Zwischenfalls in London weilte, gibt in seinen »Intimate Papers« aufschlussreiche Einsichten wieder. Seiner Meinung nach durften die USA nicht länger neutraler Beobachter bleiben. »*Es scheint mir klar*", schrieb er am 9. Mai in sein Tagebuch, »*dass die Lusitania lediglich der erste Zwischenfall einer Serie ist, der weitere folgen werden*«[179]. Zwei Tage nach seinem Telegramm an Wilson, in dem er ihn zum Kriegseintritt und zu einer schnellen Beendigung des Krieges drängte, legte er nach und prophezei-

te: *»Ihre nächste Tat wird höchstwahrscheinlich die Versenkung eines amerikanischen Passagier-Liners sein, als Begründung werden sie den Transport von Munition und ihre Warnung angeben, keine Schiffe in die Gefahrenzonen zu entsenden.«*[180]

House war sich einig mit seinen Freunden aus dem Umfeld der »Secret Elite« – Grey, Kitchener und Balfour – dass ein Kriegseintritt der USA unabdingbar sei. Am 12. Mai 1915 traf er im Kriegsministerium auf Lord Kitchener, der House an seinen Visionen teilhaben ließ: *»Mit verbündeten amerikanischen Truppen brauchen wir an der Westfront keine französischen Streitkräfte und können diese als Reserve nutzen.«*[181]

Am 14. Mai traf sich House zum Lunch mit Grey, der unter gewissen Bedingungen bereit war, die gegen Deutschland verhängte Blockade teilweise zu lockern, da die Verluste durch den U-Boot-Krieg beängstigende Formen angenommen hatten. Anschließend informierte House seinen Präsidenten über einen am 26. April 1915 geschlossenen Geheimvertrag Italiens mit den Alliierten, demzufolge Italien, eigentlich verbündet mit den Mittelmächten, nun auf alliierter Seite in den Krieg eintreten werde.[182] Italiens Kriegserklärung an Österreich erfolgte am 24. Mai 1915 (an Deutschland am 27. August 1916).

Wieder daheim, wagte House am 16. Juni gegenüber Lansing, seinem »Verbündeten im Geiste«, einen neuen Vorstoß und forderte ihn auf, dem Präsidenten die Unvermeidbarkeit eines Krieges mit Deutschland deutlich machen.[183] Es sollten jedoch noch 22 lange Monate vergehen, bis die Mehrheit der amerikanischen Nation von der Notwendigkeit des Kriegseintritts überzeugt war. Am 21. Juli ließ Wilson in einer Protestnote die Reichsregierung wissen, dass die USA von nun an Übertretungen neutraler Rechte durch deutsche U-Boot-Kommandanten, sofern sie amerikanische Bürger beträfen, als absichtlich unfreundlichen Akt betrachten müssten.

Aufregung über Mystery Ships

Noch wurden die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland aufrechterhalten. Womöglich war das ein Verdienst Graf von Bernstorffs, der in Washington versöhnlich auftrat. Aber noch eher darf angenommen werden, dass die im September 1915 bekannt gewordenen Gräueltaten des britischen »Mystery Ships« *Baralong*, die große Teile der amerikanischen Bevölkerung empörten, den Ausschlag gegeben hatten. Wilson und Lansing waren nun vorerst gezwungen, mit Fingerspitzengefühl zu agieren.

Was steckte dahinter? Die Versenkung britischer Schiffe durch deutsche U-Boote vor Frankreichs Nordwestküste bei Le Havre brachte Churchill auf die Idee, den Deutschen mit Köderschiffen, sogenannten Q-Ships oder Mystery Ships, eine Falle zu stellen. Die »U-Boot-Fallen« – mit Seeleuten der Royal Navy bemannte sowie mit getarnten Geschützen ausgerüstete Handelsschiffe – operierten vor den Küsten Irlands, Britanniens, Schottlands und Frankreichs, aber auch vereinzelt im Mittelmeerraum.[184] Eines davon, die *Baralong*, erregte am 19. August 1915 die Aufmerksamkeit der Welt. Geführt wurde es von Commander Godfrey Herbert, selbst ehemaliger U-Bootfahrer, bekannt als Einzelgänger mit Hang zu *»unkonventionellen Methoden«*.[185] An diesem Tag patrouillierte die *Baralong* entlang der westlichen Ausläufer der Scilly Islands, als ein Notruf des britischen Frachters *Nicosian* aufgefangen wurde. Das Schiff war vom deutschen U-Boot 27 gestoppt und die Besatzung, zu der acht US-Bürger gehörten, aufgefordert worden, in die Rettungsboote zu steigen, bevor es mit der Bordkanone versenkt wurde. Der aus Amerika kommende Frachter hatte Kriegsmaterial für die British Army geladen. In der Zwischenzeit näherte sich die *Baralong* mit gesetzten »Stars and Stripes« und dem Tarnnamen *Ulysses S. Grant* vorsichtig der Szenerie und versuchte, auf Schussweite heranzukommen.[186] Zusätzlich ließ Commander Herbert die internationale Notflagge setzen: »Ich rette Leben«, als weiteres Zeichen seiner ehrlichen Absichten. Ungehindert schob sich die *Baralong* geschickt hinter die *Nicosian*, deren 36-köpfige Crew bereits in den Beibooten saß.

Als *U-27* mit der Kanone auf den verlassenen Frachter zielte, ließ Herbert die *Baralong* in Sekunden in ein britisches Kriegsschiff verwandeln und feuerte umgehend 34 12-Pfund-Granaten in das U-Boot, das rasch sank. Erstaunlicherweise konnten sich zwölf Besatzungsmitglieder noch retten und schwammen zur *Nicosian*, welche zu ihrer Überraschung nicht untergegangen war. Herbert befahl sofort, das Feuer auf sie zu eröffnen, einige wurden noch an Deck der *Nicosian* liquidiert. Augenzeugen berichteten, dass Kapitänleutnant Wegener als Letzter im Wasser erschossen wurde, dabei seine Hände zur Kapitulation aus dem Wasser streckend.

In Deutschland erfuhr man vom Schicksal der *U-27* aus amerikanischen Tageszeitungen. Seeleute der *Nicosian* hatten bei ihrem Konsul in Liverpool eine Klage über die kaltblütige Ermordung der deutschen Seeleute eingereicht[187] und die Details des Hergangs nach ihrer Rückkehr in die Staaten publiziert.[188] Die britische Admiralität aber stritt nicht nur jedes Fehlverhalten Commander Herberts ab, sondern verlieh dem Kapitän der *Baralong* sogar demonstrativ das

»Distinguished Service Cross«.[189] Noch im Frühjahr 2000 wurde am Air Command and Staff College der Air University der Maxwell Air Force Base in Alabama die wissenschaftliche Arbeit »Q-Ships of the Great War« vorgelegt und darin bekräftigt, dass der Kapitän der Baralong rechtmäßig gehandelt habe.[190]

Präsident Wilson war sich unsicher, was er unternehmen sollte. »Colonel« House konnte ihn jedoch immer wieder erfolgreich auf Kriegskurs trimmen. Dazu bezeichnete er Deutschland als amoklaufende Nation und stellte Wilson die rhetorische Frage, ob es nicht notwendig sei, diese zu bändigen. Bernstorff hingegen versuchte noch immer, eine Eskalation zu verhindern, und teilte Lansing am 1. September mit, dass deutsche U-Boote von nun an Passagierdampfer nicht mehr ohne Warnung versenken würden, vorausgesetzt, der Dampfer würde weder zu fliehen noch zu kämpfen versuchen.[191]

Die britischen Seerechtsverletzungen wurden von Wilson weiterhin sanktioniert, die *Lusitania*-Frage aber noch offengelassen. Damit schuf er eine Lage, in der er jederzeit einen Krieg gegen Deutschland vom Zaun brechen konnte, wenn ihm der Zeitpunkt dafür reif erschien. Dem Kongress teilte er wiederum in seiner gewohnt nichtssagenden Sprache mit, dass seine Politik gegenüber dem Deutschen Reich, ganz wie die von 1913 gegenüber Mexiko, eine Politik des »Abwartens und Teetrinkens« sei.

Wilson zwischen Kriegsbefürwortern und -gegnern

Bereits im August 1914 sah Bryan die Gefahr, die von etwaigen Kriegsanleihen der »Morgan Company« an die Entente ausging. Jede Gruppe der Darlehensgeber müsste den Erfolg ihres Gläubigers durch Einflussnahme auf die Politiker und die Medien forcieren. Geld sei die schlimmste Konterbande, da man mit ihm alles machen könne. Finanzielle Interessen würden dann das Ergebnis des Krieges bestimmen. Damals war der Präsident noch einverstanden, als Bryan die entsprechende Anfrage des Bankhauses *J. P. Morgan & Co.* wie folgt beschied: »*Es gibt keine Begründung, warum Anleihen nicht für Regierungen neutraler Staaten ausgegeben werden, aber in der Rechtsauffassung dieser Regierung sind Anleihen zu im Krieg befindlichen ausländischen Nationen mit dem Geist der Neutralität unverträglich.*«[192]

Genau ein Jahr später stellte der US-Präsident die Rechtsauffassung Bryans auf den Kopf. Am 26. August 1915 ließ er Lansing diskret wissen, dass Kriegsanleihen für die Entente von ihm nun gebilligt würden.[193] US-Banken

verhandelten bereits mit Frankreich und England über eine 500-Millionen-Dollar-Anleihe, die im September zur Auszahlung kam. Die Party konnte steigen. Die Dollars sprudelten. Bis Kriegsende flossen insgesamt über 10 Milliarden an die Entente.

Colonel House war überzeugt, *»dass es für die USA schädlich wäre, wenn die Alliierten verlieren und Deutschland als den dominanten militärischen Faktor in der Welt übrig lassen würden«.*[194] Er eröffnete deshalb im Herbst 1915 dem Präsidenten die Alternative, entweder die U-Boot-Zwischenfälle als Kriegsgrund hinzustellen oder eine Friedenskonferenz einzuberufen, in der die USA diejenigen Gruppen unterstützen würden, die Europa von der militärischen Aggression befreien wollten. So wie heute das westliche Vorgehen in der Ukraine-Krise.

Anfang des Jahres 1916 hielt sich House wieder bei seinen Freunden in London auf. Sein randvoller Terminplan spiegelt die bedeutende Rolle wider, die er in jenen Tagen einnahm:

6. Januar	Konferenz mit Sir Edward Grey,
7. Januar	Lunch mit Botschafter Page,
8. Januar	Lunch mit Eric Drummon, dem Sekretär von Grey,
9. Januar	Dinner mit Page, Kolonialminister Andrew Bonar Law und Leverson Harris (Meinungsmacher),
10. Januar	Lunch mit Sir Edward Grey und Arthur J. Balfour,
11. Januar	Lunch mit dem Kanzler des Schatzamts, Reginald McKenna, sowie dem Präsidenten der Handelskammer, Walter Runciman[195]

Weitere Treffen mit Lloyd George, Austen Chamberlain, Staatssekretär für Indien und späterer Friedensnobelpreisträger, sowie nochmals mit Page folgten. Die Frage Chamberlains, was die United States für Great Britain zu tun gedachten, reichte der US-Botschafter an House weiter, der darauf antwortete: *»Die USA möchten wie Großbritannien solche Dinge tun, welche die USA in die Lage versetzen, den Sieg Englands zu ermöglichen.«* Darauf erwiderte Page formvollendet: *»Sie haben die Frage mit mehr Schlauheit beantwortet, als ich die Weisheit dazu habe.«*[196]

Bis zum 20. Januar setzte sich der Gesprächsreigen in London fort. Dann ging die Reise weiter nach Berlin, Genf und Paris. Von dort aus berichtete House am 3. Februar seinem Präsidenten, dass die deutsche Marine der Bevöl-

kerung verspräche, mit einem uneingeschränkten U-Boot-Krieg England zu isolieren. Nun war House erst recht beunruhigt darüber, dass Wilson wegen des Lusitania-Zwischenfalls nicht mit Deutschland gebrochen hatte.

Aufgrund der Verzögerung konnte es nun möglich werden, den ursprünglichen Plan für einen Eingriff auf dem europäischen Kontinent auszuführen.[197] Diese Äußerung belegt, dass es durchaus schon früh Interventionspläne gegeben haben muss, dass House allerdings die aktive Einmischung verhindern wollte, weil die USA damit als Aggressor dagestanden hätten. Wie im US-Bürgerkrieg sollte der Gegner den ersten Schuss abgeben.

Aus Deutschland konnte House Wilson mit interessanten Details versorgen und auf das Kriegsinteresse bestimmter Kreise hinweisen: Vor Kriegsbeginn habe Hindenburg als Pensionär 2000 Dollar erhalten, nun wären es rund 25 000. Dazu dürfe er noch in einem Palast leben. Und preußische Junker hätten vormals einem Tagelöhner 75 oder 80 Cents die Stunde bezahlt, nun ließen sie russische Kriegsgefangene für sechs Cents arbeiten. So könnten die Gutsherren ihre Produkte viermal teurer verkaufen. House schloss daraus: »*Sie sind an keinem Frieden interessiert.*«[198]

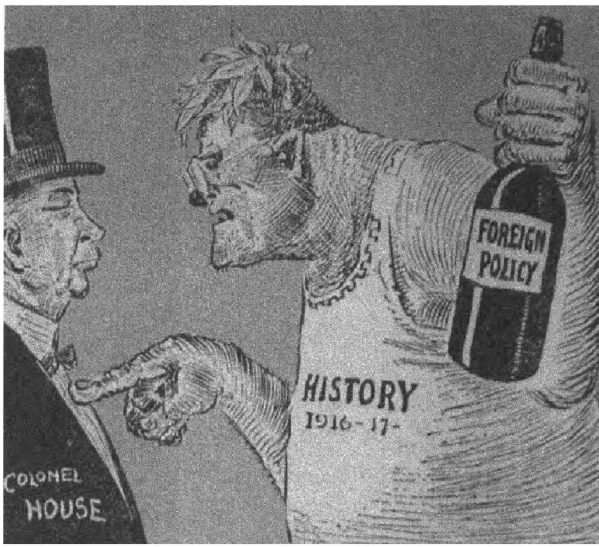
Am 9. Februar kehrte House von seiner Europareise heim und berichtete seinem Präsidenten, der soeben von einer Wahlkampftour durch den Osten und Mittelwesten zurückgekommen war. Mit seinen drei Propaganda-Reden in New York und der Abschlussrede in St. Louis sollte das Land auf die notwendigen Kriegsvorbereitungen eingestimmt werden. Die gebetsmühlenhafte Kriegsrhetorik von House hatte beim Präsidenten Früchte getragen. Einfluss genommen hatte auch die sogenannte »Preparedness-Bewegung«, die gezielt Kampagnen in Richtung Kriegseintritt förderte. Getragen wurde sie von privaten Organisationen, so etwa der »National Security League«, der »American Defense Society« oder dem »American Rights Committee«, und unterstützt von Männern wie Theodore Roosevelt, Henry Cabot Lodge und Henry L. Stimson, der bis 1913 Kriegsminister gewesen war.[199] Zum Kampagnenleiter war der Automobilentwickler und -fabrikant Howard E. Coffin berufen worden. Er hatte auch die Bestandsaufnahme der nationalen Industriekapazität durchgeführt und im »Naval Consulting Board« den Kriegseintritt der USA geplant. Wilson sollte ihn kurz darauf in das »Council of National Defense«, das inoffizielle Kriegskabinett des Landes, berufen.[200]

Doch vorerst musste Wilson im März 1916 eine Strafexpedition nach Mexiko entsenden. Die »Punitive Expedition« stand unter dem Kommando von General John J. Pershing (1860–1948), dem späteren amerikanischen

Oberbefehlshaber in Frankreich. In Mexiko fanden, wie auf dem europäischen Kriegsschauplatz, opferreiche und weiträumige Gefechtshandlungen statt – nur vermied man es dort, von einem Krieg zu sprechen.

1916 kandidierte Wilson für eine zweite Amtszeit. Nun galt es, auch die vielen deutschstämmigen Wähler zu gewinnen, welche sich durch seine Haltung in der Lusitania-Frage distanziert hatten. Also hieß es geschickt taktieren. Auf die Anordnung der deutschen U-Boot-Führung vom 29. Februar, gegen bewaffnete Handelsschiffe schärfer vorzugehen, reagierte der Kongress nachsichtiger als im Jahr zuvor: Die sogenannte »Gore-Resolution« – amerikanische Bürger sollten vor Reisen auf bewaffneten Handelsschiffen gewarnt werden – wurde im Senat und im Repräsentantenhaus mit deutlicher Mehrheit angenommen.

In Deutschland entließ der Kaiser kurzerhand den Leiter des Reichsmarineamtes, Großadmiral von Tirpitz, weil dieser den »uneingeschränkten U-Boot-Krieg« wieder aufzunehmen gedachte.[201] Das löste in Großbritannien Jubel aus. Die Londoner Börse verzeichnete eine Hausse, zugleich fielen die Kurse der Schiffsversicherungen. Das Londoner Witzblatt *Punch* brachte eine ähnliche Karikatur wie schon nach Bismarcks Entlassung: Anstatt »Lotse von Bord« hieß es aber bei Tirpitz »Pirat von Bord«. Der in Montgomery/Alabama erscheinende *Advertiser* brachte dagegen eine hintersinnige Karikatur über den Einfluss des Präsidentenberaters (siehe Abb. rechts).



»Come on, now! Gimme the Opener!«: Die Geschichte verlangt von House die Aufklärung seiner Außenpolitik (Cartoon aus dem Advertiser, erschienen am 14. April 1916)

Die vorsichtigen Entspannungsbemühungen wurden im wahrsten Sinne des Wortes torpediert: Zwischen dem 9. und 29. März 1916 schickte die deutsche Kriegsmarine acht Schiffe auf den Meeresgrund. Betroffen waren auch die

USA, weil bei der Versenkung des unbewaffneten französischen Kanaldampfers *Sussex* am 24. März drei Landsleute verletzt wurden.[202] Wilson verlangte vom Deutschen Reich Aufklärung. Doch dort bestätigte man am 11. April lediglich den Angriff auf die *Englishman*, die *Eagle Point* und die *Manchester Engineer*, die Versenkung der *Sussex* indes wurde dementiert. Daraufhin stellte Wilson am 18. April Deutschland ein , in dem er mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohte, falls der U-Boot-Einsatz mit warnungsloser Versenkung von Handelsschiffen fortgesetzt würde. Nun lud der US-Kongress Wilson vor und verlangte eine Erklärung über die Notwendigkeit dieses s.

Die Reichsregierung wiederum antwortete am 4. Mai mit dem sogenannten »Sussex-Versprechen«: Der U-Boot-Krieg sollte fortan strikt im Sinne des Völkerrechts nach den Regeln der Prisenordnung geführt werden. Dazu mussten die Schiffe angehalten und auf Konterbande untersucht werden. Da jetzt vor einer Versenkung auch für die Sicherheit von Passagieren und Besatzung zu sorgen war, versprach ein U-Boot-Krieg gegen Handelsschiffe keinen Erfolg mehr. So befahl Admiral Reinhard Scheer (1863–1928) die U-Boote aus den westlichen Seegebieten zurück. Der Kaiser wollte stattdessen eine energische Offensive gegen britische Kriegsschiffe starten.

Im Gegenzug erwartete die deutsche Regierung nun von den Vereinigten Staaten entsprechenden Druck auf Großbritannien, das fortan auch den etablierten Regeln des internationalen Seerechts zu folgen hätte. Die Blockade sollte zurückgenommen und damit die Freiheit der See gesichert werden. Wilson war jedoch nicht bereit, die Briten dazu zu bewegen. Nach den Plänen Admiral Scheers sollte daher nun die deutlich überlegene britische »Grand Fleet« bis zur Parität geschwächt werden. Während die U-Boote die Einfahrten britischer Flottenstützpunkte zu überwachen und benachbarte Seegebiete zu verminen hatten, sollten Überwasserstreitkräfte mittels Fallen und Tricks Teile der Grand Fleet vom Rest abzuschneiden.

Scheers Gegner, Admiral John Jellicoe (1859–1935) wollte sich nicht auf diese Indianerspiele einlassen und suchte die direkte Konfrontation. Am 31. Mai entwickelte sich im Skagerrak die gewaltigste Schlacht der Seekriegsgeschichte: 254 Schiffe trafen aufeinander. Jellicoe führte 37 Großkampfschiffe (Schlachtschiffe und Schlachtkreuzer) gegenüber 21 deutschen ins Gefecht, wobei die Überlegenheit der Schiffsartillerie noch größer war.[203] Nach der Schlacht waren noch 24 britische und zehn deutsche Schlachtschiffe einsatzfähig, was dem Kräfteverhältnis vor der Schlacht entsprach und Jellicoes Unvermögen aufzeigt, die gesamte deutsche Flotte zu vernichten. Die deutschen

Kampfschiffe dampften in ihre Häfen zurück, wo sie bis Kriegsende verblieben, während die englische Blockade weiterging. Trotz der zahlreichen Toten und Verletzten hatte sich an der strategischen Gesamtsituation nichts geändert.

Derweil gingen in den USA die Kriegsvorbereitungen weiter. Im Juni wurde der »National Defense Act« verabschiedet: Er sah in den kommenden fünf Jahren eine Vergrößerung der Armee sowie der Nationalgarde vor. Mit dem »Naval Appropriations Act« sollten dann innerhalb von drei Jahren 10 Schlachtschiffe, 6 Schlachtkreuzer, 10 Aufklärungskreuzer, 50 Zerstörer, 9 Hochsee-U-Boote, 58 Küsten-U-Boote und 14 andere Kriegsschiffe gebaut werden.[204] Dafür wurde die für Friedenszeiten unerhörte Summe von insgesamt 313 Millionen Dollar bewilligt.[205] Das Kriegsfieber stieg weiter. Wilson war überzeugt, dass die USA für die Zeit nach dem Krieg einer schlagfertigen Landmacht bedürfe. Noch reichten die Streitkräfte nur aus, um in Mexiko zu kämpfen und am 29. Juni 1916 erneut in Haiti zu landen.

Darüber hinaus wurden in ganz Nordamerika »Preparedness-Umzüge« zelebriert. Am 14. Juni 1916 führte Wilson selbst, mit der US-Flagge in der Hand, die Marschierer in der Washingtoner Pennsylvania Avenue an. In San Francisco sponserten die Geschäftsleute der Stadt die »Preparedness Parade« vom 22. Juli. Der Appell an das patriotische Gefühl funktioniert bei vielen, aber

Eine Fliegergruppe marschiert für den Kriegseintritt der USA in der »Preparedness Parade« in Norfolk, Virginia, 1916

nicht bei allen; zahlreiche friedensbewegte Einwohner distanzierten sich von dem Vorhaben, in den Krieg zu ziehen. Darunter waren Isolationisten, Angehörige der Arbeiterschaft oder auch Mitglieder radikaler Organisationen wie etwa den »International Workers of the World«. Auch William Jennings Bryan zählte zu den öffentlichen Kritikern. Für ihn standen hinter den kriegstreibenden Umzügen die Finanziers und Fabrikbesitzer der Stadt, die aus Eigennutz handelten, da sie von einer erhöhten Produktion von Munition profitierten.

Obwohl die Gewerkschaften San Franciscos zum Boykott aufgerufen hatten, setzte sich um 13 Uhr 30, zur besten Arbeitszeit also, die Spitze der Parade von insgesamt 51 329 Teilnehmern, darunter 52 Bands und 2134 Organisationen, mit militärischen, zivilen, Justiz-, Landes- und Kommunalbereichen sowie Zeitungen, Telefon, Telegrafen- und Straßenbahngewerkschaften, in Bewegung.[206] Durch eine in der Nähe des Ferry Buildings detonierte Kofferbombe kamen zehn Passanten um, 40 weitere wurden verletzt. Als mutmaßliche Täter wurden zwei »radikale« Arbeiterführer – Thomas Mooney und Warren K. Billings – verhaftet. Während Mooney zum Tod verurteilt wurde, kam Billings, gerade 20 Jahre alt, mit lebenslänglicher Haft davon. Der Einsatz bestochener »Zeugen« war so offensichtlich, dass Präsident Wilson eine Untersuchungskommission einsetzen musste. Es stellte sich schließlich heraus, dass die Handelskammer von San Francisco hinter dem Skandal steckte. Am Ende wurde die Todesstrafe Mooneys in lebenslange Haft umgewandelt. Erst 1939 wurde das Urteil revidiert. Die wahren Täter wurden indes nie gefunden. Der Kampf gegen die Gewerkschaften diente vor allem den Kriegsprofiteuren aus Industrie, Handel und Bankwesen.

Am 6. Oktober 1916 läutete Berlin die dritte Phase des U-Bootkrieges unter Beachtung der Prisenordnung ein. Innerhalb weniger Tage versenkte *U-53* vor der amerikanischen Ostküste, allerdings noch in internationalen Gewässern, sechs Frachter.[207] Proteste seitens der USA blieben aus. Trotz der karnevalesken Umzüge der »Preparedness«-Bewegung schienen große Teile der Bevölkerung die wahren Zusammenhänge zu erkennen. In Deutschland wiederum war in Armee- und Marinekreisen wie auch in der Bevölkerung ein fester Glaube zu erkennen, dass durch einen uneingeschränkten U-Boot-Krieg England isoliert werden könne, schrieb House am 14. Oktober an Grey. Und fügte hinzu: »*Die deutsche Regierung ... ist gegen diese Politik, aber es ist zweifelhaft, ob sie sich gegen diese Flut länger stemmen kann.*«[208]

In den USA waren noch immer große Teile der Bevölkerung gegen einen Kriegseintritt. Dem trug Wilson im Wahlkampf seiner demokratischen Partei Rechnung und focht weiterhin für Neutralität. Die progressiv-pazifistischen Kräfte innerhalb der Republikaner aber, die Anhänger Bob LaFollettes, wurden von den Massenmedien seit Kriegsbeginn derart verleumdet, dass der Parteikonvent nicht anders konnte, als den anglophilen und leicht lenkbaren Kandidaten Charles Evans Hughes zu nominieren.

LaFollette nach steckten die sich nur vordergründig bekämpfenden Präsidentschaftskandidaten mit J. P. Morgan und J. D. Rockefeller unter einer Decke. Die beiden Finanzoligarchen hätten *»lange vor der offiziellen Wahl-Kampagne mit deren unechtem pazifistischem Thema bereits entschieden, dass der offizielle Kriegseintritt der USA eine absolute Notwendigkeit sei, um die Profite für die Morgan- und Rockefellerschen Anleihen an die Alliierten sicherzustellen«*[209] Dem Slogan der Demokraten *»Er hielt uns aus dem Krieg heraus«* (»He has kept us out of war«)[210] konnte Hughes nichts entgegensetzen. Der frühere republikanische Gouverneur von New York wurde zwar auch noch von Theodore Roosevelt unterstützt; dessen laute Kriegstreiberei schadete ihm jedoch nur.

Bei einer Wahlbeteiligung von lediglich 55 % entfielen 9 129 606 Stimmen auf Wilson und 8 538 221 auf Hughes. Im Repräsentantenhaus war die demokratische Mehrheit ebenfalls deutlich zusammengeschmolzen, obwohl Wilson im Herbst 1916 nach wie vor nach friedlichen Lösungen gesucht hatte. Doch seine Aufrufe zu einem »Frieden ohne Sieg« waren ohne positive Antworten seitens der Kriegführenden verhallt.[211] Wenig verwunderlich, wo doch auch Wilson engste Berater auf Kriegskurs blieben.

House etwa lehnte stur alle Vermittlungsversuche ab, die nicht die Billigung der Alliierten hatten. Deutschland hielt er nicht für friedensfähig. Für ihn wären die Berliner Friedensvorschläge im Herbst 1916 einem deutschen Sieg gleichgekommen.[212] Am 20. November 1916 notierte House: *»Bevor die Deutschen uns mit Absicht in die Ecke der U-Boot-Kontroverse drücken, um uns zur Intervention zu zwingen, ziehen wir lieber gleich gegen sie in den Krieg.«*[213]

Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg – ein Politikum

Ende 1916 zeigte der Verlauf des Krieges im zurückliegenden Jahr trotz der erfolgreich abgeschlossenen Offensive gegen Rumänien, dass er auf Dauer für Deutschland und seine Verbündeten angesichts der Überlegenheit des Gegners

an Menschen und Material nicht zu gewinnen war. Auch drängte der Nachfolger des am 21. November verstorbenen Kaisers Franz Joseph auf einen baldigen Friedensschluss. Karl I. musste angesichts der sich immer stärker auflehnenden einzelnen Nationalitäten den Zusammenbruch der kaiserlich-königlichen Donaumonarchie befurchten.

Vor diesem Hintergrund teilte Reichskanzler Bethmann Hollweg am 12. Dezember dem Reichstag mit, dass der deutsche Kaiser zu Friedensverhandlungen bereit sei. Dessen erstes Friedensangebot an die Alliierten wurde in einer gemeinsamen Antwortnote der Ententemächte am 30. Dezember abgelehnt. Darin hieß es lapidar, man wolle sich nicht mit einem Vorschlag ohne Aufrichtigkeit und Bedeutung befassen. Vermuteten die Alliierten ein Propagandamanöver? Sahen sie in dem Angebot ein Zeichen von Schwäche oder Verzagtheit? Oder zeichnete sich gar ein Endsieg der Alliierten ab, mit Aussicht auf territoriale Gewinne und Reparationszahlungen?

Zehn Tage zuvor hatte Wilson den kriegsfuhrenden Parteien vorgeschlagen, die USA als Clearing-Stelle zu nutzen und ihre Friedensbedingungen bekannt zu geben.[214] Die deutsche Regierung hatte am 27. Dezember zwar noch keine genauen Bedingungen genannt, aber die Bereitschaft zur Mitwirkung an einer Friedenskonferenz gezeigt. Nun legte die Entente am 10. Januar 1917 ihre Friedensforderungen auf den Tisch: Frankreich forderte die Zerschlagung des Deutschen Reichs (»Écrasement«) und die Rückgabe Elsass-Lothringens. Großbritannien wollte Deutschlands weltpolitische Stellung einschränken (»Containment«). Dazu sollten die deutschen Kolonien aufgeteilt, die Flotte zerstört und der Außenhandel begrenzt werden. Weiter drängte Großbritannien auf die Wiederherstellung der Eigenständigkeit Belgiens, Serbiens und Montenegros. Russland forderte neben der Räumung der besetzten Gebiete die Wiedereingliederung Polens. Auch sollte das Nationalitätenprinzip umgesetzt werden: Loslösung der Italiener, Tschechen, Slowaken, Rumänen, Südslawen von Österreich-Ungarn und Befreiung der unter türkischer Herrschaft stehenden Völker. Von Friedenswillen keine Spur. Wie konnten dann im Jahr 1919 die Pariser Vorortverträge noch überraschen?

In dieser Situation entschloss sich das Deutsche Reich zur Fortsetzung des Kampfes. Die Forderung nach dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg brachte Bethmann Hollweg jedoch in eine Zwickmühle. Während Admirale und Generale ihn ermahnten, sich standhaft zum U-Boot-Krieg zu bekennen, beschworen ihn einige Reichstagsabgeordnete und Diplomaten, davon abzulassen.

Am 9. Januar schrieb Wilson an House: »*Die Deutschen wollen eine Friedenskonferenz in der Absicht, einen Separatfrieden mit Frankreich und Rußland zu machen, und zwar zu guten Bedingungen. Dann hoffen sie, England mittels des U-Boot-Krieges zu besiegen, später werden sie sich einzeln die Skalps von Japan, Rußland und Frankreich holen.*«[215]

Am gleichen Tag fiel die Entscheidung für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg. Das deutsche militärischen Führungsduo Hindenburg – Ludendorff hatte ihr Ziel erreicht: Reichskanzler Bethmann Hollweg musste dem Druck nachgeben. Erstaunlicherweise fand die U-Boot-Politik der Militärs überwältigende Unterstützung im Reichstag, sogar seitens der marxistischen Sozialisten.[216] Nun sollten sämtliche Handelsschiffe in einem weiträumigen Sperrgürtel um die britischen Inseln ohne Vorwarnung versenkt werden.

Am 22. Januar forderte Wilson vor dem Senat eine »Liga für den Frieden«: »*Zuerst muss dieser Krieg beendet werden. Die Staatsmänner beider verfeindeten Lager haben mir gesagt, dass es nicht in ihrer Absicht lag, ihre Gegner zu zerstören. Das heißt, dass es vor allem ein Frieden ohne Sieg sein muss.*«[217]

Das rief unverzüglich Botschafter Walter Hines Page auf den Plan, der aus London an Wilson schrieb: »*Lieber Herr Präsident, die Erfahrung, die ich bezüglich der geistigen Verfassung dieses Landes* (Großbritannien, Anm. d. Verf.) *habe, lässt mich befürchten, dass Ihr Gebrauch des Wortes ›Sieg‹, wenn Sie ihn nicht genauer definieren, falsch ausgelegt und als eine Bemühung, das Ergebnis des gegenwärtigen Krieges zu beeinflussen, oder sogar als Vermittlung zugunsten Deutschlands angesehen wird.*«[218] Hinsichtlich der Friedensliga gab Page zu bedenken: »*Der englische Premier Lloyd George befürchtet, dass ein Völkerbund bedeuten könnte, theoretisch zumindest, dass im Krisenfall das Kommando über die britische Flotte an einen Offizier einer anderen Nation übergeben werden müsste. Das ist undenkbar für jeden rechtschaffenen Sohn der Insel. Allein die theoretische Möglichkeit einer solchen Frage blockiert die Briten völlig und hindert sie, auch nur eine Prüfung in Erwägung zu ziehen, ob das überhaupt wahrscheinlich ist.*«[219] In heutiger Zeit gilt das gleichermaßen für die Vereinigten Staaten: Für sie wäre es jenseits des Vorstellbaren, dass US-Truppen unter dem Oberbefehl einer anderen Nationalität stehen.

In dieser Phase des Taktierens erlebte das deutsche Volk die schlimmsten Hungerwochen – den sogenannten Steckrübenwinter, in dem es nichts anderes als die benannte Frucht zu essen gab in den vielfältigsten Variationen.[220] Angesichts dessen zeigte die Reichsregierung nochmals Initiative in Richtung Frie-

den. So wurde dem amerikanischen Botschafter am 31. Januar 1917 neben der offiziellen Note einen geheimer Brief übergeben. Darin versichert Bethmann Hollweg, dass man sofort bereit sei, die nächste U-Boot-Schlacht abzublasen, falls Wilson seine Meinung überprüfen und doch für einen Vernunftfrieden – wie im Jahr 1916 versprochen – einträte.[221] Dieser jedoch informierte am 3. Februar den Kongress über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland.[222] Der nächste Schritt in Richtung Krieg.

Um weltweit die Juden auf die Seite der Entente zu ziehen, führte die britische Regierung am 7. Februar 1917 mit dem Zionistenfuhrer Chaim Weizmann (1874–1952) Gespräche über eine jüdische Besiedlung Palästinas – dieses Gebiet gehörte zu diesem Zeitpunkt zum Osmanischen Reich und wurde erst 1917/18 von den britischen Truppen erobert. Anschließend wurde es britisches Protektorat. Am 26. Februar wurde Colonel House über eine vom britischen Geheimdienst dechiffrierte Weisung an den in Mexiko weilenden deutschen Minister Julius von Eckhardt informiert, dass er für den Kriegsfall mit den USA eine deutsch-mexikanische Allianz anstreben solle. Sie datierte vom 16. Januar und war vom deutschen Unterstaatssekretär Zimmermann abgezeichnet. Mexiko könne bei der Rückeroberung von New Mexiko, Texas und Arizona mit der Hilfe Deutschlands rechnen.[223]

Diese Meldung half, die Vereinigten Staaten endgültig in den Krieg zu ziehen. Das Telegramm hatte dermaßen starke Auswirkungen auf die amerikanische Meinung wie keine andere einzelne Analyse verschlüsselter Texte, so David Kahn, Autor des Buches »The Codebreakers«. *»Ich bin nicht überrascht, dieses Telegramm bezüglich des deutschen Vorschlags an Mexiko zu lesen«*, schrieb House einen Tag später an Wilson, *»und ich bin außerordentlich froh darüber, dass diese Pläne genügend Ärger hervorrufen werden, um in unserer Absicht die öffentliche Aufmerksamkeit für den Fall von Feindseligkeiten beanspruchen zu können. Ich hoffe, dass Sie morgen das Telegramm veröffentlichen werden. Es wird einen profunden Eindruck beim Kongress und im Land hinterlassen.«*[224] Mit dieser Einschätzung hatte House sogar noch untertrieben.[225]

Der Bitte seines Beraters kam Wilson unmittelbar nach und nutzte die Gelegenheit, die amerikanische Öffentlichkeit mit der Bewaffnung von Handelsschiffen zu überraschen. Doch der Senat wies am 4. März diesen Antrag zunächst zurück. Trotzdem verkündete Wilson am Abend des 9. März die Bewaffnung der Schiffe und ordnete an, ohne Warnung auf U-Boote schießen zu lassen. Bei dieser umstrittenen Entscheidung musste sich Wilson auf ein jahrhundertealtes Gesetz gegen Seeräuberei stützen.

Anfang März 1917 liefen bestürzende Meldungen im Oval Office ein. Meutereien im französischen Heer sowie Mutlosigkeit und Defätismus im Hinterland würden die Kampfkraft erheblich schwächen. Außerdem zeichnete sich allmählich der Zusammenbruch Russlands ab. Und auf hoher See schien Deutschland das Rennen zu machen. Als im Februar und März 1917 die U-Boote zusammen über 1,1 Millionen und im April 881 000 Bruttoregistertonnen gegnerischen Schiffsraum versenkt hatten, besaß England nur noch Nahrungsvorräte für sechs bis acht Wochen.[226] Hatte man anfangs den Beistand für die Alliierten auf Geld, Schiffsraum und Güternachschub beschränken wollen, verlangten nun London und Paris vor allem auch Truppenhilfe.

Zugleich erforderte die Situation ein schnelles Handeln von Wilson. Sollte die provisorische Regierung unter Fürst Lwow scheitern, drohte Russland in die Hände der Bolschewiken zu fallen. Was sollte geschehen, wenn dieser Staat und sein ausgeblutetes Volk nicht weiterkämpften und Deutschland infolgedessen alle Kräfte gegen die großenteils von Amerika finanzierten Westalliierten wenden konnte? Ein Sieg Deutschlands musste mit allen Mitteln verhindert werden, denn ein Zusammenbruch des J.-P.-Morgan-Imperiums mit seinen immensen Kriegsanleihen war in diesem Fall nicht mehr auszuschließen. »*Der Kriegseintritt*«, schrieb Page, »*ist wahrscheinlich die einzige Möglichkeit, unsere gegenwärtige wirtschaftliche Position zu halten und eine Wirtschaftskrise zu verhindern.*«[227]

Am 21. März 1917 schließlich stimmte Wilsons Kabinett einstimmig für den Kriegseintritt, und am 2. April 1917 bat der Präsident in einer kaum zu überbietenden Kriegsrhetorik den versammelten Kongress erfolgreich um die Kriegserklärung an das Deutsche Reich. Die Bewaffnung der amerikanischen Handelsschiffe hatte er schon am 9. März angeordnet. Anschließend dauerte es nur drei Tage, bis deutsche U-Boote das US-Schiff *Algonquin* versenkten und am 16. März noch die *City of Memphis, Illinois* und *Vigilancia.* Im Zusammenhang mit der öffentlichen Verkündung des amerikanischen Präsidenten mussten die deutschen U-Boote davon ausgehen, dass die Schiffe längst aufgerüstet waren. Nur zwei Wochen später stellte Wilson im Kongress in seiner Kriegsrede die Versenkungen als Verbrechen gegen die Menschheit hin. Da die Weichenstellung für einen Krieg im Allgemeinen länger als 16 Tage braucht, kann man davon ausgehen, dass dies nur ein vorgeschobener Grund für die Kriegserklärung war.

Zu den wichtigsten, intelligentesten und sicherlich auch integersten amerikanischen Politikern zählt Senator J. William Fulbright. Als Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des amerikanischen Senats hielt er sensationelle Hearings ab, in denen er die Verantwortlichen der amerikanischen Politik ohne Rücksicht auf die eigene Person zur Rede stellte. Zivilcourage kann ihm sicherlich nicht abgesprochen werden. Als Patriot sah Fulbright den Kriegsgrund in einem der historischen Grundsätze Amerikas, dem »*Prinzip der Freiheit der Meere, für das wir 1812 und 1917 in den Krieg eingetreten waren*«[228]. 1812 marschierten die Vereinigten Staaten in Kanada ein – zur Verteidigung der Freiheit der Meere? Und 1917 war der U-Bootkrieg nur eine Antwort auf die britische Seeblockade – Freiheit der Meere? Der U-Boot-Krieg als Vorwand für den Kriegseintritt scheint genauso vorgeschoben zu sein wie die Sklaverei, die zwei Generationen zuvor im amerikanischen Bürgerkrieg als Vorwand für die Aggression des Nordens gegen den Süden diente. Bis zum Kriegseintritt hatten die USA an England und Frankreich 2,3 Millionen Dollar ausgeliehen. Der Handel mit den Alliierten war bis dahin dreißigmal so umfangreich wie jener mit den Mittelmächten. So kann man mit Fug und Recht den wahren Grund in der Macht des Geldes vermuten.

Kriegspropaganda überschwemmt die Staaten

Die USA sollten die Briten propagandistisch bald überflügeln. Hatte Wilson noch fünf Wochen zuvor den Senat für einen »Frieden ohne Sieg« gewinnen wollen, so glich er geschickt seine Konzeption der Kreuzzugsstimmung der Volksmassen an. Als Beweggrund für das Eingreifen der Vereinigten Staaten mussten nun ideologische Gesichtspunkte herhalten.[229] Die Deutschen stilisierte er zum Feind der Welt, zum Bösen schlechthin. Die britische Blockade und der deutsche U-Boot-Krieg waren für Wilson nie vergleichbar: Kamen doch nur durch die U-Boote unschuldige amerikanische Bürger um. Nachrichten über britische Versenkungen schwedischer oder anderer neutraler Schiffe in der Ostsee durften in der Presse der USA nicht erscheinen.

Von den 32 Millionen im Ausland geborenen Amerikanern oder deren Kindern hatten 10 Millionen Verbindungen zu den Mittelmächten. Diese standen verständlicherweise mit dem Herzen auf der Gegenseite. Besonders galt das für diejenigen deutscher Abstammung, etwa ein Fünftel der Nation. Zu ihnen stießen die irischstämmigen Amerikaner (Iro-Amerikaner), denen an einer Niederlage Englands gelegen war. Vor diesem Hintergrund kam der

geistigen Mobilisierung ebenso viel Gewicht zu wie den militärischen und den wirtschaftlichen Anstrengungen.

Am 13. April 1917, eine Woche nach Kriegserklärung, hob Wilson die Propaganda-Organisation »Committee on Public Information« (CPI) aus der Taufe und stellte den jungen Journalisten George Creel an deren Spitze. Jener sorgte dafür, dass sich das CPI ganz gezielt auf die Verbreitung antideutscher Feindbilder und damit die Stärkung des »Amerikanertums« als Schutz gegen alles feindliche, böse »Deutsche« konzentrierte. Für die vielfältigen Aufgaben des CPI – Zensur, Verfassen und Verteilen von Pressemitteilungen, Broschüren mit überwiegend antideutschem Inhalt und vieles mehr – rekrutierte Creel wiederum Mitstreiter aus dem Unternehmertum, den Medien, den Hochschulen und dem Bereich der Kunst. Boten sich doch zur besseren Manipulation beider Hirnhälften groteske Gräuelbilder an, während auf der anderen Seite doch ein Kreuzzug für die Demokratie geführt werden sollte. Damit ließen sich die Massen in eine regelrechte Kriegshysterie versetzen. Das war der Beginn einer Dynamik aus Hetzpropaganda und Gesetzen, mit denen die Grenzen der Freiheit in den USA immer enger gezogen werden konnten – bis heute: Man denke nur an den »Patriot Act«, der 30 Tage nach dem 11. September erlassen wurde.

Schriftsteller und Gelehrte stellten sich als »Four-Minute-Men« in den Dienst dieser Massenverdummung: In vier Minuten, in denen die Filmrollen in den Kinos gewechselt wurden – daher der Name–, indoktrinierten diese »Einpeitscher« die Zuhörer. Auch in Theatern, Kaufhäusern und Kirchen hielten sie ihre Ansprachen gegen LaFollette und den Kaiser.[230] Landauf landab im Einsatz, emotionalisierten nicht weniger als 75 000 gelehrte »Eiferer« in mehreren Millionen Reden über 300 Millionen Amerikaner. Am nachfolgenden Beispiel kann die emotionalisierende Wirkung einer solchen Vier-Minuten-Rede vom Leser selbst nachempfunden werden:

»Damen und Herren, soeben wurde ich informiert, dass ein deutscher Spion unter uns ist – ein deutscher Spion beobachtet uns! Er ist unter uns, irgendwo hier, und erstattet Bericht über Euch und mich. Er schickt Berichte und erzählt den Deutschen haarklein, was wir mit den ›Freiheits-Anleihen‹ machen. Von jedem Teil des Landes haben diese Spione Berichte nach Potsdam geschickt – keine allgemeinen Berichte, sondern Details –, wo die Anleihe erfolgreich ist und wo nicht und was die Leute in der jeweiligen Gemeinde dazu sagen. So, ich hoffe, dass diese Spione ihre Botschaften unmittelbar formulieren, dass sie Potsdam wissen lassen, dass Amerika den Autokraten diese Antworten entgegenschleudert: Für den Verrat hier, versuchten Verrat in

Mexiko, Verrat überall – eine Milliarde! Für die Mörder amerikanischer Frauen und Kinder – eine Milliarde mehr. Für das gebrochene Vertrauen und das Versprechen, noch mehr Amerikaner zu ermorden – Milliarden und Milliarden mehr. Und dann werden wir aufrechnen im weltweiten Kampf für die Freiheit, unser Beitrag – Milliarden und Milliarden und Milliarden und endlose Milliarden. Der deutsche Spion soll nicht hören und berichten, dass Sie ein Schwächling sind! Denn die deutsche Regierung macht sich Sorgen über unsere großen Anleihen. Und die Junker fürchten seine Wirkung auf die deutsche Moral. Sie legen diesen Monat ebenfalls eine Anleihe auf. Wenn die US-Bürger ihre Milliarden hergeben, jeder Einzelne und alle mit einem Hip-Hip-Hurra, dann heißt das: Amerika ist einig und stark. Geld bedeutet jetzt alles, schnellen Sieg und daher weniger Blutvergießen. Wir sind bereits im Krieg, und jetzt müssen Amerikaner einhellig zu den ›Freiheits-Anleihen‹ stehen.«[231]

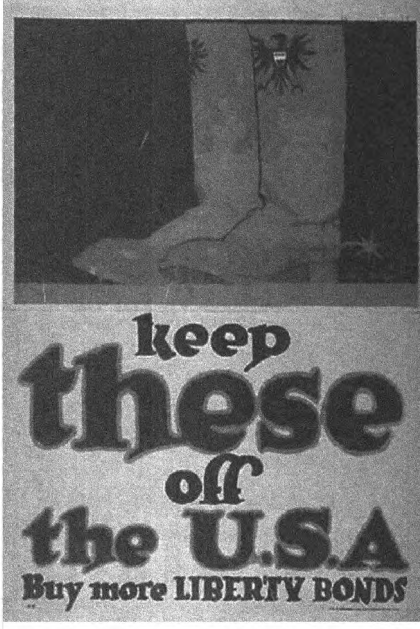
Neben den Reden wurden über 100 Millionen, in verschiedenen Sprachen gedruckte Pamphlete verteilt. Diese heuchlerische Hasspropaganda überschwemmte die amerikanische Öffentlichkeit so wirkungsvoll, dass sie noch über Generationen fortwirken sollte. Amerika 1917 – ein Tollhaus des Kriegsfiebers! In den Fieberanfällen kam es zu Attacken auf Pazifisten, Kritiker und andere suspekte »Elemente«. Manchmal genügte schon ein deutscher Name für schwerste Anschuldigungen, und für unamerikanische Umtriebe griff die Selbstjustiz schon mal nach dem Strick. Vernebelte Patrioten strichen die deutsche Sprache vom Lehrplan, untersagten Aufführungen deutscher Musik bzw. Opern und nannten Straßen, Gebäude oder auch Städte mit deutschen Namen um. Demonstrationen gegen die deutsche Kultur wurden gefordert.[232] Ein aufgehetzter Mob zerstörte die Denkmäler deutscher Einwanderer. Dazu wurde die englische Sprache von deutschen Worten gesäubert: Aus dem im Englischen verwendeten Wort Sauerkraut wurde »Liberty Cabbage« (Freiheitskohl), aus dem »Hamburger« »Liberty Sandwich«.[233] Anfang unseres Jahrhunderts erinnerte man sich wohl an diese Maßnahmen: Als Frankreich im März 2003 den USA die Unterstützung der strittigen UN-Irak-Resolutionen versagte, wurde es unmittelbar mit Liebesentzug bestraft: Auf der Speisekarte im Restaurant des amerikanischen Abgeordnetenhauses wurden »French fries« in »Liberty fries« und »French toast« in »Liberty toast« umbenannt.[234] Französischer Sekt wurde öffentlich in die Kanalisation geschüttet.

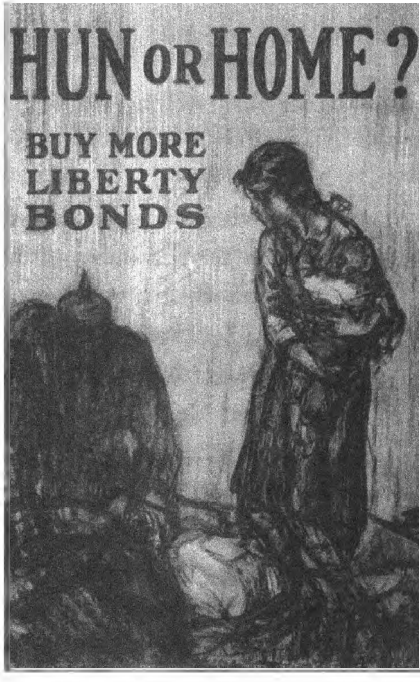
1917 setzte die US-Regierung alles daran, die Bürger in großem Maßstab für ihre Absichten zu manipulieren, und nutze die technische Werbung mit subti-

lem Einsatz psychologischer Mittel. Hier wird deutlich, dass sich ein demokratischer Staat in seinen Propagandamitteln keineswegs von einem totalitären unterscheidet. Die Abteilung »Bürgerliche und pädagogische Zusammenarbeit« des CPI verließ sich auf einflussreiche Gelehrte, die Pamphlete wie »The German Whisper«, »German War Practices« sowie »Conquest and Culture« verfassten, während für die Bildwerbung die talentiertesten Illustratoren und Cartoonisten eingespannt wurden.

Großzügig stellten Zeitungen und Magazine dafür Seiten zur Verfügung, während die Filmindustrie den Krieg im Kino verherrlichte und den Gegner dämonisierte.[235] Der Streifen »To Hell With The Kaiser«[236] etwa emotionalisierte die Kinogänger derart, dass sich Krawalle entzündeten und die Polizei eingreifen musste. Im Film »Prussian Cur« kreuzigen deutsche Soldaten einen gefangenen Kanadier an einem Hoftor.[237]

In Wilsons Kriegspolitik erkennt der englische Historiker Paul Johnson drei Eckpfeiler: die Propaganda (CPI), neue Methoden bei der Kriegsfinanzierung (»War Revenue Act«) sowie die dramatische Beschränkung individueller Freiheiten (»Espionage Act«, »Sabotage Act«, »Sedition Act«).[238] Johnson sieht nur ein Ziel dieser Maßnahmen: Sich nach der finalen Überwältigung Deutschlands die vorherrschende Rolle in der Welt zu sichern.[239] Dazu sollte die neu geschaffene und mächtige bürokratische Finanzbehörde (»War Finance Corporation«) unter William Gibbs McAdoo





Werbeplakate für Kriegsanleihen: Propagandistisch geschickt wurden sie US-Bürgern als »Liberty Bonds« verkauft

Filmplakat der Metro Picture Corp. 1917: Auch im Kino wurde »der Deutsche« dämonisiert

die Grundlage schaffen, auf die später Franklin D. Roosevelt zurückgreifen konnte. Während die alte Soldatenweisheit »Ohne Mampf kein Kampf« für die allerunterste Ebene des Krieges gilt, heißt es ganz oben: »Ohne Geld kein Krieg.« So gesehen, machte die neue Kriegsfinanzbehörde durchaus Sinn. Vom Kriegseintritt 1917 an gaben die USA insgesamt 33,5 Milliarden Dollar kriegsbedingt aus, wovon 10,3 Milliarden der Entente zuflossen – eine ungeheure Summe, wenn man bedenkt, dass das höchste Vorkriegsbudget lediglich 750 Millionen Dollar aufwies.[240] Den größten Teil, nämlich 23 Milliarden Dollar, wurde von den Bürgern mittels Kriegsanleihen – in den USA euphemistisch »Liberty Bonds« genannt – aufgebracht, der Rest mithilfe des »War Revenue Act« von 1917 über erhöhte Steuern.

Schrittweise wurden per Gesetz die Freiheiten beschränkt. Die Behörden konnten nun Pazifisten und Mitglieder linker Gruppen, wie der »Socialist Party«, strafrechtlich verfolgen. Über 1500 Personen wurden wegen kriegsfeindlicher Äußerungen festgenommen und teilweisen zu langen Haftstrafen verurteilt, so etwa der Sozialistenführer Eugene V. Debs zu zehn Jahren Zuchthaus.[241] Mit einer Geldstrafe von nicht weniger als 10 000 Dollar oder Gefängnis bis zu 20 Jahren oder auch beidem konnte jetzt nicht nur die Unterstützung des Feindes, sondern auch schon jede Form der Kritik an den Kriegsanstrengungen geahndet werden. Sozialistische Blätter wurden vom Postvertrieb ausgeschlossen und dadurch systematisch ruiniert. Während die amerikanische Presse zur Selbstzensur angehalten wurde, konnte mit dem »Trading with the Enemy Act« der Nachrichtenverkehr mit dem Ausland und der fremdsprachigen Presse überwacht werden. Ein widerliches Schnüffeln setzte überall ein. Niemand war davor sicher. Im »Land der unbegrenzten Möglichkeiten« konnte jetzt die Meinungsfreiheit rigoros geknebelt werden.

Ungeachtet aller Angriffe und Verleumdungen bekämpfte LaFollette weiter die Kriegsgesetzgebung und konterte mit einer eigenen Gesetzesvorlage, welche die Kriegsgewinne unterbinden sollte. Am 20. September 1917 gab es im überfullten Municipal Auditorium von St. Paul/Minnesota eine fünfminütige stürmische Ovation. Kompromisslos legte er dem Volk die Wahrheit dar. Der Rebell griff den Lusitania-Fall auf und Lansings Doktrin, nach der die Anwesenheit amerikanischer Staatsbürger an Bord irgendeines Schiffes diesem Immunität verleihe. »*Vier Tage, bevor die Lusitania auslief, wurde Präsident Wilson persönlich von Außenminister Bryan darüber informiert, dass die Lusitania 6 000 000 Schuss Munition geladen hatte, abgesehen vom Sprengstoff; und dass die Passagiere, die mit dem Schiff zu fahren gedachten, dies unter Verletzung der Bestimmungen unseres Landes taten.*«[242] Abschließend erläuterte »Fighting Bob« den Sinn des Passagiergesetzes von 1882. Darin war die Mitreise amerikanischer Bürger auf Schiffen von Kriegsparteien verboten.

Im Weißen Haus und im Senat löste LaFollettes Rede Empörung aus. Nun sollte der aufmüpfige Senator ausgeschlossen werden. Zur Rechtfertigung vor dem Senat verlangte jener indes die vollständigen Ladepapiere der *Lusitania*, die unverzüglich zu Geheimdokumenten erklärt worden waren. Der Ausschlussantrag wurde zwar fallengelassen, dafür stimmte Präsident Wilson einen Tag nach der Rede einer bundesweiten »Wachsamkeitskampagne« gegen Bob LaFollette und seine Anhänger zu.[243]

Allgemeine Militarisierung und Landung in Europa

Nicht ohne heftige Diskussion verabschiedete der Kongress am 18. Mai 1917 mit dem »Selective Service Act« ein Wehrpflichtgesetz. Betroffen waren alle Männer zwischen 21 und 30 Jahren. Im August 1918 dehnte man das Wehrdienstalter dann sogar auf 18 bis 45 Jahre aus. Von den insgesamt 24,2 Millionen registrierten Wehrpflichtigen trugen jedoch nur 2,8 Millionen wirklich eine Uniform. 16 % folgten der »Einladung« nicht, Kriegsdienstverweigerer wurden in Gefängnisse gesperrt, wo mehrere starben. Daneben meldeten sich rund zwei Millionen freiwillig für den Kriegsdienst.[244]

In hastig errichteten Trainingslagern, von denen einzelne bis zu 40 000 Mann beherbergten, drillten die Ausbilder der Vorkriegsarmee und die der Nationalgarde die Massen für ihre Aufgaben auf dem Kontinent. Noch im Mai 1917 trafen in Großbritannien die ersten sechs amerikanischen Zerstörer ein –

im Juli waren bereits 35 vor Ort. Mit den Briten konnten nun die Geleitzüge wirksam gesichert werden. Gegen Ende des Krieges operierten insgesamt 834 US-Kriegsschiffe im Atlantik oder in europäischen Gewässern.[245]

In Bezug auf das wankende Russland bemühte sich Präsident Wilson um eine Doppelstrategie: Zum einen sollte die »Provisorische Regierung« von Alexander Kerenski stabilisiert, zum anderen eine bolschewistische Revolution unter Lenin und Trotzki verhindert werden. So schickte er den listigen Elihu Root (1845–1937), ehemals Kriegs- und Außenminister, auf Sondermission nach Russland, wo er am 3. Juni eintraf, um eine militärische Zusammenarbeit mit der russischen Provisorischen Regierung in die Wege zu leiten. Root hatte bereits 1912 für seine Bemühungen zur Verbesserung der Beziehungen zu Japan den Friedensnobelpreis erhalten. Später sollte der Jurist noch anderweitig seine Finger im Spiel haben: Er wurde der erste Präsident des vom Stahlmagnaten Andrew Carnegie (1835–1919) gestifteten »Carnegie Endowment for International Peace« und schließlich einer der Gründerväter und Ehrenpräsident des »Council on Foreign Relations« (kurz CFR, vgl. S. 385 ff.). In Russland jedoch sollte er scheitern.

Seit dem 6. Juni 1917 landeten die unter dem Befehl von US-General John J. Pershing stehenden amerikanischen Expeditionskräfte AEF (»American Expeditionary Force«) in Frankreich. Zuvor waren zwei französische Frühjahrsoffensiven kläglich misslungen. Nun bedeuteten die ausgeruhten und bestens ausgerüsteten Amerikaner eine große moralische Unterstützung, auch wenn die US-Truppen noch nicht feldverwendungsfähig waren.

Statt einer altehrwürdigen Kultur entdeckten die amerikanischen Soldaten in Europa nun ein äußerst kompliziertes Gebäude, das auch nicht im Geringsten dem Ideal entsprach, das die Kriegspropheten der verschiedenen Parteien so beredt gepriesen hatten, schreibt der niederländisch-amerikanische Historiker Hendrik van Loon (1882–1944).[246] Den jungen Männern hatte man wahrhaft missionarischen Eifer eingebläut. Es erfüllte sie, so Loon, *»das Ideal selbstlosen Dienstes an der Menschlichkeit. Was in Wirklichkeit ein Ringen zweier mächtiger Nationen um Rohstoffe war, wurde ein Zusammenstoß zwischen Teufeln und Engeln. Auf der einen Seite Magna Charta und Demokratie, auf der andern ‚Schrecklichkeit' und der Despotismus eines Tyrannen.«*[247] Besonders für amerikanische Soldaten mit deutschen Wurzeln muss dieser Widerspruch zwischen guten und bösen Europäern verwirrend gewesen sein.

Ein mörderisches Finale vor Augen mahnte am 1. August 1917 Papst Benedikt XV. mit seiner Zirkularnote »Des le debut« die streitenden Volker zum Frieden und versuchte, zu vermitteln. Seine Note enthielt Richtlinien fur eine Verständigung unter den kriegfuhrenden Staaten, wurde aber von den Ententemächten schlichtweg ignoriert – sie wollten sich wohl den nun greifbaren Sieg nicht mehr nehmen lassen.[248]

Im September 1917 übernahm die »Erste Amerikanische Armee« an der Westfront in der Nähe von Verdun einen Gefechtsstreifen, um demoralisierte und meuternde französische Verbände abzulösen.[249] Die USA traten hier allerdings nicht als Alliierte auf, sondern waren nur gewillt, als »assoziierte« Macht selbstständig Krieg zu führen – so ist es bis heute.

Im Juni 1918 griffen Teile des amerikanischen Expeditionsheeres erstmals nachhaltig in eine Schlacht ein (bei Belleau Wood), während gleichzeitig militärische Operationen der US-Kräfte in Murmansk und Wladiwostok stattfanden. Dieses umfassende amerikanische Engagement hatte auf die Verbündeten – und auch auf die Mittelmächte – eine nicht zu unterschätzende Wirkung.

Am 28. November 1917, nur wenige Wochen nach der Oktoberrevolution, überraschte die russische Räteregierung alle kriegführenden Parteien mit einem Waffenstillstandsangebot. Zum Verdruss der Alliierten unterzeichneten Russland und das Deutsche Reich am 5. Dezember 1917 in Brest-Litowsk eine zehntägige Waffenstillstandsvereinbarung, die noch bis zum 14. Januar 1918 verlängert wurde. Am 22. Dezember folgten Friedensverhandlungen. Zugleich versuchten die russischen Delegierten, alle Kriegsteilnehmer an den Verhandlungen zu beteiligen. Das Kaiserreich ließ sich darauf ein unter der Bedingung, dass die Offerte an eine Frist gebunden wurde. Am 4. Januar, abends 10 Uhr, verstrich diese, ohne dass eine Antwort der Entente erfolgt war.[250] Vergebens hatte US-Außenminister Lansing versucht, die russischen Kommunisten im Ring der Gegner Deutschlands festzuhalten. Doch diese publizierten Teile der zwischen den Ententestaaten getroffenen Geheimabkommen und stempelten damit Wilson zum Komplizen einer imperialistischen Weltverschwörung, ein Vorwurf, den zu entkräften sich der Präsident natürlich sofort genötigt sah.[251]

Am 7. Januar 1918 verkündete Lenin sein Angebot für einen Separatfrieden mit Deutschland.[252] Zwei Tage später wurden die Friedensverhandlungen zwischen den Mittelmächten und Sowjetrussland in Brest-Litowsk weitergeführt. Genau zwischen diesen beiden Tagen, am 8. Januar 1918, verkündete Woodrow Wilson sein Vierzehn-Punkte-Programm als Grundlage für die

künftige Friedensregelung. Es war einst von House mitverfasst worden – ein geschickter Schachzug von Amerikas grauer Eminenz (siehe S. 386).

Zum Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts, der in den Vierzehn Punkten noch fehlte, bekannte sich Wilson erst in seiner Kongressrede vom 11. Februar 1918: Volker und Provinzen dürften nicht *»von einer Staatshoheit zur anderen verschachert werden wie Sachen oder Spielsteine«*[253]. Den Schlusspunkt setzt der Präsident am 6. April in einer Rede in Baltimore: *»Das freie Selbstbestimmungsrecht der Nationen ist ein Grundsatz, auf dem die ganze moderne Welt ruht.«*[254]

An Deutschland gewandt, beendete Wilson seinen Vorschlag: *»Wir sind nicht eifersüchtig auf die deutsche Größe und es ist nichts in diesem Programm, das sie verringert ... Wir wünschen nicht, Deutschland zu verletzen oder in irgendeiner Weise seinen berechtigten Einfluss oder seine Macht zu hemmen. ... Wir wollen Deutschland nicht bekämpfen, weder mit Waffen noch mit feindlichen Handelsmethoden, wenn es bereit ist, sich uns und den anderen friedliebenden Nationen in Verträgen der Gerechtigkeit, des Rechts und der Fairness anzuschließen. Wir wünschen nur, dass Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnimmt, statt eines Platzes der Vorherrschaft.«*[255]

Zwei Tage nach Wilsons Rede wurde im Sitzungsprotokoll des Kongresses das Gebet vermerkt, mit dem die Abgeordneten ihren Arbeitstag beginnen sollten: *»Allmächtiger Gott, unser himmlischer Vater, wir danken Dir und freuen uns, dass diese Regierung auf dem Glauben an Dich und Dein Wort gegründet ist ... Du weißt, o Herr, dass wir in einem Kampf auf Leben und Tod mit der ehrlosesten, niederträchtigsten, habgierigsten, missgünstigsten, blutrünstigsten, wollüstigsten und lasterhaftesten Nation stehen, die je das Buch der Geschichte beleidigt hat. Du weißt, dass Deutschland so viele Tränen der Menschheit verursacht hat, dass sich ein neues Meer damit anfüllt. Wir beten zu Dir, dass du Deinen mächtigen Arm entblößt und die Horde hungriger, wölfischer Hunnen zurückwirfst, von deren Fängen frisches und geronnenes Blut herabläuft. ... Segne unsere Alliierten und möge der Sieg unser sein. ... Du sollst für immer gelobt sein durch Jesus Christus. Amen.«*[256] Wie lässt sich die Friedensbotschaft mit dem Inhalt dieses Gebetes vereinbaren?

US-Truppen sorgen für den Sieg der Entente

Auf einer Breite von 70 Kilometern setzte am Morgen des 21. März 1918 um 4 Uhr das Artilleriefeuer ein – Auftakt der Frühjahrsoffensive »Michael«. Zwei Stunden lang wurden die feindlichen Batterien in eine dichte Wolke von Gas

gehüllt. Um 9 Uhr 40 traten 30 Divisionen zum Sturm an.[257] Der Angriff zielte auf eine Region südlich von St.-Quentin bis nach Arras, die Nahtstelle zwischen dem französischen und dem englischen Frontabschnitt. Die englische Dritte Armee wurde beiseite gedrängt und die Fünfte überrannt; Bapaume, Peronne und die obere Somme-Linie wurden eingenommen.[258] Die Front war um 50 Kilometer aufgerissen.

General Foch raffte sofort mit äußerster Anstrengung alle erreichbaren französischen Reserven zusammen und warf sie nach Amiens. Der Schwung der deutschen Angriffsarmeen wurde dagegen gebremst durch den Mangel an Treibstoff und fehlende bewegliche Reserven. Zwei Wochen nach Beginn der Schlacht lag man sich wieder in Schützengräben gegenüber. Nun verlegte Ludendorff den Schwerpunkt und ließ den Kemmelberg bei Ypern erstürmen. Ypern selbst, das für das englische Heer, ebenso wie Verdun für das französische, ein Wahrzeichen unüberwindlichen Widerstands war, wurde behauptet. Hatte das englische Expeditionskorps zu Beginn des Krieges 100 000 Soldaten umfasst, so standen am Ende des Krieges über 3 Millionen Briten im Feld – Eskalation ist ein Element des Krieges.

Nach einer Erholungspause griffen die 1. und die 7. deutsche Armee am 27. Mai an, erstiegen die steilen Berghänge des Chemin des Dames, überschritten die Aisne und stürmten am 31. Mai bis Château Thierry an der Marne, nur fünf Tagesmärsche von Paris entfernt.[259] Hatte General Pershing bei Armentieres und Château Thierry kleinere Kontingente eingesetzt, folgte nun der divisionsweise Einsatz. Für einen vierten deutschen Angriff, der die Engländer in Flandern treffen sollte, waren die Kräfte vorerst zu erschöpft.

Am 18. Juli griffen amerikanische Reserven – insgesamt 270 000 Mann – zusammen mit französischen Kräften bei Villers-Cotterets an, drängten die Deutschen wieder hinter die Marne zurück und begradigten die Marne-Aisne-Front.[260] Durch die militärischen Erfolge ermutigt, beschloss die Wilson-Administration, auf Wunsch der Briten, Franzosen und Tschechen weitere Verbände nach Wladiwostok zu entsenden. Dort konnte man sich auf tschechische Überläufer und Gegenrevolutionäre stützen.[261] Am 2. August wurde die russische Stadt Archangelsk durch amerikanische und britische Truppen besetzt, gleichzeitig japanische Truppen entlang der Transsibirischen Eisenbahn tief nach Sibirien hinein. Mitte August schließlich verstärkten die Amerikaner die britischen Truppen bei Wladiwostok.

Am 8. August, dem »schwarzen Tag des deutschen Heeres« (Ludendorff), gelang es der Vierten englischen Armee, unterstützt von französischen Einheiten, mit 500 Panzern östlich von Amiens die deutschen Linien zu durchstoßen. Sieben deutsche Divisionen wurden aufgerieben. Durch den unaufhaltsamen Zustrom und dem gleichzeitigen Rückgang der deutschen Kampfstärke, erkannte Ludendorffs die Ausweglosigkeit der Situation: »*Das Kriegführen nahm ... den Charakter eines unverantwortlichen Hasardspiels an. Das Schicksal des deutschen Volkes war mir für ein Glücksspiel zu hoch, der Krieg war zu beendigen.*«[262] *Auch der Kaiser sah das so.* Unter dem Druck der Ereignisse sah sich die Oberste Heeresleitung genötigt, den mit so viel Leid eroberten Boden aufzugeben und die Armeen bis zum 8. September in die Siegfriedstellung – eine Defensivstellung der deutschen Truppen – zurückzunehmen.

Am 2. September erklärten die Alliierten das durch den Bürgerkrieg geschüttelte bolschewistische Russland zum Kriegsgebiet. Die »roten« russischen Revolutionäre standen im Kampf gegen die von Admiral Alexander W. Koltschak geführten »weißen« Konterrevolutionäre – rund 150 000 weißrussische Truppen, die Kosaken Sibiriens und mongolische Regimenter. Koltschaks Militärdiktatur setzte auf den Sieg über die Bolschewiki. Das taten die Alliierten auch und schickten umfangreiche Militärkontingente bestehend aus Europäern, Japanern und Amerikanern in den Kampf gegen die Rote Armee.[263]

Am 3. September wurden die Tschechen von den USA als Bundesgenossen anerkannt; am gleichen Tag forderte der US-Senat die Verhaftung von Kaiser Wilhelm II. und die Einleitung internationaler Gerichtsverfahren gegen die Initiatoren des U-Boot-Krieges.

Wohl nicht ganz unabsichtlich beging am 12. September der französische Premier Clemenceau, vom Volk ehrfürchtig »der Tiger« genannt, eine Indiskretion: Er veröffentlichte den Wortlaut des Briefes Kaiser Karls I. von Österreich, den dessen Schwager, Prinz Sixtus von Parma, Präsident Poincare übergeben hatte. Die geheimen Separatverhandlungen wurden nun publik. Vergeblich versuchte Karl, den Brief als Fälschung darzustellen. Deutschland hatte das Vertrauen verloren. So bot Österreich zwei Tage später den Alliierten Friedensverhandlungen an. Deutschland musste nun ohne Österreich weiterkämpfen.

Gleichzeitig stieß General Pershings Erste Amerikanische Armee mit 500 000 Mann südlich von Verdun vor und zerschlug den deutschen Frontbogen bei St. Mihiel. Nach dem brillanten Einsatz ihrer Feuerwalze und Panzer eroberte sie bis zum 16. September zahlreiche Geschütze und machte 16 000 Gefan-

gene. Ein glanzvoller Sieg über die bereits im Rückzug begriffenen deutschen Truppen.

Am anderen Ende Europas durchbrachen alliierte Truppen die bulgarischen Linien und stürmten durch Serbien. Am 25. September baten die Bulgaren um Waffenstillstand und kurz darauf die Türken.

Ende September ließ Pershing in der »Meuse-Argonner-Offensive« am 28. September 1,2 Millionen amerikanische Soldaten gegen das ausgedehnte Stellungssystem zwischen Verdun und Reims antreten.[264] Die deutsche Front blieb trotzdem intakt, die deutsche Luftwaffe konnte sich sogar bis zum Beginn des Waffenstillstands behaupten.

Amerikas Rolle bei den Friedensverhandlungen

Durch die bedrohliche Lage kam es in Deutschland zur Annäherung zwischen Sozialdemokraten und den Vertretern der Zentrumspartei. Da aus Sicht beider Parteien die Oberste Heeresleitung zu großen Einfluss auf den seit dem 1. November 1917 im Amt befindlichen Reichskanzler Georg Freiherr von Hertling (1843–1919) ausübte, stand dessen Entlassung im Raum. Nach weiteren von den Fronten einlaufenden ungünstigen Meldungen forderten am 29. September schließlich Ludendorff und Hindenburg selbst panikartig die Reichsregierung auf, sofortige Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten.

Hatte die offizielle Propaganda in den zurückliegenden vier Kriegsjahren nur Siegesmeldungen verkündet und Zuversicht ausgestrahlt, folgte nun das Eingeständnis des militärischen Desasters. Ein schwerer Schock für die politische Führung und vor allem für die Bevölkerung. Wofür hatte man all die Jahre gehungert, gelitten, gedarbt? Optimisten richteten ihren Blick nach Amerika. Hatte nicht Woodrow Wilson – der Demokrat, Völkerfreund und Pazifist aus tiefem Herzen – 1913 ein deutschfreundliches Buch[265] verlegt und im Januar 1918 einen annehmbaren Verständigungsfrieden angeboten? Also beschloss man in Berlin, sich an Präsident Wilson zu wenden, und leitete tiefgreifende Veränderungen in der Regierungsform des Reiches und in der Besetzung der höchsten Reichsämter ein: Einführung des parlamentarischen Regierungssystems und die Absetzung Reichskanzlers von Hertling. An seine Stelle trat am 3. Oktober der als liberal und demokratisch angesehene Prinz Max von Baden (1867–1929), der noch am gleichen Tag aus den stärksten Parteien des Reichstags eine parlamentarische Regierung formte.[266] Wilson hatte nämlich

Friedensverhandlungen von einer demokratischen Umstrukturierung abhängig gemacht.

Ungeachtet des am 3. Oktober im *Vorwärts*, dem offiziellen Organ der SPD, verbreiteten Hinweises *»Wehe dem Volk, das seine Waffen fünf Minuten zu früh an die Wand stellt«*, drängte die OHL in der ersten Sitzung auf eine Formulierung der Friedensnote. In der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober berieten alte und neue Mitglieder der Regierung gemeinsam darüber; man berief sich auf die Vierzehn Punkte und bat den US-Präsidenten, einen Waffenstillstand herbeizuführen und den Friedensschluss vorzubereiten.

Prinz Max von Baden hatte Grund, auf die Annahme der Vierzehn Punkte und damit auf einen ehrlichen und dauerhaften Frieden für die gesamte Menschheit zu hoffen. Eine entsprechende deutsche Note händigte am Vormittag des 8. Oktober der schweizerische Gesandtschaftsattache – er vertrat die deutschen Interessen in Amerika – Wilson persönlich aus.[267] Am nächsten Tag überreichte Außenminister Lansing dem schweizerischen Geschäftsträger folgende Antwortnote: *»Der Präsident der Vereinigten Staaten fühlt sich verpflichtet, zu den Vorschlägen eines Waffenstillstandes zu erklären, daß er sich nicht berechtigt fühlen würde, den Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten gegen die Mittelmächte verbunden sind, einen Waffenstillstand vorzuschlagen, solange die Heere dieser Mächte auf ihrem Boden stehen.«*[268] Die Räumung sei die Voraussetzung für ein *»gutes Vertrauensverhältnis«*. In ihrer Antwort berief sich die deutsche Reichsregierung ein weiteres Mal auf Wilsons Vierzehn Punkte und drückte die Hoffnung aus, dass sich auch die Ententestaaten daran halten würden.[269]

Wie die Agentur *Reuters* zwei Tage später berichtete, hielten offizielle Kreise aus Washington die deutsche Antwortnote vom 12. Oktober für eine vollständige Annahme der Bedingungen Wilsons und für eine befriedigende Beantwortung seiner Fragen.[270] Die gleiche Agentur berichtete aus London über den Tenor der dortigen Blätter. Hier wurde von Wilson erwartet, dass er auf den militärischen Zusammenbruch Deutschlands hinarbeitete.

In seiner Antwortnote vom 15. Oktober forderte Wilson Garantien, dass die jetzige militärische Überlegenheit der amerikanischen und alliierten Streitkräfte in Frankreich aufrechterhalten bleibt. Die deutschen Streitkräfte hätten ihre gesetzeswidrigen und unmenschlichen Handlungen einzustellen. Mit *»brennendem Herzen«* würde beobachtet, wie die deutschen Truppen auf dem Rückzug in Flandern alles rücksichtslos vernichteten und die Taten der Unmenschlichkeit, des Raubes und der Verwüstung andauern würden. Abschließend erinnerte Wilson an seine Rede vom 1. Juli bei Mount Vernon, in der er

die Vernichtung jeder willkürlichen Macht gefordert hatte: »*Und die Macht, die bis jetzt das Schicksal der deutschen Nation bestimmt hat, ist eine von denen, die der Präsident in dieser Rede im Auge gehabt hat. Es liegt in der Macht des deutschen Volkes, diese zu vernichten. ... Wenn es zu einem Frieden kommen soll, muss es durch das Eingreifen des deutschen Volkes selbst geschehen.*«[271] Warum wurden die Verhandlungen über das deutsche Waffenstillstandsangebot mit immer neuen Forderungen in die Länge gezogen? Wartete das Weiße Haus auf besonders günstige Umstände? Oder spielte auch der Wahlkampf mit hinein?

In der Antwortnote vom 20. Oktober verwahrte sich die Reichsregierung gegen den Vorwurf ungesetzlicher und unmenschlicher Handlungen, schlug vor, eine neutrale Kommission zur Überprüfung einzusetzen und appellierte nochmals an Wilson, einen Frieden der Gerechtigkeit anzustreben. Die neue deutsche Regierung sei in völliger Übereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung gebildet worden. Am 23. Oktober erklärte Wilson, dass er angesichts der deutschen Zugeständnisse nun den verbündeten Regierungen in der Frage des Waffenstillstands näher treten könne. Er bezweifelte allerdings die Dauerhaftigkeit der parlamentarischen Änderungen und stellte fest, dass »*die ganze Macht des Königs von Preußen, die Politik des Reiches zu kontrollieren, noch unerschütterlich ist*«[272]. Über einen Friedensschluss wolle er nur verhandeln, wenn von deutscher Seite zu diesem Zweck gewählte Volksvertreter und keine »*militärischen Beherrscher und monarchistischen Autokraten*« entsendet würden.[273]

Daraufhin wurde am 26. Oktober Generalquartiermeister Ludendorff durch General Wilhelm Groener abgelöst und mit der sogenannten »Oktoberverfassung« die Entwicklung zu einem parlamentarischen Regierungssystem zum formellen Abschluss gebracht.[274] Der Reichskanzler war jetzt an das Vertrauen des Reichstags gebunden.

Am 31. Oktober wurde zwischen Entente und Osmanischem Reich der Waffenstillstand unterzeichnet. 1915 hatte der damalige US-Botschafter in der Türkei, Henry Morgenthau sr., noch seine ganze Kraft eingesetzt, um Kriegsminister Enver Pascha und Innenminister Talaat Bey vom Völkermord an den Armeniern abzubringen. Doch nun war man an einer Bestrafung der türkischen Verantwortlichen an den Massakern nicht mehr interessiert. Die geopolitische Lage der Türkei war wohl einfach wichtiger als die Achtung der Menschenrechte. In der aktuellen Diskussion wird der Genozid an den 1,5 Millionen Armeniern immer noch aus strategischen Interessen – wie 1915 schon von deut-

scher Seite – heruntergespielt. Sollte Hitler mit seiner zynischen Frage *»Wer spricht denn heute noch von den Armeniermorden?«* auf Dauer Recht behalten? Noch heute vermeiden es US-Präsidenten, den Genozid als solchen zu benennen, so auch Obama am Gedenktag, dem 24. April 2014. In seinem Wahlkampf hatte er noch getönt, dass die USA einen Präsidenten verdienen würden, der die Ereignisse von 1915 beim Namen nenne. Immerhin bezeichnete er den Mord wenigstens als »eine der schlimmsten Gräueltaten« des 20. Jahrhunderts.[275]

Zurück zu den Waffenstillstandsverhandlungen: Um die Deutschen zu beruhigen – oder sollten sie nur hingehalten werden? –, schob Wilson am 5. November eine weitere Note nach. *»Die alliierten und assoziierten Mächte ... erklären ihre Bereitschaft zum Friedensschluss mit der deutschen Regierung aufgrund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongress vom 8. Januar 1918 niedergelegt sind.«*[276] Vier Tage vor Beginn der offiziellen Waffenstillstandsverhandlungen sagte also Wilson expressis verbis zu, auf Grundlage seiner Vierzehn Punkte Frieden schließen zu wollen. Das kam völkerrechtlich einem Friedensvorvertrag gleich, dem nur noch die endgültige Form fehlte.[277] England war jedoch nicht bereit, die »Freiheit der Meere« (Punkt 2) uneingeschränkt zu akzeptieren.[278] Außerdem sollte Deutschland für die Schäden aufkommen, welche die Zivilbevölkerung der Alliierten erlitten hatte.

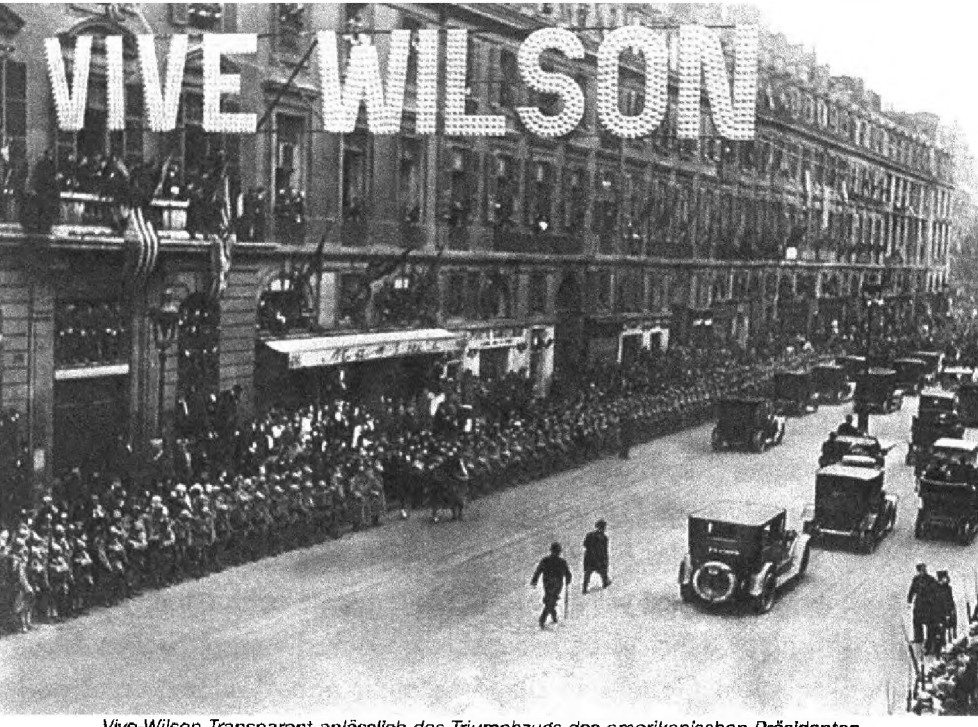
Am gleichen Tag kam es zu einer Meuterei im Flottenstützpunkt Wilhelmshafen, die rasch auf andere Hafenstädte übergriff und Auslöser der Revolution in Deutschland wurde. Max von Baden legte unter dem Druck der Massen sein Amt nieder; Wilhelm II. dankte ab und ging ins Exil. Die Regierungsgeschäfte übernahm Friedrich Ebert als Führer der Mehrheitsdemokraten. In seiner Funktion als Leiter der Waffenstillstandskommission durfte Zentrumspolitiker Matthias Erzberger (1875–1921) zu den Friedensverhandlungen nach Compiegne reisen.

Die Verhandlungsposition der Deutschen hatte sich nunmehr dramatisch verschlechtert: In Berlin flackerte die Revolution. Die Delegierten der Entente hielten sich nicht an Wilsons Vierzehn Punkte und legten laufend neue Forderungen nach.[279] Ihre Annahme käme einer Unterwerfung gleich.[280] Verlangt wurde die sofortige Räumung aller besetzten Gebiete im Westen sowie die Freigabe Elsass-Lothringens, die Räumung des gesamten linken Rheinufers und einer 35 Kilometer breiten rechtsrheinischen Sicherheitszone, die entmilitarisiert bleiben sollte. Die Städte Köln, Koblenz und Mainz sollten durch alliierte Truppen besetzt werden. Alle U-Boote und ein Großteil des Kriegsge-

rätes waren abzuliefern. Während die alliierten Kriegsgefangenen freizulassen waren, sollten die deutschen in den Gefangenenlagern bleiben. Schwerer noch war der deutschen Bevölkerung verständlich zu machen, dass die Blockade weiterging.[281] Hatte Wilson bei seiner Kriegserklärung nicht verkündet, dass die Staaten keinen Krieg gegen das deutsche Volk führen wollten?

An der Westfront kämpften die amerikanischen Verbände bis zur letzten Minute, manche sogar noch darüber hinaus. Als am 11. November 1918 im Wald von Compiegne Erzberger der Waffenstillstandsvertrag zur Unterschrift vorgelegt wurde, erreichten amerikanische Angriffsspitzen das rund 200 Kilometer entfernte Sedan. Erst da war der Kampf wirklich zu Ende – fortan schwiegen die Geschütze an allen Fronten.

Bei Kriegsende zählten die US-Streitkräfte in Frankreich zu den größten und machtvollsten Armeen in Europa. Wird ihr Rang indes Rang an erlittenen Verlusten gemessen wird, so relativiert sich ihre Bedeutung: Die 12 432 amerikanische Gefallenen standen fast 1,4 Millionen Franzosen und 900 000 Briten gegenüber.[282] In Deutschland forderte der Krieg neben zwei Millionen gefallener und vermisster Soldaten eine weitere dreiviertel Million Tote durch die



Vive-Wilson-Transparent anlässlich des Triumphzugs des amerikanischen Präsidenten durch Paris

Hungerblockade, wodurch bis März 1919 Menschen sterben sollten.[283] Insgesamt ließen auf den Schlachtfeldern fast neun Millionen Soldaten ihr Leben. Bis heute scheint die Menschheit keine Lehren daraus gezogen zu haben.

Am 5. November 1918 musste Wilson bei den Kongresswahlen eine herbe Niederlage einstecken. Senat wie auch das Repräsentantenhaus waren an die Republikaner gefallen. Enttäuscht begab sich der US-Präsident am 4. Dezember 1918 an Bord der *George Washington,* um zur Versailler Friedenskonferenz zu reisen. Auf der Überfahrt versprach Wilson salbungsvoll, dass die Delegation der Vereinigten Staaten *»dem Standpunkt der Menschheit treu bleiben und lieber dem Willen der Völker als dem ihrer Führer Gehör schenken«* werde.[284] Ausgerechnet am Freitag, den 13. Dezember 1918, lief die *George Washington* im Hafen von Brest ein. Wilson glaubte nach wie vor an eine Aussöhnung. In der sich anschließenden triumphalen Tour durch Frankreich, Italien und England interpretierte er den fahnenschwenkenden Jubel als Bestätigung und Auftrag, übersah jedoch dabei die drohend aufziehenden Wolken.

Wilsons Völkerbundidee löst sich in Luft auf

Am 18. Januar 1919 nahm der Friedenskongress von Versailles seine Arbeit auf, geleitet vom »Rat der Vier«: Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando. Als Basis schlug Wilson sein Vierzehn-Punkte-Programm vor.[285] Deren zugrundeliegende ideologische Eckwerte des liberal-demokratischen Internationalismus wie Demokratie, Freiheit der Märkte und des Meeres sowie die Befreiung der farbigen Völker von der Kolonialherrschaft stießen nicht unbedingt auf Gegenliebe bei den englischen und französischen Kolonialherren. Von seinen Vorschlägen für einen dauerhaften Frieden stand schließlich nur noch die Gründung eines Völkerbundes, die Liga der Nationen, im Raum. Diese Liga sollte keine Bündnisse oder wechselseitigen Verpflichtungen zwischen den Staaten mehr kennen. Dadurch sollte der Automatismus der Beistandspakte, der zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs entscheidend beigetragen hatte, in Zukunft ausgeschlossen werden. Eine konsequente Schlussfolgerung. Doch hatte der Präsident dabei nicht bedacht, dass sich die europäischen Mächte dem amerikanischen Gestaltungsanspruch nicht ohne Weiteres unterwerfen würden. Zudem ließen die Schutzverträge, die auf Basis der Monroe-Doktrin zwischen den USA und den mittelamerikanischen Staaten geschlossen worden

waren, eine derartige Klausel nicht zu. Ein Verzicht auf die Monroe-Doktrin war indes für die meisten Amerikaner kaum vorstellbar. Auch nicht für den Senat in Washington, der heftigen Widerstand leistete. So war Wilson mit seiner Völkerbundidee zwangsläufig in ein Dilemma geraten.

Um den Senat zu besänftigen, beantragte er einen Vorbehalt zugunsten der Bündnisstaaten. Frankreich war sofort einverstanden, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass es das gleiche Recht für sich in Anspruch nehmen konnte. So wurde der Artikel 21 der Völkerbundsatzung geboren, der nicht unerheblich zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs beitragen sollte. Frankreich begann nämlich sofort, Europa mit einem Netz solcher »friedenssichernden« Pakte zu überziehen. Dazu zählten die »Kleine Entente« (zwischen der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien), aber auch zweiseitige Beistandspakte, etwa mit Polen. Paris saß dabei wie die Spinne im Netz. Diese Abkommen sicherten das Übergewicht der Grande Nation in Ost-, Mittel- und Südosteuropa.

In den USA erhob sich derweil ein Sturm der Entrüstung gegen die Haltung, die ihr Präsident in Versailles einnahm, die Einrichtung von Artikel 21 half da nichts, denn Wilson hatte dem Versailler Vertrag zugestimmt, ohne den US-Senat vorher darüber abstimmen zu lassen. Zudem hatte Wilson die Erwartungen mancher Bürger in der Heimat enttäuscht, so etwa der irischstämmigen Amerikaner, denen er, um sie für den Krieg gegen Deutschland zu gewinnen, versprochen hatte, sich für die Unabhängigkeit Irlands einzusetzen. Davon wollte Wilson nun nichts mehr wissen, ebenso wenig wie von einer durch ein US-Mandat geschützten unabhängigen Republik Armenien.

Während das Pariser Ränkespiel für Europa zum politischen Verhängnis werden sollte, wurde es für Wilson selbst zur menschlichen Tragödie. Der Vertragstext von Versailles war den Senatoren und Abgeordneten schon Wochen vor Wilsons Rückkehr aus Frankreich bekannt. Der republikanische Senator William Borah hatte sich eine Kopie aus Paris beschafft und den vollen Wortlaut im Senat verlesen, so dass er im »Congressional Record« jedem zur Verfügung stand. Borah war Teil der »unversöhnlichen 14«, die sich grundsätzlich jedweder internationalen Bindung widersetzten. Zu der Gruppe zählte neben dem Henry Cabot Lodge, dem republikanischen Vorsitzenden des »Committee on Foreign Relations« – nicht zu verwechseln mit dem »Council on Foreign Relations« – auch Bob LaFollette sowie der Senator von Kalifornien, Hiram Johnson. Ihre Angriffe richteten sich weniger gegen die Bestimmungen des eigentlichen Friedensvertrages als gegen das Völkerbund-Statut, für das Wilson so viel auf sich genommen hatte.

Die Opposition suchte nach Schwachstellen beim Präsidenten und vermutete, dass er bereits lange vor der Pariser Konferenz über die meisten Geheimverträge informiert war, zumal die englisch-französischen Verträge, die 1915, 1916 und 1917 über die Aufteilung der Türkei und Österreich-Ungarns geschlossen worden waren, im Winter 1917/18 durch die Lenin-Regierung veröffentlicht und im Londoner *Daily Herald* am 11. Mai 1918 publiziert worden waren.[286] Am 19. August 1919 vor dem Senatsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten danach befragt, antwortete er, er habe erst nach seinem Eintreffen in Paris davon erfahren, was wenig überzeugend war.

Als sich Anfang September 1919 abzeichnete, dass eine Annahme des Vertragswerks nur unter Vorbehalten zu erreichen war, beschloss Wilson, sich direkt ans Volk zu wenden. Er mobilisierte all seine Kräfte, um auf einer ausgedehnten Rundreise durch den mittleren Westen, dem Kernland des Isolationismus, für seine Sache zu werben. In 22 Tagen legte der 63-jährige 13 000 Kilometer zurück und hielt 37 Reden. Aber die gebetsmühlenhaft wiederholte Versicherung, dass der Versailler Vertrag einen großartigen und gerechten Frieden darstelle, der mit den amerikanischen Idealen übereinstimme, wurde ihm nicht mehr abgenommen. Republikanische Senatoren reisten ihm nach, sprachen in den gleichen 37 Städten vor der nämlichen Zuhörerschaft und stellten einige Dinge richtig.

Rückblickend urteilte Wilson über den Ersten Weltkrieg, dieser sei vom Ansatz her *»ein kommerzieller und industrieller Krieg«* gewesen, *»kein politischer Krieg«* (im Sinne von Clausewitz, wonach Krieg *»die Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln«* ist).[287]

Nun wurde Wilson zur traurigen Gestalt. Nach seiner Rede am 25. September 1919 in Pueblo/Colorado nahe der Pazifikküste warf ihn ein Schlaganfall aufs Krankenbett. Anfang Oktober erlitt er nach seiner Rückkehr nach Washington einen Gehirnschlag, *»durch den der demokratische Weltverbesserer-Präsident monatelang von seinen Amtsgeschäften ferngehalten wurde: Eigensinnig ließ der Invalide im Weißen Haus alle Mitarbeiter aus seiner Umgebung verbannen, die meinten, der Präsident müsse sich für amtsunfähig erklären und die Staatsgeschäfte dem Vizepräsidenten überlassen.«*[288] Doch längst hatte Edith Wilson, die ehrgeizige und resolute Gattin des linksseitig gelähmten Präsidenten, das führerlose Staatsruder ergriffen und wirkte als heimliche Regentin. Schon bei ihrer Heirat 1915 hatte sie eifersüchtig über die enge Beziehung ihres Mannes zu Colonel House gewacht. Nun hatte sie einen eigenen Berater: Admiral Cary

Grayson, den Leibarzt ihres Mannes. Als Wilsons Außenminister Lansing sich gegen diese »verfassungswidrige Herrschaft« auflehnen wollte, wurde er kurzerhand aus der Regierung verstoßen.

De facto führte Justizminister Alexander Mitchell Palmer (1872–1936) für die nächsten 18 Monate die Amtsgeschäfte, während Grayson den Patienten von der Öffentlichkeit fernhielt. Angesichts der bolschewistischen Entwicklung in der Sowjetunion und der revolutionären Zustände in Deutschland sah Palmer es als seine heilige Pflicht, gegen die Kommunisten in Amerika, deren Zahl weit unter der Ein-Promille-Grenze lag, vorzugehen, und begann eine wahre Hysterie zu schüren. In den nach ihm benannten »Palmer Raids« sah er eine wirksame Bekämpfungsstrategie: Am 22. Dezember 1919 ließ er 249 Kommunisten, Anarchisten und Arbeiteragitatoren, von denen die meisten Russland noch nie gesehen hatten, auf der sogenannten »Sowjetischen Arche«, einem amerikanischen Gefängnisschiff, in die Sowjetunion deportieren. In den folgenden Monaten führten Kommunistenfurcht und Spionagewahn zu wahren Massenverhaftungen. Am 2. Januar wurden nach Razzien gegen »Rote« allein 2700 Verdächtige eingesperrt und am 5. Mai die Anarchisten Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti verhaftet und trotz fehlender Beweise verurteilt und hingerichtet.[289]

Am 4. März 1921 zeigte sich Wilson zum letzten Mal in der Weltöffentlichkeit. Auf einen Stock gestützt, begleitete er seinen Nachfolger Harding zur Amtsübernahme. 14 Tage später lehnte der Senat das Versailler Vertragswerk ab.

Nach zwei Jahren dämmernden Dahinsiechens verstarb Woodrow Wilson am 3. Februar 1924 in der Bundeshauptstadt Washington. Er, der der Welt eine neue Ordnung hatte auferlegen wollen, hinterließ nur ein unheilschwangeres »Vae victis«.

Pfeiler der US-Außenpolitik: Gründung des Council on Foreign Relations (1921)

Aufgrund des Gesundheitszusammenbruchs musste Wilson seine Rolle als »politischer Makler« und Wachhund aufgeben. Auch Colonel House hatte bereits auf der Pariser Friedenskonferenz erkennen müssen, dass seine Ära auf der internationalen Bühne dem Ende zuging. Interessanterweise soll die Idee des Völkerbunds von House stammen, so jedenfalls Wilsons Biograf, Ray Stannard

Baker. Auch war es wohl House, der die Vierzehn Punkte konzipiert hatte, welche von Wilson dann lediglich in seine eigenen Worte gepackt wurden.

Nachdem nun der Senat den Völkerbund abgelehnt hatte und auch die öffentliche Meinung in Amerika sich gegen einem Plan für eine Weltregierung entgegenstemmte, wurde Colonel House dazu auserkoren, ein Gremium zur Förderung der Vereinten Nationen und des »Eine-Welt-Projekts« zu schaffen. Noch 1919 kam es zu ersten Zusammenkünften. Als Vorbild sollte einerseits das von Cecil Rhodes Ende des 19. Jahrhunderts geschaffene Round-Table-Gremium dienen, welches mit dem Ziel gegründet worden war, die Exponenten der englischsprechenden Bevölkerung der Welt zunächst an einen Tisch und dann unter britische Herrschaft zu bringen. Zum anderen wollte man sich auch an der Milner-Gruppe orientieren (vgl. S. 157 f.).[290]

Zwei Jahre später, im Juli 1921, wurde mit dem »Council on Foreign Relations« (CFR) ein amerikanischer Ableger des »Royal Institute of International Affairs« ins Leben gerufen.[291] Zu den Gründungsmitgliedern zählten neben dem maßgeblichen Initiator House alle Größen der internationalen Finanzelite wie J. P. Morgan, John D. Rockefeller, Paul M. Warburg, Otto Kahn und Jacob Schiff – die gleiche Gruppe, die 1913 das »Federal Reserve System« installiert hatte. Als erster Präsident fungierte John W. Davis, der persönliche Anwalt J. P. Morgans. Damit man auch hübsch unter sich war, wurde Paul Cravath, ein Repräsentant Morgans, als Vizepräsident eingesetzt.

Mit der Zeit verlor allerdings Morgan seinen Einfluss zugunsten der Rockefellers, die ein »One World Government« für ihre Geschäftsphilosophie noch geeigneter fanden. Aus dem Namen CFR kann auch das Akronym für Carnegie, Ford und Rockefeller herausgelesen werden. Diese drei Familien dürften zwar die meisten Mittel für das Council aufbringen, doch mittlerweile beteiligen sich auch andere Großkonzerne wie Pillsbury, Coca Cola, Chase Manhattan Bank oder AT&T an der Finanzierung. John D. Rockefeller sr. proklamierte ungeniert, Wettbewerb sei Sünde, globale Monopole wären für die überall wachsenden Bedürfnisse geeigneter.

Zahlreiche einflussreiche Personen – Politiker wie Intellektuelle und Persönlichkeiten aus dem Mediensektor – sind Mitglieder im CFR, der als verlängerter Arm der führenden Elite zu gelten hat und erheblichen Einfluss auf die Politik wie den Präsidenten ausübt und damit auf das Erziehungswesen, die Wirtschaft oder auch das Militär einwirkt. Zusätzlich ist der CFR mit ähnlichen Round Table Groups, etwa der Trilateralen Kommission, der Rockefeller Foundation und der Bilderberg-Gruppe verknüpft. Diese Gesellschaften

verkörpern das Oststaaten- oder Ostküsten-Establishment. Ihr Ziel ist es, den Einfluss der Internationalisten im Sinne einer »Neuen Weltordnung« (New World Order) – was eher einer Wiederherstellung der alten Weltordnung nahekommt – in der amerikanischen Gesellschaft zu verankern. Ihre Experten schreiben akademische Abhandlungen in der Hauspostille *Foreign Affairs*, die die Notwendigkeit einer »United World« begründen. Die CFR-Mitglieder aus der breiten Medienfront, *CBS, NBC, CNN, Washington Post, Wall Street Journal, Los Angeles Times, Chicago Sun, Time, Live* u. a., bringen diese Argumente dann geschickt und umfassend unter die Leute. Bereitwillig übernehmen viele europäische Mediengruppen von dort ihre Informationen.[292]

Fast alle Präsidenten waren zuvor bereits Mitglied im CFR, von Reagan über Clinton bis Obama, ebenso deren Berater, wie z. B. der überaus mächtige, korrupte und umstrittene Henry Kissinger oder auch Zbignjew Brzezinski, welcher Nixon, Carter und Obama zur Seite stand. Ob Demokrat oder Republikaner, spielt keine Rolle. Das würde auch den Zielen der »New World Order« widersprechen.

Der von Bill Clinton gern zitierte Georgetown-Professor Quigley konnte dem CFR zunächst noch positive Aspekte abgewinnen. Doch an seinem Lebensende änderte er seine Meinung und zeigte in »The Anglo-American Establishment« die Gefahren dieser Machtkonzentration auf: »*Kein Land, dem seine Sicherheit etwas bedeutet, sollte einer kleinen Zahl von Männern erlauben, ein solche Macht in Verwaltung und Politik auszuüben.*«[293]

Das CFR hat die Aufgabe, parteiübergreifend die außenpolitische Kontinuität zu sichern. Die Betrachtung der gesamten Geschichte des CFR von 1921 bis heute ist an dieser Stelle nicht möglich. Doch sollte dessen Einflussnahme auf politische Entscheidungen nicht unterschätzt werden.[294] Heute fördert es außenpolitische Netzwerke wie etwa die »Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik« (DGAP), die »Atlantik-Brücke«, das »Aspen-Institut« in Berlin und seit Oktober 2007 dank Joschka Fischer den »European Council on Foreign Relations« (ECFR) als europäisches Pendant. In der illustren Mitgliederliste des ECFR finden sich etwa Karl-Theodor zu Guttenberg, Cem Özdemir oder der Megaspekulant George Soros.[295] Nach US-Präsident Nixon mit seinem Sicherheitsberater Kissinger kamen alle folgenden Berater aus dem CFR.

Vier Wochen vor Pearl Harbor: Gründung von Freedom House (1941)

Am 10. November 1941 etablierten Eleanor Roosevelt und der unterlegene Präsidentschaftskandidat Wendell Willkie das »Freedom House«. Mit diesem damals wie heute vor allem aus US-Regierungsgeldern finanzierten Propagandainstrument sollte das öffentliche Engagement im Zweiten Weltkrieg gefördert werden, da zu diesem Zeitpunkt die isolationistischen Bestrebungen Konjunktur hatten.[296] Nach 1945 setzte sich »Freedom House« für den Marshall-Plan und die Gründung eines transatlantischen Militärbündnisses ein. Nach dem Kalten Krieg wurde u. a. die Solidarnosc-Bewegung in Polen sowie die farbigen Revolutionen in Serbien, in Georgien, der Ukraine und Kirgistan unterstützt.[297]

1945, dem Gründungsjahr der Vereinten Nationen, nahmen Kriegsplanungen gegen die UdSSR Formen an: Am 1. Juli wollte Churchill mit 112 Divisionen die Sowjetunion angreifen. Der spätere Generalsekretär der NATO, Lord Ismay, hatte als Churchills Generalstabschef diese »Operation Unthinkable« mit 12 deutschen Divisionen geplant. Doch Stalin durchschaute die Absicht und verlangte am 23. Mai 1945 die sofortige Verhaftung der deutschen Regierung in Flensburg und die Gefangennahme der deutschen Soldaten in der britischen Besatzungszone.

Freedom House: Schwerter für den Krieg unter dem Deckmantel des Freiheitsbegriffs

Und im Oktober des Jahres beauftragte US-Präsident Truman General Eisenhower mit einem Plan für einen umfassenden Angriff gegen die Sowjetunion, der »Operation Totality« (JIC 329/1)[298], der einen atomaren Überraschungsschlag gegen 20 sowjetische Städte[299] beinhaltete. Im gleichen Monat begann die US-Air-Force, die strategische Verletzlichkeit der UdSSR bei einem begrenzten Luftangriff (»Strategic Vulnerability of the U. S. S. R. to a Limited Air Attack«) mittels Abwürfen von bis zu 30 Atombomben zu simulieren.

Im März 1946 hatte Churchill die »Raubkatze« respektive das Feindbild aus

dem Sack gelassen: Russland sei *»eine wachsende Herausforderung und Gefahr für die christliche Zivilisation«*[300]. Bis Oktober 1949 entstanden dreizehn weitere Kriegspläne.[301]

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Libyen als Basis für einen atomaren Angriff auf Russland erwählt

Ein Militärbündnis von USA und Großbritannien – also von Mächten, die schon im Jahr 1945 ihre Kriegspläne gegen die Sowjetunion entwickelten – sollte nun offiziell einen dritten Weltkrieg verhindern. Zu diesem Zweck wurde im Frühjahr 1949 die NATO als Defensivbündnis gegründet. Doch schon am 19. Dezember 1949 verabschiedete der Vereinigte Generalstab der USA den Kriegsplan »Dropshot«.[302] Das Bedrohungsszenario stand bereits fest: *»Am oder um den 1. Januar 1957 ist den Vereinigten Staaten durch einen Aggressionsakt der UdSSR und/oder ihrer Satellitenstaaten ein Krieg aufgezwungen worden.«*[303]

Der geplante Krieg fand nicht statt, denn im Oktober 1957 schoss die Sowjetunion den Satelliten *Sputnik* ins All, mit dem sie erstmals Bewegungen auf der Erde beobachten konnte, wozu die USA noch nicht in der Lage waren. Sie konnten nun die Umsetzung von Dropshot nicht mehr riskieren, was im Westen fieberhafte Rüstungsanstrengungen auslöste. Zudem wurde Libyen zur Angriffsbasis gegen die Sowjetunion ausgebaut.

Edmund A. Walsh und die amerikanische Geopolitik der Moderne

Aufgrund seiner Veröffentlichungen[304] galt Karl Haushofer (1869–1946), Generalmajor und Professor für Geografie in München, als der Begründer der deutschen Geopolitik. Er prägte auch den Begriff »Lebensraum«, der von den Nationalsozialisten dann für ihre Zwecke missbraucht wurde. Nach dem Englandflug seines ehemaligen Studenten und Freundes Rudolf Heß 1941 fiel er in

Ungnade und kam 1944 ins Konzentrationslager Dachau. Sein Sohn Albrecht, der im Widerstand aktiv war, wurde noch vor Kriegsende ermordet. Haushofer selbst starb zusammen mit seiner Frau im März 1946 unter nicht ganz geklärten Umständen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war das Interesse der Amerikaner an Haushofer aufgrund seines Fachwissens naturgemäß groß, sodass er während der Nürnberger Prozesse eigens von einem Spezialisten verhört wurde: dem Jesuitenpater Edmund A. Walsh (1885–1956). Walsh hatte 1919 die »School of Foreign Service« an der Georgetown University in Washington D. C. gegründet, wo er als Professor für Geopolitik lehrte. Das Know-how Haushofers konnte er im Sinne einer globalen Expansionspolitik nutzen, wofür Walsh 1946 sogar in der auflagenstarken US-Wochenzeitschrift *Life* warb. Heute ist seine geopolitische Schule eine Kaderschmiede für angehende Führungskräfte der amerikanischen Weltmacht. Es unterrichten dort hochkarätige Politiker wie Andrew Natsios (Direktor der »United States Agency for International Development« (USAID), Anthony Lake (NSA), der US-Senator Tom Daschle, der stellvertretende Verteidigungsminister Douglas Feith oder auch George Tenet, seines Zeichens CIA-Direktor. Viele ehemalige Absolventen gehören heute zur politischen Elite, z. B. Expräsident Bill Clinton, Verteidigungsminister Robert Gates, Sicherheitsberater General James L. Jones sowie die obersten Richter Antonin Scalia und Edward Douglass White.

Auch zwölf aktuelle bzw. frühere ausländische Regierungschefs haben an der »School of Foreign Service« studiert: der Gouverneur von Puerto Rico, Luis Fortuno, die Präsidentin der Philippinen, Gloria Macapagal-Arroyo, der Premierminister des Libanon, Saad Hariri, der ehemalige Präsident der Republik Polen, Aleksander Kwasniewski, und der ehemalige Präsident Spaniens, Jose María Aznar, außerdem König Abdullah II. von Jordanien, Kronprinz Felipe von Spanien sowie Prinz Philippos von Griechenland und Dänemark.[305]

Philip Bobbitt belegte die Kontinuität geopolitischen Denkens von Halford J. Mackinder, Alfred Thayer Mahan und Homer Lea über Edmund A. Walsh bis in die Gegenwart, wie das im Jahr 2002 erschienene Standardwerk »The Shield of Achilles« des strategischen Denkers eindrucksvoll belegt.[306]

Anfang der 1950er-Jahre hatte Thomas Mann in Amerika die Neigung der US-Administration erkannt, *»Europa als ökonomische Kolonie, militärische Basis, Glacis im zukünftigen Atom-Kreuzzug gegen Russland zu behandeln, als ein zwar antiquarisch interessantes und bereisenswertes Stück Erde, um dessen vollständigen*

Ruin man sich aber den Teufel scheren wird, wenn es den Kampf um die Weltherrschaft gilt«[307]. Das Sputniktrauma, aber auch John F. Kennedys friedliche Lösung der Kuba-Krise mit Chruschtschow 1962 durchkreuzten vorerst derartige Pläne. Nun musste eine andere Front eröffnet werden.

Carter lässt den islamischen Geist aus der Flasche

Anfang Januar 1979 kamen auf der Konferenz von Guadeloupe US-Präsident Jimmy Carter, Frankreichs Präsident Giscard d'Estaing, der britische Premier James Callaghan sowie Bundeskanzler Helmut Schmidt überein, den Schah von Persien, Mohammad Reza Pahlavi, nicht weiter zu unterstützen und dem im französischen Exil lebenden Ajatollah Chomeini zur Rückkehr in den Iran zu verhelfen – nun sollte gegen die Sowjetunion die islamische Trumpfkarte gezogen werden. Einer gewissen Ironie entbehrt das nicht, galt der Schah bis dahin doch als Marionette der Amerikaner. Am 16. Januar 1979 jedenfalls zwang der revolutionäre Druck unterer Militärchargen den Schah, mit seiner Familie aus dem Iran zu fliehen. Der Clan der Pahlavi war 1953 durch einen Putsch gegen den legitimierten Ministerpräsidenten Mohammed Mossadegh an die Macht gekommen. Da es dabei vornehmlich um die Ölquellen des Landes ging und amerikanische Ölmultis die Nutznießer waren, wurde dahinter die Hand der CIA vermutet. 2009 deutete Präsident Obama in seiner Kairo-Rede öffentlich auf die Zusammenhänge: *»Mitten im Kalten Krieg spielten die Vereinigten Staaten eine Rolle beim Sturz einer demokratisch gewählten iranischen Regierung.«*[308] 2011 sollte die Vermutung zur Gewissheit werden: Hatte Obama seinerzeit noch auf Namen und Adresse verzichtet, räumte der US-Auslandsgeheimdienst nun seine treibende Rolle formal ein.[309]

Am 1. Februar 1979 landete Ajatollah Chomeini in Teheran und verwandelte die zunächst säkulare Revolution in eine islamistische, auf deren Höhepunkt am 4. November 1979 die Studenten die US-Botschaft in Teheran stürmten.

In seiner Rede zur Lage der Nation am 23. Januar 1980 verkündete US-Präsident Jimmy Carter seine neue Doktrin: *»Jeder Versuch einer anderen Macht, Kontrolle über den Persischen Golf zu gewinnen, wird von uns als Angriff auf die Lebensinteressen der USA angesehen. Ein solcher Angriff wird mit allen erforderlichen Mitteln, einschließlich militärischer Gewalt, zurückgeschlagen werden.«*[310] Ein halbes Jahr vorher hatte Carter die Order zur Anwerbung islamischer Funda-

US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski (li.) in geheimer Mission bei den Mudschaheddin (im Bild mit dem jungen Osama bin Laden am 3. Februar 1980)

mentalisten, der sogenannten Mudschaheddin, unterzeichnet. Dieses geheime Hilfsprogramm für die Gegner des prosowjetischen Regimes in Kabul würde, so Carters Sicherheitsberater Brzezinski, eine sowjetische Militärintervention hervorrufen.[311] Bereits im Herbst 1979 attackierten die von Carter angeheuerten islamistischen Desperados erfolgreich die schwache sozialistische Regierung in Kabul.

Carters Doktrin forderte nun den Ausbau der Militärbasen im Mittleren Osten und im Indischen Ozean. Dazu wurde eine mobile Eingreiftruppe für die »vitalen Interessen im Persischen Golf« installiert. Brzezinski schuf dafür die Militärarchitektur mit dem Regionalkommando CENTCOM. Diese setzte Carters Nachfolger, der am 21. Januar 1981 vereidigte republikanische Präsident Ronald Reagan, entschlossen um: Seine Außenpolitik sollte als Politik der Stärke verstanden werden und war von seinem unbeugsamen Antikommunismus geprägt.

Florett der Subversion: National Endowment for Democracy (1983)

Im Zuge der CIA-Aktivitäten rund um den Sturz des chilenischen Präsidenten Salvador Allende im September 1973 wurden schon unter US-Präsident Nixon Teile ziviler Organisationen und einflussreicher Pressemedien vom Staat finanziert und gelenkt, um mit allen Mitteln den sowjetisch-kommunistischen

Einfluss in der Dritten Welt einzudämmen. Seit den Untersuchungen diverser Komplotte und Terroranschläge gegen Staats- und Regierungschefs wie Patrice Lumumba, Fidel Castro oder eben Salvador Allende durch den Senat wurden die Aktivitäten der CIA von der Öffentlichkeit argwöhnisch verfolgt. Ab 1975 ging man daher subtiler vor und infiltrierte z. B. »linke« wie »rechte« Foren internationaler zivilgesellschaftlicher Vereinigungen.

Der Kampf für die westlichen Werte[312] im Ausland sollte mithilfe offener Unterstützung durch »private« Organisationen geführt werden. So kam es 1979 zur Gründung der »American Political Foundation«, die im Sinne des Kalten Krieges die öffentlichen Kräfte von Demokraten und Republikanern, Gewerkschaften und Arbeitgebern sowie offiziellen Stellen der Außenpolitik bündelte.[313] US-Präsident Reagan unterstützte begeistert dieses von der Regierung finanzierte neue »Demokratieprogramm« und unterzeichnete am 14. Januar 1983 die Geheimdirektive NSDD-77[314] mit dem Titel »Management der öffentlichen Diplomatie im Hinblick auf die Staatssicherheit«, was man etwa mit Effizienzsteigerung der Propaganda übersetzen kann. Dazu wurde unter dem Nationalen Sicherheitsrat eine spezielle Planungsgruppe für »nationale Sicherheitsangelegenheiten« eingesetzt. Mitglieder waren bzw. sind der Außenminister, der Verteidigungsminister, die Direktoren des US-Informationscenters und der USAID (United States Agency of International Developement) sowie der Berater des Präsidenten für Kommunikation. In der Anweisung zu dieser »Weltkampagne für die Demokratie« heißt es, man suche die enge Zusammenarbeit zwischen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bereichen der Außenpolitik sowie innenpolitisch mit Arbeitnehmern, Arbeitgebern, Universitätsstudenten, Philanthropen, politischen Parteien und der Presse. Mit NSDD-77 ging auch die Gründung des strategischen Nachrichtendienstes IBC (International Broadcasting Convention) einher. Über das IBC-Programm gibt das US-Verteidigungsministerium seinen Kommandeuren Handlungsanweisungen hinsichtlich Politik, Militär, Wirtschaft, Sozialem, Information und Infrastruktur – militärisch kurz PMESII.

Dank einer weiteren Geheimdirektive, der NSDD-45, konnte die Stimme Amerikas – vervielfältigt durch *Radio Free Europe/Radio Liberty* (RFE/RL), *Radio Martí* und andere »Freiheitssender« – in den östlichen und südöstlichen Teil Europas, Russlands, den Kaukasus, Zentralasien und den Nahen Osten gerichtet werden.[315] Ein umfassendes Agitations- und Propagandasystem, das heute verkürzt AgitProp genannt wird.

Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges entstand das »National Endowment for Democracy« (NED), ein Produkt von CIA und AID, der »Agency for International Development«. Nun machte man sich daran, den Zusammenbruch des sozialistischen Lagers in Europa herbeizuführen.

Im Dezember 1983 stellte Reagan NED dem Kongress vor und verkündete anschließend im Weißen Haus, für den »Sieg der Demokratie« müsse man alle Ressourcen einsetzen: Organisationen, Schweiß und Dollars. Das NED werde das Herzstück der Anstrengungen sein. Über den Krisenherden der Welt liege ein positiver Trend, *»der Marsch der Demokratie – und das National Endowment wird ein Teil von ihr sein«*[316].

Heute hat das NED die rechtliche Stellung einer gemeinnützigen Vereinigung; sein Budget wird durch den Kongress genehmigt, und es ist ein Teil der USAID, der regierungsabhängigen US-Agentur für Internationale Entwicklung.[317] Um das NED mit dem Motto »Supporting freedom around the world« wie eine private Initiative aussehen zu lassen, erhält die Organisation auch Spenden von Vereinigungen wie der Smith Richardson Foundation, der John M. Olin Foundation und der Lynde and Harry Bradley Foundation.

Die Praxis, Nichtregierungsorganisationen als verlängerten Arm und Rammbock der US-Außenpolitik einzusetzen, wird meist nicht durchschaut. Diese NROs sind überall da zu finden, wo »Regime Change« angesagt ist. Sie sollen den Deckmantel bilden für die verdeckten Aktivitäten. Sobald sich auf diesem Wege angegriffene Länder gegen diese angeblich »menschenrechtsfördernden« Organisationen wehren, kann man sie als »autoritäre« oder zumindest »halbautoritäre« Staaten brandmarken. Inspiriert und gefördert vom NED, bildeten sich nationale Ableger: die »Rights & Democracy« in Kanada, die »Westminster Foundation for Democracy« in Großbritannien, das »Swedish International Liberal Centre« in Schweden, die Alfred Mozer-Stiftung in Holland sowie die Robert Schuman-Stiftung und die Fondation Jean Jaures in Frankreich. Auf der offiziellen Webseite des State Department bezeichnet der ehemalige NED-Vorstand Carl Gershman all diese Stiftungen, Personen und Organisationen als Stationen auf dem Weg der *»Schaffung einer Weltbewegung pro Demokratie«*, es sei ein *»Netz der Netze«* mit dem NED als Mittelpunkt. [318]

Auf der UNO-Generalversammlung im September 1989 bezeichnete Präsident George Bush sr. die Verstärkung der »Stiftungen der Freiheit« als Antwort auf die Herausforderung der »freien Welt«. Knapp fünfzehn Jahre später, am 20. Januar 2004, forderte sein Sohn George W. Bush in seiner Rede zur Lage der Nation den Kongress auf, den Etat der NED zu verdoppeln, um zeit-

gleich mit dem Ausbau des zentralen US-Regionalkommandos CENTCOM im Mittleren Osten freie Wahlen, freien Handel, freie Presse und freie Gewerkschaften verstärkt zu fördern. Militärische Operationen und ideologische Manipulation als siamesische Zwillinge!

Auch die »Democracy Projects Database«, die rund 6000 Projekte von NROs in der Welt koordiniert, gehört zum NED-Netzwerk, ebenso das »Network of Democracy Research Institutes«,[319] ein Zusammenschluss »unabhängiger« Institutionen, die den Kontakt zwischen politischen Parteien, Universitäten, Gewerkschaften und Bewegungen für Demokratie und Menschenrechte unterstützen. Ein relativ junges Geschöpf des NED ist das »Center for International Media Assistance« (CIMA), dass 2004 im Rahmen des Nachrichtendienstreform- und Terrorismus-Verhinderungsgesetzes vom Büro für Demokratie, Menschenrechte und Arbeit des US-Departments of State geschaffen wurde.[320] CIMA soll die Zusammenarbeit von Geldgebern und Forschern im Sektor der Medienhilfe erleichtern: Experten für Massenmedien als Verstärker im Kampf um die freien und unabhängigen Medien der Welt.[321] Selbst Organisationen wie »Reporter ohne Grenzen« erhalten wohl inzwischen Mittel aus dem Fördertopf des NED.[322]

Das NED ruht auf vier Säulen: dem Gewerkschaftsverband (AFL-CIO) und der ad hoc gegründeten Tochtergesellschaft der US-Handelskammer »Center for International Private Enterprise« (CIPE) sowie den Instituten der Parteien – für die Republikaner das »International Republican Institute« (IRI) und für die Demokraten das »National Democratic Institute« (NDI). Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie beide Parteien vereint in einer Mission! Wird in der Öffentlichkeit nur Demokratie gespielt?

Zum ersten Präsidenten des NED wurde der Historiker Allen Weinstein (geb. 1937) ernannt. Dieser äußerte 1991 gegenüber der *Washington Post: »Vieles von dem, was wir heute tun, wurde bereits vor 25 Jahren durch die CIA verdeckt unternommen.«*[323] 2008 beschrieb der ehemalige stellvertretende Finanzminister Reagans, Paul Craig Roberts, das NED als einen Akteur für die US-Weltherrschaft. *»Seine Hauptfunktion besteht darin«*, so Roberts, *»US-Geld in ehemaligen Teilen der Sowjetunion zu investieren und Wahlmanipulation zu betreiben, um Russland mit amerikanischen Marionettenstaaten einzukreisen.«*[324] 2014 zeigt sich am Beispiel der Ukraine die aktuelle Brisanz dieser Strategie.

So besehen, scheint das NED in erster Linie als Werkzeug des Kalten Krieges geschaffen worden zu sein. Es galt, die von Reagan als »Reich des

Übels« stigmatisierte Sowjetunion mit weiteren Mitteln zu bekämpfen. Nun war die Zeit gekommen, den versprochenen *»neuen Kreuzzug für die Freiheit«* zu beginnen, um den Marxismus-Leninismus auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen.[325] Neben der militärischen und diplomatischen Option sollte nun die Mobilmachung der »Zivilgesellschaft« das Land destabilisieren. Dazu wurden auch dem politischen Kontrollprozess entzogene Geheimaktionen der CIA wieder hoffähig, allerdings unter dem NRO-Deckmantel.[326] In einer offenen Gesellschaft ist es leicht, Konflikte zu schüren und die Bevölkerung in seinem Sinn zu manipulieren.

Für den ehemaligen Beamten des State Departments und Begründer der Untergrundzeitung *Washington Free Press*, William Blum, gehört der Deckmantel der Nichtregierungsorganisation zum Image und soll im Ausland die Glaubwürdigkeit erhöhen. Eine Agency der US-Regierung würde das Gegenteil bewirken. Für Blum steht fest, dass *»viele der von der CIA begangenen Sachen in eine neue Organisation verlegt wurden, die einen Namen trägt, der gut klingt. Die Gründung des NED ist ein Meisterwerk der Politik, der Publicrelations und des Zynismus.«* [327] So richtet sich seine Kritik vor allem gegen die Einflussnahme der USA auf die Innenpolitik anderer Länder mittels verdeckter Operationen der CIA und des Pentagons. Der gegen die USA gerichtete Terrorismus und die Feindseligkeit in Teilen der arabischen Welt ist für Blum die Reaktion auf eine jahrzehntelange verfehlte Politik, die sich durch rücksichtslose Ausübung von Gewalt auszeichnete. Zudem sei sie in der Vergangenheit häufig ohne demokratische Kontrolle und ohne Wissen der Öffentlichkeit praktiziert worden.

In der vom NED bewiesenen Raffinesse, weltweit die Opposition der ins Visier geratenen Länder zu instrumentalisieren, Wahlen zu manipulieren und die Medien zu vergiften, sieht der kolumbianische Journalist Hernando C. Ospina den unbestreitbaren Beweis für das Erbe von CIA und USAID. Für deren Zusammenarbeit hatten sich zahlreiche, auslandserfahrene Persönlichkeiten der konservativen Elite engagiert.[328]

Gleich zu Beginn konnte sich das NED im Kampf gegen das kommunistische Osteuropa bewähren. Unter der Maske einer Nichtregierungsorganisation führte man dort einen versteckten imperialistischen Kampf für »Menschenrechte und Demokratie«.[329] Dank Dollars und Publizität stieg die Zahl der Dissidenten in den jeweiligen Ländern in die Tausende – in den meisten Fällen wurden sie nach dem Systemwechsel rasch wieder fallen gelassen. Stolz bekennt sich das NED zum Sieg in Polen. Schon ein Jahr nach seiner Grün-

dung leistete es in Polen direkte Hilfe – bei Gewerkschaften, Publikationen und Menschenrechtsgruppen, wobei auf den Schein der »Unabhängigkeit« besonders geachtet wurde. Als Lech Wałęsa – enger Freund Amerikas – 1989 an die Macht kam, hatte das NED dessen Präsidentschaftskampagne und die Bewegung »Solidarität« mit 2,5 Millionen Dollar unterstützt.[330]

Mittels Dollars und einiger »Spezialisten« konnte man zudem auf die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Prozesse von weiteren osteuropäischen sowie etwa 90 afrikanischen, lateinamerikanischen und asiatischen Ländern einwirken. Wie der Kommunikationsforscher Gerald Jay Sussman richtig feststellt, ist das Einmischen in Wahlen *»außerordentlich wichtig für die Ziele der US-Globalpolitik«*[331]. Wahlmanipulation versteht er dabei als Bühnenaufführung eines moralischen Dramas mit politischem Plot.

Brzezinskis Imperative imperialer Geostrategie

Zbigniew Brzezinski, neben Henry Kissinger graue Eminenz unter den US-amerikanischen Globalstrategen, hatte immer schon die globale Vormachtstellung der USA im Auge. Voraussetzung dafür ist die amerikanische Dominanz auf dem gesamten eurasischen Kontinent, für die er in seinem Buch »Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft« eintritt. *»Die Vereinigten Staaten, also eine außereurasische Macht, genießen nun internationalen Vorrang; ihre Truppen sind an drei Randgebieten des eurasischen Kontinents präsent, von wo aus sie einen massiven Einfluß auf die im eurasischen Hinterland ansässigen Staaten ausüben. Aber das weltweit wichtigste Spielfeld – Eurasien – ist der Ort, auf dem Amerika irgendwann ein potentieller Nebenbuhler um die Weltmacht erwachsen könnte.«*[332] Schon 1997 sagte Brzezinski Unruhen im Bereich des amerikanischen Regionalkommandos CENTCOM – für ihn der »eurasische Balkan« – voraus.

Besonders wichtig sei der taktisch kluge und entschlossene Umgang mit den geostrategisch dynamischen Staaten wie Russland und China, welche die internationale Kräfteverteilung entscheidend verändern könnten. Bei der Großmacht China ist man vorsichtiger als beim von Obama geringschätzig als »Regionalmacht« eingestuften Russland, welches nur aus Schwäche handele.[333] Das beinhaltet zugleich eine Botschaft nach innen: Russland sei schwach wie seinerzeit der Irak, Krieg somit nicht ausgeschlossen.

Im Juni 2002 kündigten die USA den ABM-Vertrag auf, der die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme beider Staaten regelte, und forcierten gleichzeitig die Ausdehnung der NATO durch die Aufnahme ehemaliger Sowjetrepubliken und Warschauer-Pakt-Staaten, um dort Militärstützpunkte zu errichten und einen Raketenabwehrschirm zu installieren, der laut *Foreign Affairs* »*einen nuklearen Erstschlag zur nuklearen Neutralisierung Russlands ermöglichen soll*«[334]. Dabei hatte Präsident Bush sr. noch zugesagt, die Großzügigkeit Gorbatschows nicht auszunutzen,[335] und ein Vordringen der NATO in Richtung Russland ausgeschlossen. Noch im März 2014 erklärte Obama auf dem G7-Gipfel in Brüssel feierlich: »*Die Ukraine ist nicht auf dem Weg in die NATO.*«[336]

Gleichzeitig veranstaltete die NATO in der Ukraine unter hohem Kostenaufwand einen grandiosen Werbefeldzug für einen Beitritt zum Bündnis. Kernstück der Aktion ist eine 80 Seiten starke ukrainischsprachige Unterrichtsbroschüre »Bereit für die NATO«.[337] In sechzehn ukrainischen Großstädten wurden unter dem Namen »Zentrum für Euro-Atlantische Integration« häufig an Universitäten angeschlossene Informationsbüros eingerichtet. In Kiew gibt es zudem noch Institute für »gesellschaftlichen Wandel« und ein »Institut für Euro-Atlantische Zusammenarbeit«, welches der ehemalige ukrainische Außenminister Boris Tarasjuk leitet. Der prominente Verfechter der europäischen Integration ist seit 2009 Herausgeber der institutseigenen ukrainischsprachigen Zeitschrift *EuroAtlantica*. Verantwortlich zeichnen Westpolitiker wie Vitali Klitschko oder Zbigniew Brzezinski.

Wie am Beispiel von Georgien, Aserbaidschan und der Ukraine zu sehen, wurde gegenüber den geopolitisch katalytischen Staaten Eurasiens ein behutsamer Umgang gepflegt, entsprechend dem Interesse Amerikas an einer kurzfristigen Bewahrung seiner einzigartigen globalen Machtposition, die angeblich langfristig in eine zunehmend institutionalisierte weltweite Zusammenarbeit umgewandelt werden soll. Teil dieser Politik ist die Osterweiterung von EU und NATO. Die Nordatlantische Allianz bindet die produktivsten und einflussreichsten Staaten Europas an Amerika und verleiht den Vereinigten Staaten selbst in innereuropäischen Angelegenheiten eine wichtige Stimme. In diesem Zusammenhang steht auch der von den USA gewünschte Beitritt des strategisch wichtigen Bündnispartners Türkei zur EU sowie die Stärkung des geopolitischen Pluralismus im postsowjetischen Raum. Zugleich soll die Achse Russland–China–Indien verhindert werden – das würde den Verlust der amerikanischen Hegemonie bedeuten.

Die drei großen Imperative imperialer Geostrategie lauten nach Brzezinski:

- Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und sie abhängig zu halten,
- die tributpflichtigen Staaten fugsam zu halten und
- dafur zu sorgen, dass sich die »Barbarenvölker« nicht zusammenschließen.[338]

Im Oktober 1998 wurde die US-Vorherrschaft in der Weltpolitik mit der nationalen Sicherheitsstrategie fur ein neues Jahrhundert konkret anvisiert. Nach außen hin ging es um Sicherheit, Demokratie und Frieden, die Wirklichkeit hieß Krieg – Krieg gegen Jugoslawien, auch »Albright's War« genannt.[339] US-Außenministerin Madeleine Albright hatte bereits im Dezember 1998 formuliert: »*Wir wollen ein Europa, das handeln kann. Wir wollen ein Europa mit modernen flexiblen Streitkräften, die in der Lage sind, Brände in Europas Hinterhof zu bekämpfen und mit und in einer Allianz unsere gemeinsamen Interessen zu verteidigen.*«[340] Heute ist Albright Vorsitzende einer Kommission, welche die NATO zu einer reinen Söldnerarmee umzuformen sucht.

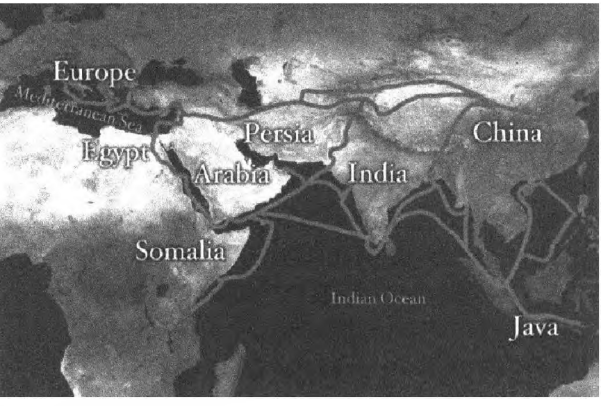
Mit dem Seidenstraßenstrategiegesetz in den »eurasischen Balkan«

Das Seidenstraßenstrategiegesetz, in dem die USA in einem Korridor entlang der historischen Seidenstraße umfassende wirtschaftliche und strategische Interessen definieren, wurde nur fünf Tage vor dem Krieg gegen Jugoslawien vom Kongress verabschiedet.[341] Bill Clinton gab den wahren Kriegsgrund unumwunden zu: »*Für starke wirtschaftliche Beziehungen, die unsere Fähigkeit einschließen, rund um die Welt zu verkaufen, muss Europa ein Schlüssel sein. Und wenn wir wollen, dass Leute unsere Lasten der Führung teilen, mit allen Problemen, die zwangsläufig auftauchen werden, muss Europa unser Partner sein. Nun, das ist die Bedeutung dieser Kosovo-Geschichte.*«[342] Während der Kämpfe feierte die NATO das 50. Jahr ihres Bestehens, verkündete eine Strategie »jenseits der UN«, d. h. Interventionen künftig auch ohne UN-Mandat, und demonstrierte die Erweiterung nach Osten.

Am 30. April 1999, nur wenige Tage nach dem NATO-Beitritt Tschechiens, Polens und Ungarns, wurde mit der geheimen Entscheidungsrichtlinie Nr. 68

die Sicherheitsdirektive NSDD-77 erweitert und die Grundlage für ein internationales Presse- und Informationssystem (IPI) geschaffen mit dem Ziel, das Ansehen der Vereinigten Staaten im Ausland zu erhöhen, *»die Sicherheit der USA zu verbessern, Amerikas wirtschaftlichen Wohlstand zu stärken und die Demokratie im Ausland zu fördern«*[343]. Die entscheidende Rolle der Nachrichtendienste wird dabei unumwunden zugegeben. Durch kontrollierte Weitergabe von militärischen Informationen soll über das IPI Einfluss genommen werden auf Emotionen, Motive und letztlich das Verhalten ausländischer Regierungen, Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen und zudem internationale Organisationen, vor allem die Vereinten Nationen, zur *»Unterstützung der multilateralen Friedenssicherung«*[344] mit Geldmitteln gefördert werden. Zur IPI-Kerngruppe gehören hohe Beamte aus dem Verteidigungsministerium, Justiz, Handel und der CIA sowie dem FBI.

2001 wurde George W. Bush Präsident. Im Januar 2000 hatte er noch betont, dass die USA ihre Truppen nicht *»außerhalb der strategischen Interessen«* einsetzen werden, um ethnische Säuberungen und Völkermord zu stoppen.[345] Und in seiner Vereidigungsrede versprach er *»die Werte unserer Geschichte zum Anliegen unserer Zeit zu machen ... und sich mit Massenvernichtungswaffen zu befassen«*[346]. Sechs Monate später stattete Bush Camp Bondsteel im Kosovo einen Besuch ab, bedankte sich bei den Zivilisten und den Fremdfirmen, die sich am Bau dieser größten US-Basis seit 1945 beteiligt hatten, und hob hervor: *»Wir streben eine Welt der Toleranz und der Freiheit an. Von Kosovo nach Kaschmir, vom Mittleren Osten nach Nordirland, ist Freiheit und Toleranz das definierte Ziel für unsere Welt. Und Ihr Dienst setzt hier ein Beispiel für die ganze Welt.«*[347]



Der »Silk Road Strategy Act« definiert die geostrategischen Interessen der USA entlang der historischen Seidenstraße (im Bild: Land- und Seeweg)

Und sieben Wochen später, am 11. September 2001, wurde die Welt durch die Terroranschläge auf das World Trade Center erschüttert, 27 Tage danach folgte der Angriff auf Afghanistan. Diese kurze

Zeitspanne muss selbst den militärischen Laien stutzig machen, denn derartige Operationen brauchen einen mehrmonatigen Vorlauf. Wiederum wenige Wochen später definierte Bush die »Achse des Bösen«. In einer neuen Sicherheitsstrategie wurde der präemptive Krieg (bei gefühlter Bedrohung) festgeschrieben – eine Steigerung zum präventiven Krieg (bei realer Bedrohung). Ohne Ermächtigung durch die UN setzte Bush die neue Präemptiv-Doktrin sofort um und begann entlang der historischen Seidenstraße die Kriege gegen Afghanistan und den Irak.

Das Marshall-Center und die geopolitischen Ziele in Eurasien

Am Ende des amerikanischen Jahrhunderts, in dem die USA zweimal aus ihrer Sicht gegen ein barbarisches, unzivilisiertes und undemokratisches Deutschland zu Felde ziehen mussten, begannen beide Staaten 1991 kurz nach dem Putsch gegen Gorbatschow in Moskau mit der Planung einer Kaderschmiede für die Demokratie. 1993 wurde das »George C. Marshall Center«, benannt nach dem ehemaligen US-Außenminister und Friedensnobelpreisträger George C. Marshall (1880–1959)[348], feierlich gegründet.

Die selbstverständlich prowestlichen Absolventen des Instituts sollten helfen, den osteuropäischen Demokratisierungsprozess zu beschleunigen, indem dort angesiedelte Thinktanks für die abgefallenen Länder der Sowjetunion Sicherheitskonzepte ausarbeiteten. Heute trägt es als Forum für sicherheits- und militärpolitische Kontakte im Sinne der amerikanischen Geopolitik dazu bei, eine Gemeinschaft der Nationen vom Atlantik bis einschließlich Eurasien zu schaffen. Dazu wird jährlich eine Vielzahl von Lehrgängen, Seminaren und Konferenzen für militärische und zivile Entscheidungsträger aus den genannten Staatengruppen durchgeführt.[349]

In einer ehemaligen Wehrmachtskaserne in Garmisch-Partenkirchen untergebracht, die u. a. auch als »Russland-Institut« für die US-Army diente, hat das Marshallcenter inzwischen so manche Entscheidungsträger aus 48 Staaten Ost-, Mittel- und Südosteuropas, der ehemaligen Sowjetunion und Eurasiens unter seinem Motto »*Democratia per fidem et concordiam – Demokratie durch Vertrauen und Eintracht*« herangebildet. Der ehemalige deutsche Verteidigungsminister Peter Struck hob anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Zentrums hervor: »*Der Fall des Eisernen Vorhangs, der Freiheitswille der Völker im östlichen Europa, ein Europa auf dem Weg in eine bessere, wenn auch noch ungewisse*

Zukunft – dies war vor einem Jahrzehnt der historische Hintergrund für die Einrichtung dieses transatlantischen Instituts.«[350]

Seit dem 11. September 2001 haben Mitarbeiter der US-Regierung ausländische Geheimdienste, Armeen und Polizeiorganisationen überall auf der Erde erfolgreich durchdrungen. Weil die liberalen Imperien vergangener Jahrhunderte, wie Venedig und Großbritannien, dynamischen Veränderungen Vorschub leisteten und damit die Voraussetzungen für ihren Untergang schufen, forderte der US-amerikanische Journalist Robert D. Kaplan von den USA eine besondere Verschlagenheit: *»Wir müssen geschickt im Verborgenen und hinter verschlossenen Türen agieren.«* Kaplan zitierte den Militärhistoriker Eliot Cohen: *»Nicht schimpfen, nicht drohen, sondern schlechtes Betragen still und streng bestrafen, so haben es die Römer gemacht.«*[351]

Ein solcherart neokonservatives Gedankengut lehnt der Republikaner Ron Paul (geb. 1935) strikt ab. Am 12. Sept. 2011 forderte der Präsidentschaftskandidat während einer Wahldebatte in Tampa einen bescheideneren militärischen Fußabdruck der USA in der Welt. *»Wir werden umfassend bedroht«*, so Paul, *»weil wir so viele Länder besetzen. Wir sind in 130 Ländern und haben 900 Basen weltweit – dabei gehen wir in die Pleite ... Wir müssen ehrlicher mit uns selbst sein. Was würden wir tun, wenn ein anderes Land, sagen wir, China, das mit uns machen würde, was wir all jenen Ländern tun?«*[352] In den US-Basen sind über 500 000 Soldaten, Spione, Techniker etc. stationiert, die nicht nur direkt die Erfüllung der militärischen Ambitionen der USA in der Welt gewährleisten, sondern auch Telefonanrufe, Faxe und E-Mails sämtlicher Erdenbewohner überwachen sollen.[353]

Das Netz amerikanischer Militärstützpunkte im Ausland ist zum Großteil ein Vermächtnis des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Krieges. Die kommunistische Bedrohung hat sich zwar aufgelöst, doch an ihre Stelle sind neue Gefahren wie Terrorismus oder muslimischer Fundamentalismus getreten. Standen sich im Kalten Krieg Armeen gegenüber, so findet nun ein asymmetrischer Krieg statt. Was nützen die besten Nachtsichtgeräte, wenn die Selbstmordattentäter am helllichten Tag zuschlagen?

»Die Stationierung amerikanischer Truppen in den letzten zwölf Jahren (seit 1992, Anm. d. Verf.) *– vom Balkan über Zentralasien bis zum Persischen Golf – zeigt«*, schrieb der Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium Douglas Feith 2004, *»dass die Annahmen aus dem Kalten Krieg in Bezug auf das militärische Einsatzkonzept der Vereinigten Staaten im Ausland überholt sind. Es ist an der Zeit, unser Einsatzkonzept zu ändern, um mit unseren Bündnispartnern*

und Freunden an den Aufgaben des 21. Jahrhunderts arbeiten zu können.«[354] So muss zwangsläufig an die Stelle großer Garnisonen wie in Deutschland oder Südkorea ein Netz von Militärbasen treten, das flexibel angepasst werden kann. Für die Versorgung der nahezu autarken US-Stützpunkte mit Gütern und zivilen Dienstleistungen sind wiederum industrielle Unternehmen wie *Kellogg* und *Brown & Root* zuständig. Das Geschäft mit dem Militär zählt mittlerweile zu den lukrativsten Handelszweigen.[355]

Mit Vorliebe schicken die USA im Rahmen ihres *»Menschenrechtsimperialismus«*[356] führende Leute ihrer *»Vasallenstaaten«*[357] – um einen Begriff Brzezinskis zu verwenden, an die Front, besonders dann, wenn es gilt, sogenannten Risiko- oder Schurkenstaaten eine Warnung zu übermitteln. Man denke etwa an die Reise des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Wolfgang Thierse, im Februar 2001 in den Iran oder die Missionen des ehemaligen deutschen Außenministers Joschka Fischer. Letzterer kritisierte etwa bei seinem Besuch in China im Juli 2004 sehr offen Defizite bei der Achtung der Menschenrechte.[358] Die USA lassen ermahnen oder warnen und halten sich häufig im Hintergrund.

Rechtzeitig zum Präsidentschaftswahlkampf 2008 gab Brzezinski für Barack Obama eine Handlungsanweisung in Buchform mit dem vieldeutigen Titel »Second Chance« heraus.[359] Darin erhielt Vater Bush wegen seines taktischen Geschicks die solide Note zwei – Abzüge wegen suboptimaler Nutzung strategischer Möglichkeiten. Clinton erhielt eine schwache Drei – wegen beträchtlicher Lücken zwischen Potenzial und Erschließung desselben. Und Bush jr. bekam wegen seiner vereinfachten dogmatischen Weltsicht und seines selbstzerstörenden Unilateralismus eine glatte Sechs. Nun soll es unter Obama also eine zweite Chance geben. In seiner Vereidigungsrede betonte der Präsident, dass Amerika bereit sei, wieder zu führen und ohne Pause am Abbau der nuklearen Bedrohung zu arbeiten. Trotzig kam sein Bekenntnis: *»Wir werden uns nicht entschuldigen für unsere Art zu leben.«*[360] Und diese Art zu leben erzeugt einen ungeheuren Hunger nach Rohstoffen.

Während des Krieges gegen den Irak jubelten Strategen und Neokonservative über die Geburt eines »amerikanischen Weltreichs« nach dem Vorbild des antiken Roms. Inzwischen jedoch ist auf beiden Seiten des Atlantiks die Skepsis über diesen imperialen Vorstoß stark gewachsen.

Viele Missverständnisse über die Ursachen von Kriegen und Feindseligkeiten auf der Welt haben u. a. ihren Grund darin, dass die Halbwertszeiten des kollektiven Gedächtnisses der »Mainstream-Medien« sehr kurz sind und die meisten Bürger westlicher Staaten die USA für ein demokratisches Land halten.

Das glaubt inzwischen nicht einmal mehr Expräsident Jimmy Carter, der von 1977 bis 1981 im Weißen Haus amtierte. Auf einer Veranstaltung der »Atlantik-Brücke«, einem transatlantischen Thinktank, kritisierte er am 16. Juli 2013 in Atlanta die Praktiken der US-Geheimdienste, besonders den NSA-Spähskandal. Dabei ließ er sich zu dem höchst bemerkenswerten Satz hinreißen: »*Amerika hat derzeit keine funktionierende Demokratie.*«[361] Bereits am 28. Juni hatte Carter in einem Interview mit *CNN* die amerikanischen Geheimdienstpraktiken als »undemokratisch« verurteilt, Edward Snowdens Enthüllungen aber als für das Land »nützlich« bezeichnet. Der Whistleblower habe die Gesetze verletzt und sei dafür verantwortlich. Carter denke aber, »*dass die Aushöhlung der Menschenrechte und der amerikanischen Privatsphäre zu weit gegangen*« sei.[362]

Während derartige Vorwürfe an Obama wie Regentropfen an Lotusblättern abperlen, erhob jener am Tag nach dem Abschuss der malaysischen Passagiermaschine mit 298 Todesopfern ohne Prüfung der Ursache schwere Vorwürfe gegen Russland und drehte mit der Androhung weiterer Sanktionen an der Eskalationsschraube. Den Abschuss der Boeing 777 der »Malaysian Airlines« auf ihrem Flug MH17 selbst bezeichnete er als eine »*Schandtat unaussprechlichen Ausmaßes*«; die USA »*werden sicherstellen, dass die Wahrheit ans Licht kommt*«.[363]

Doch auch vier Wochen nach dem Abschuss hat das State Departement der USA in keiner Weise zur Aufklärung beigetragen. Wo sind die Satellitenbilder, wo bleibt die Auswertung der AWACS-Flugzeuge und der NSA? Statt dessen wird emotionalisiert und von der »russischen Grausamkeit«, dann wieder von einem »tragischen Unfall« gesprochen. [64]

Schon unter Präsident Dwight D. Eisenhower hatte der »Vereinigte Generalstab« nach der kubanischen Revolution von 1959 Pläne (Operation Northwoods/Operation Mongoose) zur verdeckten Kriegsführung verfasst. Durch inszenierte »False-flag-Operationen« – Terroranschläge unter falscher Flagge gegen den zivilen Luft- und Schifffahrtsverkehr innerhalb der USA – sollte

ein Vorwand zur Invasion Kubas geschaffen und die US-Bevölkerung auf den Krieg eingestimmt werden.[365] Darüber hinaus sollten die Weltmeinung und die Vollversammlung der Vereinten Nationen *»positiv beeinflusst werden, indem man ein internationales Bild von der Kubanischen Regierung zeichnet, das diese als unbesonnen, unverantwortlich und als eine erschreckende und unkalkulierbare Bedrohung des Friedens in der westlichen Hemisphäre erscheinen lässt«*[366].

Diese menschenverachtenden Planungen im Pentagon offenbaren die abstrusen Gedanken einer Elite, die nach außen hin vorgibt, das »Böse« zu bekämpfen. Besonders erschreckend ist, dass diese tiefgehende Feindbildgenerierung lange nachwirkt und bis heute – man schaue nur auf die vielen Kriege und Revolutionen, wo die USA die Finger mit im Spiel hat – erfolgreich ist. Positiv zu vermerken ist, dass sich John F. Kennedy diesen Plänen widersetzte.

Die Chronik rätselhafter Abstürze der vergangenen Jahrzehnte zeigt, dass die Vereinigten Staaten an der Aufklärung solcher Zwischenfälle nur dann Interesse zeigen, wenn ein erklärter Feind für die Katastrophe verantwortlich scheint und sie nicht selbst die Finger im Spiel haben.

Beispiel 1: Korean Air Lines, 1983

Am frühen Morgen des 1. September 1983 meldete Washington, dass ein sowjetischer Abfangjäger einen vom Kurs abgekommenen Jumbo Jet der »Korean Air Lines«, Flug 007, mit 269 Zivilisten, Frauen und Kindern an Bord, über der Insel Sachalin, der größten Insel Russlands, abgeschossen habe. Die russische Seite bedauerte den Abschuss der zivilen Maschine, machte aber deutlich, dass sie es für ein Spionageflugzeug hielt, das nicht auf Warnschüsse reagiert und daher ein legitimes Ziel dargestellt habe. Obwohl die US-Geheimdienste nicht an der Richtigkeit der Darstellung des russischen Militärs zweifelten, drückte US-Präsident Reagan seine Abscheu vor der Barbarei der sowjetischen Regierung aus. Anstatt nach den Ursachen zu fragen, rief der Westen nach Vergeltung.

Wie aber konnte eine Verkehrsmaschine in einem von den amerikanischen Diensten perfekt überwachten Luftraum derart von der vorgeschriebenen Flugroute abkommen und über Stunden mehrere hochsensible Einrichtungen der sowjetischen Luftverteidigung überfliegen? Außerdem hatten die amerikanischen Aufklärer doch den gesamten sowjetischen Funk- und Telefonverkehr mitgeschnitten. Was hatte sich wirklich abgespielt?

In dieser Nacht kreuzte ein US-Spezialaufklärer RC-135, die militärische Version der Boeing 707, die Flugroute von KAL 007 in deren Radarschatten, was bei der sowjetischen Luftabwehr zur Verwirrung führte und ihr Feuerleitradar aktivierte, sodass der US-Spezialaufklärer die gegnerischen Radarstationen vermessen konnte.[367]

Dass ein solcher Abschuss bei derartigen Spionagespielereien überhaupt in Kauf genommen wird, ist mehr als zynisch. Dieses menschenverachtende transpazifische Schachspiel bezahlten 269 Menschen mit ihrem Leben. Anstatt bei der Aufklärung des Vorfalls mitzuwirken, forderte der US-Kongress die Sowjetunion auf, sich für die »gewissenlose Tat« zu entschuldigen und die Angehörigen der Opfer zu entschädigen.

Beispiel 2: Libyan Arab Airlines, 1973

Zehn Jahre zuvor war ein libysches Passagierflugzeug vom Typ Boeing 727-224 der Fluggesellschaft *Libyan Arab Airlines* über dem Sinai durch israelische Kampfflugzeuge vom Typ Phantom abgeschossen worden. Trotz der 110 Todesopfer zeigten die USA viel Verständnis.

Beispiel 3: Iranischer Airbus, 1988

Noch mehr Verständnis zeigte Washington am 3. Juli 1988. An diesem Tag startete ein iranischer Airbus (A300B2) mit der Kennnummer EP-IBU planmäßig von einem Flughafen am Persischen Golf zu einem Kurzstreckenflug nach Dubai. Zum Schutz der Ölschifffahrt patrouillierte das US-amerikanische Kriegsschiff *Vincennes* im Persischen Golf. Die auf angemeldetem Kurs und vorgegebener Höhe fliegende Passagiermaschine wurde am helllichten Tag von einer Flugabwehrrakete des US-Kriegsschiffs getroffen. Als Entschuldigung gaben die Verantwortlichen der *Vincennes* an, sie hätten den Airbus für einen angreifenden F-14-Tomcat-Jagdbomber gehalten.

Nach der offiziellen Untersuchung wurde der Kapitän, Captain William C. Rogers III, von George H. W. Bush 1990 mit dem Legion-of-Merit-Orden *»für außerordentliche Pflichterfüllung im Einsatz«* ausgezeichnet.

Erst 1996 konnte der Iran vor dem internationalen Gerichtshof den USA einen Vergleich abhandeln: die USAD zahlten den Angehörigen eine Entschädigung von 61,8 Millionen Dollar. Eine Entschuldigung blieb bis heute aus.

Beispiel 4: Cubanische Douglas DC8-43 (CU-T1201), 1976

Am 6. Oktober 1976 zerrissen zwei Zeitbomben eine kubanische Douglas DC8-43 (CU-T1201) auf dem Flug 455. Sie stürzte bei Barbados ins Meer, und alle 73 Insassen (57 Cubaner, 11 Guayaner, 5 Nordkoreaner) wurden getötet. Unter den Todesopfern befand sich die kubanische Jugendfechtmannschaft, die erst wenige Stunden zuvor die zentralamerikanische Meisterschaft in Caracas gewonnen hatte. Geplant wurde der Anschlag von Posada Carriles und Orlando Bosch, die für den US-Geheimdienst CIA arbeiteten und für die Destabilisierung Kubas sorgen sollten. Nach über dreißigjähriger Geheimhaltung kamen diese Operationspläne 1997/98 durch den »Freedom of Information Act« an die Öffentlichkeit. Der ehemalige NSA-Offizier James Bamford kommentierte die freigegebenen Dokumente wie folgt: Der Vereinigte Generalstab mache Pläne, *die vielleicht die schlimmsten waren, die je von einer US-amerikanischen Regierungsinstanz produziert worden sind. Im Namen des Antikommunismus schlugen die Militärs einen geheimen und blutigen Terrorkrieg gegen ihr eigenes Land vor, um die amerikanische Öffentlichkeit für den irrwitzigen Krieg zu gewinnen, den sie gegen Kuba führen wollten.«*[368]

Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, dass auch im Abschuss der Boeing 777 der »Malaysian Airlines« Parallelen zum Lusitaniafall gesehen werden. Wollte Washington Russland vor der Welt diskreditieren und die europäischen Verbündeten für einen Krieg gewinnen?

US-Doktrin für den Post-Cold War

Wie weit gehen heute die Pläne des US-Verteidigungsministeriums? Auskunft darüber geben die immer wieder überarbeiteten »Training and Doctrine Command«-Pamphlete 525-5 (vom 1. August 1994) bis 525-7-7 (vom 22. Februar 2010). Hier wird die Rolle der Streitkräfte für das 21. Jahrhundert umrissen, des *»Jahrhunderts des weltweiten Kriegs widerstreitender Ideologien«*[369].

In dem Dokument wird eine dynamische Ära, eine Welt im Übergang beschrieben. Darauf soll sich die US-Armee einstellen und zwei Prämissen beachten: *»den rapiden technischen Wandel und die Neuordnung der Geostrategie«.*[370] Das strategische Instrumentarium sieht neben dem Krieg zwischen Groß-

»Training and Doctrine Command«-Pamphlet: Grundsatzdokument für die militärstrategische Ausrichtung der USA im 21. Jahrhundert

mächten (»General War«), dem größeren Regionalkrieg (»Major Regional Conflict«; MRC) und dem begrenzten Regionalkrieg (»Limited Regional Conflict«; LRC) auch *»andere Operationen als Krieg«* (Other Operations Than War; OOTW) vor. Darunter ist alles versteckt, was zur subversiven Kriegsführung nötig ist. Die Verschachtelung und Vielfalt angeblicher amerikanischer NRO dient ebenso wie undurchschaubare Firmengeflechte multinationaler Großkonzerne der Verschleierung der wirklichen Absichten und tatsächlichen Besitzverhältnisse. Das moderne Kriegstheater setzt auf weiterentwickelte Technik wie Kampfroboter und Drohnen und auf »Non-nation Forces« – Söldnerarmeen, die sich an keine Gesetze halten müssen und nach dem gemessenen Erfolg bezahlt werden.

Der Weg in den beabsichtigten Krieg führt über die gezielte Destabilisierung des Staates bei dem man zum eigenen Vorteil »Regime Change« herbeiführen will. Die beschriebenen Stufen sind in der Ukraine gut zu beobachten: Aufruhr (Majdan), Krise (Slawjansk) und Konflikt (Krim).

Die Welt im Übergang aus Sicht der USA

Im 20. Jahrhundert waren die USA führende Weltmacht und hatten als Hauptgegner den Kommunismus. Für das 21. Jahrhundert sehen sie sich nur noch militärisch als Nummer Eins und fühlen sich bedroht durch nationalen und religiösen Extremismus. Zu dessen Bekämpfung werden heute Verbündete auf Zeit gesucht – da scheut man sich auch nicht, mit terroristischen Gruppen zusammenzuarbeiten. Die UN, am Ende des 20. Jahrhunderts als Bremse gesehen, soll sich jetzt dynamisch entwickeln, d. h. sofort grünes Licht für Interventio-

	20. Jahrhundert	21. Jahrhundert
Gegner der USA	Kommunismus	nationaler und religiöser Extremismus
Stellung der USA	Nr. 1	nur militärisch Nr. 1
Verbündete der USA	dauerhaft	auf Zeit
Vereinte Nationen	paralysiert	dynamisch

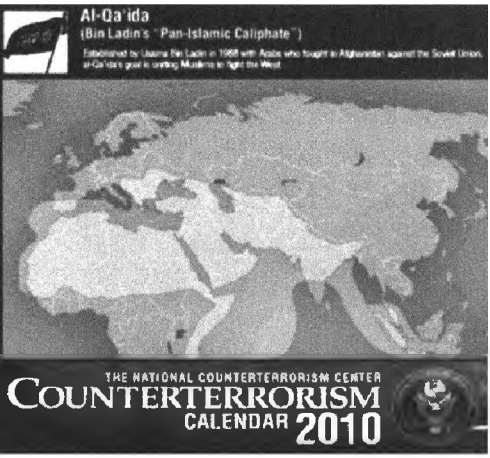
Neuausrichtung der USA und der Vereinten Nationen

nen bei vorgeblichen Menschenrechtsverletzungen geben. Wenn nicht, werden die Interventionen ohne Zustimmung der UN durchgeführt. So setzten die USA mit dem völkerrechtswidrigen Jugoslawienkrieg einen Präzedenzfall für ein neues Völkerrecht in ihrem Sinne. Die Umsetzung dieser US-Doktrin von 1994 ist in der Außenpolitik der letzten zwanzig Jahre deutlich zu erkennen.

Aktuell beobachten wir z. B. im arabisch-islamischen Raum wie im Brennglas den vorgeblichen Kampf gegen den religiösen Extremismus und den schnellen Wechsel von Verbündeten. Am 8. August 2014 teilte Pentagonsprecher John Kirby mit, dass US-Präsident Barack Obama Luftschläge zum Schutz amerikanischer Militärs und bedrohter Minderheiten im Nordirak genehmigt hat. Im Juni 2014 hatten IS-Milizen die nordirakische Stadt Mossul erobert; das Pentagon verlegte daraufhin den Flugzeugträger *George H. W. Bush* in den Persischen Golf. Laut CNN wurden die US-Angriffe von diesem Träger geflogen, was durchaus etwas Aberwitziges hat, da Obama 2003 gegen Bushs Irakkrieg war.

Doch wer sind diese Milizen, die angeblich 2014 einen sunnitischen Großstaat zwischen Mittelmeer und Euphrat anstreben? Mit der Drohung eines derartigen Großkalifats hat die US-Administration die Welt schon vor vier Jahren überrascht. Damals wurde die Drohung an die Wand gemalt, Osama bin Laden wolle ein Großkalifat einrichten.

Zuerst Al-Qaida und nun die ISIS – beide sunnitischen Gruppen erhalten Spenden aus den Golfstaaten Katar und Saudi-Arabien, die als engste Freunde der USA gelten. In den Reihen der ISIS kämpfen Muslime aus Nordafrika und den arabischen Golfstaaten sowie Konvertiten aus Europa und Nordamerika. Längst vergessen zu sein scheint, dass der amerikanische Präsident Jimmy Carter den islamischen Geist Anfang Juli 1973, also ein halbes Jahr vor dem Einmarsch



US-Antiterrorismuskalender von 2010: an die Wand gemaltes Bedrohungsszenario eines angeblich kommenden panislamischen Kalifats der Al-Qaida

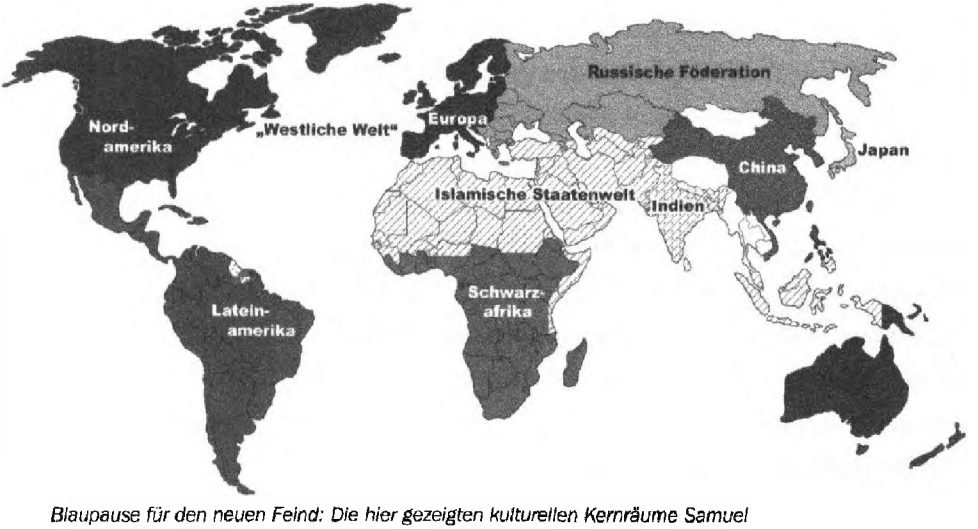
der Sowjets in Afghanistan, aus der Flasche gelassen hat – mit dem Ziel, die Sowjetunion am »weichen Bauch« zu attackieren. Damals begann man, islamische Kämpfer zur Destabilisierung des sozialistischen Afghanistans anzuwerben, darunter auch Osama bin Laden, der Gründer der Al-Qaida (vgl. auch S. 392). Die »Operation Cyclone« war eine der längsten und teuersten CIA-Operationen überhaupt. Seither ist der ganze islamische Gürtel in permanentem Aufruhr, wobei sich die verschiedenen islamischen Glaubensrichtungen gegenseitig bekämpfen. Wie bereits im TRADOC-Dokument aufgezeigt, werden von westlicher Seite Verbündete aus dem islamischen Lager für die eigenen Ziele instrumentalisiert. So geschehen in Libyen, wo man Ende Oktober 2011 in Bengasi auf dem Dach des ehemaligen Gerichtsgebäudes und neuen Amtssitzes der siegreichen Rebellen sowohl die Fahne der libyschen Rebellen als auch die von Al-Qaida flattern sehen konnte.[371]

Nur acht Monate zuvor, am 25. Februar 2011, hatte Obama im Roosevelt-Room erklärt, dass er einen Militäreinsatz gegen Gaddafi nicht ausschließe. Dabei stand er vor dem Bild des »Rough Riders«, neben ihm war die Präsidentenfahne so drapiert, dass man die 13 Pfeile in den Klauen des Seeadlers erkennen konnte – eine unmissverständliche Drohung. Der Militäreinsatz sollte durch ein UN-Mandat abgesegnet werden. Doch am 17. März 2011 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat nur eine Resolution (1973) zur Einrichtung einer Flugverbotszone zum Schutz der libyschen Bürger. Zwei Tage später – man hatte Gaddafi den Einsatz von Streubomben vorgeworfen – begannen die Luftangriffe auf Libyen mit dem Ziel des »Regime Change« – ungeachtet der UN-Resolution. Am 28. März erklärte der Präsident: »*Muammar al-Gaddafi hat seit mehr als vier Jahrzehnten das libysche Volk tyrannisiert. Er hat seinem Volk die Freiheit verweigert, seinen Reichtum ausgebeutet, im In- und Ausland Gegner ermordet und terrorisiert und auf der ganzen Welt unschuldige Menschen gemordet – darunter Amerikaner, die von libyschen Agenten getötet wurden.*«[372] Dabei war im Länderterrorismusbericht 2010 des US Department of State, der am 3. August

2011 der Öffentlichkeit vorgelegt wurde, auf Seite 97 unter dem Stichwort Libya etwas ganz anderes zu lesen: »*Die libysche Regierung zeigt weiterhin starkes und aktives Engagement bei der Bekämpfung terroristischer Organisationen und des gewalttätigen Extremismus durch bilaterale und regionale Anti-Terror- und Sicherheitszusammenarbeit ... regional ist Libyen ein Anti-Terror-Verbündeter, der mit den Nachbarländern zusammenarbeitet, um gemeinsam auf die Terrordrohungen von al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM) und anderen extremistischen Gruppen reagieren zu können.*«[171]

Am 31. März 2011 übernahm dann die NATO von den USA die »Operation Unified Protector«. Seitdem flog die Allianz mehr als 26 000 Einsätze in Libyen. Obama hatte nicht auf die Zustimmung des Kongresses gewartet. Es ist erstaunlich, wie schnell die westlichen Medien – ohne die Widersprüche der Obama-Administration überhaupt zu hinterfragen – die Kehrtwendung mitgemacht haben. Heute versinkt Libyen im Bürgerkrieg. Die unterschiedlichsten Fundamentalisten, Dschihadisten, Salafisten und LIFG-Veteranen (bis Ende Juni 2011 von der UN als Terrororganisation eingestuft (!)) versuchen nun das Machtvakuum zu füllen.

Der schnelle Wechsel von Verbündeten entspricht den Vorgaben des TRADOC-Dokuments aus dem Jahr 1994, ebenso der Paradigmenwechsel – früher Kommunismus, heute nationaler und religiöser Extremismus. 1996 hatte Samuel Huntington auf der Basis eines längeren Aufsatzes, den er drei Jahre zu-



Blaupause für den neuen Feind: Die hier gezeigten kulturellen Kernräume Samuel Huntingtons (1996) ähneln frappierend den Regionen in John Dees imaginärer Karte aus dem 16. Jahrhundert (vgl. S. 30)

vor fur das CFR-Blatt *Foreign Affairs* geschrieben hatte, sein Buch »Der Kampf der Kulturen«[374] herausgebracht. Huntington distanziert sich darin ausdrücklich von der These des amerikanischen Politologen Francis Fukuyamas vom Ende der Geschichte.[375] Er erwartet vielmehr, dass nach dem Ende des Kalten Kriegs die zentralen weltpolitischen Konfliktlinien entlang der Großkulturen bzw. der Kulturkreise verlaufen werden. Im Einzelnen unterscheidet er die westliche, die slawisch-orthodoxe, die lateinamerikanische, die japanische, die sinisch-konfuzianische, die hinduistische, die islamische und eventuell die afrikanische Großkultur.

Wie im US-Antiterrorismuskalender von 2010 unter dem Stichwort »Bin Ladens Pan-Islamisches Kalifat« angekündigt, brachen 2011 in der islamischen Staatenwelt Unruhen und Bürgerkriege aus. Am Nordrand der bezeichneten Unruheregion befinden sich die Krim und die südliche Ukraine – der aktuelle Krisenherd 2014. Die Ukraine ist inzwischen von vier NATO-Staaten (Polen, Ungarn, die Slowakei und Rumänien) umgeben. Wie schnell könnte da der Bündnisfall konstruiert werden! Die ukrainische Exregierungschefin Julia Timoschenko forderte in der Krim-Krise bereits den militärischen Beistand des Westens. Russland werde sich automatisch zurückziehen, wenn die Bündnispartner die Ukraine militärisch unterstützen, sagte Timoschenko dem Hamburger Magazin *Stern,* denn Putin verstehe *»nur die Sprache der Stärke«*[376]. Der Boden für die Mobilisierung der NATO-Partner wurde schon Monate vorher bereitet. So überraschte z. B. am 4. November 2013 Jochen Bittner die internationale Öffentlichkeit mit seinem Artikel »Rethinking German Pacifism« in der *New York Times.* Der *Zeit*-Journalist begann mit einer selbstbeantworteten Frage: *»Würde das Deutschland von heute das Deutschland von 1944 befreien helfen? Sie müssen nicht Angela Merkels Telefon abhören, um die Antwort zu finden: Sie ist Nein.«*[377]

Ende 2013 erstellte die »Stiftung Wissenschaft und Politik« und das Garmischer Marschall-Institut die Studie »Neue Macht – Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch«, welche einer stärker militärisch gestützten deutschen Außenpolitik das Wort redet. Gefordert wurde die studie durch den Planungsstab des Auswärtigen Amtes und ausgearbeitet von Personen, die sich zur Elite zählen: außen- und sicherheitspolitische Fachleute aus Bundestag, Bundesregierung, Wissenschaft, Wirtschaft, Stiftungen, Denkfabriken, Medien und Nichtregierungsorganisationen, unter ihnen auch die Leitmedien-Journalisten Bittner und Busse.

Die Lektion der Studie scheint auch Bundespräsident Gauck gelernt zu haben, wie seine zur Eröffnung der 50. Sicherheitskonferenz gehaltene Rede beweist: »*Manchmal kann auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein. Eines haben wir gerade in Afghanistan gelernt: Der Einsatz der Bundeswehr war notwendig, konnte aber nur ein Element der Gesamtstrategie sein ... Aber wenn schließlich der äußerste Fall diskutiert wird – der Einsatz der Bundeswehr, dann gilt: Deutschland darf weder aus Prinzip ›nein‹ noch reflexhaft ›ja‹ sagen. Ich muss wohl sehen, dass es bei uns – neben aufrichtigen Pazifisten – jene gibt, die Deutschlands historische Schuld benutzen, um dahinter Weltabgewandtheit oder Bequemlichkeit zu verstecken ... Denn für mich ist ganz klar: Wir brauchen das NATO-Bündnis. Und gerade wenn die Vereinigten Staaten nicht ständig mehr leisten können, müssen Deutschland und seine europäischen Partner für ihre Sicherheit zunehmend selbst verantwortlich sein. Zudem sollte es heute für Deutschland und seine Verbündeten selbstverständlich sein, anderen Hilfe nicht einfach zu versagen, wenn Menschenrechtsverletzungen in Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit münden.*«[378] Wer stellt im Einzelnen diese Verbrechen fest? Auf welcher Grundlage? Es ist bedauerlich für die politische Kultur hierzulande, dass der Bundespräsident so einseitig Stellung bezog. Er hätte dem Land einen Dienst erwiesen, wenn er im Vorfeld der Sicherheitskonferenz am 11. Januar 2014 die XIX. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin besucht hätte. Dort beleuchtete der frankokanadische Wirtschaftswissenschaftler Michel Chossudovsky, Experte für amerikanische Militärpolitik in Asien und auf dem Balkan, Amerikas Weltmachtstreben. Unter der Überschrift »Imperialistische Eroberung: Amerikas ›langer Krieg‹ gegen die Menschheit« nahm er auch zum Krieg in Syrien Stellung: »*Der anhaltende Krieg gegen Syrien ist Ausgangspunkt für einen Krieg gegen den Iran, der zu einem Prozess militärischer Eskalation führen könnte. Auch Russland und China, beide Verbündete von Syrien und Iran, befinden sich im Visier der USA – NATO.*«[379] Chossudovsky sieht auch die Umwälzungen in der Ukraine und auf der Krim in direktem Zusammenhang mit den geopolitischen Zielen des US-Imperiums: Dazu gehören für ihn die von außen geschürten Unruhen im südamerikanischen Venezuela gegen den Nachfolger von Hugo Chávez, Nicolás Maduro sowie der Krieg im nordafrikanischen Mali.

Die dramatischen Vorgänge in Ägypten blendeten die Medien im Frühjahr 2014 weitgehend aus. Hier ist das Militär dabei, eine prowestliche Diktatur zu errichten. Der Blick ist auf die Krim und Putin gerichtet. Dem Altmeister des seriösen Journalismus, Peter Scholl-Latour, fiel am 24. März 2014 dazu nur

Folgendes ein: *»Das größte Problem sind die Fabriken der Desinformation in North Carolina, London oder Israel. Die zielen auf deutsche und europäische Medien. Und das klappt. Von der ›taz‹ bis zur ›Welt‹ – ein Unisono, was die Ukraine betrifft.«*[380] Einen Tag, nachdem Obama in Brüssel feierlich erklärte, dass die Ukraine nicht auf dem Weg in die NATO sei, erschien am 27. März 2014 in der *FAZ* der Artikel »Liebe Schulkinder, liebe Kulturträger«, in dem von einem grandiosen Werbefeldzug an ukrainischen Schulen für einen Beitritt zum NATO-Bündnis geworben wird. Erst dieser Kampf um die Beherrschung der Nachrichten- und Kommunikationssysteme sichert neben weltweiter Militärpräsenz, technologischer Überlegenheit und Wirtschaftspower den Bestand der Supermacht: Amerikas Unterhaltungsindustrie, Amerikas Massen- und Popkultur als *»Instrument und Waffe«* (Carl Schmitt) im Kampf um die globale Vorherrschaft der USA.

1990 erklärte Brzezinski in einem Interview mit der französischen Zeitung *Liberation*, auf jeden Fall beruhe *»die Macht der USA zu einem sehr großen Teil auf seiner beherrschenden Stellung auf dem weltweiten Medienmarkt, denn 80 Prozent der Worte und Bilder, die auf der Welt zirkulieren, stammen aus den USA«*[381]. Diese Dominanz dürfte fast 25 Jahre später dank des Schnüffelsystems Echelon und der Tätigkeiten der NSA noch durchdringender geworden sein. Hier sei nur an die Propagandabilder aus der Ukraine und vor allem vom Majdan erinnert. Stolpert der Hegemon?

Kritische Stimmen ehemaliger Politiker

Der konservative amerikanische Politiker Patrick J. Buchanan, mehrfach Kandidat für das Amt des US-Präsidenten – zuletzt 2000 für die Reformpartei –, geißelt den imperialen Hochmut, *»den mittlerweile die ganze Welt verabscheut«* [382]. Die USA seien nun dabei, die vom Britischen Empire begangenen Fehler nachzumachen. Die Anschläge vom 11. September 2001 hätten – so wie Grey und Churchill 1914 die Verletzung der belgischen Neutralität – die Neokonservativen zum Vorwand für die Verwirklichung ihrer Kriegspläne genommen, um dem außenpolitisch unerfahrenen Präsidenten seine historische Mission einzureden: *»Saddam Hussein zu stürzen, den Irak zu befreien, zwischen dem Iran und Syrien eine strategische Basis zu errichten, den Nahen Osten, ja die gesamte islamische Welt zu demokratisieren und so zum Churchill seiner Generation zu werden.«*[383] Dabei strebe das aufgeblähte amerikanische Imperium dem »außenpolitischen Bankrott« entgegen – vergleichbar dem Britischen Imperium im Jahr 1939. Im

21. Jahrhundert reichten die strategischen Trümpfe, die Waffen und die »Willigen« nicht mehr aus, um die Verpflichtungen der USA einzuhalten: Das amerikanische Imperium sei nicht mehr verteidigungsfähig.

Ebenso wie Buchanan hat sich auch Ron Paul in seinen 36 Jahren als Parlamentarier gegen die imperialen Attitüden der USA gestemmt. Seine Ziele waren 1976 die gleichen wie bei seiner Abschiedsrede im Repräsentantenhaus am 14. November 2012: *»Förderung von Frieden und Wohlstand durch eine strikte Einhaltung der Grundsätze der individuellen Freiheit«*[384]. Die aber werden seit 9/11 – der Patriot Act macht es möglich – systematisch geopfert.

Parallelen zu den frühen 1950er-Jahren drängen sich auf: Ein Jahr bevor die Kommunistenhatz in den USA endete – der ideologisch begründete Ost-West-Konflikt trieb unter dem von MacCarthy geleiteten Senatsausschuss gegen »unamerikanische Umtriebe« einem unseligen Höhepunkt entgegen – schrieb Hannah Arendt am 13. Mai 1953 einen Brief an Karl Jaspers über diese Entwicklung, die in ihr nicht nur Erinnerungen an die dunklen Jahre in Deutschland, sondern auch an einen ehemaligen Gouverneur von Louisiana auslösten: *»Ich muss immer an ein Wort von Huey Long, dem als faschistisch verschrienen kleinen Diktator eines Middle West State aus den dreißiger Jahren denken, der auf den Vorwurf, er sei ein Faschist, erwiderte: ›You are wrong, I am not a Fascist, I am a local boss; facism if it ever should come to this country, will come in the guise of democracy and it will start in Congress, not in the government of the states.‹ All das ist sehr ›interessant‹, vor allem, dass öffentliche Meinung unorganisiert bleiben kann, dass es keiner ›Bewegung‹ bedarf, dass alles fast automatisch vor sich geht.«*[385]

Ron Paul sah voraus, *»dass die US-Politik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine große Finanzkrise heraufbeschwören und dass der eingeschlagene außenpolitische Kurs uns überfordern und die nationale Sicherheit untergraben würde«.* Um die Ziele zu erreichen, hätten die Ausgaben reduziert, das Geldsystem geändert und auf den Ausbau des amerikanischen Imperiums verzichtet werden müssen. *»Das Durchwursteln unserer Regierung beschneidet unsere Freiheiten«*, so Paul, *»und unser Reichtum schmilzt wegen der von unserer Außenpolitik gelegten Feuersbrünste dahin«*. Abschließend zählt Ron Paul die eine freie US-Gesellschaft bedrohenden Gefahren auf. An erster Stelle sieht er den kontinuierlichen Angriff auf die bürgerlichen Freiheiten, gefolgt vom weltweiten Anti-Amerikanismus. Da das Phänomen des Bumerangs nicht verstanden oder geleugnet werde, würden die USA weiterhin in viele Kriege verwickelt werden. Kriege, mit denen die USA nichts zu schaffen habe. Daraus folge der Staatsbankrott und eine noch größere Bedrohung für die nationale Sicherheit.[386]

Zbigniew Brzezinski sieht in seinem Buch »Strategic Vision« ähnliche Gefahren wie Ron Paul auf die USA zukommen. Er zählt sechs Parallelen zwischen der UdSSR der 1980er-Jahre und den USA von 2012 auf: *»Ein festgefahrenes und reformunfähiges politisches System, Bankrott durch militärische Abenteuer und übermäßige Rüstung, sinkender Lebensstandard der Bevölkerung, eine politische Klasse, die zunehmend unsensibel für die steigende soziale Ungleichheit ist und nur darauf bedacht ist, ihre Privilegien zu verteidigen, Versuche, den innenpolitischen Legitimitätsverlust durch außenpolitische Feindseligkeiten zu kompensieren, eine Außenpolitik, die in die Selbstisolation führt.«*[387] Was für eine Wandlung hat Brzezinski zwischen 1996 (»Die einzige Weltmacht«) bis 2012 durchgemacht!

Der Linguist Noam Chomsky (geb. 1928), von der *New York Times Book Review* als wichtigster Intellektueller der Gegenwart bezeichnet, geht mit der Politik seines Landes seit den 60er-Jahren hart ins Gericht. Sein Protest gegen den Vietnamkrieg machte ihn über die Landesgrenzen hinaus populär. 1969 erschien sein Buch »Amerika und die neuen Mandarine«. Nun galt er als furchtloser Kritiker, der sich vor keiner Konfrontation scheut. Am 29. Januar 2013 stellte Chomsky seinem Land ein denkbar schlechtes Zeugnis aus: Die USA würden sich im Ausland aggressiv benehmen, sich an kein einziges internationales Gesetz oder an das Völkerrecht halten, auch nicht an die Menschenrechtscharta, und hätten keinen Respekt vor der Souveränität von Staaten. Washington begehe eigentlich genau die Verbrechen, die es damals beim Nürnberger Prozess 1946 selbst mit seinen Staatsanwälten und Richtern verurteilt hat: Führen eines Angriffskrieges und Völkermord – es breche also die eigenen Gesetze. Durch die Folgen der vielen Staatsstreiche, militärischen Interventionen und Angriffskriege, welche die USA seit dem Zweiten Weltkrieg geführt hätten, seien 20 Millionen Menschen getötet worden.[388] Dabei fehlen in der Liste noch die vielen Millionen Menschen, die vor den Kriegen der USA fliehen mussten – aktuell aus Afghanistan und Syrien.

Der streitbare Paul Craig Roberts, stellvertretender Finanzminister in der Regierung Reagan, spürte Anfang April 2014 die hinter den Propagandalügen stehenden Ziele auf. Im Gegensatz zu den Imperial- und Territorialinteressen vor und nach dem Ersten Weltkrieg gehe es heute um die Interessen einer amerikanischen Welthegemonie, die ebenso in einen Krieg treiben könnten. Roberts fragt in diesem Zusammenhang, ob Obama eigentlich realisiert, *»dass er die USA und deren Vasallenstaaten in einen Krieg mit Russland und China hineinführt«*, oder ob er *»von seinen neokonservativen Redenschreibern und Regie-*

rungsoffiziellen in dieses Desaster hineinmanövriert« werde.[389] Roberts verweist auf die Entstehungsgeschichte des Ersten Weltkriegs, der ein Produkt von nur vier oder fünf Leuten gewesen sei. Drei Staatsmänner hätten sich dabei besonders hervorgetan: »*Raymond Poincare, Staatspräsident von Frankreich, Sergei Sazonow, Russlands Außenminister und Alexander Izvolski, Russlands Botschafter in Frankreich*«[390]. Für Roberts avancierte diese französisch-russische Allianz zu dem Instrument, welches den ganzen Krieg dirigierte. Die britische Regierung sei aufgrund der Inkompetenz oder Dummheit ihres Außenministers Grey in dieses Bündnis hineingezogen worden. Heutzutage könnten die offensichtlichen Lügen der US-Regierung den Willen zum Krieg kaum noch kaschieren. Hier verweist Roberts auf Obamas im Brüsseler Palast der Künste am 26. März 2014 gehaltene Rede, worin dieser sich zu der Aussage verstiegen habe, »*dass Washingtons Zerstörung des Irak – der etwa 1 Million Menschen zum Opfer fielen, 4 Millionen Flüchtlinge zur Folge hatte, die Infrastruktur des Landes einäscherte, zu einer Explosion der konfessionellen Gewalt führte und ein Land in Ruinen zurückließ – nicht auch nur annähernd so schlimm sei wie eine russische Akzeptanz der Selbstbestimmung aller Krim-Bewohner*«[391].

Die westlichen Leitmedien enthielten sich jeder Kritik. Dass Europa einen derartig unhaltbaren Vergleich ohne Protest hinnimmt, ist ein Skandal und macht uns mitschuldig an einem Krieg. Auch die Forderung Obamas, mit mehr NATO-Truppen in Osteuropa Russland einzudämmen, könnte dazu führen, dass sich Letzteres wie seinerzeit das Deutsche Reich umzingelt fühlt, und zum Befreiungsschlag veranlasst werden könnte. Absicht? »*Die rücksichtslose Gleichgültigkeit Obamas*«, so Roberts nüchtern, »*ebnet eben jenen Weg, wie Kriege in der Welt beginnen.*«[392]

Der ehemalige CIA-Chef und Verteidigungsminister unter Bush und Obama, Robert M. Gates, geht in seinen Anfang 2014 erschienenen Memoiren »Duty« mit der von ihm damals mitverantworteten Außenpolitik der USA hart ins Gericht und kritisiert die Arroganz, mit der die US-Elite Russland nach dem Zusammenbruch der UdSSR behandelt hat.[393] Er nimmt sich selbst dabei nicht aus und beschreibt, wie er 1992 in einer beflaggten Botschaftslimousine als Sieger durch das Kremltor gefahren ist.[394] Im Nachhinein empfindet er es als einen großen Fehler, dass viele der einstigen Mitgliedstaaten in die NATO integriert wurden. Dass gleich darauf in Rumänien und Bulgarien US-Basen eingerichtet wurden, bezeichnet er als Provokation, ebenso die Ignorierung der historischen Beziehung Russlands zu Serbien und nicht zuletzt den Versuch, Georgien und

die Ukraine in die NATO zu bringen – noch dazu, weil die Wurzeln des russischen Reichs bis nach Kiew zurückreichten. Darin sieht Gates sogar eine monumentale Provokation und fragt, ob die Europäer und die US-Amerikaner ihre Söhne und Töchter tatsächlich zur Verteidigung der Ukraine in den Krieg schicken würden.[395]

Diese kleine Auswahl von kritischen US-Stimmen zeigt, dass es ein anderes Amerika gibt, ein Amerika, in dem die ursprünglichen Ideale hochgehalten und ernst genommen werden. Doch auch von einem machtpolitischen Standpunkt aus stellt sich die Frage: Ist die permanente Expansion für die USA denn wirklich erstrebenswert? Die erträumte »Pax Americana« leidet schon heute an dem klassischen Problem der »imperialen Überdehnung« – siehe die unlösbare Dynamik in Afghanistan, Pakistan und im Irak. Die Probleme könnten sich noch weiter verschärfen, wenn die USA, wie zu befürchten, an weitere Schritte gegen den Iran oder gar Russland denken sollten. Vollmundig hat Obama gedroht, dass Putin für die Annexion der Krim bezahlen müsse. Den an Russland grenzenden NATO-Staaten wurde Schutz zugesagt, während im Ostseeraum umfangreiche Manöver abgehalten werden sollen. Hundert Jahre nach Sarajevo wird wieder ein Gegner kriegsrhetorisch dämonisiert, und es besteht die Gefahr, dass der »neue Kalte Krieg« in einem heißen enden könnte. Es gibt jedoch noch eine andere Option: Vor zweihundert Jahren hat sich Europa von der Herrschaft Napoleons befreit. Wäre es jetzt nicht an der Zeit, dass sich Europa von den USA emanzipiert? 2010 hat der russische Präsident Putin für eine Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok geworben. Wäre das nicht die bereits vor über hundert Jahren von Victor Hugo angedachte Vision eines gemeinsamen europäischen Hauses? Hier könnte die Ukraine eine ideale Brückenfunktion für eine künftige wirtschaftliche und kulturelle Kooperation zwischen der angestrebten »Eurasischen Union« und der »Europäischen Union« erfüllen.

Resümee, Bewertung und Ausblick

Kapitalinteressen durchdringen die Welt

Schon 1519, bei der Kaiserwahl im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, spielte das Kapital in Form von klingender Münze und Schuldverschreibungen das Zünglein an der Waage. Karl V. aus dem Hause Habsburg konnte über seine römischen Verbindungen auf die Stimmen der drei Erzbischöfe zählen. Und die verbleibenden vier der sieben Kurfürsten ließen sich von Karls Großzügigkeit einfangen. Die war vor allem dem kaufmännischen Instinkt des Augsburger Bankhauses der Fugger geschuldet. Die Bestechungsgelder erreichten die für die damalige Zeit unglaubliche Summe von 852 589 Gulden – inklusive eines Kredites von 543 598 Gulden.[1] Für diesen ungeheuren Betrag machte sich Kaiser Karl V. zeitlebens von der Familie Fugger abhängig und war damit indirekt dafür verantwortlich, dass die Eroberungen in Südamerika weitergingen. Zusätzlich sicherten sich die deutschen Fürsten weitere Privilegien, wie Beteiligung am Reichsregiment, kaiserliche Hilfe gegen aufrührerische Untertanen und Freiheit von fremdem Kriegsvolk.

Zum Vergleich: Bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl 2012 soll der Weg zur Macht nach Schätzung von Experten insgesamt etwa sechs Milliarden Dollar gekostet haben. Zu Beginn des Wahlkampfs hatte das Oberste Gericht 2010 Spenden von Firmen und Individuen unbegrenzt bewilligt, solange die Wahlorganisationen »*eine gewisse Distanz*« zu den Kandidaten hielten.[2] Wie mag die »gewisse Distanz« von Wallstreet und Rüstungsindustrie wohl ausgesehen haben? Hatten die obersten Richter Eisenhowers Abschiedsrede vergessen? Als scheidender Präsident warnte er am 17. Januar 1961 vor einer nicht zu unterschätzenden Gefahr: »*In den Regierungsgremien müssen wir uns gegen den ungerechtfertigten Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes – ob gewollt oder ungewollt – schützen.* Eindringlich warnte Eisenhower seine Hörer davor, »*unsere Freiheiten und demokratischen Prozesse aufs Spiel zu setzen*«, diese seien nicht selbstverständlich. »*Nur eine wache und aufgeklärte Bürgerschaft kann der riesigen Verflechtung der industriellen und militärischen Maschinerie mit unseren friedlichen Methoden und Zielen etwas entgegensetzen, so dass Sicherheit und Freiheit zusammen gedeihen können.*«[4]

Diese Erfahrung hatte bereits 1694 Wilhelm III. machen müssen. Nachdem 1692 die vereinigten Flotten Englands und Hollands bei La Hague die französische Kriegsmarine vernichtend geschlagen hatten, war England zur ersten Handels- und Kapitalmacht der Welt aufgestiegen. Auch dieser Krieg war nur durch eigennützige Geldgeber ermöglicht worden. Dann wurde neues Kapital für den Krieg gegen Frankreich und den vertriebenen König Jacob II. benötigt. Nun sah der schottische Kaufmann William Paterson seine Stunde gekommen. Unter Mitwirkung von Charles Montague und Michael Godfrey offerierte er der Regierung eine Anleihe von 1,2 Millionen Pfund bei 8 %. Die über 1000 Zeichner der Anleihe erhielten am 27. Juli 1694 das königliche Privileg, eine Notenbank zu gründen. Diese erste Zentralbank gehörte nicht dem englischen Staat, sondern einem Konsortium aus Gläubigern bzw. Aktionären, welches sich von nun an »the Governor and Company of The Bank of England« nennen durfte. Eindrucksvoll schildert Christopher Hollis in seinem 1934 erschienenen Buch »The Breakdown of Money«, wie die Privatbank das Privileg nutzte, Geld zu schöpfen. Dem Staat wurde das besagte Stammkapital von 1,2 Millionen Pfund als Darlehen gewährt, und im Gegenzug erhielt die *Bank von England* das Privileg, in gleicher Höhe Banknoten in Umlauf zu bringen. Es war ihr jedoch verboten, der Regierung ohne parlamentarische Zustimmung Darlehen zu gewähren.

Bereits im Jahr 1697 hatte die Bank ihr Kapital auf 2 201 171 Pfund vermehrt. Dieser Erfolg wurde gekrönt durch die Zusicherung der Regierung, den Vertrag bis 1710 zu verlängern und keine weitere Bank mit ähnlichen Privilegien auszustatten.[5] Angesichts dessen wundert es nicht, dass das Beispiel Schule machen sollte: Spätestens ab 1694 ist bei allen Kriegen die Nachfrage angebracht, wer die Geldgeber der Macht sind. Denn Geld ist das Schmiermittel aller Kriege.

Während seiner Londoner Mission in den Jahren 1757 bis 1762 soll Benjamin Franklin von Vertretern der *Bank von England* gefragt worden sein, wie er sich den Reichtum der dreizehn Kolonien erkläre. Für Franklin war die Antwort ebenso einfach wie einleuchtend: *»In den Kolonien geben wir unser eigenes Geld aus. Es nennt sich Colonial Scrip. Wir geben es in der richtigen Proportion zu den Erfordernissen von Handel und Industrie aus, damit die Waren leicht von den Produzenten zu den Konsumenten fließen können. Dadurch, dass wir unser eigenes Papiergeld für uns schaffen, kontrollieren wir seine Kaufkraft, und wir müssen niemandem Zins dafür zahlen.«*[6] Die Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs war das Vertrauen der dreizehn Kolonien in die eigene Währung. Dadurch konnten

sie sich freihalten von Schulden aus Schuldverschreibungen und waren somit unabhängig von der *Bank von England.* Das mag deren Vertreter durchaus zum Nachdenken angeregt haben.

Dreißig Jahre später wollte Alexander Hamilton (1755–1804) – einer der drei amerikanischen Verfassungsväter – die durch den Unabhängigkeitskrieg zerrütteten Finanzen in Ordnung bringen. In seinem jugendlichen Elan erhob er Bundessteuern, die maßvoll waren und »kleine Leute« nicht betrafen. Das kam in der Öffentlichkeit an, war aber natürlich nicht ausreichend. Dann erinnerte er sich an die profitable Arbeitsweise der *Bank von England.* 1790, im Todesjahr von Benjamin Franklin, versuchte Hamilton, Präsident George Washington die Zentralbank schmackhaft zu machen. *»Die Tendenz der Nationalbank ist es, dass öffentliche und private Kreditvolumen zu erhöhen. Ersteres stärkt den Staat für den Schutz seiner Rechte und Interessen, und letzteres erleichtert und erweitert die Geschäftsbewegungen zwischen den Individuen.«*[7]

Nach dem Präsident konnte Hamilton auch einige finanzstarke Männer überreden, unter der Hoheit des Bundes eine private Staatsbank zu gründen, die berechtigt war, eine neue Währung für die dreizehn ehemaligen Kolonien herauszugeben. Nur wenige Monate später wurde die *First Bank of The United States* aus der Taufe gehoben und auf zwanzig Jahre bewilligt. Der Protest von Thomas Jefferson blieb erfolglos, seine Warnungen wurden in den Wind geschlagen. Er befürchtete, dass dadurch zuerst die Inflation und in deren Gefolge die Deflation den Bürgern den Besitz rauben würde. Erstaunlich weitsichtig!

England, das auf den Handel mit Amerika angewiesen war, zeigte einerseits Vertrauen und präsentierte andererseits noch einzulösende Schuldscheine, für die es aber keine Deckung gab. Auch hier fand der gewiefte Hamilton eine nachhaltige Lösung. Flugs wurde »herrenloses« Land zu Staatsland erklärt und zu Schleuderpreisen verhökert. Allein in Massachusetts wurden neun Millionen Morgen losgeschlagen, wovon sich General Knox anderthalb Millionen für einundzwanzig Cents pro Morgen sicherte. Ein beachtliches Besitztum, wenn man bedenkt, dass ein Morgen ungefähr 3000 Quadratmetern entspricht. Der gutsituierte Herr Macomb kaufte vier Millionen im Bereich von New York für je acht Cents. Sir William Pultenay und einige holländische Banken sicherten sich fünfzehn Millionen Morgen. Für sich selbst erwarb Hamilton Grundbesitz am Ontariosee. Inzwischen verdiente das Schatzamt seinen Namen. Hamilton hatte ins Schwarze getroffen – nicht nur bilanzmäßig, sondern vor allem politisch. Das Geldwesen war nun tragender Pfeiler der Vereinigten Staaten und zugleich Hebel der Macht. Jeffersons Proteste verhallten.[8]

Innerhalb der ersten fünf Jahre lieh sich die amerikanische Regierung von der US-Notenbank die für jene Zeit ungeheure Summe von 8,2 Millionen Dollar. In der Folge stiegen die Preise im Land um 72 Prozent an, was in US-Außenminister Thomas Jefferson den Wunsch reifen ließ, die Verfassung dahingehend zu ändern, dass die Regierung keine Möglichkeit mehr hatte, Geld zu leihen.

Jefferson erkannte die Gefahren der Verschuldung. Die dauernde Sicherung der Freiheit garantierten nicht die Reichen, sondern nur das Volk. »*Um seine Unabhängigkeit zu wahren, dürfen wir es nicht dulden, daß unsere Herrscher uns mit einer ewigen Schuld belasten. Wir müssen wählen zwischen Einfachheit und Freiheit, oder Verschwendung und Knechtschaft.*«[9] Jefferson beteuert: »*Ich glaube aufrichtig ..., dass Bankanstalten gefährlicher sind als stehende Armeen; und dass das Prinzip, unter dem Namen Finanzierung Geld auf Kosten der Nachwelt auszugeben, großmaßstäblicher Betrug an der Zukunft ist.* «[10]

Als 1811 die Zulassung der privaten *Hamilton-Bank* auslief, war die Öffentlichkeit mehrheitlich dafür, sie nicht zu verlängern und das Geldhaus durch eine staatlich kontrollierte Bank zu ersetzen.

Als Mitglied des US-Repräsentantenhauses hatte James Madison (1751–1836) mit Thomas Jefferson alles versucht, die Einführung der *Bank of America* zu verhindern. Nun war Madison Präsident und konnte allein durch Nichtstun eine Neuauflage verhindern. Übergriffe britischer Kriegsschiffe gegen US-amerikanische Schiffe sowie die Blockade US-amerikanischer Häfen – wodurch der Handel mit dem von Napoleon besetzten Europa unterbunden werden sollte – zwangen Madison 1812, England den Krieg zu erklären. In dessen Folge musste er feststellen, wie schwierig sich die Finanzierung des Britisch-Amerikanischen Krieges ohne eine adäquate Geldquelle gestaltete. Madisons Finanzminister Alexander Dallas stellte 1814 dem Kongress einen Gesetzesentwurf für eine neue Nationalbank vor. Obwohl der Entwurf in beiden Kammern eine Mehrheit fand, machte Madison von seinem Vetorecht Gebrauch und verhinderte damit Anfang 1815 das Inkrafttreten des Gesetzes. Die hohen Kriegskosten ließen die Inflation explodieren, sodass sich Madison Ende des Jahres dann doch gezwungen sah, mit dem Kongress eine Kompromisslösung zu finden, die schließlich 1816 in der Gründung der *Second Bank of the United States* mündete. Zwanzig Jahre später gelang es jedoch Präsident Andrew Jackson, die Herrschaft der amerikanischen Zentralbank wieder zu beenden.

Bis 1907, dem Jahr nach Theodore Roosevelts Wiederwahl, blieb es ruhig. Nun versuchten namhafte Wall-Street-Banker Stimmung für eine Zen-

tralbank mit angemessener Kontrolle der Kreditressourcen zu machen. Für das Scheitern dieses Plans wurden dunkle Wolken an den Finanz- und Börsenhimmel gemalt. Schon 1906 hatte Paul M. Warburg vom Bankenhaus *Kuhn, Loeb & Co.* vor der New Yorker Handelskammer warnend die Hand erhoben: *»Ich möchte keine Kassandra sein, aber denken Sie an meine Worte: Wenn sich die Dinge nicht bald ändern, wird über dies Land eine Börsenpanik hereinbrechen, gegen die sich alle früheren als harmlos ausnehmen werden.«*[11] Anfang 1907 wiederholte Jacob Schiff, Leiter desselben Bankenhauses, die Warnungen: *»Wenn wir über keine Zentralbank mit adäquater Kontrolle über die Kreditquellen verfügen, wird dieses Land die schwerste und weitreichendste Geldpanik in seiner Geschichte erleben.«*[12]

Im Oktober 1907 befanden sich die USA dann in der schwersten und weitreichendsten Finanzkrise ihrer Geschichte, die auch als »Panic of 1907« bezeichnet wird. Diese *»selbstverschuldete, unnötige Panik«*[13] ging vermutlich auf eine Manipulation zurück, die von dem Investmentbanker J. P. Morgan (1837–1913) gesteuert wurde, wie vom Historiker Frederick Lewis Allen untermauert wurde: Morgan sei an der Verbreitung von Gerüchten über die Insolvenz der *Knickerbocker Bank* und der *Trust Company of America* beteiligt gewesen.[14] Die Sparer zogen daraufhin ihre Einlagen massiv ab. Eine Woche später brach die drittgrößte Treuhandgesellschaft New Yorks, die *Knickerbocker Trust Company*, zusammen, woraufhin die Regionalbanken ihre Reserven aus den New Yorker Banken abzogen. Nun trat Morgan in die Öffentlichkeit und versprach, die ins Stocken geratene US-Wirtschaft zu stützen, was er durch den Kauf größerer Mengen an Staatsanleihen auch tat und somit die Vereinigten Staaten vor einem Bankrott bewahrte.

Der mächtigste Bankier der damaligen Zeit, J. P. Morgan, hasste es, fotografiert zu werden

Bald schöpften die US-Bürger wieder Vertrauen in ihre Währung und ihre Banken. Noch größer war die Freude bei den Großbanken, die nun die Macht in ihren Händen weiter konsolidieren konnten.[15] Der Präsident der Princeton University, Woodrow Wilson, feierte Morgan als Held. Dagegen geißelte der Kongressabgeordnete aus Minnesota, Charles A. Lindbergh sr., die Panik von 1907 als einen Betrug,

der im Interesse von J. P. Morgan sowie anderer Banken begangen worden war.

Doch auch Präsident Theodore Roosevelt war nicht so naiv, durchschaute den Coup und bestand auf ein Bankengesetz. Die jüdischen wie auch christlichen Kredithäuser einigten sich mit den Regierungsvertretern schließlich auf den »Aldrich-Vreeland Act«, der am 30. Mai 1908 verabschiedet wurde. Um eine Katastrophe wie 1907 zu vermeiden, wurde den nationalen Banken erlaubt, sich in Gruppen von zehn oder mehr mit einem Gesamtkapital von mindestens 5 000 000 Dollar zusammenzuschließen (»National Currency Associations«). Zugleich wurde eine Währungskommission (»National Monetary Commission«) ein, welche die Vorgänge des Börsencrashs untersuchen sollte. Am Ende sollte ein neues Finanzsystem stehen, das uns heute noch beherrscht.

Der Vorsitz dieser Kommission wurde Senator Nelson W. Aldrich (1841–1915) aus Rhode Island übertragen. Dort wohnten die christlichen Bankdynastien, deren Welt überaus homogen war. Am 9. Oktober 1901 hatte Aldrichs Tochter Abby Greene Aldrich in Warwick Neck (Rhode Island) John D. Rockefeller jr. den einzigen Sohn des seinerzeit reichsten Mannes der Welt geheiratet. Deren gemeinsamer Sohn Nelson A. Rockefeller wurde 1974 unter Gerald Ford Vizepräsident der Vereinigten Staaten. Dessen Bruder wiederum, David Rockefeller, ehemaliger Vorsitzender der *Chase Manhattan Bank,* leitete das »Council of Foreign Relations« (CFR) und förderte seinen Schützling Zbigniew Brzezinski, der für ihn die »Trilaterale Kommission« gründete. David Rockefeller versäumte zudem kaum ein Bilderbergtreffen.[16]

In dieser feinen Gesellschaft blieb man unter sich. Die Partner der christlichen Bankhäuser waren durchweg weiße, protestantische Amerikaner, die die gleichen Klubs besuchten und in bestimmten Gegenden New Yorks nahe beieinander wohnten. Man musste ein bestimmtes soziales und kulturelles Profil vorweisen, um überhaupt in die Nähe einer möglichen Partnerschaft zu gelangen. Um die spezifische Prägung der Morgan'schen Welt aufzuzeigen, vergleicht Susie Pak von der St. Johns University, New York, sie mit der ganz ähnlichen Geschichte des Bankhauses *Kuhn, Loeb & Co.*, einer Privatbank, die damals die zweitbedeutendste hinter J. P. Morgan in New York war.[17] Gerade weil die sozialen Kreise beider Häuser strikt getrennt waren, konnte man miteinander kooperieren – im unmittelbaren Bankgeschäft spielten soziale Faktoren keine Rolle. Gesellschaftlicher Verkehr hingegen war nicht möglich. »*Die Kuhn, Loeb & Co. bildenden deutsch-jüdischen Familien bildeten … ein geschlossenes Netzwerk, die Morgans ihrerseits lehnten eine soziale Öffnung aus antisemitischen Vorbehalten*

heraus ab.«[18] Da blieben Spannungen zwischen beiden Häusern nicht aus, zumal Jacob Schiff, Senior von *Kuhn, Loeb & Co.*, überaus sensibel auf antisemitische Affekte reagierte. Wolfgang Plumpe schreibt in der *FAZ* vom 20. Februar 2014 über Schiff: *»Der Aufstieg seines Hauses zur ersten Bank des japanischen Kaiserreiches hatte viel mit dessen harter Haltung gegenüber Russland zu tun, das zu dieser Zeit wiederholt Schauplatz antisemitischer Pogrome geworden war.«*

Als Vorsitzender der Nationalen Währungskommission trat Senator Aldrich 1910 mit seinem Expertenteam eine Tour durch Europa an, wo sie die privaten Zentralbanken in England, Frankreich und Deutschland konsultierten und das Währungswesen studierten. Kurz nach seiner Rückkehr versammelte er unter strengster Geheimhaltung auf Jekyll Island vor der Küste von Georgia die reichsten und einflussreichsten Banker.[19] Auf dem Grundstück von J. P. Morgan fanden sich ein:

- Nelson W. Aldrich, republikanischer Senatsführer, Vorsitzender der »National Monetary Commission« und Geschäftspartner von J. P. Morgan, Schwiegervater von John D. Rockefeller jr.
- Abraham Pitt Andrew, Stellvertreter des US-Schatzministers
- Frank A. Vanderlip, Präsident der *National City Bank of New York*, mächtigste Bank, repräsentiert durch William Rockefeller und die internationale Investmentbank *Kuhn, Loeb & Co.*
- Henry P. Davison, Seniorpartner der *J. P. Morgan Company*
- Charles D. Norton, Präsident von *J. P. Morgan's First National Bank of New York*
- Benjamin Strong, Direktor von *J. P. Morgan's Bankers Trust Company*
- Paul M. Warburg, Partner von *Kuhn, Loeb & Co.*, Repräsentant der Rothschild Bankdynastie in England und Frankreich und Bruder von Max M. Warburg, dem Direktor des Warburg-Bank-Konsortiums in Deutschland und in den Niederlanden.

Die »Verschwörergruppe« von Jekyll Island konnte bisher nur über die Geldreserven von New York dominieren. Mit der anvisierten Zentralbank wollten sie die des ganzen Landes beherrschen, so Senator Aldrich.[20] Auch wollte man die US-Industrie von sich abhängig machen. Nun kam es darauf an, geschickt vorzugehen und den Kongress nicht misstrauisch zu machen.

Am 22. Dezember 1913, nur sechs Monate vor den Schüssen in Sarajevo, geschah das Unglaubliche: Weitgehend unbemerkt von der amerikanischen Öffentlichkeit, wurde von Präsident Woodrow Wilson der »Federal Reserve Act«, das Zentralbank-System, durch Repräsentantenhaus und Senat gepeitscht. Der weihnachtliche Termin war gut geplant, denn die Masse der Abgeordneten und Senatoren hatte an diesem Tag bereits die Heimreise zu ihren Familien angetreten.

Einem Bankenkartell, bestehend aus den weltweit führenden Bankhäusern Morgan, Rockefeller, Rothschild, Warburg und *Kuhn, Loeb & Co.*, war es in einem konspirativ vorbereiteten Handstreich gelungen, das amerikanische Parlament zu überlisten und eine private Zentralbank unter dem unverfänglichen Namen *Federal Reserve System*, kurz *Fed*, ins Leben zu rufen. Dank dieser pseudostaatlichen Einrichtung kann die amerikanische Finanzelite bis heute für ihre weitgesteckten Finanzpläne die Autorität und das Siegel der Vereinigten Staaten zu ihrem eigenen Vorteil nutzen. Ihr offizieller Zweck ist es, für die Stabilität des Dollars zu sorgen, der seit Gründung jedoch über 95 % seines Wertes verloren hat.

Enthüllungsjournalist G. Edward Griffin beleuchtet in seinem Buch »Die Kreatur von Jekyll Island« die wahren Hintergründe der Entstehung des *Federal Reserve Systems* und den eigentlichen Sinn und Zweck dieser Notenbank.[21] Selbst für den Privatbankier und langjährigen Direktor der Bank Rothschild in Zürich, Ferdinand Lips, ist das Buch das Beste, was zu diesem Thema geschrieben wurde. Es helfe zu verstehen, was hinter den Kulissen des Weltbankensystems wirklich läuft. Und es zeige den wahren Sinn und Zweck von Kriegen sowie die Ursachen und Hintergründe der kommenden Weltwirtschaftskrise auf.[22]

»*Der Krieg ist der Vater aller Dinge*«, ist der allseits bekannte Teil des Zitates von Heraklit, das jedoch weitergeht: »... *und der König aller. Die einen macht er zu Göttern, die andern zu Menschen, die einen zu Sklaven, die andern zu Freien.*« Seit der Antike ist jedoch der Sauerstoff für alle Kriegsfeuer das Geld. So lösten die leeren Kassen nach dem Peloponnesischen Krieg in Athen eine tiefgehende Krise und den nächsten, noch verhängnisvolleren Krieg aus. Diese Spirale lässt sich bis heute beobachten, und immer wieder sollte die Frage nach den Geldgebern gestellt werden, deren Motive auf einen Nenner zu bringen sind: Kapitalmaximierung und Macht. Zahlreiche Herrscher fanden sich nach verlustreichen Kriegen in Abhängigkeit zu ihren Financiers. Bei Großereignissen bildeten die Bankiers

nicht selten Konsortien. Der Zwang, Kapital aufzutun, machte erfinderisch. So erfanden die Templer den Scheck und die Venezianer die Versicherung.

Mit dem neuen Zentral- und Notenbanksystem der Vereinigten Staaten wurden Schuldscheine populär. Der Kongress verzichtete auf die Macht, Geld zu drucken, und übertrug diese Aufgabe internationalen Banken. Wie schon in den 120 Jahren zuvor war die allgemeine Stimmung dagegen, die Banken die Währungsausgaben kontrollieren zu lassen. Wilson hatte bereits vor seiner Wahl zum US-Präsidenten die Gefahr, die dem Staat vonseiten der dominanten Finanzeliten drohte, sehr kompetent analysiert: »*Wir haben uns immer gefürchtet vor der Zeit, in der die kombinierte Macht der Hochfinanz stärker ist als die Macht der Regierung.*« Diesen aufrüttelnden Satz schrieb Wilson in seinem Buch »Die neue Freiheit« (The New Freedom)[23] nieder. Es sollte ein Versuch sein, den neuen Geist amerikanischer Politik auszudrücken und aufzuzeigen, was getan werden muss, um deren volle geistige Kraft wiederherzustellen. Wilson hielt es für jemand Außenstehenden schwierig, wenn nicht sogar unmöglich, in bestimmte Bereiche des Geldadels einzudringen, und fragte: »*Sollen wir versuchen, unser Leben vor dem Zugriff des Monopols zu schützen, oder nicht? Sollen wir zulassen, dass ein von uns geschaffenes Geschöpf* (das Finanzsystem, Anm. d. Verf.) *stärker ist als wir? ... Eine große Industrienation wird kontrolliert von einem privatisierten Schuldgeldsystem. Die Entwicklung unserer Nation und all unsere Tätigkeiten sind in den Händen von ein paar Männern. Wir sind dadurch unter all den zivilisierten Ländern eine Nation geworden, die am schlechtesten regiert wird und die am meisten kontrolliert ist. Wir haben keine Regierung aus Überzeugung, aufgrund freier Stimmen der Mehrheit, sondern wir sind eine Regierung, die aufgrund der Meinung und dem Zwang einer kleinen Gruppe dominanter Männer handelt.*«[24]

Trotz dieser Erkenntnis hatte Wilson das Gesetz zur Bildung der *Fed* unterschrieben und damit in Kraft gesetzt. Unmittelbar danach erreichte Colonel House, »Alter ego« des Präsidenten im Weißen Haus, ein Schreiben von Jacob Schiff: »*Ich möchte mich bei Ihnen bedanken für die stille, aber zweifellos effektive Arbeit, die Sie im Interesse der Devisengesetzgebung geleistet haben, und Sie dazu beglückwünschen, daß die Maßnahme schließlich gesetzlich verankert wurde ... Das Gesetz ist in vieler Hinsicht gelungen, jedenfalls für den Anfang, die Erfahrung wird uns zeigen, inwiefern es noch verbesserungswürdig ist, so daß wir es zu gegebener Zeit noch perfektionieren können. Jedenfalls haben Sie allen Grund, mit dem Erreichten zufrieden zu sein.*«[25]

Die Banker waren erfreut, House zufrieden, und Wilson musste nun versuchen, vor dem Volk das neue Zentralbanksystem als Fortschritt hinzustel-

len. Als vertrauensbildende Maßnahme verzichtete der Wall-Street-Bankier Paul M. Warburg, Mitglied des ersten Federal-Reserve-Ausschusses, auf ein 500 000-Dollar-Jahresgehalt und begnügte sich mit 12 000 Dollar.

Mit Gründung der *Fed* unterlag das Weltgeldsystem künftig nicht mehr der jeweiligen Regierung.[26] Ihr Monopol der Geldpolitik sollte bis heute unantastbar bleiben. Geld wird aus Schulden erschaffen und durch einen Zins kreiert, der niemals zurückgezahlt werden kann. In der Strategie der ökonomischen Kriegsführung sind die Schulden die Waffe, um zu herrschen, und die Zinsen die Munition.

Nach 1914 begannen global agierende Konzerne, mit »Papierschnipseln«, dem selbst erschaffenen und gegenwertlosen Geld, Unternehmen zusammenzukaufen und den Mittelstand ins Abseits zu drängen. Die Verfilzung von Politik, Finanzelite und Großunternehmertum erhielt einen Namen: Corporatocracy. Darunter wird auch die Machtfülle von kaum erkennbaren Unternehmenskonglomeraten verstanden, deren Monopolstellung es erlaubt, Gesetze selbst zu verfassen (modern gesprochen: »Lobbyismus«) und in ihrem Sinne zu verändern oder bestehende Gesetze zu ignorieren. In der angelsächsischen Geschichte gibt es historische Beispiele:

Da ist zunächst die britische »Ostindien-Kompanie«, die am 31. Dezember 1600 durch einen Freibrief der englischen Königin Elisabeth entstand. Sie konnte sich auf eine unangreifbare Monopolstellung stützen und hatte das Recht, sogenannte »By-Laws« (Korporationsgesetze, Statuten und Satzungen) zu erlassen. Dazu unterhielt sie eine eigene Armee und konnte über Krieg und Frieden entscheiden. Mit diesen Merkmalen gilt sie als typische Megacorporation. Ebenso die 1670 mit einem Privileg des englischen Königs Karl II. gegründete *Hudsons Bay Company,* sie besaß bald das Monopol über den Fellhandel und konnte zeitweise ein Siebtel Nordamerikas beherrschen. Auch nach der anglo-amerikanischen Übereinkunft von 1818 war ihre Macht groß genug, um die von den USA und Großbritannien ausgeübte Staatsgewalt praktisch zu unterlaufen.

Nach dem Ersten Weltkrieg verfolgte der Gouverneur der *Bank of England,* Montagu C. Norman, sein lang gehegtes Ziel einer »Bank der Zentralbanken« und verlangte, dass die zu schaffende Bank unabhängig von der Kontrolle des Völkerbundes sein sollte. Am 17. Mai 1930 ging Normans Wunsch mit der Gründung der *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich* (BIZ) in Erfüllung.[27] Diese weltweit älteste internationale Finanzorganisation mit Sitz in Basel wur-

de außerhalb der Schweizer Gerichtsbarkeit unter dem Vorwand einer Neuregelung der deutschen Reparationsverpflichtungen gegründet. Die Wurzeln der privaten Einrichtung sind in der Zentralbank von England aus dem Jahr 1694 zu finden.[28] Der amerikanische Historiker Carroll Quigley, Mentor von Bill Clinton, zeichnet dafür ein treffendes Bild: »*International bankers sat in heaven, under a rain of fees and commissions.* Ja, die internationalen Bankiers saßen wirklich im Himmel – oder spielten wie im Märchen Sterntaler.

Die deutschen Mitglieder des »Committee of Experts« der BIZ, Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht und A. Voegler von den Vereinigten Stahlwerken, fügten sich recht vorteilhaft in diese Runde. Denn damit waren die wichtigsten Länder, die USA und Deutschland, durch die Bankiers der Firmengruppe Morgan auf der einen und Schacht und Voegler auf der anderen Seite vertreten. Wobei letzteren beim Aufstieg Hitlers und der Wiederbewaffnung Deutschlands noch Schlüsselpostionen im Bankwesen bzw. in der Industrie zukommen sollen.[30]

Dem angelsächsischen »Finanzadel« war es im Verlauf der letzten 400 Jahre also gelungen, der ganzen Welt sein Währungs- und Geldsystem »überzustülpen«. Dieses System stellt sich – auf einen simplen Nenner gebracht – wie folgt dar: Je mehr Kredite Staat und Wirtschaft aufnehmen, desto größer deren Abhängigkeit vom Kapitalgeber. Heutzutage mischen die durch und durch angelsächsisch geprägten Ratingagenturen zusätzlich als »Steuergröße« mit, die mit einer drohenden Herabstufung der Bonität ganze Länder erzittern lassen können.

Ganz im Sinne der Plutokraten ist es, stets neue Spekulationsblasen entstehen zu lassen, die, sobald sie platzen, von ihnen genutzt werden können, um gigantische Realvermögen umzuverteilen. Zu ihren Gunsten, versteht sich – zuletzt so geschehen in der Finanzkrise 2007.[31] Und doch bleibt dieses System für den Nichteingeweihten völlig intransparent. Henry Kissinger spricht in diesem Zusammenhang überraschend deutliche Worte: »*Wer das Öl kontrolliert, der beherrscht die Staaten – wer die Nahrungsmittel kontrolliert, der beherrscht die Volker – und wer das Geld kontrolliert, der beherrscht die Welt!*«[32]

Der Unternehmer Henry Ford fand es gut, »*dass die Menschen der Nation unser Banken- und Geldsystem nicht verstehen. Würden sie es nämlich, so hätten wir eine Revolution noch vor morgen früh.*«[33] Doch diese Gefahr hatten die Gebrüder Rothschild schon am 28. Juni 1863 für vernachlässigbar gehalten: »*Die Wenigen, die das System verstehen, werden dermaßen an seinen Profiten interessiert oder so abhängig von seinen Vorzügen sein, dass aus ihren Reihen niemals eine Oppositi-*

on hervorgehen wird. Die große Masse der Leute aber, geistig unfähig zu begreifen, wird ihre Last ohne Murren tragen, vielleicht sogar ohne je Verdacht zu schöpfen, dass das System ihnen feindlich ist.«[34] Und vom Gründer der Rothschild-Banken-Dynastie, Mayer Amschel Rothschild (1744–1812), ist überliefert: »*Gib mir die Kontrolle über das Geld einer Nation, und es interessiert mich nicht, wer ihre Gesetze macht.* «[35]

Zu den gewichtigen Opponenten des Zentralbankgesetzes zählte der Kongressabgeordnete Charles August Lindbergh (1859–1924), Vater des bekannten Ozeanfliegers. Er warnte den Kongress, das Gesetz würde den größten Trust auf Erden etablieren, wodurch Exekutive und Legislative der USA der Macht des Geldes ausgeliefert wären.[36] Für den damaligen republikanischen Abgeordneten des Repräsentantenhaus Louis T. McFadden waren die *Federal Reserve Banken* unter den korruptesten Institutionen der Welt. Als Leiter des Ausschusses für Banken und Währung (»Committee on Banking and Currency«), dem er zwölf Jahre lang vorsaß, machte er später deutlich, dass diese Banken entgegen der landläufigen Meinung keine Institutionen der US-Regierung sind, »*sondern private Kreditmonopole, die das Volk der Vereinigten Staaten im Eigeninteresse und für den Profit ausländischer Betrüger ausbeuten*« .[37]

Als die Abgeordneten und Senatoren Anfang 1914 aus dem Weihnachts- und Neujahrsurlaub zurückkehrten, fanden sie sich überrumpelt. Angesichts der prosperierenden Wirtschaftlage begehrten die meisten jedoch nicht auf. Das neue Jahr bescherte eine Flut von Rüstungsaufträgen, und die amerikanische Schwerindustrie stellte sich auf Waffen um. Bereits 1913 gingen 70 % des gesamten Exports als Rüstungslieferungen nach Frankreich und England. Mit der Anzahl qualmender Schlote wuchs auch die Zufriedenheit.

Mit Kriegsbeginn im August 1914 unterstützte das Morgan-Haus vorbehaltlos die Sache der Entente, ja man sah sich als deren finanzieller Agent in den Vereinigten Staaten. Woher dieses selbstbewusste Auftreten? Die investigative US-Finanzjournalistin Nomi Prins, jahrelang in führender Stellung u. a. bei *Goldman Sachs, Bear Stearns* und den *Lehman Brothers*, erhellt in ihrem im September 2013 erschienenen Buch »All the Presidents' Bankers: The Hidden Alliance That Drive American Power« die Zusammenarbeit zwischen US-Präsident Wilson und dem Chef des Wall-Street-Giganten J. P. Morgan, Jack Morgan. Beide stellten der Whistleblowerin zufolge schon in den ersten Kriegstagen die Weichen, der Entente die Finanzmittel für den Krieg zur Verfügung zu stellen. Von da an waren die USA mit ihrem Finanzsystem und ih-

rer Wirtschaft untrennbar mit dem europäischen Kriegsschauplatz verbunden. Zwangsläufig wurde nun das Morgan-Haus stärker in die auf Krieg hinzielende Politik hineingezogen. Parallel dazu nahm die nationalistische Rhetorik zu, die Sprache wurde kriegerischer. Das blieb für das Selbstverständnis des Bankhauses nicht folgenlos, denn es wurde dadurch *»zu einem wichtigen Faktor der amerikanischen Außenwirtschaftspolitik«*[38]. Am 4. September 1914 frohlockte Jack Morgan: *»Der Krieg ist eine enorme Chance fur Amerika.«*[39] Das galt wohl nicht für alle: Als Folge seiner probritischen Politik geriet das deutsch-jüdische Bankhaus *Kuhn, Loeb & Co.* wegen seiner positiven Haltung zum Deutschen Reich in eine schwierige Situation.

Am 7. Oktober 2013 erschien in der *Weekend Post* der aufschlussreiche Artikel des Afrikaners Benson C. Sajli, »The Hegelian Gambit« (Der hegelianische Schachzug). Für ihn wurde Ende 1913 die *Fed* geschaffen, um den kommenden *»zweiten Dreißigjährigen Krieg«* zu finanzieren.[40] Die ökonomische Absicht, die hinter den beiden Weltkriegen stand, so Sajli, war, die weltweit einflussreichsten Länder mit einem Berg von Schulden zu überziehen. Deutschland stand dabei an erster Stelle.[41] Andere Länder sollten sich den »Schuldenvirus« durch technisch verursachte Wirtschaftskrisen einfangen, die wir Depression nennen.

Für viele ist das private Zentralbankensystem als Wurzel der heutigen Finanzmisere verantwortlich für die problematischen Entwicklungen in der politischen Weltlage. Selbst amerikanische Präsidenten waren und sind den Interessen der *Federal Reserve Bank* ausgeliefert, wie Nomi Prins akribisch nachweist.[42] Sie deckt die nackte Wahrheit dessen auf, was Louis D. Brandeis, Richter am Obersten US-Gerichtshof, schon vor hundert Jahren über den zerstörerischen Einfluss des Geldes gesagt hat: *»Wir müssen das Geldkartell zerbrechen, oder das Geldkartell wird uns zerbrechen.«*[43]

Die *Fed* hatte sich bald von dem Grundsatz verabschiedet, dass das im Umlauf befindliche Geld einen realen Gegenwert in Gold- oder Silberreserven haben musste. Anfangs gab es zinsfreie Goldzertifikate, ab 1878 parallel dazu auch Silberzertifikate. 1963 übertrug US-Präsident John F. Kennedy durch seine »Executive Order 11110« die Befugnis zur Ausgabe von Silberzertifikaten an den Finanzminister – offiziell um die Verwaltungsarbeit während der Übergangszeit bis zu ihrem endgültigen Auslaufen zu erleichtern. Wollte Kennedy damit vielleicht die Macht der *Fed* beschränken? Das lässt sich nicht mehr beantworten, da Kennedy ein halbes Jahr später ermordet wurde. Interessanterweise saßen in der Warren-Kommission zur Untersuchung des Mordanschlags

neben zwei Senatoren und einem Abgeordneten der ehemalige Präsident der CIA, Allen Walsh Dulles, und der ehemalige Präsident der Weltbank, John F. McCloy. Konrad Hausener schreibt im Newsportal »The Intelligence«: »*Wäre es wirklich in Kennedys Absicht gelegen, die Kompetenz des Finanzministeriums, Silberzertifikate in größerem Umfang als Dollarnoten in Umlauf zu setzen, zu erweitern, wären die Vereinigten Staaten vermutlich heute nicht mit unbezahlbaren 13,4 Billionen Dollar verschuldet. Vielleicht sogar wäre dies fur Politiker anderer Länder der Anstoß gewesen, das ausschließlich auf verzinsten Krediten basierende Währungssystem neu zu überdenken Vermutlich werden wir die Wahrheit niemals herausfinden.*«[44]

Ohne die *Fed* könnten die USA heute nicht die Unmengen an Dollars aufbringen – Dollars, die sie nicht haben, sondern sich leihen müssen. Vorzugsweise eben bei der »eigenen« Notenbank oder bei den Chinesen. Letztere sind inzwischen mit gewährten Krediten von mehr als 1,2 Billionen US-Dollar die größten ausländischen Gläubiger der USA. Nach der Studie »Costs of War« der Brown University aus dem Jahr 2011, erstellt von 20 Wirtschaftswissenschaftlern, Juristen und Politologen, belaufen sich die Kosten für die Kriege im Irak sowie in Afghanistan und Pakistan seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 auf inzwischen 3,2 bis 4 Billionen US-Dollar, das dreifache der offiziellen Regierungsangaben.[45]

Zu Beginn der Finanzkrise im Jahr 2007 äußerte sich der US-Kongressabgeordnete Ron Paul im Rahmen seines Präsidentschaftswahlkampfs im College in Ann Arbor/Michigan kritisch zur Politik der *Fed*. Inmitten der 4000 Studenten ertönte plötzlich laut: »End the Fed!«[46] Der Ruf erfasste den ganzen Saal und veranlasste Ron Paul, ein Buch mit demselben Titel zu schreiben.[47] Darin kommt er zu dem Fazit, dass die *Fed* korrupt und verfassungswidrig ist. Seiner Meinung nach ist sie auch für die Wirtschaft der USA keineswegs notwendig. Heute wird die Währung so aufgebläht wie seinerzeit in Weimar oder in Simbabwe, sodass das Geld wertlos zu werden droht.

Das nunmehr hundert Jahre alte System der »Papiergelddrucker« kann nur als Monopol überleben. Es darf keine gold- oder silbergedeckten Nebenwährungen neben sich dulden und erst recht keine Zentralbanken, die unabhängig von der »Weltbankenregierung« operieren und nicht von ihnen gelenkt werden können. So war zum Beispiel die von Gaddafi kontrollierte *Zentralbank von Libyen*, die zu einhundert Prozent in Staatsbesitz war, zunächst ein Dorn im Auge. Aber siehe da: Kaum war Bengasi von den archaischen Revolutionskriegern erobert, installierte der libysche Revolutionsrat eine eigene private

Zentralbank.[48] Mitten im Bürgerkrieg sind derartige unternehmerische Großtaten ungewöhnlich, vor allem von Leuten, die nie etwas mit dem Bankenwesen zu tun hatten. Wer hat hier wohl Nachhilfe gegeben?[49]

Ende Mai 2012 sorgte die transatlantische Verbindung der zwei in Europa und den USA bestbekannten Wirtschafts- bzw. Finanzdynastien für weltweites Aufsehen. Mit einem Anteil von 37 % beteiligte sich die Rothschild-Investmentgesellschaft bei der Finanzgruppe des Rockefeller-Clans. Laut *Financial Times* pflegen die beiden Patriarchen der Familien, der 96-jährige David Rockefeller und der 76-jährige Jacob Rothschild, seit mehr als fünf Jahrzehnten persönliche Beziehungen.[50] Beide Häuser haben Geschichte geschrieben. Ende des 18. Jahrhunderts legte der Kaufmann und Bankier Mayer Amschel Rothschild in Frankfurt am Main den Grundstein für ein Finanzimperium, das seit der Finanzierung der Schlacht von Waterloo und des Suez-Kanals eine gewichtige Rolle auf der großen Polittheaterbühne spielt. Die Rockefellers waren nicht minder erfolgreich. Ihr Imperium geht auf die Ende des 19. Jahrhunderts gegründete *Standard Oil Company* zurück.

Führte der Erste Weltkrieg auf dem europäischen Kontinent zum Einsturz der maßgebenden Monarchien, welche bis dahin die Expansion des nationalen Kapitals gezügelt hatten, brachen infolge des Zweiten Weltkriegs die kolonialen Imperien zusammen, welche den länderübergreifenden Kapitalfluss gebremst hatten. Nach dem dritten, dem *»Kalten Weltkrieg«*, so der Putin-Berater Sergej Jurewitsch Glasjew Anfang Juli 2014, erfolgte der Zerfall der UdSSR. Von da an ergriff der Kapitalfluss die ganze Welt, und den transnationalen Konzernen stand die Weltwirtschaft offen.[51]

Was darf die Welt von dieser Allianz des Geldadels erwarten? Und können sich Demokratien überhaupt gegen eine derart gebündelte Finanz- und Wirtschaftsmacht behaupten?

Schlafwandler auf den Trampelpfaden der Geschichte

Als im Sommer 1914 in Europa die Lichter ausgingen, hofften die Menschen dies- und jenseits von Weichsel und Rhein auf einen kurzen Krieg. Wohl kaum jemand ahnte, dass hier, an der Schwelle zum 20. Jahrhundert, ein Inferno losgetreten würde, das Charles de Gaulle im September 1941 mit dem Dreißigjährigen Krieg gleichsetzte.

Auch der Terroranschlag in New York vom 11. September 2001 löste einen Krieg aus, nämlich gegen Afghanistan, ein Land, das mit dem Anschlag nachweislich nichts zu tun hatte. Doch nach offizieller amerikanischer Lesart stand hinter dem Anschlag auf das World Trade Center eine Verschwörung hochrangiger islamischer Extremisten, die von Afghanistan aus operierten. Ihr politisches Ziel sei die Destabilisierung der Vereinigten Staaten und die Zurückdrängung amerikanischen Einflusses in den islamisch geprägten Teilen der Welt. Die afghanische Taliban-Regierung decke die Organisatoren des Attentates, und die USA verlangten die Auslieferung der Hintermänner. Als dem nicht entsprochen wurde, ergriffen sie die aus ihrer Sicht »notwendigen militärischen Maßnahmen«. Nur 27 Tage nach dem Anschlag wurde Afghanistan von den USA ohne Kriegserklärung angegriffen, im weiteren Verlauf die afghanische Regierung gestürzt und jene machtpolitischen Strukturen zerschlagen, durch welche sie meinten, herausgefordert worden zu sein.

Nichts anderes hat Österreich im Jahr 1914 getan. Hier erfolgte die Kriegserklärung 30 Tage nach dem Mord in Sarajevo, der sich in eine lange Folge politischer Aggressionsakte gegen Österreich reihte. Der Anschlag war nicht die Tat eines einzelnen Fanatikers, sondern das Werk wohlorganisierter Kreise – er ist als Kriegserklärung Serbiens an Österreich-Ungarn zu werten. Auch die Habsburger Monarchie verlangte anschließend die Aufklärung der Hintergründe und ergriff, als dem nicht entsprochen wurde, die »notwendigen militärischen Maßnahmen«, marschierte in Serbien ein, stürzte die Regierung und zerschlug jene machtpolitischen Strukturen, durch welche sie herausgefordert worden war. Zu vermitteln und zu verhandeln gab es da eigentlich nichts mehr.

Im Jahr 1914 agierte nicht nur ein kleiner Aggressor gegen eine Großmacht, Serbien hatte vielmehr die Rückendeckung eines anderen Imperiums, nämlich Russlands, das wiederum genoss die Rückendeckung zweier weiterer Großmächte, Frankreichs und Englands. So wurde aus einer territorial auf Südosteuropa begrenzten Auseinandersetzung der Erste Weltkrieg.

Wer also hat nun letztlich schuld am Ausbruch? Wir sagen: *Alle* beteiligten Staaten, die ihre Pflicht zum Frieden vergaßen und selbstsüchtig einen Krieg in Kauf nahmen, müssen ein Teil der Verantwortung übernehmen. Haben nicht auch jene, die den damaligen infamen politischen Mord und die Mörder deckten, besondere Verantwortung für die nachfolgende Katastrophe?

Die unterschiedlichsten Motive sind zu nennen, welche dazu führten, dass die europäischen Staaten 1914 zum Krieg drängten, doch keines davon

darf allein als Kriegsauslöser angesehen werden. So waren einzelne politische Führer von den geistigen Vätern imperialistischer Kriegspläne zum Ehrgeiz angestachelt worden, und sozialistische Gruppierungen hofften auf eine Revolution am Ende eines verlorenen Kriegs. Da war der alte russische Drang ans Mittelmeer, der seit der Niederlage in Ostasien immer heftiger hervortrat und wo sich nun eine Chance auftat, ihn verwirklichen zu können. Und da war Frankreichs Wunsch nach Revanche, doch auch der kann sicher nicht allein als treibende Kraft gelten. Rache nach 44 Jahren durch die Enkel der geschlagenen Generation? Noch weniger glaubhaft erscheint das dringende Bedürfnis, Elsass-Lothringen zu befreien. Da hätte man wahrscheinlich mit dem Widerstand der überwiegend deutschsprachigen Bevölkerung rechnen müssen. Hier sei an einen Ausspruch des französischen Ministers des Äußeren Berthelot erinnert, der beim Anblick von Richelieus Porträt im Ministeriums sagte: »*Schafft mir diesen Pfaffen aus den Augen; hätte er Elsass-Lothringen nicht gestohlen, wir würden heute im tiefsten Frieden mit Deutschland leben!*«[52] Glaubwürdig wäre es gewesen, das Selbstbestimmungsrecht für die Elsass-Lothringer oder eine Abstimmung zu fordern, wenn auch bei einem Votum für Frankreich die zusätzliche Konkurrenz elsass-lothringischer Firmen der französischen Industrie vermutlich gar nicht willkommen gewesen wäre.

All die genannten Kriegsgründe waren nicht so zwingend, dass sie ein derartiges Gemetzel rechtfertigen könnten. Die wahren Motive sind viel wirkmächtiger und reichen bis in die heutige Zeit hinein. Wurden früher Kriege um Ruhm, betörende Frauen, schöne Landstriche, strategisch wichtige Verbindungen und Orte, Herrschaft oder Freiheit oder aus religiösen Motiven geführt, so sieht der galizische jüdische Journalist Binjamin Segel 1914 nur einen einzigen Grund: »*Dieser Krieg wird um Geld geführt, damit die Revenuen der englischen Plutokratie nicht vermindert werden. Ströme von Blut müssen fließen, damit sich der Goldstrom in die City von London stets in ungeminderter Kraft ergießt. Es ist im wahren Sinne des Wortes ein Goldkrieg.*«[53]

Das hat sich seit der Gründung des »Federal Reserve Systems« (siehe S. 426 und 430 f.) geändert. Es geht nicht mehr um Gold, sondern um die Spekulation mit Schuldverschreibungen. Dieses System der »Papiergelddrucker« und »Machtgeld-Monopolisten« kann keine gold- oder silbergedeckten Nebenwährungen oder staatliche Zentralbanken neben sich bestehen lassen.[54] So war die staatliche libysche Zentralbank in Tripolis diesem System ein Dorn im Auge, also errichteten die libyschen »Rebellen« 2011 in Bengasi sofort eine private Zentralbank.

1907 erhielt der Diplomat Henry White (1850–1927) von Präsident Theodore Roosevelt den politischen Auftrag, die britische Haltung auszuloten. Der kultivierte US-Amerikaner traf sich mit seinem Freund Arthur Balfour, dem englischen Premier von 1902 bis 1905. Auf die deutsche Konkurrenz angesprochen, erklärte der Brite abfällig: »*Wir sind wahrscheinlich Narren, dass wir keinen Grund finden, um den Deutschen den Krieg zu erklären, bevor sie zu viele Schiffe bauen und uns unseren Handel streitig machen.*« Darauf White: »*Wenn Sie es mit dem deutschen Handel aufnehmen wollen, müssen Sie sich eben mehr anstrengen.*« Balfour: »*Das würde bedeuten, dass wir eine Senkung unseres Lebensstandards hinnehmen müssten. Vielleicht wäre es für uns einfacher, einen Krieg zu führen.*« Als Reaktion auf Whites schockiertes Erstaunen versuchte Balfour abzuschwächen: »*Geht es denn um richtig oder falsch? Vielleicht geht es nur darum, dass wir unsere Vormachtstellung behaupten.*«[55] Eine alles umfassende Vormachtstellung: geopolitisch, maritim und wirtschaftlich. Solche Vormachtsambitionen sind mit hohen Kosten verbunden, die sich in der Steuerlast der Bürger bemerkbar machen.

Zu den wenigen englischen Politikern, die neben dem Empire auch das Wohl der Bürger im Auge hatten, gehörte Francis Neilson (1867–1961). Der kunstsinnige und sozial denkende Staatsmann wurde 1910 als Abgeordneter der Liberalen ins Parlament gewählt. Mit beiden Ministerpräsidenten, Asquith und Lloyd George, pflegte er vertrauten Umgang. Bestürzt musste Neilson jedoch feststellen, dass einige wenige Politiker seiner Partei den Krieg seit Jahren gezielt vorbereiteten. Das veranlasste ihn zu einem Buch über den Weg in den Krieg: »How Diplomats Make War«[56]. Es entstand eine umfassende Chronologie der Ereignisse, die in den Weltkrieg mündeten. Auf dieses Standardwerk eines Zeitzeugen griffen nach dem Ersten Weltkrieg Historiker wie Barnes, Fay, Gooch und noch andere zurück. Neilson zeigt auf, dass alle imperialistischen Nationen Europas – die Triple Entente gleichermaßen wie der Dreibund – die diplomatischen Machtspiele zum eigenen Vorteil nutzten. Sie

Francis Neilson (1867–1961), objektiver Zeitzeuge und Dokumentar der Entstehung des Ersten Weltkriegs

wurden, so Neilson, unter Missachtung der wirklichen Wünsche der Menschen aller Länder gespielt. Deren Interessen wurden auf beiden Seiten verraten, also auch von den Regierungen der demokratischen Staaten. Neilsons Analyse zeigt, wie erschreckend tief die Kluft war zwischen den Interessen der Menschen und den politischen Strategien ihrer Regierungen.

»Nicht viele hatte derart geschärfte Sinne, um schon 1915 klar zu erkennen, dass dieser Krieg nicht zu Abrüstung und Frieden, sondern nur zu mehr Waffen und mehr schrecklichen Kriegen führen würde«, schreibt der prominente US-amerikanische Pazifist John Haynes Holmes (1879–1964) im Vorwort von »How Diplomats Make War«.[57] Holmes arbeitete in leitender Position der Unitarischen Kirche Amerikas in sozialen, religiösen und politischen Fragen eng mit Rabbi Stephen Wise, Begründer des Jüdischen Weltkongresses, zusammen. Er stand sogar in persönlichem Kontakt zu Mahatma Gandhi.

Dass 1915 ein US-Amerikaner einem Briten das Vorwort für ein Antikriegsbuch schrieb, ist ein großartiger Kontrast zu dem damals üblichen britischen Propaganda-Tsunami. Für Holmes war Neilsons Werk eine meisterliche Pionierarbeit, die gerade auch den Ursachen des Ersten Weltkriegs auf den Grund ging. Kein einfaches Unterfangen, da schon wenige Monate nach Kriegsbeginn in den Ländern der Entente und in Amerika in den Köpfen der einfachen Leute wie auch der Staatsmänner, Gelehrten und Staatsführer eine Theorie fest verankert war: Deutschland sei eine böse Macht, welche die unschuldigen großen Demokratien – einschließlich des zaristischen Russlands – angegriffen habe. Der deutsche Kaiser wurde als Barbar dargestellt, der Krieg gegen die göttliche Ordnung und gegen die moderne Zivilisation führte. Holmes zufolge konnten die angelsächsischen Völker nur mit dieser Art von Propaganda von der Notwendigkeit eines angeblich »gerechten« Krieges überzeugt werden – und ohne die Unterstützung der Bevölkerung hätte die Entente diesen großen Konflikt nicht beginnen und durchstehen können. *»Francis Neilsons Arbeit«*, so Holmes weiter, *»ist nicht nur auf Grund ihres Verständnisses der Vergangenheit, sondern auch aufgrund ihrer Zukunftsvorhersagen bemerkenswert.«*[58] Er habe erkannt, dass der Ursprung des Krieges nicht in der Niedertracht der »Potsdamer Bande« (nach John C. G. Röhl: Wilhelm II., Tirpitz und Moltke, Anm. d. V.) liege, sondern *»in den Machenschaften ökonomischer und politischer Kräfte, wie so viele Schrecken eingewebt in das hinterhältige Muster der Diplomatie«*[59].

Neilson lasse sich, so Holmes, *»nie täuschen von konventionellen Vorstellungen, die später in wahre Glaubenssätze verwandelt wurden, wie etwa ›ein Krieg, um*

den Krieg zu beenden‹, ›ein Krieg, um die Welt sicher zu machen für die Demokratie‹, ›ein Krieg, um die Zivilisation zu schützen und zu bewahren‹«.

Dieselben Männer, die den Krieg steuerten, hätten vor dem Krieg die politische Strategie bestimmt und würden *»von Grund auf eigennützige und gewalttätige Interessen«* vertreten, die gegen die internationale Ordnung und das Wohl der Weltgemeinschaft gerichtet seien, und *»die Nationen nach dem Krieg zuverlässig auf die alten Pfade von Rivalität, Feindseligkeit, Hochrüstung und neuen Kriegen zurückführen«*[61]. Neilson geht auch auf die Triebkraft des Geldes ein, auf das Gewinnmotiv der Rüstungsindustrie, welche die Panikmache unterstütze, um bessere Geschäfte machen zu können. In der Zusammenfassung führt er auf äußerst stringente Weise die problematischen Konsequenzen für unsere westliche Zivilisation vor Augen: *»Rüstung erzeugt Krieg, und Militarismus ist zu allen Zeiten unvereinbar mit den wirklichen Interessen der Menschen.«*[62]

Diesen Zusammenhang betonte auch der Senator von Nebraska, George William Norris, am 2. April 1917 in der Debatte um Wilsons Kriegserklärung, als er vom enormen Profit der Munitionshersteller, Börsenmakler und Wertpapierhändler sprach, der die USA in den Krieg führe.

1934 gab es im US-Kongress Bedenken, dass die USA wieder von Geschäftsleuten in einen Krieg hineinmanipuliert werden könnten. So wurde ein Ausschuss einberufen, der unter dem Vorsitz Senator Gerald Nyes den Einfluss amerikanischer Waffenfabrikanten auf den Kriegseintritt im Jahr 1917 untersuchen sollte. Das »Nye Committee« oder »Senate Munitions Investigating Committee«[63] befragte in 93 Anhörungen 200 Zeugen, darunter J. P. Morgan jr. und Pierre S. du Pont (1870–1954), Präsident des gleichnamigen Unternehmens und gleichzeitig Manager bei *General Motors*. Es fand heraus, dass die Waffenindustrie neben Preisabsprachen vor und während des Krieges starken Einfluss auf die US-Außenpolitik genommen hatte. Wegen der immensen Kredite an die Entente hätte die Morgen-Gruppe bei einer Niederlage Insolvenz anmelden müssen. So kam das Komitee nach zwei Jahren zu dem Ergebnis, dass die USA von den »Kaufleuten des Todes« (Merchants of Death) – Bankern und Rüstungsindustriellen – in den europäischen Krieg getrickst worden seien.[64]

Dem Komitee wurden schließlich 1936 die Mittel entzogen, als Nye den verstorbenen Präsidenten Woodrow Wilson beschuldigte, dem Kongress Informationen zur geplanten Kriegserklärung vorenthalten zu haben. Es regte erfolglos drei Neutralitätsgesetze an und schaffte es auch nicht, die Waffenindustrie zu verstaatlichen. Das große Ziel, ein nochmaliges Tricksen der Banker

und Rüstungsindustriellen zu verhindern, wurde gründlich verfehlt. Nur fünf Jahre später standen die USA im Zweiten Weltkrieg.

Und danach ging es mit dem Kalten Krieg – der ja nur in Europa ein »kalter« war – nahtlos weiter. In seiner Abschiedsbotschaft vom 17. Januar 1961 warnte der scheidende Präsident Dwight D. Eisenhower ausdrücklich vor den Gefahren eines »Staates im Staate« sowie vor dem die Politik dominierenden »Militär-Industriellen-Komplex«: *»In der Regierung müssen wir gegen unkontrollierbaren Machterwerb auf der Hut sein, ob er nun absichtlich oder unabsichtlich dem ›Militär-Industriellen Komplex‹ zuwächst. Die Gefahr verheerenden Zuwachses fehlgeleiteter Macht besteht und wird weiterbestehen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass das Gewicht dieses Zusammenwirkens unsere Freiheiten und unsere demokratischen Prozesse gefährdet.«*[65]

Eisenhowers Botschaft gehört zu den großen Ereignissen in der amerikanischen Geschichte. Sie knüpfte direkt an die berühmte Rede des Gründervaters George Washington an, der seine Mitbürger 1797 davor warnte, die junge Nation durch Allianzen in die Querelen des alten Europa hineinziehen zu lassen.[66] Gerade bei den heutigen US-Militärausgaben – fast die Hälfte der ganzen Welt – und den damit einhergehenden offensiven wie subversiven Kriegen sind Eisenhowers Worte aktueller denn je.

Die »Querelen des alten Europa« wollte 1913 schon Walter Rathenau überwinden. In seiner Denkschrift formulierte er die Vision eines mitteleuropäischen Wirtschaftsraumes (vgl. S. 115 f.), ähnlich der Kern-EU, allerdings unter deutscher Führung: *»Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluss von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Osterreich-Ungarn, Polen und eventuell Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.«*[67]

Diese Vision fand am 9. September 1914 als Hauptanliegen Eingang in den deutschen Kriegszielkatalog. Mit einem Handelsvertrag wollte man Frankreich in wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland bringen. Doch schon am nächsten Tag schwenkte der Krieg in die andere Richtung. Beim »Wunder an der Marne« siegte Frankreich, und die Pläne waren nurmehr Makulatur. Bethmann Hollweg verbot daraufhin die öffentliche Kriegszieldebatte.[68]

Die Dokumente, die nachweisen könnten, wer letztlich die Weichen für den Krieg gestellt bzw. die Schleusen dafür geöffnet hat, sind teilweise bis heute in den USA, in England und in Frankreich noch unter Verschluss. Lediglich die Dokumente aus dem Deutschen Reich stehen komplett zur Verfügung. Von den Alliierten dagegen sind vor allem deren farbige Bücher bekannt, so Englands Blaubuch, Russlands Orangebuch und Frankreichs Gelbbuch. Kurz nach Kriegsbeginn veröffentlicht, sollten sie jeweils die Unschuld der betreffenden Nation beweisen. Dass es sich dabei nicht um objektive Darstellungen handelt, liegt auf der Hand. Binjamin Segel überfiel nach dem Lesen nach eigener Aussage ein Gefühl tiefsten Ekels: »*Welch ein böses Gewissen spricht aus diesen Aktensammlungen ... Welch ein Wust von Heuchelei und Unwahrhaftigkeit, von schlecht gespielter Komödie, von Verschleierung und von Vorspiegelung falscher Tatsachen ... Was ist das? Halten uns diese Leute zum Narren? Wollen sie uns weismachen, dass ein solcher Krieg binnen 24 Sunden oder 3 Tagen entsteht? Auch Schuljungen kann man heutzutage nicht einreden, dass der den Krieg macht, der ihn formell erklärt! Auf wen spekulieren denn diese Leute mit ihren dummdreisten Ausflüchten, die uns beweisen sollen, dass der Krieg vermieden worden wäre, wenn diese Depesche 24 Stunden früher angelangt und jenes Schriftstück einen halben Tag später abgefasst worden wäre?*«[69]

Um die Kriegsspirale endlich zu durchbrechen, kommt es darauf an, die verdeckten Pfade freizulegen, die in den Ersten Weltkrieg geführt haben, und über die Gefahr der Propaganda aufzuklären. Sie hat in demokratischen Medien nichts verloren. Anscheinend haben die Menschen seit 1914 kaum etwas dazugelernt. Sollte Nietzsche mit seiner »Wiederkehr des Gleichen« recht behalten? Können oder wollen die modernen Menschen nicht mehr aus der Geschichte lernen? Das Cicero-Diktum »historia magistra vitae« – »die Geschichte als Lehrmeisterin des Lebens« – scheint vergessen. Eine bestimmte Perspektive auf die Geschichte wird absolut gesetzt – was nicht passt, wird ausgeklammert oder verschwiegen – so z. B. 2001 die 3000 in Afghanistan durch den US-Verbündeten Raschid Dostum ermordeten Taliban. Oder wer erinnert sich noch an den »Geheimen« oder »Vergessenen Krieg«, den die USA am Parlament vorbei zwischen 1964 und 1973 in Laos geführt haben?[70] Damals, während des Vietnamkriegs, wurden über der laotischen »Ebene der Tonkrüge« insgesamt 260 Millionen Bomben abgeworfen – mehr als im Zweiten Weltkrieg in Europa.[71]

Diese selektive Wahrnehmung soll dazu dienen, Machtinteressen zu manifestieren und durchzusetzen, Kriege zu führen und Kriege zu legitimieren. Wer

aber kann das durchschauen? Wer ist heute noch in der Lage, sich über Zusammenhänge objektiv zu informieren? Wer versteht denn noch die welt-, finanz- und wirtschaftspolitischen Ereignisse? Die Leitmedien agieren als Teil der Kriegsallianz. Und die Kriegsallianz versteht es mithilfe psychologischer Strategien, von sogenannten Spin Doctors eingesetzt, effektiv die öffentliche Meinung zu manipulieren. Das Zauberwort heißt PSYOP – psychologische Operation.[72] Dieses Vorgehen wird vom Pentagon als eine seiner wichtigsten Waffen angesehen. Mittels Flugblättern, Radio- und Fernsehsendungen, Filmen, Jugendzeitschriften und den neuen Medien wie Internet, Handy, SMS sollen die Köpfe und Herzen vor allem der jungen Menschen für die Interessen der USA gewonnen werden. Die Spindoktoren werden vermutlich nicht arbeitslos werden. Noch sind nicht alle geopolitischen Ziele der USA erreicht.

Nachdem am 19. März 1999 das Seidenstraßenstrategiegesetz den US-Kongress passiert und fünf Tage später die 78-tägige Bombardierung Restjugoslawiens begonnen hatte, schrieb der US-amerikanische Journalist William Pfaff: »*Der wichtigste Wandel unserer Zeit ist die Aufwertung der Rolle des Geldes bei der Bestimmung der Frage, wie Amerika regiert wird. Diese Rolle war niemals gering, aber sie gewann eine neue Dimension, als der Oberste Gerichtshof entschied, dass Geld, welches für die Wahl von Kandidaten und für die Förderung von privaten und kommerziellen Interessen in Washington ausgegeben wird, eine Form der verfassungsmäßig geschützten Meinungsäußerung darstellt. Dadurch wurde eine repräsentative Republik umgewandelt in eine Plutokratie.*«[73]

Max Weber (1864–1920) ging in seiner Schrift »Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus« der Frage nach, wieso die angelsächsisch geprägten Länder so erfolgreich eine Geldelite hervorbringen konnten. In seiner Schrift erläutert er den Kontext zwischen religiös geprägtem Handeln des Menschen und wirtschaftlichem Streben als eine Kombination, die schließlich die grundlegenden Prinzipien des modernen Kapitalismus manifestiert hat. So sind Calvinismus und Puritanismus aus zwei Gründen ein fruchtbarer Boden für Wirtschaftswachstum. Mittels religiöser Überhöhung wird das Leistungsprinzip mit dem weltlichen Erfolg zum Maßstab göttlicher Erwähltheit gemacht.

Kritische Betrachtung der Literatur zum Ersten Weltkrieg und zur Schuldfrage

Schon in den 1920er-Jahren erschienen fundierte Studien französischer und angelsächsischer Historiker zum Ersten Weltkrieg, die der Komplexität der Geschehnisse Rechnung trugen. Hier sei auf die Werke von Harry Elmer Barnes[74], Sidney B. Fay[75] und Bernadotte E. Schmitt[76] verwiesen. In dieser Tradition erschien 1964 mit »The Kaiser and his Time« eine Biografie Wilhelms II. aus der Feder eines englischen Historikers von Rang: Michael Balfour, Diplomat und Wissenschaftler an der Universität Oxford. *The Economist* schrieb, dass nach der Lektüre des Buches klar werde, dass *»dem Kaiser Unrecht geschieht mit dem Bild, das man sich gemeinhin von ihm gemacht hat – und das sich viele sogar schon 1914 gemacht haben«*[77].

Anfang der 1960er-Jahre erschien ein Werk, das bis heute heftige Diskussionen auslöst: »Der Griff zur Weltmacht« von Fritz Fischer. Im Gegensatz zur Mehrzahl der Historiker vor ihm sah Fischer die Kriegsschuld vor allem beim Deutschen Reich mit seinen militanten Weltmachtsplänen. Im Vorwort der Ausgabe von 1964 bezeichnet Fischer seine Arbeit als *»Beitrag zu dem Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte vom Ersten bis zum Zweiten Weltkrieg«*[78]. Er sieht sogar einen direkten Weg von Kaiser Wilhelm II. zu Hitler.[79]

Ist diese Einsicht ein Ergebnis seiner »Reeducation« während des »Automatischen Arrestes«[80], in den ihn die Alliierten wie andere Exponenten des Dritten Reichs gleich nach Kriegsende steckten? 1933 war er in die SA eingetreten und hatte sich im Kirchenkampf nach 1933 für eine geeinte Reichskirche auf völkischer Grundlage eingesetzt.[81] 1937 erhielt Fischer das Parteibuch der NSDAP und wurde 1939 Stipendiat des NS-Historikers Walter Frank. Noch im gleichen Jahr begann Fischers Militärdienst. Im Oktober 1941 bedauerte er, den *»großen Ostfeldzug«* nicht mitmachen zu können. Doch er freue sich, *»im Winter wieder einige Vorträge vor den Batterien halten«* zu dürfen. Die Themen waren »Das Eindringen des Judentums in Kultur und Politik Deutschlands in den letzten 200 Jahren«, »Das Eindringen des jüdischen Blutes in die englische Oberschicht« und »Die Rolle des Judentums in Wirtschaft und Staat der USA«.[82] Im Jahr darauf erhielt Fischer seinen Ruf als außerordentlicher Professor nach Hamburg. Auch dort blieb er seiner Obsession treu und hielt ebenfalls Vorträge mit antisimitischem Inhalt.[83]

Nach dem Krieg hat Fischer seinen Einsatz im Dritten Reich nie öffentlich kritisch reflektiert, dagegen wiederholt betont, kein Anhänger der Nationalsozialisten gewesen zu sein. Damit hebt er sich zumindest von vielen seiner damaligen Parteigenossen ab, die sich in der Nachkriegszeit zu entschiedenen Gegnern des NS-Regimes stilisierten. Den Vorwurf, er sei ein bedenkenloser Opportunist gewesen, muss er sich jedoch gefallen lassen.

Leider ist die Debatte auch heute noch dominiert von seinen Forschungen zur deutschen Kriegsschuld. So bedauert John C. G. Röhl in der *Süddeutschen Zeitung* vom 5. März 2014, dass im Windschatten von Bestsellern wie Christopher Clarks »Die Schlafwandler« oder Herfried Münklers »Der Große Krieg« nur noch 19 Prozent der Deutschen die Hauptverantwortung für den Ersten Weltkrieg beim Deutschen Reich ausmachten, *»während ganze 58 Prozent der Befragten alle kriegsführenden Mächte gleichmäßig für schuldig halten«*[84]. Darin sieht er eine nicht unbedenkliche Entwicklung, denn *»seit den bahnbrechenden Arbeiten«* von Fritz Fischer und Imanuel Geiss, die *»mit unwiderlegbaren Dokumenten«* die Kriegsziele des kaiserlichen Deutschland offengelegt hätten, herrsche in der internationalen Forschung Übereinstimmung *»über die führende Rolle, die die Berliner Regierung bei der Verursachung des Weltkrieges«* gespielt habe.[85]

Fischer deutete die im September 1914 vom Reichskanzler Bethmann Hollweg ausformulierten Kriegsziele als logische Folge der deutschen imperialistischen Weltpolitik vor 1914.[86] Demnach strebte das Kaiserreich als Nachzügler der europäischen Kolonialmächte nach der »Weltmacht« und in Europa eine deutsche Hegemonie an, wobei die übrigen Mächte den moralischen Anspruch des deutschen Reichkanzlers auf einen »Platz an der Sonne« als besonders störend empfunden hätten. Wie jedoch bereits des Öfteren geschehen, wurde eine Aussage von Bülows nur verstümmelt wiedergegeben. Tatsächlich hatte er am 6. Dezember 1897 in der Reichstagsdebatte um die deutsche Kolonialpolitik verlauten lassen: *»Mit einem Worte: wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.«*[87]

Auf die Kriegsziele Englands, Frankreichs und Russlands geht Fischer nicht ein, da diese für jeden der genannten Staaten ein eigenes Werk erfordern würden. Die USA wurden von Fischer erst gar nicht erwähnt.

Fischer hebt hervor, dass Deutschland *»den österreichisch-serbischen Krieg gewollt, gewünscht und gedeckt hat, und, im Vertrauen auf die deutsche militärische Überlegenheit, es im Jahr 1914 bewusst auf einen Konflikt mit Russland und Frankreich ankommen ließ«*[88]. Mit dieser Aussage wurde die historische Verantwortung der deutschen Reichsführung für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs festge-

pflockt. Einen weiteren Pflock schlug sein Schüler Immanuel Geiss ein, auch er sieht 1965 die Verantwortung für dien Kriegsausbruch allein beim Deutschen Reich: »*Der Mord von Sarajewo schien die Chance zu bieten, den langersehnten Durchbruch zur deutschen Weltmachtstellung zu erzwingen, sei es durch Androhung des Kriegs, sei es durch den Krieg selbst. Wichtiger aber waren vielleicht noch die ideologischen Motive, die zu unversalhistorischen Perspektiven führen: Das deutsche Reich fühlte sich als Vorkämpfer des konservativen, monarchischen Prinzips, als Fels in der steigenden Flut der Demokratie.*«[89]

In der Fußnote zu dieser Aussage führt Geiss nicht etwa Belege an, sondern schreibt: »*Eine detaillierte Untersuchung dieses wichtigen Aspekts der vorherrschenden Ideologie und Weltanschauung im Wilhelminischen Reich wäre von großer Bedeutung.* Ein schönes Beispiel für die Konditionierung eines Doktoranden durch die ideologischen Scheuklappen seines Doktorvaters. Bei Fischer wie auch vielen seiner Schüler ist die Haltung des Verstehenwollens kaum zu spüren, dagegen gerieren sie sich in ihrer Verurteilung als Wissende.

Historiker anderer Länder konnten da neutraler urteilen, etwa A. J. P. Taylor in seinem Werk »Das Europa der großen Mächte – von Metternich bis Lenin« (1954), worin er recht unspektakulär, wenn auch nicht gerade schmeichelhaft für die deutsche Führung, den üblichen Schuldzuschreibungen widerspricht: »*Es ist hartnäckig behauptet worden, die Deutschen hätten den Kriegsausbruch im August 1914 bewusst herbeigeführt. Dafür gibt es recht wenig positive Nachweise, aber es gibt ein entscheidendes Gegenargument. Bethmann und Wilhelm II. waren zu einer kohärenten Politik unfahig; Moltke, der Generalstabschef, war nicht imstande, einen Feldzug, und noch weniger, einen Krieg zu führen.*«[91]

Fritz Fischer löste mit seiner Theorie vom kriegslüsternen Deutschen Reich zwangsläufig Kontroversen aus, die 1964 – hier jährte sich zum 50. Mal der Erste und zum 25. Mal der Zweite Weltkrieg – in einer politischen, wissenschaftlichen und öffentlichen Auseinandersetzung kulminierten. Diese trugen vor allem die überregionalen Tageszeitungen *Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Welt, Süddeutsche Zeitung,* die Wochenzeitung *Die Zeit* und das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* aus. Dessen Herausgeber Rudolf Augstein stellte sich mit einem Vorabdruck der zweiten Auflage von »Griff nach der Weltmacht«[92] demonstrativ auf die Seite Fischers, veröffentlichte aber im gleichen Jahr auch eine Artikelserie von Barbara Tuchman über den Ersten Weltkrieg.

Den Kritikern der Arbeiten Fritz Fischers – hier sei nur auf Paul Sethe, Wolfgang J. Mommsen[93] oder Thomas Nipperdey[94] verwiesen – standen Fischers Schüler, John C. G. Röhl in Großbritannien und Imanuel Geiss in der Bundesrepublik, gegenüber, die, voll auf der Linie ihres Lehrmeisters, dafür sorgten, dass Wilhelm II. nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg und seiner erzwungenen Abdankung zur Projektionsfigur deutscher Negativklischees wurde. Daran hat sich bis heute kaum etwas geändert. Eine tiefe Verachtung gegenüber diesem vermeintlich größenwahnsinnigen Parvenü führt bei vielen Autoren immer wieder zu reflexartigen Seitenhieben. So endete etwa ein ansonsten objektiver Beitrag über Kaiser Wilhelm I. mit dem Hinweis, dass der Enkel als »Operettenkaiser« Wilhelm II. grandios scheiterte und für die deutsche Politik eine Katastrophe gewesen sei, einer Politik, die schließlich im Ersten Weltkrieg ihr Ende gefunden habe.[95]

Von Grellings »J'accuse« (1915) über Fischers »Griff nach der Weltmacht« (1961) oder »Juli 1914. Wir sind nicht hineingeschlittert« (1983) und Röhls »Kaiser Wilhelm II.« (1993) bis zu dessen »Wie Deutschland 1914 den Krieg plante« (2014) ist nicht erkennbar, dass es den Autoren um eine von ethischen Grundsätzen getragene, ergebnisoffene Untersuchung der Zusammenhänge ging. So wird etwa bis heute trotz umfangreicher Quellenlage, welche das Gegenteil nahelegen, die Mär aufgewärmt, dass der serbische Geheimdienstchef Dimitrijević-Apis als Alleinverantwortlicher des auslösenden Attentats in Sarajevo anzusehen ist, da viele der etablierten deutschen Historiker nach dem Zweiten Weltkrieg die These vertraten. In der Folge enthob etwa Imanuel Geiss anlässlich des 50. Jahrestags des Anschlages die serbische Regierung jeglicher Mitschuld. Sie habe mit dem Attentat nie etwas zu tun gehabt und *»hatte auch keine so präzise Kenntnis von den Planungen, daß sie es hätte rechtzeitig verhindern können«*[96]. Geiss folgte damit einem Artikel von Vladimir Dedijer, der in *Foreign Affairs,* der Hauspostille von »Council on Foreign Relations«, unter dem Titel »Sarajevo Fifty Years« erschienen war.[97] Dedijer entstammte einer bosnischen Familie, die der Königsfamilie nahe stand und nationalserbisch gesinnt war. Als Mitglied der Serbischen Akademie der Wissenschaften führten ihn seine Forschungsaufträge auch an das »Massachusetts Institute of Technology« (MIT). 1964, im Erscheinungsjahr des Artikels, wurde das von Serbien dominierte Jugoslawien von der US-Administration sehr zuvorkommend behandelt. Da der Name des serbischen Regierungschefs in den angelsächsischen Ländern bis heute einen guten Klang hat, hatte Dedijer durchaus ein handfestes Interesse daran, die indirekte Mittäterschaft Nikola Pašics zu vertuschen (vgl. S. 160).

Der britische Historiker John C. G. Röhl ist wie Wilhelm II. Sohn eines deutschen Vaters und einer englischen Mutter. In Deutschland gilt er aktuell als Experte fur die Person des Kaisers, an der er kaum ein gutes Haar lässt, immer bemüht, das Sündenregister des Kaisers zu erweitern. In seiner Trilogie[98] über Wilhelm II. scheint sich Röhl auf dem Pfad des »Crewe House« – einer britischen Propaganda-Agentur während des Ersten Weltkriegs – zu bewegen.[99] Nach Röhl hatte die deutsche Regierung schon von 1908 an die Ausweglosigkeit aus der inneren und äußeren Krise gespürt und einen Krieg als Möglichkeit erwogen, um den Gordischen Knoten aus antiquierter Staatsideologie, innerer Reformunfähigkeit und außenpolitischer Umzingelung zu durchschlagen.[100] *»Und ich will nicht ganz so weit gehen, um zu sagen«*, so Röhl im Originalton in einem vom BR im Januar 2011 gesendeten Radiobeitrag über Wilhelm II., *»dass diese innere Krise dann eine Ursache des Entschlusses war, einen Krieg auszulösen, aber es liegt doch irgendwie in der Luft, dass wenn alles so verfahren ist, dass es dann vielleicht doch mitspielt als Gedanke, wenn man ohnehin einen Krieg auslösen will. Damit lösen wir dann auch die inneren Probleme.«*[101]

In Röhls am 5. März 2014 in der *Süddeutschen Zeitung* erschienenen Artikel »Wie Deutschland 1914 den Krieg plante« ist gleich unter der Überschrift in fetten Lettern zu lesen, Kaiser Wilhelm II. und sein Umfeld hätten sich einen Krieg gegen Frankreich und Russland *»ersehnt«* – ein Rückschritt in die hasserfüllte Zeit von 1914. *»Im Sommer 1914 taten diese Männer alles, um den Frieden zu sabotieren.«*[102] In Berlin seien nicht viel mehr als 20 Männer – der Kaiser, Moltke und Tirpitz – an dem Komplott beteiligt, das zur Katastrophe des Weltkriegs fuhren sollte. Zwar hätte es unter ihnen bis zuletzt Differenzen gegeben, doch seien sie alle überzeugt gewesen, die Zukunft gehöre Deutschland und müsse »mit dem Schwert« erkämpft werden. Mit dem unberechenbaren jungen Kaiser an der Spitze, der in die Expansion der preußischen Militärmonarchie vernarrt gewesen sei, sei die Bismarck'sche Zurückhaltung über Bord geworfen worden. Bismarck'sche Zurückhaltung? Der »Eiserne Kanzler« hat drei Kriege geführt: 1864 gegen Dänemark, zwei Jahre später gegen Österreich und Bayern – Mitglieder des Deutschen Bundes – und vier Jahre später den als »Einigungskrieg« bezeichneten Feldzug gegen Frankreich. Dagegen hat der »unberechenbare« Kaiser Wilhelm II. bis 1914 überhaupt keine Kriege geführt. Wenn er wirklich kriegsvernarrt gewesen wäre, hätte er die Gunst der Stunde 1905 nutzen müssen, als Russland in Asien von den Japanern gründlich geschlagen wurde und in Russland Revolutionen ausbrachen.

Für den deutschen Historiker Gerd Krumeich ändert sich in der Regel etwa alle zehn Jahre das historiografische Paradigma.[103] Einige Paradigmen haben jedoch länger Bestand, wie ein Blick in die Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* zum 90. Jahrestag des Kriegsbeginns bestätigt. Im Editorial verweist Hans-Georg Golz auf die besonders verwerfliche Rolle des Deutschen Reiches. Es *»schürte in der Julikrise nach dem Attentat von Sarajewo den Konflikt und trieb Österreich-Ungarn in den Krieg mit Serbien«*[104]. Wie Fischer in »Griff nach der Weltmacht« sieht Golz die deutsche Verantwortung für den Beginn des Ersten Weltkriegs als erwiesen.

Gerhard Hirschfelds Beitrag »Der Erste Weltkrieg in der deutschen und internationalen Geschichtsschreibung«[105] greift das nationale Sonderwegbewusstsein, den Überlegenheitsanspruch der Deutschen vor 1914 und die betont antiwestlich orientierte deutsche Kultur an, um sich dann auf die »erwiesene« Kriegsschuld zu kaprizieren. Für den früheren Assistenten von Wolfgang J. Mommsen sind die Geschichtsschreibung nach dem Ersten Weltkrieg sowie die historisch-politische Debatte in der Weimarer Republik vor allem durch die Kriegsschuldfrage geprägt. *»Zur berüchtigten ›Dolchstoßlegende‹ von Rechts«*, so Hirschfeld, habe sich unmittelbar nach dem Krieg eine verhängnisvolle »Kriegsunschuldlegende« gesellt. Der Kampf gegen die alliierte »Kriegsschuldlüge« habe den notwendigen Bruch mit der Vergangenheit verhindert und somit entscheidend zur politischen wie zur »moralischen Kontinuität« zwischen dem wilhelminischen Kaiserreich und der Weimarer Republik beigetragen.[106]

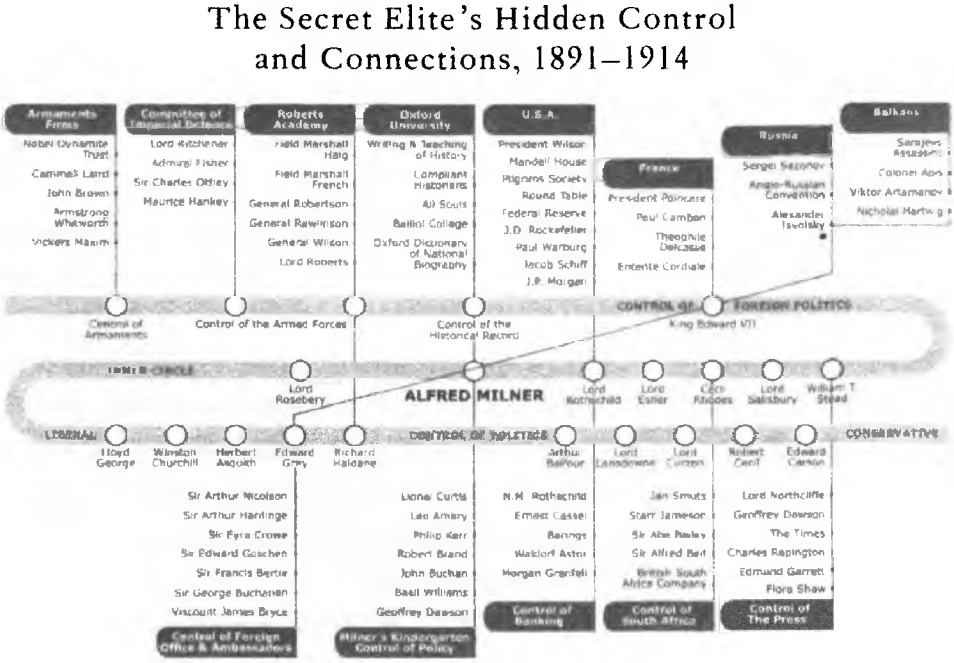
Ganz anders dagegen die britische Wahrnehmung. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind die Interpretationen dort viel vorsichtiger. Sie betonen die komplexe Situation, in der sich Großbritannien im August 1914 befand und warnen vor allzu simplen Schlüssen.[107] Und das hat sich bis in die jüngste Zeit gehalten. 1998 sorgte der britische Imperialismusforscher Niall Ferguson mit seinem Buch »The Pity of War« für Furore.[108] Seine Untersuchung über die Ursachen des Ersten Weltkriegs führten ihn zu dem Schluss, dass nicht, wie auch von Wolfgang J. Mommsen und vielen anderen deutschen Historikern vermutet, Deutschland, sondern in erster Linie das Britische Empire für die Eskalation im Sommer 1914 verantwortlich war.[109]

Der amerikanische Hochschullehrer Sean McMeekin legt hingegen in seinem Buch »Juli 1914: Der Countdown in den Krieg« (2014) den Schwerpunkt vor allem auf russische und französische Interessen, welche die Welt in die Katastrophe stürzten. Eindrucksvoll beleuchtet McMeekin, wie vom

28. Juni bis zum Kriegseintritt Englands am 4. August eine kleine Gruppe von Männern innerhalb dieser 38 Tage den Verlauf des 20. Jahrhunderts prägten.

Die beiden schottischen Historiker Gerry Docherty und Jim Macgregor verfolgen in ihrem Buch »Hidden History« (2013) die von Carroll Quigley vor einem halben Jahrhundert aufgedeckten Pfade. Sie entdeckten dabei sogar ein noch größeres Netzwerk als Quigley. Ihren Studien zufolge spielen die Kreise um Lord Milner in London eine noch größere Rolle als die französischen und russischen Hintermänner McMeekins.

Zum 50. Jahrestag des Kriegsausbruchs sichtete Rudolf Augstein 1964 die Meinungen von 206 Historikern zur Kriegsschuld. 99 Historiker postulierten die Alleinschuld Russlands und seiner Verbündeten Frankreich und England, darunter 24 ausländische. 36 sahen die Alleinschuld bei Deutschland und Österreich, darunter 25 ausländische Forscher. Da erscheint es doch merkwürdig, dass der deutsche Historiker Wolfram Wette heute – 100 Jahre nach Sarajevo – in seinem Beitrag »1914: Der deutsche Wille zum Zukunftskrieg« immer



Alfred Milner als zentraler Punkt eines verdeckten Netzwerks (»The Secret Elite's Hidden Control and Connections, 1891–1914«, nach Docherty und Macgregor)

noch das hohe Lied auf Fritz Fischer und dessen »epochale« Forschungen singt. Durch diese wüssten wir, so Wette, *»dass Deutschland den Krieg wollte, um seine Machtposition in Europa auszubauen und seinen Anspruch auf Weltgeltung durchzusetzen. Aber aus moralischen Gründen und aus Angst, als barbarischer Kriegstreiber dazustehen, tat die deutsche Regierung alles, um öffentlich nicht als Verursacher in Verdacht zu geraten.*[110]

Interessanterweise sind es heute zumeist Historiker mit angelsächsischem Hintergrund, die Röhls und Wettes Auffassung heftig widersprechen, allen voran der in Cambridge lehrende Australier Christopher Clark[111]. Für Clark ist es an der Zeit, über die Fischer-Kontroverse dialektisch hinauszugehen. Clark betont den europäischen Charakter der Krise von 1914 und fordert: *»Wir müssen weg vom James-Bond-Muster, in dem es einen Guten und einen Bösewicht gibt. Sie können alle diese Staaten als Bösewichte sehen. Sie sind allesamt aggressiv, beutegierig, kolonialistisch, paranoid, sie zeigen Stärke, weil sie sich schwach und angreifbar fühlen.«*[112] Mit dieser Position konnte Clark sich des Beifalls der bürgerlichen Presse und der Angriffe aus dem linken Lager sicher sein. Auf einer Podiumsdiskussion anlässlich der Buchvorstellung von »Die Schlafwandler« am 4. Juni 2014 in München insistierte der Leiter des »Instituts für Zeitgeschichte«, Andreas Wirsching, unablässig auf der Schuldfrage, um von Clark eine deutliche Kriegsschuldzuweisung an das Deutsche Reich zu erhalten. Für Wirsching manifestiert allein schon der Einmarsch deutscher Truppen in Belgien die deutsche Schuld. Fragen nach den tieferen Ursachen des Ersten Weltkriegs wurden auf dieser Veranstaltung nicht gestellt. Auf die ökonomischen und sozialen Strukturen und die vor 1914 immer stärker die Außenpolitik dominierenden wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen geht auch Clark in seinem Buch nicht ein.

Die Ursachen, die in den Ersten Weltkrieg geführt haben, wirken bis in die Gegenwart. Solange sie nicht aufgeklärt werden, besteht die Gefahr, dass kommende Generationen zu leiden haben. »Stellungskriege« der Historiker wie in den 60er-Jahren in Deutschland, wo die Quellen je nach Frontseite gesichtet und verwertet wurden, ja sogar auf demselben Flur des »Hamburger Historischen Seminars« Fischer-Assistenten Zitate für einen lange bestehenden deutschen Kriegswillen und Zuarbeiter des Fischer-Gegners Egmont Zechlin Belege für deutsche Friedensliebe und Kriegsfurcht zusammentrugen, sind dieser Aufklärung nicht gerade förderlich. *»Zuweilen bekannten die Hilfskräfte einander, dass sie auch Belegmaterial für die Position des Kontrahenten hätten«*[113], gestand im Frühjahr 2014 Joachim Radkau, der selbst bei Fischer promoviert hat.

Es ist an der Zeit, in der öffentlichen Debatte mit nationalen Schuldzuweisungen und politischen Mythen aufzuräumen und eine offene Diskussionskultur zu schaffen. Dazu müsste eine verantwortungsvolle Geschichtsforschung mit dem Abstand von einhundert Jahren eigentlich in der Lage sein.

ZWEITES BUCH

Von Willy Wimmer

Kalter Krieg war gestern, Krieg ist heute

Empfang in der Verbotenen Stadt

Da war sie nun, die Verbotene Stadt. Wir hatten die Einfahrt durch die mächtige Mauer passiert und befanden uns vor dem Amtssitz des chinesischen Ministerpräsidenten in Peking, das Gebäude fügte sich in eine gepflegte Parkanlage ein. Der Raum, in dem im Sommer 2004 Wen Jiabao Altbundeskanzler Helmut Kohl empfing, war von unaufdringlicher Eleganz, die Runde klein: Wen mit zwei jugendlichen Mitarbeitern, Kohl und ich als sein beratender Begleiter sowie zwei erstklassige Dolmetscherinnen, die für einen dynamischen Gedankenaustausch sorgten. Wen betonte, dass dieser Nachmittag allein dem Gespräch mit dem geschätzten Gast vorbehalten sei. Beide Herren nahmen sich Zeit. Zeit, um über globale, nationale sowie bilaterale Fragen zu sprechen. Es war spürbar, dass man sich gut kannte und keine Schwierigkeiten hatte, verbindende Worte zu finden. Es blieb in dieser imperialen Stadt nicht aus, an Treffen mit US-Präsidenten im Oval Office des Weißen Hauses zu denken und die Räumlichkeiten zu vergleichen. Hier gab es keine Fahnengalerie, keine Insignien der Macht, die für jedermann sichtbar den Status wiedergaben. Es war lediglich ein Raum mit einigen erlesenen Schmuckvasen, die aber nicht minder imponierend wirkten.

Wen und Kohl tauschten sich zunächst über die Bedeutung der Provinz aus. Beide hielten es für wichtig, wie die Menschen außerhalb der Regierungsapparate und der Hauptstadt dachten. Dazu zählten auch die Sorgen, die mit den Veränderungen auf der Welt einhergingen. China war hier ein wichtiger Faktor, auch industriell, wie Helmut Kohl mehr als bewusst war, in dessen letzten Amtsjahren der Chemiegigant *BASF* milliardenschwere Investitionen in China vorgenommen hatte. Dank der wirtschaftlichen Öffnung seit Ende der 70er-Jahre verzeichnete das Land seit 1995 einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung, was von deutscher Seite stets von partnerschaftlichen Überlegungen begleitet war. Die beiden Staaten setzten auf engste wirtschaftliche und politische Beziehungen. So basierte auch dieses Gespräch auf den guten Erfah-

rungen, die man miteinander gemacht hatte. Die gegenseitige Wertschätzung kam etwa in gemeinsamen Überlegungen zur derzeitigen und künftigen Weltlage zum Ausdruck. Sollte es eine multipolare Welt sein? Konnte eine einzige Supermacht eine gedeihliche Entwicklung garantieren?

Zum Abschluss des ausführlichen Gedankenaustauschs brachte Wen den ehemaligen Bundeskanzler nicht zur Türe, um sich dort von ihm zu verabschieden, sondern begleitete ihn weiterhin plaudernd zu dem kleinen Autobus, der vor dem Amtsgebäude parkte, um unsere Abfahrt mit einem langanhaltenden Winken zu begleiten.

Vier Tage zuvor war es ebenfalls ein bequemer Reisebus, mit dem wir in Shanghai eine Erfahrung der besonderen Art machten: Als wir, von zahlreichen Begleitfahrzeugen eskortiert, in die gut 80 Kilometer entfernt liegende Seidenmetropole Suzhou fuhren, die wegen ihrer zahlreichen Kanäle auch als das »chinesische Venedig« bezeichnet wird und den Autobahntunnel unter dem Huangpu-Fluss verließen, war die gesamte Autobahn frei, jede Zufahrt gesperrt, und der Berufsverkehr wartete geduldig darauf, wieder die Straßen benutzen zu können. Das war schon was. Beeindruckend war zudem der Blick zurück auf die Skyline des Shanghaier Stadtteils Pudong. Gut ein Jahrzehnt zuvor, als ich schon einmal in der Weltstadt weilte, war eine solche städtebauliche Entwicklung bestenfalls eine Imagination gewesen. Kopfschüttelnd hatten wir angesichts entsprechender Pläne klammheimlich gedacht: Sollte das wirklich von denen geschaffen werden können, die auf ihren Fahrrädern zu Zehntausenden über Straßen fuhren, die schon die Konzessionsherren und den Einmarsch der japanischen Truppen gesehen hatten? Gedanken dieser Art zerstoben damals im Fahrtwind des Transrapids, der uns mit einer Spitzengeschwindigkeit von über 400 Stundenkilometern zum ultramodernen Flughafen Shanghai transportierte.

Ein weiterer Besuch galt damals der Hauptstadt Xinjiangs, dem legendären Urumchi, Metropole des Volksstammes der Uiguren. Kaum ein westlicher Politiker war schon einmal in dieser Problemzone gewesen, die bis an die westlichen Hänge des Tian-Shan-Gebirges und Kirgistans reicht. Auf dem Weg vom Flughafen zur Stadt sahen wir Gebäude, wie sie uns aus Russland bekannt waren. Helmut Schmidt hatte vor der Reise, die ich gemeinsam mit meinem sozialdemokratischen Bundestagskollegen Walter Kolbow unternahm, darauf hingewiesen, dass es sich um eine im russischen Stil erbaute zentralasiatische Stadt handele. Was uns aber an der westlichen Grenze Chinas erwartete, war

ein »Manhattan in der Wüste«, wo philippinische Bands für Frankfurter Touristen in schicken Hotels westliche Songs spielten.

China hatte in den zurückliegenden Jahren den »Sprung nach oben durch die Decke« vollzogen. Gespräche mit Mitgliedern des Volkskongresses waren von exzellentem Fachwissen und respektabler Offenheit geprägt, Defizite wurden offen angesprochen. Das Land der Mitte war anders geworden. Es war nichts Besonderes, im kleinen Kreis oder unter vier Augen auf Entwicklungen aufmerksam gemacht zu werden, die erst Jahre später in den deutschen Zeitungen publiziert wurden. Vielleicht gibt es kaum einen besseren Ort für solche Gespräche als die berühmte Bar »Cloud 9« im 87. Stockwerk des Grand Hyatt Hotels, dessen elegante Außenfassade von deutschen Ingenieuren und Unternehmen gestaltet worden war. Im Jahr 2004 blickte man in Shanghai stolz auf seine 2000 Wolkenkratzer, die der Stadt innewohnende Dynamik, den regen Schiffsverkehr auf dem Fluss – all das war augenfällig, wenn man in der »Cloud 9« aus dem Fenster sah. »Windows of the World«, das Restaurant hoch oben im World Trade Center, erlaubte einst einen ähnlichen Blick auf New York, war aber nicht ganz so imposant.

»Elder Statesmen« warnen China

Zurück in Peking, glitt unser Bus förmlich in eine andere Welt, eine Welt, in der selbst die Grashalme einer weitläufigen und überaus gepflegten Anlage eine bestimme Ordnung einzuhalten schienen. Es war die Zufahrt zum Gästehaus der chinesischen Regierung, wo ein Treffen der »Elder Statesmen«, etwa Helmut Kohl, Henry Kissinger, George Shultz, Boutros Boutros-Ghali und andere, erfolgen sollte. Man wollte einen Tag lang darüber sprechen, wie sich das künftige Zusammenleben in der Staatenwelt gestalten sollte. Wie geht man miteinander um? Was bringen die Erfahrungen mit sich, welche die Teilnehmer auf der höchsten Amtsebene national oder global erworben haben? Die Räumlichkeiten waren weltweit bekannt, darin fanden einst die Gespräche bezüglich Nordkoreas Nuklearprogramms statt.

Auch mir bot sich ein vertrautes Bild, denn Jahre zuvor war ich hier gemeinsam mit Walter Kolbow mit hohen chinesischen Regierungsvertretern zu umfangreichen Gesprächen zusammengetroffen. Sie galten Fragen, die sich seit der »Tibet-Resolution« des Deutschen Bundestages und den Ereignissen auf dem »Platz des himmlischen Friedens« 1989 in Peking ergeben hatten. Die Vor-

gänge in Asien drohten in Deutschland zum Spielball innenpolitischer Auseinandersetzungen zu werden, was sich in außenpolitischer Hinsicht verheerend auszuwirken drohte. In den deutsch-chinesischen Beziehungen hätte eine Eiszeit zwischen den beiden großen deutschen Parteien den Verlust wesentlicher Handlungsmöglichkeiten zur Folge haben können, was seit Aufnahme unserer Gespräche mit der chinesischen Regierung bis zum Ende von Kohls Amtszeit 1998 verhindert werden konnte.. Die China-Politik blieb zum Glück im innenpolitischen Streit ausgespart, was vermutlich auch dem Doyen der deutsch-chinesischen Beziehungen, Altkanzler Helmut Schmidt, zu verdanken war, dessen Einfluss auf meinen Kollegen während der Gespräche offenkundig gewesen ist.

Helmut Kohl hatte bei der Konferenz der »Elder Statesmen« die Aufgabe übernommen, über die friedensstiftende Kraft der Europäischen Union, die Bedeutung eines gemeinsamen europäischen Marktes und die Herausforderungen einer einheitlichen Währung zu sprechen. Im Gegensatz zu den Problemen, die seit Jahren in den Beziehungen zwischen China, Indien, Japan und Russland, den USA sowie anderen regionalen Großmächten deutlich geworden waren, zeichnete er damit das Bild einer besseren europäischen Welt – eine Perspektive in weiter Ferne, so empfanden es die Anwesenden. Mal sehen, ob ein solches Europa den Stürmen der Zeit würde standhalten oder gar Gestaltungskraft über seine Grenzen hinaus würde entfalten können …

Die Zeichen an der Wand wurden von George Shultz und Henry Kissinger aufgezeigt. Sie setzten die Herausforderungen, denen man sich ausgesetzt sah, in Zusammenhang mit der Zeit vor 1914. Für sie bedeutete der Ausbruch des Ersten Weltkrieges das Scheitern einer Politik gegenüber dem kaiserlichen Deutschland, das damals die aufstrebende Macht gewesen sei, die ihren Platz unter den etablierten Mächten auf der globalen Ebene gesucht habe. Dieser Versuch sei kollektiv misslungen und habe letztlich in den Krieg geführt. Jedem Zuhörer im Saal musste klar sein, auf wen Kissingers Aussagen gemünzt waren: Es konnte sich nur um China handeln, dessen Aufstieg uns allen seit Jahren den Atem verschlug. Und zu den Optionen zählte demnach auch ein Krieg, wenn es nicht gelingen sollte, friedensstiftende Maßnahmen zu ergreifen.

Kissingers und Shultz' Analyse der Ursachen des Ersten Weltkrieges war ausgesprochen nüchtern. Wie sehr unterschied sie sich von der Gedenkrede, die bei der Eröffnung des Gefallenen-Ehrenmals im Sommer 2009 auf dem Gelände des Bendlerblocks, dem Sitz des Verteidigungsministeriums, gehalten wurde! Der evangelische Pastor äußerte damals die Ansicht, Deutschland trage hier alleine die Verantwortung, und er stieß damit nicht auf Widerspruch. Anders

im Gästehaus der chinesischen Regierung. Sorgfältig wurde dargestellt, welche ökonomischen und gesellschaftlichen Potenziale das kaiserliche Deutschland in direkter Konkurrenz zu Großbritannien und Frankreich habe entwickeln können. Militärisch sei es sogar in China aktiv gewesen. Einige Inseln im Pazifik waren damals deutsch und damit, wie auch die Bewegungen der kaiserlich-deutschen Marine, anderen Staaten in dieser Region ein »Dorn im Auge«. Das zeigte sich unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkriegs, als das deutsche koloniale Engagement im westlichen Pazifik umgehend beendet worden ist. Der Versuch Deutschlands, in weit entfernten Gegenden auf dem Globus mit eigenen Besitzungen tätig sein zu können, glich in auffalliger Weise chinesischen Überlegungen gegen Ende der 90er-Jahre, wie sie mir bei Gesprächen in der ehemals portugiesischen Kolonie Macao vorgestellt wurden. Im Angesicht von Gebäuden, welche die Handschrift portugiesischer Baumeister zeigten, sprachen hochrangige chinesische Gesprächspartner davon, die Nachfolge des portugiesischen Weltreichs antreten zu wollen, welches große Teile Asiens, Afrikas und Lateinamerikas umspannte. Erst Jahre später überschlugen sich deutsche und internationale Zeitungen mit Berichten über chinesisches ökonomisches und politisches Vordringen auf diesen Kontinenten. Wie das konkret umgesetzt wurde, erfuhr ich in Gesprächen, die ich 2007 im argentinischen Außenministerium führte: Dort berichtete man von chinesischen Angeboten, im Land dringend benötigte Investitionen im Infrastrukturbereich durchzuführen. Die dafür benötigten Zehntausende von Arbeitern und Ingenieuren wollte man gleich mitbringen – ein Grund dafür, die Angebote ausschlagen zu müssen.

Solche Angebote waren nicht auf Lateinamerika beschränkt, wie sich bereits bei dem Besuch der chinesischen Provinz Xinjiang gezeigt hatte. Der Parteisekretär machte deutlich, welche Entwicklungsziele sein Land in Bezug auf die Nachbarn hatte – auf friedlichem Wege selbstverständlich. Fragen danach waren nicht verwunderlich, da die Region mit der Stadt Kashgar eine ökonomische Besonderheit aufweist. Hier trifft sich seit Jahrhunderten, nicht nur zum berühmten Sonntagsmarkt, der indische Subkontinent, um Handel und Wandel nachzugehen. Indische, pakistanische und zentralasiatische Gesichter bevölkern die Stadt. Über allem aber thront eine hochaufragende Mao-Statue, die rechte Hand nach Westen ausgestreckt, als wolle sie damit das eigentliche Ziel anzeigen – ein Unikat, denn alle anderen Statuen, die Mao verkörpern, zeigen diese Geste in Richtung Peking. Kein Wunder also, dass es Nachfragen gab. Sie wurden auch beantwortet: Man wolle nach Frankfurt, denn am Persischen Golf mit seinen Häfen sei man bereits.

Wohin ein Besucher Chinas auch blickt, es ergeben sich Fragen, so auch in Richtung Russland. Im Jahr 2000 führte die OSZE[1] eine Wahlbeobachtung in der Amur-Stadt Chabarowsk durch. Als deren Vizepräsident (1994–2000) ergaben sich für mich und meinen Sohn Markus, der mich unmittelbar nach seinem Wehrdienst bei der deutschen Luftwaffe dorthin begleitete, besondere Gesprächsmöglichkeiten. Vonseiten des russischen Oberkommandos für diesen Militärbezirk, der bis Wladiwostok und Kamtschatka reicht, erfuhren wir, dass russische Patrouillen seit Jahren einzelne chinesische Männer in den Weiten von Russisch-Fernost aufgriffen, die keine andere Aufgabe hatten, als das Gelände nach Bodenschätzen zu erkunden ...

Auf der Weiterreise fanden wir uns in Peking ein, wo der deutsche Gesandte uns sowie einige chinesische Gäste zum Mittagessen einlud. Als wir unsere Aufgabe bei der Wahlbeobachtung in Russisch-Fernost erwähnten, waren unsere Tischnachbarn gleichsam elektrisiert. Die chinesischen Ortsnamen dieser Gebiete sprudelten nur so aus ihnen heraus. Aber China und Russland haben eine Lösung gefunden, wie die – auch historisch – belasteten Beziehungen in Bezug auf diese Gebiete und die über die letzten Jahrzehnte hinweg stattfindende Einwanderung von Millionen chinesischer Staatsbürger behandelt werden können: in guten bilateralen Beziehungen und Plänen zu einer »Shanghai-Organisation«, die auch andere Staaten umfasst und der friedlichen Beilegung von Konflikten dienen sollte.

Nachdem lange Zeit der Verlauf der chinesisch-russischen Grenze in Teilbereichen höchst umstritten gewesen ist, gelten alle Konflikte auf diesem Gebiet heute als gelöst. Das ist für uns in Westeuropa ökonomisch von großer Bedeutung, denn hier verläuft der Transportkorridor für den Schienenverkehr von Shanghai über Moskau zum Ruhrgebiet und Rotterdam. Bei einem asiatischen Gipfeltreffen im Jahr 1991 hatten US-Präsident George Bush sr., Chinas Reformer Deng und andere auf einer großen Landkarte den Verlauf sogar bis zur philippinischen Hauptinsel Luzon durchgezogen. Diese Karte legte mir im Jahr 1993 der kasachische Verkehrsminister in Bonn vor und erhoffte sich die Unterstützung der Europäer.

Obgleich unter dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn, Hartmut Mehdorn, 2008 erste Testfahrten von Berlin direkt nach Shanghai durchgeführt wurden, stieß die Umsetzung auf Schwierigkeiten, da für die Strecke von Berlin bis nach Moskau die Europäische Investitionsbank in Luxemburg, für die Fort-

setzung nach Osten indes die Europäische Entwicklungsbank in London mit einem manifesten US-amerikanischen und japanischen Einfluss zuständig war. Weder die USA noch Japan hatten es eilig mit einer Magistrale quer über den Kontinent, der in erster Linie China und Westeuropa dienen sollte. Da zeigte sich ein amerikanisches Verhalten, das dem Auftreten der ehemaligen Sowjetunion entsprach. Moskau ließ nicht zu, dass Gespräche zwischen Mitgliedern des Warschauer Paktes stattfanden, an denen es nicht beteiligt war. So auch die Vereinigten Staaten, die massiv darauf drängten, an den Gesprächsrunden der Ostsee-Anrainer-Staaten in den 90er-Jahren und nach Ende des Krieges gegen Jugoslawien an der Donau-Konvention beteiligt zu werden. Heute wird besagte Strecke im wöchentlichen Turnus regelmäßig für Güterzüge genutzt. Davon konnte sich im März 2014 der chinesische Staatspräsident Xi Jinping anlässlich seines ersten Besuches in Deutschland überzeugen.

Die enge Abstimmung von Interessen gibt es in Neuguinea nicht. Der Westteil der Insel, West-Neuguinea, ehemals niederländisches Territorium, gehört heute zu Indonesien, der Osten, vor 1919 halb britisch, halb deutsch, ist seit 1975 Teil des unabhängigen Staates Papua-Neuguinea. Hier in Südostasien stoßen amerikanische, britische, japanische und chinesische Rohstoffinteressen aufeinander, sodass die Region in einen von außen gesteuerten Separatismus abzudriften droht. Warum nun sollte man aus europäischer Sicht der so weit entfernten indonesischen Provinz überhaupt Aufmerksamkeit schenken? Die Entwicklung in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre gibt eine Antwort auf diese Frage, denn Indonesien kann als einer der ersten Indikatoren dafür angesehen werden, dass weltweit beachtliche Umwälzungen zu erwarten waren. Alleine schon wegen des ASEAN-Hauptquartiers in der Metropole Jakarta war es nötig, politische Gespräche mit dem riesigen Inselstaat zu führen, der zudem von zentraler strategischer Bedeutung ist: Nach allem, was wir wissen, verlaufen zwischen dem Pazifik und dem Indischen Ozean die Unterseerouten für Atom-U-Boote, nicht nur der US-Navy. Indonesien unterhielt bis Ende der 90er-Jahre traditionell beste Beziehungen zu einer Reihe europäischer Staaten, darunter Deutschland. Nicht zuletzt der damalige Vizepräsident Bacharuddin Jusuf Habibie war dafür ein Garant. Dies trug dazu bei, dass auch globalstrategische Fragen angesprochen werden konnten. Es war Habibie, der wenige Tage vor dem Sturz Präsident Haji Mohamed Suhartos darauf aufmerksam machte, dass die Zeiten besonders enger Verbindungen zu Westeuropa bald vorbei sein würden, da diejenigen, welchen hieran lag, nachhaltig, mit System und auf Betreiben der amerikanischen Botschaft aus ihren öffentlichen Ämtern verdrängt

wurden. In den Spitzenfunktionen sollten allein Persönlichkeiten verbleiben bzw. installiert werden, die mit dem amerikanischen ökonomischen und politischen Denken konform gingen, um es in Indonesien durchzusetzen. Wer sich hier mehr an Europa orientierte, störte in diesem Konzept. Der Shareholder-Value-Ansatz des globalen, kapitalistischen Wirtschaftssystems begann so seinen Siegeszug in den verschiedensten Schlüsselregionen dieser Welt.

Die Tatsache, dass das japanische Okinawa Bestandteil des nördlichsten Landkreises auf Taiwan war und historisch einmal zum kaiserlichen China gehörte, dürfte neben den Auseinandersetzungen über Erdöl- und Erdgasvorräte im benachbarten Seegebiet noch zu Problemen fuhren, wie derzeit der Streit zwischen China und Japan um den Besitz der Senkaku-Inselgruppe mit ihren vermuteten riesigen Energiereserven deutlich macht. Im südchinesischen Meer geht es auch den Nachbarn China und Vietnam in ihrem fortwährenden Streit um Inseln oder Förderzonen im offenen Meer nicht anders.

Kissingers Anschlag auf die bestehende Ordnung

China ist in Bewegung und mit ihm die Welt. Wer wollte im wohltemperierten Konferenzraum daran zweifeln, dass das Land mehr Potenzial aufweist als einst das kaiserliche Deutschland! Die Probleme liegen heute wie damals auf der Hand. Entscheidend dabei ist, ob es Regeln und Mechanismen gibt, die im internationalen Kontext geeignet sind, Wege der friedlichen Konfliktlösungen aufzuzeigen. Was andernfalls passieren könnte, zeigte sich im Jahr 1914.

Auch in anderer Hinsicht beantwortet ein vergleichender Blick die Frage danach, was für die Zukunft in Betracht gezogen werden muss. So war der Mord am österreichischen Thronfolger in Sarajevo ein Anschlag auf einen zentralen Repräsentanten der bestehenden Ordnung in Europa, durch den einer seiner Garanten, Österreich-Ungarn, ins Mark getroffen werden sollte. Es durfte nicht ausgeschlossen werden, dass dies ebenso für dessen Bündnispartner, das kaiserliche Deutschland, galt. Es sollte etwas in Bewegung gesetzt werden, wobei das Ergebnis nicht abzusehen war.

Bei der Konferenz in Peking im Jahr 2004 war es der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger, der in den Augen des sachkundigen Publikums für die neue Dimension eines Anschlags stehen sollte. Er galt nicht wie einst in Sarajevo dem Repräsentanten einer Ordnung, sondern der Ordnung selber: dem bestehenden Völkerrecht. Kissinger war die gewichtigste

Stimme derjenigen, die es außer Kraft setzen wollten, obwohl es seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Beziehungen der Staaten nicht nur untereinander, sondern auch im globalen Zusammenhang regelte. Kissinger genoss unter den Konferenzteilnehmern aus China hohes Ansehen. Schließlich war er es gewesen, der die chinesisch-amerikanische Sprachlosigkeit, die mit der Ausrufung der Volksrepublik durch Mao Zedong nach dem Sieg im chinesischen Bürgerkrieg entstanden war, mit seinem spektakulären China-Besuch beendet hatte. Seither suchten chinesische Spitzenrepräsentanten seinen Rat, und es dürfte kaum jemanden geben, der es mit ihm in der Zahl von Besuchen in China aufnehmen kann. So hing man auch bei dieser Konferenz förmlich an seinen Lippen, bei seinem frei gehaltenen Vortrag und den gestochen scharfen Formulierungen.

Dennoch war es gerade Kissinger – welcher in Deutschland nicht weniger geschätzt wird als in China –, der in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre ob des amerikanischen Machtinteresses wieder und wieder weltweit, etwa auch in umfangreichen Darlegungen der *Welt am Sonntag,* dazu aufrief, das gesamte Völkerrecht außer Kraft zu setzen, jene Ordnung, die seit dem Friedensschluss von Münster und Osnabrück am Ende des Dreißigjährigen Krieges 1648 von Hugo Grotius herausgearbeitet worden war. Es hatte Kriege zwar nicht verhindern können, doch als Folge des Zweiten Weltkrieges war mit der Charta der Vereinten Nationen eine globale Ordnung geschaffen worden, die den Krieg gleichsam ächtete. Nur unter genau bestimmten Kriterien und mit Zustimmung des Sicherheitsrates war demnach einem Staat oder einer Staatengruppe der Griff zu den Waffen erlaubt.

Dabei waren es gerade die USA, welche am Ende des Zweiten Weltkrieges mit der Schaffung der Vereinten Nationen auf der Gründungskonferenz in San Francisco 1945 eine der »Garantiemächte« darstellte, eingeschlossen der internationalen Völkerrechtsordnung.

Bomben auf Belgrad

Am 28. März 1998 griffen Kampfflugzeuge der NATO die Bundesrepublik Jugoslawien an, und zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg war wieder Krieg in Europa. Symbolträchtiger hätte das Kriegsgebiet nicht sein können: Signal für die anstehenden Veränderungen war schon 1914 der Balkan. Nun betraf es nicht Sarajevo, aber Belgrad. Wieder und wieder hatte Helmut Kohl in den Jahren zuvor angemahnt, dass Europa nicht mehr in die Schrecken der Vergangenheit

zurückfallen dürfe und die Kriegsgefahr dauerhaft beseitigt bleiben müsse. Äußerungen dieser Art stießen jedoch kaum auf Verständnis außer- und innerhalb des Parlamentes. Der Kalte Krieg war doch vorbei. Wovon redete Kohl überhaupt?

Die Bomben auf die Autobahnbrücke von Nis machten deutlich, dass die Ziele der NATO-Angriffe andere waren als das, was die öffentlichen Erklärungen glauben machen wollten, die verlautbarten, eine humanitäre Katastrophe im Kosovo verhindern zu wollen. Wo war die Zustimmung des UN-Sicherheitsrats zu dem Krieg? Die kriegführenden Staaten USA, England und Frankreich, allesamt Mitglieder, hatten den entsprechenden Beschluss 1999 nicht angestrebt. Und er war auch zu keinem Zeitpunkt beabsichtigt.

Zwischen Passau und Edinburgh war man erschüttert über die Flüchtlingsströme aus dem Kosovo, die sich infolge der Bombenangriffe in die Nachbarstaaten ergossen. Bis zum Kriegsausbruch war es in der Region nach Aussage der OSZE ruhig gewesen. Auf die in weiten Teilen ablehnende Öffentlichkeit prasselten Begriffe ein, die den Kriegseinsatz wenigstens rechtfertigen sollten: »Humanitäre Katastrophe«, »Pflicht zur Hilfe« und letztlich die alles rechtfertigende »Humanitäre Intervention«, das war geeignet, die öffentliche Meinung so weit in Schach zu halten, dass der begonnene Krieg nicht mehr aufgehalten werden konnte.

Ein Blick auf die Geschichte des Balkans, knapp 150 Jahre zurück, hätte deutlich gemacht, dass dies die Schlagworte des englischen Imperialismus waren, nicht nur um die Griechen gegen das Osmanische Reich in Stellung zu bringen. Es sollte die »Heilige Allianz« zum Einsturz gebracht werden, mit der die europäischen Großmächte nach den Verheerungen, die durch Napoleons Kriege Europa in die Knie gezwungen hatten, einem Ausbruch erneuter Gewalt entgegenwirken wollten. Ein friedlicher Ausgleich von Interessen zwischen den großen europäischen Staaten war aber nicht im Interesse Englands, und man machte sich mit Erfolg daran, den Kontinent so weit aufzumischen, wie es dem englischen Prinzip von »Teile und herrsche«[2] entsprach.

Instrumentalisierte OSZE – die Inszenierung von Krieg

Die »neue angelsächsische Weltordnung«, für die schon Expräsident George Bush sr. 1991 vehement eingetreten war, sollte nach ganz ähnlichen Vorgaben geschaffen werden. So wie im 19. Jahrhundert die »Heilige Allianz« gekippt werden musste, galt es die Dominanz der von den USA bestimmten NATO

gegenüber den potenziellen friedensstiftenden Möglichkeiten von UN, KSZE[3] und Europäischer Gemeinschaft durchzusetzen – man erinnere sich an die Charta von Helsinki aus dem Jahr 1975 und die Erfolgsgeschichte der KSZE mit ihrem Beitrag zur Wiedervereinigung Deutschlands und dem Ende der widernatürlichen Spaltung Europas.

Bereits kurz nach der Euphorie im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands wurde klar, dass es mit den Problemen in Europa und am südlichen Rand des Mittelmeeres keineswegs vorbei war. Die europäische »Giftküche« bestand nicht nur aus den Verheerungen, die der Zweite Weltkrieg hinterlassen hatte. Es wurde mehr als deutlich, wie sehr auch der Erste Weltkrieg mit seinen Veränderungen der europäischen Landkarte bis heute Völker bestimmt und geeignet ist, neuen Unfrieden zu schaffen.

Schon im eigenen Interesse wollte man den nordafrikanischen Staaten eine Perspektive eröffnen, nicht nur um unliebsame Flüchtlingsströme von uns fern zu halten. Deshalb reiften in den europäischen Außenministerien Pläne, das so überaus erfolgreiche Konferenzmodell der KSZE auf unsere Zusammenarbeit mit den nordafrikanischen Staaten, eigentlich auf alle Staaten am südlichen und östlichen Rand des Mittelmeeres, auszudehnen, natürlich auch auf Israel. Das Europa des Jahres 1990 war bestimmt vom Geist der Zusammenarbeit. Das kam auch in allen Überlegungen zum Ausdruck, wie sie anlässlich des gewaltigen Umbruchs infolge des Mauerfalls angestellt worden sind. Da ich bereits im Dezember 1989 ein umfangreiches Konzept über die NATO-Mitgliedschaft eines wiedervereinigten Deutschlands und über die Stationierung ausschließlich deutscher Truppen auf dem Territorium der damals noch bestehenden DDR entwickelt und Helmut Kohl schriftlich vorgeschlagen hatte, waren mir die damit verbundenen Optionen mehr als vertraut. Monate später entsprachen Präsident Bush und Generalsekretär Gorbatschow in Abstimmung mit Kohl bei einem Treffen in Washington diesen Überlegungen in vollem Umfang, und das Konzept wurde somit Bestandteil der Verträge zur Wiedervereinigung Deutschlands.

Wir waren uns darüber im Klaren, dass die Veränderungen in Europa nicht gegen Moskau ausgespielt werden durften und wie wichtig es für die künftige europäische Politik sein würde, der damals noch bestehenden Sowjetunion das Wissen um ihren angestammten Platz im gemeinsamen Haus Europa zu vermitteln. Dabei konnten wir auf die Sachkunde des damaligen Chefs des Bundesnachrichtendienstes und ehemaligen deutschen Botschafters in Moskau, Hans-Georg Wieck, zurückgreifen, mit dem wir in ständigem Ge-

dankenaustausch standen. Mein Büroleiter Walter Breil und ich hatten ihm das Konzept in langen Gesprächen ausführlich erläutert, und Wieck schärfte uns ein, dass wegen der gebotenen Sensibilität, mit der vorzugehen sei, die Europäische Gemeinschaft frühestens nach einigen Jahren in einen engeren Kontakt zu den mittel- und osteuropäischen Staaten treten könne. Nichts sollte die Sowjetunion an einen Rückfall des Westens zu einem globalpolitischen Spiel denken lassen. Wir hatten mit der KSZE, den Potenzialen der Europäischen Gemeinschaft sowie der NATO ausreichend Möglichkeiten, für einen berechenbaren Gang aller europäischen Verhandlungen sorgen zu können.

Zu den bald sichtbaren Zeichen einer neuen Ära nach der Wiedervereinigung Deutschlands zählte der Umstand, dass mittel- und osteuropäische Staaten zunächst der NATO beitraten, bevor die auf wirtschaftliche Unterstützung bzw. den Aufbau einer florierenden Wirtschaft ausgerichtete Europäische Gemeinschaft gemeinsame Zelte in der Region östlich Berlins und Wiens aufschlagen durfte. Jede Diskussion darüber, neben dem Warschauer Pakt auch die NATO aufzulösen oder ohne die Streitkräftekomponente auf den eigentlichen Vertragstext des NATO-Vertrages zu reduzieren und den tatsächlichen europäischen Gegebenheiten anzupassen, wurde dadurch in den Hintergrund gedrängt.

Auch fiel ins Auge, wie nachhaltig die USA die Stärkung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den Osteuropäischen Staaten zu verhindern suchte. Die Frage nach sicherheitspolitischer Stabilität und gegenseitigem nachprüfbarem Vertrauens in Europa hatte bis dahin ebenso im Mittelpunkt der KSZE-Arbeit gestanden wie die menschenrechtliche Komponente, eine wesentliche Grundlage für die politischen Umbrüche in Europa. Allerdings bot die KSZE in den Augen aufmerksamer Beobachter dem neuen Russland die Chance, aus gleichsam »eigenem Recht« und gleichberechtigt am gemeinsamen Tisch zu sitzen, wo über eine Region verhandelt wurde, die geographisch von Vancouver bis nach Wladiwostok reichte. Die USA und vor allem Großbritannien hätten ihre Macht teilen müssen, wenn der KSZE/OSZE »neue Flügel« hätten wachsen können.

Auch heute, nach dem »Olympia-Krieg« im Sommer 2008 seitens Georgiens gegen Russland und den revolutionären Entwicklungen in der Ukraine, muss es doch auffallen: Staaten, die daran interessiert sind, Konflikte erst gar nicht entstehen zu lassen oder sie zu lösen, nachdem sie ausgebrochen sind, arbeiten darauf zu, Verhandlungsformate zu entwickeln, die es ihnen ermöglichen, sich diesen Aufgaben zu stellen. Mit der KSZE/OSZE war ein solches Verhandlungsformat geschaffen worden und hatte zum Erfolg geführt und da-

mit den besten Nachweis geliefert, den es in der Diplomatie gibt. Doch mit dem Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien wurde der OSZE als ernstzunehmendem Verhandlungsforum der Vertragsstaaten gleichsam das »Rückgrat« entfernt und die OSZE in die bis heute andauernde Bedeutungslosigkeit geführt. Keine Indizien deuten darauf hin, dass sich an diesem Umstand in Zukunft etwas ändern könnte.

Bevor die NATO ihren Bombenkrieg startete, hatten vor allem die USA und Großbritannien die sogenannte, mehrere tausend Mann umfassende OSZE-Mission mit Spionen durchsetzt. Diesen Kräften war es später vorbehalten, nach Abzug der Beobachter im Kosovo zu verbeiben, um den anfliegenden Bombern die Ziele zuverlässig anzuzeigen. Zuvor schon hatten es die Vertreter beider Staaten verstanden, die Auswahl von Personal für diese Mission so zu verzögern und hinauszuschieben, dass sie zu keinem Zeitpunkt die vorgesehene Sollstärke erreicht werden konnte und alle Ziele eines rechtzeitigen Aufwuchses verfehlt wurden. Bei der OSZE-Mission, die von dem US-Vertreter William Walker geleitet wurde, stellte sich eine bis dahin unbekannte Spezialität US-amerikanischen Vorgehens heraus: Die von den Beobachtern zu erstellenden Berichte an die OSZE selbst wie auch an die Mitgliedstaaten mussten, wie der französische Stellvertreter von Walker mir gegenüber äußerte, wenige Wochen vor Kriegsausbruch dem US-Vertreter vorgelegt werden und wurden dann von amerikanischer Seite nach Bedarfslage derart umgeschrieben, dass an die OSZE-Zentrale in Wien Berichte gelangten, die mit den Ausführungen der OSZE-Beobachter vor Ort im seltensten Fall übereinstimmten, jedoch den Eindruck einer unparteiischen Beobachtung vermittelten.

Diese Strategie, den Bombern durch zuvor montierte elektronische Markierungen die Ziele verlässlich anzuweisen, wurde auch für Belgrad angewandt, wie sich nicht nur an dem folgenschweren Angriff auf den Sender Belgrad zeigen sollte. Es wurde an alles gedacht, auch an die Zeit nach dem Krieg. So wurde der Generalstab in Belgrad gegenüber der Botschaft Deutschlands von einer mächtigen Bombe getroffen, die aber nicht hochging. Bis heute ist der Zünder nicht zu entschärfen, es sei denn, man zieht US-amerikanische Spezialisten heran. Das ist bis heute nicht geschehen, sodass nicht nur das riesige Gebäude des Generalstabs, sondern auch eine der Hauptadern Belgrads noch immer ein schrecklicher Schaden droht.

Aber man beginnt nicht so einfach einen Krieg. Krieg muss inszeniert werden, um zwangsläufig zu erscheinen, wie u. a. der Zwischenfall im Golf von Tonkin

1964 zeigt, in dessen Folge der Angriff gegen Nordvietnam mit gewaltigen Bomberflotten geführt werden konnte. Weitere Beispiele sind der fingierte Anschlag auf den »Sender Gleiwitz« am Vorabend des Zweiten Weltkrieges oder die rätselhafte Explosion der *Maine* im Hafen von Havanna, die seinerzeit den Startschuss dafür gab, Kuba den Spaniern zu entreißen und sich die Philippinen anzueignen. Auch der japanische Angriff auf die amerikanische Pazifikflotte in Honolulu, der zum Krieg zwischen Japan und den USA während des Zweiten Weltkrieges führte, oder die Zerstörung des World Trade Center am 11. September 2001 in New York dienten als Begründung für einen Angriff.

Der Krieg gegen Jugoslawien wurde im Frühjahr 1999 mit der Farce sogenannter »Verhandlungen« in Rambouillet eingeläutet, bei denen der Regierung in Belgrad nichts anderes zugemutet wurde als die Hinnahme einer bedingungslosen Kapitulation. Zuvor allerdings mussten offenbar kunstvoll inszenierte Tote in Racak dazu herhalten, in der europäischen Öffentlichkeit Abscheu gegen die serbische Seite und vor allem gegen Präsident Slobodan Milosevič hervorzurufen. Im Herbst 1998 hatte der US-Sondergesandte Richard Holbrooke nach einem Abkommen mit ihm die Lunte gelegt. Darin wurde allerdings nur die jugoslawische Seite zum Truppenabzug aus dem Kosovo sowie zum Abbau der Konfrontation verpflichtet, während die Untergrundkämpfer der albanischen UCK[4] jederzeit weiter zündeln konnten, was sie auch taten. Was Holbrooke dem NATO-Rat vorlegte, ging zum Erstaunen der jugoslawischen Seite aber weit über das hinaus, was zuvor vereinbart worden war. Der NATO sollte es vorbehalten sein, jederzeit Luftstreitkräfte gegen Jugoslawien in Marsch setzen zu können, wenn Verstöße gegen das Abkommen festgestellt würden. Nichts war leichter als das, weil Belgrad sich gegen die Angriffe der UCK wehrte. Damit war für die NATO der Anlass geschaffen, nach Bedarf Bomber einzusetzen, und der Krieg konnte beginnen.

Als Belgrad in Moskau um Unterstützung nachfragte, weigerte man sich dort. Die modernsten russischen Luftabwehrraketen des Typs S 400 hätten zwar eine wirksame Abschreckung gegen NATO-Luftangriffe darstellen können, doch es war offenkundig, wie wenig Moskau zur damaligen Zeit an einer Konfrontation mit dem Westen gelegen war.

Eine Lektion an die Adresse Pekings

Die chinesischen Teilnehmer an der Konferenz in Peking 2004 wussten vermutlich darum, dass auch ihr Land in den Krieg gegen Jugoslawien einbezogen worden war. Ob sie allerdings die genauen Umstände kannten, bleibt fraglich. Ein amerikanischer Bomber war jenseits des Atlantiks mit einem einzigen Ziel im Visier gestartet: der chinesischen Botschaft in Belgrad. Der Grund: China hatte zuvor durchblicken lassen, einer Resolution im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zustimmen zu wollen, die faktisch das Kriegsende bedeutet hätte, auch um eine Ausweitung des Krieges durch den Einsatz von NATO-Bodentruppen zu verhindern. Das musste hintertrieben werden, und deshalb der Raketenangriff auf das Botschaftsgebäude, um eine feindselige Einstellung Pekings zu provozieren. Der Angriff verlief nach allen Regeln der Kunst: Der erste Schlag galt dem Eingangsbereich des Gebäudes, wenig später wurde die Rückseite in Schutt und Asche gelegt. Dadurch hofften die Angreifer offensichtlich, die jugoslawische Führung, die an den Ort des ersten Raketeneinschlages geeilt war, mit beseitigen zu können. Man darf davon ausgehen, dass China sich zu gegebener Zeit daran erinnern wird.

Helmut Kohl im Kreuzfeuer

Den Bomben auf Belgrad hatte einer tatenlos am Rande des Geschehens zusehen müssen: Helmut Kohl. Damit der Krieg gegen Belgrad ermöglicht werden konnte, musste er zuvor als Bundeskanzler abgelöst und eine Regierung unter Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer ans Ruder kommen. Schon in den Monaten vor der Bundestagswahl war deutlich geworden, dass im Gegensatz zum Bundeskanzler einige prominente Personen innerhalb der CDU ein militärisches Vorgehen gegen Jugoslawien an der Seite der USA befürworteten. In zahlreichen Interviews, vor allem im *Playboy* und *Stern,* wurde die Trommel gegen Kohl gerührt. Dieser bevorzugte für eine erneute Regierungsmehrheit eine Koalition mit der FDP, während andere, vor allem der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Wolfgang Schäuble, ein Bündnis mit der SPD ins Auge fassten.

Verteidigungsminister Volker Rühe zog mit Schäuble an einem Strang und vertrat ein robustes militärisches Vorgehen gegen Belgrad. Eine solche gegen einen europäischen Nachbarn gerichtete Politik aber war mit Helmut Kohl

nicht zu machen, und so bleibt auch verständlich, dass er sich während der fortdauernden Bombenangriffe intensiv fur ein Ende der Kampfhandlungen einsetzte. Im August 1999 wurde er von Passanten in Berlin darauf angesprochen, wann er wieder das Amt des Bundeskanzlers übernehmen würde. Die Regierung Schröder/Fischer war wegen der deutschen Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien an einem Tiefpunkt angekommen und stand nach Meinungsumfragen eigentlich vor dem Ende.

Helmut Kohl pflegte als Kanzler des wiedervereinigten Deutschlands freundschaftliche Beziehungen nicht nur zum russischen Volk, sondern auch und gerade zu Jugoslawien. Er wollte die Chance nutzen, die sich nach 1990 bot, und auf jene Völker zugehen, zu denen seit der Zeit des Ersten Weltkrieges ein kompliziertes, durch Spannungen geprägtes Verhältnis bestand. Bevor aber nun ein bereits vorbereiteter Besuch in Belgrad nach Ende des Bombenkrieges von Kohl wahrgenommen werden konnte, schlugen zeitgerecht die Wellen hoch, als der BND in Liechtenstein gegen Spendensammler ermittelte. Der CDU war aus dem Ausland offenbar Schwarzgeld zugeflossen, und Schatzmeister Walther Leisler Kiep geriet umgehend unter schweren Druck. Dieser Druck machte auch vor Helmut Kohl nicht halt. Der Besuch in Belgrad und sein demonstratives Bekenntnis zum serbischen Volk mussten ausbleiben.

Oktober 1989: Bewegende Gespräche in Moskau

In der Sowjetunion schätzte man Kohls Bemühen um die Schaffung dauerhafter Grundlagen für eine Politik der guten Nachbarschaft sehr. Auch in Moskau dachte man an eine gedeihliche Zukunft und äußerte am 1. Oktober 1989 im Kreml ähnliche Ambitionen, so auch der Sicherheitsberater Gorbatschows, Marschall Sergej Fjodorowitsch Achromejew. In einer langen und aufwühlenden Sitzung, an der auch mein damaliger Büroleiter im Verteidigungsministerium in Bonn, Walter Breil, und der deutsche Verteidigungsattache, Oberst von Uslar-Gleichen, teilnahmen, verriet er uns in bewegenden Worten, dass als Ergebnis der Gespräche zwischen den beiden Staatsmännern bei Gorbatschows Bonn-Besuch im Juni 1989 mit der baldigen Wiedervereinigung Deutschlands zu rechnen sei. Er persönlich stehe hinter dieser Entscheidung, und er erklärte das mit seinem Lebenslauf: Den Krieg habe er im geschundenen Leningrad verbracht und es zu keinem Zeitpunkt damals für möglich gehalten, dass jemals wieder an die über Jahrhunderte andauernde fruchtbare deutsch-russische Zu-

sammenarbeit angeknüpft werden könne. Dennoch habe er nach dem Krieg die deutsche Sprache erlernt, sich mit deutscher Literatur beschäftigt und sei, wie Gorbatschow der Ansicht, dass *»im Buch der Geschichte beider Länder eine neue Seite«* aufgeschlagen werden müsse. Uns alle am Konferenztisch ergriff Rührung. Andere Gesprächspartner in Moskau äußerten sich ebenfalls in diesem Sinne, so auch Valentin Falin, der in den 70er-Jahren Botschafter in Bonn gewesen war. Doch entsprach dies in keiner Weise der westdeutschen Bewusstseinslage bzw. den öffentlich in Bonn angestellten Erwartungen. Uns war schon vor dem Rückflug aus Moskau bewusst, wie wenig wir von unseren Moskauer Eindrücken in Bonn würden vermitteln können.

Japan sollte in den kommenden Jahren wegen der herausragenden Beziehungen, die Helmut Kohl zum späteren russischen Präsidenten Boris Jelzin unterhielt, eine Chance wittern. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges behinderte die Frage nach der Zugehörigkeit der südlichen Kurilen die Beziehungen zwischen beiden Staaten. Während des Kalten Krieges war an eine Verständigung zwischen Tokio und Moskau nicht zu denken. Die Inselkette trennt den Pazifik vom Ochotskischen Meer. Dieses galt globalstrategisch als Rückgrat der nuklearen sowjetischen Zweitschlagfähigkeit, weil es den sowjetischen U-Booten erlaubte, unentdeckt auf dem Grund dieses Seegebietes zu verweilen. Die sowjetische Kontrolle über das Seegebiet verhinderte das Eindringen amerikanischer U-Boote. Nun schienen andere Zeiten angebrochen zu sein, und Kohl bemühte sich um eine Beilegung des Streits. Sein Ausscheiden aus dem Amt des Bundeskanzlers unterbrach die Verbindung, die er mit Tokio und Moskau in dieser Frage hergestellt hatte. Niemand hat sie je wieder aufgenommen.

Kosovo-Frage: Friedliche Konfliktbeilegung wird sabotiert

Mit Jugoslawien wollte in Bonn Anfang der 90er-Jahre kaum einer reden. Helmut Kohl aber hatte eine andere Einstellung. Entspannungspolitik war für ihn hier über seine Amtszeit hinaus ein zentrales Anliegen, zumal Albanien traditionell als mit Deutschland eng verbunden angesehen wurde. Und nicht zuletzt verband sich das Thema Belgrad und die Serben auch mit dem Ausbruch beider Weltkriege, 1914 und 1939.

Anfang 1995 sollte nun eine OSZE-Delegation einen Dialog über die Konflikte in Jugoslawien führen. Als einer der Vizepräsidenten nahm ich daran

teil und sprach u. a. mit dem jugoslawischen Präsidenten Milosevic, welcher uns ebenso präzise wie ungeschminkt die nationalen und regionalen Probleme darlegte. Das Treffen machte allen Teilnehmern der Delegation deutlich, dass wir weiterhin in engem Dialog bleiben mussten.

Nach meinem Bericht über den Delegationsbesuch zeigte Kohl – entgegen der bisherigen politischen Strategie und Stimmungslage in Bonn – offen seine Bereitschaft, aus dem Treffen in Belgrad Konsequenzen zu ziehen. Der Fraktionsvorsitzende der CDU-/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, den ich gleichfalls über die Erkenntnisse aus der OSZE-Mission unterrichtet hatte, begrüßte mir gegenüber die Haltung des Bundeskanzlers.

Die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Rita Süssmuth, die selbst der Parlamentarischen Versammlung der KSZE/OSZE angehörte, unterstützte indes vorbehaltlos die neuen Handlungsmöglichkeiten eines Parlamentariers in internationalen Angelegenheiten. In ungewohnter Freiheit konnten schwierigste bilaterale Fragen oder Überlegungen zur internationalen Sicherheit mit den Führungspersönlichkeiten vieler Staaten besprochen werden – Möglichkeiten, die sich für keinen Minister oder Diplomaten je hätten ergeben können. Leider hat sich das politische Berlin selbst dieser Möglichkeiten beraubt. Für diese Verhinderungen reichen administrative Einschränkungen bei der Genehmigung von Dienstreisen völlig aus.

Helmut Kohl bemühte sich im Anschluss um einen ständigen Gesprächskontakt mit Milosevic. Noch im Sommer 1998 fand in unserem Haus im niederrheinischen Jüchen ein Austausch über Lösungsmöglichkeiten der krisenhaften Entwicklung auf dem Balkan statt, an denen u. a. auch der jugoslawische Außenminister Živadin Jovanovic und der außenpolitische Berater des Bundeskanzlers, Joachim Bitterlich, beteiligt waren, dessen ruhige und präzise Art wesentlich zum konstruktiven Geist des Treffens beitrug. Beide Seiten glaubten schließlich, einer Lösung der Kosovo-Frage im Rahmen der bestehenden europäischen Rechtsordnung näher gekommen zu sein, ähnlich wie sie in den deutschen Gebieten Ostbelgiens, in Südtirol oder im schwedischen Gebiet auf den Åland-Inseln innerhalb des finnischen Staats gefunden worden waren. Doch ließen nicht erklärliche Widerstände im Dialog sowohl mit Albanien als auch mit Washington die konstruktiven Gespräche gleichsam ins Leere laufen. Dort hatte man andere Vorstellungen.

Im Sommer 2000 fand in der slowakischen Hauptstadt Bratislava eine Konferenz unter Beteiligung europäischer Ministerpräsidenten und Außenminister statt. Eingeladen hatte das amerikanische Außenministerium sowie eine Denkfabrik der Republikanischen Partei, das »American Enterprise Institute for Public Policy Research«, um die künftige Ordnung für weite Teile des euro-asiatischen Raumes vorstellen und diskutieren zu können. Der Krieg gegen Jugoslawien stellte sich hier als Endpunkt einer bereits vor langer Zeit in Washington eingeleiteten Entwicklung heraus, denn damit sollte eine Fehlentscheidung General Eisenhowers aus dem Zweiten Weltkrieg korrigiert werden, der es 1944 versäumt hatte, Bodentruppen auf dem Balkan zu stationieren. In aller Deutlichkeit wurde in Bratislava dargelegt, dass es jenseits aller öffentlichen Darstellungen nur einen Grund für den Krieg gegeben habe: Die großen Infrastrukturmaßnahmen auf dem Balkan, nicht nur die geplanten Pipelines im Kaspischen Meer, machten es aus Washingtoner Sicht notwendig, die Gesamtregion zwischen dem Kaspischen Meer und dem westlichen Mittelmeer schlagkräftig kontrollieren zu können. Der amerikanische Unterhändler Richard Holbrooke hatte Milosevic bei ihrem letzten Treffen unmittelbar vor Kriegsausbruch einen letzten Vorschlag unterbreitet, wie man den bevorstehenden Krieg noch würde verhindern können. Jugoslawien sollte damit einverstanden sein, dass auf dem Gebiet des Kosovo eine amerikanische Militärbasis errichtet werde, wie man sie später unter dem Namen »Bond-Steel« aus dem Boden stampfte. Diese gewaltige Basis – sie gehört zu den größten weltweit – ist fast völlig aus dem europäischen Bewusstsein ausgeblendet worden. Doch kann nicht ausgeschlossen werden, dass hier künftig neben amerikanischen Truppen auch Verbände der türkischen Streitkräfte stationiert werden, wie noch 2013 in der Region intensiv diskutiert worden ist. Eine interessante Komponente – würden doch damit die USA eine militärische Rückkehr der Türkei in angestammte Besatzungsgebiete des Osmanischen Reiches sicherstellen.

In Bratislava wurde der »große Wurf« für das Gebiet präsentiert: Jugoslawien sollte gleichsam für »vogelfrei« erklärt und die europäische Rechtsordnung beseitigt werden, um sie durch amerikanische Prinzipen zu ersetzen, so der ehemalige NATO-Botschafter der USA, Robert A. Taft. Im Kerngebiet europäischer Rechtstraditionen wollten die USA damit eine erhebliche Rechtsminderung aufseiten eines Angeklagten durchsetzen. Den Anfang hatte man mit dem Statut für das Tribunal in Den Haag bereits gemacht. Für Europa würden neue

Zeiten anbrechen. Man wolle sich in etwa an der maximalen Ausdehnung des Römischen Reiches orientieren. Von Riga über Odessa am Schwarzen Meer bis zum türkischen Diyarbakir werde eine rote Linie gezogen: diesseits das mit den USA verbundene Gebiet, jenseits die Region werde sich selbst überlassen. Mir kam das aus unserer jüngeren Geschichte überaus bekannt vor: Sollte hier wieder ein Eiserner Vorhang errichtet werden?

Nach dem revolutionären Umbruch in der Ukraine im Frühjahr 2014 ist die USA den in Bratislava geäußerten Vorstellungen erheblich näher gekommen: Zwischen Berlin, Paris und Wien auf der einen und Moskau auf der anderen Seite zieht sich nun ein Gürtel von Staaten, die ihre Zukunft vornehmlich in der engen Zusammenarbeit mit Washington sehen. Dieser Gürtel bietet den Vorteil, mittel- und osteuropäische Animositäten gegenüber Moskau und Berlin nach Bedarf entweder zu bedienen oder sich nutzbar machen zu können.

Schon vor Ausbruch des Jugoslawien-Kriegs hätten bestimmte Signale stutzig machen können. Dazu zählte nicht nur das Pressefoto, das Richard Holbrooke inmitten von albanischen Unabhängigkeitskämpfern zeigte oder die berühmte »Küsschen links, Küsschen rechts«-Begrüßung der amerikanischen Außenministerin Madeleine Albright eines UCK-Kommandeurs, sondern vor allem – wenige Wochen, bevor die Bomben fielen – der Besuch des US-Senators Bob Dole, eines ehemaligen republikanischen Präsidentschaftskandidaten. Dieser sollte jetzt die albanische Seite überzeugen, sich positiv zum Vertrag von Rambouillet zu äußern, der im Februar und März 1999 zur Sicherung des Friedens zwischen Belgrad und dem Kosovo von der NATO ausgearbeitet worden war, von Jugoslawien aber nicht unterzeichnet wurde.

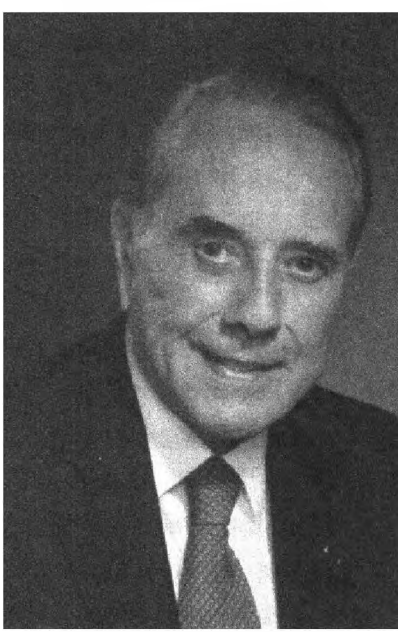
wacht werden soll das aus der Lo…
von 2000 Inspektoren der Organisation …
Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
von einer „Cli…
nete Kjatte, d…
Mann wie Mil…
erinnerte fata…
militanten Ser…
fesselten Uno-…
Keine Seite …
einbarung: Di…
tungen für Luft…
fang Dezemb…
Force" von 1…
Grenze nach …
Inspektoren …
hitrisch beiz…
und die Verbi…
„Sonderpoliz…
Dörfer brenn…
die Kosovar…
schauen hilfl…
Buchhalter d…
US-Unterhändler
Aus Terroristen …

Hat der US-Unterhändler Richard Holbrooke die Kosovo-Albaner zu ihrem Unabhängigkeitskampf motiviert und damit maßgeblich den Jugoslawien-Krieg entfesselt? (Ausschnitt aus Der Spiegel *1/2000: Holbrooke links, mit UCK-Kämpfer)*

Ein genaues Hinsehen wäre bei Senator Dole sinnvoll gewesen, der in den 80er-Jahren anscheinend sowohl

bei der Iran-Contra-Affäre als auch bei der Vorgeschichte des Kosovokonflikts eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte. Darauf wies nicht zuletzt der iranische Präsident Rafsandschani in Gesprächen mit mir hin. So haben die entscheidenden Unterredungen, die letztlich zur Iran-Contra-Affäre in Washington führten, im Hause Bob Doles stattgefunden. Und es scheint so, als wären Doles Bemühungen, die albanische Seite zur Zustimmung der Vertragsentwürfe zu bewegen, nicht ohne erhebliche Finanzzuwendungen einer großen albanischstämmigen Bevölkerungsgruppe in seinem heimischen Senatswahlkreis denkbar gewesen.

Den Darlegungen der amerikanischen Gesprächspartner auf der Konferenz von Bratislava nach zu schließen, lag dem Krieg gegen Jugoslawien eine strategische Planung zugrunde, die sich bewusst die Rückkehr des Kriegs nach Europa zum Ziel gesetzt hatte. Als »einzige verbliebene Supermacht« oder »unverzichtbare Nation«, wie es Außenministerin Albright wieder und wieder hervorhob, konnte die USA sicher sein, dass sich niemand gegen die Entscheidung stellte. Der UN-Generalsekretär Kofi Annan verurteilte zwar am ersten Tag der Bombenangriffe das NATO-Vorgehen als völkerrechtswidrig, die Welt nahm die Entwicklung auf dem Balkan jedoch hin. Ab jetzt herrschte das Recht des Stärkeren, und die Vereinigten Staaten mussten dies mit niemandem teilen. Und derjenige in Europa, der stets auf Verständigung setzte, war nicht mehr im Amt.



US-Senator Bob Dole, zwielichtige Gestalt hinter den Kulissen des Kosovo-Konflikts, von Präsident Bill Clinton 1997 mit der Freiheitsmedaille (»The Presidential Medal of Freedom«) ausgezeichnet

Auch der durch angeblich vorhandene Massenvernichtungswaffen scheinlegitimierte Krieg gegen den Irak stellte die Bereitschaft von US-Präsident George W. Bush und des britischen Premierministers Tony Blair, ohne Rücksicht auf die internationale Ordnung zu den Waffen zu greifen, unter Beweis. Er machte aber auch deutlich, dass einige Staaten es nicht mehr zu einem Vorgehen wie gegen Belgrad kommen lassen wollten. Sie verweigerten sich.

Neben dem Besuch von Dole waren es noch andere Umstände, die aufhorchen lassen mussten. Nach Ende des Krieges war davon die Rede, dass israelische Spezialkommandos im Kosovo Aufgaben erfüllt hatten. Der spätere israelische Botschafter in Deutschland, Shimon Stein, zählte zu den israelischen Offiziellen mit intensiven Kontakten auf dem Balkan. Unmittelbar nach Kriegsbeginn berichteten die Medien davon, dass führende albanische Repräsentanten im Auftrag Belgrads ermordet worden seien – doch sie zeigten sich wenige Tage später aus Tel Aviv wohlbehalten der Öffentlichkeit. So einige Gespräche über einen muslimischen Staat »Kosovo« müssen vermutlich in Verbindung gesehen werden zu den gleichzeitig stattfindenden Verhandlungen über die Bildung eines palästinensischen Staates, wie hochrangige Gesprächspartner anderer Balkanstaaten mir gegenüber wiederholt zum Ausdruck brachten.

Sykes-Picot-Abkommen

Die Rückkehr des Krieges nach Europa rief eben auch andere auf den Plan. Das war 1914 nicht anders. Im Gegensatz zu Russland genoss das kaiserliche Deutschland beachtliche Sympathien vonseiten jüdischer Gemeinschaften, vor allem in den USA, was einen nicht zu unterschätzenden Faktor im Ringen mit der Entente darstellen musste. Hier setzten Großbritannien und Frankreich mit dem Sykes-Picot-Abkommen vom 16. Mai 1916 an. Darin wurden u. a. die Kriegsziele beider Staaten gegenüber dem schwächelnden Osmanischen Reich definiert, zu dem auch das Gebiet des heutigen Israel zählte. Die zu erwartende Beute sollte verteilt werden. Das Abkommen sollte als Hebel dienen, die jüdische Unterstützung Deutschlands zu beseitigen, indem, gleichsam als Belohnung, die Schaffung einer »jüdischen Heimstatt in Palästina« in Aussicht gestellt wurde.

1992 wies ein türkischer Botschafter im Rahmen der Aufnahme der zentralasiatischen Staaten in die KSZE auf das grundlegende Werk zu dieser Thematik hin. David Fromkins »A Peace to End all Peace« sei gleichsam die Bibel für das Verständnis des Nahen Ostens. Da wir aus den Schützengräben des Kalten Krieges kamen, war uns die Bedeutung des Sykes-Picot-Abkommens zu jener Zeit alles andere als geläufig. Tatsächlich hatte es entscheidenden Einfluss, nicht nur auf die Entwicklung des Ersten Weltkriegs.

Wenig später gab der britische Außenminister Balfour mit der nach ihm benannten Deklaration fürs Erste die Zusage, der Wunsch nach der »Heimstatt Palästina« sollte erfüllt werden. Der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten mit einer starken jüdischen Gemeinschaft gegen die Mittelmächte stellte sich letztlich als kriegsentscheidend heraus, er wurde wesentlich für das Ende des Ersten Weltkriegs und damit auch für die anschließenden Verwerfungen in Mitteleuropa, vor allem in Deutschland. Revanche hieß dort nun das Ziel, und dafür lieferte der Vertrag von Versailles genügend Stoff, was 1933 Kräfte zusammenführte, die es erneut wissen wollten. Reichspräsident Hindenburg fühlte sich seiner Armee und nicht dem demokratischen Deutschland verpflichtet. In der Reichswehrführung wollten manche die Armee erneut zur zweiten Säule des Staates machen, wie es im kaiserlichen Deutschen Reich nach Preußen der Fall gewesen war und in der fast vollständigen Alleinherrschaft der militärischen Führung während des Ersten Weltkrieges seinen Ausdruck fand.

Wer meint, mit Überlegungen dieser Art heute nicht mehr konfrontiert zu werden, irrt. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung im Jahr 1990 waren in der Bonner Presse merkwürdige Forderungen aus »führenden militärischen Kreisen« zu vernehmen. Denen zufolge sollte der deutsche Verteidigungsminister künftig selbstverständlich wieder ein aus der militärischen Hierarchie stammender Vier-Sterne-General sein. Auch die seit 2009 in Berlin stattfindende Diskussion über Status und Aufgabenstellung des Generalinspekteurs der Bundeswehr macht deutlich, dass auf höchster Ebene der Bundeswehr immer noch Vorstellungen zirkulieren, an die »glorreiche Zeit« des Deutschen Kaiserreichs anknüpfen zu können. Noch im Winter 2013 tauchten ähnliche Überlegungen in den Kommentarspalten von *Spiegel online* auf.

Helmut Kohl hatte sich in den Sitzungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stets gegen einen muslimischen Staat in Europa ausgesprochen, denn der Nahe und Mittlere Osten waren höchst sensible Gebiete, hier zeigten sich deutlich die Grenzen deutscher Politik, das betraf auch den Balkan. Vor 1914 war das nicht anders, als deutsches Handeln unmittelbar auf die Rivalität anderer Staaten stieß. Dabei spielte es 1913/14 bei der Bagdadbahn keine Rolle, dass sie im Wesentlichen über die City of London finanziert wurde. Letztlich ging es um die Frage von Krieg und Frieden und wer hier das entscheidende Wort haben sollte. Kohls Bereitschaft, mit Bedacht zur friedlichen Beilegung von Konflik-

ten beizutragen, war nicht erwünscht. Für ihn sollte sich ein Dilemma auftun, das schon Bismarck auf dem Balkan das Leben schwer machte: Zwar verfügte er nach 1989 über ausgezeichnete Möglichkeiten, weltweit zur Friedenssicherung beizutragen – Konflikte beizulegen oder gar nicht erst entstehen zu lassen – doch war offensichtlich, dass die USA, die zu diesem Zeitpunkt ebenfalls vorhatten, Auseinandersetzungen zwischen anderen Staaten beenden zu helfen, sich das Heft nicht aus der Hand nehmen lassen wollten, da sie hierbei eigene Interessen verfolgten.

Auch unser Verhältnis zu Israel musste vor diesem Hintergrund betrachtet werden: Ließ Israel es zu, dass die israelisch-deutschen Beziehungen von positiven Umständen bestimmt wurden, die in die jüngste Verantwortung der deutschen Staatsfuhrung fielen? »Durfte« Deutschland Israel in einer Weise von Nutzen sein, dass die Vergangenheit in den Hintergrund geriet?

Gespräche, die ich zunächst mit Wissen und später, nach 1996, im Auftrag des Bundeskanzlers mit der iranischen Staatsführung führte, behandelten drei Themen:

- Klärung des Schicksals von Ron Arad, einem israelischen Kampfflieger, dessen Verbleib ungewiss war. Der Bundeskanzler sprach wieder und wieder mit den Angehörigen Arads;
- Austausch von Gefangenen und Verstorbenen zwischen Israel und der Hisbollah, der im Sommer 1998 durchgeführt werden konnte;
- Verhinderung eines direkten Krieges zwischen den USA und Israel auf der einen Seite und Iran auf der anderen Seite.

Einladung nach Teheran

Eine Einladung nach Teheran machte es mir 1995 in meiner Funktion als Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der KSZE möglich, umfangreiche Gespräche mit Regierungsmitgliedern zu führen, Grund war die Arbeit der KSZE in zentralasiatischen Staaten nördlich der iranischen Grenze. Einer ihrer Botschafter hatte mir in Bonn mehr als nahegelegt, die offenkundige Gesprächsbereitschaft in Teheran zu nutzen. Denn der sogenannte »Mykonos-Anschlag« auf Gäste eines Restaurants in Berlin hatte zu einer Eiszeit zwischen Bonn und Teheran geführt. Von den Gesprächen brachte ich nun eine Reihe von Überlegungen der iranischen Seite mit, die auf einen kompletten Neustart

der Beziehungen unserer Länder abzielten. Dies wurde in Bonn als sensationell bewertet. Und es wäre nicht Helmut Kohl gewesen, wenn er nicht umgehend die sich aufzeigende Gesprächsverbindung genutzt hätte, um das Schicksal von Ron Arad für seine Angehörigen zu klären.

Meine Reisetätigkeit in Richtung Teheran nahm zu. Die Gespräche mit der iranischen Staatsspitze hatten mehrere Vorteile, vor allem dass ich sie unter vier Augen führen konnte und es keine Botschaftsberichte in substanziellen Fragen gab, die auf dem Weg nach Bonn für andere Zwecke hätten genutzt werden können. Mein Kontakt sollte noch dramatische Folgen haben. Am 17. Mai 1996, einem Freitag, erreichte mich gegen 14 Uhr, mitten in einem Treffen mit der Schulklasse meines Sohnes Markus in Berlin, ein Anruf des Bundeskanzlers. Seine Botschaft traf mich wie ein Keulenschlag: Amerikanische und israelische Streitkräfte planten für das Wochenende einen Angriff auf den Iran, wenn es nicht gelingen sollte, bis zum nächsten Morgen eine definitive Zusage der iranischen Staatsspitze zu erhalten, dass die tödlichen Anschläge auf israelische Verkehrsmittel unterblieben, wodurch in den letzten Monaten infolge schrecklicher Bombenattentate eine große Zahl Menschen getötet oder schwer verletzt worden waren.

Um das Gespräch ohne unliebsame Zuhörer führen zu können, verließ ich das Gebäude und suchte die Nähe der vor dem Haus befindlichen Wasserfontänen. Ich konnte meinen iranischen Gesprächspartner zum Glück umgehend erreichen und ihm die Worte Helmut Kohls übermitteln. Aufgrund meiner positiven Erfahrungen, die ich im Zuge unserer jahrelangen Gespräche gesammelt hatte, durfte ich sicher sein, dass er in Teheran alles unternehmen würde, was in seiner Macht stand. Noch am selben Abend rief er mich zurück und teilte mir die Entscheidung Teherans mit. Die Anschläge endeten, und ein Krieg gegen den Iran unterblieb. Helmut Kohl war der Garant dafür, dass bis über seine Amtszeit hinaus Bombenattentate dieser Art in Israel unterblieben.

Als im August 1998 Maschinen der deutschen Luftwaffe mit ihrer traurigen Fracht in Tel Aviv landeten und die sterblichen Überreste gefallener israelischer Soldaten an die Angehörigen übergeben werden konnten, während Inhaftierte aus israelischen Gefängnissen den Weg in die Freiheit fanden, war klar, dass es keine Aufklärung des Schicksals von Ron Arad geben würde. Doch der Verlauf der jahrelangen Verhandlungen mit der iranischen Staatsspitze zeigte mir, wie peinlich genau einmal getroffene, meist mündliche Vereinbarungen eingehalten wurden. Man verstand sich und gefährdete das gute Verhältnis zu keinem Zeit-

punkt. Kohls weltweite Reputation war allerdings eine Herausforderung für andere, nicht nur für Israel, sondern vor allem die Vereinigten Staaten, die offenbar dabei waren, die Welt für ihre Belange gleichsam aufzurollen. Washington ging strategisch an die Dinge heran. Wie wir während des Kalten Krieges gesehen hatten, verfugte es über jenes Potenzial, das es ihm auch erlaubt hätte, seine Interessen ohne Wenn und Aber durchzusetzen. In Bonn war man jedenfalls froh, vernünftige Gesprächspartner im Iran zu haben, was in Berlin heute sicher nicht anders ist. Allerdings darf man dort anscheinend sehr wohl amerikanische, israelische oder englische, keinesfalls aber russische oder gar chinesische und erst recht keine deutschen Interessen vertreten. Eine besondere Lektion dazu wurde während des amerikanisch-britischen Krieges gegen den Irak erteilt. Während der Nacht gingen bei Mitgliedern des Verteidigungsausschusses vorformulierte Fragen aus Washington ein, die der Bundesregierung wegen ihrer ablehnenden Haltung zu diesem Krieg aus den parlamentarischen Reihen gestellt werden sollten, um sie unter Druck zu setzen. So weit zu deutschen Interessen.

Die USA hatten sich bereits Jahre zuvor in Stellung gebracht und wollten nun langsam Ergebnisse sehen. Nicht viel erinnerte dabei an 1914 oder 1939, Präventivkriege, von Bush als Präemptivschläge dargestellt, waren angesagt.[5] Die dazu in Washington erstellten offenen Direktiven hätten eigentlich einen internationalen Aufschrei hervorrufen müssen, doch Nürnberg war gestern. Denn Washington konnte sich etwas zunutze machen, das einzigartig war: das Grundvertrauen der Deutschen gegenüber dem amerikanischen Verbündeten, das bis tief in die Familien hineinreichte. Man vertraute den USA, weit über die Erinnerung an die Care-Pakete hinaus.

Geopolitische Überlegungen zu Zentral- und Nordostasien

Mit dem Angriff Jugoslawiens läuteten die USA eine Runde von Kriegen ein. Zunächst jedoch sah es nicht nach einem neuen Krieg in Europa aus, auch nicht auf dem Balkan. Trotz der über Jahre andauernden Konflikte dort erfolgte der Auftakt im Ostasien, in Xinjiang, einer westlichen Provinz Chinas. *Der Spiegel* jedenfalls brachte die CIA mit einer ganzen Reihe schwerer Anschläge dort in Verbindung. Der Boden schien gut vorbereitet, wie wir aus Konfliktmustern an anderer Stelle der großen gemeinsamen Landmasse sehen konnten. Heute er-

scheinen die Ereignisse 2014 in der Ukraine als Spiegelbild der Vorkommnisse in anderen Krisenherden der Erde.

Die Bevölkerung Xinjiangs, u. a. muslimische Uiguren, blicken seit den 90er-Jahren nach Westen, doch nicht allein auf Europa – vor allem gilt ihre Aufmerksamkeit den Volksgruppen jenseits des Tian-Shan-Gebirges: Kasachen, Kirgisen und Tadschiken. Diesen war es nach dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion gelungen, eigene Staaten zu bilden, die seither eine durchaus wechselvolle Entwicklung erlebt haben. Das steckte an: In Xinjiang regte sich Unmut und Separatismus. Die Menschen dort mussten mit ansehen, wie die gewaltigen Rohstoffvorkommen ihrer Provinz zugunsten von Chinas Regionen an der pazifischen Küste und der dortigen Sonderwirtschaftszonen ausgebeutet wurden. In Xinjiang hatte man davon nichts. Außerdem wurden gewaltige Auto- und Eisenbahnprojekte vorangetrieben, um den fernen Westen Chinas zu erschließen und Hunderttausende dorthin umzusiedeln, denen der gigantische Drei-Schluchten-Staudamm die Heimat nahm. Als Helmut Kohl und ich im Sommer 2004 die Baustelle besuchten, hatte ein hoher amerikanischer General die Regierung in Taipeh gerade aufgefordert, ihn im Konfliktfall mit China umgehend zu zerstören.

Bei Besuchen in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek wohnte ich in Hotels, die bis unter die Decke mit amerikanischen Soldaten belegt waren. In den Bergen oberhalb der kasachischen Hauptstadt Almaty wurden NATO-Seminare abgehalten, und auf den Bergpfaden in schwindelerregender Höhe waren Mitarbeiter einer britischen Militärzeitschrift unterwegs, um schon mal das Gelände zu erkunden. Die Grenze nach China war durchaus offen, weil lediglich weit auseinanderliegende Militärlager die Grenzsicherung wahrnahmen. Bei Gesprächen vor Ort wurde auch darauf aufmerksam gemacht, in welchem Umfang die zu angeblich humanitären Zwecken angereisten Bürger der Informationsbeschaffung westlicher Dienste dienten. Das war die Situation kurz vor dem Ausbruch des Jugoslawien-Krieges.

Ein EU-Mitarbeiter in hoher Verantwortung, berichtete mir Jahre später im Zuge eines Gedankenaustauschs über China und Nordostasien, dass hohe japanische Beamte um sogenannte »privatdienstliche« Gespräche nachgesucht hatten, um mit ihm über China zu sprechen: Ob die EU wie Japan eine Politik präferiere, die auf eine territoriale Aufteilung Chinas in sieben bis acht Einzelstaaten ausgerichtet sei? Kriegsgründe gehen nicht aus, wenn man nur will.

Bei einem Gespräch in Wien 1990 eröffnete mir John Kornblum, der KSZE-Botschafter der Vereinigten Staaten, dass sich die Zusammenarbeit unserer Länder wegen der weltpolitischen Entwicklung nun ändern würde. Eigene Wege der USA seien ab sofort eine Option für sie. Washington wollte uns also an seinen Gedanken und Planungen nicht mehr teilhaben lassen. Das war vor dem Ende des Kalten Krieges noch anders: Im Sommer 1988 hatten sich bei Besuchen im Weißen Haus neue Entwicklungen abgezeichnet, die geeignet waren, Weltbilder zu verändern. So wurde mir berichtet, dass Amerikaner und Russen gemeinsam intensiv an einer neuen sowjetischen Verfassung arbeiteten. Auch die Tagesordnung für Sitzungen des Zentralkomitees der KPdSU wurde miteinander vorbereitet, und im Hauptquartier der CIA sprach man davon, dass die Aufstellung der Warschauer-Pakt-Streitkräfte rein defensiver Natur sei. Diese Informationen verbreiteten sich noch in der Nacht in Richtung Deutschland. Sie waren der Anlass dafür, dass der Generalinspekteur der Bundeswehr, Dieter Wellershoff, den amerikanischen Botschafter Richard R. Burt in München aus einer Theatervorstellung herausholte, um ihm schwere Vorhaltungen zu machen. Mit derartigen Informationen an deutsche Abgeordnete untergrübe die US-Seite die Verteidigungsmoral in Deutschland.

Vor meinem Treffen im Kreml mit Marschall Achromejew im Oktober 1989 teilte mir sein amerikanischer Kollege und Chef des US-Generalstabs, Admiral William J. Crowe, in Washington mit, dass er zusammen mit seiner Ehefrau und dem Ehepaar Achromejew einige Zeit zuvor eine Rundreise durch die damalige Sowjetunion unternommen hatte. Ich vermag nicht ausschließen, dass diese Reise zu dem Zeitpunkt stattfand, an dem die NATO beim letzten Stabsrahmenmanöver des Kalten Krieges (»Wintex/Cimex«) gerade in der Abwehr eines sowjetischen Angriffs Europa in Schutt und Asche legte. Als Parlamentarischer Staatssekretär wurde ich während dieser Großübung mit konventionellen und nuklearen Waffen übergangsweise zum Bundesminister der Verteidigung. In dieser Funktion bat ich den Bundeskanzler, Deutschland aus den Übungen herauszuhalten, weil das Manöver den völligen Untergang Europas einkalkulieren würde. Kohl entschied daraufhin, Deutschland nicht mehr daran zu beteiligen. Zu diesem Zeitpunkt klafften die Entscheidungen aus Washington und das Handeln der NATO weit auseinander.

Wie sehr sich das Verhältnis zwischen Washington und Bonn verändert hatte, war an der restriktiven Haltung der Pentagon-Führung bezüglich der Weitergabe von zentralen Studien abzulesen. Während der letzten Dekade des Kalten Krieges hatten zwei bedeutende Persönlichkeiten aus dem Washingtoner Regierungsapparat das konzeptionelle Denken in der westlichen Allianz und damit auch in Bonn bestimmt. Es handelte sich um Paul Nitze und Fred Ikle, die wichtige Positionen sowohl im Pentagon als auch im US-Außenministerium innehatten. Mit ihren Namen waren für uns in Bonn Studien über die »Zeit danach« verbunden. Natürlich fragte man sich in den Vereinigten Staaten, wie die Welt nach einem möglichen Ende des Kalten Krieges aussehen könnte. Anders als zuvor aber gab man uns 1989/1990 lediglich zwei der in beachtlicher Zahl erstellten Studien zur Kenntnis. So war für uns zunächst nicht erkennbar, in welchem Maße die Dinge auseinanderdrifteten. Denn während der Entwicklung, die zur Wiedervereinigung Deutschlands führte, schienen die Vereinigten Staaten eng an der Seite Bonns zu stehen. Sie wurden hier nur noch vom spanischen Ministerpräsidenten Filipe Gonzales überboten, der allerdings auf den Gang der Entwicklung nicht den Einfluss haben konnte, den Washington für sich in Anspruch nahm. Der französische Präsident François Mitterrand und erst recht die britische Premierministerin Margaret Thatcher standen einer Wiedervereinigung Deutschlands hingegen zunächst sehr reserviert gegenüber.

Die überaus konstruktive Einstellung sowohl Präsident Bushs sr. als auch Außenminister John Bakers mag der Erkenntnis geschuldet gewesen sein, dass die eigentliche Dynamik des Prozesses in Moskau in Gang gesetzt worden war. Die amerikanische Haltung war gewiss zudem davon bestimmt, dass unmittelbar nach dem Fall der Mauer im November 1989 und fast gleichzeitig zum Zehn-Punkte-Programm Kohls ein Konzept über die Mitgliedschaft eines wiedervereinigten Deutschlands in der NATO von mir entwickelt wurde, das später unverändert in den Vereinbarungen zur Wiedervereinigung völkerrechtlich verbindlich umgesetzt wurde. Zu diesem Zeitpunkt wagte bei uns noch kaum jemand an eine Wiedervereinigung zu denken, in Pressegesprächen über die sicherheitspolitische Lage ging es noch um einen Leopard-III-Panzer und modernste Fregatten für die Ausstattung der Bundeswehr gegen den Warschauer Pakt.

Kerngedanke meines Konzepts war, dass kein Zweifel bestehen sollte an einer festen Verankerung Deutschlands im Westen, dies sollte durch die NATO-Mitgliedschaft unterstrichen werden. Unser Land bot sich nicht mehr

fur eine »Schaukelpolitik« an, weil dies weder im deutschen noch im europäischen Interesse war. Als ich meinen Vorschlag, auf dem Gebiet zwischen der innerdeutschen Grenze und der Grenze zu Polen nur deutsche Kontingente und keinesfalls Truppen von NATO-Verbündeten zu stationieren, um unsere Absichten auf gute Nachbarschaft nach Osten hin deutlich zu machen, am 30. Januar 1990 im Pressebüro der CDU-/CSU-Bundestagsfraktion vorstellte, erhielt ich wütende Reaktionen, ganz besonders vonseiten des SPD-Politikers und heutigen Russland-Beauftragten der Bundesregierung, Gernot Erler, sowie von Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Wer die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands weiter fordere, der wolle nicht die Wiedervereinigung – das war der weit verbreitete Tenor. Wie bereits gesagt, nahm Gorbatschow in einem Gespräch mit George Bush meinen Vorschlag später an.

Soziale Marktwirtschaft soll verhindert werden

Mit Erstaunen mussten wir ab 1992 feststellen, wie gering das amerikanische Interesse an einer Festigung und Weiterentwicklung der KSZE war, die doch eine wesentliche Rolle bei der Beendigung der Spaltung Europas gespielt hatte. Menschen- und Bürgerrechte, die wirtschaftliche Dimension sowie Abrüstung und Rüstungskontrolle standen auf der Agenda. Seit der Konferenz 1975 in Helsinki bestimmten die berühmten »drei Körbe« die diplomatischen Bemühungen in Europa: Sicherheit, wirtschaftliche Wohlfahrt und Partizipation an der Herrschaft. Sie werden als »Körbe« bezeichnet, weil sie gewissermaßen »eingesammelt« haben, worauf sich die 35 Teilnehmer einigen konnten. Von Anfang an blockierten die Vereinigten Staaten jeden Versuch, Korb II mit Leben auszufüllen, obgleich aus unserer Sicht wegen des Zusammenbruchs der osteuropäischen Staatswirtschaften nichts dringlicher gewesen wäre. Im KSZE-Parlament kämpfte ich mit der Präsidentin des Deutschen Bundestages Rita Süssmuth dafür, der ökonomischen Dimension Dynamik und höchste Aufmerksamkeit zu schenken. Der amerikanische Widerstand überraschte uns zunächst, doch wir fanden schnell heraus, woran es lag. Ein schrankenloser Kapitalismus, wie er die Wirtschaft der USA auszeichnete und für die britische Premierministerin Thatcher bestimmend werden sollte, kam für uns nicht infrage. In den Augen der angelsächsischen Parlamentarier waren wir als Anhänger einer Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards verdächtig – man hielt uns für »Kommunisten«, wie öffentlich vorgetragen wurde.

Zu dem Zeitpunkt gab es für uns keine Hinweise darauf, wie schnell und zügig das Konzept von »Shareholder Value« in den Dienst der globalen amerikanischen Wirtschaftsinteressen gestellt werden sollte. Hierfür war die Soziale Marktwirtschaft hinderlich und musste bekämpft werden. Da die KSZE und spätere OSZE für die Wirtschaftsordnung Europas von großer Bedeutung war, musste jede konzeptionelle Alternative niedergehalten werden. Dabei spielte es keine Rolle, dass die Soziale Marktwirtschaft einer zerrütteten Wirtschaft wie in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg wieder neue Stabilität und Dynamik vermitteln konnte.

Diese Haltung zeigte sich nicht nur in den Auseinandersetzungen um und über die künftige Wirtschaftsordnung. Amerikanische Abgeordnete fehlten fortan bei Konferenzen und Arbeitsgremien zu den drei »Körben«. Selbst an der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der KSZE im benachbarten Ottawa, dem Sitz des kanadischen Parlamentes, durften republikanische Abgeordnete nicht teilnehmen, die Parteiführung hatte es ihnen untersagt. Hätte doch die KSZE einen Schwenk in eine Richtung vornehmen können, der für die USA nicht hinnehmbar gewesen wäre. Sie bereiteten sich global auf eine neue Rolle vor, und unter diesen Umständen waren Festlegungen im internationalen Bereich durch Senatoren oder Kongressabgeordnete nicht zweckmäßig.

Auch Versuche, die erfolgreiche Arbeit der KSZE auf den asiatischen Teil des gemeinsamen Kontinents zu übertragen, stießen auf erbitterten amerikanischen Widerstand. Es war Präsident Nasarbajew, der für Kasachstan als Mitgliedsland der KSZE sich dieser Idee bedienen wollte, um die zahlreichen ungelösten Fragen – sei es zu der Inselgruppe der Kurilen als Streitpunkte zwischen Japan und Russland oder andere ungeklärte Grenzfragen in der Region – friedlich lösen zu können. In Almaty, der kasachischen Hauptstadt, wurde bei zahlreichen Vorbereitungskonferenzen deutlich, wie intensiv die amerikanischen Vertreter daran interessiert waren, die Konferenzidee, die in Europa ihre Leistungsfähigkeit nachdrücklich unter Beweis gestellt hatte, zu sabotieren. Eine »Shanghai-Organisation«, an der sich die Staaten dieser Region beteiligten? Ohne die USA, war die Antwort.

Die Bundeswehr zwischen Agadir und Abu Dhabi: Will Berlin ein eigenes »nahes Ausland«?

NATO-Osterweiterung: Eine Verabredung wird ignoriert

Noch funktionierten die während des Kalten Krieges eingeübten Reflexe, als sich die neue russische Führung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion damit abmühte, die Scherben des alten Imperiums zusammenzufegen und die Möglichkeiten zum Machterhalt auszuloten. Plötzlich drohte Präsident Boris Jelzin dem »nahen Ausland« – gemeint waren die inzwischen selbstständigen 14 ehemaligen Republiken der Sowjetunion – mit der Perspektive, sie wieder unter russischen Sondereinfluss zu nehmen. Dabei hatten sich diese Länder, bis auf die baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland, mit Russland zur »Gemeinschaft Unabhängiger Staaten«, GUS[1], zusammengefunden. Nicht nur die außen- und sicherheitspolitische Gemeinde im Westen schrie empört auf, es stemmten sich auch diejenigen dagegen, die der ständigen Bevormundung gerade erst entkommen waren und nun erneut in unerwünschter Weise angesprochen wurden. Nach Auskunft des kasachischen Staatspräsidenten Nursultan Nasarbajew folgten hektische Absprachen für künftige Deals, etwa eine Sicherheitsgarantie der USA für Kasachstan, im Gegenzug Ausrüstung der kasachischen Landwirtschaft mit amerikanischen landwirtschaftlichen Großgeräten. Jelzins Russland geriet dermaßen unter Druck, dass seine Andeutungen in Richtung »nahes Ausland« alsbald unter den Tisch fielen. Das sollte allerdings nicht bedeuten, dass man für immer auf eine Rückkehr zur Botmäßigkeit zu verzichten bereit war ...

Die Wiedervereinigung Deutschlands leitete zwar das Ende des für die Sowjetunion so ruinösen Kalten Krieges ein, doch drohte auch staatsrechtlich der Zusammenbruch des Riesenreiches. Eine »Friedensdividende« sollte nun den Sturz ins Bodenlose verhindern helfen. Auch sicherheitspolitisch sahen die Dinge so schlecht nicht aus: Zwar gehörte das wiedervereinigte Deutschland der NATO

an, aber man hatte darauf verzichtet, alliierte Truppen auf dem Territorium der ehemaligen DDR zu stationieren. Der letzte Parlamentarische Staatssekretär des Ministers für Verteidigung und Abrüstung der DDR, Bertram Wieczorek, weiß heute noch ein Lied davon zu singen, wie nach der Wiedervereinigung Vertreter der Westalliierten versuchten, die Zustimmung zu einer dauerhaften oder temporären Stationierung zwischen Binz und Dresden zu erhalten. Das war nicht erwünscht, weder im politischen Bonn noch in den neuen Ländern, wo ungeduldig darauf gewartet wurde, endlich frei von fremden Truppen zu sein.

Ein weiteres Signal an die Sowjetunion war, dass es keine Ausdehnung der NATO geben sollte. Wer heute einen Blick auf die Landkarte wirft, der wird allerdings eines Besseren belehrt. Der NATO-Gipfel im Jahr 2006 in Riga sollte den bündnispolitischen Vormarsch gen Osten durch weitere Mitgliedschaften, u. a. der Ukraine und Georgiens, besiegeln. Entsprechende Pläne des US-Außenministeriums waren auf der Konferenz von Bratislava im Sommer 2000 vorgestellt worden: Von Riga an der Ostsee bis nach Odessa am Schwarzen Meer und von dort bis nach Diyarbakır in der östlichen Türkei sollte sich der neue NATO-Limes erstrecken, östlich davon würde man die Staaten und damit auch Russland sich selbst überlassen. In den Augen des einen oder anderen Mitgliedsstaates hätte das den Vorteil, dass Russland weitestgehend aus Europa herausgehalten wurde, gedeihliche Entwicklungen zwischen Berlin und Moskau konnten so vermieden oder jedenfalls unter Kontrolle gebracht werden. Der NATO-Gipfel in Riga aber ließ die Konzepte zunächst wie Seifenblasen zerplatzen.

Destabilisierung und Isolierung Russlands haben Methode

Die Ukraine wurde nicht in die NATO inkorporiert, auch wenn das sicher nicht das Ende jener Überlegungen bedeutet, Russlands Rolle in Europa zu beschneiden. Für die aktuelle Krise in der Region hat die Entscheidung Konsequenzen. Mit dem Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine wird seitens des Westens ein in sich abgestuftes Verfahren gewählt, um den russischen Einfluss im Land zu schmälern. Die gewachsenen Beziehungen der beiden Staaten werden dabei außer Acht gelassen und der völlige Bruch einkalkuliert. Das aber könnte für die Ukraine Probleme mit sich bringen, denn ein Freihandelsabkommen mit Russland garantiert derzeit noch

den freien Zugang zum russischen Markt (und niemand geht davon aus, dass ukrainische Produkte sich auf westlichen Märkten behaupten könnten). Der Bruch der beiden Länder wird durch das politische Brüssel in Kauf genommen und soll in Anbetracht der derzeitigen Machtverhältnisse zwischen Moskau, Brüssel und Washington nach Ansicht des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko den Prozess einleiten, der sowohl die EU-Mitgliedschaft und auch den Zugang zur NATO ermöglichen würde.

Das Auf und Ab bei den Planungen zum sogenannten Raketenschirm der NATO in Europa macht die mangelnde Bereitschaft der USA, zum Iran ein besseres Verhältnis zu entwickeln, deutlich. Die iranischen Bemühungen im nuklearen Bereich und harsche Kriegsrhetorik vornehmlich in Richtung Amerika dienten als Begründungen für die Forderung der USA den europäischen Verbündeten gegenüber, einen Schirm zur Abwehr ballistischer Raketen quer über den Kontinent zu spannen. Ständig neue Informationen über mutmaßliche Reichweitenverbesserungen iranischer Flugkörper sollten die Bündnispartner überzeugen. Doch die Einigung vom November 2013 bei den sogenannten 5+1-Gesprächen in Genf über das iranische Nuklearprogramm schaffte zwischen dem Iran und der NATO neue Fakten, auch wenn sie auf zunächst sechs Monate begrenzt war.

Ein Abkommen als Ergebnis der im Juli 2014 auf Hochtouren laufenden Verhandlungen zwischen den 5+1-Mächten und dem Iran zur Lösung der sogenannten Nuklearfrage wird den Lackmustest noch zu bestehen haben. Zunächst haben sich die Parteien in Wien darauf verständigt, bis zum November 2014 weiterzuverhandeln. Dennoch ist es angebracht, sich an die alte britische Regel zu halten, nach der erste Dinge eben als Erstes behandelt werden müssen. Nicht allein in Teheran steht doch die Frage im Raum, ob eine Umsetzung des garantierten Rechts auf nukleare Forschung für zivile Zwecke durch einen Vertrag realistisch ist. Die anderen jedenfalls werden größten Wert darauf legen, dass es wirklich dabei bleibt. Die Welt blickt nun auf Deutschland und Japan, die auf die militärische Nutzung der Nuklearenergie verzichtet und sich entsprechenden Kontrollmechanismen unterworfen haben. Kann aber der Iran nach Jahrzehnten einschlägigen Verhaltens seitens der USA, der Erfahrung täglicher substanzieller Bedrohung, damit rechnen, dass dies in Zukunft nicht so weiterläuft? Vor allem wenn man ganz aktuell die ISIS-Aktivitäten im benachbarten Irak oder das durch niemanden kontrollierte Nuklearwaffenpotenzial Israels in Betracht zieht? Muss demnächst alleine Nordkorea als Begründung für den in Aussicht gestellten NATO-Raketenschirm herhalten?

Und zudem dafur, den Status quo zwischen China, den USA, Russland, Japan, den beiden Staaten auf der koreanischen Halbinsel und Taiwan aufrechterhalten zu können? Oder wird weiter nach jedem sicherheitspolitischen Strohhalm gegriffen, um dem eigentlichen Ziel Russland die politische Türe stets vor der Nase zuschlagen zu können?

In Anbetracht des westlichen Gebarens seit Ende des Kalten Krieges sollte so manche Vorgehensweise des Kremls eine gewisse Nachdenklichkeit im Westen über das eigene Tun hervorrufen, nicht nur in Bezug auf den Raketenschirm. Natürlich war es erfreulich, kurz vor dem Weihnachtsfest 2013 die Nachricht von der Freilassung des ehemaligen Yukos-Chefs Michail Borissowitsch Chodorkowskij zu vernehmen. Das darf allerdings nicht den Blick davor verstellen, dass die Verhaftung seinerzeit vielleicht weniger mit dessen öffentlich diskutierter Spendenfreudigkeit an im Duma-Parlament vertretene Parteien zu tun hat oder aber mit der im Westen unterstellten Intimfeindschaft zwischen ihm und Putin. Im Umfeld der Verhaftung konnte man von einzelnen Mitarbeitern der deutschen Botschaft in Moskau schon den Hinweis vernehmen, dass in der Verantwortung Chodorkowskijs Verträge unterzeichnet worden seien, die dem russischen Staat über Nacht den Teppich unter den Füßen weggezogen hätten, weil New York den Zugriff auf wesentliche Teile der russischen Erdgas- und Erdölvorräte erhalten sollte. Russland, das unter den jeweiligen Präsidentschaften Putins jedenfalls einen anderen ökonomischen Weg einschlagen konnte, als dies mit dem Weg in die Verarmung der russischen Bevölkerung unter Präsident Jelzin zuvor festgestellt werden musste, wäre damit endgültig am Ende gewesen. Vor allem weil unmittelbar nach dem Ende der Sowjetunion der Harvard-Ökonom Jeffrey Sachs als Berater der russischen Regierung mit der Wirkung einer wirtschaftspolitischen Nuklearwaffe auch das noch in den Ruin getrieben hatte, was von der Wirtschaft übriggeblieben war.

Die Lage Russlands auf dem eurasischen Kontinent bringt es mit sich, dass der »Unterleib« des Riesenlandes an vielen Stellen verletzlich ist, so etwa die gesamte Kaukasus-Region, die dem zaristischen Russland erst spät zugeschlagen wurde. An kaum einer Bevölkerung wird die Schwachstelle so deutlich wie bei den Tschetschenen. Das Vordringen Russlands in der Region im Verlauf des 19. Jahrhunderts war die Ursache für das Ausweichen großer tschetschenischer Bevölkerungsgruppen in jenen Teil des Nahen Ostens, der heutzutage Jordanien, den Libanon und Syrien umfasst. Die zunächst bürgerkriegsähn-

lichen Verhältnisse in Syrien und das Ausbrechen eines Stellvertreterkriegs zwischen islamischen Glaubensrichtungen sowie Nachbarn unter Beteiligung Saudi-Arabiens und des Irans mussten im Kreml die Alarmglocken schrillen lassen. War es unter Jelzin und Putin mehr schlecht als recht gelungen, die kriegerischen Auseinandersetzungen in den Kaukasus-Provinzen nicht ausufern zu lassen, durfte man in dem syrischen Konflikt mit wesentlicher Beteiligung tschetschenischer Kämpfer und saudischer Finanzmittel getrost eine gegen Moskau gerichtete Provokation erkennen, die nicht nur die Rückgewinnung des Kaukasus als Ziel hatte. Wer die Entwicklung in der Region seit gut zwanzig Jahren beobachtet hat, der musste zur Kenntnis nehmen, wie sehr von außen daran gearbeitet wurde, Russland in der Höhe von Kasan gleichsam von Süd nach Nord in zwei Hälften zu teilen. Noch während ihrer Amtszeit hatte US-Außenministerin Madeleine Albright zu erkennen gegeben, dass man die gewaltigen Bodenschätze Russlands nicht gern allein der Verfügungsgewalt der Russen überlassen wollte.

Russland blieb nicht untätig und hielt sich den Rücken im Osten frei: Sehr zügig wurden nach Auflösung der Sowjetunion die lange schwelenden Grenzkonflikte mit China beigelegt, und die Grenze ist heute nicht umstritten. Es bestand und besteht zwischen den Mächten der Region unter Einschluss Russlands und Chinas Einvernehmen darüber, dass es auf der chinesischen Seite des Tian-Shan-Gebirges nicht zu Zerfallsprozessen kommen sollte, die Staaten von Volksgruppen entstehen lassen würden, wie dies auf der westlichen Gebirgsseite mit Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan geschehen war.

Es war der kasachische Präsident Nasarbajev, der 1992 und 1993 dazu anregte, die Strukturprinzipien der KSZE, vornehmlich die friedenssichernden Aspekte, in Ostasien umzusetzen, konkret in der von Spannungen und ungelösten Grenzfragen bestimmten Region zwischen Russland, Japan, Korea, der Volksrepublik China, Indien und Pakistan sowie dem Iran. Wie alle anderen Staaten musste Kasachstan jedoch schon während der Vorbereitungskonferenzen für eine »KSZA«[2], die in der damaligen kasachischen Hauptstadt Almaty stattfanden, feststellen, wie wenig die Vereinigten Staaten gewillt waren, den betreffenden Ländern eine Chance zur friedlichen Konfliktbeilegung zuzugestehen. Denn die amerikanischen Vertreter fanden kaum ein gutes Wort für die Idee Nasarbajevs, es mit Verhandlungen und einem Interessenausgleich zu versuchen. Die USA sperrten sich total dagegen, was umso verwunderlicher war, wenn man bedenkt, dass sie einst wesentliche Gestaltungsmacht der KSZE gewesen waren. Die Erinnerung an dieses großartige Wirken war bei den asi-

atischen Teilnehmern der Vorbereitungstreffen noch frisch und ihr Verhalten den Westeuropäern gegenüber von Neugier geprägt.

Deutsche Soldaten auf Friedensmission?

Es war mehr als eine Tugend, die aus der Not aufgrund amerikanischer Friedensverweigerung zwischen den Staaten der Region die Shanghai-Organisation[3] entstehen ließ, die inzwischen auch Afghanistan, Iran, Pakistan und Indien in den Dialog einschließt. Sie bezieht Erfahrungen aus den völkerrechtswidrigen Kriegen gegen Jugoslawien, den Irak und die spektakulären Vorgehensweisen gegen Afghanistan und Libyen mit ein. Denn man musste nicht der Ansicht sein, dass deutsche Soldaten nach Afghanistan gehörten, wo sie, wie unter der rot-grünen Regierung 2001 beschlossen, seit dem Jahr 2002 ihren Dienst tun. Was hatten sie dort verloren, zumal die Täter der Terroranschläge in New York, Washington und an anderen US-Plätzen im Wesentlichen saudischer Nationalität waren? Außerdem versicherten uns bereits vor dem US-Einmarsch pakistanische Gesprächspartner, dass sie alles unternehmen würden, Osama bin Laden vor ein europäisches Gericht gestellt zu sehen. Ein Versuch übrigens, der 2007 erneut Gesprächspartner ins Berliner Kanzleramt führen sollte. Nichts davon wurde ausgelotet oder gar mit Nachdruck verfolgt – hatten es sich doch die USA vorbehalten, alleine über das Schicksal von bin Laden zu entscheiden. Mit anderen Worten: Der Krieg hätte nicht unbedingt losbrechen müssen, es gab alternative Wege, die indes nicht beschritten wurden.

Die Shanghai Cooperation Organisation (deutsch: Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit) gewinnt nicht nur an Mitgliedern, sondern zunehmend auch an Bedeutung (Karte Stand: Juni 2012)

Als die Bundeswehr in Afghanistan stationiert wurde, rückten ihre Soldaten zur Pazifizierung eines geschundenen Landes und einer hoffnungslosen Bevölkerung aus. Sie baute Schulen, bohrte Brunnen und bekam dafür Lob. Sie hielt sich an die Regeln, wie sie nicht zuletzt hochrangige Vertreter der Europäischen Union vor Ort den multinationalen Verbänden ans Herz legten. Die Soldaten sollten die Herrschaftsstrukturen im Vielvölkerstaat Afghanistan verstehen. Diese beruhten darauf, dass Kabul als Hauptstadt nur akzeptiert wurde, solange zu den Verwaltungszentren im Land die Verbindungswege ungehindert befahren werden durften. Wer von der Straße abwich, hatte die Zustimmung des Stammes einzuholen, durch dessen Gebiet sie verlief. Diese Regel galt erst recht, wenn Waffen im Spiel waren. Wer sich daran hielt, der konnte sich frei bewegen, auch im Norden Afghanistans, der einem Flickenteppich unterschiedlicher Volksgruppen gleicht. Davon machten nicht zuletzt die Vertreter des BND Gebrauch.

USA in Afghanistan: Kaschmir im Visier

Mit den Berliner Vorstellungen im Norden Afghanistans war Schluss, als im Rücken der Bundeswehr amerikanische Truppen auftauchten, die Krieg führen wollten. Auch der relativ ruhige und aufbauorientierte Norden wurde darüber zum Krisenherd. Jetzt sollen in Afghanistan jene US-Forts übrigbleiben, welche die Lage im Land für ihre übergeordneten Ziele nutzen. Dafür war Afghanistan stets nur Ersatzgebiet. Denn schon in der ersten Hälfte der 90er-Jahre war bei Gesprächen mit dem deutschen Botschafter in Indien Gegenstand der Erörterung, ob die USA, den Stationierungsmodellen für ihre Truppen nach zu schließen, nicht eigentlich Kaschmir im Visier hätten. Von dort aus konnte man sich bestens in die Belange zwischen Neu-Delhi, Islamabad, Peking und Teheran einbringen. Der Kargill-Zwischenfall 1999, bei dem von den USA unterstützte Taliban-Kämpfer in die Region vordrangen, machte diese Zielrichtung deutlich. Ein ehemaliger Ministerpräsident der pakistanisch kontrollierten Teile von Kaschmir sprach später von amerikanischen Emissären, die genau dazu seine Zustimmung haben wollten. Warum sollten die USA zurzeit nicht daran interessiert sein, in Afghanistan jenes Maß an Unruhe zu fordern, das zur Begründung für eine weitere Militärpräsenz herangezogen werden könnte? Wer eine Befriedung in der Region wünschte, der hätte für den Einsatz der internationalen Truppen die Erfahrungen des sowjetischen Afghanistan-Krieges be-

rücksichtigen müssen. Wieder und wieder wurde dies in Berlin gefordert – vergeblich. Es hätte doch auffallen müssen, wie erfolgreich auf dem Bildungssektor und vor allem bei der Emanzipation des weiblichen Teils der Bevölkerung unter sowjetischer Herrschaft operiert werden konnte. Doch entsprechende Forderungen stießen auf dauerhaft verschlossene Ohren. Schließlich hatten die USA eigene Ziele.

2011, im Falle des Militäreinsatzes der NATO gegen Libyen, war es nicht anders, wie sich zeigen sollte: Frankreich, Großbritannien und die USA führten vor, was aus einer Resolution des UN-Sicherheitsrates so alles gemacht werden konnte, um seine Interessen durchsetzen zu können. Verblüffend war, dass bereits bevor zahlreiche Staats- und Regierungschefs auf Einladung des französischen Präsidenten Sarkozy zu einer Konferenz in Paris eintrafen, die französischen Bomber gegen Tripolis flogen.

Noch nachdrücklicher waren allerdings die deutschen und russischen Erfahrungen mit dem amerikanischen Vorgehen bei der UN. Es gibt fast kein Beispiel aus der jüngeren Geschichte, das über Monate hinweg eine engere außenpolitische Angleichung zwischen den USA und Deutschland hätte zeigen können. Das konzertierte Vorgehen hielt an bis wenige Stunden vor der wesentlichen Abstimmung im Sicherheitsrat der UN. Dann war es plötzlich vorbei, und der Hebel wurde seitens der Vereinigten Staaten auf Krieg umgelegt, und zwar in ausschließlicher Kooperation mit London und Paris.

Truppenentsendungen im Koalitionsvertrag

Um künftige Kriegseinsätze geht es auch im aktuellen Koalitionsvertrag der Bundesregierung, dem bislang umfangreichsten seiner Art. Während 1997 bei Gesprächen im japanischen Außenministerium noch der Einsatz der Bundeswehr in Ostasien in Erwägung gezogen worden war, ebenso, nach der Tsunami-Katastrophe, ein Stützpunkt der Bundesmarine in der indonesischen Provinz Aceh, will man sich kleiner setzen. Wenigstens der Absicht nach schwebt den Koalitionären ein eigenes »nahes Ausland« vor: ungefähr zwischen der Sahelzone und dem Persischen Golf. Man will Ordnungsfaktor sein mithilfe des »Werkzeugkastens«, bestehend aus NATO und EU, und andererseits den Weg zugunsten einer stärkeren europäischen Komponente bei Militäreinsätzen nicht einschlagen. Ist das berechtigter Realismus, angesichts der Interessenlage von USA, Großbritannien und Frankreich …? Noch vor wenigen Monaten

hat der Chef der britischen Streitkräfte wegen sinkender Mittel darauf hingewiesen, wie sehr doch Großbritannien damit seine Fähigkeit einbüße, weltweit in einer »besonderen Liga« zu spielen. Welche Auswirkungen das schottische Referendum über die Unabhängigkeit, das für September 2014 geplant ist, und zu erwartende Konsequenzen in Wales auf die generelle Rolle Großbritanniens haben werden, das wird sich noch herausstellen. In Berlin ist man gut beraten, die Entwicklung mit angemessener Zurückhaltung zu verfolgen. Man hat schon bei den kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan und den endlosen Versuchen, Beiträge zu einer vertraglichen Konfliktbeilegung zu liefern, sehen können, wie sehr Großbritannien dabei die Konsequenzen für die zu erwartende Sezession auf der eigenen Insel im Auge hatte.

Diese Vorsicht ist auch bei unserem Nachbarn Frankreich angebracht, weil man sich oft genug nicht darüber im Klaren sein kann, wie sehr die außen- und sicherheitspolitischen Grundüberzeugungen auseinanderlaufen. Da scheint immer noch die Balance gegenüber Deutschland eine Rolle zu spielen, wie man etwa bei dem gemeinsamen Einsatz Englands und Frankreichs im Verbund mit den USA gegenüber Libyen sehen konnte. Alle drei Staaten spielten zudem vor, während und nach Beginn des syrischen Bürgerkriegs eine verhängnisvolle Rolle in diesem Land. Koloniale Reflexe wirken nach und schlagen durch. Frankreich macht dies seit Jahrzehnten sehr deutlich im nördlichen Teil Afrikas. Deutsches militärisches Unterstützungspotenzial ist zwar bei unseren westlichen Partnern stark nachgefragt, doch das politische und vor allem das ökonomische Heft will sich niemand in Paris oder London aus der Hand nehmen lassen. Die Ziele für jedweden Einsatz wollen und sollen eigenständig definiert sein. Da kann Deutschland getrost außen vor bleiben.

Während Deutschland zum ersten Mal seit Langem den Vorzug genießt, von befreundeten Staaten umgeben zu sein, hält sich Frankreich geradezu einen Vorhof von interventionsgeplagten ehemaligen Kolonialgebieten. Den drei Bündnispartnern USA, England und Frankreich ist gemeinsam, dass sie sich Kriege sehr wohl vorstellen können und dabei die deutschen militärischen Potenziale zwecks Durchsetzung ihrer eigennützigen Ziele in die Strategie einbeziehen. Dabei geht man geschickt vor, indem man mit dem Modell der »fliegenden Gefechtsstände« des Typs AWACS[4] sowohl in der NATO als auch in der EU integrierte Streitkräftekomponenten schafft, die im Konfliktfall Zwangsläufigkeiten herstellen sollen. In Berlin werden bei Bedarf gleichsam durch eine Kolonne von untereinander stark vernetzten Journalisten, Teilnehmern bedeutender Gesprächskreise, vor allem im transatlantischen Bereich, staatlich sub-

ventionierten Stiftungen und Thinktanks sicherheitspolitische Schreckensszenarien dramaturgisch geschickt aufgemalt, wenn sich wie gewöhnlich deutsche Interventionsunlust manifestieren will. Argumentative Fallbeile dieser Art wirken erwartungsgemäß, wenn sachliche Diskussionen über ein Für und Wider bei militärischen Einsätzen drohen.

Frankreich will noch auf andere Weise einer Neujustierung seiner selbst gewählten Rolle entkommen, indem es in Anbetracht einer wachsenden Finanzenge versucht, die Kosten für seine afrikanischen Militäreinsätze den europäischen Nachbarn aufzubürden. EU-Gipfel zeigen, dass dies durchaus zur Unlust seiner Partner geschieht. Nicht auszuschließen ist, dass gerade die Haushaltsenge in Washington, London und Paris eine Chance für Europa bedeutet, und zwar im Sinne einer möglichst großen Homogenität bei florierendem Eigenleben. Die »eigene Liga«, in welcher der britische Generalstabschef so gerne mitgespielt hätte, ist ausschließlich im Interesse Englands. Das Europa der EU ist dabei nicht gefragt. Vermutlich sieht auch Frankreich dies bei Einsätzen in seinem Vorhof so.

Eine homogene Sicherheits- und Außenpolitik auf EU-Ebene ist aber nur dann möglich, wenn derartige Eigeninteressen eingegrenzt und eingehegt werden können. Die Bereitschaft dazu ist vonseiten der EU-Partner indes noch nicht ausreichend vorhanden – wer nimmt schon gerne Abschied von liebgewordenen Vorstellungen, jahrhunderterlanger Praxis und auskömmlichen Beförderungsstellen?

Von Beistandspflichten

Die Unsicherheit, in welche Richtung die sicherheitspolitische Entwicklung in Europa gehen wird, fuhrt zu Deutungen, die Schlimmes erwarten lassen. Das ist oft gewollt bzw. nicht immer zu vermeiden, wie man an der Historie der Militärbündnisse feststellen kann: vom sogenannten Brüsseler Pakt aus dem Jahr 1948 über die Westeuropäische Union, kurz WEU[5], die NATO mit ihrem Übergang vom Kalten Krieg zur Aggressionsgemeinschaft bis hin zur EU. Deutlich zeigt sich das darin, wie die Beistandspflichten festgelegt worden sind. War man noch zu Beginn auf das besiegte Deutsche Reich ausgerichtet, bildete die Westeuropäische Union die neue europäische Wirklichkeit ab durch Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der von der Sowjetunion ausgehenden Bedrohung und amerikanischen Bündnisinteressen. Aber nicht

nur das. Die Pflicht zum Beistand in der WEU war im Vergleich zum NATO-Vertrag geradezu rigoros. Während Letztere in ihrem Gründungsvertrag eine gewisse Bandbreite an Überlegungen zuließ, wie auf einen Angriff von außen zu reagieren sei, schrieb der Vertrag über die Westeuropäische Union das militärische Verhalten der Partner fest: Sie konnten nicht anders, als dem Angegriffenen unmittelbar zur Seite zu stehen. Allerdings sei darauf verwiesen, wie sehr dies geradezu ins Leere laufen musste, weil die Vertragspartner über keinen eigenen militärischen Überbau verfugten, wie ihn die Organisationsstruktur der NATO bietet.

In den letzten Jahren hat sich die Europäische Union nun militärische Komponenten geschaffen, um eigene Operationen durchfuhren zu können. Bei genauerem Hinsehen erfüllen diese allerdings eher den Zweck, die dominierende Rolle der NATO und damit der USA sicherzustellen, wie bestimmte EU-Militärmissionen in der Vergangenheit gezeigt haben, am augenfälligsten im ehemaligen belgischen Kongo.[6] Im parlamentarischen Bereich hat sich bei Militäreinsätzen eine Eigentümlichkeit herausgebildet, die sich fast 1:1 in der Presse widerspiegelt. NATO-Militäreinsätze werden selbstredend parlamentarisch behandelt. Aber es wird von den Parteien, die derzeit in Berlin eine Regierung bilden, nicht über Sinn und Zweck gerungen, denn im Hintergrund lauert stets die berühmte Frage nach der Bündnissolidarität. Bei EU-Militäraktionen ist das naturgemäß anders, hier fliegen in den zuständigen Ausschüssen die Fetzen. Das geschieht in der Regel schon deshalb, weil in den europäischen Spannungsfeldern, die es nun einmal gibt, die Regierungen wiederholt versucht haben, ihren Spielraum gegenüber der übermächtigen NATO auszutesten. Parlamentarier spüren das und werden, wenn auch aus anderen Gründen, von der Leine gelassen. Man muss den Tag furchten, an dem EU-Militäreinsätze nach NATO-Vorbild in Watte gepackt werden. Dabei sind die Unterschiede mehr als deutlich. Vor allem entspricht der militärische Unterbau nicht der Beistandspflicht nach dem Vertrag über die WEU. Eine stringente Kommandostruktur liegt bei der Europäischen Union mit ihrer Möglichkeit, drei Hauptquartiere für Militäreinsätze zu schaffen, nicht vor. Das ist bei der NATO unter dem Oberbefehl eines amerikanischen Generals natürlich anders. Die Kompetenzen sind so weit geklärt, allerdings halten sich die Mitgliedsstaaten im Falle eines Angriffs auf einen der Bündnispartner neben militärischen Aktionen auch nichtmilitärische Beistandsoptionen offen. Da gibt es nicht den Automatismus, den wir aus dem Vertragswerk der WEU kennen. Der NATO-Vertrag sieht lediglich vor, dass »geeignete Schritte« unternommen werden.

In der Zeit des Kalten Krieges hatte man seitens der NATO durch die Art und Weise der Dislozierung alliierter Verbände auf deutschem Territorium fast einen Automatismus geschaffen, sodass es bei einem Angriff zum Gegenangriff kommen musste. Wenngleich in der Öffentlichkeit primär die militärischen Optionen wahrgenommen werden, lässt der NATO-Vertrag eine beachtliche Bandbreite an Reaktionen auf einen Angriff von außen auf einen der Bündnispartner zu, um ihm solidarisch zur Seite stehen zu können. Auch nichtmilitärische Mittel zählen hierzu. In Grenzregionen aber, wo ein Angriff am ehesten befurchtet wurde, suchte man wegen der psychologischen Wirkung durch die Aufstellung von Truppen zwangsläufig die militärische Beistandsreaktion zu gewährleisten. Augenfällig wurde das an der Ostzonengrenze der Bundesrepublik Deutschland, wo die unterschiedlichen NATO-Verbände der Mitgliedsstaaten gleichsam wie eine »Schichttorte« abwechselnd platziert wurden, um sicherzustellen, dass sich die gegenüberliegenden potenziellen Angreifer des Warschauer Paktes nicht einzelne Verbände eines Staates herausgreifen konnten. Die Art der Aufstellung sollte die Reaktionsmöglichkeiten der NATO auf eine gemeinsame und unmittelbare militärische Antwort reduzieren, obwohl die Unterstützung – anders als im Vertrag über die WEU – nicht zwingend hätte so ausfallen müssen.

Ähnlich verfährt man aktuell auch bei den fliegenden Aufklärungs- und Gefechtsständen der AWACS-Frühwarnsysteme, deren Besatzungen sich aus Mitgliedern mehrerer Nationen zusammensetzen, um eine gemeinsame Operation zu gewährleisten. Sollte eine der beteiligten Nationen sich einem NATO-Einsatz im Rahmen einer bestimmten militärischen Operation verweigern, stünde AWACS nicht zur Verfügung, wenn nicht andere Nationen mit ihrem Personal einspringen können. Es ist offenkundig, dass durch die gemischte Besatzung die Notwendigkeit hergestellt werden soll, dass alle sich an einem Einsatz beteiligen. Ansonsten stellt sich nämlich umgehend die Frage nach der berühmt-berüchtigten »Bündnissolidarität«. Die Verantwortung dafür, dass sich die NATO als wenig handlungsfähig herausstellt, will so schnell keiner übernehmen. Das dürfte die Absicht derjenigen sein, die konzeptionell die militärischen Strukturen der NATO oder auch der EU planen, um ihr Ziel eines auf ihre Vorstellungen ausgerichteten Militärapparats durchzusetzen. Im Ergebnis soll damit unterlaufen werden, dass durch die eine oder andere Regierung oder entsprechende Parlamente Maßnahmen ergriffen werden können, die einem Militäreinsatz entgegenstehen.

Dennoch sollte festgehalten werden, wie sehr die Struktur der NATO an den Verteidigungsgedanken gekoppelt war, wie er in der Charta der Vereinten Nationen[7] zur Legitimation von Bündnissystemen formuliert wurde. Doch im Laufe der Jahre geriet dieser Gedanke und damit die Legitimation für die NATO mehr und mehr ins Hintertreffen, wie die »Field Manuals« der US-Truppen nach 1980 zeigen: Bei militärischen Großübungen in den USA wurden die eigentlichen Einsatzgebiete Besuchern aus Bündnisstaaten vorenthalten – zeigten die Reliefkarten doch eher schwere Kämpfe mit sowjetischen Truppen im Baltikum als eine Verteidigung in der Lüneburger Heide oder im »Fulda Gap«. Trotz der Bestimmungen im NATO-Vertrag, dem die nationalen Parlamente zugestimmt hatten, wurde der Verteidigungsgedanke von den Direktiven der US-Präsidenten Ende der 90er-Jahre beiseite gefegt, weil die USA für sich das Recht postulierten, jederzeit und überall auf dem Globus militärisch eingreifen zu können, wenn es die Sicherheitslage nach eigener Definition geboten erscheinen ließ. Wie dabei mit den Vereinten Nationen umgesprungen werden sollte, das zeigte die bewusste Verletzung der UN-Charta, als man ohne Beschlussfassung durch den Sicherheitsrat Bomben auf Belgrad regnen ließ.

Durch die zweifellos den USA zugewachsene Macht nach Ende des Kalten Krieges war eine Neufassung des NATO-Vertrags aus deren Sicht nicht mehr nötig, weil auch in anderer Weise Gefolgschaftstreue hergestellt werden konnte, wie diverse »Koalitionen der Willigen« aufzeigen. Betrachtet man aber die tatsächlichen Machtverhältnisse auf dem Globus, könnte man feststellen, dass die NATO durch die Wirklichkeit praktisch K.o. ging, nun aber mithilfe willkürlicher militärischer Auseinandersetzungen so lange am Leben gehalten wird, bis sich ein neuer Gegner zeigt, der es rechtfertigt, einem Verteidigungsbündnissystem anzugehören. Das Verhalten Moskaus im Zuge der Ereignisse in der Ukraine oder in Syrien ist so gesehen vielleicht nichts anderes als eine Reaktion darauf, dass die Russische Föderation seit 1990 bei allem unter Beweis gestellten Friedens- und Kooperationswillen nur die kalte westliche Schulter gesehen hat. Dem polnischen Verteidigungsminister müssen wohl im Vorfeld des Besuches von Präsident Obama in Warschau Anfang Juni 2014 Gedanken zum grundsätzlichen Verhältnis zwischen der Russischen Föderation und der Mitgliedstaaten der NATO durch den Kopf geschossen sein. Er äußerte sich zu den Ereignissen in der benachbarten Ukraine in bemerkenswerter

Weise. Nach seinen Einlassungen habe man nach dem bevorstehenden Abzug der verbündeten Streitkräfte aus Afghanistan mangels Aufgabe eine Debatte über den künftigen Sinn des NATO-Bündnisses befürchten müssen. Das habe sich in Anbetracht der krisenhaften Entwicklung in der Ukraine wohl erledigt. Überlegungen dieser Art haben mich an Besuche in den Kaukasus-Staaten, vor allem in Armenien und Aserbeidschan, erinnert. Beide Staaten trugen nach dem Zerfall der Sowjetunion blutige Konflikte miteinander aus. Zankapfel war das mehrheitlich von Aseris bewohnte Nagorny-Karabach[8]. Der Krieg schuf Flüchtlingselend und vertrieb mehr als fünfhunderttausend Aseris aus ihren angestammten Wohngebieten. Obwohl es längst keine militärischen Auseinandersetzungen mehr gab, starben immer wieder Soldaten an der Demarkationslinie zwischen beiden Staaten. Nachfragen machten deutlich, dass beide Seiten mit Scharfschützen operierten, wohl um sicherstellen, dass der Konflikt durch eine Beruhigung der Front nicht in Vergessenheit geriet.

Westeuropäische Entscheidungskompetenz – Fehlanzeige

In der Betrachtung von WEU und NATO wird deutlich, wie sehr sich in den beiden Vertragssystemen der Wandel in den Beziehungen zwischen den Bündnispartnern widerspiegelt. Während des Kalten Krieges, in dem sich die Gegner USA und Sowjetunion beängstigend nahe gekommen waren und die Europäer befürchten mussten, unter die Räder zu geraten, wurde die Papierform der WEU auf Vordermann gebracht und Konsens simuliert – einerseits um das Potenzial für Veränderungen zu formulieren, andererseits um das Maß an transatlantischer Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, an das man gewohnt war. Die Vereinigten Staaten hatten einen gewaltigen Militärapparat inklusive nuklearer Komponente zur Verfügung, welcher die eine Seite der »Balance des Schreckens« zwischen den Großmächten USA und der ebenfalls hochgerüsteten Sowjetunion bildete. Den Westeuropäern blieb nichts anderes übrig, als auf ihre prekäre Lage durch den Automatismus in der Beistandsverpflichtung nach dem WEU-Vertrag zu verweisen. Ja, sie fühlten sich durch die Sowjetunion substanziell bedroht und sahen keine andere Möglichkeit, als im Falle eines Angriffs durch den Warschauer Pakt sofort und gemeinsam mit den NATO-Partnern zu den Waffen zu greifen. Somit mussten sie einsehen, wie wenig sie ohne die US-Streitkräfte würden ausrichten können. Sie konnten nur hoffen, von der ersten Stunde einer gegen sie gerichteten Aggression an auf die mi-

litärische Bündnissolidarität der Vereinigten Staaten bauen zu können. Eine Gewissheit dafür gab es allerdings nicht.

Heute kann man nur vermuten, wie sich die innerwestlichen Beziehungen zueinander entwickeln werden. Wird es eine handlungsfähige EU – die Anfang des neuen Jahrhunderts die WEU förmlich aufgesogen hat – auch auf dem militärischen Feld geben? Und wie wird sie sich im Spannungsfeld zur NATO entwickeln? Mit einer gewissen Spannung darf man dabei darauf warten, wer welche Aufgaben für sich reklamieren respektive an sich ziehen wird. Eine Sowjetunion muss in das Kalkül nicht mehr einbezogen werden, auch wenn sich unser Bundespräsident im ZDF-Sommerinterview am 6. Juli 2014 alle Mühe gab, den deutschen Mitbürgern die Besorgnis vor dem »Reich des grundsätzlich Bösen« dauerhaft einzupflanzen. Manchmal eben reduzieren sich die Überlegungen von anderen Staaten so, wie Henry Kissinger es einmal formulierte, als er die eine europäische Telefonnummer für Entscheidungskompetenz anmahnte. Andere Staaten, mit denen die EU global zu rechnen hat, fragen sich natürlich auch, ob sie in Brüssel oder gleich in Washington anrufen sollen ...

Letztlich dürfen wir in Europa es nicht versäumen, die Militärmacht USA im Auge zu behalten. Hier ist die Frage zu stellen, ob in Anbetracht ihrer globalen Möglichkeiten eine Präsenz amerikanischer Truppen in anderen Teilen der Welt überhaupt noch erforderlich ist oder ob potenzielle militärische Aktionen nicht auch direkt vom Territorium der kontinentalen USA ausgeführt werden können.

Wie die am 4. Juli 2014, dem amerikanischen Unabhängigkeitstag, in Berlin aufgeflogene Spionagetätigkeit eines BND-Mitarbeiters für amerikanische Nachrichtendienste deutlich zeigt, ist von einem besonders vertrauensvollen Umgang unter Verbündeten kaum noch etwas zu merken. Wäre nicht dank Edward Snowden und den Erkenntnissen über den globalen Ausspähapparat der USA seit einem Jahr die Aufmerksamkeit in Deutschland erhöht, hätte man die Tatsache vermutlich ebenso unter den Teppich gekehrt, wie es schon mit dem abgehörten Mobiltelefon der Bundeskanzlerin versucht wurde. Der neuerliche Vorgang macht abermals deutlich, wie wenig sich amerikanische Nachrichtendienste darum scheren, wie in Berlin gerade über sie und ihre Hintermänner gedacht wird.

Eine gewisse Laissez-faire-Haltung gegenüber »elektronischer Aufklärung« ist seit dem Umzug von Parlament und Regierung zur Jahrtausendwende von Bonn nach Berlin ohnehin festzustellen. Um ein Mindestmaß an Vertraulichkeit sicherzustellen, weist die Verwaltung des Deutschen Bundestages zu

Beginn einer jeden Legislaturperiode darauf hin, dass in Ausschusssitzungen keine Mobiltelefone benutzt werden sollten, deren Abhörfähigkeit inzwischen Allgemeinwissen geworden ist. Dazu werden schriftliche Hinweise auf den Tischen in den Sitzungssälen ausgelegt. Wie man jedoch an Ort und Stelle beobachten und durch entsprechende Töne recht deutlich hören kann, lassen sich weder Parlamentarier noch Regierungsmitglieder oder Beamte davon abhalten, verstohlen unter die Tische zu greifen, und das obwohl allein aus der Dichte von Botschaften um das Berliner Regierungsviertel herum geschlossen werden darf, wie sehr der Bundestag und die Ministerien ein freies Feld für Abhöraktivitäten fremder Nachrichtendienste sind.

Wer einmal die Möglichkeit hatte, das Lagezentrum der NSA mit der Größe eines Fußballfeldes im ansonsten beschaulichen US-Bundesstaat Maryland an der Ostküste der USA und in unmittelbarer Nähe von Washington aufsuchen zu können, wird sich schon länger Gedanken darüber machen, zu was hochentwickelte Nachrichtendienste in Vergangenheit, Gegenwart oder gar in der Zukunft fähig sind. Bereits vor Jahren war man dort in der Lage, jede Bewegung an neuralgischen Punkten weltweit in einer Live-Schaltung aufzunehmen und in Maryland auf die Bildschirme zu bringen. Während der kriegerischen Auseinandersetzungen im syrischen Bürgerkrieg wurden an der Küste israelische Sensoren, als Felsbrocken getarnt, gefunden. Diese hatten die Aufgabe, jede Bewegung festzuhalten und die Daten an die Führungszentren weiterzugeben. Aus den schon während des Kalten Krieges zur Verfügung stehenden Aufklärungssensoren ergeben sich zahlreiche Fragen. Dazu zählt natürlich auch die Frage an mit den USA verbündete Staaten, inwieweit die jeweiligen Regierungen mit der Überwachung des eigenen Staatsgebietes einverstanden sind.

Eine Führungsrolle für Deutschland?

Aber auch der im Verlauf der Finanzkrise nach dem Zusammenbruch der Lehman-Bank zu vernehmende Ruf nach einer deutschen Führung in Europa ist für diese Überlegungen extrem kontraproduktiv. Deutschland und Führung in Europa? Ist jemand denkbar, der die Fragestellung goutieren könnte, wenn er sich die Lage unseres Landes so vor Augen führt, wie es notwendig ist? Man vermisst dabei geradezu schmerzlich den ebenso tatkräftigen wie bescheidenen Zugang von Helmut Kohl auf alle Nachbarn.

Im Übrigen hat Berlin im Zusammenhang mit »deutscher Führung« als kontaminiertes Gelände zu gelten. Darüber hinaus ist nicht mal in Hamburg, Dresden, Düsseldorf oder München eine solche Führung erwünscht. Die in der Hauptstadt sollen ihre Dinge ordentlich machen und ihr Augenmerk darauf richten, dass es allen möglichst gut geht und die Stabilität Deutschlands, der EU und der Beziehungen zu Washington gewahrt bleibt. Das Gerede von einer deutschen Führungsrolle ist geeignet, die Sinne davor zu vernebeln, dass die Wirklichkeit unendlich kompliziert ist. Aus gutem Grund sonnt sich das politische Berlin in dem Umstand, zum ersten Mal seit langer Zeit von Freunden umgeben zu sein, auf der anderen Seite haben alle in diesem überaus erfreulichen Beziehungsgeflecht historische Erfahrungen miteinander. So versuchte der polnische Außenminister Sikorski in einem abgehörten Tischgespräch in den Räumen eines Warschauer Restaurants noch im Juni 2014 seinem Gesprächspartner deutlich zu machen, dass man »Ärger mit den Russen und den Deutschen« habe. Selbst der Satz, nachdem man nie davon sprechen, aber stets daran denken sollte, müsste sich in diesem Zusammenhang für deutsche Politik verbieten. Denn als europäischer Staat mit den meisten Nachbarn an seinen Grenzen geriete in Deutschland als Erstes die so positive Auswirkung der Politik der Nachkriegszeit in Gefahr. Berlin ist auf Dauer gut beraten, unsere Beziehungen zu anderen Staaten fein austariert zu halten.

Schon fragen sich viele Menschen im Land, was eigentlich los ist. Und es ist weniger die Nostalgie gegenüber der alten Bundesrepublik, die Beobachter am derzeitigen Berliner Gehabe zweifeln lässt. Gewiss, es gab im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung den Hinweis, wonach Deutschland nun »östlicher und protestantischer« werde. Der Satz ließ aufschrecken: Die Bürger waren der Ansicht, es mit einem gefestigten Staatswesen zu tun zu haben, sodass sich Deutschland nach den Regeln einer freiheitlichen Verfassung zu einem der wirklich freien Länder in der Welt entwickeln konnte. Auf einmal sollte die Geographie oder gar eine Glaubensrichtung entscheidenden Einfluss nehmen? Nach dem von Bundespräsident Gauck verursachten Trommelfeuer für Militäreinsätze seit seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Januar 2014 könnte die besorgte Frage folgen, ob »östlicher und protestantischer« auch wieder mit »kriegerischer« ergänzt werden muss. Unser Land will in Balance gehalten werden, wie die nicht abebbende Diskussion über Gaucks Anmerkungen deutlich machen. Diese Balance will aber ebenso in den Beziehungen zu unseren engsten Verbündeten gut austariert sein, und unsere Partner

achten sehr aufmerksam auf mögliche Gewichtsverschiebungen, auch und gerade im transatlantischen Verhältnis.

Als einer der ersten musste dies im Frühjahr 1992 der damalige Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt, Frank Elbe, erfahren. Er hatte sich in einer großen deutschen Tageszeitung auf der Titelseite dafür stark gemacht, die Beziehungen zwischen Brüssel und Washington auf eine Grundlage zu stellen, die der veränderten Weltlage nach der Wiedervereinigung Deutschlands entspricht. Damit war der Gedanke verbunden, dass die amerikanische Dominanz in den transatlantischen Beziehungen einer Kooperation auf Augenhöhe weichen sollte. An diese Überlegungen denkt man heute, im Zuge der Diskussion um ein transatlantisches Freihandelsabkommen, mit Wehmut zurück. Darin beharren die USA darauf, Streitigkeiten über das Agieren von Unternehmen im Rahmen sogenannter »Schiedsgerichte« zu klären, welche sonst in den Beziehungen zu Staaten verwendet werden, die kein entwickeltes Rechtssystem vorweisen können. Zu Recht wird deshalb in Deutschland und anderen Staaten der Europäischen Union befürchtet, dass auf dem Umweg über derartige Schiedsgerichte die parlamentarische Demokratie und die Zuständigkeit der Legislative für die alleinige Gesetzgebung ausgehebelt werden soll. Bei Frank Elbes Vorschlägen drängte sich wegen seiner eng an Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gekoppelten Funktion im Auswärtigen Amt geradezu den Eindruck auf, dass er für den Minister sprach. Doch der unmittelbar danach neu ins Amt gekommene Bundesaußenminister Klaus Kinkel versetzte Elbe derart schnell als Botschafter nach Tokio, dass weiterführende Überlegungen, die transatlantischen Beziehungen betreffend, keine Chance hatten.

Im außereuropäischen Ausland wäre man von einer Dominanz Deutschlands sicher ebenfalls nicht begeistert. So haben etwa die afrikanischen Staaten am Mittelmeer ihre Erfahrung mit Europa gemacht, und die resultieren nach Ende des Kalten Krieges im Wesentlichen in zwei Erkenntnissen:

1. der Unfähigkeit bzw. Unwilligkeit des Nordens, die friedensstiftenden Aspekte der KSZE/OSZE auf angrenzende Problemzonen zu übertragen;
2. der Bereitschaft des Nordens, für seine Kriege bzw. Öl- und Gasinteressen den Völkerrechtskanon der UN mit Füßen zu treten, nicht nur in Libyen.

Die neue Regierung in Berlin aber will mit der Koalitionsvereinbarung die Lunte gleichsam an den östlichen Rand des Mittelmeers legen. Nicht anders ist es zu verstehen, wenn darin gegen jede internationale Gepflogenheit und in völliger Missachtung des Gründungsbeschlusses der Vereinten Nationen von »dem jüdischen Staat« die Rede ist, wenn Israel gemeint sein soll. Damit aber wird das Ringen der ebenfalls dort ansässigen Palästinenser um Unabhängigkeit vollkommen ausgeblendet. In Anbetracht der komplizierten Beziehungen zwischen Israel und der muslimischen Welt, vor allem den arabischen Staaten, ist es geradezu unverantwortlich, die weise Regel des ehemaligen US-Präsidenten Harry S. Truman außer Kraft zu setzen, nach der es bei dem Staatsnamen »Israel« zu belassen sei. Warum also dieser offensichtliche Affront den Nachbarstaaten Israels, vor allem den Palästinensern gegenüber? Selbst wenn eine Schmeichelei in Richtung Tel Aviv beabsichtigt gewesen sein sollte, so gilt auch in der diplomatischen Welt der alte Satz, nach dem »gut gemeint« das Gegenteil von »gut gemacht« ist. Dabei haben doch gerade die letzten Jahrzehnte deutlich gemacht, dass Deutschland durchaus eine erfolgreiche Rolle dabei spielen kann, die Beziehungen zwischen verfeindeten fremden Staaten zu entkrampfen und Perspektiven der Entspannung zu realisieren, so etwa bei den erfolgreichen Verhandlungen mit dem Iran und Israel über einen Gefallenen- und Gefangenenaustausch. Helmut Kohl war ein Meister darin.

Verfassungsferne Staatsräson

Dabei folgt die Festlegung auf den »jüdischen Staat« der nicht minder problematischen Aussage Angela Merkels vor der Knesset über eine im Verhältnis zu Israel angeblich bestehende deutsche Staatsräson. Im Grundgesetz werden die Werte definiert, die in Gegenwart und Zukunft das gesamte staatliche Leben in Deutschland bestimmen sollen. Sie wurden, aufgrund der jüngsten Vergangenheit verständlich, in geradezu beispielgebender Weise an die allgemeingültige internationale Rechtsordnung angebunden, welche nun also die Handlungsmöglichkeiten unseres Landes vorgibt. Und es ist nicht zu erkennen, dass die Regeln des Völkerrechtes nicht geeignet wären, mit allen Schwierigkeiten fertigzuwerden, die es bekanntermaßen auf dem Globus gibt.

Es mutet in diesem Zusammenhang mehr als befremdlich an, wenn die Heinrich-Böll-Stiftung der Partei Die Grünen zu der im Juni 2014 veröffentlichen Studie »Auf dem Weg zu mehr Verantwortung?« erklären lässt, wie sie

es mit der internationalen Rechtsordnung hält. In dem Reader wird gleichsam deren Abgesang gehalten. So wird unter Hinweis auf den ehemaligen US-Botschafter in Deutschland, John Kornblum, postuliert: *»Die deutsche Politik muss akzeptieren, dass das bestehende internationale System, allen voran die Vereinten Nationen, nicht den Herausforderungen der Weltunordnung des 21. Jahrhunderts entsprechen. Das bedeutet praktisch zu akzeptieren, dass ein Agieren außerhalb des bestehenden völkerrechtlichen Rahmens vonnöten sein kann, wenn die Stabilität der internationalen Ordnung gefährdet ist.«* Noch heute leidet Deutschland unter der früher ausgegebenen Maxime, wonach der Zweck die Mittel heilige. Jetzt soll also der bewusste Bruch des Völkerrechts zulässig sein, um es in seiner Funktion zu erhalten? Damit greift die Parteistiftung Gedanken auf, die in den 90er-Jahren der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger offensiv formuliert und weltweit verbreitet hatte. Das bestehende Völkerrecht diente nicht mehr den globalen Zielen der USA und sollte deshalb beseitigt bzw. gleichsam in Form gegossen werden, um für amerikanische Zwecke nutzbar sein zu können. Zweck heiligt auch da nun die Mittel? Gilt mit der von der Bundeskanzlerin aufgestellten Maxime von der »deutschen Staatsräson« zugunsten Israels in unseren Beziehungen zu diesem Staat weder Grundgesetz noch Völkerrecht?

Die Parteistiftung der Grünen ebnet diesen Weg ebenso wie die Überlegungen Gaucks zum Thema »Menschenrechte und Bundeswehreinsätze«. Die Menschenrechte, wie wir sie kennen, sind auf Gedeih und Verderb an die internationale Völkerrechtsordnung gebunden. Es wäre zu begrüßen, wenn der Bundespräsident in Anbetracht einer Welt, die bewusst aus den Fugen gebracht wird, sich eindeutig zu diesen verbindlichen Regeln – nach entsprechenden höchstrichterlichen deutschen Gerichtsentscheidungen – und den Kerngedanken des deutschen Grundgesetzes bekennen würde. Danach soll es Bestimmung Deutschlands sein, einen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben in der Welt zu leisten. Weder nach dem Grundgesetz noch nach den Vereinbarungen anlässlich der Wiedervereinigung darf sich unser Staat an einem Angriffskrieg beteiligen oder ein solcher von deutschem Boden ausgehen – der CSU-Bundestagsabgeordnete und Vizevorsitzende der CSU, Peter Gauweiler, wies in seiner Rede über die Grundlagen der deutschen Sicherheitspolitik am 4. Juni 2014 auf den unlösbaren Zusammenhang hin. Ein weiterer Beitrag in dieser sicherheitspolitischen Diskussion war, dass selbst der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner ebenso sympathischen wie unnachahmlichen Art im Frühjahr 2014 zugab, dass er das Völkerrecht mit dem deutschen Beitrag zum Angriffskrieg gegen Jugoslawien gebrochen habe. Bekenntnisse dieser Art

bleiben jedoch auch vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag folgenlos.

Man darf sich getrost in der Welt umsehen und dabei feststellen, dass unser Grundgesetz und vor allem die Verfassungswirklichkeit keinen Vergleich mit anderen scheuen müssen. Allerdings werden Schatten darauf geworfen, wenn ein deutscher Offizier gegen seinen Dienstherren klagen muss, um nicht via NATO an völkerrechtswidrigen Kriegen wie dem gegen den Irak teilnehmen zu müssen. Es würde Deutschland nicht nur gut anstehen, sein Handeln strikt an den Nürnberger Festlegungen auszurichten, sondern dem Friedensgebot der eigenen Verfassung auf Dauer Rechnung zu tragen. Selbst eine oberflächliche Betrachtung des deutschen Soldatengesetzes macht deutlich, wie sehr die tatsächlichen Einsätze der Bundeswehr nur durch verabredetes öffentliches Schweigen über die Konsequenzen von Rechtsregeln nicht im Desaster enden. Warum also Merkels Wort von einer Räson unseres Staates, der doch auf die Werte seiner Verfassung verpflichtet ist? Insoweit sind die neuen Festlegungen der Großen Koalition ebenso konsequent wie verfassungsfern und damit gegen die Belange des deutschen Volkes gerichtet. Es ist geradezu schmerzlich, diese in Zusammenhang mit Israel zu sehen, weil damit die vorherrschende Einstellung zu Israel in gefährlicher Weise unterlaufen wird.

Wer entscheidet künftig über Bundeswehreinsätze?

Bislang durfte die Parlamentsbeteiligung im Zusammenhang mit Einsätzen der Bundeswehr als Garant dafür gelten, dass die Belange des deutschen Volkes in vorbildlicher Weise in die Entscheidungen des Bundestages mit einbezogen wurden. Dazu trug auch die bislang bestehende Regelung zur allgemeinen Wehrpflicht bei, wodurch sichergestellt war, dass sich die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit auf die Probleme richtete, die mit jedem Auslandseinsatz der Bundeswehr nun einmal verbunden sind – schließlich handelte es sich um die eigenen Kinder, die für Interessen, die man schwerlich bis in die letzte Konsequenz durchschauen kann, ihr Leben als Soldatinnen oder Soldaten aufs Spiel setzten. Doch nicht nur die Bürgerinnen und Bürger sind wachsam, sondern auch der Deutsche Bundestag, der über derartige Einsätze zu befinden hat.

Eine tiefsitzende emotionale Bindung ist seit der 2011 gefallenen Entscheidung darüber, die allgemeine Wehrpflicht auszusetzen, nicht mehr in dem

Maße vorhanden. Man respektiert die Entscheidung einer jeden jungen Frau und eines jeden jungen Mannes, den Dienst in der Bundeswehr anzutreten, welche nun weitestgehend als höchstpersönliche Entscheidung anzusehen ist. Durch die im neuen »Berliner Politikstil«, das Land ohne ausreichende öffentliche Diskussion von oben nach unten zu regieren, getroffene Entscheidung ist auch die enge Anbindung der Bevölkerung an die Belange des Staates als Ganzes in den Hintergrund gerückt. Die Erfahrungen, die sie bislang mit Kriegs- und sonstigen Einsätzen der Bundeswehr machen musste, sind nicht dazu angetan, ein anderes Denken aufkommen zu lassen. Beispielhaft steht dabei auch der Marineeinsatz vor der Küste Somalias. Natürlich ist es eine Aufgabe, der sich die Staatenwelt stellen muss, vehement und mit Nachdruck gegen Piraterie vorzugehen. Völlig ausgeblendet wurde dabei allerdings in der öffentlichen Diskussion, wie nachhaltig südkoreanische und vor allem japanische Fischfangflotten durch das Leerfischen der somalischen Gewässer und des Indischen Ozeans die Lebensgrundlagen der somalischen Küstenbevölkerung vernichtet haben. Niemand in Berlin ist auf die Idee gekommen, in London vorstellig zu werden, weil dort die Piratenbanden einträgliche Lösegeldgeschäfte über entsprechende Anwaltsbüros abgewickelt haben. Dieses Wegsehen ist damit zu vergleichen, wie sich die europäischen Staaten jeder Diskussion darüber verweigern, welche Kräfte hinter den äußerst aktiven Schlepperbanden stehen, die den Zustrom von Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten über das Mittelmeer nach Westeuropa organisieren. Andererseits werden Einsatzentscheidungen in Zukunft auch danach beurteilt, in welchem Umfang besoldungstechnische Voraussetzungen bei Angehörigen der Bundeswehr die Befürchtung aufkeimen lassen werden, dass dadurch ein Interesse an Auslandseinsätzen in der Bundeswehr selbst gefördert werden könnte. Aus verständlichen Gründen und natürlich auch in einer wesentlich schwierigeren wirtschaftlichen Situation Deutschlands haben Regierung und Parlament vor Jahren erhebliche Zulagen für die karg bemessene Besoldung der meisten Soldatinnen und Soldaten beschlossen. Mit dem Abzug aus Afghanistan werden sich für die Bundeswehr hier erhebliche Probleme auftun, die in der Öffentlichkeit aufmerksam verfolgt werden dürften.

Vor diesem Hintergrund soll jetzt für die Zeit nach der Sommerpause 2014 und vermutlich rechtzeitig vor dem NATO-Gipfeltreffen am 18. September in Wales/Großbritannien eine Koalitionsarbeitsgruppe neue Regelungen zum »Parlamentsvorbehalt«[9] entwerfen. Das ist alleine schon deshalb unverständlich, weil sich der bisherige hinlänglich bewährt hat. Will man ihn nun ändern,

notfalls über einen Formelkompromiss, stellt sich die Frage, ob seine bisherige Substanz beseitigt werden soll. Versuche solcher Art gab es in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion spätestens seit dem Jugoslawien-Krieg. Die damalige offene Diskussion über Militäreinsätze im Deutschen Bundestag war hinderlich, vor allem für diejenigen in der NATO, die für die militärische Durchsetzung ihrer Interessen fest mit dem deutschen militärischen Potenzial gerechnet hatten. Der Kampf tobte hinter den Kulissen. Zähneknirschend blieb es bei dem, was in der deutschen Öffentlichkeit zu einer Grundgewissheit beigetragen hatte: Das deutsche Parlament und nicht fremde Strippenzieher sollte darüber entscheiden, ob und wie deutsche Truppen eingesetzt werden. Umso erstaunlicher war es, dass sich die in diesen Fragen vorsichtige SPD-Bundestagsfraktion im Koalitionsvertrag damit einverstanden erklärte, eine Kommission einzusetzen, deren alleiniger Zweck es sein soll, von den bisherigen Regelungen wegzukommen. Öffentliche Stellungnahmen aus der Reihen der Großen Koalition lassen indes vermuten, dass die damit verbundenen Probleme zunehmend ins politische Bewusstsein rücken. Diese sind von grundlegender Natur für die Bundesrepublik Deutschland und haben jenseits jeden Formelkompromisses damit zu tun, dass es eine politische Wirklichkeit gibt, die die Dinge bestimmt. Und diese Wirklichkeit kann nur ermessen, wer die bisherige Handhabung zwischen Regierung und Parlament in Berlin genauer unter die Lupe nimmt. Da sind einmal die überaus engen Verbindungen zu einzelnen Parlamentariern oder Gruppen, die sich mit bestimmten Aufgaben befassen. Schließlich gehört man zu ein und derselben Fraktion bzw. Partei, weiterhin will man Karriere machen. Zu den »Sternstunden« im Parlament gehören jene Gespräche mit Abgeordneten vor einer Abstimmung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Wenn bekannt wird, dass man sich dagegen aussprechen will, kommen zahlreiche Kolleginnen und Kollegen auf einen zu. Unter vier Augen wird dann versichert, wie sehr man eigentlich derselben Auffassung sei, doch sei man auf die Landesliste angewiesen und fürchte um seine Wiederaufstellung als Kandidat.

Trotz allen Gegebenheiten, die durchaus als unerfreulich empfunden werden können, hat sich der Deutsche Bundestag dennoch ein Grundmaß an Entscheidungsfähigkeit nicht nehmen lassen, selbst wenn das mehr von einzelnen Abgeordneten als von Fraktionen repräsentiert wird. Dieser Umstand gibt der jeweiligen Bundesregierung Gewissheit, und die ist von zentraler Bedeutung. In fast jedem parlamentarischen System ist es üblich, dass die Regierung darauf verweist, im Parlament keine Mehrheit für Vorstellungen erlangen zu können, die sie selbst nicht will. Und wie oft musste man sich auch aus Washington

den Hinweis anhören, dass man bestimmte Dinge nicht durch den Kongress würde bringen können. Das ist in Berlin nicht anders. Sollte aber der bisherige Parlamentsvorbehalt in der Substanz verändert werden, kann keine Bundesregierung dieses Argument mehr nutzen. Stattdessen werden die Wirkungskräfte zwischen dem Bundesminister der Verteidigung sowie vor allem den dortigen Spitzenmilitärs und der Interessenlage in der NATO, vornehmlich vertreten durch den amerikanischen Oberbefehlshaber, das Heft in die Hand bekommen, sodass weder für die Bundesregierung als Ganzes noch den Deutschen Bundestag substanzielle Entscheidungsmöglichkeiten übrig bleiben. In der Öffentlichkeit wird hoffentlich jetzt sehr darauf geachtet werden, ob man sich die Kommission wie üblich auf einen Kompromiss einigt oder ob die Beschlüsse darauf hinauslaufen, dass die Entscheidungshoheit des Bundestages künftig wegfällt.

Über viele Jahre hinweg wurde über den Parlamentsvorbehalt verächtlich geredet, sei es in Deutschland selbst oder vonseiten jener, die für ihre eigenen Interessen liebend gerne deutsche Soldaten eingesetzt sehen wollten. Letztlich aber gab es eine Sperre in Berlin, die zwar ausgehöhlt wurde, in ihrer Funktion jedoch erhalten blieb. Merkwürdig ist nun, dass nach Absicht der CDU/CSU diese nun plötzlich doch wegfallen soll. Die Bündnispartner müssen sich die Augen reiben! Selbst Barack Obama will vor einem Militäreinsatz gegen Syrien im Kapitol um Zustimmung bitten, ob die Marschflugkörper wieder in Bewegung gesetzt werden dürfen. Und David Cameron erlebte soeben sein Waterloo, weil das britische Unterhaus ihm einen erneuten kriegerischen Einsatz in Nahost nicht durchgehen lassen will und die eigene konservative Fraktion ihm die Gefolgschaft verweigert. Einzig der französische Präsident François Hollande will noch den Krieg, allein, ihm fehlt das Bündnispotenzial. Endlich dürfen wir erleben, dass die Bürgerinnen und Bürger in Europa wie den USA Gehör verschafft bekommen, die sich in Anbetracht verheerender Haushalts- und Finanzlagen gegen einen Krieg wehren, und in Berlin sucht man den Bundestag als lästigen Faktor zu beseitigen.

Das scheinheilige Argument, wonach Einsatzinformationen in Parlamentsausschüssen nicht das Leben deutscher Soldaten gefährden dürften, diente dazu, die parlamentarische Ordnung, das System von »Checks and Balances« auszuhebeln: Nicht mehr im Verteidigungs- und Auswärtigen Ausschuss wurde die Kriegswirklichkeit in Afghanistan oder der Einsatz zur Piratenbekämpfung am Horn von Afrika offengelegt und debattiert, sondern im Rahmen eines jeder Kontrolle entzogenen Sondergremiums. Wie unumwunden eingestanden, lag der Grund dafür neben der offiziellen Begründung über die notwendige Ver-

traulichkeit vor allem darin, dass man sich andernfalls nicht sicher sein konnte, ob es nicht abweichende Ansichten in den beteiligten Parlamentsausschüssen geben würde. In dem Sondergremium sammelten sich die unterschiedlichsten Funktionsträger unter den Abgeordneten, vor allem solche, die ihre Karriereziele klar vor Augen hatten. Wen interessierte schon deren Kompetenz in Sicherheitsfragen? Viele großen Zeitungen oder die politischen Magazinsendungen im Fernsehen waren vor allem froh, einen Handschlag wichtiger Menschen bei der alljährlich zu Fasching in München stattfindenden Sicherheitskonferenz zu erhalten.

Der Generalinspekteur als »Reichswehrminister«

Hundert Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges wird 2014 erneut die Frage aufgeworfen, ob wir wieder eine »Oberste Heeresleitung« erhalten oder deutsche Militäreinsätze in bewährter Art festgeschrieben bleiben. Bislang sind die Fronten klar: In der CDU/CSU haben sich die Kräfte durchgesetzt, die nach der Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht – die doch eigentlich als Kernelement der Volksbeteiligung an militärischen Einsätzen anzusehen ist – jetzt auch noch die Entscheidungsgewalt des Bundestages aushebeln wollen und somit befürworten, dass künftig faktisch der Generalinspekteur der Bundeswehr unter dem Dach der von den USA geführten NATO die Entscheidung darüber treffen wird, wann und wo deutsche Soldaten in den Kampf zu ziehen haben.

Zwar hat man sich inzwischen daran gewöhnt, bei jedem Ministerwechsel im Verteidigungsministerium diejenigen gleich zu Beginn als entlassen zu sehen, die in turbulenten Vorjahren die Funktionsfähigkeit des schwer zu führenden Ministeriums notdürftig aufrechterhalten hatten. Jedwedes Spektakel dieser Art sollte indes die Kernfrage der Bundeswehrreform verdecken: Welche Rolle soll der Generalinspekteur im Spitzengefüge der Regierung spielen? Wird die Bundeswehr weiterhin von der jeweiligen Ministerin/dem Minister, den Staatssekretären und dem Generalinspekteur als militärischem Berater der Bundesregierung geführt, oder dient die zivile Spitze des Verteidigungsministeriums nur als Feigenblatt, während die Macht in Wirklichkeit beim Generalinspekteur läge? Dieser wäre damit der eigentliche Verteidigungsminister. Bis in die Strukturpapiere hinein, wie sie von den ehemaligen Verteidigungsministern Karl-Theodor zu Guttenberg und Thomas de Maizière vorgelegt worden waren, ist das der zentrale Punkt.

Eine Beseitigung der Parlamentskontrolle über Militäreinsätze und der gleichzeitig unternommene Versuch, den Funktionswechsel in der Spitze des Verteidigungsministeriums zugunsten des Generalinspekteurs zu vollenden, ist im amerikanischen Interesse, um an der Bundesregierung und dem Bundestag vorbei das deutsche militärische Potenzial unter Kontrolle zu bekommen und als Verfügungsmasse nutzen zu können. Auf diese Weise soll und kann sichergestellt werden, dass die eigentlichen Entscheidungen über Kriegseinsätze im NATO-Hauptquartier in Brüssel unter amerikanischer Oberhoheit getroffen werden.

Im preußisch bestimmten Deutschland hatte sich die Armee als zweite Säule des Staates empfunden. Die Hybris der »Obersten Heeresleitung« setzte dem 1918 ein Ende. Am 30. Januar 1933 wurde ein erneuter Versuch mit den bekannten Folgen gestartet. Ähnliche Überlegungen vonseiten des deutschen Militärs sowie der Presse nach der Wiedervereinigung, festzuhalten für die Jahre 1990, 2009 und aktuell 2013, denen zufolge der deutsche Verteidigungsminister ein Vier-Sterne-General sein sollte (vgl. S. 475), machen deutlich, wie sehr man sich einen militärischen Oberbefehlshaber herbeisehnt, der dem »Primat der Politik« ein Ende bereiten könnte. Es spricht also vieles dafür, dass die von der Großen Koalition eingesetzte Kommission mit jeder Änderung des Parlamentsvorbehaltes über die Grundstruktur unseres demokratischen Staates entscheidet. Bleibt es bei der parlamentarischen Demokratie, oder gelingt es, die Bundeswehr nach Art der kaiserlichen Armee als zweite Säule unseres Staates zu etablieren? – Eine merkwürdige Art, aus dem Sommer 1914 Konsequenzen zu ziehen.

Sicherheitspolitische Herausforderungen nach der Wiedervereinigung

Einen Vorgeschmack darauf, was es bedeutet, eine andere Sicht auf politische Entwicklungen zu formulieren, als sie in der militärischen Komponente des Verteidigungsministeriums vorherrschen, erhielt ich im Herbst 1989, nach dem Mauerfall, als ein Gespräch mit dem damaligen Chefredakteur der *Rheinischen Post,* Joachim Sobotta, und mir über die Konsequenzen einer Wiedervereinigung Deutschlands in sicherheitspolitischer Hinsicht in der Zeitung erschien. Zum damaligen Zeitpunkt wurde die Möglichkeit einer Wiedervereinigung in Bonn nur von sehr wenigen wirklich in Betracht gezogen, und im Vertei-

digungsministerium wurden meine Überlegungen als Angriff auf die eigene Doktrin empfunden. Doch war es für mich selbstverständlich, dass eine Wiedervereinigung die Lage unseres Landes völlig verändern würde: Nur von Freunden umgeben, wären wir fester Bestandteil einer Sicherheitsstruktur, die »von San Francisco bis nach Wladiwostok« reichen würde. Es dauerte Jahre, bis diese Sicht sich durchsetzen konnte. Der amerikanische Außenminister James Baker zog die Linie indes lieber vom kanadischen Vancouver bis nach Wladiwostok, vermutlich um keine US-amerikanische Stadt auf diesem Gürtel von Staaten mit engster Kooperation erwähnt zu sehen. Vancouver stand daneben für die größtmögliche Ausdehnung in geographischer Hinsicht. Die Sonderrolle der Vereinigten Staaten zeigte sich auch darin, dass die wichtigste gemeinsame Klammer in Form der OSZE über den heraufziehenden Krieg gegen Jugoslawien durch Washington zur Bedeutungslosigkeit verdammt wurde. Sprichwörtlich war dafür eine Formulierung der ehemaligen amerikanischen Außenministerin, Madeleine Albright. Sie wurde nicht müde, die USA zur »unverzichtbaren Nation« zu erklären. Andere sprechen in diesem Zusammenhang von der »scheinenden Stadt auf dem Hügel«. Im Mai 2014 noch hat Obama bei einer Rede vor den Kadetten der US-Militärakademie in West Point von der einzigartigen Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt gesprochen.

Die Wiedervereinigung machte es absehbar, dass uns infolge der neuen Lage sowohl außen- als auch innenpolitisch ein Spagat aufgenötigt würde. Die guten Beziehungen zu unseren Nachbarn waren vor dem geschichtlichen Hintergrund jeder Pflege wert. Wie erfolgreich diese politische Haltung durch Helmut Kohl eingenommen worden ist, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass er nach dem Ende seiner Kanzlerschaft einmütig durch die europäischen Staats- und Regierungschefs zum »Ehrenbürger Europas« ausgerufen wurde.

In London und Paris, von Washington ganz zu schweigen, sah die politische Praxis ganz anders aus. Das konnte jeder in den Jahren nach 1990 bei der Frage verfolgen, ob beitrittswillige mittel- und osteuropäische Staaten in die Europäische Gemeinschaft oder sogar die NATO würden aufgenommen werden können. Nachdem man einen deutschen Minister in der Person des damaligen Verteidigungsministers Volker Rühe gefunden hatte, der öffentlich für den Vorrang der NATO gegenüber der Europäischen Gemeinschaft plädierte, war das der vorgegebene Weg. Doch hätte man sich hier der Zusage verpflichtet fühlen müssen, eine Ostausdehnung der NATO bis an die russische Grenze zu verhindern. In den Augen vieler Europäer hatte die NATO nach dem Ende des Warschauer Paktes ohnehin ihren Sinn verloren, denn das Stationieren von

Truppen in Mitgliedsstaaten war zwangsläufig an die Existenz einer militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion gekoppelt. Weder der Staat Sowjetunion noch die militärische Bedrohung bestanden fort. Warum also griff man nicht die Überlegungen auf, wie sie Helmut Schmidt über Jahre so nachhaltig vertreten sollte: den NATO-Vertrag beibehalten, die militärische Integration aber ad acta legen?

Europa, wie wir es heute kennen, kann vielleicht ohne Winston Churchill und seine berühmte Rede 1947 in Zürich nicht gedacht werden. Es war damals nicht nur die Rede vom »Eisernen Vorhang«, der über Europa herunterzugehen drohte. Es war der dringende Appell des britischen Staatsmannes, die Kooperation in Europa zu suchen und gezielt auszubauen. Doch seit Jahrzehnten unternimmt London alles, um eine gemeinsame Identität vergessen zu machen: Während die europäische Integration bei einem künftigen Referendum zur Disposition gestellt werden soll, wird die NATO weiter mit Vorrang behandelt, um die angelsächsische Dominanz mithilfe militärischer Hardware zu sichern. Das ist es dem Vereinigten Königreich wert, für zwei neueste Flugzeugträger mindestens 15 Milliarden Euro auszugeben. Als Königin Elisabeth II. am 4. Juli 2014 auf der schottischen Werft den ersten mit *Malt* taufte, kamen diese gewaltigen Kosten zu Tage. Seit Jahren bemühen sich kontinentaleuropäische Staaten darum, der Europäischen Union eine handlungsfähige sicherheits- und militärpolitische Komponente zuordnen zu können. London aber betrachtet es als seine wesentliche Aufgabe, jedwede Ambitionen dieser Art zu verhindern, weil das die NATO dem Wind des Wechsels und der realistischen Anpassung aussetzen würde.

Amerikas Vormachtstellung in Bündnis- und Einsatzfragen

Der eingeschlagene Weg der Vereinigten Staaten, der in Richtung Krieg verläuft, wie er bei der Konferenz im Sommer 2000 in Bratislava unumwunden eingestanden wurde, ist nicht weniger verhängnisvoll. Heute zeigen die Konflikte in Afghanistan, Irak, Libyen sowie Syrien oder angrenzenden neuralgischen Gebieten und neuerdings in der Ukraine das amerikanische Ausgreifen quer über den Kontinent. Hilfstruppen aus den NATO-Mitgliedsstaaten beweisen, wie wenig sich die europäischen Bündnispartner dem amerikanischen Diktat entziehen können. Dafür sorgen die militärischen und politischen Strukturen der NATO, die eine Meinungsbildung im amerikanischen Sinne

sicherstellen, ohne jede Information an die Parlamente oder die Öffentlichkeit der Mitgliedsstaaten. Hier werden Fakten geschaffen, die jedes nationale Parlament vor die Frage stellen sollten, ob man das NATO-Bündnis als solches wirklich noch will.

Demgegenüber werden militärische Missionen der Europäischen Union, ausgestattet mit jeder völkerrechtlichen Absicherung durch die Vereinten Nationen, nach besten parlamentarischen Gepflogenheiten von allen Seiten betrachtet und jeder erforderlichen kritischen Betrachtung ausgesetzt. Was bemängelt werden kann, das wird auch bemängelt – das genaue Gegenteil also zur NATO, wo Diskussionen bezüglich anstehender Militäreinsätze nicht an der Tagesordnung sind, wie dies für EU-Einsätze selbstverständlich gilt. Sollte sich aber aus dem Deutschen Bundestag Widerstand gegen die NATO regen und eine rechtlich einwandfreie Mandatierung eingefordert werden, hilft auch der Gang zum Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe nur bedingt. Dieses unterstützt die faktische Akzeptanz der amerikanischen Vorherrschaft in Bündniszielen.

Verfassungsklage gegen Tornados in Afghanistan

Ein Beispiel dafür war die Klage, die der Münchener CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler und ich mit Unterstützung des Staatsrechtlers Dieter Murswiek 2007 gegen den von der Bundesregierung geplanten Einsatz von Tornado-Flugzeugen in Afghanistan vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht hatten. Das Gericht ließ den Aufklärungseinsatz zwar zu, doch wurden ihm wegen der tatsächlichen militärischen Situation in Afghanistan und den völkerrechtlichen Kriterien durch das UN-Mandat so enge Grenzen gesetzt, dass er bald beendet und die Flugzeuge nach Deutschland zurückbeordert wurden. Gleichzeitig legte das Bundesverfassungsgericht der Auslegung des NATO-Vertrages so präzise Fesseln an, dass jedenfalls die von der Regierung Bush geplante globale Ausdehnung der NATO zum militärischen Dienstleister im US-Interesse nicht umgesetzt werden konnte. Es zementierte allerdings weitreichende Veränderungen in der NATO: weg vom Verteidigungsbündnis, hin zum Aggressor.

Urteile aus Karlsruhe werden in Berlin gelesen. Allerdings ist ein gerichtliches Vorgehen gegen das NATO-Diktat daran geknüpft, dass Abgeordnete oder Fraktionen des Bundestages den Gang nach Karlsruhe wagen bzw. im Dissens zur NATO ihre politische Arbeit sehen. Das aber kann man nur be-

dingt hoffen. Eigentlich ist es ja eine originäre Aufgabe der Bundesregierung, Wortlaut und Sinn des Grundgesetzes zum Maßstab ihres Handels zu machen. Stattdessen geht in Berlin die Angst um, dass unbotmäßige Abgeordnete, die sich nicht von einer Mehrheitsmeinung bestimmt sehen wollen, von ihren durch die Verfassung garantierten Rechten Gebrauch machen, um Deutschland nicht in das Gesetz des Faustrechtes abdriften zu sehen, dessen Ausübung die UN-Charta entgegenzusteuern sucht.

Einhundert Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges und 65 Jahre nach Beginn des Zweiten ist die von Henry Kissinger in den 90er-Jahren erhobene Forderung nach Beseitigung der völkerrechtlichen Ordnung, in Deutschland vor allem über *Welt am Sonntag* und *FAZ* verbreitet, der Weg in den Dritten Weltkrieg. Nicht anders können die Warnungen von Henry Kissinger und George Shultz an die chinesischen Konferenzteilnehmer bei der Konferenz in Peking gewertet werden (vgl. S. 455 ff.).

»Friendly Occupation«: Transatlantische Netzwerke hebeln parlamentarische Kontrolle aus

Die von jeder völkerrechtlichen Einbindung enthobene Nutzung militärischer Gewalt durch die NATO und/oder »Koalitionen der Willigen« unter Führung der Vereinigten Staaten ist der Nährboden, auf dem jeder Öffentlichkeit und parlamentarischen Kontrolle entzogene Netzwerke die Völker in den Krieg ziehen können und werden. Wie ein solcher Zugang auf die Entscheidungsfindung aussehen kann, zeigte der »privatisierte US-Generalstab«, der Kroatien im Kampf gegen Restjugoslawien zur Seite stand und für einen reibungslosen Kontakt zu den Kollegen in der NATO sorgte. Wer sich über die Übertragung von militärischen Kampfaufgaben an zivile Kontraktoren bei den US-Streitkräften wundert, der wird sich über den ungehinderten Zugang dieser Dienstleiter auf allen Ebenen der NATO, auch zu den Entscheidungsträgern, ebenfalls Gedanken machen müssen.

Während sich Deutschland aufgrund der Bündnisstrukturen einem ernsten Ringen um seine Friedensfähigkeit ausgesetzt sieht, legt Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen großen Wert darauf, sich in der Nähe von Nicolas Berggruen aufzuhalten. Seinen »Denkshops« fühlt sie sich eng verbunden, ebenso wie der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder. Nicht ohne Grund heißt es, dass an dem Umgang, den ein Mensch pflegt, der Mensch

selbst zu erkennen ist. Unter anderem formulierte die *FAZ* scharf gegen Berggruens Postulat einer »Herrschaft der Selbsterwählten«. Demnach scheint auch das Herrschaftssystem der Kommunistischen Partei China für Herrn Berggruen und diejenigen, die ihm beim Nachdenken helfen, erstrebenswert zu sein.

In dem Maße, wie der Deutsche Bundestag aus der Entscheidung für Militäreinsätze »herausformuliert« wird, werden Denkshops von »Selbsterwählten« Einfluss ausüben können. Bastionen, die diesen Weg aufhalten könnten, sind nicht mehr vorhanden, wie die Beseitigung der allgemeinen Wehrpflicht unter Verteidigungsminister zu Guttenberg zeigt. Denn schon in den parlamentsinternen Auseinandersetzungen nach dem Jugoslawien-Krieg wurde deutlich, dass die Mitsprache und Beschlussfähigkeit des Bundestages in Bezug auf Militäreinsätze vor allem an folgenden Kriterien festzumachen ist: zum einen der allgemeinen Wehrpflicht – weil das Schicksal der eigenen Tochter oder des eigenen Sohnes jeden und das gesamte Volk angeht; die Sichtweise bei einer Berufsarmee ist zwangsläufig eine andere, denn ein Wehrpflichtiger richtet seine Waffe nicht so leicht auf Angehörige, wie dies ein Söldner täte – zum anderen den formalen Regeln, welche eine Parlamentsbeteiligung vorschreiben.

Der Sommer 2013 hat offenbart, dass die Entscheidungsgewalt über Kriegseinsätze in Parlamentshände gehört. Eben noch tönte der britische Premierminister Cameron vollmundig von einem Krieg gegen Syrien und Barack Obama wurde nicht müde, eine rote Linie nach der anderen auszumachen, die ihm endlich den seit Langem angestrebten Angriffsbefehl gegen Syrien ermöglichen würde. Doch das britische Unterhaus und der Druck amerikanischer Wähler auf ihre Kongressabgeordneten waren so schnell wirksam, dass die Kehrtwendungen der Herren Obama und Cameron in der westlichen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurden. Noch einmal: Warum in Deutschland von einer bewährten Regel in dem Augenblick Abstand nehmen, in dem andere deren Segen erkennen? Die Frage ist zu beantworten, denn die Netzwerker und Strippenzieher scheuen nichts mehr als die demokratische Ausprägung unserer Gesellschaften.

Es gibt allerdings noch eine dritte Komponente, die uns den Schlaf rauben sollte, nicht nur weil wir über die aktuelle Debatte zur Ausspähpraxis vor allem durch angelsächsische Nachrichtendienste und entsprechende private Unternehmen darauf gestoßen werden. Man weiß immer besser, wie fremde Völker denken. Wenn schon Algorithmen die Märkte bestimmen, warum sollte das nicht auch die Mentalkontrolle über fremde Völker ermöglichen? Fähigkeit ist alles. Wer erinnert sich – Bündnis hin, Bündnis her – nicht an die »eherne

Regel der Artillerie«? Danach kennt man weder Freund noch Feind, sondern lediglich »lohnende Ziele«. Nach »Friendly Fire« jetzt »Friendly Occupation«.

Das Wissen darüber, wie die Bevölkerung denkt, ist in totalitären Systemen eine wesentliche Voraussetzung für staatliches Handeln. Nicht zuletzt die sehr präzisen »Meldungen aus dem Reich« während der Nazi-Herrschaft haben das nachdrücklich unter Beweis gestellt. Heute mutet es fast wie die Erzählung aus der guten, alten Zeit an, was unmittelbar nach der Wiedervereinigung im brandenburgischen Göhren ein Ex-NVA-Offizier über die Fähigkeiten seiner Fernspäheinheit berichtete. Demnach war es möglich, den ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg über das Telefon in seinem Wagen zu belauschen. Stasi-Chef Mielke war noch nicht so weit gewesen, die Bevölkerung der ehemaligen DDR über modernste technische Mittel auszuspähen. Das sollte in der NATO ganz anders werden – Freunde eben.

NATO-Oberbefehl und die unbequeme Bündnisfrage

Verwaltungshandeln durch die NATO? – Man sollte meinen, dass Überlegungen dieser Art ziemlich weit hergeholt sind, doch wer sich mit den Methoden der US-Streitkräfte und den NATO-Übungen in der jüngsten Vergangenheit beschäftigt, der wird eines Besseren belehrt. Denn in den Wintex-/Cimex-Großübungen während des Kalten Krieges war es selbstverständlich, dass die Verwaltungsstrukturen ziviler Art auf verbündetem Gebiet eingebunden wurden und im simulierten wie im echten Krieg dem Einsatz der amerikanischen Streitkräfte dienlich zu sein hatten: Jeder Verwaltungschef in Westdeutschland kannte den Offizier, der ihn im Ernstfall ersetzen oder ihm beigeordnet werden sollte. Bis hinunter zum Leiter eines beliebigen Finanzamtes war der Fachmann aus den Staaten schon vorgesehen. Wer sagt denn, dass die USA heute anders kalkulieren und ihr Interesse an den Ämtern und Behörden erlahmt ist? Solange ein deutscher Innenminister sagt, dass es für ihn wichtigere Dinge gegeben habe als das Ausspähvorgehen der angelsächsischen Mächte gegen die gesamte deutsche Bevölkerung, kann man nur darauf hoffen, dass Edward Snowden noch lange lebt.

Die allgemeine Wehrpflicht ist ad acta gelegt, der Entscheidungsbefugnis des Deutschen Bundestages in Fragen von Krieg und Frieden sollen die Zähne gezogen werden. – Wer aber verhindert dann, dass die NATO die Bundeswehr

gegen die deutsche Bevölkerung selbst einsetzt? Diese zentrale Frage entscheidet sich, ob man will oder nicht, eben doch daran, ob wir an einer konstitutiven Beschlussfassung des Deutschen Bundestages, dem Parlamentsvorbehalt, festhalten oder nicht. Und es ist eigentlich selbstverständlich, dass vor einem Einsatz für die parlamentarische Entscheidung eine angemessene Zeit eingeplant werden muss, damit die zuständigen Ausschüsse eine Beratung ohne Druck vornehmen können, unabhängig davon, ob deren Mitglieder für oder gegen das Bündnis der NATO oder die EU eingestellt sind.

Die verhängnisvolle Entwicklung nach einer Beschneidung des Parlamentsvorbehalts, wie ihn die Koalitionsregierung sowie auch der Bundestag noch vor fünf Jahren auf dem Altar der europäischen Einigung zu opfern beabsichtigten, hätte die Bundeswehr im Ergebnis zu einer stets einsatzfähigen Armee im Regierungsauftrag nach dem Beispiel Englands und Frankreichs gemacht. Dies konnte letztlich nur durch die Klage gegen die beiden »Lissabon-Gesetze«[10], Einreicher waren u. a. Peter Gauweiler und die Bundestagsfraktion Die Linke, verhindert werden. Am 30. Juni 2009 entschied das Bundesverfassungsgericht, der Selbstentmachtung des Deutschen Bundestages bei Militäreinsätzen einen Riegel vorzuschieben. Die Einlassungen dazu aus Karlsruhe waren klar. In der Urteilsbegründung wurde darauf hingewiesen, dass *»das Grundgesetz eine ausgeprägte Grenze für Entscheidungen über den Einsatz der Bundeswehr zieht. Der Auslandseinsatz der Streitkräfte ist außer im Verteidigungsfall nur in Systemen kollektiver Sicherheit erlaubt, wobei der konkrete Einsatz von der Zustimmung des Deutschen Bundestages konstitutiv abhängt.«*[11] Zwei Sondersitzungen des Deutschen Bundestages mussten vor der Ende September 2009 anstehenden Bundestagswahl noch eingeschoben werden, um die zuvor getroffenen Entscheidungen wieder rückgängig zu machen. Warum jetzt also doch eine Koalitionsarbeitsgruppe, deren Zweck letztlich darin besteht, den Forderungen in der Europäischen Union und vor allem in der NATO auf uneingeschränkte Verfügungsgewalt über deutsche militärische Potenziale nachzugeben? Eine Streichung des Parlamentsvorbehalts hätte darüber hinaus gravierende Auswirkungen auf die Ermächtigung der europäischen Führungsorgane nach Art. 222 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union, der sogenannten »Solidaritätsklausel«. Diese sieht den Einsatz bewaffneter Kräfte der Mitgliedstaaten auf dem Gemeinschaftsterritorium – d. h. auch außerhalb der eigenen Landesgrenzen – vor, z. B. im Falle von Naturkatastrophen oder auch sozialer Unruhen. Wird jetzt auf diesem Weg ein Versuch unternommen, die Streit-

kräfte am eigenen Parlament vorbei einzusetzen? Wenn man bedenkt, dass die europäischen Institutionen den Artikel einst in Kraft gesetzt haben, ohne die Öffentlichkeit darüber zu informieren, muss das in hohem Maße befurchtet werden.

Ein Parlamentsvorbehalt verschafft der Regierung Luft, wenn es um Zumutungen militärischer Art seitens der NATO oder der EU geht. Der Hinweis, erst einmal das Parlament fragen zu müssen, ist jedenfalls vonseiten der NATO-Staaten gängige Praxis. Vor allem wenn eine der beteiligten Regierungen politisch etwas nicht umsetzen will, wird gern darauf verwiesen, dass man im Kongress oder im Parlament mit seinen Vorstellungen keinen Erfolg haben werde. Diese »Luft« nehmen sich diejenigen, welche sich für eine Aufhebung stark machen.

In der Auseinandersetzung über den Parlamentsvorbehalt wird stets die Möglichkeit angeführt, dass der Deutsche Bundestag die einmal getroffene Einsatzentscheidung durch die NATO oder die Bundesregierung innerhalb einer bestimmten Frist würde aufheben und die Truppen zurückholen können. Das aber zöge ein Problem nach sich, vor dem Berlin gewohnheitsmäßig zurückschreckt: Kann sich eine solche Option zur »Bündnisfrage« entwickeln? Ein Totschlagargument, mithilfe dessen es bisher noch jedes Mal gelungen ist, die Zustimmung der Abgeordneten zu einem Regierungsvorschlag zum Militär- und ggf. Kriegseinsatz sicherzustellen.

Die Zuspitzung auf die Frage nach der Bündnistreue hat seit dem Krieg gegen Jugoslawien regierungs- und parlamentsseitig jede Entscheidung bestimmt. Deutschland aber ist bündnistreu, wie es einmal kaisertreu gewesen ist. Daran soll kein Zweifel bestehen. Bei den kunstvoll durch die Vereinigten Staaten und Großbritannien geflochtenen NATO-Strukturen, die heute auch Kolumbien, Ost-Timor, Australien (als Abhörhochburg des Echelon-Spionagesystems) oder Südkorea einbeziehen und die solcherart der »Einkesselung« sowohl der Russischen Föderation als auch Chinas und Indiens dienen, wird zwangsläufig alles zur »Bündnisfrage«.

Wird der Parlamentsvorbehalt gekippt?

Es ist von entscheidender Bedeutung, jegliche Einsätze der Bundeswehr auf breite nationale Schultern zu legen. um sie nicht zur fremdbestimmten Armee werden zu lassen, die nicht länger von Deutschland aus dirigiert wird. Vor

dem Hintergrund jahrelanger Auseinandersetzungen, die nicht nur öffentlich geführt worden sind und alle Aspekte der damit verbundenen Probleme umfasst haben, ist nur eine Konsequenz denkbar, wenn der Parlamentsvorbehalt wegfällt: Dann haben weder der Deutsche Bundestag noch die Bundesregierung Entscheidungsbefugnis über den Einsatz ihrer Streitkräfte und damit der Soldatinnen und Soldaten. Die haben es ohnehin schwer genug. Wird doch im Soldatengesetz klar und eindeutig davon gesprochen, dass die Vertragsgrundlage für den Dienst in der Bundeswehr die Verpflichtung ist, das geltende Völkerrecht unter allen Umständen zum Maßstab des eigenen Handelns zu machen. Wenn aber die Bundesregierung erneut auf Order der NATO einen Einsatzbefehl erteilt, ohne dass die Vereinten Nationen und/oder der Bundestag in die Entscheidung einbezogen worden wären, müssten die Angehörigen der Bundeswehr erneut mit einem Widerspruch zwischen Soldatengesetz und Direktive leben.

Seit den Kriegen gegen Jugoslawien und den Irak muss jedem Angehörigen der Bundeswehr bewusst sein, dass es die eigene Regierung mit dem Völkerrecht nicht so genau nimmt. Auffallend war, wie elegant über das eindeutige Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes hinweggegangen wurde, welches einem Offizier der Bundeswehr das Recht zubilligte, am Krieg gegen den Irak trotz anders lautendem Befehls nicht teilhaben zu müssen, da die NATO den Marschbefehl ohne vorheriges Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen erteilt hatte. Es ist natürlich leichter, die Verantwortung für das Befolgen der Regeln Einzelnen aufzuerlegen

Gibt die Gemengelage, die im Umfeld von Entscheidungen zum Bundeswehreinsatz anzutreffen ist, nicht mehr her? Aber natürlich, wie unter man vier Augen im Regierungsviertel an der Spree gerne einräumt. Wie selbstverständlich wird davon ausgegangen, dass jedenfalls zwei ausländische Botschafter in Berlin auf die Entscheidungen der Bundesregierung einen größeren Einfluss ausüben als jeder deutsche Ministerpräsident, den bayerischen inbegriffen: der US-amerikanische wie auch der israelische Botschafter.

Hilft vielleicht ein vergleichender Blick in die deutsche Geschichte, um der Besorgnis über einen möglichen Einsatz der Bundeswehr im eigenen Land entgegentreten zu können? Natürlich liegen die Aufstände in Sachsen und Thüringen von 1923 lange zurück, und wir haben – bei allen Tendenzen, zu den Altvorderen aufzuschließen – keine Reichswehr mehr. Was uns heute aber vor allem vor einem erneuten »Deutschen Oktober« bewahrt, ist die demokratische Verfasst-

heit unseres Staates und die zivile Kontrolle über die Streitkräfte. Sollte der Parlamentsvorbehalt inhaltsleer werden und die Bundesregierung die tatsächliche Befehlsgewalt über die Bundeswehr verlieren, helfen auch weisungsgebundene deutsche Vertreter in NATO und EU wenig. Die Geschichte der NATO in Zusammenhang mit höchsten deutschen militärischen Vertretern hat 1984 im Falle von Günter Kießling ja deutlich gemacht, welchen Einfluss alliierte Damenkränzchen auf das Ansehen eines deutschen Generals haben können. Man weiß bei der NATO sehr wohl, wie auch langfristig Loyalitäten hergestellt werden müssen, der eine Berliner Regierung nichts entgegenzusetzen hat.

Mit deutscher Souveränität sowie der Geltung des Grundgesetzes und der Regeln des Völkerrechts für die Bundeswehr könnte es im Sommer dieses Jahres vorbei sein. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen lässt keinen Zweifel daran, dass sie es eilig hat. Der ehemalige Bundesaußenminister Guido Westerwelle muss es geradezu als Schmach empfinden, ein hohes Maß an Zurückhaltung beim Einsatz von Einheiten der Bundeswehr in Krisenherden an den Tag gelegt zu haben – zumal ihm die deutschen Wählerinnen und Wähler diese Zurückhaltung bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 wenig dankten. Vermutlich ist Westerwelles Vorsicht nur wenigen aufgefallen, weil nämlich die Bundeskanzlerin es in der Vergangenheit kaum an verbaler Unterstützung für amerikanische Kriegseinsätze hat fehlen lassen. Unter diesen Umständen musste Westerwelle es in Kauf nehmen, in keinem anderen Licht da zu stehen als die für den Bündnispartner USA stets verlässliche Bundeskanzlerin.

Wie in den deutschen Zeitungen nachzulesen war, stieß sich Bundesministerin von der Leyen daran, dass andere Armeen aus der NATO oder der EU schon »losstürmen«, während Deutschland noch mit den Umständen eines Kriegseinsatzes hadert. Sie trifft dabei auf eine interessante innenpolitische Konstellation. Zwar hat sich die SPD in ihrer langen Geschichte seit der Zustimmung zu den Kriegskrediten zu Beginn des Ersten Weltkrieges bis hin zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien die Bezeichnung »Kriegspartei« eingehandelt, doch muss eingeräumt werden, dass Gerhard Schröder als Bundeskanzler dem angelsächsischen Druck auf Beteiligung an einem weiteren Angriffskrieg gegen den Irak die Stirn geboten hat. Dennoch fanden auf deutschem Territorium und durch die Bundeswehr Unterstützungshandlungen wie z. B. die Bewachung militärischer Liegenschaften statt, denn der politische sowie mediale Druck im Irak-Krieg – am Höhepunkt der amerikanischen Aggressionsbereitschaft – war gewaltig. Ungeachtet dessen spürte

Schröder die Stimmung bei den deutschen Wählerinnen und Wählern nach dem Krieg gegen Jugoslawien und sendete zusammen mit dem französischen Präsidenten Chirac und dem russischen Präsidenten Putin ein klares Nein nach Washington und London.

Es ist müßig, sich Gedanken über die Einstellung der Bundeskanzlerin und der neuen Verteidigungsministerin im Falle einer erneuten Einsatzbeteiligung in Kriegsgebieten zu machen. Bei den Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag darf jedenfalls mit einer grundsätzlichen Zurückhaltung, wie sie Westerwelle an den Tag legte, nicht gerechnet werden. Die Grünen haben sich schon beim ordinären Angriffskrieg gegen Jugoslawien als willige Vollstrecker des amerikanischen Drucks in der NATO gezeigt, während die Lage in der Partei »Die Linke« vom Dualismus der Vorkämpfer Oskar Lafontaine und Gregor Gysi bestimmt ist. Es sollte nicht vergessen werden, dass Lafontaine wegen der deutschen Beteiligung am Krieg gegen Belgrad 1999 der SPD all seine Ämter vor die Füße warf und die Bonner Bühne verließ. Zwischen ihm und dem Fraktionsvorsitzenden Gysi würde es vermutlich in der Frage einer Beteiligung deutscher Soldaten an einem Kriegseinsatz erneut zu einer Auseinandersetzung kommen. Es ist augenfällig, in welchem Maße Bundestagsabgeordnete, denen gemeinhin eine enge Verbindung zu Gysi nachgesagt werden, in Berlin daran beteiligt sind, an Papieren von staatlichen Thinktanks mitzuwirken, in denen ein stärkeres militärisches Engagement Deutschlands gefordert wird. Es ist seit Jahr und Tag kein Geheimnis, dass hier die letzte Hemmschwelle für eine mögliche Koalitionsbildung auf Bundesebene zwischen der SPD und der Partei »Die Linke« verborgen liegt.

Deutsche Truppen im In- und Ausland unter fremder Verfügungsgewalt?

Sollte die Absicht der Berliner Koalitionsparteien umgesetzt werden, im Sommerhalbjahr 2014 den bestehenden Parlamentsvorbehalt so zu verwässern, dass über NATO und EU jederzeit die Einsätze für die Bundeswehr festgelegt werden können, ohne ein Veto des Deutschen Bundestages befürchten zu müssen, würde die Bundeswehr ihren Charakter völlig verändern. Dann nämlich führen andere ihre Kriege mit unseren Soldaten. Peter Gauweiler hat in seiner Hamburger Rede darauf aufmerksam gemacht, wie sehr die ursprüngliche staatsrechtliche Begründung für die Bundeswehr in ihrem Auftrag begründet liegt,

einen Beitrag zur Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten. Diese »Wurzeln« gingen verloren, wenn die Bundeswehr nun am Deutschen Bundestag und letztlich auch an der Regierung vorbei eingesetzt werden kann.

Die gewünschte Reform würde einhergehen mit einer qualitativen Veränderung bei der Europäischen Union: Man will in einem Bogen von der Westküste Afrikas bis zum Persischen Golf militärische »Verantwortung« übernehmen. Das aber ist genau das Gebiet, welches von kolonialen Expansionen unserer europäischen Bündnispartner, vornehmlich Großbritannien und Frankreich, bestimmt wurde. Wie die Entwicklungen etwa in der Zentralafrikanischen Republik, Libyen oder Syrien deutlich machen, ist die koloniale Herrschaft als Grundlage für heutige Umbrüche dort anzusehen. Soll nun diese Zone des ehemaligen kolonialen Gestaltungswillens sowie des entsprechenden, auch ökonomischen Einflusses das »nahe Ausland« für das Europa der Europäischen Union werden?

Die militärische Qualität der Europäischen Union – welche ja gleichfalls über Truppen verfügt, was aber nur wenig bekannt ist – muss nicht erst in langen öffentlichen Debatten errungen werden. Die notwendige Vorarbeit sowie Erfahrung sind längst getätigt und gesammelt: Zwischen dem Kongo und dem Horn von Afrika werden seit Jahren Militäreinsätze der EU abgewickelt, eine Mandatierung durch die UN ist dabei gewiss. Zwar scheiterte die Installation großer EU-Hauptquartiere und einheitlicher Kommandostrukturen nach dem Vorbild der NATO an englischen, amerikanischen und türkischen Interventionen, doch ist ein kompletter »Werkzeugkasten« bereits vorhanden: nationale Hauptquartiere, die als Basis für EU-Operationen dienen könnten, ausbaufähige EU-Operationsstrukturen und notfalls zur Verfügung stehende NATO-Führungsstrukturen. Die offenkundige Unzufriedenheit in Paris über die deutsche Weigerung gegen eine deutsch-französische Brigade hatte schnell Besuche deutscher Minister in Paris zur Folge. Inzwischen waren auch vonseiten der Bundeskanzlerin Überlegungen zu möglichen gemeinsamen Kampfeinsätzen zu vernehmen. Die in Friedenszeiten designierten EU-weiten Kontingente der EU-Kampfgruppen ließen jedenfalls einen unverzüglichen Einsatz zu, wenn der Parlamentsvorbehalt fiele. Es ist indes nicht zu erkennen, aus welchem Grund deutsche Soldaten jemals in diesen Gebieten ihre Haut zu Markte tragen sollten.

Da kommt etwas auf Deutschland zu, wenn die notwendige Zustimmung des Bundestages zu einem Kriegseinsatz zugunsten eines verschleiernden Formel-

kompromisses aufgegeben werden sollte. Mit dem Aussetzen der allgemeinen Wehrpflicht geriet die deutsche Souveränität in militärischen Angelegenheiten in der NATO und auch in der Europäischen Union bereits auf die schiefe Bahn, weil damit der Eckpfeiler in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger beseitigt worden ist. Das spiegelt sich auch im Bundestag wider. In der Sekunde, wo der Parlamentsvorbehalt fällt, geht die tatsächliche Befehls- und Kommandogewalt über die deutschen Streitkräfte auf die NATO und ggf. die Europäische Union über. Und es bedarf keiner besonderen Vorstellungskraft, den nächsten Schritt ins Auge zu fassen. Schnell lassen sich Gründe finden, den Einsatz der Bundeswehr im Innern neu zu diskutieren und, unbeschadet bestehender rechtlicher Rahmenbedingungen, diesen Einsatz zu erlauben. Dann wird, jeder Regierungsbeteuerung zum Trotz, der amerikanische Oberbefehlshaber der NATO die erste Entscheidung über den Einsatz der Bundeswehr gegen das eigene Volk treffen. Der Möglichkeit, dass deutsche Soldaten gegen deutsche Bürger eingesetzt werden, wären damit Tor und Tür geöffnet. Warum nicht an Nordirland denken? Ans nahe Ausland oder gar ans ferne?

»Keine Pax Americana, welche die Amerikaner der Welt mit kriegerischen Mitteln aufzwingen ... Frieden nicht nur für Amerikaner, sondern für alle Männer und Frauen – Frieden nicht nur in unserer Zeit, sondern Frieden auf immer und ewig.«

John F. Kennedy, 1963

Visionen vom Frieden

Von Wolfgang Effenberger und Willy Wimmer

Im Jahr 2014, einhundert Jahre nach dem Auftakt zur Urkatastrophe auf den Schlachtfeldern um Lüttich, schlagen die Kriegstrommeln noch lauter als 1914. Die Mahnungen und Warnungen ehemaliger US-Politiker – von Ron Paul bis Robert Gates – vor einer außer Kontrolle geratenen US-Außenpolitik scheinen vergessen. Den Bankrott vor Augen, schiebt Präsident Barack Obama trotzig weitere Militärbasen vor die Türschwellen Chinas und Russlands. Und all das im Namen einer »neuen Weltordnung«. Der russische Staatschef Wladimir Putin wird sogar in gesteigerter Dämonisierung mit Adolf Hitler verglichen. Als sich die ehemalige amerikanische Außenministerin und voraussichtliche demokratische Präsidentschaftskandidatin für 2016, Hillary Clinton, am 5. März 2014 zu diesem Vergleich aufschwang, stimmte ihr John McCain, der republikanische Präsidentschaftskandidat von 2008, prompt per Twitter zu.[1]

Am 26. März 2014 nannte Obama in seiner Brüsseler Rede an die Jugend die Bedingungen einer »New World Order«, an deren Aufbau, wie er besonders betonte, seit Generationen gearbeitet würde. In der Tat findet sich die Phrase »Novus ordo seclorum« seit 1782 auf der Rückseite des Großen Siegels der Vereinigten Staaten und seit 1935 auf der Rückseite der Dollarnote. Friedensnobelpreisträger Barack Obama beruft sich nun wie seine Vorgänger auf die hehren Ideale von Freiheit und Gleichheit aller Bürger, welche gegen eine autoritäre Auffassung von Macht mit allen Mitteln verteidigt werden müssten. Doch hinter dieser Fassade verbirgt sich purer Imperialismus, was sich darin zeigt, dass die Drohnenangriffe unter seiner Präsidentschaft erheblich zunahmen, denen seither Tausende von Menschen zum Opfer fielen. Auch Unbeteiligte wurden getötet.[2]

Offenbar getrieben von einer modernen Variante der »Manifest Destiny«, wurden bereits Anfang 2005 Vortrupps der amerikanischen Streitkräfte nach Polen, Bulgarien und Rumänien entsandt, um geeignete Orte für neue NATO-Standorte zu eruieren und Häfen, Flughäfen und Trainingsgelände zu inspizieren.[3] Inzwischen sind diese Länder längst eingegliedert. Irgendwann dürfte sich die NATO bis ans Kaspische Meer erstrecken und damit die Seidenstraßenträume wahr werden.[4] Reagans ehemaliger Vizefinanzminister Paul Craig Roberts monierte am 15. Februar 2014, dass Washington die Reagan-Gorbatschow-Vereinbarungen gebrochen habe, indem es die NATO auf den Gebieten des ehemaligen sowjetischen Imperiums erweiterte. Es beabsichtige damit, *»Russland zu neutralisieren«*. Nun wolle es *»einzelne, ehemalige Teile Russlands an sich und in die NATO … bringen – Georgien und die Ukraine«*[5]. Wenig später stellte er fest, dass die Westmächte wieder dabei sind, *»sich schlafwandelnd auf den Weg in einen zerstörerischen Konflikt zu begeben. Sein Streben nach weltweiter Vorherrschaft hat Washington dazu bewogen, sich in die inneren Angelegenheiten der Ukraine einzumischen.«*[6] Durch Washingtons Ansinnen, in der Ukraine ein »Regime Change« durchzusetzen, sieht Roberts zwei Probleme auf die USA zukommen: Auf der einen Seite könnten die eingesetzten »Marionetten« die Kontrolle über die Proteste verlieren, zum anderen könnte der Einfluss bewaffneter radikaler Elemente mit historischen Verbindungen zum Nationalsozialismus gefährlichen Entwicklungen den Boden bereiten. Darüber hinaus betrachte Russland den Übernahmeversuch der Ukraine durch die EU und die NATO als »strategische Bedrohung«. Nach Roberts geht es bei allen Bestrebungen amerikanischer Außenpolitik darum, Russland als handlungsfähigen Gegenspieler auszuschalten – ebenso wie es 1914 darum ging, das Deutsche Reich als »Global Player« von der Weltbühne zu verweisen. Roberts hält es für nicht sonderlich klug von der russischen Regierung (wie auch von der inzwischen weggeputschten ukrainischen Regierung), eine *»große Anzahl von US-finanzierten NROs als Washingtons Agenten unter dem Deckmantel der ›Menschenrechtsorganisationen‹ am ›Aufbau der Demokratie‹ mitarbeiten zu lassen«*. Es sei an der Zeit, die Welt nicht mehr in »gut« oder »böse« einzuteilen, denn »das Böse« sei auch unter dem Deckmantel des »Guten« anzutreffen.[7]

Am 28. Mai 2014 feierte Obama vor applaudierenden Kadetten in Westpoint die Doktrin eines amerikanischen Exzeptionalismus. Demnach bilden die Vereinigten Staaten eine Art Vorbild für den Rest der Welt, aufgrund ihrer kulturellen, historischen, politischen und religiösen Einzigartigkeit habe sie sich

gleichsam dem Auftrag und der Verpflichtung zu stellen, führende Ordnungsmacht zu sein. Als Instrumente für eine »Welt im Wandel« (World in Transition – gemäß Strategiepapier »TRADOC 525-5 FORCE XXI Operation«) dienen seit 1994 die Eskalationsstufen Aufruhr – Krise – Konflikt – Krieg. Auf der untersten Stufe der Dynamik ist dann wohl die »Demokratie-Förderung« im Stil des »National Endowment for Democracy« anzusiedeln. Es folgen »Operations other than War« (OOTW): vom Finanz- über den Cyberkrieg, den Einsatz verdeckter Spezialeinheiten bis zum Drohnenkrieg und alle Facetten von Schattenkriegen – alles gerechtfertigt und abgesegnet durch den amerikanischen Exzeptionalismus. Wirken hier die elitären Überzeugungen Josiah Strongs, John Burgess' oder Cecil Rhodes' nach, die Ende des 19. Jahrhunderts die Auserwähltheit der Angloamerikaner postulierten? Zumindest scheint Obama vom *»Superior Political Genius«*[8] der Amerikaner überzeugt, welcher dazu verpflichtet, wenn nötig mit Gewalt und unter Besitznahme des Landes, die zivilisatorische Arbeit in der unterentwickelten Welt zu übernehmen.[9] *»Ich glaube an den amerikanischen Exzeptionalismus mit jeder Faser meines Seins«*, tönte der US-Präsident vor seinen Soldaten. *»Was uns jedoch exzeptionell macht, ist nicht unsere Fähigkeit, uns über internationale Normen und den Rechtsstaat hinwegzusetzen, es ist unsere Bereitschaft, diese durch unsere Handlungen zu bekräftigen«* – Handlungen, die seit 1945 mehr als 20 Millionen Menschen das Leben gekostet haben. Allein im 21. Jahrhundert wurden sieben Länder völlig oder teilweise zerstört, und die damit verbundenen Flüchtlingsströme nehmen kein Ende.

Die Vereinigten Staaten wünschen sich ein »atlantisches Europa«, es soll zwar ökonomisch integriert, friedfertig und stabil sein, doch eben auch unfähig, in strategischen und diplomatischen Bereichen selbstständig zu agieren, und schon gar nicht in politischer Opposition zu den USA – Brzezinski spricht von tributpflichtigen Vasallen. Diesen Eindruck verstärken so manche in die transatlantischen Netzwerke eingebundene Politiker und Leitmedienjournalisten. Wir verweisen hier auf die Mitgliederliste des »Council on Foreign Relations«. Die einstige Überschrift der Webseite ließ Unheilvolles ahnen: »EU versus Russia.« Helmut Schmidt ist auf der Liste nicht zu finden. Der Altkanzler mahnt: *»Es gibt für die Mehrheit der kontinentaleuropäischen Nationen in absehbarer Zukunft weder einen strategischen noch einen moralischen Grund, sich einem amerikanischen Imperialismus willig unterzuordnen. Wir sollten nicht zu willfährigen Ja-Sagern degenerieren.«*[10]

Eine offene und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa müsste mittel- wie langfristig auch im Interesse Washingtons lie-

gen. Walter Hallstein (1901–1982), ehemaliger Präsident der EWG-Kommission, definierte sie als *»das Gegenteil einer monolithischen Atlantischen Gemeinschaft, in der die europäischen Staaten als Brückenkopf gegen den Osten fungieren wie einst die hellenischen Siedlungen in Kleinasien ... Das Freie Europa muss seine eigene Persönlichkeit entwickeln, um ein Partner für Amerika zu werden und als Magnet auf die Länder Osteuropas zu wirken.«*[11] Das bedeutet aber auch, Russland nicht länger argwöhnisch zu beäugen. Selbst General de Gaulle, so hebt Ronald Steel hervor, habe zwar nie Sympathien für den Kommunismus gehegt, doch *»betrachtete er Rußland immer als integralen Bestandteil der europäischen Kultur, als einen verirrten Bruder in der Gewalt einer drückenden und bedrückenden Ideologie, von der er sich schließlich befreien würde, um sich seinen europäischen Geschwistern wieder anzuschließen.«*[12]

Für Altkanzler Helmut Schmidt ist Putin ein aufgeklärter Potentat, der sich von der amerikanischen Regierung in keiner Weise ernst genommen fühlt. Auf die Frage, ob das gefährlich für den Weltfrieden sei, antwortete Schmidt dem *Zeit-Magazin: »Nein, für den Frieden der Welt geht von Russland heute viel weniger Gefahr aus als etwa von Amerika.«* Und er geht sogar weiter: *»Auch wenn die USA in den nächsten Jahrzehnten weitaus handlungsfähiger sein werden als die Europäische Union, auch wenn die Hegemonie Amerikas für längere Zukunft Bestand haben wird, müssen die europäischen Nationen gleichwohl ihre Würde bewahren«*, denn, so Schmidts Credo: *»Die Würde beruht auf dem Festhalten an unserer Verantwortung vor dem eigenen Gewissen.«*[13] Und aus dieser Verantwortung heraus sollte Europa die außenpolitischen Absichten der USA kritisch hinterfragen und darf das Amalgam aus geostrategischen, wirtschaftspolitischen und hegemonialen Interessen nicht beschönigend als »militärischen Humanismus« beschreiben.[14]

De Gaulle musste die von ihm beschworene Vision eines Europas vom »Atlantik bis zum Ural« mit ins Grab nehmen. Also sollten wir uns mit der Rolle des Juniorpartners begnügen und uns damit bescheiden, die Auswüchse amerikanischer Politik nicht zu groß werden zu lassen. Das amerikanische Hegemonialstreben und die angelsächsischen Kohäsionskräfte werden leider die Vision Victor Hugos auch in absehbarer Zeit nicht wahr werden lassen.

Ein Tag wird kommen, wo Ihr, Frankreich,
Russland, Ihr, Italien, England,
Deutschland, all Ihr Nationen des
Kontinents, ohne die besonderen

Eigenheiten Eurer ruhmreichen
Individualität einzubüßen, Euch eng zu
einer höheren Gemeinschaft
zusammenschließen und die große
europäische Bruderschaft begründen
werdet. Ein Tag wird kommen, wo es keine
anderen Schlachtfelder mehr geben wird als
die Märkte, die sich dem Handel öffnen,
und die Geister, die für Ideen geöffnet sind.

Victor Hugo, Douze discours, 1850

Das politische Europa ist weder eine zweitrangige noch überhaupt eine Macht. Es ist eher eine Ansammlung von Staaten, »*die auf der westlichen Halbinsel Asiens zusammengedrängt sind und von Riesen beherrscht werden*«[15], die eines Tages über die Welt gebieten werden: Amerika und Russland.

Nach Bushs Siegeserklärung 2003 unter dem Banner »Mission accomplished« stellte der amerikanische Historiker Howard Zinn (1922–2010) die Frage: »*Nachdem der Krieg im Irak gewonnen ist: Werden wir Amerikaner uns in unserer Militärmacht sonnen und – wider die Geschichte moderner Imperien – darauf pochen, das amerikanische Imperium sei segensreich? Die Geschichte unserer Nation zeigt anderes.*«[16] Da bleibt nur noch an das Gebet der Vereinten Nationen zu erinnern:

Unsere Erde ist nur ein kleines Gestirn im großen Weltall.
Uns obliegt es, daraus einen Planeten zu machen,
dessen Geschöpfe nicht von Kriegen gepeinigt werden,
nicht von Hunger und Furcht gequält,
nicht zerrissen von sinnloser Trennung nach Rasse,
Hautfarbe oder Weltanschauung.
Gib uns den Mut und die Voraussicht,
schon heute mit diesem Werk zu beginnen,
auf dass unsere Kinder und Kindeskinder
einst mit Stolz den Namen Mensch tragen.

Stephen Vincent Benet

Eine Politik gegen die UN und gegen wohlwollende Verbündete könnte für die USA fatale Folgen haben. Während sie sich als Weltpolizist betätigen, wird ihre Wirtschaft von ausländischen Investoren aufgekauft. Allein China hält im Jahr 2013 amerikanische Staatsanleihen in Höhe von 1300 Milliarden (2005: 120 Milliarden), Japan weitere 1100 Milliarden (2005: 141 Milliarden). Diese Konzentration im asiatischen Raum bedeutet, dass von dort aus Druck auf Wirtschaft und Politik ausgeübt werden kann. In Ihrem Buch über die »Uneingeschränkte Kriegsführung« beschreiben Qiao Liang und Wang Xiangsui, zwei Obristen der chinesischen Volksbefreiungsarmee, Amerika als kommenden Gegner. Zum Schlachtfeld wird für die nächsten zwei Dekaden der gesamte Wirtschaftsraum erklärt, wobei den Autoren zufolge ein Wirtschaftskrieg genauso zerstörerisch sein kann wie ein militärischer Angriff, nur dass kein Blut vergossen werde.[17] Den Historikern geben die Obristen den seit jeher gültigen Rat, den Abschnitten über wirtschaftliche Auseinandersetzungen äußerste Aufmerksamkeit zu schenken. Damit es nicht zu einem dritten Weltkrieg in Eurasien kommt, müssen die in der transatlantischen Wolle eingewobenen europäischen Politiker endlich zu einem eurasischen Wirtschaftsraum finden.

Zu kritisieren ist weiterhin, dass sich die USA nicht um die Folgen ihrer Kriege kümmern, etwa nach Einsatz von Streubomben oder Geschossen aus abgereichertem Uranium, welche auch Zivilpersonen schädigen. Dadurch werden Flüchtlingsströme losgetreten – nach dem Vietnamkrieg versuchten über 1,6 Millionen Vietnamesen per Boot über das Südchinesische Meer zu fliehen, und fast 250 000 »Boat People« fanden den Tod. Wer erinnert sich nicht an die dramatischen Bilder vom Einsatz des deutschen Hilfsschiffes Cap Anamur? Nach dem Irak-Krieg suchten etwa zwei Millionen Iraker Zuflucht in Syrien und Jordanien. Nach einem EU-Beschuss nahm Europa 10 000 irakische Flüchtlinge auf.[18]

Europa sollte im Sinne des Weltfriedens mehr darauf dringen, dass die USA von ihrer Kreuzzugsmentalität ablassen. Ihnen muss deutlich gemacht werden, dass die Kriege entlang der Seidenstraße nicht zu gewinnen sind. Die Kriege im Gefolge der Geostrategie höhlen bereits heute das Völkerrecht aus und missachten fundamentale Menschenrechte. Europa aber sollte im Fundament des Völkerrechts verankert bleiben und gleichsam als Leuchtturm für andere wirken. Dazu muss es für einen gerechten Ausgleich unter den Nationen sorgen, auf die Stärkung und Demokratisierung der Vereinten Nationen drängen und mit Initiativen zur nichtmilitärischen Streitbeilegung dem Frieden dienen.

Die Epoche des Kalten Krieges, so konstatiert der britische Autor Malcolm Todd, werde nach erst dann überwunden sein, wenn Russland, Japan und Deutschland ihre volle außenpolitische Handlungsfreiheit wiedergewonnen haben. Todds Vision vom Frieden postuliert erneut die Balance of Power: »*Das Gleichgewicht der Mächte – Europa, Amerika, Russland, Japan, China – wird die internationale Politik prägen. Keine einzelne Macht wird für sich in Anspruch nehmen können, sie allein verkörpere ›das Gute‹ auf der Welt. Und der Frieden wird dann sicherer sein.*«[19] Nicht die »Enttabuisierung des Militärischen« ist also gefragt, sondern die Rückbesinnung auf eine der Humanität verpflichtete »Kultur der Zurückhaltung«.[20]

An dieser Stelle sei an die Friedensarbeit des ehemaligen demokratischen US-Justizministers Ramsey Clark (geb. 1927) erinnert.[21] Ihm zufolge spiegelt sich im Krieg der Charakter eines Volkes. Die Vorbereitung, Planung, die Begeisterung für ihn, der Auftrag dazu – all das sei nur möglich »*durch die bewusste Entscheidung einiger weniger und ihre Billigung oder Hinnahme durch viele andere. Über Krieg wird von einem Volk entschieden, das die Macht dazu hat. Zum Krieg führende Handlungen, Taten im Krieg sind Ergebnis eines gewollten Verhaltens.*«[22] Für Clark wird die amerikanische Kultur samt ihren Medien von Gewalt, Krieg, Gier, materiellem Reichtum, Ausbeutung und Machtstreben beherrscht. Zugleich mache die US-Regierung reihenweise finanzschwache Staaten zu ihren Vasallen, »*beutet ihre Vorkommen, ihre Arbeitskräfte aus und missbraucht und missachtet die Armen im eigenen Land – gleichzeitig gibt sie vor, im Namen von Demokratie und Freiheit zu handeln*«[23]. Noch nie hätten Kriege als Mittel der Politik zu einem wirklichen oder andauernden Frieden geführt, denn die Ergebnisse würden selten dauerhaft vom Besiegten hingenommen. »*Wer Frieden durch Krieg erstrebt, bereitet den Boden für den nächsten Krieg und verdirbt seinen eigenen Charakter.*«[24] Um weitere Katastrophen zu vermeiden, müsse die moderne Kriegstechnik gezügelt, wenn nicht sogar abgeschafft werden. Dagegen müsse die Vision vom Frieden verwirklicht werden. »*Es gibt kein höheres Ziel, dem man seine ganze Energie, seine ganze Vorstellungskraft widmen kann*«, so Ramsey Clark. »*Nichts anderes wird mehr zählen, wenn wir hier versagen. Nichts deutet darauf hin, dass die nationalen Regierungen uns Wege zum Frieden erschließen, denn sie kennen nur die Gewalt als ultima ratio ihrer Politik.*«[25] Clark hält die Menschheit für fähig zum Frieden. Er muss nur gewollt werden. Daher sein Appell: »*Unseren Willen zum Frieden zu stärken, unsere Vision von einer besseren Welt leben zu lassen, dazu brauchen wir Leidenschaft: Sie ist die Triebfeder menschlichen Handelns. Die Leidenschaft der Menschheit muss der Frieden sein.*«[26]

Der Wille zum Frieden aber kann jedoch nur entfacht werden, wenn der Einzelne in der Lage ist, die Wahrheit zu erkennen. Dazu muss er den von Propaganda, Desinformation und Manipulation gewobenen Schleier durchdringen können und braucht eine große Portion Misstrauen gegenüber der Berichterstattung der Mainstream- und Leitmedien, die fest in der Hand der Finanzelite und der Regierenden sind. Der Journalist und Islamexperte Peter Scholl-Latour (1924–2014), Altmeister des seriösen Journalismus, urteilt über die modernen Medien abfällig: Sie verkaufen uns für dumm, wir leben im Zeitalter der medialen Massenverblödung. *»Wenn man sich einmal anschaut, wie einseitig die hiesigen Medien, von TAZ bis Welt, über die Ereignisse in der Ukraine berichten, dann kann man wirklich von einer Desinformation in großen Stil sprechen. »Das größte Problem sind die Fabriken der Desinformation in North Carolina, London oder Israel. Die zielen auf deutsche und europäische Medien. Und das klappt.«*[28]

Josef Joffe verweist indes auf die Agitationspropaganda auf russischer Seite. Die Kritiker der westlichen Politik – hier macht Joffe vor allem Die Linke um Sahra Wagenknecht aus – seien auf die Stichwortgeber im Kreml hereingefallen. Bei denen würde es in der Aufmerksamkeitsökonomie nur darum gehen, zu diskreditieren, anstatt zu analysieren.[29] Liest Joffe nicht die Analysen amerikanischer Politiker wie Paul Craig Roberts, Ron Paul oder Patrick Buchanan? Sind die Kritiker der Obama-Politik auch auf die Stichwortgeber des Kremls hereingefallen?

John J. Mearsheimer, Politologe an der Universität Chicago, schrieb am 13. März 2014 in der *New York Times*, dass Obamas Sanktionspolitik und die Unterstützung der neuen Regierung ein großer Fehler sei und zu mehr Problemen fuhren werde. In den Augen der US-Administration trage Putin allein die Schuld – und seine Motive seien illegitim. *»Das ist falsch«*, stellt Mearsheimer sachlich fest.[30] Dieser Text zeigt, dass es in den USA auch ernst zu nehmende, besonnene Stimmen gibt, die nicht gleichgeschaltet sind. Leider finden diese amerikanischen Stimmen in unseren Leitmedien kein Forum.

Was die Agitation der Leitmedien angeht, scheint sich seit 1914 kaum etwas geändert zu haben. Die Menschen, die sich aufgeklärt fühlen, sind wieder unbewusst Opfer der Propaganda. *»Wenn die Leute fragen, warum wir gestorben sind, sag ihnen: weil unsere Väter gelogen haben«*[31], ließ der Dichter Rudyard Kipling auf den Grabstein seines gefallenen Sohnes schreiben.

Doch da nach Versailles die deutsche Alleinschuld zementiert wurde, brauchte niemand die Lügen der Väter aufzudecken. Lüge und Krieg sind siamesische Zwillinge. Da heute weiter Krieg geführt wird, muss auch weiter ge-

logen werden. So sind bisher kaum Lehren aus dem Ersten Weltkrieg gezogen worden. Der Brite John Maynard Keynes sollte recht behalten: Er erwartete von der Zerschlagung der Vielvölkerstaaten Osterreich-Ungarn, Russland und Türkei vor allem eines – die Entstehung »*habgieriger, eifersüchtiger, unreifer und wirtschaftlich unselbstständiger Nationalstaaten*«[32]. Die Folgen der Nachkriegsregelung zeigen sich heute noch in der Tagespolitik. Während das hoffnungslos bankrotte transatlantische Finanzsystem auf einen Kollaps zusteuert, geht die Weltkrieg-Eins-Politik munter weiter. Und Paul Craig Roberts fühlt sich angesichts der raffinierten Propaganda Washingtons zu der besorgten Frage veranlasst: »*Wacht die Welt noch rechtzeitig auf?*«[33]

Die Autoren

Willy Wimmer, Jahrgang 1943, verheiratet, ein Sohn, ist seit seinem zweiten Staatsexamen als Rechtsanwalt in Mönchengladbach tätig. Von 1969 bis 1980 gehörte er dem dortigen Stadtrat an. 1976 wurde er Mitglied des Deutschen Bundestages, das er bis 2009 blieb.

Ab 1985 leitete er als Vorsitzender drei Jahre lang die Arbeitsgruppe »Verteidigungspolitik« der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, anschließend wirkte er als Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministers der Verteidigung (bis 1992). Seine besonderen Schwerpunkte waren die Integration der deutschen Streitkräfte im Zuge der Wiedervereinigung sowie die Zusammenarbeit mit den damals in Deutschland stationierten sowjetischen Truppen.

Im Juli 1994 wurde er zum Vizepräsidenten der Parlamentarischen Versammlung der KSZE/OSZE berufen. Dieses Amt hatte er bis Juni 2000 inne. Willy Wimmer ist ausgewiesener Experte für globale Sicherheitspolitik und führte über Jahrzehnte auf allen Kontinenten Gespräche auf höchster staatlicher Ebene. So vermittelte er 1998 erfolgreich einen Gefangenenaustausch zwischen Iran und Israel.

Ein Jahr darauf gehörte er zu einer Reihe deutscher Politiker, die sich gegen den Kosovo-Krieg aussprachen. Wimmer nannte ihn einem »ordinären Angriffskrieg« und warf insbesondere Außenminister Joschka Fischer und Verteidigungsminister Rudolf Scharping schwerwiegende Manipulation vor. 2003 wies er in einem Offenen Brief an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gemeinsam mit Peter Gauweiler auf den Verstoß gegen das Völkerrecht hin und zog Parallelen zwischen dem Jugoslawien- und dem Irak-Krieg. Nach dem Beschluss des Bundestages vom 9. März 2007, Tornadoflugzeuge in Afghanistan einzusetzen, reichten beide Abgeordnete Klage beim Bundesverfassungsgericht ein.

Seit Beginn der Ukrainekrise tritt Willy Wimmer erneut mit warnenden und kritischen Beiträgen an die Öffentlichkeit.

Wolfgang Effenberger wurde 1946 im südoldenburgischen Lohne geboren. Mit 18 Jahren verpflichtete er sich als Zeitsoldat bei der Bundeswehr. Nach der Offiziersausbildung studierte er dort Bauingenieurwesen und erhielt dann als Pionieroffizier Einblick in das von den USA vorbereitete »atomare Gefechtsfeld« in Europa. Dienstliche Kontakte zur 7thUS-Engineer Brigade in Kornwestheim, wo Offizieren noch die Abkommandierung in den Vietnamkrieg drohte, weckten das Interesse für geopolitische Zusammenhänge. So begann er an der Hochschule für Politik in München Politikwissenschaften zu studieren.

Nach 12-jähriger Dienstzeit folgte das Studium für das Höhere Lehramt an beruflichen Schulen (Mathematik und Bauwesen, TU München). Anschließend unterrichtete er bis 2000 an der Fachschule für Bautechnik. Daneben wurde Effenberger als Mobilmachungsreservist zu regelmäßigen Wehrübungen eingezogen, letztmalig im September 1989 als wehrübender Divisionspionierführer bei der Großübung »Offenes Visier«.

Gemeinsam mit Professor Konrad Löw veröffentlichte er ein Standardwerk über die amerikanische Geschichte (»Pax americana«, München 2004). Weitere Titel folgten, so etwa »Das amerikanische Jahrhundert« in zwei Bänden (München 2011). Sein letztes Werk »Deutsche und Juden vor 1939. Stationen und Zeugnisse einer schwierigen Beziehung«, das er zusammen mit dem israelischen Friedensfreund Reuven Moskovitz verfasste, erschien 2013 im Verlag zeitgeist Print & Online.

Wolfgang Effenberger lebt als freier Publizist am Starnberger See.

Briefe von Willy Wimmer

Denkschrift vom 20. Dezember 1989 an Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl über die NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschland

Willy Wimmer, MdB
Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Niederrhein

An den
Vorsitzenden der CDU Deutschlands
Herrn Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl
Bundeskanzleramt
Adenauerallee 141
5300 Bonn 1

20. Dezember 1989

(Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!)

Die bewegenden Ereignisse der vergangenen Wochen haben mich dazu bewogen, einige Gedanken zu Papier zu bringen, die meines Erachtens zur Beleuchtung gegenwärtiger und zukünftiger europäischer Politik beitragen können.

Ich denke, daß diese Gedanken Sie interessieren könnten, und füge sie deshalb diesem Schreiben bei.

Es ist nicht meine Absicht, das anliegende Papier weiteren Personen auszuhändigen.

(Mit freundlichen Grüßen,
Ihr Willy Wimmer)

Das Wissen um die Notwendigkeit von Stabilität in Europa und die Einsicht, daß deshalb die Frage der deutschen Einheit in Ost und West mit Zurückhaltung und Bedenken betrachtet wird, konfrontieren die Bundesregierung heute mehr denn je mit dem politischen Postulat, daß die Einheit Deutschlands mit derjenigen Europas Hand in Hand zustandekommen soll. Als eine Möglichkeit steht dem im Grundsatz nichts entgegen, sofern die ablaufenden Prozesse in diesem Sinne steuerbar sind.

Wir konnten allerdings in den letzten Wochen deutlich sehen, daß die Politik an der normativen Kraft des Faktischen nicht vorbeikommt. Warum sollte das in nächster Zukunft anders sein, von der wir weniger denn je wissen, wohin und mit welcher Dynamik sie verläuft?

Falls also die Geschichte die Lösung der deutschen Frage im Sinne der Selbstbestimmung der Völker, wie sie im Prozeß der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa festgeschrieben ist, *schneller* einfordert, als behutsame gesamteuropäische Planungsprozesse dies scheinbar vermögen, muß die Politik hierfür eine Antwort, ein *vorausschauendes Konzept* parat haben.

So ist also die Frage zu prüfen, ob die Selbstbestimmung der Deutschen im Sinne einer staatlichen Einheit auch möglich sein kann, obwohl der Weg zu einem wie auch immer zu beschreibenden vereinten Europa noch nicht zu Ende gegangen ist. Gewissermaßen als *Etappenziel,* als *Zwischenlösung*, die einem angestrebten Europa mit neuem Gesicht förderlich ist.

Eine solche Erörterung ist deshalb unverzichtbar, weil wir wissen, daß Konzepte, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker wegen anderer politischer Überlegungen zu rückstellen wollen, Zündstoff in sich bergen und auf Dauer keinen Bestand haben.

Um diesen Zündstoff geht es.

Soll er bald entschärft werden oder über Jahre zu einem vereinten Europa – eine heute immer noch sehr unbestimmte Formel – als unkalkulierbarer Faktor „mitgeschleppt" werden, als Ballast mit hoher politischer Brisanz?

Liefe die Trennungslinie durch Europa entlang normaler Grenzen, könnte dem Zusammenwachsen dieses Kontinents mit einer gewissen Gelassenheit entgegengeblickt werden. Die gleichzeitige Teilung Deutschlands läßt aber Gelassenheit beim Betrachten der tiefgreifenden Veränderungen in Europa kaum zu.

Was dient also den Interessen Europas eher: Ballast mitzuschleppen oder ihn abzuwerfen?

Zunächst sollten wir feststellen, daß zwischen Ost und West ein neuer Geist herrscht, der auf den Abbau der *politischen* und *militärischen* Konfrontation gerichtet ist.

Hält dieser Prozeß an, wird die Entwicklung zu einer neuen Friedensordnung in Europa die militärische Bedeutung der Bündnisse *erheblich vermindern.*

Schlußfolgerungen hieraus sollten jedoch erst nach einer grundsätzlichen Betrachtung der bestehenden Bündnisse gezogen werden.

Denn es darf nicht verkannt werden, daß NATO und Warschauer Pakt so ohne weiteres nicht vergleichbar sind, es niemals waren. Dieser Gedanke ist deshalb wichtig, weil häufig die Forderung erhoben wird, beide Bündnisse gleichzeitig aufzulösen.

Beim Warschauer Pakt handelt es sich um eine *Hegemonialstruktur* der Sowjetunion, die den Zielsetzungen offensiver stalinistischer Machtpolitik zu dienen hatte. Diese überwiegend politisch zu deutende, allerdings in bedrohlicher Weise militärisch unterfütterte Hegemonialstruktur ist nun in der Auflösung begriffen, weil sie der Sowjetunion politisch, militärisch und wirtschaftlich zur gewaltigen Last geworden ist, die nun abgeschüttelt wird, zumindest in ihrer althergebrachten Bedeutung.

In jedem Fall verliert der Warschauer Pakt seine Bedeutung als militärisch sinnvolles Vorfeld der Sowjetunion.

Dort entwickeln sich nun beinahe folgerichtig – mit Zustimmung der Sowjetunion – demokratische Strukturen, die allerdings nicht zur Destabilisierung der machtpolitischen Balance in Europa führen sollen. Dies könnte sich beispielsweise durch das machtpolitische Ausnutzen dieses Prozesses durch die andere Führungsmacht ergeben, aber auch durch europäische Staaten.

Betrachtet man die Anfänge der NATO, so kommt in Erinnerung, daß die Aufgabe dieses Bündnisses zum einen darin besteht, eine *politische Stabilität* nach innen sicherzustellen, die europäischen NATO-Staaten, insbesondere nach Beitritt der Bundesrepublik, untereinander auszutarieren. Das macht die Mitgliedschaft der USA in diesem Bündnis von Anfang an unentbehrlich.

Dafür waren und sind auch weiterhin amerikanische Truppen in Europa notwendig. Die vordringlichste Aufgabe der NATO bestand und besteht aber zweifellos darin, gegenüber der Sowjetunion, der anderen militärischen Großmacht, die *militärische Stabilität* in Europa zu wahren.

Die NATO stellt keine Hegemonialstruktur dar. Sie ist von Anfang an ein *auf Stabilität ausgerichtetes Instrument* gewesen, die Mitgliedschaft ist freiwillig, das Ziel keine politische Gleichschaltung.

Mit der Auflösung der NATO als Bedingung einer Auflösung des Warschauer Paktes würde mit dem Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa der Ansprechpartner der Sowjetunion, die USA, für europäische Stabilitätsbemühungen realistischerweise nicht mehr zur Verfügung stehen.

Dies kann bei der derzeitigen Lage im sowjetischen Einflußbereich nicht im Interesse der Sowjetunion sein.

Für sie werden die USA in Zeiten des Umbruchs, der Verunsicherung und der vielen Fragezeichen als ein wesentliches Stabilisierungsmoment benötigt – als einflußreiche, die NATO politisch verklammernde Führungsmacht, die *anstehende Klärungsprozesse* in stabilisierendem Sinne hinlänglich zu *steuern* vermag. Und dabei mag es beinahe von untergeordneter Bedeutung sein, ob diese Klärungsprozesse innerhalb oder außerhalb des westlichen Bündnisses anstehen.

Folgerung: Gerade *wegen* der Auflösungstendenzen im Warschauer Pakt muß die Sowjetunion an dem Fortbestehen der NATO interessiert sein, deren Führungsmacht eine *Garantie* zu geben *bereit und in der Lage ist,* daß der Westen aus den Neuerungen in Europa keine einseitigen Vorteile zieht, sondern sich der Stabilität und dem Ausgleich verpflichtet fühlt.

Es scheint sicher, daß darüber *Einvernehmen* zwischen den USA und der Sowjetunion besteht und daß ohne Zweifel das gesamte westliche Bündnis diese Politik unterstützt.

Zurück zur deutschen Frage. Der Einheit Deutschlands steht dann nichts im Wege, wenn die *militärische Stabilität* in Europa dadurch nicht gefährdet wird und der *politische Nutzen* – Entschärfung der deutschen Frage – für alle zweifelsfrei ist.

In einer Zeit, wo sich die Sowjetunion ohnehin mit einiger Sicherheit bereits die Frage stellt, ob es nicht insgesamt nützlicher wäre, ihre in Osteuropa stationierten Truppen hinter ihre eigenen Grenzen zurückzuholen, *darf die militärpolitische Bedeutung der DDR nicht so hoch eingeschätzt werden, daß dadurch die weitaus wichtigeren politischen Prozesse in Europa behindert werden könnten.* Letzteres dürfte vor allem nicht im Interesse der Sowjetunion liegen.

Warum also keine politische Einheit Deutschlands unter Beibehaltung des *heutigen* NATO-Vertragsgebietes – *als Stationierungsraum* der verbündeten Truppen?

Warum sollte die heute noch bestehende Übereinstimmung von Truppenstationierungen des Bündnisses und nationaler Grenze nicht auflösbar sein?

Warum nicht auf absehbare Zeit den Teil Deutschlands, der die heutige DDR ausmacht, als Gebiet zwar frei von NATO-Truppen, aber mit Zutrittsrecht *begrenzter nationaler* militärischer Kontingente garantieren, jenseits der ohnehin zu erwartenden Reduzierung von Rüstungen im VKSE-Prozeß?

Die Politik entfernt sich heute mehr und mehr von der *militärischen* Bedrohungswahrnehmung und den damit verbundenen Vorkehrungen hin zu *politischen* Bemühungen um Sicherheit und Stabilität. Es geht also um die Fortentwicklung des nun offenbar von allen getragenen Gedankens, daß Sicherheit *vornehmlich* der politischen Kriegsverhinderung erwächst, nicht aber Kriegführungsüberlegungen.

Wenn dies so ist, kann bei entsprechenden vertraglichen Abmachungen und Garantien - im Sinne einer Einbettung in den gesamteuropäischen Prozeß – die Einheit Deutschlands aus militärpolitischen Gründen schwerlich vemeint werden – trotz Mitgliedschaft in der NATO. Denn gerade diese Mitgliedschaft garantiert der Sowjetunion die Einbettung Deutschlands in einen Staatenverbund, dessen Politik in der Vergangenheit der Stabilität verpflichtet war und es auch weiterhin sein wird.

Losgelöst von militärpolitischen Argumenten kann nicht übersehen werden, daß allenthalben das Ende des „Kalten Krieges" verkündet wird. Dies gewinnt vor allem deshalb besonderes Gewicht, weil gerade Gorbatschow während der gemeinsamen Pressekonferenz mit Präsident Bush auf Malta unterstrichen hat, daß die Welt die Epoche des „Kalten Krieges" verlasse und in eine neue Epoche eintrete.

Ausgehend von der wohl unbestrittenen Tatsache, daß der „Kalte Krieg" die Teilung Deutschlands brachte und verfestigte, sind Feststellungen kaum von der Hand zu weisen, daß mit seiner Beendigung die Aufhebung der Teilung Deutschlands angesagt ist.

Jedenfalls wird nicht leicht zu begründen sein, die Einheit Deutschlands von der Einheit Europas abhängig zu machen, wo doch anscheinend die eigentliche Ursache der Teilung unseres Landes, der „Kalte Krieg", sowohl der Realität als auch den Gefühlen und Gedanken der Menschen in ganz Deutschland entrückt zu sein scheint, und nicht nur den Menschen dort.

Diese Überlegungen scheinen deshalb so wichtig, weil wohl die meisten Bürger unseres Landes mit der Zeit eine schleichende Antipathie auch gegenüber Bündnispartnern entwickeln könnten, die sie für eine unverständliche „Hinhaltetaktik" in diesem Fragen verantwortlich machen. Dies wäre innen- wie außenpolitisch in höchstem Grade schädlich und könnte künftig vieles in Frage stellen, was noch heute für uns als selbstverständliches und nutzbringendes politisches Koordinatensystem begriffen wird.

Die Deutschen dürfen nicht dem Argwohn verfallen, daß die Teilung ihres Landes am Ende nur mehr wenig mit den bekannten Folgen des 2. Weltkrieges zu tun hat.

Unsere Alliierten sollten wissen, daß sie hier hohe Verantwortung tragen.

Anmerkung: Hervorhebungen (in kursiv) aus dem Originaldokument übernommen. Handschriftliche Anrede und Grußformel in Klammern gesetzt.

Globaler Einsatz deutscher Truppen im weltweiten Interesse der USA, Brief vom 7. Dezember 1999 an Bundeskanzler Gerhard Schröder

Willy Wimmer
Mitglied des Bundestages
Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Niederrhein
Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

Postanschrift
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Hausanschrift
Mauerstraße 26 / Haus I
10117 Berlin

Tel.: (030) 227 – 75094/75095
Fax: (030) 227 – 76498
Email: [redacted]

Wahlkreisbüro:
CDU-Geschäftsstelle Grevenbroich
Montzstraße 7
41515 Grevenbroich
Tel.: (02181) 5048
Fax: (02181) 5049

Herrn
Gerhard Schröder, MdB
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Bundeskanzleramt
Schloßplatz 1
10178 Berlin

– über Postaustausch –

Berlin, den 07.12.99

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

das bald zu Ende gehende Jahr 1999 war das erste Jahr seit der bedingungslosen Kapitulation des Jahres 1945, in dem sich Deutschland im Krieg mit einem anderen europäischen Land befand. Zum Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien hat mein Kollege Volker Rühe in seiner Eigenschaft als stellvertretender Fraktionsvorsitzender während der Schlußrunde der Haushaltsberatungen im Plenum des Deutschen Bundestages jüngst noch gesagt, daß für den Golfkrieg gegen den Irak die Rechtsgrundlage eindeutiger gewesen sei als bei dem durch die NATO initiierten Vorgehen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Zu der Frage der Rechtsgrundlage sind die wissenschaftlichen Aussagen zum Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien noch wesentlich eindeutiger als die vorgenannte Aussage.

Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, und andere Mitglieder der Bundesregierung haben zum Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien auf den Ausnahmecharakter dieses Krieges aufmerksam gemacht. Damit soll wohl dem Eindruck entgegengewirkt werden, daß nach der neuen NATO-Strategie, die im April 1999 von Ihnen in Washington mitbeschlossen worden ist, dem Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien Präzedenzcharakter zukäme.
Sie vermögen sehr gut zu beurteilen, ob Ihren Aussagen lediglich ein beruhigender Charakter zukommen soll oder ob diesen Bekundungen ein verbindliches Element beigemessen werden sollte? Jedenfalls lassen jüngste Aussagen von US-amerika-

../2

nischer Seite Zweifel daran aufkommen, ob nicht dem Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien gezielt und bewußt „Einstiegscharakter" beigemessen werden muß?
An herausragender Stelle konnte in der Wochenendausgabe vom 27. November 1999 der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" der prominente US-Exdiplomat Blackwill von der Möglichkeit des nächsten großen Landkrieges auf der koreanischen Halbinsel sprechen. Seine Kernaussage bestand in diesem Artikel, der gleichsam einen Washingtoner Forderungskatalog an die deutsche Seite darstellte, darin, auch für diesen möglichen Krieg die Grundfrage im vorgenannten Text aufzuwerfen. Nach Blackwill besteht diese Grundfrage darin, ob Deutschland bereit ist, für amerikanische Interessen deutsche Kampftruppen weltweit zur Verfügung zu stellen und die amerikanischen Interessen als die eigenen deutschen Interessen zu betrachten. Da in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" stets die ersten Signale möglichen deutschen Engagements militärischer Art ausgesendet werden, wie man auch zum Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien feststellen konnte, muß der besonders herausgestellte Artikel von Blackwill zum möglichen Krieg in Korea hohe Besorgnis hervorrufen.
Dies vor allem deshalb, weil der amerikanische Verteidigungsminister Cohen vor wenigen Tagen auf Einladung Ihres Verteidigungsministers Rudolf Scharping vor den Kommandeuren der Bundeswehr sprechen konnte. Die darüber nachzulesenden Presseberichte machen mehr als deutlich, daß mit dieser Rede und den damit verbundenen Aussagen sich die Bundeswehr eindeutig in Richtung Interventionsarmee als eigentliche Bestimmung deutscher Streitkräfte geöffnet und den Charakter als Armee zur Landesverteidigung verloren hat. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß mir vielfach über das peinliche Berührtsein von Anwesenden der Kommandeurstagung berichtet wurde, die das verbale Auftreten des amerikanischen Verteidigungsministers für absolut unwürdig und deplaziert hielten. Unabhängig davon, ob demnächst Herr Minister Scharping vor den amerikanischen Kommandeuren in dieser fordernden und wertenden Art ebenfalls auftreten kann, stellt sich mit Nachdruck die Frage, in welcher Verbindung die Rede von Minister Cohen vor den Kommandeuren der Bundeswehr mit den jüngsten Aussagen von Minister Cohen zu dem auch von Herrn Blackwill angesprochenen Konfliktfeld auf der koreanischen Halbinsel steht? Danach hat Herr Minister Cohen für die amerikanische Regierung offiziell deutlich gemacht, daß im Konfliktfall eine Koalitionsarmee von rund 600 000 Soldaten, mehr als 1.200 Flugzeugen und hunderter Schiffe gegen Nordkorea in Stellung gebracht werden solle. Welche Bewertung durch Sie, sehr geehrter Herr Bundes-

..3

kanzler, erhielte ein Begehren, daß deutsche Streitkräfte an einem solchen Konflikt teilzunehmen hätten?
Gespräche, die ich vor einiger Zeit gemeinsam mit einem Kollegen in Tokio führen konnte, machten deutlich, wie stark man selbst in Japan für den Konfliktfall in Korea davon ausgeht, NATO-Truppen aus Europa auf der koreanischen Halbinsel eingesetzt zu sehen. Damit einher gingen Bekundungen, daß ein Auslandseinsatz japanischer Truppen im Kampfeinsatz unter Hinweis auf die japanische Verfassung unzulässig sei.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, es ist am Ende dieses Jahrhunderts und zu Beginn einer neuen Zeit die Frage danach zu stellen, wohin Sie unser Land und unsere Soldaten führen werden, nachdem Sie die Verantwortung für den ersten Kriegseinsatz tragen?

Mit freundlichen Grüßen

Die amerikanische Neuordnung Europas,
Brief vom 2. Mai 2000 (nach der Konferenz von Bratislava)
an Bundeskanzler Gerhard Schröder

Willy Wimmer
Mitglied des Bundestages
Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Niederrhein
Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

Postanschrift:
Platz der Republik
11011 Berlin

Hausanschrift:
Mauerstraße 26 / Haus 1
10117 Berlin

Tel.: (030) 227 – 75094/75095
Fax: (030) 227 – 76498
Email: willy.wimmer@bv.mdestag.de

Wahlkreisbüro:
CDU-Geschäftsstelle Grevenbroich
Montestraße 2
41515 Grevenbroich
Tel.: (02181) 5048
Fax: (02181) 5049

Herrn
Gerhard Schröder, MdB
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Bundeskanzleramt
Schloßplatz 1
10178 Berlin

– über Postaustausch –

Berlin, den 02.05.00

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

am vergangenen Wochenende hatte ich in der slowakischen Hauptstadt Bratislava Gelegenheit, an einer gemeinsam vom US-Außenministerium und American Enterprise Institut (außenpolitisches Institut der republikanischen Partei) veranstalteten Konferenz mit den Schwerpunktthemen Balkan und NATO-Erweiterung teilzunehmen.
Die Veranstaltung war sehr hochrangig besetzt, was sich schon aus der Anwesenheit zahlreicher Ministerpräsidenten sowie Außen- und Verteidigungsminister aus der Region ergab. Von den zahlreichen wichtigen Punkten, die im Rahmen der vorgenannten Themenstellung behandelt werden konnten, verdienen es einige, besonders wiedergegeben zu werden:

1. Von Seiten der Veranstalter wurde verlangt, im Kreise der Alliierten eine möglichst baldige völkerrechtliche Anerkennung eines unabhängigen Staates Kosovo vorzunehmen.

2. Vom Veranstalter wurde erklärt, daß die Bundesrepublik Jugoslawien außerhalb jeder Rechtsordnung, vor allem der Schlußakte von Helsinki, stehe.

3. Die europäische Rechtsordnung sei für die Umsetzung von NATO-Überlegungen hinderlich. Dafür sei die amerikanische Rechtsordnung auch bei der Anwendung in Europa geeigneter.

4. Der Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien sei geführt worden, um eine Fehlentscheidung von General Eisenhower aus dem 2. Weltkrieg zu revidieren. Eine Stationierung von US Soldaten habe aus strategischen Gründen dort nachgeholt werden müssen.

5. Die europäischen Verbündeten hätten beim Krieg gegen Jugoslawien deshalb mitgemacht, um de facto das Dilemma überwinden zu können, das sich aus dem im April 1999 verabschiedeten "Neuen Strategischen Konzept" der Allianz und

..2

der Neigung der Europäer zu einem vorherigen Mandat der UN oder OSZE ergeben habe.

6. Unbeschadet der anschließenden legalistischen Interpretation der Europäer, nach der es sich bei dem erweiterten Aufgabenfeld der NATO über das Vertragsgebiet hinaus bei dem Krieg gegen Jugoslawien um einen Ausnahmefall gehandelt habe, sei es selbstverständlich ein Präzedenzfall, auf den sich jeder jederzeit berufen könne und auch werde.

7. Es gelte, bei der jetzt anstehenden NATO-Erweiterung die räumliche Situation zwischen der Ostsee und Anatolien so wiederherzustellen, wie es in der Hochzeit der römischen Ausdehnung gewesen sei.

8. Dazu müsse Polen nach Norden und Süden mit demokratischen Staaten als Nachbarn umgeben werden, Rumänien und Bulgarien die Landesverbindung zur Türkei sicherstellen, Serbien (wohl zwecks Sicherstellung einer US-Militärpräsenz) auf Dauer aus der europäischen Entwicklung ausgeklammert werden.

9. Nördlich von Polen gelte es, die vollständige Kontrolle über den Zugang aus St. Petersburg zur Ostsee zu erhalten.

10. In jedem Prozeß sei dem Selbstbestimmungsrecht der Vorrang vor allen anderen Bestimmungen oder Regeln des Völkerrechts zu geben.

11. Die Feststellung stieß nicht auf Widerspruch, nach der die NATO bei dem Angriff gegen die Bundesrepublik Jugoslawien gegen jede internationale Regel und vor allem einschlägige Bestimmungen des Völkerrechts verstoßen habe.

Nach dieser sehr freimütig verlaufenen Veranstaltung kommt man in Anbetracht der Teilnehmer und der Veranstalter nicht umhin, eine Bewertung der Aussagen auf dieser Konferenz vorzunehmen.
Die amerikanische Seite scheint im globalen Kontext und zur Durchsetzung ihrer Ziele bewußt und gewollt die als Ergebnis von 2 Kriegen im letzten Jahrhundert entwickelte internationale Rechtsordnung aushebeln zu wollen. Macht soll Recht vorgehen. Wo internationales Recht im Wege steht, wird es beseitigt.
Als eine ähnliche Entwicklung den Völkerbund traf, war der zweite Weltkrieg nicht mehr fern. Ein Denken, das die eigenen Interessen so absolut sieht, kann nur totalitär genannt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Anmerkungen

ERSTES BUCH

Vorwort/Einführung

[1] Vgl. unter: unter www.focus.de/politik/ausland/tid-25376/mikrofon-pannen-von-politikern-da-ist-das-riesenarsch-loch-furchtbar-der-typ_aid_729002.html

[2] Paul Craig Roberts: Washington Drives The World To War. In: *International Clearing House* vom 15. April 2014; unter: www.informationclearinghouse.info/article38236.htm; Zugriff am 16. April 2014

[3] Zitiert wie Hans-Martin Lohmann: Kalenderblatt. Deutschlandradio. Beitrag vom 7. Dez. 2013: Noam Chomsky, Kämpfer gegen die Arroganz der Macht; unter: www.deutschlandradiokultur.de/noam-chomsky-kaempfer-gegen-die-arroganz-der-macht.932.de.html?dram:article_id=271290; Zugriff am 15. April 2014

[4] Vgl. Dedijer 1966

[5] Fischer 1961, S. 11

[6] Morrow 1943

[7] Ian F. D. Morrow: International Affairs. Erste Presseurteile zur englischen Originalausgabe von Balfour, 1973, Klappentext

[8] De Gaulle selbst sprach im September 1941 in einer Radioansprache in London von *»la nouvelle Guerre de Trente Ans«*. Vgl. Prost/Winter 2004, S. 33

[9] Churchill schrieb 1944 an Stalin von einem *»dreißigjährigen Krieg von 1914 an«*. Vgl. Stalin 1961, S. 254. In »The Gathering Storm« von 1948 kommt Churchill auf den Begriff zurück (S. VII).

[10] Kneissl 2014

[11] Lars Schall im Interview mit Karin Kneissl. 4. Juli 2014; unter: www.lars-schall.com/2014/07/04/im-nahen-osten-tobt-noch-der-erste-weltkrieg; Zugriff am 8. Juli 2014

[12] Julia Herrnböck im Interview mit Jürgen Grimm; 9. Juli 2014; unter: http://derstandard.at/2000002834563/Ukraine-Krise-Die-Medien-haben-diesen-Konflikt-verschaerft; Zugriff am 10. Juli 2014

[1] Rendsch Nameh, Buch des Unmuts. HA, Bd. 2, S. 49

[2] Ebd. Vgl. auch Klaus Rosen: Was die Eigenliebe heischet; unter: www.kas.de/wf/de/33.12068/

[3] Nova et aucta orbis terrae descriptio ad usum navigantium

[4] Europa erscheint mit 9,7 Millionen km² größer als Südamerika, das mit 17,8 Millionen km² aber tatsächlich fast doppelt so groß ist. Vgl. unter: www.heliheyn.de/Maps/Merca.html

[5] Vgl. Neale 1967: Clandestinely yours. Unter: www.thenationalcv.org.uk/statecraft.html

[6] Dee o. J. (1577)

[7] Zitiert wie Zentner 1980, S. 256

[8] Gombrich 2003, S. 238

[9] Vgl. Todd 2003

[10] Vgl. Wedgwood 1978

[11] Lahrkamp 1997, S. 16

[12] Vgl. ebd.

[13] Vgl. Burkhardt 1992

[14] Zitiert wie Niemann 1982, S. 24

[15] Vgl. Zentner 1980, S. 267

[16] Toynbee 1949, S. 133 f.

[17] Zitiert wie Dtv-Atlas 1976, Bd. 2., S. 103

[18] Toynbee 1949, S. 109/10

[19] Groehler 1990, S. 66

[20] Ebd., S. 67

[21] Vgl. Savelle 1975, S. 167

[22] Vgl. Groehler 1990, S. 116

[23] Ebd., S. 149

[24] Vgl. Savelle 1975, S. 168

[25] Vgl. Ritter 1998, S. 486

[26] Zitiert wie Wild 1999

[27] Zitiert wie Jung 1979, S. 666

[28] Vgl. Gombrich 2003, S. 288

[29] Zentner 1990, S. 326

[30] Fournier 1904/06, Bd. 3, S. 323

[31] Vgl. Teil 2 von Willy Wimmer auf S. 451 ff.

[32] Freundschaft zum Griechentum

[33] 100 000 Franzosen, 32 000 Engländer, 14 000 Sardinier und 28 000 Türken lagen 150 000 Russen gegenüber. Vgl. Zentner 1980, S. 342

[34] Vgl. Effenberger/Löw 2004, S. 154

[35] Zitiert wie Prause 1966, S. 269

[36] McPherson, James M.: *Battle Cry of Freedom*, o. O. 1988, S. 854. Nach einer Schätzung aufgrund von Zensusdaten (Abweichung der Todesrate von Männern im wehrfähigen Alter gegenüber der Norm) kamen mindestens 627 000 und höchstens 888 000, mit größter Wahrscheinlichkeit aber etwa 761 000 Menschen ums Leben. Vgl. J. David Hacker: A Census-Based Count of the Civil War Dead. In: *Civil War History*. 57, Nr. 4, Dezember 2011

[37] Zitiert wie Marchand 2009, S. 31

[38] Zitiert wie unter www.offiziere-oberoesterreich.at/home/pdf/veranstaltung_finanzstrategie/Die%20Finanz%20Strategie%20der%20Angelsachsen%20.pdf

[39] Toynbee 1949, S. 113

[40] Der Sieg des mobilen Kapitals sollte sich 150 Jahre später vor allem für die angelsächsischen Banken mit ihren dubiosen und kriminellen Finanzprodukten segensreich auswirken, für den Rest der Welt jedoch desaströs. Mit dem Sieg des mobilen Kapitals wuchs auch das Interesse an weltweiten Interventionen.

[41] Marktwert des Eigenkapitals, entspricht vereinfacht dem Unternehmenswert

[42] Vgl. Müller, Stefan/Fankhänel, Rico: Der Amerikanische Sezessionskrieg 1861–1865; unter: www.first-virginia.org/CivilWar/Konflikt.html?s=Bismarck

[43] Vgl. Herlitz/Kirschner 1927, Bd. I, S. 1068

[44] Vgl. Stern 1988, S. 86

[45] Vgl. Reiners 1957, S. 378

[46] Der zweite Britisch-Afghanische Krieg führte 1880 zu einer verheerenden Niederlage und dem britischen Rückzug nach Indien. Im dritten Krieg von 1919 wurden die Briten endgültig vertrieben. Das »Great Game« um die Vorherrschaft in Zentralasien endete vorerst mit einer erfolglosen Invasion in Tibet in den Jahren 1903 und 1904. 2001 wurde es von den USA neu aufgelegt und dauert noch an.

[47] Vgl. Seton-Watson 1948, S. 49

[48] Vgl. Geier 2001, S. 128 f.

[49] Vgl. Matuz 1985, S. 238

[50] Gurkha: nepalischer Soldat, der im Dienste der britischen und indischen Streitkräfte steht

[51] Vgl. Schöllgen 2000, S. 16. Eugen Richter, Abgeordneter der Deutschen Fortschrittspartei, hatte Bismarck zu diesem Ausfall gereizt. Vgl. auch »Wo bitte liegt – und was ist der ›Balkan‹?«. In: Eurasisches Magazin vom 30. April 2006, unter: www.eurasischesmagazin.de/artikel/Wo-bitte-liegt-und-was-ist-der-balkan/20060409SÜDOSTEUROPA

[52] Aus der Rede Bismarcks über die orientalische Frage. Zitiert wie *Hottinger's Volksblatt* vom 19. Februar 1878

[53] Vgl. Schieder 1968, S. 65

[54] An der Konferenz nahmen teil: Benjamin Disraeli und Robert Arthur Salisbury für Großbritannien, Alexander Gortschakow und Peter Schuwalow für Russland, Luigi Corti und Eduardo de Launay für Italien und neben Bismarcks der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Bernhard Ernst von Bülow, sowie Chlowig zu Hohenlohe-Schillingsfürst für das Deutsche Reich

[55] Vgl. Der Berliner Kongress 1878; unter: www.dhm.de/lemo/html/kaiserreich/aussenpolitik/berlinerkongress/index.html; Zugriff am 26. Dez. 2012

[56] Vgl. Medlicott 1963

[57] Vgl. Taylor 1954, S. 253

[58] Vgl. Schieder 1968, S. 67

[59] Taylor 1954, S. 253

[60] Vgl. Nachruf auf Nikola Pašic. In: *Kölnische Zeitung* vom 10. Dez. 1926

[61] Vgl. Boghitschewitsch 1929, S. 336

[62] Vgl. ebd., S. 339

[63] Vgl. Stolic 2005, S. 170

[64] Zitiert wie Mandl 1912, S. 15 ff.

[65] Vgl. Mandl 1917, S. 97

[66] Unter Historikern gibt es kaum einem Zweifel, dass im Russisch-Japanischen Krieg (1904–05) trotz Eröffnung der Feindseligkeiten ohne vorherige Kriegserklärung seitens Japans Russland der angreifende Teil gewesen ist.

[67] Vgl. Meyers Lexikon 1928, Bd. 9, S. 318

[68] Entente cordiale: frz.: herzliches Einverständnis

[69] Lenin 1979, S. 138

[70] Mike Davis: Was ist ein Vigilante Man? Weiße Gewalt in der kalifornischen Geschichte. In: Chacón/Davies 2007, S. 13

[71] Vgl. Chacón/Davis 2007, S. 17

[72] Vgl. Chaim Frank: Zaristisches Rußland, Sowjetunion, GUS; unter: www.hagalil.com/galluth/russland/russia6.htm

[73] Vgl. Masaryk 1935, S. 119

[74] Herg, Anton: Masaryk, Benesch und die Deutschen. Tschechoslowakische Politik vor und im Ersten Weltkrieg. In: *Das Ostpreußenblatt* vom 6. Juli 1985

[75] Vgl. Shillinglaw 1902

[76] Crane in *The New York Times* vom 6. Dez. 1903

[77] Vgl. Schröder, Hans-Jürgen 2008: Ökonomische Aspekte der amerikanischen Außenpolitik; unter: http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2008/6231/pdf/SchroederOekonomischeAspekte.pdf

[78] Crane in *The New York Times* vom 17. Juli 1909. Schon im Oktober wird er auf Druck US-Außenministers Philander C. Knox zurückberufen. Vgl. *The New York Times*: vom 5. Okt. 1909. Im März 1920 schickt US-Präsident Woodrow Wilson Crane erneut als Gesandten nach China.

[79] Vgl. Maria Hammerich-Maier: Die Verführung des Bildes – Alfons Mucha, *Radio Praha* am 15. Februar 2009

[80] Zitiert wie Theresa Steininger: Kunst, Kommerz, Kampf; unter: http://edit.k2centrope.com/ausstellungen/09/02/mucha?set_language=de&cl=de; Zugriff am 3. März 2013

[81] Ekkehard Schultz in *Junge Freiheit* vom 17. April 2009

[82] Vgl. The National Cyclopaedia of American Biography 1943, S. 221

[83] Vgl. Masaryk 1935, S. 222

[84] Romain Rolland: Pages inedits du Journal de Guerre. In: *La Table Ronde* (Dezember 1954), No. 84, S. 113 (Basel, 11. März 1917)

[85] Zitiert wie Schröder 2008, a. a. O.; vgl. auch »Urlaub von der Geschichte. Meditationen in Saint-Germain-en-Laye«, Erstveröffentlichung in *Cricticón* Nr. 41, Mai 1977, unter: http://efantperdu.wordpress.com/litera/erik-maria-ritter-von-kuehnelt-leddihn/urlaub-von-der-geschichte/

[86] Ebd.

[87] Herron 1917, S. 9 f.

[88] Vgl. Gantschacher 2008, S. 12 f.

[89] Boghitschewitsch 1931, Bd. III, S. 55

[90] Vgl. ebd., S. 59 sowie Serb. Akt., Bd. II, Nr. 439

[91] Zitiert wie Zimmer 1971, S. 117

[92] Vgl. Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914, Bd. II, S. 48; Zirkular-Erlass vom 25. Juli 1914; vgl. Österreichisch-Ungarisches Rotbuch Nr. 19

[93] Vgl. Adam 2009

[94] Serb. Akt., Bd. 1, Nr. 6. Vgl. auch Brit. Dok., Bd. V, Nr. 292, Mitteilung Sir

Francis Bertis an Sir Edward Grey, dass Iswolski ihm erklärt habe, er habe schon in Buchlau Baron Aehrenthal gesagt, dass Russland der Annexion wegen keinen Krieg fuhren werde

[95] Vgl. Anderson 1966, S. 283

[96] Vgl. Bericht des Freiherrn von Marschall aus Konstantinopel vom 30. September 1908; Boghitschewitsch 1931, Bd. III, S. 37: *»Vertraulich bemerke ich, daß die neueste Wiener Politik hier ernste Besorgnis einflößt. Wenn Freiherr von Aehrenthal glaubt, in ihr Annexion von Bosnien und der Herzegowina eine Waffe gegen die großserbische Bewegung zu finden, so täuscht er sich. Er wird durch eine solche Maßregel nur neben der serbischen noch eine starke muselmanische Bewegung in jenen Provinzen auslösen.«*

[97] Dülffler 1997

[98] Vgl. Boghitschewitsch 1931, Bd. III, S. 59

[99] Zitiert wie *Deutsche Wacht* vom 5. Januar 1909, S. 3

[100] Ebd.

[101] Anderson 1966, S. 285

[102] Zitiert wie Fay 1929, Bd. II, S. 56

[103] Vgl. The Constitution of the Ujedinjenje ili Smrt – Unification or Death; unter: http://wwi.lib.byu.edu/index.php/Constitution_of_the_Black_Hand; vgl. auch Fay 1929, Bd. II, S. 58

[104] Vgl ebd.

[105] Boghitschewitsch 1931. Zur Erläuterung: serb. Schreibweise des Namens: Bogicevic

[106] Boghitschewitsch: Die serbische Gesellschaft »Vereinigung oder Tod«, genannt die »Schwarze Hand«. In: *Die Kriegsschuldfrage,* Jg. IV, Berlin 1926; vgl. auch Fay 1929, Bd. II, S. 60

[107] *Politika:* am 25. Januar 1904 von Vladislav Ribnikar in Belgrad gegründet. Sie ist damit die älteste noch erscheinende Tageszeitung in Serbien.

[108] Vgl. unter: http://socialarchive.iath.virginia.edu:8080/xtf/view?docId=oac/oac4/OAC..hoover_reg_072.c.xml

[109] Vgl. Report of the International Commission to Inquire into the Causes and Conduct of the Balkan War (1914), Carnegie Endowment for International Peace, Washington, D. C, S. 162, unter https://archive.org/stream/reportofinternat00inteuoft/reportofinternat00inteuoft_djvu.txt

[110] Vgl. Delaisi 1911, S. 29

[111] Vgl. Harbauer, Ottomar: Deutschland isoliert durch »Entente cordiale«. In: *Berliner Zeitung* vom 9. April 1994, S. 64

[112] Die wichtigsten Schritte auf diesem Wege waren: 1891 die französisch-russische Verbrüderung in Kronstadt; 1892 die Militärkonvention zwischen Frankreich und Russland; 1894 das französisch-russische Bündnis. Die ohnehin schon problematische Militärkonvention mit Russland von 1892/94 hatte Außenminister Theophile Delcasse 1899 verschärft und noch offensiver gestaltet: Die Auflösung der Doppelmonarchie, damals angesichts des jederzeit möglichen Todes Kaiser Franz Josephs häufig diskutiert, wurde zum Bündnisfall erklärt, sofern die beiden Vertragspartner das Gleichgewicht in Europa gefährdet sahen.

[113] Vgl. Köhler 2002, S. 62

[114] Vgl. Gerd Fesser: Der Panthersprung nach Agadir. Mit dem deutschen Marineabenteuer vor Marokkos Küste begann am 1. Juli 1911 der Weg in den Ersten Weltkrieg. In: *Die Zeit* vom 30. Juni 2011, S. 24

[115] Vgl. Schöllgen 1991, S. 174

[116] Wilhelm II. 1922, S. 91

[117] Veröffentlicht in der Pariser Zeitung *Matin* vom 7. Oktober 1905

[118] Delaisi 1911, S. 2

[119] Ebd., S. 3

[120] Zitiert wie: Kaiser and Winston Churchill; unter: http://iconicphotos.wordpress.com/2009/06/10/kaiser-and-winston-churchill/; Zugriff am 25. Februar 2014

[121] Buchanan 2008

[122] Vgl. Gutsche 1986, S. 145

[123] Vgl. Oncken 1981, S. 234

[124] Vgl. Wernecke 1970, S. 62

[125] Vgl. Aram Mattioli: Libyen, verheißenes Land. In: *Die Zeit*, Nr. 21 (2003)

[126] Lenin 1962, Bd. 18, S. 329

[127] Reichstagsrede des Zentrumsabgeordneten Dr. Spahn, 65. Sitzung, 18. Mai 1912, BSB S. 2092; unter: www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003852_00565.html

[128] Reichstagsrede des Abgeordneten Ernst Bassermann, ebd.

[129] Vgl. F. William Engdahl: Mali und die Agenda von AFRICOM für Afrika: sie zielt auf China. In: *Voltaire Netzwerk* vom 22. Februar 2013

[130] Ebd.

[131] Reichstagsrede des SPD-Reichstagsabgeordneten Eduard David, 65. Sitzung, 18. Mai 1912, BSB S. 2101, unter: www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003852_00574.html

[132] Zitiert wie Holger H. Herwig: Der Einfluß von Alfred Th. Mahan auf die deutsche Seemacht. In: Rahn, 2005, S. 137

[133] Vgl. Otto-Bickel 1933; Helmreich, Diplomacy of the Balkan Wars, S. 36 ff.; Thaden, Russia and the Balkan Alliance, S. 58 ff.; Albertinei, Origins of the War, Bd. 1, S. 364 ff.

[134] William Ewart Gladstone (1809–1898), von 1892 bis 1894 Premierminister, in einem Brief an den Vorsitzenden der Byron-Gesellschaft, F. Stevenson, vom 19. Jan. 1897. Am 6. Feb. 1897 von *Times*, *Daily Chronicle* und *Daily News* veröffentlicht. Vgl. Andonow-Poljanski, H.: William E. Gladstone and the Macedonian Questions. In: *Macedonian Review* 2. 1972, S. 195 ff.

[135] Ein autonomes Makedonien konnte den Russen als den Protektoren der bulgarischen Makedonienansprüche den Zugang zum Mittelmeer weiterhin versperrt halten. Und auch die Habsburger hätten ihre Hoffnungen auf einen landgestützten Zugang zur Ägäis, den sie durch die Unterstützung der serbischen Ansprüche zu erreichen suchten, hintanstellen müssen. Kurzum: Der englische Seeweg nach Indien war ungefährdet und dem englischen Handel in der Levante lästige Konkurrenz ferngeblieben.

[1]Brief Ristics an das Ministerium des Äußern in Belgrad vom 14. Dezember 1912. Boghitschewitsch 1931, Bd. I, S. 276 f.

[137] Boghitschewitsch 1928, S. 291

[138] Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien 17, München 1991; unter: www.historischeskolleg.de/fileadmin/pdf/kolloquien_pdf/Kolloquien17.pdf

[139] Winzen 2010, S. 86

[140] Rede Bethmann Hollwegs im Reichstag, 75. Sitzung, vom 2. Dez. 1912; unter: www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003353_00184.html

[141] Rede des SPD-Abgeordneten Georg Ledebour im Reichstag, 75. Sitzung, vom 2. Dez. 1912, ebd.

[142] Rede des Abgeordneten Graf von Kanitz im Reichstag, 75. Sitzung, vom 2. Dez. 1912, ebd.

[143] Geschäftsträger: nachrangiger Vertreter im diplomatischen Verkehr, einzuordnen unterhalb von Botschaftern und Gesandten

[144] Boghitschewitsch 1931, Bd. I, S. 259

[145] Ebd.

[146] Ebd.

[147] Rede des Abgeordneten Graf von Kanitz im Reichstag, 75. Sitzung, vom 2. Dez. 1912, S. 2487 unter www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003353_00199.html

[148] Zitiert wie: http://de.wikipedia.org/wiki/Kriegsrat_vom_8._Dezember_1912

[149] Vgl. Fischer 1970, S. 226 ff., Röhl 2008, Bd. 3, S. 958 ff. sowie Mommsen 2002, S. 194

[150] Vgl. *Zeitalter der Weltkriege*, Information zur politischen Bildung (izpb), Nr. 321 1/2014

[151] Röhl 2008, Bd. 3, S. 966

[152] Andreas Kilb im Gespräch mit Christopher Clark: »Alle diese Staaten waren Bösewichte«. In: *FAZ* vom 29. September 2013

[153] Ebd.

[154] Boghitschewitsch 1931, Bd. II, S. 359

[155] Ebd.

[156] Ebd., S. 360

[157] Ebd., S. 361

[158] Ebd., S. 362

[159] Ebd., S. 367

[160] Ebd., S. 368

[161] Ebd., S. 373

[162] Ebd., S. 376 f.

[163] Vgl. ebd., Fn 3

[164] Ebd.

[165] Ebd., S. 378

[166] Ebd., S. 377

[167] Ebd. S. 379 f.

[168] Geheimtelegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 3. März 1913. Boghitschewitsch 1931, Bd. II, S. 380

[169] Ebd.

[170] Jagow an Wangenheim, 4. März 1913, GP 33, Nr. 12344. Zitiert wie Kießling 2002, S. 153

[171] Boghitschewitsch 1931, Bd. II, S. 382 f.

[172] Ebd., S. 383

[173] Vgl. Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914; unter: http://archive.org/stream/diedeutschendoku02germ/diedeutschendoku02germ_djvu.txt

[174] Boghitschewitsch 1931, Bd. II, S. 383

[175] Vgl. Florian Illies: Schlaglichter aus dem Jahr 1913, aus Politik und Zeitgeschichte (APUR 12/2013) Vorkrieg 1913;

unter: www.bpb.de/apuz/156345/schlaglichter-aus-dem-jahr-1913?p=all; Zugriff am 2. Juli 2013

[176] Boghitschewitsch 1931, Bd. I, S. 208 ff.

[177] Ebd., S. 383 f.

[178] Ebd., S. 393 f.

[179] Ebd., S. 395

[180] Ebd., S. 317

[181] Boghitschewitsch 1931, Bd. II, S. 409

[182] Vgl. Mommsen 1984, S. 258

[183] Vgl. Boghitschewitsch 1931, Bd. II, S. 413

[184] Zitiert wie Illies: Schlaglichter aus dem Jahr 1913, a .a. O.

[185] Vgl. *Illustrierte Zeitung* vom 19. Juni 1913

[186] *Allgemeine Zeitung des Judentums* vom 13. Juni 1913, S. 1

[187] Ebd., S. 2

[188] *Bayerische Staatszeitung* vom 16. Juni 1913, S. 2

[189] Zitiert wie ebd., S. 3

[190] Zitiert wie ebd., S. 2

[191] Vgl. unter: www.regis-net.de/krieg/balkan2.html

[192] Bericht Konsulat Moskau (Kohlhaas) vom 15. März 1908, Nr. 1126. Zitiert wie Hagen 2002, S. 150

[193] Botschaftsbericht vom 10. November 1913. Zitiert wie Hagen 2002, S. 148, Fn 63

[194] Bericht Botschaft (von Lucius) vom 29. November 1913, Nr. 343 (Bd. 121), S. 3. Zitiert wie Hagen 2002, S. 148, Fn 62

[195] Hagen 2002, S. 150

[196] Aufzeichnung Berchtolds vom 28. Oktober 1913. In: Österreich-Ungarns Außenpolitik von der bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914, 1, 2, 4-8, Wien 1930. Zitiert wie Hagen 2002, S. 150, Fn 77

[197] Boghitschewitsch 1931, Bd. II., S. 437

[198] Ebd., S. 438

[199] Ebd., S. 447

[200] Ebd., S. 457

[201] Ebd.

[202] Ebd.

[203] Ebd.

[204] Ebd., S. 465

[205] Ebd., S. 478

[206] Ebd., S. 479

[207] Ebd., S. 496

[208] Ebd.

[209] Ebd., S. 501

[210] Ebd., S. 508

[211] Delaisi 1916, S. 2

[212] Ebd., S. 7

[213] Rathenau 1918, Bd. IV, S. 124

[214] Perfides Albion: stehender Begriff für die vermeintliche Hinterhältigkeit der englischen Außenpolitik. Albion ist ein antiker Name Großbritanniens. Im 18. Jahrhundert fügten die Franzosen das Adjektiv »perfide« hinzu. Vgl. Hans-Olaf Henkel: Das perfide Albion. In: *Handelsblatt* vom 12. Dez. 2011

[215] Lea 1946, S. 23

[216] Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Zitiert wie: http://gutenberg.spiegel.de/buch/5095/6; Zugriff am 25. Jan. 2014

[217] Vgl. Kirsten Reers/Laura Naudascher: Die Auswanderung von Deutschland nach

Amerika; unter: www.philippinum.de/proj/blum/auswanderer/auswanderung.htm

[218] Die I.G.-Farben; unter: http://schulmodell.eu/geschichte/542-i-g-farben.html

[219] Rathenau 1918, Bd. IV, S. 150

[220] Vgl. *Saturday Review* vom 11. Sept. 1897. Zum Pressekrieg zwischen England und Deutschland vgl. Geppert, Dominik: Pressekriege. Öffentlichkeit und Diplomatie in den deutsch-britischen Beziehungen (1896–1912)

[221] Vgl. Roberts 1999, S. 39

[222] Bernauer 1955, S. 299/300

[223] englische Version von »Der liebe Augustin«

[224] Bernauer 1955, S. 301

[225] Ebd., S. 302

[226] Ebd., S. 303

[227] Ebd., S. 306/307

[228] Rathenau 1918, Bd. I, S. 276

[229] Ebd.

[230] Ebd.

[231] Ebd., Bd. I, S. 276

1914: Spannungsfelder und politische Interessen

[1] Nietzsche 1988, Bd. 5, S. 140

[2] Ebd., Bd. 6, S. 366

[3] MEW 1963, Bd. 22, S. 256

[4] Suttner 1969, S. 232

[5] Ernst Woit: Bertha von Suttner und ihr Vermächtnis für das heutige Friedensverständnis, Deutsche Nationalbibliothek; unter: http://d-nb.info/1013902181/04

[6] Bock 1989, S. 38

[7] Walter Maas: England, Deutschland, Europa. Zur Zusammenkunft in Chequers 1931; unter: http://library.fes.de/cgi-bin/somo_mktiff.pl?year=1931&pdfs=1931_0517x1931_0518x1931_0519x1931_0520x1931_0521&verz=1931/1931-06-08

[8] Vgl. Lea 1946, S. 22

[9] Vgl. ebd., S. 22

[10] Ebd., S. 26

[11] Ebd.

[12] Ebd., S. 27

[13] Vgl. ebd.

[14] The Penny Cyclopaedia of the Society for the Diffusion of Useful Knowledge, Band XV, London 1839

[15] Zitiert wie Maas 1931, a. a. O.

[16] Vgl. Kjellén 1930

[17] Zitiert wie Maas 1931, a. a. O.

[18] Zitiert wie ebd.

[19] Lea 1946, S. 24

[20] Ebd., S. 27

[21] Zitiert wie Michael Epkenhans in sehepunkte 7 (2007); unter: www.sehepunkte.de/2007/09/12024.html

[22] Herfried Münkler: Der Reichskanzler war kein verantwortungsloser Hasardeur. In: *FAZ* vom 8. Juli 2014

[23] Zitiert wie Bey 1935, S. 85

[24] Zitiert wie Liepmann, S. 210

[25] Zitiert wie ebd.

[26] Gerald Hosp: Medwedews Vorbild: Der Graf des Zaren; in *FAZ* vom 4. Mai 2011

[27] Vgl. Suchomlinow 1924, S. 372 ff. und 422 ff.

[28] Zitiert wie Stein 1997, S. 32

[29] Ein halbes Jahr nach der Oktoberrevolution landeten im April 1918 auf Bitten der USA britische und japanische Truppen – die Sibirische Intervention – in Wladiwostok und Chabarowsk. Es war der letzte und vergebliche Versuch der Triple Entente, den russischen Bürgerkrieg zugunsten zarentreuer Kräfte (der »Weißen Armee«) zu unterstützen. Im Juni 1920 mussten sich die Amerikaner samt Alliierten aus Wladiwostok zurückziehen. Nun unterstützten die Japaner aus Furcht vor dem Kommunismus im Mai 1921 das weißgardistische Militär mit der Errichtung der »Provisorischen Amur-Regierung«.

[30] Zitiert wie Liepman 1976, S. 95 f.

[31] Vgl. Stein 1997, S. 15 f.

[32] Vgl. Bey 1935, S. 316

[33] Vgl. Spiridowitsch 1939, S. 145

[34] Ebd., S. 142

[35] Vgl. Liepman 1976, S. 115

[36] Vgl. Groy 1990, S. 31

[37] Purischkewitsch 1991

[38] Vgl. Flint 1974, S. 248-252

[39] Kitchener hatte 1898 im Sudan eine erfolgreiche Schlacht geschlagen und erhielt dafür den Titel Lord Kitchener of Karthoum.

[40] Verbündete auf dem Kontinent, die militärisch die Interessen Großbritanniens vertraten

[41] Zitiert wie Hamilton 1990, S. 30

[42] Vgl. Ferris, John: Small Wars and Great Games: The British Empire and Hybrid Warfare, 1700–1970, in Murray 2012, S. 218, Fn 29

[43] Vgl. Jenkins 2001, S. 61 f.

[44] *The Times* vom 9. und 12. Juli 1902; zitiert wie: WerkstattGeschichte 43, 2006, S. 33

[45] Vgl. WerkstattGeschichte 43, 2006, S. 27

[46] Buchanan 2008, S. 58

[47] Ebd.

[48] Vgl. Andrew S. Thompson: The Language of Imperialism and the Meaning of Empire: Imperial Discource in British Politics, 1895–1914; in Journal of British Studies 36 (1997), S. 160

[49] Vgl. Pugh 2002, S. 103

[50] Vgl. Ross 1902

[51] Patrick Wagner: Empires hero ist coming home; in WerkstattGeschichte 43, 2006, S. 36

[52] Steevens 1909, S. 46

[53] Ebd.

[54] Vgl. unter: http://trove.nla.gov.au/ndp/del/article/68722445

[55] Vgl. Dülffer 1997, S. 559

[56] Vgl. ebd., S. 561

[57] Vgl. Christopher 1968, S. 138 ff.

[58] Vgl. Kürenberg 1951, S. 187

[59] Tuchman 1984, S. 135

[60] Tuchman, Barbara: Wie es zum Ersten Weltkrieg kam; in *Der Spiegel* Nr. 14 vom 1. April 1964

61 Clark 2013

62 Tuchman 1965

63 Vgl. Tuchman in *Der Spiegel* 14/1964

64 Zitiert wie *The Times* vom 22. Dez. 1905

65 Vgl. Wilson 1973, S. 530 f.

66 Vgl. Holmes 2004, S. 143

67 Vgl. ebd., S. 138

68 Vgl. Tuchman in *Der Spiegel* 14/1964

69 Vgl. Wilson 1973, S. 541

70 Ebd. S. 542

71 Ebd, S. 541 f.

72 Hirst 1947, S. 265

73 Vgl. Ghani 2000, S. 9 f.

74 Vgl. Henderson 1907

75 Vgl. Tuchman in *Der Spiegel* 14/1964

76 Zitiert wie ebd.

77 Holmes 2004, S. 147 f.

78 Charmley 1995, S. 94

79 Vgl. Charmley 1995, S. 109

80 Vgl. Williamson 1985, S. 351 f. und 361 ff.

81 Zitiert wie Jeffery 2006, S. 72

82 Vgl. ebd., S. 67 f.

83 Nicholson 1939, S. 169

84 Vgl. Jeffery 2006, S. 72 f.

85 Vgl. Kabisch 1934, S. 19

86 Ebd.

87 Zitiert wie Tuchman in *Der Spiegel* 14/1964

88 Haldane war Mitübersetzer von Schopenhauers Hauptwerk »Die Welt als Wille und Vorstellung«

89 Zitiert wie Tuchman in *Der Spiegel* 14/1964

90 Vgl. ebd.

91 Vgl. ebd.

92 Vgl. ebd.

93 Vgl. ebd.

94 Zitiert wie ebd.

95 Vgl. Holmes 2004, S. 145

96 Zitiert wie Tuchman in *Der Spiegel* 14/1964

97 Zitiert wie Kabisch 1934, S. 8

98 Ab 1830 eigentlich »Königreich der Niederlande«, im allgemeinen Gebrauch meist als »Holland« bezeichnet, was hier übernommen wurde

99 Vgl. Tuchman in *Der Spiegel* 14/1964

100 Vgl. Kabisch 1934, S. 20

101 Zitiert wie ebd., S. 9

102 Vgl. Clark 2013, S. 561

103 Kabisch 1934, S. 20

104 Zitiert wie ebd., S. 17

105 Ebd., S. 18

106 Zitiert wie Tuchman in *Der Spiegel* 14/1964

107 Vgl. Jeffery 2006, S. 104 f.

108 Vgl. Thompson, 2007 und 2008

109 Tuchman in *Der Spiegel* 14/1964

110 Vgl. Jeffery 2006, S. 126 f.

111 Ebenso wie 87 Jahre später Bundeskanzler Schröder mit seiner »uneingeschränkten Solidarität« nach den Terroranschlägen auf New York und Washington.

112 Deschner/Petrović 1999, S. 145

113 Z. B. Professor Dr. Ulrich Lappenküper (Otto-von-Bismarck-Stiftung, Friedrichsruh) in seinem Vortrag am 28. Juni 2013 auf einer Expertentagung in Wildbad-Kreuth: Nibelungentreue versus Bündnisfreiheit. Deutsche Außenpolitik 1871–1914.

114 Der undatierte Zettel wurde wahrscheinlich zwischen dem 2. und 13. Juni 1914 niedergeschrieben.

[115] Vgl. Boghitschewitsch 1919, S. 65

[116] Boghitschewitsch 1931, Bd. I, S. 414

[117] Vgl. ebd.

[118] Ebd., S. 420

[119] Ebd., S. 421

[120] Vgl. Haberl 2011, S. 113; unter: http://othes.univie.ac.at/13647/1/2011-01-14_7505557.pdf

[121] Dittrich unter: www.wirdeutsche.com/web/index.php?option=com_content&view=article&id=81&Itemid=110; Zugriff am 19. Juni 2013

[122] Vgl. Montgelas 1923, S. 79 ff.; vgl. auch Stanojewitsch 1923

[123] Würthle 1978, S. 124

[124] Vgl. Boghitschewitsch 1931, Band II, S. 201; Würthle 1975, S. 198 und 214

[125] Gavrilovic 1955, S. 410 ff.

[126] Vgl. ebd.

[127] Zitiert wie Owen 1927, S. 15

[128] Vgl. Goos 1919

[129] Vgl. ebd.

[130] Zitiert wie Barnes 1928, S. 128/129

[131] Zitiert wie *Wiener Zeitung* vom 30. Juni 1914

[132] *Wiener Journal* vom 30. Juni 1914

[133] Vgl. Goos 1919, S. 70 f.; unter: http://archive.org/stream/wienerkabinett00goos/wienerkabinett00goos_djvu.txt; Zugriff am 20. Juni 2013

[134] Zitiert wie Liepman 1976, S. 110 f.

[135] Spiridowitsch 1939, S. 143; vgl. auch Heresch 1985, S. 283

[136] Vgl. Stein 1997, S. 93 ff.

[137] Zitiert wie Spiridowitsch 1939, S. 144

[138] Zitiert wie Radsinski 2000, S. 274

[139] Trufanov 1918

[140] Vgl. Radsinski 2000, S. 270 f.

[141] Vgl. Liepman 1976, S. 208

[142] Kellerhoff: Die unbekümmerte Kriegslust Wilhelm II., in *Die Welt* vom 27. Sept. 2009

[143] Strachan in *Spiegel-Spezial* Nr. 1/2004, S. 20

[144] Wilhelm II. 1922, S. 210

[145] Vgl. Marschall 1991, S. 169

[146] Zitiert wie Ludwig 1961, S. 58

[147] Wilhelm II. 1922, S. 209
Marschall 1991, S. 169

[148] Vgl. Marschall 1991, S. 168 f.

[149] Vgl. Frost 1938, S. 22

[150] Zitiert wie Kralik 1923, S. 25

[151] Tuchman in *Der Spiegel* 14/1964

[152] Zitiert wie Possony 1968, S. 215

[153] Zitiert wie Kralik 1923, S. 25

[154] Ebd., S. 26

[155] Zitiert wie ebd.

[156] Zitiert wie ebd.

[157] Zitiert wie Jaksch 1958, S. 155 (Anm.)

[158] Im Persischen Reich berührten sich die Interessenssphären Russlands und Englands, welches seine Machtstellung in Südpersien ausbaute und die Flotte im Persischen Golf verstärkte. Auch Frankreich strebte nach Positionen im Persischen Golf.

[159] Vgl. Montgelas 1923, S. 95

[160] Freiherr von Giesl an Graf Berchtold. Österreichisches Rotbuch 1914, Nr. 6, S. 4

[161] Tuchman in *Der Spiegel* 14/1964

[162] Montgelas 1923, S. 95

[163] Kralik 1923, S. 26

[164] Montgelas 1923, S. 96

[165] Ebd.

[166] Kralik 1923, S. 26

167 Solschenizyn 1973, S. 76

168 Vgl. Wolff 1935, S. 531

169 Vgl. Henning Köhler: Abschiedstoast in St. Petersburg. In: *FAZ* vom 1. Feb. 2010

170 Vgl. Schmidt 2009, zitiert wie in *FAZ* vom 1. Feb. 2010

171 Vgl. Schagerl 2012, S. 46

172 Vgl. Geiss 1963, S. 56; Keegan 2000, S. 85 f. An Kaiser Franz Joseph und Tisza scheiterte das Drängen nach einer sofortigen Bestrafung Serbiens.

173 Zitiert wie Geiss 1963, S. 57 f.

174 Zitiert wie *NZZ* vom 7. Januar 2014

175 Vgl. *Mittelbayerische Zeitung* vom 7. Januar 2014

176 Vgl. Würthle 1975, S. 136 und 140, Anm. 6

177 Schagerl 2012, S. 48

178 Ebd., S. 49

179 Vgl. Rauchensteiner 1997, S. 76; Würthle 1975, 138 f.

180 Zitiert wie Schagerl 2012, S. 50

181 Vgl. Wiesner: Die Mordtat von Sarajewo und das Ultimatum. In: Reichspost vom 28. Juni 1924

182 Kralik 1923, S. 23

183 Vgl. Geiss 1990, S. 315

184 Vgl. Gutsche 1968, S. 95 f.

185 Graf Berchtold an Freiherr von Giesl in Belgrad, 20. Juli 1914; unter: wwi.lib.byu.edu/index.php/I,_27._Graf_Berchtold_an_Freiherrn_von_Giesl_in_Belgrad,_20._Juli_1914; Zugriff am 30. Juli 2014

186 Beer 1915, S. 88

187 Vgl. Schultze-Rhonhof 2003, S. 44

188 Vgl. Ludwig 1961, S. 54

189 Ebd.

190 Ebd., S. 52

191 Vgl. Schölzel 2004

192 Zitiert wie Kralik 1923, S. 24

193 Zitiert wie ebd.

194 Vgl. ebd.

195 Vgl. Documents britanniques, Juli bis August 1914; unter: http://net.lib.byu.edu/estu/wwi/1914m/gooch/goochidx.htm#651-677

196 Vgl. Die Deutschen Dokumente zum Kriegsbruch, Nr. 157; Englisches Blaubuch, Nr. 11

197 Vgl. Boghitschewitsch 1929, Bd. II, S. 546

198 Stark in Deutsche Geschichte Nr. 71 3/2004, S. 27 f.

199 Vgl. Kronenbitter 2003, S. 497

200 Eine Demarche bezeichnet »in den zwischenstaatlichen Beziehungen einen diplomatischen Schritt, einen (entschiedenen) Einspruch oder die (mündliche) Erklärung eines Staates gegenüber einem anderen Staat. Zweck ist es üblicherweise, den Empfängerstaat zu einer bestimmten Handlung oder Unterlassung zu bewegen.« Das Politiklexikon 2011. Zitiert wie: www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17315/demarche

201 Vgl. Paléologue 1927, S. 26

202 Vgl. Possony, 1968, S. 234; vgl. auch Paléologue, 1927, S. 251

203 Vgl. Stieve/Montgelas 1927, S. 158

204 Zitiert wie Possony 1968, S. 233

205 Vgl. Bülow 1922

206 Zitiert wie: www.forost.ungarisches-institut.de/pdf/19140722-1.pdf

207 Russell 1915, S. 10 f.

[208] Vgl. Historischer Kalender; unter: http://derstandard.at/1246542318728/Historischer-Kalender

[209] Sir Edward Grey am 24. Juli 1914 in einem Telegramm an Sir M. de Bunsen. Britische Dokumente Bd. I, Nr. 91, S. 123; vgl. auch Jaenecke in *GeoEpoche*, Nr. 14/2004

[210] Vgl. Piekalkiewicz 1988, S. 22 und 24

[211] Bülow 1931, Bd. 3, S. 164

[212] Ebd.

[213] Ebd.

[214] Vgl. Effenberger/Löw 2004, S. 203

[215] Bülow 1922, Bd. 5, 1922, S. 55

[216] Ebd.; vgl. auch *Deutsche Allgemeine Zeitung* vom 28. August 1919

[217] Vgl. Bülow 1930/31, Bd. 3, S. 165

[218] Zitiert wie Binder 1960, S. 42

[219] Eigene Übersetzung. Originaltext zitiert in Schmidt 2009, S. 94: »La visite ... a offert aux deux gouvernements ...l'occasion de constater la parfaite communaute de leurs vues sur les divers problemes que le souci de la paix generale et de lequilibre europeen posent devant les Puissances.«

[220] Ebd.

[221] Zitiert wie Possony 1968, S. 216 : »... *notament en Orient*«

[222] Runderlass Bethmann Hollwegs an Pourtales, Schoen, Lichnowsky, 21. Juli 1914. In: Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, Bd. 1, S. 100

[223] Zitiert wie Schmidt 2009, S. 177

[224] Zitiert wie ebd., S. 178

[225] Zitiert wie ebd., S. 179

[226] Vgl. Possony 1968, S. 73

[227] Vgl. Helfferich 1919, S. 312 f.

[228] Vgl. Possony 1968, S. 73

[229] Vgl. A. Kilb im Gespräch mit C. Clark. In: *FAZ* vom 29. Sept. 2013

[230] Bulgarisches Orangebuch Bd. I, Nr. 218

[231] Vgl. ebd.

[232] Zitiert wie Stark in Deutsche Geschichte Nr. 71 3/2004, S. 27 f.

[233] Paleologue 1927, Bd. 1, S. 32

[234] Ebd.

[235] Zitiert wie Thomas Kielinger und Florian Stark: Britischer Minister gibt Deutschen die Kriegsschuld. In: *Die Welt* vom 9. Jan. 2014

[236] Fritz Fischer: Jetzt oder nie – Die Julikrise 1914; in *Der Spiegel* vom 27. Mai 1964

[237] Helmolt 2011, S. 90

[238] Vgl. Binder 1960, S. 42

[239] Vgl. Schäfer 1916, S. 133

[240] Stegemann 1917, Bd. 1, S. 359; vgl. Rhonhof 2007, S. 60

[241] Zitiert wie Fischer 1964, a. a. O.

[242] Vgl. von Baden 2011, S. 93

[243] Boghitschewitsch 1929, Bd. II, S. 560, u. a. Fn 3. Im englischen Blaubuch von 1914 ist dieser Bericht unter Nr. 79 übernommen.

[244] Paleologue 1927, Bd. 1, S. 33

[245] Zitiert wie Montgelas 1920, S. 22

[246] Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, Nr. 390

[247] Beer, Max: Orange-, Blau- und Graubuch. Internet Archive 2001/The Library of Congress unter: http://archive.org/stream/dasregenbogenbuc01beer/

[248] Zitiert wie Reventlow 1940, S. 445

[249] Vgl. Schultze-Rhonhof 2003, S. 45 f.

[250] Vgl. Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, Nr. 502, 503

[251] Zitiert wie Bülow 1922, S. 88

[252] Vgl. Stark 2004, a. a. O., S. 27 f.

[253] Vgl. Bülow 1922, S. 88; Weißbuch[269] Nr. 490

[254] Kennan 1990, S. 337

[255] Generalstab des Heeres 1939, S. 1

[256] Zitiert wie Bülow 1922, S. 89

[257] Zitiert wie Kabisch 1934, S. 62

[258] *FAZ* vom 29. Sept. 2013

[259] Zitiert wie Bülow 1922, S. 92

[260] Zitiert wie Kautsky, Wie der Weltkrieg entstand. Folge 18, unter: www.marxists.org/deutsch/archiv/kautsky/1919/krieg/18-kriegfrank.html

[261] Zitiert wie ebd.

[262] Zitiert wie Bülow 1922, S. 99

[263] Vgl. Ritter 1956, S. 141 ff.

[264] Vgl. Mommsen 1993, S. 168

[265] Vgl. ebd. S. 170

[266] Vgl. Hatschek/Strupp 1924, S. 122

[267] Vgl. Rhonhof 2003, 48

[268] Vgl. Stegemann, 1917, S. 363
Zitiert wie Bülow 1922

[270] Vgl. Spengler 1923, Bd. I., S. IX

[271] Vgl. Schonauer, 1914, 2012 , S. 328

[272] Bernstein 1914, S. 1

[273] Vgl. Kohut 1900/2012

[274] Vgl. Gregory 2004, S. 385; vgl. Brücher/Astel 1936, S. 9

[275] Vgl. Richards 2008, S. 446

[276] Haeckel: Englands Blutschuld am Weltkriege. In: *Jenaer Volksblatt* vom 14. August 1914

[277] Zitiert wie Clark 2013, S. 629

[278] Zitiert wie ebd.

[279] Zitiert wie ebd.

[280] Vgl. unter: www.ronpaulinstitute.org/archives/featured-articles/2014/december/04/reckless-congress-declares-war-on-russia/; Zugriff am 26. Feb. 2015

Das alte Europa marschiert in den Abgrund

[1] Zitiert wie Tuchman in *Der Spiegel* 14/1964

[2] Zitiert wie Kautsky 1919
Vgl. Tuchman in *Der Spiegel* 14/1964

[4] Ebd.

[5] Clark 2013, S. 630

[6] Rubin in *Financial Times* vom 30. Sept./1. Okt. 2000

[7] Zitiert wie: http://jurist.law.pitt.edu/ramb.htm vom 21. Juli 2008

[8] Vgl. Lafontaine 1999, S. 242 f.

[9] Zitiert wie ebd.

[10] Art. 8) des Annex B: »*Das NATO-Personal soll sich mitsamt seiner Fahrzeuge, Flugzeuge und Ausrüstung innerhalb der gesamten Bundesrepublik Jugoslawien inklusive ihres Luftraums und ihrer Territorialgewässer frei und ungehindert sowie ohne Zugangsbeschränkungen bewegen können.*« Zitiert wie: http://jurist.law.pitt.edu/ramb.htm vom 21. Juli 2008

[11] Tomuschat in *Die Welt* vom 14. April 1999

[12] Vgl. Kenney in *The Nation*, 14. Juni 1999

[13] Zitiert wie Kautsky 1919, S. 149 f.

[14] *Süddeutsche Zeitung* vom 12. August 2006

[15] Münkler 2013

[16] Vgl. Generalstab des Heeres 1939, S. 2 f.

[17] Zitiert wie Helfferich 1917, S. 62

[18] *Journal de Liege* vom 5. Aug. 1914, zitiert wie Kabisch 1934, S. 55

[19] Franktireur: von frz. franc = frei; tireur = Schütze, im Ersten und Zweiten Weltkrieg Bezeichnung für französische und belgische Partisanen

[20] Vgl. Belgisches Graubuch, Eintrag 27, vom 4. Aug. 1914

[21] Vgl. Herwig 2011, S. 108

[22] Vgl. Reichsarchiv 1925, Bd. 1, S. 109

[23] Der Autor, selbst Pionieroffizier, hat sich vor Ort ein Bild gemacht.

[24] Zitiert wie Generalstab des Heeres 1939, S. 3

[25] Vgl. Kabisch 1934, S. 72

[26] Schäfer 1916, S. 131

[27] Zitiert wie Tuchman in *Der Spiegel* 16/1964

[28] Schäfer 1916, S. 147

[29] Vgl. ebd.

[30] Kabisch 1934, S. 76

[31] Informationen laut Auskunft des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Potsdam auf Anfrage vom 19. Feb. 2011, Tgb.-Nr.: 11-0231

[32] Generalstab des Heeres, 1939, S. 15

[33] Ebd.

[34] Vgl. Kabisch 1934, S. 115

[35] Vgl. Herwig 2011, S. 108 f. und S. 112

[36] Zitiert wie Kabisch 1934, S. 92 f.

[37] Hintergrundinformationen aus der Mitschrift einer Vorlesung von Oberstleutnant Paul Krug, Militärgeschichtslehrer an der Heeresoffiziersschule Hamburg, im Februar 1967

[38] Generalstab des Heeres 1939, S. 54

[39] Vgl. Kabisch 1934, S. 131

[40] Vgl. Cron 1937, S. 396

[41] Vgl. Generalstab des Heeres, 1939, S. 65

[42] Vgl. Bihl 2010, S. 90; Hirschfeld et al. 2009, S. 45, S. 686 ff.

[43] Kabisch 1934, S. 158 f.

[44] Hintergrundinformationen aus der Mitschrift einer Vorlesung von Oberstleutnant Paul Krug, Militärgeschichtslehrer an der Heeresoffiziersschule Hamburg, im Februar 1967

[45] Zitiert wie Kabisch 1934, S. 160

[46] Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Dulce_et_Decorum_est_(Gedicht)

[47] Christian Schwaabe, Vorlesung Politische Theorie: Die postheroische Gesellschaft. Kollektives Gedächtnis und politische Identität im modernen Deutschland; vgl. www.gsi.uni-muenchen.de/personen/aplprof_pd/schwaabe/postheroismus_programm.pdf

[48] Michael Gove: Why does the Left insist on belittling true British heroes? In: *Daily Mail* vom 2. Jan. 2014

[49] Vintage 2014

[50] Zitiert wie Thomas Kielinger und Florian Stark: Britischer Minister gibt Deutschen die Kriegsschuld. In: *Die Welt* vom 9. Jan. 2014

[51] Als Begründung mag gelten, dass nach

den Verwüstungen durch den Dreißigjährigen Krieg, den Einfällen Ludwigs XIV. und den Verheerungen Napoleons Kriege künftig außerhalb der deutschen Landesgrenzen geführt werden sollten.

[52] Vgl. Herberg-Rothe, Andreas: Staatenkrieg und nicht-staatliche Kriege in Clausewitz' Vom Kriege; unter: www.clausewitz.com/readings/Herberg-Rothe/ClausewitzUndNicht-Staatliche Kriege2.htm

[53] Zentner 2000, S. 37

[54] Ebd.

[55] Ebd. S. 56

[56] Tuchman in *Der Spiegel* 16/1964

[57] Zentner 2000, S. 33

[58] Ebd.

[59] Ebd., S. 39

[60] Clausewitz 1980, S. 209 (Fn 4); vgl. Hahlweg 1980, S. 1 ff., 4 und 212, und Beckmann 2011, S. 107 ff.

[61] Clausewitz 1980, S. 210, vgl. auch S. 211 ff. (Fn 4)

[62] Ebd., S. 213 (Fn 4)

[63] Ebd., S. 952

[64] Meyers Lexikon 1930, Sp. 1249

[65] Gerd Fesser: Helmuth von Moltke. In: *Die Zeit* vom 2. März 2014

[66] Vgl. Müller 1965, S. 124 f.

[67] Vgl. Fromkin 2005

[68] *Bayerische Staatszeitung* vom 4. Sept. 1916, S. 2

[69] Vgl. Gerhard Paul: Bilder als Waffe. In: *Die Zeit*, Zeitgeschichte 1/2014, S. 63/64

[70] Vgl. Peter Rásonyi: Umstrittenes Gedenken. Grossbritannien zwischen Triumph und Trauer. In: *NZZ* vom 1. März 2014

[71] Zitiert wie Liepman 1976, S. 214

[72] Ebd.

[73] Ebd.

[74] Vgl. Spiridowitsch 1939, S. 225

[75] Ebd., S. 226

[76] Vgl. Wolff 1984, S. 435

[77] Spiridowitsch 1939, S. 231

[78] Vgl. Groys 1990, S. 33

[79] Vgl. Trotzki 2010, S. 28

[80] Ebd.

[81] Vgl. Liepman 1976, S. 222

[82] Zitiert wie Trotzki 2010, S. 29

[83] Spiridowitsch 1939, S. 245

[84] Vgl. ebd., S. 240

[85] Ebd.

[86] Vgl. Hoare 1935, S. 77

[87] Ebd.

[88] Ebd., S. 141

[89] Vgl. Liepman 1976, S. 248

[90] was ihm nun zum Verhängnis wurde, später aber das Lob Solschenizyns einbringen sollte

[91] Julia Smilga: Rasputin – Wanderprediger, Geistheiler, Hassfigur. In: *Radio-Wissen* (BR2) vom 6. Februar 2012

[92] Zitiert wie Osterrieder 2005, Kap. 1, erste Seite (keine Seitennummern)

[93] *Philadelphia Public Ledger* vom 6. Dez. 1920

[94] Vgl. Kennan 1961, S. 31

[95] *»Now that you have peace without, why not remove his burden and have peace within your borders?«*

[96] Vgl. Segel 1915, S. 28

[97] Schtetl: Dorf oder Kleinstadt mit ho-

hem Anteil an Juden in der Bevölkerung

[98] Vgl. Chaim Frank: Die Geschichte der Ostjuden: Zaristisches Rußland, Sowjetunion, GUS; unter: www.hagalil.com/galluth/russland/russia6.htm

[99] Segel 1915, S. 14

[100] Vgl. Rozenblit 2001

[101] Segel 1915, S. 17/18

[102] Vgl. ebd., S. 28

[103] Als Reaktion auf die Pogrome gegen die Juden in Russland bot 1903 der britische Kolonialsekretär Joseph Chamberlain den Zionisten eine Fläche von 5000 Quadratmeilen (ca. 12 950 km^2) im Mau-Plateau an. Das heute in Kenia liegende Gebiet gehörte damals zu Britisch-Ostafrika. Dieser Vorschlag ging ein als Uganda-Projekt. Vgl. www.lexikus.de/bibliothek/Zionistisches-Abc-Buch/Territorialismus

[104] Vgl. Herlitz/Kirschner 1930, Bd. IV/2, S. 1533 f.

[105] Segel, S. 28

[106] Geiger, Ludwig: Der Krieg und die Kultur. In: *Allgemeine Zeitung des Judentums* vom 4. Sept. 1914, S. 422

[107] Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten 1935, S. 43 f.

[108] Marasse, Margarete: Der heilige Krieg. In: *Allgemeine Zeitung des Judentums* vom 4. Sept. 1914

[109] Philippson, Martin: Rückblick auf das Jahr 5674 (1915), S. 6

[110] Hochfeld: Kriegsbetrachtung. In: *Allgemeine Zeitung des Judentums* vom 11. Sept. 1914, S. 433 f.

[111] Philippson 1915, a. a. O., S. 8

[112] Gelles: Krieg und Religion. In: *Allgemeine Zeitung des Judentums* vom 6. Nov. 1914, S. 529

[113] Vgl. Müller 1990, S. 212

[114] Vgl. Philippson 1915, a. a. O., S. 12

[115] Zitiert wie *Allgemeine Zeitung des Judentums* vom 18. Sept. 1914, S. 450

[116] Zitiert wie ebd.

[117] Ewers, Hanns Heinz: Wo stehen die Juden. In: *Allgemeine Zeitung des Judentum* Nr. 51 vom 18. Dez. 1914, S. 504

[118] Chernow 1996, S. 186

[119] Gwynn 1929, S. 245; vgl. auch Chernow 1996, S. 210 f.

[120] Vgl. Chernow 1996, S. 207

[121] Gay 1970, S. 1

[122] Zitiert wie Chernow 1996, S. 209

[123] Ebd.

[124] Segel 1915, S. 137

[125] Forschungskolleg »Der Erste Weltkrieg und die Konflikte der europäischen Nachkriegsordnung (1914–1923) oder Die Radikalisierung des Antisemitismus in Europa«, Medieninformation der Technischen Universität Berlin Nr. 151 vom 5. Aug. 2014

[126] Vgl. Andreas Kilb: Warum können Deutsche das nicht? In: *FAZ* vom 5. Apr. 2014

[127] Vgl. Franke-Gricksch 1983, S. 30

[128] Vgl. Sautter 1976, S. 341

[129] Erdmann 1985, Bd. 19, S. 98 f.

[130] Duroselle 1963, S. 77 f.

[131] Vgl. Rothenburg 1976, S. 201-218 sowie May 1966, Bd. II, S. 798 ff.

[132] Vgl. Hoggan 1979, S. 486

[133] Vgl. *Bayerische Staatszeitung* vom 26. Jan. 1918, S. 1

[134] Freud/Bullitt 1967

[135] Vgl. George 1956, S. 114 und 272

[136] Vgl. Weinstein, Edwin A./Anderson, James W./Link, Arthur S.: Woodrows Wilson's Political Personality: A Reappraisal. In: *Political Science Quarterly,* Band 93, Nummer 4, Winter 1978

[137] Vgl. www.presidentprofiles.com/Grant-Eisenhower/Wilson-Woodrow.html

[138] Vgl. Nevis 1930, S. 435

[139] Vgl. Sündermann 1960, S. 116

[140] Erst im Juli 1920 konnten sich die Alliierten auf einen Verteilerschlüssel einigen. Danach sollte Frankreich 52 %, England 22, Italien 10 und Belgien 8 % der erwarteten Zahlungen erhalten.

[141] Zitiert wie Deschner 2000, S. 197

[142] Vgl. Nevis 1930, S. 368

[143] Vgl. Thompson 1966, S. 369 f.

[144] Zitiert wie Williams 1952, S. 162 ff.

[145] Zitiert wie Schultze-Rhonhof 2003, S. 68

[146] Zitiert wie ebd., S. 63

[147] Brockdorff-Rantzau 1920, S. 113 ff.

[148] Vgl. Schultze-Rhonhof 2003, S. 63

[149] Zitiert wie Binder 1960, S. 120

[150] Zitiert wie Baumfalk 2000, S. 121

[151] Zitiert wie Bernhardt 1988, S. 40

[152] Zitiert wie Schultze-Rhonhof 2003, S. 69

[153] Keynes 1920, S. III

[154] Zitiert wie Baker 1923, Bd. I., S. 399

[155] Schultze-Rhonhof, 2003, S. 66

[156] Vgl. ebd.

[157] Vgl. Reichsgesetzblatt 1919, S. 689 ff.

[158] Völkerbund als Schutzherr der politischen Unabhängigkeit, Schiedsrichter bei völkerrechtlichen Streitigkeiten zwischen Deutschland und Polen und schließlich Garant der Danziger Verfassung

[159] Vgl. Schultze-Rhonhof 2003, S. 67

[160] Vgl. Dahms 1983, S. 169

[161] Vgl. ebd., S. 170

[162] Trotz eines Votums von 60:40 für Deutschland verblieb Ostoberschlesien dann doch bei Polen.

[163] Keynes 1921, S. 22

[164] Hoover 1951, Bd. I., S. 391

[165] Churchill 1954, S. 13 f.

[166] Zitiert wie Lehmkul et. al. 2003, S. 28

[167] Schultze-Rhonhof 2003, S. 68

[168] Zitiert wie Barry 2005, S. 386

[169] Vgl. Deighton 1979, S. 26

[170] Nitti, 1924, S. 14

[171] Zitiert wie Rassinier 1998, S. 87 f.

[172] Vgl. z. B. Johnson 1997, S. 666; Hoover 1951, S. 413, Hennig 1964, S. 39

[173] Hedin 1942, S. 19f

[174] Vgl. Fredericia, W.: Das Geheimnis von Sarajewo: Apis gab den Auftrag zum Mord – Tito rehabilitiert die serbischen Verschwörer. In: *Die Zeit* vom 25. Juni 1953

[175] Vgl. Charwarth 2011, S. 578

[176] Vgl. Cavendish 2002, Band 1, S. 153 sowie Tucker/Roberts 2005, S. 643

[177] Vgl. Charwarth 2011, S. 578

[178] Vgl. Hösch 1988, S. 187

[179] Zitiert wie Boghitschewitsch 1929, S. 363

[180] Ebd., S. 369

[181] Vgl. ebd., S. 370

[182] Ebd.

[183] Heute befindet sich dort Flughafen der Stadt. Anfang der 1990er-Jahre wurden die Gebeine im Zuge von Erweite-

rungsarbeiten zufällig entdeckt und nach Zeytinlik, den serbischen Teil des Soldatenfriedhofs von Thessaloniki, überführt. Dimitrijevics Überreste werden dort unter der Nummer 5746 als N. N. (Name unbekannt) geführt.

[184] Zitiert wie Boghitschewitsch 1929, S. 363

[185] Russland konnte wegen der Februarrevolution keinen Einfluss auf die Verhandlungen nehmen.

[186] Vgl. Hösch 1988, S. 192

[187] Nach Ende des Ersten Weltkriegs wurde der jugoslawische Staat als Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen gegründet und vereinigte Serbien, Montenegro mit Gebieten der atomisierten Habsburgermonarchie: Kroatien-Slawonien, Vojvodina, Dalmatien, Krain und Südsteiermark sowie Bosnien-Herzegowina. Nach Serbien (Srba), Kroatien (Hrvata) und Slowenien (Slovenaca) wurde das Gebilde auch SHS-Staat genannt.

[188] Vgl. Hubert Wetzel: Ermittler im Mordfall Franz Ferdinand 1914. Leo Pfeffer, der ratlose Richter. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 9. Juni 2014

[189] Fredericia in *Die Zeit* vom 25. Juni 1953

[190] Boghitschewitsch 1939, S. 366 f.

[191] Royal Air Force History Operation Allied Force 1999

[192] Vgl. *CNN*, 30. März 1990: Go along on a B-52 mission

[193] President Bill Clinton vor der US-Gewerkschaft »American Federation of State, County and Municipal Employees« (AFSCME): Remarks to AFSCME Biennial Convention, Washington, D.C., 23. März 1999; unter: http://clinton4.nara.gov/textonly/WH/New/html/19990323-1110.html

[194] Helmut Schmidt in *FR* vom 3./4. April 1999

[195] Helmut Schmidt in *Die Zeit* vom 22. April 1999

[196] Daniel Kolko in *Berliner Tagesspiegel* vom 8. Mai 1999

[197] »*Man rechnete in Washington für die nächsten 15 Jahre mit gewaltigen militärischen Investitionen der drei neuen Nato-Mitgliedsstaaten: 60 bis über 100 Milliarden US-Dollar.*« Helmut Schmidt in *Die Zeit* vom 22. April 1999

[198] In einer feierlichen Sitzung zum 50. Jahrestag der Gründung der NATO unterzeichneten am 28. April 1999 die Staats- und Regierungschefs der NATO-Länder das »Neue Strategische Konzept« der NATO.

[199] Monitor, *WDR*, 22. April 1999: Geheimes US-Regierungsdokument von 1993 mit dem Titel »With the UN Whenever Possible, Without When Necessary«

[200] Ebd.

[201] Zitiert wie *Der Spiegel* Nr. 17/1999, S. 170

[202] Helmut Schmidt in der Gedenkausgabe zum 50sten Jahrestag der NATO. Zitiert wie *Die Zeit*, Nr. 17, 1999

[203] A. Kilb im Gespräch mit C. Clark. In: *FAZ* vom 29. Sept. 2013

[204] Ebd.

[205] Bill Clinton: Address on the Kosovo Agreement, 10. Juni 1999; unter: http://millercenter.org/president/clinton/speeches/

speech-3933; Zugriff am 10. August 2014

[206] Camp Bondsteel ist für Halliburton eine Goldgrube. Von 1995 bis 2000 zahlt die US-Regierung an Kellogg, Brown & Root 2,2 Milliarden US-Dollar für logistische Unterstützung im Kosovo, was der teuerste Vertrag der US-Geschichte ist. Die Kosten machen fast ein Sechstel der auf dem Balkan für Operationen ausgegebenen Gesamtkosten aus.

[207] US-Präsident George Bush am 24. Juli 2001 im Camp Bondsteel; unter: www.whitehouse.gov/news/releases/2001/07/20010724-1.html vom 23. Juli 2008

Amerikas Griff zur Weltmacht

[1] Der Begriff »Balance of Power« wurde ursprünglich von den Briten geprägt, die darunter die Abwehr aller Vormachtsansprüche einzelner Mächte – oder einen Zusammenschluss ausreichend mächtiger Gegner – verstanden. Ziel war die Sicherung der eigenen weltweiten Vormachtstellung des Empires.

[2] Zitiert wie Maas 1931, a. a. O.

[3] Woodrow Wilson 1917, War Messages, 65th Cong., 1st Sess. Senate Doc. No. 5, Serial No. 7264, Washington, D. C.

[4] Ebd., S. 3 ff.

[5] Vgl. Effenberger/Löw 2004, S. 217 ff.

[6] Wilson 1917, War Messages, S. 3 ff.

[7] Deschner 2000, S. 178

[8] Vgl. Congressional Record, 65th Cong., 1st Sess., S. 212-214, 223-236

[9] Zitiert wie Thelen 1976, S. 134

[10] Senator Norris Opposes U.S. Entry into the War. In: Congressional Record, 65th Cong., 1st Sess., Vol. LV, pt. I, S. 212 f.

[11] Ebd.

[12] Vgl. ebd., S. 212 ff. und 223 ff.

[13] Vgl. Dahms 1983, S. 166

[14] Vgl. Weinberg 1936

[15] Perry: Die Erschließung Japans. Zitiert wie Weilenmann 1953, S. 17; vgl. auch Morison/Commager 1950, S. 315

[16] Silberschmidt 1941, S. 12

[17] Vgl. Viehrig, Johannes: Ideologische Grundlagen des amerikanischen Imperialismus zwischen Bürgerkrieg und Erstem Weltkrieg. Dissertation der Friedrich-Schiller-Universität Jena 2013

[18] Lendzian 2006, Bd. 2, S. 27

[19] Scheler 1917, S.249

[20] Barnett 1972, S. 24

[21] Vgl. Voegelin 1939

[22] Vgl. Bemis 1942, S. 363 ff.

[23] Zitiert wie *FOCUS* vom 14. Nov. 2009. »Obama als ›erster pazifischer Präsident‹«

[24] Hillary Clinton: America's Pacific Century. The future of politics will be decided in Asia, not Afghanistan or Iraq, and the United States will be right at the center of the action, in 11. Oktober 2011 unter: www.foreignpolicy.com/

articles/2011/10/11/americas_pacific_century

[25] Zitiert wie Jürgen Heiducoff: China braucht Frieden und Stabilität, um zu erstarken. 30. April 2012; unter: www.aixpaix.de/autoren/heiducoff/china.html; Zugriff am 12. Feb. 2014 sowie http://www.gpo.gov/fdsys/pkg/CHRG-112shrg80073/html/CHRG-112shrg80073.htm; Zugriff am 12. Febr. 2014

[26] Vgl. Pratt 1936, S. 3 f.

[27] Zitiert wie Campbell 1976, S. 147 f.

[28] Vgl. Pratt 1936, S. 5 f.

[29] Burgess 1898, S. 4

[30] Ebd., S. 46

[31] Campbell 1976, S. 622 ff.

[32] Vgl. Quigley 1966, S. 131

[33] Zitiert wie Beard 1948, S. 337; Begriff beispielsweise verwendet von McLaughlin 2009, S. 10

[34] Raico, Ralph: American Foreign Policy – The Turning Point, 1898–1919, Teil 1, Februar 1995. In: The Future of Freedom Foundation, http://fff.org/explore-freedom/article/american-foreign-policy-turning-point-18981919-part-1/

[35] Mahan 1897, S. 52 und 1918, S. 28 sowie 82 f.

[36] »*unsere natürliche, notwendige, unbezähmbare Expansion*«. Mahan 1897, S. 36

[37] Ebd. S. 50

[38] Vgl. Haushofer 1934, S. 51. Der Konflikt zeigt sich bis heute zwischen der Seemacht USA und den Landmächten Russland und China.

[39] Vgl. Khiabana, Mohamed: Chinas neue externe (Geo)Politik. Dissertation an der Freien Universität Berlin, Dezember 2013; vgl. auch Effenberger 2005, S. 80

[40] Mackinder 1904, S. 436

[41] Zitiert wie Kennedy 1983, S. 48

[42] Vgl. Pratt 1936, S. 212 ff.

[43] Vgl. Campbell 1976, S. 625

[44] Vgl. Bemis 1934, S. 440

[45] Vgl. Annual Message 1897 und Bemis 1934, S. 441

[46] Vgl. Beham 1996, S. 24

[47] Vgl. Rickover, Hyman G.: How the Battleship Maine Was Destroyed (Washington: Dept. of the Navy, Naval History Division, 1976), S. 94 ff. sowie 104 ff.

[48] Vgl. Bailey, 1946, S. 508. Bailey weist darauf hin, dass die Rechtfertigungen der Intervention völkerrechtlich unhaltbar waren.

[49] als »*famosen kleinen Krieg*«. Zitiert wie Raico, Ralph: American Foreign Policy – The Turning Point, 1898–1919, Teil 2, März 1995. In: The Future of Freedom Foundation unter http://fff.org/explore-freedom/article/american-foreign-policy-turning-point-18981919-part-2/

[50] Vgl. Roosevelt 1926, S. 182 ff.

[51] Beale 1956, S. 61 f.

[52] Vgl. Bishop 1920, Bd. I, S. 95

[53] Vgl. Weilenmann, 1953, S. 29

[54] Vgl. Roosevelt 1900

[55] Vgl. Johnson, 1997, S. 626

[56] Vgl. Roosevelt 1926, S. 210-262, vgl. auch Bishop 1920, Bd. I, S. 92-108

[57] Vgl. Lodge 1925, Bd. I, S. 327

[58] Die zu den Ladrones gehörende Insel Guam wurde an die USA abgetreten.

[59] Marschall: Zehn Jahre Guantanamo:

Jenseits von Amerika. In: *Der Tagesspiegel* vom 10. Jan. 2012

[60] Vgl. Pratt 1936, S. 319 und S. 461 f.

[61] Vgl. Bailey 1946, S. 521. Er nennt die Debatte »*one of the most heated and momentous in all American history*«.

[62] Weisberger 1964, S. 138 f.

[63] Pally 2008

[64] Ebd.

[65] Glacis: »*zum Feind hin flache, ins Vorfeld verlaufende Erdaufschüttung vor einem Festungsgraben, die keinen toten Winkel entstehen lässt … ungedecktes, (einer Festung) vorgelagertes Gelände*«; www.duden.de/rechtschreibung/Glacis. Es diente den Verteidigern als Schussfeld und bietet Angreifern möglichst wenig Deckung. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Glacis

[66] Adams, John Quincy: Speech to the U.S. House of Representatives on Foreign Policy (4. Juli 1821); unter: http://millercenter.org/president/speeches/speech-3484; Zugriff am 7. Aug. 2014

[67] William G. Sumner, The Conquest of the United States by Spain. In: *Yale Law Journal* v. 8, no. 4 (Jan. 1899); vgl. Viehrig 2013

[68] Erstveröffentlichung in *McClure's Magazine* 12, Feb. 1899

[69] Reconcentration Act No 781

[70] Vgl. US-Japan-Philippines-China Tension To Benefit Anglo-US-Japanese Arms Traders, vom 18. Dez. 2013; unter: www.countercurrents.org/cc181213B.htm

[71] Zitiert wie Weilenmann 1953, S. 77

[72] Zitiert wie Beale 1956, S. 177 f.

[73] Sautter, 1976, S. 320

[74] Vgl. ebd., S. 335 f.

[75] Vgl. Bemis 1934, S. 528

[76] Roosevelt 1951, Letters II, an Hay, 14. Juli 1903, S. 311

[77] Vgl. Dahms 1983, Seite 154

[78] Vgl. Sündermann 1960, S. 88

[79] Der Stützpunkt wurde im Jahr 2005 vom Menschenrechtsbeauftragten des Europarats, Alvaro Gil-Robles, nach einem Besuch als »Little Guantanamo« bezeichnet.

[80] Vgl. Sautter 1976, S. 324

[81] Vgl. Herzog 1950, S. 217

[82] Vgl. R. A. Friedlander: A Reassessment of Roosevelt's Role in the Panamanian Revolution of 1903. In: *Western Political Quarterly*, 14/1961, S. 535 f.

[83] Vgl. Sautter 1976, S. 324

[84] Franz, Angelika: Panamakanal. Der große Graben. In: *Stern* 9/2002, S. 83

[85] Blakelee, George: Die Zukunft des Panamakanals; in *Outlook* (New York) vom 25. Aug. 1915

[86] Charles Emmerson und Paul Stevens: Maritime Choke Points and the Global Energy System Charting a Way Forward Energy, Environment and Resource Governance; Januar 2012

[87] Roosevelt 1951, Letters I, an Sternberg, 17. Januar 1898, No. 764, S. 764; 28. August 1900, No. 1394, S. 1394

[88] an Theodore Roosevelt jr., 10. Februar 1904, zitiert in Pringle 1931, S. 375, und Letters IV, No. 2963, S. 724. Roosevelt scheint während des Krieges geheime Vorbereitungen für den eventuellen Kriegseintritt der USA auf der Seite Japans getroffen zu haben.

[89] Vgl. Gwynn 1929, Bd. I, S. 377 f.

[90] Vgl. www.zeit-fragen.ch/index.php?id=1711

[91] Vgl. http://dezayasalfred.wordpress.com und www.ohchr.org/EN/Issues/IntOrder/Pages/AlfreddeZayas.aspx

[92] Aus einer Rede Roosevelts aus dem Jahr 1901. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Theodore_Roosevelt

[93] Vgl. Dahms 1983, S. 155 und Sautter 1976, S. 325. 1907 wurde das amerikanische Interventionsrecht dann offiziell in einem Vertrag festgelegt; es blieb bis 1941 in Kraft.

[94] Vgl. Pringle 1931, S. 167

[95] Vgl. ebd., S. 290 f.

[96] Vgl. Lodge 1925, Bd. I, S. 280

[97] Zitiert wie Pringle 1931, S. 281

[98] Hays »Open Door notes" vom 6. Sept. 1899 und Zirkular vom 3. Juli 1900; vgl. Griswold 1938, Kap. II.

[99] An Trevelyan, 9, März 1905. Vgl. Roosevelt 1951, Letters IV, No. 3483, S. 1134

[100] Vgl. Potter 1974, S. 275

[101] Zitiert wie Beale 1956, S. 269

[102] Vgl. Gwynn 1929, Bd. I, S. 473

[103] Vgl. Bemis 1934, S. 494

[104] Vgl. Sautter 1976, S. 322

[105] Vgl. Dahms 1983, S. 155

[106] Vgl. Raico, Ralph: American Foreign Policy – The Turning Point, 1898–1919, Teil 3, April 1995. In: The Future of Freedom Foundation; unter http://fff.org/explore-freedom/article/american-foreign-policy-turning-point-1898-1919-part-3/

[107] Penzler o. J, Bd. 2, S. 209-212. Abdruck der inoffiziellen Version in Görtemaker 1996, S. 357

[108] »Hunnenrede« Wilhelms II. am 27. 7. 1900 in Bremerhaven. Zitiert wie Penzler o. J., Bd. 2, S. 209 ff.

[109] Zitiert wie Fernau 1999, S. 187

[110] Frankreichs Verständigung mit England 1896 über Hinterindien und 1899 über Afrika hatte die französische Machtstellung gegenüber Deutschland gestärkt. Dagegen war Bismarcks Verständigungsversuch – er hatte 1882 die Franzosen bei der Festsetzung in Tunis begünstigt – kein Erfolg. Vgl. Groebe, 1928, S. 312

[111] Vgl. Bishop 1920, Bd. I, S. 472

[112] So kam im August 1907 der Dreierverband zustande, dessen Abmachungen durch die Zusammenkunft der drei Staatsoberhäupter in Reval im Juni 1908 bekräftigt wurden.

[113] Vgl. Pringle 1931, S. 409 ff.

[114] Sautter 1976, S. 322

[115] Weilenmann 1953, S. 58

[116] Vgl. www.amerika-live.de/nicaragua/nicaragua.htm vom 24. Mai 2004 aus: Microsoft Encarta Professional 2002. 1993-2001 Microsoft Corporation

[117] Zitiert wie *Le Monde diplomatique* Nr. 7055 vom 16. Mai 2003 (deutsch von Bodo Schulze)

[118] Zitiert wie *Junge Welt* vom 11./12. Juli 2003

[119] Vgl. www.whitehouse.gov/history/presidents/ww28.html

[120] Wilson 1914, S. 225

[121] Zitiert wie Raico 1995, a. a. O.

[122] Zitiert wie Berg, Manfred: Diktator der Welt? Zwischen Monroedoktrin und Weltmission: Eine kleine Chronik der

amerikanischen Interventionspolitik. In: *Die Zeit* 08/2003

[123] Vgl. Johnson 1997, S. 649

[124] House 1912

[125] Vgl. House 1926, Bd. I, S. 161

[126] Ebd., S. 173 f.

[127] Vgl. Dahms 1983, S. 159

[128] Vgl. Deschner 2000, S. 249

[129] Der offizielle Titel lautete »Staatssekretär im Reichsmarineamt«

[130] Vgl. House 1926, Bd. I, S. 249-251

[131] Vgl. Uhle-Wettler 1996, S. 161 f., 434 ff., Anlage 3

[132] Naval Annual 1900, S. 2 ff. und 429 ff., zitiert bei F. Uhle-Wettler 1996, S. 435 f.

[133] Vgl. House 1926, Bd. I, S. 235

[134] Ebd., S. 176

[135] Vgl. Tansill 1939, S. 344

[136] Sven Hedin weist auf einen Bericht des damaligen französischen Ministers Hanotaux hin, wonach Frankreich im Herbst 1914 ein Friedensangebot an Deutschland erwogen habe; der amerikanische Botschafter in Paris habe jedoch zur Kriegsfortsetzung geraten und den späteren Kriegseintritt der USA in Aussicht gestellt. Vgl. Hedin 1943, S. 124

[137] Wilson, 1913, S. III

[138] Zitiert wie Dulles 1957, S. 9

[139] Zitiert wie Schultze-Rhonhof 2003, S. 55

[140] Vgl. Dahms 1983, S. 162

[141] Gaffney 1930, S. 10

[142] Zitiert wie Bavendamm 1989, S. 564

[143] Vgl. Sautter 1976, S. 328

[144] Im Prisenrecht sind die Regeln bestimmt, wann die Wegnahme bei feindlichen oder neutralen Handelsschiffen oder Waren im Seekrieg rechtmäßig ist.

[145] Vgl. Simpson 1972, S. 45

[146] Churchill 1931, S. 724 f.

[147] Konterbande: Schleichhandel bzw. Schmuggel von zumeist kriegswichtigen Gütern auf dem Seeweg. Auch die Güter selbst werden so bezeichnet. Allgemein für mittelbares Kriegsmaterial, d. h. Gegenstände, die nicht notwendig oder vorwiegend zur Kriegsführung bestimmt waren, aber unter Umständen geeignet waren, ihr zu dienen (Pferde, Schiffbaumaterial, Kohle, Lebensmittel, Geld). Vgl. unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Konterbande; Zugriff am 11. Aug. 2014

[148] Vgl. Neilson 1915. Neilson hatte 1914 seinen Unterhaussitz als Protest wegen Greys Aggressionen gegen Deutschland aufgegeben und war in die vermeintlich neutralen USA emigriert.

[149] Vgl. Deutsches Historisches Museum: Die Seeblockade; unter: http://dhm.de/lemo/html/wk1/kriegsverlauf/seeblockade/index.html

[150] Nach Dahms stieg der amerikanische Export nach Westeuropa von rund 800 Millionen (1914) auf etwa 3 Milliarden Dollar (1916), während die Erträge der Ausfuhr im Handel mit den Mittelmächten von 169 Millionen (1914) auf 1,2 Millionen Dollar (1916) sanken; Dahms 1983, S. 161

[151] Vgl. Sautter 1976, S. 330

[152] Vgl. Dahms 1983, S. 162

[153] Vgl. Helfferich 1919, S. 313

[154] Vgl. Effenberger 2005, S. 166

[155] Vgl. Hoggan 1979, S. 452

[156] Befehl P. R. O.: ADM/116/1359 vom 23. Dez. 1914. Vgl. Simpson 1972, S. 46

[157] Nach Instruktionen der britischen Admiralität sollten alle Schiffe ihre Namen und Heimathäfen übermalen und in britischen Gewässern die Flagge einer neutralen Macht zeigen. Colin Simpson fand in einem der Cunard-Linie zugegangenen Exemplar den handgeschriebenen Zusatz: *»Geben Sie zu verstehen, dass die amerikanische Flagge benutzt werden soll.«* Vgl. Simpson 1972, S. 46

[158] Vgl. Dahms 1983, S. 163

[159] Piekalkiewicz 1988, S. 272 f.

[160] Ebd.

[161] Vgl. Weyer 1983, S. 130

[162] Vgl. Layton 2007, S. 162

[163] Vgl. ebd., S. 163

[164] Vgl. Piekalkiewicz 1995, S. 274

[165] Vgl. Leja, Michael: Das Geheimnis der zweiten Explosion. In: ZDF-Discovery – die Welt entdecken vom 20. Jan. 2004; unter: http://zdf.de/ZDFde/Inhalt/23/0,1872,2097527,00.html

[166] Vgl. Simpson 1987, S. 150

[167] Ebd.

[168] Vgl.: http://britannica.com am 27. Mai 2004

[169] Vgl. Quigley 1966, S. 250 f.

[170] Zitiert wie Preston 2004, S. 8

[171] Zitiert wie Hendrick 1925, S. 239

[172] House 1926, Bd. I, S. 434

[173] Zitiert wie Bavendamm 1993, S. 49

[174] Vgl. Dietl 1996, S. 412

[175] *Vossische Zeitung*, Abendausgabe vom 18. Mai 1915

[176] Vgl. Simpson 1987, S. 224 f.

[177] Vgl. Sedlmaier 2003, S. 244

[178] Lusitania-Affäre: Schmutziges Geschäft. In: *Der Spiegel 45/1972*

[179] House 1926, S. 433

[180] Ebd., S. 434

[181] Ebd., S. 436

[182] Vgl. ebd., S. 442

[183] Vgl. ebd., S. 433

[184] Copley, J. D.: The Q-Ships. In: *Army Quarterly and Defence Journal* 12, Nr. 4, S. 459

[185] Vgl. Bridgland 1999, S. 20

[186] Vgl. Mercer, David D.: Sledge Hammers, Lance Bombs, and Q-ships. In: *U.S. Naval Institute Proceedings* 87, Nr. 4, S. 79

[187] Vgl. Crompton 1940, S. 12 f.

[188] Vgl. Ritchie 1985, S. 57 f.

[189] Vgl. Simpson 1972, S. 279 f. Am 24. September stoppte *U-41* den unter amerikanischer Flagge laufenden Handelsdampfer *Urbino*, in Wirklichkeit die *Baralong*. Wieder schnappte die U-Boot-Falle zu, nur Leutnant Crompton und Steuermann Godau überlebten.

[190] Von Barbara J. Coder LCDR, USN vorgelegt und von den Instruktoren LTC Barry Taylor und Maj Matthew Stafford veröffentlicht

[191] Ebd., S. 29

[192] Ebd.

[193] Vgl. Foreign Relations of the United States: The Lansing Papers

[194] House 1926, Bd. II., S. 82

[195] Ebd. S. 123 f.

[196] Ebd.

[197] Ebd., S. 147. *»The reason I am so anxious that you do not brake with Germany over the*

Lusitania is that any delay may make it possible to carry out the original plan in regard to intervention. And if this cannot be done because of Germany's undersea warfare, then we will force in a way that will give us the advantage.«

198 Ebd., S. 148

199 Vgl. Dahms 1983, S. 164

200 Vgl. Courson, Taylor M.: Howard Earle Coffin, King of the Georgia Coast. In: *Georgia Historical Quarterly* 83 (Sommer 1999), S. 322 ff.

201 Vgl. Meldung des amerikanischen Botschafters in Berlin, J. W. Gerard, an Colonel House vom 7. März 1926, Bd. II., S. 222

202 Vgl. Potter 1974, S. 428

203 Gegen 244 deutsche Geschütze von 30,5 und 28 cm konnte Jellicoe 344 Geschütze von 30,5 bis 38,1 einsetzen

204 Vgl. Potter 1974, S. 435

205 Vgl. Sautter 1976, S. 332

206 Vgl. This day in history: 22. Juli 1916; unter: www.history.com/this-day-in-history/preparedness-day-bombing-in-san-francisco

207 Vgl House 1926, Bd. II., S. 323

208 Ebd., S. 388

209 Hoggan 1979, S. 454

210 House 1926, Bd. II., S. 388

211 Vgl. Dahms 1983, S. 165

212 Vgl. House 1926, Bd. II., S. 389

213 Ebd. S. 392 f.

214 Vgl. Dahms 1983, S. 165

215 House 1926, Bd. II., S. 406

216 Vgl. Duroselle 1963, S. 64

217 Wessels, Wolfram: Der Erste Weltkrieg. 1917: Hinter der Front. SWR2 vom 7. Mai 2004. Archiv-Nr. 051-7490

218 Ebd.

219 Ebd.

220 Es gab praktisch nichts zu essen außer Steckrübensuppe, Steckrüben mit Kartoffeln, braune Steckrüben, Steckrübenauflauf, Steckrübenpudding, Steckrübenfrikadellen, Steckrübenkoteletts, Grünkohl mit Steckrüben, Rotkohl mit Steckrüben, Steckrübenauflauf mit Weißkohl, Kohlrouladen mit Steckrübenfüllung, Steckrübensalat, saure Steckrüben, Steckrüben mit Porree, Steckrübenbrotaufstrich und weitere Kreationen nach Fantasie der Hausfrau.

221 Vgl. Duroselle 1963

222 Vgl. Johnson 1997, S. 659

223 Vgl. House 1926, Bd. II, S. 452

224 Ebd.

225 Im Lehrplan für High School Studenten wird zum Thema »Ursachen des Ersten Weltkrieges und warum die Vereinigten Staaten eingriffen« ausführlich die Zimmermann-Depesche behandelt, und zwar fächerübergreifend in Geographie, Geschichte und Mathematik. Vgl. unter: www.archives.gov/digital_classroom/lessons/zimmer.../zimmermann_telegram.htm vom 13. Juni 2004

226 Vgl. Sautter 1976, S. 333

227 Dahms 1983, S. 166

228 Fulbright 1967, S. 243 f.

229 Vgl. Dahms 1983, S. 166

230 Vgl. Hoggan 1979, S. 197

231 *Four Minute Bulletin*, Nr. 17 (8. Okt. 1917); unter: http://historymatters.gmu.edu/d/4970/; Zugriff am 16. Febr. 2014

232 Vgl. Johnson 1997, S. 661

[233] Welskopp 2010, S. 48

[234] Vgl. Gutknecht 2005, S. 14

[235] Zum Beispiel »The Kaiser: The Beast of Berlin«, »Wolves of Kultur« oder »Pershing's Crusaders«

[236] Vgl. unter: www.rainfall.com/posters/Movie/1856.htm

[237] Vgl. Schultze-Rhonhof 2003, S. 58

[238] Vgl. Johnson 1997, S. 660

[239] Vgl. ebd., S. 662

[240] Vgl. Sautter 1976, S. 334

[241] Vgl. ebd., S. 337

[242] LaFollette 1953, S. 376

[243] Vgl. Hoggan 1979, S. 196

[244] Vgl. Sautter 1976, S. 334

[245] Sautter 1976, S. 338

[246] Loon 1929, S. 292 f.

[247] Loon 1929, S. 293 f.

[248] Vgl. Bautz 1990 in Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. I, Spalten 491-493

[249] Vgl. Johnson 1997, S. 662

[250] Aus der Kanzlerrede des Reichskanzlers Graf Hertling am 24. Januar 1918. In: *Bayerische Staatszeitung* vom 25. Jan. 1918, S. 1

[251] Vgl. Dahms 1983, S. 167 f.

[252] Vgl. Wheeler-Bennet, John: Brest-Litovsk: The Forgotten Peace, March 1918, o. O. 1938, S. 249, 289, 385 f.

[253] Kempe 2005, S. 59

[254] *Die Zeit* vom 30. Juni 1961

[255] Wilson 1984, Bd. 45, S. 538 f.

[256] Congressional Record, Containing the Proceedings and Debates of the Second Session of the Sixty-Fifth Congress of the United States of America – Volume LVI – Washington Government Printing Office 1918, S. 761 f.

[257] Volkmann 1922, S. 165

[258] Craig 1981, S. 343

[259] Erdmann 1985, Bd. 18, S. 224

[260] Vgl. Sautter 1976, S. 339

[261] Vgl. Erdmann 1980, Bd. 19, S. 111 f. Anm. 3

[262] Ludendorff 1920, S. 551

[263] Mawdsley 2005, S. 109-110

[264] Vgl. Johnson 1997, S. 662

[265] Wilson 1913: Der Staat

[266] Koalition aus Zentrum, Fortschrittspartei, SPD und Nationalliberalen

[267] Vgl. *Bayerische Staatszeitung* vom 9. Okt. 1918, S. 1

[268] *Bayerische Staatszeitung* vom 10. Okt. 1918, S. 1

[269] Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, R 21872, Blätter 164 und 165, Note vom 12. Okt. 1918

[270] Vgl. *Bayerische Staatszeitung* vom 15. Okt. 1918, S. 1

[271] *Bayerische Staatszeitung* vom 16. Okt. 1918, S. 1

[272] *Bayerische Staatszeitung* vom 25. Okt. 1918, S. 1

[273] Vgl. Ploetz 1959, S.34

[274] Vgl. Grosser 1970, Anm. 72, S. 151

[275] Michael Martens: Armenischer Genozid. Türkei protestiert gegen Obama-Rede; unter: www.faz.net/aktuell/politik/ausland/armenischer-genozid-tuerkei-protestiert-gegen-obama-rede-1575083.html

[276] Zitiert wie ebd., Blatt 185

[277] Vgl. Schultze-Rhonhof 2003, S. 61

[278] Vgl. Erdmann 1985, Bd. 18, S. 232

279 Vgl. Schultze-Rhonhof 2003, S. 61

280 Vgl. Müller 1996, S. 224

281 Vgl. Blane/Lutz 1942

282 Vgl. Johnson 1997, S. 662, und Sautter 1976, S. 339

283 Vgl. Erdmann 1985, Bd. 18, S. 233

284 Vgl. Baker 1923, Bd. I., S. 19

285 Vgl. Foley 1923

286 Vgl. Baker 1923, Bd. I, S. 38 f.

287 Vgl. ebd., S. 163

288 *Der Spiegel* vom 9. April 1958

289 Vgl. Hoggan 1979, S. 500 f.

290 Vgl. Millin 1933, S. 166

291 Vgl. Quigley 1966, S. 130 f., 582 f.

292 So etwa Josef Joffe von der *Zeit*

293 Zitiert wie Umpenhour 2005, S. 85. Vgl. auch Levin 1980

294 Wala, Michael: Winning the Peace Amerikanische Außenpolitik und der Council on Foreign Relations 1945–1950, Stuttgart 1990, S. 17

295 Vgl. unter: http://ecfr.eu/content/council/

296 Vgl. Our History. Freedom House. Archived from the original on October 13, 2012; unter: www.webcitation.org/6BPxvn1KR; vgl. auch Brian Kannard: The Untold Story of John Steinbeck and the CIA, Nashville/Tennesee 2013

297 Vgl. unter www.freedomhouse.org/uploads/special_report/10.pdf

298 Vgl. Kaku/Axelrod 1987, Seiten X, 11, 30, 31

299 Moskau, Gorki, Kuibyshev, Sverdlovsk, Novosibirsk, Omsk, Saratov, Kazan, Leningrad, Baku, Tashkent, Chelyabinsk, Nizhni Tagil, Magnitogorsk, Molotov, Tbilisi, Stalinsk, Grozny, Irkutsk und Jaroslavl

300 Archiv der Gegenwart (AdG), CD 1999, 00669

301 Juni 1946 Pincher; März 1948 Broiler/Bushwacker; Mai 1948 Frolic; Dezember 1948 Sizzle/Fleetwood/Halfmoon/Doublestar; Januar 1949 Trojan; Oktober 1949 Shakedown/Offtackle/Crosspierce; Dezember 1949 Dropshot. Nachdem das sowjetische Atombombenprojekt am 29. August 1949 zur erfolgreichen Zündung der ersten eigenen Atombombe geführt hatte, wurden die Angriffspläne vorerst auf Eis gelegt.

302 Der britische Lord Ismay war als Generalstabschef für die Ausarbeitung des Operationsplanes »Unthinkable« zuständig. Beim Kriegsplan »Dropshot« war er bereits NATO-Generalsekretär.

303 Joint Chiefs of Staff: J.C.S. 1920/5 (Volume II) »Long-Range Plans for Wars with the USSR – Development of a Joint Outline Plan for Use in the Event of a War in 1957« (Short Title: Dropshot) vom 19. Dezember 1949. Der Zeitpunkt für Dropshot war zweifellos auf den ursprünglich für diesen Zeitpunkt geplanten Abschluss der Remilitarisierung Westdeutschlands abgestimmt. Aufgrund der Ablehnung der Verträge über die sogenannte »Europäische Verteidigungsgemeinschaft« durch die französische Nationalversammlung 1954, aber auch wegen der Gegner einer Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, verzögerte sich der Aufbau der Bundeswehr um einige Jahre. Als

dann 1957 der fiepsende Sputnik seine Kreise um die Erde zog, musste der Zeitpunkt für Dropshot vertagt werden.

[304] Japan baut sein Reich. Berlin 1941; Wehr-Geopolitik. Graphische Grundlagen einer Wehrkunde. Berlin 1941; Weltmeere und Weltmächte. Berlin (um 1938); Weltpolitik von heute. Berlin 1934

[305] Vgl. Effenberger 2011, S. 192

[306] Vgl. Bobitt 2002

[307] Mann: Deutsche Hörer!, 1986, S. 166

[308] President Obama's Speech in Cairo: A New Beginning; unter: www.whitehouse.gov/blog/NewBeginning/transcripts; Zugriff am 12. Juli 2014

[309] Vgl. unter: www.welt.de/geschichte/article119180782/CIA-bekennt-sich-zu-Militaerputsch-1953-im-Iran.html

[310] Jimmy Carter: State of the Union Address (23. Januar 1980), unter: http://millercenter.org/scripps/archive/speeches/detail/3404

[311] Zbigniew Brzezinski: How Jimmy Carter and I Started the Mujahideen. Interview in *Le Monde/Observateur* vom 15. Januar 1998. Am 7. November 2010 führte die Journalistin Cynthia McFadden des US TV-Senders ABC ein Interview mit US-Außenministerin Hillary Clinton und US-Verteidigungsminister Robert Gates. Das Gespräch fand im Grand Hyatt Hotel in Melbourne, Australien statt. Darin bestätigt Clinton, Osama bin Laden, seine Truppe aus Saudi Arabien und die afghanischen Freiheitskämpfer wurden von den USA ausgebildet, ausgestattet und finanziert.

[312] Vgl. Lowe, David: Idea to Reality: NED at 25. Vgl. unter: www.ned.org/about/nedhistory.html

[313] Vgl. Ospina, Hernando Calvo: Wenn eine ehrwürdige Stiftung den Staffel der CIA übernimmt; unter: http://emba.cubaminrex.cu/Default.aspx?tabid=17288; Zugriff am 23. Aug. 2009

[314] Vgl. unter: www.fas.org/irp/offdocs/nsdd/nsdd-077.htm. Ein Jahr später verbessert und ergänzt durch NSDD-130, vgl. unter www.fas.org/irp/offdocs/nsdd/nsdd-130.htm

[315] Vgl. The White House, United States International Broadcasting (NSDD-45); unter: www.fas.org/irp/offdocs/nsdd/sdd-045.htm. Nach dem vermeintlichen Ende des Kalten Krieges gab US-Präsident Clinton am 15. Juni 1993 bekannt, dass Radio Liberty, Radio Free Europe, Tthe Voice of America, Worldnet TV and Film sowie RadioTV Marti in der US Information Agency aufgehen würden. Die ständige Unruhe und die politische Unklarheit in Osteuropa würde aber den Agenturen die fortlaufende Aufgabe zuweisen, in diesen Regionen die Demokratie mit entwickeln zu helfen. Vgl. unter: www.bbg.gov/broadcasters/rferl.html

[316] Ronald Reagan: Remarks at a White House Ceremony Inaugurating the National Endowment for Democracy vom 16. Dezember 1983

[317] USAID ist der verlängerte Arm des US-Außenministeriums und gibt vor, weltweit Demokratie zu fördern und die Zivilgesellschaften zu stärken. Daneben

geht es um Privatisierung des öffentlichen Sektors und um globale Marktöffnung.

[318] Dem Projekt haben sich andere Stiftungen angeschlossen, z. B. die Friedrich-Ebert-Stiftung aus Deutschland; Olof Palme Internazionella Centrum aus Schweden, Karl Renner Institut aus Osterreich und die Pablo Iglesias, verbunden mit der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE).

[319] Vgl. unter: www.wmd.org/ndri/ndri.html

[320] CIMA was authorized by Congress in Section 7108 of the Intelligence Reform and Terrorism Prevention Act of 2004 (Public Law 108-458)

[321] Vgl. unter: http://cima.ned.org/

[322] *»Ja, das ist wahr, wir erhalten Geld von der NED. Und das stellt für uns kein Problem dar«*, bestätigte Robert Menard, Generalsekretär von Reporter ohne Grenzen, am 18. April 2005 in einem Online-Forum der französischen Zeitschrift *Le Nouvel Observateur.*

[323] *The Washington Post* vom 22. September 1991

[324] Vgl. Roberts, Paul Craig: Die USA sind keine Supermacht, sondern eine bankrotte Farce. In: *Zeit-Fragen* Nr.35/36 vom 25. Aug. 2008

[325] Ronald Reagan: Promoting Democracy and Peace. British Parliament, London, 8. Juni 1982, Published by the United States Department of State - Bureau of Public Affairs/Office of Public Communication - Editorial Division, Washington, D. C.

[326] Vgl. Hacke 2001, S. 299

[327] William Blum: Rogue State: A Guide to the World's Only Superpower, London 2002. Zitiert wie: Hernando Calvo Ospina: Wenn eine ehrwürdige Stiftung den Staffel der CIA übernimmt; unter: http://emba.cubaminrex.cu/Default.aspx?tabid=17288; Zugriff am 23. Aug. 2009

[328] Unter ihnen Allen Weinstein, Dante Fascell, Elliot Abrams, Richard Allen, John Negroponte, Jeane Kirkpatrick, John Bolton, Otto Reich, General Wesley K. Clark, Jorge Mas Canosa, John Richardson, William Middendorf, Frank Carlucci, Francis Fukuyama

[329] Vgl. Guilhot, Nicolas : Le National Endowment for Democracy. Actes de la recherche en sciences sociales, Nr. 139. Paris, September 2001

[330] Vgl. unter: www.ned.org/about/nedTimeline.html

[331] Sussman, Gerald: The Myths of Democracy Assistance: U. S. Political Intervention in Post-Soviet Eastern Europe. In: *Monthly Review*, Bd. 58, Nr. 7. New York, Dezember 2006

[332] Brzezinski 2001, S. 64

[333] Vgl. Nikolas Busse: Rede in Den Haag Obama verspottet Russland als Regionalmacht vom 25. März 2014; unter: www.faz.net/aktuell/politik/rede-in-den-haag-obama-verspottet-russland-als-regionalmacht-12863534.html

[334] Keir A. Lieber and Daryl G. Press: The Rise of U. S. Nuclear Primacy. In: *Foreign Affairs*, März/April 2006; zitiert wie unter: www.foreignaffairs.com/articles/61508/keir-a-lieber-and-daryl-

g-press/the-rise-of-us-nuclear-primacy; Zugriff am 28. März 2014

[335] Vgl. Jack F. Matlock jr.: The U.S. has treated Russia like a loser since the end of the Cold War. In: *Washington Post* vom 14. März 2014

[336] Zitiert wie Nikolas Busse und Michael Stabenow: Obama: Ukraine nicht auf dem Weg in die Nato. In: *FAZ* vom 26. März 2014

[337] Vgl. Joseph Croituru: Liebe Schulkinder, liebe Kulturträger. In: *FAZ* vom 27. März 2014

[338] Brzezinski 1997, S. 65, 66, 92 und 129

[339] Vgl. Effenberger, Wolfgang: Lässt Baron zu Guttenberg die Geister der Vergangenheit aus der Flasche? Vom 22. Feb. 2011, unter http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/wolfgang-effenberger/laesst-baron-zu-guttenberg-die-geister-der-vergangenheit-aus-der-flasche-.html

[340] Madeleine K. Albright: The right balance will secure NATO's future. In: *Financial Times* vom 7. Dez. 1998

[341] Silk Road Strategy Act of 1999, im Mai 2006 modifiziert: Silk Road Strategy Act of 2006

[342] William Clinton: Remarks to AFSCME Biennial Convention, Washington, D. C., 23. März 1999

[343] The White House: Presidential Decision Directives (PDD – 68); unter: http://fas.org/irp/offdocs/pdd/pdd-68.htm; Zugriff am 27. Aug. 2009

[344] Ebd.

[345] »*We should not sent our troops to stopp ethnic cleaning and genocide in nations outside our strategic interest.*« Zitiert wie Anthony Lewis: Abroad at Home; Bush and the World. In: *New York Times* vom 30. September 2000

[346] Zitiert wie ebd.

[347] US-Präsident George am 24. Juli 2001 im Camp Bondsteel; unter: www.whitehouse.gov/news/releases/2001/07/20010724-1.html; vom 25. Juli 2008

[348] George C. Marshall hatte am 7. Dezember 1941 trotz Drängen seines Sicherheitschefs die auf Hawaii stationierten Truppenteile nicht rechtzeitig vor dem japanischen Angriff gewarnt. Als Außenminister war er maßgeblich an dem für Deutschland entwickelten Marshallplan beteiligt.

[349] George C. Marshall Center feiert 10-jähriges Bestehen. Rubrik Nachrichten Sicherheitspolitik vom 11. Juni 2003

[350] Ebd.

[351] Robert D. Kaplan: Die Welt sicher machen für die Demokratie. Was wir jetzt tun müssen. Die zehn Regeln für das amerikanische Imperium des 21. Jahrhunderts. In: *Die Welt* vom 26. Juli 2003

[352] Ron Paul says »US. has military personnel in and 900 overseas bases«. 12. Sept. 2011; unter: www.politifact.com/truth-o-meter/statements/2011/sep/14/ron-paul/ron-paul-says-us-has-military-personnel-130-nation/; Zugriff am 11. März 2014

[353] Vgl. Base Structure Report (A Summary of DoD's Real Property Inventury) FISCAL YEAR 2003 Baseline Office of

the Deputy Under Secretary of Defense: www.acq.osd.mil/ie/download/bsr/Base%20Structure%20Report%202013_Baseline%2030%20Sept%202012%20

[354] Douglas J. Feith: USA: Umbau der globalen Strategie. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 8. Juli 2004

[355] Vgl. Reinhard Jellen: Imperial überdehnt? USA weiten militärische Präsenz weltweit aus. In: *Zeit-Fragen* Nr. 7 vom 23. Februar 2004

[356] Übersetzung des von Samuel Huntington geprägten Begriffs »human rights imperialism«. Vgl. *Neue Züricher Zeitung* vom 19. Sept. 2000

[357] Brzezinski 2001, S. 65

[358] Vgl. *Die Welt* vom 15. Juli 2004

[359] Brzezinski 2007

[360] Barack Obama's Inaugural Address; unter: www.nytimes.com/2009/01/20/us/politics/20text-obama.html

[361] Gregor P. Schmitz: NSA-Affäre: Ex-Präsident Carter verdammt US-Schnüffelei. In: *Der Spiegel* vom 17. Juli 2013

[362] Zitiert wie: http://edition.cnn.com/2013/06/28/us/snowden-lawyer-offer/; Zugriff am 21. Juli 2014

[363] Zitiert wie: http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/3840516/Obama-erhebt-schwere-Vorwurfe-gegen-Russland; Zugriff am 21. Juli 2014

[364] Vgl. Biedermann, Bernd/Haisenko, Peter: Wollten die ukrainischen Putschisten in Wirklichkeit Putin erwischen? Flug MH-17 von Kiews Militär abgeschossen. In: *Neue Rheinische Zeitung* vom 9. Aug. 2014

[365] Vgl. Ganser 2007, S. 92

[366] Zitiert wie Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann: Willkürjustiz in Obama-Land, Online-Flyer Nr. 447. 26. Febr. 2014; unter: www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20082&css=print; Zugriff am 23. Juli 2014

[367] Vgl. Wolfgang Effenberger: Noch immer ungeklärt: Der Abschuss der Korean-Airline 007 am 1. September 1983. Vom 7. Sept. 2010; unter: http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/geostrategie/wolfgang-effenberger/noch-immer-ungeklaert-der-abschuss-der-korean-airline-7-am-1-september-1983-.html

[368] Bamford 2001, S. 92 f.

[369] Vgl. unter: www.tradoc.army.mil/tpubs/pamndx.htm

[370] Ebd.

[371] Vgl. Elhelwa, Sherif: Al-Qaida hisst ihre Flagge in Libyen vom 31. Okt. 2011; unter: www.vice.com/de/read/al-quaida-hisst-ihre-in-libyen

[372] Obama's Speech to Libya am 28. März 2011; unter: www.whitehouse.gov/photos-and-video/video/2011/03/28/president-obama-s-speech-libya; Zugriff am 1. April 2014

[373] Country Reports on Terrorism 2010 – US Department of State, vorgelegt am 3. August 2011, S. 97; zitiert wie: www.state.gov/j/ct/rls/crt/2010/; Zugriff am 1. Juli 2014

[374] Huntington 1996

[375] Francis Fukuyama, Francis: The end of history? In: *The National Interest*, 1989 und 1992

[376] Julia Timoschenko: Wir dürfen Putin

keinen Meter unseres Bodens überlassen. In: *Stern* vom 4. März 2014

[377] Zitiert wie *Die Zeit* vom 4. November 2013

[378] Joachim Gauck: Eröffnungsrede auf der 50. Sicherheitskonferenz am 31. Januar 2014. Zitiert wie: www.spiegel.de/politik/deutschland/rede-von-bundespraesident-gauck-bei-sicherheitskonferenz-im-wortlaut-a-950464.html; Zugriff am 12. März 2014

[379] Michel Chossudovsky: Imperial Conquest: America's »Long War« against Humanity. In: *globalresearch* vom 29. Jan. 2014; unter: www.globalresearch.ca/imperial-conquest-americas-long-war-against-humanity/5364215; Zugriff am 12. März 2014

[380] Andreas Austilat u.a.: Interview mit Peter Scholl-Latour vom 24.3.2014; unter: http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/interview-mit-peter-scholl-latour-scholl-latour-ueber-die-krise-in-der-ukraine-und-edward-snowden/9652136-2.html; Zugriff am 29. März 2014

[381] Zitiert wie Rudolf Maresch: Politik des Großraums vom 15. Dez. 2000; unter: www.heise.de/tp/artikel/4/4492/1.html; Zugriff am 28. März 2014

[382] Buchanan 2008, S. 315

[383] Ebd.

[384] Ron Paul: Abschiedsrede 14. November 2012. Zitiert wie: www.verlag-jm.ch/articles.php?id=4; Zugriff am 10. März 2014

[385] Hannah Arendt: Karl Jaspers Briefwechsel 1926 bis 1969. München/Zürich 2001, S. 249; Fn 13: »*Sie haben unrecht, ich bin kein Faschist, ich bin ein Lokal-Boß; sollte der Faschismus jemals in dieses Land kommen, so wird dieses in der Verkleidung der Demokratie geschehen und im Kongreß beginnen, nicht in den Regierungen der einzelnen Staaten.*« Fn 12: Huey P. Long, 1893–1935, war von 1928–31 Gouverneur von Louisiana, von 1931–35 demokratischer US-Senator dieses Bundesstaats.

[386] Ron Paul: Abschiedsrede 14. November 2012. Zitiert wie: www.verlag-jm.ch/articles.php?id=4; Zugriff am 10. März 2014

[387] Brzezinski 2012

[388] Vgl. Noam Chomsky in einem Interview mit *Press TV* am 29. Januar 2013

[389] Paul Craig Roberts: Auf den finalen Krieg hinarbeitend, vom 3. April 2014; unter: www.cashkurs.com/kategorie/wirtschaftsfacts/beitrag/auf-den-finalen-krieg-hinarbeitend/; Zugriff am 14. April 2014

[390] Ebd.

[391] Ebd.

[392] Ebd.

[393] Gates 2014, S. 157

[394] Ebd., S. 161

[395] Ebd., S. 157

[1] Vgl. Schlu 2005, a. a. O.

[2] Vgl. *Der Spiegel* vom 1. 11. 2012: Obama vs. Romney: US-Wahlkampf kostet sechs Milliarden Dollar

[3] Zitiert wie www.eisenhower.archives.gov/research/online_documents/farewell_address/1966_01_19_Congressional_Record.pdf

[4] Ebd.

[5] Vgl. Dillen 1964, S. 209 ff.; Meyers Konversationslexikon 1885, Bd. 2, S. 335

[6] Zitiert wie Die Geschichte des Geldes, Teil 1, vom 24. März 2012 unter: http://schwertasblog.wordpress.com/2012/03/24/die-geschichte-des-geldes-teil-1/; Zugriff am 11. Dez. 2013

[7] Hamilton 1963, S. 256

[8] Vgl. Johnson 1997, S. 219

[9] Zitiert wie Rein 1923, S. 134

[10] Brief an James Madison nach Shays' Rebellion 1787. In: Jefferson 1829, S. 87

[11] Zitiert wie Chernow 1994, S. 174

[12] Zitiert wie Herrick: The Panic of 1907 and Some of Its Lessons. In: Annals of the American Academy of Political and Social Science, Bd. 31 (Januar bis Juni 1908)

[13] Zerlenga 2008, S. 387

[14] Vgl. *Life-Magazine* vom 25. April 1949

[15] Vgl. Jones 2014: Historical Perspective: The Banking Monopoly; unter: http://criminalbankingmonopoly.wordpress.com/

[16] Bei Council on Foreign Relations (gegründet 1921), Bilderberger (1954) und Trilateraler Kommission (1973) handelte es sich um elitäre Zirkel, in denen die US-Außenpolitik weltweit im Sinn einer neuen Weltordnung auf Kurs gebracht werden sollte.

[17] Vgl. Pak 2013

[18] *FAZ* vom 20. Februar 2014

[19] Vgl. Griffin 1994

[20] Vgl. Stack Jones: Historical Perspective: The Banking Monopoly vom 20. Februar 2014; unter: http://criminalbankingmonopoly.wordpress.com/

[21] Griffin 2006

[22] Vgl. www.amazon.de/Kreatur-Jekyll-Island-schrecklichste-internationale/dp/3938516283

[23] Wilson 1913

[24] Ebd.

[25] Zitiert wie House 1926, S. 174

[26] Alle Zentralbanken unterstehen kostenmäßig dem jeweiligen Staat. Sie erhalten aber Weisungen von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Die BIZ gehört seit 1932 elf privaten Bankengruppen und wickelt zentral die Finanzgeschäfte zwischen verschiedenen Parteien ab.

[27] Vgl. Trepp 1993

[28] Vgl. Quigley 1966, S. 324

[29] Ebd., S. 309

[30] Vgl. Effenberger/Löw 2004, S. 345

[31] Zu einem Verstehen könnte beitragen:

Modern Money Mechanics. A Workbook on Bank Reserves and Deposit Expansion; abzurufen unter: www.themoneymasters.com/wp-content/uploads/2009/12/ModernMoneyMechanics.pdf

[32] Zitiert wie Engdahl, Peak-Oil oder Global Warming?; unter: www.dailymotion.com/video/xepvhd_f-william-engdahl-peak-oil-oder-glo_news; Zugriff am 6. Juli 2014

[33] Zitiert wie: www.geldsystem-verstehen.de/zitate/; Zugriff am 6. Juli 2014

[34] Janich 2014, S. 127

[35] Zitiert wie H. S. Kenan, Quoted in The Federal Reserve Bank; unter: www.christiansquoting.org.uk/page5.html; Zugriff am 7. Juli 2014

[36] Vgl. unter http://quotes.liberty-tree.ca/quotes_by/charles+a.+lindbergh,+sr.

[37] Vgl. Louis T. McFadden, Chairman of the Committee on Banking and Currency (12 years) June 10, 1932, Congressional Record 12595-12603

[38] Wolfgang Plumpe: Geldverkehr in geschlossenen Kreisen. In: *FAZ* vom 20. Februar 2014

[39] Zitiert wie ebd.

[40] Sajli 2013; zitiert wie www.weekendpost.co.bw/index.php?view=article&catid=41%3Acolumn&id=997%3Athe-hegelian-gambit&tmpl=component&print=1&layout=default&page=&option=com_content; Zugriff am 12. Dez. 2013

[41] Vgl. ebd.

[42] Prins 2014

[43] Ebd., S. 6

[44] Konrad Hausener: Wollte John F. Kennedy das Währungssystem reformieren? In: *TheIntelligence* vom August 2010, unter: www.theintelligence.de/index.php/wissen/geschichte/1363-wollte-john-f-kennedy-das-waehrungssystem-reformieren.html

[45] Vgl. Deborah Baum: Costs of War' Project Estimated cost of post-9/11 wars: 225,000 lives, up to $ 4 trillion; vom 29. Juni 2011; unter: http://news.brown.edu/pressreleases/2011/06/warcosts; Zugriff am 12. Dez. 2013

[46] Vgl. Werner Wüthrich: Die Gefahren des ungedeckten Papiergeldes. End the FED!-Bewegung in den USA, Teil 1; unter: www.zeit-fragen.ch/index.php?id=168; Zugriff am 19. Dez. 2013

[47] Paul 2009

[48] Vgl. Libyan Rebel Council in Benghazi Forms Oil Company to Replace Qaddafi's, erschienen am 22. März 2011; unter: www.bloomberg.com

[49] Vgl. Wolfgang Effenberger: Muammar al-Gaddafi – rotes Tuch für die »Herren des Papiergeldes« vom 10. April 2011. In: zeitgeist Online unter: http://zeitgeist-online.de/exklusivonline/dossiers-und-analysen/826-muammar-al-gaddafi-rotes-tuch-fuer-die-herren-des-papiergeldes.html

[50] Vgl. Schäfer 2012; unter: www.ft.com/cms/s/0/efe93494-a9a3-11e1-a6a7-00144feabdc0.html#axzz2nvePwnHU

[51] Vgl. Glasjew 2014; unter: http://krisenfrei.wordpress.com/2014/07/09/wozu-braucht-amerika-majdan

[52] Zitiert wie Segel 1915, S. 83

[53] Ebd., S. 137

[54] Vgl. Wolfgang Effenberger: Muammar al-Gaddafi – rotes Tuch für die »Herren des Papiergeldes« vom 10. April 2011. In: zeitgeist Online unter: http://zeitgeist-online.de/exklusivonline/dossiers-und-analysen/826-muammar-al-gaddafi-rotes-tuch-fuer-die-herren-des-papiergeldes.html

[55] Nevins 1930, S. 257 f., Zarlenga 1982, S. 450

[56] Neilson 1915

[57] Ebd., Vorwort

[58] Ebd.

[59] Ebd.

[60] Ebd.

[61] Ebd.

[62] Ebd., S. 375

[63] Vgl. Report of the Special Committee on Investigation of the Munitions Industry (The Nye Report), Februar 1936

[64] Vgl. Schlesinger/Burns 1975

[65] Dwight D. Eisenhower 1960: Military-Industrial Complex Speech. Public Papers of the Presidents. Zitiert wie: http://coursesa.matrix.msu.edu/~hst306/documents/indust.html; Zugriff am 6. März 2014

[66] Vgl. Ronald D. Gerste: Eisenhowers Warnung vor einem Staat im Staat. Die Abschiedsrede des 34. amerikanischen Präsidenten hallt auch 50 Jahre später noch nach; unter: www.nzz.ch/aktuell/international/eisenhowers-warnung-vor-einem-staat-im-staat-1.9130929

[67] Zitiert wie Cartarius 1982, S. 181 f.

[68] Vgl. Kielmansegg 1968, S. 224

[69] Segel 1915, S. 136

[70] Vgl. Sven Hansen: Die größte Militäroperation der CIA. In: *taz* vom 16. Februar 2010

[71] Vgl. MacKinnon, Ian: Forty years on. Laos reaps bitter harvest of the secret war. In: *The Guardian* vom 3. Dezember 2008

[72] Vgl. Golinger 2009, S. 3 ff.

[73] William Pfaff in *International Herald Tribune* vom 6. Dez. 1999

[74] Vgl. Barnes 1926

[75] Fay 1929

[76] Schmitt 1930

[77] Vgl. Klappentext zu Balfour 1973

[78] Fischer 1964, S. 12

[79] Fischer 1998

[80] In Automatischen Arrest kamen ca. 180 000 Nationalsozialisten, die im NS-Staat eine höhere Position innehatten und in den Augen der Alliierten eine Gefährdung der Sicherheit darstellten. Im März 1946 wurde der Großteil der Internierten wieder entlassen. Vgl. Wember 1991, S. 46 ff; vgl. auch Clemens Vollnhals: Entnazifizierung. Politische Säuberung unter alliierter Herrschaft. In: Volkmann 1995

[81] Volker Ullrich: Griff nach der Wahrheit. Der berühmte Historiker Fritz Fischer im Zwielicht. In: *Die Zeit* vom 15. Januar 2004

[82] Vgl. ebd.

[83] Vgl. Klee 2005, S. 152

[84] John C. G. Röhl: Wie Deutschland 1914 den Krieg plante. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 5. März 2014

[85] Ebd.

[86] Fischer 1967, S. 95; siehe auch Fischer 1968 und 1983

[87] Penzler 1897–1903, Bd. I.: Fürst Bülows Reden nebst urkundlichen Beiträgen zu seiner Politik, S. 6 ff.

[88] Fischer 1961, S. 97

[89] Geiss 1965, S. 377

[90] Ebd., Fußnote 2

[91] Zitiert wie Rill 2014, S. 6

[92] Fischer, Fritz: Jetzt oder nie – Die Julikrise 1914. In: *Der Spiegel* 1964

[93] Mommsen 1985

[94] Nipperdey 1992

[95] Vgl. Christian Feldmann: Kaiser Wilhelm I. – der letzte Preuße. Radiowissen (BR 2) am 17. Dez. 2012

[96] Geiss 1965, S. 25

[97] Vladimir Dedijer: Sarajewo Fifty Years. In: *Foreign Affairs*, Juli 1964

[98] Röhl, Wilhelm II., 1993

[99] Das Crewe House beherbergte das geheime Direktorat für Propaganda in Feindländern des ersten Ministry of Information

[100] Vgl. Rainer Volk: Wilhelm II. – Phantast von Gottes Gnaden. Bayern 2, Radiowissen vom 10. Jan. 2011; unter: www.ardmediathek.de/bayern-2/radiowissen-bayern-2?documentId=11832628

[101] Ebd.

[102] Röhl in *Süddeutsche Zeitung* vom 5. März 2014

[103] Vgl. Krumeich, Kriegsgeschichte im Wandel. In: Hirschfeld et al. 1996, S. 11

[104] Hans-Georg Golz: Editorial in Beilage zu *Das Parlament* vom 12. Juli 2004

[105] Hirschfeld in *Aus Politik und Zeitgeschehen* vom 12. Juli 2004

[106] In einer Fußnote verweist Hirschfeld auf Heinemann 1987

[107] Vgl. Mark Connelly: Never Such Innocence Again. Großbritannien und das Jahr 1914. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B29-30/2004

[108] Ferguson 1998

[109] Niall Ferguson zog neuere, auch britische oder russische Quellen heran und zeichnete so ein genaues Bild von den Wochen vor Kriegsbeginn.

[110] Wolfram Wette: 1914: Der deutsche Wille zum Zukunftskrieg. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1/2014

[111] Vgl. Clark 2008, 2009 und 2013

[112] A. Kilb im Gespräch mit C. Clark. In: *FAZ* vom 29. Sept. 2013

[113] Joachim Radkau: Politisches Buch: Historiker mit schwerer Munition. 1914 und kein Ende: Ungelöste Rätsel, blinde Flecke und die alte Frage nach den »Lehren der Geschichte«. in: *Die Zeit* 3/2014

Kalter Krieg war gestern, Krieg ist heute

[1] Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, kurz OSZE. Vor Umbenennung 1995: Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, kurz KSZE.

[2] »Teile und herrsche«, lat. Divide et impera: Eine Redewendung, welche dazu auffordert, ein Volk oder eine Gruppierung in Untergruppen aufzuspalten, damit sie leichter zu beherrschen bzw. zu besiegen sei.

[3] Vgl. Fußnote 1.

[4] UCK: Abkürzung von Ushtria Çlirimtare e Kosovës, albanisch für »Befreiungsarmee des Kosovo«. Ehemalige paramilitärische Organisation, die für die Unabhängigkeit des Kosovo kämpfte.

[5] Im Gegensatz zum Konzept des Präventivschlags – Militäraktion zur Ausschaltung einer zukünftigen Gefahr – meint Bushs »*pre-emptive strike*« die Verteidigung bei einem unmittelbar bevorstehenden Angriff.

[6] Vgl.: http://universal_lexikon.deacademic.com/263049/KSZE%3A_Die_Schlussakte_von_Helsinki_und_ihre_Auswirkungen

Die Bundeswehr zwischen Agadir und Abu Dhabi: Will Berlin ein eigenes »nahes Ausland«?

[1] GUS: Nachfolgeorganisation der Sowjetunion, um die engen Beziehungen zwischen den inzwischen selbstständigen Republiken zu institutionalisieren. Vielerorts als Instrument angesehen, mithilfe dessen die Russische Föderation weiterhin militärischen, ökonomischen und politischen Druck auf die Länder ausüben kann. Die EU benutzt anstelle von »nahes Ausland« die Bezeichnung »gemeinsame Nachbarschaft«, da sie in dem von Jelzin gebrauchten Begriff Hegemonialansprüche Russlands ausgedrückt sieht.

[2] einer »Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Asien« nach dem Modell der in Europa so erfolgreichen KSZE/OSZE

[3] Der »Shanghai-Kooperationsrat« oder auch die »Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit« geht auf die sogenannten »Shanghai Five« (China, Russland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan)

aus dem Jahre 1996 zurück. Ziel war es zunächst, die militärischen Spannungen in den Grenzregionen der beteiligten Staaten zu beseitigen. Die Organisation verfügt seit 2006 über ein ständiges Generalsekretariat in Shanghai. Heute umfasst sie Mitgliedsstaaten bzw. Beobachter zwischen Weißrussland, der Türkei, Iran und Indien sowie China.

[4] AWACS: Airborne Early Warning and Control System. Fliegendes Radarsystem zur Luftraumaufklärung und -überwachung sowie Früherkennung und Vorwarnung. Daneben kann es als Einsatzleitzentrale für eigene Verbände oder Einheiten genutzt werden.

[5] Westeuropäische Union, kurz WEU: kollektiver militärischer Beistandspakt zwischen Frankreich, Großbritannien, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, der Bundesrepublik Deutschland und Italien. Die Mitglieder verpflichteten sich zu gegenseitiger militärischer Hilfe. Im Oktober 1954 gegründet, 2010 aufgelöst. Vorläufer war der Brüsseler Pakt von 1948 zwischen Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, Belgien und den Niederlanden, der sich sowohl gegen eine mögliche sowjetische Aggression als auch gegen ein militärisch wiedererstarktes Deutschland der Zukunft richtete. Die Einbindung der Bundesrepublik in die WEU war auch als Vorbereitung einer Aufnahme in die seit 1949 bestehende NATO gedacht. Im Rahmen des Lissabon-Vertrags wurden die letzten Funktionen der noch bestehenden WEU auf die Europäische Union übertragen. Eine offizielle Nachricht über die Auflösung erfolgte durch das zuständige Gremium am 31. März 2010.

[6] Operation Artemis zur Sicherung von Wahlen in der »Demokratischen Republik Kongo«, am 1. Juni 2006 im Deutschen Bundestag beschlossen. Die politische Kontrolle über den militärischen Einsatz übernahm das »Politische und Sicherheitspolitische Komitee der EU«, die militärische Führung das Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam.

[7] Charta der UN, siehe www.un.org/depts/german/un_charta/charta.pdf

[8] dt.: Bergkarabach

[9] Parlamentsvorbehalt: Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 wurde festgestellt, dass Auslandseinsätze bewaffneter deutscher Streitkräfte zwar verfassungsmäßig grundsätzlich zulässig sind, jeder Einsatz bedürfe aber der vorherigen Zustimmung des Deutschen Bundestages. Das Urteil erging mit vier gegen vier Richterstimmen, war also im Gericht selbst umstritten. Mit dem Urteil wurde erstmals der reine Verteidigungscharakter der Bundeswehr, wie er im Grundgesetz und in der Zustimmung des Deutschen Bundestages zum NATO-Vertrag festgelegt worden war, verlassen. Seit Ende 2004 regelt ein Gesetz den »konstitutiven Parlamentsvorbehalt«, um nach zehn Jahren Parlamentspraxis eine gesetzliche Grundlage zu schaffen. In seiner Rede zum Thema »Souveränität, Bündnisloyalität und mehr Verantwortung in der Welt – Sinnhaftigkeit und Grenzen von Bundeswehreinsätzen im Ausland«

vom 4. Juni 2014 sprach sich Peter Gauweiler dafür aus, die Bundeswehr wieder ausschließlich zur Verteidigungsarmee zu machen, denn anderenfalls müsse das Grundgesetz in seinen Bestimmungen über die Bundeswehr neu gefasst werden. Vgl. unter: www.peter.gauweiler.de

[10] Lissabon-Gesetze: Am 11. März 2008 beschloss der Deutsche Bundestag die sogenannten »Begleitgesetze zum Lissabon-Vertrag«, um die sich ergebenden Verpflichtungen zu regeln: 1) Gesetz über die Wahrnehmung der Integrationsverantwortung des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union, 2) Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union und 3) Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union. Vgl. dazu Hilaria E. Dette, Lissabon-Begleitgesetze. In Bergmann (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden 2012

[11] Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2009; Pressemitteilung Nr. 72/2009 vom 30. Juni 2009

Visionen vom Frieden

[1] Vgl. Sebastian Fischer: USA in der Krim-Krise: Hillarys Paukenschlag vom 6. März 2014; unter www.spiegel.de/politik/ausland/hitler-vergleich-clinton-rueckt-putin-in-naehe-zu-nazi-diktator-a-957169.html

[2] US-Drohnenkrieg – Weiter keine Transparenz vom 17. Mai 2014. Zitiert wie: www.ndr.de/info/sendungen/streitkraefte_und_strategien/US-Drohnenkrieg-Weiter-keine-Transparenz,streitkraefte274.html; Zugriff am 3. Juni 2014

[3] Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 10. Febr. 2004

[4] Vgl. Effenberger 2005, S. 322-323

[5] Paul Craig Roberts: Russia Under Attack. 15. Febr. 2014; unter: www.informationclearinghouse.info/article37652.htm; Zugriff am 10. März 2014

[6] Paul Craig Roberts: Erneut schlafwandelnd in die Katastrophe. 24. Febr. 2014; unter: http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/geostrategie/dr-paul-craig-roberts/erneut-schlafwandelnd-in-die-katastrophe.html; Zugriff am 12. März 2014

[7] Ebd.

[8] Burgess 1898, S. 4

[9] Ebd., S. 46

[10] Helmut Schmidt: Zwischenruf. In: Heute-Journal im ZDF am 4. März 2008

[11] Zitiert wie Calleo 1965, S. 78

[12] Steel 1970, S. 91

[13] Auf eine Zigarette mit Helmut Schmidt. In: *Zeit-Magazin* vom 15. Nov 2007

[14] Vgl. Ulrich Beck: Über den postnationalen Krieg, in: *Blätter* 8/1999

[15] Zitat des französischen Historikers Alexis de Tocqueville (1805–1859). Zitiert wie Steel 1970, S. 83

[16] Howard Zinn: My Country: The World. Publiziert am 5. Mai 2003 durch www.tompaine.com

[17] Vgl. Liang/Xiangsui 1999, S. 51

[18] Vgl. EU-Beschluss: Deutschland nimmt Irak-Flüchtlinge vom 72. November 2008 auf; unter: www.focus.de/politik/deutschland/eu-beschluss-deutschland-nimmt-irak-fluechtlinge-auf_aid_351708.html

[19] Todd 2002, S. 12

[20] Rose 2009, S. 74

[21] William Ramsey Clark war unter Lyndon B. Johnson Justizminister (Attorney General) und ist Preisträger des Gandhi Peace Awards.

[22] Zitiert wie Todd 2002, S. 302

[23] Ebd.

[24] Ebd.

[25] Ebd., S. 303

[26] Ebd., S. 304

[27] Peter Scholl-Latour: Wir leben im Zeitalter der Massenverblödung. In: *KOPP – exklusiv*, Nr. 11/14

[28] Andreas Austilat u. a.: Interview mit Peter Scholl-Latour vom 24.3.2014; unter: www.tagesspiegel.de/weltspiegel/interview-mit-peter-scholl-latour-scholl-latour-ueber-die-krise-in-der-ukraine-und-edward-snowden/9652136-2.html; Zugriff am 29. März 2014

[29] Josef Joffe: Die bizarre Russland-Apologetik der Linken. In: *Zeit-online* vom 19. März 2014

[30] John J. Mearsheimer: Getting Ukraine Wrong. In: *New York Times* vom 13. März 2014

[31] Zitiert wie Jens Jessen: Jahrhundertkrieg. In: *Die Zeit* vom 18. Januar 2014

[32] Zitiert wie ebd.

[33] Paul Craig Roberts: Washingtons unverhohlene Scheinheiligkeit. In: *Zeit-Fragen* vom 11. März 2014

Literaturverzeichnis

Adam, Karl: Großbritanniens Balkandilemma. Hamburg 2009

Albertinei, Luigi: The Origins of the War of 1914, 3 Bde. O. O. 2005

Anderson, Matthew S.: The Eastern Question 1774–1923. A Study in International Relations. New York 1966

Appleman Williams, William: Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie. Frankfurt a. M. 1973

Baden, Prinz Max von: Erinnerungen und Dokumente. Hamburg 2011

Bailey, Thomas A.: A Diplomatic History of the American People. New York 1946

Baker, Ray S. (Hrsg.): Woodrow Wilson. Memoiren und Dokumente über den Vertrag von Versailles. Leipzig 1923

Baker, Ray S.: Woodrow Wilson. Life and Letters, 8 Bde. New York 1927/1939

Balfour, Michael: Der Kaiser Wilhelm II. und seine Zeit. Berlin 1973

Bamford, James: NSA. Die Anatomie des mächtigsten Geheimdienstes der Welt. München 2001

Barnes, Harry E.: Die Entstehung des Weltkrieges: eine Einführung in das Kriegsschuldproblem. Stuttgart 1928

Barnes, Harry E.: Perpetual War for Perpetual Peace? Caldwell 1953

Barnett, Correlli: The Collapse of British Power. O. O. 1972/1986

Barry, John: The Great Influence. New York 2005

Bass, Gary J.: Freedom's Battle. The Origins of Humanitarian Intervention. New York 2008

Baumfalk, Gerhard: Tatsachen zur Kriegsschuldfrage. Tübingen 2000

Bautz, Friedrich Wilhelm: Benedikt XV., Papst. In: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon Band I (1990), Spalten 491-493. Letzte Änderung: 17. Februar 2001

Bavendamm, Dirk: Roosevelts Weg zum Krieg. Frankfurt a. M./Berlin 1989

Bayer, Erich (Hrsg.): Wörterbuch zur Geschichte. Begriffe und Fachausdrücke (entspricht Kröners Taschenbuchausgabe Band 289). Stuttgart 1965

Beard, Charles A.: President Roosevelt and the Coming of War, 1941. New Haven 1948

Beckmann, Rasmus: Clausewitz trifft Luhmann. Wiesbaden 2011
Beer, Max: Die europäischen Kriegsverhandlungen. Bern 1915
Beham, Mira: Kriegstrommeln, Medien, Krieg und Politik. München 1996
Bemis, Samuel F.: A Diplomatic History of the United States. New York 1942
Bergmann (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union. Baden-Baden 2012
Bernauer, Rudolf: Das Theater meines Lebens. Berlin 1955
Bernhardt, Hans: Deutschland im Kreuzfeuer großer Mächte. Preußisch-Oldendorf 1988
Bernstein, Eduard: Dokumente zum Weltkrieg 1914. Berlin 1914
Bey, Essad: Nikolaus II. Glanz und Untergang des letzten Zaren. Berlin 1935
Bickel, Otto: Russland und die Entstehung des Balkanbundes 1912. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Dargestellt vorwiegend auf Grund des amtlichen Aktenmaterials, Königsberg/Berlin 1933
Bihl, Wolfdieter: Der Erste Weltkrieg. 1914–1918. Wien 2010
Binder, Gerhart: Epoche der Entscheidungen. Eine Geschichte des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 1960
Bishop, Joseph B.: Theodore Roosevelt and his Time Shown in his Own Letters, 2 Bde. New York 1920
Blum, William: Rogue State: A Guide to the World's Only Superpower. London 2002
Bobitt, Philip: The Shield of Achilles. War, Peace and the Course of History. New York 2002
Bock, S. et al.: Die Waffen nieder! Schriftsteller in den Friedensbewegungen des 20. Jahrhunderts. Berlin 1989
Boghitschewitsch, Milos: Dragoutine Dimitriévitch-Apis. Paris 1928
Boghitschewitsch, Milos (Hrsg.): Die auswärtige Politik Serbiens 1903–1914, 3 Bde. Berlin 1931
Boghitschewitsch, Milos: Kriegsursachen, Beiträge zur Erforschung der Ursachen des Europäischen Krieges mit spezieller Berücksichtigung Rußlands und Serbiens. Zürich 1919
Brewer, David: The Greek War of Independence. The Struggle for Freedom from Ottoman Oppression and the Birth of the Modern Greek Nation. New York 2001
Bridgland, Tony: Seakillers in Disguise. Annapolis 1999
Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf von: Dokumente. Charlottenburg 1920
Brücher, Heinz/Astel, Karl: Ernst Haeckels Bluts- und Geisteserbe: eine kulturbiologische Monographie. O. O. 1936

Bryan, William J./Bryan, Mary Baird: The Memoirs of William Jennings Bryan. Philadelphia 1925
Bryant A.: Triumph in the West. London 1959
Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Frankfurt a. M. 1997 und 2001
Brzezinski, Zbigniew: Second Chance Three Presidents and the Crisis of American Superpower. New York 2007
Brzezinski, Zbigniew: Strategic Vision: America and the Crisis of Global Power. New York 2012
Buchanan, Patrick J.: Churchill, Hitler und der unnötige Krieg. Wie Großbritannien sein Empire und der Westen die Welt verspielte. Selent 2008
Bülow, Andreas von: Im Namen des Staates. München 2002
Bülow, Bernhard Fürst von: Denkwürdigkeiten, 4 Bde. Berlin 1930/31
Bülow, Bernhard W.: Die Krisis. Die Grundlinien der diplomatischen Verhandlungen bei Kriegsausbruch. Berlin 1922
Bundy, McGeorge: Danger and Survival. Choices About the bomb in the First Fifty Years. New York 1990
Burgess, John W.: Political Science and Comparative Constitutional Law 1890. Boston 1898
Burnham, James: Die Strategie des Kalten Krieges. Stuttgart 1983

Cafferky, John P.: Lord Milner's Second War. The Rhodes-Milner Secret Society; The World War I; and the Start of the New World Order. Leipzig 2013
Calder, Nigel: Atomares Schlachtfeld Europa. Report über die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges in den 80er Jahren. Die Originalausgabe erschien unter dem Titel: Nuclear Nightmares. An Investigation Into Possible Wars. Hamburg 1981
Caleol, David P.: Europe's Future. The Great Alternatives. New York 1965
Callenio, Hans Walter et al.: Das atlantische Dilemma. Aggressivität und Krise der NATO 1949–1969. Berlin 1969
Campbell, Charles: The Transformation of American Foreign Relations. 1865–1900. New York 1976
Canfora, Luciano: August 1914. Oder: Macht man Krieg wegen eines Attentats? Köln 2010
Carrington, C. E.: The British Overseas. Cambridge 1950
Cartarius, Ulrich (Hrsg.): Deutschland im Ersten Weltkrieg. Texte und Dokumente 1914–1918. München 1982

Cavendish, Marshall: History of World War I., 2 Bde. O. O. 2002/2004
Chacón, Justin Akers/Davis, Mike: Crossing the border. Berlin/Hamburg 2007
Charisius, Albrecht et al.: Weltgendarm USA. Berlin (Ost) 1983
Charmley, John: Churchill. Das Ende einer Legende. Berlin/Frankfurt a. M 1995
Charwarth, Philipp: Der Untergang einer mittelmäßigen Macht, die Großmacht sein wollte. Berlin 2011
Chernow, Ron: Die Warburgs. Odyssee einer Familie. Berlin 1996
Chomsky, Noam: Amerika und die neuen Mandarine. Frankfurt a. M. 1969
Chomsky, Noam: What Uncle Sam Really Wants. Berkeley 1992
Christian Zentner, Christian: Geschichtsführer. München 1980
Christopher, Andrew: Théophile Delcassé and the Making of the Entente Cordiale. London 1968
Chruschtschow, Nikita: Chruschtschow erinnert sich. Reinbek 1971
Churchill, Winston: The Gathering Storm. Boston 1948
Clark, Christopher: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München 2013
Clark, Christopher: Kaiser Wilhelm II. A Life in Power. London 2009
Clark, Christopher: Wilhelm II. Die Herrschaft des letzten deutschen Kaisers. München 2008
Clark, Ramsey: Wüstensturm. US-Kriegsverbrechen am Golf. Göttingen 1993
Clausewitz, Carl von: Vom Kriege: Hinterlassenes Werk des Generals Carl von Clausewitz: Vollständige Ausgabe im Urtext, drei Teile in einem Band. Bonn 1980
Close, Robert: Das Ungleichgewicht des Schreckens. Wien/München/Zürich/New York 1982
Collier, Basil: Brasshat. A Biography of Field-Marshal Sir Henry Wilson. London 1961
Conquest, Robert: The Harvest of Sorrow. Soviet Collectivization and the Terror Famine. New York/Oxford 1986
Cook, Andrew: To Kill Rasputin. The Life and Death of Grigori Rasputin. O. O. 2006
Cornides, Wilhelm: Die Weltmächte und Deutschland – Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1945–1955. Tübingen/Stuttgart 1965
Costello, John: Days of Infamy. MacArthur, Roosevelt, Churchill – The Shocking Truth. New York 1994
Coulter, Matthew Ware: The Senate Munitions Inquiry of the 1930s: Beyond Merchants of Death. Westport/Connecticut 1997

Craig, Gordon A.: Deutsche Geschichte 1866–1945. Darmstadt 1981
Craig, Gordon A.: Germany 1866–1945. Oxford 1978
Crompton, Iwan: Englands Verbrechen an U-41. Gütersloh 1940
Cron, Hermann: Geschichte des Deutschen Heeres im Weltkriege 1914–1918. Berlin 1937
Cullen, Richard: Rasputin. The Role of Britain's Secret Service in His Torture and Murder. O. O. 2010
Curti, Merle: The Growth of American Thought. New Brunswick 1991
Czempiel, Ernst-Otto/Schweitzer, Carl-Christoph: Weltpolitik der USA nach 1945. Einführung und Dokumente. Bonn 1989

Dahms, Hellmuth G.: Die Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Frankfurt a. M. 1989
Dahms, Hellmuth G.: Grundzüge der Geschichte der Vereinigten Staaten. Darmstadt 1983
Dahms, Hellmuth G.: Roosevelt und der Krieg. Die Vorgeschichte von Pearl Harbor. München 1958
Daniel, Ute (Hrsg.): Augenzeugen. Kriegsberichterstattung vom 18. zum 21. Jahrhundert. Göttingen 2006
Dankert, J./Ersil, W./Werner, K.-H.: Politik in Westeuropa. Integrationsprozesse vom Ende des zweiten Weltkrieges bis zur Gegenwart. Berlin 1975
Davies, Robert W./Wheatcroft, Stephen G.: The Years of Hunger: Soviet Agriculture,1931–1933 (The Industrialization of Soviet Russia). New York 2004
Dedijer, Vladimir: The Road to Sarajevo. New York 1966
Dee, John: Die Brytish-Monarchie. O. O. 1577
Deighton, L.: Blitzkrieg. Bayreuth 1979
Delaisi, Francis : La Guerre qui vient, Paris 1911 (dt.: Vom kommenden Krieg. Berlin 1911)
Dennis, A. L.: Adventures in American Diplomacy, 1896–1906. New York 1928
Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911–1914. Aus den Geheimakten der Russischen Staatsarchive. Im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes in deutscher Übertragung hrsg. von Friedrich Stieve, 4 Bde. Berlin 1924.
Der Große Ploetz: Auszug aus der Geschichte. Freiburg/Würzburg 1980
Deschner, Karlheinz/Petrovic, Milan: Krieg der Religionen. München 1999

Deschner, Karlheinz: Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA. München 2000
Deutscher, Isaac: Trotzki. Der bewaffnete Prophet 1879–1921. Stuttgart 1962
Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914. Hrsg. im Auftrage des Auswärtigen Amtes, 4 Bde. Berlin 1922. Vollständige Sammlung der von Karl Kautsky im Winter 1918/19 zusammengestellten amtlichen Aktenstücke
Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914, 40 Bde., zitiert als GP (Band, Dokument)
Dietl, Ralph: USA und Mittelamerika: Die Außenpolitik von William J. Bryan, 1913–1915. Stuttgart 1996
Dillen, J. G. van: History of the Principal Public Banks, O. O. 1964
Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre (1908–14). Hrsg. Benno von Siebert, 2 Bde. Berlin/Leipzig 1921
Discriminate Deterrence: Report of the Commission on Integrated Long-Term Strategy, with a Memorandum for the US-Secretary of Defense and the Assistant to the President for National Security Affairs. Washington D.C. 1988
Domhoff, G. William: Who Rules America? New Jersey 1967
Dormann, M.: Demokratische Militärpolitik. Die alliierte Militärstrategie als Thema deutscher Politik 1949–1968. Freiburg i. Br. 1970
Dorwart, Jeffery M.: Conflict of Duty: The U.S. Navy's Intelligence Dilemma, 1919–1945. Annapolis/Maryland 1983
Douhet, Giulio: Luftherrschaft. Berlin 1935
Dt. Dokumente zum Kriegsausbruch 1914, siehe unter Kautsky, Karl
Dülffler, Jost/Kröger, Martin/Wippich, Rolf-Harald: Vermiedene Kriege. Deeskalation von Konflikten der Großmächte zwischen Krimkrieg und Erstem Weltkrieg 1865–1914. München 1997
Dulles, John Foster: Papers, Selected Correspondence and Related Marterial. Princeton 1949
Duroselle, Jean-Baptist: From Wilson to Roosevelt. Foreign Policy of the United States, 1913–1945. Cambridge 1963

Effenberger, Wolfgang: Das amerikanische Jahrhundert, 2 Bde. München 2011
Effenberger, Wolfgang: Deutsche und Juden vor 1939. Stationen und Zeugnisse einer schwierigen Beziehung. Ingelheim 2013
Effenberger, Wolfgang: Pfeiler der US-Macht. Gauting 2005

Effenberger, Wolfgang/Löw, Konrad: Pax Americana. München 2004
Engdahl, William F.: Apokalypse Jetzt! Washingtons geheime Geopolitik. Rottenburg 2007
Engdahl, William F.: Mit der Ölwaffe zur Weltmacht. Der Weg zur neuen Weltordnung. Rottenburg 2006
Engel, Franz-Wilhelm: Handbuch der NATO. Frankfurt a. M. 1957
Eppler, Erhard: Wege aus der Gefahr. Reinbek 1981
Erdmann, Karl D.: Der Erste Weltkrieg. In Gebhard, Bruno (Hrsg.): Handbuch der deutschen Geschichte, 22 Bde. München 1985

Falin, Valentin: Politische Erinnerungen. München 1995
Faringdon, Hugh: Confrontation: Strategic Geography of N.A.T.O and the Warsaw Pact and the Superpowers. New York 1989
Farwick, Hubatschek: Die strategische Erpressung. München 1981
Fay, Sidney B.: The Origins of the World War, 2 Bde. New York 1929
Fenske, Hans et al.: Geschichte der politischen Ideen. Von Homer bis zur Gegenwart. Frankfurt a. M. 1987
Fenske, Hans: Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914–1919. München 2013
Ferguson, Niall: Der falsche Krieg. Stuttgart 1998
Ferguson, Niall: Politik ohne Macht. Das fatale Vertrauen in die Wirtschaft. Stuttgart/München 2001
Ferguson, Niall: The Pity of War. London 1998
Fernau, Joachim: Hallejuja. Die Geschichte der USA. Berlin 1999
Filene, Peter G.: Americans and the Soviet Experiment, 1917–1933. Cambridge/Mass. 1967
Fischer, Benjamin B.: A Cold War Conundrum. The 1983 Soviet War Scare. Washington D. C. 1997
Fischer, Beth A.: The Reagan Reversal Foreign Policy and the End of the Cold War. Columbia 2000
Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschlands 1914/1918. Düsseldorf 2013
Fischer, Fritz: Hitler war kein Betriebsunfall. München 1998
Fischer, Fritz: Juli 1914. Wir sind nicht hineingeschlittert. Reinbek 1983
Fischer, Fritz: Krieg der Illusionen. Düsseldorf 1987
Fischer, Fritz: Weltmacht oder Niedergang. Deutschland im Ersten Weltkrieg. Frankfurt a. M. 1965/1968

Fish, Hamilton: Der zerbrochene Mythos. F. D. Roosevelts Kriegspolitik 1933–1945. Tübingen 1982
Fleming, D. F.: The Cold War and its Origins 1917–1960. New York 1961
Flint, John: Cecil Rhodes. Toronto 1974
Foley, Hamilton: Woodrow Wilson's Case for the League of Nations. Princeton 1923
Fournier, August: Napoleon I. Eine Biographie. 3 Bde. Wien 1904/06
Franke-Gricksch, Ekkehard: So wurde Hitler finanziert. Leonberg 1983
Franzke, Jürgen (Hrsg.): Bagdadbahn und Hedjazbahn. Nürnberg 2003
Freud, Sigmund/Bullitt, Wiliam C.: Thomas Woodrow Wilson. Boston 1967
Friedrich, Jörg: 14/18. Der Weg nach Versailles. Berlin 2014
Friedrich, Jörg: Das Gesetz des Krieges. München 2003
Fromkin, David: A Peace to End all Peace. New York 1989
Fromkin, David: Europas letzter Sommer. Die scheinbar friedlichen Wochen vor dem Ersten Weltkrieg. München 2005
Frost, Holloway H.: Grand Fleet und Hochseeflotte im Weltkrieg. Berlin 1938
Fuhrmann, Joseph T.: Rasputin: The Untold story. Haboken/New Jersey 2013
Fulbright, J. W.: Die Arroganz der Macht. Reinbek 1967
Fuller, J. F. C.: Die entartete Kunst Krieg zu führen 1789–1961. Köln 1964

Gaddis, John Lewis: Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte. Originaltitel: The Cold War. München 2007
Gaddis, John Lewis: Russia, the Soviet Union and the United States: An Interpretive History. New York 1978
Gaddis, John Lewis: The Long Peace Inquiries into the History of the Cold War. New York 1989
Galleo, David P./Rowland, Benjamin M.: America and the World Political Economy. Atlantic Dreams and National Realities. Bloomington 1973
Ganser, Daniele: Die Kubakrise. UNO ohne Chance. Berlin 2007
Gantschacher, Herbert: Zeuge und Opfer der Apokalypse – der österreichische Komponist Viktor Ullmann im Ersten Weltkrieg als Artilleriebeobachter Zeuge des Giftgasangriffs an der Isonzofront am 24. Oktober 1917 bei Bovec (Flitsch/Plezzo) und im Zweiten Weltkrieg als Opfer der Vernichtung durch Giftgas am 18. Oktober 1944 in Auschwitz. Arnoldstein/Klagenfurt/ Salzburg/Wien 2008
Gasteyger, Curt (Hrsg.): Einigung und Spaltung Europas 1942–1965. Frankfurt a. M./Hamburg 1965
Gates, Robert M.: Duty: Memoirs of a Secretary at War. New York 2014

Gates, Robert M.: From the Shadows. The Ultimate Insider's Story of Five Presidents and How They Won the Cold War. New York 1996
Gaulle, Charles de: Mémoires de Guerre, 2 Bde. Paris o. J.
Gavin, James A.: War and Peace in die Nuclear Age. New York 1958
Gay, Peter: Weimar Culture. The Outsider as Insider. New York 1970
Gebhardt, Bruno (Hrsg.): Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4/I. Stuttgart 1973
Geiling, Martin: Außenpolitik und Nuklearstrategie. Eine Analyse des konzeptionellen Wandels der amerikanischen Sicherheitspolitik gegenüber der Sowjetunion (1945–1963). Köln/Wien 1975
Geiss, Imanuel: Der lange Weg in die Katastrophe. München 1990
Geiss, Immanuel (Hrsg.), Julikrise und Kriegsausbruch 1914. Eine Dokumentensammlung, 2 Bde. Hannover 1963/1964
Geiss, Immanuel: Juli 1914. Die europäische Krise und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Nördlingen 1965
Gelfand, Lawrence E.: The Inquiry. American Preparation for Peace, 1917–1919. New Haven 1963
Generalstab des Heeres (Hrsg.): Der Handstreich gegen Lüttich vom 3. bis 7. August 1914. Berlin 1939
George, Alexander L./ George, Juilette L.: Woodrow Wilson and Colonel House. New York 1956
Geppert, Dominik: Pressekriege. Öffentlichkeit und Diplomatie in den deutsch-britischen Beziehungen (1896-1912). München 2007
Gerry Docherty, Gerry/MacGregor, Jim: Hidden History. Edinburg 2013
Ghani, Cyrus: Iran and the Rise of Reza Shah. I. B. Tauris 2000
Görtemaker, M. et al.: USA-UdSSR, Dokumente zur Sicherheitspolitik. Opladen 1987
Görtemaker, Manfred: Deutschland im 19. Jahrhundert. Opladen 1996
Goethe, Johann Wolfgang: Werke. Hamburger Ausgabe (HA), München 1981
Gole, Henry S.: The Road to Rainbow. Army Planning for Global War, 1934–1940. Annapolis 2003
Golinger, Eva: Psychologische Operationen (PSYOPS) gegen Venezuela: Washington und sein Krieg gegen die Bolivarianische Revolution. O. O. 2009
Gombrich, Ernst H.: Eine kurze Weltgeschichte für junge Leser. Köln 2003
Gooss, Roderich: Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges. Wien 1919

Green, R.W. (Hrg.): Protestantism and Capitalism. The Weber-Thesis and its Critics. Boston 1959

Gregory, Richard L.: The Oxford Companion to the Mind. Oxford 2004

Greiner, Bernd/Steinhaus, Kurt: Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR. Köln 1980

Greiner, Bernd/Müller, Christian T./Walter, Dierk (Hrsg.): Heiße Kriege im Kalten Krieg. Hamburg 2006

Greiner, Christian: Die alliierten, militärstrategische Planungen zur Verteidigung Westeuropas 1947–1950, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Band 1. München/Wien 1982

Grelling, Richard: Das Verbrechen. Lausanne 1917/18

Grelling, Richard: J'accuse. By a German. Übersetzt von Alexander Graf. London 1915

Grews, J. C.: The Turbulent Era. New York 1958

Griffin, Edward: The Creature from Jekyll Island. A second look at the Federal Reserve. O. O. 1994 (dt. Ausgabe: Die Kreatur von Jekyll Island: Die US-Notenbank Federal Reserve. Rottenburg 2006)

Griswold, Alfred W.: The Far Eastern Policy of the United States. New York 1938

Groebe, Paul: Weltgeschichte im Grundriss. Leipzig 1928

Groehler, Olaf: Die Kriege Friedrichs II. Berlin 1990

Grosser, Alfred: Mit Deutschen streiten. Aufforderungen zur Wachsamkeit. München 1984

Grosser, Dieter: Vom monarchischen Konstitutionalismus zur parlamentarischen Demokratie. Den Haag 1970

Groy, Boris: Felix Jussupoff, in Jussopoff, Felix: Rasputins Ende. Frankfurt a. M. 1990

Guhin, Michael: John Foster Dulles. A Statesman and His Times. New York/London 1972

Guilhot, Nicolas: Le National Endowment for Democracy. Actes de la Recherche en Sciences Sociales, Nr. 139. Paris 2001

Gutknecht, Christoph: Pustekuchen. Lauter kulinarische Wortgeschichten. Hamburg 2005

Gutsche, W.: Ein Kaiser im Exil. Der letzte deutsche Kaiser Wilhelm II. in Holland. Eine kritische Biographie. Marburg 1991

Gutsche, W.: Wilhelm II. der letzte Kaiser des Deutschen Reiches: Eine Biographie. Berlin 1993

Guttmann, Allen: Korea. Cold War and Limited War. Lexington 1972
Gwynn, Stephen et al.: The Letters and Friendship of Sir Cecil Spring Rice, 2 Bde. London 1929

Hacke, Christian: Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von J. F. Kennedy bis G. W. Bush. München 2005
Haeckel, Ernst: Englands Blutschuld am Weltkriege aus: Sein Leben, Denken und Wirken. Eine Schriftenfolge für seine zahlreichen Freunde und Anhänger. Hrsg. von Victor Franz. Jena/Leipzig 1943
Hagen, Manfred: Die russische Freiheit Wege in ein paradoxes Thema. Stuttgart 2002
Hahlweg, Werner: Das Clausewitzbild einst und jetzt, in: Clausewitz, Carl von: Vom Kriege. Hinterlassenes Werk des Generals Carl von Clausewitz: Vollständige Ausgabe im Urtext, drei Teile in einem Band. Bonn 1980
Hall, Gus: Der amerikanische Imperialismus in der Welt von heute. Eine Einschätzung wichtiger Fragen und Ereignisse unserer Zeit. Berlin 1976
Halle, Louis: Der Kalte Krieg. New York 1967
Hamilton, Alexander: The Papers of Alexander Hamilton. New York 1963
Hamilton, Keith A.: Bertie of Thame. Edwardian Ambassador. New York 1990
Handelsblatt Management Bibliothek: Die wichtigsten Philosophen für Manager, Bd. 7, O. O. 2005
Hanreider, Wolfram: Germany, America, Europe: Forty Years of German Foreign Policy. New Haven 1989
Hardach, Gerd: Marshall-Plan. O. O. 2003
Hartmann, Johannes: Das Geschichtsbuch von den Anfängen bis zur Gegenwart. Frankfurt a. M. 1966
Hastings, Max: Catastrophe 1914: Europa Goes to War. Vintage 2014
Hatschek, Julius/Strupp, Karl: Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie. Aachen 1924
Haushofer, Karl: Weltpolitik von heute. Berlin 1934
Hedin, Sven: Amerika im Kampf der Kontinente. Leipzig 1942
Heinemann, Ulrich: Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik. Göttingen 1987
Helfferich, Karl: Reden und Aufsätze aus dem Krieg. Berlin 1917
Helfferich, Karl: Der Weltkrieg. Berlin 1919
Helmolt, Hans F.: Ein Vierteljahrhundert der Weltgeschichte 1894–1919. Paderborn 2011

Helmreich, Ernst C.: Diplomacy of the Balkan Wars. Harvard 1938
Henderson, David: Field Intelligence: Its Principles and Practice. London 1904
Henderson, David: The Art of Reconnaissance. New York 1907
Hendrick, Burton J.: The Life and Letters of Walter Hines Page, 3 Bde. O. O. 1925
Hennig, E.: Zeitgeschichtliche Aufdeckung. München 1964
Heresch, Elisabeth: Rasputin. Das Geheimnis seiner Macht. München 1985
Herlitz, Georg/Kirschner, Bruno: Jüdisches Lexikon. Berlin 1927/1930
Herron, George Davis: The Menace of Peace. New York 1917
Herron, George Davis: Woodrow Wilson und der Weltfriede. Bern 1919
Herwig, Holger H.: Der Einfluß von Alfred Th. Mahan auf die deutsche Seemacht, in: Rahn 2005
Herwig, Holger H.: The First World War. Germany and Austria-Hungary 1914–1918. London 1997
Herwig, Holger H.: The Marne, 1914. The Opening of World War I and the Battle That Changed the World. New York 2011
Herzog, Wilhelm: Panama. Korruption – Skandal – Triumph. München 1950
Hirschfeld, Gerhard et al.: Enzyklopädie Erster Weltkrieg. Paderborn 2009
Hirschfeld, Gerhard/Krumeich, Gerd: Deutschland im Ersten Weltkrieg. Frankfurt a. M. 2013
Hirschfeld/ Gerhard et al. (Hrsg.): »Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch ...« Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs. Frankfurt a. M. 1996
Hirst, F. W.: In the Golden Days. London 1947
Hoare, Samuel: Das vierte Siegel. Berlin/Leipzig 1935
Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München/Wien 1995
Hochschild, Adam: Der Große Krieg. Der Untergang des alten Europa im Ersten Weltkrieg. München 2013
Hösch, Edgar: Geschichte der Balkanländer von der Frühzeit bis zur Gegenwart. München 1988
Hogan, Michael J.: The Marshall Plan. America, Britain and the Reconstruction of Western Eu-rope, 1947–1952. Cambridge 1987
Hoggan, David L.: Das blinde Jahrhundert. Tübingen 1979
Holmes, Richard: The Little Field Marshal: A Life of Sir John French. London 2004
Hoopes, Townsend: The Devil and John Foster Dulles. Boston/Toronto 1973
Hoover, Arlie J.: God, Germany and Britain in the Great War: A Study in Clerical Nationalism. New York 1989

Hoover, H.: Memoiren. Mainz 1951
Horowitz, David: Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, 2 Bde. Berlin 1969
Horowitz, David: The Free World Colossus. A Critique of American Foreign Policy in the Cold War. New York 1965
Horsman, Reginald: Race and Manifest Destiny: The Origins of American Racial Anglo-Saxonism. Cambridge/Mass. 1991
House, Edward M: Intimate Papers, 2 Bde. Cambridge 1926
House, Edward M.: Philip Dru, Administrator. O. O. 1912
Hubatschek, Gerhard (Hrsg.): Strategie für den Frieden. Herford 1986
Hughes, Emrys: Churchill – ein Mann in seinem Widerspruch, übers. Von Rudolf Andersch, 2. Aufl. Kiel 1986
Huntington, Samuel P.: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München 1996

Jaenecke, Heinrich: Die weißen Herren. 300 Jahre Krieg und Gewalt in Südafrika. Hamburg 1986
Jaksch, Wenzel: Europas Weg nach Potsdam. Stuttgart 1958
Jaruzelski, Wojciech: Mein Leben für Polen. München/Zürich 1992
Jeffery, Keith: Field Marshal Sir Henry Wilson: A Political Soldier. Oxford 2006
Jenkins, Roy: Churchill. London 2001
Johnson, Chalmers: Ein Imperium verfällt. Wann endet das Amerikanische Jahrhundert? Karl-Blessing-Verlag. München 2000
Johnson, Paul: A History of the American People. London 1997

Kabisch, Ernst: Lüttich. Deutschlands Schicksalsschritt in den Weltkrieg. Berlin 1934
Kade, Gerhard: Die Bedrohungslüge. Zur Legende von der »Gefahr aus dem Ostens«. Köln 1979
Kagan, Robert: Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung. Berlin 2003
Kaku, Michio/Axelrod, Daniel: To Win a Nuclear War. The Pentagon's Secret War Planes. Boston 1987
Kannard, Brian: The Untold Story of John Steinbeck and the CIA. Nashville/Tennesee 2013
Kaufman, Theodore. N.: Germany Must Perish. Newark 1941
Kautsky, Karl (Hrsg.): Dt. Dokumente zum Kriegsausbruch. O. O. 1914

Kautsky, Karl: Wie der Weltkrieg entstand. Berlin 1919
Keegan, John: Erster Weltkrieg. München 2000
Keesing's Archiv der Gegenwart (später: Archiv der Gegenwart). Essen 1949
Kempe, Hans: Der Vertrag von Versailles und seine Folgen. Mannheim 2005
Kennan, George F.: Bismarcks europäisches System in der Auflösung: Die französisch-russische Annäherung 1875–1890. Frankfurt a. M./Wien/Berlin 1981
Kennan, George F.: Die schicksalhafte Allianz. Frankreich und Russland am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Köln 1990
Kennan, George F.: Im Schatten der Atombombe: eine Analyse der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen von 1974 bis heute. Köln 1982
Kennan, George F.: Memoiren eines Diplomaten, Memoirs 1925–1950. Stuttgart 1968
Kennan, George F.: Sowjetische Außenpolitik unter Lenin und Stalin. Stuttgart 1961
Kennedy, H. J.: Strategy and Diplomacy 1870–1945. London 1983
Kennedy, Paul: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000. Frankfurt a. M. 1987
Keynes, Edward: Undeclared War: Twilight Zone of Constitutional. University Park/Pennsylvania 1982
Keynes, John M.: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages. München/Leipzig1920
Kielmansegg, Peter Graf: Deutschland und der Erste Weltkrieg. Frankfurt a. M. 1968
Kießling, Friedrich: Gegen den »großen Krieg«. München 2002
Kim, Joungwon Alexander: Divided Korea: The Politics of Development 1945–1972. Cambridge, Mass./London 1976
Kirkendall, R. S. (Hrsg.): The Harry S. Truman Encyclopedia. Boston 1989
Kissinger, Henry A.: Die Entscheidung drängt. Grundfragen westlicher Außenpolitik. Düsseldorf 1961
Kissinger, Henry A.: Kernwaffen und Auswärtige Politik. München 1959
Kissinger, Henry A.: The Troubled Partnership: A Re-Appraisal of the Atlantic Alliance. New York 1965
Kissinger, Henry A.: Was wird aus der westlichen Allianz. Wien/Düsseldorf 1965
Kjellén, Rudolf: Die Grossmächte vor und nach dem Weltkriege. Leipzig/Berlin 1930
Klare, Michael T.: Resource Wars: The New Landscape of Global Conflict. New York 2001

Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. Frankfurt a. M. 2005
Kneissl, Karin: Mein Naher Osten. Wien 2014
Köllner, Lutz/Huck, Burghardt J. (Hrsg.): Abrüstung und Konversion. Politische Voraussetzungen und wirtschaftliche folgen in der Bundesrepublik. Frankfurt a. M. 1990
Kohut, Adolf : Berühmte israelitische Männer und Frauen in der Kulturgeschichte der Menschheit. Lebens- und Charakterbilder aus Vergangenheit und Gegenwart. Leipzig 1900 (Reprint: München 2012)
Kolko, Gabriel: The Politics of War. The World and United States Policy, 1943–1945. New York 1968
Kolko, Gabriel/Kolko, Joyce: The Limits of Power. The World and United States Foreign Policy, 1945–1954. New York 1972
Krakau, Knud: Missionsbewusstsein und Völkerrechtsdoktrin in den Vereinigten Staaten von Amerika. Hamburg 1967
Kralik, Richard: Geschichte des Völkerkrieges (1914–1919). Paderborn 1923
Krause, Helmut/Reif, Karlheinz: Die Welt seit 1945. München 1980
Krippendorf, E.: Die amerikanische Strategie. Frankfurt a. M. 1970
Kürenberg, Joachim von: War alles falsch? Bonn 1951

LaFeber, Walter: The New Empire. Ithaca 1963
Lafontaine, Oskar: Das Herz schlägt links. München 1999
Lasswell, Harold D.: National Security and Individual Freedom. New York 1950
Lasswell, Harold D.: World Politics and Personal Insecurity. New York 1965
Layne, Christopher: The Peace of Illusions. American Grand Strategy from 1940 to Present. Ithaca/London 2006
Layton, Kent J.: Lusitania: An Illustrated Biography of the Ship of Splendor. O. O. 2007
Lea, Homer: Des Britischen Reiches Schicksalsstunde. Mahnwort eines Angelsachsen. Berlin 1913
Lea, Homer: Die Stunde der Angelsachsen. Bern 1946
Leahy, William D.: I Was There. New York/London 1950
Leffler, Melvyn P.: A Preponderance of Power: National Security, the Truman Administration and the Cold War. Stanford 1992
Lehmann, Hans Georg: Der Oder-Neiße-Konflikt. München 1979
Lehmkul, Ursula et. al. (Hrsg.): Deutschland, Großbritannien, Amerika. Wiesbaden 2003

Lendzian. Hans-Jürgen: Zeiten und Menschen. München/Paderborn 2006
Lenin, W. I. Ausgewählte Werke. Berlin 1979
Leonhard, Jörn: Die Büchse der Pandora. Kollektive Irrtümer und große Opfer. Geschichte des Ersten Weltkriegs. München 2014
Levin, Norman G.: Woodrow Wilson and World Politics. Oxford 1980
Liang, Qiao/Xiangsui, Wang: Unrestricted Warfare: China's Master Plan to Destroy America, Panama City 1999
Liepman, Heinz: Rasputin. Ein historischer Report. Zürich 1976
Lippmann, Walter: Early Writings. New York 1970
Lippmann, Walter: The Cold War. New York 1947
Lodge, Henry Cabot: Selections from the Correspondence of Theodore Roosevelt and Henry Cabot Lodge, 1884–1918, 2 Bde. New York 1925
Löding, Dörte: Deutschlands und Österreich-Ungarns Balkanpolitik von 1912–1914 unter besonderer Berücksichtigung ihrer Wirtschaftsinteressen. Hamburg 1969
Loon, Hendrik van: Von Columbus bis Coolidge. Berlin 1929
Loth, Wilfried: Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955. München 1980
Ludendorff, Erich: Meine Kriegserinnerungen. Berlin 1920
Ludwig, Emil: Juli 14. Vorabend zweier Weltkriege. Hamburg 1961

Macartney, C. A.: The Habsburg Empire 1790–1918. New York 1969
MacKenzie, David: The Exoneration of the »Black Hand«. Boulder/Colorado 1998
MacMillan, Margaret: The War That Ended Peace. The Road to 1914. O. O. 2013
Maddison, Angus: Chinese Economic Performance in the Long Run. OECD Development Centre Studies. Paris 1998
Mahan, Alfred T.: The Influence of Sea Power upon History, 1660–1783. New York 1890 (Reprint: Dover 1987)
Mahan, Alfred T.: The Interest of America in Sea Power, Present and Future. Boston 1918
Mai, Gunther: Das Ende des Kaiserreichs. Politik und Kriegführung im Ersten Weltkrieg. München 1997
Maier, Klaus Autbert et al.: Das Nordatlantische Bündnis 1949–1956. München 1993
Mandl, Leopold: Die Habsburger und die serbische Frage, Geschichte des staatlichen Gegensatzes Serbiens zu Österreich-Ungarn. Wien 1917

Mandl, Leopold: Österreich-Ungarn und Serbien nach dem Balkankriege Materialien zum Verständnis der Beziehungen Serbiens zu Österreich-Ungarn. Wien 1912
Mann, Thomas: Deutsche Hörer! Europäische Hörer! Darmstadt 1986
Marchand, Alex: Dissolving Dollars, Exposing Dollars. The Debt-Based Insanity behind Modern Money, O. O. 2009
Marschall, Birgit: Reisen und Regieren. Die Nordlandfahrten Kaiser Wilhelms II. Hamburg 1991
Masaryk, Thomas Garrigue: President Masaryk Tells His Story. New York 1935
Mastny, Vojtech: Konfrontationsmuster des Kalten Krieges. 1946–1956. München 2003
Mathews, Basil (Hrsg.): Christ. And the World at War. Sermons Preached in War-Time. London 1917
Matuz, Josef: Das Osmanische Reich. Grundlinien seiner Geschichte. Darmstadt 1985
Mawdsley, Evan: The Russian Civil War. Edinburgh 2005
May, Ernest R.: The Truman Administration and China, 1945–1949. Philadelphia 1975
McClintock, M.: Instruments of Statecraft, U.S. Guerilla Warfare, Counterinsurgency and Counterterrorism, 1940–1990. New York 1992
McLaughlin, Rob: United Nations Naval Peace Operations in the Territorial Sea. Leiden/Boston, Mass. 2009
McMeekin, Sean: Juli 1914: Der Countdown in den Krieg. München 2014
McNamara, Robert: Blindlings ins Verderben. Der Bankrott der Atomstrategie. Hamburg 1987
Mechtersheimer, Alfred/Barth, Peter (Hrsg.): Den Atomkrieg führbar und gewinnbar machen? Reinbek 1983
Mechtersheimer, Alfred: Nachrüsten? Dokumente und Positionen zum Nato-Doppelbeschluß. Reinbek 1981
Mechtersheimer, Alfred/ Nimsdorf, Udo: Zeitbombe NATO. Auswirkungen der neuen Strategien. Köln 1984
Medlicott, William N.: Congress of Berlin and After. O. O. 1963
Meier, Erich/Oberhenn, Harald/Schilling, Walter/Rautenberg, Hans-Jürgen: Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Bühl/Baden 1989
Mercer, David D.: Sledge Hammers, Lance Bombs and Q-Ships. U.S. Naval Institute Proceedings 87, No. 4. O. O. u. J.

Meyers Konversationslexikon, 20 Bde. Leipzig/Wien 1893–1900
Meyers Lexikon, 12 Bde. Leipzig 1924–1930
Miller, Edward S.: War Plan Orange. The U.S. Strategy to Defeat Japan, 1897–1945. Annapolis/Maryland 2005
Millin, Sarah Gertrude: Cecil Rhodes. London 1933
Millis, Walter: Amerikanische Militärgeschichte in ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhängen. Köln 1958
Mills, C. Wright: The Power Elite. New York 1956
Moltke, H. von: Erinnerungen, Briefe, Dokumente 1877–1916. Hrsg. E. von Moltke. Stuttgart 1922
Moltmann, J.: Das Experiment Hoffnung. Einführungen. München 1974
Mommsen, Wolfgang J. (Hrsg.): Der moderne Imperialismus. Stuttgart 1971
Mommsen, Wolfgang J.: Fischer Weltgeschichte, Band 28 Das Zeitalter des Imperialismus. Frankfurt a. M. 1984/85
Mommsen, Wolfgang J.: Großmachtstellung und Weltpolitik. Frankfurt a. M. 1993
Mommsen, Wolfgang J.: Imperialismustheorien. Göttingen 1987
Mommsen, Wolfgang J. (Hrsg:): Max Weber. Gesamtausgabe. Bd. 17 Wissenschaft als Beruf. Tübingen 1992
Mommsen, Wolfgang J. (Hrsg.): Schriften und Reden 1892–1899, Landarbeiterfrage, Nationalstaat und Volkswirtschaftspolitik. Tübingen 1993
Mommsen, Wolfgang J.: War der Kaiser an allem Schuld? Wilhelm II. und die preußisch-deutschen Machteliten. München 2002
Montgelas, Max: Glossen zum Kautsky-Buch. Charlottenburg 1920
Montgelas, Max: Leitfaden zur Kriegsschuldfrage. Berlin/Leipzig 1923
Montgelas/Schücking (Hrsg.), siehe Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914
Morgan, D. R.: Summaries of the Threats of Use of Nuclear Weapons during the Sixteen Known Nuclear Crises of the Cold War. A Submission to SCFAIT, House of Commons. Ottawa 1998
Morgenstern, Oskar: The Question of National Defense. New York 1959
Morison, Elting/Blum, John M.: The Letters of Theodore Roosevelt, 8 Bde. Cambridge 1951–1954
Morison, Samuel E./Commager, Henry S.: The Growth of the American Immperialism. New York 1950
Morrow, Ian F. D.: Bismarck. O. O. 1943
Mosley, Leonard: Dulles. A Biography of Eleanor, Allen and John Foster Dulles und their Family Network. London 1978

Mourik, W. van: Bilanz des Krieges. Rotterdam 1978
Moynahan, Brian: Rasputin. The Saint Who Sinned. New York 1997
Müller, A. von: Aufzeichnungen über die Aera Wilhelms II. Göttingen 1965
Müller, Thomas: Imaginierter Westen. Das Konzept des »deutschen Westraums« im völkischen Diskurs zwischen politischer Romantik und Nationalsozialismus. Bielefeld 2009
Münkler, Herfried: Der Große Krieg. Die Welt 1914-1918. Hamburg 2013
Münkler, Herfried: Der neue Golfkrieg. Berlin 2003
Münkler, Herfried: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten. Berlin 2005

Narskij, Igor: Revolutionäre auf der Rechten. Schwarze Hundert im Ural 1905–1916. Jekaterinburg 1994
Neale, John E.: Elisabeth I. München 1967
Neilson, Francis: How Diplomats Make War, O. O. 1915
Neuberger, Günter/Opperskalski, Michael: CIA in Westeuropa. Bornheim 1982
Neumann, Michael: Der Friedensnobelpreis 1905–1916. Zug/Schweiz 1988
Nevins, Allan: Henry White. Thirty Years of American Diplomacy. New York/London 1930
Nicholson, W. N.: Behind the Lines. O. O. 1939
Niedhart, Gottfried (Hrsg.): Der Westen und die Sowjetunion seit 1917. München 1980
Niedhart, Gottfried (Hrsg.): Gustav Mayer. Als deutsch-jüdischer Historiker in Krieg und Revolution, 1914–1920. Tagebücher, Aufzeichnungen, Briefe (= Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts; Bd. 65). München 2009
Nietzsche, Friedrich: Kritische Studienausgabe (KSA), 15 Bde. München 1999
Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866–1918. Band II. München 1992
Nitti, Francesco: Die Tragödie Europas – und Amerikas? Frankfurt a. M. 1924
Nolte, Ernst: Deutschland und der Kalte Krieg. München 1974

Oberdorfer, Don: From the Cold War to a New Era. The United States and the Soviet Union, 1983–1991. Baltimore 1998
Office of the Chief of Military History (Hrsg.): Command Decisions. Washington D. C. 1960

Oren, Michael B.: Power, Faith, and Fantasy. America in the Middle East, 1776 to the Present. New York 2007
Osgood, R. E.: Limited war (The Challenge to American Strategy). Chicago 1957
Owen, Robert: The Russian Imperial Conspiracy, 1892–1914. O. O. 1927

Paige, Glenn D.: The Korea's Decision. June 24-30, 1950. New York/London 1968
Paine, Thomas: Common Sense. Oxford 1998
Pak, Susie J.: Gentlemen Bankers. The World of J. P. Morgan. Cambridge 2013
Pally, Marcia: Warnung vor dem Freunde – Tradition und Zukunft US-amerikanischer Außenpolitik. Berlin 2008
Paléologue, Maurice: Am Zarenhof, 2 Bde. Berlin 1927
Park, William/Rees, G. Wyn: Rethinking Security in Post-Cold War Europe. New York 1999/2014
Parnreiter, Christof (Hrsg.): Neue Fronten – neue Kriege. Differenzierte Abschreckung, ein Kriegsführungskonzept. Wien 1988
Parrington, V. L.: Main Currents in American Thought, Vol. I The Colonial Mind, 1620–1800. Norman/Oklaboma 1987
Paterson, Thomas G.: The Origins of the Cold War. Lexington 1974
Paul, Ron: End the Fed. New York 2009
Penzler, Johannes (Hrsg.): Die Reden Kaiser Wilhelms II., 2 Bde. Leipzig o. J.
Penzler, Johannes (Hrsg.): Fürst Bülows Reden nebst urkundlichen Beiträgen zu seiner Politik. Berlin 1907
Phillips, Kevin: Die amerikanische Geldaristokratie, Frankfurt a. M./New York 2003
Piekalkiewicz, Janusz P.: Der Erste Weltkrieg. Düsseldorf/Wien 1988
Piper, Ernst: Nacht über Europa. Kulturgeschichte des Ersten Weltkriegs. Berlin 2013
Ponsonby, Frederick (Hrsg.): Briefe der Kaiserin Friedrich. Berlin 1929
Possony, Stefan T.: Zur Bewältigung der Kriegsschuldfrage: Köln/Opladen 1968
Potter, Elmar B./Nimitz, Chester W.: Seemacht. Eine Seekriegsgeschichte von der Antike bis zu Gegenwart. Herrsching 1974/1982
Pratt, Julius W.: Expansionists of 1898. Baltimore 1936
Preston, Diana: Wurden torpediert, schickt Hilfe. Der Untergang der Lusitania 1915. München 2004
Pringle, Henry F.: Theodore Roosevelt. New York 1931
Pringle, Peter/Arkin, Wiliam: SIOP. Der geheime Atomkriegsplan der USA. Berlin/Bonn 1985

Prins, G. (Hrsg.): Defended to Death. A Study of the Nuclear Arms Race from the Cambridge University Disarmament Seminar. Harmondsworth 1983
Prins, Nomi: All the Presidents' Bankers. The Hidden Alliance That Drive American Power. O. O. 2014
Prost, Antoine/Winter, Jay: Penser la Grande Guerre. Un Essai d'Historiographie. Paris 2004
Pry, Peter Vincent: War Scare. Russia and America on the Nuclear Brink. Westport/Connecticut 1999
Pugh, Martin: The Making of Modern British Politics, 1867–1939. O. O. 2002
Purischkewitsch, Wladimir: Wie ich Rasputin ermordete. Berlin 1991
Puntsch, Eberhard: Das neue Zitatenhandbuch. Herrsching 1997

Quigley, Carroll: The Anglo-American Establishment. New York 1981
Quigley, Carroll: Tragedy and Hope. New York 1966

Radsinski, Edward Stanislawowitsch: Die Geheimakte Rasputin. Neues über den Dämon am Zarenhof. München 2000
Raeithel, G.: Geschichte der nordamerikanischen Kultur, 3 Bde, Bd. 1 Vom Puritanismus bis zum Bürgerkrieg 1600–1860. Frankfurt a. M. 1997
Rahn, Werner (Hrsg.): Deutsche Marine im Wandel. Vom Symbol nationaler Einheit zum Instrument internationaler Sicherheit. München 2005
Ramanzani, Rouholla K.: The Foreign Policy of Iran. Charlottesville/Virginia 1966
Rassinier, Paul: Die Jahrhundertprovokation. Tübingen 1998
Rathenau, Walther: Der Kaiser. Eine Betrachtung. Berlin 1919
Rathenau, Walther: Gesammelte Schriften, 5 Bde. Berlin 1918
Rauchensteiner, Manfried (Hrsg.): An meine Völker! Der Erste Weltkrieg 1914–1948. Wien 2014
Rauchensteiner, Manfried: Der Tod des Doppeladlers: Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg. Graz/Wien/Köln 1997
Reagan, Ronald: An American Life. Riverside/New Jersey 1990
Reeves, Richard: President Kennedy. Profile of Power. New York 1993
Regierung der Vereinigten Staaten (Hrsg.): Präsident Roosevelt. Amerika und Deutschland 1936–1945. O. O. u. J.
Reichsarchiv (Hrsg.): Der Weltkrieg 1914 bis 1918. O. O. 1925
Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten: Kriegsbriefe gefallener deutscher Juden (1935). Stuttgart 1961

Rein, Gustav Adolf: Die drei Großen Amerikaner. Hamilton, Jefferson, Washington. Auszüge aus ihren Werken (Klassiker der Politik, Band 7). Berlin 1923
Report of the Special Committee on Investigation of the Munitions Industry (The Nye Report), U.S. Congress, Senate, 74th Congress, 2nd Sess. O. O. 1936
Reventlow, Ernst Graf zu: Von Potsdam nach Dorn. Berlin 1940
Richards, R. J.: The Tragic Sense of Life. Ernst Haeckel and the Struggle over Evolutionary Thought. Chicago 2008
Richardson, J.D. (Hrsg.): Compilation of Messages and Papers of the Presidents, Bd. 1. Washington D. C. 1907
Richelson, Jeffrey T.: A Century of Spies: Intelligence in the Twentieth Century. New York 1995
Rill, Bernd (Hrsg): Der Erste Weltkrieg. »In Europa gehen die Lichter aus!« Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen Nr. 91. München 2014
Ritchie, Carson: Q-Ships. O. O. 1985
Ritter, Gerhard: Der Schlieffenplan. Kritik eines Mythos. Mit erstmaliger Veröffentlichung der Texte und 6 Kartenskizzen. München 1956
Roberts, Andrew: Salisbury – Victorian Titan. London 1999
Röhl, John C. G.: Wilhelm II. Die Jugend des Kaisers 1859–1888. München 1993
Romjue, John L.: American Army Doctrine for the Post-Cold War. Washington 1997
Roosevelt, Theodore: Aus meinem Leben. Leipzig 1914
Roosevelt, Theodore: Oliver Cromwell. New York 1900
Roosevelt, Theodore: The Naval War of 1812. New York 1906
Roosevelt, Theodore: The Wilderness Hunter. New York 1900
Roosevelt, Theodore: Works, National Edition, 20 Bde. New York 1926
Ropponen, Risto: Die Kraft Russlands. Helsinki 1968
Rose, Jürgen: Ernstfall Angriffskrieg. Frieden schaffen mit aller Gewalt? Hannover 2009
Ross, Charles: Representative Government and War. London 1902
Rozenblit, Marsha L.: Reconstructing a National Identity: The Jews of Habsburg Austria During World War. Oxford/New York 2001
Russell, Bertrand: Der Krieg, ein Kind der Furcht. Zürich 1915

Saldívar, José David: Border Matters – Remapping American Cultural Studies. Berkeley/Kalif. 1997
Sauter, Udo: Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika. Stuttgart 1976

Savelle, Max : Die Vereinigten Staaten von Amerika. Essen 1975
Schäfer, Dietrich: Der Krieg 1914/16, 2 Bde. Leipzig/Wien 1916
Schäfer, Dietrich: Deutschland und England in See- und Weltgeltung. O. O. 1916
Schäfer, Dietrich: Zur Lage. Als Handschrift gedruckt. Berlin 1916
Schagerl, Brigitte: Friedrich Ritter von Wiesner. Im Dienst eines Staates, den es nicht mehr geben sollte, nicht mehr gab, nicht mehr geben durfte. Dissertation. Wien 2012
Scheler, Max: Die Ursachen des Deutschenhasses. Berlin 1917
Scheer, Robert: Und brennend stürzen Vögel vom Himmel. Reagan und der »begrenzte« Atomkrieg. (Originalausgabe: With Enough Shovels. Reagan, Bush and Nuclear War). München 1982
Schieder, Theodor (Hrsg.): Handbuch der europäischen Geschichte. Stuttgart 1968
Schiller, Ulrich: Macht außer Kontrolle. Geheime Weltpolitik von Chruschtschow bis Bush. Berlin 2005
Schilling, Warner R./Hammdon, Paul Y./Snyder, Glenn H.: Strategy, Politics and Defense Budgets. New York/London 1962
Schlesinger, Arthur M. jr./Burns, Roger (Hrsg.): Congress Investigates. A Documented History, 1792–1974. 5 Bde. New York 1975
Schlesinger, Arthur/Israel, Fred (Hrsg.): History of American Presidential Elections 1789–1968. New York 1971
Schmidt, Helmut: Außer Dienst – Eine Bilanz. München 2008
Schmidt, Helmut: Eine Strategie für den Westen. Berlin 1986
Schmidt, Helmut: Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte. Frankfurt a. M/Berlin/Wien 1970
Schmidt, Stefan: Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges, in: Pariser Historische Studien, hrsgg. vom Deutschen Historischen Institut Paris, Band 90. München 2009
Schmitt, Bernadotte E.: The Coming of the War 1914, 2 Bde. New York 1930
Schöllgen, Gregor: Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die orientalische Frage, 1871–1914. München 2000
Schölzel, Christian: Albert Ballin. »Ein Schiffsherr ist es ... Ein Kaiser neigt sich vor dem jüdischen Mann ...«. Berlin 2004
Scholl-Latour, Peter: Russland im Zangengriff. München 2006
Schonauer, Karlheinz: 1914 – Protokoll eines gewollten Krieges. Berlin 2012
Schubert, Klaus/Klein, Martina: Das Politiklexikon. Bonn 2011
Schultze-Rhonhof, Gerd: Der Krieg der viele Väter hatte. München 2003

Schulz, Hans-Jürgen: Auf dem Weg zum Atomkrieg. US-amerikanische Militärstrategie. Frankfurt a. M. 1985
Schützenberger, Anne A.: Oh, meine Ahnen! Wie das Leben unserer Vorfahren in uns wiederkehrt. O. O. 2003
Schweizer, Peter: Victory. The Reagan Administration's Secret Strategy That Hastened the Collapse of the Soviet Union. New York 1994
Sedlmaier, Aleander: Deutschlandbilder und Deutschlandpolitik. Studien zur Wilson-Administration (1913–1921). Wien 2003
Segel, Binjamin: Der Weltkrieg und das Schicksal der Juden. Berlin 1915
Sherry, Michael S.: Preparing for the Next War. American Plans for Postware Defense, 1941–45. New Haven/London 1977
Sherwood, Robert E.: Roosevelt and Hopkins: An Intimate History. New York 1950
Shillinglaw, Draga: The Lectures of Professor T. G. Masaryk at the University of Chicago, Summer 1902. Lewisburg/Penn. 1979
Silberschmidt, Max: Der Aufstieg der Vereinigten Staaten zur Weltmacht. Aarau 1941
Simpson, Colin: Die Lusitania: Amerikas Eintritt in den Ersten Weltkrieg. Frankfurt a. M. 1987
Siracusa, Joseph M.: The American Revisionists. New Left Dsplomatic Historie, and Historians. Port Washington, New York/London 1973
Smith, Geoffrey: Reagan and Thatcher. New York 1991
Solschenizyn, Alexander: August Vierzehn. Darmstadt 1973
Souza, Philip de: Die Beherrschung der Meere. München 2006
Spengler, Oswald: Der Untergang des Abendlandes, 2 Bde. München 1923
Spies, Stephanus B.: Methods of Barbarism? Roberts and Kitchener and Civilians in the Boer Republics January 1900 until May 1902. Kapstadt 1977
Spillmann, Kurt R.: Aggressive USA? Amerikanische Sicherheitspolitik 1945-1985. Stuttgart 1985
Spindler, Arno: Der Handelskrieg mit U-Booten, 3 Bde. Berlin 1932
Spiridowitsch, Alexander: Rasputin nach amtlichen Unterlagen und mit 16 zum Teil unveröffentlichten Abbildungen. Bern 1939
Spreckelsen, Wilhelm von/Vesper, Wolf-Jochen: Blazing Skies. Oldenburg 2004
Spykman, Nicholas J.: America's Strategy in World Politics. The United States and the Balance of Power. New York 1942
Stalin, Iosif V.: Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941–1945. Berlin 1961

Stanojewitsch, St.: Die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand. Frankfurt a. M. 1923
Steel, Ronald: Die hässliche Weltmacht Amerika – Weltreich des Kalten Krieges. München 1970
Steevens, George W.: With Kitchener to Khartum. Edinburgh/London 1909
Stefan T. Possony, Stefan T.: Zur Bewältigung der Kriegsschuldfrage, hrsgg. von Prof. Dr. Ferdinand A. Hermes. Köln/Opladen 1968
Stegemann, Herrmann : Geschichte des Krieges, I. Band. Stuttgart/Berlin 1917
Stein, Frank N.: Rasputin – Teufel im Mönchsgewand? München 1997
Stephenson, Anders: Manifest Destiny. American Expansion and the Empire of Right. New York 1995
Stieve, Friedrich/Montgelas, Max: Rußland und der Weltkonflikt. Berlin 1927
Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters. 1947–1991. München 2007
Strachan, Hew: Financing the First World War. Oxford 2004
Strachan, Hew: The First World War in Africa. Oxford 2004
Strachan, Hew: The Outbreak of the First World War. Oxford 2004
Strong, Josiah: Our Country. Its Possible Future and Its Present Crisis. New York 1885
Stürmer, Michael: Das ruhelose Reich. Deutschland 1866–1918. Berlin 1994.
Suchomlinow, W. A.: Erinnerungen. Berlin 1924
Sündermann, Helmut: Die Pioniere und die Ahnungslosen. Leoni 1960
Sullivan, Mark: Our Times, 1900–1926, 6 Bde. New York 1926/1935

Tansill, Charles C.: Amerika geht in den Krieg, der erste Weltkrieg als Türöffner nach Europa. Stuttgart 1939
Tawney, R. H.: Religion und Frühkapitalismus. Eine historische Studie. Bern 1946
Taylor, Maxwell D.: The Uncertain Trumpet. New York 1960
Taylor, Maxwell D.: Und so die Trompete einen undeutlichen Ton gibt, wer wird sich zum Streite rüsten? Gütersloh 1962
Taylor, Peter J.: Britain and the Cold War. 1945 as Geopolitical Transition. New York 1990
Thaden, Edward C.: Russia and the Balkan Alliance. University Park/Penn. 1965
Thelen, David P.: Robert La Follette and the Insurgent Spirit. Boston 1976
Thompson, J. Lee: A Wider Patriotism. Alfred Milner and the British Empire. London 2008

Thompson, J. Lee: Forgotten Patriot. A Life of Alfred, Viscount Milner of St. James's and Cape Town. Madison/New Jersey 2007
Thompson, John M.: Russia, Bolshevism and the Versailles Peace Treaty. Princeton 1966
Todd, Emmanuel: Weltmacht USA. Ein Nachruf. München 2003
Todd, Malcom: Die Zeit der Völkerwanderung. Stuttgart 2002
Tolstoi, Lew: Rede gegen den Krieg. Frankfurt a. M. 1968
Toynbee, Arnold J.: Studie zur Weltgeschichte. Hamburg/Zürich 1949
Trepp, Gian: Bankgeschäfte mit dem Feind. Von Hitlers Europabank zum Instrument des Marshallplans. Zürich 1993
Tromp, H. W./La Rocque, Gene: Nuclear War in Europe. Groningen 1982
Trotzki, Leo: Geschichte der Russischen Revolution Februarrevolution. Essen 2010
Troyat, Henri: Rasputin. Eine Biographie. Düsseldorf 2002
Trufanov, Sergej Michajlovic: The Mad Monk of Russia. New York 1918
Tuchman, Barbara: In Geschichte denken. Frankfurt a. M. 1984
Tuchman, Barbara: Kanonen des August. Frankfurt a. M./Wien/Zürich 1965
Tucker, Robert W.: The Radical Left and American Foreign Policy. Baltimore/London 1971
Tucker, Robert W./Hendrickson, David C.: Empire of Liberty. The Statecraft of Thomas Jefferson. New York 1990
Tucker, Spencer/Roberts, Priscilla: World War I. Encyclopedia. O. O. 2005

Uhle-Wettler, F.: Alfred v. Tirpitz in seiner Zeit. Hamburg 1996
Umpenhour, Charles Merlin: Freedom. A Fading Illusion. Aurora 2005

Veale, F. J. P.: Advance to Barbarism. The Development of Total Warfare. London 1968
Viehrig, Johannes: Ideologische Grundlagen des amerikanischen Imperialismus zwischen Bürgerkrieg und Erstem Weltkrieg. Dissertation der Friedrich-Schiller-Universität Jena 2013
Vistica, Gregory L.: Fall from Glory: The Men Who Sank the U.S. Navy. New York 1996
Volkmann, Erich O.: Der Große Krieg, 1914-1918. Berlin 1922.
Voegelin, Eric: Die politischen Religionen. Stockholm 1939. Neuauflage München 1996

Volkmann, Hans-Erich (Hrsg.): Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. München 1995

Warburg, M. M.: Aus meinen Aufzeichnungen. New York 1952
Weber, Max: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. I, Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. Tübingen 1872
Webster, Charles/ Frankland, Noble: The Joint Authors of The Strategic Air Offensive against Germany. London 1961
Wedgwood, Ciceley V.: Der Dreißigjährige Krieg. München 1978
Wehler, Hans-Ulrich: Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus. Göttingen 1987
Wehler, Hans-Ulrich: Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik 1750–1900. Frankfurt a. M. 1983/84
Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.): Imperialismus. Düsseldorf 1979
Weigl, Ludwig: Strategische Einsatzplanungen der NATO. Einflussfaktoren, Inhalte, Umsetzungsmaßnahmen. Dissertation an der Universität der Bundeswehr. München 2005
Weilenmann, Alex: Theodore Roosevelt und die Außenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika. O. O. 1953
Weinberg, A. K.: Manifest Destiny. A Study of Nationalist Expansionism in American History. Baltimore 1935
Weinberg, Albert K.: Manifest Destiny. Baltimore 1936
Weisberger, Bernhard A.: Reaching for Empire. New York 1964 (deutsch: 3mal Philippinen, München 1989)
Weithmann, Michael W.: Balkan-Chronik. 2000 Jahre zwischen Orient und Okzident. Regensburg 1995
Welskopp, Thomas: Amerikas große Ernüchterung. München 2010
Werfel, Franz: Die vierzig Tage des Musa Dagh. Wien 1933
Wernecke, Klaus: Der Wille zur Weltgeltung. Außenpolitik und Öffentlichkeit im Kaiserreich am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Düsseldorf 1970
Weyer, B.: Taschenbuch der Kriegsflotten, XV. Jahrgang 1914, Reprint: Koblenz 1983
Whiting, Allen S.: China Crosses the Yalu. The Decision to Enter the Korean War. New York 1960
Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten 1878–1918. Leipzig/Berlin 1922
Will, Alexander: Kein Griff nach der Weltmacht. Wien/Köln/Weimar 2012

Williams, William A.: American-Russian Relations, 1781–1947. New York 1952
Williams, William A.: The Tragedy of American Diplomacy. New York 1972
Williamson, S. R.: The Politics of Grand Strategy. Britain and France Prepare for War, 1904-1914. Cambridge 1985
Wilson, John C. B.: A Life of Sir Henry Campbell-Bannerman. London 1973
Wilson, Woodrow: Die neue Freiheit (Originaltitel: The New Freedom). München 1914
Wilson, Woodrow: Der Staat. Berlin 1913
Wiltz, John Edward: In Search of Peace. The Senate Munitions Inquiry, 1934–36, Baton Rouge/Louisiana 1963
Windolf, Paul (Hrsg.): Finanzmarkt-Kapitalismus. Wiesbaden 2005
Winzen, Peter: Freundesliebe am Hof Kaiser Wilhelms II. Norderstedt 2010
Wheeler-Bennet, John: Brest-Litovsk. The Forgotten Peace. O. O. 1918
Wheeler-Bennet, John: The Nemesis Of Power. The German Army In Politics, 1918–1945. O. O. 1953, Revised Edition 1964
Wolff, Theodor: Tagebücher 1914–1919. Boppard 1984
Wolff, Theodor: The Eve of 1914. London 1935
Woodward, Bob: VEIL: The Secret Wars of the CIA, 1981–1987. New York 1987
Würthle, Friedrich: Die Spur führt nach Belgrad. Die Hintergründe des Dramas von Sarajewo 1914. Wien 1975
Würthle, Friedrich: Dokumente zum Sarajevoprozeß. Wien 1978

Yergin, Daniel: Shattered Peace. The Origins of the Cold War and the National Security State. New York 1977

Zarlenga, Stephen: Der Mythos vom Geld. Die Geschichte der Macht. Zürich 1982
Zell, Ralf/Lippert, Ekkehard/Rössler, Tjarck (Hrsg.): Bundeswehr und Gesellschaft. Opladen 1977
Zetkin, Clara: Für die Sowjetmacht. Artikel, Reden und Briefe 1917–1933. Berlin 1977
Zimmer, Gerhard: Gewaltsame territoriale Veränderungen und ihre völkerrechtliche Legitimation. Berlin 1971

Personenregister

Abdullah II., König von Jordanien 390
Achromejew, Sergej F. 468, 480
Adamow, Boris 171
Adams, Brooke 326
Adams, John Quincy 323
Aehrenthal, Alois Graf 72 f., 75 f.
Albert I., König von Belgien 203
Albright, Madeleine 224, 399, 472 f., 489, 511
Aldrich, Abby Greene 424
Aldrich, Nelson W. 220, 424 f.
Alexander I., Prinzregent von Serbien siehe Karađorđević, Alexander I.
Alexander I., Zar von Russland siehe Romanow, Alexander Pawlowitsch
Alexander II., Zar von Russland siehe Romanow, Alexander Nikolajewitsch
Alexander III., Zar von Russland siehe Romanow, Alexander Alexandrowitsch
Alexandra Fjordorowna, Zarin von Russland siehe Hessen-Darmstadt, Alix von
Allende, Salvador 392 f.
Alvensleben, Leutnant d. R. von 239
Amery, Leopold 157
Andrew, Abraham Pitt 425
Anjou, Philipp von 36 f.
Annan, Kofi 473
Arad, Ron 476 f.
Arendt, Hannah 415
Artamanow, Oberst Viktor A. 163, 216, 293
Asquith, Herbert Henry 138 f., 140, 144, 147 f., 151, 153, 158, 164, 195, 213, 223, 231, 436
Augstein, Rudolf 444, 448
Aznar, Jose Maria 390

Baden, Prinz Max von 377 f., 380
Baker, James 511
Baker, John 481
Baker, Ray S. 287, 385
Bakunin, Michail A. 64, 74
Balfour, Lord Arthur J. 138, 214, 222, 312, 352, 355, 436, 475
Balfour, Michael 442
Ballin, Albert 170, 179 f., 213, 254, 258
Bamford, James 407
Barnes, Harry Elmer 436, 442
Barnett, Corelli 308
Baruch, Bernard 219, 338
Basili, Nicolai A. 193
Bassermann, Ernst 85
Battenberg, Franz Joseph Prinz von 125
Battenberg, Ludwig Prinz von 169
Rupprecht, Kronprinz von Bayern 245, 253 f.
Beale, Howard K. 318 f.
Beer, Angelika 225
Bell, Johannes 287
Below-Saleske, Claus von 98

Benckendorff, Alexander K. 95 ff., 186, 216
Benedikt XV. 373
Benét, Stephen Vincent 529
Berchtold, Leopold Graf 96, 105, 195, 203, 217
Berggruen, Nicolas 514 f.
Bernauer, Rudolf 113 ff.
Bernstein, Arthur 204 f.
Bernstorff, Johann Heinrich Graf von 212, 352, 354
Berthelot (Direktor) 203, 435
Bertie, Francis 131
Bethmann Hollweg, Theobald von 88 f., 93 f., 98, 106, 122, 168, 185 f., 188, 191 f., 198 f., 204, 212, 222, 225, 231 f., 362 ff., 439, 443 f.
Bey, Talaat 379
Biden, Joe 298
Biliński, Leon 176
Billings, Warren K. 360
Bismarck, Otto Fürst von 24 f., 27, 54 ff., 62 f., 76, 81, 88, 109 f., 179, 198, 288, 446, 476
Bitterlich, Joachim 470
Bittner, Jochen 412
Blair, Tony 313, 473
Bleichröder, Gerson 56
Blum, William 396
Bobbitt, Philip 390
Bogičević (Boghitschewitsch), Miloš 78, 98, 161
Borah, William 383
Boutros-Ghali, Boutros 455
Brecht, Bertolt 102
Breil, Walter 464, 468
Brett, Reginald (Lord Esher) 312
Bridges, Oberstleutnant Tom 228
Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf von 279, 286
Bruce, Victor Alexander (9. Earl of Elgin) 138, 144
Brun, General Jean 145
Bryan, William J. 219, 338 f., 344 ff., 350 f., 354, 360, 371
Brzezinski, Zbigniew 71, 387, 392, 397 ff., 403, 414, 416, 424, 527
Buchanan, George W. 173, 180, 214, 260, 262
Buchanan, Patrick J. 83, 133, 414 f., 532
Buffett, Warren 68
Buller, General Redvers 130
Bülow, Bernhard von 81, 89, 91, 136, 185, 443, 551
Bunau-Varilla, Philippe 328
Bunsen, Maurice de 180, 193
Burgess, John 311, 318, 527
Burns, John 222
Burt, Richard R. 480
Bush sr., George H. W. 394, 398, 403, 406, 458, 462 f., 481 f., 543
Bush, George W. 299, 394, 400 f., 403, 409, 417, 473, 478, 513, 529
Busse, Nikolas 412
Bute, Lord 43

Cabrinović, Nedeljko 177
Callaghan, James 391
Cambon, Jules 83, 98
Cambon, Paul 80, 97, 153, 158, 192, 215, 222
Cameron, David 508, 515

Campbell-Bannerman, Henry 138 ff., 142 ff., 152
Capelle, Admiral Eduard von 168
Carnegie, Andrew 79, 323, 372, 386
Carpenter, Bischof Boyd 103
Carter, Jimmy 387, 391 f., 404, 409
Castro, Fidel 393
Cato, Marcus Porcius 118
Cavour, Camillo 50, 55
Cecil, Violet 142
Cecil, William 30
Chamberlain, Austen 355
Chamberlain, Houston Stewart 324
Chamberlain, Joseph 80, 129 f., 566
Charles II., König von England 37
Charmley, John 147
Chávez, Hugo 413
Chirac, Jacques 521
Chodorkowskij, Michail B. 488
Chomeini, Ajatollah 391
Chomsky, Noam 18, 416
Chruschtschow, Nikita 391
Churchill, Winston 5, 26, 82 f., 85, 132, 139 f., 147 f., 151 ff., 156, 169, 175, 179, 191, 214, 222 f., 231, 283, 286, 324, 344, 348 f., 353, 388 f., 414, 512, 549
Cicero, Marcus Tullius 440
Ciganović, Milan 78, 177
Clark, Champ 344
Clark, Christopher 95, 137, 160, 189, 198, 297, 443, 449
Clark, General Wesley 295
Clark, Ramsey 531
Clausewitz, General Carl von 249 ff., 384
Clemenceau, Georges 142 ff., 165, 169, 274, 277 ff., 284, 376, 382
Clinton, Bill 295 ff., 312, 387, 390, 399, 403, 429, 473
Clinton, Hillary 309 f., 525
Cohen, Eliot 402
Cook, Andrew 262
Courtneidge, Robert 114
Crane, Charles Richard 68 ff.
Cravath, Paul 386
Creel, George 367
Crewe-Milnes, Robert 144
Cromwell, Oliver 134, 320
Crowe, Eyre 136, 153, 158
Crowe, William J. 480

D'Estaing, Giscard 391
Dačić, Živojin 73
Dahms, Hellmuth G. 573
Daoguang, Kaiser von China 308
Darwin, Charles 60, 129, 210, 311
Daschle, Tom 390
David, Eduard 85, 199
Davidović, Ljuba 73
Davis, John W. 386
Davison, Henry P. 425
De Maizière, Thomas 509
Dedijer, Vladimir 21, 445
Dee, John 29 f., 411
Delaisi, Francis 82, 108 f.,
Delcassé, Théophile 80, 82, 100, 109, 135 f., 215, 553
Deschner, Karlheinz 160, 304
Dewey, George 318 f., 321
Díaz, Adolfo 336 f.
Dimitrijević, Dragutin (Apis) 64 f., 77 ff., 160 ff., 178, 218, 290 f., 445, 568

Đinđić, Zoran 295
Docherty, Gerry 448
Dojčić, Stjepan 159
Dole, Bob 471 ff.
Dostum, Raschid 440
Drake, Francis 30
Drummon, Eric 355
Du Pont, Pierre S. 345, 438
Dubail, General Auguste 146, 253
Duisberg, Carl 112
Dulles, Allan Walsh 432
Duroselle, Jean-Baptiste 275

Ebert, Friedrich 281, 380
Eckhardt, Julius von 364
Eduard VII., König von England 73, 80, 209
Eisenhower, Dwight D. 388, 404, 419, 439, 471
Elbe, Frank 502
Elisabeth I., Königin von England 30, 194, 428
Elisabeth II., Königin von England 512
Elisabeth, Zarin von Russland siehe Romanowa, Jelisaweta Petrowna
Elliot, Charles 308
Emmich, General Otto von 197, 227, 230 f., 235, 241 f., 244 f., 247
Engels, Friedrich 111, 117
Erhard, Ludwig 482
Erler, Gernot 482
Erzberger, Matthias 380 f.
Evans, Robley 335

Falin, Valentin 469
Falkenhayn, Erich von 168, 213
Fay, Sidney B. 121, 436, 442
Feith, Douglas 390, 402
Ferguson, Niall 447
Feuchtwanger, Lion 268
Fischer, Fritz 21 f., 94, 191, 442 ff., 447, 449
Fischer, Joschka 224, 387, 403, 467 f., 535
Fiske, John 311, 318
Foch, General Ferdinand 150 f., 156, 202, 215, 277, 279, 375
Ford, Gerald 424
Ford, Henry 386, 429
Fortuño, Luis 390
Francis, David R. (1st. Viscount Templewood) 260, 262
Frank, Ludwig 267
Frank, Walter 442
Franklin, Benjamin 420 f.
Franz Ferdinand, Erzherzog 21, 68, 73, 159, 217
Franz Joseph I., Kaiser von Österreich-Ungarn 50, 65, 72, 73, 75, 96 f., 159, 175, 217, 265, 267, 362, 553
French, General John 142, 144 f., 147, 152, 214, 253
Freud, Sigmund 269, 276
Friedrich V., Kurfürst 31
Friedrich Wilhelm III., König von Preußen 46
Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen 51
Fromkin, David 253, 474
Fukuyama, Francis 412, 579

Fulbright, J. William 366

Gaddafi, Muammar al 410, 432
Gandhi, Mahatma 437, 590
Gardiner, Alfred George 210
Gates, Bill 68
Gates, Robert 390, 417 f., 525, 578
Gauck, Joachim 413, 501, 504
Gaulle, General Charles de 26, 283, 433, 528, 549
Gauweiler, Peter 504, 513, 517, 521, 535, 589
Gavrilović, Milan 78 f., 218
Geiger, Ludwig 102, 267
Geiss, Immanuel 443 ff.
Gelles, Siegfried 269
Genscher, Hans-Dietrich 482, 502
Georg II., König von England 41
George V., König von England 103, 213, 306
Giesl von Gieslingen, Wladimir Freiherr 173, 178 f., 183, 187, 217
Gifković, Michael 78
Giolitti, Giovanni 83
Gladstone, William E. 60, 86, 223
Glasjew, Sergej J. 433
Godfrey, Michael 420
Goethe, Johann Wolfgang von 29, 45, 49, 118, 204
Golz, Hans-Georg 447
Gómez, General Máximo 315
Gonzáles, Filipe 481
Gooch, George P. 436
Gorbatschow, Michail S. 249, 398, 401, 463, 468 f., 482, 526, 543
Gortschakow (Gortschakoff) Alexander M. 62 f., 76, 551
Goschen. Edward 191 f., 231
Gottheil, Richard 267
Grabez, Trifko 177
Grant, General Ulysses 54
Grayson, Admiral Cary 384 f.
Grelling, Richard 21, 445
Grey, Albert 312
Grey, Edward 16, 91, 96 ff., 122, 138 ff., 143 f., 146 ff., 151 ff., 158, 164, 170, 179 ff., 184, 186, 188 f., 192 f., 203, 208 f., 214, 222 ff., 231, 266, 270, 308, 338, 341, 344, 346 f., 352, 355, 360, 414, 417, 553
Grierson, General James M. 137 ff., 142, 145
Griesinger, Julius Freiherr von 106
Griffin, G. Edward 426
Groener, General Wilhelm von 379
Gruitsch (serbischer Gesandter in London) 91
Gruson, Ernst 246 f.
Gussewa, Chionija 166 f.
Gustav II. Adolf, König von Schweden 32
Guttenberg, Karl-Theodor zu 387, 509, 515
Gwinner, Arthur von 79
Gwynne, Howell A. 157
Gysi, Gregor 521

Haase, Hugo 89
Haeckel, Ernst 205 ff.
Hafid, Muley 84

Habibie, Bacharuddin Jusuf 459
Haldane, Richard 94, 138 ff., 142 ff., 146 f., 149 ff., 154 ff., 179, 213, 223, 559
Hamilton, Alexander 421 f.
Hardinge, Charles 139, 153
Hariri, Saad 390
Harris, Leverson 355
Hartwig, Nikolaus von 86, 101, 106, 163 f., 216
Harvey, Colonel George B. 337
Haushofer, Karl 389 f.
Hay, John M. 317, 328
Hearst, William Randolph 316
Hedin, Sven 287
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 49, 311, 431
Henderson, General David 145
Herbert, Commander Godfrey 353
Herron, George Davis 71 f.
Hertling, Georg Freiherr von 377
Hessen-Darmstadt, Alix von 125 f., 166, 216, 257, 259
Hessen-Darmstadt, Georg Landgraf von 37
Hindenburg, Paul von 356, 363, 377, 475
Hirschfeld, Gerhard 447
Hirst, Francis Wrigley 143
Hitler, Adolf 5, 248, 284, 287, 380, 429, 442, 525
Hoare, Samuel 260 f.
Hodza, Michael 52
Hötzendorf, General Franz Conrad von 182, 194, 218, 253
Hoggan, David L. 276
Hohenberg, Sophie Fürstin von 159
Holbrooke, Richard 466, 471 f.
Hollande, François 508
Hollis, Christopher 420
Holmes, John Haynes 437
Holmes, Richard 147
Hooker, Joseph 210
Hoover, Herbert 285
Horaz 247
House, »Colonel« Edward Mandell 71 f., 163, 219, 263, 277, 284, 307, 338 ff., 343, 346 f., 349, 351 f., 354 ff., 360 f., 363 f., 374, 384, 385 f., 427
Hubatsch, Walther 16
Hughes, Charles Evans 361
Huguet, Alfred 139, 142, 153
Hunter, Charlie 156
Huntington, Samuel P. 411 f.
Hurban, Jozef 52
Huxley, Thomas 210

Iklé, Fred 481
Iswolski, Alexander P. 73, 75 ff., 95 f., 142 f., 164, 182, 216, 553
Iwanow, General Nikolai 233

Jackson, Andrew 422
Jagow, Gottlieb von 97 ff., 170, 204, 212, 340,
Jakowitsch, Jefim 126
Jameson, Leander Starr 129
Jankovic, General Božidar 73 f., 77, 160, 219
Jaurès, Jean 169, 192, 211, 215, 394
Jefferson, Thomas 44, 304, 339, 421 f.
Jellicoe, Admiral John 358, 575

Jelzin, Boris 469, 485, 488 f., 587
Joffre, Joseph 146, 151, 154 f., 202, 215, 252
Johnson, Hiram 383
Johnson, Paul 369
Johnston, Harry 312
Joliet, Louis 39
Jones, General James L. 390
Jonescu, Take 87 f.
Jonnart, Charles 100
Jovanović, Jovan M. 88, 193, 218
Jovanović, Živadin 470
Jovanović, Ljuba 73, 78, 290
Jungbluth, General 228
Jussupow, Felix Fürst 217, 262

Kabisch, General Ernst 149 f., 246
Kahn, David 364
Kahn, Otto 386
Kanitz, Hans Graf von 90 f.
Kaplan, Robert D. 402
Karađorđević, Alexander 64, 125, 163, 180, 218, 290
Karađorđević, Peter 64 f., 107
Karl II., König von England 428
Karl II., König von Spanien 36
Karl V., römisch-deutscher Kaiser 419
Karl X., König von Frankreich 48
Kennan, George F. 15, 196, 263
Kennedy, John F. 391, 405, 431 f., 525
Kenney, George 225
Kerry, John 320, 325
Kessler, Harry 99
Keynes, John M. 282, 285 f., 533
Kiderlen-Waechter, Alfred von 83, 88
Kießling, Günter 520
Kinkel, Klaus 502
Kipling, Rudyard 324, 532
Kissinger, Henry 387, 397, 429, 455 f., 460 f., 499, 504, 514
Kitchener, General Herbert (1. Earl) 83, 110, 130 ff., 134, 145, 214, 352, 558
Kjellén, Rudolf 120
Knox, Philander C. 328
Kohl, Helmut 453, 455 f., 461 ff., 467 ff., 475, 477 ff., 500, 503, 511, 539
Kohut, Adolf 205
Kolbow, Walter 454 f.
Kolko, Daniel 296
Kornblum, John 480, 504
Kropotkin, Pjotr A. 74
Krstanović, Trifko 74, 77
Krüger, Paul (Ohm) 80, 129 f., 289
Krumeich, Gerd 447
Kusturica, Emir 176
Kwaśniewski, Aleksander 390

La Salle, René-Robert 39
Laden, Osama bin 251, 392, 409 f., 412, 490, 578
Laffert, Major Maximilian von 106
LaFollette, Robert (Bob) 220, 304 f., 337, 344, 361, 367, 371, 383
Lafontaine, Oskar 225, 521
Laguiche, General Marquis de 182
Lake, Anthony 390
Lambsdorff, Oberst Graf von 241
Landsberg, Otto 286
Lanrezac, Charles 253

Lansdowne, Henry Petty-Fitzmaurice, 5. Marquess of 80
Lansing, Robert M. 219, 276, 278 f., 281, 284, 351 f., 354, 371, 373, 378, 385
Law, Andrew Bonar 157, 355
Lea, Homer 110, 118 ff., 390
Ledebour, Georg 89 ff.
Leisler Kiep, Walther 468
Leman, General Gérard 191, 230, 240, 246 f.
Lendzian, Hans-Jürgen 307
Lenin, W. I. 67, 84, 372 f., 384
Leopold I., Kaiser von Österreich 35, 37
Leopold, Prinz von Hohenzollern 56
Lesseps, Ferdinand Graf de 328
Lessing, Gotthold Ephraim 15
Lichnowsky, Karl Max Fürst von 93 f., 99, 115, 186, 192, 212
Liebknecht, Karl 89
Lincoln, Abraham 53 f., 304, 310
Linjewitsch, General 326
Lips, Ferdinand 426
List, Friedrich 118
Lloyd George, David 151, 214, 222, 274, 276 ff., 288, 355, 363, 382, 436
Locklear, Admiral Samuel 310
Lodge sr., Henry Cabot 318, 356, 383
Long, John D. 318
Longuet, Jean 287
Loon, Hendrik van 372
Loubet, Émile 148
Lubbock, John (Lord Avebury) 210
Lucius von Stoedten, Hellmuth 104
Ludendorff, General Erich 227, 235, 237, 272, 363, 375 ff., 379
Ludwig XIV., König von Frankreich 34 ff.
Ludwig XVI., König von Frankreich 46
Lumumba, Patrice 393
Lwow, Georgi J. Fürst 263, 365
Lyell, Charles 210

Macapagal-Arroyo, Gloria 390
Macgregor, Jim 448
Mackinder, Halford J. 314 f., 390
Madison, James 422
Maduro, Nicolás 413
Mahan, Alfred Thayer 85, 141, 313 ff., 318, 327, 336, 340, 343, 390
Mallet, Louis du Pan 139
Malobabić, Rade 291, 293
Mandela, Nelson 312
Mann, Thomas 390
Mao, Zedong 461
Marasse, Margarete 268
Marshall, General George 401, 580
Martí, José 315
Martinitz, Jaroslaw Graf 31
Masaryk, Tomáš Garrigue 69, 71, 74
Mateo Sagasta, Práxedes 316
Mazarin, Kardinal Giulio 33 f.
McAdoo, William Gibbs 369
McCain, John 525
McCloy, John F. 432

McKenna, Reginald 151, 355
McKinley jr., William 316 f., 322, 326 f.
McMeekin, Sean 447 f.
Mearsheimer, John J. 532
Medwedew, Dmitri 124
Mehdorn, Hartmut 458
Mehmed V., Sultan 84
Mencken, Henry L. 333
Mensdorff, Graf Albert von 96
Mercator, Gerhard 29
Merkel, Angela 412, 503, 505
Metternich, Paul Graf 46, 51, 444
Milan I., König von Serbien siehe Obrenović, Milan I.
Milanović, Boda 160
Milanović, Božo 77
Miles, General Nelson 320
Miljukow, Pawel N. 70, 260 f.
Milner, Alfred 129 f., 142, 157 f., 214, 312, 386, 448
Milošević, Slobodan 162, 224, 294, 466, 470 f.
Milovanović, Milovan 73, 76
Mitterrand, François 481
Mohammed II., Sultan 59
Moinier, General Charles 83, 145
Moltke, Feldmarschall Helmuth von (d. Ä.) 57, 199, 201
Moltke, General Helmuth von (d. J.) 94, 122, 168, 187, 194, 201, 213, 250, 253, 437, 444, 446
Mommsen, Wolfgang J. 445, 447
Montague, Charles 420
Mooney, Thomas 360
Morgan, J. P. 220, 256, 270, 272, 337, 361, 386, 423 ff., 430, 438
Morgenthau sr., Henry 137, 220, 304, 338, 379
Morley, John, 1. Viscount 140, 179, 208, 222
Morrow, Ian F. D. 24
Mossadegh, Mohammed 391
Motono, Ichiro Baron 173
Mucha, Alphonse 70 f.
Müller, Georg Alexander von 94
Müller, Hermann 287
Munch, Edvard 99
Münkler, Herfried 226, 443
Murswiek, Dieter 513
Mustafa, Großwesir Kara 35

Napoleon I. (Bonaparte), Kaiser von Frankreich 23, 44 ff., 82, 418, 422, 462
Napoleon III., Kaiser von Frankreich 49 f., 56 f.
Nasarbajew, Nursultan 483, 485
Natsios, Andrew 390
Neilson, Francis 436 ff.
Nicholson, General William 144
Nicolson, Arthur 139, 143
Nida, Oberleutnant von 243 f.
Nietzsche, Friedrich 117, 204, 440
Nightingale, Florence 60
Nikola I., König von Montenegro 107, 124
Nikolai Nikolajewitsch, Großfürst siehe Romanow, Nikolai Nikolajewitsch
Nikolaus I., Zar von Russland 124
Nikolaus II., Zar von Russland 96, 102 f., 123 f., 126 f., 172, 190, 193, 196, 207, 209, 216, 258, 263

Nipperdey, Thomas 445
Nitti, Francesco 287
Nitze, Paul 481
Nixon, Richard 387, 392
Norman, Montagu C. 428
Norris, George William 305 f., 438
Northcliff, Lord 147, 343
Norton, Charles D. 425
Novaković, Demetrius 78
Nye, Gerald 438

O'Sullivan, John Louis 307
Obama, Barack 309 f., 321, 337, 380, 387, 391, 397 f., 403 f., 409 ff., 414, 416 ff., 497, 508, 511, 515, 525 f., 532
Obrenović, Aleksandar 77
Obrenović, Michael Fürst 184
Obrenović, Milan I. 60
Obrenović, Miloš 59
Obtrkić, Dusan 78
Orlando, Vittorio 274, 382
Oven, Oberst von 227, 230, 234, 238, 241
Özdemir, Cem 387

Paču, Lazar 178 f.
Page, Walter Hines 220, 338 f., 341, 349, 355, 363, 365
Paine, Thomas 303
Paléologue, Maurice 98, 123 f., 154, 165, 172 ff., 180, 182, 187 f., 190, 193, 215, 257, 260 f.
Pally, Marcia 322 f.
Palmer, Alexander Mitchell 385
Parker, Gilbert 342
Parma, Prinz Sixtus von 376
Pascha, Enver 379
Pascha, Großwesir Kiamil 87
Pašić (Paschitsch), Nikola 63 f., 66, 73 f., 78 f., 88, 91, 97, 100, 105, 107, 160 f., 163, 176, 179, 181, 183 ff., 189 f., 288, 290 ff., 445
Paterson, William 420
Paul, Ron 211, 402, 415 f., 432, 525, 532
Perry, Matthew C. 307
Pershing, General John J. 356, 372, 375 ff.
Peter I., König von Serbien siehe Karađorđević, Peter
Pfaff, William 441
Piekalkiewicz, Janusz 348
Plehwe, Wjatscheslaw K. 68, 123, 263
Pleuger, Gunter 226
Pohl, Admiral Hugo von 168, 346
Poincaré, Raymond 95 f., 100, 106, 154, 156, 169 ff., 178, 188, 209, 215, 376, 417
Polk, James K. 322
Potiorek, General Oskar 175 f., 218, 255, 288 f.
Pourtalès, Friedrich Graf 17, 104, 185, 195, 212, 221
Powell, Colin 226
Pribicević, Milan 73 f., 177
Princip, Gavrilo 159, 165, 177
Protopopow, Alexander D. 258 ff.
Pulitzer, Joseph 316
Pultenay, William 421
Purischkewitsch, Wladimir 127 f., 217, 260 ff.

Putin, Wladimir 124, 211, 412 f., 418, 433, 488 f., 521, 525, 528, 532
Putnik, Dušan 74
Putnik, General Radomir 289

Qiao, Liang 530
Quigley, Carroll 349, 387, 429, 448

Rafsandschani, Ali Akbar Haschemi 473
Ranke, Leopold von 31
Rasputin, Grigori J. 123 ff., 165 ff., 172, 217, 257 ff.
Rathenau, Walther 109, 112, 115 f., 209, 213, 272, 439
Rayner, Oswald 262
Reagan, Ronald 17 f., 55, 387, 392 ff., 405, 416, 526
Redl, Oberst Alfred 288
Rennenkampff, General Paul von 202, 233, 269
Rhodes, Cecil 4, 129 ff., 157, 312, 386, 527
Richelieu, Kardinal 32 f., 435
Ristić (serbischer Gesandter in Bukarest) 87 f.
Roberts, Feldmarschall Frederick Sleigh 130, 132, 158
Roberts, Paul Craig 18, 395, 416 f., 526, 532 f.
Robertson, General William 137 f., 142, 148
Robinson, Geoffrey 157, 211
Rockefeller, David 424, 433
Rockefeller, John D. 68, 361, 386, 425
Rockefeller jr., John D. 424
Rockefeller, Nelson A. 424
Rockefeller, William 425
Röhl, John C. G. 94 f., 167, 437, 443, 445 f., 449
Rolland, Romain 71
Romanow, Alexander Alexandrowitsch 198, 263
Romanow, Alexander Pawlowitsch 47
Romanow, Alexander Nikolajewitsch 61
Romanow, Nikolai Nikolajewitsch 124 f., 155, 173 f., 182, 216, 233, 254, 257, 260 f., 266
Romanow, Peter Nikolajewitsch 125, 233
Romanowa, Jelisaweta Petrowna 42 f., 172
Roosevelt, Eleanor 388
Roosevelt, Franklin D. 219, 271, 274, 343, 350, 370
Roosevelt, Theodore 264, 313, 318 ff., 325 ff., 349 f., 356, 361, 422, 424, 436
Root, Elihu 372
Rosebery, Lord Archibald 134
Ross, Charles 134
Rothschild, Jacob 433
Rothschild, Mayer Amschel 430, 433
Rothschild, Nathan 312
Rozenblit, Marsha L.
Rühe, Volker 467, 511
Runciman, Walter 355
Ruskin, John 312
Russell, Bertrand 184

Sacco, Nicola 385
Sachs, Jeffrey 488
Saint-Simon, Louis Duc de 120
Salisbury, Robert Gascoyne-Cecil, 3. Marquess of 63, 113, 134, 324
Samsonow, General Alexander 202, 233, 269
Sarkozy, Nicolas 492
Sasonow, Sergej D. 96 ff., 100 f., 106 ff., 180 f., 185 f., 190 f., 193, 216, 259
Sauter, Udo 326
Scalia, Antonin 390
Schacht, Hjalmar 429
Schäuble, Wolfgang 467, 470
Schagerl, Brigitte 175 f.
Scheer, Admiral Reinhard 358
Scheidemann, Philipp 287
Scheler, Max 308
Schemua, Blasius von 88
Schiff, Jacob 270, 386, 423, 425, 427
Schiff-Warburg, Frieda 270
Schmidt, Helmut 295 f., 391, 454, 456, 512, 527 f.
Schoen, Wilhelm Freiherr von 136, 187 f., 199
Schopenhauer, Arthur 49, 151, 559
Schröder, Gerhard 467, 504, 514, 520 f., 544 ff.
Schurz, Carl 323
Segel, Binjamin 265 ff., 271 f., 435, 440
Sethe, Paul 445
Seward, William H. 310
Seymour, Admiral Edward H. 326
Shafter, General William Rufus 320
Sherman, William T. 53
Shultz, George 455 f., 514
Siebert, Benno von 122
Sikorski, Radosław 501
Silberschmidt, Max 307
Smuts, General Jan Christiaan 282
Snowden, Edward 404, 499, 516
Sobieski, Johann III. 35
Sobotta, Joachim 510
Solana, Javier 295
Solschenizyn, Alexander 174
Sophokles 5
Soros, George 68, 387
Spahn, Peter 84
Spencer, Herbert 311
Spengler, Oswald 204
Spiridowitsch, Alexander 166, 258 ff.
Spring-Rice, Cecil 270, 327, 330, 332
Stambulow, Stephan 164
Stead, William T. 312
Steed, Henry W. 69, 211
Stein, Shimon 474
Stern, Ludwig 268
Stimson, Henry L. 356
Stojanović, Ljuba 73
Storck, Ritter von 105
Strong, Benjamin 425
Strong, Josiah 311
Stürgkh, Karl Graf 169, 175
Stürmer, Boris 259
Suchomlinow, Wladimir A. 124, 182, 193, 216, 233

Suchotin, Leutnant A.S. 262
Sussman, Gerald J. 397
Süssmuth, Rita 470, 482
Suharto, Haji Mohamed 459
Sumner, William G. 323 f.
Suttner, Bertha von 117 f.
Szápáry, Friedrich von 173
Szécsen von Temerin, Anton Graf 203

Taft, Robert A. 471
Taft, William Howard 70, 324, 336
Tankosić, Vojislav 73 f., 77, 160, 163, 177 f., 291
Tarasjuk, Boris 398
Taylor, A. J. P. 63, 444
Tenet, George 390
Thatcher, Margaret 481 f.
Thierse, Wolfgang 403
Thurn, Heinrich Matthias Graf 31
Tilly, Johannes von 31
Timoschenko, Julia 412
Tirpitz, Admiral Alfred von 94, 155, 168, 213, 340, 357, 437, 446
Tisza, István Graf 175, 178, 182, 217
Tito, Josip Broz 293
Tomuschat, Christian 225
Toynbee, Arnold J. 35, 40, 55, 312
Trotzki, Leo 259, 275, 372
Trufanow, Sergej 167
Truman, Harry S. 388, 503
Tschapratschikoff (bulgarischer Gesandter) 189 f.
Tschirsky, Heinrich Baron von 100
Tuchman, Barbara 137, 158, 173, 223, 444
Turner, Kapitän William T. 347 f.
Twain, Mark 323

Uslar-Gleichen, Oberst von 468

Vanderlip, Frank A. 425
Velde, Henry van de 99
Vesnić, Milenko 75, 97, 100
Victoria Adelaide 24
Victoria, Königin von England 24 f., 80, 126, 130, 149, 194
Viktor Emanuel II., König von Italien 55, 57
Viktor Emanuel III., König von Italien 125 f.
Viviani, René 169, 174, 178, 187 f., 199, 201, 215
Voegelin, Eric 308
Voegler, A. 429
Von der Leyen, Ursula 514, 520
Vuillard, Eric 272
Vulović, Velimir 291
Vulović, Velislav 73

Waldersee, Graf Alfred von 168, 199
Walker, William 465
Wallenstein, Albrecht von 31 f., 79
Walsh, Edmund A. 389 f.
Walsingham, Francis 30
Wang, Xiangsui 530
Warburg, Max M. 171, 213, 258, 270, 425
Warburg, Nina 271
Warburg, Paul M. 220, 270 f., 339, 386, 423, 425, 428

Washington, George 342, 421, 439
Wasiljewna, Anna 126
Weber, Max 441
Weinstein, Allen 395
Wells, H. G. 113
Wen, Jiabao 453
Westerwelle, Guido 520 f.
White, Edward Douglass 390
White, Henry 436
Wieck, Hans-Georg 463 f.
Wieczorek, Bertram 486
Wiesner, Friedrich Ritter von 175 ff., 217
Wilde, Oskar 113
Wilhelm II., Kaiser von Deutschland 15, 21 f., 24 ff., 65, 73, 76, 79 f., 82 f., 88 f., 93, 95, 101 f., 105, 110, 129 f., 133, 136 f., 145, 147, 155, 159, 167 ff., 175, 180, 185, 187, 190, 193 f., 196, 201, 207, 212, 248, 250, 253, 258, 267, 279, 285, 289, 304, 333 f., 376, 380, 437, 442, 444 ff.
Wilhelm III., König von England 36, 46, 420
Willkie, Wendell 388
Wilson, Admiral Arthur 152
Wilson, Edith 384
Wilson, General Henry Hughes 132, 146, 148 ff., 211, 214, 228
Wilson, John 142
Wilson, Woodrow 71 f., 103, 163, 219, 263, 270, 273 ff., 281 f., 284 ff., 303 f., 306 f., 329, 337 ff., 344 f., 346, 349 ff., 354, 356 ff., 369, 371 ff., 377 ff., 423, 426 f., 430, 438
Wise, Stephen 437
Witte, Graf Sergej J. 123 f.

Xi, Jinping 459

Zayas, Alfred de 331
Zechlin, Egmont 16, 449
Zelaya, José Santos 336
Zimmermann, Arthur 364
Zyl, Lizzie van 272

Bildquellenverzeichnis

Titelbild	»Cecil Rhodes und sein Kap-Kairo-Plan«, Karikatur von Linley Sambourne, erschienen in *Punch* 1892
Umschlag	Bildarchiv Wolfgang Effenberger; Bildarchiv Willy Wimmer
Seite 25	Wikimedia Commons; Bildarchiv Wolfgang Effenberger
Seite 30	»A New and Accurat Map of the World« von John Dee (aus: A Survey of Defence and the Democracies, erschienen in *The Economist* vom 1. September 1990)
Seite 53	John Cameron, »Running the Machine«, 1864
Seite 58	Cambridge University Library, ca. 1897
Seite 64	sr.wikipedia.org
Seite 69	Bildarchiv Wolfgang Effenberger
Seite 75	Illustrierte Beilage des französischen Magazins »Le Petit Journal« vom 18. Oktober 1908
Seite 78	Bildarchiv Wolfgang Effenberger
Seite 82	Wikimedia Commons
Seite 86	Leonhard Raven-Hill, »Cartoon The Boiling Point, veröffentlicht in *Punch* am 2. Oktober 1912
Seite 92 f.	Aus: Bernhard Fürst von Bülow: Denkwürdigkeiten, 3. Bd., hrsgg. von Franz von Stockhammern. Berlin 1930/31, eingebunden zwischen S. 328 und 329, zugehörig zu S. 123
Seite 103	Library of Congress, Washington D. C.
Seite 108	Bildarchiv Wolfgang Effenberger
Seite 111	Kirsten Reers/Laura Naudascher: Die Auswanderung von Deutschland nach Amerika, www.philippinum.de
Seite 115	Bundesarchiv, Bild 183-L40010 / CC-BY-SA; Wikimedia Commons
Seite 117	Wikimedia Commons
Seite 121	Wikimedia Commons
Seite 123	ru.wikipedia.de, Foto aus dem Jahr 1905
Seite 125	Wikimedia Commons
Seite 130	Archive.org; Wikimedia Commons, um 1900
Seite 131	Karikatur aus *L'Assiette au Beurre* vom 28. Juni 1902
Seite 132	Imperial War Museums, London; Wikimedia Commons
Seite 140	oxforddnb.com; Wikimedia Commons, 1902
Seite 145	*Flight Magazine*, veröffentlicht am 4. September 1909

Seite 157 University of Pretoria

Seite 160 Heeresgeschichtliches Museum Wien

Seite 167 modernlib.ru

Seite 190 Bundesarchiv, Bild 183-R43302 / CC-BY-SA; Wikimedia Commons

Seite 195 Bildarchiv Wolfgang Effenberger

Seite 200 Bildarchiv Wolfgang Effenberger

Seite 206 Wikimedia Commons, 1908

Seite 212 Wilhelm II.: University Library an der University of North Carolina, Chapel Hill; Theobald von Bethmann Hollweg: Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz; Gottlieb von Jagow: Library of Congress, Washington D. C. ; Karl Max Fürst von Lichnowsky: National Portrait Gallery, London; Friedrich Graf von Pourtalès: The Times History of the War: The Battlefields of Europe. New York, NY: Woodward and Van Slyke, 1915, S. 22; Johann Heinrich Graf von Bernstorff: Wikimedia Commons

Seite 213 Erich von Falkenhayn: Bundesarchiv, Bild 146-2004-0023 / Meyer, Albert / CC-BY-SA; Wikimedia Commons; Helmuth von Moltke: Bibliothèque nationale de France, Paris; Alfred von Tirpitz: Wikimedia Commons; Walther Rathenau: Bibliothèque nationale de France, Paris; Max M. Warburg: Hamburgische Männer und Frauen am Anfang des XX. Jahrhunderts, Hamburg 1905; Wikimedia Commons; Albert Ballin: Wikimedia Commons; George V.: Wikimedia Commons; Herbert H. Asquith: Imperial War Museums, London; Wikimedia Commons; Richard Haldane: The World's Work; Wikimedia Commons

Seite 214 Edward Grey: Library of Congress, Washington D. C.; David Lloyd George: Library of Congress, Washington D. C.; Winston Churchill: War of the Nations, New York Times Co., New York, 1919; gwpda.org; Alfred Milner: Wikimedia Commons; Arthur James Balfour: Rector and Visitors of the University of Virginia; George William Buchanan:Library of Congress, Washington D. C.; Herbert Kitchener: Library of Congress, Washington D. C.; John French: IWM Collections; Wikimedia Commons; Henry Hughes Wilson: Wikimedia Commons

Seite 215 Raymond Poincaré: Wikimedia Commons; René Viviani: Wikimedia Commons; Théophile Delcassé: Bibliothèque nationale de France, Paris; Maurice Paléologue: Wikimedia Commons; Paul Cambon: Library of Congress, Washington D. C.; Jean Jaurès: Wikimedia Commons; Ferdinand Foch: Nationaal Archief, Den Haag; Joseph Joffre: Wikimedia Commons

Seite 216 Nikolaus II.: Beinecke Library; Wikimedia Commons; Alexandra Fjodorowna: Wikimedia Commons; Nikolai Nikolajewitsch: The Gutenberg Project; Wikimedia Commons; Sergej D. Sasonow: Bibliothèque nationale de France, Paris; Wladimir A. Suchomlinow: Bibliothèque nationale de France, Paris; Alexander P. Iswolski: www.oldyalta.com; Alexander K. Benckendorff: The World's Work; Wikimedia Commons; Nikolaus von Hartwig: photoarchive.spb.ru; Viktor A. Artamonow: http://pskovgrad.ru

Seite 217 Wladimir Purischkewitsch: www.people.su; Felix Jussupow: Wikimedia Commons; Grigori Rasputin: Wikimedia Commons; Franz Joseph I.: Wikimedia Commons; Franz Ferdinand: Wikimedia Commons; Leopold Graf Berchtold: Bibliothèque nationale de France, Paris. Département Estampes et photographie, N-2; István Tisza: hu.wikipedia.org; Wladimir Giesl von Gieslingen: www.austro-hungarian-army.co.uk; Friedrich Ritter von Wiesner: www.ersterweltkriegheute.de

Seite 218 Franz Conrad von Hötzendorf: Charles Scolik; Wikimedia Commons; Oskar Potiorek: Carl Pietzner; Wikimedia Commons; Alexander I.: C. Vandyk; Wikimedia Commons; Nikola Pašić: Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz; Dragutin Dimitrijević Apis: Wikimedia Commons; Milenko Vesnić: mfa.gov.rs; Jovan M. Jovanović: mfa.gov.rs; Milan Gavrilović: sr.wikipedia.org

Seite 219 Božidar Janković: Wikimedia Commons; Vojislav Tankosić: unbekannt; Milan Ciganović: unbekannt; Woodrow Wilson: Library of Congress, Washington D. C.; Edward Mandell House: Library of Congress, Washington D. C. ; William J. Bryan: Library of Congress, Washington D. C.; Robert Lansing: Wikimedia Commons; Franklin D. Roosevelt: Wikimedia Commons; Bernard Baruch: unbekannt

Seite 220 Robert LaFollette: Library of Congress, Washington D. C.; Walter Hines Page: Wikimedia Commons; Henry Morgenthau sr.: Library of Congress, Washington D. C.; J. P. Morgan: Wikimedia Commons; Paul M. Warburg: Library of Congress, Washington D. C.; Nelson W. Aldrich: Library of Congress, Washington D. C.

Seite 224 Bildarchiv Wolfgang Effenberger

Abb. 234 Kabisch 1934, Illustration aus dem Jahr 1934, auf der Innenrückseite eingeklebte Übersicht mit den Karten 1-5 von Generalmajor a. D. Flaischien

Seite 236 Kabisch 1934, Karte von Generalmajor a. D. Flaischien

Seite 242 Kabisch 1934, Karte von Generalmajor a. D. Flaischien

Abb. 246 Rex 1926, S. 17; Bildarchiv Wolfgang Effenberger

Seite 264 USA to Russian Tsar: Stop Your Cruel Oppression of the Jews, 1904. Chromolithograph; Library of Congress, Washington D. C.

Seite 265 »Samsons Leuchter«, Foto: Jüdisches Museum Hohenems; Abzeichen aus dem Jahr 1914, Foto: Jüdisches Museum Hohenems

Seite 283 Bildarchiv Wolfgang Effenberger

Seite 289 Wikimedia Commons

Seite 294 Wikimedia Commons

Seite 300 f. Karte des Österreichischen Flottenvereins aus dem Jahr, abgedruckt in Rauchensteiner 2014, S. 53

Seite 304 *Life-Magazine;* Kenneth Burns/Wisconsin Historical Museum

Seite 309 Bildarchiv Wolfgang Effenberger

Seite 313 Library of Congress, Washington D. C.

Seite 314 Bildarchiv Wolfgang Effenberger; Wikimedia Commons

Seite 319 US Army Center for Military History; Wikimedia Commons

Seite 325 Wikimedia Commons

Seite 334 Roosevelt 1900; Bildarchiv Wolfgang Effenberger

Seite 335 Wikimedia Commons

Seite 339 Bildarchiv Wolfgang Effenberger

Seite 345 Bildarchiv Wolfgang Effenberger

Seite 357 Bildarchiv Wolfgang Effenberger

Seite 359 Bildarchiv Wolfgang Effenberger

Seite 369 John Norton 1917; DHM, Berlin; Henry Raleigh 1918: DHM, Berlin

Seite 370 Bildarchiv Wolfgang Effenberger

Seite 381 US Signal Corps

Seite 388 Bildarchiv Wolfgang Effenberger

Seite 389 Bildarchiv Wolfgang Effenberger

Seite 392 www.veteranstoday.com

Seite 400 Wikimedia Commons

Seite 408 Bildarchiv Wolfgang Effenberger

Seite 410 Bildarchiv Wolfgang Effenberger

Seite 411 Bildarchiv Wolfgang Effenberger

Seite 423 Library of Congress, Washington D. C.

Seite 436 www.cooperativeindividualism.org

Seite 448 Docherty/Macgregor 2013, S. 362

Seite 472 *Der Spiegel* 1/2000, S. 136

Seite 473 Wikimedia Commons

Seite 490 Sejogo/Wikimedia Commons

Von Wolfgang Effenberger erschienen

im Verlag zeitgeist Print & Online:

Deutsche und Juden vor 1939

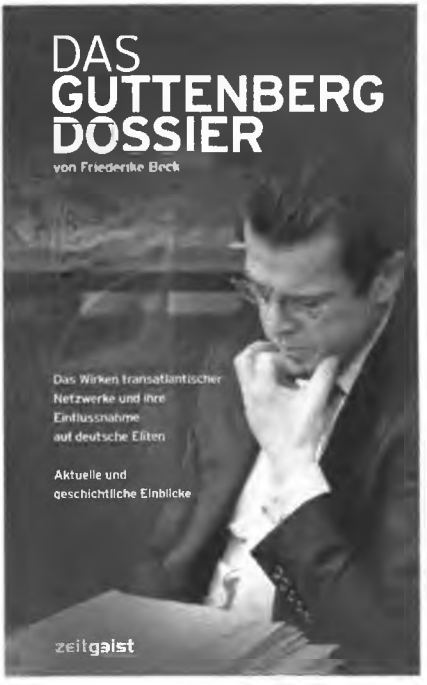
Stationen und Zeugnisse einer schwierigen Beziehung

Von Wolfgang Effenberger und Reuven Moskovitz

Gebunden, 640 Seiten, über 100 Abb.
ISBN 978-3-943007-04-6

www.deutsche-und-juden-vor-1939.de

Auch erhältlich im Verlag zeitgeist Print & Online:



Das Guttenberg-Dossier

Das Wirken transatlantischer Netzwerke und
ihre Einflussnahme auf deutsche Eliten
Von Friederike Beck

Taschenbuch, 224 Seiten, mit Abb.
ISBN 978-3-943007-00-8

Ergänzend dazu erschienen:
Film-DVD, enthält zwei Exklusivinterviews mit der Autorin des Guttenberg-Dossiers. Laufzeit: ca. 120 Minuten

www.guttenberg-dossier.de

Kennen Sie schon unsere Zeitschrift »zeitgeist«?

Probelesen und Informationen zu weiteren Neuerscheinungen unter

www.zeitgeist-online.de